Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 36. Freitag, den 3. Mai 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 7. Mai 1895, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 10. Mai 1895, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **30. April 1895** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Erndt entschuldigt sein Ausbleiben wegen einer Geschäftsreise.

Herr Gem.-Rath Kaiser entschuldigt sein Ausbleiben wegen Unwohlseins.

2. Frau Theresia Dehne, geborne Artaria, hat für wohlthätige Zwecke in der ehemaligen Gemeinde Neuwaldegg 300 fl. gespendet.

3. Der Wiener evangelische Singverein hat zu Gunsten der Armen Wiens anlässlich eines veranstalteten Concertes einen Betrag von 150 fl. gespendet.

4. Frau Louise Ditmar hat anlässlich des Ablebens ihres Gattens für den Unterstützungsverein des Kronprinz Rudolf-Kinderspitales und für den Landstraßer Volksküchenverein je 200 fl. gespendet.

5. Herr kaiserlicher Rath Johann Ruthmayer hat einen Betrag von 100 fl. zur Begleichung von Steuerrückständen der zehn allerärmsten Geschäftsleute des VIII. Wiener Gemeindebezirkes gespendet.

6. Herr Dr. Karl Wunder hat mir den Betrag von 920 Stück Kronen als Legat des verstorbenen Herrn Michael Stagl für die ehemalige Gemeinde Nussdorf übermittelt.

Den Spendern wird der Dank votiert.

7. Herr Gem.-Rath Maresch hat wegen Durchführung von Communicationen im XVI. Bezirke in der letzten Sitzung interpelliert. Ich habe die Ehre, diesfalls Folgendes mitzutheilen:

Mit Stadtraths-Bescheid vom 15. October 1894 wurde dem Magistrate der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Maresch und Genossen puncto Durchführung der Schottengasse (jetzt Redtenbacherstraße) zur Berichterstattung zugemittelt, ferners wurde mit Stadtraths-Bescheid vom 8. December 1894 der Magistrat zur Berichterstattung über den Antrag desselben Herrn Gemeinderathes, betreffend die Durchführung der Römergasse und Verbreiterung der Lienfelder- und Seitenberggasse, XVI. Bezirk, aufgefordert.

Bezüglich beider Angelegenheiten wurden sofort die Erhebungen seitens des Bauamtes veranlasst, welche sich jedoch, insbesondere was die Durchführung der Redtenbacherstraße, respective Hettenkofergasse anbelangt, sehr schwierig gestalteten, da zeitraubende Nachforschungen bezüglich der angeblich der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft puncto unentgeltlicher Abtretung ihrer Realität Or.-Nr. 137 (jetzt 155) Ottakringerstraße obliegenden Verpflichtung gepflogen werden mussten. Nach Abschluss dieser Erhebungen wurden Verhandlungen mit den Eigenthümern der in Betracht kommenden Objecte eingeleitet, welche derzeit noch nicht vollkommen zum Abschlusse gediehen sind. Insbesondere ist seitens der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft bisher eine Äußerung über die Durchführung der Hettenkofergasse über ihre Realität, trotzdem dieselbe bereits urgiert wurde, nicht erfolgt.

Voraussichtlich dürfte jedoch in nächster Zeit die Vorlage des Berichtes des Magistrates über die oberwähnten Anträge an den Stadtrath erfolgen können. Es muss jedoch schon jetzt bemerkt werden, dass geradeso, wie bei den vor einigen Wochen mit mehreren Grundbesitzern in der Thaliastraße wegen Verbreiterung derselben behufs Führung eines Canales gepflogenen Verhand-

lungen, welche infolge der hohen Preisforderungen zu keinem Resultate führten, auch im vorliegenden Falle seitens der betheiligten Hausbesitzer wenig Entgegenkommen bewiesen wird, so dass es sehr zweifelhaft erscheint, ob es der Gemeinde möglich sein wird, den einen oder anderen der beantragten Straßendurchbrüche dermalen durchzuführen, zumal die in das Budget pro 1895 für Häusereinlösungen zu Straßen-Regulierungszwecken eingesetzte Summe per 300.000 fl. bereits erschöpft ist.

Das seitens der Gemeinde auf Grund des Gemeinderaths-Beschlusses vom 21. December 1894, Z. 9234, angekaufte Haus Or.-Nr. 228 (früher 236) Ottakringerstraße wird nach dem Mai-Ausziehtermine d. J. demoliert werden, wonach ohne Verzug die Durchführung der Odoakergasse bis zur Ottakringerstraße erfolgen kann. Die Demolierungsarbeiten sind bereits vergeben.

Was die in der Interpellation angeregten Linienwalldurchbrüche zum VII. Bezirke betrifft, so wird Folgendes bemerkt:

Bezüglich des Hauses Or.-Nr. 97 Kaiserstraße, VII. Bezirk, welches zum Zwecke der Verbindun der Neustiftgasse mit der Koppstraße eingelöst werden muss, ist bereits seit dem Herbste 1893 das Enteignungsverfahren im Zuge und dürfte binnen kurzem die Bestimmung der Entschädigungssumme seitens des Bezirksgerichtes Neubau erfolgen.

Die Realität Or.-Nr. 123 Kaiserstraße wurde zum Zwecke des Durchbruches der Lerchenfelderstraße gleichfalls enteignet; gegenwärtig ist das Verfahren bei dem Bezirksgerichte Neubau puncto Bestimmung der Entschädigungssumme anhängig.

Ein dritter Linienwalldurchbruch behufs Herstellung einer Verbindung zwischen der Bernardgasse im VII. und der Hasnerstraße im XVI. Bezirke, berührt die Realität Or.-Nr. 111, Kaiserstraße, deren Einlösung zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 21. Jänner 1895 infolge der exorbitanten Ansprüche des Eigenthümers abgewiesen wurde.

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

8. Herr Gem.-Rath Herold hat in der letzten Sitzung eine Interpellation wegen eines neuen Beleuchtungsmittels „Acetylen" eingebracht und gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, einen Bericht über diesen Gegenstand zu verlangen und denselben dem Gemeinderathe vorzulegen, noch bevor die Verhandlungen mit der Gasgesellschaft stattfinden. Ich habe die Ehre, diesfalls Folgendes bekanntzugeben:

Die Bestrebungen der Gastechnik, die Beleuchtung mittels des Acetylen in der Praxis zum Durchbruche zu bringen, datieren aus neuerer Zeit und sind dem Stadtbauamte, welches pflichtgemäß alle Neuerungen auf technischem Gebiete aufmerksam verfolgt, vollkommen bekannt.

Die bisher erzielten Resultate sind jedoch nicht von der Art, dass die Erzeugung und Anwendung dieser neuen Gasart im Großen bereits sichergestellt ist.

Das Stadtbauamt hält jedoch die Vorgänge auf diesem Gebiete unter unausgesetzter Beobachtung und wird, sobald der Zeitpunkt gekommen sein wird, dass diese neue Erfindung greifbare Resultate liefert und auch für Wien nutzbar gemacht werden kann, unverzüglich die geeigneten Anträge stellen.

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

9. Herr Gem.-Rath Grünbeck hat in der letzten Sitzung wegen des Flurschutzes für das Jahr 1895 interpelliert. Hierüber habe ich die Ehre, Folgendes zu berichten, dass das Referat, betreffend den Flurschutz für das Jahr 1895, in der nächsten Magistrats-Sitzung erstattet, sohin am Freitag den 3. Mai d. J. dem Stadtrathe vorgelegt werden wird. Über die Dauer des Flurschutzes wird der Stadtrath zu beschließen haben.

Was schließlich die Anfrage betrifft, ob auch bei der k. k. Polizeidirection angesucht werden wird, damit die bestellten Flurschützen von der patrouillierenden Sicherheitswache unterstützt werden, so ist ein diesbezügliches Ansuchen im vorigen Jahre bereits an die k. k. Polizeibehörden gerichtet worden und wird selbstredend im heurigen Jahre erneuert werden.

10. Herr Gem.-Rath Büsch hat in der letzten Sitzung interpelliert über die seitens einiger Geschäftsleute in der Gierstergasse, XII. Bezirk, angeblich betriebene Kundenfängerei.

Nachdem die fragliche Angelegenheit in den Wirkungskreis des magistratischen Bezirksamtes für den XII. Bezirk als Gewerbebehörde gehört, habe ich die erwähnte Interpellation dem genannten Bezirksamte zur competenten Erledigung abgetreten.

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

11. Herr Gem.-Rath Strobach hat interpelliert wegen des schlechten Zustandes einiger Straßen im V. Bezirke, in welchen ein Sammelcanal hergestellt worden ist. Diesfalls habe ich die Ehre, Folgendes mitzutheilen:

Der betreffende Contrahent hat nach wiederholten Urgenzen seit längerer Zeit bereits größere Strecken umgepflastert und wird darin fortgefahren. Doch ist es nicht möglich, die ganze Strecke, die eine bedeutende Länge aufweist, sofort definitiv auszupflastern; namentlich muss darauf hingewiesen werden, dass bereits eingepflasterte Strecken sich fortwährend neuerdings senken, so dass eine längere Zeit vergeht, bis eine solche Straße zur Ruhe gelangt.

Die definitive Zupflasterung der in Betracht kommenden Strecken wird umsomehr baldigst zur Vollendung gelangen, als auch der Bau des Sammelcanales nur mehr circa einen Monat noch in Anspruch nehmen dürfte.

Mit diesem Berichte wird die Interpellation seitens des Magistrates vorgelegt, und ich bemerke, dass dieser Angelegenheit die vollste Aufmerksamkeit zugewendet werden wird.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

12. Herr Gem.-Rath Maresch hat interpelliert wegen eines Betrages, welchen die verstorbene Prinzessin Montleart der ehemaligen Vorortegemeinde Ottakring gespendet hat. Diesfalls habe ich die Ehre, Folgendes zu berichten:

Die in der Interpellation erwähnte Spende der Prinzessin Wilhelmine von Montleart-Sachsen-Curland per 10.000 fl. zur Errichtung eines Asyls wurde nicht der Gemeinde Ottakring, sondern der Gemeinde Dornbach gegeben.

Diese Spende für Dornbach wurde von der Prinzessin Montleart-Sachsen-Curland durch Herrn Dr. Teltscher mittels Eingabe vom 11. November 1893 widerrufen.

Der Stadtrath hat diesen Widerruf mit Beschluss vom 29. December 1893, St.-R.-Z. 8175, zur Kenntnis genommen und im Sinne des weiteren Begehrens die Erfolgung des bei der städtischen Hauptcassa erliegenden Betrages an Herrn Dr. Teltscher bewilligt.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

13. Herr Gem.-Rath Röhrl hat in der letzten Sitzung interpelliert wegen des ungünstigen Zustandes der Arbeiterwohnungen auf den Wienerberger Ziegelwerken. Diesfalls habe ich die Ehre, Folgendes zu berichten:

Der Magistrat und die sonstigen berufenen Behörden haben stets den Wohnungsverhältnissen der Arbeiter auf den hiesigen Ziegelwerken ihre besondere Aufmerksamkeit zugewendet.

Die Arbeiter stehen im Genusse von Naturalwohnungen und erhalten außerdem auch das erforderliche Brennmateriale unentgeltlich von den Ziegelwerksbesitzern beigestellt.

Der zum Theile sanitätswidrige Zustand der Unterkunftsräume der Ziegelarbeiter in den Ziegeleien der Wienerberger Actiengesellschaft hat wiederholt den Magistrat veranlasst, commissionelle Erhebungen zu pflegen und die zur Abstellung der Übelstände zweckdienlichen Maßnahmen zu treffen.

Dem fortwährenden Drängen der Behörden ist es zu danken, dass die genannte Gesellschaft beschlossen hat, nunmehr neue, allen sanitären Anforderungen entsprechende Wohngebäude für die Arbeiter am Wienerberge herzustellen, und zwar hat die Gesellschaft mit den Consensen des magistratischen Bezirksamtes für den X. Bezirk de dato 17. April 1895, Z. 11211, die Bewilligung erhalten, zwei neue, den sanitäts-, feuer- und sicherheitspolizeilichen Rücksichten vollkommen entsprechende Wohngebäude mit je 40 Wohnzimmern und allen dazugehörigen erforderlichen Nebenräumlichkeiten zu erbauen; außerdem sind wegen Erbauung eines dritten derartigen Wohnhauses für die Arbeiter bereits die Verhandlungen im Zuge und konnten dieselben nur wegen der Frage der Grundabtretung bisher nicht zum Abschlusse gebracht werden.

Der Magistrat wird daher mit allem Nachdrucke darauf bestehen, dass diese Wohnhäuser noch heuer erbaut und bewohnbar gemacht werden können. Es können dann jene alten Bauten, die als zur Bewohnung nicht geeignet befunden wurden, sodann mit Leichtigkeit aufgelassen werden; doch kann mit einer sofortigen Delogierung aller beanständeten Wohnungen nicht leicht vorgegangen werden, weil die betreffenden Arbeiter bekanntlich sehr schwer anderweitig einen Unterstand finden, und wenn sie ihn finden, die Gefahr vorhanden ist, dass der neue Unterstand gleich schlecht, wenn nicht noch schlechter ist; übrigens wird mit aller Strenge darangegangen werden, dass sanitäre Übelstände, welche sofort behoben werden können, auch in der That sofort abgestellt werden.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Ich ersuche um die Mittheilung des Einlaufes.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

14. Interpellation des **Gem.-Rathes Schuh.**

Bürgermeister: Zur Geschäftsordnung Herr Gem.-Rath Schuh!

Gem.-Rath Schuh (zur Geschäftsordnung): Ich werde bitten, nachdem der Inhalt meiner Interpellation für den Gemeinderath einerseits und für die Bevölkerung andererseits von Wichtigkeit ist, dass dieselbe vollinhaltlich verlesen wird.

Bürgermeister: Ja, es ist kein Anstand.

Gem.-Rath Schuh: Weiters erwarte ich von dem Herrn Bürgermeister, dass er von vollem Rechtlichkeitsgefühle bei der Beantwortung derselben geleitet ist, so dass dieselbe geeignet ist, in der Bevölkerung vollständige Befriedigung hervorzurufen.

Bürgermeister: Ich bitte, ich werde über den Stand dieser Angelegenheit Erhebungen pflegen. Es war mir nicht möglich, die Erhebungen in der Angelegenheit, die in dieser Interpellation berührt wird, abzuschließen. Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten, glaube aber, dass es nicht nothwendig war, dieser Angelegenheit besonderen Nachdruck zu verleihen, nachdem mir vollständig klar und bekannt ist, dass dieser Angelegenheit seitens der Bevölkerung eine lebhafte Aufmerksamkeit zugewendet wird.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

In der Sitzung vom 22. September 1891 des Wiener Gemeinderathes hat Herr Gem.-Rath Wünsch den Antrag gestellt:

1. Es sei die gänzliche Aufhebung und Abräumung des (neuen) Wiener allgemeinen Friedhofes in Währing zu beschließen, das vorgeschriebene Verfahren einzuleiten und sodann die Parcellierung der Area vorzunehmen, und

2. es seien in Verfolgung der bereits von der Gemeinde Währing gepflogenen Verhandlungen die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die gänzliche Aufhebung und Abräumung des alten Währinger Ortsfriedhofes durchzuführen.

In seiner Begründung wird die fortschreitende Verbauung an der Friedhofsgrenze, sowie die Nichtcapitalisierung von circa 500 000 fl. des sich ergebenden Gemeindevermögens und sonstige, nicht stichhältige Behauptungen angeführt.

Im Anschlusse an diesen Antrag hat der Stadtrath in seiner Sitzung vom 30. Mai 1893 beschlossen, es sei dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Wünsch Folge zu geben, nachdem er erst noch den Magistrats-Beschluss zur Kenntnis genommen, und stellte eine Frist von zwei Jahren zur Exhumierung, Abräumung von Grabmonumenten, Grabkreuzen 2c. 2c. fest.

Nachdem in dieser Sitzung früher noch der Antrag des Herrn St.-R. Dr. Lederer, es sei dem abwesenden Bürgermeister bekanntzugeben, dass zu einem dermaligen solchen Vorgehen kein Anlass und es auch noch nicht nothwendig sei, den Friedhof zu räumen, abgelehnt wurde, erschien am 31. Juli 1893 eine vom Wiener Magistrate unter Zahl M.-Z. 366—369 ex 1891/VIII im selbständigen Wirkungskreise nachstehende Kundmachung, worin zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird, dass zufolge Magistrats-Beschlusses vom 22. April d. J. der im Wiener Gemeindebezirke gelegene Ortsfriedhof in Währing, dessen Weiterbenützung zur Leichenbeerdigung laut Kundmachung des bestandenen Bürgermeisteramtes Währing vom 29. August 1873 über Anordnung der Bezirkshauptmannschaft Hernals, datiert vom 27. April 1873, eingestellt und nach Ablauf von zwei Jahren, das ist am 1. Juli 1895, gänzlich aufgelassen und abgeräumt werden wird.

Bezugnehmend auf eine Kundmachung des Wiener Magistrates vom 10. October 1874, betreffend die Errichtung des neuen Central-Friedhofes der Stadt Wien, wurde entgegen dem Magistrats-Beschlusse durch einen Statthalterei-Erlass die Beilegung von Leichen in die auf den alten fünf Wiener Communal-Friedhöfen bestehenden Grüfte von Fall zu Fall von längstens fünf Jahren, vom 1. November 1874 gerechnet, gestattet.

Nun wurde aber 1883 der Sohn Sr. Excellenz des Fürsten Hohenlohe daselbst beigesetzt, trotzdem die gesetzliche Frist nicht einmal noch vorbei ist, nach deren Ablauf die Auflassung und Abräumung gestattet wäre.

In obiger Kundmachung werden ferner alle Gräberbesitzer, welche um Bewilligung zur Exhumierung von Leichen oder zur Wegnahme von Grabdenkmälern, Kreuzen 2c. 2c. einschreiten wollen, in Kenntnis gesetzt, dass sie ihre diesbezüglichen Gesuche bis 1. Juni 1895 hieramts zu überreichen hätten, da nach deren Ablauf, d. i. 1. Juli 1895, die zurückgebliebenen Leichenreste, Grabdenkmäler und Kreuze 2c. 2c. von amtswegen entfernt würden.

Dieser durch nichts gerechtfertigte, lieb- und pietätlose Antrag des Herrn Gem.-Rathes Wünsch, sowie der tiefbedauerliche Beschluss des Magistrates und des Stadtrathes hat in der Bevölkerung die tiefste Missstimmung hervorgerufen, dieselbe in ihren heiligsten Gefühlen tief verletzt, und ein Schrei der Entrüstung ging über dieses Vorgehen durch alle Kreise; es wurde dieser Act „als noch nicht an der Zeit" aufs tiefste verdammt, und Hoch und Nieder, ohne allen Standesunterschied, fühlten sich berufen, gemeinsam dagegen vorzugehen und gegen diesen beispiellosen Barbarismus Stellung zu nehmen.

Es wurden beispielsweise im Herbste 1894 an allen Orten Versammlungen abgehalten, sowie in der am 26. October 1894 im Lanner-Saale von allen Ständen der Stadt Wien einberufenen und getagten Volksversammlung einstimmig der Beschluss gefasst, in einer motivierten Eingabe an den Gemeinderath, respective an den geehrten Herrn Bürgermeister die Bitte zu richten, eine weitere Hinausschiebung des Abräumungstermines zu erwirken.

Die Berichte, welche damals in allen Blättern der verschiedensten Parteischattierung über diese Protestversammlungen zu lesen waren, bewiesen am besten, wie allgemein die Stimmung gegen eine solche Maßregel war.

Wenn man nun bedenkt, dass durch die Parcellierung dieser Friedhofs-Area der ungesunden Bauspeculation Thür und Thor durch eine solche Maßregel eröffnet wird, wenn man ferner in Betracht zieht, dass diese Gründe ganz außer dem Verkehre der Stadt gelegen sind, dermalen also auch nie frequentierte Straßen durch sie ziehen werden, so darf doch nicht im Interesse eines Einzelnen das Interesse der Bevölkerung, der Verkauf des Friedhofes auf Kosten der Pietätlosigkeit nicht gefordert werden, zumal der Wert desselben nicht fällt, im Gegentheile von Jahr zu Jahr sich erhöht.

Ich will endlich ganz absehen davon, dass die jüdischen Friedhöfe nie verbaut zu werden pflegen, wie zum Beispiel im IX. Bezirke in der Seegasse inmitten einer gewiss dichtbewohnten Bevölkerung ein solcher schon dreihundert Jahre dort besteht. Von den Hinterbliebenen der in diesem Friedhofe Begrabenen werden wohl viel weniger am Leben sein, als in unserem Falle, wo vor zwölf Jahren noch ein Verstorbener beigesetzt wurde. Dieser Friedhof im IX. Bezirke wird nicht aufgelassen, obwohl man die Gründe, die für die Auflösung des Währinger Friedhofes sprechen sollen, auch auf diesen ganz gut anwenden könnte, im Gegentheile wurde von der christlichen Bevölkerung diese ihre Pietät immer hochgehalten.

Wem ist es endlich nicht bekannt, wie viele Arme und Reiche am Grabe ihrer Lieben Trost suchen, wo nicht alle die Kosten der Exhumierung tragen können, und die dann darauf verzichten müssen, die Stätten, die ihr Theuerstes bergen, besuchen zu können.

Was wird mit den historischen Gräbern, mit den Überresten der hochverdienten österreichischen Generale geschehen, deren Andenken durch Generationen gleich hochgehalten wurde, und an gewissen Tagen des Schmuckes nie entbehrten?

Man wird es also gerechtfertigt finden, dass der Aufschrei der Bevölkerung ein gerechter und demselben Rechnung zu tragen die Pflicht jedes Anständigen der Gemeinde ist

In Anbetracht, dass ein Stadtraths-Beschluss noch lange kein Beschluss von Wien sei, erlaube ich mir an den geehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

1. Hat der Herr Bürgermeister Kenntnis von der Eingabe des Vertrauens-Comités, welches am 28. November 1894 an den löblichen Gemeinderath betreffs Nichtauflassung der ebengenannten Friedhöfe herangetreten ist?

2. Ist derselbe geneigt, dieselbe dem Gemeinderathe zur Kenntnis zu bringen?

3. Ist es richtig, dass der Währinger Ortsfriedhof Eigenthum des Consistoriums ist?

4. Mit welchem Rechte kann der Magistrat, wenn der Inhalt der Frage 3 richtig ist, solche Verfügungen erlassen?

5. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, den Stadtraths-Beschluss vom 30. Mai 1893 aufzuheben, sowie die Kundmachung des Magistrates vom 31. Juli außer Kraft zu setzen?

6. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, über die ferneren Bestimmungen der nicht mehr im Gebrauche stehenden Friedhöfe im Wiener Gemeindegebiete die Beschlüsse des Gemeinderathes einzuholen? Und endlich

7. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, im Falle es in seinen Wirkungskreis fällt, die vollständige Abräumung derselben noch auf circa 20 Jahre hinausschieben zu wollen?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

15. Interpellation des Gem.-Rathes Steiner:

Nach den Berichten der heutigen Tagesblätter haben bei der am 29. April 1895 stattgefundenen Debatte im Reichsrathe über die neuen Steuervorlagen nur die Abgeordneten Herren Dr. Lueger und Dr. Kronawetter das Wort ergriffen und die Interessen der Gemeinde Wien vertreten.

Die anderen Vertreter, welche der angeblich liberalen Partei angehören, waren zum Theile abwesend, ja, haben gegen den Antrag des Herrn Dr. Kronawetter gestimmt.

Ich erlaube mir daher, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

1. Welcher Herr Abgeordnete der Stadt Wien hat die vom löblichen Gemeinderathe beschlossene Petition im hohen Reichsrathe überreicht?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, sich mit den Vertretern der Stadt Wien im Reichsrathe, welche der angeblich liberalen Partei angehören, ins Einvernehmen zu setzen und zu ersuchen, dieselben mögen bei der Berathung der vom Abgeordneten Dr. Lueger beantragten, dem permanenten Steuerausschusse zugewiesenen Resolution, betreffend einer Gesetzvorlage wegen Übertragung der Verzehrungssteuer an die Stadt Wien und die geschlossenen Städte, die Interessen der Stadt Wien pflichtgemäß vertreten?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, auf diese Interpellation Folgendes zu bemerken: Die von dem löblichen Gemeinderathe beschlossene Petition wurde durch den Reichsraths-Abgeordneten Noske im Reichsrathe überreicht. (Rufe: Aha! — Gem.-Rath Hawranek: Sie haben den Bock zum Gärtner gemacht!) Darf ich bitten! Beruhigen Sie sich und machen Sie keine Vorwürfe. Wenn Sie überhaupt in der Sache informiert sind, werden Sie keinen Anlass zu diesen Bemerkungen haben. (Gem.-Rath Hawranek: Machen Sie nur so weiter!) Ich danke für die Belehrung!

Nr. 2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, sich mit den Vertretern der Stadt Wien im Reichsrathe, welche der angeblich liberalen Partei angehören, ins Einvernehmen zu setzen und zu ersuchen, dieselben mögen bei der Berathung der vom Abgeordneten Dr. Lueger beantragten, dem permanenten Steuerausschusse zugewiesenen Resolution, betreffend eine Gesetzesvorlage wegen Übertragung der Verzehrungssteuer an die Stadt Wien und die geschlossenen Städte, die Interessen der Stadt Wien pflichtgemäß vertreten?

Ich habe die Ehre, diesfalls Folgendes zu bemerken: Wie aus den Verhandlungen hervorgeht, welche gestern im hohen Abgeordnetenhause gepflogen worden sind, und welche heute in den Wiener Zeitungsblättern notificiert werden, ist die Angelegenheit der Veränderung in den Steuerverhältnissen von Wien längst Gegenstand von Verhandlungen zwischen der hohen Regierung und mir gewesen, und ich muss constatieren, dass der Herr Finanzminister mir bereitwilligst entgegengekommen ist. (Bravo! rechts.) Ich habe ihm damals ein sehr ausführliches Memorandum überreicht, in welchem die Veränderungen und zwar die ungünstigen Veränderungen hervorgehoben und auseinandergesetzt wurden, welche sich infolge der Bestimmungen des Steuergesetz-Entwurfes für Wien ergeben. Se. Excellenz der Herr Finanzminister hat das anerkannt und hat mir versprochen, er werde sich bemühen, im Steuerausschusse eine möglichst günstige Änderung dieser Bestimmungen für Wien herbeizuführen. Er hat sich auch bemüht und es ist infolgedessen zu Abänderungen dieser Bestimmungen gekommen. Allerdings war es ihm nicht möglich, das zu erlangen und das durchzusetzen, was ich im Namen der Stadt Wien verlangt habe.

Ich habe mich aber nicht nur mit dem Finanzminister ins Einvernehmen gesetzt, sondern auch mit einer großen Anzahl Abgeordneten und Mitgliedern des Steuerausschusses. Dabei habe ich die Erfahrung gemacht, dass diese Herren, welche Vertreter auswärtiger Gemeinden sind, sich verpflichtet fühlen, die Interessen der auswärtigen Gemeinden zu vertreten, und dass ihnen die Interessen dieser von ihnen vertretenen Gemeinden näher stehen, wie die Interessen der Stadt Wien. Ich habe mich infolgedessen bestimmt gefunden, die Angelegenheit neuerdings an den Stadtrath zu leiten und dann die Anregung gegeben, es werde der Städtetag einberufen, und zwar deswegen, weil mir klar geworden ist, und zwar auch aus den Verhandlungen mit der hohen Regierung, dass eine entsprechende Compensation für die Gemeinde Wien nur resultieren kann durch eine entsprechende Änderung in den Verhältnissen der Verzehrungssteuer, beziehungsweise durch Überlassung eines entsprechenden Theiles der staatlichen Verzehrungssteuer an die Gemeinden. In dieser Beziehung befindet sich die Gemeinde Wien in ähnlicher Lage wie die anderen geschlossenen Städte. Um nun dieser Anschauung möglichst präcisen Ausdruck und Nachdruck zu verleihen, habe ich die Anregung gegeben, es werde ein österreichischer Städtetag einberufen. Das ist auch geschehen und der Städtetag hat einstimmig in diesem Sinne eine Resolution gefasst. Es wurde nun neuerdings über Anregung des Herrn Collegen Wünsch eine Petition beschlossen, vom Stadtrathe vorgelegt und vom Gemeinderathe genehmigt. Auch in dieser Petition ist der Standpunkt der Gemeinde Wien sehr genau und nachdrücklich auseinandergesetzt. Ich habe diese Petition, die mit der größten Be-

schleunigung und, wie ich wohl sagen kann, mit außergewöhnlicher Gründlichkeit ausgearbeitet ist, sofort in Druck legen lassen und am zweiten Tage nach der Beschlussfassung sämmtlichen Reichsraths-Abgeordneten, sämmtlichen Mitgliedern der Regierung, den Mitgliedern des Herrenhauses zugesendet mit der Bitte, sich der Interessen Wiens anzunehmen. Es ist selbstverständlich — und ich muss es als selbstverständlich ansehen, dass die Vertreter der Gemeinde Wien im Sinne dieser Petition vorgehen werden und dass sie ..... (Zwischenrufe links) Darf ich bitten, was soll das heißen? — dass sie alles mögliche aufbieten werden, um eine entsprechende Regelung der Verhältnisse, betreffend die Verzehrungssteuer für Wien, herbeizuführen. Das ist nach meiner Ansicht der einzige Weg, der zu einem positiven und befriedigenden Resultate führen kann, während ich allerdings — wenn ich das schon aussprechen kann und darf — der Meinung bin, dass bei den Stellen des Steuergesetzes, die heute in Verhandlung stehen, kaum ein Resultat von schwerwiegender Bedeutung zu erzielen sein dürfte, da eben ein allgemeiner Widerstand gegen diese Bestrebungen sich geltend gemacht hat. Das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

16. Anfrage des **Gem.-Rathes Gregorig:**

Die Gemeinde Wien hat das Haus VII., Hermannsgasse 24, von dem Hafnermeister Herrn Adolf Schwarz käuflich erworben und zur Übernahme desselben in ihr Eigenthum eine Commission bestimmt, bei welcher fünf Beamte verschiedener Ämter namens der Gemeinde Wien intervenierten.

Zwei Tage nach durchgeführter Amtshandlung übersendete Herr Adolf Schwarz aus freiem Antriebe jedem der erwähnten fünf Beamten je ein Körbchen Cigarren und je eine Flasche Jockey-Club-Champagner in deren Wohnung als Geschenk.

Einer derselben, Herr Commissär Schmidtbauer, erstattete für seine Person hievon die Anzeige an das Magistrats-Präsidium. Obzwar nun im vorliegenden Falle die Annahme eines Geschenkes seitens eines Gemeindebeamten nach ordnungsmäßig durchgeführter Amtshandlung weder als „Geschenkannahme in Amtssachen" eine strafrechtlich verpönte, noch, nach der Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten, als eine unerlaubte Handlung angesehen werden kann, verfügte der Herr Magistratsdirector, dass die fünf Beamten die erhaltenen Geschenke an die Magistratsdirection abzugeben haben, welch letztere die Geschenke confiscierte.

Ganz eigenartig aber gestaltete sich der weitere Verlauf dieser Angelegenheit.

Die gemaßregelten fünf Beamten, die Herren Magistratsdirector Krenn, Vicedirector Tachau und Magistratsrath Pohl wurden in das Bureau des Directions-Concipisten Dr. Kandler geladen.

Hier wurden nun bei geschlossenen Thüren die confiscierten Geschenke unter den vorbenannten Herren versteigert, und sollen der Herr Magistratsdirector, der Herr Magistrats-Vicedirector und Magistratsrath Pohl, die vorher mit den Buchstaben K. T. P. bezeichneten Gegenstände um 1 fl. 70 kr., also einem weit hinter dem wahren Werte zurückbleibenden Betrag, erstanden haben. Für den Herrn Magistratsdirector bot der als Ausrufer fungierende Dr. Kandler. Die eingeladenen Subalternbeamten wagten bis auf zwei, eingeschüchtert durch den ganzen Vorgang, nicht mitzubieten.

Der Erlös soll dem Armenfonde zugeflossen sein.

Diese Art des Vorganges ist gewiss nicht geeignet, die Achtung der Beamten ihren Vorgesetzten gegenüber, sowie die Disciplin zu fördern, umsomehr, als ähnliche Vorfälle schon wiederholt vorgekommen sein sollen.

Wenn schon die löbliche Magistratsdirection in Bezug auf die ihr unterstehende Beamtenschaft feinfühlend ist, so hätte ich eine Verfügung, dass die betreffenden Beamten verhalten werden, dem Herrn Schwarz die Geschenke zurückzustellen, begreiflich finden können. Aber nimmermehr darf der Vorgang gebilligt werden, der im vorliegenden Falle beliebt wurde.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Sind dem Herrn Bürgermeister die erwähnten Vorkommnisse bekannt, und was gedenkt derselbe angesichts dieser ganz eigenthümlichen Gebarung der Magistratsdirection zu verfügen?

Bürgermeister: Ich kann auf diese Interpellation lediglich bemerken, dass ich mir über diese Angelegenheit habe Bericht erstatten lassen und dass ich im eigenen Wirkungskreise das Erforderliche veranlassen werde.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

17. Interpellation des **Gem.-Rathes Pursch:**

Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

Der in der Stadtraths-Sitzung vom 21. März 1895 gefasste Beschluss über die Sonntagsruhe (Referent St.-R. Dr. Vogler) hat in den Kreisen der Handeltreibenden große Missstimmung hervorgerufen. Es ist dies aus nachfolgendem Beschluss-Antrage der in der Volkshalle des Wiener Rathhauses tagenden Genossenschafts-Versammlung zu ersehen. Derselbe lautet:

Beschluss-Antrag!

Die heute Mittwoch den 24. April 1895 in der Volkshalle des Wiener Rathhauses tagende Genossenschafts-Versammlung der Gemischtwaren-Verschleißer in Wien spricht ihre höchste Entrüstung darüber aus, dass der löbliche Stadtrath der Gemeinde Wien in seinem Gutachten zur Durchführung des Sonntagsruhegesetzes nur den bequemen Gewohnheiten der bessersituierten Consumenten Rechnung getragen, jedoch weder die Bedürfnisse der minderbemittelten Bevölkerung, noch die vitalsten Interessen der gesammten Lebensmittel-Detailhändler berücksichtigt hat.

Die Versammlung erklärt die Vorschläge des Stadtrathes in puncto Lebensmittelhandlung für unannehmbar und macht denselben für die daraus folgenden Consequenzen verantwortlich.

Für die Genossenschaft:
Joh. Pabst m. p., Vorsteher.

Ich stelle daher nachfolgende Anfrage:

Ist der sehr verehrte Herr Bürgermeister geneigt, sobald als möglich die bereits so zahlreichen Anträge wegen Abschaffung der Institution des Stadtrathes mit möglichster Beschleunigung dem Plenum des verehrlichen Gemeinderathes vorzulegen?

Bürgermeister: Meine Herren! In Beantwortung dieser Interpellation kann ich nur Folgendes bemerken: Zwei verschiedene Strömungen machen sich in dieser Frage geltend, und bis vor kurzem galt es als Axiom, dass die Sonntagsruhe mit der größten Strenge durchgeführt werden soll, unerbittlich und rücksichtslos. (Ruf links: Das ist nicht richtig!) Nun also, mir ist das so bekannt geworden.

Nun ist die erwähnte Angelegenheit an den Stadtrath gelangt und es war die Pflicht des Stadtrathes, sich über den Gegenstand zu äußern, beziehungsweise im Namen der Gemeinde sein Gutachten abzugeben. Der Stadtrath hat diese Angelegenheit erledigt, von dem Bestreben geleitet, den Geschäftsleuten möglichst entgegenzukommen. (Rufe links: Ja, natürlich!)

Meine Herren! Ich war bei diesen Verhandlungen zugegen, ich habe selbst in diesem Sinne an den Berathungen theilgenommen und kann nur sagen, dass mir sogar dieses mein Vorgehen damals übelgenommen wurde. (Gem.-Rath Pursch: Kaufleute müssen dabei sein, nicht Advocaten!) Herr Gemeinderath, beruhigen Sie sich. (Unruhe. — Gem.-Rath Gregorig: Die Bevölkerung beruhigt sich nicht!) Wenn Sie sich beruhigt haben werden, werde ich fortsetzen. Es ist leicht möglich, dass verschiedene Kreise — und ich begreife das ganz gut — mit den Bestimmungen nicht zufrieden sind (Rufe links: Gewiss!), weil in diesen einschränkenden Bestimmungen eine Belästigung des Publicums und der betreffenden Geschäftsleute liegt. (Rufe links: Jawohl!) Aber, meine Herren, darauf musste man gefasst sein. (Gem.-Rath Gregorig: Das ist absichtlich so gemacht worden!) Wenn man aber — ich will über die Details, welche im Stadtrathe vorgekommen sind, nicht sprechen, auch von der Nennung von Personen Umgang nehmen, weil die Verhandlungen im Stadtrathe bekanntlich geheim sind (Rufe links: Leider! Leider! — Gem.-Rath Gregorig: Für den Szeps nicht!), und es mir persönlich widerstrebt, derlei Mittheilungen zu machen; wenn man aber daraus, dass der Stadtrath der einen oder anderen Interessengruppe gegenüber sich einmal nicht entsprechend und nach deren vollem Wunsche verhält, den Schluss ableitet, es soll die Institution des Stadtrathes abgeschafft werden

(Gem.-Rath Gregorig: Das war sehr richtig! — Gelächter links), so bin ich anderer Meinung. Doch die Zukunft wird ja über diese Frage entscheiden. Ich glaube, dass diese Ansicht zu weit geht. Wenn das so richtig wäre, so würde heute kaum mehr irgendeine menschliche Institution bestehen. (Gem.-Rath Dr. Nechansky: So ist es!) Denn bei jeder ist es so, dass sie den einen befriedigt, den anderen unbefriedigt lässt. (Gem.-Rath Hawranek: Der Nechansky zittert um seine 3000 fl.!) Herr Gem.-Rath Hawranek, das Dazwischenreden dulde ich nicht. Wenn Sie sprechen wollen, gehen Sie hinaus, da können Sie es ungeniert thun. (Lebhafter Widerspruch links. — Gem.-Rath Hawranek: Ich habe hier zu bleiben. Ich werde mir das nie verbieten lassen! — Gem.-Rath Gregorig: Er hat das Recht, herinnen zu sein und kann nicht verhalten werden, hinauszugehen!)

Aber, hier bitte ich, sich an die Geschäftsordnung zu halten. Das geht nicht, dass fort und fort dreingesprochen wird. Wenn Sie etwas zu sagen haben, melden Sie sich zum Worte. (Gem.-Rath Hawranek: Mich hat er gleich gemahnt, vom Nechansky hat er nichts gewusst!) An jedes Mitglied der Versammlung richte ich das Ersuchen, die Verhandlung nicht zu stören und Zwischenrufe möglichst zu vermeiden.

Ich bitte, in der Verlesung fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

18. Interpellation des **Gem.-Rathes Brauneiß:**

Vor kurzer Zeit wurde vom Herrn Collegen Gem.-Rath Schlögl eine Petition und eine Interpellation wegen Schließung des Durchhauses von der Reichsapfelgasse in die anstoßende Siebeneichengasse eingebracht.

Der Herr Bürgermeister beantwortete die Interpellation dahin, dass mit dem Eigenthümer dieses Durchhauses Unterhandlungen gepflogen wurden und dass der Durchgang wieder eröffnet wird.

Es wurde von dortigen Bewohnern an mich das Ersuchen gestellt, in dieser Angelegenheit die nöthigen Schritte einzuleiten.

Ich stelle daher an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Wäre der Herr Bürgermeister geneigt, dafür zu sorgen, dass dieser Durchgang ehestens wieder eröffnet wird?

Bürgermeister: In Beantwortung einer Interpellation, welche in dieser Angelegenheit vor einigen Tagen gestellt worden ist, war ich in der Lage, auf Grund eines Berichtes des Magistrates mitzutheilen, dass die Eigenthümerin der betreffenden Realität sich bereit erklärt hat, den Durchgang durch diese Realität wieder zu gestatten. Ich werde die Durchführung dieser Angelegenheit urgieren.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

19. Antrag des **Gem.-Rathes Röhrl:**

Nachdem die drei Wiener Elektricitäts-Gesellschaften nicht in der Lage sind, die westlichen Bezirke Wiens mit elektrischer Beleuchtung und Kraftübertragung zu versehen, so ergibt sich die dringende Nothwendigkeit, dass auch für diese auf gewerblichem Gebiete so hervorragend wichtige Bezirke in dieser nützlichen Beziehung etwas geschehen müsse.

Es ist gewiss auch hervorzuheben, dass dem k. k. Lustschlosse Schönbrunn die Möglichkeit geboten werde, die elektrische Beleuchtung einzuführen.

Es wäre sonach vortheilhaft und praktisch, wenn eine communale elektrische Station für Beleuchtung und Kraftübertragung errichtet und von der Commune Wien in eigener Regie betrieben würde. Diese Anstalt wäre im Bezirke Rudolfsheim als dem Centrum der westlichen Bezirke zu errichten, wo auch entsprechend große Realitäten vorhanden und käuflich sind.

Aus obenerwähnten Gründen und im Interesse der Bevölkerung des XII., XIII., XIV., XV. Bezirkes stelle ich folgenden Antrag:

Der löbliche Gemeinderath beschließe:

Es sei in Rudolfsheim eine elektrische Station für Beleuchtung und Kraftübertragung für die westlichen Bezirke Wiens ehestens zu errichten, um der gerechten Forderung der Bewohner zu entsprechen.

Dieses Elektricitätswerk sei aus communalen Mitteln zu erbauen und in eigener Regie zu führen.

Die Anlage dieser Anstalt, sowie die Einrichtung derselben sollen nach den neuesten Erfahrungen hergestellt und die Maschinen von inländischen Firmen bezogen werden.

Das löbliche Stadtbauamt werde umgehend beauftragt, Projecte und Kostenvoranschlag dem löblichen Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorzulegen.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

20. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Hackenberg** und Genossen:

In der vorletzten Sitzung des Gemeinderathes wurde die Einladung des Vorortes des deutschen Gabelsberger Stenographenbundes und des Wiener Festausschusses zu den am 22. Juli d. J. beginnenden fünften deutschen Stenographentage zur Kenntnis gebracht.

Anknüpfend hieran verweisen die Unterzeichneten darauf, dass die Gabelsberger'sche Stenographie, wie es in der betreffenden Einladung betont ist, seit Jahren in Österreich eine dominierende Stellung einnimmt, dass insbesondere in Wien diese Kunst seit beinahe einem halben Jahrhundert eine Pflegestätte ersten Ranges gefunden hat, so dass die Stadt Wien als die erste deutsche Stenographenstadt mit Recht bezeichnet werden kann.

In vielen öffentlichen Ämtern, im Parlamente, im Gemeinderathe, in vielen Zweigen des gesellschaftlichen und geschäftlichen Verkehres 2c. leistet die Stenographie der Öffentlichkeit die wertvollsten Dienste.

Die Gemeinde Wien hat durch Benennung von Straßen nach Gabelsberger und nach Ignaz Jakob Heger, durch Gewährung einer Subvention an den seit 1849 hier bestehenden, im stenographischen Leben eine hervorragende Stellung einnehmenden Stenographen-Verein, durch Einräumung von Schullocalitäten zu stenographischen Unterrichtszwecken, sein Interesse an der Sache der Stenographie bethätigt.

Bei dem letzten Stenographentage und bei der gleichzeitig mit demselben stattgehabten Enthüllung des Gabelsberger-Denkmales in München war die Gemeinde Wien durch einen eigens entsendeten Delegierten vertreten, welcher mit besonderer Auszeichnung dortselbst empfangen und von der Gemeinde begrüßt und gefeiert wurde.

Die Rücksicht auf die geschilderten Verhältnisse der Stenographie in Wien und die Pflicht, die dem Vertreter Wiens gebotene Gastfreundschaft zu erwidern, endlich die der Gemeinde obliegende Aufgabe, die Stellung der Stenographie durch Ehrung der Vertreter des königlichen stenographischen Institutes in Sachsen und der allen Berufskreisen angehörigen Vertreter als aus dem gesammten Deutschen Reiche und aus allen Provinzen Österreichs anzuerkennen, veranlassen die Unterfertigten zu folgenden Anträgen:

1. Der Herr Bürgermeister wird ersucht, den Stenographentag namens der Gemeinde Wien zu begrüßen;

2. der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, die Mitglieder des Stenographentages im Rathhause zu empfangen und wird ihm zum Behufe der Durchführung dieses Empfanges ein Credit bis zu 1500 fl. eröffnet;

3. dem Festausschusse wird eine Subvention von 500 fl. aus Gemeindemitteln gewährt;

4. der Magistrat wird beauftragt, über diesen Antrag dem Stadtrathe binnen 14 Tagen Bericht zu erstatten.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

21. Antrag der **Gem.-Räthe Dr. Geßmann, Stehlik** und Genossen:

Die Nachrichten über die schrecklichen Verheerungen, welche durch das Erdbeben in der krainischen Landeshauptstadt Laibach angerichtet wurden, lauten immer betrübender und ist wahrhaftig ein furchtbares Maß von Jammer und Elend, welches über die Bewohner dieser Stadt hereingebrochen ist.

So muss es sich für alle Menschenfreunde zunächst darum handeln, für die bitterste Noth wenigstens eine augenblickliche Abhilfe zu schaffen. Und es ist gewiss der Reichshaupt- und Residenzstadt würdig, der so schwer heimgesuchten Schwesterstadt nach Möglichkeit zu Hilfe zu eilen.

Mit Rücksicht auf die Größe des eingetretenen Unglückes und die Wiederholung der Katastrophe scheint der von einem löblichen Stadtrathe den durch das Erdbeben in Laibach Verunglückten gewidmete Betrag von 5000 fl. nicht entsprechend und es stellen daher die Gefertigten den Antrag:

Der Gemeinderath der Stadt Wien wolle beschließen:

Es sei der Stadt Laibach zur Linderung der durch das Erdbeben hervorgerufenen Nothlage ihrer Bewohner neuerlich der Betrag von zehntausend Gulden zu widmen.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

22. Antrag des **Gem.-Rathes Rauscher** und Genossen:

Die städtischen Beamten genießen gegenwärtig nach einer jahrelang in Anwendung stehenden Tradition das Beneficium eines jährlichen Erholungsurlaubes in der Dauer von 14 Tagen. Nachdem einerseits dieses Beneficium in der Dienstpragmatik für die Beamten und Diener der Stadt Wien als gewährleistetes Recht statutarisch nicht festgesetzt ist, andererseits den thatsächlichen Bedürfnissen der städtischen Beamten und Diener durchaus nicht entspricht, beantragt der Gefertigte, den § 38 der besagten Dienstpragmatik abzuändern wie folgt:

1. Die städtischen Beamten sind berechtigt, alljährlich in den Sommermonaten, das ist in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September, gegen vorherige Anmeldung bei dem betreffenden Amtsvorstande, beziehungsweise Vorgesetzten einen Erholungsurlaub anzutreten; es gebürt den Beamten bis zu zehn Dienstjahren ein Urlaub in der Dauer von zwei Wochen, von 10 bis 15 Dienstjahren drei Wochen, von 15 bis 20 Dienstjahren vier Wochen, von 20 bis 25 Dienstjahren fünf Wochen und über 25 Dienstjahre sechs Wochen.

2. Den städtischen Dienern mit einer Dienstzeit von über fünf Jahren werde ein alljährlicher Erholungsurlaub in der Dauer von zwei Wochen bewilligt.

3. Die Bewilligung eines längeren Urlaubes über die vorigen Termine hinaus, eines Urlaubes zu anderer, als der angegebenen Zeit, sowie eines Urlaubes aus anderen, als Erholungsrücksichten ist beim Bürgermeister schriftlich anzusuchen.

Um den communalen Beamten und Dienern Gelegenheit zu bieten, von diesen vorstehenden Bestimmungen schon heuer Gebrauch zu machen, beantrage ich, den Stadtrath zu ersuchen, innerhalb acht Tagen in dieser Angelegenheit Bericht zu erstatten.

Bürgermeister: Wird dem Magistrate zur Vorberathung zugewiesen.

Wir kommen zur Tagesordnung. — Zum Referate Herr Gem.-Rath v. Götz!

23. (2483, 2045.) **Referent Gem.-Rath v. Götz:** Das auf der Cat.-Parc. 239/2 Grundbuch Hacking nächst der Prinz Karlgasse erbaute Feuerlösch-Requisitendepot kommt aus Anlass des Stadtbahnbaues zur Einlösung und Demolierung und muss hiefür Ersatz geschaffen werden. Da in den städtischen Objecten in Hacking kein disponibler Raum zur Unterbringung der Feuerlöschrequisiten vorhanden ist, wurde eine Local-Commission am 3. December 1894 in Hacking abgehalten und dabei constatiert, dass in Hacking-Au Cat.-Parc. 141, Einl.-Z. 15, Grundbuch Hacking, die Parcelle westlich von der Rußpekgasse, früher Brückengasse, welche als einziger für die Durchführung des Baues geeigneter Platz in Betracht kommt, Eigenthum der Gemeinde Wien ist. Es wurde nun von Seite des Bauamtes ein Project ausgearbeitet, das ein Requisitendepot, eine Wachstube, Abort, Vorraum und Pissoir enthält und an Kosten 8887 fl. 1 kr. erfordert. Nachdem nun in der betreffenden Rubrik im Budget bloß 10.000 fl. eingesetzt erscheinen und von dieser bereits 2054 fl. 12 kr. in Anspruch genommen worden sind, so erübrigt es noch, dass ein Zuschusscredit in der Höhe von 941 fl. 13 kr. genehmigt wird. Ich will nur noch schließlich bemerken, dass eben ein Theil der Kosten der Erbauung des neuen Depots von Seite der k. k. Verkehrs-Commission bezahlt werden wird. Es wird demnach von Seite des Stadtrathes der Antrag gestellt, das Stadtbauamtsproject mit dem Erfordernisse von 8887 fl. 1 kr. zu genehmigen, den Bauconsens zu ertheilen und einen Zuschusscredit von 941 fl. 13 kr. zu genehmigen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Das Stadtbauamtsproject für das Requisitendepot der freiwilligen Feuerwehr in Hacking wird mit dem Erfordernisse von 8887 fl. 1 kr. genehmigt und für dasselbe der Bauconsens ertheilt. Zur Deckung des unbedeckten Theiles dieser Ausgabe wird ein Zuschusscredit von 941 fl. 13 kr. bewilligt.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Vogler!

24. (1074.) **Referent Gem.-Rath Dr. Vogler:** Nummer 55 der Beilagen. In der Gemeinde Wien sind für die alten zehn Bezirke zwei Turnschulaufseher bestellt. Diese Turnschulaufseher haben die Verpflichtung, die Turnschulgeräthe nachzusehen, Fehler, die sich durch die Benützung und den Gebrauch ergeben, zu entdecken und rechtzeitig Abhilfe zu schaffen. Die zwei Stellen sind systemisiert mit 60 fl. Monatsgehalt und außerdem hat jeder Turnschulaufseher eine Tramwaykarte.

Es hat sich nun ergeben, dass es zweckmäßig erscheint, einen dritten solchen Aufseher zu bestellen, weil durch die Ausdehnung Wiens infolge der Einbeziehung der Vororte die Zahl der Turnplätze erheblich vermehrt worden ist und mit den zwei bestehenden Turnschulaufsehern nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann. Nachdem von Seite der Ämter darauf hingewiesen wird, dass es eine dringende Nothwendigkeit ist, dass diese Turnschulaufseher bestehen bleiben und ein dritter Aufseher bestellt werde, empfiehlt Ihnen der Stadtrath den Antrag, es sei vom 1. März 1895 die Stelle eines dritten provisorischen Turnplatzaufsehers mit einer monatlichen Entlohnung von 60 fl. und einer Jahreskarte der Wiener Tramway-Gesellschaft zu 50 fl. zu systemisieren und zu besetzen.

Ich bitte um die Annahme des Antrages.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Bärtl!

Gem.-Rath Bärtl: Ich bin nicht gegen dieses Referat, aber es ist undenkbar, dass man sagt, vom 1. März 1895 stellt man einen Turnaufseher an; nachdem die Sache schon vorüber ist, bestimmen Sie den 1. Mai, und ich beantrage auch den 1. Mai. Warum denn zurückdatieren? Er ist doch nicht bei uns. Ich beantrage, statt des 1. März den 1. Mai zu setzen.

Referent: Ich habe gegen diese Abänderung selbstverständlich nichts einzuwenden.

Bürgermeister: Also keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Ich erkläre den Referenten-Antrag mit der Modification nach dem Antrage Bärtl für angenommen.

Beschluss: Vom 1. Mai 1895 an ist die Stelle eines dritten provisorischen Turnplatzaufsehers mit einer monatlichen Entlohnung von 60 fl. ö. W. und einer Jahreskarte der Wiener Tramway-Gesellschaft zu 50 fl. zu systemisieren und zu besetzen.

25. (365.) **Referent Gem.-Rath Dr. Vogler:** Der Magistrat beantragt mit ausführlicher Motivierung, dass die Gemeinde Wien dem „städtischen Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit" beitrete. Es wird darauf hingewiesen, welche Wichtigkeit und Bedeutung diesem Vereine zukommt insbesondere bei Gelegenheit der gegenwärtigen Umgestaltung des Armenwesens. Der Verein versammelt sich alljährlich in einer deutschen Stadt und dort treten alle hervorragenden Leute, welche sich in irgendeiner Weise auf dem Gebiete des Armenwesens in den deutschen Städten bethätigten und welche praktische Erfahrungen auf diesem Gebiete mitbringen, zu gemeinsamen Berathungen zusammen. Diese gemeinsamen Berathungen haben sehr oft sehr zweckdienliche

Resultate ergeben, welche auch auf die Gesetzgebung und die Einrichtungen der Armenpflege in den Städten einen besonderen Einfluss genommen haben. Wenn es die Herren interessiert, würde ich ihnen vorführen, welche Gegenstände auf diesen verschiedenen Vereinstagen zur Verhandlung gekommen sind, und daraus würden Sie ersehen, welche Bedeutung diesen Versammlungen zukommt Auf dem letzten dieser Vereinstage, welcher im vorigen Jahre in Köln stattgefunden hat, wurde z. B. die Frage der Stellung der Berufsbeamten in der Armenpflege einer ausführlichen Erörterung unterzogen und es kann gewiss nicht geleugnet werden, dass diese Frage von wesentlicher Bedeutung für die Entwicklung des Armenwesens und die Einrichtung der Armenpflege in den Städten ist.

Die Tagesordnung, welche für die in diesem Jahre stattfindende Versammlung dieses Vereines bereits ausgeschickt worden ist, enthält unter anderem folgende Punkte: Die Fürsorge für die Obdachlosen in den Städten, die Fürsorge für schwachsinnige und idiotische Kinder, die Stellungnahme der Landesgesetzgebungen gegen alimentationssäumige Angehörige zu treffende Zwangsmaßregeln, endlich die Frage: In welchen Fällen ist die Abnahme von Kindern der Gewährung von Familienunterstützung in offener Pflege vorzuziehen? Aus diesen angeführten Punkten werden die Herren schon ersehen, in welcher Weise der Verein vorgeht, welche hochwichtige Themen, die auch für unsere Gemeindeverwaltung von besonderer Wichtigkeit sind, dort zur Verhandlung gelangen. Es ist infolgedessen gewiss zweckmäßig, wenn die Gemeinde Wien sich auch an den Bestrebungen des Vereines betheiligt, eventuell Delegierte zu den Versammlungen entsendet, die Druckwerke dieses Vereines empfängt u. s. w.

Nach den Statuten kann der Mitgliedsbeitrag von 5 Mark aufwärts festgesetzt werden. Nachdem die Stadt Berlin 200 Mark und die Stadt Hamburg 100 Mark bezahlt, wird von Seite des Magistrates und auch von Seite des Stadtrathes Ihnen beantragt, dass dem Vereine von Seite der Stadt Wien mit einem Jahresbeitrage von 200 Mark beizutreten ist.

Ich stelle daher den Antrag, es möge beschlossen werden, dass vom Jahre 1895 ab die Stadt Wien ihren Beitritt zum Vereine für Armenpflege und Wohlthätigkeit mit einem Beitrage von 200 Mark erkläre.

Ich bitte um die Genehmigung dieses Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (der den Vorsitz während vorstehenden Referates übernommen hat): Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung. — Angenommen.

Beschluss: Die Gemeinde Wien tritt dem Deutschen Vereine für Armenpflege und Wohlthätigkeit mit einem jährlichen Beitrage von 200 Mark ab 1895 bei.

26. (3274.) **Referent Bürgermeister Dr. Grübl:** Ich habe die Ehre, im Namen des Stadtrathes zu referieren über ein Ansuchen der Vorstände der Hilfs- und Nebenämter des Magistrates um Wiederzuerkennung des Titels „Director". Die Vorstände der Hauptcassa, des Steueramtes, des Marktamtes, des Conscriptionsamtes, der Kanzlei und der Registratur haben seinerzeit den Titel „Director" geführt. Nun ist bei der Regulierung der Ämter und Schaffung des Rangclassenschemas dieser Titel bei diesen Ämtern abgeschafft worden. Den Titel haben behalten der Magistratsdirector und Vicedirector und der Bauamtsdirector.

Diese Änderung hat damals schon eine lebhafte Verstimmung hervorgerufen und diese Verstimmung hat sich im Laufe der Zeit nicht verringert. Die Herren haben es schwer empfunden, dass sie einen, wie sie meinen, minder entsprechenden Titel erhalten haben, als derjenige war, den sie früher geführt haben. Sie sind der Meinung, dass überhaupt der Titel „Vorstand" eines Amtes keinen Rang bedeute, sondern nur eine Verwendung, und weisen darauf hin, dass bei den kaiserlichen Ämtern, wo dieser Titel besteht und wo er eine Verwendung anzeigt und zum Ausdrucke bringt, der betreffende Beamte überdies einen Titel hat, welcher seinen Namen und Charakter zum Ausdrucke bringt. Sie haben nun schon vor längerer Zeit das Ansuchen gestellt, es möge Ihnen der frühere Titel wieder verliehen werden, nachdem der größte Theil des Publicums an dem früheren Titel festhält und den Herren diesen Titel im Verkehre gibt. Sie meinen, es sei ihnen ein unangenehmes Gefühl, einen Titel anzunehmen, der ihnen nach der Organisation nicht gebürt.

Der Magistrat hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Die Angelegenheit ist in Form eines Antrages des Magistrats-Vicedirectors an das Magistratsgremium gelangt. Ich kann erklären, dass die Magistratsdirection gegen dieses Ansuchen der Herren Vorstände gar nichts einzuwenden hat, sondern damit einverstanden ist. Das Magistratsgremium aber hat Bedenken dagegen gefunden und sich in seiner Majorität dagegen ausgesprochen. So ist die Angelegenheit an den Stadtrath gelangt.

Der Stadtrath hat sich gleichfalls mit der Angelegenheit beschäftigt und in Würdigung der von den Vorständen angeführten Gründe beschlossen, es sei dem Ansuchen der Herren Folge zu geben.

Ich habe die Ehre, diesen Antrag dem Gemeinderathe vorzulegen und um dessen Annahme zu bitten.

Bei dieser Gelegenheit wird aber in Consequenz der Durchführung dieses Antrages weiter in Anregung zu bringen sein, dass den Adjuncten der Kanzlei und der Registratur, sowie jenen des Conscriptionsamtes, welche schon früher den Titel „Directionsadjunct" geführt haben, dieser Titel wieder verliehen werde.

Endlich ist noch Folgendes zu erwähnen: Es war früher die Meinung massgebend, dass es möglich sei, einen sogenannten Concretualstatus zu schaffen, und es wurde deswegen perhorresciert, jedem Beamten, der z. B. Official ist, noch die Bezeichnung vorsetzen zu lassen, welche dem Amte entspricht, dem er angehört, also z. B. einem Official des Conscriptionsamtes den Titel „Conscriptionsamts-Official" oder „Hauptcassa-Controlor" u. s. f.

Nachdem man die Erfahrung gemacht hat, dass die Idee eines Concretualstatus im städtischen Dienste nicht haltbar ist, da sich bei Aufrechterhaltung dieser Idee Inconvenienzen ergeben dürften, so wird auch ferner beantragt, es seien die Beamten der einzelnen Ämter nach dem Amte, dem sie angehören, zu bezeichnen (beispielsweise: Steueramts-Director, Hauptcassa-Controlor, Conscriptionsamts-Official, Kanzlei-Accessist ꝛc.).

Aus diesen Erwägungen empfehle ich der verehrten Versammlung die Anträge, welche in der Beilage Nr. 80 enthalten sind und welche ich vorzutragen die Ehre hatte. Ich bitte um die Annahme.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Hawranek!

Gem.-Rath Hawranek: Es freut mich ungemein, dass man endlich einmal zu der Ansicht gekommen ist und der Herr Bürgermeister sich darum angenommen hat und man diese Titel wieder einführt. Seinerzeit habe ich, wie die Rangclasseneintheilung vor sich gegangen ist, das Wort ergriffen und gegen diese neue

Benennung „Amtsvorstand" oder „Cassenvorstand" Stellung genommen. Ich habe dagegen gesprochen. Nur hat damals der Herr Bürgermeister ironisch geantwortet: Wenn ich ihm geholfen hätte, wäre es vielleicht besser gegangen. Beweis dafür, dass Sie jetzt trotzdem darauf kommen. Es sind nirgends Vorstände, Cassenvorstände bei den Staatsämtern, sondern überall Cassendirectoren ꝛc., und ich werde mit Freuden dies begrüßen, wenn sie wieder zu ihrem Titel kommen.

Gem.-Rath Herold: Ich habe gegen dieses Referat absolut keine Einwendung; im Gegentheile will ich eine Erläuterung dazu geben. Als Mitglied der Waisenhaus-Commission hatte ich Gelegenheit, die Wünsche der Waisenhausväter entgegenzunehmen und bis jetzt war ihr einziger Wunsch, dass auch ihr Titel geändert werden möge, indem die Bezeichnung „Waisenhausvater" manches Hindernis und Verwirrung anrichtet, vorzüglich gegenüber den Lieferanten und dem Publicum und den Personen, mit denen sie in officieller Stellung zu verkehren haben. Ich gebe zu, dass der Titel „Waisenhausvater" gegenüber den Kindern am Platze ist, aber gegenüber den Lieferanten und dem Publicum möchten die Herren den Titel „Waisenhausdirector" haben. Die Herren in der Waisenhaus-Commission haben dem auch beigepflichtet. Die Betreffenden haben oft mit Leuten zu verkehren, wo ihnen der Titel ein gewisses Prestige gibt, und die Bezeichnung „Waisenhausvater" ist oft nicht darnach angethan, ihre Stellung im richtigen Lichte erscheinen zu lassen. Es wurde daher einstimmig der Wunsch ausgesprochen, den Titel „Waisenhausvater" in „Waisenhausdirector" umzuwandeln, und ich erlaube mir den Antrag zu stellen, es möge den Leitern der Waisenhäuser der Titel „Director" gegeben werden. Das war das Ergebnis der Prüfung der Waisenhaus-Commission, wenigstens in den Häusern, die wir bis jetzt inspiciert haben. Es sind das drei bis vier. Aber ich glaube, derselbe Wunsch ist auch bei den übrigen Herren in den Waisenhäusern, die wir noch zu besuchen haben. Ich habe es daher für nothwendig gehalten, diesen Wunsch der Waisenhausväter hier vorzubringen, und habe diesen Antrag motiviert. Ich glaube, dass die Herren nur Gerechtes und Billiges verlangen, wenn sie diesen Titel beanspruchen. Für das Interne können sie ja stets den Titel eines Waisenhausvaters beibehalten. Ich habe also geglaubt, dies dem Gemeinderathe vorlegen und den Wunsch dieser Herren kundgeben zu sollen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Meine geehrten Herren! Gegen das Referat des Herrn Bürgermeisters habe ich gar nichts einzuwenden, ich bin vollständig damit einverstanden. Ich habe mich seinerzeit genug geärgert, wie man, ich weiß nicht aus welcher Ursache, einen Druck ausgeübt hat, um den Herren den Titel zu entziehen. Ein Herr hat sich sogar sehr gekränkt und ist in Pension gegangen, Sie wissen, wer das ist. Aber gegen den Herrn Vorredner muss ich mich wenden. Die Titelsucht ist bei uns geradezu unglaublich, nur die Gewerbetreibenden, die die ganze Geschichte bezahlen müssen, haben keinen Titel, die bleiben Schuster und Schneider, und wenn ein hochliberaler Herr kommt, ruft er dem Schneider zu: „Gasbock!", wie es hier im Gemeinderathe geschehen ist.

Gegenüber dem, was der Herr Vorredner bezüglich der Waisenhausväter erwähnt hat, muss ich sagen, das Waisenhaus ist eine Familie, und für einen Mann gibt es keinen ehrenderen Titel als den Namen Vater. Aber dafür sorgen Sie, dass dort Väter hinkommen. Die Waisenhäuser, wie sie heute bestehen, entsprechen in ihrem ganzen Wesen ihrer Aufgabe nicht. Die sogenannten Waisenhausväter sind derart mit Schreibgeschäften überladen, dass sie sich unmöglich um das Wohl der ihnen anvertrauten Kinder kümmern können. Wer hat denn die Aufsicht über die Kinder? Jemand, der durch Protection irgendwo als Diener hineingekommen. Ich habe die Wirtschaft in den Waisenhäusern kennen gelernt und bedauere recht sehr, wenn der Herr Vorredner, der, wie ich glaube, Mitglied der Waisenhaus-Commission ist, keine andere Verbesserung weiß, als diesen Titel „Waisenhausvater" in „Director" umzuwandeln. Regenerieren Sie von unten auf in den Waisenhäusern, schaffen Sie dort Ordnung, bringen Sie Erziehung hinein. Der einzelne Waisenhausvater kann absolut diese Menge Kinder nicht übersehen. Die Mittel, die ihm zur Überwachung der Kinder und zum Unterrichte zugebote stehen, sind vollkommen unzulänglich.

Sie müssen dort Leute hingeben, die die Kinder unterrichten und erziehen können. Der Zweck der Waisenhäuser ist ein eminent erziehlicher; die jetzige Art der Waisenhäuser kann aber absolut nicht fortbestehen. Es muss über alle Waisenhäuser eine Controle geschaffen werden, es muss ein Mann an die Spitze gestellt werden, der das Waisenwesen wirklich versteht. Glauben Sie ja nicht, dass, wenn Sie irgendjemanden Waisenvater nennen, er schon Waisenvater ist. Die Aufgabe, ein solches Institut zu leiten, fordert, dass der Mann ganz darin aufgehen muss, er muss den Beruf dazu haben. Die Verantwortung eines solchen Mannes ist gar nicht zu ermessen. Jedes Kind, wenn es richtig geleitet wird, kann ein brauchbares Mitglied der Gesellschaft werden. Wenn dagegen ein Mann an der Spitze steht, der sein Amt gegenüber dem Magistrate sehr gut ausfüllt, die Kinder aber nicht individuell behandelt, so kriegen wir alles mögliche heraus, nur keine nützlichen Staatsbürger. Jedes Kind in einem Waisenhause ist schon ein bedauernswürdiges Geschöpf, weil das Theuerste, was der Mensch besitzen kann, die Eltern, ihm verloren gegangen sind. Unsere Pflicht ist es, in den Waisenhäusern dafür zu sorgen, dass den Kindern Eltern geschaffen werden. Das bringen wir nur in der Weise zusammen, dass das Waisenhauswesen anders organisiert wird, als es jetzt ist. Ich will nicht einen Plan entwickeln. Es ist eine große Aufgabe, die vor uns liegt; erfüllen wir sie in richtiger Weise, so haben wir den Dank der ganzen Bevölkerung für uns. Wenn aber die Zustände, die in einzelnen Waisenhäusern bestehen — ich bedauere, dass die Commission sie nicht gefunden hat — fortbestehen bleiben, so ist das ein Unglück für die Kinder. Deshalb kann ich mich für den Antrag des Herrn Vorredners nicht begeistern, weil er schon jetzt für die einzelnen Waisenväter Directorenstellen verlangt. Die Directorenstellen müssen vielleicht später anderen Personen gegeben werden, die erst bestellt werden. Heute bin ich entschieden dagegen, eine Titeländerung vorzunehmen. Einzelnen Waisenvätern kann man ja volles Lob spenden. Aber die Herren wissen ja, dass dies nicht von allen gilt, und College Pollak hat Sachen mitgetheilt, die geradezu unerhört sind.

Da muss ein Keil hineingeführt und gebessert werden. Das ist Sache des Herrn Bürgermeisters, und ich hoffe, er wird die Anträge, die in der Richtung gestellt werden, unterstützen.

Gem.-Rath Dr. v. Billing: Ich werde mich in eine meritale Behandlung der Frage nicht einlassen, weil ich glaube, dass das heute nicht zur Sache gehört. Ich möchte mir nur Folgendes mitzutheilen erlauben: Es ist zwei Jahre her, dass Herr College Frauenberger einen Antrag gestellt hat, welcher dahin geht, das Statut sowie die Instructionen der Waisenhäuser, welche

maßgebend sind für die Gebarung der Waisenhäuser, einer Revision zu unterziehen. Diese Revision ist nach ziemlich langer Zeit und gründlicher Durcharbeitung erfolgt und wurden dabei auch die Waisenhausväter einvernommen. Das Referat liegt vor und befindet sich in meinen Händen, und werde ich, sobald wir dazukommen, das längst fertiggestellte Referat dem Stadtrathe vorlegen. Ich möchte bemerken, dass bei dieser Gelegenheit diese Frage zur Sprache gekommen ist, und dass, wie es scheint, allmählich der Appetit steigt. Zuerst wollten sie nur Waisenhausleiter heißen — jetzt wollen sie schon Waisenhausdirectoren heißen. Ich glaube, dass in dieser Beziehung sich die Mitte finden lassen wird, wiewohl ich heute schon bemerke, dass ich mich gegen einen doppelten Titel nach innen und außen ausspreche. Auch jene Anregungen, welche Herr College Pollak gegeben hat, sind in Händen des Magistrates zur Berichterstattung. Ich glaube aber, dass wir heute eine derartige Debatte nicht fortführen sollen, sondern warten, bis ein diesbezügliches meritales Referat vorliegt. Ich stelle den Antrag, es sei die Anregung des Herrn Collegen Herold dem Stadtrathe zur Ergänzung des bereits fertigen Referates zuzuweisen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen.

Referent: Ich habe nichts zu bemerken. Gegen die Anträge des Stadtrathes ist eine Einwendung nicht erhoben worden, und eine meritorische Abstimmung über den Antrag Herold ist nicht zulässig, da eine diesfällige Vorlage nicht vorhanden ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bringe die Anträge unter einem zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche für die Annahme derselben sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Der Antrag Herold ist der Vorberathung bedürftig. Ich bitte jene Herren, welche denselben zur Vorberathung an den Stadtrath verweisen, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Ich bitte, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität; angenommen.

Beschluss: 1. Den Vorständen der Hauptcassa, des Steueramtes, des Marktamtes, des Conscriptionsamtes und der Kanzlei und Registratur wird der Titel „Director" wieder verliehen.

2. Den Adjuncten der Kanzlei und Registratur, sowie jenen des Conscriptionsamtes wird gestattet, den früheren Titel „Directions-Adjunct" wieder zu führen.

3. Die Beamten der einzelnen Ämter sind nach dem Amte, dem sie angehören, zu bezeichnen. (Beispielsweise: Steueramts-Director, Hauptcassa-Controlor, Conscriptionsamts-Official, Kanzlei-Accessist 2c.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, gefälligst die Plätze einzunehmen, es muss eine Auszählung des Hauses erfolgen wegen der 92er Stücke. (Nach erfolgter Auszählung:)

Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es folgt eine vertrauliche.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 6 Uhr 40 Minuten abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom **30. April 1895.**

Vorsitz: **Bürgermeister Dr. Grübl.**

(2536.) **Vice-Bürgermeister Matzenauer** referiert über die Erwerbung der zur Schaffung einer Gartenanlage zwischen der Schönburg-, Blechthurm-, Seis- und Gassergasse im IV. Bezirke erforderlichen Theile Einl.-Z. 299, 666.

Nach einer eingehenden Debatte wird die Berathung wegen eingetretener Beschlussunfähigkeit abgebrochen.

(Schluss der Sitzung.)

* * *

(**Richtigstellung.**) Im Amtsblatte Nr. 35, pag. 1081, 2. Spalte, Zeile 15 von oben hat es statt: (Angenommen), richtig zu heißen: (Abgelehnt.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 7. Mai 1895.
Mittwoch, den 8. Mai 1895.
Donnerstag, den 9. Mai 1895.
Freitag, den 10. Mai 1895.

Bezirksausschüsse.

Ausschreibung der Ergänzungswahlen von fünf Bezirksausschüssen aus dem ersten und dritten Wahlkörper des XIII. Bezirkes Hietzing.

Behufs Durchführung der auf Grund des § 36, Absatz 2 des Gemeindestatutes für Wien vorzunehmenden Ergänzungswahlen für den Bezirksausschuss des XIII. Bezirkes Hietzing wird Folgendes bekanntgemacht:

Diese Wahlen werden nach den für die Wahl der Mitglieder des Gemeinderathes geltenden Bestimmungen und auf Grund der richtiggestellten Gemeinderaths-Wählerlisten vorgenommen.

Für die Wahlen werden amtliche Stimmzettel ausgegeben und ist jeder andere nicht behördlich ausgegebene Stimmzettel ungiltig.

Die Stimmzettel sind in allen Rubriken vollständig auszufüllen und auf denselben so viele Candidaten namhaft zu machen, als auf den betreffenden Wahlkörper entfallen.

Die Herren Wähler werden eingeladen, sich an unten angesetzten Tagen und Orten mit ihren Legitimationsurkunden persönlich einzufinden.

Für verloren gegangene oder unbrauchbar gewordene Legitimationsurkunden, respective Stimmzettel werden jedem Wahlberechtigten über persönliches Verlangen im Steuer- und Wahlcataster, I., Rathhaus, Hochparterre, und am Wahltage selbst durch den Vorsitzenden der Wahlcommission Duplicate ausgefolgt, wenn die Identität des Wählers zweifellos sichergestellt ist.

Die Abgabe der Stimmzettel beginnt an jedem Wahltage um 8 Uhr morgens und wird um 4 Uhr nachmittags beendet, daher auf Wähler, welche nach Schluss der Stimmenabgabe erscheinen

keine Rücksicht genommen werden kann. Genau um 4 Uhr nachmittags werden die Thüren des Wahllocales geschlossen und können von da an nur mehr diejenigen, welche sich zu dieser Zeit im Wahllocale befinden, ihre Stimmen abgeben.

Nach Schluss der Stimmenabgabe wird die Eröffnung der Stimmzettel und die Stimmenzählung in Gegenwart der sich etwa einfindenden Wähler vorgenommen.

Als gewählt sind diejenigen anzusehen, welche die absolute Mehrheit der abgegebenen giltigen Stimmen erhalten haben.

Haben mehr Personen, als zu wählen waren, die absolute Mehrheit erhalten, so sind diejenigen als gewählt anzusehen, auf welche die größte Stimmenanzahl entfallen ist.

Konnte ein Ergebnis durch die erste Abstimmung nicht erzielt werden, so ist rücksichtlich der noch zu Wählenden zu der engeren Wahl zu schreiten.

Das Recht, sich an der engeren Wahl zu betheiligen, ist durch die Betheiligung an der ersten Wahlhandlung nicht bedingt.

Bei der engeren Wahl sind die Wähler an die Abgabe behördlich ausgefertigter Stimmzettel nicht gebunden.

Sie haben sich auf jene Personen zu beschränken, die bei der ersten Wahl nach denjenigen, welche die absolute Mehrheit erlangten, die relativ meisten Stimmen für sich hatten. Bei Stimmengleichheit wird durch das Los entschieden, wer in die engere Wahl einbezogen werden soll.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Personen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählenden Mitglieder.

Jede Stimme, welche auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

Als gewählt bei der engeren Wahl sind diejenigen anzusehen, welche die meisten der abgegebenen giltigen Stimmen erhalten haben. Ergibt sich bei der engeren Wahl Stimmengleichheit, so entscheidet das Los.

Einwendungen gegen die stattgefundenen Wahlen sind innerhalb der acht auf den Wahltag folgenden Tage bei dem Stadtrathe der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien einzubringen.

Die Wahlen finden an folgenden Tagen statt:

Für den dritten Wahlkörper: am 9. Mai 1895, die eventuelle engere Wahl am 11. Mai 1895.

Für den ersten Wahlkörper: am 13. Mai 1895, die eventuelle engere Wahl am 15. Mai 1895.

Ort und Zahl der vorzunehmenden Wahlen.

Die Herren Wähler aus dem	Ort der Wahlen		Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
III. Wahlkörper	I. Section A—L	Amtshaus, XIII., Wattmanngasse 12, Sitzungssaal im 2. Stocke	2 Ergänzungswahlen mit der Functionsdauer bis zum Jahre 1897
	II. Section M—Z	XIII., Fasholdgasse (früher Mayerhofgasse) Nr. 8, Armeninstitutslocale im Parterre	
I. Wahlkörper		Amtshaus, XIII., Wattmanngasse 12, Sitzungssaal im 2. Stocke	3 Ergänzungswahlen mit der Functionsdauer bis zum Jahre 1897

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen.

(Sitzung vom 27. April 1895.)

Die Commission hat in der am 27. April 1895 abgehaltenen Vollversammlung den Rechnungsabschluss für das Jahr 1894 genehmigt und den über ihre Gebarung an die Curien zu erstattenden Jahresbericht zur Kenntnis genommen. Weiters erfolgte die Festsetzung des der k. k. Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen für die Localbahnlinien der Stadtbahn als Antheil an ihren Centralleitungskosten auszuzahlenden Jahrespauschales. Von den zwei seitens der Gemeinde Wien bei der politischen Begehung der Strecke Hütteldorf—Hietzing der Stadtbahn erhobenen, die Durchführung der Quaistraße betreffenden Forderungen wurde der ersten (Verbreiterung der Straße unter der Verbindungsbahnbrücke) nach dem Antrage der bauleitenden Generaldirection Rechnung getragen, die zweite Forderung (Erhöhung der landseitigen Bahnmauer auf das projectierte Straßenniveau) auf die zu gewärtigenden Vergleichsvorschläge der Gemeinde verwiesen. Mehreren von der Generaldirection gestellten Anträgen auf Grundeinlösungen für die Vororte-, Wienthal- und Gürtellinie der Stadtbahn im Betrage von 100.000 fl., 33.000 fl. und 155.000 fl. wurde zugestimmt. Gleichzeitig wurden der Generaldirection für Grundeinlösungen in der Strecke Westbahnhof—Lobkowitzbrücke der Gürtellinie und Hietzing—Schikanedersteg der Wienthallinie Credite im Gesammtbetrage von 3,471.500 fl. eröffnet. Weiters wurde beschlossen, den Anträgen der genannten Generaldirection wegen Einleitung der Offertverhandlung für Unterbauarbeiten im veranschlagten Betrage von 409.874 fl. im Baulose 6 b der Gürtellinie (Haltestelle Spittelau bis einschließlich der Brücke über die verlegte Kaiser Franz Josefsbahn) und für ebensolche Arbeiten per 113.897 fl. im Baulose 7 der Vorortelinie (Nussdorferstraße bis einschließlich der Brücke über die Gunoldstraße, dann die Widerlager der übrigen drei Überbrückungen der letzteren Straße), endlich wegen Erhöhung des Credites für die Arbeiten im Lose 6 der Gürtellinie um 413.338 fl. zuzustimmen. Für die von der Gemeinde Wien gewünschte Änderung des Namens der Haltestelle „Leibenfrostgasse" der Gürtellinie in „Spittelau" wird die ministerielle Genehmigung eingeholt werden. Dem seitens der k. k. Generaldirection anlässlich der Verlegung einer Theilstrecke der Wienthallinie aus der Jakobsgasse an das Wienflussufer mit der Gemeinde Wien abgeschlossenen Übereinkommen wurde die vorbehaltene Genehmigung ertheilt. Die Commission beschloss ferner, sich gegen die Ertheilung der Concession zum Betriebe einer Cantine für die beim Baue des Hütteldorfer Bahnhofes verwendeten Arbeiter auszusprechen. Der technische Ausschuss der Commission wurde schließlich beauftragt, über die Detailprojecte für die Donaucanallinie der Stadtbahn und für Abänderungen am Wienfluss-Regulierungsprojecte des Wiener Stadtbauamtes die Vorberathung zu pflegen.

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Währing.

April 1895.

Einlagen . . . . . 401.057 fl. 37 kr. von 1564 Parteien
Rückgezahlt . . . . . 387.400 „ 60 „ an 1519 „

Das Gesammt-Interessenten-Guthaben beträgt mit 30. April 1895 . . . . . 6,606.151 fl. 32 kr.

Hypothekar-Darlehen-Stand . . . . . 4,219.053 „ 52 „

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Hernals.

April 1895.

Stand der Einlagen am 31. März 1895 6,020.953 fl. 70 kr.

Einlagen	381.522 fl. 04 kr.	von 2012 Parteien
Rückgezahlt	324.199 „ 95 „	an 1609 „
Zunahme	57.322 fl. 09 kr.	
Stand der Einlagen am 30. April 1895	6,078.275 fl. 79 kr.	
Stand der Hypothekar-Darlehen	3,881.970 „ 45 „	

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Döbling.

April 1895.

Eingelegt wurden von 473 Parteien	64.683 fl. 62 kr.	
Behoben wurden von 423 Parteien	99.017 „ 29 „	
Es ergibt sich daher ein Minus von	34.333 fl. 67 kr.	
Dieses abgerechnet vom Stande mit Ende März per	1,568.571 „ 74 „	
gibt mit Ende April 1895 bei 3857 offenen Conti einen Einlagestand	von 1,534.238 fl. 07 kr.	
Stand der Hypothekar-Darlehen	878.184 fl. 60 kr.	

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 30. April und 2. Mai 1895.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	4775 Stück
Fettschweine	6841 „
Summa	11616 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	9159 Stück
für das Land	1554 „
unverkauft blieben	903 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . von 32 bis 40 (—) kr.
Fettschweine . „ 32 „ 40 (—) „ } per Kg. Lebendgewicht.

Am Dienstagmarkte sind bei einem größeren Auftriebe und bei sehr flauer Tendenz die Preise der Jungschweine um 3 kr. per Kilogramm, die der Fettschweine um 1 kr. per Kilogramm gefallen; während am heutigen Nachmarkte bei flauer Tendenz die Preise der Jungschweine gegen den letzten Dienstagmarkt unverändert blieben, sind Fettschweine um 1 kr. zurückgegangen.

* * *

Pferdemarkt vom 30. April 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht 431 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 75—470 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 27— 70 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Stechviehmarkt vom 2. Mai 1895.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 3606, Kälber lebend 407, Lämmer Waidner 3418, Lämmer lebend 620, Schafe Waidner 75, Schafe lebend 4170, Schweine Waidner 887.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per Kg.	von 28 (—)	bis 58 (—) kr.
Kälber lebend	„ „ „	30 (—) „	48 (—) „
Schweine Waidner	„ „ „	35 (—) „	48 (—) „
Schweine lebend junge	„ „ „	— „	— „
Schweine lebend fette	„ „ „	— „	— „
Lämmer Waidner	„ Paar	von 3 bis	10 (—) fl.
Lämmer lebend	„ „ „	4 „	10 (—) „
Schafe Waidner	„ Kg.	von 26 (—)	bis 45 (—) kr.
Schafe lebend	„ „ „	— (—) „	— (—) „
Schafe lebend	„ Paar	von 5	bis 20 fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 155 Stück Kälber weniger zugeführt. Bei schwacher Kauflust verloren Prima und mindere Qualitäten 1 kr., Mittel-Qualitäten 2 kr. per Kilogramm.

Auf dem Schafmarkte wurden um 676 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Die Kauflust war lebhafter, und sind die Preise der Vorwoche unverändert geblieben.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 2. Mai 1895 80 Stück Mast- und 202 Stück Beinlvieh, und zwar zumeist mittlere und mindere Qualitäten aufgetrieben und zu den Preisen des letzten Montagmarktes abgegeben.

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Bericht des Marktamtes

über die im Monate März 1895 zum Consume nach Wien eingeführten Thiere und Fleischwaren, die vorgenommenen Schlachtungen und die in Ausübung der Markt-, Sanitäts- und Veterinärpolizei von den Beamten des Marktcommissariates und der Veterinärabtheilung vorgenommenen Confiscationen nachstehender Artikel:

Geschlachtet wurden:

23.679 Rinder, 823 Kälber, 2692 Schafe, Lämmer und Kitze, 36.913 Schweine und 1802 Pferde.

Eingeführt wurden:

19.339 Rinder, 22.958 ausgeweidete, 361 lebende Kälber 24.554 ausgeweidete, 1752 lebende Schafe und Lämmer, 10.452 ausgeweidete, 31.921 lebende Schweine, 119.546 kg Rindfleisch, 154.536 kg Kalbfleisch, 6485 kg Schaffleisch, 246.002 kg Schweinfleisch.

Confisciert wurden:

Nach Stücken: 39 Rinder, 39 Kälber, 1 Schaf, 22 Lämmer, 4 Kitze, 410 Schweine, 1 Spanferkel, 2 Pferde, 4 Rehböcke, 9 Geflügel, 4 Federwild, 6 lebende Vögel, 549 Föten, 1062 Leber und Lungen, 31 Milze, 2 Nieren, 6 Herzen, 2 Euter, 1 Zunge, 3 Kiefer, Eingeweide einer Kuh, 1 Schafskopf, 10 Würste, 61 eingesalzene und marinierte Fische, 5 geräucherte Fische, 27 Miesmuschel, 27 Olmützer Käse, 1882 Eier, 20 Essiggurken, 55 Wunderbalsam, 22 Blutregulator-Liqueur, 52 Brausepulver, 6 Wagen, 7 Gewichte, 11 Maße, 13 Bierglasdeckel, 630 Feuerwerkskörper, 7 Kunstblumen, 17 Brotformen, 106 Liqueurfläschchen für Kinder, 2 Löffel aus Zinn, 1 Milchsprudler, 2 Geschäftsutensilien.

Nach Kilogramm: 257 diverses Geflügel, 87·05 Fische, 3864·7 Rindfleisch, 6207·8 Kalbfleisch, 54 Schaffleisch, 216·9 Schweinfleisch, 82·7 Selchfleisch, 65 Pferdefleisch, 26 Lammfleisch, 19 Kitzfleisch, 18 Wildbret, 6·5 diverses Fleisch, 1564·9 Leber und Lungen, 4 Gehirn, 246 diverse Organtheile, 36 Zuwagtheile, 34·9 Würste,

2·5 Salami, 2·5 Wurstmasse, 11 Butter, 88 Schweinschmalz, 11 Speck, 3 Grieben, 9·2 Topfen, 10·87 Käse, 1943·4 Obst, 24·8 Dörrobst, 3·5 Pflaumenmus, 2080 Grünwaren, 46 Gemüse, 1248·5 Erdäpfel, 290·5 Zwiebel, 15 Knoblauch, 11·85 verdorbene Schwämme, 2·7 getrocknete Schwämme, 0·25 Johannisbrot, 92 Sauerkraut, 3 Brot, 2 Gebäck, 27½ Hülsenfrüchte, 10 Preßhefe, 9317 Südfrüchte, 1·5 Feigen, 3000 Eis, 11·5 Zuckerbäckerwaren, 3·2 Gewürze, 1·5 Cacao, 9·6 Feigenkaffee, 0·5 Lebkuchen, 2½ Medicinalkräuter, 1½ Maculaturpapier.

Nach Litern: 359 Milch, 83·75 Rahm, 5½ Hülsenfrüchte, 21 Bier, 10 Wein, 900 Kunstwein.

* * *

Verbot der Einfuhr von Klauenthieren vom Schlachtviehmarkte in St. Marx nach Böhmen.

Die k. k. Statthalterei in Böhmen hat unterm 12. April 1895, Z. 52711 (M.-Z. 71812/XV), Nachstehendes kundgemacht:

Mit Rücksicht darauf, dass in den letzten Tagen der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche am Prager Viehmarkte, sowie in der Ausladestation Falkenau bei vom Schlachtviehmarkte in Wien—St. Marx eingeführten Rindern constatiert wurde, findet die Statthalterei zum Zwecke der Hintanhaltung von weiteren Seucheneinschleppungen die Einfuhr von Klauenthieren (Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen) von dem Schlachtviehmarkte in Wien—St. Marx nach Böhmen bis auf weiteres zu untersagen.

Dieses Verbot tritt mit dem Tage der Verlautbarung in der „Prager Zeitung" in Wirksamkeit und werden Übertretungen desselben nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 24. Mai 1882, R.-G.-Bl. Nr. 51, geahndet werden.

Sanitäts-Angelegenheiten.

Besuch der städt. Volksbäder im April 1895.

			männliche Personen	weibliche Personen
II. Bez., Treustraße 60 (Eröffnet August 1892.)	—	4470,	davon 3825	645
III. Bez., Apostelgasse 18 (Eröffnet August 1891.)	—	6598,	„ 5685	913
IV. Bez., Klagbaumgasse 4 (Eröffnet Juni 1893.)	—	4127,	„ 3518	609
V. Bez., Einsiedlerplatz (Eröffnet August 1890.)	—	8332,	„ 6988	1344
VI. Bez., Eßterházygasse 2 (Eröffnet August 1892.)	—	6569,	„ 5313	1256
VII. Bez., Mondscheingasse 9 (Eröffnet December 1887.)	—	6356,	„ 5236	1120
VIII. Bez., Florianigasse 30 (Eröffnet August 1892)	—	6830,	„ 5512	1318
IX. Bez., Wiesengasse 17 (Eröffnet August 1892.)	—	4443,	„ 3732	711
X. Bez., Erlachplatz (Eröffnet August 1890.)	—	7908,	„ 6834	1074
XIV. Bez., Heinickegasse 3 (Eröffnet December 1894.)	—	4431	„ 3788	643

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 29. April bis 2. Mai 1895:

Für Neubauten:

II. Bezirk: Seifen- und Kerzenfabrik, Pasetti- und Leystraße, Gruppe D Reihe X, von Joh. Mark in Firma Uiblein & Sohn V., Wildenmanngasse 6, Bauführer ? (2612).
„ „ Haus, Engerthstr., Baust. 7, Gruppe XXIII B, von Johann Paminger, Bauführer C. Langer (2643).
IV. Bezirk: Haus, Wiedenergürtel Grundb.-Einl. 1102, von Franz Dilger, IV., Theresianumg. 15, Bauführer J. Tischler (2591).
V. Bezirk: Haus, Margarethenstr. 47, von Neugebauer & Häfner, I., Getreidemarkt 1, für Anton und Karoline Gaugusch, Bauführer ? (2675).
VII. Bezirk: Haus, Burggasse 70, von Adolf Jäger, XVIII., Gürtelstraße 51, Bauführer Th. Bauer (2555).
XIII. Bezirk: Wächterhaus, Penzing, Gurkgasse, Baust. 11, 12 und 13, Gruppe A, von Gottfried Berger, Baumeister (12493).
„ „ Gartenhaus, Hietzing Einl.-Z. 42, Altgasse 21, von Karoline Meister, Bauführer Ferdinand Nierody, Zimmermeister (12654).
XIX. Bezirk: Wohnhaus, Grinzing Parc. 711/12, von Dr. Julius Hochenegg, IX., Ferstelgasse 1, Bauführer E. Spieß (8719).

Für Zubauten:

VIII. Bezirk: Hoftract, Josefstädterstr. 60, von Emil und Therese Lewicki, VIII., Stolzenthalerg. 24, Bauführer J. Seichert (2608).
„ „ Hoftract, Strozzigasse 41, von Max Freih. v. Bittinghof-Schell, I., Singerstr. 12, Bauführer L. Zatzka (2639).
XIV. Bezirk: Herstellung eines Seitentractes, Sechshaus, Stiegergasse 17, von Träger & Irschik, ebenda, Bauführer Otto Ettmayer (13091).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Himmelpfortgasse 20, von Bernhard Kohn, Bauführer ? (2575).
„ „ Schottenbastei 3, vom Deutsch-österr. Turnverein, Bauführer ? (2667).
II. Bezirk: Webergasse 21, von Anton Wiesinger, Bauführer ? (2560).
„ „ Schüttelstraße 13 und Ebersdorferstraße 8, von Rudolf Reichelt, Baumeister (2673).
III. Bezirk: Barichgasse 38, von Joh. Seitner, Maurermeister (2567).
„ „ Wällischgasse 57, von Ludwig Zandt, Bauführer Franz Reitbauer (2598).
IV. Bezirk: Heugasse 62, von Joh. Georg Feuerstein, X., Landgutgasse 16, Bauführer C. Holzmann (2600).
„ „ Starhemberggasse 31, von Nikolaus Mundt, Bauführer Frauenfeld & Berghof (2653).
V. Bezirk: Kompertgasse 16, von Josef Jostal jun., IV., Wohllebengasse 10, Bauführer J. Jostal (2624).
„ „ Mittersteig 16, von Oswald Ganano & Comp., IV., Alleegasse 5, Bauführer ? (2651).
„ „ Arbeiterg. 21, von A. Fischer, Bauführer Jg. Hranicka (2652).
„ „ Ziegelofengasse 2, von Rudolf Kurka, V., Wienstraße 45, Bauführer Joh. Müller (2681).
VI. Bezirk: Kaunitzgasse, von der Wiener Elektricitäts-Gesellschaft, Bauführer A. Krones (2553).
„ „ Windmühlgasse 33, von Josef und Barbara Trank, Bauführer ? (2579).
„ „ Marchettig. 7, von Christoph Gatty, Maurermeister (2610).
„ „ Magdalenenstraße 61, von Josef Huemer, Bauführer J. Zwerina (2615).
„ „ Amerlingstraße 11 (Gemeindehaus), von der Stadt Wien, Bauführer J. Spilka (2638).
VII. Bezirk: Lindengasse 13, von Josef Bacher, VII., Lindengasse 11, Bauführer C. Quidenus (2650).
VIII. Bezirk: Stolzenthalergasse 24, von Thomas Lischka, Bauführer Jos. Seichert (2576).
„ „ Kochgasse 26, von Christoph Gatty, Maurermeister (2611).
IX. Bezirk: Liechtensteinstraße 9, von Bertha Bujatti, von Karl Mieck, Tischlermeister (2618).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Rauchgasse 31, von Karl Kittel, XVIII., Sternwartestraße 61, Bauführer derselbe (13855).

XII. Bezirk: Unter-Meidling, Rauchgasse 41, von Joh. Schulmeister, Bauführer Karl Kittel (13866).
XIV. Bezirk: Sechshaus, Sechshauserstraße 3, von Antonia Mayer, ebenda, Bauführer Ed. Melcher (13079).
XV. Bezirk: Fünfhaus, Robert Hamerlinggasse 3, von Marie Kattann, ebenda, Bauführer Heinrich Stagl, Stadtbaumeister (10210).
XVI. Bezirk: Ottakring, Gablenzgasse 22, von Karl Franzi, XII., Meidling, Pfarrgasse 22, Bauführer Hugo Mann (22926).

Für diverse (geringere) Bauten:

IV. Bezirk: Schupfe, Rainergasse 25, von Hubert Schäfer, Wollzeile 15, Bauführer M. Jostal (2583).
VI. Bezirk: Kesselhaus, Gumpendorferstraße 132, von B. Heller & Sohn, Bauführer Franz Zoder (2620).
XI. Bezirk: Abort sammt Senkgrube, Simmering, Royalgasse 35, von Karoline Winter, ebenda, Bauführer Anton Haindl (6915).
XIII. Bezirk: Veranda und Adaptierung, Breitensee, Einl.-Z. 135, Breitenseerstraße 1, von Andreas Hart, Bauführer Ludwig Zatzka, Baumeister (12901).
XVII. Bezirk: Rohrcanal, Dornbach, Dornbacherstraße 94, vom Convent der barmherzigen Brüder, Bauführer Johann Steinmetz (16320).
„ „ Rohrcanal, Dornbach, Dornbacherstraße 82, von Fortunato Giacomozzi, Bauführer Johann Steinmetz (16321).
„ „ Scheidemauer-Abtragung, Hernals, Hormayrgasse 37, von Franz Swoboda, Bauführer Karl Schäffer (16210).
„ „ Scheidemauer-Abtragung und -Aufführung, Dornbach, Dornbacherstraße 74, von Heinrich und Franz Glaser, XVII., Dornbacherstraße 72, Bauführer derselbe (16495).
„ „ Scheidemauer-Aufführung, Dornbach, Dornbacherstraße 17, von S. Bürger, VIII., Laudongasse 22, Bauführer Michael Göd (16497).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

IV. Bezirk: Alleegasse, Grundb.-Einl. 2 und 4, von Gottlieb Bettelheim, durch Dr. Simon Popper (2623).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

II. Bezirk: Klosterneuburgerstraße, Grundb.-Einl. 866, von Sebastian Mayer, XVIII., Lacknergasse 73 (2578).
„ „ Engerthstraße, Bauft. 7, Gruppe XXIII B, von Johann Paminger, durch Karl Langer (2642).
IV. Bezirk: Alleegasse 20, von Dr. Albert Rabel, nomine J. Schulz (2648).
VIII. Bezirk: Josefstädterstraße 60, von Emil und Therese Lewicki, Stolzenthalergasse 24 (2586).
XI. Bezirk: Realität, Simmering, Gottschalkgasse, Einl.-Z. 524, Parc. 407, von Josef und Johann Pfeifer (6901).
XV. Bezirk: Baulinien- und Niveaubestimmung für Realität Grund.-Einl.-Z. 76, Fünfhaus, Friesgasse 7, von Josef Risterer, Herklotzgasse 21 (10261).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Habichergasse, Cat.-Parc. 2743, Einl. Z. 2916, von Justina Kokan, Neumayergasse 40 (22903).
XVII. Bezirk: Straßenmauer, Dornbach, Promenadegasse, von Adolf Nechy (16317).
„ „ Schmiedebau, Hernals, Ecke der Comeniusgasse und der Rötzergasse, von Franz und Alois Anger (16346).
„ „ Gemauerte Abfriedung, Dornbach, Einl.-Z. 826/27, Parc. Nr. 295/2, 295/1, Promenade- und Trimmelgasse, von Franz Glaser (16496).
XVIII. Bezirk: Parcelle, Gersthof, Wagnergasse, Parc. 175, Einl.-Z. 547, von Josef Müller (14525).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

VII. Bezirk: Seidengasse 3, von Franz Klein, Baumeister (2570).

Gewerbeanmeldungen vom 26. April 1895.

(Fortsetzung.)

Löwit Adolf — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Mahler Ludwig — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Marins Hermann — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Mayer Moriz — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Probst Barbara — Cartonagewaren-Erzeugung — XVI., Thaliastraße 6.
Reib Arpad, Prantner Rudolf — Commissionshandel mit Juwelen, Gold- und Silberwaren — I., Hoher Markt 4.
Ofer Emil — Dauernde Geschäftsbesorgung gegen Provision als Incassant der General-Repräsentanz der allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft „Victoria" — I., Graben 14.
Malik Wenzel — Drechsler — XVI., Ottakringerstraße 223.
Hilsner Hermine — Ein- und Verkauf von altem Eisen — XVII., Weidmanngasse 21.
Sellner Emanuel jun. — Erzeugung von Wichse, Stiefellack, Lederfalbe, Leder, Crême und Tinte — XVI., Panikengasse 25.
Kral Ferdinand — Photograph — X., Himbergerstraße 61.
Milinković Marie — Friseur- und Raseurgewerbe — XVI., Thaliastr. 70.
Doltl Leopold Rudolf — Gast- und Schankgewerbe — XVI., Wurlitzerg. 1.
Kolb Margaretha — Gastwirtin — XVII., Gschwandnergasse 11.
Houf Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Klopstockgasse 22.
Trwal Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Habichergasse 29.
Weininger Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Puchsbaumg. 49.
Guta Marie — Grünwarenhandel — X., Simmeringerstraße 163.
Belohlavek Morgan Camillo — Herausgabe der „Österr. Monatsblätter" — XVI., Ottakringerstraße 35.
Eysler Emil — Herausgeber der periodischen Druckschrift: „Neue Fliegende" — I., Sonnenfelsgasse 7.
Dr. Stiglitz Maximilian — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Österr. Beamten-Zeitung" — I., Fleischmarkt 10.
Herbst Marie — Damenkleidermacherin — III., Hauptstraße 95.
Sobotka Antonia — Kleidermacherin — XVII., Mayßengasse 6.
Zajiček Florian — Herrenkleidermacher — XVI., Kirchstetterngasse 10.
Aigle Aloisia — Kleinfuhrwerk — XVI., Friedrich Kaiserstraße 75.
Prechler Anna — Kleinfuhrwerk — XII., Arndtstraße 86.
Pawliček Marie — Marktvictualienhandel — XVI., Markt auf dem Yppenplatz.
Matzenauer Josef — Massage ohne Anwendung der selbständigen Behandlung von Krankheiten — I., Maximilianplatz 7.
Rines Johann — Musiker — XVI., Hasnerstraße 87.
Willimetz Hedwig Marie — Obst- und Naturblumen-Verschleiß im Umherziehen — XVI., Ottakringerstraße 176.
Manzenreither Marie — Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVI., Ganglbauergasse 20.
Heger Karl — Schlosser — XVI., Yppenplatz 10.
Helm Adam Georg — Schlosser — I., Wipplingerstraße 45.
Schüßler Johann — Schuhmacher — XVI., Hasnerstraße 40.
Witzelsberger Johann — Verkauf von Grabkreuzen und Blumen — XI., Simmeringer Hauptstraße vis-à-vis der israelitischen Abtheilung des Central-Friedhofes.
Hanna Anton Catil — Verschleiß von Rosenkränzen — XVI., Friedrich Kaisergasse 72.
Scher Ephraim — Verschleiß von Spazierstöcken — I., Tiefer Graben 31.
Niederfringer Alois — Verschleiß von Spirituosen — III., Erdbergstr. 87.
Babik Rosa — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren und Ausschank von Sodawasser mit und ohne Fruchtsäfte — I., Am Bergl 3.
Reichenberger Michael — Zimmerputzer — XVI., Kirchstetterngasse 40

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 27. April 1895.

Wesel Richard — Annoncenvermittlung durch Anbringen von Annoncen auf Umschlägen für Speisekarten in Hotels und Restaurants — IX., Liechtensteinstraße 151.
Micán Anton — Bäcker — XIV., Goldschlagstraße 98.
Lummerding Alois — Baucantine — I., Kramergasse 8.
Dreisiebner Josef — Bauunternehmung — IX., Spittelauerlände 3 a.
Klein Ferdinand — Beherbergung von Fremden — II., Große Mohrengasse 18.
Kastner Albert — Betrieb einer Selbstbutschen — II., Unterer Prater 152.
Renner Marie — Betrieb einer Schießstätte, einer Handschlag- und einer Kraftmaschine, sowie einer Zeigerwage — II., k. k. Prater 31.
Heheneder Leopold — Bierschank — II., Taborstraße 36.
Flamm Samuel — Brantweinschank — XVIII., Weinhauserstraße 98.
Reiner Regine — Brantwein- und Theeschank — X., Leibnitzgasse 44.
Wipper Moriz — Bürstenbinder — II., Klosterneuburgerstraße 7.
Herz Emanuel, Strauß Jacques — Commissionshandel mit Börseeffecten — IX., Kolingasse 10.
Lemberger Friedrich — Commissionswaren-Verschleiß — I., Seilergasse 11.
Ando Flavius — Director der Schauspielgesellschaft Ando Leygheb — II., k. k. priv. Carltheater.
Fabian Franz — Drechsler — XVII., Kulmgasse 37.
Wagner Franz — Einspänner 613 — II., Klosterneuburgerstraße 54.
Feuerzeug Adolf — Photograph — II., Wallensteinstraße 22.
Ehrentraut Alois — pachtweiser Betrieb des Wirtsgewerbes — I., Operngasse 1.
Joßel Ludwig — Gastwirt — II., Kaiser Josefstraße 36.
Schwarz Anton — Gastwirt — II., Dammstraße 36.
Seidl Leopold — Gastwirt — II., Streffleurgasse 11.
Zohner Anton — Gastwirt — III., Dianagasse 7.
Müllner Maximilian — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Schwarzspanierstraße 14.
Muhr August — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Frankgasse 6.
Weiß Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Alxingergasse 14.
Cjernicska Cäcilia — Grünwaren- und Obsthandel — X., Himbergerstraße 147.
Hofmann Johanna — Hallentrödlerin — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 162.
Schille Ignaz — Handelsagentie für mehrere Firmen — IX., Währingerstraße 60.

Pogorelc Anton — Holzhandel — X., Matzleinsdorfer Frachtenbahnhof.
Fritz Jakob — Kaffeeschank — II., Taborstraße 96.
Geiringer Adele — Kaffeesiederin — II., Kaiser Josefstraße 25.
Slesak Anton — Karrenschleifer und Ausbessern von Regenschirmen — IX., Liechtensteinstraße 87.
Morawetz Anton — Herrenkleidermacher — II., Rueppgasse 19.
Supp Franz — Herrenkleidermacher — IX., Mosergasse 7.
Wagner Francisca — Damenkleidermacherin — I., Elisabethstraße 6.
Wagesreither Karl — Kleinhandel mit Brennholz und Kohle — II., Streffleurgasse 3.
Stanek Anna Rosalia — Milch- und Gebäck-Verschleiß — II., Kleine Pfarrgasse 13.
Stempfl Barbara — Naturblumenhandel im Umherziehen — X., Eckertgasse 16.
Szamek Jonas Marcus — Pfaidler — II., Stephaniestraße 13.
Modiè Francisca — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — III., Beatrixgasse 24.
Glück Heinrich — Schlosser — IX., Nussdorferstraße 16.
Anslei Josef — Schuhmacher — XV., Kohlenhofgasse 7.
Tuma Franz — Schuhmacher — XVII., Leopold Ernstgasse 30.
Janak Franz — Tischler — I., Hegelgasse 13.
Wawra Aloisia — Trödlerin — XIV., Reindorfgasse 12.
Pilat Hermine — Uhrmachergewerbe — XII., Meidlinger Hauptstr. 19.
Gabriel Josef — Victualien-Verschleiß — II., Taborstraße 57.
Karer Edmund — Victualienhandel — XVIII., Mitterberggasse 8.
Klein Anna — Verabreichung von Speisen — III., Erdbergerlände 12.
Schony Franz — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Wein und Bier — III., Ungargasse 31.
Wobrowsky Anton — Verabreichung von Kaffee, Thee, Chocolate, anderen warmen Getränken und Erfrischungen, sowie von Liqueuren aller Art — IX., Alserbachstraße 19.
Zoglmann Franz — Verabreichung von Gemüsen, Ausschank von Bier, Wein und gebrannten geistigen Getränken, Verabreichung von Kaffee, Thee, Chocolate, anderen warmen Getränken und Erfrischungen — II., Prater, Hauptallee 17.
Karmiß Wolf — Verschleiß von Decorationsgegenständen und Kurzwaren — IX., Universitätsstraße 12.
Kinčič Karl — Verschleiß von Gold- und Silberwaren — XIV., Schellingergasse 21.
Popper Käthi — Verschleiß von Pomade — II., Taborstraße 48.
Auer Ignaz — Verschleiß von neuen Schlüsseln und Schlössern — I., Fleischmarkt 10.
Kotterer Anna — Verschleiß von Schreib- und Zeichenrequisiten — VIII., Albertplatz 6.
Sonnewendt Josef Florian — Wagenlackierer — II., Taborstraße 58.
Wandel Richard — Zeitungs-Verschleiß — IX., Rothe Löwengasse 8.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 29. April 1895.

Grün Armin — Agent in Friseurbedarfsartikeln — XIV., Grimmg. 45.
Güttner Wilhelm — Bäcker — XVI., Degengasse 58.
Weininger Rudolf — Brantweinschank — VII., Neustiftgasse 8.
Hochdorf Wilhelm — Commissionsweiser Handel mit photographischen Bedarfsartikeln mit Ausschluss photographischer Erzeugnisse — I., Tegetthoffstr. 3.
Edelmüllner Leopold — Erzeuger von chirurgischen Instrumenten und feinen Stahlwaren — I., Landesgerichtsstraße 18.
Reimer Rosette, Reimer August — Fabriksmäßige Herstellung von Central-, Dampf-, Wasser- und Luftheizungen, von Dampfwasch-, Koch- und Badeeinrichtungen, letztere drei Kategorien mit Ausschluss von Installationsarbeiten — VII., Neustiftgasse 98.
Gspann Barbara — Feilbieten von Victualien im Umherziehen — XII., Wilhelmsstraße 1 a.
Schalansky Heinrich — Fleischhauer — XVII., Hauptstraße 45.
Blatt Elisabeth — Gastwirtin — VII., Mariahilferstraße 126.
Ferschich Veronika — Geflügelhandel — XVI., Markt in der Brunneng.
Anzböck Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 54.
Freimuth Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Spittelauerlände 3 c.
Löwenfeld Ferdinand — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Singerstraße 8.
Riener Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Bergsteiggasse 5.
Slavik Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Rokitanskygasse 43.
Grebert Hubert — Hadern- und Knochenhandel — XVI., Grundsteingasse 41.
Raczisky Karl — Hallentrödler — IX., Trödlerhalle, Zelle 39.
Zeh Johann — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Vorwärts" — VII., Zieglergasse 25.
Hahn Adolf, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — VII., Burggasse 36.
Lindauer Anton — Kaffeeschank — VI., Stumpergasse 32.
Mohl Josefa — Kaffeesiederin — I., Schottenring 13.
Helebrand Anton — Herrenkleidermacher — XVI., Gaullachergasse 31.
Rosenthal Adrienne — Damenkleidermacherin — IX., Allgemeines Krankenhaus.
Schmidt Ferdinand — Herrenkleidermacher — XVII., Jörgerstraße 23.
Staude Peter — Herrenkleidermacher — VII., Guttenberggasse 25.
Horvath Francisca — Kleinfuhrwerk — III., Wällischgasse 17.
Traxler Ferdinand — Kostgebung — VII., Myrthengasse 16.
Machota Antonie — Marktvictualienhandel — XVI., Markt in der Brunnengasse.
Wokfina Johann — Musikinstrumenten-Verschleiß — XVI., Rückertg. 39.
Hamata Anna — Pfaidlerin — VII., Siebensterngasse 17.
Kutalek August — Perlmutterdrechsler — XVI., Khunngasse 1.
Bayer Antonia — Pferdefleisch-Verschleiß — III., Khunngasse 10.
Breindl Ignaz — Schlosser — XVI., Deinhartsteingasse 7.
Mörth Karl — Schlosser — XVII., Taubengasse 2.
Bittmann Ferdinand — Schuhwaren-Verschleiß — I., Kolowratring 12.
Nowotny Francisca — Schuhmachergewerbe — XV., Mariahilfergürtel 5.
Weselik Marie — Schuhmachergewerbe — VII., Neustiftgasse 37.
Heinecke Friedrich Karl — Selchwaren-Verschleiß — IX., Liechtensteinstraße 10.
Prawda Josef — Stäbezieher — XII, Ignazgasse 42.
Czerwenka Oswald — Tischler — VII., Schottenfeldgasse 92.
Kozanderle Alois — Verkauf von Schul-, Gebetbüchern, Kalendern und Heiligenbildern — VIII., Josefstädterstraße 4.
Urban Fanni — Verschleiß von Blumen und Obst im Umherziehen — VIII., Lerchenfelderstraße 110.
Gebhard Ferdinand — Verschleiß von Kartoffeln und Hafer — VI., Ägydigasse 19.
Rühle Ludwig — Verschleiß von neuen Uhren — III., Hauptstraße 22.
Friedrich Alois — Wagner — XIII., Lainzerstraße 414.
Kreitenitsch Marie Magdalena — Wildbret- und Geflügelhandel — VII., Markthalle.
Horetzky Karl — Zeitungs-Verschleiß — IX., Rögergasse 22.
Mühlberger Mathilde — Zeitungs-Verschleiß IX., Lazarethgasse 27.
Schmidt Karl — Zimmermaler — IX., Seegasse 12.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 30. April 1895.

Schleiner Leopold, Dr. — Bank- und Commissionsgeschäft — IX., Kolingasse 11.
Brief Leopold Hirsch — Commissionswaren-Verschleiß — IV., Pressg. 18.
Korytynski Konrad, Ritt. v. — Dienstleistung gegen Provision für die Firma Josef Warchalowsky — V., Wildenmanngasse 7.
Renner Christoph — Drechsler — XV., Sperrgasse 8.
Almási Jeannette — Eier- und Butterhandel — IV., Belvederegasse 19.
Grünhut Jakob — Ein- und Verkauf von altem Eisen — X., Eugengasse 49.
Bitto Elisabeth — Feilbieten von Victualien im Umherziehen — V., Obere Brauhausgasse 7.
Wawra Francisca — Feilbieten von Obst- und Grünwaren im Umherziehen — XVII., Ottakringerstraße 46.
Dornfest Oskar recte Uscher Dornfest Ire — Fleischcommissionshandel — III., Großmarkthalle.
Antermann Anton — Gastwirt — XIV., Märzstraße 100.
Lang Johann — Gastwirt — XIV., Goldschlagstraße 40.
Richter Josef — Gastwirt — IV., Belvederegasse 35.
Tögel Barbara — Wirtin — X., Waldgasse 18.
Bitzl Gottlieb — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Ladenburgg. 42.
Kafka Heinrich — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Pantzergasse 19.
Koch Antonia — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Simmeringerstr. 158.
Lenz Wilhelm — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währingergürtel 146.
Mettlinger Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Hauptstr. 31.
Schober Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Dreihufeiseng. 7.
Brief Leopold Hirsch — Handelsagentie gegen Provision — IV., Pressgasse 18.
Huß Elias — Kaffeeschank und Kostgebung — X., Göthegasse 12.
Sebek Josefa — Damenkleidermacherin — IV., Pressgasse 28.
Witzmann Elise — Damenkleidermacherin — I., Tiefer Graben 17.
Frisch Josefa — Kleinhandel mit Holz, Kohle und Coaks — X., Raaberbahngasse 9.
Pollak Edmund — Kunststein-Erzeugung — V., Straußengasse 15.
Erber Anna Theresia — Marktvictualienhandel — XV., Markt Schönbrunnerstraße.
Mages Heinrich — Marktvictualienhandel mit Christbäumen — IV., Kärnthnerthormarkt.
Pfeiffer Karl — Marktvictualienhandel — IV., Kärnthnerthormarkt.
Weiß Marie — Marktvictualienhandel — IV., Kärnthnerthormarkt.
Machalitzky Bertha — Milch- und Gebäck-Verschleiß — V., Wienstr. 28.
Nißel Ottilie — Naturblumenhandel — I., Ecke der Grashof- und Köllnerhofgasse.
Hackhofer Adolfine — Pfaidlerin — V., Margarethenstraße 51.
Sauna Marie — Pfaidlerin — V., Hundsthurmerstraße 36.
Colditz Guido — Provisionsagent — V., Wienstraße 79.
Zemann Leopold — Radfahrschule — IV., Blechthurmgasse 2.
Heger Hugo — Schuhobertheil-Erzeuger — IV., Starhemberggasse 21.
Mayer Magdalena — Selchwaren-Verschleiß — V., Einsiedlergasse 56.
Köhler Michael — Spirituosen-Verschleiß — XIX., Heiligenstädterstr. 89.
Jahn Anton — Stadtträger 289 — V., Margarethenstraße 74.
Eger Wenzel — Tischler — V., Gießaufgasse 9.
Gugenberger Alois — Tischler — V., Wolfganggasse 34.

Marian Karl — Verschleiß von Ölfarben-Druckbildern — IV., Margarethenstraße 25.

Gallasch Josefine — Verschleiß von Zuckerbäckereien und Liqueuren in verschlossenen Gefäßen — V., Zeinlhofergasse 9.

Kaliwoda Leonhard — Victualien-Verschleiß — XIX., Hardtgasse 13.

Kohn David — Victualienhandel — XIV., Grimmgasse 33.

Loidolt Leopoldine — Victualienhandel — XVIII., Schopenhauerstr. 19.

Rezanka Anna — Wäschestickerin — V., Wildenmanngasse 2.

Renner Adalbert — Zimmer- und Decorationsmaler — IV., Starhembergasse 5.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 1. Mai 1895.

Spreiser Isidor — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wr. Effectenbörse.

Knapp Ezechiel — Brantweinschank — XII., Wilhelmstraße 31.

Seidler Adolf, Franzel Wilhelm — Farbwaren-Verschleiß — VI., Magdalenenstraße 12.

Steinbach Anna — Fisch-, Wildbret- und Geflügelhandel — VI., Detailmarkthalle Nr. 79/80.

Kunesch Rudolf — Flaschenbier-Verschleiß — XVIII., Johann Nepomuk Voglplatz.

Hofbauer Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Lohnstr. 6.

Stoppel Franz — Formstecher — XII., Breitenfurterstraße 97.

Nimrichter Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Seilergasse 12.

Wawruschka Wenzel — Damenkleidermacher — VI., Mariahilferstr. 61.

Windhab Karl — Kleinhandel mit Brennmaterialien — VI., Eßterházyg. 14.

Fugger Konrad — Marktvictualien-Verschleißer — XIV., Am Markte in der Schwendergasse.

Boschetti Victor — Privat-Clavier-, Orgel- und Gesangschule — IV., Pfarrhof St. Karl.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:

Sitzungen des Gemeinderathes 1095

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 30. April 1895.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Erndt und Kaiser wegen Fernbleibens 1095
2. Spende der Theresia Dehne, geb. Artaria 1095
3. Spende des Wiener evangelischen Singvereines (Erträgnis eines Concertes) 1095
4. Spende der Louise Ditmar 1095
5. Spende des kais. Rathes Johann Ruthmayer 1095
6. Legat nach Michael Stagl 1095
7. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Maresch, betreffend die Verbesserung der Verkehrswege und die Regulierung, beziehungsweise Eröffnung mehrerer Straßen im XVI. Bezirke 1095
8. Desgleichen jener der Gem.-Räthe Herold und Seiler, betreffend das neue Beleuchtungsmittel „Acetylen" 1096
9. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Sebastian Grünbeck, betreffend die Bestellung von Flurschützen 1096
10. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Büsch, betreffend das Abstellen des Unfuges der sogenannten Kundenfängerei 1096
11. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Strobach, betreffend den Zustand der durch den Bau des Sammelcanales in Anspruch genommenen Straßen im V. Bezirke 1096
12. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Maresch, betreffend die Activierung der Prinzessin Montleart'schen Asyl-Stiftung für Obdachlose in Ottakring 1096
13. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Röhrl, betreffend die Wohnungsverhältnisse und die Einhaltung der Sonntagsruhe in den Werken der Wienerberger Ziegelfabriks-Actiengesellschaft . . 1096

Interpellationen:

14. Gem.-Rath Schuh, betreffend die Auflassung des Währinger Ortsfriedhofes 1097
15. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Vertretung der Interessen Wiens durch die Wiener Reichsraths-Abgeordneten anläßlich der Berathung der neuen Steuervorlagen 1098
16. Gem.-Rath Gregorig, betreffend eine Licitation im Bureau der Magistratsdirection 1099
17. Gem.-Rath Pursch, betreffend den Stadtraths-Beschluß bezüglich der Sonntagsruhe 1099
18. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend die Eröffnung des Durchhauses von der Reichsapfelgasse in die Siebeneichengasse im XIV. Bezirke 1100

Anträge:

19. Gem.-Rath Röhrl, betreffend die Errichtung einer Station für elektrische Beleuchtung und Kraftübertragung im XIV. Bezirke . 1100
20. Gem.-Rath Dr. Hackenberg, betreffend Begrüßung und Empfang des Stenographentages 1100
21. Gem.-Räthe Dr. Geßmann und Stehlik, betreffend die Bewilligung einer neuerlichen Subvention für Laibach 1100
22. Gem.-Rath Rauscher, betreffend die Regelung der Urlaubsverhältnisse der städt. Beamten 1101

Referate:

23. Gem.-Rath v. Götz, betreffend die Ertheilung des Bauconsenses für das Requisitendepot der freiwilligen Feuerwehr in Hacking . 1101
24. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend die Systemisierung einer dritten Turnplatz-Aufseherstelle 1101
25. Derselbe, betreffend den Beitritt der Gemeinde Wien zum Deutschen Vereine für Armenpflege und Wohlthätigkeit 1101
26. Bürgermeister Dr. Grübl, betreffend die Wiederverleihung des Titels „Director" an die Vorstände der Hilfs- und Nebenämter des Magistrates 1102

Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 30. April 1895.

Inhalt:

Vice-Bürgermeister Matzenauer, betreffend Grundvergebung für eine Gartenanlage zwischen der Schönburg-, Blechthurm-, Seis- und Gassergasse 1104

Stadtrath:

Sitzungen des Stadtrathes 1104

Bezirksausschüsse:

Ausschreibung der Ergänzungswahlen von fünf Bezirksausschüssen aus dem ersten und dritten Wahlkörper des XIII. Bezirkes Hietzing . . 1104

Allgemeine Nachrichten:

Commission für Verkehrsanlagen 1105

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Währing 1105

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Hernals 1106

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Döbling 1106

Approvisionierung:

Borstenviehmarkt vom 30. April und 2. Mai 1895 1106

Pferdemarkt vom 30. April 1895 1106

Stechviehmarkt vom 2. Mai 1895 1106

Approvisionierungs-Angelegenheiten:

Bericht des Marktamtes über die im Monate März 1895 zum Consume nach Wien eingeführten Thiere und Fleischwaren, die vorgenommenen Schlachtungen und die in Ausübung der Markt-, Sanitäts- und Veterinärpolizei von den Beamten des Marktcommissariates und der Veterinärabtheilung vorgenommenen Confiscationen 1106

Verbot der Einfuhr von Klauenthieren vom Schlachtviehmarkte in St. Marx nach Böhmen 1107

Sanitäts-Angelegenheiten:

Besuch der städtischen Volksbäder im Monate April 1895 1107

Baubewegung:

Gesuche um Baubewilligungen vom 29. April bis 2. Mai 1895 . . . 1107

Gewerbeanmeldungen 1108

Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen.*)

1895.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
13. Mai 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	M.-Z. 51963 ex 1895. Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für den Neubau von Haupt-Unrathscanälen** in der Linzerstraße vom Ameisbach bis Or.-Nr. 181, in der Penzingerstraße von der Ameisgasse bis Or.-Nr. 116, in der verlängerten Grenzgasse, in der Cumberlandstraße zwischen Or.-Nr. 65 und 75 und in der Gurkgasse zwischen Or.-Nr. 4 und 10 im XIII. Bezirke, und zwar: 1. Der **Erd- und Baumeisterarbeiten** im Kostenbetrage von 9995 fl. 52 kr. und 2350 fl. Pauschale; 2. der Lieferung der **hydraulischen Bindemittel** im Kostenbetrage von 3591 fl. 66 kr. und 3. der Lieferungen der erforderlichen **Thonwaren** im Kostenbetrage von 1939 fl. 35 kr. 3—3
14. Mai 10 Uhr	detto	M.-Z. 63948 ex 1895. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für die Verlängerung der Haupt-Unrathscanäle in der Wurzbach- und Geyschlägergasse im XV. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 943 fl. 70 kr. und 100 fl. Pauschale, beziehungsweise von 960 fl. 53 kr. und 100 fl. Pauschale. 3—3
15. Mai 10 Uhr	detto	M.-Z. 65910 ex 1895. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Umbau des Haupt-Unrathscanales in der Griesgasse im V. Bezirke von Or.-Nr. 8 bis 32 im veranschlagten Kostenbetrage von 7275 fl. 96 kr. und 1816 fl. Pauschale. 3—3
16. Mai 10 Uhr	detto	Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Umbau der Haupt-Unrathscanäle in der Lederer- und Löwenburggasse im VIII. Bezirke im Kostenbetrage von 7156 fl. 85 kr. und 1134 fl. 53 kr. Pauschale. 3—3
17. Mai 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	M.-Z. 65909 ex 1895. Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für den Umbau der Haupt-Unrathscanäle** in der Seunegasse, Gaudenzdorfergürtel, Dunklergasse und Kobingergasse und den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Harthausergasse im XII. Bezirke, und zwar: 1. der **Erd- und Baumeisterarbeiten** im Kostenbetrage von 8763 fl. 55 kr. und 1525 fl. Pauschale; 2. der Lieferung der **hydraulischen Bindemittel** im Kostenbetrage von 2728 fl. 94 kr.; 3. der Lieferung der erforderlichen **Thonwaren** im Kostenbetrage von 3177 fl. 75 kr. 3—3
18. Mai 10 Uhr	detto	Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters** vor den Häusern Or.-Nr. 7 bis 11 Favoritenstraße, IV. Bezirk, und zwar: a) der **Holzstöckelpflasterung** im veranschlagten Kostenbetrage von 7974 fl. 20 kr.; b) der **Steinpflasterungsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 1383 fl. 20 kr. 2—3
18. Mai 11 Uhr	detto	M.-Z. 58719. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Umbau des Haupt-Unrathscanales in der Antoni-, Leitermayer- und Staudgasse im XVIII. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 6430 fl. 26 kr. und 1400 fl. Pauschale. 2—3
20. Mai 10 Uhr	detto	Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten** für die Umpflasterung der Gumpendorferstraße von der Kasernen- bis zur Webgasse im VI. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 3337 fl. 42 kr. und 150 fl. Pauschale. 2—3

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
21. Mai 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	M.-Z. 54092. Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Neupflasterung der Hegelgasse zwischen der Schwarzenbergstraße und der Johannesgasse im I. Bezirke** mit A. Holzstöckeln oder B. Asphalte comprimé, und zwar: ad A. 1. Die Arbeiten und Lieferungen für die **Holzstöckelpflasterung** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 15.081 fl. 25 kr. und 2. der **Erd- und Steinpflasterungsarbeiten** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1341 fl. 55 kr.; ad B. 1. der Arbeiten und Lieferungen für die **Asphaltpflasterung** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 15.131 fl. 65 kr., und 2. der **Erd- und Steinpflasterungsarbeiten** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1233 fl. 35 kr. 1—3
22. Mai 10 Uhr	detto	M.-Z. 50008. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Dittesgasse im XIX. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 3308 fl. 68 kr. und 100 fl. Pauschale. 1—3
24. Mai 10 Uhr	detto	Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung von Trottoirs aus Asphalte coulé** vor den Häusern Or.-Nr. 1 und 2 Regierungsgasse und Or.-Nr. 9 Minoritenplatz im I. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 1573 fl. 95 kr. 1—3
25. Mai 10 Uhr	detto	Vergebung der **Stein-Pflasterungsarbeiten** bei Herstellung eines Metallicpflasters in der Wehrgasse im V. Bezirke in der Strecke zwischen der Hundsthurmerstraße und der Wienstraße im veranschlagten Kostenbetrage von 2382 fl. 50 kr. und 100 fl. Pauschale. 1—3
27. Mai 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten** für die theilweise Neupflasterung der Nordbahnstraße zwischen der Prager Reichsstraße und Am Tabor im II. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 1640 fl. 54 kr. und 200 fl. Pauschale. 1—3
28. Mai 10 Uhr	detto	Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten** für die Neupflasterung der Treustraße im II. Bezirke von der Wallensteinstraße bis zur Wolfsaugasse im veranschlagten Kostenbetrage von 1202 fl. 53 kr. und 200 fl. Pauschale. 1—3

*) Pläne, Kostenanschläge &c. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Vadium von **5 Percent der Kostenanschlagssumme** anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Arbeitsgattungen oder Lieferungen wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Ad Prot.-Nr. 75076 ex 1895.
Ref.-Nr. 2269. VIII.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Lieferung des zur Gräberbeleuchtung im Wiener Central-Friedhofe erforderlichen Quantums von jährlich durchschnittlich 20.000 Stück Stearinkerzen wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Dienstag den 14. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Lekisch, im Rathhause** (5. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Lieferungsbedingnisse im obigen Bureau ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und beheben.

Offerenten haben auf einem Exemplare der Bedingnisse die bezügliche Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert am obbezeichneten Tage vor 10 Uhr vormittags der Offertverhandlungs-Commission versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. April 1895. 2—3

M.-Z. 38130.

X.

Concurs-Ausschreibung.

(Lehrstelle.)

Auf Grund des Beschlusses des Wiener Stadtrathes vom 28. März 1895, Z. 2023, kommt vom Beginne des Schuljahres 1895 bis 1896 **an der Gumpendorfer Communal-Oberrealschule in Wien die Stelle eines katholischen Religionslehrers** zur Besetzung.

Mit dieser Lehrstelle sind die staatlich normierten Bezüge, nämlich ein jährlicher Gehalt von 525 fl., eine Activitätszulage von jährlich 500 fl., sowie bei zufriedenstellender Dienstleistung der Anspruch auf zwei Decennalzulagen à 105 fl. verbunden.

Die Verleihung dieser Lehrstelle ist auch an die Bedingung geknüpft, dass sich die Competenten rücksichtlich der Lehrverpflichtung (des Ausmaßes von wöchentlich zu ertheilenden Unterrichtsstunden ꝛc.) in Gemäßheit des Gemeinderaths-Beschlusses vom 3. Juli 1883, Z. 2907, den für das Lehrpersonale an den k. k. Staatsmittelschulen geltenden gesetzlichen Bestimmungen, und zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 9. October 1888, Z. 455, der für die communalen Beamten und Diener bestehenden Dienstpragmatik unterwerfen, daher sich insbesondere eventuell auch an eine andere communale Mittelschule Wiens versetzen lassen und weiters sich reversmäßig verpflichten, den Communaldienst niemals während der Dauer eines Schuljahres zu verlassen und gelegentlich der seinerzeitigen Übernahme in den Staatsdienst die Dienst- und Carenztaxen zu entrichten.

Bewerber um diese Stelle haben ihre vollständig, insbesondere auch mit dem Nachweise der österreichischen Staatsbürgerschaft instruierten, an den Wiener Stadtrath gerichteten Gesuche **bis längstens 31. Mai 1895** bei dem Magistrate der Stadt Wien zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Schließlich wird bemerkt, dass nach § 6 des Gesetzes vom 20. Juni 1872, Nr. 86 R.-G.-Bl., nur solche Bewerber angestellt werden können, welche die betreffende confessionelle Oberbehörde als zur Ertheilung des Religionsunterrichtes für befähigt erklärt hat.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. April 1895. 3—3

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung der erledigten Oberlehrerstelle an der allgemeinen Volksschule für Knaben in Wien, II., Wasnergasse 33.)

An der allgemeinen Volksschule für Knaben in Wien, II. Bezirk, Wasnergasse 33, kommt die Oberlehrerstelle zur Besetzung.

Mit dieser Stelle ist ein Jahresgehalt der II. Gehaltsclasse von 1200 fl., der Genuss einer Naturalwohnung im Schulgebäude, sowie der Anspruch auf Dienstalterszulagen von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je fünf Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrath zu richten, dieselben müssen **längstens bis 20. Mai 1895** im vorgeschriebenen Dienstwege beim Ortsschulrathe des II. Wiener Gemeindebezirkes eingelangt sein.

Die Gesuche sind zu belegen mit:

dem Taufscheine, dem Heimatscheine bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind,

dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung,

dem Lehrbefähigungszeugnisse für Volksschulen,

den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Enthebungs-Decrete u. dgl.), sowie der Befähigung zum Religionsunterrichte des katholischen Glaubensbekenntnisses im Originale oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften, endlich mit der in den Rubriken 1 bis 5 auszufüllenden Dienstttabelle.

Die Dienstzeit ist bis zum Ablaufe des Concurstermines zu berechnen.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,
am 9. April 1895.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:
Dr. Theodor Reisch. 3—3

G.-Z. 2791.

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter Stellen für katholische Religionslehrer im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte Stellen für katholische Religionslehrer zur Besetzung:

an der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Mädchen, II. Bezirk, Holzhausergasse 7;

an der Bürgerschule für Knaben und Mädchen, III. Bezirk, Hainburgerstraße 40, und

an der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Knaben XII. Bezirk, Singrienergasse 19.

Mit jeder dieser Stellen ist der Jahresgehalt der II. Gehaltsclasse von 1000 fl. und das Quartiergeld von jährlich 300 fl., beziehungsweise nach 15jähriger Dienstleistung in definitiver Anstellung an öffentlichen Volksschulen von jährlich 400 fl., sowie der Anspruch auf Dienstalterszulagen von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je fünf Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrath zu richten; dieselben müssen **längstens bis 31. Mai 1895,** und zwar, wenn der Bewerber bereits schulbehördlich als Religionslehrer bestellt ist, im vorgeschriebenen Dienstwege, bei jenem Ortsschulrathe eingelangt sein, in dessen Sprengel die betreffende Stelle zu vergeben ist.

Die Gesuche sind zu belegen mit:

dem Taufscheine bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind;

dem Heimatscheine unter derselben Voraussetzung;

den Nachweisen über geleistete Schuldienste bei solchen Bewerbern, welche als Religionslehrer schulbehördlich bestellt waren;

einem Zeugnisse des unmittelbar Vorgesetzten über Verhalten und Verwendung, falls der Bewerber noch nicht schulbehördlich bestellt war, und bei solchen Bewerbern, welche bereits als schulbehördlich bestellte Religionslehrer in Verwendung stehen, mit der in den Rubriken 1 bis 5 und 8 A auszufüllenden Diensttabelle.

Die geforderten Gesuchsbelege sind im Originale oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften beizubringen.

Die etwa ausgewiesene Dienstzeit ist bis zum Ablaufe des Concurstermines zu berechnen.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,

am 26. April 1895.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:

Dr. Theodor Reisch. 2—3

Z. 80.

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 13. d. M., Z. 11131, wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,** im **Monate August 1894** verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 35488 bis inclusive Pfand-Nr. 40941 und **Effecten** von Pfand-Nr. 66127 bis inclusive Pfand-Nr. 75510 **am 9. Mai 1895, um 9 Uhr vormittags,** im **Pfandleihanstalts-Gebäude, XIV. Bezirk (Sechshaus), Gemeindegasse 5, gegen gleich bare Bezahlung** vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,

am 20. April 1895. 3—3

M.-Z. 75460 ex 1895.

XVI.

Kundmachung,

betreffend die Ausfolgung der Landsturmpässe an die nach Wien zuständigen Landsturmpflichtigen, welche Angehörige des Heeres, der Kriegsmarine, Landwehr (einschließlich deren Ersatzreserven) oder der Gendarmerie waren, sowie an jene, welche mit Widmungskarten betheilt wurden.

Nach § 11 der Verordnung des k. k. Ministeriums für Landesvertheidigung vom 20. August 1894, Pr.-Nr. 1744, ist jede nach dem Gesetze vom 10. Mai 1894 zur Vorstellung (Meldung) verpflichtete Landsturmperson — mit Ausnahme der ehemaligen Officiere und Beamten — mit einem Landsturmpasse zu betheilen.

Es ergeht demnach an die nach **Wien zuständigen, gedienten oder mit Widmungskarten betheilten Landsturmpflichtigen — mit Ausnahme der ehemaligen Officiere und Beamten — die Weisung,** sich an dem für ihren Geburtsjahrgang bestimmten Tage im Rathhause, I. Bezirk, Reichsrathsstraße Nr. 17 (Volkshalle) zur Behebung des Landsturmpasses zuverlässig einzufinden und zum Nachweise der Identität den Landsturm-Meldecoupon oder ein militärisches Document (Abschied, Bescheinigung, Certificat, Widmungskarte 2c.) mitzubringen.

Die Hinausgabe der Landsturmpässe erfolgt nach Geburtsjahrgängen; es haben demnach von den obbezeichneten Landsturmpflichtigen jene aus der Landsturm-Altersclasse des Geburtsjahres:

1853	am	Dienstag	den	14.	Mai	d. J.,	um	8 Uhr
1854	„	„	„	14.	„	„	„	11 „
1855	„	Mittwoch	„	15.	„	„	„	8 „
1856	„	„	„	15.	„	„	„	11 „
1857	„	Donnerstag	„	16.	„	„	„	8 „
1858	„	„	„	16.	„	„	„	11 „
1859	„	Freitag	„	17.	„	„	„	8 „
1860	„	„	„	17.	„	„	„	11 „
1861	„	Samstag	„	18.	„	„	„	8 „
1862	„	„	„	18.	„	„	„	8 „
1863	„	„	„	18.	„	„	„	11 „

} vormittags

und die jüngeren am Samstag den 18. Mai d. J. um 11 Uhr vormittags zu erscheinen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

als politischer Behörde erster Instanz

am 2. Mai 1895 1—1

Zur coulanten Besorgung aller im Coursblatte notierten Effecten und Valuten bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN I. Bezirk, Stephansplatz Nr. 11 Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 37. Dienstag, den 7. Mai 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **24. April 1895.**

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.
Bürgermeister Dr. Grübl.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung und macht nachstehende Mittheilungen:

St.-R. Matthies entschuldigt sein Späterkommen wegen Theilnahme an einer Commission. (Zur Kenntnis.)

Antrag des St.-R. Schlechter, es habe der Magistrat sofort Sorge zu tragen, dass die neu eröffnete Grabnergasse im VI. Bezirke in einen entsprechenden Zustand versetzt werde.

St.-R. Schlechter erklärt, dass dieser Antrag als dringend gestellt sei.

Es wird mit zwei Drittel der Anwesenden die Dringlichkeit beschlossen und der betreffende Antrag nach erfolgter Berichterstattung durch den Antragsteller angenommen.

(3279.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis wegen Demolierung des Hauses Or.-Nr. 32 Krottenbachstraße, XIX. Bezirk, und beantragt, diese Demolierung dem Baumeister Eduard Spieß gegen dem zu übertragen, dass derselbe für das in sein Eigenthum übergehende alte Materiale eine Aufzahlung von 100 fl. an die Gemeinde leistet und sich den Bestimmungen der Demolierungsvorschrift unterwirft. (Angenommen.)

(2717.) St.-R. Kreindl referiert über das Ansuchen der Karoline Hora um Ermäßigung der Kosten für die Herstellung von Randsteinen XIV. Bezirk, Goldschlagstraße 53, und beantragt, die Ermäßigung von 102 fl. auf 58 fl. 60 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(2685.) St.-R. Kreindl referiert über das Project für den Umbau des Canales in der Antonigasse, Leitermayergasse und Staudgasse im XVIII. Bezirke und beantragt, dieses Project mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 8757 fl. 13 kr. zu genehmigen und für den Inspicienten einen Zehrungsbeitrag von 2 fl. täglich nach dem provisorischen Normale zu bewilligen.

Die Verbindung der bestehenden Hauscanäle mit dem umgebauten Haupt-Unrathscanale wäre im Hinblicke auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 12. Juli 1894, Z. 2243, auf Kosten der Gemeinde Wien zu bewerkstelligen. (Angenommen.)

(2757.) St.-R. Kreindl referiert über die Offerte des Thomas Krug auf käufliche Überlassung von Steinplatten vom städtischen Lagerplatze in der Lißbauergasse im XIX. Bezirke und beantragt, dem Offerenten 200 Stück Steinplatten zum Preise von 25 kr. per Stück käuflich zu überlassen. (Angenommen.)

(3156.) St.-R. Kreindl referiert über das Ansuchen des Anton Fliedl, Gastwirtes und Hausbesitzers (XIX. Bezirk), um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

St.-R. Kreindl referiert über Rückstände, und zwar:

(2871.) an Transportkosten im Betrage von 3 fl. nach Josefa Brychta aus dem XIV. Bezirke;

(3009.) an Transportkosten im Betrage von 3 fl. nach Clara Otto aus dem XVIII. Bezirke;

(2880.) an Sicherstellungskosten im Betrage von 1 fl. 50 kr. nach Josefine Cerveny aus dem V. Bezirke;

(2879.) an Sicherstellungskosten im Betrage von 2 fl. 50 kr. nach Johann Taurer aus dem V. Bezirke;

(2878.) an Sicherstellungskosten im Betrage von 3 fl. nach Felix Aschauer aus dem V. Bezirke;

(2884.) an Sicherstellungskosten im Betrage von 3 fl. nach Heinrich Friedl aus dem V. Bezirke;

(2886.) an Sicherstellungskosten im Betrage von 1 fl. 20 kr. nach Marie Wavrin aus dem V. Bezirke;

(2885.) an Kanzleitaxen im Betrage von 1 fl. 70 kr. nach Ignaz Namharter aus dem V. Bezirke;

(2718.) an Hundesteuern im Betrage von 72 fl. 7 kr. nach 15 Parteien aus dem XIV. Bezirke;

(2727.) an Hundesteuern im Betrage von 30 fl. nach 4 Parteien aus dem V. Bezirke;

(2624.) an Hundesteuern im Betrage von 4 fl. nach Albert Arends aus dem XVII. Bezirke;

(2704.) an Hundesteuern im Betrage von 18 fl. nach 5 Parteien aus dem VII. Bezirke;

(2754.) an Hundesteuern im Betrage von 46 fl. nach 7 Parteien aus dem XIII. Bezirke.

Referent beantragt die Abschreibung dieser Beträge aus den von den magistratischen Bezirksämtern beantragten Gründen.

(Angenommen.)

St.-R. Kreindl referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt

1. bezüglich der Bewerber aus dem XIX. Bezirke die Verleihung der Zuständigkeit an:

(2274.) Ipsmüller Josef, Privatkutscher;
Berndt Karl, Maschinenwärter;
Soukup Jakob, Bierführer;
Zechmeister Ernestine, Wirtschafterin;
Wohlfarth Franz, Hauer und Hausbesitzer;
Ledvinka Ferdinand, Geschäftsdiener;
Schwetz Elisabeth Wäscherin;
Schrottmayr Josef, Taglöhner;
Graßl Anna Marie, Hausbesorgerin;
Krakora Josefa, Bedienerin;
Anders auch Schild Eduard Josef, Gasarbeiter;
Schimann Florentine, Bedienerin;
Stolicka Franz, Kutscher;
Hutzinger Johann, Wirt. (Angenommen.)

2. bezüglich der Bewerber aus dem XVIII. Bezirke: die Verleihung der Zuständigkeit an:

(2724 und 2722.) Weißinger Franz, Maurergehilfe;
Prochaska Johann, Milchverschleißer;
Fischer Josef, Amtsdiener;
Cermak Josef, Sicherheitswach-Inspector;
Reisner Johann, Schuhmacher;
Scheicher Franz, Fabriksarbeiter;
Pfleger Friedrich, Partieführer;
Andre Franz, Eisenbahnbeamter;
Majer Anton, Maurergehilfe.
Sykora Josef, Schuhmacher;
Dolezal Elisabeth, Private;
Moucka Adalbert, Tramwaykutscher;
Puc Franz, Schuhmachergehilfe;
Dittrich Franz, Tischlergehilfe;
Bozihovsky Josefa, Handarbeiterin;
Schmiedt Erasmus, Fabriksarbeiter;
Spangl Johann, Metalldrehergehilfe;
Besely Josef, Mechaniker;
Zenker Albin, Geschäftsdiener;
Wagner Leopold, Versicherungsbeamter. (Angenommen.)

(3140.) **St.-R. Stiaßny** referiert über das Project für die Neupflasterung der Treustraße von der Wallensteinstraße bis zur Wolfsaugasse im II. Bezirke und beantragt, das bezügliche Project mit dem buchhalterisch adjustierten Erfordernisse von 7562 fl. 72 kr. und den normalmäßigen Zehrungsbeitrag von 1 fl. täglich für den betreffenden Inspicienten zu genehmigen. (Angenommen.)

(3146.) St.-R. Stiaßny referiert über das Project für die theilweise Neupflasterung der Nordbahnstraße zwischen der Prager Reichsstraße und Am Tabor, II. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des diesbezüglich vorgelegten Projectes mit dem adjustierten Kostenerfordernisse von 15.233 fl. 51 kr. und die Bewilligung des normalmäßigen Zehrungsbeitrages von täglich 1 fl. für den betreffenden Inspicienten. (Angenommen.)

(3139.) St.-R. Stiaßny referiert über das Project für die Neupflasterung der Wehrgasse im V. Bezirke von der Hundsthurmerstraße bis zur Wienstraße und beantragt die Genehmigung des Projectes für die Herstellung eines Metallicpflasters mit dem Kostenerfordernisse von 13.026 fl. 9 kr., sowie die Bewilligung des normalmäßigen Zehrungsbeitrages von 1 fl. pro Tag für den Inspicienten. (Angenommen.)

(3248.) St.-R. Stiaßny referiert über das Project für den Canalbau in der Dittesgasse im XIX. Bezirke und beantragt die Genehmigung dieses Projectes mit dem veranschlagten bedeckten Kostenerfordernisse von 3666 fl. 12 kr. und die Bewilligung des normalmäßigen Zehrungsbeitrages von täglich 2 fl. für den Inspicienten.

Die Buchhaltung wäre zu beauftragen, in den ersten Tagen des Monates Mai Bericht über die durch Stadtraths-Genehmigungen erfolgte Inanspruchnahme des Pauschales von 100.000 fl. für unvorhergesehene Canal-Neu- und -Umbauten mit dem Stande vom Ende April d. J. an den Stadtrath zu berichten. (Angenommen.)

(3035.) St.-R. Stiaßny referiert über das Ansuchen des Gabor Steiner um Baubewilligung für die Canalisierung des englischen Gartens im Prater und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung gegen Festsetzung einer Canaleinmündungsgebür von 200 fl. jährlich.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, von der Forderung einer Canaleinmündungsgebür Umgang zu nehmen und einen jährlichen Bestandzins von 200 fl. festzusetzen.

Dieser Antrag, dem sich Referent anschließt, wird angenommen.

(3184.) St.-R. Stiaßny referiert über die Installierung einer elektrischen Bogenlampe zu Unterrichtszwecken im Physiksaale des Communal-Real- und Obergymnasiums im II. Bezirke und beantragt die Bewilligung dieser Installierung mit dem Kostenbetrage von 200 fl. (Angenommen.)

(3233.) St.-R. Stiaßny referiert über das Ansuchen des J. M. Köck um Belassung eines Stufens zu dem Eingange der Souterrainlocalitäten II., Webergasse 24, und beantragt die Bewilli-

gung gegen dem, dass ein mittels grundbücherlich einzuverleibenden Reverses sichergestellter Platzzins von 50 kr. jährlich für den occupierten Straßengrund entrichtet wird.

Vice-Bürgermeister Matzenauer regt an, die Bedingung zu stellen, dass der in dem vom Gemeinderathe seinerzeit genehmigten Normale vorgesehene Platzzins zu entrichten ist.

Diese Anregung, welcher sich Referent anschließt, wird zum Beschlusse erhoben.

(2451.) St.-R. Stiaßny referiert über die Eingabe der Firma J. M. Miller & Comp. bezüglich der Baulinienbestimmung für die Baustelle IX, Einl.-Z. 2012, V. Bezirk, Stolberggasse und verlängerte Ramperstorffergasse, und beantragt:

1. die zur Arrondierung der Baustellen VIII, IX und X erforderlichen Grundtheile des Straßengrundes der Stolberggasse per 17·54 m², 28·12 m² und 28·03 m², zusammen 73·69 m², unentgeltlich an die Gesuchstellerin zu überlassen;

2. das auf den Baustellen VIII, IX und X, Grundb.-Einl.-Nr. 2011, 2012 und 2013, V. Bezirk, haftende Bauverbot gegen Erlag einer Caution von 2430 fl. (d. i. 15 fl. per Quadratmeter des vom Nachbarn abzutretenden Grundes per 162 m²) für die Einlösung des zur Herstellung der halben Breite der Stolberggasse erforderlichen Streifens der benachbarten Gründe aufzuheben und eine Cautionsbestellungsurkunde hierüber anzufertigen.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt, eine Caution von 30 fl. per Quadratmeter, daher im Gesammtbetrage von 4860 fl. zu verlangen.

Antrag Ritt. v. Neumann angenommen; im übrigen wird der Referenten-Antrag genehmigt.

(2953.) St.-R. Stiaßny referiert über die Sicherstellung der Glaserarbeiten für das neue Rathhaus und beantragt, von einer abgesonderten Sicherstellung dieser Arbeiten gänzlich abzusehen.

(Angenommen.)

(3263.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Ansuchen der städt. Steinscheiber und -Schlichter um Erhöhung ihrer Accordpreise und beantragt die Genehmigung des nachstehenden „Accordtarifes für die städtischen Steinplätze" (ohne Unterschied der Jahreszeit und des Wasserstandes):

Für das nach Angabe des dazu berufenen städtischen Beamten vorzunehmende Ausscheiben und Schlichten der Pflastersteine, welche als Schiffsfracht aus den eigenen Steinbrüchen der Gemeinde Wien, an den Länden des Wiener Donaucanales vom 23. April 1895 an anlangen, werden unter Beistellung aller hiezu nöthigen Requisiten seitens der Gemeinde folgende Beträge vergütet:

Für 1000 Stück 7" Würfel-, Halbgut- geritzte oder ungeritzte 5/7/9" Steine	4 fl. 80 kr.
Für 1000 Stück 7" Zwickelsteine	2 fl. 40 kr.
Für 1000 Stück 6" Würfelsteine	4 fl. 36 kr.
Für 1000 Stück Formsteine	9 fl. 60 kr
Für 1000 Stück 12/12" Platten	12 fl.
Für 1000 Stück 18/18" Platten	27 fl.
Für 1 m gerade oder Bogenrandsteine	15 kr.
Für 1 m³ ordinäre Steine	70 kr.
Für 1 m Kämpfersteine	15 kr.

Falls Steine per Bahn oder auf andere Weise als durch Schifffahrt auf die städtischen Steinplätze gebracht werden, werden 20 Percent obiger Accordpreise für das Aufschlichten in zählbare oder messbare Figuren genehmigt. (Angenommen.)

(2942.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über die Abänderung des § 7 des Entwurfes eines Normales für Wegentschädigungen anlässlich der Ertheilung des Religionsunterrichtes an den Wiener öffentlichen Volks- und Bürgerschulen und beantragt, den Act vorerst dem Magistrate zur Berichterstattung zu übermitteln. (Angenommen.)

(472.) St.-R. Dr. Huber referiert über die Regulierung der Grenzen der Gemeindebezirke Wiens (Antrag des Gem.-Rathes Brauneiß) und beantragt:

1. das Stadtbauamt wird beauftragt, in Betreff der Regulierung der Grenzen der Wiener Gemeindebezirke nach natürlichen Abgrenzungen unter Annahme eines einheitlichen Systemes — ohne weitere Verzögerungen eintreten zu lassen — die erforderlichen Studien zu machen, bei Verfassung des General-Regulierungsplanes auf die Bezirksgrenzen-Regulierung gehörig Bedacht zu nehmen und sohin die entsprechenden Anträge unter Planvorlage zu erstatten;

2. die Gemeinde Wien pflichtet den in der Note der k. k. Polizeidirection in Wien vom 20. Juli 1894, Z. 45634/4803, A. B. I, in Aussicht genommenen Regulierungen der Wiener Polizeirayonsgrenzen in der Erwägung vollkommen bei, dass seinerzeit nach Durchführung der hieramtlichen im Zuge befindlichen Regelung der Grenzen der Wiener Gemeindebezirke nach natürlichen Abgrenzangen es keiner besonderen Schwierigkeit unterliegen wird, die Grenzen der Gemeinde- und Polizeicommissariatsbezirke, insoweit sie nicht zusammenfallen sollten, möglichst in Übereinstimmung zu bringen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, die Worte im ersten Absatze: „Ohne weitere Verzögerungen eintreten zu lassen" zu eliminieren.

Referenten-Antrag mit Weglassung der im Antrage Dr. v. Billing bezeichneten Worte angenommen.

Einsetzung dieser Worte abgelehnt.

(3032.) St.-R. Dr. Huber referiert über das Ansuchen der Direction des k. k. Staatsgymnasiums im V. Bezirke, Kriehubergasse 28, um Anbringung eines Feuersignal-Apparates an der Anstalt und beantragt, diese Aufstellung in Gemäßheit des Magistrats-Antrages mit dem Kostenbetrage von 120 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(3149.) St.-R. Dr. Huber referiert über rückständige Hundesteuern nach vier Parteien aus dem V. Bezirke im Betrage von 16 fl. und beantragt die Abschreibung, beziehungsweise Nachsicht des Betrages.

(Angenommen.)

(2660.) St.-R. Dr. Huber referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem V. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Weis Franz, Magazineur;
Konegger Karl, Schlossermeister;
Suchy Clara, Köchin;
Kozak Eduard, Betriebsleiter einer chemischen Putzerei;
Wishofer Franz, Gemischtwaren-Verschleißer;
Ackerl Johann, Fleischergehilfe;
Puregger Josef, Zahlkellner;
Räčil Franz, Schneidermeister;
Rotter Josef, Tischlergehilfe;
Meznik Marie, Pfaidlerin;
Weber Johann, Drechslergehilfe;
Decker Anna, Dienerin;
Oppelmayer Elisabeth, Bedienerin;
Müller Theresia, Bedienerin;
Theuer Adolf, Meerschaumschachtler;
Sáček Johann, Tischlergehilfe;
Holy Wenzel, Zeugschmiedgehilfe. (Angenommen.)

(3005.) St.-R. Dr. Huber referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, den Nachbenannten:

Bauer Franz, Schuhmachermeister;

Sprung Paul, Kaffeesieder;

Sigwald Josef, Schuhmachermeister;

Wanek Karl, Kranzelbinder;

Sauer Andreas, Schneidermeister,

das Bürgerrecht zu verleihen. (Angenommen.)

(2682.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die vom Bezirksschulrathe beantragte Verbindung der Knaben-Bürgerschule mit der Knaben-Volksschule und der Mädchen-Bürgerschule im neuen Schulgebäude XVI., Lorenz Mandlgasse, unter je einer gemeinsamen Leitung und beantragt, die Zustimmung hiezu zu ertheilen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(3264.) St.-R. Dr. Vogler referiert über das Ansuchen des Oberlehrers an der Knaben-Volksschule II., Untere Augartenstraße 3, um Zuweisung einer anderen Naturalwohnung in dem genannten (Schrey'schen Stiftungs-) Hause und beantragt:

1. dem Gesuchsteller die im Maitermine 1895 den bisherigen Mietern zu kündigende Wohnung Nr. 6 im dritten Stocke vom Augusttermine 1895 als Naturalwohnung zuzuweisen;

2. die bisher von demselben innegehabte Naturalwohnung im Parterre des gedachten Stiftungshauses vom Augusttermine 1895 weiter zu vermieten, jedoch nicht mehr als Wohnung, sondern zu Geschäftszwecken. (Angenommen.)

(3138.) St.-R. Dr. Vogler referiert über die Regelung des Verhältnisses zwischen dem Wiener und dem n.-ö. Landes-Lehrerpensionsfonde bezüglich der Abrechnung und beantragt:

1. Die Abrechnung zwischen dem Wiener und dem n.-ö. Landes-Lehrerpensionsfonde soll wie bisher nach Schuljahren erfolgen und soll die Abfuhr der auf den n.-ö. Landes-Lehrerpensionsfond entfallenden Quote aus den Percentbeträgen der Lehrpersonen und den Intercalarien nur alljährlich einmal, und zwar am 1. April des dem betreffenden Schuljahre folgenden Kalenderjahres stattfinden.

2. Der Abrechnungsmodus für die Percentbeträge der Lehrpersonen und die Intercalarien soll auch für die Schulstrafgelder und die Gebarungsüberschüsse aus dem k. k. Normalschulbücherverlage Anwendung finden und soll der Schulstrafgeldantheil der n.-ö. Landes-Lehrerpensionscassa zugleich mit den unter 1 bezeichneten Beträgen abgeführt werden, wogegen die Abfuhr der Gebarungsüberschüsse erst nach erhaltener Kenntnis der vom k. k. n.-ö. Landesschulrathe herablangenden Verrechnung erfolgen wird. (Angenommen.)

(3183.) St.-R. Dr. Vogler referiert über den Landesschulraths-Erlass vom 14. April 1895, Z. 3256, in Betreff definitiver Besetzung einer Lehrstelle für Mathematik und Physik an der Gumpendorfer Communal-Oberrealschule und beantragt, im Hinblicke auf diesen Erlass den Antrag der Direction der genannten Anstalt wegen definitiver Besetzung dieser Lehrstelle abzulehnen. (Angenommen.)

(3135.) St.-R. Dr. Vogler referiert über das Ansuchen des Hans Zintl, gewesenen provisorischen Unterlehrers, um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt, demselben die jährliche Gnadengabe per 300 fl. vom 3. Mai 1895 an neuerlich auf drei Jahre oder bis zu dem Tage einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3239.) St.-R. Dr. Vogler referiert über die Errichtung einer Bürgerschule für Knaben und Mädchen im neuen Schulgebäude XIX., Grinzingerstraße, und beantragt, die Zustimmung zu dieser Errichtung und zur Systemisierung der betreffenden Lehrstellen im Sinne der Zuschrift des Bezirksschulrathes vom 19. April 1895, Z. 2478 und 2479, zu ertheilen. (Angenommen.)

(3171.) St.-R. Dr. Vogler referiert über die Kundmachung, betreffend die Concursausschreibung zur Besetzung der erledigten Oberlehrerstelle an der Knaben-Volksschule II., Wasnergasse 33, und beantragt die Kenntnisnahme. (Zur Kenntnis.)

(2853.) St.-R. Dr. Vogler referiert über das Ansuchen des Ignaz Koppensteiner um Vergütung von Übersiedlungskosten und beantragt, dem Genannten eine Vergütung für die mit der Übersiedlung verbundenen Auslagen per 50 fl. aus dem Wiener Bezirksschulfonde zu bewilligen. (Angenommen.)

(2844.) St.-R. Dr. Vogler referiert über die Berichte, betreffend die Constituierung der Ortsschulräthe in den Bezirken I, II, IV, VII, IX, XIII bis XIX und beantragt die Kenntnisnahme.

(Zur Kenntnis.)

(3134.) St.-R. Dr. Vogler referiert über die Note des Bezirksschulrathes vom 23. März 1895, Z. 4087, betreffend die Entsendung von zwei k. k. Bezirksschulinspectoren nach Berlin auf Kosten der Gemeinde zum Studium der Pflanzengärten und beantragt, dem Bezirksschulrathe mitzutheilen, dass die Gemeinde Wien nicht in der Lage und willens sei, zwei k. k. Bezirksschulinspectoren auf ihre Kosten zum Studium der Pflanzengärten nach Berlin zu senden, sondern dies vielmehr Sache der Unterrichtsverwaltung sei.

(Angenommen.)

(2617.) St.-R. Dr. Vogler referiert über den Bericht des Stadtanwaltes, betreffend die über Gemeinderaths-Beschluss vom 27. Februar 1895, Z. 1055, erfolgte Zurückziehung der Beschwerde bei dem Verwaltungsgerichtshofe in Angelegenheit der Systemisierung von Lehrerinnenstellen an Schulen des XV. Bezirkes, und beantragt die Kenntnisnahme. (Zur Kenntnis.)

(2557.) St.-R. Dr. Vogler referiert über den Erlass des Landesschulrathes vom 18. März 1895, Z. 768, puncto Regelung des Vorganges bei der Enthebung von Lehrpersonen behufs Antrittes eines Dienstpostens in einem anderen Schulbezirke und beantragt die Kenntnisnahme. (Zur Kenntnis.)

(2857.) St.-R. Dr. Vogler referiert über den Landesschulraths-Erlass vom 22. März 1895, Z. 2777, betreffend die Verleihung des Directortitels an den Oberlehrer an der Knaben-Volksschule IV., Phorusgasse 10, Franz Buchneder und beantragt die Kenntnisnahme. (Zur Kenntnis.)

(365.) St.-R. Dr. Vogler referiert über den Beitritt der Gemeinde zum Deutschen Vereine für Armenpflege und Wohlthätigkeit und beantragt:

Die Gemeinde trete vom Jahre 1895 ab diesem Vereine mit dem Beitrage von jährlich 200 Mark bei.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3157.) St.-R. Dr. Vogler referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem VII. Bezirke und beantragt, den Nachbenannten:

Christenheit Alois, Buchbinder und Cartonagearbeiter;

Jäger Franz, Private;

Watzula Alois, Tischler;

Gruber Josef, Posamentierer;

Reich Johann, Tapezierer,

das Bürgerrecht zu verleihen.

St.-R. Dr. Nechansky beantragt, das Ansuchen des Jäger Franz abzulehnen.

Referenten-Antrag bezüglich des Jäger Franz abgelehnt, bezüglich der übrigen Bewerber angenommen.

(2785.) St.-R. Dr. Vogler referiert über die Zustimmung zur Gleichstellung des von Karl Ihra in Linz erworbenen Unterlehrer-Zeugnisses für Hauptschulen mit einem Lehrbefähigungs-Zeugnisse für allgemeine Volksschulen und beantragt, diese Zustimmung zu ertheilen und dem Karl Ihra zu bedeuten, dass seine Erklärung vom 19. März 1895 angenommen wurde. (Angenommen.)

(2819.) St.-R. Dr. Vogler referiert über das Ansuchen des Wilhelm Januschke, Bürgerschullehrers, um Anrechnung der in Ungarn zugebrachten Dienstzeit und beantragt, der gnadenweisen Anrechnung dieser Dienstzeit bei Bemessung der Dienstalterszulage die Zustimmung zu ertheilen. (Angenommen.)

(2496.) St.-R. Dr. Vogler referiert über die Zustimmung zur Beurlaubung der Lehrerin der französischen Sprache an der Schule IV., Pressgasse 24, Gisela v. Hartlieb, geb. Römer, und beantragt, dem hierauf bezüglichen Beschlusse des Bezirksschulrathes nachträglich die Zustimmung zu ertheilen. (Angenommen.)

(1979.) St.-R. Dr. Vogler referiert über den Bericht, betreffend die Interpellationen und Anträge des Gem.-Rathes Gregorig in Betreff der Concessionierung großer Warenhäuser und beantragt, den in dieser Angelegenheit erstatteten Magistratsbericht dem Gemeinderathe zur Kenntnis zu bringen.

St.-R. Dr. Nechansky beantragt die einfache Kenntnisnahme.

Über Antrag Dr. Lueger wird die Angelegenheit zur Kenntnis genommen.

(3274.) **Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über das Ansuchen der Vorstände der Hilfs- und Nebenämter des Magistrates um Wiederverleihung des Titels „Director" und beantragt:

1. den Vorständen der städtischen Hauptcassa, des Steueramtes, des Marktamtes, des Conscriptionsamtes und der Kanzlei und Registratur den Titel „Director" wieder zu verleihen;

2. den Adjuncten der Kanzlei und Registratur, sowie jenen des Conscriptionsamtes zu gestatten, den früheren Titel „Directions-Adjunct" weiter zu führen;

3. dass weiters die Beamten der einzelnen Ämter nach dem Amte, dem sie angehören, zu bezeichnen sind (zum Beispiel: Steueramts-Director, -Official, -Accessist 2c.).

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3219.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über das neuerliche Offert des Josef Hartmann auf käufliche Überlassung eines Theiles der Linienwallparcelle 260/3 und der Linienamts-Realität 260/2, Einl.-Z. 48 im IV. Bezirke und beantragt, mit dem Offerenten im Sinne des Magistrats-Antrages durch ein Comité in Verhandlung zu treten. (Angenommen.)

In das Comité werden die St.-R. Dr. Hackenberg, Matthies und Dr. v. Billing gewählt.

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt wieder den Vorsitz.)

(3298.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über die Note der k. k. Bezirkshauptmannschaft Wiener-Neustadt vom 18. April 1895, Z. 8500, in welcher mitgetheilt wird, dass die für den 22. April 1895 und die folgenden Tage angeordnete commissionelle Verhandlung wegen Ertheilung der Bewilligung zur Entnahme von Wasser aus dem Steinfelde und zur Herstellung der hiezu erforderlichen Anlagen über Ersuchen der Concessionäre der Wiener-Neustädter Tiefquellenleitung an diesem Tage nicht stattfindet.

Referent beantragt die Kenntnisnahme. (Zur Kenntnis.)

(2845.) Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über den Bericht des Stadtanwaltes, betreffend den Zahlungsauftrag des k. k. Central-Taxamtes vom 18. März 1895, Reg.-Nr. 3898, puncto Nachtragsgebür per 485 fl. für die Vergleiche vom 28. März 1891 mit den Wasserinteressenten Gruppe II und mit Volpini, und beantragt, die Ergreifung eines Recurses gegen den betreffenden Zahlungsauftrag und die einstweilige Auszahlung der bemessenen Gebür per 485 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt wieder den Vorsitz.)

(3244.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über das Ansuchen des Ignaz Weigl um Nachsicht der Canaleinmündungsgebür für den auf dem Pachtgrunde Einl.-Z. 93 in Simmering zu erbauenden Pferdestall und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 14, vorläufig eine Canaleinmündungsgebür von 25 fl. zu bemessen und vorzuschreiben. (Angenommen.)

(3175.) St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Ansuchen des Stiftes St. Peter um Herabsetzung der Canaleinmündungsgebür für die Realität XVII., Dornbacherstraße 58, und beantragt, es werde die Canaleinmündungsgebür im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 14, vorläufig mit 1420 fl. bemessen und vorgeschrieben. (Angenommen.)

(3280.) St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Ansuchen des Emil und der Barbara Maly um Ermäßigung der Canaleinmündungsgebür für XVII., Dornbacherstraße 112, und beantragt, die Canaleinmündungsgebür im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 14, vorläufig mit 88 fl. 52 kr zu bemessen und vorzuschreiben. (Angenommen.)

(3328.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Ansuchen der Emma Zerkowitz um Einleitung von Vergleichsverhandlungen bezüglich der Grundentschädigung für V., Griesgasse 29, und beantragt die Wahl eines Verhandlungs-Comités. (Angenommen.)

In das Comité werden die St.-R. Dr. v. Billing, Müller und Dr. Lueger gewählt.

(3192.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über die Persolvierung der Interessen der Dr. Moriz Andreas Goldberger'schen Stiftung für Ferien-Colonien und beantragt, hinsichtlich dieser Persolvierung ohne Abschluss eines förmlichen Vertrages und auf Widerruf folgende Modalitäten festzusetzen und dieselben dem Ersten Wiener Ferien-Colonien-, Spar- und Unterstützungsvereine für Kinder mit Decret mitzutheilen, und zwar:

1. Die jährlichen Interessen der in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Dr. Moriz Andreas Goldberger'schen Stiftung für Ferien-Colonien werden seitens der Gemeinde Wien alljährlich im November dem Ersten Wiener Ferien-Colonien-, Spar- und Unterstützungsvereine für Kinder in Wien ausgefolgt.

2. Der Erste Wiener Ferien-Colonien-, Spar- und Unterstützungsverein für Kinder verpflichtet sich dagegen für den Bezug der Jahresinteressen der Dr. Moriz Andreas Goldberger'schen Stiftung alljährlich zehn arme erholungsbedürftige Kinder ohne Rücksicht auf Confession und Heimatrecht in eine seiner Ferien-Colonienorte (bis auf weiteres in das kaiserliche Schloss Wolfpassing) aufzunehmen, daselbst in der gleichen Dauer wie die übrigen in Ferien-Colonien entsendeten Kinder zu verpflegen und Kindern, die während des Landaufenthaltes in den Ferien-Colonien erkranken, auch ärztliche Behandlung angedeihen zu

lassen. Im Jahre 1895 sind ausnahmsweise 25 Kinder für Rechnung der erwähnten Stiftung in die Ferien-Colonien aufzunehmen und erhält der Erste Wiener Ferien-Colonien-, Spar- und Unterstützungsverein für Kinder außer den Interessen der Dr. Moriz Andreas Goldberger'schen Stiftung vom Jahre 1895 auch den bei dieser Stiftung mit Ende des Jahres 1894 verbliebenen Cassarest per 352 fl. 60 kr., das ist dreihundertfünfzig und zwei Gulden sechzig Kreuzer.

3. Die Auswahl der für Rechnung der Dr. Moriz Andreas Goldberger'schen Stiftung in die Ferien-Colonien zu entsendenden Kinder wird dem Ersten Wiener Ferien-Colonien-, Spar- und Unterstützungsvereine für Kinder überlassen; doch hat derselbe hiebei auf den Zweck dieser Stiftung und auf Kinder, welche dem Vereine vom Wiener Magistrate zur Aufnahme in eine Ferien-Colonie empfohlen werden, besonders Rücksicht zu nehmen.

4. Die für Rechnung der Dr. Moriz Andreas Goldberger'schen Stiftung in die Ferien-Colonien zu entsendenden Kinder werden in einer Abtheilung, „Goldberger-Abtheilung" betitelt, vereinigt und im Jahresberichte des Vereines, welcher dem Wiener Magistrate vorzulegen ist, ausgewiesen.

5. Sowohl der Gemeinde Wien als auch dem Ersten Wiener Ferien-Colonien-, Spar- und Unterstützungsvereine für Kinder in Wien bleibt der Widerruf dieser Modalitäten im ganzen oder in einzelnen Bestimmungen vorbehalten.

Der Widerruf muss jedoch längstens bis 1. December des der nächsten Ferien-Colonienperiode vorhergehenden Jahres bekanntgegeben werden. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **25. April 1895.**

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende:

Dr. v. Billing,	Dr. Nechansky,
Dr. Hackenberg,	v. Neumann,
Dr. Huber,	Rückauf,
Dr. Klotzberg,	Schlechter,
Kreindl,	Schneiderhan,
Dr. Lederer,	Stiaßny,
Dr. Lueger,	Vaugoin,
Matthies,	Dr. Vogler,
Mayer,	Witzelsberger,
Müller,	Wurm.

Entschuldigt: St.-R. v. Götz.
Experten: Bauräthe Jahn und Clauser.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

St.-R. v. Götz entschuldigt sein Ausbleiben wegen einer Reise; ferner entschuldigen die St.-R. Dr. Hackenberg, Stiaßny und Dr. Lueger ihr Späterkommen wegen Theilnahme an der Tramway-Enquête bei der k. k. Statthalterei. (Zur Kenntnis.)

Interpellation des St.-R. Schlechter, betreffend die Austragung der vom Gem.-Rathe Steiner in der Gemeinderaths-Sitzung vom 19. April d. J. aus Anlass der Legung einer Rohrleitung zu den Gärten des Rath. Baron Rothschild in Heiligenstadt aufgeworfenen Competenzfrage in Bezug auf die Verfügung mit Gemeindegut.

(Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.)

(3182.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über das neuerliche Project für den Bau einer Mädchen-Volksschule im XVI. Bezirke, Gaullachergasse 49 bis 51, und beantragt die Genehmigung der vom Stadtbauamte vorgelegten Projectskizze II mit dem approximativen Kostenbetrage von 128.000 fl.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(Während des vorstehenden Referates hat Baurath Clauser als Experte fungiert.)

(3276.) **St.-R. Müller** referiert über das neuerliche Project für den Zubau zur Schule XVIII., Schulgasse 19, und beantragt:

1. Die Zuleitung des Hochquellenwassers ist für die Auslaufmuscheln in den Stockwerken, für die Aborte und die Pissoire durchzuführen. In den Aborten sind verschließbare Hähne mit abnehmbaren Schlüsseln anzubringen. In den Pissoirs ist je ein Ablauf mit gleichen Hähnen wie bei den Aborten anzubringen. Das tägliche Wasserbezugsquantum wird mit 20 hl festgesetzt.

2. Die vom Stadtbauamte vorgelegte neue Façadeskizze Nr. III wird genehmigt.

3. Der Turnsaal ist mit einer Lichtenhöhe von 4 m auszuführen.

4. Im übrigen wird der Bauamtsbericht vom 16. April 1895, Z. 1332/II, zur Kenntnis genommen und das Bauamt angewiesen, das Ergebnis der Untersuchung der hölzernen Decken in den alten Räumen in Bezug auf ihre Tragfähigkeit seinerzeit anher vorzulegen.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt, das Bauamt sei zu beauftragen, wegen Ableitung des Ablaufes aus den Trinkwasser-Entnahmsmuscheln auf die Pissoirs, und zwar von den oberen Stockwerken auf die unteren, Bericht zu erstatten.

St.-R. Mayer beantragt, das Wasserbezugsquantum mit 30 hl täglich festzusetzen.

Es wird der Referenten-Antrag mit der vom St.-R. Mayer beantragten Abänderung, ferner der Zusatz-Antrag Dr. Klotzberg angenommen.

(Während des vorstehenden Referates hat Baurath Clauser als Experte fungiert.)

(2944.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über das Ansuchen des Deutschen Schulvereines um Überlassung des Cursalons und eines Theiles des Stadtparkes für ein am 24. Mai 1895 zu veranstaltendes Fest und beantragt die Bewilligung nach dem Magistrats-Antrage.

(Angenommen.)

(3288.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Bestimmung der gemeinderäthlichen Commissionsmitglieder für die Reichsraths-Ergänzungswahl im III. Bezirke und beantragt, nachstehende Liste zu genehmigen:

I. Section: 1. Lukesch Rudolf, kaiserl. Rath, Bürger und Hausbesitzer, Gemeinderath;
2. Seipel Richard, Magister der Pharmacie;
3. Neudecker Josef, Bürgerschul-Director.

II. Section: 1. Dr. Zimmermann Karl, Hof- und Gerichtsadvocat, Gemeinderath;
2. Gruidl Rudolf, Bürger und Schneider;
3. Rother Albert, Kaufmann.

III. Section: 1. Hörmann Karl, Bürger, Baumeister und Hausbesitzer, Gemeinderath;
2. Dr. Altmann Rudolf, Hof- und Gerichtsadvocat;
3. Bohrn Hermann jun., Schlosser.

IV. Section: 1. Schneeweiß Martin, Gemischtwarenhändler und Hausbesitzer, Gemeinderath;
2. Gmeinböck Johann, prov. Schulleiter;
3. Plaschkowitz Josef, Turngeräthe-Erzeuger.

V. Section: 1. Reiner Jakob, Gastwirt;
2. Oswald Karl, Fabriksbesitzer;
3. Thaler Wilhelm, Kaufmann.

VI. Section: 1. Baugert Georg, Hausbesitzer, Bezirksausschuss;
2. Jaburek Adolf, Uhrmacher;
3. Gruber Theodor, Bürgerschullehrer.

VII. Section: 1. Jankiewicz Wladimir, Hausbesitzer;
2. Friedl Josef, Lehrer am israelitischen Taubstummen-Institute;
3. Dostal Josef, Hausbesitzer.

(Angenommen.)

(3150.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über den Recurs des Johann Gießauf gegen den Auftrag des magistratischen Bezirksamtes zur Herstellung von Aborten und Einleitung des Hochquellenwassers im Hause V., Gartengasse 20, und beantragt die Abweisung des Recurses. (Angenommen.)

(3148.) St.-R. Dr. Klotzberg referiert über den Recurs der Marie Schönbauer gegen den Auftrag des magistratischen Bezirksamtes für den XVI. Bezirk zur Herstellung von Aborten im Hause XVI., Wurlitzergasse 19, und beantragt die Abweisung. Der Bezirksamts-Auftrag ist sofort durchzuführen. (Angenommen.)

(8738 und 9009 ex 1894, 3236 ex 1895.) St.-R. Dr. Klotzberg referiert über den Recurs des Johann Klöpfer gegen den Auftrag zur Einplankung des Bauplatzes Nr. 5 Kriehubergasse, V. Bezirk, und beantragt die Abweisung. Der Platz ist sogleich zu reinigen und die Planke sofort herzustellen. (Angenommen.)

(8436.) St.-R. Dr. Klotzberg referiert über den Recurs der Antonie Wottawa gegen sanitätspolizeiliche Verfügungen bezüglich des Hauses XIV., Rudolfstraße 27, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Klotzberg referiert über Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit aus dem IX. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

(3272.) Jostal Martin, Seifensiedergehilfe;
Gratzer Johanna, Bedienerin;
Schweighofer Anna, Hausbesorgerin;
Kohout Wenzel, Costümschneider im k. k. Hofoperntheater;
Wöllisch Wenzel, Geschäftsdiener;
Boyer Severin, Fragner;
Mühlbauer Leopold, Milchmeier;
Blazek Josefa, Weißnäherin;
Sediwy Josef, Schneidergehilfe;
Hruby Wenzel, Schlossergehilfe;
Lehmbacher Ignaz, Geschäftsdiener;
Müller Karl, Schneidermeister;
(3159.) Lisko Josef, Schneidermeister;
Blažek Martin, Holzleger;
Seidl Anna, geb. Rudler, Bedienerin;
Benes Franz, Schneidergehilfe;
Kalivoda Anna, geb. Hampejs, Bedienerin;
Schimak Theresia, Köchin;
Armbruster Adolf, Kutscher;
Schott Leopold, Commissionshändler;
Hurm Karl, Privatbeamter;
Hykysch Rudolf, Tischlermeister;
Wollisch Isaak, Disponent, und
Uhrmann Barbara, Wäscherin. (Angenommen.)

(6987.) St.-R. Dr. Klotzberg referiert über das Ansuchen des Professors Dr. Julius Ritt. v. Wagner-Jauregg um Beistellung klinischen Materiales aus dem Wiener Versorgungshause und Überlassung von Räumlichkeiten daselbst zur Abhaltung von Vorlesungen über Nervenkranke und beantragt die Abweisung; jedoch werden über Wunsch geeignete Nervenkranke mit deren Einverständnis auf die Klinik des Professors Dr. Wagner zur Disposition gestellt.

St.-R. Dr. Lederer beantragt die Bewilligung.

Antrag Dr. Lederer abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

(3153.) **St.-R. Baugoin** referiert über das Ansuchen des Weinbauvereines in Ober- und Unter-Sievering um Subvention und beantragt, dem genannten Vereine zur Ermöglichung der Bestreitung der ihm aus Anlass der Anschaffung von 6000 Stück amerikanischer Reben und für Dünger und Arbeitslöhne im Jahre 1895 erwachsenden größeren Auslagen ausnahmsweise für das Jahr 1895 eine Subvention im erhöhten Betrage von 600 fl. zu bewilligen. Bei der Auszahlung dieser Subvention sei der im Vorjahre eingehaltene Modus zu beobachten. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3155.) St.-R. Baugoin referiert über das Ansuchen der Karoline Jedliczka, Buchhaltungs-Registratorswaise, um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt, den Fortbezug der Gnadengabe im Betrage von 100 fl. pro Jahr vom 12. Februar 1895 an auf weitere drei Jahre, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden Versorgung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3040.) St.-R. Baugoin referiert über den Stadtraths-Beschluss vom 5. September 1894, Z. 7187, betreffend die Gräbereintheilung in dem noch unbelegten Theile des Döblinger Friedhofes, und beantragt, es sei der nunmehr vom Stadtbauamte vorgelegte Gräbereintheilungsplan B zu genehmigen.

Über Antrag des St.-R. Dr. Lederer wird beschlossen, es sei der Mitverfasser des von der bestandenen Gemeinde Währing acceptierten Planes, Architekt Professor Dominik Avanzo, zu ersuchen, einen neuen, den jetzigen Bedürfnissen angepassten Plan mit einem entsprechenden architektonischen Abschlusse (Bogenreihe, Gartenanlage 2c.) anzufertigen.

(3235.) St.-R. Baugoin referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungskosten nach 12 Parteien im XVI. Bezirke im Gesammtbetrage von 41 fl. 65 kr. und beantragt die Abschreibung.

(Angenommen.)

St.-R. Baugoin referiert über Gesuche um Widmung von Ehrengräbern und beantragt die Widmung je einer Grabstelle in der längs der linksseitigen Einfriedungsmauer des Central-Friedhofes gelegenen Reihe der Ehrengräber für die Leichenreste der Nachbenannten:

(2423.) Johann Wilhelm Klein, Gründer des k. k. Blinden-Erziehungsinstitutes.

(2173.) Johann Ludwig Deinhardstein, Schriftsteller.

(Angenommen.)

(2588.) St.-R. Baugoin referiert in Betreff der eventuellen Übernahme des Gräberausschmückung-geschäftes am Hietzinger Friedhofe in die eigene Regie der Gemeinde und beantragt:

1. Es sei von der Übernahme des Gräberausschmückungsgeschäftes in die eigene Regie der Gemeinde dermalen Umgang zu nehmen.

2. Es sei bis zur definitiven Regelung des Beerdigungswesens in den einbezogenen Vorortefriedhöfen die anlässlich des Ablebens des Todtengräbers Kolarz rücksichtlich des Hietzinger Friedhofes getroffene Verfügung, wonach dessen Witwe provisorisch mit der Besorgung der Geschäfte bis auf weiteres betraut wurde, vorläufig noch aufrecht zu halten, daher auf die Besetzung des Todtengräberpostens nicht einzugehen.

St.-R. Mayer beantragt die dermalige Vertagung des Gegenstandes bis zur Vorlage der in Ausarbeitung begriffenen Gräberordnung.

Dieser Antrag angenommen.

(3214.) **St.-R. Müller** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Vergebung der Hochquellen-Rohrlegungsarbeiten in Simmering, XI. Bezirk, und beantragt die Annahme des Offertes des Ludwig Zatka (5·3 Percent Aufzahlung). (Angenommen.)

(3216.) St.-R. Müller referiert über das Ergebnis der neuerlichen Offertverhandlung puncto Lieferung der gusseisernen Rohre und Façonstücke Serie VI zur Herstellung des Rohrnetzes für die Wasserversorgung der Bezirke XI bis XIX und beantragt, es wäre der Magistrat zu beauftragen, unverzüglich mit den Offerenten ad I, II, IV und V des Offertverhandlungs-Protokolles vom 9. d. M., und zwar der Wittkowitzer Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft, dem Erzherzog Albrecht'schen Productenverschleiße, der Firma R. Ph. Wagner und der Österr. alpinen Montangesellschaft dahin zu verhandeln, ob dieselben ihre Offerte bei Abgabe eines Theiles der Rohre A mit den dazugehörigen Façonrohren und Muffen an eine andere Firma dahin modificieren würden, dass dieses Theilquantum von der von ihnen geforderten Gesammtlieferung ausgeschieden werde.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, der Fürst Salm'schen Blanskoer Eisenniederlage die Lieferung des von derselben offerierten Theilquantums zu übertragen und den Rest an die Offerenten ad I, II, IV und V, eventuell an die Firma Rud. Böcking & Comp. in Brebach a. d. Saar zu vergeben.

Referenten-Antrag angenommen.

(1793.) St.-R. Müller referiert über Anstände hinsichtlich der Legung eines Wasserleitungsrohres zur Wasserversorgung von Theilen des XVIII. und XIX. Bezirkes und beantragt:

1. derzeit von der Legung der Rohrleitung in der Strecke zwischen der Prinz Eugenstraße und Mariengasse im XIX. Bezirke abzusehen;

2. zur Klarstellung der Verhältnisse wegen Durchführung dieses Straßenzuges, respective der daselbst durch die Anrainer vorzunehmenden Grundabtretungen, der Abgrabung, Straßenherstellung ꝛc. mit den Anrainern neuerlich zu verhandeln;

3. die Wasserabgabe für das Gebiet im XIX. Bezirke unterhalb der Mariengasse ist bis zur Beschlussfassung bezüglich der Durchführung der Cottagegasse durch den Rohrstrang der Mariengasse zu besorgen. (Angenommen.)

(Während des vorstehenden Referates hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

(1234.) St.-R. Müller referiert in Betreff der Reconstruction der Wasserleitungen in Salmannsdorf, Pötzleinsdorf und Neustift a. W. und beantragt: Es sind die Reconstructionsarbeiten an der Wasserleitung in Neustift a. W. mit möglichster Ökonomie vorzunehmen und wird hiefür der Betrag von 4000 fl. genehmigt, welcher Betrag nicht zu überschreiten ist. (Angenommen.)

(2859.) St.-R. Müller referiert über das Ansuchen des Bauunternehmers W. v. Doderer um Genehmigung der probeweisen Verwendung von Szcakowaer Portland-Cement und beantragt, dem Genannten eine Probelieferung Szcakowaer Portland-Cement im Sinne der speciellen Vorschrift II für hydraulische Bindemittel, d. i. einen Monat vor Beginn der Maurerarbeiten, zu gestatten und diesen Cement für den Reservoirbau am kleinen Schafberg insolange zuzulassen, als derselbe nach den periodisch vorzunehmenden Prüfungen mit den vertragsmäßigen Cementen als gleichwertig befunden wird.

Während der letzten drei Referate hat Baurath Jahn als Experte fungiert.

(3173.) St.-R. Müller referiert über das Ansuchen des Josef Kell um Consens zur Herstellung einer Böschungsmauer auf der Realität Or.-Nr. 73, Nussdorferstraße, IX. Bezirk, und beantragt, den Magistrats-Antrag auf Ertheilung des Bauconsenses gegen Ausstellung eines Reverses bezüglich der Herstellung einer vorschriftsmäßigen, 50 cm unter das zukünftige Niveau reichenden Futtermauer in der Linie I, II, III des Planes zu bestätigen. (Angenommen.)

(1799.) St.-R. Müller referiert über das Offert der Eheleute Hemetsberger auf der Baustelle Einl.-Z. 803, Cat.-Parc. 228/4 Fünfhaus, XV. Bezirk, und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(1966.) St.-R. Müller referiert über den Recurs der Bertha Kitschelt gegen die ihr aufgetragene Reparatur des Trottoirs bei dem Hause XVI. Bezirk, Neulerchenfeld, Brunnengasse 29, und beantragt die Abweisung.

St.-R. Dr. Lederer beantragt die Zurückweisung des Actes behufs Vorlage der Acten, betreffend die seinerzeitige Ertheilung des Bauconsenses.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, es sei bei dieser Gelegenheit auch zu erheben, ob das fragliche Trottoir von der Gemeinde Ottakring übernommen wurde.

Antrag Dr. Lederer mit Zusatz Dr. Lueger angenommen.

(1949.) St.-R. Müller referiert über das Project für die Regulierung und Pflasterung der Ladenburggasse in Gersthof, XVIII. Bezirk, und beantragt:

1. Der Stadtrath wolle die Beschotterung und Pflasterung der Ladenburggasse im XVIII. Bezirke mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 2822 fl. 25 kr. als Mehrarbeit zu dem mit Stadtraths-Beschluss vom 18. September 1894, Z. 7281, genehmigten Projecte für die Erbauung einer neuen Zufahrtstraße zum Gersthofer Ortsfriedhofe genehmigen.

2. Die hiezu erforderliche Schotterlieferung der Ludmilla Tichy in Kaltbrunn als Mehrlieferung zu der ihr mit demselben Stadtraths-Beschlusse übertragenen Schotterlieferung in Genehmigung ihres Nachtragsoffertes vom 8. März 1895, und

3. dem Deichgräbermeister Johann Frigo die erforderlichen Erd- und Pflasterungsarbeiten als Mehrarbeit zu den ihm mit Stadtraths-Beschluss vom 5. October 1894, Z. 7978, übertragenen Arbeiten derselben Art auf Grund des § 21 der hiezu vereinbarten Vorschrift und unter Erstreckung des hiefür bedungenen Arbeitstermines auf weitere sechs Arbeitstage übertragen. Endlich

4. Der Stadtrath wolle die Herstellung eines Staketenzaunes zur Abfriedung der Zufahrtstraßenanlage zum Gersthofer Ortsfriedhofe gegen die Ladenburggasse mit dem bedeckten Pauschalkostenerfordernisse von 300 fl. genehmigen. (Angenommen.)

(2950.) **St.-R. Müller** referiert über das Offert des Heinrich Glaser auf einen Theil der Cat.-Parc. Einl.-Z. 568 in Dornbach.

Über Antrag des St.-R. Ritt. v. Neumann wird dieser Gegenstand dem zur Verhandlung mit Paul Fink puncto Einräumung des Verkaufsrechtes auf der zur Arrondierung der Parcelle 20 in Dornbach erforderlichen Grundstreifen der Parcelle 1269/1 am 4. d. M. gewählten Verhandlungs-Comité zugewiesen.

(3223 ex 1895.) St.-R. Müller referiert über das Ansuchen des Alois und der Auguste Fink um käufliche Überlassung eines Theiles der Parcelle 438/1, XVI., Galitzynstraße, und beantragt:

Das Ansuchen des Alois Fink und der Auguste Fink um käufliche Überlassung eines Theiles per 69·185 m² der städtischen Parcelle Nr. 438/1, Einl.-Z. 1995 in Ottakring, in der Planskizze mit a b c d a bezeichnet, um den Pauschalbetrag von 300 fl. wird unter folgenden Bedingungen genehmigt:

1. Die Vertragskosten, die Kosten der grundbücherlichen Einverleibung, sowie die Vermögens-Übertragungsgebüren tragen die Käufer;

2. der Kaufschilling ist zur Gänze bar binnen acht Tagen nach der Verständigung von der Genehmigung des Kaufoffertes zu erlegen;

3. die Käufer verpflichten sich in solidum, das in die Straße fallende Grundfragment — Figur c d f c der Skizze — ins vorgeschriebene Niveau zu bringen;

4. der erkaufte Grund hat Vorgarten zu bleiben und ist diese Servitut grundbücherlich einzuverleiben;

5. die Gemeinde überträgt das Fragment c d f c ins Verzeichnis für öffentliches Gut.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3227.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Pensionierung des Johann Hartl, Schuldieners an der Gumpendorfer Communal-Oberrealschule, und beantragt, dem Genannten über sein Ansuchen in den bleibenden Ruhestand zu versetzen und demselben den normalmäßigen Ruhegehalt mit 377 fl. vom ersten des auf die Versetzung in den Ruhestand nächstfolgenden Monates an und mit der Hälfte des zuletzt bezogenen Jahresquartiergeldes, das ist 90 fl., vom 1. August 1895 an, zusammen daher mit 467 fl. zu bemessen.

(Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt den Vorsitz.)

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass das k. und k. Platz-Commando eine Anzahl Karten für die am 27. d. M. stattfindende Frühjahrsparade zur Verfügung gestellt hat. (Zur Kenntnis.)

(2919.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über die Besetzung einer erledigten Accessistenstelle XI. Rangclasse im Kanzleistatus und beantragt, diese Stelle dem Kanzlei-Praktikanten Franz Braun zu verleihen. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **26. April 1895.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Bürgermeister Dr. Grübl.
Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Experte: Bibliotheks- und Museums-Director Dr. Glossy.
Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

Die St.-R. Dr. Hackenberg, Dr. Lueger und Stiaßny entschuldigen ihr Späterkommen wegen Theilnahme an der Tramway-Enquête. (Zur Kenntnis.)

(3318.) **St.-R. v. Götz** referiert über das Ansuchen des Max und der Bertha Reisner um Bewilligung zur Anlage eines Vorgartens und Herstellung eines Gitters Hietzing, Maxingstraße 14, und beantragt:

1. die Zustimmung zur Herstellung eines Vorgartens gegen Widerruf unter der Bedingung eines jährlichen Platzinses von 10 fl. vom Tage des Benützungsconsenses und eines Cautionserlages per 260 fl. zur Sicherstellung der Trottoirherstellung und

2. die Bestätigung der Bewilligung zur Herstellung eines gestrickten Gitters auf gemauertem Sockel vor obigem Vorgarten.

(Angenommen.)

(3317.) St.-R. v. Götz referiert über das Ansuchen des Emerich v. Bukovics um Baubewilligung Ober-St. Veit, Veitlissengasse, Einl.-Z. 1158, und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung unter Umgangnahme von der Baulinienbekanntgabe.

(Angenommen.)

(2946.) St.-R. v. Götz referiert über die Beleuchtung der Bahnübersetzungen im XII. Bezirke an der Laxenburger und Schönbrunner Hofallee und an der Breitenfurterstraße und beantragt, das Anerbieten der k. k. Eisenbahn-Betriebsdirection Wien, an den Kreuzungsstellen der Schönbrunner- und Laxenburgerallee, sowie der Breitenfurterstraße mit der Donauländе und Verbindungsbahn je eine der dort aufgestellten Flammen ganznächtig brennen zu lassen, wird dankend zur Kenntnis genommen und im Sinne des Magistrats-Antrages bestimmt, von der Errichtung städtischer ganznächtiger Flammen an den Punkten 1 bis 5 abzusehen.

Bei Punkt 6 a (Viaduct beim Hetzendorfer Bahnhofe) wird die Errichtung einer ganznächtigen Flamme mit dem jährlichen Kostenbetrage von 40 fl. genehmigt. (Angenommen.)

(3158.) St.-R. v. Götz referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem XIII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Schmidt Ferdinand, Tischler;
Roß Kaspar, Gastwirt. (Angenommen.)

(2341.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über das Ansuchen der Firma Rumpel & Niklas, Unternehmer für den Bau der Neunkirchener Wasserleitung, um Aufzahlung für die Granitpflasterung und beantragt, der genannten Firma für jeden Quadratmeter Pflasterung bei obiger Wasserleitung statt des vertragsmäßigen Preises von 3 fl. 20 kr. aus Billigkeitsrücksichten unter ausdrücklicher Verwahrung gegen einen diesbezüglichen Rechtsanspruch der Contrahenten einen Preis von 5 fl. 48 kr. zu bewilligen.

(Angenommen.)

(2220.) Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über die Fortsetzung des Pachtverhältnisses mit der Kahlenberg-Eisenbahn-Gesellschaft bezüglich des Jagdrechtes der ehemaligen Gemeinde Kahlenbergerdorf bis 31. December 1897 und beantragt, es sei in Genehmigung des Offertes der obigen Gesellschaft ab 1. August 1895 bis 31. December 1897 das Gemeinde-Jagdrecht im ehemaligen Gebiete der Gemeinde Kahlenbergerdorf gegen einen Jahreszins von 154 fl. zu verpachten. (Angenommen.)

(1997.) Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über die Überschreitung bezüglich der sechsten Verlagsrechnung der Section I des Regiebaues zur Einleitung der Quellen oberhalb des Großen Höllenthales und beantragt die Genehmigung der Überschreitung per 35 fl. (Angenommen.)

(7033 ex 1894.) Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über den Magistrats-Bericht in Betreff dreier Offerte bezüglich der Erwerbung von Gründen zu Schulbauzwecken im XVIII. Bezirke und beantragt zur Kenntnis zu nehmen, dass dieses Referat mit Rücksicht auf den Ankauf der Zwangsleihanstalt in Weinhaus gegenstandslos sei. (Angenommen.)

(3303.) Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert in Betreff der Brandschadenversicherung der Objecte, welche durch die käufliche Erwerbung des gräflich Hoyos'schen Besitzes in Naßwald in das Eigenthum der Gemeinde übergegangen sind und beantragt die Fortsetzung des Versicherungsvertrages in der von der Gesellschaft „Phönix" beantragten Weise bis 15. December 1899, von welchem Zeitpunkte die Versicherung der Objecte bei der wechselseitigen Brandschaden-Versicherungsanstalt zu veranlassen ist. (Angenommen.)

(2815.) Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über den Statthalterei-Erlass vom 7. April 1895, Z. 27959, um Erstreckung der Fristen zum Erlage der Caution und des Baubeginnes bis Ende Juni 1895 für die Concessionäre der Wiener-Neustädter Tiefquellenleitung und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantwortet die Interpellation des St.-R. Schlechter, betreffend die Competenzfrage anlässlich der Rohrlegung für die Rothschild'sche Wasserleitung in Heiligenstadt, und erklärt, dass es sich in diesem Falle um einen Act des Magistrates als politische Behörde handelt, welcher nach dem Wasserrechtsgesetze die Entscheidung gefällt hat; eine Ingerenz der Gemeinde war daher ausgeschlossen. Der Bestandvertrag, welcher bezüglich der Einlegung des Wasserrohres abgeschlossen wurde, fällt gleichsam in die Competenz des Magistrates, und zwar nach § 90, Alinea h, des Gemeindestatutes. (Zur Kenntnis.)

(860.) Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über die Eingabe der Allgem. österr. Baugesellschaft um Übertragung, respective Ablösung des für die ehemalige Bürgerspitals-Realität Consc.-Nr. 1100 und 1043, Stadt, erworbenen Wasserbezugsrechtes aus der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung und beantragt, die Rücklösung des fraglichen Wasserbezugsrechtes um den Preis von 4725 fl. gegen Ausstellung, bücherliche Einverleibung und Vorlage des mit Einverleibungsclausel versehenen vorgelegten Reverses, welcher unter einem genehmigt wird, zu bewilligen. (Angenommen.)

(979.) Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über das Ansuchen der Allgem. österr. Baugesellschaft um Grundschätzung, respective Grundentschädigung, Einl.-Z. 4294, Brigittenau, Ländestraße, II. Bezirk, und beantragt, den Magistrat zu ermächtigen, die in der Eingabe der Gesellschaft ausführlich dargestellte, mit der Schätzung der einzelnen hier in Frage kommenden Grundtheile, bezw. der für dieselbe eventuell entfallenden Schadloshaltung unter ausdrücklicher Betonung des unpräjudicierlichen Charakters nach § 12 Bauordnung vorzunehmen. (Angenommen.)

(635/1894.) Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über die definitive Organisation des Gemeinde-Sanitätsdienstes in Wien. (Fortsetzung der Berathung.*) Specialdebatte ad 2 b der Referenten-Anträge.

St.-R. Kreindl beantragt:

1. die Vermehrung der Ärzte im XIX. Bezirke von drei auf vier, und

2. es sei die Besetzung der für die einverleibten Vorortebezirke bestimmten Bezirksärzte und städtischen Ärzte in der Weise vorzunehmen, dass auf die gegenwärtig bestellten Ärzte entsprechende Rücksicht genommen wird und daher die Besetzung dieser Stellen aus den derzeit angestellten Ärzten ohne weitere Concursausschreibung zu erfolgen habe.

St.-R. v. Götz beantragt für den XIII. Bezirk acht definitive Arztensstellen zu systemisieren.

Der Referent accommodiert sich dem Antrage des St.-R. Dr. Lederer, welcher lautet:

Es seien in der X. a Rangclasse 14 städtische Bezirksärzte (statt 7 in der X. a und 7 in der X. b) zu systemisieren und weiters seien 57 Stellen von städtischen Ärzten für Armenbehandlung und Todtenbeschau und zwar in der X. b Rangclasse zu systemisieren.

Der Antrag des St.-R. Dr. Lueger: Es seien principiell sowohl für die städtischen Bezirksärzte, wie auch für die städtischen Ärzte ein Grundgehalt mit Quartiergeld und außerdem Quinquennien festzusetzen, wird abgelehnt.

Desgleichen die Anträge des St.-R. v. Götz und des St.-R. Kreindl sub 1.

Der modificierte Referenten-Antrag wird angenommen.

Ad 2 d. Referent beantragt: Für das Stadtphysikat werden drei Physikats-Assistenten bestellt und dieselben in der X. b Rangclasse systemisiert.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt die Einreihung der Physikats-Assistenten in die XI. Rangclasse.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt die X. b Rangclasse.

Referenten-Antrag angenommen.

Ad 2 e beantragt St.-R. Dr. Klotzberg: die Wirksamkeit der neuen Bezüge mit 1. Mai 1895.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt: vom ersten des auf den Gemeinderaths-Beschluss fallenden Monates.

Es wird beschlossen:

e) Die definitiv angestellten städtischen Ärzte der Bezirke I bis X, welche in Zukunft als städtische Bezirksärzte fungieren werden, erhalten ihre neuen Bezüge nach Maßgabe ihrer Einreihung in die Rangclassen vom ersten des auf den Gemeinderaths-Beschluss folgenden Monates an.

*) Vide Stadtraths-Protokoll vom 12. December 1894.

Die übrigen Bezirksärzte, sowie die städtischen Ärzte erhalten die systemisierten Bezüge vom Tage ihrer Ernennung, respective Einreihung (unter Wahrung allfälliger Ansprüche auf höhere Bezüge als die systemisierten).

Der Antrag des St.-R. Kreindl sub 2 wird abgelehnt.

Der Referent beantragt, Punkt 2 f zu eliminieren.

(Angenommen.)

Der Referenten-Antrag, lautend:

Die hinsichtlich der Regelung des Gemeinde-Sanitätsdienstes gefassten Beschlüsse sind sowohl der k. k. n.-ö. Statthalterei mit Beziehung auf den Erlass vom 30. Mai 1891, Z. 30897, sowie dem n.-ö. Landesausschusse mit Beziehung auf seine Note vom 1. Februar 1891, Z. 2742, unter Anschluss der genehmigten Dienstesinstructionen mit dem Bemerken bekanntzugeben, dass sich die Gemeinde Wien gegen die beabsichtigte Regelung des Gemeinde-Sanitätsdienstes im Wege der Landesgesetzgebung ausspricht.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3442.) **St.-R. Matthies** referiert über die Übernahme der Brückenwage im XI. Bezirke in die Regie der Gemeinde Wien und beantragt, in theilweiser Abänderung des Stadtraths-Beschlusses vom 26. April:

1. der Wagdienst bei der städtischen Brückenwage im XI. Bezirke hat zu dauern, und zwar:

a) an Sonn- und Feiertagen von 6 Uhr früh bis 12 Uhr mittags;

b) an den Tagen, an welchen der Heu- und Strohmarkt in Wien abgehalten wird, von 4 Uhr früh bis 6 Uhr abends;

c) an den übrigen Tagen des Jahres, und zwar in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September von 5 Uhr früh bis 6 Uhr abends und in der Zeit vom 1. October bis 30. April von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

2. Die Entlohnung des für die Bedienung dieser Wage zu bestellenden geprüften Wagmeisters wird bei einer Dienstleistung von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends, sowie für Sonn- und Feiertage mit 1 fl. 50 kr. pro Tag und für die Dienstleistung von 5 Uhr, beziehungsweise 4 Uhr früh bis 6 Uhr abends mit 1 fl. 65 kr., resp. 1 fl. 80 kr. pro Tag festgestellt.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3439.) St.-R. Matthies referiert über den Statthalterei-Erlass vom 16. April, Z. 32301, bezüglich des Projectes des Ministeriums für Landesvertheidigung über den Bau einer Reitschule für die Landwehr-Cadettenschule III., Barmherzigengasse, und beantragt die Bestätigung der im vorgelegten Protokolle abgegebenen Erklärung der Vertreter der Gemeinde Wien. (Angenommen.)

(1293.) **St.-R. Rückauf** referiert über das Offert der Schwender'schen Erben bezüglich eines Theiles der Realität Einl.-Z. 2, Rudolfsheim, XIV. Bezirk, und beantragt, das Offert der Eigenthümer der Realität Einl.-Z. 2, Rudolfsheim, XIV. Bezirk, die in dieser Grundbuchseinlage inneliegenden Cat.-Parc. 2/1, 2/2, 2/3, 2/5, 2/6 und 1/8, Conscr.-Nr. 2 und 5 im Ausmaße von 3871 m² sammt allen darauf befindlichen Gebäuden der Gemeinde Wien um den Preis von 170.000 fl. käuflich zu überlassen, wird abgelehnt.

Es sei weiters ein Comité zur Verhandlung mit den Offerenten einzusetzen.

Der Referenten-Antrag auf Ablehnung angenommen; der Antrag auf Einsetzung eines Comités abgelehnt.

(3306.) St.-R. Rückauf referiert über die Vergebung der Demolierung des städt. Hauses Nr. 228 Ottakringerstraße, XVI. Bezirk, und beantragt, die Demolierung des obigen Hauses dem Maurermeister Franz Lehninger unter den in der Demolierungsvorschrift enthaltenen Bedingungen gegen Überlassung des alten Materiales in sein Eigenthum und Aufzahlung eines Betrages von 100 fl. seitens der Gemeinde. Dieser Betrag wird nach constatierter ordnungsmäßiger Vollendung der Demolierungsarbeiten zur Auszahlung gelangen.

(Angenommen.)

(3448.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Ansuchen des Samuel Schallinger um Baubewilligung VIII., Lerchenfelderstraße 132, und beantragt, die Baubewilligung für die beiden auf einer Realität projectierten Häuser, deren seinerzeitige Abtheilung vorbereitet ist, unter der Bedingung zu bestätigen, dass für eine etwa später beabsichtigte Abtheilung die politische Genehmigung erwirkt werde.

(Angenommen.)

(3438.) **St.-R. Wurm** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 19. April 1895, Z. 31166, wegen politischer Begehung über das Project für die Verlegung zweier Material-Transportgeleise, abzweigend von der Linie Nussdorf—Kaiser-Ebersdorf, für den Bau der Infanteriekaserne in der Donaustadt und beantragt, dem vorstehenden Projecte unter der Bedingung zuzustimmen, dass auf dasselbe die seitens der Gemeinde bei der politischen Begehung vom 27. August 1894 bezüglich der bereits bestehenden Geleiseanlage für die Kasernenbauten gestellten Bedingungen sinngemäß Anwendung finden, und dass weiters mit der Legung der Geleise in der Kreuzung der Vorgartenstraße und Ausstellungsstraße, sowie beiderseits dieser Kreuzung zugewartet werde, bis die bevorstehende Hebung und Umpflasterung der Ausstellungsstraße ausgeführt sein wird. (Angenommen.)

(3409.) **St.-R. Müller** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis bezüglich der Arbeiten und Lieferungen für einen Zubau nebst Adaptierungen im Schulhause XVIII. Bezirk, Schulgasse 19, und beantragt, die Arbeiten und Lieferungen für den Zubau zur allgemeinen Doppelvolksschule im XVIII. Wiener Gemeindebezirke, Schulgasse Or.-Nr. 19, nebst Adaptierungen werden in nachstehender Weise vergeben, wobei sich die Nachlässe, beziehungsweise Aufzahlungen auf die Einheitspreise des betreffenden hieramtlichen Kostenanschlages beziehen:

1. Die Erd- und Maurerarbeiten dem Stadtbaumeister Anton Gürlich, mit einem Nachlasse von 14 Percent, die Posten Nr. 6, 27, 52 und 77 jedoch mit einer Aufzahlung von 20 Percent, sowie gegen Zahlung eines Betrages von 1000 fl., d. i. als Kaufpreis für das durch die Demolierung gewonnene Materiale.

2. Die Lieferung der hydraulischen Bindemittel der Firma Josef Tichy zum offerierten Preise von 1 fl. 28 kr. per 100 kg Roman-Cement (Gewicht 730 g per Liter) und von 3 fl. per 100 kg Portland-Cement Gewicht 1260 g per Liter); ersterer aus der Fabrik des Josef Tichy in der Waldmühle nächst Rodaun, letzterer aus der Fabrik des Grafen Seilern in Tlumatschau (Mähren).

3. Die Lieferung der gewalzten Traversen der Firma Echinger und Fernau zum offerierten Preise von 11 fl. 20 kr. per 100 kg und mit den usancemäßigen Aufschlägen von 50 kr. per 100 kg, für Profil 35 und 40, beziehungsweise von 25 kr. für jeden halben Meter über 10 m Länge.

4. Die Herstellung der Falzziegelgewölbe dem Stadtbaumeister Eduard Schneider zu den Kostenanschlagspreisen.

5. Die Bautischlerarbeiten der Firma Eduard Claus mit einem Nachlasse von 16 Percent.

6. Die Möbeltischlerarbeiten und die Lieferungen der Schulbänke der Firma Scheiber & Klein je mit einem Nachlasse von 8·5 Percent.

7. Die Lieferung der Steinzeugwaren der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft mit einem Nachlasse von 32 Percent.

8. Die Lieferung der Füllöfen der Firma Alexander Herzog mit einem Nachlasse von 11 Percent. (Angenommen.)

(3449.) **Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über die Kündigung der auf den für das Central-Gaswerk reservierten Gründen in Simmering bestehenden Pachtverträge und beantragt die Genehmigung zur Kündigung der Pachtverträge im Sinne des Vorschlages des Stadtbauamtes. (Angenommen.)

(2957.) **St.-R. Dr. Nechansky** referiert über den Bescheid des Bezirksgerichtes Hietzing vom 23. März 1895, Z. 6250, wegen Untertheilung und Abschreibung Einl.-Z. 346 in Breitensee und beantragt, gegen diesen Tabularbescheid einen Recurs nicht zu ergreifen. (Angenommen.)

(3151.) St.-R. Dr. Nechansky referiert über das Ansuchen des Vereines der Industrielehrerinnen und Lehrerinnen der französischen Sprache um Localitätenüberlassung in der Schule I., Börsegasse 5, und beantragt die Überlassung eines Locales an die Gesuchsteller in der städtischen Mädchenschule I., Börsegasse 5, für die Zeit vom 28. April bis 30. Juni 1895 unter den üblichen Bedingungen. (Angenommen.)

(756.) St.-R. Dr. Nechansky referiert über die Anträge bezüglich des Regierungs-Jubiläums Sr. Majestät des Kaisers und beantragt:

1. Es sei eine Wohlfahrtseinrichtung zu schaffen, deren Bestimmung einem späteren Zeitpunkte vorbehalten bleibt.

2. Es sei ein Museum zu erbauen, und zwar entweder auf dem Platze vor dem Auersperg-Palais oder auf dem derzeitigen Gartengrunde vor der Akademie der bildenden Künste gegen den Wienfluss.

3. Es sei für die Erbauung des Museums eine Concurrenz für in Wien ansässige Architekten mit einer Frist von vier Monaten unter Zugrundelegung eines Maßstabes von 1 : 100 für Façade und Schnitt und 1 : 200 für den Grundriss auszuschreiben, ferner eine Jury einzusetzen, welche das Concursproject auszuarbeiten hat.

Es werden drei Preise zu 2000 fl., 1500 fl. und 1000 fl. festgesetzt.

St.-R. Dr. Lueger beantragt: Es sei die Summe festzusetzen, welche für das Museum in Aussicht genommen ist, und es sei auch bezüglich der übrigen gestellten Anträge eine genaue Berechnung vorzulegen.

St.-R. Wurm beantragt: Es ist das General-Regulierungsbureau zu beauftragen, ein Project über die Ausbildung des Platzes am Getreidemarkte zur Anlage eines Museums auszuarbeiten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt die Errichtung eines Kinderspitales.

(3444.) **St.-R. Vangoin** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem I. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für Franz und Josef Mayer, Juweliere. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen.

4. Mai 1895.

In der abgelaufenen Woche wurden bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen 2611 Arbeiter verwendet; hievon waren 1144 beim Bau der Gürtel-, Vororte- und Wienthallinie der Stadtbahn, 585 beim Bau des Schleusencanales nächst Nussdorf, 475 an den Sammelcanälen am linken und rechten Wienflussufer, 281 am Haupt-Sammelcanale rechts des Donaucanales, 126 bei der Wienfluss-Regulierung beschäftigt; außerdem standen in Verwendung: bei den Bahnbauten 119 Fuhrwerke und 4 Dampfmaschinen, beim Schleusencanalbau 7 Dampfmaschinen und 1 Fuhrwerk, bei den Sammelcanälen am rechten und linken Wienflussufer 60 Fuhrwerke, beim Haupt-Sammelcanale rechts des Donaucanales 19 Fuhrwerke.

Schul-Angelegenheiten.

Gewerbeschul-Commission in Wien.

(Sitzung vom 25. April 1895.)

Die Commission nimmt die Wahl der Herren Heinrich Berger und Michael Holzner in den Aufsichtsrath des „Lehrlingsheim" für das Jahr 1895 zur Kenntnis, desgleichen die am 30. Jänner d. J. erfolgte Eröffnung der im III. Bezirke, Sechskrügelgasse Nr. 11, untergebrachten fachlichen Fortbildungsschule der Fleischhauer in Wien.

Dem n.-ö. Gewerbevereine wird für einen Beitrag von 100 fl. zur Erhaltung des „Lehrlingsheim" der Dank votiert.

Die Verlegung des gewerblichen Vorbereitungscurses im XIX. Bezirke, Heiligenstädterstraße, nach der Bürgerschule im selben Bezirke, Grinzingerstraße, wird in Aussicht genommen.

Schließlich wird die Zuweisung der einzelnen gewerblichen Vorbereitungscurse zur speciellen Inspicierung durch die gewählten Gewerbeschul-Inspectoren vorgenommen.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 28. April bis 4. Mai 1895.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	. . 214.780 kg	(Davon aus Niederösterreich — 164.126; aus Ober-Österreich — 378; aus Steiermark — —; aus Tirol — —; aus Mähren — 4864; aus Galizien — 38.479; aus Ungarn — 5311; aus der Bukowina — 1622; aus Krain — —; aus Croatien —; aus Böhmen — — kg)
Kalbfleisch	. . . 43.984 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 2063; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 776; aus Galizien — 41.063; aus Ungarn — 59; aus der Bukowina — 23 kg)
Schaffleisch	. . . 1219 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 421; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — —; aus Galizien — 691; aus Ungarn — 97; aus Croatien — — kg)
Schweinfleisch	. . 52.297 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 33.738; aus Ober-Österreich — —; aus Böhmen — 268; aus Steiermark — —; aus Mähren — 1845; aus Galizien — 6719; aus Ungarn — 9727; aus Croatien —; aus der Bukowina — — kg)

Kälber	2175 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 423; aus Ober-Österreich — 1; aus Salzburg — —; aus Mähren 66; aus Galizien — 1625; aus Ungarn — 60; aus der Bukowina — —; aus Croatien — — St.)
Schafe	252 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 222; aus Ober-Österreich — —; aus Kärnten — —; aus Mähren — 1; aus Galizien 1; aus der Bukowina — —; aus Ungarn — 28; aus Croatien — — St.)
Schweine . . .	247 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 85; aus Ober-Österreich 3; aus Mähren — 31; aus Galizien — 99; aus Ungarn 29 St.)
Lämmer	470 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 295; aus Ober-Österreich — 8; aus Galizien — 7; aus Ungarn — 72; aus Mähren — 88; aus Böhmen — — St.)

Die Zufuhren für den Approvisionierungsverein sind bereits in den obigen Summen enthalten.

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	30	bis	70	kr.	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	50	„	100	„	„ „
Kalbfleisch		„	30	„	66	„	„ „
Schaffleisch		„	32	„	54	„	„ „
Schweinfleisch		„	52	„	70	„	„ „
Kälber		„	36	„	60	„	„ „
Schafe		„	26	„	44	„	„ „
Schweine		„	45	„	62	„	„ „
Lämmer		„	2	„	5	fl.	per Stück.

Die Zufuhr an Fleischwaren war geringer als in der Vorwoche, und war der Geschäftsverkehr ein äußerst lebhafter, weshalb sich auch die Verkaufspreise des Rindfleisches um 6 kr. und jene der Kälber, dann des Schweinfleisches um 2 bis 4 kr. per Kg. erhöhten. Die Preise der übrigen Fleischwaren blieben unverändert.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 6. Mai 1895.

1. Auftrieb.

Mastvieh 4268, Weidevieh —, Beinlvieh 1189.

Summa . 5457.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere .	. 2133
Galizische „	. . . 1455
Deutsche „	. . . 1706
Büffel „	. . . 163

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	4131
Stiere	611
Kühe	715

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von	50	bis	60	fl.	Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 46%), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung: a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung; b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.; c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc., zugesteht.
(extrem .	„	61	„	63	„)	
Galiz. Schlachtthiere	„	50	„	59	„	
(extrem .	„	60	„	63	„)	
Deutsche Schlachtthiere	„	53	„	62	„	
(extrem .	„	63	„	66	„)	
Weidevieh	„	—	„	—	„	

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von	20	bis	31 fl.
Stiere	„	22	„	34 „
Kühe	„	21	„	30 „
Büffel	„	18	„	27 „
Beinlvieh	„	18	„	20 „

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . . von 20 bis 70 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen (Mast-)	11) Stück
Beinlvieh	89 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 1482 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des sehr großen Auftriebes mäßig, daher die Preise von Prima-Qualitäten um 1 bis 1½ fl., von mittleren und minderen Sorten um 1 bis 2 fl. per 100 kg fielen.

* * *

Pferdemarkt vom 3. Mai 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 452 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde	80	—	500	fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde	24	—	95	„ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 4. Mai 1895.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht per 1 hl 78—82 kg)	von	7	fl.	50	kr.	bis 8	fl.	10 kr.
Roggen	(„ „ 1 „ 72—78 „)	„	6	„	45	„	„ 6	„	90 „
Gerste		„	5	„	50	„	„ 8	„	75 „
Mais		„	7	„	50	„	„ 8	„	30 „
Hafer		„	6	„	50	„	„ 7	„	50 „

b) Mahlproducte.

Grieß		von	12	fl.	20	kr.	bis 14	fl.	— kr.
Weizenmehl	neue Type	„	7	„	30	„	„ 13	„	— „
	alte „	„	6	„	—	„	„ 14	„	— „
Roggenmehl		„	7	„	50	„	„ 12	„	— „
Weizenkleie		„	4	„	50	„	„ 4	„	90 „
Roggenkleie		„	4	„	70	„	„ 5	„	— „

* * *

Bierpreise im Monate April 1895.

En gros.

Abzug, Wiener I.	10	bis	11½°	fl.	8.50	bis fl.	9.50
„ böhmisches, oberösterr. II. . .	9	„	10°	„	8.40	„ „	8.75
Lager, Wiener	12	„	13°	„	13.—	„ „	14.—
Märzen, Wiener (Export)	13	„	14½°	„	14.—	„ „	15.—
Böhmisches nach Pilsner Art . . .	11	„	12°	„	15.—	„ „	16.50
Pilsner	11	„	12°	„	17.—	„ „	17.50
Bayrisches (importiert)	—	„	—	„	—.—	„ „	—.—

(Diese Preise verstehen sich franco Zustellung, incl. Verzehrungssteuer, netto Cassa, ohne jeden Sconto.)

En détail.

Abzug	12	bis 14	kr.	per Liter	über die Gasse,
„	12	„ 16	„	„ „	im Locale,
Lager und Märzen	20	„ 30	„	„ „	über die Gasse,
„ „ „	26	„ 32	„	„ „	im Locale,
Böhmisches (Pilsner)	—	„ —	„	„ „	
Bayrisches (importiert)	—	„ —	„	„ „	

Flaschenbier-Preise.

Abzug in Flaschen zu ½ Liter	per Liter	11 bis 14 kr.
Lager „ „ „ „ „	„ „	18 „ 24 „
Pilsner „ „ „ „ „	„ „	24 „ 30 „

Städtisches Lagerhaus.

Vom 25. April bis 2. Mai 1895.

Waren eingelagert . . . . . 19.641 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 32.580 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 8703 Meter-Centner.

Lagerstand vom 2. Mai 1895: 195.429 Meter-Centner, und zwar:

39.569	Meter-Centner	Weizen,	27.931	Meter-Centner	Roggen,
33.977	„	Gerste,	26.626	„	Hafer,
3.366	„	Mais,	18.954	„	Ölsaaten,
6.391	„	Mehl u. Kleie,	2.183	„	Wein,
7.345	„	Zucker,	— Hektoliter à 100% Spiritus		

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 2,069.410 fl. öst. Währ.

* * *

Vom 1. April bis 30. April 1895.

Waren eingelagert . . . . . 109.192 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 150.808 „

Der Lagerstand betrug am 30. April 199.605 Meter-Centner im Assecuranzwerte von 2,092.880 fl. gegen 357.974 Meter-Centner im Werte von 3,561.500 fl. in der gleichen Zeit des Vorjahres; darunter waren:

39.003	Meter-Centner	Weizen	gegen	51.086
31.410	„	Roggen	„	56.130
34.202	„	Gerste	„	52.253
27.092	„	Hafer	„	108.503
3.351	„	Mais	„	21.048
19.468	„	Ölsaaten	„	8.835
6.709	„	Mehl und Kleie . .	„	15.706
2.128	„	Wein	„	3.083
7.014	„	Zucker	„	9.747 und
— Hektoliter à 100% Spiritus . . .			„	941 im Vorjahre.

Die durchschnittliche Tagesbewegung während des Monates April bezifferte sich auf . . . . . 10.400 Meter-Centner; es wurden 3 Lagerscheine ausgegeben und bei 1 Lagerscheine im Versicherungswerte von . . . . . 350 fl. — kr.
eine Lombardierung von . . . . . 230 „ — „
in die Lagerbücher vorgemerkt.

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Behebung des Verbotes der Einfuhr von Klauenthieren aus den Comitaten Bekes und Eisenburg nach Niederösterreich.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 24. April 1895, Z. 39616 (M.-Z. 78305/XV), Nachstehendes kundgemacht:

Ämtlichen Mittheilungen zufolge ist die Maul- und Klauenseuche im Comitate Bekes erloschen und besteht dieselbe im Comitate Eisenburg (Vas) derzeit nur in einem Orte. Im Hinblicke auf diese günstigen Verhältnisse findet die k. k. n.-ö. Statthalterei die h. o. Kundmachung vom 15. März d. J., Z. 26460, betreffend das Verbot der Einfuhr und des Eintriebes von Klauenthieren aus dem Comitate Eisenburg, in ihrem vollen Umfange die bereits durch die h. a. Verfügung vom 4. April 1895, Z. 33374, hinsichtlich der Städte Czegled und Kecskemet modificierte Statthalterei-Kundmachung vom 1. März 1895, Z. 20767, aber, betreffend das Verbot der Einfuhr von Klauenthieren aus den daselbst aufgeführten Comitaten und Freistädten, rücksichtlich des Comitates Bekes zu beheben, und können demnach aus den Comitaten, nämlich Eisenburg und Bekes nunmehr Klauenthiere (Rinder, Schafe, Ziegen und Schweine) unter Beobachtung der vorgeschriebenen veterinärpolizeilichen Maßregeln und der Bestimmungen über den Viehverkehr wieder nach Niederösterreich eingeführt und frei verwertet werden.

Das in der letztbezogenen Kundmachung vom 1. März d. J., Z. 20767, hinsichtlich der Comitate Tolna und Bacs-Bodrogh und der im letzteren Comitate gelegenen Städte Zambor, Neusatz (Ujvidek) und Maria-Theresiopel (Szabadka) ausgesprochene Verbot der Einfuhr von Klauenthieren nach Niederösterreich bleibt bis auf weiteres noch in Wirksamkeit.

Hievon geschieht mit dem Beifügen die Verlautbarung, dass Übertretungen der im Schlusssatze dieser Kundmachung enthaltenen Bestimmungen nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51), wobei auch die Vorschriften des § 46 Thierseuchengesetz und der dazu erlassenen Durchführungsvorschrift in Anwendung kommen, bestraft werden.

Militär-Angelegenheiten.

(Ausfolgung der Landsturmpässe.) Vom Wiener Magistrate wurde unterm 2. Mai d. J., M.-Z. 75460/XVI, Nachstehendes kundgemacht:

Nach § 11 der Verordnung des k. k. Ministeriums für Landesvertheidigung vom 20. August 1894, Pr.-Nr. 1744, ist jede nach dem Gesetze vom 10. Mai 1894 zur Vorstellung (Meldung) verpflichtete Landsturmperson — mit Ausnahme der ehemaligen Officiere und Beamten — mit einem Landsturmpasse zu betheilen.

Es ergeht demnach an die nach Wien zuständigen, gedienten oder mit Widmungskarten betheilten Landsturmpflichtigen — mit Ausnahme der ehemaligen Offiere und Beamten — die Weisung, sich an dem für ihren Geburtsjahrgang bestimmten Tage im Rathhause, I. Bezirk, Reichsrathsstraße Nr. 17 (Volkshalle), zur Behebung des Landsturmpasses zuverlässig einzufinden und zum Nachweise der Identität den Landsturm-Meldecoupon oder ein militärisches Document (Abschied, Bescheinigung, Certificat, Widmungskarte ꝛc.) mitzubringen.

Die Hinausgabe der Landsturmpässe erfolgt nach Geburtsjahrgängen; es haben demnach von den obbezeichneten Landsturmpflichtigen jene aus der Landsturm-Altersclasse des Geburtsjahres:

1853	am Dienstag	den	14.	Mai	d. J.,	um 8	Uhr
1854	„ „	„	14.	„	„	„ 11	„
1855	„ Mittwoch	„	15.	„	„	„ 8	„
1856	„ „	„	15.	„	„	„ 11	„
1857	„ Donnerstag	„	16.	„	„	„ 8	„
1858	„ „	„	16.	„	„	„ 11	„
1859	„ Freitag	„	17.	„	„	„ 8	„
1860	„ „	„	17.	„	„	„ 11	„
1861	„ Samstag	„	18.	„	„	„ 8	„
1862	„ „	„	18.	„	„	„ 8	„
1863	„ „	„	18.	„	„	„ 11	„

vormittags

und die jüngeren am Samstag den 18. Mai d. J. um 11 Uhr vormittags zu erscheinen.

Bau-Angelegenheiten.

(Baudeputation.) Auf Grund des § 108 der Bauordnung für die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 17. Jänner 1883, L.-G.-Bl. Nr. 35, beziehungsweise des Gesetzes vom 26. December 1890, L.-G.-Bl. Nr. 48, mit welchen einzelne Bestimmungen dieser Bauordnung abgeändert wurden, sind zu Mitgliedern der Baudeputation für Wien aus dem Stande der Bauverständigen für die mit dem 10. Mai 1895 beginnende einjährige Functionsdauer vom n.-ö. Landesausschusse der k. k. Baurath, Architekt und Stadtbaumeister Theodor Hoppe, von der k. k. n.-ö. Statthalterei der behördlich autorisierte Civil-Architekt Theodor Reuter und vom Wiener Gemeinderathe der k. k. Oberbaurath, Architekt und Stadtbaumeister Eduard Kaiser und der k. k. Baurath, Architekt und Stadtbaumeister Franz Roth gewählt worden.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 2. Mai bis 6. Mai 1895:

Für Neubauten:

I. Bezirk: Haus, Rothenthurmstraße 11, von Ludw. Richter, IX., Clusiushof, noe. Josef Graf Thurn-Valsassina, Bauführer Ferd. Dehm & F. Olbricht (2783).

II. Bezirk: Haus, Bäuerlegasse, Grundb.-Einl. 3887, von Wenzel Schulz, Maurermeister (2749).

„ „ Haus, Wintergasse 29, von Heinrich Weiner, Staudingergasse 9, Bauführer C. Kittel (2794).

VI. Bezirk: Haus, Gumpendorferstraße 12—14, von Victor Peschl, Kandlgasse 5 a, Bauführer H. Ohrner (2740).

VII. Bezirk: Haus, Guttenberggasse 23, von Franz X. Pleban, Singerstraße 32, Bauführer C. Wanitzky (2698).

VIII. Bezirk: Haus, Kochgasse 4, von Anton Mathner jun., Bauführer Franz Simmlinger (2696).

XIV. Bezirk: Drei Stock hohes Wohnhaus, Rudolfsheim, Kröllgasse 19, von Juliana Frühwirth, XIV., Schellingergasse 15, Bauführer Anton Brunner (13502).

Für Zubauten:

XIII. Bezirk: Gartenhaus und Geräthekammer, Lainz, Jagdschlossgasse 12, von Friedrich Herr v. Wielfried, Bauführer Franz Peydl, Maurermeister (13098).

XV. Bezirk: Stall und Schupfen, Fünfhaus, Zinkgasse 21, von Johann und Emilie Biberle, ebenda, Bauführer Franz Klement, Maurermeister, Mariahilferstraße 108 (10542).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Weihburggasse 4, von Josef Helmreich, Maurermeister, (2709).

II. Bezirk: Klosterneuburgerstraße 46, von Jeannette Anderl, Erdbergstraße 127, Bauführer ? (2693).

„ „ Schüttelstraße 53, von Otto Zarl, Bauführer J. Schobesberger (2728).

„ „ Brigittenauerlände 26, von Anton Brunner, Maurermeister (2765).

III. Bezirk: Seidlgasse 32, von Johann Siebenfreund, Bauführer Franz Ferenda (2682).

„ „ Hörnesgasse 19, von Dr. Leopold Dömeny, Mariahilferstraße 57, Bauführer ? (2695).

IV. Bezirk: Goldegggasse 1—3, von Dr. Herm. R. v. Feistmantel, Bauführer R. Breuer (2688).

„ „ Preßgasse 24, von Ant. Franz Klement, Maurermeister (2788).

V. Bezirk: Matzleinsdorferstraße 55, von Franz Baier, Bauführer J. Hable (2739).

„ „ Wimmergasse 25, von Ferd. Haberzettel, Wimmerg. 30, Bauführer M. Gasselseder (2759).

VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 37, von Karl Brandl, Bauführer C. Ziegelwanger (2724).

VII. Bezirk: Seidengasse 34, von Gottfried Berger, Baumeister (2781).

„ „ Seidengasse 33, von August Denk, Bauführer Al. Schumacher (2789).

„ „ Neustiftgasse 48, von Albert Kröpl, Bauführer Thomas Loskot (2750).

VIII. Bezirk: Laudongasse 8, von Christoph Gatty, Maurermeister (2771).

„ „ Pelikangasse 12, von Emil Richter, Bauführer C. Michna (2694).

XII. Bezirk: Hetzendorf, Rosenhügelstraße 2, von Joh. Breucher, Bauführer Franz Prosser (14357).

„ „ Unter-Meidling, Hauptstraße 28, von Joh. Obendorfer, Bauführer Jos. Hartl (14405).

XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Goldschlagstraße 65, von Andreas Oberleitner, ebenda, Bauführer Otto Ettmayer (13471).

XV. Bezirk: Fünfhaus, Clementinengasse 24, von Franz Lang, ebenda, Bauführer J. Stättermaier, Stadtbaumeister (10590).

XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Fröbelgasse 35, von Franz Moser, ebenda, Bauführer Engelbert Schrammel (23379).

„ „ Ottakring, Ottakringerstraße 231, von Andreas und Josefa Fürgantner, ebenda, Bauführer Wilhelm Maisser und Franz Roth (23397).

„ „ Neulerchenfeld, Gürtel 4, von Alois Hiller, ebenda, Bauführer Vincenz Haschek (23398).

„ „ Ottakring, Ottakringerstraße 148, von Moriz Schönguth, ebenda, Bauführer Franz Roth und Ferd. Maisser (23776).

„ „ Neulerchenfeld, Gaullachergasse 32, von Marie Moesling, für Paul Moeslings Erben, Bauführer Josef Baldia (24027).

XVII. Bezirk: Dornbach, Dornbacherstraße 54 und Badgasse 4, von Apollonia Oehrling, XVII., Dornbacherstraße 43, von Johann Schuster (16754).

„ „ Hernals, Müglendergasse 6, von Dr. Hans Busenlechner, ebenda, Bauführer Karl Haas (16820).

„ „ Dornbach, Dornbacherstraße 40, von der Wiener Tramway-Gesellschaft, Bauführer Karl Haas (16860).

„ „ Hernals, Bergsteiggasse 25, von Franz Gschirhakl, ebenda, Bauführer Franz Haslinger (16863).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Kegelbahn-Eindeckung, Dammstraße 33, von Anna Zimmerl, Bauführer ? (2704).

„ „ Schupfe, Obere Donaustraße 23, von der Allg. österr. Elektricitäts-Gesellschaft, Bauführer W. Schimitzek (2786).

„ „ Atelier, Kluckygasse 3, von Jakob Goldner, Bauführer Al. Matschinger (2793).

III. Bezirk: Einfriedungsmauer, Hauptstraße 137, von Dr. Johann Schneider, Bauführer J. Schmalzhofer (2732).

„ „ Kegelbahn-Eindeckung, Paulusgasse 12, von Franz Frösch, Bauführer Leopold Witzmann (2741).

„ „ Rohrcanal, Erdbergerlände 12, von Gebr. Andreal, IV., Rainergasse 3, Bauführer V. Fiala (2768).

IV. Bezirk: Hütte, Schaumburgergasse 13, von Jul. Glück, Bauführer Oskar Laske (2791).

V. Bezirk: Rohrcanal, Franzensgasse 2, von Friedrich Müller, Bauführer ? (2717).

VI. Bezirk: Stall und Schupfe, Mollardgasse 21, von Heinr. Cellerin, Bauführer Anton F. Klement (2762).

„ „ Schupfe, Mollardgasse 21, von Peter Kandler, Mollardgasse 18, Bauführer Anton F. Klement (2763).

VIII. Bezirk: Balkon-Herstellung, Auerspergstraße 19, von Marie Menger, Bauführer F. Prokesch (2792).

XII. Bezirk: E.-Z. 538, Pissoirherstellung, Unter-Meidling, Wilhelmstraße 70, von Karl und Anna Foller, Bauführer W. Stadler (14250).

„ „ Trockenkammer-Zubau, Unter-Meidling, Murlingergasse 38, von Georg Jiskra, Bauführer Johann Hartl (14406).

„ „ Abortzubau, Gaudenzdorf, Diefenbachgasse 57, von Eduard Kuntner, Bauführer Friedrich Sonnenburg (14489).

XVII. Bezirk: Gartenmauer, Dornbach, Dornbacherstraße 43, von Apollonia Oehrling, ebenda, Bauführer Johann Schuster (16753).

XVIII. Bezirk: Herstellung einer Mauer bei einer Holzschupfe, Gersthof, Ecke der Salieri- und Ladenburggasse, von Franz Knauer, ebenda, Bauführer Paul Oberst (14987).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

V. Bezirk: Matzleinsdorferstraße 30, 32, 34, von Franz Anderle, Kaiser Josefstraße 35 (2776).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

I. Bezirk: Schwertgasse 4, von Marie Demmer, VI., Wallgasse 21 (2700).

XIII. Bezirk: Cat.-Parc. 243, Breitensee, Breitenseerstraße Or.-Nr. 1, von Andreas Hart (13131).
" " Parc. 280/30, Einl.-Z. 434 Unter-St. Veit, Leopold Müllergasse, von der Wiener Baugesellschaft und dem Wiener Bankverein (13210).
XVII. Bezirk: Hernals, Lobenhauerngasse 38, von Magdal. Richter (16618).

Gewerbeanmeldungen vom 1. Mai 1895.

(Fortsetzung.)

Petrasch Prokop — Tischler — XIV., Schellingergasse 18.
Gebhard Rudolf — Verschleiß von Bronzewaren — VI., Gumpendorferstraße 116.
Dražil Anna — Verschleiß von Galanterie- und Granatwaren — I., Burgring 1.
Klieba Rosa — Verschleiß von Gratulationskarten in artistischer Ausführung — IV., Favoritenstraße 39.
Staudinger Karoline — Verschleiß von Parfümerien und Toiletteartikeln — VI., Amerlingstraße 19.
Winterer Francisca — Victualien-Verschleiß — XVIII., Edelhofgasse 13.
Chmelik Karl — Wäsche-Feinputzerei — XII., Gatterholzgasse 6.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 2. Mai 1895.

Maixner Matthias — Betrieb von Escomptegeschäften — IV., Schleifmühlg. 1.
Schirokauer Eduard — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wr. Effectenbörse.
Rapuzzi Giacomo — Blumenhandel — II., Taborstraße 6.
Wilhelmer Philipp — Bürstenbinder — XVI., Liebhartsgasse 55.
Kern Theodor Heinrich — Cartonagewaren-Erzeugung — XV., Geyschlägergasse 17.
Pfeiffer Ernst Felix, Pfeiffer Emilian Felix — Commissionshandel mit pharmaceutischen, physikalischen, chemischen und chirurgischen Apparaten und Utensilien — I., Franzensring 24.
Karl Hermine — Einspänner (Lic. 1373) — XVII., Weißgasse 50.
Wagner Franz — Einspänner (Lic. 613) — II., Klosterneuburgerstraße 54.
Korytowsky Gustav, Neye Hermann — Eisenmöbelfabrik — II., Franzensbrückenstraße 13.
Juračič Michael — Essighandel — II., Dammstraße 22.
Čechmanek Josefa — Feilbieten von Obst und Blumen im Umherziehen — II., Wasnergasse 19.
Sládek Francisca — Feilbieten von Obst und Blumen im Umherziehen — II., Wallensteinstraße 53.
Broch Jakob — Feigenkaffee-Erzeugung — II., Prager Reichsstraße 8.
Dluhy Konrad — Frachtbrief-Revisions- und Reclamationsbureau — XVIII., Kreutzgasse 72.
Gerischer Rudolf — Frachtbrief-Revisions- und Reclamationsbureau — II., Obere Donaustraße 107.
Walter Franz — Friseur und Raseur — II., Dresdnerstraße 128 a.
Hirschmann Johann — Gastwirt — II., Salzachstraße 46.
Hollik Alois — Gastwirt — II., Große Mohrengasse 12.
Junger Franz Josef — Gastwirt — XIV., Denglergasse 4.
Schneider Ignaz — Gastwirt — II., Wallensteinstraße 21.
Fried Josef — Geflügelhandel — II., Karmelitermarkt.
Gollner Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Gumpendorferstr. 123.
Harrer Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Penzingerstraße 56.
Hieß Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Hofmühlgasse 10.
Huber Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Wallensteinstr. 15.
Kammer Salomon — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfelderstraße 89.
Lachsteiner Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Keinerg. 12.
Lorenz Heinrich — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Schopenhauerstr. 9.
Marmorek Abraham Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Klosterneuburgerstraße 20.
Neubauer Wenzel — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Volkertplatz 1.
Ornstein Siegmund, Ornstein Hugo — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Pestalozzigasse 3.
Safranek Josef — Gemischtwaren-Verschleißer — IV., Schleifmühlg. 5.
Polzar Gustav — Glas- und Geschirrhandel — VI., Gumpendorferstr. 124.
Jackl Georg — Gold- und Silberwaren-Verschleiß — XVI., Thaliastr. 42.
Sommer Ottokar — Handelsagentie in Baumwollwaren — II., Rembrandtstraße 10.
Wessely Amalia — Handschuhmachergewerbe — I., Kärnthnerstraße 48.
Freund Philipp, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — II., Wallensteinstr. 7.
Buchberger Anna — Holz-, Kohlen- und Coaks-Verschleiß — XVIII., Blumengasse 12.
Killer August — Hutmacher — XVI., Hasnerstraße 68.
Sokal Nathan — Juwelier, Gold- und Silberarbeiter — II., Taborstr. 55.
Kulnik Margarethe — Kaffeeschank — II., Wallensteinstraße 46.
Wasner Isaak — Kaffeeschenker — II., Obere Augartenstraße 62.
Wintersberger Johann — Kaffeeschank — II., Nordbahnstraße 32.
Pauli Gedeone — Karrenschleifer — III., Hauptstraße 61.
Harasek Franz — Damenkleidermacher — XVI., Herbststraße 20.
Kornherr Simon — Kleinfuhrwerk — XIII., St. Veitgasse 32.
Friedmann Willibald recte Moriz — Marktfierantie — II., Rueppg. 28.
Černy Antonia — Marktvictualienhandel — II., Volkertplatz.
Kohn Ignaz — Marktvictualienhandel — II., Karmelitermarkt.
Prochaska Franz — Marktvictualienhandel — I., Hoher Markt.
Samer Anna — Marktvictualienhandel — II., Karmelitermarkt.
Schima Agnes — Marktvictualienhandel — II., Karmelitermarkt.
Pithart Anton — Mechaniker — X., Simmeringerstraße 143.
Bichler Johann — Mehl-, Grieß- und Presshefe-Verschleiß — XIII., Linzerstraße 63.
Reingruber Magdalena — Milchhandel im Umherziehen im II. Bezirke — Wohnort Aspern.
Kornitzer Rosa — Modistin — II., Praterstraße 30.
Katzenberger Anna — Musikergewerbe — XVI., Gaullachergasse 47.
Lechner Theresia — Pfaidlerin — X., Simmeringerstraße 13.
Wolf Anna — Pfaidlerin — III., Ungargasse 25.
Lorich Karl Franz Oskar — Pferdehandel — II., Kleine Mohreng. 3.
Breitler Clara — Provisionsbezug beim Gebäckverkauf — X., Eugeng. 17.
Cibis Emerich — Provisionsbezug beim Gebäck-Verschleiß — X., Eugeng. 78.
Geißler Marie — Provisionsbezug beim Gebäckverkauf — X., Humboldtg. 22.
Hollub Katharina — Provisionsbezug beim Gebäckverkauf — X., Raaberbahngasse 4.
Schützl Otto — Rauchfangkehrer — II., Praterstraße 68.
Schnobel Karl — Sattler — II., Novaragasse 53.
Umann Franz — Sattler — II., Novaragasse 53.
Černy Ignaz — Schuhmacher — XVIII., Abt Karlgasse 18.
Dengscherz Johann — Schuhmacher — II., Wolfsaugasse 6.
Jedlička Johann — Schuhmacher — II., Castellezgasse 4.
Rothbarth Samuel — Schuhmacher — II., Nordbahnstraße 30.
Wanek Andreas — Schuhmacher — XVI., Wattgasse 49.
Riza Josef sen., Wertheim Moriz — Schlosser — II., Pappenheimg. 58.
Schmidt Leib Mendel — Verkauf von Lederwaren auf fremde Rechnung — II., Herminengasse 3.
Sternfeld Adolf — Verschleiß von Bier und Wein in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — II., Große Mohrengasse 18.
Walter Johann — Verschleiß von gebrannten geistigen Getränken in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — II., Dresdnerstraße 113.
Scheichl Josef — Verschleiß von Wein in handelsüblich verschlossenen Flaschen und Gebinden — XVI., Degengasse 57.
Wilheim Samuel — Weinhandel — II., Herminengasse 6.
Hajek Marie — Wäscheputzerin — X., Goethegasse 7.
Binghardt Margarethe — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — II., Große Stadtgutgasse 9.

Inhalt:

Seite
Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 24. April 1895 1111
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 25. April 1895 1116
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 26. April 1895 1119
Allgemeine Nachrichten:
Commission für Verkehrsanlagen 1122
Schul-Angelegenheiten:
Gewerbeschul-Commission in Wien 1122
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 28. April bis 4. Mai 1895 1122
Schlachtviehmarkt vom 6. Mai 1895 1123
Pferdemarkt vom 3. Mai 1895 1123
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 4. Mai 1895 1123
Bierpreise im Monate April 1895 1123
Städtisches Lagerhaus 1124
Approvisionierungs-Angelegenheiten:
Behebung des Verbotes der Einfuhr von Klauenthieren aus den Comitaten Bekes und Eisenburg nach Niederösterreich 1124
Militär-Angelegenheiten:
Ausfolgung der Landsturmpässe 1124
Bau-Angelegenheiten:
Baudeputation 1125
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 2. bis 6. Mai 1895 1125
Gewerbeanmeldungen 1126
Kundmachungen.
Beilage:
Mittheilungen des statistischen Departements des Wiener Magistrates pro März 1895.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Friedrich Edler v. Radler, Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — J. B. Wallishausser's k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen.*)

1895.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
18. Mai 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters** vor den Häusern Or.-Nr. 7 bis 11 Favoritenstraße, IV. Bezirk, und zwar: a) der **Holzstöckelpflasterung** im veranschlagten Kostenbetrage von 7974 fl. 20 kr.; b) der **Steinpflasterungsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 1383 fl. 20 kr. 3—3
18. Mai 11 Uhr	detto	M.-Z. 58719. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Umbau des Haupt-Unrathscanales in der Antoni-, Leitermayer- und Staudgasse im XVIII. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 6430 fl. 26 kr. und 1400 fl. Pauschale. 3—3
20. Mai 10 Uhr	detto	Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten** für die Umpflasterung der Gumpendorferstraße von der Kasernen- bis zur Webgasse im VI. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 3337 fl. 42 kr. und 150 fl. Pauschale. 3—3
21. Mai 10 Uhr	detto	M.-Z. 54092. Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Neupflasterung der Hegelgasse zwischen der Schwarzenbergstraße und der Johannesgasse im I. Bezirke** mit A. Holzstöckeln oder B. Asphalte comprimé, und zwar: ad A. 1. Die Arbeiten und Lieferungen für die **Holzstöckelpflasterung** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 15.081 fl. 25 kr. und 2. der **Erd- und Steinpflasterungsarbeiten** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1341 fl. 55 kr.; ad B. 1. der Arbeiten und Lieferungen für die **Asphaltpflasterung** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 15.131 fl. 65 kr., und 2. der **Erd- und Steinpflasterungsarbeiten** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1233 fl. 35 kr. 2—3
22. Mai 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	M.-Z. 50008. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Dittesgasse im XIX. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 3308 fl. 68 kr. und 100 fl. Pauschale. 2—3
24. Mai 10 Uhr	detto	Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung von Trottoirs aus Asphalte coulé** vor den Häusern Or.-Nr. 1 und 2 Regierungsgasse und Or.-Nr. 9 Minoritenplatz im I. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 1573 fl. 95 kr. 2—3
25. Mai 10 Uhr	detto	Vergebung der **Stein-Pflasterungsarbeiten** bei Herstellung eines Metallicpflasters in der Wehrgasse im V. Bezirke in der Strecke zwischen der Hundsthurmerstraße und der Wienstraße im veranschlagten Kostenbetrage von 2382 fl. 50 kr. und 100 fl. Pauschale. 2—3
27. Mai 10 Uhr	detto	Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten** für die theilweise Neupflasterung der Nordbahnstraße zwischen der Prager Reichsstraße und Am Tabor im II. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 1640 fl. 54 kr. und 200 fl. Pauschale. 2—3
28. Mai 10 Uhr	detto	Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten** für die Neupflasterung der Treustraße im II. Bezirke von der Wallensteinstraße bis zur Wolfsaugasse im veranschlagten Kostenbetrage von 1202 fl. 53 kr. und 200 fl. Pauschale. 2—3

*) Pläne, Kostenanschläge ꝛc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend aus-

*

zufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Vadium von **5 Percent der Kostenanschlagssumme** anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Arbeitsgattungen oder Lieferungen wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Ad Prot.-Nr. 75076 ex 1895.
Ref.-Nr. 2269. VIII.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Lieferung des zur Gräberbeleuchtung im Wiener Central-Friedhofe erforderlichen Quantums von jährlich durchschnittlich 20.000 Stück Stearinkerzen wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Dienstag den 14. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Lekisch, im Rathhause (5. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Lieferungsbedingnisse im obigen Bureau ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und beheben.

Offerenten haben auf einem Exemplare der Bedingnisse die bezügliche Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert am obbezeichneten Tage vor 10 Uhr vormittags der Offertverhandlungs-Commission versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. April 1895. 3—3

M.-D.-Z. 566 ex 1895.

Currende

für die städtischen Amtsdiener der 3. Bezugsclasse.

Über Weisung des Stadtrathes wird hiemit neuerlich bekanntgemacht, dass **im Status der städtischen Amtsdiener in der 2. Bezugsclasse 7 Stellen** mit den systemisierten Bezügen **zur Besetzung** gelangen.

Da diese Stellen im Wege der Beförderung besetzt werden, so kann nur auf jene Amtsdiener der 3. Bezugsclasse Rücksicht genommen werden, welche um die Verleihung dieser Stellen einschreiten, weshalb daher die Einreichung specieller Competenzgesuche erforderlich ist.

Diejenigen von den Amtsdienern der 3. Bezugsclasse, welche sich um diese Stellen bewerben wollen, haben demnach ihre diesbezüglichen Competenzgesuche **längstens bis 10. Mai 1895** im magistratischen Einreichungsprotokolle zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche, sowie auf Amtsdiener, welche sich nicht in Competenz setzen, wird keine Rücksicht genommen.

Schließlich wird noch bemerkt, dass jene Bewerber, welche anlässlich der Currende vom 3. April 1895, M.-D.-Z. 432 ex 1895, bereits Competenzgesuche eingebracht haben, keine neuerlichen Competenzgesuche zu überreichen haben.

Wien, am 2. Mai 1895.

Der Magistrats-Director:

Krenn. 1—1

M.-Z. 83998.
V.

Kundmachung.

(Politische Begehung.)

Die politische Begehung, betreffend das Project der Wiener Tramway-Gesellschaft für die Umwandlung des bestehenden Geleises vor den Häusern Nr. 22 und 24 im IX. Bezirke, Porzellangasse, in ein Doppelgeleise findet **am 11. Mai 1895** unter der Leitung des k. k. Bezirkscommissärs v. Luschin statt.

Die Commissionsmitglieder versammeln sich **um 10 Uhr vormittags** an Ort und Stelle.

Der Projectsplan liegt im Stadtbauamte (Bureau des Baurathes Thalhammer, I. Bezirk, Rathhaus, Mezzanin) bis einschließlich 10. Mai d. J. zu jedermanns Einsicht auf und können Einwendungen gegen das Project entweder beim Magistrate im Bureau des Magistratsrathes Linsbauer (I. Bezirk, Rathhaus, Mezzanin) mündlich oder schriftlich oder bei der Commission selbst vorgebracht werden.

Dies wird zufolge Statthalterei-Erlasses vom 3. Mai 1895, Z. 37217, zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien
als politische Behörde erster Instanz,
am 4. Mai 1895. 1—1

Zur coulanten Besorgung aller im Coursblatte notierten Effecten und Valuten bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 38. Freitag, den 10. Mai 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 14. Mai 1895, 10 Uhr vormittags
(Wahl des ersten Vice-Bürgermeisters).
Dienstag, den 14. Mai 1895, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 17. Mai 1895, 10 Uhr vormittags
(Wahl von acht Mitgliedern des Stadtrathes).

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **7. Mai 1895** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Ich habe der Versammlung folgende Mittheilung zu machen: Die Frist zur Erklärung der Annahme der Wahl jener Mandate, welche im März d. J. dem Gesetze gemäß in Erledigung gekommen sind, ist nunmehr abgelaufen, und es haben sämmtliche neugewählten Herren erklärt, dass sie die auf sie gefallene Wahl im Sinne der Bestimmungen des Gemeindestatutes annehmen. Demnach haben mit der heutigen Sitzung die Herren Gemeinderäthe, deren Mandat abgelaufen ist, aus dem Gemeinderathe auszuscheiden, und es werden in der am Freitag stattfindenden Sitzung die neugewählten Gemeinderäthe hier erscheinen. Ich fühle mich bei diesem Anlasse gedrängt, in dankbarer Erinnerung jener Herren zu gedenken, welche während der Zeit ihrer Wirksamkeit, in welcher so bedeutende Aufgaben der Gemeindeverwaltung zu lösen waren, mit Eifer und Selbstlosigkeit ihr Wissen und ihre Erfahrungen dem Besten der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellt haben. Insbesondere erwähne ich auch jener bisherigen Mitglieder, welche schon dem früheren Gemeinderathe durch eine lange Reihe von Jahren angehört haben. Die aufopfernde Thätigkeit, welche die Herren bei den Arbeiten anlässlich der Vereinigung des alten Gemeindegebietes mit den ehemaligen Vororten entwickelt haben, werden denselben eine bleibende Erinnerung schaffen.

Ich gebe gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, dass die Herren, auch wenn sie nicht mehr in unserer Mitte weilen, für die Interessen ihrer Vaterstadt unentwegt eintreten werden.

Die Versammelten werden mit mir einverstanden sein, wenn ich beantrage, den ausscheidenden Gemeinderäthen den Dank und die Anerkennung der Gemeindevertretung auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

2. Fürst Josef Colloredo-Mannsfeld hat anlässlich des Ablebens des Fürsten Colloredo-Mannsfeld (Vaters) 1000 fl. für die Armen gespendet.

3. Eine ungenannt sein wollende Dame hat anlässlich eines Trauerfalles in ihrer Familie 500 fl. für die Armen Wiens gespendet.

4. Herr Jacques Landesmann hat zur Erinnerung an den Todestag seiner Frau 100 fl. zur Beköstigung armer Schulkinder gespendet.

5. Ein Ungenanntseinwollender hat für die Armen des XIV. Bezirkes 100 fl. gespendet.

6. Herr k. k. Stabsarzt und Sanitätsreferent im k. k. Ministerium für Landesvertheidigung Dr. Anton Stenzl hat für die Stadtbibliothek zwei Bände: „Die Theresianische Militär-Akademie zu Wiener-Neustadt und ihre Zöglinge von der Gründung bis zur Gegenwart" gespendet.

7. Der verstorbene k. u. k. Rittmeister Karl Danner hat für die städtischen Sammlungen ein Bild von Ed. Ender: „Begegnung Kaiser Josef II. mit Mozart im Augarten zu Wien" testamentarisch vermacht.

Den Spendern wird der Dank ausgesprochen.

8. Vom Notar Dr. Julius Richter ist ein Brief eingelangt, nach welchem er in seiner Eigenschaft als Testamentsvollstrecker und Erbenvertreter nach der am 1. Mai 1895 in Wien verstorbenen Frau Magdalena Denk in der Lage ist, mitzutheilen, dass die genannte

Erblasserin in ihrem schriftlichen Testamente vom 15. Februar 1895 für die Armen Wiens ein Capital von 3000 fl. hinterlassen hat, aus welchem eine Magdalena und Martin Denk'sche Stiftung gebildet werden soll, welche von dem jeweiligen Bürgermeister der Stadt Wien zu verwalten ist und deren Zinsen alljährlich am 1. August an Arme zu vertheilen sind. Dieses Legat ist binnen drei Monaten nach dem erblasserischen Ableben auszuzahlen, worüber noch berichtet werden wird.

Es wird der Dank ausgesprochen.

9. Herr Gem.-Rath Schuh hat in der letzten Sitzung wegen Auflassung der Friedhöfe, beziehungsweise wegen Verlängerung des Termines zur Auflassung der Friedhöfe und verschiedener diesfälliger Bedingungen interpelliert.

Auf Grund der vom Magistrate vorgelegten Berichte erlaube ich mir der Versammlung Folgendes mitzutheilen:

„Laut Kundmachung des Magistrates vom 31. December 1874 wurden die alten fünf communalen Friedhöfe für die Bestattung der Leichen gesperrt, nachdem die k. k. n.-ö. Statthalterei mit dem Erlasse vom 22. December 1874, Z. 37076, im Interesse des allgemeinen Gesundheitswohles die Beilegung von Leichen in diesen Friedhöfen als weiter nicht zulässig erklärt hat; ausnahmsweise wurde nur gestattet, in den folgenden nächsten fünf Jahren Leichen in bestehenden Grüften noch beizulegen.

Der Währinger Ortsfriedhof, welcher Eigenthum der dortigen Pfarrkirche ist, ist zufolge Anordnung der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hernals schon vom 9. August 1873 an für die Leichenbeerdigung geschlossen worden.

Im September 1891 wurde im Schoße des Gemeinderathes der Antrag auf gänzliche Auflassung des städtischen Währinger allgemeinen und des Währinger Ortsfriedhofes gestellt, und am 4. Mai 1892 petitionierte der Vorsteher des XV. Gemeindebezirkes um die gänzliche Auflassung und Abräumung des Schmelzer Friedhofes, bezüglich der übrigen alten drei Friedhöfe (vor der Hundsthurmer-, St. Marxer- und Matzleinsdorferlinie) ist bisher eine Anregung der gänzlichen Auflassung und Abräumung nicht gegeben worden.

Zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 27. März 1893, Z. 916, soll der Schmelzer Friedhof vom 1. Juni 1896 ab gänzlich geräumt werden, und laut Stadtraths-Beschlusses vom 20. Juli 1894, Z. 4122, wurde die gänzliche Auflassung und Abräumung des Währinger allgemeinen Friedhofes (vor der ehemaligen Nussdorferlinie) vom 1. Juli 1897 ab bestimmt, während der pfarrliche Währinger Ortsfriedhof gemäß Zustimmung des Stadtrathes vom 3. Juni 1893, Z. 3218, vom 1. Juli 1895 ab gänzlich aufgelassen und abgeräumt werden soll.

Gegen die vorstehenden Beschlüsse hat nun ein Vertrauenscomité von Gräberbesitzern in diesen Friedhöfen im November 1894 eine Petition an den Gemeinderath gerichtet und darin die Bitte gestellt: Diese Friedhöfe als parkähnliche Anlagen entweder auf eine unbegrenzte Zeitdauer fortbestehen zu lassen oder doch wenigstens den Termin für die gänzliche Auflassung und Abräumung auf 50 noch besser auf 80 Jahre hinauszuschieben.

Was die Begründung dieser Petition anbelangt, so ist es vor allem unrichtig, dass durch die beschlossene gänzliche Auflassung der bezeichneten Friedhöfe Rechte verletzt worden seien; die Grabstellbesitzer haben seinerzeit überhaupt kein Eigenthumsrecht, sondern nur ein zeitlich beschränktes Benützungsrecht an der Grabstelle, das ist nur das Recht erlangt, die Gruft oder das eigene Grab so lange zu benützen, als der Friedhof als solcher dem öffentlichen Gebrauche dient. Die zeitliche Beschränkung beruht auf der Dauer des Friedhofsbestandes.

Über die Auflassung eines Friedhofes zu entscheiden, ist dem freien Ermessen der Gemeinde als Sanitätsbehörde vorbehalten.

In der gänzlichen Auflassung und Abräumung der gesperrten alten Friedhöfe kann aber auch weder eine Verletzung der Pietät, noch eine unbillige Behandlung der Gräberbesitzer erblickt werden, weil diese Maßregel durch Rücksichten auf das allgemeine Beste begründet ist, und weil für die Wiederbestattung jener Leichenreste, welche nach Maßgabe der über das Gräberfeld zu treffenden Bestimmungen entfernt werden müssen, in einer jeden Tadel ausschließenden Weise vorgesorgt werden wird.

Es ist ferner nicht richtig, zu behaupten, dass für die gänzliche Auflassung und Abräumung der bezeichneten Friedhöfe keine gewichtigen Gründe vorhanden sind."

Der Magistrat gibt die Gründe an: einmal Verkehrsrücksichten, dann der Umstand, dass die Neubauten bis knapp an den Friedhof heranrücken, und endlich der Umstand, dass die überwiegende Anzahl der Gräber verwahrlost ist (Gem.-Rath Gregorig: Das ist nicht richtig!) und die Grabsteine und Denkmäler zum großen Theile gebrochen sind, so dass sie mitunter für jene, welche zu Zeiten diese Friedhöfe noch besuchen, sogar sicherheitsgefährlich sind. Hinsichtlich des pfarrlichen Ortsfriedhofes Währing ist speciell der Umstand entscheidend .... (Gem.-Rath Gregorig ruft dazwischen) — beruhigen Sie sich; Sie werden ja in der Lage sein, weitere Anträge stellen zu können — dass auf diesem Areale laut Zuschrift des Kirchenbauvereines vom 27. Juni 1892, sowie des Pfarramtes Währing vom 12. Juli 1893 in Rücksicht auf die außerordentliche Zunahme der Bevölkerung eine neue Pfarrkirche erbaut wird.

Aus allen diesen Gründen ist daher der unbegrenzte Fortbestand der bezeichneten Friedhöfe unzulässig, und zwar bezüglich des Währinger Ortsfriedhofes umsoweniger, als eine derartige Belastung des Eigenthumes der dortigen Pfarrkirche ohne Zustimmung der betreffenden maßgebenden Factoren gar nicht auferlegt werden kann. Dagegen kann die erbetene Hinausschiebung des Termines zur gänzlichen Auflassung und Abräumung immerhin in Erwägung gezogen werden. In letzterer Beziehung war die gedachte Petition bereits Gegenstand einer eingehenden Berathung des Magistrates und wurde hierüber am 13. April d. J. dem Stadtrathe Bericht erstattet, wodurch derselbe in der Lage ist, diese Angelegenheit neuerlich seiner Beschlussfassung zu unterziehen. Durch diese Beantwortung erledigen sich auch sämmtliche von Seite des Herrn Gem.-Rathes Schuh an mich gestellten Anfragen.

Ich bin nicht in der Lage, seinerzeit getroffene Verfügungen aufzuheben, weil das nicht in meinen Wirkungskreis fällt, und was die weiteren Verfügungen betrifft, so liegt der Act beim Stadtrathe, welcher demnächst in der Lage sein wird, darüber Beschluss zu fassen. Je nach dem Inhalte dieser Beschlüsse werde ich in der Lage sein, zu entscheiden, ob diese Beschlüsse dem Gemeinderathe zur endgiltigen Beschlussfassung vorzulegen sind oder nicht.

Damit glaube ich die Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Schuh vollständig beantwortet zu haben.

Ich bitte um Mittheilung des Einlaufes.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Dr. Geßmann:**

Nicht weniger als sechs Monate ist es her, dass das Referat über die Verwertung des Kehrichts aus dem I. Bezirke von der Tagesordnung des Wiener Gemeinderathes abgesetzt wurde, ohne dass bisher dem Plenum die Möglichkeit geboten wurde, in der Angelegenheit endgiltig zu entscheiden. Seit mehr als einem Monate sind nun auch die in dieser Sache seitens der k. k. Bezirkshauptmannschaft Groß-Enzersdorf gepflogenen commissionellen Erhebungen zum Abschlusse gelangt und es besteht nunmehr kein plausibler Grund, die endgiltigen Entscheidungen der für die Gemeinde wie für die Offerenten auf den Kehricht wichtigen Angelegenheit zu treffen.

Der Gefertigte erlaubt sich somit die Anfrage,

wann endlich dieses Referat auf die Tagesordnung der Plenarverhandlungen des Wiener Gemeinderathes gesetzt wird?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, diese Anfrage in folgender Weise zu beantworten: Am 30. November wurde hier im Gemeinderathe zuletzt über diesen Gegenstand verhandelt und es wurde in dieser Sitzung die einfache Vertagung beschlossen, und zwar unter Hinweis darauf, dass von Seite eines Mitgliedes der Gemeindevertretung in Aussicht gestellt wurde, es werde von Seite der Gemeinde Orth und Genossen ein Offert überreicht werden, welches viel günstiger als das damals in Verhandlung stehende Offert der Gemeinde Stammersdorf sein werde. Dieses Offert ist dann im Laufe des Monates . . . (Unruhe und Zwischenrufe links) — die Herren müssen sich beruhigen, es wird noch Zeit sein, über den Gegenstand weiter zu verhandeln, aber jetzt nicht — im Laufe des Monates December überreicht worden, und zur Erledigung dieses Offertes waren in jeder Beziehung ganz neue Verhandlungen nothwendig. Diese Verhandlungen sind auch ohne Verzug eingeleitet worden. Sie sind hier in Wien mit den entsprechenden Factoren geführt worden und auch in Groß-Enzersdorf. Nunmehr ist die Sache soweit geordnet, dass alle Vorbereitungen für ein eventuelles Vertragsverhältnis mit der Gemeinde Orth getroffen und vollendet sind.

Mit Rücksicht auf dieses vorgerückte Stadium der Verhandlungen ist nunmehr von Seite des Stadtrathes an die Bestellung der Wagentypen gegangen worden, welche zur Durchführung dieses Geschäftes nothwendig sind. Diese Wägen werden vielleicht in dem Zeitraume von zehn Tagen, im Laufe des Monates Mai geliefert werden, und es wird mit diesen Wägen der Verkehr sofort eingeleitet werden. Es ist in Aussicht genommen worden, dass mit diesen Wägen ein probeweiser Verkehr und Betrieb in der Dauer von 4 bis 8 Wochen eingeleitet wird. Die Resultate dieses probeweisen Betriebes werden dem Gemeinderathe vorgelegt werden und wird bei dieser Gelegenheit die Beschlussfassung über den Abschluss eines längeren stabilen Vertrages eingeholt werden.

Dies ist der heutige Stand der Sache. Es war unter diesen Verhältnissen daher auch nicht möglich, eine definitive Entscheidung des Gemeinderathes einzuholen.

Ich bitte, fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

11. Antrag des **Gem.-Rathes Winter** und Genossen:

Zur Durchführung der geplanten Verkehrsanlagen hat die Verkehrs-Commission bereits einen großen Theil der Gürtelspiegelgründe übernommen und sind die Arbeiten auf denselben bereits begonnen worden.

Nun soll die Trace in dem Theile des Neubaugürtels im XV. Bezirke zwischen der Felberstraße und der ehemaligen Mariahilferlinie nicht über denselben selbst, sondern über die seitwärts befindlichen früheren Holzlagerplätze der k. k. Staatsbahnen geführt werden, so dass die Verkehrs-Commission obgenannten Theil der Gürtelspiegelgründe nicht übernommen hat.

Wie die Gefertigten in Erfahrung gebracht haben, gehören vorbenannte Gründe der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft und will die Gesellschaft diese Gründe nicht unverwertet lassen, sondern dieselben als Materiallagerplätze vermieten, wodurch einer der schönsten und frequentesten Theile des Gürtels verunstaltet und auch der große Verkehr auf demselben beeinträchtigt werden würde.

In Anbetracht aller vorgenannten Gründe stellen nun die Gefertigten folgenden Antrag:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, der Herr Bürgermeister werde ermächtigt, die nöthigen Schritte zu unternehmen, dass der Theil der Gürtelspiegelgründe zwischen der Felberstraße und der vormaligen Mariahilferlinie ebenfalls von der Verkehrs-Commission übernommen werde, oder im Ablehnungsfalle mit der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft in Unterhandlung zu treten, um die besagten Gründe käuflich, im Falle dass keine Einigung erzielt werden sollte, im Expropriationswege für die Commune Wien zu erwerben, damit dieser Theil der Gürtelstraße, seinem Zwecke entsprechend umgestaltet, ehestens dem Verkehre ganz übergeben werden kann.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

12. Antrag des **Gem.-Rathes Pursch:**

Gestern nachmittags tagte in Georg Gschwandners Restaurationssaal in Hernals eine Versammlung von Lebensmittelhändlern aus den Bezirken XVI, XVII, XVIII und XIX, welche von über tausend Geschäftsleuten, darunter auch Frauen, besucht war.

In dieser Versammlung wurde die Kundmachung des k. k. Statthalters im Erzherzogthume Österreich unter der Enns vom 25. April d. J., betreffend die Gestattung von Ausnahmen von der Vorschrift der Sonntagsruhe, verhandelt und der Ansicht einstimmig Ausdruck gegeben, dass die Zeit, welche in oberwähnter Kundmachung für den Verkauf von Lebensmitteln freigegeben ist, einerseits den Bedürfnissen der Consumenten nicht entspricht, andererseits aber den Lebensmittelhändlern die wichtigsten zwei Geschäftsstunden des Sonntags vormittags entzieht und sie dafür nöthigt, ihre Geschäftslocale zu einer Tageszeit offen zu halten, in der ein Warenabsatz überhaupt nicht zu erzielen ist, so dass sie, abgesehen von dem Schaden, den sie durch Entziehung der Vormittagsstunden erleiden, auch am Nachmittage einer Sonntagsruhe nicht theilhaftig werden können.

In schärfster Weise wurde auch der Unterschied, welcher zwischen den Productions- und den Handelsgewerben bezüglich des Warenverschleißes gemacht wird, verurtheilt und die Festsetzung der gleichen Stunden für beide dringend gefordert.

Nachdem sich nun die in der vorcitierten Kundmachung für den Warenverkauf bei den Lebensmittelhändlern und den Productionsgewerben festgesetzten Stunden vollständig decken mit den Vorschlägen, die der Wiener Stadtrath der hohen k. k. Statthalterei unterbreitet hat, die von den diversen Handelsgenossenschaften geäußerten Wünsche aber ganz außeracht gelassen sind, so ist daraus zu ersehen, dass der hohen k. k. Statthalterei einzig und allein nur die Äußerung des Stadtrathes zur Richtschnur diente, und stelle ich deshalb und mit Rücksicht auf die bisher im allgemeinen laut gewordenen abfälligen Urtheile sowohl der Consumenten als auch der Lebensmittelhändler den Antrag:

Der Wiener Stadtrath habe in seiner nächsten Sitzung bezüglich der Festsetzung der Stunden, in denen der Warenverkauf sowohl bei dem Handels- als auch den Productionsgewerben an Sonntagen gestattet sein soll, ein neues Elaborat auszuarbeiten, welchem als Grundprincip diene, dass die Zeit bis 12 Uhr mittags unbedingt freigegeben werde und der Verkauf von Lebensmitteln auch in den Abendstunden von 7 bis 9 Uhr gestattet wird, die Zeit für den Warenverkauf beim Productionsgewerbe aber immer nur in jene Zeit fällt, während welcher der Warenverkauf beim Handelsgewerbe gestattet ist, und dieses Elaborat der hohen k. k. Statthalterei mit der Bitte zu unterbreiten, eine sofortige Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Gesetze über die Sonntagsruhe in diesem Sinne eintreten zu lassen.

Bürgermeister: Wird dem Stadtrathe zur Vorberathung zugewiesen.

Wir kommen zur Tagesordnung.

Zum Referate ersuche ich den Herrn Gem.-Rath Vaugoin!

13. (3776.) **Referent Gem.-Rath Vaugoin:** Ich habe die Ehre, Bericht zu erstatten.

Es hat Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann in einer der letzten Sitzungen den Antrag gestellt, es sei eine weitere Widmung

in der Höhe von 10.000 fl. für die durch das Erdbeben in Laibach nothleidende Bevölkerung zu genehmigen.

Der Stadtrath hat in der Sitzung vom 18. April d. J. beschlossen, den Nothleidenden einen Betrag von 5000 fl. zu bewilligen.

Inzwischen haben aber die Erdstöße sich fortgesetzt, und der Schaden, der der Stadt Laibach erwächst, wird immer größer. Die Nothlage der Bevölkerung ist derart, dass eine weitere Aushilfe dringend geboten erscheint.

Der Stadtrath beantragt nun dem geehrten Gemeinderathe zur Genehmigung, der Stadt Laibach zur Linderung der durch das Erdbeben hervorgerufenen Nothlage ihrer Bewohner einen weiteren Betrag von 10.000 fl. zu widmen und einen Zuschussredit in gleicher Höhe zur Ausgabs-Rubrik XXXVIII 1 b zu bewilligen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Angenommen.

Beschluss: Der Stadt Laibach wird zur Linderung der durch das Erdbeben hervorgerufenen Nothlage ihrer Bewohner ein weiterer Betrag von 10.000 fl. gewidmet. Zur Bedeckung dieser Auslage wird ein Zuschussredit in derselben Höhe zur Rubrik XXXVIII 1 b bewilligt.

14. (3153.) **Referent Gem.-Rath Baugoin:** Der Weinbauverein in Ober- und Unter-Sievering ersucht um eine Subvention. Dieser Verein hat seit einer Reihe von Jahren Subventionen in der Höhe von je 300 fl. erhalten, gegen Rechnungslegung an das magistratische Bezirksamt.

In seinem Gesuche wird angeführt, dass er in diesem Jahre 6000 amerikanische Reben anzukaufen hat, dass die Düngerzufuhr und die Arbeitslöhne eine Kostensumme von 880 fl. erfordern. Die Bezirksvertretung sowie das magistratische Bezirksamt haben den Antrag gestellt, es sei die Subvention ausnahmsweise für das Jahr 1895 auf 600 fl. unter den üblichen Modalitäten zu erhöhen. Der Stadtrath hat sich diesem Antrage angeschlossen und ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Dem Weinbauvereine in Ober- und Unter-Sievering wird eine Subvention im ausnahmsweise erhöhten Betrage von 600 fl. pro 1895 unter den üblichen Modalitäten bewilligt.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Müller!

15. (1902 und 3425.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Ich habe die Ehre, das Referat zu erstatten, betreffend die Erwerbung des Hauses Einl.-Z. 28 Unter-Baumgarten, XIII. Bezirk, Linzerstraße, zum Zwecke der Umlegung der Zehetnergasse. Es ist zum Zwecke der Einlegung der Wasserrohre zur Versorgung eines Theiles des XIII. Bezirkes mit Hochquellenwasser nothwendig, dass der Hauptstrang in die Zehetnergasse gelegt werde; es ist das ein 33zölliger Rohrstrang, welcher nothwendig ist, um das Wasser vom Reservoir Rosenhügel zur Pumpstation zu führen. Derzeit ist die Zehetnergasse nicht nach einer Baulinie ausgeführt, sondern verläuft in willkürlicher Form zwischen der Elisabeth-Westbahn und der Linzerstraße. Es ist nun die Frage, ob man in diese unregelmäßig geführte Zehetnergasse die nöthigen Rohre und den Canal einlegt oder eventuell an den Kauf der anschließenden Realität Grundb.-Einl. 28 denkt, um die Straße geradlinig durchzuführen. Zu diesem Zwecke wurde seitens des Bauamtes eine Berechnung gemacht, wie viel seinerzeit die Umlegungskosten in die neugeführte Straße betragen würden, wenn die Einlegung in die jetzige Straße erfolgen würde. Das würde einen Betrag von 8200 fl. erfordern. Und dieser Betrag würde allein gewiss schon genügen, um daran zu denken, die anstoßende Realität zu erwerben und die Zehetnergasse geradlinig durchzuführen.

Die anstoßende Realität Grundb.-Einl. 28 gehört den Eheleuten Papesch und hat ein Ausmaß von 4061 m². Auf dieser Realität ist ein ebenerdiges Gebäude erbaut im Ausmaße von 520 m². Das Bauamt hat diese Realität bewertet, und zwar den Grund mit 4 fl., das sind 16.244 fl., die Bauarea mit 18 fl., das sind 9360 fl., das ist in Summa 25.604 fl. Die Eigenthümer haben seinerzeit einen Betrag von 40.000 fl. verlangt. Diesbezüglich wurde ein Comité aus dem Stadtrathe gewählt, um Verhandlungen anzubahnen, um diesen Betrag womöglich herabzusetzen. Diese Verhandlungen haben ergeben, dass die Eheleute diesen Grund um 32.000 fl. verkaufen, und zwar die Hälfte, die dem Ehegatten gehört, mit 15.000 fl.; die andere Ehehälfte verlangt für ihre Hälfte 17.000 fl., daher also im ganzen 32.000 fl. Ich möchte noch erwähnen, dass die Gemeinde nicht diesen ganzen Betrag auslegen muss, sondern dass sie von diesem Betrage einen größeren Theil zurückbekommt. Von der Realität Einl.-Z. 28 werden nämlich zu Straßenzwecken 1624 m² gefordert, übrig bleibt ein Grund von 2437 m². Durch geradlinige Führung der Zehetnergasse bleibt ein Theil dieser Gasse im Ausmaße von 1120 m² als öffentliches Gut übrig und kann ebenfalls als Baugrund verwertet werden, daher in Summa ein Areal von 3557 m² zur Verwendung kommen kann, trotzdem die Straße geradlinig durchgeführt wird.

Berechnet man dieses Areale mit 6 fl. per Quadratmeter, so macht das einen Betrag von 21.342 fl. aus; wird der Kaufpreis dem entgegengehalten per 32.000 fl., so würde sich also für die Gemeinde eine Auslage von 10.658 fl. herausstellen. Wenn man berücksichtigt — wie ich schon anfangs gesagt habe — dass die seinerzeitige Umlegung in die gerade Straße allein 8200 fl. betragen würde, so ist es gewiss von Vortheil, diese Realität um den erwähnten Betrag anzukaufen, um endlich auch in dieser Gegend die Regulierung vorzunehmen und bereits diesen Hauptstrang in die definitive Straße einzulegen. Denn es ist gewiss immer sehr misslich, derartige Hauptstränge nachträglich wieder umzulegen. Ich ersuche daher um Annahme des Antrages, welcher als Beilage Nr. 90 Ihnen vorgelegt ist.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluss: Die Gemeinde erwirbt die Realität Einl.-Z. 28 Unter-Baumgarten, XIII. Bezirk, Linzerstraße 241, im Ausmaße von 4061 m², und zwar die dem Anton Papesch gehörige Hälfte um 15.000 fl. und die der Barbara Papesch gehörige Hälfte um 17.000 fl., zusammen um 32.000 fl., wobei die Gemeinde die Vertragskosten und Übertragungsgebüren trägt.

Die Übergabe dieser Realität in das Eigenthum der Gemeinde hat lastenfrei zu erfolgen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. v. Billing!

16. (3166, 3290 und 3575.) **Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing:** Ich habe die Ehre, zu referieren über drei Acte, betreffend das Ergebnis der am 18. und 22. v. M. im V. Bezirke vorgenommenen Ergänzungswahlen für den Bezirksausschuss. Es waren

im ersten Wahlkörper vier, im dritten zwei Vacanzen zu besetzen, und es ist das Ergebnis folgendes. Ich bemerke vorerst, dass die Erhebungen über die passive Wahlfähigkeit das Ergebnis gehabt haben, dass gegen keinen der Gewählten irgendein Ausschließungsgrund vorliegt, dass dieselben im Bezirke ihren ordentlichen Wohnsitz haben, so dass vom persönlichen Standpunkte gegen diese Wahlen nichts einzuwenden ist. Die Vornahme der Wahlen war vollkommen ordnungsgemäß und dieselben haben folgendes Ergebnis gehabt: Im dritten Wahlkörper waren zwei Stellen zu besetzen. Es erschienen 1832 Wähler, welche 1822 giltige Stimmzettel abgegeben haben. Es erhielten: Herr Karl Palisa, Baumeister, V. Bezirk, Arndtstraße 17, 1525 und Herr Matthias Siegl, Riemermeister, V. Bezirk, Obere Bräuhausgasse 20, 1513 Stimmen. Nachdem auch kein Protest vorliegt, beantrage ich namens des Stadtrathes die Bestätigung dieser Wahl nach § 21 der Wahlordnung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Referent: Im ersten Wahlkörper waren vier Wahlen vorzunehmen. Es sind im ganzen 164 Wähler erschienen, welche 163 giltige Stimmzetteln abgegeben haben. Von diesen erhielt Herr Karl Becker, Holzhändler, V. Bezirk, Reinprechtsdorferstraße 31, 90 Stimmen, Herr Jakob Blaschke jun., Maschinenfabrikant, Ramperstorffergasse 12, 87 Stimmen, Herr Josef Kalous, Hausbesitzer, Kettenbrückengasse 19, 86 Stimmen, Herr Franz Oeser, Clavierfabrikant und Hausbesitzer, Obere Bräuhausgasse 4, 75 Stimmen.

Auch diese Wahl ist nicht beanständet worden und ist nicht zu beanständen, und bitte ich um deren Bestätigung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluss: Die am 18. und 22. April 1895 vorgenommenen Ersatzwahlen in den Bezirksausschuss aus dem ersten und dritten Wahlkörper des V. Bezirkes werden im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung anerkannt.

17. (2998.) **Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing:** Ferner habe ich noch ein auf der gedruckten Tagesordnung stehendes Referat zu erstatten. Das Gremium der Hoteliers hat den Jahresbericht über das erste Jahr der von ihm ins Leben gerufenen Fachschule vorgelegt, aus welchem mit Befriedigung zur Kenntnis genommen werden kann, dass diese Fachschule, welche einem Bedürfnisse entspricht, auch wirklich sehr gutes leistet, indem sie den Lehrlingen in der That die Erlangung aller jener Kenntnisse ermöglicht, welche für das Geschäft nothwendig sind und wodurch auch wirklich für dieselben etwas vortheilhaftes geschieht. Das Gremium bittet nun um eine Subvention mit Rücksicht darauf, dass ähnliche Subventionen auch anderen Genossenschaften für ihre Fachschulen gewährt wurden.

Der Stadtrath beantragt nun, es möge für das Schuljahr 1894/95 eine Subvention von 500 fl. bewilligt werden. Ich bitte um Genehmigung dieses Antrages.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluss: Der fachlichen Fortbildungsschule des Gremiums der Hoteliers wird für das Schuljahr 1894/95 eine Subvention von 500 fl. gewährt. Behufs Bedeckung dieses Betrages wird derselbe auf den Reservefond verwiesen.

Bürgermeister: Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter!

18. (635 ex 1894.) **Referent Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Die Anträge, welche ich zu vertreten habe, beziehen sich auf die Organisation des Gemeindesanitätsdienstes in Wien, eine Angelegenheit, welche sich sofort als nothwendig herausstellte, sobald durch die Decentralisierung des Magistrates sich das Bedürfnis ergab, beim Magistrate resp. dem magistratischen Bezirksamte als einer politischen Behörde erster Instanz die im Sanitätsgesetze vom Jahre 1870 vorgeschriebene ärztliche, qualificierte Hilfskraft zu bestellen. Es ist nämlich im Sanitätsgesetze vorgeschrieben, und zwar im § 6, dass bei den politischen Behörden und zwar bei den Städten mit eigenen Gemeindestatuten die von den Gemeindevertretungen angestellten Sanitätsorgane jene sind, welche den staatlichen Wirkungskreis in Sanitätsangelegenheiten zu handhaben haben.

Es musste daher Vorsorge getroffen werden, dass, so wie beim Centralmagistrate die in den §§ 31 und 33 des Gemeindestatutes erwähnten ärztlichen Hilfsorgane, auch bei den magistratischen Bezirksämtern solche Hilfsorgane bestellt werden.

Außerdem hat sich die Nothwendigkeit ergeben, die städtischen Armenärzte in einer Weise zu bestellen, dass sie in die Lage kommen, den an sie gestellten hochgespannten Anforderungen, insbesondere in den Bezirken mit überwiegender Arbeiterbevölkerung zu entsprechen. Es hat sich ergeben, dass die Anzahl der städtischen Ärzte nicht den Anforderungen genügt, und dass insbesondere dort, wo die Bezirke in einer raschen Ausdehnung begriffen sind, eine größere Anzahl solcher Ärzte für den curativen Dienst, für die Armenbehandlung und Todtenbeschau zu bestellen sind.

Um nun in dieser Richtung Ordnung herbeizuführen, hat der Magistrat die einschlägigen Verhältnisse im Einvernehmen mit dem Physikat geprüft und Anträge gestellt. Diese Anträge sind zum Theile Gegenstand des Referates. Ein Theil des Referates bezieht sich auf eine Note der Statthalterei, deren Wortlaut ich der besonderen Beachtung der geehrten Versammlung empfehle. Es wird in dieser Note unter einer Begründung, welche sachlich nicht richtig ist, der Gemeinde den Rath ertheilt, sie möge ihre Organisation in der Richtung ergänzen — oder, wie es die Statthalterei meint, „verbessern" — dass ein städtischer Gesundheitsrath in die Instanzen sozusagen eingeschaltet würde, ein Gesundheitsrath, wie er in der That — das ist richtig — in sehr vielen Städten des Auslandes und auch unserer engeren Heimat besteht. Es wird von der Statthalterei auf das Beispiel von London und Paris hingewiesen, Beispiele, welche jedoch — wie eine kurze Lectüre der von mir dem Referate angeschlossenen Excerpte aus verschiedenen Werken zeigt — durchaus nicht zutreffen. Speciell der so viel gerühmte Gesundheitsrath von Paris, der uns als ein leuchtendes Beispiel hingestellt wird, ist meines Erachtens durchaus nicht danach angethan, der Gemeinde als eine solche Leuchte vorgestellt zu werden. Der Gesundheitsrath von Paris fungiert überhaupt nur auf Berufung des Präfecten und ist lediglich eine — ich möchte sagen, ad nutum in Wirksamkeit tretende Instanz, die eben nichts zu reden hat, wenn sie nicht berufen wird, an deren Votum sich der Präfect ganz nach seinem Belieben hält oder nicht. Nun wird der Gemeinde der Rath ertheilt, einen solchen Gesundheitsrath zu schaffen, und es wird gesagt, dass es deshalb von Vortheil wäre, eine solche Instanz einzuschalten, weil dies nach dem Beispiele staatlicher Behörden sich als besonders ersprießlich herausgestellt hat.

Dieser Grund ist auch nicht richtig. Es ist nämlich ein Gesundheitsrath bei den staatlichen Behörden erster Instanz gar nicht vorhanden; daher war der Hinweis auf eine solche Analogie gewiss höchst verfehlt. Zum Schlusse werden noch Fragen der Wohnungshygiene berührt, die, wie ich glaube, in die Erörterung dieser Frage eigentlich nicht einbezogen werden können. Dieser Erlass, meine Herren, ist nun auch Gegenstand des Referates und es haben die Gemeindebehörden sowohl, als auch der Stadtrath den Standpunkt eingenommen, dass die Schaffung eines solchen Gesundheitsrathes, wie er hier in einer etwas nebulosen Weise projectiert wird, eigentlich im letzten Grunde einen Eingriff in die Gemeindeautonomie bedeuten würde, einen Eingriff, den, wie ich glaube, die Gemeindevertretung der Residenzstadt wohl nicht ruhig hinnehmen könnte. Es wird allerdings darin gesprochen, von welch wohlthätigen Folgen die Schaffung eines solchen Gesundheitsrathes begleitet sein müsste. Der Stadtrath hat sich jedoch mit dem Magistrate auf den Standpunkt gestellt, dass das Physikat bisher den Anforderungen, welche man an eine sachverständige ärztliche Instanz stellen kann, vollkommen entsprochen hat, dass das Physikat sich auch stets als Mitglied des Beamtenkörpers gefühlt hat und bei seinen Anträgen sich an Rücksichten gebunden gefühlt hat, welche die Gemeindevertretung in erster Linie zu beachten verpflichtet ist, die Rücksichten auf die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde und der Bevölkernng der Stadt. Ein Gesundheitsrath, welcher unverantwortlich und uncontrolierbar ist, würde höchstwahrscheinlich auf diese Verhältnisse eine Rücksicht zu nehmen sich gar nicht verpflichtet fühlen und die Herren wissen ja aus anderen Beispielen, was es heißt, wenn ärztliche Obsorge und Fürsorge, die gewiss gerechtfertigt ist, hie und da zu einem Sport sozusagen ausartet, welche Anforderungen dann gestellt werden und wie wenig man auf die finanzielle Seite derartiger Fragen Rücksicht nimmt, und es muss ausgesprochen werden: es würde die Schaffung eines Gesundheitsrathes so eigentlich ohne bestimmtes Programm, wie sie hier, ich möchte fast sagen, mit einem Schlagworte hingestellt wird, die Gemeinde höchstwahrscheinlich in verschiedenartige unangenehme Lagen bringen. Dazu kommt noch Folgendes: Die Schaffung eines solchen Gesundheitsrathes hätte nur eine Bedeutung für den natürlichen Wirkungskreis der Gemeinde. Wenn Sie einen Blick in das Sanitätsgesetz werfen, finden Sie ganz genau im § 3 den selbständigen Wirkungskreis der Gemeinde umschrieben, im § 4 den übertragenen Wirkungskreis und weiter wird noch gesprochen von der Handhabung des staatlichen Wirkungskreises bei der politischen Behörde. Nun denken Sie sich einen Gesundheitsrath mit einer Competenz lediglich für den selbständigen Wirkungskreis — und anders könnte er ohne Änderung des Reichs-Sanitätsgesetzes nicht geschaffen werden — denken Sie, wie die Competenzen ineinandergreifen und Sie können sehr leicht ermessen, dass die nächste Folge der Schaffung eines Gesundheitsrathes eine Reihe von Conflicten wäre, die wahrscheinlich weder dem Ansehen des Gesundheitsrathes noch dem der Gemeindevertretung zuträglich sein könnten. Es ist in dieser Richtung das Votum einfach dahin gegangen: auf eine derartige Regelung der Sanitätsverhältnisse in Wien geht die Gemeindevertretung nicht ein und es soll davon die Statthalterei und auch der Landesausschuss, welcher einen das gleiche Ziel verfolgenden Antrag der Gemeinde übermittelt hat, verständigt werden.

Bei der Einrichtung des praktischen Sanitätsdienstes hat es sich in erster Linie um die Systemisierung der Stellen und um die Bestimmung der Bezüge gehandelt und es wird in dem Referate empfohlen, diese Systemisierung anschließend an das Rangclassensystem einzurichten, und zwar deshalb, weil die ersten Ärzte der Gemeinde, der Physicus und seine Stellvertreter, in dem Rangclassensystem eine Stelle gefunden haben und weil bei der Berathung dieses Rangclassensystems die verehrten Mitglieder des Gemeinderathes in großer Anzahl sich dafür ausgesprochen haben, dass dieses Rangclassensystem auch auf die Ärzte, welche die Gemeinde anzustellen haben wird, ausgedehnt werde. Es sind dies diese Ärzte, welche als Physiker bei den Bezirksämtern zu fungieren haben, und welche die Vorlage „Bezirksärzte" tituliert, und die städtischen Ärzte, welche mit der Todtenbeschau und dem curativen Dienste sich befassen müssen. Diese werden in gleicher Weise in die Rangclassen eingetheilt, und zwar die ersteren, die Bezirksärzte, in die VIII., IX. und X. Rangclasse a, die städtischen Ärzte in die X. Rangclasse b.

Eine besondere Stelle nehmen die Physikatsassistenten ein, welche berufen sind, den Physicus bei den verschiedenen Functionen zu unterstützen und eine Art Nachwuchs für die Bezirksärzte zu bilden. Es sind dies Ärzte, welche den Spitaldienst absolviert haben, welche bereits eine längere Praxis im Physikatsdienste zurückgelegt haben und welche die Physikatsprüfung mit Erfolg abgelegt haben müssen. Es handelt sich hier um Personen, welche in der Regel das 30. Lebensjahr überschritten haben werden.

Es hat nun der Stadtrath geglaubt, dass es angemessen wäre, die Bezüge dieser Physikatsassistenten zum mindesten gleichzustellen den Bezügen der städtischen Ärzte. Sie sind eigentlich berufen, so wie der Physicus zu wirken, und haben eine Ausbildung, welche sie befähigt, die Stelle als Bezirksarzt bei der Gemeinde Wien zu bekleiden.

Endlich wird auch noch der Sanitätsdienst der untergeordnetsten Art, die Function der Sanitätsaufseher, geregelt. Es wird deren Anzahl nicht vermehrt, deren Bezüge jedoch in einer wesentlichen Weise erhöht, so dass bei diesem untergeordneten Personal auch eine Steigerung eintreten kann und auf diese Weise ermöglicht ist, Leute, die sich besonders für den Dienst eignen, durch Versetzung in die höhere Gehaltsstufe entsprechend zu belohnen und auf diese Weise dem Dienste geeignete Leute für längere Zeit zu sichern. Die Anträge, welche gestellt werden, beziehen sich nun auf die von mir kurz skizzierten Verhältnisse. In erster Linie soll sich die Gemeinde aussprechen gegen die Regelung des Gemeinde-Sanitätsdienstes im Wege der Landesgesetzgebung. Dann soll der Sanitätsdienst geregelt werden, und zwar auf Grund des Reichs-Sanitätsgesetzes vom Jahre 1870 und des Gemeindestatutes in der Weise, wie es hier vorgeschlagen wird. Es wird beantragt: Die „Vorschriften für die Besorgung des Gemeinde-Sanitätsdienstes der Stadt Wien durch die hiezu bestellten Ärzte" und der Entwurf der „Bestimmungen über die Aufnahme und Bezüge der städtischen Sanitätsaufseher" zu genehmigen. Diese Vorschriften liegen bei und sind im Stadtrathe in einer Vollberathung in den einzelnen Punkten durchgenommen worden. Das Operat selbst gründet sich auf einen Antrag des Stadtphysikates, ist also von der berufenen technischen Behörde ausgearbeitet.

Weiters wird beantragt, 26 Stellen städtischer Bezirksärzte zu systemisieren. Das sind jene Ärzte, welche als Physikatsrepräsentanten sozusagen am Sitze des Bezirksamtes zu fungieren und jene Functionen auszuüben haben, welche bei der politischen Behörde der Bezirksarzt, bei uns, beim Centralmagistrate, der Physicus

ausübt, also alle jene Agenden, welche in die Competenz der politischen Behörden fallen. Dann sollen weiters 57 Stellen städtischer Ärzte creiert werden, jene Ärzte, welchen die Todtenbeschau und die Armenbehandlung zugewiesen werden. Diese Anzahl der Ärzte wurde festgesetzt auf Grund einer Prüfung der Verhältnisse in den verschiedenen Bezirken, der größeren Beanspruchung der vorhandenen Ärzte und der Anzahl der von ihnen besorgten Agenden. Ich bemerke dazu, sollten sich in dieser Richtung durch die Erfahrung irgendwelche Verschiebungen, Ergänzungen oder Änderungen als nothwendig herausstellen, so bin ich überzeugt, es wird der Gemeinderath, jederzeit im Interesse der unbemittelten Bevölkerung, berechtigten Wünschen Rechnung tragend, Änderungen eintreten lassen. Es soll daher, was beantragt wird, die Basis für eine gute, richtige und ausreichende Besorgung der Armenpflege in ärztlicher Beziehung geschaffen werden.

Endlich wird weiter beantragt, für das Physikat drei Physikatsassistenten mit den von mir bereits erwähnten Bezügen zu systemisieren.

Dann ist der Antrag 3 (liest):

„Die definitiv angestellten städtischen Ärzte der Bezirke I bis X, welche in Zukunft als städtische Bezirksärzte fungieren werden, erhalten ihre neuen Bezüge nach Maßgabe ihrer Einreihung in die Rangclassen vom Ersten des auf den Gemeinderaths-Beschluss folgenden Monates an.

Die übrigen Bezirksärzte sowie die städtischen Ärzte erhalten die systemisierten Bezüge vom Tage ihrer Ernennung, respective Einreihung (unter Wahrung allfälliger Ansprüche auf höhere Bezüge als die systemisierten)."

Es wird endlich beantragt, diese Beschlüsse, welche der Gemeinderath fasst, der n.-ö. Statthalterei und dem n.-ö. Landesausschusse mit dem Bemerken bekanntzugeben, dass sich die Gemeinde Wien gegen die beabsichtigte Regelung des Gemeinde-Sanitätsdienstes im Wege der Landesgesetzgebung ausspricht.

Ich bitte Sie, diese Anträge, die ich mir vorzutragen erlaubte und welche in der Druckvorlage unter 1 bis 4 formuliert sind, zum Beschlusse zu erheben.

Bürgermeister: Die Debatte ist eröffnet. Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung!

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Ich habe mir, meine Herren, das Wort zur Geschäftsordnung erbeten. Wir haben den Motivenbericht und die Materialien zu dieser wichtigen Vorlage erst am Sonntag erhalten und ein gründliches Studium war gewiss den allerwenigsten Mitgliedern des Gemeinderathes innerhalb dieser zwei Tage möglich. Dazu kommt noch, wenn die Sache heute schon vorgenommen wird, dass wir uns der Möglichkeit begeben, die Meinung eines hervorragenden Fachmannes zu hören, welcher in den Gemeinderath eintreten soll. Ich schätze die jetzigen Fachleute im Gemeinderathe sehr, aber ich glaube, dass es billig ist, gerade das Votum dieses Mannes, des Sanitätsrathes Professors Dr. Gruber, zu hören, gegen dessen Anschauung ein Theil der Polemik sich gerichtet hat, welchen wir soeben vom Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter gehört haben. Endlich glaube ich, dass, da der Gemeinderath in seiner bisherigen Zusammensetzung im Ableben begriffen ist, da ein Theil der Gemeinderäthe heute verabschiedet wurde, dass es wohl ansteht, die Berathung über diesen Gegenstand dem neuen Gemeinderathe zuzuweisen.

Aus diesem Grunde beantrage ich die Vertagung. Wir können ja die Debatte in einer der nächsten Sitzungen aufnehmen.

Ich bitte Sie, diesem Antrage zuzustimmen.

Bürgermeister: Über die Vertagung hat der Herr Referent das Wort.

Referent: Ich möchte bitten, der Vertagung nicht stattzugeben, und zwar aus einem praktischen Grunde. Es ist außerordentlich dringend, dass die Verhältnisse des ärztlichen Personales der Gemeinde endlich geregelt werden. Es liegt eine Anzahl Eingaben städtischer Ärzte vor, die erklären, es sei physisch unmöglich, den Dienst weiter zu versehen. Es ist niemandem möglich, den Anforderungen, welche an die einzelnen Ärzte in den Vororten gestellt werden, gerecht zu werden. Es haben sich einzelne Ärzte an den Magistrat mit der Bitte gewendet, sie zum Theile von ihren Functionen zu entheben oder die Functionen zu theilen und jemanden provisorisch zu bestellen. Die Verhältnisse sind derart dringend, dass diesem Begehren bei einem Arzte thatsächlich entsprochen werden musste, wenn man nicht in Gefahr kommen wollte, den ärztlichen Dienst, die Armenbehandlung, in einer nicht zureichenden Weise versehen zu lassen.

Was nun, meine Herren, die Fachautorität anbelangt, auf welche hier angespielt wurde, so ist es ja jedem Mitgliede der Versammlung unbenommen, wenn er wirklich eine solche Einrichtung weiß oder gefunden hat, welche für die Gemeinde besonders vortheilhaft ist, dieselbe im Wege eines Antrages jederzeit zur Behandlung zu bringen.

Ich kann mir nicht denken, dass eine Änderung der Principien, die vorgeschlagen werden, für die Gemeinde besonders ersprießlich ist, es ist aber immerhin möglich. Ich richte jedoch das Augenmerk auf das Wohl und Wehe der ärztlichen Personen, welche bei der Gemeinde derzeit angestellt sind, und es ist unbedingt nothwendig, dass man das Schicksal derselben endlich stabilisiert und für eine gehörige Besetzung des ärztlichen Status sorge. Das würde nun auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben und deshalb bitte ich Sie, die Vertagung nicht zu genehmigen. (Beifall rechts.)

Bürgermeister: Es ist der Antrag auf einfache Vertagung gestellt worden. Die Herren, welche mit dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Dr. Friedjung auf Vertagung einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Das ist die Minorität; der Antrag ist abgelehnt. (Oho-Rufe links. — Rufe rechts: Jawohl! — Gem.-Rath Gregorig ruft dazwischen.) Ich bitte, nicht so dreinzuschreien, das schickt sich ja nicht! (Gem.-Rath Gregorig: Das lasse ich mir nicht verbieten!)

In der Sache selbst ist zum Worte gemeldet Herr Gem.-Rath Brauneiß. (Unruhe links. — Gem.-Rath Gregorig ruft dazwischen.)

Ich bitte, wenn Zweifel an der Abstimmung bestehen, oder wenn Sie etwas zu sagen haben, so bitte ich, sich zum Worte zu melden; wenn Sie gegen eine Abstimmung protestieren, so bitte ich, sich zu melden, aber so dreinzuschreien ist nicht am Platze.

Gem.-Rath Gregorig: Es sprechen Herr Bürgermeister auch immer drein!

Bürgermeister: Ja, das ist meine Pflicht und mein Recht, das werde ich mir nicht nehmen lassen.

Herr Gem.-Rath Brauneiß hat das Wort.

Gem.-Rath Brauneiß: Meine sehr geehrten Herren! Gegen das Referat habe ich eigentlich nichts einzuwenden. (Gem.-Rath Hawranek: Aber gegen die Juden!)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Hawranek, machen Sie doch nicht immer solche Bemerkungen! (Gem.-Rath Hawranek: Es kommt schon noch besser!)

Gem.-Rath Brauneiß: Ich habe seinerzeit schon einen Antrag darüber eingebracht, dass viel zu wenig Armenärzte im XIV. Bezirke sind. Hier in der Vorlage sind für den XIV. Bezirk auch nur drei Ärzte bestimmt. Jenseits der Westbahn aber auf der Schmelz, wo viel mehr Arbeiterbevölkerung ist, ist kein Armenarzt, und die Armen müssen, wenn ihre Kinder krank werden, in die alten Bezirke gehen; dadurch ist die Möglichkeit vorhanden, dass Krankheiten verschleppt werden. Es ist sogar seinerzeit bei Herrn Dr. Laufer vorgekommen, dass durch die Leute, die hingekommen sind, der Dienstbote an Blattern erkrankt ist. Dieser mein Antrag wurde nicht in Verhandlung gezogen und ich möchte daher bei dieser Gelegenheit, wo das geregelt wird, den Antrag nochmals wiederholen, dass im XIV. Bezirke jenseits der Westbahn auf der Schmelz ein Armenarzt bestellt werde.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Maresch!

Gem.-Rath Maresch: Meine sehr geehrten Herren! Gestatten Sie mir gütigst nur einige wenige Worte. Ich werde, was meine Person betrifft, dieses Referat unterstützen, und zwar aus folgenden Gründen. Es ist bestimmt der Gemeinde-Sanitätsdienst kein angenehmer und sehr oft ein anstrengender, daher eine definitive Organisation nothwendig. Auch warten die städtischen Sanitätsorgane seit Einverleibung der Vororte, also seit nahezu vier Jahren, auf eine Regelung ihrer Bezüge. Denn mit Ausnahme einer kleinen Functionszulage haben dieselben durch diese lange Zeit nur soviel bezogen, als ihnen die früheren Gemeinden bezahlt haben.

Es ist daher ein Gebot der Billigkeit, wenn wir diese Angelegenheit unterstützen und im Sinne des geehrten Herrn Referenten der Erledigung zuführen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Hawranek!

Gem.-Rath Hawranek: Nun, meine Herren! ich habe gegen das Referat gar nichts einzuwenden. Nun kommen jetzt wieder Ärzte, die angestellt werden, und ich muss das besonders betonen, dass einmal mit diesem jüdische-Ärzte-Anstellen ein Schluss gemacht werden soll.

Bürgermeister (unterbrechend): Darf ich bitten, Herr Gemeinderath!

Gem.-Rath Hawranek (fortfahrend): Aber lassen Sie mich ausreden, Herr Bürgermeister, das muss gesagt werden. Wir müssen schauen, dass wir diesen jüdischen Einfluss zurückdrängen. (Rufe links: Sehr richtig!) Das geht nicht an: wenn einer zur Assentierung kommt, wen sieht man da als Gemeindearzt? einen Juden. (Rufe links: So ist es!) So ist es einmal vorgekommen. (Unruhe rechts. Zustimmung links. Gem.-Rath Dr. Stern: Das ist doch eine Gemeinheit! — Lebhafte Gegenrufe links.) Jetzt passen Sie nur auf! Jetzt ist ein alter Mann gekommen, der wollte seinen Sohn von der Militärpflicht befreien. Der Mann hat einen Bruch gehabt, war 66 Jahre alt; er musste sich aber trotzdem ausziehen und von dem jüdischen Arzte abtupfen lassen. (Unruhe und Zwischenrufe rechts.)

Bürgermeister: Aber ich bitte, das gehört nicht hieher. (Rufe links: O ja!) Wenn Sie sich zu beschweren haben über die Thätigkeit eines Arztes, dann machen Sie an die competente Behörde die Anzeige. (Widerspruch links. — Gem.-Rath Gregorig: So ist es nicht!) Aber es geht nicht an, derlei Fälle, über die der Gemeinderath nicht zu entscheiden hat, gar nicht zu entscheiden competent ist, hier anzuführen, um gegen einen Stand zu hetzen. (Gem.-Rath Gregorig: Er hetzt nicht! Ich bitte um das Wort.)

Gem.-Rath Hawranek: Ich hetze gar nicht. Ich mache Sie nur aufmerksam, Herr Bürgermeister, dass das einmal eingedämmt werden muss. Es geht nicht an, dass unsere christlichen Ärzte nichts zu thun haben, und dass man fortfährt, solche zu protegieren, die eigentlich nur zum Ruin der Christenheit da sind. (Widerspruch rechts. — Gem.-Rath Dr. Friedjung: Unsinn! — Lebhafter Widerspruch links und Rufe: Wer ruft „Unsinn"?)

Bürgermeister: Ich bitte um Ruhe und ersuche, keine Zwischenrufe zu machen. Das muss ich rügen. Herr Gem.-Rath Hawranek! Ich muss Sie zur Ordnung rufen. (Lebhafter Widerspruch links, Rufe: warum denn?) Das werde ich Ihnen gleich erklären. (Gem.-Rath Purscht: Drüben hat ein Herr „Unsinn" gerufen! Unruhe.) Vor allem anderen bitte ich, setzen Sie sich! Herr Gem.-Rath Hawranek, von Protection ist keine Rede. Die Ärzte werden von den competenten Organen angestellt, im Stadtrathe ist auch die Opposition vertreten, und wenn von dieser Seite in irgendeinem Falle hingewiesen werden könnte auf Protection, so müsste dies von Fall zu Fall geschehen; aber im allgemeinen solche Pauschalvorwürfe zu erheben, das geht nicht! Auf dieser (rechten) Seite wurde der Zwischenruf gemacht: „Unsinn!" Das muss ich rügen und den Herrn Gemeinderath für diesen Vorwurf zurechtweisen. — Herr Gem.-Rath Dr. Daum!

Gem.-Rath Dr. Daum: Es wird uns hier im Punkte II der Anträge zugemuthet, die unter I und II abgedruckten Vorschriften für den Gemeinde-Sanitätsdienst zu genehmigen. Ich habe das nicht ganz gelesen, ich war auch nicht in der Lage, das zu thun, ich muss daher den Herrn Referenten um Entschuldigung bitten, wenn ich mir von ihm eine Aufklärung erbitte. Es fällt mir auf, dass sowohl unter der Competenz und dem Wirkungskreise der städtischen Bezirksärzte, als auch in dem der städtischen Ärzte die Armenbehandlung und die Todtenbeschau fehlt, und ich habe nicht gefunden, in welchem Falle die einen, in welchem die anderen die Todtenbeschau vorzunehmen haben. Vielleicht hat der Herr Referent die Güte, das aufzuklären.

Referent: Die Todtenbeschau ist durch Verfügung der Staatsbehörde der Gemeinde zugewiesen, sie fällt in den übertragenen Wirkungskreis, und es wird nun im Interesse des Dienstes beantragt, dass die Bezirke abgetheilt werden in Armenbezirke, und dass in diesen Armenbezirken die einzelnen städtischen Ärzte die Armenbehandlung und Todtenbeschau zu besorgen haben, und dass in einem Bezirke der Bezirksarzt auch die Todtenbeschau zu besorgen habe zur Entlastung der übrigen Ärzte. Das ist eine interne Diensteseintheilung, welche im Interesse des Dienstes deshalb getroffen wurde, um die Bezirksärzte, welche ja doch auch einen entsprechenden Wirkungskreis haben müssen, genügend zu beschäftigen. (Gem.-Rath Dr. Daum: Also cumulativ?) Nicht cumulativ! Der Bezirksarzt wird auch die Todtenbeschau haben, während die städtischen Ärzte die Armenbehandlung und Todtenbeschau in den ihnen zugewiesenen Bezirken besorgen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Grünbeck Sebastian!

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Meine Herren, es ist zu staunen, dass man so ein Referat uns unter einigen Tagen zuschickt und von uns verlangt, man soll darüber Beschluss fassen. Wenn man auch ein politischer Gegner ist, so muss man sagen, der Antrag, welcher von jener Seite gestellt wurde, war correct, nämlich, dass diese Angelegenheit gewiss hätte vertagt werden sollen, und zwar vertagt, damit man sich mit dem Elaborate, welches hier vorgelegt wird, doch wenigstens vertraut machen kann und damit

man eigentlich weiß, für was man stimmt. Ich bin gewohnt, für Sachen, die ich nicht kenne oder wenigstens nicht einmal durchlesen konnte, nicht zu stimmen. Es ist eigenthümlich, dass man gerade heute — am Schlusse kann man sagen — sagt: das ist nothwendig! Ja, meine Herren, wie lange läuft das schon und hätte es geschadet, wenn die Angelegenheit vielleicht acht Tage länger laufen würde? Ich glaube absolut nicht, nicht einmal um acht Tage hätte es sich gehandelt, sondern nur um drei Tage. Ich glaube, es wäre hoch an der Zeit, dass man derlei Vorlagen, wirklich gründlich durchberathen, dem Plenum zur Beschlussfassung übergibt, damit man darüber nachdenken und eventuell Beschluss fassen kann. Ich weiß wirklich nicht, wie wir in den Vororten mit dem Nachtdienst bestellt sind. Ich habe eine Anregung gemacht, es soll ein permanenter Nachtdienst eingeführt werden. Wenn Sie sehen würden in den Vororten, gerade was die armen Leute betrifft, wie diese in der Nacht von einem Arzte zu dem anderen herumlaufen müssen, wie sie bitten und betteln müssen! Der eine Arzt ist krank, der andere hat eine geschwollene Hand, oder wie es immer ist, der dritte ist übermüdet.

Es ist ja bei den Ärzten oft so, dass sie sehr viele Visiten haben, ich kann es ihnen nicht übelnehmen, wenn sich der eine wirklich etwas schonen muss; aber derjenige, der krank zuhause liegt, der nach Rettung und Hilfe sucht, ist doch auch zu berücksichtigen. Ich glaube, wenn man hier endlich einmal zu einer Organisierung des Sanitätsdienstes schreitet, dann sollen auch derlei Übelstände wenigstens im großen und ganzen behoben werden. Es soll das endlich eingeleitet werden. Zahlen wir diesen Ärzten ein paar hundert Gulden mehr, ich habe gar nichts dagegen, aber man muss sagen: heute hat der und der Permanenzdienst die ganze Nacht. Es weiß dann jeder, wenn er sucht, wohin er sich zu wenden hat. Es ist auch schon Bessersituierten passiert, dass sie zwei bis drei Stunden herumlaufen mussten. Jetzt können Sie sich erst denken, wie es dem armen Teufel geschieht, der kaum den Gulden im Sacke hat, dass er die Ärzte bezahlen kann.

Es ist unlängst erst ein langer Artikel darüber in der „Arbeiter-Zeitung" gestanden. Derlei Fälle ereignen sich an jedem Tage, einmal in diesem, einmal im anderen Bezirke. Wenn wir schon zur Organisierung schreiten, so ist es nothwendig, dass derlei Angelegenheiten geregelt werden. Wenn ein Permanenzdienst besteht, dann weiß ich, wen ich für den Kranken zu suchen habe, das erfahre ich auf der Wachstube oder es steht auf der Amtstafel, wer Nachtdienst hat. Es ist wohl möglich, aber ich glaube kaum, dass ein derlei Permanenznachtdienst in dieser Vorlage enthalten ist, aber nothwendig wäre es. Dagegen weiß ich nicht, warum man derlei Sachen heute noch beschließen muss; wir müssen, ob wir die Vorlage kennen oder nicht. Ich glaube, dass die Vertagung nur ganz gerechtfertigt ist, und ich beantrage noch einmal die Vertagung dieses Referates.

Bürgermeister: Über die Vertagung, der Herr Referent!

Referent: Ich will nur eine kurze Bemerkung machen über den Sanitätsdienst zur Nacht. Über die Einführung solcher Nachtstationen besteht ein eigenes Referat, welches Herr Gem.-Rath Klotzberg bearbeitet hat, ja, ich glaube sogar, er hat es im Stadtrathe referiert. (Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Nein!) Es ließe sich das mit dieser rein organisatorischen Maßregel nicht gut verquicken, weil, wenn der Gemeinderath diese Beschlüsse genehmigt hat, dann das Physikat auf Grund der Rayonseintheilung einen gewissen Turnus einführen wird und so weiter. Es ließe sich also nicht gut in dieser Beziehung eine Maßregel treffen. Wenn die Herren wünschen, dass die jetzigen bedauerlichen Zustände in dem städtischen ärztlichen Dienste noch fortdauern sollen, so bitte ich, das Referat zu vertagen; ich hätte es sehr gerne schon früher vorgetragen, wenn nicht wegen der Gehaltsfrage Berechnungen zu machen gewesen wären und sich die Sache dadurch verzögert hätte. Aber ich glaube, meine Herren, Sie thun wirklich etwas gutes für die Ärzte und den Dienst im Interesse der Armen, wenn Sie die Sache einmal erledigen und es ermöglichen, dass endlich einmal jene Anzahl Ärzte bestellt wird, die unbedingt im Interesse der Bevölkerung nothwendig ist. Das ist der einzige Umstand, welcher es veranlasst hat, dass das Referat gebracht wird. Es lässt sich diese Organisation nicht länger mehr hinausschieben, sonst bekommen Sie von allen Seiten Betreibungen und Gesuche um Vermehrung — und Sie können doch nicht zwischen Thüre und Angel, beschäftigt mit einer definitiven Organisation, provisorische Ärzte anstellen; das wäre so unökonomisch als möglich, abgesehen davon, dass Sie nie eine ordentliche Competenz haben. So werden Sie eine Competenz ausschreiben und eine große Auswahl haben, während, wenn Sie stückweise da und dort einen Arzt bestellen, Sie nur immer den nehmen können, den Sie zunächst bekommen. Ich möchte daher bitten, die Sache abzuthun und darüber zu beschließen. Wünschen Sie aber die Sache zu verschieben, so kann ich nichts dagegen thun. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bitte um das Wort vor der Abstimmung zur Geschäftsordnung.)

Bürgermeister: Vor der Abstimmung kann ich niemandem mehr das Wort ertheilen.

Es ist der Antrag auf Vertagung dieses Referates gestellt. Ich bitte jene Herren, die damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Es ist die Minorität; abgelehnt. Wünschen Herr Gem.-Rath Dr. Lueger das Wort zur Geschäftsordnung? (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ja!) Herr Gem.-Rath Dr. Lueger zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Ich fühle mich verpflichtet, meiner Rechtsanschauung bezüglich der Giltigkeit der heutigen Gemeinderaths-Sitzung Ausdruck zu geben.

Meine Herren, das Mandat derjenigen Herren Gemeinderäthe, welche nicht wiedergewählt wurden, und auch derjenigen, welche wiedergewählt wurden, erlischt mit jenem Tage, an welchem die achttägige Frist abgelaufen ist, welche den neugewählten Gemeinderäthen zur Abgabe ihrer Erklärung bezüglich der Annahme oder Nichtannahme der Wahl gestellt wurde. Mit diesem Momente sind die Mandate derjenigen Gemeinderäthe erloschen, welche nicht wieder gewählt worden sind. Die heutige Sitzung ist daher eine vollständig ungiltige, weil zu derselben nicht mehr die früheren Gemeinderäthe, sondern die neugewählten Gemeinderäthe hätten eingeladen werden sollen. Ich erkläre daher, dass ich von meinem Standpunkte aus sämmtliche Beschlüsse der heutigen Versammlung als rechtsungiltig betrachte und demgemäß mich auch jedweder Abstimmung enthalten werde.

Bürgermeister: Ich werde mir erlauben, auch meinen Standpunkt darzulegen. Vor allem anderen muss ich aber bemerken, dass die Einladungen zur heutigen Sitzung, wie ich glaube, am Samstag oder Sonntag den verehrten Herren Gemeinderäthen zugegangen ist. Es ist also naheliegend gewesen, wenn auch Bedenken solcher Art bei irgendeinem Gemeinderathe bestehen, dieselben dem Bürgermeister bekanntzugeben. Aber diese Bedenken um ½7 Uhr, also lange nachdem die Sitzung eröffnet worden ist,

und nachdem Beschlüsse gefasst worden sind, bekanntzugeben, das finde ich nicht für zweckmäßig. Was aber meine Ansicht betrifft, so möchte ich Folgendes sagen. Die Frist zur Abgabe der Erklärung, ob die Mandate angenommen werden oder nicht, ist am Donnerstag oder Freitag — ich weiß es nicht genau — abgelaufen.

Ich habe daraufhin . . . (Unruhe links.) Meine Herren, die Sache ist eine ernste. (Rufe links: Jawohl!) Dann bitte ich nicht zu unterbrechen. Daraufhin habe ich also die Gemeinderaths-Sitzung für heute einberufen, um dem Gemeinderathe mitzutheilen, dass diese Frist abgelaufen ist und dass es daher Sache der Gemeinderäthe ist, deren Mandate abgelaufen sind, aus dem Gemeinderathe auszuscheiden. Das kann ich den einzelnen Herren Gemeinderäthen nicht schriftlich mittheilen, weil ich die Geschäfte mit den einzelnen Gemeinderäthen nicht auf schriftlichem Wege zu führen habe, sondern mit dem Gemeinderathe. Ich bin erst heute in der Lage gewesen, dem Gemeinderathe von dieser Sachlage Kenntnis zu geben. Ich habe heute eine nach den Bestimmungen des Gesetzes vollkommen gesetzliche Versammlung einberufen. Die Herren, welche zu dieser Versammlung einberufen sind, sind ermächtigt, an dieser Verhandlung theilzunehmen, und in dieser Sitzung habe ich auch von der Sachlage Kenntnis gegeben.

Ich glaube daher, dass die heutige Versammlung einen vollkommen gesetzlichen Bestand hat und berechtigt ist, Beschlüsse zu fassen. In der nächsten Sitzung werden die neuen Gemeinderäthe einberufen und von da an werden die neuen Gemeinderäthe den neuen Gemeinderath bilden. Das ist meine Auffassung nach dem Gesetze. Ich kann mich dabei auch auf den Usus stützen, wie er seit Bestand der Gemeindevertretung besteht. Jederzeit hat dieser Übergang der alten Gemeindevertretung auf die neue bestanden; jederzeit ist der einen Versammlung mitgetheilt worden, dass die Mandate abgelaufen sind, und in dieser Sitzung sind auch noch Beschlüsse gefasst worden, um dann in der nächsten Sitzung die neuen Gemeinderäthe einzuladen, dieselben erscheinen zu lassen und dann mit den neuen Gemeinderäthen die Geschäfte zu führen. Das war von jeher so und ein Abgang von dieser Auffassung könnte nur beliebt werden, wenn man der Meinung wäre, dass der Bürgermeister auf schriftlichem Wege mit dem Gemeinderathe verkehrt, dass er die einen schriftlich zu entlassen hat, und dass er auf schriftlichem Wege die anderen Gemeinderäthe einzuladen hat. Das widerspricht dem bisherigen Usus und ist im Gesetze nicht begründet. (Beifall rechts.) Herr Gem.-Rath Dr. Lueger hat das Wort. (Gem.-Rath Frauenberger: Es ist schade um die Zeit.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Wenn der Herr Zwischenrufer das für eine Haarspalterei hält, bedauere ich es außerordentlich. Das ist eine sehr wichtige principielle Frage, welche zu entscheiden ist und welche der Gemeinderath, eventuell auch jemand anderer, zu entscheiden berufen sein wird. Ich constatiere, dass ich die Einladung zur heutigen Sitzung erst gestern bekommen habe, ganz natürlich, weil ich erst gestern in meine Wohnung zurückgekehrt bin. Ich kann auch nichts dafür, dass heute die Wahl im III. Bezirke gewesen ist, die meine volle Thätigkeit heute und gestern in Anspruch genommen hat. (Unruhe rechts.) Die Herren werden wohl nichts dagegen haben, dass ich für meinen Freund Steiner ordentlich agitiert habe. (Heiterkeit links. — Gem.-Rath Dr. Friedjung ruft dazwischen. — Unruhe rechts.)

Bürgermeister: Ich bitte, nicht zu unterbrechen!

Gem.-Rath Dr. Lueger: Das werde ich mit meinen Wählern ausmachen, das geht Herrn Dr. Friedjung gar nichts an. (Lebhafte Zustimmung und Zwischenrufe links. Gem.-Rath Pursch macht einen Zwischenruf.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Pursch, ich bitte, sich solcher Äußerungen zu enthalten. (Widerspruch links.) Die Zwischenrufe auf dieser (rechten) Seite habe ich bereits getadelt, sie waren nicht beleidigend, Ihre aber sind beleidigend.

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Ich bitte, nicht ein solches Gesicht zu machen, die ganze Sache ist nicht so schrecklich; es ist eine einfache Rechtsfrage, die zur Entscheidung gebracht werden kann. Der Herr Bürgermeister irrt sich, wenn er glaubt, dass das immer so gehandhabt wurde, wie er es jetzt mitgetheilt hat. Ich würde ihm einen Fall unter dem Regime des Dr. Felder mittheilen; wenn er mir den Act zur Verfügung stellt, könnte ich ihm das Jahr sagen. Damals hat Dr. Felder eingesehen, dass der Standpunkt der Opposition vollkommen richtig und dem Gesetze entsprechend ist; er hat auch demgemäß gehandelt. Es ist ja auch zweifellos, dass, wie die neugewählten Gemeinderäthe erklärt haben, dass sie ihre Mandate annehmen, im nämlichen Momente, beziehungsweise nach Ablauf der achttägigen Frist, die Mandate der früheren Gemeinderäthe erloschen sind. Eine künstliche Verlängerung kennt das Statut nicht. Nun wird der Herr Bürgermeister sagen: Das war im alten Statut, jetzt haben wir ein neues. Nun ist aber in diesem Punkte eine Änderung des alten Statutes nicht vorgenommen worden. Es ist daher zweifellos, dass die heutige Sitzung des Gemeinderathes nicht dem Gesetze gemäß einberufen wurde, weil zur heutigen Sitzung des Gemeinderathes die neugewählten Gemeinderäthe und nicht diejenigen, deren Mandate bereits abgelaufen sind, hätten eingeladen werden sollen. Übrigens, wie gesagt, das ist meine Rechtsanschauung, der Herr Bürgermeister hat eine andere. Wer recht hat von uns beiden, wird sich eventuell an anderer Stelle zeigen.

Bürgermeister: Die Vertagung ist abgelehnt. Ich kann darauf nur erklären, dass ich die Gründe, welche der Herr Gemeinderath angeführt hat, dass er früher nicht in der Lage wäre, seine Ansichten zu entwickeln, nicht theilen kann. Ich habe die Einladungen rechtzeitig verschickt und hätte den Einwendungen Gehör geschenkt, wenn ich denselben hätte Folge geben können. Ich hätte dann vielleicht diese Frage vorher zur Entscheidung bringen können. Heute sind jedoch von der Opposition bereits Beschlüsse gefasst worden. Es ist nicht der geringste Einwand erhoben worden, ich muss es daher dem Herrn Redner überlassen, gegen die Giltigkeit der heute gefassten Beschlüsse die entsprechenden Rechtsmittel zu ergreifen.

In der Sache selbst hat das Wort Herr Gem.-Rath v. Götz.

Gem.-Rath v. Götz: Die Vorlage ist wohl nicht das Ideal dessen, was ich mir versprochen habe, und ich glaube, dass die Vorlage, nachdem vier Jahre ein Provisorium geherrscht hat, wohl hätte etwas besser ausfallen können. Es hätte, glaube ich, Rücksicht genommen werden können auf die Eintheilung der Ärzte in den einzelnen Bezirken und auch darauf, dass im Verhältnisse die Leistung, die jeder einzelne Arzt in den einzelnen Bezirkstheilen zu versehen hat, auch in der Bezahlung dementsprechend höher oder niedriger gestellt worden wäre. Ich will jedoch die ganze Vorlage nicht gefährden und werde, obwohl ich nicht mit allen Punkten einverstanden bin und meine Ansicht diesbezüglich im Stadtrathe zum Vortrage gebracht habe, für den Referenten-Antrag

stimmen. Nur in einem Punkte muss ich doch einen Zusatz-Antrag stellen, der eben die Verhältnisse, speciell des XIII. Bezirkes, betrifft. Der XIII. Bezirk ist bekanntlich zusammengesetzt aus zehn Gemeinden, die ursprünglich zehn Armen- und Todtenbeschauärzte gehabt haben, welche damals von den kleinen Gemeinden geringe Bezüge bekommen und außer den Todtenbeschautaxen nichts bezogen haben. Vor vier oder fünf Jahren wurden statt zehn Armenärzten, die bestanden haben, bloß acht bestellt. Nach der neuen Vorlage sollen nicht acht, sondern bloß sechs bestellt werden. Wer die Verhältnisse draußen kennt, die kolossal weite Territorialausdehnung des Bezirkes, und wer weiß, wie weit ein Ort von dem anderen entfernt ist, wie schwierig im Winter, wo alles verschneit ist, der Verkehr ist, und wo man Rücksicht nehmen muss, dass Kranke oder Arbeiter und solche, die ihre Kinder zum Arzte zu bringen haben, eine halbe oder drei Viertelstunden zurückzulegen haben, der wird zustimmen, dass da eine Verkürzung der Stellen gewiss nicht am Platze wäre, und dass es nicht angeht, aus Ersparungsrücksichten vielleicht diese zwei Stellen einzuziehen. Aus diesen Gründen stimme ich für die Vorlage und erlaube ich mir, ohne die Vorlage zu gefährden, nachdem die Verhältnisse heute so sind, und die Bezahlung der Ärzte, speciell in den Vororten so minim ist — es sind zum Beispiel bei uns Ärzte, die bloß 200 fl. und solche, die 600 fl. jährlich haben — die Commune bekommt aber 600 fl. an Todtenbeschaugebüren herein, so dass sie eigentlich bei einzelnen Ärzten gar nichts zu bezahlen hat, folgenden Zusatz-Antrag zu stellen: „Der Magistrat habe nach Einholung eines Gutachtens des Bezirksausschusses und des provisorischen Bezirksarztes im XIII. Bezirke wegen Vermehrung der städtischen Ärzte um zwei Stellen in diesem Bezirke binnen vier Wochen Bericht und Antrag an den Gemeinderath zu stellen."

Ich bitte um die Annahme dieses Zusatz-Antrages.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg!

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich werde mich sehr kurz fassen, nachdem ich mit sämmtlichen Anträgen des Herrn Referenten einverstanden bin, und erlaube mir nur zur Aufklärung des Herrn Gem.-Rathes Grünbeck etwas beizutragen. Er hat die Anregung gemacht, dass ein ärztlicher Nachtdienst geschaffen werde. Nun hat Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter schon erklärt, dass diesbezüglich ein Referat lauft, welches sich in meinen Händen befindet, und wurde das Übereinkommen getroffen, dass nach Erstattung dieses Referates mein Referat erstattet werden soll.

Es handelt sich bei dieser Gelegenheit darum, zu entscheiden, ob zu diesem ärztlichen Nachtdienste die sogenannten Amtsärzte beigezogen werden sollen, oder die Visiten, welche von den armen Leuten nicht bezahlt werden können, von der Gemeinde bezahlt werden sollen, was ungefähr eine Auslage von 6- bis 8000 fl. verursachen wird — ob also auch sämmtliche anderen Ärzte, welche sich melden, daran participieren sollen, und das ist ja geradezu im Interesse der leidenden Menschheit; denn wenn ein Bezirk nur wenig Amtsärzte hat, so haben die Angehörigen des armen Kranken auch weit zu gehen, und es wäre praktisch, wenn sich andere Ärzte melden, welche jederzeit bereit wären, gegen eine Entschädigung durch die Gemeinde bei jedem Wetter, ohne Unterschied, solche Visiten zu machen.

Weiters muss ich hervorheben, dass es irrig ist, wenn man sagt, dass diese judenärztliche Wirtschaft endlich ein Ende habe. Die Herren dürfen nicht vergessen, dass einfach nach der Competenz entschieden wird, und auch Ihr Führer (links) hat einen jüdischen Arzt anzustellen beantragt, weil die Competenz eine solche war, dass man einen anderen nicht vorschlagen konnte. Ich habe erst letzthin einen, wie man mir sagte, Deutschnationalen anzustellen vorgeschlagen, es war eben die Competenz eine solche. Da hat man eben niemals auf die Confession oder die Parteistellung zu sehen, sondern es handelt sich einzig und allein nur darum, der leidenden Menschheit zu helfen.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. (Gem.-Rath Gregorig: Ich bin schon seit einer halben Stunde gemeldet. Die Schriftführer passen nicht auf!) Also, Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Meine geehrten Herren! Ich habe im Vorjahre einen Fall hier zur Sprache gebracht, wo einer Frau im Spitale eine Auge ausgestoßen wurde, auch durch einen Juden . . .

Bürgermeister: Aber, Herr Gemeinderath! Das gehört nicht zur Sache!

Gem.-Rath Gregorig: Ja, das gehört zur Armenbehandlung!

Bürgermeister: Aber, ich bitte, zur Sache!

Gem.-Rath Gregorig: Ich bitte, nicht zu unterbrechen, wenn ich einen Vortrag halte, das gibt es nicht; zu sprechen habe ich das Recht! Was sind das für Zustände? Ich bin Gemeinderath und habe das Recht, hier zu sprechen!

Bürgermeister: Ich werde Sie unterbrechen, wenn Sie nicht zur Sache sprechen. (Rufe links: Ja freilich!) Das ist meine Pflicht! Hier handelt es sich um organisatorische Anträge. (Gem.-Rath Strobach ruft dazwischen.) Herr Gemeinderath, Sie haben nicht das Wort!

Hier handelt es sich, wie ich bereits bemerkte, um organisatorische Anträge und über diese ist jetzt die Debatte. Die Interpellation, welche Sie damals eingebracht haben, ist genau beantwortet worden. Es geht nicht an, Fälle aus der Praxis hier anzuführen, die mit der Organisation in gar keinem Zusammenhange stehen. (Gem.-Rath Jedlička: Bei welcher Gelegenheit denn, um Gottes Willen! Bei der Budgetdebatte nicht!)

Gem.-Rath Gregorig: Hier handelt es sich um gemeindeärztliches Personale, und da muss ich alle Fälle, welche auf dieses Referat Bezug haben, vorbringen können.

Bürgermeister: Ja, auf die Organisation.

Gem.-Rath Gregorig: Gewiss, und auch auf das Materiale, das dabei angestellt wird. Ich habe den Auftrag als Gemeinderath, die Bevölkerung zu schützen gegen Übergriffe und gegen Schädigungen, und wenn solche Fälle zu meiner Kenntnis kommen, ist es meine Pflicht, sie hier zur Kenntnis zu bringen. Im angezogenen Falle, wo mich Herr Bürgermeister unterbrochen haben, musste ich eine Einleitung geben, damit die Herren, welche den Fall nicht kennen, wissen, um was es sich handelt.

Bürgermeister: Der Fall ist ja bekannt.

Gem.-Rath Gregorig: Vielleicht ist er einzelnen Herren nicht bekannt. Damals habe ich gegen einen Gemeindearzt Klage geführt, der die Anzeige nicht gemacht hat, folglich seine Pflicht nicht erfüllt hat. Dass er ein Jude ist, dafür kann ich nichts. Die Frau ist gestorben, der Fall, wo man der Frau ein Auge ausgeschlagen hat, hat einen tödtlichen Ausgang genommen.

Bürgermeister: Der Fall ist genau untersucht und bei der competenten Behörde erledigt worden. Der Gemeinderath kann keine Verfügung in der Sache treffen. Auch hängt diese Angelegenheit mit der Organisation des städtischen Dienstes nicht zusammen.

Gem.-Rath Gregorig: Es hat doch einen Bezug Herr Bürgermeister, weil in der Bevölkerung allgemein Klage über das Anstellen von Judenärzten geführt wird.

Herr College Hawranek hat einen Fall angeführt und das Wort „Protection" fallen lassen. Gegen diese Behauptung ist der Herr Bürgermeister mit aller Schärfe aufgetreten. Was kann der Herr Bürgermeister zu folgendem Falle sagen? Vor anderthalb Jahren war in Margarethen eine Stelle über ein halbes Jahr nicht besetzt. Es waren christliche Competenten da. Es hat solange gedauert, bis man einen Juden angestellt hat.

Bürgermeister: Ich kenne den Fall nicht.

Gem.-Rath Gregorig: Aber ich!

Bürgermeister: Ich kann und darf nicht zugeben... (Unterbrechung links.) Nein, so lange ich hier sitze, thue ich das nicht und werde es nicht dulden. Das geht nicht. Sie müssen mir den Fall nennen. Wo ist diese Protection ausgeübt worden?

Ich kann es nicht zugeben, dass in der Weise von der städtischen Verwaltung gesprochen wird. Das ist eine Beleidigung der schwersten Art. Was muss sich das Publicum und die ganze Welt denken? (Rufe: Die wissen schon alles!) Ich muss diesen Vorwurf zurückweisen. Sind Sie in der Lage, Fälle anzugeben, werde ich sie untersuchen lassen.

Gem.-Rath Gregorig: Aber ich bitte, Herr Bürgermeister! Es ist schon vor einem Jahre geschehen, dass ein halbes Jahr ein Posten vacant war und man dann einen „Zugereisten" angestellt hat, einen Christen hat man nicht angestellt. Ich habe keinen Namen genannt. Wie nennen Sie den Fall, wenn man die Christen zurückdrängt? Ich habe keinen beschuldigt. Es ist in der ganzen Bevölkerung Klage darüber, dass man die christlichen Ärzte zurückschiebt und „Zugereiste" anstellt. Das geht in der Weise nicht fort. Wir müssen unsere Armen schützen. Wie werden die Leute behandelt? Mir ist ein Fall bekannt, ich will ihn jetzt nicht vorbringen, die Sache geht zu weit, ich werde ihn bei anderer Gelegenheit vorbringen. Wie aber die Sache ist, ob Jude oder judenliberaler Arzt, das bleibt sich gleich. Wenn es sich um ein Geschäft handelt, dann geht es, aber wenn es ein Armer ist, hat der Jude keine Zeit.

Bürgermeister: Wegen dieser Äußerung muss ich Sie zur Ordnung rufen. Das ist ein Vorwurf einer denkbar schwersten Pflichtverletzung; ich muss das rügen.

Gem.-Rath Gregorig: Die ganze Bevölkerung steht unter dem Drucke der jüdischen Ärzte. (Widerspruch.) Es thut mir recht leid; der Erfinder des Heilserums ist auch ein Jude. Es geht überall so.

Bürgermeister: Sie werden doch nicht das Heilserum jetzt anführen! (Heiterkeit. — Gem.-Rath Frauenberger: Wo kaufen Sie Ihre Cravatten, Ihre Hemden?) Ich bitte, keine Unterbrechung! (Gem.-Rath Frauenberger: Ja, ich bitte!) Ich bitte, nicht zu unterbrechen! (Gem.-Rath Frauenberger: Wirklich schade um die Zeit!)

Gem.-Rath Gregorig: Wenn mich Herr Frauenberger unterbricht, kann ich nicht sprechen. (Erneuerte Unruhe.) Ich muss das stricte Verlangen der Bevölkerung zum Ausdrucke bringen, dass unsere christliche Bevölkerung von christlichen Ärzten behandelt werde, weil wir zu den anderen kein Vertrauen mehr haben. (Widerspruch rechts. — Gem.-Rath Dr. Friedjung macht Zwischenrufe.)

Bürgermeister: Ich bitte um Ruhe und nicht zu unterbrechen. (Ruf links: Ausschließen! — Gem.Rath Dr. Friedjung: Man kann sich nicht alles gefallen lassen!) Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung, Sie haben nicht das Wort! — Herr Gem.-Rath Gräf!

Gem.-Rath Gräf: Ich war natürlich auch nicht in der Lage, das Referat zu studieren, weil es mir erst vor einigen Tagen in die Hände gekommen ist. Ich habe aber jetzt beim Durchblättern eine Bemerkung gemacht und die muss ich hier unbedingt zum Ausdrucke bringen. Der XVI. Bezirk hat eine Bevölkerung von 113.000 Seelen; bis jetzt haben wir fünf Armenärzte gehabt, also hat einer 22.000 Bewohner zu behandeln. Wenn Sie berücksichtigen, dass im XVI. Bezirke überwiegend arme Bevölkerung wohnt, so werden Sie sich vergegenwärtigen können, dass fünf Ärzte nicht in der Lage waren, den Dienst so zu versehen, wie es nothwendig wäre. Eine Überbürdung der Armenärzte hat platzgegriffen und vom ökonomischen Standpunkte ist es wünschenswert, dass eine Vermehrung dieser Stellen stattfindet. Sie müssen berücksichtigen, dass der Armenarzt nur eine Visite zu machen in der Lage ist, dass er gar nicht dazu kommt, den armen Kranken ein zweitesmal zu besuchen, sondern ihn einfach sofort ins Spital schreibt, wodurch der Commune bedeutende Auslagen erwachsen; denn wenn der Betreffende im Spitale ist, hat die Gemeinde nach der Vorschrift für 14 Tage à 1 fl. oder darüber zu bezahlen. Bis jetzt haben sich — ich glaube, es ist schon eine Eingabe gemach worden — die Herren geäußert, sie sind nicht in der Lage, den Dienst zu versehen.

Zu meinem Erstaunen finde ich in dem Referate für den XVI. Bezirk wieder nur fünf Ärzte! Es empfiehlt sich daher gewiss, in unserem Bezirke und, wie ich schon betont habe, aus ökonomischen Rücksichten für die Gemeinde eine Vermehrung der Armenarztensstellen eintreten zu lassen, und beantrage ich zu diesem Behufe, es sei für den XVI. Bezirk ein sechster Armenarzt anzustellen. Ich glaube, diesen Antrag nicht näher begründen zu müssen; wenn die Herren das Referat durchsehen, so werden Sie finden, dass in unserem Bezirke, wo vorwiegend arme Bevölkerung wohnt, nahezu 23.000 Seelen auf einen Armenarzt kommen. Das ist keiner imstande zu leisten; ich will von der Haus- und ambulatorischen Behandlung nicht sprechen, da ereignet es sich sehr oft, dass 20 und 30 Personen von dem Armenarzte weggehen müssen, die nicht dazukommen, von ihm behandelt zu werden. Das sind Zustände, die auf die Dauer nicht haltbar sind. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Scholz!

Gem.-Rath Dr. Scholz: Es wird verschiedenes gegen das Referat eingewendet, allein im ganzen und großen sind die Herren damit einverstanden, weil Sie ja alle einsehen, dass eine Regulierung und Organisierung des städtischen Sanitätsdienstes erfolgen muss. Von Seite der städtischen Ärzte wird dieses Referat seit drei Jahren mit Schmerzen erwartet, und zwar deshalb, weil die Zahl derselben ganz ungenügend ist für die Aufgaben, die ihnen zugewiesen worden sind. Die öffentliche Sanität stellt fort und fort größere Anforderungen, die städtischen Ärzte sind nicht vermehrt worden, die Anforderungen aber hat man ihnen einfach überwiesen, man hat ihnen die Aufträge gegeben. Die Herren leisten über ihre Kräfte und erfüllen ihre Aufgaben.

Da nun endlich einmal das Referat hier in Verhandlung steht, so bitte ich sie inständigst, dasselbe anzunehmen. Es ist nicht

genügend, das ist richtig, die Zahl der Ärzte ist zu gering, aber das kann kein Hindernis sein, das Referat anzunehmen, weil sich ja die Ärzte, die noch fehlen, in die Organisation einfügen lassen werden. Es ist ja selbstverständlich, dass ein Referat, welches bereits drei Jahre alt ist, eigentlich für die heutigen Verhältnisse nicht mehr reicht. In drei Jahren hat sich ja die Bevölkerung wieder um circa 70- bis 80.000 Menschen vermehrt und die brauchen ja wieder ihre Ärzte. In dieser Richtung muss mit der Bevölkerung Schritt gehalten werden. Wenn die Herren bedenken, dass man früher auf 700 Menschen einen Arzt gerechnet hat, so ist nicht nur für die Armen die Zahl der Ärzte verhältnismäßig zu gering, sondern für die gesammte Bevölkerung von Wien. Ein guter Umstand dabei ist allerdings der, dass die allgemeine Assanierung Wiens derartige Fortschritte gemacht hat, dass eine geringere Zahl ausreicht. Leider ist das bei den Armen aber weniger der Fall, als bei den besser situierten Classen, daher ist die Vermehrung der Armenärzte und der städtischen Ärzte eine Nothwendigkeit. Was die confessionelle Frage betrifft, so mögen die Herren versichert sein, dass die Behandlung durch die Ärzte mit der Confession nichts zu thun hat; die ist eine wissenschaftliche und den Vorschriften der Wissenschaft entsprechende.

Ob der nun ein Grieche oder ein Italiener, oder ein Jude oder ein Rumäne ist, das bleibt sich gleich — die Wissenschaft kennt das nicht. Ich habe in dieser Beziehung das vollste Vertrauen. Kommt irgendwo ein Fehler vor, kommt irgendwo eine Missachtung oder eine Vernachlässigung vor, so wird sie sicher entsprechend gerügt werden; aber was die Arbeitsleistung der städtischen und der Armenärzte betrifft, so haben nur die Ärzte einen Einblick. Ich kann Ihnen sagen, meine Herren, dass mir Berechnungen von solchen Collegen vorliegen, bei denen eine ärztliche Handlung — und das sind nicht nur die Hausvisiten, sondern alles zusammen — mit einen halben Kreuzer bezahlt werden. Sie werden das begreifen, wenn ich Ihnen sage, dass in einzelnen Bezirken die ausgewiesenen Amtshandlungen sich auf 18- bis 19.000 im Jahre belaufen — und das soll ein Mensch bewältigen. Es wird schon so lange das Referat erwartet, ich bitte, es endlich anzunehmen und die Wünsche, die über die Vermehrung der Armenärzte geäußert werden, zur Sprache zu bringen; es wird ja denselben, sobald es nothwendig ist, Willfahr geleistet werden. Ich bitte also um die Annahme.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Stern!

Gem.-Rath Dr. Stern: Die öffentliche Sanität ist gewiss eine solche Angelegenheit, welche das allgemeine Interesse findet und finden muss, eine Angelegenheit, bei der aber, wenn man von einem besonderen Interesse schon sprechen kann, besonders das Interesse der ärmeren Bevölkerung ins Spiel kommt. Bei einer solchen Angelegenheit, bei welcher eben die Humanität die allererste Rolle zu spielen hat, bei welcher der Standpunkt der Humanität der allererste ist, den man sich vor Augen halten muss, sollte man doch glauben, dass sie am allerwenigsten geeignet ist, uns irgendwelche confessionelle Gehässigkeiten ins Spiel zu bringen (Lebhafter Widerspruch links. — Sehr gut! rechts), eine confessionelle Hetzarbeit zu betreiben. (Beifall rechts. — Widerspruch links.)

Wenn von jener (linken) Seite gesagt wird, dass die Bevölkerung einen Unterschied mache zwischen christlichen und jüdischen Ärzten, so ist das nicht wahr, und das zeigt ganz einfach die tägliche Erfahrung. Wir haben sehr beschäftigte christliche Ärzte und sehr beschäftigte jüdische Ärzte, und ebenso existieren wieder wenig beschäftigte jüdische und christliche Ärzte. Kein Mensch, der krank ist — ich glaube nicht, mir ist wenigstens der Fall unter meinen jüdischen und christlichen Mitbürgern noch nicht vorgekommen — fragt nach der Confession des Arztes, der ihn behandelt (Widerspruch links), sondern er fragt in allererster Linie, versteht der Arzt etwas, ist er ein geschickter Mann, ein Mann, der Praxis, Erfahrung, Wissenschaft besitzt, der mich retten und heilen kann, das ist das allererste, wonach jedermann fragt, nota bene wenn er vernünftig ist.

Ich glaube daher, dass wir gar nichts anderes, besseres thun können, als mit der Debatte schließen und das Referat so annehmen, wie es vor uns liegt, ein Referat, auf welches die Bevölkerung schon seit vielen Jahren wartet und mit welchem wir uns allerdings schon theils im Gemeinderathe, theils außerhalb desselben in Privatbesprechungen so oft und so vielfach beschäftigt haben.

Ich würde daher bitten, dass das Referat angenommen werde. (Lebhafter Beifall rechts.)

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ja, meine Herren, ich habe denselben Wunsch wie mein geehrter Vorredner. Sie wissen, gerade in den Vororten ist der größte Theil der Bevölkerung arm. Das lässt sich nicht leugnen. Was für Rücksicht hat man denn bei dem großen Werke der Einbeziehung der Vororte denselben angedeihen lassen, wo doch zumeist arme Leute sind? Dort ist Dr. Rohgrün, dann Dr. Böhm, der hat die Beschauangelegenheiten über, da haben sie eigentlich für die Armen den Dr. Schweng, Dr. Müller und Dr. Felder und für Dornbach und Neuwaldegg den Dr. Diem. (Referent: In Zukunft kommt ja noch der Bezirksarzt dazu!) Wenn Sie diese drei letztgenannten Ärzte nehmen, so haben sie auch noch eine sehr große Praxis in den verschiedenen Vereinen. Da muss man sehen, wie die Leute förmlich beim Thor stehen, bis ihnen endlich ein paar Worte zugesprochen werden. Es ist auch betreffs der Arzneien ein Wort zu reden. Es ist nicht alleseins, aber es wird fast wie alleseins behandelt, ob einer die oder die Krankheit hat. Man kann ihm das infolge der vielen Kranken fast nicht übelnehmen. Ein Übelstand ist es aber, dass für den großen Bezirk Hernals mit 70.000 Einwohnern so wenig Armenärzte sind. Da können Sie nur den Dr. Schweng und den Dr. Müller rechnen. Beide wohnen im Centrum, auf der Hauptstraße. Am Mitterberg und Lobenhauer siedelt sich niemand an. Wenn man Armenärzte bestellt, warum sagt man ihnen nicht, da so große Bezirkstheile ohne Arzt sind, es soll einer am Mitterberg wohnen? Das wäre für seine Praxis auch sehr gut. Es wohnen dort auch bessersituierte Leute, die einen Arzt, der etwas versteht, rufen. Wir haben im Bezirkstheile Lobenhauern auch keinen Arzt.

Es wäre in Betreff der Organisation empfehlenswert, zu sagen, der betreffende Armenarzt müsse sich an einem bestimmten Punkte ansässig machen. (Referent: Das steht ja darin!) Das wäre nur recht und billig.

Ich erlaube mir diesbezüglich den Antrag zu stellen:

„Die Armenärzte im Bezirke Hernals um eine Stelle zu vermehren."

Das ist sehr bescheiden; man sollte eigentlich die Ärzte um zwei vermehren, aber ich glaube, wenn ein gerechter Antrag gestellt wird, wird er unbedingt angenommen werden.

Dieser neue Armenarzt müsste für den Bezirkstheil Mitterberg bestellt werden.

Was die Cholera betrifft, so haben wir schon Fälle gehabt, wo Leute zum Theile unglücklich gemacht worden sind. Derlei Fälle kommen leider vor. Es ist richtig, der Arzt soll nur die wahre Humanität kennen; wir wünschen, dass es künftig auch allgemein so gehalten wird und der Arzt nicht zuerst schaut, wo irgendeine bessere Stelle oder Dotierung ist.

Ich ersuche bezüglich meines Antrages um die Zustimmung.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Frauenberger hat das Wort.

Gem.-Rath Frauenberger: Die letzte Sitzung, die der alte Gemeinderath heute noch abhält, nimmt den üblichen Verlauf: viel Geschrei und wenig Arbeit. Merkwürdigerweise hat sich heute auf dieser (linken) Seite eine Reihe von Medicinern entpuppt, die in dieser Frage gesprochen haben. (Heiterkeit. — Rufe links: Sind Sie einer?) Ich muss sagen, dass ich sehr erstaunt bin; es haben einige Redner Ihrer Seite (links) ausdrücklich hervorgehoben, dass sie sich freuen, dass dieses Referat endlich erstattet werde und dass sie dafür stimmen, weil sie die Nothwendigkeit der Erstattung des Referates und der Regelung der Verhältnisse der Armenärzte und Gemeindeärzte anerkennen. Es stimmt daher sehr schlecht zusammen, wenn wieder andere Herren gerade das Gegentheil sagen. Sogar der unmittelbare Herr Vorredner, Herr College Grünbeck, hat für seinen Bezirk, wenn ich nicht irre, zwei Armenärzte neu beantragt. (Rufe links: Einen!) Ja, er hat hinzugefügt, er wolle nicht unbescheiden sein, und sagte: Einen. Leider hat er uns nicht gesagt, ob er einen christlichen oder einen jüdischen Arzt will. (Rufe links: Einen christlichen!) Also einen jüdischen wollen Sie, also gut! (Lebhafte Heiterkeit und Widerspruch links.) Sehen Sie, meine Herren, es ist ja nichts Neues, die Mitglieder unserer Partei wissen es ebensogut wie die Mitglieder Ihrer Partei ohne Ausnahme, dass die Bezahlung der Armenärzte eine geradezu miserable war. Das ist keine Bezahlung, wie sie bisher war, das ist eine ganz unwürdige Bezahlung für einen gebildeten Menschen, der 15 Jahre studiert hat und der in dieser Stellung sehr viel leisten muss. Und zu dieser elenden Stellung haben sich soviele Juden gemeldet (Rufe links: Man hat die Christen nicht genommen!), und jetzt schimpfen Sie darüber, dass sie bisher um diesen elenden Lohn das gethan haben. Ja, warum haben sich denn nicht die Christen gemeldet? Weil ihnen die Bezahlung zu wenig war. (Widerspruch links.) Da haben sich eben Juden gemeldet.

Übrigens werden Sie ja das recht bald in der Hand haben. Wir werden jetzt die Rolle tauschen. (Beifall links.) Da werden dann die Referate schnell der Reihe nach erledigt, und ich hätte gar nichts dagegen gehabt, wenn auch dieses sehr wichtige Referat unerledigt geblieben wäre. Sie werden es schon machen! (Rufe links: Dazu brauchen wir Ihren Rath nicht!)

Meine Herren! Ich hätte gar nichts dagegen gehabt, wenn wir die heutige Sitzung nicht mehr abgehalten hätten, denn geleistet haben wir so nichts mehr! Unsere Leistung ist gleich Null! (Rufe links: Jawohl!) Wie wir es bisher gemacht haben, so machen wir es am Schlusse. (Beifall links.) Ja, meine Herren, wir werden Ihnen schon auf die Finger sehen in 14 Tagen! (Gelächter links. — Gem.-Rath Gregorig: Da hängt aber nichts daran!)

Bürgermeister (unterbrechend): Herr Gem.-Rath Frauenberger! Ich bitte zur Sache zu sprechen!

Gem.-Rath Frauenberger (fortfahrend): Ich komme jetzt auf die zugereisten jüdischen Ärzte. (Lebhafte Heiterkeit.) Das ist hier gesagt worden.

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte sehr, Herr Gemeinderath, sich an den Gegenstand zu halten! Ich habe auch die früheren Redner unterbrochen, weil das nicht zur Sache gehört.

Gem.-Rath Frauenberger (fortfahrend): Ich lasse also die zugereisten jüdischen Ärzte aus. (Heiterkeit.) Aber, Herr Bürgermeister! Sehen Sie es denn nicht? Die Herren drüben jubilieren ja heute, sie sind im Siegestaumel! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Bürgermeister (unterbrechend): Wenn Sie nicht zur Sache sprechen, werde ich Ihnen das Wort entziehen!

Gem.-Rath Frauenberger (fortfahrend): Also, ich mache nur noch eine Schlussbemerkung! Ich glaube, eine Schlussbemerkung wird mir noch gestattet sein. (Bürgermeister: Wenn sie zur Sache gehört!) Ich habe ja im alten Gemeinderathe soviel gesprochen. Sehen Sie, meine Herren, ich möchte an Sie jetzt die Frage richten, was die Juden eigentlich anfangen sollen? (Lebhafte Heiterkeit.)

Bürgermeister (unterbrechend): Herr Gem.-Rath Frauenberger, wenn Sie nicht zur Sache sprechen, entziehe ich Ihnen das Wort! Ich bitte, sich an den Gegenstand zu halten.

Gem.-Rath Frauenberger (fortfahrend): Ich bin vollständig bei der Sache, ich antworte auf das, was hier gesprochen worden ist.

Bürgermeister: Das habe ich gerügt, das ist nicht Gegenstand der Verhandlung.

Gem.-Rath Frauenberger: Es ist mir aber zu wenig! (Stürmische Heiterkeit.)

Bürgermeister: Da Sie trotz meiner wiederholten Ermahnung nicht zur Sache sprechen, entziehe ich Ihnen das Wort. (Rufe links: Reden lassen! — Heiterkeit.)

Gem.- Rath Frauenberger: Also, ich empfehle die Annahme das Referenten-Antrages.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Meine sehr geehrten Herren! Ein Redner von der Seite drüben (rechts) hat behauptet, dass wir hier confessionelle Hetze betreiben, die Confession beschimpfen. Ich habe von jüdischen Ärzten gesprochen und es gibt keine jüdische Confession, es gibt nur eine mosaische Confession. (Widerspruch und Unruhe.)

Bürgermeister: Ich bitte ...

Gem.-Rath Gregorig (unterbrechend): Das ist eben der Witz der Juden. Aber ich lasse mir durch keinen Witz beweisen, dass wir die Confession beschimpfen.

Bürgermeister: Ich bitte, ziehen Sie nicht immer die Religion hinein. Das gehört nicht hieher.

Gem.-Rath Gregorig: Dort hat es auch nicht hieher gehört. Wir beschimpfen die Religion nicht ...

Bürgermeister: Ich bitte, keine Vorlesung über Confession und Religion zu halten, sondern zur Sache zu sprechen. (Rufe links: Der drüben hat aber auch darüber gesprochen!) Ich habe ihn auch deshalb unterbrochen.

Gem.-Rath Gregorig: Das haben Sie ihm aber zugegeben, diese falsche und unwahre Behauptung! (Ruf links: Dr. Stern ist auch nicht unterbrochen worden!) Ich stelle richtig, dass mich die mosaische Confession nichts kümmert. Ich mache mir nichts

daraus, wenn mich jemand einen Deutschen nennt und er soll sich nichts daraus machen, wenn ich ihn einen Juden nenne.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Tagleicht zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Tagleicht: Ich beantrage Schluss der Debatte.

Bürgermeister: Die Herren, welche mit Schluss der Debatte einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Das ist die Majorität. — Das Wort hat noch Herr Gem.-Rath Gräf.

Gem.-Rath Gräf: Meine geehrten Herren! Ich hätte mich nicht mehr zum Worte gemeldet, wenn nicht Herr Gem.-Rath Frauenberger meinen Freund und Collegen Grünbeck und vielleicht indirect auch mich gefrozzelt hätte, dass ich decidiert erklären soll, welcher Confession die Ärzte angehören sollen, die angestellt werden.

Bürgermeister: Das haben wir schon gehört!

Gem.-Rath Gräf: Es muss mir aber gestattet sein, zu antworten. Es ist herübergeschossen worden und da muss ich zurückschießen.

Bürgermeister: Aber das ist erledigt!

Gem.-Rath Gräf: Ich bitte, das ist nicht erledigt. Andererseits muss ich den Vorwurf zurückweisen, der den christlichen Ärzten seitens des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger gemacht wurde, dass sie einfach nicht competieren. Das ist nicht richtig, aber es wird gewöhnlich, besonders in den Vororten, dem Arzte jüdischer Confession der Vorzug gegeben. (Rufe links: So ist es!)

Bürgermeister: Diese Bemerkung weise ich zurück!

Gem.-Rath Gräf: Herr Bürgermeister, das muss ich sagen. Ich hätte es nicht gesagt, wenn nicht Herr Gem.-Rath Frauenberger die Sache aufgenommen hätte. Um aber dem Wunsche des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger Rechnung zu tragen, erlaube ich mir meinen Antrag dahin zu ergänzen, damit ich weiß, dass auch für den XVI. Bezirk eventuell ein christlicher Arzt competieren kann, dass für den XVI. Bezirk ein sechster städtischer Arzt christlicher Confession bestellt werden soll. (Bravo! links. — Gem.-Rath Dr. Vogler: Das ist nicht gesetzlich! — Gem.-Rath Gregorig: Arier soll er sein!)

Bürgermeister: Der Herr Referent zum Schlussworte.

Referent: Ich möchte Sie bitten, im Interesse der Sache mir nur einige Minuten Gehör zu schenken.

Es ist ein Irrthum bei einigen Herren, welche Anträge gestellt und gesagt haben, in dem Bezirke brauchen wir mehr Ärzte. Ich bitte, folgenden Umstand zu berücksichtigen. Es wird übersehen, dass in Zukunft am Sitze jedes Bezirksamtes mindestens ein Bezirksarzt sein muss, der die Functionen des Physicus hat. Die übrigen Ärzte widmen sich lediglich der Armenbehandlung. Nun bitte ich zu beachten, was die Vorlage enthält. Sie enthält Folgendes: Bezirksärzte werden mehr als einer sein in jenen Bezirken, welche eine größere Ausdehnung haben, oder wo erfahrungsgemäß eine größere Action der Bezirksärzte nothwendig ist. Sie finden da auf Seite 39: In Zukunft sollen im Bezirksamte I/VIII — Sie wissen, dass dort ein einziges Bezirksamt ist — zwei Amtsärzte sein, im II. Bezirke mit seiner ungeheuren Ausdehnung drei Amtsärzte, im III. Bezirke aus dem gleichen Grunde zwei, im V. Bezirke ebenfalls zwei, im IX. und X. Bezirke je zwei Bezirksärzte, in allen übrigen Bezirken je ein Bezirksarzt.

Nun rechnen Sie; für den XVI. Bezirk sind beantragt fünf städtische Ärzte, er wird also in Zukunft sechs Ärzte haben, und das ist auch nach den Ausführungen der Herren Antragsteller genug.

Nun bitte ich Sie, aber noch Folgendes zu berücksichtigen, und zwar bitte ich Sie, auf Seite 56 nachzusehen. Sie finden dort die Vorschrift für die städtischen Ärzte, und zwar den § 38. Die Sache ist in folgender Weise gedacht. Jeder Bezirk wird in Rayons eingetheilt, und es wird bestimmt, wo der städtische Arzt zu wohnen hat. Der für den Rayon bestellte Arzt muss im Rayon wohnen; es ist also nicht möglich, dass, wie heute, zwei städtische Ärzte nebeneinander wohnen und der Arme von der Grenze des Bezirkes eine Stunde zu gehen hat. Der Bezirk Ottakring ist in fünf Rayons eingetheilt, und womöglich in der Mitte der einzelnen Rayons muss der Arzt wohnen. Es ist also, wie ich glaube, auf diese Art der Antrag Brauneiß erledigt. Herr Gem.-Rath Brauneiß wünscht vier Ärzte für den XIV. Bezirk. Das ist aber nicht nöthig, der Antrag wäre in anderer Weise zu fassen, und zwar glaube ich, werden auch Sie dem Antrage zustimmen. Einer dieser Ärzte muss sein Domicil jenseits der Westbahn haben, d. h. jenseits der Westbahn ist der eine Rayon und diesseits der Westbahn der zweite Rayon. Und auf diese Weise wird für den Rayon jenseits der Westbahn ein Armenarzt vorhanden sein, weil er dort domicilieren muss. Das ist in der Dienstvorschrift enthalten. Nach dieser Vorschrift wurde die Rayonseintheilung gemacht, und auf Grund dieser Eintheilung ist der Magistrat zu seinen Anträgen gekommen.

Ich glaube, dass mithin auch der Antrag Gräf erledigt ist. Denn es ist jetzt ein sechster Arzt. Wenn auch in der Richtung, wie der Antragsteller meint, nicht entsprochen sein sollte, möchte ich Sie bitten, dass Sie diese Anträge zuweisen, damit die Rayonseintheilung, die heute besteht — wenn es nöthig ist, dass mehr Ärzte bestellt werden — adaptiert wird. Sie haben es hier mit einem fertigen Werke zu thun, alles ist vollständig eingetheilt, es sind die Distanzen so ziemlich abgemessen. Ich glaube also, dass die Anträge Götz, Gräf und Grünbeck zuzuweisen wären. Ich habe ausdrücklich gesagt, wenn sich das Bedürfnis herausstellen wird, wird der Gemeinderath eine Vermehrung eintreten lassen. Vorher muss man die Darstellung des Magistrates über die Einfügung der neuen Rayons berücksichtigen, dann wird man nicht in den Fehler verfallen, wie es jetzt bei der Gemeinde geschehen ist, dass zwei bis drei Ärzte nebeneinander wohnen, und der Arme, der an der Grenze des Bezirkes wohnt, eine Stunde weit gehen muss, um zu dem Arzte zu kommen. Das wird in Zukunft nicht sein. Deshalb ist die Vorschrift des § 38 gemacht worden. Ich glaube, dass dann, wenn Erfahrungen vorliegen, auch der Gemeinderath zur Systemisierung eventuell noch nothwendiger Stellen seine Zustimmung geben wird. Ich will noch ein Wort bezüglich der Bestellungen sagen. Diese Stellen wurden jederzeit ausgeschrieben, ohne dass der betreffende Referent in die Lage käme, persönlich — ich möchte sagen — Gnaden austheilen zu können, denn er kennt die Leute nicht. Nach Maßgabe der Länge der Dienstzeit im Spitale, der Höhe der wissenschaftlichen Befähigung, die aus wissenschaftlichen Arbeiten oder aus Zeugnissen hervorgeht, ist der betreffende gewählt worden. Vor allem muss man an ihn die Anforderung stellen, dass er ein Arzt ist und curieren kann. Das ist das erste, alle übrigen Requisiten stehen zurück; denn es nützt die schönste Nationalität nichts, wenn er kein Arzt ist, und ohne Arzt zu sein, kann er gewiss auch kein Armenarzt sein. Ich bitte Sie also, die Anträge anzunehmen und die Anträge Götz, Grünbeck und Gräf, desgleichen den Antrag Brauneiß zuzuweisen; es würde dies gleichzeitig eine Weisung an den Magistrat involvieren,

dass die Rayons — was ohnedies ist, nur ist es nicht amtlich — in dieser Weise zu constituieren sind.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung.

Gem.-Rath Strobach: Da nach der vorhergehenden Erklärung gegen die in der heutigen Sitzung erfolgte Abstimmung Protest erhoben werden wird, würde ich im Interesse dessen, dass das Referat endlich einmal erledigt wird, und im Interesse der Ärzte beantragen, dass die Abstimmung auf das nächstemal verschoben wird. (Widerspruch rechts.)

Bürgermeister: Ich habe die Begründung dieses Antrages überhört. Es ist übrigens ganz gleichgiltig. Das ist ein neuerlicher Vertagungs-Antrag.

Gem.-Rath Strobach: Nachdem Protest erhoben werden soll, so kann uns . . .

Bürgermeister: Ich bitte, Herr Gemeinderath. Die Sache ist sehr einfach. Ich werde die Abstimmung vornehmen und wenn von irgendeiner Seite Protest erhoben werden wird, so wird derselbe vorgelegt und über denselben entschieden werden. (Rufe links: Dauert zu lang!) Das ist alleseins. Der Protest wird in kürzester Zeit entschieden sein und bis dahin entfällt die Ausführung des Antrages.

Gem.-Rath Strobach: Ich wollte vermeiden, dass die Entscheidung zulange hinausgeschoben wird und dadurch die Ärzte wieder lange warten müssen. Wir wollen die Sache rasch erledigt haben. Wenn Sie es ehrlich und aufrichtig meinen und die Sache rasch erledigen wollen, müssen Sie meinem Antrage zustimmen.

Bürgermeister: Das ist ein Vertagungs-Antrag und ich überlasse die Entscheidung über diese Vertagung der Versammlung.

Diejenigen Herren, welche mit dieser Vertagung einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. Es ist die Minorität; abgelehnt.

Wir schreiten nun zur Abstimmung. Wünschen die Herren, dass ich die Anträge einzeln zur Abstimmung bringe? (Rufe: Nein, nein! En bloc!)

Ich ersuche jene Herren, welche mit sämmtlichen Anträgen 1 bis 4 einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität; angenommen.

Gem.-Rath Götz hat den Antrag gestellt (liest): „Der Magistrat habe mit Einholung eines Gutachtens des Bezirks-Ausschusses und provisorischen Bezirksarztes des XIII. Bezirkes wegen Vermehrung der städtischen Ärzte um zwei Stellen in diesem Bezirke binnen vier Wochen Bericht und Antrag zu stellen."

Die Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Zuweisung ist angenommen.

Antrag Gem.-Rath Gräf (liest): „Beantrage, für den XVI. Bezirk einen sechsten Armenarzt aufzustellen."

Die Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Antrag Gem.-Rath Sebastian Grünbeck (liest): „Beantrage die Zahl der Armenärzte im Bezirke Hernals um eine Stelle zu vermehren. Dieser neue Armenarzt müsste für den Bezirkstheil Mitterberg bestellt werden."

Die Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Den Zusatz-Antrag, dass nur ein christlicher Arzt bestellt werden kann, kann ich nicht zur Abstimmung bringen, weil er den Staatsgrundgesetzen widerspricht, nach welchen die öffentlichen Ämter allen Staatsbürgern ohne Rücksicht auf ihre Confession in gleicher Weise zugänglich sind. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts; Unruhe links.)

Gem.-Rath Brauneiß beantragt (liest): „Einer der drei im XIV. Bezirke angestellten Armenärzte muss sein Domicil jenseits der Westbahn auf der Schmelz nehmen."

Das ist eine Weisung an die Executive, welche ich derselben zur möglichsten Berücksichtigung übergebe. Damit ist der Gegenstand erledigt.

Beschluss: 1. Die Gemeinde Wien spricht sich gegen die beabsichtigte Regelung des Gemeinde-Sanitätsdienstes in Wien im Wege der Landesgesetzgebung aus.

2. Der Gemeinde-Sanitätsdienst wird auf Grundlage des Reichs-Sanitätsgesetzes vom 30. April 1870, Nr. 68 R.-G.-Bl., und des Gemeindestatutes vom 19. December 1890, Nr. 45 L.-G.-Bl., in folgender Weise geregelt:

a) die „Vorschrift für die Besorgung des Gemeinde-Sanitätsdienstes der Stadt Wien durch die hiezu bestellten Ärzte" und der Entwurf der „Bestimmungen über die Aufnahme und Bezüge der städtischen Sanitätsaufseher" werden genehmigt.*) (Der Antrag des Magistratsgremiums auf Beeidigung der Sanitätsaufseher wird abgelehnt);

b) es werden 26 Stellen städtischer Bezirksärzte systemisiert, und zwar:

6 in der VIII. Ranglasse,
6 „ „ IX. „
14 „ „ X. a „

c) es werden 57 Stellen von städtischen Ärzten für Armenbehandlung und Todtenbeschau systemisiert, und zwar:

in der X. b Rangclasse, und

d) für das Stadtphysikat werden 3 Physikats-Assistenten mit den Bezügen der X. b Rangclasse systemisiert.

3. Die definitiv angestellten Ärzte der Bezirke I bis X, welche in Zukunft als städtische Bezirksärzte fungieren werden, erhalten ihre neuen Bezüge nach Maßgabe ihrer Einreihung in die Rangclassen vom ersten des auf den Gemeinderaths-Beschluss folgenden Monates an.

Die übrigen Bezirksärzte, sowie die städtischen Ärzte erhalten die systemisierten Bezüge vom Tage ihrer Ernennung respective Einreihung (unter Wahrung allfälliger Ansprüche auf höhere Bezüge als die systemisierten).

4. Die hinsichtlich der Regelung des Gemeinde-Sanitätsdienstes gefassten Beschlüsse sind sowohl der k. k. n.-ö. Statthalterei mit Beziehung auf den Erlass

*) Die „Vorschrift für die Besorgung des Gemeinde-Sanitätsdienstes der Stadt Wien durch die hiezu bestellten Ärzte", sowie die „Bestimmungen über die Aufnahme und Bezüge der städtischen Sanitätsaufseher" werden im Beiblatte unter „Verordnungen &c." zum Abdrucke gelangen.

vom 30. Mai 1891, Z. 30897, sowie dem n.-ö. Landesausschusse mit Beziehung auf seine Note vom 1. Februar 1891, Z. 2742, unter Anschluss der genehmigten Dienstesinstructionen mit dem Bemerken bekanntzugeben, dass sich die Gemeinde Wien gegen die beabsichtigte Regelung des Gemeinde-Sanitätsdienstes im Wege der Landesgesetzgebung ausspricht.

Bürgermeister: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 8 Uhr 30 Minuten abends.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Mittwoch, den 15. Mai 1895.
Donnerstag, den 16. Mai 1895.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **30. April 1895.**

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Experte: Magistrats-Vicedirector Tachau.
Schriftführer: Magistrats-Secretär Roßner.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

Nachweisung über die Belastung des Reservefondes mit 27. April 1895:

Reservefond		400.000 fl. — kr.
Effective Belastung . . .	56.301 fl. 26 kr.	
Belastung durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen	44.532 fl. 68 kr.	
zusammen .		100.833 fl. 94 kr.
daher noch verfügbar .		299.166 fl. 06 kr.
und nach Abzug der für unvorhergesehene Auslagen bei den Bezirken 1 bis XIX à 500 fl. zu reservierenden		9.500 fl. — kr.
noch		289.666 fl. 06 kr.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefondes Anträge im Gesammtbetrage von 291.060 fl. 95½ kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

(3542.) **St.-R. Mayer** referiert über den Verkauf des auf dem zu der Erweiterung des Hütteldorfer Friedhofes einbezogenen Theile des Trattnerwaldes in Hütteldorf erzeugten Brennholzes und beantragt:

1. Das auf dem zu der Erweiterung des Hütteldorfer Friedhofes einbezogenen Theile des Trattnerwaldes in Hütteldorf erzeugte Brennholz von 60 m³ ist von dem k. k. Forstmeister Karl Hettner unter Zugrundelegung der im Summarverzeichnisse zugleich Verwendungs-Antrage angeführten Einheitspreise für Rechnung der Gemeinde Wien aus freier Hand zu verkaufen und der Erlös nach Abzug der Hacker- und Stückerlohnskosten an die städtische Hauptcassa abzuführen;

2. das übliche Anweise-(Vorzeige-)Geld per 3 kr. per Cubikmeter ist von den Käufern des Holzes gleichzeitig mit dem Kaufschilling einzuheben und dem mit der Anweisung des Holzes betrauten Forstorgane direct auszubezahlen. (Angenommen.)

(3572.) **St.-R. Matthies** referiert über den neuerlichen Magistratsbericht, betreffend die Herstellung eines geräuschvermindernden Pflasters in der Regierungsgasse im I. Bezirke, und beantragt, das vorgelegte Project für die Herstellung eines Asphaltpflasters mit dem Erfordernisse per 6474 fl. 48 kr. zu genehmigen.

St.-R. Wurm beantragt die Aufrechthaltung des Stadtraths-Beschlusses vom 19. März auf Herstellung eines Metallicpflasters.

Antrag des St.-R. Wurm angenommen.

(3193.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über das Ansuchen der Karoline und Anna Imhof, Volksschullehrerswaisen, um Verleihung einer Gnadengabe und beantragt:

1. Es sei den Genannten ab 1. Mai 1895 eine jährliche Gnadengabe von je 120 fl. auf die Dauer von drei Jahren, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung aus den eigenen Geldern zu verleihen;

2. es sei der Bezirksschulrath zu ersuchen, dem Gesuche der Anna Imhof um eine provisorische Industrielehrerinnenstelle die thunlichste Berücksichtigung angedeihen zu lassen.

(Angenommen; bezüglich Punkt 1 an den Gemeinderath.)

(3411.) St.-R. Dr. Klotzberg referiert über 13 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem IX. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Knopp, geb. Schauer Marie, Teppichstopperin;
Löbl Julius, Kleidermacher;
Gallner Anton, Hausdiener im k. k. allg. Krankenhause;
Jany, geb. Gail Clara, Private;
Reischel Alois, Hafnergehilfe;
Swierkot Johann Adam, Ofensetzer;
Decker Josef, Holz- und Kohlenhändler;
Kuhn Rudolf, Fiakerkutscher;
Spiegl Anna, Haushälterin;
Bellak Josef, Sollicitator;
Böhm Heinrich, Diener der Unionbank;
Zahradnik Wladimir, Diener;
Ulrich Franz Ignaz, Geschäftsdiener. (Angenommen.)

(6586.) **St.-R. Dr. Huber** referiert in Betreff der Einführung gewisser Erleichterungen des Geschäftsganges bei der Bewilligung und Ausführung von Kabelleitungen in den städtischen Straßen seitens der Wiener Elektricitäts-Gesellschaften und stellt folgende Anträge:

1. Der Leiter des Magistrats-Departements, in welchem die Verhandlungen über die Eingaben der Elektricitäts-Gesellschaften um die Bewilligung zu Kabellegungen in den städtischen Straßen gepflogen

werden, wird ermächtigt, in besonders dringenden Fällen und wenn gegen das betreffende Project bei der hierüber gepflogenen commissionellen Erhebung keine Anstände erhoben worden sind, vorbehaltlich der Genehmigung des Wiener Stadtrathes die Bewilligung zur Ausführung der projectierten Kabellegung zu ertheilen.

Gleichzeitig mit dieser Bewilligung ist sowohl dem Stadtbauamte behufs Überwachung der Legungsarbeiten, als auch der betreffenden Gesellschaft zur Darnachachtung eine Abschrift des bezüglichen Localaugenscheins-Protokolles zuzumitteln.

2. Die Internationale und die Wiener Elektricitäts-Gesellschaft hat, so wie dies die Allg. österr. Elektricitäts-Gesellschaft nach § 8 des Vertrages vom 21. April 1893 bereits zu thun verpflichtet ist, gleichzeitig mit der im Sinne des § 8 des Vertrages (mit der Internationalen Elektricitäts-Gesellschaft) vom 6. und 7. September 1889, beziehungsweise (mit der Wiener Elektricitäts-Gesellschaft) vom 23. Juli 1889 zu erstattenden Anzeige über den Beginn der Kabellegungsarbeiten ein detailliertes Arbeitsprogramm in zwei Exemplaren vorzulegen.

3. Die nach § 8 der vorcitierten drei Verträge zu erstattenden Anzeigen über den Beginn der Kabellegungsarbeiten haben unter Benützung einer nach einem vorgeschriebenen Muster anzufertigenden Drucksorte zu erfolgen.

4. Die im Sinne des § 7 der obigen Verträge zur Anzeige zu bringenden Haus- und Secundäranschlüsse sind dem Stadtbauamte unter Benützung einer Drucksorte nach vorgeschriebenem Muster zur Kenntnis zu bringen und ist bei Secundäranschlüssen auch das Object, von welchem secundär abgezweigt wird, in der Anzeige ersichtlich zu machen.

Secundäranschlüsse von mehr als 40 m Länge sind jedoch als Kabellegungen anzusehen und bedürfen daher einer besonderen Bewilligung.

5. Der mit der Leitung der Kabellegungsarbeiten betraute Aufseher ist von seiner Gesellschaft über das Ergebnis der gepflogenen commissionellen Erhebungen, eventuell unter Einhändigung der Protokollsabschrift und der Pläne genau zu informieren. (Angenommen.)

(3458.) St.-R. Dr. Huber referiert in Betreff der der Firma Siemens & Halske zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 4. Jänner 1894, Z. 9279, auf Widerruf ertheilten Bewilligung zur Herstellung einer Lichtleitung zwischen den Häusern Nr. 138 und 163 Landstraßer Hauptstraße, beziehungsweise zur Legung der hiezu erforderlichen Kabel in dieser Strecke und beantragt, diese Bewilligung für erloschen zu erklären, nachdem von derselben bisher kein Gebrauch gemacht worden ist. (Angenommen.)

(725 ex 1893, 1408 ex 1894.) St.-R. Dr. Huber referiert über das Schreiben der Direction der Wiener Privat-Telegraphen-Gesellschaft vom 16. Februar 1894, Z. 11, mit welchem dieselbe die vom Gem.-Rathe Seiler gelegentlich der Budgetdebatte pro 1892 angeregte Ermäßigung der Telephongebüren für die Stadt Wien ablehnt, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(3408.) St.-R. Dr. Huber referiert über 19 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem V. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Poeffel Otto Karl Adalbert, k. k. Briefträger;
Küchler Johann, Uhrmachermeister;
Blaschke Johann Karl, Geschäftsreisender;
Fric Bartholomäus, Bauarbeiter und Hausbesorger;
Teufert Wilhelm, Brantweinschenker;
Thier Franz, Tischlergehilfe;
Maurek Wilhelm Christian, Futteralmachermeister;
Berger Salomon, Brantweinschenker;
Eltner Alois, Spenglergehilfe;
Lakey Ferdinand, Hauptgerüster und Hausbesorger;
Matzner Robert, Straßentaglöhner im V. Bezirke und Hausbesorger;
Schmied Heinrich, Maschinenwärter;
Soukup Wenzel, Tischlergehilfe;
Kotovski Franz, k. k. Sicherheitswachmann;
Hauer Ignaz, Genossenschaftscassier;
Kunz Marie Juliana, Klosterzögling;
Schopf Leopold, k. k. Sicherheitswachmann und Hausbesorger;
Miksiček Josef, Schuhmachergehilfe;
Král Matthias, Drechslergehilfe. (Angenommen.)

(1012.) St.-R. Dr. Huber referiert über die vom Magistrate vorgelegte Äußerung des Ortsschulrathes für den XIII. Bezirk in Betreff der Erwerbung eines Schulbauplatzes für Lainz—Speising und beantragt, die in Lainz bestehende Schule zu belassen, so lange dieses thunlich ist und in Speising eine neue Doppel-Volksschule für Knaben und Mädchen zu erbauen; das Stadtbauamt und der Ortsschulrath des XIII. Bezirkes mögen einen geeigneten Bauplatz ausfindig machen. (Angenommen.)

(1647.) **St.-R. Matthies** referiert über das Anerbieten der Katharina Allraun, ihre Realität Or.-Nr. 40 Weißgärberlände an die Gemeinde Wien um den Preis von 9500 fl. käuflich zu überlassen und beantragt die Ablehnung dieses Offertes wegen zu hohen Preises. (Angenommen.)

(3253, 3261 und 3326.) St.-R. Matthies referiert über Abschreibung ausständiger Forderungen der Gemeinde und beantragt die Abschreibung

a) von Effectensicherstellungskosten nach Therese Gold per 1 fl. 80 kr.,
b) eines Materiallager-Platzzinses nach Karl Krauß per 11 fl. 74 kr.,
c) von Augenscheins- und Kanzleitaxen und eines Platzzinsrückstandes in Summe per 7 fl. 85 kr.

aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(3309.) St.-R. Matthies referiert über den Statthalterei-Erlass vom 7. April 1895, Z. 12873, betreffend die Gestattung der Beleuchtung der Thurmuhr zu St. Johann, X. Bezirk, und beantragt, die Gemeinde Wien erkläre, dass durch die auf Kosten der Gemeinde vorzunehmende Beleuchtung eines transparent herzustellenden Zifferblattes an der Thurmuhr zu St. Johann, X. Bezirk, dem Patrone dieser Kirche, dem n.-ö. Religionsfonde, keine wie immer Namen habende Kosten erwachsen und verpflichte sich, für alle durch die Installierung respective deren Bestand entstehenden Schäden zu haften, sowie bei eventueller Auflassung dieser Beleuchtung auf gestelltes Verlangen sofort und ohne jeden Anspruch auf eine Vergütung den status quo ante herzustellen. (Angenommen.)

(3406.) St.-R. Matthies referiert über Bürgerrechtsgesuche aus dem III. Bezirke und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Hofmann Johann, Xylograph;
Oswald Ignaz, Schneidermeister;
Reinle Karl, Wagnermeister. (Angenommen.)

(3325.) St.-R. Matthies referiert über neun Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem III. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Opitz Franz, Fabriksarbeiter und Hausbesorger;
Popovics (Poppovich) Anna, Bedienerin;
Suznevic Karl, k. und k. Oberst;
Gumbinger Josef, Zeitungsexpeditor;
Fanta, geb. Kompanek Katharina, Handarbeiterin;
Mohl Johann, Zimmerputzer;
Kunz Thomas, absolvierter Gymnasiast, jedoch gegen die Taxe von 50 fl.;
Cserveni Franz, Hausdiener;
Krawutschke Franz, Correpetitor im k. k. Theresianum;

St.-R. Schlechter beantragt die Zuständigkeit an Thomas Kunz gegen eine Taxe von 200 fl. zu verleihen.

Antrag Schlechter angenommen; im übrigen Referenten-Antrag angenommen.

(3260.) St.-R. Matthies referiert über 29 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem III. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Brozek Marie, Bedienerin;
Faulhammer Alois, Schneidergehilfe;
Huber Franz, Portier im Hotel Habsburg;
Hauk Karl, Stationswächter der Aspangbahn;
Walzel Cölestin, Locomotivführer;
Schwarz Ignaz, Schneidermeister;
Rzounek Anton, Tischlermeister;
Pesina Rudolf, Schneidermeister und Trödler;
Ladislav Peter Wenzel, Rauchfangkehrergehilfe;
Schlusche Josef, Gastwirt;
Rosmann Josef, Kammerdiener;
Jansa Franz, Fabriksarbeiter;
Wapinsky Adalbert, Taglöhner;
Maresch Francisca, Wäscherin;
Dittrich August, Sattler im k. k. Arsenal;
Weisner Josef, Schiffmann;
Chum Johann, Brauergehilfe;
Buchroithner Franz, Gasarbeiter;
Kaufmann Johann, Pferdewärter;
Legit Alois, Riemer- und Sattlermeister;
Gürtler Johann Bapt., Heizaufseher in der Gasanstalt;
Matuschka Wenzel, Schlossergehilfe;
Bernhardt Franz, Victualienhändler;
Ulrich Johann, Schneidergehilfe;
Grüner Leopold, Schneidergehilfe;
Prohaska Richard, Dienstmann;
Schulz Franz, Ofenmonteur;
Hincica Marie, Köchin;
Brauneis Michael, Weichenwächter der Südbahn.

(Angenommen.)

(3380.) St.-R. Matthies referiert über die Schadloshaltung für den zur Straßenverbreiterung von der Realität Grundb.-Einl. 126 Simmering abzutretenden Grund, beziehungsweise für den in die Bauarea einzubeziehenden Grund und beantragt, die Bestimmung der Schadloshaltung für den zur Verbreiterung der Kopalgasse abzutretenden Grund, und zwar von der Gartenparcelle 79 im Ausmaße von 59·08 m² mit 6 fl. per Quadratmeter und von der Bauparcelle 63 im Ausmaße von 54·03 m² mit 9 fl. per Quadratmeter festzusetzen.

Der Übernahmspreis für den zur Arrondierung der Realität Einl.-Z. 126, Parc. 63, einbezogenen Straßengrund im Ausmaße von 7·18 m² ist mit 9 fl. per Quadratmeter festzusetzen.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt, den Risalitgrund in der Dorfgasse und den zur Arrondierung der Parcelle 63 einbezogenen Grund in der Dorfgasse mit 12 fl. per Quadratmeter festzusetzen, ferner den Risalitgrund in der Kopalgasse im Ausmaße von 0·71 m² mit einer doppeltgroßen Fläche des dort abzutretenden Grundes zu compensieren.

Antrag Ritt. v. Neumann angenommen.

(Bezüglich der Festsetzung des Preises für den Risalitgrund an den Gemeinderath.)

(3388.) St.-R. Matthies referiert über die von dem Bezirksamte für den XI. Bezirk zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 3. April 1895 neuerlich gepflogenen Erhebungen bezüglich des Bürgerrechtsgesuches des Wirtschaftsbesitzers und Gasthauspächters Franz Sellinger im XI. Bezirke und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an den Genannten. (Angenommen.)

(2308.) St.-R. Matthies referiert über die vom Magistrate zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 19. März 1895, Z. 1914, neuerlich gepflogenen Erhebungen bezüglich der beantragten Reconstructions- resp. Adaptierungsarbeiten im sogenannten Laboratorium in der Meichelstraße im XI. Bezirke und beantragt die Genehmigung der vom Magistrate in Antrag gebrachten Reconstructions- beziehungsweise Adaptierungsarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 3077 fl. 63 kr. (Angenommen.)

(2947.) **St.-R. v. Götz** referiert über die in Anregung gebrachte Umwandlung des Gemeindewaldes in Ober-St. Veit in eine Parkanlage und beantragt, von der Umwandlung dieses Waldes in eine parkähnliche Anlage Umgang zu nehmen und die Laubgewinnung in diesem Walde nach Ablauf des gegenwärtigen Bestandvertrages nicht mehr weiter zu verpachten. (Angenommen.)

(2670.) St.-R. v. Götz referiert über den Recurs der Leopoldine Bollinger, Pächterin des Hütteldorferbades, gegen die vom Magistrate ausgesprochene Verweigerung der Rückerstattung der von ihr für Arbeiten an dem Bade aufgewendeten Kosten und beantragt die Abweisung dieses Recurses. (Angenommen.)

(3315.) St.-R. v. Götz referiert über das vom Stadtbauamte ausgearbeitete und vom Magistrate vorgelegte Project für die bessere Beleuchtung des unteren Theiles von Rudolfsheim und Sechshaus und beantragt dessen Ausführung und Genehmigung der hieraus erwachsenden, budgetmäßig bedeckten jährlichen Mehrkosten per 1478 fl. 9 kr. (Angenommen.)

(3221.) St.-R. v. Götz referiert über das Anerbieten der Susanne Seeböck ab Abverkauf eines Theiles der Cat.-Parc. 369 und 1638, Ober-St. Veit, an die Gemeinde Wien und beantragt:

Die Gemeinde Wien erwirbt den der Susanne Seeböck gehörigen Antheil des im beiliegenden bauämtlichen Situationsplane mit den Buchstaben b, e, f, g, h, a, b, bezeichneten Theiles der Cat.-Parc. 369 und 1638, Einl.-Z. 198 Ober-St. Veit, XIII. Bezirk, im Gesammtausmaße von circa 35·46 m² um den Pauschalbetrag von 50 fl. (fünfzig Gulden) und unter folgenden Bedingungen:

a) die Vertragskosten und Übertragungsgebüren trägt die Gemeinde und vergütet dieselbe der Verkäuferin die von ihr angesprochenen Vertretungs- und Processkosten im Betrage von 41 fl. 81 kr.;
b) Susanne Seeböck erklärt sich durch die Bezahlung des obgenannten Pauschalbetrages und der sub b angeführten Kosten für vollkommen befriedigt und keinerlei weiteren wie immer gearteten Entschädigungsansprüche an die Gemeinde zu stellen;
c) die in Frage stehenden Parcellentheile sind lastenfrei in das Eigenthum der Gemeinde zu übertragen. (Angenommen.)

(9804.) **St.-R. Dr. Lueger** referiert über die Anträge in Betreff des Umbaues des Bürgerspitalfondshauses I., Stephansplatz 2, und beantragt:

1. Bei der Planverfassung für den Umbau des Wiener Bürgerspitalfondshauses Nr. 2 Stephansplatz ist darauf zu sehen, dass an Stelle des in die neue Bauarea einbezogenen Sackgäßchens ein entsprechend großer Hof hergestellt werde;

2. gegen diesen Hof zu dürfen in dem neu zu erbauenden Hause keine Abortanlagen hergestellt werden;

3. der das Sackgäßchen durchlaufende Canal des Hauses Nr. 3 Stephansplatz ist im Falle des Erfordernisses auf Kosten des Wiener Bürgerspitalfondes in der Weise umzulegen, dass hieraus keine Belästigung durch Ausströmen von Fäcalgasen herbeigeführt werde;

4. den Eigenthümern des Hauses Nr. 3 Stephansplatz (fürsterzbischöfliches Alumnatsgebäude) wird anlässlich der Auflassung des Sackgäßchens eine Entschädigung von 5000 fl. aus dem Wiener Bürgerspitalsfonde bewilligt;

5. der Eigenthümerin des Hauses Nr. 3 Singerstraße und dessen Bewohnern wird auf immerwährende Zeiten das Recht eingeräumt, den Lichthof und Durchgang, sowie das Hausthor des Bürgerspitalfondshauses Stephansplatz Nr. 2 zu jeder Tages- und Nachtzeit als Durch- und Ausgang für das Haus Nr. 3 Singerstraße zu benützen und wird weiters bewilligt, dass dieses Recht auf dem Bürgerspitalfondshause Nr. 2 Stephansplatz grundbücherlich sichergestellt werde;

6. von dem gegenwärtigen Sackgäßchen beziehungsweise künftigen Lichthof des Hauses Stephansplatz Nr. 2 wird ein Grundtheil, welcher vor der Ausgangsthür des Hauses Nr. 3 Singerstraße liegt, nach der im Situationsplane mit schwarzen Punkten eingezeichneten Linie im ungefähren Ausmaße von 8·3 m² zu dem der Frau Baronin v. Liptay gehörigen Hause Nr. 3 Singerstraße gegen Revers der Nichtverbauung, Abschließung und steten Reinhaltung auf Rechnung des Wiener Bürgerspitalfondes abgetreten und grundbücherlich zugeschrieben;

7. von Seite der Gemeinde Wien noe. des Wiener Bürgerspitalfondes wird das Fensterrecht des Hauses Nr. 3, sowie das Recht der Lichteinfallsöffnung vor der Ausgangsthür dieses Hauses gegen das Sackgäßchen beziehungsweise künftigen Lichthof des Hauses Nr. 2 Stephansplatz ohne Revers und letzteres auch ohne Platzzins für immerwährende Zeiten anerkannt und grundbücherlich sichergestellt;

8. für die Umwandlung des gegenwärtigen Durchgangsrechtes in der sub Post 5 bezeichneten Weise wird der Frau Baronin Amalie v. Liptay als Eigenthümerin des Hauses Nr. 3 Singerstraße eine Entschädigung von 5000 fl. aus dem Wiener Bürgerspitalsfonde bewilligt;

9. die Gemeinde Wien bewilligt den der Frau Baronin v. Liptay vorgeschriebenen Platzzins für die Lichteinfallsöffnungen, Kellereinwurf und eine Stufe vor dem Hause Nr. 3 Singerstraße und für die Lichteinfallsöffnung vor der Ausgangsthüre dieses Hauses gegen das Sackgäßchen im Gesammtbetrage von 50 fl. gegen Erlag eines entsprechenden Ablösungsbetrages von Seite des Wiener Bürgerspitalfondes in Abschreibung zu bringen. Nach Genehmigung dieser Vereinbarung sind dieselben vertragsmäßig sicherzustellen und ist das Stadtbauamt anzuweisen, wegen Feststellung des Betrages für die Grundabtretung, sowie des Ablösungscapitales Anträge zu erstatten.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3316.) **St.-R. v. Götz** referiert über das vom Magistrate vorgelegte Project für die öffentliche Beleuchtung in den die neue Infanteriekaserne umgebenden Straßenzügen auf den Donauregulierungsgründen im II. Bezirke und beantragt die Genehmigung dieses Beleuchtungsprojectes und der durch Ausführung desselben erwachsenden jährlichen Mehrkosten per 950 fl. 67 kr. (Angenommen.)

(3410.) St.-R. v. Götz referiert über 11 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XIII. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Seeböck Katharina, Hausnäherin;

Trnawsky Katharina, Grünwarenhändlerin;

Mikolasch Adolf, Tischlergehilfe;

Hladik Karl, Ziergärtner;

Ržekicha Wenzel, Gartenarbeiter im k. k. Lustschlosse zu Schönbrunn;

Thiel Julius, Fiaker-Eigenthümer;

Santner Sebastian, Schlossermeister;

Ružičzka Heinrich, Hausbesitzer und Beamter der Wiener Tramway-Gesellschaft;

Kukla Josef, Sattlergehilfe und Maschinenschmierer;

Anderl Franz, Gärtnerei- und Hausbesitzer;

Völkl Johann, Bediensteter der Genossenschaft der Ziergärtner.

(Angenommen.)

(3573.) **St.-R. Dr. Nechansky** referiert über die Bedingungen seitens der Eigenthümer von Nr. 9 Czerningasse und Nr. 52 Praterstraße zur immerwährenden Gestattung des Durchganges zwischen diesen beiden Realitäten und beantragt, die Besitzstörungsklage einzubringen.

(Angenommen.)

(3284.) St.-R. Dr. Nechansky referiert über mehrere vom magistratischen Bezirksamte für den I. und VIII. Bezirk vorgelegte Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Ertheilung der Aufnahmszusicherung an:

Köller Marie, Bedienerin;

Janosik Johann, Schuhmachergehilfe;

Toman Franz Johann, Zimmerwärter;

Watzlowek Gottlieb, Schuhmachermeister, und

Sonnabend Karl Josef Emerich, k. u. k. Rittmeister des Ruhestandes; letzterem aus Billigkeitsgründen gegen eine Taxe von 200 fl. (Angenommen.)

(3446.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadtraths-Mitgliedern über die Besetzung von neun Amtsdienerstellen I. Bezugsclasse (Rathsdienerstellen) und beantragt, zu ernennen zu Rathsdienern die Amtsdiener II. Bezugsclasse: Franz Wollek, Johann Schwarz, Josef Völkl, Matthias Männhalter, Andreas Pelz, Josef Müllner, Ferd. Andraschke, Johann Hofer, Wenzel Kukaschka. (Angenommen.)

Referent referiert weiters über die Besetzung von sieben Amtsdienerstellen II. Bezugsclasse und beantragt mit Rücksicht darauf, dass mehrere im Range den zur Beförderung vorgeschlagenen Competenten vorangehende Amtsdiener III. Bezugsclasse, welche vermöge ihrer Qualification zur Beförderung geeignet erscheinen, sich nicht in Competenz gesetzt haben, vorerst die Frage zu entscheiden, ob dieselben wegen Unterlassung der Competenz zu übergehen seien.

St.-R. Ritt. v. Neumann stellt den Antrag, es sei vor Besetzung der offenen Stellen ein neuer Concurs mit achttägigem Termine auszuschreiben.

St.-R. Dr. Lueger stellt hiezu den Zusatz-Antrag, dass in diese Concursausschreibung die ausdrückliche Bestimmung aufgenommen werden solle, dass bezüglich der Beförderung nur jene Diener in

Betracht gezogen werden, welche termingemäß ein Competenzgesuch überreicht haben.

Der Antrag Ritt. v. Neumann wird mit dem Zusatz-Antrage Dr. Lueger angenommen.

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt den Vorsitz.)

(3412.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert in Anwesenheit von mehr als 16 Stadtraths-Mitgliedern über Besetzungen im Conceptstatus und beantragt, zu ernennen:

zum Magistrats-Concipisten X. Rangclasse 1. Kategorie den Magistrats-Concipisten X. Rangclasse 2. Kategorie Dr. Anton Loderer,

und zum Magistrats-Concipisten X. Rangclasse 2. Kategorie den Concepts-Praktikanten Dr. Wenzel Josef Korschann.

(Angenommen.)

(3451.) Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert in Anwesenheit von mehr als 16 Stadtraths-Mitgliedern über Besetzungen im Status des Steueramtes und beantragt, zu ernennen:

zum Official X. Rangclasse 1. Kategorie den Official X. Rangclasse 2. Kategorie Rudolf Watzl;

zum Official X. Rangclasse 2. Kategorie den Accessisten Max Dättel;

zum Accessisten XI. Rangclasse den Kanzlei-Praktikanten Eugen Meißl. (Angenommen.)

(Anmerkung. Bei vorstehenden drei Referaten hat Magistrats-Vicedirector Tachau als Experte fungiert.)

(1419.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über das Ansuchen des definitiven Sanitätsdieners der ehemaligen Gemeinde Hernals Eduard Schnirer um Einreihung in die Bezugsclassen der städtischen Diener und beantragt, den Genannten in die III. Bezugsclasse mit dem Grundgehalte von 400 fl., ferner mit Rücksicht auf seine Dienstzeit mit zwei Quinquennien, zusammen per 100 fl., und mit dem ab 1. Mai 1895 anzuweisenden Quartiergelde von jährlich 150 fl. einzureihen.

(Angenommen.)

(3518.) St.-R. Dr. Lederer referiert über die Annahme eines von Karl Demmer der Gemeinde Wien legierten Bildes: „Zusammenkunft Josef II. mit Mozart im Augarten" und beantragt die Annahme dieses Legates, wobei sich die auf die Gemeinde entfallende Gebür mit circa 40 fl. belaufen wird. (Angenommen.)

(1443.) St.-R. Dr. Lederer referiert über die Zuschrift des königl. ungar. Handelsministers vom 29. Jänner 1895, Z. 3068, betreffend die Betheiligung der Stadt Wien an der in Budapest zu veranstaltenden Millenarausstellung, und beantragt, es möge die Gemeinde Wien unter den vom Bibliotheks-Director Dr. Glossy beantragten Modalitäten diese Ausstellung beschicken. (Angenommen.)

(824.) St.-R. Dr. Lederer referiert über die Benennung des sogenannten Austraßels im III. und XI. Bezirke und beantragt, diesen Verkehrsweg mit „Guglgasse" zu benennen. (Angenommen.)

(3289.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über ein Ansuchen der Prinzessin Alexandrine Windischgraetz um Überlassung des Cursalons im Stadtparke zur Abhaltung einer am 6. Mai 1895 um 2 Uhr nachmittags zu veranstaltenden Matinée zu Gunsten der von der Erdbebenkatastrophe in Laibach Betroffenen und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(3456.) **St.-R. Stiaßny** referiert über die Canalisierung der Straßenzüge um die im Baue befindliche Landwehr-Cadettenschule im III. Bezirke und beantragt, das vom Magistrate vorgelegte Project für den Neubau von Haupt-Unrathscanälen in den neu entstandenen Straßen auf den ärarischen Gründen nächst der Boerhavegasse im III. Bezirke, und zwar in der neuen Straße zwischen der Boerhavegasse und Hauptstraße und in der Seitengasse II mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 9921 fl. 42 kr. zu genehmigen und für den Inspicienten den normalmäßigen Zehrungsbeitrag von 1 fl. täglich zu bewilligen. (Angenommen.)

(3370.) St.-R. Stiaßny referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung behufs Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau von Haupt-Unrathscanälen in der verlängerten Dreilaufer- und Kenyongasse im VII. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 4264 fl. 37 kr. und 1000 fl. Pauschale und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Stadtbaumeisters Ed. Rzehaczek mit der begehrten Aufzahlung von 11 Percent gegen dem, dass zu diesen Arbeiten hydraulische Bindemittel von M. Egger in Kufstein verwendet werden. (Angenommen.)

(3414.) St.-R. Stiaßny referiert über den Statthalterei-Erlass vom 15. April 1895, Z. 19353, enthaltend den Bauconsens für ein Gewächshaus in den Gartenanlagen der k. u. k. Militär-Schwimmschule im II. Bezirke und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(3462.) St.-R. Stiaßny referiert über den Statthalterei-Erlass vom 19. April 1895, Z. 34185, enthaltend den Bauconsens für ein Magazin zur Unterbringung von Feldausrüstungsmateriale und Deponierung von Conserven auf der militärärarischen Parcelle Nr. 531 der Einl.-Z. 37, Grundbuch II, Obere Augartenstraße, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(3300.) St.-R. Stiaßny referiert über das Ansuchen des Josef Wimmer und Johann Schadn um Parcellierung Einl.-Z. 1870, 1872 und 1873 im III. Bezirke, Untere Weißgerberstraße, und beantragt die Genehmigung im Sinne des vom Magistrate gestellten Antrages. (Angenommen.)

(3375.) St.-R. Stiaßny referiert über das Ansuchen des Julius Frankl und Alfred Sachs um Parcellierung der Realität Einl.-Z. 2023, V. Bezirk, Ramperstorffer-, Gasser- und Hauslabgasse und beantragt die Genehmigung dieser Parcellierung unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen jedoch mit der Abänderung der Bedingung im Punkte 4, dass die Catastral-Parcelle 1004/6 als Compensation für jenes Dreieck, welches zur halben Straßenbreite von der Linie i, h, fällt, unentgeltlich abzutreten ist. (Angenommen.)

(3351.) St.-R. Stiaßny referiert in Angelegenheit der Baulinienbestimmung für den Kinderspielplatz auf der Realität Or.-Nr. 104 Kaiserstraße, VII. Bezirk, und beantragt:

1. Der innerhalb des Häuserblockes zwischen der Kaiser-, Lerchenfelderstraße, der Menter- und Bernhardgasse geplante Kinderspielplatz wäre als öffentlicher Platz zu erklären.

2. Als Baulinie für denselben und die drei Zugangsstraßen wären die Linien A B, F' G, M N O, P Q R S D C in Aussicht zu nehmen, wobei die Herstellung eines Gartenzuganges von der Lerchenfelderstraße in der Weise in Aussicht genommen wird, dass das städt. Haus Nr. 119 Lerchenfelderstraße für die Erbauung eines Volksbades oder Wohnhauses verwendet werde, durch welches ein entsprechender Gartenzugang geschaffen werden soll.

3. An der Rückseite der Realität Nr. 104 Kaiserstraße und Nr. 137, 135, 133 und 131 Lerchenfelderstraße wären die Linien B E F F' als Baulinien definitiv zu bestimmen.

4. Die Eigenthümer der Realitäten, welche gegen den Kinderspielplatz neue Fronten erhalten, wären zu verhalten, einen Streifen von 3 m Breite vor der Baulinie in das öffentliche Gut zu übertragen.

5. Die roth eingeschriebenen Niveaux wären zu genehmigen.

St.-R. Matthies beantragt die Abänderung der Baulinie F F' G in der Weise, dass der Punkt G mit dem gegen den Platz zu gelegenen Durchschnitte der Grenzlinie des Hauses Nr. 135 und der rückwärtigen Begrenzungslinie der rückwärtigen Baulichkeit des Hauses Nr. 104 Kaiserstraße verbunden werde.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die Baulinien nach dem Antrage des Magistrates zu bestimmen und hiebei ausdrücklich auszusprechen, dass ein 6 m breiter öffentlicher Weg, von der Baulinie zur Gartenanlage gemessen, herzustellen sein wird.

Weiters seien die Erklärungen der Eigenthümer der Realitäten Or.-Nr. 131 bis 137 Lerchenfelderstraße, betreffend die unentgeltliche Grundabtretung, genehmigend zur Kenntnis zu nehmen.

St.-R. Wurm beantragt, die vom St.-R. Matthies und Müller beantragte Baulinienänderung nur unter der Bedingung zu genehmigen, dass die von den genannten Realitätenbesitzern in der Lerchenfelderstraße gemachten Zusicherungen bezüglich unentgeltlicher Grundabtretung auch für den Fall der geplanten Baulinienänderung aufrecht erhalten werden.

Antrag Matthies abgelehnt; Antrag des Referenten und Antrag Dr. Lueger angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **1. Mai 1895.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Dr. Nechansky, v. Götz, v. Neumann, Dr. Hackenberg, Rückauf, Dr. Huber, Schlechter, Dr. Klotzberg, Schneiderhan, Kreindl, Stiaßny, Dr. Lederer, Vaugoin, Dr. Lueger, Dr. Vogler, Matthies, Witzelsberger, Mayer, Wurm.

Bürgermeister Dr. Grübl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Entschuldigt: St.-R. Müller.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung und macht nachstehende Mittheilungen:

St.-R. Ritt. v. Neumann entschuldigt sein Fernbleiben wegen Theilnahme an einer commissionellen Verhandlung.

St.-R. Müller entschuldigt seine Abwesenheit wegen dringender Geschäftsreise.

Zur Einsicht liegt das Verzeichnis jener Commissionen ꝛc. vom Monate April 1895 vor, bei welchen Stadträthe interveniert haben.

Geschäftsausweis des Wiener Stadtrathes pro April 1895:

Einlauf im Monate April	1036	Acten
von diesen Acten erledigte der Stadtrath	448	„
wurden dem Magistrate zugewiesen	197	„
befanden sich noch am Schlusse des Monates in Berathung	391	„
Weiters erledigte der Stadtrath aus den Vormonaten	288	Acten
hiezu obige	448	„
daher insgesammt im Monate April	736	Acten
Gesammteinlauf vom 1. Jänner bis 30. April 1895	3618	Acten

Recapitulation aus dem Monate März 1895:

Einlauf im Monate März	980	Acten
von diesen Acten erledigte der Stadtrath	409	„
wurden dem Magistrate zugewiesen	190	„
befanden sich noch in Berathung	381	„
Außerdem erledigte der Stadtrath aus den Vormonaten	336	Acten
hiezu obige	409	„
daher insgesammt im Monate März	745	Acten

In Berathung befinden sich noch aus den Monaten:

Jänner	65	Acten
Februar	82	„
März	81	„

(Zur Kenntnis.)

(3252.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über die Verpachtung der Jagd für das Gutsgebiet „Himmel" im XIX. Bezirke und beantragt, das Licitationsanbot des Karl Garnoß zu genehmigen. (Angenommen.)

(3271.) St.-R. Schneiderhan referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XII. Bezirke und beantragt die Ertheilung der Zusicherung an:

Löwinger Philipp, Escamoteur;

Binder Josef, Tischlermeister;

Kormann Elise, Rohrwaschelmacherin;

bei letzterer unter gnadenweiser Bestimmung der Taxe mit 20 fl. (Angenommen.)

(3321.) St.-R. Schneiderhan referiert über das Ansuchen des Wilhelm und der Bertha Schedifka um Ertheilung des Consenses zu baulichen Herstellungen XII., Arndtstraße 39, und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung. (Angenommen.)

(3386.) St.-R. Schneiderhan referiert über das Ansuchen des k. k. Post- und Telegraphenamtes im XII. Bezirke um Anbringung eines Briefsammelkastens am Schulgebäude XII., Ehrenfelsgasse 7, und beantragt die Genehmigung dieses Ansuchens im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(3467.) St.-R. Schneiderhan referiert über die Offerte der Eigenthümer des Pfann'schen Mineralbades auf käufliche Überlassung desselben an die Gemeinde für Zwecke des Geflügelmarktes und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(3481.) St.-R. Schneiderhan referiert über den Recurs des Gustav Kümmerle, Contrahenten für die Kehrichtabfuhr im XIII. Bezirke, wider eine Conventionalstrafe und beantragt, die Strafe von 100 fl. auf 50 fl. herabzusetzen.

St.-R. v. Götz beantragt die Herabsetzung auf 25 fl.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, den Recurs abzuweisen, die Strafe jedoch im Gnadenwege auf 50 fl. herabzusetzen.

Abweisung des Recurses angenommen.

Gnadenweise Herabsetzung der Strafe auf 50 fl. angenommen.

(3512.) St.-R. Schneiderhan referiert über die Mehrkosten für Herstellungen im städtischen Hause Nr. 26 Meidlinger Hauptstraße, XII. Bezirk, per 586 fl. 38 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3532.) St.-R. Schneiderhan referiert über die Sicherstellung der Lieferung von Gebirgsrieselschotter und Sand zur Straßen-

und Wegerhaltung im XVII. Bezirke pro 1895 und beantragt, wegen Lieferung von 200 m³ Gebirgsrieselschotter und 60 m³ Gebirgsrieselsand eine auf fünf vom Magistrate vorgeschlagene städtische Contrahenten beschränkte Offertverhandlung auf Grund der städtischen Bedingnisse abzuhalten. (Angenommen.)

(3533.) St.-R. Schneiderhan referiert über das Ansuchen der Firma J. Rohrbacher um Erstreckung des Lieferungstermines für neun Aufspritzwägen für den I. Bezirk bis 10. April 1895 und um Nachsicht der Conventionalstrafe und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(3304.) **St.-R. Kreindl** referiert über die Vergebung der Demolierung des Gemeindehauses im XIX. Bezirke, Grinzing, Himmelstraße 23, und beantragt, die Demolierung des bezüglichen Hauses dem Baumeister Eduard Spieß unter den in der Demolierungsvorschrift enthaltenen Bedingungen zu übertragen.

Der von dem Genannten als Aufzahlung geforderte Betrag per 150 fl. wird nach constatierter ordnungsgemäßer Vollendung der Demolierungsarbeiten zur Auszahlung gelangen. (Angenommen.)

(3440.) St.-R. Kreindl referiert über die Vergrößerung des städtischen Steinlagerplatzes II., Obere Donaustraße, als Ersatz für den Steinlagerplatz im IX. Bezirke und beantragt, den im vorgelegten Verzeichnisse näher bezeichneten Pächtern der städtischen Grundparcellen an der Oberen Donaustraße von der Station „Augartenbrücke" der Dampftramway stromaufwärts ab Maitermin d. J. halbjährig zu kündigen und die Verwendung dieser Plätze zur Pflastersteindeponierung zu gestatten. (Angenommen.)

St.-R. Kreindl referiert über Rückstände, und zwar:

(3360.) an Materiallagerplatzzins nach Josef Dinter (XVIII. Bezirk) per 6 fl.;

(2217.) an Hundesteuern nach 20 Parteien (II. Bezirk) per 80 fl. und beantragt die Abschreibung dieser Beträge aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(3327.) St.-R. Kreindl referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XVIII. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Raitschmidt Anna, Wäscherin;
Morihart Franz, Strobler;
Mineter Marie, Handarbeiterin;
Ovesny Anna, Handarbeiterin;
Gamper Ferdinand, Scontist;
Spigl Friedrich, k. u. k. Major;
Motz Franz, Schmiedgehilfe;
Schantl Josef, Gemischtwaren-Verschleißer;
Schachinger Heinrich, Hausbesorger;
Jirka Josef, Hausbesorger;
Jirka Josef, Sollicitator;
Bitoušek Adalbert, Polier;
Seidelmann Vincenz, Holzverschleißer;
Bazala Johann, Bildhauer;
Frosch Karoline, Wirtschafterin;
Mazzini Emanuel, Bauunternehmer;
Wager Johann, Hilfsarbeiter. (Angenommen.)

(3366.) **St.-R. Baugoin** referiert über den Empfang der Theilnehmer der Ersten österreichischen Fleischhauer- und Fleischselchertages (am 23., 24. und 25. Mai 1895) im Rathhause und beantragt, hiefür einen Betrag von 2000 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(3354.) St.-R. Baugoin referiert über das Ansuchen des Alois Wanko um Überlassung des auf dem zur vierten Erweiterung des Central-Friedhofes einbezogenen Theile der Friedhofsgärtnerei deponierten alten Steinmateriales und beantragt, es seien die nach Ausscheidung der für den XI. Bezirk verwendbaren Pflastersteine auf dem obbezeichneten Depotplatze noch übrig bleibenden Granitsteinen zum Preise von 1 fl. per Cubikmeter und das betreffende Quantum Rundschotter um den Pauschalpreis von 5 fl. loco Friedhof dem Großfuhrmanne Alois Wanko zu überlassen. (Angenommen.)

(3427.) St.-R. Baugoin referiert über das Ansuchen des Otto Hultier, städtischen Diurnisten, um Fortbezug eines Erziehungsbeitrages und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(3421.) St.-R. Baugoin referiert über das Ansuchen der Marie Weichinger, Kanzlei-Praktikantenswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt, der Genannten den Fortbezug der Gnadengabe per 100 fl. vom 1. März 1895 auf ein weiteres Jahr, eventuell bis zu einer anderweitigen Versorgung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Baugoin referiert über rückständige Beerdigungskosten, und zwar:

(3527.) nach 11 Parteien aus dem XVI. Bezirke im Betrage von 45 fl. 60 kr., und

(3464.) nach 64 Parteien aus dem XVI. Bezirke im Betrage von 100 fl., und beantragt die Abschreibung dieser Beträge aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(3302.) **St.-R. Wurm** referiert über die Vergebung der Special-Rundbrenner- und Reflectoren-Hängelampen und der Etagen-Gasdruck-Regulatoren für die Schulbauten V., Fendigasse, VI., Mittelgasse, X., Knöllgasse, und XVII., Geblergasse, und beantragt, die bezüglichen Lieferungen den Firmen Emil Jaekle, beziehungsweise Moriz Ramsberger im Sinne des Magistrats-Antrages zu übertragen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Einführung des Auer'schen Gasglühlichtes in den bezüglichen Schulen.

St.-R. v. Götz schließt sich diesem Antrage an und beantragt, bezüglich der Lieferung der Beleuchtung und der Erhaltungskosten mit der Österr. Gasglühlicht-Actiengesellschaft und mit dem Patentinhaber Otto Steuer, I, Nibelungengasse 1, in Verhandlung zu treten.

Antrag Dr. Lueger mit 11 Stimmen angenommen.

Antrag v. Götz angenommen.

(3247.) St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen des Dr. Guido R. v. Wiedenfeld nom. der Alb. Hardt'schen Erben um Wiederaufnahme der bezüglich des Umbaues des Häusercomplexes zwischen dem Petersplatze, der Goldschmidt- und Freisingergasse im I. Bezirke eingeleiteten Verhandlungen wegen Grundentschädigung und beantragt, diese Verhandlungen wieder aufzunehmen und zu diesem Zwecke das Comité des Wiener Stadtrathes wieder einzuberufen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, dieses Ansuchen unter Hinweis auf den abgeschlossenen Vertrag abzuweisen.

St.-R. Dr. Vogler stellt den Eventual-Antrag, es sei auf das Begehren der Gesuchsteller nicht einzugehen, jedoch erkläre sich der Stadtrath bereit, über etwaige Modificationen des abgeschlossenen Vertrages unter vollständiger Aufrechthaltung aller Rechte aus demselben in Verhandlung zu treten.

Der Antrag Dr. Lueger, welchem sich auch der Referent accommodiert, wird einstimmig angenommen.

(2761.) St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen des Arnold Lotz um Grundentschädigung für I., Spiegelgasse 4, und beantragt, die Schadloshaltung für die Abtretung von 135·41 m² mit dem Pauschalbetrage von 57.000 fl. zu bestimmen und die Giltigkeit dieser Preisbestimmung für die Dauer von zwei Jahren festzusetzen. (Angenommen.)

(2964.) St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Gastwirte um Grundentschädigung für I., Judenplatz 3 und 4, und beantragt, für die abzutretende Grundfläche einen Pauschal-Schadloshaltungsbeitrag von 7300 fl. zuzuerkennen und die nach der Baulinie zur Verbauung einzubeziehende kleine Grundfläche vom Judenplatze der Genossenschaft unentgeltlich zu überlassen. (Angenommen.)

(3424.) St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen der Modesta Weiß noe. der Eigenthümer des Hauses I., Neuer Markt 14, um Bewilligung zu baulichen Herstellungen und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung. (Angenommen.)

(3459.) St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen der k. k. Dicasterial-Gebäudedirection um Herabsetzung der Canaleinmündungsgebür für das Amtsgebäude der k. k. landwirtschaftlichen Versuchsstation und der k. k. Normal-Aichungs-Commission im II. Bezirke, Am Tabor, und beantragt, im Sinne des bezüglichen Magistrats-Antrages die Canaleinmündungsgebür für dieses Gebäude unter Anwendung des § 7 des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, mit dem Pauschalbetrage von 1800 fl. zu bestimmen. (Angenommen.)

(3359.) St.-R. Wurm referiert über die Anschaffung von Warmwasser-Apparaten für die Prüfungsanstalt für hydraulische Bindemittel und beantragt, diese Anschaffung mit dem Pauschalkostenerfordernisse von 500 fl. gegen nachträgliche Detailverrechnung zu genehmigen und zur Bedeckung dieses Erfordernisses einen Zuschusscredit in derselben Höhe zur Ausgabs-Rubrik IV 21 f zu bewilligen. (Angenommen.)

(1176.) **St.-R. Dr. Lueger** referiert über die Abgabe der Erklärung der Gemeinde Wien wegen Nichterhebung von Forderungen an die Staatsfinanzen bezüglich der Invasionsforderungen aus den Jahren 1805 und 1809 (sogenanntes Angles'sches Anlehen) und beantragt:

Die Stadtgemeinde Wien möge die rechtsverbindliche Erklärung abgeben, dass sie die Staatsfinanzen für Capital und Zinsen der aus Anlass der feindlichen Invasion in den Jahren 1805 und 1809 erwachsenden ständischen Domesticalschuld nicht weiter in Anspruch nehme und dass dieselbe, nachdem bezüglich der im Monate August 1809 aus einer Creditoperation von 2 Mill. Francs entstandenen 3perc. ständischen Domesticalschuld von 863.182 fl. Wr. Währung zufolge besonderer Übereinkunft zwischen den n.-ö. Ständen und dem Wiener Magistrate eine Mitverpflichtung der Stadt Wien besteht, diesfalls keine wie immer geartete Anforderung an die Staatsfinanzen zu erheben hat und erheben wird. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3305.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Vergebung der Demolierung des Hauses VI., Theobaldgasse 7, und beantragt, diese Demolierung dem Baumeister Josef Spilka gegen dem zu übertragen, dass derselbe für das in sein Eigenthum übergehende alte Materiale eine Aufzahlung im Betrage von 200 fl. an die Gemeinde leistet und sich den Bestimmungen der Demolierungsvorschrift fügt. (Angenommen.)

(2974.) St.-R. Schlechter referiert über die Unterbringung der verschiedenen Anstalten in dem nunmehr vollständig ausgebauten Schulgebäude VI. Bezirk, Mittelgasse 24, und beantragt, die bezügliche Zuschrift des Bezirksschulrathes genehmigend zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(3429.) St.-R. Schlechter referiert über die Kostenanschläge für die Abdeckung der Aquäducte in Liesing und Baden und beantragt, diese Abdeckungsarbeiten mit dem Kostenerfordernisse von 17.068 fl. 8 kr. zu genehmigen und dieselben dem Patentinhaber Johann Bosch wie in den Vorjahren zu übertragen. (Angenommen.)

(3471.) St.-R. Schlechter referiert über das Ansuchen des Vereines zur Errichtung und Erhaltung höherer Töchterschulen um Überlassung von Lehrzimmern an der städtischen Bürgerschule II. Bezirk, Czerninplatz 3, und beantragt, dem bezüglichen Vereine für eine im Schuljahre 1895/96 zu eröffnende höhere Töchterschule die im Magistrats-Antrage bezeichneten Localitäten an der genannten Bürgerschule unter den dortselbst erwähnten Bedingungen auf Widerruf zu überlassen. (Angenommen.)

St.-R. Schlechter referiert über die Abschreibung, respective Reducierung von Wassermehrverbrauchsgebüren bei

(3324.) 11 Parteien aus dem IV. Bezirke und

(3259.) 14 Parteien aus dem III. Bezirke und beantragt die Genehmigung der Magistrats-Anträge. (Angenommen.)

(3537.) St.-R. Schlechter referiert über das Ansuchen des Heinrich Seifert einverständlich mit der Firma Heinrich Seiferts Söhne um Reducierung einer Wassermehrverbrauchsgebür für V. Bezirk, Mittersteig 28, und beantragt die Reducierung von 146 fl. 3 kr. auf 3 fl. 21 kr. (Angenommen.)

(3480.) St.-R. Schlechter referiert über das Ansuchen um nachträgliche Aufnahme der minderjährigen Regina und Karl Tobias Wächter (VI. Bezirk) und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an die Genannten. (Angenommen.)

(Ad 1469 ex 1893.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert neuerlich über die Transaction mit dem k. k. Blindeninstitute hinsichtlich der projectierten Durchführung der Josefstädterstraße und beantragt mit Beziehung auf die in der Stadtrathssitzung vom 28. März d. J. gefassten Beschlüsse, dass dem Übereinkommen mit der k. k. Statthalterei bezüglich der Punkte 1 bis 8 mit Ausschluss des Punktes 7 zuzustimmen sei und über den Punkt 7 eine weitere Verhandlung zu pflegen sei, im Hinblicke auf die diesbezüglich durchgeführten Verhandlungen folgende Propositionen aufzustellen:

1. Die Gemeinde Wien bezahlt dem Blindeninstitute für den zur Erweiterung erforderlichen Theil c d u v c und für den zur Durchführung der Josefstädterstraße erforderlichen Theil u, e, f, g, h, s, u per Quadratmeter 10 fl.

2. Die Gemeinde Wien übernimmt den für das Institut dermalen unbrauchbaren Baugrund c a e d c und überlässt die ihr gehörige Theilfläche m n o m der Cat.-Parc. 404/1 dem genannten Institute gegen dem, dass das betreffende Flächenausmaß der Theilfläche m n o m der Cat.-Parc. 404/1 von der mit 90 fl. per Quadratmeter zu vergütenden Fläche c a e d c in Abrechnung gebracht wird.

3. Die Gemeinde Wien wird die neuen Baulinien ausstecken und fixieren, die in Rede stehenden Gründe im Vereine mit der Direction des k. k. Blindeninstitutes genau vermessen und auf Grund der hienach vorzunehmenden Berechnung die Entschädigung nach den Punkten 1 und 2 leisten.

4. Die Gemeinde Wien übernimmt die grundbücherliche Durchführung der abzutretenden Flächen auf ihre Kosten.

5. Die Gemeinde Wien bringt die neu zu eröffnende Straße auf ihre Kosten auf das richtige Niveau, ohne dass hiebei die sanitären Verhältnisse der bestehenden Anstalt geschädigt werden.

6. Die Gemeinde Wien erwirbt vom k. k. Blindeninstitute die Theilfläche y h i h' l m y um den Preis, welcher durchschnittlich per Quadratmeter für die Grundeinlösungen am Gürtelspiegel zu Stadtbahnzwecken seitens der Verkehrsanlagencommission bezahlt wurde, d. i. um den Betrag von 13 fl. 75 kr. per Quadratmeter.

7. Die Gemeinde Wien verpflichtet sich, die zur Eröffnung der Josefstädterstraße und der Gürtelstraße vom k. k. Blindeninstitute erworbenen, sowie die im Besitze der Gemeinde befindlichen Gründe an der Gürtelstraße und gegen den Kirchenplatz (Figur f l i h g f und l m n o p k II l) in das öffentliche Gut zu übertragen.

8. Bei einer zukünftigen Bauführung nach der für die Realität des k. k. Blindeninstitutes bestimmten Baulinie, und zwar wenn diese Bauführung zu Zwecken des k. k. Blindeninstitutes erfolgt, sind die zur Straßenerweiterung nothwendigen Grundflächen gegen die Blindengasse (Figur w x q k s w) und gegen den Kirchenplatz (Figur o p q x o), welche sich im Besitze des k. k. Blindeninstitutes befinden, gegen Schadloshaltung abzutreten.

9. Im Falle, als eine solche Bauführung nicht zu Zwecken des k. k. Blindeninstitutes stattfinden sollte, haben diese sub 8 angeführten Grundabtretungen unentgeltlich zu erfolgen. (Anregung des St.-R. Wurm.)

10. Das k. k. Blindeninstitut wird gegen die neu zu eröffnende Josefstädterstraße und Gürtelstraße eine neue Einfriedung herstellen und wird die Gemeinde Wien dem zu ertheilenden Bauconsense die Zustimmung ertheilen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(Schluss der Sitzung.)

Bezirksausschüsse.

Ergebnis der am 9. Mai 1895 vom dritten Wahlkörper des XIII. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahlen für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897.

Zahl der zu wählenden Bezirksausschüsse	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurden gewählt	Zahl der erschienenen Wähler	Zahl der erhaltenen Stimmen
2	**Bayer** Karl, Armenrath und Hausbesitzer, XIII., Altgasse 16	711	645
	Höllwarth Josef, Milchmeier und Hausbesitzer, XIII., Schönerergasse 3		629

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen.

(Sitzung vom 4. Mai 1895.)

In der am 4. Mai d. J. abgehaltenen Vollversammlung der Commission für Verkehrsanlagen wurden die vom Wiener Stadtbauamte vorgeschlagenen Abänderungen des Wienfluss-Regulierungsprojectes in der Strecke Stiegerbrücke—Schlachthaus, sowie das Vergebungsoperat für die Strecke Kaiser Franz Josefs-Brücke—Schikanedersteg mit der beantragten, vom Tage der Bestellung an zu berechnenden Baufrist von zwei Jahren gegen dem genehmigt, dass jedenfalls, auch bei Vergebung an einen Generalunternehmer, die successive Vollendung der einzelnen Theilstrecken in kürzeren Terminen sicherzustellen ist, damit eine Überschreitung des gesetzlichen Termines für die Fertigstellung der Wienthallinie der Stadtbahn hintangehalten werde. Zu diesem Behufe hat das Stadtbauamt auch hinsichtlich der Vollendungstermine für die einzelnen Theilstrecken das Einvernehmen mit der k. k. Generaldirection der österr. Staatsbahnen zu pflegen. Hinsichtlich des von der Generaldirection vorgelegten Detailprojectes für die Donaucanallinie der Stadtbahn beschloss die Commission, vorerst noch die binnen vier Wochen abzugebende Meinungsäußerung der Gemeinde Wien und der Donauregulierungs-Commission einzuholen, welchen das gedachte Project zu diesem Zwecke zur Einsichtnahme mitgetheilt wird.

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 7. und 9. Mai 1895.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	4085 Stück
Fettschweine	7274 „
Summa .	11359 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	7769 Stück
für das Land	1838 „
unverkauft blieben	1752 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . von 32 bis 40 (—) kr.
Fettschweine . . „ 32 „ 40 (—) „ } per Kg. Lebendgewicht.

Der Geschäftsverkehr war am Dienstag-Hauptmarkte sehr flau und sind die Preise der Jungschweine unverändert geblieben, während Fettschweine um 1½ kr. per Kilogramm billiger abgegeben wurden. Am Donnerstag-Nachmarkte behaupteten sich bei schwacher Nachfrage die Dienstagpreise.

* * *

Pferdemarkt vom 7. Mai 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 533 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 75—480 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 20— 65 „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Stechviehmarkt vom 9. Mai 1895.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 2961, Kälber lebend 993, Lämmer Waidner 1741, Lämmer lebend 364, Schafe Waidner 362, Schafe lebend 2854, Schweine Waidner 951.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per Kg.	von 28 (—)	bis	58 (62)	kr.
Kälber lebend	„ „ „	30 (—)	„	48 (52)	„
Schweine Waidner	„ „ „	35 (—)	„	48 (50)	„
Schweine lebend junge . .	„ „ „	—	„	—	„
Schweine lebend fette . . .	„ „ „	—	„	—	„
Lämmer Waidner	„ Paar	von 3	bis	10 (—)	fl.
Lämmer lebend	„ „ „	4	„	10 (—)	„
Schafe Waidner	„ Kg.	von 26 (—)	bis	40 (—)	kr.
Schafe lebend	„ „ „	— (—)	„	— (—)	„
Schafe lebend	„ Paar	von 5½	bis	20¼	fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 59 Stück Kälber weniger zugeführt. Das Geschäft wickelte sich bei lebhafter Kauflust zu vorwöchentlichen Preisen ab.

Auf dem Schafmarkte wurden um 1316 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Die Kauflust war äußerst flau und sind die Preise für Exportschafe um 1/4 fl., jene der Consumschafe um 1/2 fl. bis 1 fl. per Paar gestiegen.

Nach Paris wurden circa 2000 Stück Schafe verladen.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 9. Mai 1895 183 Stück Mast- und 339 Stück Beinlvieh aufgetrieben. Bei äußerst flauem Geschäftsgange sind die Preise gegen den Montagmarkt um 1 bis 2 fl. per 100 kg gefallen.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 6. Mai bis 9. Mai 1895:

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Dammstraße, Grundb.-Einl. 4324, von Michael Stierling, Maurermeister (2866).
" " Bau einer Osteria, Prater, englischer Garten, Ausstellung „Venedig", von Gabor Steiner, Bauführer C. Schmidt (2884).
" " Project des Marcusplatzes, Prater, englischer Garten, Ausstellung „Venedig", von Gabor Steiner, Bauführer C. Schmidt (2885).
IV. Bezirk: Haus, Alleegasse 3—5, von Gottlieb Bettelheim, Kolingasse 5, Bauführer Anton Honus (2822).
VIII. Bezirk: Haus, Schlösselgasse 11, von Josef Jostal jun., Wohllebengasse 10, Bauführer J. Jostal (2879).
X. Bezirk: Herzgasse, Ecke der Erlachgasse, Einl.-Z. 568/X, von Paul und Marie Huber, Bauführer N. Ipser (18510).
XI. Bezirk: Magazin-Depot, Simmering, Simmeringer Hauptstraße 188, von der Maschinenfabrik A. Fridrich & Haaga, Bauführer Karl Maier (7200).
XIII. Bezirk: Kapellenbau, Hütteldorf, Einl.-Z. 521 Linzerstraße, Cat.-Parc. 781/1, vom Linien-Kapellenverein, Bauführer Josef Kopf, Stadtbaumeister (13717).
XVII. Bezirk: Haus, Hernals, Hernalser Hauptstraße 13, von Alfred Wünsch, II., Praterstraße 49, Bauführer Josef Wögler (17155).
" " Werkstätte, Hernals, Pezzlgasse, Einl.-Z. 1599, von Christian Scholz, Rötzergasse 108, Bauführer Ferdinand Ziegelwanger (17417).

Für Zubauten:

XIII. Bezirk: Stallgebäude und Adaptierungen, Hütteldorf, Hüttelbergstraße 26, von Otto Wagner, Bauführer Dehm & Olbricht, Stadtbaumeister (13570).
XV. Bezirk: Hoftract, Fünfhaus, Fünfhausgasse 27, von Fanni Richter, ebenda, Bauführer J. Stättermaier, Stadtbaumeister, XIII., Penzing, Cumberlandstraße 27 (10857).
XIX. Bezirk: Ebenerdiger Hoftract, Grinzing, Kirchengasse 21, von Barbara Muhr, ebenda, Bauführer Karl Höllerl jun. (8863).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Kohlmarkt 16, von Heinz Gerl, Baumeister (2796).
" " Habsburgergasse 10, von Karl Stöger, Baumeister (2816).
" " Strauchgasse 1, von der Anglo-österr. Bank, Bauführer Heinz Gerl (2818).
" " Domgasse 4, von Josef Schmalzhofer, Baumeister (2836).
" " Judengasse 3, von Karl Frick, Maurermeister (2846).
" " Judengasse 1, Hoher Markt 9, von Karl Frick, Maurermeister (2847).
" " Annagasse 4, von Karl Michna, Maurermeister (2848).
" " Rathhausstraße 4, von Franz Nemelka, Bauführer J. Schobesberger (2867).
" " Singerstraße 32, von Franz Weiß, Maurermeister (2875).
" " Elisabethstraße 2, von der Baron Drasche'schen General-Direction, Bauführer F. Witzmann (2891).
" " Kohlmessergasse 4, von Gustav Matzel, Bauführer F. Obermayer (2901).
IV. Bezirk: Karlsgasse 15, von W. Conlon, Bauführer F. Weese (2893).
VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 89, von Oswald Lindner, Bauführer Rudolf Graf (2802).
" " Gumpendorferstraße 132, von B. Heller & Sohn, Bauführer ? (2807).
" " Magdalenenstraße 58, von Vincenz Oeser, Bauführer Franz Doleyschka (2803).
" " Magdalenenstraße 57, von Johann Giller, Maurermeister (2864).
VII. Bezirk: Kaiserstraße 38, von Gottfried Berger, Baumeister (2813).
IX. Bezirk: Liechtensteinstraße 106, von Anton Victor, Hainburgerstraße 30, Bauführer St. Hannsch (2825).
X. Bezirk: Götzgasse 3, von Theodor Braun, Bauführer ? (18450).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Eichenstraße 54, von ?, Bauführer Josef Bayer (14909).
" " Breitensee, Kienmayergasse 24, von Aloisia Schlecht, Bauführer Franz Bürger, Maurermeister (13653).
XVI. Bezirk: Ottakring, Koppstraße 56, von Johann Schmitz, ebenda, Bauführer Wilhelm Maisser & Franz Roth (24298).
" " Ottakring, Koppstraße 138, von Theresia Blasch, ebenda, Bauführer Ferd. Scholz (24457).
" " Neulerchenfeld, Neulerchenfelder Pfarrkirche, von J. Flandorfer, Bauführer Josef Baldia (24552).
" " Ottakring, Ottakringerstraße 229, von Josef Preßl, ebenda, Bauführer Ferd. L. Baldia (24843).
XVII. Bezirk: Neuwaldegg, Dornbacherstraße 1, von Marie Demel, I., Kohlmarkt 18, Bauführer Heinrich Sikora (17116).
" " Hernals, Rokitanskygasse 45, von Edmund Lang, ebenda, Bauführer Johann Dollberger (17135).
" " Hernals, Weißgasse 22, von Ignaz Teuschert, ebenda, Bauführer Thomas Mann (17171).
" " Neuwaldegg, Neuwaldeggerstraße 28, von Karl Schwabe, ebenda, Bauführer H. & F. Glaser (17331).
" " Dornbach, Dornbacherstraße 109, von Ludwig Wertl, ebenda, Bauführer H. & F. Glaser (17332).
" " Dornbach, Dornbacherstraße 118, von Franz Losy, ebenda, Bauführer H. & F. Glaser (17333).
" " Neuwaldegg, Neuwaldeggerstraße 16, von Alfred R. v. Pischof, ebenda, Bauführer H. & F. Glaser (17334).
" " Dornbach, Dornbacherstraße, Tramway-Endstation, von der Wiener Tramway-Gesellschaft, Bauführer Karl Haas (17342).
" " Dornbach, Dornbacherstraße 104, von Dr. Wilh. Sedlaczek, ebenda, Bauführer Heinrich Sikora (17415).
" " Dornbach, Dornbacherstraße 121, von Otto Holzinger, ebenda, Bauführer Heinrich Sikora (17416).

Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Hütte, Wollzeile bei der Stubenbrücke, von Baruch Krieger, Pazmanitengasse 3, Bauführer ? (2854).
IV. Bezirk: Gartensalon, Alleegasse 46, von Franz Hermann, Bauführer ? (2853).
VI. Bezirk: Kessel-Aufstellung, Mollardgasse 31, von Friedrich Hofbauer, Bauführer E. Schätz (2844).
IX. Bezirk: Schupfe, Schubertgasse 22, von Ludwig Lawner, Bauführer Victor Gettwert (2804).
X. Bezirk: Götzgasse 2, von Theodor und Elisabeth Schischitz, Bauführer Holzmann (18554).
XI. Bezirk: Zwei Rauchfänge, Simmering, Lorystraße 1, Am Canal 47, von Joh. Capek, XI., Hauffgasse 15, Bauführer Ferd. Kaindl (7162).
" " Abort und Senkgrube, Simmering, Seeschlachtweg, Conscr.-Nr. 183, von Joh. Sikora, ebenda, Bauführer Ferd. Kaindl (7163).
" " Steinzeugrohrcanal, Simmering, Simmeringer Hauptstr. 9, von Heinrich Braun, ebenda, Bauführer Ferd. Kaindl (7164).
" " Rauchfang, Simmering, Simmeringerstraße 46, von Max Ritt. v. Uhl, III., Reisnerstraße 13, Bauführer Johann Schneider (7165).
XIV. Bezirk: Erbauung einer Schupfe, Rudolfsheim, Goldschlagstraße 35, von Karl Preiß, ebenda, Bauführer Gerh. Keltmayer (13855).
" " Herstellung einer Abfriedungsmauer, Rudolfsheim, Dablergasse 14, von Alfons Feldmann, Bauführer die Allg. österr. Baugesellschaft (19310).
XIX. Bezirk: Steinzeugrohrleitung, Döbling, Hohe Warte 32, vom Israelitischen Blinden-Institut, ebenda, Bauführer J. Schwadron (8871).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

I. Bezirk: Wipplingerstraße 23, von Franz Neumann, Baumeister, für Theodor Wall & Anna v. Spann (2905).
II. Bezirk: Dammstraße, Grundb.-Einl. 4324, von Mich. Stierling, Maurermeister (2865).
V. Bezirk: Högelmüllergasse, Grundb.-Einl. 1654, von Bartholomäus März, Hundsthurmerstraße 85 (2849).

VIII. Bezirk: Laudongasse 57, von Paula Lang, Piaristengasse 41 (2870).
X. Bezirk: Herz-, Ecke der Erlachgasse, E.-Z. 568/X, von Paul und Marie Huber (18440).
„ „ Senefeldergasse 17, von Ferdinand Zimprich (18709).
XII. Bezirk: Tivoligasse 73, Ober-Meidling, von Gust. Baron Springer (14882).
XIII. Bezirk: Breitensee, Hütteldorferstraße 74, von der Österr.-amerik. Gummiwarenfabriks-Actiengesellschaft (13843).
„ „ Hietzing, Gloriettegasse 8, von Eduard Tausky (13852).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

I. Bezirk: Bauernmarkt 8, von Ferd. Dehm & F. Olbricht, Baumeister (2886).
VIII. Bezirk: Kochgasse 4, von Franz Simlinger, Baumeister (2812).
„ „ Schlösselgasse 11, von Josef Jostal, Baumeister (2876).
XIII. Bezirk: Hietzing, Mühlengebäude (Schupfen und Magazin), Lainzerstraße 12/14, von Julius Frankl, Demolierender Josef Kopf, Stadtbaumeister (13656).

Bauconsense wurden ertheilt:

vom 1. April bis 30. April 1895:

a) Für Neubauten:

II. Bezirk: Restaurations-Gebäude, Prater, englischer Garten, an Gabor Steiner, Bauführer C. Wicker.
„ „ Haus, Wehligasse, Grundb.-Einl. 4312, an Emanuel Pendl, Bauführer R. Reichelt.
„ „ Haus, Schüttaustraße, Baustelle 14, Gruppe K, an Ed. Heppich, Bauführer A. Schlesak.
III. Bezirk: Haus, Kölbl- und Kleistgasse, Grundb.-Einl. 2827, an Marcus Siebenschein, Bauführer Karl Kremen.
„ „ Haus, Markhofgasse, Grundb.-Einl. 2366, an Karl Hörmann, Baumeister.
„ „ Haus, Hainburgerstraße, Grundb.-Einl. 2769, an Josef Fichtinger, Maurermeister.
V. Bezirk: Haus, Kohlgasse, Grundb.-Einl. 2065, an S. Steiner, Bauführer C. Kirchem.
„ „ Haus, Kohlgasse und Siebenbrunnengasse, Grundb.-Einl. 2053, an S. Steiner, Bauführer C. Kirchem.
VI. Bezirk: Haus, Gumpendorferstraße 33, Mittelbaustelle in der neuen Gasse, an Kath. Kaftan, Bauführer Franz Wagner.
„ „ Haus, Gumpendorferstraße 33, Eckbaustelle, an Kath. Kaftan, Bauführer Franz Wagner.
IX. Bezirk: Haus, Lazarethgasse, Grundb.-Einl. 1587, an Pauline Eppstein, Bauführer L. Waldmann.
„ „ Haus, Sechsschimmelgasse, Grundb.-Einl. 951, an P. Zimmermann, Maurermeister.
„ „ Haus, Eisengasse 9 a, an Karl Schuh, Bauführer J. Marek.
X. Bezirk: Rothenhofgasse, Einl.-Z. 2486, von Franz und Karl Waneček, Bauführer Franz Macher (12131).
„ „ Ziegelwerk Wienerberg, Triesterstraße, von der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, Bauführer Franz Breitenecker (11212 und 11211.)
„ „ Ziegelwerk Wiener Baugesellschaft, Ober-Laa, von der Wiener Baugesellschaft, Bauführer W. Laitl (11041.)
„ „ Leibnitzgasse 34, von Jakob Kohn und Aloisia Karlowska, Bauführer Anton Kurz (15060).
XI. Bezirk: Hausbau, Simmering, Lorystraße, Parcelle 675/9, von Pinkus Frankfurther, V., Margarethenhof, Bauführer Johann Schweitzer.
„ „ Gruft- und Denkmalanlage, Kaiser-Ebersdorf, Central-Friedhof, Platz Nr. 55, Gruppe 14 A, an Anna Prix, IV., Waaggasse 8, Bauführer Franz Kubacsek.
„ „ Hausbau, Simmering, Simmeringer Hauptstraße, Parcelle 956/7, an Gustav Czermak, VII., Kirchengasse 33, Bauführer Franz Nowotny.
„ „ Hausbau, Simmering, Parcelle 633, am Wege zum Kalkofen, an die Firma Schediwy & Baxa, XII., Ehrenfelsgasse 22, Bauführer Josef Bayer.
XII. Bezirk: Haus, Unter-Meidling, Ruckergasse, Cat.-Parc. 207/2, an Josef und Anna Aicher, XII., Ruckergasse 32, Bauführer Hans Kraus.
„ „ Haus, Unter-Meidling, Aichholzgasse, Cat.-Parc. 19/19, an Josef und Julie Lang, XII., Schönbrunnerstraße 94, Bauführer Karl Brunner.
XIII. Bezirk: Villa, einstöckig, Unter-St. Veit, Leopold Müllergasse, an Wilhelm Doht, Bauführer Victor Fiala.
XIV. Bezirk: Drei Stock hohes Wohnhaus, Rudolfsheim, Goldschlagstraße 77, an Josef Král, Bauführer Matthias Millik.
XV. Bezirk: Drei Stock hohes Wohnhaus, Fünfhaus, Gayschlägergasse 14, an M. und Th. Blamm, Bauführer Thom. Hofer.
XVI. Bezirk: Ebenerdige Werkstätte, Ottakring, Panikengasse, Cat.-Parc. 2812/15, 2812/16, Einl.-Z. 2674, an Arnold und Kath. Brand, XVI., Koppstraße 61, Bauführer Wilhelm Maisser und Franz Roth.
„ „ Parcelle 2968, Einl.-Z. 3056 Neulerchenfeld, Hasnerstr. 89, an Fried. Escher, XVI., Kirchstetterngasse, Bauführer Matthias Millik.
XVII. Bezirk: Wohnhaus, Zeillergasse 62, an Franz Rotter, Bauführer Johann Meidl.
„ „ Wasserreservoir und Aufsichtsgebäude, Am kleinen Schafberg, Parcelle 715 und 716, an die Commune Wien, Bauführer Wilhelm R. v. Doderer.
„ „ Schöpfwerk, Neuwaldeggerstraße, Parcelle 77/6, an die Commune Wien, Bauführer ?
„ „ Wohnhaus, Rötzergasse, Parcelle 526/6, an Therese Storch, Bauführer F. Klement.
XVIII. Bezirk: Wohnhaus, Gersthof, Scheidlgasse, Cat.-Parc. 172/29, Grundb.-Einl. 680, Ecke der Salierigasse, an Paul Oberst, XVIII., Herbeckstraße 30, Bauführer derselbe.
XIX. Bezirk: Wohnhaus, Döbling, Paradiesgasse 4, an Severin Hinterberger, XIX., Iglaseegasse, Bauführer Adolf Micheroli.
„ „ Villa, Döbling, Ecke Cottage- und Prinz Eugenstraße, Einl.-Z. 974, an Heinrich Schütz, Bauführer Donat Zifferer.
„ „ Wohnhaus, Döbling, Straßergasse, Einl.-Z. 668, an Franz und Marie Graf, I., Postgasse 7, Bauführer Franz Wanke.
„ „ Wohnhaus, Ober-Döbling, Einl.-Z. 699, Ecke Cottage- und Prinz Eugenstraße, an Irene Medetz, Bauführer Victor Fiala.

b) Für Umbauten:

I. Bezirk: Haus, Schulerstraße, Mittelbaustelle, an Ferd. Seif, Baumeister.
„ „ Haus, Schulerstraße, Eckbaustelle, an Ferd. Seif, Baumeister.
„ „ Haus, Spiegelgasse 4, an Arnold Lötz, Bauführer Frauenfeld & Berghof.
III. Bezirk: Haus, Fasangasse 18, an Karl Drexler, Bauführer J. Dolezal.
„ „ Haus, Hauptstraße 61, an Josef Kalas, Maurermeister.
V. Bezirk: Haus, Matzleinsdorferstraße 11, an Theresia Strohmayer, Bauführer G. Strohmayer.
VII. Bezirk: Haus, Neustiftgasse 81, an Adolf Jäger, Bauführer Jäger & Bauer.
„ „ Haus, Westbahnstraße 21, an Georg und Karl Kargl, Bauführer M. & J. Sturany.
VIII. Bezirk: Haus, Josefstädterstraße 55, an Em. und Marie Doubrawa, Bauführer R. Breuer.
„ „ Haus, Langegasse 12, an Franz Neumann, Baumeister.
„ „ Haus, Pramergasse 6, an Ludw. Richter für Franz Zeibeck, Bauführer J. Klein.
„ „ Haus, Feldgasse 10, an Ludw. Richter, Bauführer J. Klein.
„ „ Haus, Kochgasse 6, an Alfred Schmeer, Bauführer J. Vögler.
IX. Bezirk: Haus, Pfluggasse 8—10—12, an Johann Mayer, Bauführer J. Dolezal.
„ „ Haus, Währingerstraße 33—35, an Marie Weber, Bauführer Josef Marek.
„ „ Haus, Sensengasse, Grundb.-Einl. 1111, an Leop. Fuchs, Bauführer Jul. Schneider.
XIII. Bezirk: Zweistöckiges Haus, Penzing, Penzingerstraße 52, an Johann Paminger, Bauführer Karl Langer.
XVII. Bezirk: Wohnhaus, Hernalser Hauptstraße 64, an Johann Frotzler, Bauführer Karl Haas.

c) Für Zubauten:

II. Bezirk: Magazin, Große Sperlgasse 43, an O. M. Meißl, Bauführer C. Stigler.
„ „ Am Tabor 4, an Alex. Friedmann, Bauführer Alois Frömmel.
„ „ Hoftract, Innstraße 5, an Ludw. Lehmann, Bauführer J. Schober.
„ „ Wallensteinstraße 80, an Franz Straßer, Bauführer Joh. Wagner.
III. Bezirk: Hoftract, Rennweg 73, an Mich. Brechelmacher, Bauführer J. Frosch.
„ „ Saalbau, Schlachthausgasse 19, an Franz Feil, Bauführer Leop. Witzmann.
IV. Bezirk: Mittersteig 15, an Dr. Paul R. v. Dunecki, Bauführer J. Spilka.
V. Bezirk: Werkstätte, Gartengasse 16, an Franz Wirth, Bauführer Al. Sallatmeyer.
„ „ Gartengasse 18, an Emil Gaiser, Bauführer J. Schneider.
VI. Bezirk: Hoftract, Gumpendorferstraße 87, an die Wiener Radfahrer am Schottenfeld, Bauführer C. Wanitzky.

VII. Bezirk: Neubaugasse 60, an Josef Schäffler, Bauführer A. Brunner.
" " Neubaugasse 63, an Martin Hupmann, Bauführer Josef Bauer.
" " Mariahilferstraße 36, an Josef Herrmann, Bauführer Heinrich Ohrner.
" " Hoftract, Zollergasse 6, an Emerich Bachinger, Bauführer W. Voit.
" " Hoftract, Seidengasse 26, an J. A. Heymann, Bauführer L. Höfer.
" " Hoftract, Myrthengasse 5, an Johann Groß, Bauführer Jäger & Bauer.
VIII. Bezirk: Hoftract, Tigergasse 22, an W. Reymann's Erben, Bauführer Jos. Meidl.
X. Bezirk: Leibnitzgasse 74, von Franz und Marie Schreier, Bauführer W. Laitl (13584).
" " Laxenburgerstraße 6/8, von August Tschinkels Söhne, Bauführer ? (14119).
" " Eckertgasse 23, von Fritz und Hans Kautsky, Bauführer Franz Roth (14171).
" " Evangelischer Friedhof, vom Evangelischen Friedhofs-Comité, Bauführer Josef Kapetter (13019).
XI. Bezirk: Küchenzubau, Simmering, 6. Landengasse 580, an Josef und Anna Moulik, ebenda, Bauführer Ferdinand Kaindl.
XII. Bezirk: Veranda bei dem Hause Hetzendorf, Eglseegasse 3, an Marie Ptaček, ebenda, Bauführer Josef Schaufler.
" " Haus, Unter-Meidling, Ehrenfelsgasse 20, an Wilhelm Schediwy, XII., Ehrenfelsgasse 22, Bauführer Heinrich Reiter.
" " Haus, Unter-Meidling, Rosaliagasse 17, an Hermann und August Wild, Bauführer Josef Hartl.
" " Veranda bei dem Hause, Hetzendorf, Strohberggasse 13, an Adolf Lipp, XV., Goldschlagstraße 1, Bauführer Johann Bican.
" " Veranda bei dem Hause Ober-Meidling, Zenogasse 19, an Anna Hentsch, ebenda, Bauführer Franz Dezort.
" " Stall bei dem Hause Altmannsdorf, Altmannsdorferstraße 88, an Katharina Patozka, ebenda, Bauführer Josef Schaufler.
" " Ebenerdiger Zubau bei dem Hause Hetzendorf, Hetzendorferstraße 69, an Dr. Wilhelm Korvin, ebenda, Bauführer Karl Brizzi.
XIV. Bezirk: Ebenerdig, Rudolfsheim, Märzstraße 78, an Rup. und Marie Wimmer, Bauführer Gottf. Alber.
" " Ebenerdig, Rudolfsheim, Hütteldorferstraße 81, an Bauer Bauführer Gabauer.
" " Stall, Rudolfsheim, Prinz Karlgasse 14, an Samuel Kobler, Bauführer Karl Bruner.
XVI. Bezirk: Hofquertract, Ottakring, Wurlitzergasse, C.-Nr. 1205, Einl.-Z. 1205, an Anton und Katharina Kramer, XVI., Wurlitzergasse 36, Bauführer Wilhelm Maißer und Franz Roth.
" " Neulerchenfeld, Kirchstetterngasse 15, an Anton Veit, XVI., Thaliastraße 26, Bauführer Johann Meidl.
XVII. Bezirk: Wohnung und Stall, Alsbachboulevard (Dornbacherstraße 70), an Franz Glaser, Bauführer H. und F. Glaser.
" " Pferdestall und Remise, Taubergasse 48, an Franz Seidl, Bauführer Wenzel Gabauer.
" " Wohnung, Dornbacherstraße 42, an Franz Zipperer, Bauführer Josef Haupt.
XIX. Bezirk: Hofseitentract, Döbling, Hohenauergasse 10, an Karl Gollhofer, XIII., Eskelesgasse 7, Bauführer Ad. Micheroli.
" " Abort und Pissoir, Döbling, Kasgrabengasse 39, an Wolfgang Kopp, ebenda, Bauführer Eduard Spieß.
" " Stallzuban, Döbling, Kreindlgasse 9, an Karl Redlich, ebenda, Bauführer Karl Stigler.

d) Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Johannesgasse 17, an das herzogl. Savoyen'sche Damenstift, Bauführer J. Schmalzhofer.
" " Fleischmarkt 2, an Philipp Sandmayer, Bauführer J. Schobesberger.
" " Dorotheergasse 11 und Spiegelgasse 10, an Ignaz Fleischer & Salomon Stein, Bauführer R. Jäger.
II. Bezirk: Czerningasse 29, an Josef Strauß, Maurermeister.
" " Asperngasse 4/6, an Johann Nowak, Maurermeister.
" " Klosterneuburgerstraße 14, an Joachim Löwenstein, Bauführer J. Horaček.
" " Leopoldsgasse 11, an Karl Michna, Maurermeister.
" " Große Stadtgutgasse 31, an Josef Mollik, Bauführer Josef Müller.
" " Lessinggasse 8, an Minna Bach, Bauführer A. Hofmann.
" " Schüttaustraße 63, an Anastasia Rappel, Bauführer R. Jäger.
" " Taborstraße 8, an Ferd. Dehm & F. Olbricht, Baumeister.
" " Wallensteinstraße 15, an Josef Pokorny, Bauführer J. Matschinger.
" " Praterstraße 58, an Anna Geitler, Bauführer ?
II. Bezirk: Große Schiffgasse 30, an G. Hemetsberger, Bauführer J. Kielmayer.
III. Bezirk: Mohsgasse 17, an Johann Köhl, Bauführer Ant. John.
" " Streichergasse 5, an Wenzel Trtschka, Maurermeister.
" " Strohgasse 4, an Josef Gall, Baumeister.
" " Paulusgasse 4, an Alois Pammer, Bauführer Eduard Schwarzer.
" " Apostelgasse 30, an Mathilde Schmiedhuber, Bauführer ?
" " Ungargasse 37, an den Convent der Barmherzigen Brüder, Bauführer E. Horn.
" " Jacquingasse 6, an Ludwig Schoderböck, Baumeister.
IV. Bezirk: Alleegasse 48, an Victor, Alfred und Theodor Schmidt, Bauführer Frauenfeld & Berghof.
" " Alleegasse 1, an Karl Weimann, Bauführer ?
V. Bezirk: Hundsthurmplatz 6, an Wilh. Jähn, Bauführer F. Neumann.
" " Pilgramgasse 8, an J. C. Gerger, Bauführer ?
" " Hundsthurmplatz 16, an Josef Tentscher, Bauführer Ferd. Hofer.
" " Siebenbrunnengasse 17, an Ambros Kubanek, Bauführer ?
" " Obere Bräuhausgasse 14, an Johann Senetra, Bauführer Ed. Schätz.
" " Hartmanngasse 6, an Gebrüder Nostwitz, Bauführer Ignaz Rieneſſel.
" " Reinprechtsdorferstraße 14, an Johann Wallner, Bauführer A. Niederdorfer.
" " Margarethenplatz 5, an Josef Preiß, Bauführer G. Kleibl.
" " Einsiedlergasse 30, an W. Fraundnitzki, Bauführer Ed. Schätz.
VI. Bezirk: Mariahilferstraße 37, an Vincenz Graf Thurn, Bauführer Max Kaiser.
" " Barnabitengasse 6, an Karl Gold nomine Tiroler Glasmalerei, Bauführer O. Laske.
VII. Bezirk: Neustiftgasse 135, an Franz Bednar, Bauführer Ambros Schmid.
" " Westbahnstraße 19, an Karl Maurer, Bauführer A. Haunzwickl.
" " Schottenfeldgasse 68, an Josef Tentscher, Bauführer Ferd. Hofer.
" " Schottenfeldgasse 64, an Wilh. Berndt, Bauführer M. Göd.
" " Neustiftgasse 23, an Marie Kaffer, Bauführer Al. J. Lausecker.
" " Lerchenfelderstraße 83, an Robert Bittner, Bauführer Josef Bauer.
" " Kirchberggasse 15, an Johann Kniffer, Bauführer Josef Drbal.
" " Zieglergasse 67, an Josef Zweigelt, Bauführer Franz Prokesch.
" " Neubaugasse 7, an das Weberwitwen-Pensionsinstitut, Bauführer Ad. Langer.
VIII. Bezirk: Albertgasse 7, an Josef Reimer, Bauführer F. Prokesch.
" " Tigergasse 28, an Moriz Spindelbauer, Bauführer Josef Grünbeck.
" " Lerchenfelderstraße 32, an Matth. Huber, Bauführer ?
" " Landongasse 4 b, an Karl Drexler, Bauführer J. Dolezal.
" " Lerchenfelderstraße 86, an Stephan Schwanke, Bauführer J. Schuster.
" " Alserstraße 47, an Alex. A. Curti, Bauführer A. Haunzwickl.
IX. Bezirk: Badgasse 21, an Ludwig Schoderböck, Baumeister.
" " Wagnergasse 8, an Max Wertheimer, Bauführer ?
" " Liechtensteinstraße 90, an Ludwig Schoderböck, Baumeister.
" " Rossauerlände 43/45, an Franz Klein, Baumeister.
X. Bezirk: Ettenreichgasse 4, von Wenzel Schefzig, Bauführer Franz Oberhauser (12556).
" " Leibnitzgasse 8, von Dr. Friedrich Kraft, Bauführer Karl Quidenus (11899).
" " Eckertgasse 10, Erlachgasse 70, von Ignaz Rieneſſel, Maurermeister (13730).
" " Leibnitzgasse 73, von Bruno H. Everth, Bauführer Josef Zeitlinger (12961).
" " Fernkorngasse 5, von Siegmund und Netti Hochermann, Bauführer Johann Schweitzer (15031).
" " Erlachgasse 26, von Hofherr & Schrantz, Bauführer W. Stadler (13880).
" " Senefeldergasse 48, von Hermine Mittermann, Bauführer Josef Zeitlinger (13799).
XI. Bezirk: Simmering, Simmeringer Hauptstraße 41, an Andreas Winter, ebenda, Bauführer Johann Schneider.
XII. Bezirk: Ober-Meidling, Meidling-Schönbrunnerstraße 126/128, an Charles Gloxin, ebenda, Bauführer Johann Neuwirth.
" " Gaudenzdorf, Meidling-Schönbrunnerstraße 31, an August Rohrer, ebenda, Bauführer Eduard Schieber.
" " Hetzendorf, Eglseegasse 3, an Josef und Fanni Scheiböck, ebenda, Bauführer Michael Weilgony.
" " Gaudenzdorf, Storchengasse 8, an Andreas Wittlinger, ebenda, Bauführer Wenzel Voit.

XII. Bezirk: Hetzendorf, Schlöglgasse 35, an Ludwig Rappeport, ebenda Bauführer Josef Schaufler.
„ „ Gaudenzdorf, Steinhagegasse 5, an Johann Steinhage, Steinhagegasse 7, Bauführer Karl Palisa.
XIII. Bezirk: Breitensee, Spallartgasse 9, an Theodor Mayerhofer, Bauführer Ludwig Zatzka.
„ „ Hütteldorf, Linzerstraße 401, an Josef Herberth, Bauführer Ignaz Schaufler.
„ „ Lainz, Wambachergasse, Einl.-Z. 332, an Alexander Besque Baron Püttlingen, Bauführer Franz Peydl.
„ „ Lainz, Veitingergasse, Einl.-Z. 328, an Rosalia Peydl, Bauführer Franz Peydl.
„ „ Lainz, Veitingergasse, Einl.-Z. 322, an Arthur Netz, Bauführer Franz Peydl.
„ „ Hietzing, Auhofstraße 12, an Theodor Pontzen, Bauführer Pittel & Brausewetter.
„ „ Speising, Feuerwehrdepot, an die Commune Wien, Bauführer ?
„ „ Ober-St. Veit, Tuersgasse 13, an Franz Wifflinger, Bauführer ?
„ „ Hütteldorf, Hüttelbergstraße 12, an Johanna Maly, Bauführer ?
„ „ Hietzing, Wattmanngasse, an Franz Bergauer, Bauführer Mochal & Prokopp.
„ „ Lainz, Veitingergasse, Einl.-Z. 327, an Rosalia Peydl, Bauführer Franz Peydl.
„ „ Unter-St. Veit, Kremsergasse 4, an Karl Helm, Bauführer ?
„ „ Baumgarten, Baumgartenstraße 44, an Franz Donner,
„ „ Hietzing, Lainzerstraße 43, an Robert Geitler, Bauführer Fellner & Helmer.
XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Cardinal Rauscherplatz 3, an J. Pattak, Bauführer Brantner.
„ „ Rudolfsheim, Pereiragasse 7 b, an M. Haubeck, Bauführer ?
„ „ Rudolfsheim, Kauergasse 2, an Franz Rückauf, Bauführer Töpfl.
„ „ Rudolfsheim, Nobilegasse 39, an J. und A. Nechwill, Bauführer Schrepfer.
„ „ Sturzgasse 49, an Kriwanek, Bauführer Schrepfer.
„ „ Rudolfsheim, Reichsapfelgasse 38, an Ockermüller, Bauführer ?
XV. Bezirk: Fünfhaus, Möringgasse 18, an Leopold Phillippi, Bauführer Strohmayer.
„ „ Fünfhaus, Turnergasse 8, an Barbara Kamenicky, Bauführer J. Stättermeyer.
XVI. Bezirk: Ottakring, Willfriedplatz 2, an Franz Florik, ebenda, Bauführer Laurenz Prigl.
„ „ Ottakring, Hyrtlgasse 35, an Leopold Moser, ebenda, Bauführer Engelbert Schrammel.
„ „ Ottakring, Ottakringerstraße 135, an Wilhelm Maißer und Karl Mandl, ebenda, Bauführer Wilhelm Maißer und Franz Roth.
„ „ Ottakring, Payergasse 14, an Anna Lippert, ebenda, Bauführer Arnold Frieß.
„ „ Ottakring, Friedrich Kaiserstraße 12, an Richard Baier, ebenda, Bauführer Josef Pollak.
„ „ Ottakring, Schottengasse 17, an Franz Huber, ebenda, Bauführer Franz Gräf.
„ „ Ottakring, Ganglbauergasse 29, an A. Pfannhauser, VIII., Strozzigasse 41, Bauführer Franz Bock.
„ „ Ottakring, Kulmgasse 4, an Osias Fränkl, ebenda, Bauführer W. Gabauer.
„ „ Ottakring, Wichtlgasse 1, an Karl Niederleitner, ebenda, Bauführer Wilhelm Maißer und Franz Roth.
„ „ Ottakring, Ottakringerstraße 224, an Josef und Marie Hainböck, ebenda, Bauführer Ferd. L. Baldia.
„ „ Neulerchenfeld, Peyerlgasse 15, an Ferd. Meißner, Peyerlgasse 17, Bauführer derselbe.
„ „ Ottakring, Payergasse 14, an Ludwig Ebner, Brunnengasse 72, Bauführer Arnold Frieß.
„ „ Ottakring, Gablenzgasse 36, an Matth. Engel, ebenda, Bauführer Vincenz Haschek.
„ „ Neulerchenfeld, Hasnerstraße 86, an Friedrich Schmidt, Brunnengasse 27, Bauführer Thomas Hofer.
„ „ Neulerchenfeld, Neulerchenfelderstraße 89, an Theresia Lang, Ottakringerstraße 93, Bauführer Wilhelm Maißer und Franz Roth.
„ „ Ottakring, Seitenberggasse 26, an Ant. Hebenstreit, ebenda, Bauführer Franz Ferenda.
„ „ Neulerchenfeld, Hasnerstraße 28, an Konrad Binkelmann, ebenda, Bauführer Josef Cita.
„ „ Neulerchenfeld, Brunnengasse 58, an Alois Thyam, ebenda, Bauführer Franz Bock.
„ „ Ottakring, Friedrich Kaiserstraße 75, an Philomena Kober, ebenda, Bauführer Josef Pollak.
„ „ Ottakring, Ottakringerstraße 235, an Ritter v. Schönfeld und Consorten, Bauführer Ferd. L. Baldia.
XVI. Bezirk: Ottakring, Feßtgasse 6, an Anna Klein, ebenda, Bauführer Ferd. L. Baldia.
„ „ Ottakring, Panikengasse 25, an Regina Vltlavsky, ebenda, Bauführer Rudolf Graf.
XVII. Bezirk: Horneckgasse 5, an Marie Genz, Bauführer J. Mitschke.
„ „ Klopstockgasse 36, an Karl Hoffmann, Bauführer A. Sallatmeyer.
„ „ Syringgasse 3, an Heinrich Römer und Linda Kraus, Bauführer Roth & Maißer.
„ „ Veronikagasse 16, an F. und G. Bermann, Bauführer ?
„ „ Gilmgasse 9, an Georg Atzl, Bauführer ?
„ „ Wichtelgasse 51, an Peter Eder, Bauführer Adalbert Pachner.
„ „ Wichtelgasse 59, an Florian Dračka, Bauführer Franz Haslinger.
„ „ Rokitanskigasse 45, an Ed. Lang, Bauführer derselbe.
XVIII. Bezirk: Währing, Antonigasse 92, an Marie Hant, Abt Karlgasse 15, Bauführer Josef Schmatera.
„ „ Währing, Hans Sachsgasse 27, an Emilie Wittig, ebenda, Bauführer Josef Wurts.
„ „ Währing, Schopenhauerstraße 82, an Franz Fraßl, ebenda, Bauführer Franz Kaindl.
XIX. Bezirk: Döbling, Hohe Warte 23, an Wilhelm Meinl, I., Gonzagagasse 7, Bauführer Schlaf & Parthila.

e) Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Façade-Erneuerung, Graben 13, an die k. k. priv. Assicurazioni Generali in Triest, Bauführer Stagl & Brodhag.
„ „ Atelier, Johannesgasse 23, an Peter Wolfbauer, Bauführer J. Kernast jun.
„ „ Siphonherstellung, Annagasse 3/5, an Victor Silberer, Bauführer Ferd. Dehm & F. Olbricht.
II. Bezirk: Kegelbahn, Dammstraße 23, an Florian Wiehart, Bauführer A. Wenzel.
„ „ Gartenhaus, Leystraße Grundb.-Einl. 3408, an Leo Weiß noe. Karl Popelius, Bauführer R. Reichelt.
„ „ Magazin, Treustraße Cat.-Parc. 3651/2, an die Österr. Central-Bodencreditbank, Bauführer C. Michna.
„ „ Stallbau, Dresdnerstraße Grundb.-Einl. 384, an Josef J. Leinkauf, Bauführer J. Nowak.
„ „ Prater, Englischer Garten, Ausstellung Venedig, an Gabor Steiner, Bauführer O. Schmitt.
„ „ Glühofen, Dresdnerstraße 110, an Winter & Adler, Bauführer Luckeneder & Miserowski.
„ „ Kronprinz Rudolfstraße (Nordbahngrund), an Johann Wachuda, Bauführer ?
„ „ Tribünen, Kronprinz Rudolfstraße 82, an den Wiener Radfahrverein für Wettfahrsport, Bauführer G. Geßwein.
„ „ Canal, Stromstraße 66/68, an Haardt & Comp., Bauführer A. Schlesak.
„ „ Schupfe, Salzachstraße 25, an Josef Junghaus, Bauführer J. Wagner.
III. Bezirk: Rohrcanal, Hauptstraße 6, an Josef Markmüller, Bauführer Franz Gutmann.
„ „ Rohrcanal, Reisnerstr. 39, an Dr. Moriz A. Leop. Popp, Bauführer ?
IV. Bezirk: Canal, Heugasse 62, an Brüder Kann & L. Biber, Bauführer Rud. Horneck.
„ „ Schmiede, Schönburggasse 5, an Francisca Wildau, Bauführer W. Bluma.
„ „ Waschküche, Mayerhofgasse 7, an Ludwig Moser noe. Brennigs Erben, Bauführer W. Stadler.
„ „ Bordach, Hauptstraße 14, an F. Gebhardt, Bauführer Karl Hofmann.
V. Bezirk: Schupfe, Brandmayerg. 5, an Adolf Blicher, Bauführer ?
„ „ Schupfe und Abort, Siebenbrunnengasse 4, Gartengasse 2, an Josef Hohlweg, Bauführer Franz Doleyschka.
„ „ Zwergkessel, Obere Amtshausgasse 42, an Anton Brousek, Bauführer Ed. Schätz.
VI. Bezirk: Abort, Königsegggasse 4, an Gabriel Rotter, Bauführer Heinrich Staud.
„ „ Atelier, Mariahilferstraße 105, an Johann Hahn, Bauführer Josef Gruber.
VII. Bezirk: Façade-Erneuerung, Kandlgasse 22, an Michael Adler, Bauführer Michael Göd.
VIII. Bezirk: Atelier, Josefstädterstr. 33, an Anton Böckh & Paul Fleck, Bauführer Jos. Witzmann.
„ „ Rohrcanal, Albertgasse 3, an Alois Hanusch, Bauführer Franz Prokesch.
XI. Bezirk: Abortbau und Canalisierung, Simmering, Dorfgasse 98, an Erhard Daubert, ebenda, Bauführer Ferdinand Kaindl.
„ „ Senkgrube, Kaiser-Ebersdorf, Kimmerlgasse 4, an Johann Jakadofsky, ebenda, Bauführer Josef Harhammer.
„ „ Senkgrube, Kaiser-Ebersdorferstraße Or.-Nr. 149, an Josef Leitner, ebenda, Bauführer Anton Kurz.

XI. Bezirk: Senkgrube, Kaiser-Ebersdorferstraße Or.-Nr. 153, an Anton Senger, ebenda, Bauführer Anton Kurz.
" " Senkgrube, Kaiser-Ebersdorferstraße Or.-Nr. 159, an Leopold Weber, ebenda, Bauführer Anton Kurz.
" " Senkgrube, Kaiser-Ebersdorferstraße Or.-Nr. 173, an Franz Königswieser, ebenda, Bauführer Anton Kurz.
" " Senkgrube, Kaiser-Ebersdorferstr. Or.-Nr. 183, an Johann Müllеder, ebenda, Bauführer Anton Kurz.
" " Senkgrube, Simmering, 1. Landengasse Conscr.-Nr. 89, an Matthias Haller, XI., Dorfgasse 38, Bauführer Anton Kurz.
" " Hauscanal, Simmeringer Hauptstraße 25, an Adolf und Marie Ludwig, ebenda, Bauführer Johann Schneider.
" " Hauscanal und Abortanlage, Simmering, Krausegasse 13, an Karl Wagner, ebenda, Bauführer Anton Heindl.
" " Hauscanal und Abortanlage, Simmering, Sedlitzkygasse 28, an Cäcilie Leidenix, ebenda, Bauführer Anton Heindl.
" " Hauscanal und Abortanlage, Simmering, Dorfgasse 86, an Georg Gey, XI., Dorfgasse 90, Bauführer Johann Schneider.
" " Hauscanal, Simmering, Krauseg. 3, an Johann Seifert, XI., Simmeringer Hauptstraße 109, Bauführer Anton Heindl.
" " Düngergrube, Simmering, Grillg. 53, an Eduard Leutgeb, ebenda, Bauführer Anton Heindl.
" " Schupfenbauten, Simmering, Kopalgasse 49, an Josef und Josefine Schmelzer, ebenda, Bauführer Ferd. Kaindl.
" " Glashaus u. Schupfenumstellung, Simmering, Mitterweg 174, an Josef Floh, ebenda, Bauführer Ferdinand Kaindl.

XII. Bezirk: Haus, Unter-Meidling, Meidling-Schönbrunnerstraße 116, an Josef Miskolczy, VI., Mariahilferstraße 53, Bauführer Josef Tischler.
" " Haus, Hetzendorf, Eglseeg. 3, an Josef und Fanni Scheiböck, ebenda, Bauführer Michael Weilgony.
" " Schornsteinverstärkung bei dem Fabriksgebäude, Ober-Meidling, Meidling-Schönbrunnerstraße 128, an die Firma Charles Gloxin, ebenda, Bauführer Ludwig Gussenbauer.

XIII. Bezirk: Verkaufsschupfen, Unter-Baumgarten, Friedhofstr., an Wilhelm Lovrek, Bauführer Friedrich Silberbauer.
" " Canal und Aborte, Breitensee, Hütteldorferstraße 100, an Hermann Färber, Bauführer Gottfried Alber.
" " Stalltract, Unter-St. Veit, Hietzinger Hauptstraße 70/68, an Max Seelenmayer, Bauführer Josef Kopf.
" " Portierloge ꝛc., Breitensee, Hütteldorferstraße 74, an die Österr.-amerik. Gummifabrik, Bauführer Gottfried Alber.
" " Veranda, Speising, Hauptstr. 29, an Johann Mördinger, Bauführer Franz Asenbauer.
" " Schupfen, Baumgarten, Hütteldorferstraße 206, an Johann Ernst, Bauführer ?
" " Acht provisorische Aborte, zwischen Hietzing und Hacking längs der Wien, an die Union-Baugesellschaft.
" " Abortanlage, Penzing, Linzerstraße 34, an Stephan Wölfl, Bauführer Heinrich Staud.
" " Stützmauern, Penzingerstraße Einl.-Z. 343, an die Wiener Baugesellschaft Josef Fiebiger, Bauführer Heinrich Staud.
" " Gartenhäuschen, Penzing, Weiglg. 14, an Franz Dworžak, Bauführer ?
" " Canal, Breitenseerstraße 32, an Therese Trittenwein, Bauführer Ludwig Zatzka.
" " Canal, Breitensee, Hütteldorferstraße 80, an Adelheid Lewy, Bauführer Ludwig Zatzka.
" " Canal, Breitensee, Hütteldorferstraße 181/183, an Mann & Fuhrmann, Bauführer Karl Mühlhofer.
" " Canal-Umlegung, Hietzing, Gloriettegasse 2, an David Geiringer, Bauführer Franz List.

XIV. Bezirk: Façaderenovierung, Rudolfsheim, Arnsteingasse 15, an B. Fränkel, Bauführer Gatty.
" " Betriebsanlage, Rudolfsheim, Reindorfg. 13, an Grosser, Bauführer Gatty.

XV. Bezirk: Façaderenovierung, Fünfhaus, Märzstraße 38, an Anton Modry, Bauführer Haschek.
" " Façaderenovierung, Fünfhaus, Sperrg. 25, an Jg. Kraus, Bauführer Köck.
" " Façaderenovierung, Fünfhaus, Sechshauserstraße 18, an J. Schramm, Bauführer Ettmayer.

XVI. Bezirk: Glasdach, Ottakring, Haymerlgasse 32/34, an Karoline Greger, ebenda, Bauführer Heinrich Sasse.
" " Canalisierung, Ottakring, Kuffnergasse, Baustelle 2 und 4, an Ignaz und Jakob Kuffner, XVI., Ottakringerstraße 73, Bauführer A. Zagorski.

XVII. Bezirk: Hauscanal, Hernals, Lacknergasse 2, an Theodor Heier, Bauführer Ignaz Klupp.
" " Hauscanal, Hernals, Klopstockgasse 49, an Josef Militky, Bauführer Georg Strohmayr.
XVII. Bezirk: Hauscanal, Dornbacherstr. 88, an Julius Schuster, Bauführer H. & F. Glaser.
" " Hauscanal, Hernals, Klopstockgasse 52, an Florian und Katharina Steinbeck, Bauführer Aug. Schlesak.
" " Gartenhäuschen, Hernals, Ottakringerstraße 40, an Karl Herzig, Bauführer Franz Bezchleba.
" " Schaukästen, Hernals, Calvarienberggasse 1, an Sylvester Redl, Bauführer Anton Buxbaum.
" " Sonnenschutzplache, Hernalser Hauptstraße 102, an Josef Trnka, Bauführer ?
" " Sonnenschutzplache, Hernals, Gürtelstraße 35, an Johann Bocht, Bauführer ?
" " Sonnenschutzplache, Hernals, Dornerplatz 5, an Johanna Bendelmayer, Bauführer ?
" " Sonnenschutzplache, Hernalser Hauptstraße 90, an Amalie Kraus, Bauführer ?

XVIII. Bezirk: Portierhäuschen, Währing, Dittesgasse Cat.-Parc. 995, Grundb.-Einl. 1780, an Josef Offer, XVIII., Cottagegasse 29, Bauführer Franz Klein.
" " Schupfenzubau, Gersthof, Herbeckstraße 11, an Franz und Rosalia Passecker, ebenda, Bauführer Josef Haupt.
" Brunnengrabung, Gersthof, Richtung der Bastiong., Grundb.-Einl. 429, an Anna Trtschka, IX., Glasergasse 20, Bauführer Wenzel Trtschka.
" " Kegelbahn, Salmannsdorf, Hameaustraße 39, an Franz und Barbara Simlinger, XVIII., Kutschkergasse 2, Bauführer Franz Simlinger.
" " Schupfenzubau, Währing, Anastasius-Grüngasse 25, an Wenzel und Marie Makik, ebenda, Bauführer Georg Kowařik.

XIX. Bezirk: Steinzeugrohr-Canalisierung, Hohe Warte 56, an Emilie Schnabel, ebenda, Bauführer Franz Feigl.
" " Aufbau eines Gartensalons, Armbrustergasse 13, an Michael Pink, ebenda, Bauführer Karl Höllerl jun.
" " Steinzeugrohr-Canalisierung, Sieveringerstr. 21, an Karoline Spieß, ebenda, Bauführer Eduard Spieß.
" " Steinzeugrohr-Canalisierung, Sieveringerstr. 47, an Karoline Kohn, ebenda, Bauführer Eduard Spieß.
" " Steinzeugrohr-Canalisierung, Döblinger Hauptstraße 61, an Josef Wiel, ebenda, Bauführer Franz Feigl.
" " Steinzeugrohr-Canalisierung, Nußwaldgasse 6, an Amalie v. Schwarz, XIX., Hofzeile 5, Bauführer Johann Schäfer.
" " Steinzeugrohr-Canalisierung, Billrothstraße 80, an Josef Hornberger, ebenda, Bauführer Ed. Spieß.
" " Einfriedung, Colloredogasse 15, an Reinhold Trampler, ebenda, Bauführer F. Bayer.
" " Steinzeugrohrleitung, Hohe Warte 46, an Cäcilie Goldschmidt, ebenda, Bauführer Franz Feigl.
" " Steinzeugrohrleitung, Nußwaldgasse 18, an Christine Müllner, Bauführer Schneider.
" " Schupfe, Nußwaldgasse 4, an J. Zacherl, ebenda, Bauführer Joh. Österreicher.
" " Rauchfang, Billrothstraße 67, an Anton Zima, ebenda, Bauführer Franz Feigl.

f) Für Stockwerks-Aufsetzungen:

II. Bezirk: Wallensteinstraße 80, an Franz Straßer, Bauführer Joh. Wagner.

XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Nobilegasse 42, an Leopoldine Keppler, Bauführer Schrepfer.

XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Hasnerstraße 36, an Josef Prokop, VI., Millergasse 29, Bauführer derselbe.
" " Neulerchenfeld, Habichergasse 32, an Josef Malec, VII., Florianigasse 32, Bauführer M. Voit.

XVII. Bezirk: Wohnung, Jörgerstraße 55, an Johann Frotzler, Bauführer Karl Haas.

g) Parcellierungen wurden bewilligt:

VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 33, an Kath. Kaftan.
" " Schleifmühlgasse, Grundb.-Einl. 725, 727 und 1095, an Heinrich Fischer.
" " Wallgasse, Grundb.-Einl. 1180, an Karl Hörandner, Seidengasse 44.

h) Baulinien wurden bestimmt:

I. Bezirk: Für einen Theil der Herren-, Strauch- und Regierungsgasse.
" " Für die Marien-, Landskron-, Kramer-, Rothgasse und einen Theil des Bauernmarktes.

XIV. Bezirk: Für die Ullmannstraße und Gemeindegasse.

XIX. Bezirk: Für die militärärarischen Gründe auf der Türkenschanze.

Realitäten-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 30. April 1895.

I. Bez., Weihburggasse, E.-Z. 1378, bisheriger Besitzer Bünsdorf Katharina 1/24, grundbücherlich übertragen an Bünsdorf Josef 1/24, am 28. Feb. 1895.
" " Salzgries, E.-Z. 1514, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an das Pensions-Institut der Angestellten der Anglo-österreichischen Bank, am 28. Feb. 1895.
" " Museumstraße, E.-Z. 766, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Singer Alexander, am 9. März 1895.
" " Am Gestade, E.-Z. 346, bish. Bes. Buckovic Karoline, verwitwet gewes. Fink 1/2, grdb. übertr. an Buckovic Michael 1/8, Bruder Barbara 3/40, Bruder Karoline 3/40, Bruder Rudolf 3/40, Cornialdi Diego 3/40, Udjbinec Anna, geb. v. Buletic 3/40, am 11. Dec. 1894.
" " Wollzeile, E.-Z. 1452, bish. Bes. Gourcy-Droitaumont Franz, Graf 1/30, grdb. übertr. an Wacken Augustin, Freih. v. 1/60, Waldstein Marie, Gräfin, geb. Wacken, Freiin v. 1/60, am 5. März 1895.
" " Himmelpfortgasse, E.-Z. 466, bish. Bes. Gerl Wilhelm Theobald, Dr., Ritt. v. 1/5, grdb. übertr. an Woerz Hans, Dr., Ritt. v. 1/15, Gerl Marie, geb. Woerz 1/15, Woerz Dora, v. 1/15, am 11. Jän. 1895.
" " Schottenbastei, E.-Z. 1071, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schürer v. Waldheim Cornelia, geb. Mautner v. Markhof, am 30. März 1895.
" " Renngasse, E.-Z. 940, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mautner v. Markhof Ferdinand, Ritt., am 30. April 1895.
" " Salzgries, E.-Z. 1515, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Neustadtl Siegmund 1/2, Neustadtl Fanni 1/2, am 9. März 1895.
" " Kolowratring, E.-Z. 650, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Baum Hermine, geb. Kuffner 1/2, Schlesinger Fanni, geb. Kuffner 1/2, am 27. Feb. 1895.
" " Dominikanerbastei, E.-Z. 194, bish. Bes. Arnold Antonia 4/21, grdb. übertr. an Arnold Anna 12/189, Haid v. Haidenburg Alois 2/189, Haid v. Haidenburg Josef 2/189, Heuhappel Anna 2/189, Gößler Marie 2/189, Haid v. Haidenburg Alexander 2/567, Haid v. Haidenburg Rudolf 2/567, Haid v. Haidenburg Johann 2/567, Germer Anna 2/945, Dorn Josefine 2/945, Tenschert Karoline 2/945, Haid v. Haidenburg Franz 2/945, m. Woisetschläger Marie 2/1890, m. Woisetschläger Richard 2/1890, Pammer Johann 2/315, Haberl Marie, geb. Pammer 2/315, Höbart Karoline 2/315, Pammer Alois 2/315, Pammer Rudolf 2/315, Arnold Engelbert 1/252, Arnold Ferdinand 1/252, Arnold Karl 1/252, Arnold Gustav 1/252, Eckert Therese, geb. Arnold 1/252, Aumann Aloisia, geb. Arnold 1/252, m. Dunkel Marie, geb. Arnold 1/252, m. Arnold Christine 1/252, am 14. Dec. 1894 u. 18. Jän. 1895.
" " E.-Z. 2348, bish. Bes. Binder Ferdinand 1/1, grdb. übertr. an Binder Friedrich 1/5, Binder Julius 1/5, m. Binder Karl 1/5, m. Binder Josef 1/5, m. Binder Leopoldine 1/5, am 22. Jän. 1895.
" " Singerstraße, E.-Z. 1189, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Silberer Victor, am 14. März 1895.
" " Singerstraße, E.-Z. 1190, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Silberer Victor, am 14. Feb. 1895.
" " Marc Aurelstraße, E.-Z. 1019, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Colloredo-Mannsfeld Franz, Graf, am 26. März 1895.
" " Rudolfsplatz, E.-Z. 1001, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wechsler Adolf, am 8. April 1895.

II. Bez., E.-Z. 2420, bish. Bes. Binder Ferdinand 1/2, grdb. übertr. an Binder Friedrich 1/10, Binder Julius 1/10, m. Binder Karl 1/10, m. Binder Josef 1/10, m. Binder Leopoldine 1/10, am 22. Jän. 1895.
" " E.-Z. 1540, bish. Bes. Hengelmüller Josef, grdb. übertr. an Hengelmüller Josef, Dr., am 5. Feb. 1895.
" " Schreigasse, E.-Z. 1769, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Minglgrün Wilhelm, am 15. März 1895.
" " E.-Z. 1367, bish. Bes. Obermayer Helene 1/8, grdb. übertr. an m. Obermayer Hilda 1/8, am 25. Feb. 1895.
" " Pappenheimgasse, E.-Z. 1242, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Horak Franz 1/2, Horak Josef 1/2, am 29. Juli 1893.
" " E.-Z. 1898, bish. Bes. Nittel Theresia 1/2, grdb. übertr. an List Wilhelmine 1/6, Schwarz Marie 1/6, Nittel Karl 1/6, am 12. Feb. 1895.
" " Raphaelgasse, E.-Z. 1513, bish. Bes. Richter Lazar 1/2, grdb. übertr. an Richter Josefine 1/2, am 1. März 1895.
" " Am Volkertplatz, E.-Z. 2309, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Firma Stößel & Comp., am 10. März 1895.
" " Brigittenauerlände, E.-Z. 4276, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Fleischer Ignaz 1/2, Stein Salomon 1/2, am 15. Feb. 1895.

III. Bez., Erdbergstraße, E.-Z. 441, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wehle Emil, am 9. März 1895.
III. Bez., Erdbergstraße, E.-Z. 387, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 4. März 1895.
" " Beatrixgasse, E.-Z. 181, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Boxler Aloisia, am 31. Jän. 1895.
" " Petrusgasse 3, E.-Z. 1181, bish. Bes. Weinfurter Andreas 1/2, grdb. übertr. an Weinfurter Josef 1/14, m. Weinfurter Andreas 1/14, m. Weinfurter Marie 1/14, m. Weinfurter Leopoldine 1/14, m. Weinfurter Adolf 1/14, m. Weinfurter Hermann 1/14, m. Weinfurter Max 1/14, am 5. März 1895.
" " Wassergasse, E.-Z. 1817, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Weiß Johann 1/2, Weiß Theresia 1/2, am 2. März 1895.
" " E.-Z. 206, bish. Bes. Zenone Beatrice, Contessa 1/3, grdb. übertr. an Kalas Josef 1/3, am 14. Jän. 1895.
" " E.-Z. 206, bish. Bes. Zenone Henriette, Contessa 1/3, grdb. übertr. an Kalas Josef 1/3, am 14. Jän. 1895.
" " Sophienbrückengasse, E.-Z. 206, bish. Bes. m. Falier Honorius, Graf 1/6, m. Falier Henriette, Gräfin 1/6, grdb. übertr. an Kalas Josef 1/3, am 14. Jän. 1895.
" " Rollergasse, E.-Z. 796, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Braunböck Franz 1/2, Braunböck Eva 1/2, am 20. März 1895.
" " Salmgasse, E.-Z. 1462, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kraus Albertine, am 22. März 1895.
" " Hühnergasse, E.-Z. 677, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 15. März 1895.
" " Wällischgasse, E.-Z. 1799, bish. Bes. Putschandl Marie 1/2, Schmitzberger Katharina 1/6, Löffler Leopoldine 1/6, grdb. übertr. an Putschandl Julius 5/6, am 4. April 1895.
" " Sophienbrückengasse, E.-Z. 200, bish. Bes. Kraus Anna, geb. Liebl 1/10, grdb. übertr. an Liebl Marie 1/20, Liebl Francisca 1/20, am 16. März 1895.
" " Steingasse, E.-Z. 1625, bish. Bes. Frühbauer Franz 1/24, grdb. übertr. an Seiter Johann 1/24, am 18. März 1895.
" " Hühnergasse, E.-Z. 683, bish. Bes. Schestag Marie 2/5, grdb. übertr. an Heimel Francisca 2/5, am 14. März 1895.
" " Thongasse, E.-Z. 2562, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Pretscher Michael 1/2, Pretscher Anna 1/2, am 11. März 1895.
" " Seidlgasse, E.-Z. 1476, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Frey Anton 1/2, Frey Anna 1/2, am 30. März 1895.
" " Blattgasse, E.-Z. 190, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kann Max 1/2, Kann Leopold 1/2, am 4. April 1895.
" " Heidingergasse, E.-Z. 2438, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Herzog Franz 1/4, Herzog Rudolf 1/4, Herzog Anton 1/4, Herzog Magdalena 1/4, am 30. März 1895.
" " Ungarasse, E.-Z. 1675, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Dumont Paul, am 23. März 1895.
" " Wassergasse, E.-Z. 1821, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Doetsch Editha Wilmar, Du Rieux de Feyau, am 29. März 1895.

IV. Bez., Wiedner Hauptstraße, E.-Z. 923, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Blöch Michael 1/2, Blöch Josefine 1/2, am 31. Jän. u. 15. Feb. 1895.
" " Schönburgstraße, E.-Z. 279, bish. Bes. Alferi Ferdinand 1/2, grdb. übertr. an m. Alferi Ferdinand 1/4, m. Alferi Adolf 1/4, am 4. Jän. 1895.
" " Weyringergasse, E.-Z. 1010, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Eichinger Johann 1/2, Eichinger Barbara 1/2, am 7. März 1895.
" " Mittersteig, E.-Z. 517, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Torka Emanuel, am 7. März 1895.
" " Lambrechtgasse, E.-Z. 413, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Spittler Wenzel, am 20. März 1895.
" " Neumanngasse, E.-Z. 585, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Papke Friedrich Wilhelm 1/2, Papke Susanna 1/2, am 14. März 1895.
" " Hengasse, E.-Z. 248, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Friedmann Alfred, am 3. Dec. 1894.
" " Rittergasse, E.-Z. 672, bish. Bes. Castely Wilhelmine 1/3, grdb. übertr. an Holzinger Adelheid 1/3, am 28. Aug. 1894.

V. Bez., Rüdigergasse, E.-Z. 1004, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kadrle Wilhelm 1/2, Kadrle Theresia 1/2, am 6. März 1895.
" " Hartmanngasse, E.-Z. 386, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Nostwitz Karl 1/2, Nostwitz Franz 1/2, am 3. März 1895.
" " Hundsthurmerspitz, E.-Z. 541, bish. Bes. Pfeiffer Karl Leopold 1/2, grdb. übertr. an Pfeiffer Felix 1/2, am 21./23. März 1895.
" " Herthergasse, E.-Z. 399, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kneusel Feodor, am 28. März 1895.
" " Einsiedlergasse, E.-Z. 132, bish. Bes. m. Schuch Hermine 3/48, m. Schuch Eugenie 3/48, grdb. übertr. an Richter Franz 6/18, am 8. März 1895.
" " Matzleinsdorferstraße, E.-Z. 776, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Jerusalem Bernhard, am 21./22. März 1895.
" " E.-Z. 1405, 1409, 864, bish. Bes. Preiß Pauline 1/8, grdb. übertr. an Preiß Wilhelm 1/24, Preiß Karl 1/24, Feyrer Aloisia, Edle v. 1/24, am 12. März 1895.
" " Siebenbrunnengasse, E.-Z. 2020, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Pick Siegmund 1/2, Korwill Moriz 1/2, am 4. Jän. 1895.
" " Grüngasse, E.-Z. 373, bish. Bes. Högner Franz 1/2, grdb. übertr. an Högner Adrienne 1/2, am 13. März 1895.
" " Siebertgasse, E.-Z. 1804, bish. Bes. Dangl Matthias 1/2, grdb. übertr. an Dangl Johanna 1/2, am 4. März 1895.

V. Bez., Brandmayergasse, E.-Z. 1545, bish. Bes. Bors August, Freih. v., grdb. übertr. an Bors Friedrich, Freih. v. 1/5, Bors Eleonore, Freiin v. 1/5, Bors Sophie, Freiin v. 1/5, Bors Ludmilla, Freiin v. 1/5, Lazar Eleonore, Gräfin 1/10, Lipthay Margaretha, Freiin v. 1/10, am 12. März 1895.
" " E.-Z. 1804, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Dangl Matthias, am 8. Feb. 1895.
" " Gartengasse, E.-Z. 280, bish. Bes. Wagner Karl 1/6, grdb. übertr. an Fleischer Ignaz 1/12, Stein Salomon 1/12, am 15. Feb. 1895.
" " Kleine Neugasse, E.-Z. 842, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Tremel Ludwig Nikolaus, am 6. April 1895.

VI. Bez., E.-Z. 1036, bish. Bes. Weindl Matthias 1/2, grdb. übertr. an Haberl Marie 1/4, Pollak Rudolf 1/16, Pollak Gustav 1/16, m. Pollak Hermine 1/16, m. Pollak Marianne 1/16, am 13. Juli 1894.
" " Schmalzhofgasse, E.-Z. 916, bish. Bes. Pfenningberger Rudolf 1/7, grdb. übertr. an Schneider Bertha 1/7, am 31. Jän. 1895.
" " Gfrornerg., E.-Z. 229, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schumann Josef 1/2, Schumann Rudolf 1/2, am 31. Jän. 1895.
" " Fillgradergasse, E.-Z. 186, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Peschl Victor, am 12. Feb. 1895.
" " Matrosengasse, E.-Z. 715, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Firma Alfred & Otto Berger 1/2, Bettelheim Gottlieb 1/2, am 14. Feb. 1895.
" " Millergasse, E.-Z. 718, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kühnel Wendelin, am 20. Feb. 1895.
" " Liniengasse, E.-Z. 543, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Firma B. Haller & Sohn, am 28. März 1895.
" " Bergsteiggasse, E.-Z. 37, bish. Bes. Lichtblau Anna 1/2, grdb. übertr. an Lichtblau Ferdinand 1/2, am 22. Jän. 1895.
" " Magdalenenstraße, E.-Z. 595, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Malrat Franz 1/2, Malrat Emma 1/2, am 1. März 1895.
" " Hirschengasse, E.-Z. 383, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Frank Eduard 1/2, Frank Rudolf 1/2, am 18. Feb. 1895.
" " Windmühlgasse, E.-Z. 1122, bish. Bes. Philippovic v. Philippsberg Leontine, Freiin 1/5, grdb. übertr. an Philippovic v. Philippsberg Gisela, Freiin 1/10, Philippovic v. Philippsberg Paula, Freiin 1/10, am 26. Mai 1894.
" " Millergasse, E.-Z. 756, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Ritter Barbara, am 6. Feb. 1895.
" " Stumpergasse, E.-Z. 989, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kühnel Wendelin, am 13. März 1895.
" " Magdalenenstraße, E.-Z. 572, bish. Bes. Fuchs Auguste 1/2, grdb. übertr. an Fuchs August 1/8, Maaßen Sophie 1/8, Fuchs Paul 1/8, Schudel Bertha 1/8, am 22. Jän. 1895.
" " Magdalenenstraße, E.-Z. 579, bish. Bes. Wagner Karl 1/2, grdb. übertr. an Fleischer Ignaz 1/4, Stein Salomon 1/4, am 15. Feb. 1895.
" " Wallgasse, E.-Z. 1022, bish. Bes. Wagner Karl 1/6, grdb. übertr. an Fleischer Ignaz 1/12, Stein Salomon 1/12, am 15. Feb. 1895.
" " Stumpergasse, E.-Z. 975, bish. Bes. Krakauer Alexander 1/4, grdb. übertr. an Krakauer Moriz 1/8, Krakauer Heinrich 1/8, am 29. Jän. 1895.
" " Mollardgasse, E.-Z. 831, bish. Bes. Jacobi Theresia, geb. Frank 1/3, grdb. übertr. an Frank Johann 1/6, Frank Franz 1/6, am 11. Jän. 1895.
" " Damböckgasse, E.-Z. 1152, bish. Bes. Robert Klara 1/2, grdb. übertr. an Paumgartten Stephanie, v. 1/2, am 22. März 1895.
" " Gumpendorferstraße, E.-Z. 355, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Czilchert Robert 1/2, Czilchert Sidonie 1/2, am 2. April 1895.

VII. Bez., Lindengasse, E.-Z. 577, bish. Bes. Fuchs Auguste 1/2, grdb. übertr. an Fuchs August 1/8, Maaßen Sophie 1/8, Fuchs Paul 1/8, Schudel Bertha 1/8, am 22. Jän. 1895.
" " Breitegasse, E.-Z. 113, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Prosch Antonia, am 22. Feb. 1895.
" " Hermanngasse, E.-Z. 289, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hengelmüllner Antonia, am 6. Feb. 1895.
" " Lerchenfelderstraße, E.-Z. 564. 565, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Herzfelder Robert, am 16. Feb. 1895.
" " Stuckgasse, E.-Z. 1116, bish. Bes. Flandorfer Rosalia, grdb. übertr. an Baumann Anna, am 8. März 1895.
" " Stuckgasse, E.-Z. 1116, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Györffy Josefa Hermine, v., am 18. März 1895.
" " Guttenberggasse, E.-Z. 261, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bauer Ignaz 1/2, Bauer Elisabeth 1/2, am 4. März 1895.
" " Lerchenfelderstraße, E.-Z. 556, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 28. Feb. 1895.
" " Am Ulrichsplatz, E.-Z. 1121, bish. Bes. Witzmann Josef, grdb. übertr. an Matzner Anton, am 21. März 1895.
" " Neustiftgasse, E.-Z. 847, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Jäger Adolf, am 4. Jän. 1895.
" " Bernardgasse, E.-Z. 74, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schönbeck Josef, am 31. Dec. 1894.
" " Spittelberggasse, E.-Z. 1079, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Reißer Hermine, am 20. Feb. 1895.

VII. Bez., E.-Z. 289, bish. Bes. Hengelmüller Josef 1/2, grdb. übertr. an Hengelmüller Josef, Dr. 1/2, am 5. Feb. 1895.
" " Seidengasse, E.-Z. 979, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Erste Wiener Zeitungsgesellschaft, am 24. Nov. 1894.
" " Guttenberggasse, E.-Z. 260, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Pleban Franz X., am 26. März 1895.

VIII. Bez., Strozzigasse, E.-Z. 733, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Klöpfer Franz, am 1. März 1895.
" " Lerchenfelderstraße, E.-Z. 561, bish. Bes. Schmid Franz sen. 1/8, Schmid Anna 1/8, Hanny Theresia 1/4, grdb. übertr. an Melzer Karl Emil 1/4, Neuhardt Franz 1/4, am 2. März 1895.
" " Lerchenfelderstraße, E.-Z. 535, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Gasselseder Ferdinand 1/2, Gasselseder Susanne 1/2, am 18. Feb. 1895.
" " Kochgasse, E.-Z. 303, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schmeer Alfred, am 31. Dec. 1894.
" " Blindengasse, E.-Z. 104, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wehle Emil, am 27. Feb. 1895.
" " Lerchengasse, E.-Z. 487, bish. Bes. Harbich Herbert 1/8, grdb. übertr. an Harbich Johann 3/96, Zacher Marie 3/96, Harbich Josef 3/96, Brad Leopoldine 1/96, Merta Eduard 1/96, Merta Ferdinand 1/96, am 26. Feb. 1895.
" " Kochgasse, E.-Z. 301, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mathner Anton jun., am 20. März 1895.
" " Breitenfeldergasse, E.-Z. 890, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schmid Marie 14/48, Halek Marie, geb. Specht 7/48, Specht Hermine 7/48, Häfner Juliana 12/48, Specht Karl 4/48, Schmid Karl 4/48, am 18. März 1895.
" " Laudongasse, E.-Z. 434, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Lang Paula, am 18. März 1895.
" " Josefstädterstraße, E.-Z. 289, bish. Bes ?, grdb. übertr. an Schreiber Siegfried, am 21. Feb. 1895.
" " Josefstädterstraße, E.-Z. 237, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mayer Marie, am 3. April 1895.
" " Florianigasse, E.-Z. 176, bish. Bes. Schuch Franz 1/5, grdb. übertr. an Schuch Franz Leopold 1/5, am 11. März 1895.
" " Josefstädterstraße, E.-Z. 285, bish. Bes. m. Schlögl Karl 1/3, grdb. übertr. an Wehle Emil 1/3, am 13. Feb. 1895.
" " E.-Z. 804, bish. Bes. Kammer Anton, grdb. übertr. an Kammer Leopoldine, am 8. März 1895.
" " Blindengasse, E.-Z. 104, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Firma Jos. Jostal jun., am 15. März 1895.

IX. Bez., Nussdorferstr., E.-Z. 647, bish. Bes. Seidel Ludwig Wilh. 1/2, grdb. übertr. an Seidl Ludwig 1/4, Tachauer Marie, geb. Seidel 1/4, am 11. Jän. 1895.
" " Liechtensteinstraße, E.-Z. 377, bish. Bes. Schönerer Georg 1/5, grdb. übertr. an Mayer Anna 1/5, am 21. Feb. 1895.
" " Dietrichsteingasse, E.-Z. 176, bish. Bes. Schuhmann Johann 1/2, grdb. übertr. an Schuhmann Leopoldine 1/2, am 29. Jän. 1895.
" " Nussdorferstraße, E.-Z. 644, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kell Josef 1/2, Kell Amalia 1/2, am 10. Jän. 1895.
" " Nussdorferstr., E.-Z. 618, bish. Bes. Groyer Michael (Sohn) 1/4, grdb. übertr. an Groyer Michael (Vater) 1/4, am 4. März 1895.
" " Liechtensteinstraße, E.-Z. 361, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Steiner Marie, am 6. März 1895.
" " Sensengasse, E.-Z. 1111, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Fuchs Leopold, am 25. Feb. 1895.
" " Pfluggasse, E.-Z. 686, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mayer Johann, am 26. Feb. 1895.
" " Straßnitzkygasse, E.-Z. 1350, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Brand Abraham, am 14. März 1895.
" " Eisengasse, E.-Z. 1470, 1472, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Taussig Samuel 1/3, Taussig Josef 1/3, Taussig Wilhelm 1/3, am 20. März 1895.
" " Sechsschimmelgasse, E.-Z. 1510, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Szajbely Julius, v., am 14. März 1895.
" " Porzellangasse, E.-Z. 1259, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Rosenbaum Max, am 22. März 1895.
" " Badgasse, E.-Z. 90, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Quirgst Anton, am 9. März 1895.
" " Thurngasse, E.-Z. 1019, bish. Bes. Gerstle Therese 1/2, grdb. übertr. an Gerstle Max 1/8, Sommer Mathilde 1/8, Ruß v. Rußthal Karoline 1/8, Frauenfeld Katharina 1/8, am 12. März 1895.
" " Fuchsthalergasse, E.-Z. 882, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bayer Karl, Dr., am 30. März 1895.

X. Bez., E.-Z. 2328, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schaffer Michael 1/2, am 7. Feb. 1895.
" " E.-Z. 1160, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Donner Andreas, am 1. April 1895.
" " E.-Z. 1534, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Fischer Eduard, am 28. Jän. 1895.
" " Inzersdorf, E.-Z. 452, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Löw Philipp 1/2, Kutz Rudolf Anton 1/2, am 30. März 1895.
" " Muhrengasse, E.-Z. 1148, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Braza Marie, am 19. März 1895.

X. Bez., E.-Z. 2096, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Makal Jakob ½, Makal Theresia ½, am 12. April 1895.
„ „ E.-Z. 2353, 2354, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Firma Neudorfer Bierbrauerei Robert Herzfelder & Co., am 3. März 1895.
XI. Bez., Simmering, E.-Z. 425, bish. Bes. Pfeifer Josef ½, Pfeifer Johann 1/6, grdb. übertr. an Wenzl Laurenz 2/6, Wenzl Barbara 2/6, am 11. April 1895.
XII. Bez., Unter-Meidling, E.-Z. 979, bish. Bes. Rasch Johann, grdb. übertr. an Semmendinger Marie, geb. Rasch 1/3, Kolb Hermine, geb. Rasch 1/3, Rasch Johann Adolf 1/3, am 4. Jän. 1895.
„ „ Unter-Meidling, E.-Z. 537, bish. Bes. Kretzl Leopold, grdb. übertr. an Wurz Josefa ½, Lautner Wilhelmine ½, am 29. Dec. 1894.
„ „ Ober-Meidling, E.-Z. 23, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Esselbauer Josef 1/4, Esselbauer Elisabeth 1/4, Wehofer Anton 1/4, Wehofer Julie 1/4, am 28., 29. März 1895.
„ „ Unter-Meidling, E.-Z. 622, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Barmherzigen Schwestern vom heiligen Kreuze nach der Regel des heiligen Franciscus Seraphicus in Linz, am 26. und 29. März 1895.
„ „ Gaudenzdorf, E.-Z. 275, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Krobatschek Alois ½, Krobatschek Aloisia ½, am 27. Feb. 1895.
„ „ Ober-Meidling, E.-Z. 23, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Nauthe Anna, am 5. März 1895.
„ „ Hetzendorf, E.-Z. 205, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Grumböck Josef, am 6. März 1895.
„ „ Altmannsdorf, E.-Z. 142, bish. Bes. Baumann Josef, grdb. übertr. an Kozak Aloisia, am 4. März 1895.
XIII. Bez., Hietzing, E.-Z. 266, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Binnier Mathilde, am 23. März 1895.
„ „ Hütteldorf, E.-Z. 582, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Christ Matthias, am 22. März 1895.
„ „ Hütteldorf, E.-Z. 198, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Rüth Ludwig, am 28. März 1895.
„ „ Breitensee, E.-Z. 115, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Grünwald Richard, am 21. März 1895.
„ „ Breitensee, E.-Z. 105, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mayerhofer Ottilie 1/3, Mayerhofer Theodor 1/3, Mayerhofer Rosalia 1/3, am 28. März 1895.
„ „ Penzing, E.-Z. 247, bish. Bes. Roth Johann ½, grdb. übertr. an Roth Josefa ½, am 21. Dec. 1894.
„ „ Penzing, E.-Z. 247, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Roth Heinrich ½, am 6. April 1895.
„ „ Penzing, E.-Z. 577, bish. Bes. Bandisch Theresia ½, grdb. übertr. an Sauer Johann ½, am 3. März 1895.
„ „ Breitensee, E.-Z. 164, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Haschka Agnes, am 13. April 1895.
„ „ Hietzing, E.-Z. 117, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Tausky Eduard, am 19. April 1895.
„ „ Hietzing, E.-Z. 134, bish. Bes. Fuhrmann Karl 1/4, grdb. übertr. an Prochazka Franz 1/4, am 19. März 1895.
„ „ Speising, E.-Z. 274, bish. Bes. Treutler Johann, Treutler Elise, grdb. übertr. an Deutsch Salomon, am 20. April 1895.
XIV. Bez., Sechshaus, E.-Z. 198, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Firma Dr. Sam. Kollmer, am 27. März 1895.
„ „ Rudolfsheim, E.-Z. 949, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Klima Ignaz ½, Klima Ludmilla ½, am 2. April 1895.
„ „ Rudolfsheim, E.-Z. 74, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Winkelhofer Leopold ½, Winkelhofer Theresia ½, am 17. April 1895.
„ „ Rudolfsheim, E.-Z. 347, bish. Bes. Müllner Marie, grdb. übertr. an Müllner Michael Ferdinand, am 6. April 1895.
„ „ Sechshaus, E.-Z. 214, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Fischer Wilhelm, am 13. April 1895.
„ „ Rudolfsheim, E.-Z. 86, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Reichan August, am 18. April 1895.
XV. Bez., Fünfhaus, E.-Z. 354, bish. Bes. Holzer Karl 1/14, grdb. übertr. an Holzer Ludmilla 1/14, am 3. April 1895.
„ „ Fünfhaus, E.-Z. 510, bish. Bes. Weindl Matthias 6/16, grdb. übertr. an Haberl Marie 4/16, m. Pollak Hermine 1/16, m. Pollak Marianne 1/16, am 13. Juli 1894.
„ „ Fünfhaus, E.-Z. 354, bish. Bes. Holzer Lorenz 1/14, grdb. übertr. an Holzer Ludmilla 1/14, am 3. April 1895.
„ „ Fünfhaus, E.-Z. 486, 498, bish. Bes. Swoboda Simon ½, grdb. übertr. an Swoboda Marie ½, am 15. März 1895.
„ „ Fünfhaus, E.-Z. 398, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 31. März 1895.
„ „ Fünfhaus, E.-Z. 55, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Samietz Paul, am 22. März 1895.
XVI. Bez., Ottakring, E.-Z. 1179, bish. Bes. Kölbl Barbara ½, grdb. übertr. an die Verlassenschaft nach Kölbl Karl ½, am 30. März 1895.
„ „ Ottakring, E.-Z. 1192, bish. Bes. Jung Katharina ½, grdb. übertr. an Jung Ignaz 1/4, Jung Alois 1/4, am 26. April 1894.
XVI. Bez., Ottakring, E.-Z. 1217, bish. Bes. Himmelbauer Karl sen. ½, grdb. übertr. an Himmelbauer Leopold 1/12, Himmelbauer Karl 1/12, Hartner Marie 1/12, Beitl Anna 1/12, Fikar Hermine 1/12, Himmelbauer Josef 1/12, am 27. Dec. 1894.
„ „ Ottakring, E.-Z. 833, 834, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Orator Franz, am 18. Febr. 1895.
„ „ Ottakring, E.-Z. 1090, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Sparcassa der Marktgemeinde Groß-Siegharts, am 15. Feb. 1895.
„ „ Ottakring, E.-Z. 560, 561, bish. Bes. die Österr. Central-Bodencreditbank, grdb. übertr. an Högler Anton ½, Högler Rosine ½, am 20. März 1895.
„ „ Ottakring, E.-Z. 1036, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Czap Georg, am 12. März 1895.
„ „ Ottakring, E.-Z. 856, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Nicollet Marc, am 16. März 1895.
„ „ Ottakring, E.-Z. 2568, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Adelsberger Andreas ½, Adelsberger Marie ½, am 18. März 1895.
„ „ Ottakring, E.-Z 1093, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Sparcassa der Marktgemeinde Groß-Siegharts, am 29. Jän. 1895.
„ „ Neulerchenfeld, E.-Z. 639, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Veit Anton ½, Veit Theresia ½, am 16. März 1895.
„ „ Neulerchenfeld, E.-Z. 685, bish. Bes. Schmid Josefa ½, grdb. übertr. an Ortner Karoline 1/4 und die Verlassenschaft nach Schmid Leopold 1/4, am 17. Jän. 1895.
„ „ Neulerchenfeld, E.-Z. 154, bish. Bes. Wichtl Michael ½, grdb. übertr. an Wichtl Michael 1/10, Wichtl Karl 1/10, Wichtl Ferdinand 1/10, Wichtl Clara 1/10, Wichtl Eleonore 1/10, am 25. Feb. 1895.
„ „ Neulerchenfeld, E.-Z. 716, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Lieb Victor, am 8. Feb. 1895.
„ „ Neulerchenfeld, E.-Z. 511, bish. Bes. Prinner Ignaz ½, grdb. übertr. an Prinner Walburga ½, am 12. Feb. 1895.
„ „ Neulerchenfeld, E.-Z. 793, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Tauer Leopoldine ½, Tauer Brigitta ½, am 16. März 1895.
„ „ Neulerchenfeld, E.-Z. 52, bish. Bes. Plachy Wenzel ½, grdb. übertr. an Plachy Michael, Dr. 1/4, Plachy Aloisia 1/4, am 6. Feb. 1895.
„ „ Neulerchenfeld, Hippgasse 4, E.-Z. 453, bish. Bes. Chotiborsky Andreas ½, grdb. übertr. an Chotiborsky Francisca ½, am 19. März 1895.
„ „ Neulerchenfeld, E.-Z. 493, bish. Bes. Landkammer Wenzel, Landkammer Katharina, grdb. übertr. an Landkammer Josef ½, Landkammer Magdalena ½, am 26. März 1895.
„ „ Neulerchenfeld, E.-Z. 326, bish. Bes. Thurm Rosine, grdb. übertr. an Berger Karoline, am 26. März 1895.
„ „ Ottakring, E.-Z. 1229, bish. Bes. Wolf Josef, Wolf Katharina 1/1, grdb. übertr. an Schroller Charlotte 1/1, am 18. März 1895.
„ „ Ottakring, E.-Z. 829, bish. Bes. Stuzinski Friedrich, grdb. übertr. an Stuzinski Marie, am 14. März 1895.
„ „ Ottakring, E.-Z. 813, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Cohn Theodor ½, Cohn Alfons, Dr. ½, am 28. Dec. 1894.
„ „ Neulerchenfeld, E.-Z. 331, bish. Bes. Samuely Samuel, grdb. übertr. an Schag Jakob ½, Schag Ida ½, am 12. April 1895.
„ „ Neulerchenfeld, E.-Z. 683, bish. Bes. Tauer Johann ½, grdb. übertr. an Tauer Katharina ½, am 18. März 1895.
„ „ Ottakring, E.-Z. 449, bish. Bes. Saßanna Johann ½, grdb. übertr. an Dewam Leopoldine 1/4, Loderer Katharina 1/4, am 18. März 1895.
„ „ Ottakring, E.-Z. 1915, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Englisch Josef ½, Englisch Katharina ½, am 17. April 1895.
„ „ Neulerchenfeld, E.-Z. 187, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Losert Marie, am 21. März 1895.
XVII. Bez., Hernals, E.-Z. 270, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Höfenstock Anton ½, Höfenstock Theresia ½, am 16. März 1895.
„ „ Hernals, E.-Z. 689, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Baumgartner Josef ½, am 19. März 1895.
„ „ Hernals, E.-Z. 144, bish. Bes. ?, Anger Wilhelm, grdb. übertr. an Anger Franz ½, Anger Alois ½, am 6. März 1895.
„ „ Hernals, E.-Z. 1, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien, am 21. Feb. 1895.
„ „ Hernals, E.-Z. 25, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Urban Franz ½, Urban Adelheid ½, am 13. März 1895.
„ „ Hernals, E.-Z. 12, 14, 15, bish. Bes. Bayer Lorenz, grdb. übertr. an Bayer Lorenz jun. ½, Höselmayer Francisca, geb. Bayer ½, am 15. März 1895.
„ „ Hernals, E.-Z. 1222, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Sparcassa der Stadt Eggenburg, am 25. Feb. 1895.
„ „ Hernals, E.-Z. 313, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Vereinsmolkerei Richter & Comp. Ludwig, am 30. März 1895.
„ „ Hernals, E.-Z. 678, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Pfibil Jakob, am 1. April 1895.
„ „ Hernals, E.-Z. 1043, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bittermann Ferdinand ½, Bittermann Heinrich ½, am 13. März 1895.
„ „ Hernals, E.-Z. 845, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kainz Karl ½, Kainz Theresia ½, am 28. März 1895.
„ „ Dornbach, E.-Z. 673, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wieder Adolf, am 24. März 1895.

XVII. Bez., Dornbach, E.-Z. 551, bish. Bes. Seidl Antonie 1/3, grdb. übertr. an Seidl Mathilde Louise 1/6, Seidl Antonie 1/6, am 24. Dec. 1894.
" " Hernals, E.-Z. 421, bish. Bes. Munz Josef 1/2, grdb. übertr. an Munz Theresia 1/2, am 26. März 1895.
" " Neuwaldegg, E.-Z. 51, bish. Bes. Schaurek Franz 1/2, grdb. übertr. an Schaurek Anna Marie 1/2, am 27. März 1895.
" " Hernals, E.-Z. 118, bish. Bes. Tauer Johann 1/2, grdb. übertr. an Tauer Katharina 1/2, am 18. März 1895.
XVIII. Bez., Währing, E.-Z. 714, bish. Bes. Swaty Marie, grdb. übertr. an Swaty Franz 1/4, Bayer Emma 1/4, Verlassenschaft der Wurst Clementine 1/4, Schwendt Aloisia 1/4, am 28. März 1895.
" " Währing, E.-Z. 891, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kaunitz Wilhelmine, Gräfin, am 6. März 1895.
" " Währing, E.-Z. 1526, bish. Bes. Wallner Marie Barbara 4/12, Hattey Johann Ev. Josef 3/12, Hattey Josefine 1/12, grdb. übertr. an Troyer Emilie Barbara, Freiin v., geb. Hattey 8/12, am 5. März 1895.
" " Währing, E.-Z. 1820, bish. Bes. Troyer Emilie Barbara, Freiin v. 4/12, Hattey Joh. Ev. Josef 3/12, Hattey Josefine 1/12, grdb. übertr. an Wallner Marie Barbara, geb. Hattey 8/12, am 5. März 1895.
" " Währing, E.-Z. 1125, bish. Bes. Troyer Emilie Barbara, Freiin v. 4/12, Wallner Marie Barbara 4/12, Hattey Josefine 1/12, grdb. übertr. an Hattey Johann Ev. Josef 9/12, am 5. März 1895.
" " Währing, E.-Z. 876, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Töpfer Josef 1/2, Töpfer Emma 1/2, am 1. März 1895.
" " Währing, E.-Z. 1429, bish. Bes. Goldschmidt Julie 1/2, grdb. übertr. an Grünfeld Marie 1/8, Goldschmidt Heinrich, Dr. 1/8, Schulhof Helene 1/8, Elb Eugenie 1/8, am 6. März 1895.
" " Währing, E.-Z. 1782, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Rimmer Marie, am 19. März 1895.
" " Weinhaus, E.-Z. 46, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schindler Ferdinand 1/2, Schindler Aloisia 1/2, am 30. März 1895.
" " Gersthof, E.-Z. 560, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Trakowanitsch Alois, am 26. März 1895.
" " Gersthof, E.-Z. 433, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Köstler August 1/2, am 28. März 1895.
" " Gersthof, E.-Z. 498, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Karwautz Anna, am 2. April 1895.
" " Pötzleinsdorf, E.-Z. 152, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Loos Josef, Dr. 1/2, Loos Marie 1/2, am 3. März 1895.
" " Gersthof, E.-Z. 656, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Poy Josef 1/3, Schöndorfer Anna 1/3, Poy Karl 1/6, Poy Leopoldine 1/6, am 11. April 1895.
" " Währing, E.-Z. 513, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Obrist Josef 1/2, Baumann Anton 1/2, am 27. März 1895.
" " Währing, E.-Z. 906, 912, 905, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Halbritter Josef, am 12. April 1895.
" " Pötzleinsdorf, E.-Z. 275, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hoffmann Cäcilie, am 13. April 1895.
XIX. Bez., Unter-Döbling, E.-Z. 12, bish. Bes. Niedereder Karl 1/6, grdb. übertr. an Kolbe Katharina 1/12, Niedereder Paul 1/24, Niedereder Hermine 1/24, am 15. Nov. 1894.
" " Unter-Sievering, E.-Z. 352, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Neuron Josef 1/2, Neuron Max 1/2, am 8. Nov. 1893.
" " Grinzing, E.-Z. 371, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Heller Simon, am 23. März 1895.
" " Nußdorf, E.-Z. 412, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Altsinger Marie, geb. Geyer, am 26. März 1895.
" " Heiligenstadt, E.-Z. 268, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Breitenecker Franz, am 8. Feb. 1894.
" " Ober-Döbling, E.-Z. 272, 273, 274, bish. Bes. Österreicher Marie 1/18, Österreicher Anna 1/18, Österreicher Johanna 1/18, Österreicher Francisca 1/18, grdb. übertr. an Österreicher Johann 2/9, am 16. März 1895.
" " Ober-Döbling, E.-Z. 187, bish. Bes. Lange Karl 1/4, Lange Rosalia 1/4, grdb. übertr. an Sauer Karl 1/4, Sauer Josefine 1/4, am 14. März 1895.
" " Ober-Döbling, E.-Z. 44, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Fuchs Josef, am 28. März 1895.
" " Ober-Döbling, E.-Z. 513, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Steiner Wilhelm 1/2, Steiner Johanna 1/2, am 16. Jän. 1895.
" " Ober-Döbling, E.-Z. 226, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schoembs Gottfried 1/2, Schoembs Karoline 1/2, am 17. und 18. April 1895.

Baustellen-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 30. April 1895.

II. Bez., E.-Z. 4000, Baust. IV, Parc. 1303/21, E.-Z. 4001, Baust. I, Parc. 1303/22, bish. Bes. Hasenauer Matthias Karl, Freih. v., grdb. übertr. an Hasenauer Rich., Frh. v. 1/3, Traenkel Risa (Theresia) 1/3, m. Hasenauer Karl Victor Frh. v., 1/3, am 9. April 1895.
II. Bez., E.-Z. 4404, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kuffner Moriz Edl. v. 1/2, Kuffner Wilhelm 1/4, Kuffner Karl 1/4, am 21. März 1895.
" " E.-Z. 2836, Baust. XII, Gruppe C, Reihe XII, bish. Bes. Lukschanderl Simon 1/2, grdb. übertr. an Lukschanderl Johann 1/2, am 25. Feb. u. 2. März 1895.
" " Staudingergasse, E.-Z. 2523, Baust. XLVIII, E.-Z. 2522, Baust. XLVII, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hamburg Mendel, am 12. März 1895.
" " Streffleurgasse, E.-Z. 2002, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hamburg Mendel, am 26. März 1895.
III. Bez., Löwengasse, E.-Z. 1049, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kalaš Josef, am 14. März 1895.
" " E.-Z. 2762, Parc. 1126/119, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wünsch Alfred, am 28. Febr. 1895.
" " E.-Z. 2176, C.-P. 2679/4, E.-Z. 2178, Parc. 2679/2, bish. Bes. Schütz Michael, Schütz Marie 1/14, grdb. übertr. an Göppel Leopold, Göppel Francisca 1/14, am 23. u. 25. Jän. 1895.
" " E.-Z. 2726, P. 1126/33, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schindler Ferdinand, am 15. Febr. 1895.
" " Gestättengasse, E.-Z. 550, bish. Bes. ? grdb. übertr. an Klement Rudolf 1/2, Klement Elisabeth 1/2, am 12. März 1895.
V. Bez., Straußengasse, E.-Z. 2083, P. 1455/3, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 27. Feb. 1895.
" " Matzleinsdorferstraße, E.-Z. 752, Baust. I, P. 1513/1, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bündsdorf Josef, am 5. März 1895.
" " Rainergasse, E.-Z. 1890, Baust. II, P. 1513/3, E.-Z. 1891, Baust. III, P. 1513/4, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bündsdorf Josef, am 5. März 1895.
VII. Bez., E.-Z. 1340, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Jäger Adolf, am 4. Jän. 1895.
IX. Bez., Müllnergasse, E.-Z. 1557, P. 1188/1, 1189/1, 1208/2, 1208/7, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Firma O. Luckeneder & C. Miserowsky, am 15. März 1895.
X. Bez., E.-Z. 2500, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hable Josef, am 8. April 1895.
" " E.-Z. 1394, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Propper Marcus, Dr., am 19. Febr. 1895.
" " E.-Z. 1515, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schweitzer Karoline, am 21. März 1895.
" " E.-Z. 31, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Meixner Matth., am 30. Jän. 1895.
" " E.-Z. 1537, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an North Vincenz, am 18. März 1895.
" " E.-Z. 1302, Gruppe III, P. 1333, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Straßberg Jakob Schya, am 18. März 1895.
" " E.-Z. 2535, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Firma Felten & Guilleaume, am 6. März 1895.
" " E.-Z. 2154, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schein Samuel 1/2, Schein Rosalia 1/2, am 16. März 1895.
" " Inzersdorf, E.-Z. 460, 461, 466, 467, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 1. April 1895.
" " Ober-Laa, E.-Z. 474, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Neubauer Johann 1/2, Neubauer Barbara 1/2, am 30. März 1895.
" " Ober-Laa, E.-Z. 492, bish. Bes. Schmidgunst Theresia 1/4, m. Schmidgunst Anna 1/4, m. Mayrhofer Franz 1/4, grdb. übertr. an Schmidgunst Georg 3/8, Schmidgunst Magdalena 3/8, am 23. Jän. 1895.
" " Ober-Laa, E.-Z. 492, bish. Bes. Schmidgunst Georg 1/8, grdb. übertr. an Schmidgunst Magdalena 1/8, am 23. Jän. 1895.
" " E.-Z. 2530, 2531, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Forchheimer Heinrich, am 10. und 22. Jän. 1895.
" " Ober-Laa, E.-Z. 634, 635, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Firma Anton Panek & Co., am 9. April 1895.
" " Ober-Laa, E.-Z. 83, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Fischer Katharina, am 11. April 1895.
" " Ober-Laa, E.-Z. 301, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Willnecker George, am 17. April 1895.
XI. Bez. Simmering, E.-Z. 226, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schlemmer Franz 1/2, Schlemmer Theresia 1/2, am 4. April 1895.
" " Simmering, E.-Z. 1400, Baustelle I, P. 956/7, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Czermak Gustav, am 27. März 1895.
" " Kaiser-Ebersdorf, E.-Z. 562, P. 1735/20, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Dreher Anton, am 18. Oct. 1894.
" " Simmering, E.-Z. 1525, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Rosenmann Marie, am 13. u. 18. April 1895.
XII. Bez., Gaudenzdorf, E.-Z. 275, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Leeb Johann Ev., am 1. Feb. 1895.
" " Gaudenzdorf, E.-Z. 266, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien, am 19. Dec. 1894.
" " Unter-Meidling, E.-Z. 1179, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien, am 19. Dec. 1894.
" " Ober-Meidling, E.-Z. 68, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien, am 19. Dec. 1894.

XIII. Bez., Unter-St. Veit, E.-Z. 381, Bauſt. LXXXIII, P. 308/53, E.-Z. 382, Bauſt. LXXXIV, P. 308/54, E.-Z. 383, Bauſt.-Fragm. LXXXV, P. 308/55, E.-Z. 384, Bauſt.-Fragm. LXXXVI, P. 308/56, 307/24, 317/2, E.-Z. 385, Bauſt.-Fragm. LXXXVII, P. 308/57, E.-Z. 386, Bauſt.-Fragm. LXXXVIII, P. 308/58, E.-Z. 388, Bauſt.-Fragm. XC, P. 296/22, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Oppenheim Moriz N. $^{6}/_{10}$, am 28. März 1895.

„ „ Hütteldorf, E.-Z. 542, P. 431/1, 431/2, bish. Beſ. Schenkel Karl, grdb. übertr. an m. Schenkel Richard ½, m. Schenkel Valerie ½, am 2. Dec. 1894.

„ „ Unter-St. Veit, E.-Z. 356, Bauſt. LVIII, P. 308/37, E.-Z. 357, Bauſt. LIX, P. 308/38, E.-Z. 358, Bauſt. LX, P. 308/39, E.-Z. 359, Bauſt. LXI, P. 308/40, E.-Z. 360, Bauſt. LXII, P. 308/41, E.-Z. 361, Bauſt. LXIII, P. 308/42, 307/20, E.-Z. 362, Bauſt. LXIV, P. 308/43, E.-Z. 363, Bauſt. LXV, P. 308/44, 307/21, E.-Z. 364, Bauſt. LXVI, P. 308/45, E.-Z. 365, Bauſt. LXVII, P. 308/46, 307/22, E.-Z. 366, Bauſt. LXVIII, P. 308/48, E.-Z. 367, Bauſt. LXIX, P. 308/49, E.-Z. 368, Bauſt. LXX, P. 308/50, 307/23, E.-Z. 370, Bauſt. LXXII, P. 306/13, 306/6, 297/13, 296/16, E.-Z. 371, Bauſt. LXXIII, P. 296/17, E.-Z. 373, Bauſt. LXXV, P. 297/15, 296/18, E.-Z. 375, Bauſt. LXXVII, P. 297/7, 296/19, E.-Z. 378, Bauſt. LXXX, P. 297/19, 296/21, E.-Z. 379, Bauſt. LXXXI, P. 308/51, E.-Z. 380, Bauſt. LXXXII, P. 308/52, E.-Z. 335, Bauſt. XXXVI, P. 298/1, 297/23, 296/10, E.-Z. 336, Bauſt. XXXVII, P. 296/11, E.-Z. 337, Bauſt. XXXVIII, P. 296/12, 297/2, 297/24, 298/2, E.-Z. 338, Bauſt. XXXIX, P. 296/13, 297/21, 297/11, E.-Z. 339, Bauſt. XL, P. 296/14, 297/12, E.-Z. 340, Bauſt. XLI, P. 296/15, E.-Z. 341, Bauſt. XLII, P. 310/10, 308/21, E.-Z. 342, Bauſt. XLIII, P. 310/11, 308/22, E.-Z. 343, Bauſt. XLIV, XLV, P. 310/12, 310/13, 308/23, 308/24, E.-Z. 344, Bauſt. XLVI, P. 310/14, 308/25, E.-Z. 345, Bauſt. XLVII, P. 308/26, E.-Z. 346, Bauſt. XLVIII, P. 308/27, E.-Z. 347, Bauſt. XLIX, P. 308/28, E.-Z. 348, Bauſt. L, P. 308/29, E.-Z. 349, Bauſt. LI, P. 308/30, E.-Z. 350, Bauſt. LII, P. 308/31, E.-Z. 351, Bauſt. LIII, P. 308/32, E.-Z. 352, Bauſt. LIV, P. 308/33, E.-Z. 353, Bauſt. LV, P. 308/34, E.-Z. 354, Bauſt. LVI, P. 308/35, E.-Z. 305, Bauſt. V, P. 283/28, 308/3, 310/4, 283/29, E.-Z. 314, Bauſt. XV, P. 307/13, E.-Z. 315, Bauſt. XVI, P. 296/8, 297/10, E.-Z. 316, Bauſt. XVII, P. 296/9, 297/25, 297/22, 298/3, E.-Z. 317, Bauſt. XVIII, P. 308/6, E.-Z. 318, Bauſt. XIX, P. 308/7, E.-Z. 319, Bauſt. XX, P. 308/8, E.-Z. 320, Bauſt. XXI, P. 308/9, E.-Z. 321, Bauſt. XXII, P. 308/10, E.-Z. 322, Bauſt. XXIII, P. 308/11, E.-Z. 323, Bauſt. XXIV, P. 308/12, E.-Z. 324, Bauſt. XXV, P. 308/13, E.-Z. 327, Bauſt. XXVIII, P. 283/48, 307/14, E.-Z. 328, Bauſt. XXIX, P. 308/15, 283/61, 283/62, E.-Z. 329, Bauſt. XXX, P. 308/16, 283/47, 307/15, E.-Z. 330, Bauſt. XXXI, P. 308/17, E.-Z. 331, Bauſt. XXXII, P. 308/18, 283/46, 307/16, E.-Z. 332, Bauſt. XXXIII, P. 308/19, E.-Z. 333, Bauſt. XXXIV, P. 308/20, 307/17, E.-Z. 334, Bauſt. XXXV, P. 307/18, grdb. übertr. an Oppenheim Moriz N. $^{6}/_{10}$, am 28. März 1895.

„ „ Hütteldorf, E.-Z. 392, P. 646/56, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Schweyer Johann ½, Schweyer Suſanna ½, am 13. März 1895.

„ „ Hütteldorf, E.-Z. 415, P. 662/2, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Matſchinger Barbara, am 9. April 1895.

„ „ Breitenſee, E.-Z. 561, P. 299/2, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Pirgmayr Karl ½, Pirgmayr Katharina ½, am 31. Jän. 1895.

„ „ Breitenſee, E.-Z. 494, P. 330/2, 332, E.-Z. 501, P. 330/8, bish. Beſ. Zehrer Friedrich $^{6}/_{96}$, grdb. übertr. an Zehrer Louiſe $^{6}/_{96}$, am 16. Feb. 1895.

„ „ Breitenſee, E.-Z. 496, P. 330/3, E.-Z. 498, P. 330/5, E.-Z. 500, P. 330/7, bish. Beſ. Zehrer Friedrich $^{6}/_{48}$, grdb. übertr. an Zehrer Louiſe $^{6}/_{48}$, am 16. Feb. 1895.

„ „ Breitenſee, E.-Z. 106, P. 10573, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Mayerhofer Ottilie $^{1}/_{3}$, Mayerhofer Theodor $^{1}/_{3}$, Mayerhofer $^{1}/_{3}$, am 28. März 1895.

„ „ Ober-St. Veit, E.-Z. 761, P. 890, E.-Z. 766, P. 895, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Trillſam Anton ½, Trillſam Magdalena ½, am 11. April 1895.

„ „ Lainz, E.-Z. 179, P. 291, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Lechner Karl ½, Lechner Katharina ½, am 21. März 1895.

„ „ Penzing, E.-Z. 757, P. 633/32, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Sauer Johann, am 3. März 1895.

„ „ Speiſing, E.-Z. 229, P. 433, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Reitter Wilhelmine, am 12. April 1895.

„ „ Unter-St. Veit, E.-Z. 187, P. 303/1, 310/7, 296/26, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Oppenheim Moriz N. $^{6}/_{10}$, am 28. März 1895.

„ „ Ober-St. Veit, E.-Z. 920, P. 1085, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Oppenheim Moriz N. $^{6}/_{10}$, am 28. März 1895.

Lainz, E.-Z. 13, P. 12, E.-Z. 181, P. 294, E.-Z. 210, P. 335, E.-Z. 231, P. 364/1, 365, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Oppenheim Moriz N. $^{6}/_{10}$, am 28. März 1895.

XV. Bez., Fünfhaus, E.-Z. 757, P. 134/12, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an den St. Antonius-Aſylverein in Wien, am 16. März 1895.

XVI. Bez., Ottakring, E.-Z. 212, P. 325, 326, bish. Beſ. Leitner Anna, Leitner Magdalena $^{2}/_{3}$, grdb. übertr. an Leitner Franz $^{2}/_{3}$, am 27. März 1895.

„ „ Ottakring, E.-Z. 1769, P. 2578, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Zidek Wilhelm ½, Zidek Antonia ½, am 2. April 1895.

„ „ Ottakring, E.-Z. 711, P. 331, bish. Beſ. Wöginger Franz $^{2}/_{8}$, grdb. übertr. an Pulletz Karl $^{1}/_{8}$, Pulletz Marie $^{1}/_{8}$, am 25. März 1895.

„ „ Ottakring, E.-Z. 2572, P. 2865, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Wendlberger Prokop ½, Wendlberger Apollonia ½, am 28. März 1895.

„ „ Neulerchenfeld, E.-Z. 241, bish. Beſ. Maurer Karl $^{3}/_{4}$, grdb. übertr. an Maurer Marie $^{3}/_{4}$, am 16. März 1895.

„ „ Neulerchenfeld, E.-Z. 592, P. 207/1, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Gruber Joſef ½, Gruber Katharina ½, am 1. April 1895.

„ „ Ottakring, E.-Z. 2003, P. 2146, bish. Beſ. Wolf Joſef, grdb. übertr. an Schroller Charlotte, am 18. März 1895.

„ „ Ottakring, E.-Z. 2571, bish. Beſ. Frankl Julius, grdb. übertr. an Bohdanetzky Franz ½, Bohdanetzky Johanna ½, am 11. April 1895.

XVII. Bez., Hernals, E.-Z. 139, 140, 143, 146, 148, 149, bish. Beſ. Anger Wilhelm $^{2}/_{10}$, grdb. übertr. an Anger Franz $^{1}/_{10}$, Anger Aloiſ $^{1}/_{10}$, am 6. März 1895.

„ „ Dornbach, E.-Z. 754, P. 1135/1, E.-Z. 747, P. 1135/2, E.-Z. 748, P. 1135/3, E.-Z. 749, P. 1135/4, E.-Z. 750, P. 1135/5, E.-Z. 751, P. 1135/6, E.-Z. 752, P. 1135/7, E.-Z. 753, P. 1135/8, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Rouſſeau Johann ½, Rouſſeau Karl ½, am 2. April 1895.

XVIII. Bez., Währing, E.-Z. 715, P. 302/4, E.-Z. 716, P. 302/2, bish. Beſ. Swaty Marie, grdb. übertr. an Swaty Franz $^{1}/_{4}$, Bayer Emma $^{1}/_{4}$, Verlaſſenſchaft nach Wurſt Clementine $^{1}/_{4}$, Schwendt Aloiſia $^{1}/_{4}$, am 28. März 1895.

„ „ Währing, E.-Z. 1815, P. 638/3, 640/5, 879/2, 636/4, E.-Z. 1816, P. 638/2, 640/4, 640/6, bish. Beſ. Hattey Johann Ev. Joſef $^{3}/_{12}$, Wallner Marie Barbara $^{4}/_{12}$, Hattey Joſefine $^{1}/_{12}$, grdb. übertr. an Troyer Emilie Barbara, Freiin v., geb. Hattey $^{8}/_{12}$, am 5. März 1895.

„ „ Währing, E.-Z. 1818, P. 637/3, 637/4, 635/5, 632/8, E.-Z. 1819, P. 637/5, 637/6, 635/6, 632/9, bish. Beſ. Troyer Emilie Barbara, Freiin v. $^{4}/_{12}$, Hattey Johann Ev. Joſef $^{3}/_{12}$, Hattey Joſefine $^{1}/_{12}$, grdb. übertr. an Wallner Marie Barbara, geb. Hattey $^{8}/_{12}$, am 5. März 1895.

„ „ Währing, E.-Z. 1124, P. 645, 646, 647, E.-Z. 1821, P. 641/1, 640/2, 640/7, bish. Beſ. Troyer Emilie Barbara, Freiin v. $^{4}/_{12}$, Wallner Marie Barbara $^{4}/_{12}$, Hattey Joſefine $^{1}/_{12}$, grdb. übertr. an Hattey Johann Ev. Joſef $^{9}/_{12}$, am 5. März 1895.

„ „ Währing, E.-Z. 1817, P. 640/11, 640/12, 637/1, 153/3, 637/2, 635/3, 635/2, 632/4, 632/6, E.-Z. 1822, P. 632/5, 632/7, E.-Z. 1823, P. 632/12, bish. Beſ. Troyer Emilie Barbara, Freiin v. $^{4}/_{12}$, Wallner Marie Barbara $^{4}/_{12}$, Hattey Johann Ev. Joſef $^{3}/_{12}$, grdb. übertr. an Hattey Joſefine $^{11}/_{12}$, am 5. März 1895.

„ „ Währing, E.-Z. 926, P. 445/33, 547/22, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Klitſch Heinrich, Dr., am 17. Dec. 1894.

„ „ Währing, E.-Z. 926, P. 445/33, 547/22, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Wehle Emil, am 15. Oct. 1894.

„ „ Salmannsdorf, E.-Z. 121, P. 107, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Bſteh Karl, am 22./23. März 1895.

„ „ Gerſthof, E.-Z. 270, P. 584, E.-Z. 271, P. 582, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Schluck Adolf, am 30. März 1895.

„ „ Gerſthof, E.-Z. 139, P. 270, E.-Z. 140, P. 188, E.-Z. 16, P. 268, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Hametter Roſalia, am 11. Jän. 1895.

„ „ Pötzleinsdorf, E.-Z. 410, P. 554/72, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Friedmann Salomon, am 13. Nov. 1894.

„ „ Pötzleinsdorf, E.-Z. 447, P. 554/109, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Langraf Siegmund, am 20. Sept. 1894.

„ „ Pötzleinsdorf, E.-Z. 443, P. 554/105, E.-Z. 444, P. 554/106, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Schick Moriz ½, Schick Roſa ½, am 15. Sept. 1894.

„ „ Pötzleinsdorf, E.-Z. 423, P. 554/85, E.-Z. 424, P. 554/86, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Stern Camilla, am 17. Feb. 1894.

„ „ Pötzleinsdorf, E.-Z. 409, P. 554/71, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Mandl Friederike, am 13. Nov. 1894.

„ „ Pötzleinsdorf, E.-Z. 445, P. 554/107, E.-Z. 446, P. 554/108, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Guldner Irma, am 25. Oct. 1894.

XIX. Bez., Nuſsdorf, E.-Z. 255, P. 847, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Klippel-Slanina Rudolf ½, Klippel-Slanina Aloiſia ½, am 10. März 1895.

„ „ Heiligenſtadt, E.-Z. 179, P. 671/1, 671/2, bish. Beſ. ?, grdb. übertr. an Klippel-Slanina Rudolf ½, Klippel-Slanina Aloiſia ½, am 10. März 1895.

XIX. Bez., Kahlenbergerdorf, E.-Z. 20, P. 180, 183, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hengl Amalia, am 7. März 1895.
„ „ Kahlenbergerdorf, E.-Z. 27, P. 253, 254, 256, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bondy Julius, Dr., am 22. März 1895.
„ „ Heiligenstadt, E.-Z. 138, P. 474/1, 474/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien, am 2. Juli 1894.
„ „ Heiligenstadt, E.-Z. 406, P. 628/1, 628/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Strobl Johanna, am 30. März 1895.
„ „ Ober-Döbling, E.-Z. 845, P. 868/59, 866/5, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bouchal Leonhard ½, Bouchal Fanni ½, am 20. Feb. 1895.
„ „ Ober-Sievering, E.-Z. 101, P. 548, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wittmann Franz ½, Wittmann Barbara ½, am 1. April 1895.
„ „ Grinzing, E.-Z. 246, P. 1034, E.-Z. 422, P. 906/1, 906/2, bish. Bes. Ruckenbauer Theresia ½, grdb. übertr. an Ruckenbauer Josef ½, am 14. Feb. 1895.
„ „ Unter-Sievering, E.-Z. 351, P. 783, bish. Bes. Ruckenbauer Theresia ½, grdb. übertr. an Ruckenbauer Josef ½, am 14. Feb. 1895.

Gewerbeanmeldungen vom 3. Mai 1895.

Janisch Ludwig — Ausschank von Bier und Wein — III., Reisnerstr. 46.
Richter Samuel — Ausschank und Klein-Verschleiß von gebrannten geistigen Getränken und Ausschank von Thee — III., Schlachthausgasse 17.
Lilienfeld Alfred — beh. autor. Bauingenieur — IX., Garnisonsg. 3.
Kuffner Adolf und Genossen — Brauerei — XVII., Ortliebgasse 17.
Liebenthaler Josef — Fiaker, Lic. 364 — X., Leibnitzgasse 63.
Teuschel Siegmund — Fiaker, Lic. 424 — X., Alxingergasse 55.
Lenk Alois — Flaschenbier-Verschleiß — III., Kegelgasse 11.
Flaschl Eva — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Hohe Warte 1.
Firan Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Bürgergasse 18.
Merkader Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Erdbergstr. 93.
Dömel Josefa — Handel mit Käse und Salami im Umherziehen — XIX., Kahlenbergerstraße 34.
Kufner Anton — Harmonikamacher — XVI., Khunngasse 13.
Berger Fritz — Herausgeber der periodischen Druckschrift „Wiener Fortschrittspresse und österr. allgem. Zeitung" — IX., Schlickgasse 1.
Chiavacci Vincenz — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Das bunte Blatt" — IX., Frankgasse 1.
Blahak Franz — Kalbfleisch-Verschleiß — XVI., Abelegasse 6.
Zemann Karl — Herrenkleidermacher — IX., Wasagasse 28.
Gold Marie — Marktvictualien-Verschleiß — XVI., Brunneng., Markt.
Hörle Johann jun. — Milchhandel — VI., Hofmühlgasse 19.
Kuttig Heinrich — Milch- und Gebäck-Verschleiß — X., Simmeringerstr. 5.
Haid Georg — Saiteninstrumenten-Macher — IX., Kinderspitalgasse 3.
Kubik Josef — Schuhmacher — XVIII., Genzgasse 83.
Mrnak Anton — Schuhmacher — XVI., Bachergasse 23.
Fürst Marie — Stadtlohnfuhrwerk — X., Himbergerstraße 149.
Wenzel Franz — Tapezierer — VI., Gumpendorferstraße 123.
Ehrenstein Cäcilie — Trödlerin — VI., Hofmühlgasse 18.
Blumrich Eduard — Verschleiß von Fahrrädern — IX., Van Swieteng. 6.
Fischer Siegmund, Fischer Marcus — Wareneinkauf — VI., Webg. 39.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 4. Mai 1895.

Färber Bertha — Baumwolldruckerei — XV., Turnergasse 10.
Ehrenfest Arthur — Beh. autor. Maschinenbau-Ingenieur — III., Strohg. 3.
Leitner Ernst — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Schenk Marie — Brantwein- und Theeschank — XV., Herklotzgasse 6.
Magyar Abraham — Commissions-Verschleiß von Bedarfsartikeln für Zahnärzte und Zahntechniker — I., Naglergasse 3.
Sauer Ludwig — Fiaker, Lic. 613 — XV., Sperrgasse 10.
Wörthmann Johann — Fleischhauer — VIII., Florianigasse 37.
Flachs Bella — Friseurgewerbe — VIII., Alserstraße 67.
Ebner Karl — Gast- und Schankgewerbe — XV., Beingasse 14.
Staudner Johann — Gast- und Schankgewerbe — XV., Märzstraße 27.
Göbel Moriz — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Sonnenfelsgasse 3.
Machanek Max — Gemischtwarenhandel — I., Johannesgasse 14.
Strobl Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Bürgerplatz 2.
Zelina Josef — Herrenkleidermacher — XIV., Pillergasse 12.
Kainer Tobias — Kleinfuhrmann — XIII., Spallartgasse 3.
Sperka Martin — Kleinfuhrwerk — XIX., Krottenbachstraße 12.
Waach Katharina — Kunstblumen-Erzeugung — VIII., Piaristeng. 29.
Kreuzer Matthias — Maurermeister — XV., Fünfhausgasse 20.
Wolf Anna — Pfaidlerin — III., Ungargasse 25.
Wiedermann Franz — Schuhmacher — XVI., Lambertgasse 16.
Schober Anton — Selchwaren-Verschleiß — X., Herndlgasse 24.
Waas Cäcilie — Übernahme von Kleidern und Stoffen zum chemischen Putzen und von Wäsche zum Waschen durch befugte Gewerbsleute — VIII., Skodagasse 8.
Czerny Marie — Verkauf von Taschnerwaren — XI., Hauptstraße 42.
Klein Marie — Victualienhandel — III., Gestettengasse 17.
Bondy Siegfried — Wasserleitungs-Installation — XIV., Kauerg. 4.

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes 1127

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 7. Mai 1895.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Verabschiedung der aus dem Gemeinderathe ausscheidenden Gemeinderathsmitglieder 1127
2. Spende des Fürsten Josef Colloredo-Mannsfeld 1127
3. Spende einer ungenannt sein wollenden Dame 1127
4. Spende des Jacques Landesmann 1127
5. Spende eines Ungenannten 1127
6. Spende des Stabsarztes Dr. Anton Stenzl für die Stadtbibliothek 1127
7. Legat nach Rittmeister Karl Danner für das städtische Museum 1127
8. Legat nach Magdalena Denk (Stiftung) 1127
9. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Schuh, betreffend die Auflassung des Währinger Ortsfriedhofes 1128

Interpellation:
10. Gem.-Rath Dr. Geßmann, betreffend die Erstattung des Referates betreffend die Kehrichtverwertung 1129

Anträge:
11. Gem.-Rath Winter, betreffend die Zuwendung der Gürtelspiegelgründe zwischen der Felber- und Mariahilferstraße für den öffentlichen Verkehr 1129
12. Gem.-Rath Purscht, betreffend die Abänderung einiger auf die Sonntagsruhe bezughabenden Bestimmungen 1129

Referate:
13. Gem.-Rath Baugoin, betreffend den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Geßmann wegen Widmung eines weiteren Betrages anläßlich der Erdbeben-Katastrophe in Laibach 1129
14. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Weinbauvereines in Ober- und Unter-Sievering 1130
15. Gem.-Rath Müller, betreffend die Erwerbung des Hauses XIII., Linzerstraße 241 (Einl.-Z. 28 Unter-Baumgarten) zum Zwecke der Umlegung der Zehetnergasse 1130
16. Gem.-Rath Dr. v. Billing, betreffend die Verification der Ersatzwahlen in den Bezirksausschuss aus dem ersten und dritten Wahlkörper des V. Bezirkes 1130
17. Derselbe, betreffend die Subventionierung der fachlichen Fortbildungsschule des Gremiums der Hoteliers 1131
18. Vice-Bürgermeister Dr. Richter, betreffend die definitive Organisation des Gemeinde-Sanitätsdienstes in Wien 1131

Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 1143
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 30. April 1895 1143
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 1. Mai 1895 1148

Bezirksausschüsse:
Ergebnis der am 9. Mai 1895 vom dritten Wahlkörper des XIII. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahlen für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897 1151

Allgemeine Nachrichten:
Commission für Verkehrsanlagen 1151
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 7. und 9. Mai 1895 1151
Pferdemarkt vom 7. Mai 1895 1151
Stechviehmarkt vom 9. Mai 1895 1151

Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 6. bis 9. Mai 1895 1152
Ertheilte Bauconsense vom 1. bis 30. April 1895 1153

Realitäten-Verkehr in Wien vom 1. bis 30. April 1895 1157

Baustellen-Verkehr in Wien vom 1. bis 30. April 1895 1160

Gewerbeanmeldungen 1162
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. V. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen.*)

1895.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
20. Mai 11 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Neubau von Haupt-Unrathscanälen in der neuen Straße zwischen der Boerhavegasse und Hauptstraße und in der Seitengasse 12, im III. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 8809 fl. 1 kr. und 900 fl. Pauschale. 1—3
21. Mai 10 Uhr	detto	M.-Z. 54092. Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Neupflasterung der Hegelgasse zwischen der Schwarzenbergstraße und der Johannesgasse im I. Bezirke** mit A. Holzstöckeln oder B. Asphalte comprimé, und zwar: ad A. 1. Die Arbeiten und Lieferungen für die **Holzstöckelpflasterung** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 15.081 fl. 25 kr. und 2. der **Erd- und Steinpflasterungsarbeiten** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1341 fl. 55 kr.; ad B. 1. der Arbeiten und Lieferungen für die **Asphaltpflasterung** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 15.131 fl. 65 kr., und 2. der **Erd- und Steinpflasterungsarbeiten** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1233 fl. 35 kr. 3—3
22. Mai 10 Uhr	detto	M.-Z. 50008. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Dittesgasse im XIX. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 3308 fl. 68 kr. und 100 fl. Pauschale. 3—3
24. Mai 10 Uhr	detto	Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung von Trottoirs aus Asphalte coulé** vor den Häusern Or.-Nr. 1 und 2 Regierungsgasse und Or.-Nr. 9 Minoritenplatz im I. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 1573 fl. 95 kr. 3—3
25. Mai 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	Vergebung der **Stein-Pflasterungsarbeiten** bei Herstellung eines Metallicpflasters in der Wehrgasse im V. Bezirke in der Strecke zwischen der Hundsthurmerstraße und der Wiedenstraße im veranschlagten Kostenbetrage von 2382 fl. 50 kr. und 100 fl. Pauschale. 3—3
25. Mai 11 Uhr	detto	M.-Z. 78528. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Neubau von Haupt-Unrathscanälen in der Hütteldorferstraße von der Reinlgasse bis zur Nobilegasse, in der Kienmayergasse und Rustfeingasse, und in der Matzingergasse im XIII. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 8387 fl. 14 kr. und 800 fl. Pauschale, beziehungsweise 7201 fl. 75 kr. und 500 fl. Pauschale, beziehungsweise 533 fl. 65 kr. und 100 fl. Pauschale, daher zusammen im Gesammtkostenbetrage von 16.122 fl. 54 kr. und 1400 fl. Pauschale. 1—3
27. Mai 10 Uhr	detto	Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten** für die theilweise Neupflasterung der Nordbahnstraße zwischen der Prager Reichsstraße und Am Tabor im II. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 1640 fl. 54 kr. und 200 fl. Pauschale. 3—3
28. Mai 10 Uhr	detto	Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten** für die Neupflasterung der Treustraße im II. Bezirke von der Wallensteinstraße bis zur Wolfsaugasse im veranschlagten Kostenbetrage von 1202 fl. 53 kr. und 200 fl. Pauschale. 3—3

*) Pläne, Kostenanschläge ꝛc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend aus-

*

zufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Vadium von **5 Percent der Kostenanschlagssumme** anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Arbeitsgattungen oder Lieferungen wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Prot.-Nr. 63064 ex 1895.

IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Verkaufes des von der städtischen Realität Or.-Nr. 28 Kärnthnerstraße, Or.-Nr. 6 Neuer Markt, I. Bezirk,** nach Demolierung des auf derselben befindlichen Gebäudes in Gemäßheit der genehmigten Baulinien **erübrigenden Baugrundes, sowie des in diesen vom Neuen Markte einzubeziehenden Straßengrundes** im Ausmaße von circa 769 m², **endlich des Altmateriales** des zu demolierenden Gebäudes wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Freitag den 7. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan und die Verkaufsvorschrift im Magistrats-Departement IV und im Stadtbauamte (Abtheilung III) während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium per 30.000 fl. anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinderath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 8. Mai 1895. 1—3

G.-Z. 2791.

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter Stellen für katholische Religionslehrer im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte Stellen für katholische Religionslehrer zur Besetzung:

an der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Mädchen, II. Bezirk, Holzhausergasse 7;

an der Bürgerschule für Knaben und Mädchen, III. Bezirk, Hainburgerstraße 40, und

an der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Knaben XII. Bezirk, Singrienergasse 19.

Mit jeder dieser Stellen ist der Jahresgehalt der II. Gehaltsclasse von 1000 fl. und das Quartiergeld von jährlich 300 fl., beziehungsweise nach 15jähriger Dienstleistung in definitiver Anstellung an öffentlichen Volksschulen von jährlich 400 fl., sowie der Anspruch auf Dienstalterszulagen von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je fünf Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrath zu richten; dieselben müssen **längstens bis 31. Mai 1895,** und zwar, wenn der Bewerber bereits schulbehördlich als Religionslehrer bestellt ist, im vorgeschriebenen Dienstwege, bei jenem Ortsschulrathe eingelangt sein, in dessen Sprengel die betreffende Stelle zu vergeben ist.

Die Gesuche sind zu belegen mit:

dem Taufscheine bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind;

dem Heimatscheine unter derselben Voraussetzung;

den Nachweisen über geleistete Schuldienste bei solchen Bewerbern, welche als Religionslehrer schulbehördlich bestellt waren;

einem Zeugnisse des unmittelbar Vorgesetzten über Verhalten und Verwendung, falls der Bewerber noch nicht schulbehördlich bestellt war, und bei solchen Bewerbern, welche bereits als schulbehördlich bestellte Religionslehrer in Verwendung stehen, mit der in den Rubriken 1 bis 5 und 8 A auszufüllenden Dienstttabelle.

Die geforderten Gesuchsbelege sind im Originale oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften beizubringen.

Die etwa ausgewiesene Dienstzeit ist bis zum Ablaufe des Concurstermines zu berechnen.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,
am 26. April 1895.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:

Dr. Theodor Reisch. 3—3

M.-Z. 8401.

XIX.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am 21. Mai 1895 als ersten, eventuell am 5. Juni 1895 als zweiten Termin, jedesmal um 9 Uhr vormittags, werden **25.000 Stück theils Fichten-, theils Tannenbretter,** 6 m lang, in diverser Breite, im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen sofortige bare Bezahlung hintangegeben werden.

Kauflustige wollen sich daher am obbezeichneten Tage und zur obbezeichneten Stunde am Licitationsorte XIX., Heiligenstädterlände 9, einfinden.

Vom magistratischen Bezirksamte für den XIX. Bezirk

Wien, am 1. Mai 1895. 1—3

Z. 87188.
V.

Kundmachung.

(Politische Begehung.)

Laut Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 8. Mai 1895, Z. 42844, findet die politische Begehung, betreffend das Project der Wiener Tramway-Gesellschaft für eine Verbindungscurve zwischen den Remisegeleisen im XIII. Bezirke, Schwendergasse, und dem currenten Geleise der Linie Wien—Penzing **am 13. Mai 1895** unter der Leitung des k. k. Bezirkscommissärs v. Luschin statt.

Die Commissionsmitglieder versammeln sich **um 9 Uhr vormittags** an Ort und Stelle.

Dies wird mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass der bezügliche Projectsbehelf vom 10. Mai an bis 12. Mai d. J. im Stadtbauamte (Rathhaus, Mezzanin, Bureau des Baurathes Thalhammer) während der gewöhnlichen Amtsstunden zur Einsichtnahme aufliegt.

Einwendungen gegen dieses Project oder etwaige Bemerkungen können während der vorbezeichneten Zeit im Bureau des Magistratsrathes Linsbauer (Rathhaus, Mezzanin, Stiege IV) oder bei der Localverhandlung schriftlich oder mündlich gemacht werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien
als politischer Behörde erster Instanz,
am 9. Mai 1895. 1—1

Z. 76818.
XVI.

Kundmachung.

(Verwendung von Radfahrern bei den Waffenübungen.)

Zufolge Erlasses des k. u. k. Reichs-Kriegsministeriums vom 19. April d. J., Abth. 5, Nr. 875, und vom 14. April d. J., Abth. 5, Nr. 1875, wird beabsichtigt, bei den diesjährigen Übungen mit vereinigten Waffen, ähnlich wie im Vorjahre, waffenübungspflichtige Reserveofficiere und Reservemannschaft als Radfahrer zu verwenden.

Jeder Radfahrer hätte eine leistungsfähige Maschine mitzubringen, wofür er eine Abnützungsentschädigung von 20 fl. erhalten würde.

Hievon wird die geehrte Vereinsleitung mit dem Ersuchen in die Kenntnis gesetzt, obige Aufforderung den Mitgliedern des Vereines gefälligst mittheilen und die in der Reserve stehenden und in diesem Jahre zur Waffenübung verpflichteten Herren einladen zu wollen, sich bei dem magistratischen Bezirksamte ihres Wohnortes binnen 14 Tagen zu melden, falls sie bereit wären, sich als Radfahrer verwenden zu lassen.

Wien, am 27. April 1895.

Der Magistrats-Director:
Kreun. 1—1

M.-Z. 69795 ex 1895.
XVI.

Kundmachung.

(Aufnahme in die k. k. Landwehr-Cadettenschule in Wien.)

Laut der infolge Erlasses des hohen k. k. Ministeriums für Landesvertheidigung vom 29. März d. J., Z. 7587/1244 IV a, ergangenen Concursausschreibung werden mit Beginn des Schuljahres 1895/96 in die k. k. Landwehr-Cadettenschule in Wien, welche aus drei Jahrgängen besteht, in den ersten Jahrgang beiläufig 110 Aspiranten zur Aufnahme gelangen.

Ausnahmsweise und soweit Raum vorhanden ist, kann auch eine beschränkte Aufnahme in den zweiten und dritten Jahrgang stattfinden.

Die Aufnahmsbedingungen für alle Jahrgänge sind im allgemeinen folgende:

1. Die Staatsbürgerschaft in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern,
2. die physische Eignung,
3. ein in jeder Beziehung befriedigendes sittliches Verhalten, makelloses Vorleben,
4. für den ersten Jahrgang das erreichte 15. und nicht überschrittene 18. Lebensjahr,

für den zweiten Jahrgang das erreichte 16. und nicht überschrittene 19. Lebensjahr,

für den dritten Jahrgang das erreichte 17. und noch nicht überschrittene 20. Lebensjahr.

Das Alter wird mit 1. September berechnet.

In rücksichtswürdigen Fällen bilden Altersdifferenzen bis zu vier Monaten kein Hindernis für die Zulassung zur Aufnahmsprüfung.

Die sonstigen Bedingungen sind aus der in der k. k. Staatsdruckerei erhältlichen Concursausschreibung, deren Text auch im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" Nr. 81 dieses Jahres enthalten ist, zu ersehen.

Die genau nach dem in der Concursausschreibung enthaltenen Formulare zu verfassenden Gesuche sind **bis längstens Ende Juli 1895** beim Commando der k. k. Landwehr-Cadettenschule in Wien (V. Bezirk, Spengergasse 20) einzubringen und können daselbst auch die näheren Auskünfte über die Aufnahmsbedingungen eingeholt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 30. April 1895. 1—3

Z. 68990 ex 1895.
XVI.

Kundmachung.

(Aufnahme von Aspiranten in die k. u. k. Cadettenschulen.)

Zufolge Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 11. April d. J., Z. 33446, wird hiemit verlautbart, dass mit Beginn des Schuljahres 1895/96 (15. September) in die k. u. k. Cadettenschulen Aspiranten in beiläufig nachstehender Anzahl aufgenommen werden und zwar:

In den I. Jahrgang der Infanterie-Cadettenschulen in Wien, Budapest und Prag je 100;

in den I. Jahrgang der Infanterie-Cadettenschulen in Karlstadt, Königsfeld in Mähren, Lobzow bei Krakau, Hermannstadt, Triest, Marburg, Liebenau bei Graz, Pressburg, Innsbruck, Temesvar und Kamenitz bei Peterwardein je 30 bis 50;

in den I. Jahrgang der Artillerie-Cadettenschule 110;

in den I. Jahrgang der Pionnier-Cadettenschule 50;

in den II. Jahrgang der Cavallerie-Cadettenschule 80;

in den III. Jahrgang der Cavallerie-Cadettenschule 30;

in den II., III. und IV. Jahrgang der Infanterie-Cadettenschulen,

in den IV. Jahrgang der Cavallerie-Cadettenschule, sowie

in den II. Jahrgang der Artillerie- und Pionnier-Cadettenschule werden Aspiranten nur insoweit aufgenommen, als Plätze **verfügbar** werden.

In den III. und IV. Jahrgang der Artillerie- und Pionnier-Cadettenschule findet eine Aufnahme nicht statt. Die Aufnahmsbedingungen sind in der Vorschrift über die Aufnahme von Aspiranten in die k. u. k. Cadettenschulen enthalten.

Die Aufnahmsgesuche sind bis **längstens 25. Juli 1895** an das Commando jener Cadettenschule einzusenden, in welche die Aspiranten aufgenommen zu werden wünschen.

Nach Beginn des Schuljahres (15. September) findet eine Aufnahme von Aspiranten nicht mehr statt.

Ausführliche Kundmachung siehe Amtsblatt der „Wiener-Zeitung" vom 31. März 1895, Nr. 77.

Vom Wiener Magistrate
als politischer Behörde I. Instanz
Wien, am 30. April 1895. 1—1

Z. 78306 ex 1895.

XVI.

Kundmachung.

(Graf Deblin'sche Stiftungsplätze.)

Laut Erlasses des k. k. Ministeriums für Landesvertheidigung vom 6. März 1895, Z. 5086/392, gelangen in den k. und k. Militär-Bildungsanstalten mit Beginn des Schuljahres 1895/96 zwei Graf Deblin'sche Stiftungsplätze böhmischer Abtheilung zur Besetzung.

Die Aufnahmsbedingungen sind in der mit dem VIII. Stücke des Normal-Verordnungsblattes für das k. und k. Heer vom Jahre 1888 verlautbarten „Vorschrift über die Aufnahme von Aspiranten aus der Privaterziehung in die k. und k. Militär-Erziehungs- und Bildungsanstalten" enthalten.

Exemplare dieser Concursausschreibung, dann der Vorschrift über die Aufnahme von Aspiranten in die k. und k. Militär-Erziehungs- und Bildungsanstalten sind, soweit der Vorrath reicht, von der k. k. Hof- und Staatsdruckerei oder von der Hof-Buchhandlung L. W. Seidel & Sohn in Wien zu beziehen.

Bewerber um die erwähnten zwei Graf Deblin'schen Stiftungsplätze haben ihren Gesuchen den Tauf- (Geburts-) Schein, ein ärztliches Zeugnis, das letzte Schulzeugnis, den Heimatschein, ein legales Mittellosigkeitszeugnis und den Nachweis beizuschließen, dass sie von einer Familie des Herren- oder Ritterstandes aus Böhmen eventuell aus Mähren, oder von Edelleuten aus anderen erbländischen Provinzen abstammen.

Die Gesuche sind **bis spätestens 15. Mai d. J.** unmittelbar bei der k. k. Statthalterei in Prag einzubringen.

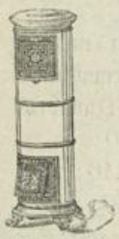
Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien
als politischer Behörde I. Instanz
am 30. April 1895. 1—1

INSERATE.

PATENTE im In- und Auslande
H. Palm (Michalecki & Co.)
Muster- u. Markenschutz in allen Ländern besorgt das
Erste beh. autorisierte Privilegien-Bureau
Wien, I., Stefansplatz 8, Brandstätte 1.

Durch dieses Bureau wird fast der vierte Theil aller in Österreich-Ungarn ertheilten Patente erwirkt und wurden durch dasselbe bis nun über **18.000 Patentbesorgungen** durchgeführt. — Herausgabe und Redaction des **„Illustrierten österreichisch-ungarischen Patentblattes"**. — Besorgung von Copien in- und ausländischer Patentschriften. — Telegramm-Adresse: **„Patent" Wien.** — Telephon **Nr. 387.** — Preis-Courante und Probe-Nummern gratis und franco. 117

Vom Erfinder Prof. Dr. Meidinger ausschl. autoris. Fabrik für
MEIDINGER-OEFEN
H. HEIM, Wien, I., Kohlmarkt 7
k. und k. Hoflieferant
Patente in allen Staaten. — Mit ersten Preisen prämiiert auf allen Ausstellungen.



Vorzüglichste Regulir-, Füll- u. Ventilations-Oefen.
Ueber 40.000 Oefen in Verwendung.
In Oesterreich-Ungarn werden von **449 Unterrichtsanstalten 3747 unserer Oefen** verwendet, darunter
in 121 Schulen der Commune Wien 988 Oefen, in 95 Schulen der Commune Budapest 599 Oefen.

Wir warnen vor Nachahmung unter Hinweis auf nebenstehende, auf der Innenseite der Ofenthüren eingegossene Schutzmarke.

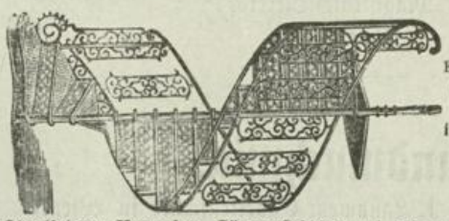
MEIDINGER-OFEN
H. HEIM
Schutzmarke.

„Hestia" - Oefen.

Centralheizungen aller Systeme
mit rauchfreier Feuerung, für jedes Brennmaterial.
Luftheizungen, Warmwasserheizungen, Heisswasserheizungen, Dampfheizungen, Dampfniederdruckheizungen mit selbstthätiger Regulierung **eigenen Systems**.

Telephon Nr. 7109.
Stadt-Steinmetzmeister
WULKAN & NEUBRUNN
Wien, III./1, ausser der St. Marxer Linie
empfehlen sich zur 127
Ausführung aller Steinmetz-Arbeiten für Bauten wie auch für Grab- und Gruft-Monumente.

MATTONI'S
GIESSHÜBLER
reinster alkalischer
SAUERBRUNN
Heinrich Mattoni, Karlsbad und Wien.



Anton Wiesers
Bauschlosserei und Eisen-Constructions-Werkstätte
Wien, VI., Magdalenenstr. 72.
Specialist
in schmiedeisernen Wendel- und geradarmigen Treppen.
Übernimmt auch alle Eisenconstructionen für Hochbauten und zwar:
Oberlichten, Veranden, Gänge, Stiegen und Stiegengeländer, als auch alle Arten Gartengitter und Gitterthore, Thüren und Fenster.

Zur coulanten Besorgung aller im **Coursblatte** notierten **Effecten und Valuten** bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 39. Dienstag, den 14. Mai 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **10. Mai 1895** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

1. Geehrte Herren! Die neugewählten Mitglieder des Gemeinderathes sind heute zum erstenmale hier in der Sitzung erschienen, um ihr Mandat auszuüben.

Ich begrüße die Herren und lade sie ein, an den Arbeiten des Gemeinderathes theilzunehmen.

Schwierige Fragen von weittragender Bedeutung für unsere Stadt harren der Entscheidung. Ich gebe dem Wunsche Ausdruck, dass es uns gelingen möge, zum Wohle der Stadt Wien und ihrer Bevölkerung zu wirken, unser Wissen und Können in den Dienst der Stadt zu stellen und uns zu ruhiger, sachlicher und gedeihlicher Arbeit zu vereinigen.

2. Herr Gem.-Rath Koch entschuldigt sein Ausbleiben.

3. Herr C. J. Wawra, Kunsthändler, I. Bezirk, Dorotheergasse Nr. 14, spendet ein Ölgemälde von Josef Krafft, darstellend den Wiener Erzbischof Sigismund Anton Grafen Hohenwart.

4. Herr C. August Artaria, Kunsthändler, I. Bezirk, Kohlmarkt Nr. 9, spendet zwei Ölgemälde: Füger, Compositionsstudie zur „Alceste", und Kreizinger, Porträt Kaiser Leopold II.

Den Spendern wird der Dank ausgesprochen.

5. Von Seite des Landesausschusses habe ich folgende Zuschrift erhalten (liest):

„Der hohe niederösterreichische Landtag hat in seiner Sitzung vom 26. Jänner 1895 nachstehenden Beschluss gefasst: „Der Bericht des n.-ö. Landesausschusses über Schulbauten, Erweiterung des Unterrichtes und Schulbau-Subventionen, welcher, wie seit einer langen Reihe von Jahren ein beredter Beweis der schulfreundlichen Opferwilligkeit unserer Bevölkerung ist, wird mit Befriedigung zur Kenntnis genommen.

Der an solcher Opferwilligkeit voranschreitenden Gemeinde Wien, allen jenen Gemeinden, Schulbehörden, Körperschaften und Instituten, insbesondere der Sparcassa von Ober-Hollabrunn, ferner allen Personen, welche sich um Schulbauten und das Schulwesen im allgemeinen verdient gemacht haben, wird Dank und Anerkennung ausgesprochen. Es gereicht dem n.-ö. Landesausschusse zum Vergnügen, das löbliche Bürgermeisteramt von diesem hohen Landtagsbeschlusse in die Kenntnis setzen zu können."

Dient zur Kenntnis.

Ich bitte um Mittheilung des Einlaufes.

6. Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann: Vom Herrn Gem.-Rathe Karl Johann Müller wurde eine Resolution des „Donauclub" eingebracht, welche lautet (liest):

Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

Der politische Verein „Donauclub" hat in seiner Generalversammlung vom 3. Mai d. J. nachfolgenden Beschluss gefasst und seinen Vorstand beauftragt zu veranlassen, dass dieser Beschluss zur Kenntnis des löbl. Gemeinderathes gebracht werde. Der Beschluss lautet:

„Der „Donauclub", indem er neuerlich sein volles Einverständnis mit dem Riehl'schen Projecte der Herstellung der Kaiser Franz Josefs-Jubiläums-Avenue Tegetthoff—St. Stephan bekundet, spricht den dringenden Wunsch aus, dass die dermal im Stadtrathe diesbezüglich obschwebenden Verhandlungen baldigst zu einem günstigen Ende geführt werden; dass aber, falls wider Erwarten sich der baldigen Erzielung eines derartigen definitiven Resultates Schwierigkeiten entgegenstellen sollten, schon derzeit der Gemeinderath in geeigneter Weise, zum mindesten sein principielles Einverständnis mit jenem Projecte aussprechen möge."

Als Obmann des Vereines „Donauclub" beehre ich mich, an Euer Hochwohlgeboren die höfliche Bitte zu richten, den obigen Beschluss dem löblichen Gemeinderathe in dessen nächster Vollversammlung zur Kenntnis bringen zu wollen.

Wien, am 3. Mai 1895.

K. J. Müller, Obmann.

Bürgermeister: Dient zur Kenntnis.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann:

7. Eine Resolution von Gewerbetreibenden, eingebracht vom Herrn Gem.-Rathe Dobeš namens der Bäcker, Zuckerbäcker, Fleischselcher, Milchmeier, Milchhändler, Brantweinschenker, Hausierer und Gastwirte, dass für diese Gewerbe als allgemeine Geschäftszeit an Sonntagen bis 12 Uhr mittags und abends von 7 bis 9 Uhr festgesetzt werde.

Die Resolution hat folgenden Wortlaut (liest):

Löbliche Gewerbebehörde!

Die heute den 3. Mai 1895 im XII. Bezirke in Schwarzingers Dianasaal versammelten Lebensmittel- und Kleinhändler erblicken in der Verordnung der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei vom 25. April betreffs die Durchführung des Sonntagsruhegesetzes eine arge Schädigung ihrer gewerblichen Existenz, und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, dass das mit dem Lebensmittelkleinhandel im lebhaften Concurrenzkampfe stehende Productionsgewerbe in die Sonntagsruhe nicht einbezogen erscheint.

Ebenso erklären sich die heute Versammelten mit der von der hohen k. k. Statthalterei vorgeschriebenen Eintheilung der Geschäftsstunden nicht einverstanden, weil dieselben zur Abwicklung der geschäftlichen Thätigkeit nicht geeignet erscheinen und auch den Bedürfnissen der Consumenten nicht Rechnung tragen.

Die Versammelten fordern daher insbesondere die gleichmäßige Einbeziehung der Bäcker, Zuckerbäcker, Fleischselcher, Milchmeier, Milchhändler, Brantweinschenker, Hausierer und Gastwirte in Bezug auf den Verkauf von Lebensmitteln über die Gasse in die Sonntagsruhe.

Als allgemeine Geschäftszeit verlangen die Versammelten, an Sonntagen bis 12 Uhr mittags und abends von 7 bis 9 Uhr den Geschäftsbetrieb ausüben zu können.

Bürgermeister: Wird dem Stadtrathe zugewiesen.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

8. Interpellation des **Gem.-Rathes Schlögl:**

Nachdem sämmtliche Petitionen, Interpellationen und Anträge bezüglich der Wiedereröffnung des Durchhauses Reichsapfelgasse 23 bisher resultatlos geblieben sind, so stelle ich an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

wann diese hochwichtige Angelegenheit, die die vitalsten Interessen dieses Bezirkes auf das höchste berührt, in rascher und günstiger Weise gelöst werde. Ich bemerke anschließend, dass bis heute seit dem 16. April d. J. mit dem Käufer nicht verhandelt worden ist.

Bürgermeister: Ich werde das Nothwendige veranlassen, dass der schon früher gemachten Mittheilung zufolge, nach welcher sich die genannte Hauseigenthümerin bereit erklärt hat, den Durchgang wieder zu gestatten, diese Maßregel sobald als möglich durchgeführt werde.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

9. Interpellation des **Gem.-Rathes Pursch:**

Von zahlreichen Händlern mit Lebensmitteln ist mir die Meldung zugekommen, dass sie am Sonntag den 5. d. M. aus dem Grunde, weil sie ihre Geschäftslocale nach 10 Uhr vormittags offen hielten und Waren verkauften, von Sicherheitswachen beanständet wurden, und die von mir eingeholten Erkundigungen haben die Richtigkeit dieser Meldungen bestätigt.

Alle diese Beanständeten fürchten nun eine Bestrafung.

Nachdem aber die bisher erfolgten Kundgebungen der Lebensmittelhändler in puncto Sonntagsruhe in nicht misszuverstehender Weise dargethan haben, dass diese, ohne empfindlichen Schaden zu erleiden, den Bestimmungen der Durchführungs-Kundmachung zum Gesetze über die Sonntagsruhe nur dann nachkommen können, wenn die Zeit für den Warenverkauf bei den Lebensmittelhändlern und den einschlägigen Productionsgewerben, das sind die Bäcker, Fleischselcher, Wursterzeuger, Milchmeier und Milchhändler ꝛc., unbedingt gleichbemessen wird, nachdem ferner die Zeitbestimmung für den Verkauf bei den Lebensmittelhändlern in den Bezirken X bis XIX eine solche ist, die diesen Gewerbsleuten eine Sonntagsruhe überhaupt nicht ermöglicht, ihnen aber obendrein noch die wichtigsten Geschäftsstunden entzieht, nachdem endlich von allen Seiten Actionen im Zuge sind, welche eine Abänderung der Durchführungsbestimmungen zum Gesetze über die Sonntagsruhe bezwecken, so gestatte ich mir die höfliche Anfrage zu stellen:

1. Ist der Herr Bürgermeister als Chef der Gewerbebehörde erster Instanz gewillt, die mit der Verhandlung und Erledigung von einlangenden Anzeigen wegen Übertretung der Bestimmungen des Gesetzes über die Sonntagsruhe, beziehungsweise der Durchführungs-Kundmachung zu diesem Gesetze betrauten Organe zu beauftragen, dass sie, solange nicht eine Änderung dieser Durchführungs-Kundmachung erfolgt ist, mit der äußersten Milde vorgehen und dabei insbesondere nur den Punkt a des § 131 der Gewerbeordnung zur Anwendung bringen?

2. Ist der Herr Bürgermeister als Gemeinde-Oberhaupt geneigt, dazu beizutragen, dass eine Änderung der Durchführungs-Kundmachung zum Gesetze über die Sonntagsruhe baldigst und in der Weise erfolge, dass einerseits den Bedürfnissen der Consumenten nicht einseitig Rechnung getragen wird und andererseits den Händlern mit Lebensmitteln, welche zum Gemeinde-Aufwande in gleicher Weise, wie die Producenten von solchen, beitragen, auch die gleiche Zeit zum Warenverkaufe eingeräumt wird, respective die ersteren nicht auf Kosten der letzteren benachtheiligt werden?

Bürgermeister: Was den ersten Punkt betrifft, so werde ich diese Interpellation dem Magistrate zur Berücksichtigung übergeben.

Bezüglich des Punktes 2 habe ich zu bemerken, dass bereits eine Reihe von Gesuchen ähnlicher Art dem Stadtrathe zur Vorberathung vorliegen. Ich werde alle diese Angelegenheiten unter einem im Stadtrathe zum Referate bringen.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Polzhofer** und Genossen:

Trotz der in Wien herrschenden Arbeitsnoth, trotz der Thatsache, dass einige sogar sehr renommierte Maschinenfabriken in Wien etabliert sind, die ohnehin den Provinzfabriken gegenüber infolge der höheren Löhne, Zinse ꝛc. einen schweren Stand haben; trotz der seitens dieser Fabriken bereits vor Monaten an den Bürgermeister und an den Stadtrath ergangenen Bitte, die Wiener Industrie bei Vergebung der maschinellen Einrichtung der Pumpstation Breitensee in Anbetracht des Arbeitsmangels berücksichtigen zu wollen; und endlich trotz der seitens der Wiener Fabriken durch glänzende Atteste erbrachten Beweise der größten Leistungsfähigkeit in Ausführung von Pumpwerken, wurde diese Arbeit dennoch einer böhmischen Firma übertragen, während die Communen Prag, Brünn und Budapest bei Vergebung von communalen Maschinenlieferungen jede fremde Concurrenz ausschließen.

Da im Stadtrathe sich keine Fachcapacitäten der Maschinenbranche befinden, so kann der diesbezügliche Beschluss desselben nur auf Grundlage des vom Stadtbaudirector gestellten Antrages erfolgt sein, und da die Preisdifferenz hiebei gewiss nicht den Ausschlag gegeben hat, da die eine Wiener Firma ja nur um ca. 4 Percent theuerer, die andere aber sogar um ca. 5 Percent billiger offerierte als die Prager Firma, so müssen es unbedingt andere Motive gewesen sein, mit welchen der Stadtbaudirector seinen Antrag begründete.

Nachdem nun aber der Stadtbaudirector doch keine speciell maschinentechnische Capacität ist, von den Wiener Firmen aber mit aller Bestimmtheit behauptet wird, dass andere Motive als Preisdifferenzen höchstens am Papier, nicht aber in Wirklichkeit vorhanden sein können, ausgenommen den doch ganz unglaublichen Fall, dass der Stadtbaudirector gerade das Offert mit so staunenswertem Feuereifer empfohlen hätte, welches etwa das von ihm selbst vorgeschriebene Project umstößt; und nachdem von den Wiener Maschinen- und Eisenindustriellen die Rückweisung des Stadtraths-Beschlusses an den Gemeinderath verlangt wurde, welchem Verlangen der Bürgermeister aber keine Folge geben zu können erklärte, weil merkwürdigerweise der Lieferungsauftrag schon am Tage nach dem erfolgten Stadtraths-Beschlusse, und zwar noch merkwürdigerweise durch einen Magistratsbeamten der Prager Firma übergeben wurde, so richten wir an den Herrn Bürgermeister hiemit folgende Fragen:

1. Warum wurden in dieser Angelegenheit nicht die Capacitäten der weltberühmten Wiener technischen Hochschule zu Rathe gezogen?

2. Ist der Bürgermeister geneigt, die Offerte der Prager und Wiener Firmen, sowie das Referat des Stadtbaudirectors dem Gemeinderathe zur Überprüfung vorzulegen, damit, wenn auch der Stadtraths-Beschluss nicht mehr umzustoßen ist, doch wenigstens constatiert werde, ob es wirklich nöthig war, die Wiener Arbeit nach Böhmen zu vergeben und die Wiener Steuergulden hinauswandern zu lassen, oder ob nicht vielmehr eine Disciplinar-Untersuchung gegen den Stadtbaudirector am Platze wäre? Endlich

3. Wie kam der betreffende Magistratsbeamte dazu, schon am anderen Tage den Auftrag der Prager Firma zu übergeben, trotzdem er doch den § 80 des Gemeindestatutes kennen muss und nicht

wissen konnte, ob der Bürgermeister nicht Gebrauch von demselben machen wolle? — oder wem war es denn so sehr darum zu thun, die Wirkung dieses Paragraphen mit so außerordentlicher Beschleunigung unmöglich zu machen?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

11. Interpellation des **Gem.-Rathes Rißaweg** und Genossen:

Zeitungsnachrichten vom 8. Mai 1895 melden mit lakonischer Kürze:

„Gestern mittags wollte der Sicherheitswachmann Karl Klinek in der Eugengasse in Favoriten einen scheu gewordenen Ochsen anhalten; er wurde von demselben mit den Hörnern erfasst und in die Höhe geschleudert.

Klinek ist anscheinend schwer verletzt worden."

Hiemit ist die traurige Chronik der Unglücksfälle, welche der Viehtrieb durch dichtbevölkerte und gangbare Straßen bewirkt, wieder um einen Fall bereichert worden.

Obwohl die hiezu berufenen Behörden und Körperschaften schon seit Jahren auf das Unstatthafte des Viehtriebes durch die belebtesten Straßen einiger Wiener Bezirke mit allem Nachdrucke hingewiesen, verzögern sich die Verfügungen, durch welche eine gänzliche Aufhebung desselben erreicht werden könnte, bis ins endlose.

Allerdings wurden im Laufe der Zeit einige Commissionen abgeordnet, welche an Ort und Stelle erhoben und Abänderungen der Viehtriebsroute anordneten, womit aber nur das eine erreicht wurde, dass diese Calamität von einer Straße in die andere verlegt wurde; dadurch wurde diesem Übelstande nicht gesteuert und konnten aber auch diese Commissionen keine anderen Verfügungen treffen.

Wenn auch die Frage der Aufhebung des Viehtriebes nicht im Handumdrehen gelöst werden kann, so muss andererseits doch zugegeben werden, dass diese Angelegenheit, auf welche schon seit mehr als zwanzig Jahren unzähligemale hingewiesen wurde, ihrer Lösung heute näher stehen könnte, als dies thatsächlich der Fall ist.

Nach § 14 des Gemeindestatutes, Gesetz vom 19. December 1890, hat jedermann in der Gemeinde Anspruch:

„I. Auf Schutz der Person und seines in der Gemeinde befindlichen Eigenthums 2c."

Nach diesen klaren gesetzlichen Bestimmungen ist daher die Gemeindeverwaltung verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, damit das Leben und die Sicherheit der Gemeinde-Angehörigen nicht gefährdet werde.

Auf Grund dieser Ausführungen erlaubt sich daher der Gefertigte an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

1. In welchem Stadium der Berathung befinden sich jene mit der gänzlichen Aufhebung des Viehtriebes zusammenhängenden Verhandlungsgegenstände?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, bei der eminenten Wichtigkeit dieser Angelegenheit derselben seine vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden und keine Gelegenheit zu verabsäumen, seinen Einfluss geltend zu machen, wenn es sich darum handeln soll, diesem lebensgefährlichen, für eine Großstadt höchst unwürdigen Zustande baldmöglichst ein Ende zu bereiten?

Bürgermeister: Die Angelegenheit befindet sich derzeit noch beim Magistrate zur Vorberathung; ich werde Veranlassung treffen, dass dieser Gegenstand sobald als möglich dem Stadtrathe zur Erledigung zugeführt werde.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

12. Anfrage des **Gem.-Rathes Dr. Lueger** und Genossen (Rufe links: Hört! Hört!):

Angesichts der großen Wichtigkeit einer endgiltigen Organisation der Bezirksausschüsse stellen wir folgende Anfrage:

In welchem Stadium befindet sich die Verhandlung über die Geschäftsordnung für die Bezirksausschüsse?

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die Erledigung dieser Angelegenheit zu betreiben?

Bürgermeister: Das Referat befindet sich beim Stadtrathe und wird, sobald es die Zeit zulässt, dort erledigt werden.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

13. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Lueger** und Genossen:

Die Institution des Stadtrathes hat sich während der Zeit ihres Bestandes nicht bewährt und die Erkenntnis, dass eine weitgehende Änderung in der Verwaltung der Stadt nothwendig ist, ist nach und nach eine allgemeine geworden.

Wir erachten es für unsere Pflicht, die Lösung der Frage anzuregen und stellen folgenden Antrag:

Der Gemeinderath der Stadt Wien beschließe:

Es sei an den hohen n.-ö. Landtag eine Petition des Inhaltes zu richten, dass das Gesetz vom 19. December 1890, Nr. 45 L.-G.-Bl., mit welchem ein Statut für Wien erlassen wurde, dahin geändert werde, dass:

1. der Stadtrath abgeschafft werde;

2. die dem Stadtrathe derzeit zugewiesenen Geschäfte theils dem Magistrate, theils den Bezirksausschüssen, theils einzelnen Sectionen des Gemeinderathes zur Erledigung überwiesen werden;

3. dass die Vorberathung der dem Plenum des Gemeinderathes zugewiesenen Geschäftsstücke durch Sectionen des Gemeinderathes zu erfolgen habe, welche durch freiwilligen Beitritt sich bilden;

4. dass dem Plenum des Gemeinderathes die dringliche Behandlung von Agenden ermöglicht werde.

Bürgermeister: An den Stadtrath zur Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

14. Antrag des **Gem.-Rathes Schwarzmayer:**

Auf dem Marktplatze im XIV. Bezirke, knapp an der Schönbrunnerstraße, wo täglich tausende von Personen vorübergehen, befindet sich ein Pissoir, welches im höchsten Grade sanitätswidrig ist. Dieses Pissoir entwickelt nicht nur in den Sommermonaten, sondern auch in den Wintermonaten einen solchen Geruch, dass sich die Passanten mit dem Gesichte wegwenden müssen. 4 m von diesem Pissoir stehen die Händler, welche Lebensmittel verkaufen; diese erleiden nun einen großen Schaden, indem ihr Kundenkreis durch den erwähnten Geruch abgeschreckt wird.

Dieses Pissoir hat keine Wasserspülung und kann eine solche mit den kleinsten Auslagen hergestellt werden, da 3 m von dem Pissoir ein Auslaufbrunnen steht.

Ich stelle daher den Antrag:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, diesem sanitätswidrigen Übel abzuhelfen, indem dieses Pissoir mit einer Wasserspülung versehen wird?

Bürgermeister: Ich werde das Erforderliche veranlassen, damit dieser Übelstand beseitigt werde.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

15. Antrag des **Gem.-Rathes Beutnitz** und Genossen:

Am 26. October 1894 habe ich eine Interpellation an den Herrn Bürgermeister, betreffend die Verlegung des Tramwaygeleises bei der ehemaligen Mariahilferlinie, eingebracht.

In der Beantwortung des Herrn Bürgermeisters geht hervor, dass vom Magistrate die Einstellung eines Betrages von 22.000 fl. zum Zwecke der Regulierung des oberwähnten Platzes beantragt und in das Pflaster-Präliminare pro 1895 eingestellt wurde. Nachdem bei der Erbauung und Fertigstellung eines großen Wohnhauses auf dem rechtsseitigen Platze des ehemaligen Linienamtes auf das bestimmte Niveau schon Rücksicht genommen wurde, so wird beantragt:

Der Herr Bürgermeister werde ersucht, die sofortige Inangriffnahme der Regulierung des ganzen Platzes anzuordnen.

Bürgermeister: An den Magistrat zur Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

16. Antrag des **Gem.-Rathes Büsch:**

In Anbetracht dessen, dass vielen Reise- und Ausflugs-Vereinen Fahrbegünstigungen auf den Eisenbahnen und Dampfschiffen eingeräumt sind, welche ein so großer Körper wie der der Wiener Magistratsbeamten in der Weise nicht genießt, und

in Anbetracht dessen, dass die städtischen Beamten mit pflichtgetreuem Eifer und ausdauerndem Fleiße im übertragenen Wirkungskreise auch Agenden des Staates versehen, wäre es nur recht und billig, denselben eben eine solche Fahrbegünstigung auf den Eisenbahnen und Dampfschiffen einzuräumen, wie sie die k. k. Staatsbeamten genießen.

Diese Begünstigungen würden nicht nur zu persönlicher Körper- und Geistesfrische der Beamten der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt vieles beitragen, sondern auch der Stadtverwaltung würden die gesammelten Erfahrungen derselben durch die sodann weiter unternommenen Reisen und Ausflüge zu bedeutendem Vortheile kommen.

Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen:

Der Gemeinderath beschließe:

Der Herr Bürgermeister werde ersucht, ungesäumt geeignete Schritte zu thun, den Wiener Communalbeamten dieselben Begünstigungen auf den Bahnen und Dampfschiffen zu erwirken, wie solche die k. k. Staatsbeamten genießen, damit bei dem eintretenden Erholungsurlaube der städtischen Beamten die Begünstigungen denselben schon zugute kommen.

Bürgermeister: An den Magistrat zur Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

17. Antrag des **Gem.-Rathes Brauneiß:**

Durch die innerwähnte Verbauung der Baugründe und die schon bestehenden Häuser in der Buch- und Nobilegasse im XIV. Bezirke ist die dringende Nothwendigkeit vorhanden, dass die Meiselstraße reguliert und die Fortsetzung derselben bis in die Sturz- und Nobilegasse durchgeführt wird.

Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen:

Es sei die Meiselstraße im XIV. Bezirke zu regulieren und deren Fortsetzung in die Sturz- und Nobilegasse ehestens durchzuführen.

Bürgermeister: An den Magistrat zur Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

18. Antrag des **Gem.-Rathes Brauneiß:**

Die ehemaligen Vorortegemeinden Rudolfsheim, Fünfhaus und Sechshaus haben mit großen Opfern den Friedhof in Baumgarten errichtet, um daselbst für ihre theueren Angehörigen eine dauernde Ruhestätte zu schaffen. Der Friedhof ist aber durch die immer zunehmende Bevölkerung zu klein geworden und musste schon zweimal erweitert werden. Ich habe daher schon vor sehr langer Zeit einen Antrag eingebracht, dass der Friedhof arrondiert werden soll, wo für nahezu immerwährende Zeiten Platz genug für die Beerdigung der Leichen dieser Bezirke vorhanden wäre.

Der hochlöbliche Magistrat sowie die Sanitätsbehörde haben sich für die Arrondierung, respective Erweiterung zustimmend ausgesprochen, nur der Herr Referent des Stadtrathes, welcher ein großer Gegner hievon ist, hat das Referat beinahe ein Jahr gehabt und noch in der letzten Sitzung, welcher derselbe noch als Stadtrath angehörte, referiert, und wurde mein Antrag abgelehnt.

Ich stelle daher nochmals den Antrag:

Es sei die Arrondierung, respective die Vergrößerung des Baumgartener Friedhofes ehestens durchzuführen.

Bürgermeister: An den Magistrat zur Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

19. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Lueger** und Genossen:

Wir stellen, da die Aufhebung des Stadtrathes erst im Gesetzgebungswege möglich ist, folgenden Antrag:

Der löbliche Gemeinderath beschließe:

1. Die Functionsgebüren der Vice-Bürgermeister sind auf den Betrag von 4000 fl. jährlich herabzusetzen.

2. Die Functionsgebüren der Mitglieder des Stadtrathes sind auf den Betrag von 1500 fl. jährlich herabzusetzen.

Über diesen Antrag ist in der nächsten Gemeinderaths-Sitzung Bericht zu erstatten. (Beifall links.)

Bürgermeister: An den Stadtrath. Eine Berichterstattung in der nächsten Gemeinderaths-Sitzung wird aber nicht möglich sein, weil bis dahin eine Stadtraths-Sitzung nicht stattfindet.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

20. Antrag des **Gem.-Rathes Rauscher:**

Da die städtischen Hilfsbeamten (Diurnisten) nicht unter die Bestimmungen des § 38 der Dienstpragmatik fallen, beantragt der Gefertigte zum Zwecke der Gleichförmigkeit betreffs der endlichen Regelung der Urlaubsverhältnisse unserer städtischen Bediensteten,

dass der den städtischen Hilfsbeamten (Diurnisten) bislang ausnahmsweise und einzelnfalls gewährte achttägige Erholungsurlaub umgewandelt werde zu einem gewährleisteten Anspruche derselben auf einen jährlichen Urlaub in der Dauer von zwei Wochen. Dieser Antrag ist gleichzeitig mit meinem Antrage hinsichtlich des Erholungsurlaubes der städtischen Beamten und Diener endgiltig zu erledigen.

Bürgermeister: An den Magistrat zur Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

21. Antrag des **Gem.-Rathes Heiler** und Genossen:

Auf Grund des vom hohen Landesausschusse ausgearbeiteten Projectes einer Straßenverbindung zwischen Stadlau und Kaisermühlen hat am 17. April d. J. die commissionelle Verhandlung stattgefunden, bei welcher auch Vertreter des Gemeinderathes und Magistrates interveniert haben.

Laut Kostenvoranschlag belaufen sich die Herstellungskosten dieses Straßenbaues von Stadlau bis zur Gemeindegrenze Wien nächst Kaisermühlen auf circa 21.000 fl. und der im Wiener Gemeindegebiete liegenden Straßenstrecke auf 1307 fl.

Nachdem diese Straßenverbindung für Wien insofern eine große Bedeutung hat, als einerseits eine kürzere Verbindung zwischen dem Marchfelde und Wien hergestellt wird, wodurch sich die Transportkosten der Artikel für die Approvisionierung wesentlich verringern, andererseits aber der bisher abgeschlossene Stadttheil Kaisermühlen eine Durchzugsstraße erhält, wodurch den Bewohnern große Vortheile durch Belebung des Handels und Gewerbes erwachsen, stellen die Unterzeichneten den Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen, es sei zur Ermöglichung der Ausführung dieser von den Bewohnern von Kaisermühlen sehnlichst gewünschten Straßenverbindung außer den für die im Wiener Gemeindegebiete gelegenen Strecke präliminierten Kosten per 1307 fl. noch eine Subvention im Betrage von 7000 fl. zu bewilligen.

Bürgermeister: An den Magistrat zur Vorberathung. Zur Geschäftsordnung Herr Gem.-Rath Steiner!

Gem.-Rath Steiner: Ich habe mir erlaubt, vor ungefähr drei Wochen an den Herrn Bürgermeister eine Interpellation zu richten, dahin gehend, ob der Herr Bürgermeister geneigt ist, die Angelegenheit bezüglich der Erbauung einer Wasserleitung von der Hohen Warte bis zur Donau auf dem Straßengrunde im XIX. Bezirke der Entscheidung des Stadtrathes oder Gemeinderathes vorzulegen.

Es hat der Herr Bürgermeister die Güte gehabt, zu erklären, dass er, wenn das Actenmaterial gesichtet und studiert ist, dieses dem Plenum des Gemeinderathes mittheilen werde. Ich erlaube mir nur zu bemerken, dass in der Stadtraths-Sitzung vom 25. April Herr St.-R. Schlechter interpelliert hat, und von Seite des Herrn Vice-Bürgermeisters Dr. Richter wurde am 26. April die Interpellation beantwortet mit der Begründung, dass der Magistrat nach § 90 des Statutes berechtigt gewesen wäre, diese Angelegenheit im eigenen Wirkungskreise durchzuführen. Ich erlaube mir nun den Herrn Bürgermeister nach § 23 der Geschäftsordnung, worin es heißt, dass Interpellationen entweder in derselben oder in der nächsten Sitzung beantwortet werden müssen, zu bitten, diese Angelegenheit dem Plenum des Gemeinderathes jetzt zur Entscheidung vorzulegen. (Zustimmung links.)

Bürgermeister: Hierauf kann ich nur erwidern, dass ich, wenn ich mich recht erinnere, nicht gesagt habe, dass ich die Angelegenheit dem Gemeinderathe vorlegen werde, sondern, wenn ich mich recht erinnere — es ist ja möglich, dass ich mich irre, ich glaube dies aber nicht — so habe ich gesagt, ich werde die Competenz in dieser Angelegenheit prüfen und werde, wenn der Gemeinderath zur Entscheidung in dieser Angelegenheit competent sein sollte, sie dem Gemeinderathe zur Entscheidung vorlegen, im anderen Falle nicht. (Rufe rechts: So war es!)

Wir kommen zur Tagesordnung. Zum Referate ersuche ich den Herrn Gem.-Rath Josef Müller.

22. (2489.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Ich habe die Ehre, das Referat zu erstatten zur Zahl 2489. Dasselbe behandelt die Überlassung der zur Anlage von Risaliten erforder-

lichen Gründe. Dieser Bau befindet sich an der Ecke der Ullmannstraße, Sechshauserstraße und Stiegergasse. Es wird in der Ullmann- und Sechshauserstraße je ein Risalit in der Länge von 3·80 m hergestellt, hingegen in der Stiegergasse in der Länge von 7·50 m; der Vorsprung beträgt 15 cm. Die ganze Fläche, welche occupiert wird, beträgt 2·26 m², der Einheitspreis beträgt 72 fl. 35 kr. Derselbe ist bereits fixiert worden bei dem Kaufvertrage, welcher mit der Gemeinde geschlossen worden ist. Das Gebäude hat nämlich ursprünglich der Gemeinde gehört und hat dieselbe es an einen gewissen Herrn Josef Duschek verkauft, und in dem diesbezüglichen Vertrage ist bereits der Einheitspreis stipuliert worden. Es wird daher für die ganze Fläche ein Betrag von 163 fl. 51 kr. bezahlt. Ich ersuche um Annahme des Antrages, der dahin lautet (liest): „Überlassung des zur Anlage von Risaliten erforderlichen Grundes per 2·26 m² um den Preis von 72 fl. 35 kr. per Quadratmeter, das ist um den Betrag von 163 fl. 51 kr."

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Die Herren Schriftführer constatieren die Anwesenheit von mehr als 92 Herren Gemeinderäthen. Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Mit mehr als 70 Stimmen angenommen.

Beschluss: Der zur Anlage von Risaliten beim Hause XIV. Bezirk, Sechshauser Hauptstraße 27, erforderliche Grund per 2·26 m² wird um den Preis von 72 fl. 35 kr. per Quadratmeter, das ist um den Betrag von 163 fl. 51 kr. an Josef Duschek überlassen.

23. (2615.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Ich habe weiter das Referat über einen Antrag des Stadtrathes zu erstatten. Dasselbe betrifft die käufliche Überlassung eines Theiles der Linienwallparcelle 547/1, Grundb.-Einl. 52 im IX. Bezirke. Die fragliche Parcelle ist gelegen zwischen dem IX. und XVIII. Bezirke und schließt sich an die Gemeindegasse und Pulverthurmgasse an. Hinter diesem Linienwallgrunde befindet sich die Realität Grundb.-Einl. 216, welche der Frau Theresia Egger und Mitbesitzern gehört. Diese Realität soll zur Parcellierung gelangen und ist es nothwendig, von dem bezeichneten Linienwallgrunde einige Theile zur Arrondierung zu verwenden, und zwar ist es nothwendig, das Dreieck a b c in einem Ausmaße von 120 m², die Figur d e f g h i k d in dem Ausmaße von 360 m², ferner die Figur l m n o p q n im Ausmaße von 250 m², von der Gemeinde zu erwerben, daher im ganzen von der Gemeinde ein Areale der Linienwallparcelle von 730 m² zu erwerben. Für diesen Grund wird ein Betrag von 18.600 fl. geboten, das ist, auf die Einheit gerechnet, 25 fl. 48 kr. per Quadratmeter.

Nun hat sich bei den Verhandlungen herausgestellt, dass es auch nothwendig ist, einige Theile von der Einl.-Z. 216 abzutrennen und zur Compensation, respective zur Arrondierung wieder der Gemeinde gehörige Gründe zu verwenden. Ferner hat sich herausgestellt, dass auch einige Theile dieser Realität über die Baulinie hinüberragen, daher als Straßengrund abgetreten werden müssen, und es werden daher das Dreieck c d s mit 10 m², die Theile d' b l m' mit 35 m² und o t y x u v w im Ausmaße von 230 m² an die Gemeinde wieder abgetreten, wovon das Dreieck c d s Baugrund ist, die anderen zwei Grundtheile mit 35 und 230 m² zur Ergänzung der Straße nothwendig sind. Bezüglich des letztgenannten, in der Figur o t y x u v w, der, wie die Herren aus dem Plane ersehen, auch daselbst verschieden bezeichnet ist, bemerke ich, dass derjenige Theil, welcher über die Hälfte der Straße fällt, in eine separate Grundbuchs-Einlage eingelegt wird, so dass, wenn die Verbauung auf der einen Seite der Straße stattfindet, dieser Theil von dem Erbauer eingelöst werden muss. Weiters ist bestimmt worden, dass die Gemeinde dieses Dreieck, wie die Herren in der Figur sehen, m n r m per 14 m², welches zur Realität Einl.-Z. 900 gehört, und über welche Transaction ich später referieren werde, im Falle sie es erwirbt, um 400 fl. an die betreffenden Eigenthümer der Einl.-Z. 216 überlässt.

Weiters verpflichten sich die Eigenthümer der Einl.-Z. 216, aus eigenem das Niveau herzustellen, nicht nur dasjenige Niveau, welches in ihre Realität fällt, sondern auch dasjenige, welches von dem Linienwalle in die Straße fällt. Die Gemeinde hingegen verpflichtet sich, diejenigen Theile, welche zur Ergänzung der halben Straße nothwendig sind, in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes zu legen. Es stellt sich, wie ich schon bemerkt habe, nach der Zugrundelegung des Betrages von 18.600 fl. der Quadratmeter auf 25 fl. 48 kr.; dazu kommen noch diejenigen Theile, welche separat abgegeben werden. Ich bemerke, dass wiederholt in der Nähe derartige Verkäufe seitens des Gemeinderathes bewilligt worden sind, und es ist dieser Preis mit 24, 25 fl. immer festgehalten worden. Ich ersuche daher um die Annahme des den geehrten Herren vorliegenden Antrages; der Antrag lautet (liest):

„Die Gemeinde Wien überlässt den Eigenthümern der Realität Einl.-Z. 216, IX. Bezirk, behufs Arrondierung der letzteren von der Linienwallparcelle 547/1, Einl.-Z. 52, IX. Bezirk, folgende Theile:

Figur a b c a im Ausmaße von circa 120 m², Figur d e f g h i k d im Ausmaße von circa 360 m² und Figur l m n o p q l im Ausmaße von circa 250 m², sohin Grundflächen im Gesammtausmaße von circa 730 m² um den Pauschalbetrag von 18.600 fl. und unter folgenden Bedingungen:

a) der obgenannte Kaufschilling ist binnen acht Tagen nach erfolgter Verständigung von der Annahme des Offertes seitens der Gemeinde bar zu Handen der städtischen Hauptcassa zu bezahlen;

b) die Bezahlung der Vertragskosten und Übertragungsgebüren obliegt den Käufern;

c) letztere verpflichten sich, von ihrer Realität Einl.-Z. 216 folgende Theile lastenfrei und ohne weitere Entschädigung an die Gemeinde abzutreten: Figur c d s c per circa 10 m², Figur b d' m' l' b per circa 35 m² und Figur o t y x u v w o per circa 230 m².

Die beiden letztgenannten Grundflächen haben die Gesuchswerber auf ihre Kosten ins richtige Niveau zu bringen.

Die Übergabe der mit den Buchstaben b d' m' l' b bezeichneten Grundfläche an die Gemeinde hat längstens bis 1. Mai 1896 stattzufinden;

d) ferners verpflichten sich die Käufer, falls die Gemeinde in den Besitz des mit den Buchstaben m n r m umschriebenen Theiles der Realität Einl.-Z. 900, Währing, im Ausmaße von circa 14 m² gelangt, diese Grundfläche um den Pauschalbetrag von 400 fl. käuflich zu erwerben; andererseits erklärt sich die Gemeinde zur Übergabe dieses Grundes um den genannten Betrag hiemit bereit;

e) die Gemeinde Wien wird die von der Linienwallparcelle 547/1 zur Straße fallenden Theile, und zwar Figur a b d' m' e' f' a' b' c' a im Ausmaße von circa 190 m², Figur e f h' g' im Ausmaße von circa 305 m² und Figur n o t i' n im Ausmaße von circa 95 m² gegen dem zur grundbücherlichen Abschreibung bringen, dass die Käufer diese Grundflächen auf ihre Kosten in das richtige Niveau bringen, insofern dies nicht schon geschehen sein sollte.

Die Schadloshaltung für diese Grundtheile ist bereits in dem oberwähnten Pauschalbetrage inbegriffen."

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Hawranek!

Gem.-Rath Hawranek: Meine Herren! Vor ganz kurzer Zeit haben wir dort einen Grund verkauft mit 27 fl. und etlichen Kreuzern. Ich muss Sie aufmerksam machen, dass durch diese Dreiecke der Grund an Wert bedeutend gewinnt. Ich werde Sie nicht lange aufhalten und beantrage, dass man für diese Dreiecke per Quadratmeter 40 fl. verlangt. Das ist nicht viel und das wird auch gezahlt werden.

Bürgermeister: Das Ausmaß beträgt 730 m² und Sie beantragen 40 fl. per Quadratmeter?

Gem.-Rath Hawranek: Ja, sonst wäre das ja verschleudert.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Eigner!

Gem.-Rath Eigner: Meine Herren! Der Herr Referent hat uns auseinandergesetzt, dass die Anrainer die Grundstücke von der Commune Wien unbedingt haben müssen. Sie können nichts machen, wenn Sie die Stücke nicht kaufen. Ich glaube, der Herr Referent hat uns gesagt, dass der Quadratmeter 25 fl. 48 kr. kostet, mithin die Quadratklafter 91 fl. 72 kr. Um diesen Preis werden die Gründe dort heute nicht verkauft, weil dort nicht mehr viele Gründe vorhanden sind. Ich meine, man soll nicht dem Antrage Hawranek zustimmen, aber 35 fl. können die Käufer wirklich per Quadratmeter bieten, denn diese Dreiecke sind lauter Gassenfronten, während die Gründe, die die Käufer besitzen, lauter hintere Gründe sind. Die haben nur einen Wert, wenn vorne eine Gassenfront dazu kommt. Wenn die Commune sie nicht verkauft, können sie mit dem Grunde nichts machen, weil sie nichtbauen können.

Ich erlaube mir den Antrag zu stellen, dass für den Quadratmeter mindestens 35 fl. zu verlangen ist, mithin neue Verhandlungen einzuleiten sind. (Zwischenrufe. — Nach einer Pause:) Mit Rücksicht auf den soeben von Seite einiger Collegen ausgesprochenen Wunsch ziehe ich meinen Antrag zurück und stimme für den Antrag Hawranek mit 40 fl.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg!

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Es scheint den Herren unter dem Essen der Appetit zu kommen. Ich habe über solche Verkäufe referiert und damals wurde gesagt: es müsse unbedingt getrachtet werden, dass ein Preis von 25 fl. per Quadratmeter erreicht wird. Die Situation war damals genau dieselbe wie heute und der Grund ist nicht verbessert, sein Wert nicht erhöht worden. Ich kann die Parteien nennen, es war eine gewisse Aurelie Redlich, dann eine sichere Julie Edinger, und man hat einen Preis von 25 und 26 fl. per Quadratmeter erzielt. In diesem Falle führte ein Comité die Verhandlungen, und trotz vielem Zureden war kein höherer Preis als eine Summe von 300 fl. zu erreichen, weil die Partei ganz einfach erklärt hat, sie steht ab, weil selbst sogenannte routinierte Bauunternehmer mit dieser Realität, auch mit diesen Appendixen nichts anzufangen in der Lage waren und die Gründe zu tief sind. Überdies hat ja diese Partei privatim ihre Realität der Gemeinde angetragen um 80.000 fl., so dass der Quadratmeter auf 15 fl. zu stehen kommt, und jetzt soll die Partei von der Gemeinde den Quadratmeter um 40 fl. bezahlen. Nun wird ein in solcher Preis angeboten, wie seitens der umliegenden Nachbarn gezahlt wurde, und jetzt stellt ein Herr den Antrag, 40 fl. per Quadratmeter zu begehren. Der Herr kennt die Situation nicht, er wird auch wahrscheinlich nicht wissen, dass am Gürtel bei der Nussdorferlinie heute die Klafter mit 100 fl. zu haben ist, aber nicht verkauft werden kann. Ich möchte noch erwähnen, dass speciell diese Partei sich ein besonderes Verdienst auch um die Commune erworben hat dadurch, dass sie ganz frank und frei mit der Front zurückgerückt ist und es dadurch ermöglicht hat, dass die Pulverthurmgasse nach Währing eröffnet werden konnte. Nachdem die Partei genau denselben Betrag bezahlt, sogar um einen halben Gulden mehr wie früher, so glaube ich, dass der Grund hinreichend gezahlt ist, umsomehr, nachdem die Partei, wie schon früher erwähnt, in uneigennütziger Weise der Eröffnung der Pulverthurmgasse nicht im Wege gestanden ist. Ich bitte, aus diesem Grunde den Antrag des Referenten anzunehmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Meine Herren! Die Sache ist ein bisschen anders, als sie uns hier dargelegt wurde. Die Partei, mit der wir hier verhandeln, hat die rückwärtigen Gründe, und die vorderen, die theueren Gründe, die den heutigen Besitz erst zu einem wertvollen machen, verkaufen wir. Es ist den Herren bekannt, wenn jemand parcellieren will, muss er auch die Straße dazu kaufen, das Fensterrecht. Das sind 500 m², die wir an Straße abtreten. 700 m² haben wir ohnehin, das sind im ganzen 1200 m², da kommt der Quadratmeter auf 15 fl. Meine Herren, trauen Sie sich einen Meter Grund um 15 fl. zu verkaufen? Ich würde es nicht wagen. Das heißt das Vermögen der Gemeinde beim Fenster hinauswerfen. Sie führen uns hier die Grundflächen an, welche wirklich verbaut werden. Das ist aber nicht richtig. Sie müssen auch den Grund dazu nehmen, der auf der Straße ist. Wer ein Haus bauen will, muss die Straße dazu erwerben, sonst hat er kein Fensterrecht. Wir sind nicht richtig berichtet. Das Referat entspricht den Thatsachen nicht. Es ist daher die Äußerung des Herrn Collegen Hawranek vollkommen begründet, und ich schließe mich seinem Antrage vollkommen an.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Stehlik!

Gem.-Rath Stehlik: Ich finde es begreiflich, dass der Herr Vertreter des IX. Bezirkes für seinen Bezirk eintritt. Er sagt, beim Essen kommt der Appetit. Das ist ganz richtig. Aber es wird sich der Herr Stadtrath erinnern, dass wir damals bei seinem Referate, welches wir abgelehnt haben, dadurch, dass wir es abgelehnt haben, einen bedeutend höheren Preis erzielt haben. Aber ich möchte vom Herrn Referenten hören, wie theuer die Partei den Grund an die Gemeinde abgetreten hat. Das sagt er nicht. (Referent: Unentgeltlich!) Also gut! Jetzt bin ich beim richtigen Gedanken. Wenn man etwas unentgeltlich abtritt, hat man gewiss die Versicherung, dass man etwas Nutzbares dafür gewinnt. Die Partei hat zwei Gassenfronten (Rufe: Drei!), das hätte sie nicht gehabt; jetzt bekommt die Käuferin eine wunderschöne Bauarea. Drei Gassenfronten — denken Sie sich, Sie wollen um dieses Spottgeld den Platz hergeben. Ich könnte mich damit durchaus nicht einverstanden erklären und schließe mich dem Antrage Hawranek an. Ich finde den Betrag von 40 fl. nicht zu theuer. Sie finden dort das nicht, Sie bekommen es nicht. Und wenn Sie

es der einen Partei geben, müssen sie es der anderen auch geben. Wir haben es am Neubau auch so gehalten, wir haben es nicht zugegeben, und die Partei, welche den Bauplatz haben wollte, hat einen bedeutend höheren Preis selbst offeriert. Ich glaube nicht, dass ein Vertreter, speciell ein Stadtrath, für die Verschleuderung eintreten soll; das ist eine gefährliche Geschichte.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Sebastian Grünbeck!

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich muss staunen, dass gerade diese Gründe um diesen Preis verkauft werden sollen. Es hat zwar Herr College Dr. Klotzberg gesagt, ein anderer Platz sei um 100 fl. nicht anzubringen. Ja, meine Herren, Tiefplätze, das ist vielleicht richtig. Ich glaube, es ist unbedingt der Preis, welchen Herr College Hawranek beantragt, ganz richtig. Es wird sich ja bei der Abstimmung zeigen, dass die Herren für derartige Verkäufe nicht sind. Es ist wiederholt bewiesen worden, dass gerade von unserer Seite die richtigsten Einwände gemacht worden sind, und nachträglich hat sich thatsächlich ergeben, dass wir bedeutend höhere Preise erzielt haben. Ich schließe mich dem Antrage Hawranek an.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Steiner!

Gem.-Rath Steiner: Es ist eigenthümlich, welche Argumente Herr Dr. Klotzberg hier ins Treffen geführt hat. Er hat in erster Linie der Meinung Ausdruck gegeben, dass wir schon einmal erklärt hätten, wir wären froh, wenn wir für diese Gründe nur 25 fl. per Meter bekämen. Es kann doch kein Präjudiz für den Gemeinderath sein, dass man in Zukunft, wenn ein Grund verkauft wird, nicht mehr bekommen darf als 25 fl.

Aber das eine begreife ich nicht, dass Herr Dr. Klotzberg als Vertreter des IX. Bezirkes nicht einmal weiß, dass um 100 fl. auf der Nussdorferstraße gar kein Grund zu haben ist. Die dortigen Besitzer können sich bei ihm bedanken, dass er ihren Grund in öffentlicher Sitzung so herabsetzt. (Bürgermeister: Darf ich bitten!) Der Herr Bürgermeister unterbricht schon wieder, er hat Angst, dass jemandem wehe geschieht. Ich würde bitten, Herr Referent, es kommt in früheren Referaten meist der Name des betreffenden Eigenthümers vor. In diesem Referate finde ich ihn nicht.

Referent: Er steht ja drinnen, ich habe ihn genannt; es ist Theresia Egger und die Mitbesitzerinnen, es sind drei Namen.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Dann bitte ich um Entschuldigung. Ich bin aber absolut dagegen, dass der Grund um dieses Geld verkauft werde, schon deshalb, weil der Erlös der verkauften Gründe immer zusammengeworfen wird und man höchstens am Schlusse im Rechnungsabschlusse liest: so viel eingenommen für verkaufte Gründe; das Geld ist aber factisch weg und wir haben kein Geld und keinen Grund.

Ich stimme also gegen das Referat und schließe mich dem Antrage des Collegen Hawranek an, weil endlich einmal gebrochen werden muss mit der Verschleuderung des Gemeindeeigenthums in solcher Weise, wie sie vom Referenten beantragt wird.

Gem.-Rath Weitmann: Meine Herren! Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht der Herr Vertreter des IX. Bezirkes für die Verschleuderung der Gründe eingetreten wäre. Es ist recht eigenthümlich, so oft ein Grund im IX. Bezirke verkauft werden soll, tritt gewiss der Collega Dr. Klotzberg auf und will ihn um den allermöglichst billigen Preis verschleudern. Man dürfte ihn bereits einen Bezirkspatrioten nennen. Denn er tritt in so eigenthümlicher Weise, ich will es nur betonen, in eigenthümlicher Weise für die Verschleuderung der Gründe auf.

Bürgermeister (unterbrechend): Was heißt denn das?

Gem.-Rath Gregorig: Das müssen Sie ja fühlen, was das heißt.

Bürgermeister: Ich bitte sich klarer auszudrücken.

Gem.-Rath Weitmann (fortfahrend): Erst vor kurzer Zeit hat er empfohlen, einen Baugrund um 15 fl. per Meter zu verkaufen. Wir haben das abgelehnt und nach nicht ganz 14 Tagen haben wir 10 fl. per Meter mehr erhalten. Also, wenn der Herr Vertreter des IX. Bezirkes den Wert der Gründe nicht besser taxieren kann, soll er lieber ruhig sein. (Beifall links.)

Gem.-Rath Eigner: Der Herr St.-R. Dr. Klotzberg, der den IX. Bezirk sehr gut kennt, wäre gerade in der Lage gewesen, dass ihm der Preis aufgefallen wäre, und er hätte schon im Stadtrathe einen höheren Preis beantragen sollen; das wäre seine Pflicht gewesen, aber leider hat er es unterlassen. Nun hat er erwähnt, dass auf der Nussdorferstraße genug Plätze um 100 fl. zu haben wären, dieselben sind aber außer der alten Linie, dort verkauft man vielleicht nicht einmal um 100 fl., weil man drei Stock hohe Häuser hineinbauen müsste. Herr College Dr. Klotzberg! An dieser Stelle aber, wo die Frau den Grund hat, ist lauter Naturgrund, Sand, sie bekommt das Material, das sie wieder verwerten kann. Herr Dr. Klotzberg weiß nicht, was der Grund enthält, er soll hingehen und schauen, wenn dort gebaut wird, was alles herausgearbeitet wird. Sie gewinnt den Sand zum Bauen, und es kostet sie die Verführung nicht einen Kreuzer.

Ich werde dem Herrn Dr. Klotzberg ein Beispiel anführen. Im XVII. Bezirke wurde eine Gasse eröffnet — ich will den Namen nicht nennen, aber es sind Herren da, die mir das bestätigen können — dort wurde eine Gasse eröffnet und zwischen dem Besitze des einen Hauses und dem Eröffner der Gasse blieb ein kleiner Streifen, ein Zwickel, auf der breitesten Seite 30 cm und in einer Länge von 50 m. Vom Quadratmeter kann man da gar nicht sprechen. Wissen Sie nun, was dafür verlangt wurde? 5000 fl. Zuerst sogar 10.000 fl., dann 5000 fl., und hier, wo ganz andere Verhältnisse sind, verschleudert die Commune so die Plätze. Fragen Sie einmal einen Speculanten, was der verlangt, wenn er einen solchen Platz hat.

Wenn die Frau heute Besitzerin ist, wird sie nicht 40 fl. per Quadratmeter verlangen, sondern 60 fl., und sie würde sie auch bekommen. Die Gegend ist eine sehr gute, die Tramway ist dort, die Stadtbahn, der Bahnhof kommt in die Nähe hin, ein Marktplatz, alles ist dort. Der Herr Doctor schildert es so, als wenn es eine Gegend an der äußersten Peripherie von Wien wäre. Wir sind dort mitten im Centrum von Wien, Herr Doctor! Ich ersuche, das zu berücksichtigen und den Preis ein bisschen zu erhöhen, damit die finanziellen Kräfte der Commune etwas gestärkt werden, und bitte unseren Antrag anzunehmen oder die Verhandlung zu vertagen und neuerdings zu unterhandeln.

Bürgermeister: Haben Herr Gemeinderath einen Antrag gestellt?

Gem.-Rath Eigner: Nein!

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Jedlička!

Gem.-Rath Jedlička: Meine Herren! Ich begreife nicht, warum man wieder zu dem Mittel greift, mit zweierlei Maß zu messen. In der nächsten Nähe von dem in Rede stehenden Grunde, in der Fluchtgasse, hat ein Hausbesitzer, dem nur ein Stückchen Grund als Ergänzung seines Grundes gefehlt, eine ganze Parcelle kaufen und theuer bezahlen müssen, und dann hat er den Grund

unentgeltlich an die Commune abtreten müssen. Hätte man hier, bei dieser Parcellierung, den Grund, den die Commune bereits abgetreten hat, mit in Rechnung gebracht, so kommt der Quadratmeter auf circa 15 fl., und um 15 fl. ist in der Gegend kein Grund zu haben. Das heißt verschleudern und nicht verkaufen. Es muss gewiss, weil kein Name darauf steht, ein Jud dahinter sein, sonst würde man es nicht so billig hergeben. (Beifall links. — Widerspruch und Gelächter rechts.)

Bürgermeister: Ich bitte, Herr Gemeinderath!

Gem.-Rath Jedlička: Warum enthält das Referat keinen Namen? Weil es ein Jude ist.

Bürgermeister: Ich bitte, Herr Gemeinderath. Erkundigen Sie sich, um wen es sich handelt, aber ich bitte, nicht in solcher Weise fortzufahren.

Gem.-Rath Jedlička: Herr Bürgermeister, ich begreife nicht, warum Sie immer bloß erregt werden, wenn man von Juden spricht.

Bürgermeister: Herr Gemeinderath, erlauben Sie einen Moment. Ich habe mir deshalb erlaubt, Ihre Bemerkung zu rügen, weil Ihre Bemerkung eine Beleidigung ist. (Gem.-Rath Jedlička: Für wen?!) Hören Sie nur! Ich werde es gleich sagen: Erstens für die Organe der Gemeinde. (Gem.-Rath Jedlička: Ist schon das Wort „Jud" eine Beleidigung?) Hören Sie doch! Erstens für die Organe der Gemeinde, und zwar deswegen, weil es ein Unrecht wäre, wenn die Organe der Gemeinde nicht vollkommen objectiv vorgiengen und weil sie sich von keiner Person und überhaupt von nichts beeinflussen lassen, zweitens ist es auch ein Angriff auf die Juden, und zwar, wie ich erklären kann, ein ungerechtfertigter. Ich glaube mit Rücksicht darauf ist es besser, Sie verlassen dieses Thema.

Gem.-Rath Jedlička: Also gut. Ich nenne den Namen „Juden" nicht mehr. Herr Bürgermeister, ich verspreche es Ihnen. (Heiterkeit.) Aber Gemeindegut lasse ich nicht verschleudern, dagegen verwahre ich mich. Wenn diejenigen den Grund auf die Art zu kaufen bekommen würden, wie derjenige, der ihn in der Fluchtgasse kaufen und theuer bezahlen musste und dann unentgeltlich der Commune abtreten musste, dann stimme ich zu. Solange man aber zur Parcellierung hergibt, ist der Preis viel zu niedrig. Selbst der Antrag Hawranek ist zu niedrig. Ich stimme daher dagegen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich will nicht über die Angemessenheit des Preises sprechen. Diese Sache entzieht sich meiner Beurtheilung. Ich möchte nur über die formelle Behandlung einige Worte an Sie richten. Ich glaube, es geht nicht an, wenn der Versammlung ein Anbot vorliegt, und sie es nicht annimmt, dass die Versammlung den Preis bestimmt. Ein solcher Beschluss wäre nutzlos, weil wir nicht wissen, ob die Partei den Betrag annimmt. Es ist nur möglich, ein solches Referat überhaupt abzulehnen oder zurückzuverweisen zum Behufe weiterer Verhandlungen. Es wäre nicht im Interesse der Gemeinde gelegen, einen Preis zu bestimmen. Man hat bei diesen Verhandlungen immer darauf Gewicht gelegt, eine Pauschalziffer zu nennen, weil es unter Umständen für die Gemeinde abträglich ist, wenn auf einen Präcedenzfall und Einheitspreis hingewiesen werden kann. Man kann immerhin einen Einheitspreis zugrunde legen, aber ich halte es nicht für gut, wenn der Gemeinderath in seinen Beschlüssen einen Einheitspreis nennt. Ich wäre dafür, dass die Versammlung nicht den Preis b estimme.

Wollen Sie das Anbot nicht annehmen, möge es abgelehnt werden, oder wenn die Herrn finden, es lässt sich aus der Sache etwas machen, mögen sie sie zurückverweisen zur weiteren Verhandlung; aber einen Preis nennen, ohne dass wir ein Offert haben, das halte ich für fruchtlos, der Gemeinderath soll aber keine nutzlosen Beschlüsse fassen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Silberer!

Gem.-Rath Silberer: Meine Herren! Es ist mir sehr leid, dass ich dem geschätzten Herrn unmittelbaren Vorredner direct widersprechen muss. Ich bin nicht seiner Meinung, ich glaube nicht, dass es absolut unmöglich ist, dass wir in einem Falle, wie dem vorliegenden, wenn uns empfohlen wird, ein Grundstück — sei es ein größeres oder kleineres — um einen Preis zu verkaufen, der uns zu niedrig scheint, dass wir nicht sagen können sollen, wir geben dasselbe nur um diesen oder jenen Preis her. (So ist es! links.) Das ist nach meiner Meinung eine Abkürzung des Verfahrens. Es ist ja sehr schwer für den Stadtrath, wenn wir einfach zurückweisen, ohne unsere Meinung auszusprechen, ohne einen Preis festzusetzen, weil dann vielleicht wieder Verhandlungen eingeleitet werden, das Resultat der Verhandlungen wieder in Form eines Antrages hergebracht wird und wir vielleicht wieder sagen können, es ist uns zu wenig. Die Sache scheint mir auf diese Weise viel einfacher zu sein und stimmt mit dem, was ich immer beantragt habe. Sie wissen, ich habe beantragt, man möge um Himmelswillen endlich eine Realitäten-Commission einsetzen, welche die Grundstücke der Gemeinde schätzt, Preise festsetzt, auf Grund deren der Magistrat in der Lage ist, so wie beim Greißler die Semmel, jedes Grundstück zu verkaufen. Das ist kaufmännisch, das ist einfach. Aber hier im Hause wird nichts kaufmännisch und nichts einfach gemacht, alles nur bureaukratisch und das Zurückweisen ohne Preis ist wieder bureaukratisch, ist nicht einfach, nicht kaufmännisch! Ich stehe auf dem Standpunkte, dass ein höherer Preis verlangt werden kann, dass nichts entgegensteht, einen Preis auszusprechen, und wenn irgendjemand einen Preis normiert, der als Minimum zu gelten hat, so kann er eventuell abgerundet werden; das macht nichts, wenn die Welt erfährt, der Grund ist per Meter um 40 oder 50 fl. zu haben, das ist dann jedenfalls nur ein Vortheil.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Frauenberger zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich beantrage den Schluss der Debatte. (Rufe links: Ah!)

Bürgermeister: Es ist der Schluss der Debatte beantragt. Ich bitte jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte die Herren Schriftführer, zu zählen. (Nach einer Pause:) Für den Schluss der Debatte haben 57 Herren gestimmt. — Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) 61 dagegen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links. — Rufe links: Das ist die erste Kraftprobe!) Beruhigen Sie sich, von Bedeutung ist die Sache ja nicht. Der Antrag auf Schluss der Debatte ist abgelehnt. — Herr Gem.-Rath Hawranek!

Gem.-Rath Hawranek: Nach den Ausführungen des Herrn Collegen Silberer habe ich nicht viel beizufügen. Nur das muss ich dem Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter sagen, dass wir jetzt einen Preis bestimmen können und nicht immer alles an den Stadtrath zurückleiten müssen, damit der wieder manipuliert. Wenn Sie schon den Preis nicht fix bestimmen wollen,

so kann man ja sagen, unter 40 fl. ist der Quadratmeter dieses Grundes nicht zu haben, er kann ja auch höher kommen.

Bürgermeister: Ich bitte, damit nicht etwa auch diese Frage noch Anlass zur Debatte gibt, werde ich meine diesfällige Ansicht aussprechen. Dieser Antrag, wie er hier vom Stadtrathe vorgelegt worden ist, kann allerdings nur so angenommen oder abgelehnt werden. Wenn der Gemeinderath aber den Preis mit 40 fl. bestimmt, so ist das eine Norm für den Stadtrath, an die sich dann der Stadtrath in dieser Frage auch zu halten hat. Es wäre also dann Sache der weiteren Verhandlung, ob die Offerenten den Betrag annehmen oder nicht. (Zustimmung.)

Herr Gem.-Rath Jedlička!

Gem.-Rath Jedlička: Ich verzichte!

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Pommer!

Gem.-Rath Dr. Pommer: Meine Herren! Ich habe den Ausdruck „Einheitspreis" gehört; mir scheint, das ist ein falsch gefasster Begriff. Ein Einheitspreis wäre nach meiner Meinung dann vorhanden, wenn im allgemeinen gesagt worden wäre: Wir verkaufen den Quadratmeter ohne Rücksicht darauf, wo sich derselbe befindet und was das für ein Grundstück ist, um so und soviel Gulden. Das ist nicht gesagt worden; wir haben da einen ganz anderen Antrag gehört; es ist genau erwogen worden, was das für ein Grundstück ist, und für dieses Grundstück natürlich ist für den Quadratmeter eine bestimmte Summe genannt worden. Das deshalb Einheitspreis zu nennen, ist nach meiner Meinung nicht zulässig. (Widerspruch rechts.) Ich werde für den Antrag Hawranek stimmen. (Bravo! links.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Vaugoin!

Gem.-Rath Vaugoin: Meine sehr geehrten Herren! Es ist kein Zweifel, dass der Gemeinderath das Recht hat, zu beschließen, dass ein Grund unter 40 fl. nicht verkauft werden darf. Dann bitte ich, aber auch die Folgen zu berechnen, welche das für den Gemeinderath und den Magistrat hat. Meine Herren, wenn der Käufer auf den Preis nicht eingeht. Denn das muss doch zugegeben werden: (Unterbrechung seitens des Gem.-Rathes Hawranek.) Ich bitte, ich schweige, wenn Sie sprechen, Herr Hawranek; ich bitte, mich auch in Ruhe zu lassen. — Wenn die Partei auf den Preis nicht eingeht, so sitzt der Gemeinderath mit einem mit großer Majorität gefassten Beschlusse da und kann sich den Grund — ich weiß nicht, wie lange — anschauen. Es ist daher, meine Herren, viel zweckmäßiger, wenn Sie dem Antrage des Herrn Dr. Richter zustimmen, dass die Verhandlungen mit der Partei noch einmal vorgenommen werden. Der Stadtrath wird sich ja die Ansichten, welche hier mit großer Majorität zur Geltung kommen, zur Richtschnur machen; er wird auch versuchen, das bestmöglichste zu erreichen und danach seinen diesbezüglichen Antrag stellen. Wenn wir aber beschließen, diese Gründe dürfen nicht unter 40 fl. verkauft werden, so wird jeder, der kommt und dem Magistrate weniger anbietet, beim Stadtrathe abgewiesen werden und der Gemeinderath wird ihn auch abweisen. Also, meine Herren, praktisch muss man auch sein, wenn man auch in der Majorität ist. Ich glaube, das werden Sie thun wollen, dass Sie praktische Beschlüsse fassen, die ohne Nachtheil für die Gemeinde ausgeführt werden können. Ich möchte Ihnen also empfehlen, diesen Vorgang zu wählen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Frauenberger!

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren! Es ist zweifellos, dass es Personen gibt, welche, wenn sie sehen, dass der Nachbar irgendetwas von ihm braucht, den Preis so hoch als möglich halten. Ein Privater kann in dieser Richtung thun, was er will (Ruf links: Die Gemeinde auch!), ich bin aber der Meinung, dass es der Gemeinde Wien nicht wohl ansteht, wenn sie bei jeder Gelegenheit die Situation in einer solchen Weise ausnützt. (Oho-Rufe links.) Meine Herren! Diejenigen, welche einen Grundstreifen — ich spreche ja nur von einem Grundstreifen, nicht von einem großen Complex — von der Gemeinde brauchen, sind auch unsere Mitbürger, und wir dürfen uns nicht auf den Standpunkt stellen, dass wir nun sagen, Du musst den Grundstreifen haben, daher musst Du auch diesen hohen Preis bezahlen. Dieser Standpunkt ist auch nicht richtig, und dass dieser Standpunkt auch nicht immer zum Besten führt, will ich Ihnen durch ein Beispiel zeigen. Die Vertreter des VII. Bezirkes werden wissen, dass es sich auf der Kaiserstraße bei einem Baue ebenfalls um einen Grundstreifen gehandelt hat, der sozusagen eingekeilt ist. (Rufe links: Wird schon kommen!) Wird nicht kommen! Damals war dieselbe Debatte. Man hat da gesagt, der Betreffende muss diesen Streifen haben, wir verlangen daher einen hohen Preis. Was hat der Mann aber gethan? Er hat zweimal offeriert und als er das drittemal abgewiesen worden ist, hat er auf diesen Grundstreifen verzichtet und die Gemeinde Wien kann heute mit diesem Grundstreifen gar nichts machen. Das sind auch Folgen, welche man zu bedenken hat. Diesen Streifen können wir heute niemandem verkaufen, weil ihn niemand brauchen kann als der Betreffende und der wartet, bis die Gemeinde Wien sagt, wir werden den Grund billiger verkaufen, wir können damit sonst nichts machen. (Widerspruch links.) Ich muss mich auf das entschiedenste gegen den Grundsatz aussprechen, der hier hervorgehoben wurde. Es hieß: Diese Leute müssen den Grund haben und weil sie ihn haben müssen, so müssen wir unseren Standpunkt in ungebürlicher Weise ausnützen.

Noch etwas will ich richtigstellen, da College Dr. Klotzberg nicht mehr zum Worte kommen dürfte. Er hat nicht gesagt, dass der Grund auf der Nussdorferstraße 100 fl. kostet. Das hat Dr. Klotzberg nicht gesagt, sondern er hat gesagt, am Nussdorfergürtel. Das ist ein Unterschied. Das wollte ich richtigstellen, weil ich nicht weiß, ob Herr College Dr. Klotzberg noch zum Worte kommt oder nicht. Wenn es sich um einen Baugrund handelt, dann darf die Gemeinde Wien sich nicht auf einen engherzigen Standpunkt stellen und einen Bau unmöglich machen. Das ist meine innerste Überzeugung. Ich bin nicht für das Grundverschleudern und für das Verkaufen um jeden Preis; ich habe das wiederholt hier gezeigt. Aber wenn es sich um solche Fragmente handelt, und wenn man den Bau fördern kann, was auch im Interesse der Gemeinde liegt, so sollte man eine solche Situation nicht hindern, sondern fördern.

Und noch eines will ich bemerken. Ich stehe auf dem Standpunkte des Herrn Vice-Bürgermeisters Dr. Richter. Das ist das einzig richtige, was er ausgeführt hat. Entweder wir weisen dieses Referat zurück und lassen mit den Leuten verhandeln, oder wir lehnen das Referat einfach ab, etwas anderes gibt es nicht. Der Gemeinderath kann nicht sagen, wir verkaufen diesen Grund um diesen Preis. Das geht einfach nicht. Wie denn, wenn der Betreffende, nachdem ihm der Preis des Gemeinderathes bekanntgegeben wird, sagt: „Ich lasse mich dem Gemeinderathe empfehlen, ich mag den Grund nicht!" Man muss jede Situation betrachten, ich bitte Sie daher, den Antrag des Referenten anzunehmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Lueger!

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich habe mich zwar nicht gemeldet (Rufe seitens der Schriftführer: Ja!) — nein! Nachdem ich aber schon beim Worte bin, so erlaube ich mir vor allem meinen wärmsten Dank auszusprechen für die guten Lehren, welche sowohl Herr Dr. Richter wie Gem.-Rath Frauenberger und insbesondere Herr Vaugoin der Opposition des Wiener Gemeinderathes ertheilt haben. Ich kann den Herren nur versichern, dass wir die Sache mindestens ebensogut treffen werden, wie es die Herren getroffen haben, nur mit dem Unterschiede, dass wir trachten werden; für den Grund, der der Gemeinde Wien gehört, soviel wie möglich zu bekommen. Was den unmittelbaren Herrn Vorredner betrifft, so hat er wohl recht, dass wir nichts Ungebürliches begehren sollen, aber andererseits wird er auch zugeben, dass die Gemeinde Wien verpflichtet ist, für dasjenige, was sie besitzt, den entsprechenden Preis zu verlangen. (Beifall links.) Das wird er auch als richtigen Grundsatz annehmen. Wir sind nicht dazu da, dem einen oder anderen Privaten in irgendeiner Weise ein Geschenk zu machen. Im vorliegenden Falle steht es so, dass Sie ruhig sagen können, durch den Verkauf des städtischen Grundes wird der übrige Grund erst wertvoll (So ist es! links), jetzt kann man denselben nicht verwerten, damit absolut nichts machen, man kann nicht bauen. Also ich glaube wirklich, dass der Preis von 40 fl. im vorliegenden Falle zu erreichen sein wird. Nehmen Sie den Antrag an, zahlt die betreffende Eigenthümerin, die Frau Egger, den Preis nicht, so soll sie den Grund stehen lassen. Der Grund wird immer mehr wert (Zustimmung links), und wenn Herr Gem.-Rath Frauenberger uns bange zu machen sucht, weil angeblich ein kleiner Grundstreifen im VII. Bezirke jetzt nicht verwertet werden kann, so bin ich überzeugt, der Betreffende wird schon noch kommen; nur Geduld! Er muss ja nicht binnen 24 Stunden hier sein. Er wartet, bis wir mürbe werden, und wir werden ruhig warten, bis er mürbe wird. Wir werden sehen, wer länger zu warten in der Lage ist. Herr Gem.-Rath Frauenberger wird doch zugeben, dass die Gemeinde Wien nicht auf die paar Gulden, die eventuell ein solcher Grund einträgt, ansteht. Wenn es einmal soweit gekommen sein wird, dann wird es überhaupt um die Gemeinde Wien schlecht bestellt sein. Ich werde einfach für den Antrag des Herrn Collegen Hawranek stimmen. (Bravo! links.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Bärtl!

Gem.-Rath Bärtl: Nach den Ausführungen des Herrn Dr. Lueger verzichte ich auf das Wort.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Polzhofer!

Gem.-Rath Polzhofer: Meine Herren! Ich habe durch die Debatte eine ganz merkwürdige Ansicht bekommen. Ich habe gefunden, dass gerade nur ein Mann auf jener Seite sich zum Worte gemeldet hat, welcher eigentlich auf jene Seite gar nicht gehört, er gehört zu uns herüber. Denn die Ansichten, die er entwickelt hat, sind ganz richtig. Wenn Herr Gem.-Rath Frauenberger sagt, es handle sich nur um ein Fragment, so ist das einfach nicht wahr. Denn, wenn man den Plan ansieht, so sieht man, dass es ein erkleckliches Grundstück ist, um welches es sich handelt. Dann muss man nicht vergessen: zwischen den Preisen, die uns geboten werden von den Betreffenden, die ihn erwerben wollen, und dem Preise, welchen wir verlangen, ist die Differenz nicht so ungeheuer groß im Verhältnisse zu dem, dass eben durch den zu erwerbenden Grund alle anderen Grundstücke, welche dann zusammen verbaut werden sollen, erst den richtigen Grundwert bekommen.

Und nun, meine Herren, wenn man sich die Situation dieser Baufläche ansieht, so sieht man, dass man in den einzelnen Gebäuden nur verschobene Zimmer bekommt, welche keinen Wert haben gegenüber dem Falle, wenn die Zimmer in regelrechter Weise im Gebäude fertiggestellt werden. Darum, glaube ich, haben wir vollkommen Ursache und ein Recht, zu verlangen, dass das Stadtbauamt, respective der Stadtrath sich mit dem Gedanken vertraut machen soll, dass in diesem Saale ein anderer Wind zu wehen beginnt, dass wir nicht so, wie Herr Gem.-Rath Frauenberger gesagt hat, vorgehen dürfen wie Private, sondern dass wir einen ganz anderen Standpunkt einnehmen müssen. Ein Privater kann, wenn er will, den Grund verklopfen. Wir haben aber das Interesse der gesammten Mitbürger dieser Stadt zu wahren, darum müssen wir ganz anders vorgehen als ein Privater; wir haben gewissenhaft vorzugehen, darum empfehle ich den Antrag Hawranek. (Bravo! links.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Schlechter zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Schlechter (zur Geschäftsordnung): Nachdem auf der heutigen Tagesordnung eine große Reihe von Baustücken steht, nachdem wir alle der gleichen Überzeugung sind, dass wir die Bauthätigkeit in Wien nicht hemmen, sondern fördern wollen, nachdem ferner über diesen Gegenstand nunmehr genug gesprochen worden ist, beantrage ich nunmehr motiviert Schluss der Debatte.

Bürgermeister: Es ist der Antrag auf Schluss der Debatte gestellt. Ich ersuche jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Ich verzichte!

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg!

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich habe nur kurz zu bemerken, um die Herren zu beruhigen, dass die betreffenden Käufer nicht, wie Sie meinen Juden, sondern eine sehr geehrte christliche Familie sind . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Das gehört nicht hieher!

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich kann das sagen, ich habe die Leute kennen gelernt. (Rufe links: Aha!) Jawohl, es werden ja die betreffenden Parteien ins Rathhaus hineinbeschieden und man verhandelt in Gegenwart von Beamten. Und wenn Herr Gem.-Rath Weitmann gesagt hat, dass ihm meine Handlungsweise und meine Reden so eigenthümlich, recht eigenthümlich vorkommen — er will es nicht näher bezeichnen, er hat sich diesbezüglich nicht ausgedrückt — und er damit eine Verdächtigung vielleicht gesagt hat, so wissen die anständigen Herren, was sie davon zu halten haben. (Widerspruch links.) Mit dieser Verdächtigung — und die war beabsichtigt — hat sich Herr Gem.-Rath Weitmann so recht in seinem Elemente befunden.

Nun, meine Herren, ich will eines noch bemerken. Zu den Elementarbegriffen des Rechnens gehört auch das Dividieren, und wenn man die Summe 18.600 durch 730 dividiert, so kommen nicht 15 fl. heraus, sondern 25½ fl., und wenn man nimmt, was die Partei abzutreten hat, kommt ein Wert von 30 bis 35 fl. heraus. Das habe ich auch zu bemerken. Weiters habe ich nicht gesagt: auf der Nussdorferstraße. Man darf das Wort im Munde nicht so umdrehen — oder es mag eine Absicht dahinter stecken — sondern ich habe ausdrücklich erklärt, dass auf dem Gürtel bei

der Nussdorferstraße die Gründe heute abgegeben werden, die Klafter zu 100 fl., und nicht Käufer finden. „Nussdorfer Gürtel" habe ich ausdrücklich erklärt.

Die Herren haben gesagt, der Preis ist zu nieder, und wenn im anderen Falle ein Grundkäufer kommt und mit dem Grunde Speculation treibt, so wird er ein Speculant genannt, und die wollen Sie ausstäuben.

Nun, meine Herren, was thut in diesem Falle die Gemeinde? Sie rechnen auch die Gemeinde zu den Speculanten. (Rufe links: Nein!) Das habe ich zu bemerken. Es hat aber die Partei der Gemeinde Wien gegenüber sehr anständig gehandelt, indem sie ihr augenblicklich die Gassenfront in der Pulverthurmgasse abgetreten und auf solche Weise die Gasse nach Währing und gegen die Nussdorferstraße hin eröffnet hat. Von der Partei war ein höherer Preis nicht zu erzielen; wenn er zu erzielen gewesen wäre, so wäre niemand mehr erfreut, als ich. Möge es Ihnen gelingen! (Bravo! Bravo! rechts.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Silberer!

Gem.-Rath Silberer: Ich hätte mich nicht nochmals zum Worte gemeldet, wenn nicht zwei geschätzte Collegen, die Herren Baugoin und Frauenberger, mich veranlassen würden, noch einige Worte in dieser Sache zu sprechen.

Der Herr College Baugoin hätte besser gethan, das Wort nicht zu ergreifen, und ich muss ihn doch auf verschiedene Fälle hinweisen, wo er als Referent für einen Verkauf eingetreten ist, den wir wegen zu billigen Preises zurückgewiesen haben und wo wir dann einen höheren Preis erzielten. Ich verweise ihn da einzig auf einen schlagenden Fall, wo er die Gründe in der Annagasse durchaus um 120 fl. per Meter verkaufen wollte, und weil ich gesagt habe, wir sollen sie um 150 fl. nicht hergeben, hat er gefürchtet, wir finden niemanden. Schließlich habe ich sie aber selbst um 150 fl. gekauft (Hört! Hört! links), das macht 40.000 fl. in einer Minute. (Sehr gut! links.)

Ich kann daher den Herrn Collegen Baugoin, den ich sehr hochschätze, in Bezug auf den Realitätenpreis nicht als Fachmann anerkennen.

Was den geschätzten Herrn Collegen Frauenberger betrifft, so muss ich auch einiges bemerken.

Wenn man ihm zuhört, so hat man die Empfindung wie beim Collegen Baugoin, als ob wir nämlich nichts eiligeres zu thun hätten, als alle unsere Gründe unter jeder Bedingung so schnell als möglich los zu werden, weil sonst vielleicht unsere Beamten am nächsten Tage schon nichts mehr zu essen hätten. So stehen unsere Finanzen aber nicht, und so hat man nicht zu wirtschaften. Man muss doch um Gottes Willen berücksichtigen, wo die Grundstücke liegen. Es kann ja in derselben Gasse, wo zwei Häuser nebeneinander stehen, der Preis außerordentlich verschieden sein, und das Beispiel, das Herr College Frauenberger angeführt hat, beweist mir vielmehr, dass er da nicht klar sieht, als dass es unrichtig sei, für diesen Platz mehr zu verlangen. Der Fall vom Neubau klappt nicht, weil es sich dort um ein Grundstück handelt, welches nur der Betreffende brauchen konnte, und weil dort er die Straßenfront und das große Grundstück hatte und nur einen Zwickel von der Gemeinde kaufen sollte. Hier aber haben wir die Straßenfront, und ich bin zwar weit entfernt davon, den Standpunkt zu haben, der mit Recht von verschiedenen Seiten verdammt wird, und für die Gemeinde nicht zulässig gefunden wird, dass wir sagen: er braucht den Grund, und folglich müssen wir aus ihm herauspressen, was möglich ist, aber den Standpunkt habe ich, den jeder anständige Privatmann beim Verkaufe einnehmen kann, dass ich sage, mein Grundstück ist, weil es eine Straßenfront repräsentiert, mehr wert als das, was er hat, folglich muss er mehr dafür bezahlen. Diesen Standpunkt habe ich und muss ihn im Interesse der Steuerzahler, denen ja die Grundstücke gehören, einnehmen. Ich führe Ihnen als Beweis an — ich gehe immer von praktischen Beispielen aus — dass die Cabos'schen Häuser bei der Mariahilferlinie von den Blümel'schen Erben um 350 fl. gekauft wurden, die Straßenfront aber, nämlich die kleinen Linienhäuser, mit 650 fl. bezahlt werden musste, also derselbe Grund rückwärts um 350 fl. und die vordere Seite vom Staate um 650 fl., weil sie eine Straßenfront war und ohne Vorderfront gar nicht hätte gebaut werden können.

So liegt die Sache auch hier. Was die Form betrifft, so stimme ich vollkommen dem Herrn Bürgermeister bei, der die richtige Form gefunden hat; wir weisen die Sache an den Stadtrath zurück, und als Directive an den Stadtrath erklären wir, dass, wenn ein neuerliches Anbot kommt, nicht billiger als um 40 fl. per Quadratmeter verkauft werden soll. (Bravo! links.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann!

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich möchte nur das eine constatieren, dass bei solchen Preisbewertungen außerordentlich verschieden vorgegangen wird. Hier wird ein Grund, durch den der betreffende Grund Gassenfront bekommt, mit 25 fl. per Quadratmeter bewertet. Ich kann Ihnen einen anderen Fall sagen, im Gegensatze zu dem, was Herr College Frauenberger vom VII. Bezirke angeführt hat, wo ein Mitglied dieser Versammlung um Überlassung eines Grundes seitens der Gemeinde nachgesucht hat, der absolut nur Hofgrund ist und einfach ein Stück darstellt, das sich an den bestehenden Hofgrund anschließt, wo also von einer besonderen baulichen Verwendung absolut nicht die Rede sein kann. Wissen Sie, was die Gemeinde begehrt hat? 80 fl. per Quadratmeter. Es handelt sich um einen Fall, wo College Weitmann der Gemeinde ein Anbot von 50 fl. gemacht hat, und die Gemeinde hat 80 fl. für einen vollständig verzwickten, miserablen, sonst absolut nicht zu verwertenden Grund im Hofe, an andere Höfe anrainend, verlangt.

Ich muss da auch zurückweisen, was der verehrte Herr Stadtrath aus dem IX. Bezirke gesagt hat, indem er von einer Verdächtigung gesprochen hat. Herr College Weitmann hat ihn nicht verdächtigt, sondern nur, wie uns scheint, nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, dass es auffallend ist, dass der Herr College aus dem IX. Bezirke eine so geringe Kenntnis von der Sachlage hat, nachdem er doch als Bewohner des IX. Bezirkes in der Lage gewesen wäre, sich durch Autopsie von den Verhältnissen Kenntnis zu verschaffen.

Bürgermeister: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Es ist erwähnt worden, dass der Name nicht bekannt ist. Der Name steht in dem Plane mitten in der Realität: Therese Egger und Mitbesitzer. (Rufe links: Wer sind die Mitbesitzer?) Dann ist bemerkt worden, dass die Partei eigentlich nichts machen kann, ohne dass sie von der Gemeinde die Gründe erhält Das ist ja richtig; aber wenn man das so haarspalterisch nimmt, muss man auch sagen, dass die Gemeinde mit den Gründen auch nichts machen kann, ohne sie mit der anstoßenden Realität zu completieren, und das ist eben die Realität Nr. 216.

Bezüglich der Lage, glaube ich, besteht da ein Irrthum. Die Pulverthurmgasse ist heute in der Gänze noch nicht einmal durchgeführt, ebenso ist die Gemeindegasse nicht in ihrer Totalität durchgeführt. Weiters stoßt die Realität nicht an den Gürtel, sondern an die Lustkandlgasse. Sie ist daher erst in zweiter Reihe am Gürtel gelegen. Ich kenne die Preise dort sehr genau und erkläre Ihnen, dass in diesen Gegenden keine anderen Preise erzielt worden sind.

Es ist ferner bemerkt worden, dass man mit gleichem Maße messen soll. Der Gemeinderath hat vor etwa einem halben Jahre in der unmittelbaren Nähe über die Gasse hinüber — ich kann Ihnen den Namen nennen — an einen gewissen Edinger Gründe verkauft, die ganz in derselben Lage waren, die ebenfalls Gassenfront gehabt haben, und dort hat der Gemeinderath beschlossen, und wenn ich nicht irre, haben auch die Herren von dieser (linken) Seite dafür gestimmt, mit 25 bis 26 fl. zu verkaufen. Wenn Sie daher jetzt einen anderen Preis wollen, so messen Sie, meine Herren, die Sie dagegen stimmen, nicht mit gleichem Maße. Ich erlaube mir noch zu bemerken, dass der Linienwall heute noch besteht. Der Linienwall hat dort eine sehr große Höhe, ich glaube circa 5 m. Diese Erde muss dort weggegraben und weggeführt werden. Es ist gesagt worden, dass dort Sand ist. Das weiß niemand, was darin ist; es gibt Linienwallstücke, wo theilweise Sand ist, aber auch solche, wo gar kein Sand ist. Dort sind keine Depotplätze. Bei einer Höhe von 5 m gibt das, mit 1 fl. 50 kr. per Cubikmeter gerechnet, für die Quadratfläche repartiert, mindestens 7 bis 8 fl. Das muss man auch dazurechnen.

Weiters ist gesagt worden, dass die Leute schon kommen werden. Ich verweise darauf, dass gerade College Eigner bei einem Grundverkaufe, über den ich referierte, sagte: „Wir weisen das zurück und verlangen so und soviel; der wird es schon nehmen!" Wir haben mit dem Manne verhandelt und er hat kurz erklärt, dass er auf den Betrag nicht eingehen kann, und hat das zurückgewiesen.

Einen Einwand habe ich, aufrichtig gestanden, nicht verstanden. Man hat sich gegen das Wort „Einheitspreis" aufgelehnt. Wir Techniker sind es gewöhnt, wenn zwei Größen, die Fläche und der Betrag, gegeben sind, durch eine Division den Einheitspreis zu finden. Hier ist die Fläche gegeben; wenn sie die Fläche a nennen und den zu zahlenden Betrag b, so ist das x — wenn Sie den Einheitspreis so nennen wollen — gleich b : a. Das ist ein ganz gewöhnliches Rechenexempel, welches hier noch nie Anstoß erregt hat. Ich hätte gewünscht, dass bei dem Preise (40 fl.), welchen Herr College Hawranek ausgesprochen hat, er denselben motiviert hätte. Ich glaube, es wäre ihm wirklich etwas schwer gefallen, weil der Preis meiner Ansicht nach gewiss ein sehr hoher ist. Die Gemeinde ist damals in die Action des Linienwallkaufes eingegangen in der Überzeugung, dass dadurch die Bauthätigkeit gehoben wird; ich war damals der Überzeugung und mit mir gewiss auch viele Herren, dass dadurch Straßen eröffnet werden, die nicht nur dem Einzelnen, sondern der ganzen Gegend aufhelfen sollen. Das war damals das allgemein anerkannte Princip, darum haben wir die Linienwälle gekauft. Es ist auch wirtschaftlich, dass wir die Linienwälle verkaufen, wenn wir einen Preis erzielen, der den dortigen Verhältnissen entspricht. Ich erkläre, dass der Preis mit 25 fl. mit Zugrundelegung der anderen Umstände, mit Zugrundelegung dieser Flächen, welche umsonst hergegeben werden, ein vollkommen angemessener Preis ist und dass es gewiss nur wirtschaftlich ist, wenn wir die Linienwallgründe, welche wir zu diesem Zwecke gekauft haben, um diesen Preis verkaufen. Ich ersuche daher um Annahme meines Antrages. (Beifall rechts.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Weitmann zur Berichtigung.

Gem.-Rath Weitmann: Ich verzichte!

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Ich berichtige die Äußerung des Herrn Gem.-Rathes Dr. Klotzberg, welcher behauptet hat, ich kann nicht dividieren. Er sagt, wenn man die Zahl 18.000 durch 730 dividiert, kommt 25 fl. nicht 15 fl. (Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Es kommen 600 fl. dazu!) Es sind nicht 700 sondern 1200 m², die wir verkaufen, und dann kommt allerdings 15 fl. per Quadratmeter heraus; folglich habe ich recht und nicht Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Stehlik zur thatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rath Stehlik: Ich berichtige nur, dass diese Geschichte bei den Grundverkäufen sich immer so zuspitzt. (Bürgermeister: Das ist keine Berichtigung!) Daran ist nur die Geschichte mit dem Grunde des Rothberger-Hauses schuld, welcher so verschleudert wurde.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Eigner zur thatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rath Eigner: Ich werde sehr kurz sein.

Bürgermeister: Ich bitte nur zu berichtigen.

Gem.-Rath Eigner: Der Herr Referent hat gesagt, dass ich immer derjenige war, der schuld daran war, dass der Kauf um den vom Herrn Gem.-Rathe Frauenberger angeführten Preis zurückgegangen ist. Der Herr Referent hat vielleicht vergessen, dass an der Stelle, wo wir heute die Plätze verkaufen, ebenfalls dieser Preis zu niedrig war und wir auch den zuerst vorgeschlagenen Preis nicht angenommen haben. Ich glaube, es wird ganz gut sein und kann ganz gut angenommen werden, dass wir den Preis mit 40 fl. fixieren.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung.

Gegenüber dem Referenten-Antrage hat Herr Gem.-Rath Hawranek den Antrag gestellt, es sei der Preis für die zu verkaufende Fläche von circa 730 m² mit 40 fl. festzusetzen gegenüber einem Pauschalbetrage von 18.600 fl. Ich constatiere zunächst, dass mehr als 92 Herren Gemeinderäthe anwesend sind.

Die Herren, welche für den Antrag Hawranek stimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht. — Bravo! links.) Die Herren Schriftführer zählen 67 dafür; wird ein Zweifel ausgesprochen?

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich würde namentliche Abstimmung beantragen. (Widerspruch rechts.) Nun, mit 67 ist er nicht angenommen; 70 brauchen wir! (Unruhe.)

Bürgermeister: Ich bitte, keine Aufregung. Ist der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt worden? (Rufe: Ja!) Es ist der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt; ich bitte diejenigen Herren, welche diesem Antrage auf namentliche Abstimmung zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) 74 dafür; dieser Antrag ist angenommen. Ich bitte also um die namentliche Abstimmung. Die Herren, welche für den Antrag Hawranek stimmen, bitte ich, mit Ja zu stimmen, die Herren, welche dagegen sind, mit Nein.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dr. Zimmermann stimmen mit Ja die Gem.-Räthe:

Bärtl, Becker, Brauneiß, Büsch, Dobeš, Dolainski, Dürbek, Eigner, Fickeys, Dr. Geßmann, Geyer, Gfrorner, Götz Josef, Gräf, Gregorig, Dr. Gruber Michael, Grünbeck Josef, Grünbeck Sebastian, Hallmann, Haßfurther, Hauke, Hawranek, Hipp, Hörmann, Dr. Hößlinger, Jedlička, Kreisel, Dr. Kupka, Latschka, Leitner, Litschke, Dr. Lueger, Manner, Maresch, Migl, Müller Lorenz, Oberzeller, Pichler, Platter, Pollak, Polzhofer, Dr. Pommer, Dr. Rader, Rauer, Rauscher, Reichert, Rißaweg, Sauerborn, Schlesinger, Schlögl, Schneeweiß, Schreiner, Schuh, Schwarzmayer, Silberer, Stefan, Stehlik, Steiner, Strobach, Sturm, Tomanek, Tomola, Weitmann, Werdecker, Wessely Vincenz, Wieder, Wimberger.

Mit Nein stimmen die Gem.-Räthe:

Adam, Axmann, v. Bachofen, Beutnitz, Dr. v. Billing, Boschan, Dr. Daum, Dehm, Engerth, Erndt, Frauenberger, Dr. Friedjung, Fuchs, Gaugusch, Gerhardus, Götz Raimund v., Ritt. v. Goldschmidt, Dr. Gruber Max, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Helbig, Herold, Kaiser, Kirchmayr, Dr. Klotzberg, Lang, Lechner, Dr. Lerch, Lißbauer, Luksch, Markl, Matthies, Vice-Bürgermeister Matzenauer, Mayer, Dr. Mittler, Müller Josef, Müller Karl Johann, Dr. Nechansky, Ritt. v. Neumann, Noske, Dr. Richter, Röhrl, Rückauf, Schenzel, Schlechter, Schneiderhan, Schoderböck, Scholz, Schrenckh, Seidler, Seiler, Simon, Dr. Stern, Stiaßny, Tagleicht, Taubler, Vaugoin, Dr. Vogler, Waegner, Wessely Ignaz, Winker, Witzelsberger, Wünsch, Wurm, Dr. Zimmermann.)

Für den Antrag Hawranek haben 67 Herren Gemeinderäthe gestimmt, derselbe ist sonach abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Referenten-Antrag. Auch hier ist eine qualificierte Majorität nothwendig. Die Herren, welche für den Referenten-Antrag stimmen, das ist für den Verkauf von 730 m² um den Pauschalbetrag von 18.600 fl. und so weiter, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist abgelehnt. Somit sind beide Anträge abgelehnt.

Beschluss: Das Anbot der Eigenthümer der Realität Einl.-Z. 216 im IX. Bezirke, Theresia Egger und Mitbesitzer, auf käufliche Überlassung eines Theiles der Linienwallparcelle 547/1, Einl.-Z. 52, IX. Bezirk, wird abgelehnt.

24. (2083.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Ich habe weiters ein Referat über die käufliche Überlassung eines Theiles der Linienwallparcelle 547/1, Einl.-Z. 52 im IX. Bezirke zu erstatten.

Das ist ganz dieselbe Linienwallparcelle, welche früher in Verhandlung stand. (Unruhe. — Rufe links: Man hört ja nichts!)

Bürgermeister: Das ist ganz begreiflich, dass man nichts hört. Herr Gem.-Rath Hawranek, reden Sie nicht in einemfort, Sie haben nicht das Wort

Referent (fortfahrend): Es soll von dieser Linienwallparcelle zur Ergänzung des Grundtheiles, welcher an der Ecke der Pulverthurm- und Lustkandlgasse gelegen ist, der Theil mit 282 m² zur Completierung abgetreten werden.

Ich erlaube mir gleich zu bemerken, nachdem früher davon viel gesprochen worden ist, dass dieser Theil des Grundes per 282 m² überhaupt nicht zur Front dieses Eckbauplatzes beiträgt, sondern nur rückwärtiger Grund ist. Es wird für diesen Grund, nachdem ein Comité vom Stadtrathe dazu gewählt worden ist, ein Betrag von 7000 fl. geboten; es beträgt daher der Einheitspreis 24 fl. 82 kr. Der betreffende Käufer tritt jedoch außer der Bezahlung von 7000 fl. den Grund e f d in einem Ausmaße von 14 m² unentgeltlich an die Gemeinde ab. Das ist jener Theil, welcher nothwendig ist zur Ergänzung der Parcelle, welche nach den früheren Referaten aus der Realität der Grundbuchs-Einlage 216 hätte gebildet werden sollen. Wenn wir diese 14 m² mit 400 fl., wie es in den früheren Referaten hieß, verkauft hätten, so stellt sich dieser Grund ebenfalls auf circa 26 fl.

Ich ersuche um Annahme der in den vorliegenden Anträgen des Stadtrathes zur Zahl 68 enthaltenen Beschlüsse.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Wir schreiten zur Abstimmung. Es sind mehr als 92 Gemeinderäthe anwesend. Ich ersuche jene Herren, welche für die Referenten-Anträge stimmen, die Hand zu erheben. (Nach erfolgter Auszählung:) Es sind 57 dafür, der Antrag ist abgelehnt.

Beschluss: Das Anbot der Eigenthümer der Baustelle Einl.-Z. 900, Währing, XVIII. Bezirk, August Kohl und Adolf Spitzer auf käufliche Überlassung eines Theiles der Linienwallparcelle 547/1, Einl.-Z. 52, IX. Bezirk, wird abgelehnt.

25. (3223.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Ich habe weiters ein Referat zu erstatten. Es handelt sich wieder um einen Verkauf an Alois und Auguste Fink, nämlich einen kleinen Theil der Parcelle 438/1 im XVI. Bezirke, Galitzynstraße. Die Realität, zu welcher dieser Theil gekauft werden soll, ist im Plane mit kleinen Strichen bezeichnet; es ist Parcelle 393. Dieselbe stößt nicht direct an die Galitzynstraße, sondern zwischen dieser Gasse und der Realität schiebt sich eine kleine, der Gemeinde gehörige Parcelle Nr. 438/1, und damit nun die Realität an ihrem unteren Ende zur Verbauung kommen kann — sie ist sehr lang gestreckt — muss dieser Theil von der Gemeinde erworben werden.

Die Fläche ist 69·18 m². Ich erwähne jetzt schon, dass der Theil, welcher erworben werden soll, nicht zur Verbauung gelangt, weil er in den in dieser Gegend bestimmten Vorgarten fällt, und es ist daher das, was gekauft werden soll, Vorgarten und kein eigentlicher Baugrund. Ursprünglich wurden 76 fl. geboten. Es wurde jedoch mit dem betreffenden Eigenthümer verhandelt, so dass er sich schließlich mit dem Betrage von 300 fl. einverstanden erklärte. Der Einheitspreis wäre demnach 4 fl. 40 kr., es ist weit draußen im Liebhartsthale, und der Preis ist für diese Gegend in Berücksichtigung dessen, dass es ein Vorgartengrund ist, und dass hier gewiss nicht Leute bauen werden, die mit großen Mitteln ausgestattet sind, nur gerechtfertigt und ist dieses Anbot auch noch höher als die Bewertung des Bauamtes. Ich ersuche daher um die Annahme des Stadtraths-Antrages.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen. Wir schreiten zur Abstimmung. Es sind mehr als 92 Herren Gemeinderäthe anwesend. Die Herren, welche für den Referenten-Antrag sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Ist von mehr als 70 Stimmen bei Anwesenheit von mehr als 92 Herren Gemeinderäthen angenommen.

Beschluss: Das Ansuchen des Alois Fink und der Auguste Fink um käufliche Überlassung eines Theiles per 69·185 m² der städtischen Parcelle Nr. 438/1, Einl.-Z. 1995 in Ottakring in der Planskizze mit a b c d a bezeichnet, um den Pauschalbetrag von 300 fl. wird unter folgenden Bedingungen genehmigt:

1. Die Vertragskosten, die Kosten der grundbücherlichen Einverleibung, sowie die Vermögensübertragungsgebüren tragen die Käufer.

2. Der Kaufschilling ist zur Gänze bar binnen acht Tagen nach der Verständigung von der Genehmigung des Kaufoffertes zu erlegen.

3. Die Käufer verpflichten sich in solidum, das in die Straße fallende Grundfragment — Figur c d f c der Skizze — ins vorgeschriebene Niveau zu bringen.

4. Der erkaufte Grund hat Vorgarten zu bleiben und ist diese Servitut grundbücherlich einzuverleiben.

5. Die Gemeinde überträgt das Fragment c d f c ins Verzeichnis für öffentliches Gut.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Jedlička zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Jedlička (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Es sind diese 92er Stücke schon längere Zeit auf der Tagesordnung und es warten viele Leute auf Erledigung, damit die Baumeister und Geschäftsleute arbeiten können. Ich stelle also an den Herrn Bürgermeister die Bitte, dass die angenommenen Stücke in kürzester Zeit erledigt werden.

Bürgermeister: Aber ich bitte, Herr Gemeinderath, ich kann Sie nur versichern, dass derlei Stücke bei uns immer statissime erledigt werden, und ich habe mich bemüht, heute alle diese Gegenstände auf die Tagesordnung zu bringen, damit in der Erledigung ja keine Verzögerung eintritt.

Herr Gem.-Rath Silberer zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Silberer (zur Geschäftsordnung): Ich muss das hochgeschätzte Präsidium sehr um Entschuldigung bitten, nachdem aber schon heute eine Urgenz in Bezug auf ein 92er Stück eingelangt ist, möchte ich mir doch erlauben, das hochgeschätzte Präsidium aufmerksam zu machen, dass unglaublicherweise ein 92er Stück seit mehr als einem Jahre auf der gedruckten Tagesordnung steht, welches bekanntlich nie vorkommt, und ein anderes 92er Stück, das, glaube ich, den Verkauf an Djörup betrifft, auch seit Monaten auf der Tagesordnung steht. Das erste, welches seit einem Jahre auf der Tagesordnung steht, betrifft den Verkauf der Grundparcellen hinter dem Rathhause.

Meine Herren, es ist ganz egal, ob es angenommen oder abgelehnt wird, aber von der Tagesordnung gehört das weg, und es ist, glaube ich, nicht in der Ordnung, dass 92er Stücke, wo die Leute eine Caution liegen haben und eventuell bauen wollen, so lange liegen bleiben. Ich erlaube mir also, dies bei dieser Gelegenheit zu urgieren.

Bürgermeister: Ich bitte, Herr Gem.-Rath Silberer, es ist möglich, dass ich mich auch irre, ich glaube aber nicht. Herr Gem.-Rath Silberer meinen den Verkauf der beiden Parcellen an der Seitenfront des Rathhauses? (Gem.-Rath Silberer: Ja!) Wenn ich nicht irre — bei der großen Anzahl von Geschäftsstücken ist es nicht möglich, das so genau zu wissen — ich glaube aber, ich bin richtig informiert, so handelt es sich um die Ermächtigung zum Verkaufe dieser beiden Parcellen und Erwirkung eines Anlehens. Es liegt aber meines Wissens kein Offert vor. Mir ist wenigstens eine Urgenz in dieser Frage nicht bekannt geworden. Und was die Angelegenheit Djörup betrifft, so wird es mich sehr freuen, wenn es mir bald möglich ist, diese Angelegenheit zur Erledigung zu bringen.

Gem.-Rath Silberer: Ich bitte sehr um Entschuldigung, wenn ich in einer Sache urgiere, wo es vielleicht nicht nothwendig ist. Aber in der gedruckten Tagesordnung, und das ist ja das einzige, woraus wir uns informieren können, steht: Verkauf städtischer Parcellen.

Bürgermeister: Aber nicht über eine Offerte; es war beabsichtigt die Parcellen zu verkaufen.

Herr Gem.-Rath Dr. Lueger zum Referate!

26. (9804 ex 1894.) **Referent Gem.-Rath Dr. Lueger:** Meine Herren! Wie Ihnen bekannt ist, hat der Bürgerspitalsfond das Haus I. Bezirk, Stephansplatz Nr. 2, das sogenannte gräflich Lazansky'sche Haus, zu dem Zwecke angekauft, um es umzubauen. Zwischen dem Hause I. Bezirk, Stephansplatz 2, welches dem Bürgerspitalsfond gehört, und dem anstoßenden Hause Stock-im-Eisenplatz 2, dem sogenannten Becherhaus, befindet sich eine schmale Gasse, deren Auflassung von Seite des Gemeinderathes schon vor längerer Zeit beschlossen wurde. Ein Theil dieser Gasse ist schon damals an die Eigenthümer des Hauses Stock-im-Eisenplatz 2 verkauft worden. In diese schmale Gasse münden nun einige Fenster der anstoßenden Häuser, und zwar des fürsterzbischöflichen Alumnats und Fenster und auch Ausgänge des Hauses Singerstraße 3. Ich erwähne noch, dass auch ein Canal von dem Hause des fürsterzbischöflichen Alumnats durch diese Straße durchgeführt erscheint.

Wenn wir nun umbauen, so ist es nothwendig, dass dieses Fensterrecht und andere Rechte, welche diesbezüglich existieren, beseitigt werden. Es wurden daher mit der Verwaltung des fürsterzbischöflichen Alumnats wie auch mit der Eigenthümerin des Hauses Singerstraße 3 Unterhandlungen eingeleitet. Die beiden haben zuerst ziemlich weitgehende Forderungen gestellt und dieselben auch jetzt nur um Geringes ermäßigt, speciell die Eigenthümerin des Hauses Nr. 3 Singerstraße hat bedeutende Forderungen gestellt, und zwar aus folgendem Grunde: Die Eigenthümerin des Hauses Singerstraße 3 hatte bei dem Umbaue des Hauses den für die Straße entfallenden Grund der Gemeinde Wien unentgeltlich abgetreten, nichtsdestoweniger hat ihr dann die Gemeinde Wien für einige Lichteinfallöffnungen u. s. w. jährlich einen Betrag von 50 fl. auferlegt, beziehungsweise ihr aufgetragen, jährlich 50 fl. zu bezahlen. Über diesen Vorgang war die betreffende Eigenthümerin, wie begreiflich, sehr erbost und hat daher jetzt bei den Verhandlungen zuerst weitgehende Forderungen gestellt, die Zahlung eines Betrages von 10.000 fl. und so weiter. Durch fortgesetzte Bemühungen ist es gelungen, die Forderungen herabzustimmen, und es wird Ihnen nunmehr von Seite des Magistrats-Referenten folgender Antrag gestellt. Die Herren haben ihn schriftlich vor sich liegen (liest):

„1. Bei der Planverfassung für den Umbau des Wiener Bürgerspitalfondshauses Nr. 2 Stephansplatz ist darauf zu sehen, dass an Stelle des in die neue Bauarea einbezogenen Sackgäßchens ein entsprechend großer Hof hergestellt werde."

Durch diesen Antrag wird einer Forderung des fürsterzbischöflichen Alumnats Rechnung getragen (liest):

„2. Gegen diesen Hof zu dürfen in dem neu zu erbauenden Hause keine Abortanlagen hergestellt werden."

Ebenfalls eine Forderung des fürsterzbischöflichen Alumnats.

„3. Der das Sackgäßchen durchlaufende Canal des Hauses Nr. 3 Stephansplatz ist im Falle des Erfordernisses auf Kosten des Wiener Bürgerspitalfondes in der Weise umzulegen, dass hieraus keine Belästigung durch Ausströmen von Fäcalgasen herbeigeführt werde."

Durch diesen Antrag wird gleichfalls einer Forderung des fürsterzbischöflichen Alumnats Rechnung getragen (liest):

„4. Den Eigenthümern des Hauses Nr. 3 Stephansplatz (s. e. Alumnatsgebäude) wird anlässlich der Auflassung des Sackgäßchens eine Entschädigung von 5000 fl. aus dem Wiener Bürgerspitalsfonde bewilligt."

Ursprünglich haben sie 6000 fl. verlangt (liest):

„5. Der Eigenthümerin des Hauses Nr. 3 Singerstraße und dessen Bewohnern wird auf immerwährende Zeiten das Recht eingeräumt, den Lichthof und Durchgang, sowie das Hausthor des Bürgerspitalfondshauses Stephansplatz Nr. 2 am Stephansplatze zu jeder Tages- und Nachtzeit als Durch- und Ausgang für das Haus Nr. 3 Singerstraße zu benützen und wird weiters bewilligt, dass dieses Recht auf dem Bürgerspitalfondshause Nr. 2 Stephansplatz grundbücherlich sichergestellt werde."

Das, meine Herren, ist nothwendig, weil die betreffenden Bewohner früher das Recht hatten, durch diese schmale Gasse durchzugehen. Sie hatten auch das Recht, mit Handkarren durch die Straße durchzufahren und ursprünglich hat auch die Eigenthümerin begehrt, dass ihr das Recht eingeräumt werde, mit Handkarren sogar durch das neuzuerbauende Haus durchzufahren. Von diesem Begehren ist sie aber später abgestanden (liest):

„6. Von dem gegenwärtigen Sackgäßchen, beziehungsweise künftigen Lichthof des Hauses Stephansplatz Nr. 2, wird ein Grundtheil, welcher vor der Ausgangsthür des Hauses Nr. 3 Singerstraße liegt, nach der im vorgelegten Situationsplane mit schwarzen Punkten eingezeichneten Linie im ungefähren Ausmaße von 8·3 m² zu dem der Frau Baronin v. Lipthay gehörigen Hause Nr. 3 Singerstraße gegen Revers der Nichtverbauung, Abschließung und steten Reinhaltung auf Rechnung des Wiener Bürgerspitalfondes abgetreten und grundbücherlich zugeschrieben.

7. Von Seite der Gemeinde Wien noe. des Wiener Bürgerspitalfondes wird das Fensterrecht des Hauses Nr. 3, sowie das Recht der Lichteinfallsöffnung vor der Ausgangsthür dieses Hauses gegen das Sackgäßchen, beziehungsweise künftigen Lichthof des Hauses Nr. 2 Stephansplatz ohne Revers und letzteres auch ohne Platzzins für immerwährende Zeiten anerkannt und grundbücherlich sichergestellt.

8. Für die Umwandlung des gegenwärtigen Durchgangsrechtes in der sub Post 5 bezeichneten Weise wird der Frau Amalie Baronin v. Lipthay als Eigenthümerin des Hauses Nr. 3 Singerstraße eine Entschädigung von 5000 fl. aus dem Bürgerspitalsfonde bewilligt."

Ursprünglich hatte sie den Betrag von 10.000 fl. begehrt (liest):

„9. Die Gemeinde Wien bewilligt den der Frau Baronin v. Lipthay vorgeschriebenen Platzzins für die Lichteinfallsöffnungen, Kellereinwurf und eine Stufe vor dem Hause Nr. 3 Singerstraße und für die Lichteinfallsöffnung vor der Ausgangsthür dieses Hauses gegen das Sackgäßchen im Gesammtbetrage von 50 fl. gegen Erlag eines entsprechenden Ablösungsbetrages von Seite des Wiener Bürgerspitalfondes in Abschreibung zu bringen."

Ich bemerke hier, dass das Gremium des Magistrates diesen Antrag des Magistrats-Referenten nicht angenommen hat. Das Gremium des Magistrates schlägt vor, dass, wenn ich nicht irre, ein jährlicher Pachtzins von 1 fl. begehrt werde. Der Stadtrath hat jedoch den Antrag des Magistrats-Referenten zum Beschlusse erhoben, um diese leidige Angelegenheit endlich zum Abschlusse zu bringen, und weil er sich nicht die Überzeugung verhehlen konnte, dass, wenn bei Erbauung des Hauses Nr. 3 Singerstraße die Baronin Lipthay diese Forderung gestellt hätte, die Gemeinde Wien diese Forderung anstandslos bewilligt haben würde, weil die Baronin Lipthay den zur Straßenverbreiterung erforderlichen Grund unentgeltlich abgetreten hat.

Endlich heißt es (liest):

„Nach Genehmigung dieser Vereinbarungen sind dieselben vertragsmäßig sicherzustellen und ist das Stadtbauamt anzuweisen, wegen Feststellung des Betrages für die Grundabtretung, sowie des Ablösungscapitales Anträge zu erstatten."

Das sind die Anträge des Stadtrathes, welche ich Ihnen zur Annahme empfehle.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Abstimmung. Bis zum Punkte 6 ist die Annahme mit einer qualificierten Majorität nothwendig. Ich bitte jene Herren, welche für die Referenten-Anträge sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Die Anträge sind mit zweifellos mehr als 70 Stimmen bei Anwesenheit von mehr als 92 Herren Gemeinderäthen angenommen.

Beschluss: 1. Bei der Planverfassung für den Umbau des Wiener Bürgerspitalfondshauses Nr. 2 Stephansplatz ist darauf zu sehen, dass an Stelle des in die neue Bauarea einbezogenen Sackgäßchens ein entsprechend großer Hof hergestellt werde.

2. Gegen diesen Hof zu dürfen in dem neu zu erbauenden Hause keine Abortanlagen hergestellt werden.

3. Der das Sackgäßchen durchlaufende Canal des Hauses Nr. 3 Stephansplatz ist im Falle des Erfordernisses auf Kosten des Wiener Bürgerspitalfondes in der Weise umzulegen, dass hieraus keine Belästigung durch Ausströmen von Fäcalgasen herbeigeführt werde.

4. Den Eigenthümern des Hauses Nr. 3 Stephansplatz (fürsterzbischöfliches Alumnatsgebäude) wird anlässlich der Auflassung des Sackgäßchens eine Entschädigung von 5000 fl. aus dem Wiener Bürgerspitalsfonde bewilligt.

5. Der Eigenthümerin des Hauses Nr. 3 Singerstraße und dessen Bewohnern wird auf immerwährende Zeiten das Recht eingeräumt, den Lichthof und Durchgang, sowie das Hausthor des Bürgerspitalfondshauses Stephansplatz Nr. 2 am Stephansplatze zu jeder Tages- und Nachtzeit als Durch- und Ausgang für das Haus Nr. 3 Singerstraße zu benützen und wird weiters bewilligt, dass dieses Recht auf dem Bürgerspitalfondshause Nr. 2 Stephansplatz grundbücherlich sichergestellt werde.

6. Von dem gegenwärtigen Sackgäßchen, beziehungsweise künftigen Lichthofe des Hauses Stephansplatz Nr. 2 wird im Grundtheile, welcher vor der Ausgangsthür des Hauses Nr. 3 Singerstraße liegt, nach der im vorgelegten Situationsplane mit schwarzen Punkten eingezeichneten Linie im ungefähren Ausmaße von 8·3 m² zu dem der Frau Baronin v. Lipthay gehörigen Hause Nr. 3 Singerstraße gegen Revers der Nichtverbauung, Abschließung und steten Reinhaltung auf Rechnung des Wiener Bürgerspitalfondes abgetreten und grundbücherlich zugeschrieben.

7. Von Seite der Gemeinde Wien noe. des Wiener Bürgerspitalfondes wird das Fensterrecht des Hauses Nr. 3, sowie das Recht der Lichteinfallsöffnung vor der Ausgangsthür dieses Hauses gegen das Sackgäßchen, beziehungsweise künftigen Lichthof des Hauses Nr. 2 Stephansplatz, ohne Revers und letzteres auch ohne Platzzins für immerwährende Zeiten anerkannt und grundbücherlich sichergestellt.

8. Für die Umwandlung des gegenwärtigen Durchgangsrechtes in der sub Post 5 bezeichneten Weise wird der Frau Amalie Baronin v. Lipthay als Eigenthümerin des Hauses Nr. 3 Singerstraße eine Entschädigung von 5000 fl. aus dem Bürgerspitalsfonde bewilligt.

9. Die Gemeinde Wien bewilligt den der Frau Baronin v. Lipthay vorgeschriebenen Platzzins für die Lichteinfallsöffnungen, Kellereinwurf und eine Stufe vor dem Hause Nr. 3 Singerstraße und für die Lichteinfallsöffnung vor der Ausgangsthür dieses Hauses gegen das Sackgäßchen im Gesammtbetrage von 50 fl. gegen Erlag eines entsprechenden Ablösungsbetrages von Seite des Wiener Bürgerspitalsfondes in Abschreibung zu bringen.

Nach Genehmigung dieser Vereinbarungen sind dieselben vertragsmäßig sicherzustellen und ist das Stadtbauamt anzuweisen, wegen Feststellung des Betrages für die Grundabtretung sowie des Ablösungscapitales Anträge zu erstatten.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Lueger!

27. (1176.) **Referent Gem.-Rath Dr. Lueger:** Die Angelegenheit, welche ich jetzt vorzutragen die Ehre habe, ist eine sehr alte. Zwischen dem Lande Niederösterreich und dem Staate bestehen, und zwar noch aus den Jahren 1805 und 1809, gegenseitige Forderungen, welche mit der französischen Invasion im Zusammenhange stehen.

Unter anderem besteht auch noch das sogenannte Anglès'sche Anlehen aus dem Jahre 1809, rücksichtlich dessen Sie auch in unserem Budget eine Post finden, nämlich: Für das Anglès'sche Anlehen der jährliche Betrag von 5438 fl. 4½ kr. österreichischer Währung an das Land Niederösterreich. Dieses Anlehen ist in folgender Weise entstanden. Der französische Intendant Anglès hat im Jahre 1809 eine sehr große Kriegscontribution für Wien und das Land Niederösterreich ausgeschrieben. Diese Kriegscontribution wurde von Seite des Landes Niederösterreich durch Aufnahme eines Anlehens gedeckt, und zwar, wenn ich nicht irre, bei der Wiener Kaufmannschaft. Die Gemeinde Wien hat nun für den auf sie entfallenden Theil einen Schuldschein ausgestellt, in welchem ausdrücklich bekannt wird, dass sie den betreffenden Antheil — er geht in die Hunderttausende — an das Land Niederösterreich schuldet, hiefür auch die Zinsen zahlen, sowie schließlich auch das ausgeliehene Capital zurückzahlen wird.

Ein directes Schuldverhältnis zwischen der Gemeinde Wien und dem Staate besteht nicht. Nun hat der n.-ö. Landesausschuss durch längere Zeit mit dem Staate unterhandelt, damit doch endlich einmal diese alten Geschichten aus den Jahren 1807 und 1809 geordnet werden.

Den Herren dürfte es wohl bekannt sein, dass bei solchen Verhandlungen der Staat immer derjenige ist, der den Hauptvortheil davonträgt; endlich ist ein Übereinkommen zwischen dem Landesausschusse einerseits und dem Staate andererseits zustande gekommen und dieses Übereinkommen wurde auch von Seite des n.-ö. Landtages genehmigt. In diesem Übereinkommen findet sich nun — und zwar im § 1 — folgender Passus (liest): „Das Land erklärt insbesondere jede weitere Inanspruchnahme der Staatsfinanzen für Capital und Zinsen der aus Anlass jener zwei feindlichen Invasionen erwachsenen ständischen Domesticalschuld ausgeschlossen und, nachdem bezüglich der im Monate August 1809 aus einer Creditoperation von 2 Millionen Francs entstandenen dreipercentigen ständischen Domesticalschuld von 863.182 fl. Wiener Währung zufolge besonderer Übereinkunft zwischen den n.-ö. Ständen und dem Wiener Magistrate eine Mitverpflichtung der Stadt Wien besteht, übernimmt es das Land Niederösterreich, diesfalls die Staatsfinanzen gegen jedwede Anforderung der Stadtgemeinde Wien für die Vergangenheit sowohl, als für die Zukunft vollkommen klag- und schadlos zu halten."

Es hat sich nun der n.-ö. Landesausschuss an die Gemeinde Wien mit dem Ersuchen gewendet, dass die Gemeinde Wien eine dementsprechende Erklärung ausstellen möge. Diese Angelegenheit ist, wenn ich nicht irre, vor zwei Jahren im Stadtrathe, und zwar durch den Herrn Collegen Boschan referiert worden. Damals hat der Stadtrath beschlossen, dass das Ansuchen des n.-ö. Landesausschusses nicht angenommen werden soll, sondern dass man eventuell Unterhandlungen pflegen möge, ob nicht durch Zahlung einer Summe ein- für allemal die Angelegenheit erledigt werden könne. Die betreffenden Verhandlungen hat der verstorbene Bürgermeister Dr. Prix geführt, wie aus einer neuerlichen Zuschrift des n.-ö. Landesausschusses zu ersehen ist. Diese Verhandlungen haben zu keinem Resultate geführt, wenigstens zu keinem anderen, als zu dem, dass der Landesausschuss neuerdings sein Ansuchen wiederholt. Es hat nun der Stadtrath diese Angelegenheit wirklich neuerdings in Berathung gezogen und ist zum Entschlusse gekommen, Ihnen folgenden Antrag zu empfehlen (liest):

„Die Stadtgemeinde Wien möge die rechtsverbindliche Erklärung abgeben, dass sie die Staatsfinanzen für Capital und Zinsen der aus Anlass der feindlichen Invasion in den Jahren 1805 und 1809 erwachsenen ständischen Domesticalschuld nicht weiter in Anspruch nehme und dass dieselbe, nachdem bezüglich der im Monate August 1809 aus einer Creditoperation von 2 Millionen Francs entstandenen 3percentigen ständischen Domesticalschuld von 863.182 fl. Wiener Währung zufolge besonderer Übereinkunft zwischen den n.-ö. Ständen und dem Wiener Magistrate eine Mitverpflichtung der Stadt Wien besteht, diesfalls keine wie immer geartete Anforderung an die Staatsfinanzen zu erheben hat und erheben wird."

Sie erlauben mir noch zwei ganz kurze Bemerkungen. Die erste geht dahin: die Gemeinde Wien wird, wenn sie diese Erklärung abgibt, den Vortheil haben, dass mit der jährlichen Zahlung von 5838 fl. und einigen Kreuzern nicht bloß, wie bisher, die Zinsen berichtigt werden, sondern dass die Zinsen und das Capital berichtigt werden — wenn ich nicht irre, geht das auf 36jährige Annuitäten.

Wenn Sie mich nun fragen, ob die Gemeinde Wien ein Recht hat auf Ersatz seitens irgendeiner bestimmten anderen Person, so erkläre ich hier ganz offen, dass nach meiner innersten Überzeugung die Gemeinde Wien berechtigt ist, vom Staate Ersatz zu verlangen. Gegenüber dem Lande Niederösterreich hat die Gemeinde Wien kein Recht, gegenüber dem Staate ist für mich das Recht unzweifelhaft. So bestimmt ich das ausspreche, so bestimmt muss ich aber auch sagen, dass es leider in Österreich keine Instanz, keine Behörde, kein Gericht gibt, vor welchem dieser Rechtsanspruch der Gemeinde Wien geltend gemacht werden könnte. (Zustimmung.)

Der Anspruch geht nämlich nicht bloß gegen die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, bezüglich welcher das Reichsgericht competent wäre, sondern der Anspruch richtet sich gegen den ganzen Staat, sowohl gegen Cisleithanien als auch gegen das geliebte Transleithanien. Dass von Ungarn nichts zu bekommen ist, davon werden Sie wohl vollständig überzeugt sein. Es ist nach meiner Meinung nicht schön, dass von Seite des Staates derartige Situationen der Länder oder, wie es hier der Fall ist, der Gemeinde missbraucht werden; das ist eine Handlungsweise, die eigentlich vollständig verurtheilt werden könnte und verurtheilt werden soll. Nachdem es uns aber einerseits nicht möglich ist, unseren Anspruch vor irgendeiner Behörde oder einem Gerichte geltend zu machen, andererseits die Möglichkeit gegeben ist, mit derselben Summe, die wir für die Zinsen zu bezahlen haben, in einer entsprechenden Zeit das Capital zurückzuzahlen und nachdem dies doch principielle Vortheile hat, empfehle ich Ihnen die Anträge des Stadtrathes auf das wärmste.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Die Stadtgemeinde Wien gibt die rechtsverbindliche Erklärung ab, dass sie die Staatsfinanzen für Capital und Zinsen der aus Anlass der feindlichen Invasion in den Jahren 1805 und 1809 erwachsenen ständischen Domesticalschuld nicht weiter in Anspruch nimmt und dass dieselbe, nachdem bezüglich der im Monate August 1809 aus einer Creditoperation von zwei Millionen Francs entstandenen 3percentigen ständischen Domesticalschuld von 863.182 fl. Wiener Währung zufolge besonderer Übereinkunft zwischen den n.-ö. Ständen und dem Wiener Magistrate eine Mitverpflichtung der Stadt Wien besteht, diesfalls keine wie immer geartete Anforderung an die Staatsfinanzen zu erheben hat und erheben wird.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Ritt. v. Neumann!

28. (2952.) **Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann:** Es betrifft den Verkauf eines Theiles der Linienwallparcelle 1306/1 im VII. Bezirke. Frau Leopoldine Haller ist um die Erwerbung eines Theiles der Linienwallparcelle 1306/1 im Ausmaße von 215 m² eingeschritten, wodurch der Besitz theilweise eine Fronte in der Kenyongasse erlangt. Diese Straßenfläche, welche in der Kenyongasse durch den Verkauf des Gemeindegrundes gewonnen wird, ist durch die Buchstaben c d bezeichnet.

Für die Front e f g muss jedoch die betreffende Partei von den dermaligen Eigenthümern Dehm und Olbricht ein entsprechendes Grundstück erwerben. Von dem Gemeindegrunde wird die Fläche e d h zu Straßenzwecken abzutreten sein. Der Preis, welcher vom Stadtrathe mit Rücksicht auf den Umstand, dass die Front in der Kenyongasse nur theilweise gewonnen wird, proponiert wird, beträgt 34 fl.; es wird daher beantragt, dass für die 215 m² messende Fläche ein Pauschalbetrag von 7310 fl. bezahlt werde, wogegen die Gemeinde den Grundtheil e d h in das öffentliche Gut überträgt. Die Anträge, welche gestellt werden, lauten (liest):

„Die Gemeinde Wien überlässt der Eigenthümerin der Realität Or.-Nr. 30 Neubaugürtel, E.-Z. 583 Fünfhaus, Leopoldine Haller, behufs Arrondierung derselben einen Theil der Linienwallparcelle 1306/1, Einl.-Z. 430 VII. Bezirk, Figur a b c d e f g a, im Ausmaße von circa 215 m² um den Pauschalbetrag von 7310 fl. und unter folgenden Bedingungen:

a) Der Kaufschilling ist binnen acht Tagen nach Verständigung der Offerentin von der Annahme ihres Offertes seitens des Gemeinderathes bar zu Handen der städtischen Hauptcassa zu erlegen;

b) die Bezahlung der Vertragskosten und Übertragungsgebüren obliegt der Käuferin;

c) die Gemeinde Wien verpflichtet sich, den von der obgenannten Parcelle zur Kenyongasse fallenden Theil, Figur d e h d, im Ausmaße von circa 5 m² zur grundbücherlichen Abschreibung zu bringen.

Die Schadloshaltung für diese Grundfläche ist in dem obenangeführten Pauschalbetrage enthalten."

Ich bitte um die Annahme dieser Anträge.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Wir haben auch hier dasselbe Verhältnis oder ein ähnliches Verhältnis wie bei dem früheren Grunde. 215 m² braucht man als Baugrund. Abgetreten werden 135 m² zum Straßengrunde. Da stellt sich wieder die Summe nicht auf 215 m², sondern auf 346 m². Es stellt sich folglich wieder der Quadratmeter auf 20 fl. (Referent: Das ist ein Irrthum!) Ich bitte mich aufzuklären.

Bürgermeister: Haben Herr Gemeinderath geschlossen?

Gem.-Rath Gregorig: Wenn der Herr Referent mich aufklären will, werde ich dann weiter sprechen.

Referent: Zur Aufklärung möchte ich wiederholen, was ich bereits gesagt habe, dass der vorgelagerte Grund, 135 m² messend, der Firma Dehm & Olbricht gehört. Die betreffende Frau Haller kauft von der Gemeinde den mit den Buchstaben a b c d e h f umschriebenen Theil. Das sind 215 m² und erreichen auf der Linie e d die Gassenfront, wobei der Grund e d h in das öffentliche Gut zu übertragen ist. Von der Firma Dehm & Olbricht muss die betreffende Eigenthümerin den restlichen Theil erwerben. Es ist dies für dieselbe kein günstiger Kauf. (Gem.-Rath Gregorig: Das glaube ich!)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Gregorig! Ich bitte fortzufahren.

Gem.-Rath Gregorig: Es kommt der Grund doch nur auf 36 fl. (Rufe: 34 fl.!) Also 34 fl. Das ist zu billig, entschieden zu billig. Das ist einer der besten Grundverkäufe, die wir machen können. Ich kann mich mit dem Verkaufe nicht einverstanden erklären; aber wie recht wir früher gehabt haben, dass der betreffende Bauführer auch den Straßengrund kaufen muss und der dazu

gerechnet werden muss, das beweist der Fall, wo die bekannte Firma Dehm & Olbricht ein gutes Geschäft machte. Die Firma Dehm & Olbricht macht überhaupt gute Geschäfte. In der Stadt haben wir unlängst 100.000 fl. ausgegeben und und jetzt stellt sich heraus, dass das eingestürzte Haus der Firma Dehm & Olbricht gehört, deren Theilnehmer hier sitzt. (Bürgermeister gibt das Glockenzeichen.) Das muss angenagelt werden. Wir haben uns gewehrt, über 100.000 fl. dort in der Kramergasse auszugeben, und es hat sich herausgestellt, dass die Eigenthümerin des eingestürzten Hauses die Firma Dehm & Olbricht ist, wo ein Mitglied hier im Gemeinderathe ist, und wo wir gegen die Baucalamität am Kohlmarkte angekämpft haben.

Bürgermeister: Das ist ein Irrthum! Soviel ich weiß, ist das ein ganz anderes Object, über welches neulich verhandelt wurde. Möglich auch, dass ich mich irre, aber lassen wir das.

Gem.-Rath Gregorig: Es ist aber traurig. Wir werden darüber noch reden.

Referent: Ich muss dem geehrten Herrn Collegen widersprechen. Es wäre ein Unrecht, noch mehr verlangen zu wollen. Ich werde das auch gleich durch Ziffern nachweisen. Die betreffende Partei bekommt die Straßenfront auf einem Drittel des Grundes und muss die gegenüberliegende Zweidrittel-Straßenfront erwerben; sie muss zu diesem Behufe eine Fläche von 135 m² ankaufen. Die Herren können sich klar machen, dass, wenn sie beide Summen addieren, erst dann der wirkliche Kaufpreis für den Baugrund herauskommt. Nehmen Sie denselben Betrag, 33 fl. bei 135 m², so haben Sie eine Summe von über 4000 fl., welche die betreffende Eigenthümerin zahlen muss, dann haben Sie einen Kaufpreis, der sich zusammensetzt aus 7300 fl. für die Gemeinde und 5000 fl. für die Firma Dehm & Olbricht; dann bekommen Sie eine Summe von 12.000 fl. Dividieren Sie durch 215 und rechnen Sie damit aus, was auf den Quadratmeter kommt, so ergibt sich circa 50 fl. Wenn man die Frage nicht so beurtheilt, mag vielleicht der Preis von 34 fl. nieder erscheinen. Wenn man sie aber so beurtheilt, wie sie thatsächlich vorliegt, so muss man anerkennen, dass der Preis ein relativ hoher ist.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Eigner!

Gem.-Rath Eigner: Meine sehr geehrten Herren! Ich muss im nämlichen Sinne wie Herr Gem.-Rath Gregorig sprechen. Wenn auch der Herr Referent gesagt hat, dass die Firma oder der Betreffende, der ankauft, nur zwei Drittel Gassenfront kauft und das andere abgetreten wird, so kauft er dort doch nicht einen Grund, den er nicht braucht, da er ohne ihn nicht bauen kann.

Ich empfehle Ihnen also den Antrag des Herrn Collegen Gregorig.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Gregorig hat meines Wissens keinen Antrag gestellt, sondern sich nur gegen den Referenten-Antrag ausgesprochen.

Herr Gem.-Rath Wimberger!

Gem.-Rath Wimberger: Meine Herren! Ich kenne die dortigen Verhältnisse und kann Sie versichern, dass der Betrag genug ist. Der Frau wurden ohnehin Prügel vor die Füße geworfen. Dehm & Olbricht verlangen sehr viel Geld, heute 5000 und das zweitemal gleich 10.000 fl. Sie verlangen für zwei Meter 2600 fl. Das ist doch genug. Die Frau ist in einer Sackgasse und für die dortigen Verhältnisse ist der Preis genügend. Ich kenne die Verhältnisse und kann ruhig dafür stimmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Hawranek!

Gem.-Rath Hawranek: Ich sehe wieder ein Stück — ich weiß nicht, wie man das nennen soll. (Gem.-Rath Reichert: Corruption!) Ja, es ist so quasi Corruption, das lässt sich nicht verschweigen. Damit Dehm & Olbricht ihren Grund theuer verkaufen können, müssen wir unseren Grund der Frau billig vergeben. Ich sehe das gar nicht ein . . .

Bürgermeister: Aber, ich bitte Herr Gemeinderath, stellen Sie doch nicht solche Behauptungen auf. Der Gemeinderath ist in der Lage, den Preis zu bestimmen. Sie können thun was Sie wollen, verlangen Sie viel oder wenig. Sie haben auf gar niemanden Rücksicht zu nehmen.

Gem.-Rath Hawranek: Ich bitte, Herr Bürgermeister, unterbrechen Sie mich nicht bei jeder Gelegenheit.

Bürgermeister: Ich kann aber nicht zugeben, dass Privatpersonen hineingemischt werden.

Gem.-Rath Hawranek: Das ist alleseins, aber von diesen Privatpersonen ist einer im Gemeinderathe. Das muss einmal klar gesagt werden.

Bürgermeister: Ich bitte, aber nur zur Sache und zur Richtigkeit.

Gem.-Rath Hawranek: Ich bin mit dem Preise nicht einverstanden. Damit Dehm & Olbricht theuere Preise machen können, sollen wir um 34 fl. den Quadratmeter hergeben. Ich glaube, meine Herren, wir lehnen das ab.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Ich kann mich nur der Äußerung des Herrn Gem.-Rathes Hawranek anschließen. Wir hören, für ein kleines Stück wird über 5000 fl. begehrt und Herr Wimberger hat sogar noch mehr gesagt. Wie kommen also wir dazu, mitzuhelfen, dass eine Speculantenfirma ihr Geschäft macht? Dazu haben wir keinen Beruf.

Wir haben gegen diese Firma wiederholt gestimmt und namentlich gegen den einen Firmaträger, der dem Gemeinderathe angehört, sind schon Klagen im Gemeinderathe erhoben worden.

Bürgermeister: Herr Gemeinderath, bleiben Sie bei der Sache.

Gem.-Rath Gregorig: Ich bedauere, aber wenn das von unserer Partei geschehen wäre, Herr Bürgermeister, würden wir schon längst in der Judengasse angenagelt worden sein. Also, wenn ein Mitglied der Majorität sich das zuschulden kommen lässt, so muss es auch gesagt werden.

Bürgermeister: Ich habe aber nicht gehört, dass sich hier jemand etwas zuschulden kommen ließ.

Gem.-Rath Gregorig: Die Geschichte am Kohlmarkt war sehr traurig . . .

Bürgermeister: Aber wir sind jetzt nicht bei dieser Geschichte.

Gem.-Rath Gregorig: . . . und die Geschichte am Neubau auch. Dort wurde ein Neubau aufgeführt, wo er früher nicht gestattet war; das sind Sachen, die nicht vorkommen dürfen bei einem Mitgliede des Gemeinderathes. Das darf nicht geschehen, es geht nicht an, dass Mitglieder des Gemeinderathes in der Weise Speculationen machen.

Bürgermeister: Davon ist hier gar keine Rede, der Gemeinderath kann beschließen, was er will. Die Geschäfte einer anderen Firma gehen uns nichts an, wir nehmen keine Rücksicht darauf.

Gem.-Rath Gregorig: Ja, Herr Bürgermeister, ich danke für die Belehrung, aber ich habe die Pflicht, für das Eigenthum der Gemeinde zu reden, und hier handelt es sich um einen Bezirk, den ich genau kenne, und da muss ich reden.

Die geehrte liberale Majorität hat, wie das neue Statut abgefasst wurde, der Bevölkerung vorgesagt, die Gründe werden horrend steigen, die Grundwerte werden sich kolossal erhöhen. Aber nicht ihr, sondern speciell mein Verdienst ist das, ich habe am Neubau die Verschleuderung der Gründe verhindert, ich war der erste, der dagegen gekämpft hat, ich bin immer für höhere Summen eingetreten; wir haben fortwährend gekämpft. Wenn Geld für die Linienwallgründe eingeht, so ist das ein Verdienst der Opposition. Die Majorität würde es um jeden Preis hergeben, ich will gar nicht sagen warum. Die Art und Weise, wie hier vorgegangen wird, das Speculantenthum im Gemeinderathe muss ein- für allemale aufhören. Es muss festgenagelt werden. Die Bevölkerung muss sehen, wer speculiert und wer nicht.

Bürgermeister: Das Wort hat Herr Gem.-Rath Beutnitz!

Gem.-Rath Beutnitz: Gestatten Sie, meine Herren, dass ich zum Referenten-Antrage das Wort ergreife. Ich kenne die Situation und Verhältnisse dieser Gründe ziemlich genau. Die Gründe, wo diese Häuser gebaut sind, mit der Front auf den Neubaugürtel haben die damaligen und jetzigen Besitzer von der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft gekauft. Diese Gesellschaft hat ihnen verschiedene Versprechungen gemacht u. dgl. Dass die Besitzer in einer schlechten Situation sind, das beweist, dass sie seinerzeit um einen Canal durch diesen Straßenzug angesucht haben und dann auf ihre Kosten den Canal herstellen mussten. Rückwärts stoßen die Gründe an den Linienwall an; es sind das tiefe Gründe, die sie nicht verwerten können, und nach meiner Meinung ist der Preis ein ganz entsprechender aus dem Grunde, weil man nicht allein das rechnen muss, was factisch dazu kommt zu ihren Parcellen, sondern auch das, was sie an die Gemeinde unentgeltlich als Straßengrund abtreten müssen. Wenn man das in der Richtung berechnet, so habe ich zwar die volle Überzeugung, dass die Gemeinde dabei kein glänzendes Geschäft macht, auch die Situation nicht ausnützt, wie es vielleicht ein Privatspeculant ausnützen kann — ich wäre auch dagegen — ich bin aber vollständig überzeugt, dass der Referenten-Antrag genügend ist, und ich bitte die Herren, dafür zu stimmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Noske!

Gem.-Rath Noske: Ich habe mir nicht das Wort erbeten, um in merito darüber zu sprechen, ob der eine oder andere Grundpreis berechtigt sei, sondern um mit ein paar Worten eine Kampfesweise zurückzuweisen, die darin besteht — meines Wissens, in Abwesenheit des Angegriffenen dessen persönliche Ehre anzugreifen. (Unterbrechung links und Rufe: Pauschalvertheidiger! — Bürgermeister: Ich bitte, melden Sie sich zum Worte, wenn Sie etwas sagen wollen.) Ich glaube, dass es nicht zulässig ist, und wir wenigstens auf unserer Seite werden und dürfen es nicht zugeben, dass die persönliche Ehrenhaftigkeit eines Gemeinderathes durch den Vorwurf angegriffen wird, dass er, wie es hier ziemlich unverblümt angedeutet worden ist, auf Kosten der Gemeinde Speculationen betreibt. (Rufe links: Kohlmarkt! Seidengasse!) Dieser Vorwurf ist ein so schwerwiegender, ein solcher, welcher erst erwiesen werden muss, der gewiss aber nicht in Abwesenheit des Betreffenden zur Verhandlung kommen dürfte. Diese wenigen Worte glaubte ich dem Collegen Dehm schuldig zu sein. (Zustimmung rechts — Unruhe und Rufe: Was ist's mit der Gartengeschichte?!)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Gregorig, das geht nicht, halten Sie sich gefälligst an die Geschäftsordnung.

Herr Gem.-Rath Eigner!

Gem.-Rath Eigner: Wir haben kaum vor einer halben Stunde zwei Grundverkäufe abgelehnt. Der Preis war mit 25 fl. zu billig. Die Lage im IX. und jene im VII. Bezirke werden sich nicht viel unterscheiden. Die Lage im VII. Bezirke muss sogar eine bessere sein, weil die Gürtelbahn dort nicht mehr als Hoch- sondern als Tiefbahn gedacht ist. Gerade dort bei dem Hause des Herrn Gem.-Rathes Wimberger wird der Gürtel in seiner Breite, die er heute hat, bleiben. Es wird vielleicht ein Markt dort hinkommen. Die Verhältnisse werden dort noch günstiger werden und sind überhaupt auch viel günstiger als im IX. Bezirke. Nun sollen wir dort den Grund billiger verkaufen. Was werden unsere Wähler und überhaupt die Grundbesitzer sagen? Bei dem einen Grunde verlangen wir 40 fl. per Quadratmeter hier geben wir den Grund um 34 fl. per Quadratmeter her. Die Situation ist zwar eine andere, aber so arg ist es nicht. Es mag den Zwischenbesitzer vielleicht hindern, die Verbauung sofort durchzuführen; aber ich glaube, dass der Zwischenbesitzer dasselbe Gefühl haben wird wie die Commune Wien, und dass er seinen Grund um den nämlichen Preis abgeben wird wie die Commune. Ich will keinen Preis bestimmen, aber ich glaube, dass der heute vorgeschlagene Preis von 34 fl. zu billig ist, weil die Lage dort viel besser ist; dort bringen Sie die Wohnungen reißend an, es ist dort die beste Lage von ganz Wien. Fragen Sie, was der Quadratmeter draußen kostet? Ich bitte Sie daher, den Antrag des Stadtrathes nicht anzunehmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Wimberger:

Gem.-Rath Wimberger: Der Herr College Eigner irrt sich. Er spricht vom IX. Bezirke. Hier kann man nicht bauen, man muss den anderen Grund dazukaufen, denn der Grund liegt mitten drin. Das ist ein Unterschied. Ich begreife nicht, wie Herr College Eigner als Baumeister das übersehen kann. Wenn man einfach einen Straßengrund kauft und wenn man andererseits einen Grund kauft, der mitten drin liegt und noch Straßengrund dazukaufen muss, so ist das nicht miteinander zu vergleichen. Auch in anderen Bezirken ist der eine Grund 80 fl. per Quadratmeter wert, der andere 20 fl.; selbst in der Inneren Stadt kann das sein, wenn zum Beispiel ein Hofraum vor dem betreffenden Grunde liegt und man nicht dazu kann, so ist dieser Grund billiger zu verkaufen, als ein anderer. Diesen Unterschied muss man berücksichtigen; ich empfehle Ihnen daher die Annahme des Referenten-Antrages.

Bürgermeister: Der Herr Referent!

Referent: Der geehrte Herr College Eigner würde gewiss nicht gegen den Antrag sprechen . . . (Unruhe. — Bürgermeister: Bitte, jetzt achtzugeben, es ist ein complicierter Gegenstand!) Ich bin der Meinung, dass der geehrte College die Situation nicht richtig aufgefasst hat. (Unruhe links.) Bitte, mich aussprechen zu lassen. Herr College Eigner hat ja recht, der Preis von 34 fl. per Quadratmeter ist VII., Kenyongasse, zu nieder; das ist ganz richtig. Er möge aber Folgendes bedenken. Es müssen, um die ganze Front zu erreichen, noch 135 m² gekauft werden. Die Gemeinde verlangt 7300 fl., die Firma Dehm & Olbricht 5000 fl., das macht zusammen 12.000 fl. Dividieren wir das durch das Quadratmaß der wirklichen Fläche, so

ergeben sich 51 fl. per Quadratmeter, und nun frage ich den geehrten Herrn Collegen, der von den Grundpreisen etwas versteht, ob 51 fl. per Quadratmeter, das sind 180 fl. per Quadratklafter, in der Kenyongasse zu wenig sind? Meine Herren, so müssen Sie die Sache lesen, so ist sie auch vorgetragen worden. 34 fl. beantragen wir deshalb, weil wir bloß ein Drittel der Straßenfronte verkaufen; wenn wir die ganze Gassenfronte hätten, würden wir 50 fl. begehren. Die haben wir aber nicht, zwei Drittel besitzen Dehm & Olbricht und wir können sie ihnen nicht wegnehmen, weil sie sie rechtlich besitzen, und diesen Factor müssen wir berücksichtigen, Sie strafen mit der Ablehnung nicht Dehm & Olbricht, wie es die Absicht zu sein scheint, sondern die Eigenthümerin würde es bedauern, wenn Sie dieses Referat ablehnen würden. Es ist meine Überzeugung, dass das Anbot ein sehr hohes ist, und dass der Gesammtpreis für den Grund mit 12.000 fl. überzahlt ist.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Frauenberger!

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren! Wenn die Kenyongasse durchgeführt werden soll, und das muss jetzt geschehen, denn wer die Situation kennt, wird sagen, dass dort Ordnung geschaffen werden muss, wenn nun das geschieht, so gibt es eine Menge Schwierigkeiten zu überwinden und da dürfen wir nicht mit neuen Schwierigkeiten kommen. Meine Herren! Ich bin gewiss dafür, dass mit gleichem Maße gemessen werde; es hat hier niemand eine Protection in dieser Richtung! Das ist nicht wahr, und ehe man solche Worte ausspricht, sollte man sie sich wohl überlegen.

Meine Herren, das geht zu weit, dass es hier in diesem Saale angesichts der Öffentlichkeit gestattet ist, eine Firma von anerkannt gutem Rufe (Widerspruch links) eine Speculationsfirma zu nennen. (Unruhe und Rufe links: Kohlmarkt!) Wie würde es denn Ihnen gefallen? Was da geschieht, kann morgen einem anderen geschehen, das dürfen wir nicht thun.

Nun sage ich Ihnen noch Folgendes: Bekämpfen Sie die Sache sachlich, soweit Sie sie bekämpfen können, aber bringen Sie nicht Persönlichkeiten hinein und stellen Sie nicht Persönlichkeiten nach außen hin bloß, was Sie nicht verantworten können. (Widerspruch und Rufe links: O ja!) Damit machen Sie gar nichts, wenn Sie solche Schlagworte hinauswerfen. (Unruhe. Rufe links: Kohlmarkt! — Bürgermeister: Ich bitte um Ruhe!) Wenn Sie sagen Kohlmarkt, ja, Kohlmarkt . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Darf ich bitten, Herr Gemeinderath, zur Sache zu sprechen. (Gem.-Rath Frauenberger: Ich bin bei der Sache!) Ich habe früher diese Bemerkungen gerügt und möchte bitten, das jetzt nicht weiter auszuspinnen. Bleiben Sie bei der Sache.

Gem.-Rath Frauenberger (fortfahrend): Damit sagt man auch nichts, wenn man sagt, Seidengasse. Seidengasse ist gar nichts.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Frauenberger, ich bitte Sie noch einmal, halten Sie sich an die Sache, spinnen Sie diese persönlichen Sachen nicht weiter aus.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich werde den Herrn Bürgermeister bitten, meinen Ausführungen zu folgen, dann wird er schon den Zusammenhang derselben mit dem Referate finden.

Bürgermeister: Wenn Sie nicht zur Sache sprechen, werde ich Ihnen das Wort entziehen.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich verwahre mich energisch dagegen, dass es hier gestattet ist, einer ehrenhaften Firma in dieser Weise nahezutreten. Dagegen verwahre ich mich. (Widerspruch links.) Ich bitte, den Antrag des Herrn Referenten anzunehmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Michael Gruber!

Gem.-Rath Dr. Michael Gruber: Ich habe aus der jetzigen Debatte gerade den Eindruck gewonnen, dass sich so gewissermaßen die Kampflinien schon bilden, und dass gerade zuletzt sozusagen zwei Losgeher gesprochen haben. Besonders der letzte Herr Vorredner hat uns Belehrungen ertheilen wollen, die wir hiemit dankend quittieren, wir brauchen sie nicht! (Lebhafter Beifall links. Gem.-Rath Frauenberger: Sie werden noch viel zu lernen haben!)

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, Herr Gemeinderath, wir haben noch eine Masse höchst dringender Gegenstände; jetzt polemisieren Sie mit dem Herrn Vorredner.

Gem.-Rath Dr. Michael Gruber: Bitte, Herr Bürgermeister, es darf keinem Mitgliede, wenn es auch nicht Mitglied der Majorität ist, gestattet sein, gegen uns in belehrendem Tone aufzutreten. (Unruhe.)

Bürgermeister: Meine Herren, bleiben wir bei der Sache und schauen wir dazu, dass die Gegenstände erledigt werden!

Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet; die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Referent zum Schlusswort!

Referent: Ich kann nichts Neues vorbringen; ich möchte nur empfehlen, den Antrag zu genehmigen.

Bürgermeister: Vor der Abstimmung habe ich noch mitzutheilen, dass Herr Gem.-Rath Dehm, weil seine Interessen bei der Firma hier als irgendwie in Betracht kommend angesehen werden könnten, im Sinne des § 58 des Statutes von der Sitzung abgetreten ist. Wir schreiten zur Abstimmung. Es ist die qualificierte Majorität nothwendig; es sind mehr als 92 Herren Gemeinderäthe anwesend. Ich bitte jene Herren, welche den Referenten-Anträgen zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Mit mehr als 70 Stimmen angenommen.

Beschluss: Die Gemeinde Wien überlässt der Eigenthümerin der Realität Or.-Nr. 30 Neubaugürtel, E.-Z. 583, Fünfhaus, Leopoldine Haller, behufs Arrondierung derselben einen Theil der Linienwallparcelle 1306/1, E.-Z. 430, VII. Bezirk, Figur a b c d e f g a, im Ausmaße von circa 215 m² um den Pauschalbetrag von 7310 fl. und unter folgenden Bedingungen:

a) Der Kaufschilling ist binnen acht Tagen nach Verständigung der Offerentin von der Annahme ihres Offertes seitens des Gemeinderathes bar zu Handen der städtischen Hauptcassa zu erlegen;

b) die Bezahlung der Vertragskosten und Übertragungsgebüren obliegt der Käuferin;

c) die Gemeinde Wien verpflichtet sich, den von der obgenannten Parcelle zur Kenyongasse fallenden Theil, Figur d e h d, im Ausmaße von circa 5 m² zur grundbücherlichen Abschreibung zu bringen.

Die Schadloshaltung für diese Grundfläche ist in dem obangeführten Pauschalbetrage enthalten.

29. (3466.) **Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann**: Bei Beilage Nr. 86 handelt es sich um die Erwerbung eines Theiles der Grundparcelle 269/1 in Dornbach im XVII. Bezirke. Die Herren sehen auf dem Plane ein Grundstück verzeichnet, welches den Herren Heinrich und Franz Glaser gehört.

Dieses Grundstück wird durch die Baulinienbestimmung in der Weise betroffen, dass die Baufront nach der Linie a l gegeben erscheint. Herr Glaser ist nun eingeschritten, man möge ihm den der Gemeinde gehörigen, und zwar der Gemeinde unbestritten gehörigen Grund, bezeichnet mit a b c, verkaufen, ferner jenen Grund, welcher in dem Theile b c h f liegt, grundbücherlich übertragen. Dieser Grundtheil war bisher im Besitze des Herrn Heinrich Glaser über Beschluss der Gemeinde Dornbach, Die Eigenthumsübertragung wurde aber nicht grundbücherlich durchgeführt und es schwebt bezüglich dieses Grundtheiles ein Rechtsstreit. Dieser Rechtsstreit soll nun durch den dermalen zur Verhandlung kommenden Antrag seine Erledigung finden. Die Herren entnehmen aus dem Plane Folgendes: Die Gesammtfläche e f k h wird dem Grundstücke der Herren Heinrich und Franz Glaser zugeschrieben, während der Theil c l d von der Einlage der Gemeinde abgeschrieben und in das öffentliche Gut übertragen werden soll. Es handelt sich also streng genommen um die Erwerbung eines Grundstückes im Ausmaße von 8·8 m². Ein anderer Theil, von dem ich bereits gesprochen habe, ist wohl im Grundbuche zu Gunsten der Gemeinde heute noch eingetragen, ist aber im physischen Besitze der Eigenthümer Heinrich und Franz Glaser, und zwar, wie aus den Acten hervorgeht, über Beschluss der ehemaligen Gemeinde Dornbach, nur ist die Durchführung nicht grundbücherlich erfolgt. Es wird nun ein Übereinkommen dahin vorgeschlagen, dass für diese 8 m² ein Preis von 180 fl. gezahlt werde und dass die restlichen Flächen, die über die Baulinie kommen, ins öffentliche Gut eingetragen werden. Ich werde mir erlauben, die Anträge, die ich zur Annahme empfehle, zur Verlesung zu bringen.

Bürgermeister: Die Anträge sind bekannt; wünschen die Herren die Verlesung. (Rufe: Nein!) Es ist niemand zum Worte gemeldet; wir schreiten zur Abstimmung. Die Herren, welche für die Referenten-Anträge stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Ich bitte zu zählen. (Gem.-Rath Hawranek: Es sind 52!) Ich danke sehr! (Heiterkeit. — Nach Auszählung des Hauses:) Es sind zweifellos weniger als 70 Stimmen; wird von keiner Seite die Constatierung der genauen Anzahl gewünscht? (Rufe: Nein!) Der Antrag ist abgelehnt.

Beschluss: Das Anbot der Eigenthümer der Realität E.-Z. 137 Dornbach, XVII. Bezirk, Franz und Heinrich Glaser um käufliche Überlassung der Cat.-Parc. 269/1, E.-Z. 568 in Dornbach, XVII. Bezirk, wird abgelehnt.

30. (2515.) **Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann:** Nun handelt es sich um Referate über Grundabtretungen zu Zwecken der Anlage von Risaliten. Auf der gedruckten Tagesordnung für den 7. Mai ist unter Zahl 2515 verzeichnet, dass Herr Moriz Ram und Consorten im VIII. Bezirke, Josefstädterstraße 37, zu Risalitanlagen einen Grund beanspruchen im Ausmaße von zu 5·20 m Länge und 15 cm Vorsprung, beziehungsweise zwei Risalite im Gesammtausmaße von 1·56 m². Es wird beantragt, diesen Straßengrund zu überlassen gegen Compensation mit einer doppelt so großen Fläche des abzutretenden Straßengrundes.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte gemeldet, ich bitte um die Abstimmung. Die Herren, welche mit den Referenten-Anträgen einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist bei Anwesenheit von mehr als 92 Gemeinderäthe mit mehr als 70 Stimmen angenommen.

Beschluss: Die Compensation des zur Anlage von zwei Risaliten à 5·20 m Länge und 15 cm Vorsprung beim Hause VIII., Josefstädterstraße 37, Strozzigasse 49, erforderlichen Grundes mit einer doppelt so großen Fläche des abzutretenden Straßengrundes wird genehmigt.

31. (1954.) **Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann:** Es handelt sich hier um eine ähnliche Angelegenheit im VII. Bezirke, Siebensterngasse 15; beansprucht wird der Grund von 0·5 m². Antrag: Compensation mit einer doppelt so großen Fläche des abzutretenden Straßengrundes.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, ich ersuche jene Herren, welche mit den Referenten-Anträgen einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist in derselben Weise wie der vorige angenommen.

Beschluss: Die Compensation des zur Thorportalherstellung beim Hause VII. Bezirk, Siebensterngasse 15, erforderlichen Grundes per 0·5 m² mit einer doppelt so großen Fläche des abzutretenden Straßengrundes wird gegenehmigt.

32. (3717.) **Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann:** Der gleiche Fall liegt hier vor. Im IV. Bezirke, Alleegasse 17, wird beansprucht ein Grund von 2·27 m². Es wird beantragt: Überlassung des Grundes gegen Compensation mit einer doppelt so großen Fläche des abzutretenden Straßengrundes.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist mit mehr als 70 Stimmen bei Anwesenheit von mehr als 92 Gemeinderäthen angenommen.

Beschluss: Die Compensation des zur Risalitanlage beim Hause IV., Alleegasse 17, erforderlichen Grundes von circa 2·27 m² mit einer doppelt so großen Fläche des abzutretenden Straßengrundes wird genehmigt.

33. (3380.) **Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann:** Eine ähnliche Angelegenheit behandelt die Beilage Nr. 84. Hier handelt es sich darum, dass bei einem Hause in Simmering, welches an der Ecke der Kopalgasse und der Dorfgasse erbaut wird, 2·71 m² in der Kopalgasse zu Risalitzwecken verwendet werden sollen. Hiefür wird beantragt: Compensation mit einer doppelt so großen Fläche des abzutretenden Straßengrundes, und zweitens, dass in der Dorfgasse vom Straßengrunde eine Fläche von 0·71 m² abgetreten werde und hiefür ein Preis von 12 fl. per Quadratmeter zu entrichten ist. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Diejenigen Herren, welche mit den Referenten-Anträgen einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Die Anträge sind mit qualificierter Majorität in Anwesenheit von mehr als 92 Gemeinderäthen angenommen.

Beschluss: 1. Die Compensierung des Risalitgrundes in der Kopalgasse im Ausmaße von 0·71 m² mit einer doppelt so großen Fläche des von der Realität Einl.-Z. 126

zur Verbreiterung der Kopalgasse abzutretenden Grundes wird genehmigt.

2. Der Kaufpreis für den Risalitgrund in der Dorfgasse per 0·71 m² wird mit 12 fl. per Quadratmeter festgesetzt.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Wurm zum Referate.

34. (2614.) **Referent Gem.-Rath Wurm:** Ich habe die Ehre, zur Zahl 2614 zu referieren. Der Antrag steht auf der Tagesordnung. Es handelt sich hier um Gestattung von Risaliten im IV. Bezirke, Favoritenstraße 36 Die Risalite sollen angelegt werden: zwei an der Favoritenstraße und eines an der Rainergasse — das Haus ist nämlich ein Eckhaus. Gleichzeitig findet eine Abtretung statt und wird beantragt, die für die Risalite nothwendige Fläche mit einer doppelt so großen Fläche des abzutretenden Straßengrundes zu compensieren. Ich bitte, den Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall; ich ersuche jene Herren, welche mit den Referenten-Anträgen einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Die Anträge sind mit qualificierter Majorität angenommen.

Beschluss: Die Compensation des für die Anlage von drei Lesenen beim Hause IV., Favoritenstraße 36, erforderlichen Grundes (0·33 m² in der Favoritenstraße und 0·165 m² in der Rainergasse) mit einer doppelt so großen Fläche des abzutretenden Straßengrundes wird genehmigt.

35. (3514.) **Referent Gem.-Rath Wurm:** Beilage 94. Hier handelt es sich um eine Eingabe des Ministeriums, betreffend die Arrondierung des Bauplatzes für das Garnisonsspital im Gatterhölzl, XII. Bezirk.

Bekanntlich hat der Gemeinderath seinerzeit die Parcellierung des Gatterhölzls beschlossen und da wurde eine Grundfläche, welche zwischen der Hohenbergstraße, ehemaligen Gloriettegasse und der Straße nächst der Südbahn gelegen ist, für das Garnisonsspital bestimmt, und es wurde auch die Verbauungsweise vom Gemeinderathe genau festgestellt. Nun ist es nothwendig, einen Weg, welcher diesen Bauplatz durchschneidet, an das Militärärar abzutreten zur Ausführung des Baues. Außerdem ist es nothwendig, gewisse Straßenflächen, welche infolge der Parcellierung abgetreten werden müssen, dem Militärärar zu übergeben, um sie dann wieder in das öffentliche Gut zu bekommen. Es sind dies Straßentheile, welche in jenen Straßen gelegen sind, wo die Rohre der Hochquellenleitung liegen.

Diese Straßen wurden seinerzeit von der Gemeinde angekauft, um im Zuge derselben die Rohre der Hochquellenleitung zu legen. Ein eigentlicher Verkauf dieser Parcellen kann darum nicht stattfinden, sondern es handelt sich nur um die Übertragung dieser Parcelle in das öffentliche Gut. Anders steht es mit dem Wege, welcher den Bauplatz durchschneidet; dieser ist ein öffentlicher Weg und kann ohne Bedenken aufgelassen werden, wenn ein Ersatz dafür geboten wird, und dieser kann dadurch geboten werden, wenn in der zuerst erwähnten Straße die Eröffnung mindestens zur halben Breite stattfindet. Dann kann der Weg, der den Baugrund durchschneidet, aufgelassen und der Verkehr längs dieser Straße, wo die Hochquellenrohre liegen, durchgeführt werden.

Was nun den Preis anbelangt, so ist vom Bauamte der Preis, welcher seinerzeit von der Gemeinde für diese Gründe bezahlt wurde, gerechnet worden. Es ist aber seitdem einige Zeit verflossen und es ist daher gewiss gerechtfertigt, wenn die Gemeinde nunmehr vom Ärar einen höheren Preis beansprucht. Dieser Preis ist für den Weg, welcher den Bauplatz durchschneidet, circa 6 fl. per Quadratklafter, nämlich im ganzen 1800 fl.

Was die Einwilligung anbelangt, dass gewisse Parcellen, wo die Wasserrohre liegen, in das öffentliche Gut übertragen werden, so ist auch für die Berechnung zuerst der Preis in Betracht gezogen worden, welchen die Gemeinde bezahlt hat. Auch dieser Preis wurde entsprechend erhöht und wird für diese Flächen eine Pauschalsumme von 2000 fl. verlangt. Außerdem ist in den Nebenbedingungen verlangt, dass alle Verpflichtungen, welche auf Grund der Parcellierung auf diesen Flächen ruhen, erfüllt werden müssen und außerdem jene Bedingungen, welche die Gemeinde seinerzeit bezüglich der Verbauungsweise festgestellt hat.

Die Anträge, welche der Stadtrath stellt, sind also folgende: .....

Bürgermeister: Die Anträge sind der Versammlung bekannt und es kann daher auf die Verlesung verzichtet werden. (Zustimmung.)

Wünscht jemand das Wort? — Herr Gem.-Rath Sebastian Grünbeck!

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich möchte nur um eines ersuchen. Wir haben bisher immer nach Meter gerechnet. Wenn der Preis niedrig ist, stehen immer Klafter darinnen, wo der Preis aber ein hoher ist, Meter. Ich möchte also den Herrn Referenten ersuchen, künftig auch per Meter zu rechnen. (Gem.-Rath Jedlička ruft dazwischen.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Jedlička, ich rufe Sie zur Ordnung. (Gem.-Rath Gregorig: Aber auch die Gesetzesverletzer! Das ist eine Gesetzesverletzung, weil wir Klafter nicht mehr haben!)

Referent: Das hat hier einen speciellen Grund, weil seinerzeit die Gemeinde die Gründe auch nach Klaftern gekauft hat, um eine Vergleichung zu geben. (Unruhe links.)

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich möchte aber doch bitten, den Preis auch nach Metern anzugeben.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Hawranek!

Gem.-Rath Hawranek: Nun, meine Herren, wenn es auch der Staat ist, so finde ich doch 6 fl. per Klafter zu wenig; das ist überhaupt himmelschreiend; wie man die Klafter um 6 fl. verkaufen kann, ist mir unbegreiflich. Wie haben Sie denn das gerechnet?

Referent: Es ist vielleicht nicht ganz zweckmäßig, hier in öffentlicher Sitzung zu sagen, wie die Gemeinde seinerzeit diese Ackergründe gekauft hat. (Rufe links: Das kümmert uns nichts!) Wenn die Herren wollen, so werde ich es aussprechen: Der Preis war sehr bedeutend geringer, ungefähr drei Viertel von dem, was wir heute verlangen.

Gem.-Rath Hawranek: Das ist ganz gleich, der Staat macht mit der Gemeinde auch nicht viele Geschichten, er hat uns noch nie etwas geschenkt, warum sollen wir dem Staate zu seinem Garnisonsspitale etwas schenken? Ich beantrage also, das Referat abzusetzen, um einen höheren Preis zu erzielen.

Bürgermeister: Wird ein Antrag gestellt?

Gem.-Rath Hawranek: Ja, ich beantrage, das Referat an den Stadtrath zurückzuweisen, weil der Preis nicht entspricht.

Bürgermeister: Also die Ablehnung. Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, die Debatte ist geschlossen. Herr Referent!

Referent: Ich muss noch erwähnen, dass es doch gar nicht so lange her ist, dass diese Gründe von der Gemeinde erworben wurden, und der Preis, welchen die Gemeinde dafür gezahlt hat, war ein weit geringerer, ungefähr drei Viertel von dem, was wir heute verlangen. Außerdem ist ein großer Grundverkauf vor ungefähr einem Jahre dort durchgeführt worden, wo der gleiche Preis gezahlt wurde. Der Preis für diese Ackergründe ist gewiss ganz entsprechend.

Bürgermeister: Der Antrag Hawranek kommt in der Abstimmung über die Anträge des Herrn Referenten zur Entscheidung. Ich bringe die Anträge des Referenten zur Abstimmung. Es sind mehr als 92 Herren anwesend. Ich bitte die Herren, welche für die Referenten-Anträge stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es sind zweifellos mehr als 70 dafür. Wird ein Zweifel erhoben? Es ist nicht der Fall. Die Anträge des Referenten sind mit mehr als 70 Stimmen angenommen.

Zum Referate bitte ich Herrn Gem.-Rath Stiaßny.

Beschluss: 1. Der Verkauf des in den projectierten Bauplatz fallenden Theiles der Wegparcelle Nr. 347 in Unter-Meidling im Ausmaße von 1083 m² (= 301□°) um den Pauschalbetrag von 1800 fl., das ist circa 6 fl. per Quadratklafter, wird unter der Bedingung bewilligt, dass als Ersatz für den in Anspruch genommenen Wegtheil in der im Plane mit C A B bezeichneten Richtung eine Straße wenigstens in halber Breite hergestellt werde, ferner, dass die zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 12. März 1895, Z. 260, aufgestellten Bedingungen bezüglich der Verbauungsart eingehalten werden.

2. In die Widmung der Hälfte der Wasserleitungsparcellen 349/2, 344/3 in Hetzendorf und 140/3 in Unter-Meidling zu Straßenzwecken wird gegen Bezahlung einer Pauschal-Entschädigung von 2000 fl. und gegen dem eingewilligt, dass auch die entsprechenden Flächen der Parc. 348, 345 in Hetzendorf und 142/1 in Unter-Meidling der Gemeinde Wien als öffentliches Gut übergeben und die Pächter obiger drei Parcellen von dem hohen k. k. Ministerium des Innern für Auflassung des Pachtverhältnisses entschädigt werden.

3. Die Vermögensübertragungsgebüren sammt Zuschlägen, die Stempelgebür für die Quittungen des Kaufschillings und die Gebüren für die Vertragsausfertigung sind vom k. k. Ärar allein zu bestreiten.

4. Selbstverständlich müssen alle nach der Bauordnung dem Parcellierungswerber obliegenden Verpflichtungen hinsichtlich der Straßenabtretung und Herstellung erfüllt werden, und jene Vorsichten bei einer etwaigen Bauführung auf der Seite der Rohrtrace beobachtet werden, welche bei allen Bauten an jenen Straßen, in welchen Hauptrohre der Hochquellenleitung liegen, vorgeschrieben sind.

36. (3351, 2453, 2323.) **Referent Gem.-Rath Stiaßny**: Der Gegenstand, über welchen ich zu berichten die Ehre habe und der aus Beilage 87 ersichtlich ist, betrifft die Bestimmung der Baulinien für den Kinderspielplatz nächst der Kaiserstraße, VII. Bezirk. Die Gemeinde befindet sich im Besitze des Hauses Nr. 104 an der Kaiserstraße, welches zu dem Zwecke erworben wurde, damit ein Theil desselben, und zwar der Gartengrund, vielleicht auch mit Vereinigung von Hofräumen und Gärten einiger anstoßenden Häuser, zu einem öffentlichen Kinderspielplatze gewidmet werden sollen. Dieser von den Häusern auf der Kaiserstraße, Lerchenfelderstraße, Mentergasse und Bernardgasse umgebene Binnenplatz dürfte sich für den in Aussicht genommenen Zweck eignen. Gegenwärtig ist dieser Platz zugänglich durch das Haus Nr. 104 Kaiserstraße einerseits, dann durch das Haus Nr. 119 in der Lerchenfelderstraße andererseits. Bezüglich dieses letztgenannten Objectes, welches gleichfalls Eigenthum der Gemeinde ist, will ich schon jetzt angeben, dass dieses Haus jedenfalls zum Umbaue bestimmt ist, dass an der Stelle des Hauses Nr. 119 ein Volksbad, möglicherweise auch ein communales Wohnhaus errichtet werden soll und dass durch die Einfahrt dieses Hauses der immerwährende Zugang zu diesem Kinderspielplatz geschaffen werden kann.

Endlich ist, was gewiss einer späteren Zeit vorbehalten bleiben muss, noch in Aussicht genommen, dass der erwähnte Kinderspielplatz einen Ausgang gegen die Mentergasse erhalten wird. Gegenwärtig handelt es sich aber um die Bestimmung der Baulinien jener Häuser, welche in der Lerchenfelderstraße gelegen sind und deren Rückseite an diesen zu bildenden Spielplatz stößt. Um diese Baulinien bestimmen zu können, ist in Aussicht genommen, den Binnenplatz als einen öffentlichen Platz zu erklären, die Baulinien in einer von mir sofort zu bezeichnenden Weise zu bestimmen und diesen Baulinien entlang einen 6 m breiten Promenadeweg, einen öffentlichen Weg, zu führen. Die Angelegenheit steht in einem directen Zusammenhange mit dem Gesuche der Besitzer der Realitäten 131 bis inclusive 137 Lerchenfelderstraße um Bekanntgabe der Baulinie. Obwohl die Hinausgabe der Baulinie gegen die Lerchenfelderstraße keinen Schwierigkeiten unterliegen würde, konnte dieselbe bisher und zwar insolange nicht erfolgen, als nicht auch die Baulinie gegen den Kinderspielplatz bestimmt ist. Es haben nun die Besitzer dieser vier Häuser 131, 133, 135 und 137 sich bereit erklärt, jenen Theil ihrer Realitäten, welcher außerhalb der Baulinie gelegen ist, die wir eben bestimmen sollen, unentgeltlich an die Gemeinde abzutreten und außerdem die Gemeinde für einen Grundstreifen von 3 m zu entschädigen, also der Hälfte der Breite des anzulegenden Promenadeweges.

Ich bitte also, den vorliegenden vier Anträgen des Stadtrathes Ihre Zustimmung zu ertheilen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Wenn man den vorliegenden Plan ansieht, da möchte man beinahe an den Kopf greifen und sagen, wie es möglich ist, einen spitzen Winkel an der Ecke eines neuen Platzes zu schaffen, wie bei dem Hause Nr. 137 in der Lerchenfelderstraße an dessen rückwärtigen Seite, wie es irgendjemanden einfallen kann, von der geraden Linie abzuweichen und schon auf der Kaiserstraßenseite zurückzugehen, dann weiter in der Lerchenfelderstraße auch zurückzugehen. Das ist mir unerfindlich, ich kann mir gar nicht denken, wie man an einem Platze solche Winkel schaffen kann, während es sich auf andere Weise sehr leicht machen lässt. Ich stelle daher den Antrag, dass die Linie F F' derart gezogen werde, dass sie von dem hinteren Ende des Hauses Nr. 137 in der Lerchenfelderstraße zu dem Punkte F' gezogen werde und ebenso die Baulinie E B von derselben hinteren Ecke des Hauses Nr. 137 zu dem Punkte B gezogen werde. Dann haben Sie wenigstens halbwegs eine gerade Linie, Sie haben eine Form;

aber wie heute das geplant ist, einen Platz mit einem spitzen Winkel zu machen, ist unfassbar; einen stumpfen Winkel lasse ich mir gefallen, aber wie man einen spitzen machen kann, ist mir ganz unerfindlich, und obendrein kriegt der betreffende Hausbesitzer bei Nr. 137 — um den scheint es sich bei der Sache zu handeln — eine eigenthümliche Figuration. Wenn man die Ecke sieht, wie sie hier eingezeichnet ist und wie ich sie mir denke, so ist das eine ganz schöne Figur des Platzes, und der Hausherr bekommt auch seine Ecke heraus. Wie man in seinen Besitz eine Ecke hineinmachen kann, ohne es ihm abzukaufen, ist mir unerklärlich.

Ich möchte beantragen, es in der Weise zu machen: B bis zur Ecke des Hauses Nr. 137 des jetzigen Bestandes und dann von demselben Punkte bis zu F, das wird dann beinahe einen rechten Winkel bilden. Die Häuser sind vorne breiter an der neu zu eröffnenden Gasse, bei dem Hause Nr. 119 ist die Tiefe eine größere, als wie vorne bei Nr. 137. Da ist nahezu keine Tiefe durch den neuen Plan, der hier vorgezeichnet ist; wozu den Leuten noch einige Meter wegnehmen, wo sie ohnehin keinen Platz haben?

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Weitmann!

Gem.-Rath Weitmann: Meine Herren! Der Plan hat mich auch in Erstaunen gesetzt. Es ist eigenthümlich, dass man uns hier einen Plan — ich möchte sagen — so ins blaue hinein vorlegen kann; denn diese Linien, wie sie hier gezogen sind, gehen durch einen Grund, der noch nicht unser Eigenthum ist; wir wissen auch nicht, ob wir ihn erwerben können.

Ich möchte an den Herrn Referenten eine Frage richten; Herr Referent wollen mir gefälligst einige Aufmerksamkeit schenken. Es ist hier ein Ausgang bei dem Pfarrhofgarten geplant, nicht wahr? Wem gehört gegenwärtig der Grund?

Referent: Ich bitte, meine Herren, ich habe ausdrücklich erwähnt, dass es der Zukunft, und vielleicht einer sehr späten Zukunft, vorbehalten bleibt, eventuell noch einen Ausgang gegen die Mentergasse zu machen. Als ein dringendes Bedürfnis kann ich das in dem Augenblicke nicht bezeichnen; ich habe es in meinem Referate erwähnt, weil ein Zugang von der Kaiserstraße und ein zweiter von der Lerchenfelderstraße besteht und erhalten bleibt.

Gem.-Rath Weitmann: Der auf dem Plane gezeichnete Eingang von der Kaiserstraße gehört freilich uns, aber die Hälfte von dem auf dem Plane eingezeichneten Grunde gehört noch nicht uns, das ist Privateigenthum; jener Eingang von der Mentergasse gehört gar nicht uns. Das ist der Pfarrhofgarten, und ob wir den Pfarrhofgarten erwerben können, das ist eine Frage. Warum legt man uns einen derartigen Plan vor, der rein ins blaue hineingeht, der vielleicht gar nicht in Zukunft möglich ist? Wer weiß, ob der Pfarrhof den Garten abtritt; das lässt sich ja dermalen noch nicht bestimmen.

Ferner ist der Winkel hier bereits von dem geehrten Herrn Vorredner kritisiert worden. Wie man hier einen derartigen Winkel ziehen und die Hauseigenthümer noch in dieser Weise beschneiden kann, wo ohnehin ein seichter Baugrund ist, begreife ich nicht. Ich möchte den Herrn Referenten ersuchen, mir zu sagen, wie tief dort die Baugründe sind.

Referent: Ich muss das erst messen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Ritt. v. Neumann!

Gem.-Rath Ritt. v. Neumann: Die Angelegenheit ist für den VII. Bezirk äußerst wichtig. und ich wundere mich, dass die geehrten Herren aus dem VII. Bezirke gegen diesen Vorschlag auftreten. Der unmittelbare Herr Vorredner hat gesagt, es wird etwas geplant, man wisse aber nicht, ob es ausführbar sei.

Ich will mir erlauben, einiges darüber zu bemerken. Gerade der Vorschlag, die Baulinienbestimmung zu treffen, einen öffentlichen Platz zu begründen, ist die einzige Möglichkeit der Gewinnung eines Kinderspielplatzes. Es ist ja richtig, wir haben nur ein Haus und nur einen Theil des Gartens. In dem Augenblicke, als die Baulinien bestimmt sind und dieser Platz als ein öffentlicher erklärt ist, muss schließlich einmal die Abtretung dieser Gründe erfolgen, allerdings theilweise gegen Entgelt, das ist richtig; es ist aber damit die Durchführung gesichert, der Bezirk Neubau erhält endlich einen Kinderspielplatz und hat wieder errungen, was er durch die Übergabe des Platzes für das Volkstheater verloren hat. Gegen die Sache können daher die Herren nicht sein. Es handelt sich um die Specialfrage der Baulinienbestimmung, und da gebe ich zu, dass man sich Varianten denken kann.

Aber auch der Vorschlag, wie er hier vorliegt, hat seine Begründung. Sie müssen bedenken, dass wir Eigenthümer des Hauses 104 sind und dass es nicht günstig wäre, wenn man die Front vom Punkte F' unmittelbar an die Grenze des Hauses 137 Lerchenfelderstraße und 104 Kaiserstraße ziehen würde. Sie bekämen dann folgenden Fall. Es würden zwei Häuser in einen rechten Winkel zusammenstoßen, das eine Haus, beziehungsweise die Gründe desselben gehören der Gemeinde, das andere Haus gehört einem Privaten.

Meine Herren! Es sind zwei für sich stehende Häuser; die Situation ist eine sehr ungünstige, wenn die Bewohner des einen Hauses schräg über die Ecke in die Zimmer der Bewohner des anderen Hauses hineinsehen können. Das sind Situationen, die gewiss nicht für jeden erwünscht sind — für den einzelnen vielleicht, das ist möglich — und die jedenfalls eine Entwertung nach sich ziehen; aus diesem Grunde ist Ihnen das Project in der gezeichneten Art vorgelegt worden.

Nun aber, meine Herren, sind die Verhältnisse weiter folgende. Eine Reihe von Eigenthümern in der Lerchenfelderstraße wartet bereits seit Wochen auf die Erledigung der Baulinien; eine Reihe von Häusern soll umgebaut werden, und nun wollen Sie, meine verehrten Herren, dieses Referat wieder zurückweisen. Diese Eigenthümer haben sich mit den Baulinien, wie sie vorgeschlagen werden, einverstanden erklärt, sie haben zugestimmt und gewisse Concessionen bezüglich der Grundabtretung gemacht, und nun ist es, glaube ich, Ihre Aufgabe, dieses Referat zu genehmigen, damit die betreffenden Eigenthümer bauen können und damit dem Bezirke Neubau der Park gesichert wird. Ich möchte Ihnen daher anrathen, alle angeblich verbessernden Anträge abzulehnen und den Referenten-Antrag zu genehmigen. (Beifall rechts.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Lueger! (Gem.-Rath Weitmann will reden.) Ich bitte um Entschuldigung, ich bin dem Herrn Gem.-Rathe Weitmann ins Wort gefallen. (Gem.-Rath Weitmann: Ich habe nur eine Aufklärung gewünscht ...) Ich bitte um Entschuldigung. Ich bitte den Herrn Gem.-Rath Weitmann, fortzufahren. (Gem.-Rath Weitmann: Ich werde später sprechen, nach dem Herrn Dr. Lueger!) Ich bitte, Herr Gem.-Rath Dr. Lueger!

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Ich glaube, Sie sollten die Anträge des Stadtrathes unverändert annehmen, und zwar aus folgenden Gründen: Erstens ist es unbedingt nothwendig, dass der Bezirk Neubau einen sogenannten Kinderspielplatz be-

kommt; den Kinderspielplatz in der geeigneten Form kann er nur dann erhalten, wenn dort mit der Erklärung des öffentlichen Platzes vorgegangen wird.

Die Erklärung des öffentlichen Platzes ist aber wieder nothwendig, weil gewisse Hauseigenthümer nicht einsehen wollen, dass sie einen außerordentlichen Profit bekommen, wenn sie zwei Fronten erhalten. Das wollen sie nicht einsehen, und es müssen die gesetzlichen Mittel in Anwendung gebracht werden, wir müssen die Baulinien bestimmen. Wir können ja die Baulinien ohne Rücksicht darauf, ob wir es im Eigenthume haben oder nicht, bestimmen, denn wenn wir es nicht könnten, so wäre eine Baulinienbestimmung überhaupt nicht möglich. Also in dieser Beziehung kann das Recht der Gemeinde Wien nicht im entferntesten angetastet werden.

Was den Plan betrifft, so ist er nicht ganz richtig gezeichnet, und zwar der Durchgang von der Lerchenfelderstraße auf den Kinderspielplatz wird nicht gemacht (Referent: Das habe ich ja gesagt!) — es wird der Herr Referent das erwähnt haben — sondern das betreffende Gebäude ist jetzt Eigenthum der Gemeinde Wien und wird umgebaut werden. Ob wir den Durchgang zur Kirche einmal bekommen werden oder nicht, das ist natürlich eine Frage der Zukunft; wenn das betreffende Haus einmal umgebaut wird, dann muss auch der Zugang gemacht werden.

Jetzt gehen wir zu dem Winkel über. Der Winkel ist auch im Stadtrathe eingehend besprochen worden, wenn ich nicht irre, hat sogar der Herr Referent den Antrag gestellt, die Baulinien zu ändern, entweder war es der Referent oder der Herr Baurath Neumann. (Rufe rechts: Matthies!) Ja, Herr Matthies war es. Nun, ich habe den Antrag gestellt, dass diese Baulinie beibehalten werden soll, und zwar nicht wegen der Schönheit der Baulinie, sondern aus folgendem Grunde: Auf Grund dieser Baulinien ist mit den Eigenthümern mehrerer Häuser wegen unentgeltlicher Abtretung ihres Grundes und Bodens, ja sogar wegen Bezahlung des weiter erforderlichen Grundes verhandelt worden. Diesbezüglich liegen bestimmte Erklärungen vor. Damit nun nicht die rechtliche Grundlage dieser Erklärungen geändert wird, müssen wir diejenige Baulinie bestimmen, auf Grund welcher mit den betreffenden Hauseigenthümern verhandelt worden ist. Übrigens können sich die Herren über das Eck vollständig trösten. Wenn Sie es schließlich wegbringen wollen, wird der betreffende Hauseigenthümer sehr froh sein, wenn Sie ihm das Eck abrunden, Sie können von ihm sogar verlangen, dass er was bezahlt. So steht die Sache. Nochmals erkläre ich: ändern Sie ja nichts daran, weil sonst die rechtliche Grundlage sehr wertvoller Erklärungen geändert wird, und ich bitte, die Anträge des Stadtrathes einstimmig zum Beschlusse zu erheben. (Beifall.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Eigner! (Rufe: Verzichten!)

Gem.-Rath Eigner: Sie können mich nicht zwingen, das ist lächerlich; ich werde gar nichts Neues vorbringen. (Rufe: Nun also!) Aber jeder Gemeinderath kann seine Anschauung aussprechen.

Bürgermeister: Entweder — oder, Herr Gem.-Rath Eigner, jetzt müssen Sie sich entscheiden.

Gem.-Rath Eigner: Ich werde mich sehr kurz fassen. Die Tiefe zwischen der neuen Baulinie von der Lerchenfelderstraße und dem Parke herein von H bis I und beim Hause Nr. 131, wo die alte und neue Baulinie zusammentreffen, ist eine gleiche. Hingegen wird durch die neue Baulinie die Baufläche der Häuser 135 und 137 eine seichtere.

Wenn Sie hier die nämliche Tiefe nehmen, wie Sie sie bei H 1 gehabt haben und beim Hause 131, so sind Sie noch immer auf dem alten Baugrunde. Mithin werden Sie der Gartenfläche nichts wegnehmen, und es wird die gleiche Breite sein. Wenn Sie dann von dem Buchstaben B, der Ecke der neu projectierten Gasse, dorthin, wo die Trennungslinie der Häuser 137 und 135 ist, eine Linie ziehen, bekommen Sie nicht einen spitzen Winkel, sondern einen stumpfen, und die Verbauung wird eine günstigere sein. Die alte Baulinie ist also noch nicht überschritten, wir sind noch immer innerhalb der alten Baulinie, die Gartenfläche würde sich nicht verkleinern, sondern gleich bleiben. Ich würde Ihnen diese Anschauung empfehlen. Mithin ist an der ganzen Situation nichts geändert, sie bleibt wie früher, nur ist die Verbauung besser als heute. Denn mit einem spitzen Winkel können Sie nichts machen. Ich empfehle Ihnen diese Anschauung, ob Sie sie annehmen oder nicht; Sie brauchen sie nicht anzunehmen. Aber ich als praktischer, erfahrener Mann kann sie nur empfehlen.

Bürgermeister: Ich bitte, den Antrag schriftlich zu überreichen!

Herr Gem.-Rath Stehlik!

Gem.-Rath Stehlik: Meine Herren! Ich glaube, wir sollten über die Geschichte nicht weiter debattieren. Ich erkläre, ich wäre froh, wenn wir das zusammenbringen möchten. Das ist meine Anschauung. Ich habe die Grundparcelle genau angeschaut. Der gegenseitige Gartengrund steht $1\frac{1}{2}$ m hoch. Nur muss ich dem Herrn Dr. Lueger erklären, dass wir den Durchgang in der Lerchenfelderstraße schon haben. Eines möchte ich den Herrn Referenten bitten, dass wir nicht vielleicht dort auf ein Volksbad rechnen. Wir haben dort ein wunderschönes Bad vom Steinböck. Ich möchte nicht, dass wir heute schon daran denken, dass man dort ein Volksbad errichten soll. Ein Bad brauchen wir. Wir möchten aber in der Mondscheingasse eines haben mitten im Bezirke. Aber ein Bad neben dem anderen ist eine unglückliche Idee.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. (Gem.-Rath Weitmann meldet sich. — Unruhe rechts. — Gem.-Rath Gregorig: Jeder Gemeinderath kann reden, so oft er will, auslachen gibt's nicht!) Der Herr Gem.-Rath Weitmann hat sich jetzt nicht zum Worte gemeldet und früher nur darauf verwiesen, dass er die Absicht hatte, zu reden.

Gem.-Rath Weitmann: Ich habe nur Herrn Dr. Lueger die Priorität abgetreten, denn es hätte mir das Wort gebürt. Das hat aber der Herr Vorsitzende nicht beachtet; nach Herrn Dr. Lueger hätte ich sprechen sollen.

Ich möchte auf die Vorwürfe des Herrn Gem.-Rathes Ritt. v. Neumann zurückkommen. Wir sind nicht gegen den Park und die Vergrößerung desselben; aber gegen diese Baulinienbestimmung sind wir, weil die Hausbesitzer in der Lerchenfelderstraße, die ohnehin sehr seichte Baugründe haben, in einer empfindlichen Weise beschnitten werden. Das hätte ich verhütet wissen wollen. Mein Wunsch wäre, wenn diese Ecke geradlinig gezogen würde, damit die Hausherren einen etwas tieferen Baugrund erhalten. Auf der Lerchenfelderstraße, Josefstädterseite, sind die Baugründe vielleicht 20 m tief, dagegen auf der Neubauerseite sehr seicht. (Lebhafte Unruhe.)

Bürgermeister: Meine Herren! Das geht nicht! Herr Gem.-Rath Schneeweiß, ich bitte platzzunehmen! Herr Gem.-Rath Eigner ich bitte! Ich ersuche den Herrn Redner, fortzufahren.

Gem.-Rath Weitmann: Man kann ja nicht. Gegen die Errichtung und Erweiterung des Bauplatzes habe ich nicht das mindeste einzuwenden; selbstverständlich, ich bin ja seinerzeit für die Errichtung des Kinderspielplatzes eingestanden. Es ist gewiss mein Wunsch, dass das errichtet wird, aber die Beschädigung der betreffenden Hausbesitzer durch die Grundabtretung ist mir nicht erwünscht. Es sind mehrere dort, die sich dagegen auflehnen, ich bin überzeugt. Ich habe sonst keine Einwendung; vielleicht ist es möglich, dass man diese Baulinie hier noch ändert.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. — Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Nach den Ausführungen der Collegen Ritt. v. Neumann und Dr. Lueger habe ich nichts weiter als Folgendes zu erwähnen: Die Eigenthümer der Häuser Nr. 131 und 137, für welche nach Punkt 3 der Stadtraths-Anträge die Baulinie hinausgegeben werden soll, haben sich mit dieser Baulinie einverstanden erklärt.

Ich bitte also recht sehr, bei den Ihnen vorgeschlagenen Baulinien aus den Gründen, die die beiden Herren Vorredner bekanntgegeben haben, zu bleiben, und ich bitte Sie daher um die Annahme der Anträge des Stadtrathes.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Gregorig halten Ihren Antrag aufrecht?

Gem.-Rath Gregorig: Gewiss!

Bürgermeister: Ich werde also versuchen, diesen Antrag zu formulieren, so gut ich kann.

Gem.-Rath Gregorig: Ja, zeichnen kann ich nicht.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Gregorig stellt den Antrag, es sei die Baulinie so zu bestimmen, dass speciell bei dem Hause Nr. 137 auf der Lerchenfelderstraße und Nr. 136 den Eigenthümern eine größere Tiefe gewährt werde, das heißt also, dass die Baulinie bei den Häusern Nr. 133, 135 und 137 weiter hereingerückt werde in den Garten. Nicht wahr? (Gem.-Rath Gregorig: Ja!) Und ebenso, dass von der anderen Seite von der Kaiserstraße beim Hause Nr. 104 etwas weiter gegen den Garten hereingerückt werde, so dass dort ein etwas stumpferer Winkel entsteht, als der vom Stadtrathe beantragte spitze Winkel. (Gem.-Rath Gregorig: Nahezu ein rechter Winkel!)

Das ist ein Gegen-Antrag. Wenn dieser angenommen würde, würden die Anträge an den Stadtrath zurückkommen, weil damit die ganze Baulinienbestimmung sich verändert und gegenstandslos wird. Den Antrag Gregorig bringe ich zuerst zur Abstimmung.

Die Herren, welche dafür stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Jene Herren, welche mit den Referenten-Anträgen einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: 1. Der innerhalb des Häuserblockes zwischen der Kaiserstraße, Lerchenfelderstraße, der Menter- und Bernardgasse geplante Kinderspielplatz wird als öffentlicher Platz erklärt.

2. Als Baulinie für denselben und die zwei Zugangsstraßen werden die Linien A B, F′ G, M N O, P Q R S D C in Aussicht genommen, wobei bestimmt wird, dass längs dieser Baulinien ein 6 m breiter Promenadeweg (von der Baulinie gegen die Gartenanlage zu gerechnet) gemacht wird. Die Herstellung eines Zuganges zur Gartenanlage von der Lerchenfelderstraße wird in der Weise in Aussicht genommen, dass das städtische Haus Nr. 119 Lerchenfelderstraße für die Erbauung eines Volksbades oder Wohnhauses verwendet werde, durch welches ein entsprechender Gartenzugang geschaffen werden soll.

3. An der Rückseite der Realität Nr. 104 Kaiserstraße und Nr. 137, 135, 133 und 131 Lerchenfelderstraße werden die Linien B E F F′ als Baulinien definitiv bestimmt. Die Erklärungen der Eigenthümer der Realitäten Or.-Nr. 131 bis 137 Lerchenfelderstraße, betreffend die unentgeltliche Grundabtretung, werden genehmigend zur Kenntnis genommen.

4. Die im Plane eingeschriebenen Niveaux werden genehmigt.

Bürgermeister: Ich bitte, meine Herren, eine ganz kurze vertrauliche Sitzung, die einige Minuten dauert. Die öffentliche Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um ½9 Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom **10. Mai 1895.**

Vorsitz: **Vice-Bürgermeister Matzenauer.**

(3652.) **Gem.-Rath Dr. v. Billing** beantragt die Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an den Pfarrer zu St. Karl im IV. Bezirke Dr. Josef Dobner.

(Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **2. Mai 1895** (vormittags).

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende:

Dr. v. Billing,	Dr. Nechansky,
v. Götz,	v. Neumann,
Dr. Hackenberg,	Rückauf,
Dr. Huber,	Schlechter,
Dr. Klotzberg,	Schneiderhan,
Kreindl,	Stiaßny,
Dr. Lederer,	Baugoin,
Dr. Lueger,	Dr. Vogler,
Matthies,	Witzelsberger,
Mayer,	Wurm.
Müller,	

Experte: Official Ed. Pinapfel.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

(2874.) **St.-R. Rückauf** referiert über das Ansuchen der Josefine Weikart, Gastwirtin, XVI., Brestelgasse 4, um pachtweise Überlassung eines communalen Straßengrundes zum Zwecke der Tischaufstellung und beantragt die Verpachtung der mit bchklb im Plane umschriebenen Straßengrundfläche an die Gesuchstellerin gegen den angebotenen Jahresbestandzins per 20 fl. und unter den übrigen im Bezirksamts-Antrage erwähnten Bedingungen. (Angenommen.)

(2925.) St.-R. Rückauf referiert über das Ansuchen des Kindergartenvereines in Rudolfsheim um Subvention und beantragt die Bewilligung einer Subvention von 600 fl.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Bewilligung einer Subvention von 500 fl. und einer einmaligen Spende von 100 fl. pro 1894.

Letzterer Antrag angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(3142.) St.-R. Rückauf referiert über das Project für die Fahrbahnherstellung der Märzstraße, XVI. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Projectes mit dem projectierten Kostenerfordernisse von 5704 fl. 65 kr., sowie die Genehmigung der Arbeitsdurchführung nach dem Vorschlage. (Angenommen.)

(3225.) St.-R. Rückauf referiert über Herstellungen im Waghause am Heu- und Strohmarkte im XIV. Bezirke und beantragt:

1. Die Ausführung der in dem vorgelegten Kostenanschlage verzeichneten Herstellungen mit dem adjustierten Kostenbetrage von 563 fl. 8 kr. wird genehmigt und sind die bezüglichen Arbeiten, und zwar die in den Posten 1 bis 40 angeführten, den Erstehern der currenten Arbeiten, die in den Posten 41 und 42 angeführten der Firma C. Schember & Söhne auf Grund ihres Offertes zu übertragen.

2. Die Kosten per 563 fl. 8 kr. werden auf den Reservefond überwiesen.

3. Die Baubewilligung für die Adaptierung des Waghauses nach Maßgabe des vorliegenden Planes wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Baucommission im Sinne des § 105 der Wiener Bauordnung ertheilt. (Angenommen.)

(3262.) St.-R. Rückauf referiert über das Offert des Josef Büchl auf Lieferung von Grubenschotter für den XIV. Bezirk und beantragt:

Der Vorsteher des XIV. Bezirkes werde ermächtigt, von dem Genannten 750 m³ Rundschotter zum Preise von 1 fl. per Cubikmeter, demnach zum Gesammtbetrage von 750 fl. zu beziehen, wenn der Offerent den Schotter vor der Ablieferung noch ein zweitesmal nach den Angaben des Stadtbauamtes durch ein Gitter werfen läßt, wenn derselbe den Schotter um den genannten Einheitspreis auf jeden Punkt des XIV. Bezirkes abliefert und wenn die Bezahlung nicht per Fuhre, sondern auf Grund des wirklichen Ausmaßes der übernommenen Schotterfiguren per Cubikmeter mit 1 fl. einschließlich des Fuhrlohnes erfolgt.

Hiebei wäre der Bezirksvorsteher aufzufordern, anläßlich dieser Lieferung ein entsprechendes Quantum des präliminierten Wienflussschotters in Ersparnis zu bringen. (Angenommen.)

(3322.) St.-R. Rückauf referiert über die Anschaffung von drei neuen Wasserwägen für die freiwillige Feuerwehr Sechshaus-Rudolfsheim-Fünfhaus und beantragt, die Anschaffung von zwei Reservewasserwägen und eines Normalwasserwagens sammt Ausrüstung für die genannte freiwillige Feuerwehr mit dem bedeckten Kostenbetrage von 3681 fl. 30 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(3353.) St.-R. Rückauf referiert über die Instandhaltung der communalen Krankentransportwägen und beantragt, das periodische Schmieren und Beledern dieser Wägen der Firma Jakob Lohner & Comp. gegen den angebotenen Preis von 2 fl. für das jedesmalige Schmieren und Beledern eines Wagens zu übertragen.

Die jährliche Gesammtauslage per 408 fl. ist bedeckt.

(Angenommen.)

(3416.) St.-R. Rückauf referiert über das Ansuchen des Ersten österr.-ungar. Geflügelzuchtvereines um einen Ehrenpreis und beantragt:

Es sei dem genannten Vereine ein Unterstützungsbeitrag von 200 K in Gold als untheilbarer Ehrenpreis der Stadt Wien anläßlich der im laufenden Jahre abzuhaltenden XIX. internationalen Geflügelausstellung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3517.) St.-R. Rückauf referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Zuckerbäcker um Subvention und beantragt die Bewilligung einer Subvention von 400 fl. pro 1895 zur Erhaltung der fachlichen Fortbildungsschule dieser Genossenschaft.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Rückauf referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband.

Es wird beschlossen:

a) die Verleihung der Zuständigkeit an:

(3497.) XIV. Bezirk. Karel Josef, Schlossermeister;
Matusch Ludwig, Sattler;
Steinmann Anton August, Drechslermeister;
Bauer Johann, Omnibus-Conducteur;
Kubanek Leopold, Mechanikermeister;
Docekal Anton, Schuhmachergehilfe;
Cupik Franz, Tischlergehilfe;
Lukovsky Franz, Drechslermeister;
China Wenzel, Gemischtwaren-Verschleißer;
Březina Jakob, Schuhmachermeister;
Hauke Josef, Gürtlergehilfe;
Hayny Wenzel, Tischlermeister;
Witek Franz, Schuhmachermeister;
Dörfler Jakob, Hausbesorger und Maurer;
Michalko Thomas, Geschäftsdiener;
Kapaun Anton Adam, Bäckergehilfe;
Tichy Franz Xaver, Webergehilfe;
Berger Karoline, Seidenarbeiterin;
Schametz Josef, Milchmeier;
Albrecht Cyrill, Maurergehilfe;
Sewerin Franz, Tischlermeister;
Fischer Franz, Schneidermeister;
Goll Anton, Tischlergehilfe;
Karger Johann, Schmiedgehilfe;
Süß Rudolf, Hausbesorger;
Fiala Ludwig, Clubdiener;
Hanak Matthäus, Magazineur;
Zeitner Josef, Hausbesorger;
(2876.) XVI. Bezirk. Stockhammer Michael, Hilfsarbeiter;
Respekt Matthias, städt. Straßeneinräumer;
Elattau Jakob, Kleinfuhrwerksbesitzer;
Neusser Josef, Eisengießergehilfe;
Kröll Lambert, Milchmeier und Hausbesitzer;
Jauzke Josef, Hausbesorger;
Schilder Josef, Hilfsarbeiter;
Dötzl Laurenz, Hilfsarbeiter;

Seidel Johann, Gemischtwaren-Verschleißer;
Bolaz Franz, Schlossergehilfe;
Bednař Johann, Schneidermeister;
b) die Zusicherung der Aufnahme an:
(2731.) XIV. Bezirk. Jahn Marie, Wäscherin;
Blumenschein Israel, Magazineur;
Dorfner Franz, Schlossermeister;
(3530.) XIV. Bezirk. Kittler Johann, Brotführer;
Riedl Johann, Commis;
Dorfner Franz, Schlossermeister. (Angenommen.)

(3529.) St.-R. Rückauf referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem XIV. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Hein Adolf, Gastwirt und Hausbesitzer, und
Wranek Matthias, Tischlermeister. (Angenommen.)

(7079.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über die Betheilung der städtischen Schulen mit Kaiserbildern und beantragt, die Anschaffung von 600 Stück Kaiserbildern nach dem Offerte von Richard Paulussen, VI., Luftbadgasse 17, und zwar die Heliogravure ganz nach Muster A zu 4 fl. 20 kr. per Stück zu genehmigen; weiters die Einrechnung der vorräthigen 81 Stück Kaiserbilder in schwarz mit Goldleisten der Hedwig Nick um den Preis von 1 fl. 65 kr. pro Bild zu übertragen. Von der Gesammtauslage per 2653 fl. 65 kr. ist der Betrag von 1653 fl. 65 kr. nicht bedeckt, weshalb für diesen letzten Betrag der erforderliche Zuschusscredit zur Ausg.-Rubr. XLIII 2 zu genehmigen wäre. (Angenommen.)

(3426.) **St.-R. Dr. Lueger** referiert über den Entwurf der Vorschrift für den Verkauf des Hauses I., Kärnthnerstraße 28 (Hotel Munsch) im Wege einer Offertverhandlung und beantragt, nachstehenden Entwurf zu genehmigen:

Vorschrift

für den Verkauf des von der städtischen Realität Or.-Nr. 28 Kärnthnerstraße, Or.-Nr. 6 Neuer Markt nach Demolierung des auf derselben befindlichen Gebäudes in Gemäßheit der genehmigten Baulinien erübrigenden Baugrundes, sowie des in diesen vom Neuen Markte einzubeziehenden Straßengrundes, endlich des Altmateriales des zu demolierenden Gebäudes. (Angenommen.)

§ 1.

Gegenstand des Verkaufes ist der im Titel der Vorschrift näher bezeichnete Baugrund einschließlich des ebenda bezeichneten, zu demselben einzubeziehenden Straßengrundes, sowie das Altmateriale des zu demolierenden Gebäudes mit Ausnahme der im § 17 dieser Vorschrift erwähnten Gegenstände.

Aus dem beiliegenden Situationsplane ist die Lage und das beiläufige Ausmaß der zu verkaufenden Grundtheile zu ersehen und wird sich eine Richtigstellung des letzteren bei der genauen Zumessung ausdrücklich vorbehalten.

Die Bewerber haben schriftliche Offerte, welche mit einem 50 kr.-Stempel versehen sein müssen, einzubringen und in denselben den Kaufpreis, welchen sie für einen Quadratmeter des neuen Baugrundes zu zahlen sich verpflichten, letzteren in Gulden ö. W. in Ziffern und Buchstaben, in einem bestimmten Ansatze auszudrücken.

In diesem Preise muss auch der für das Altmateriale des zu demolierenden Gebäudes entfallende Preis enthalten sein.

Die Offerte sind von den Offerenten eigenhändig gefertigt und versiegelt an dem durch die öffentliche Kundmachung bestimmten Tage bis zu der anberaumten Stunde der zur Vornahme der Offertverhandlung bestimmten Commission zu übergeben. Später einlangende Offerte finden keine Berücksichtigung.

Der Offerent auf die Baustelle, in dessen Eigenthum auch das durch die Demolierung des Hauses Nr. 28 Kärnthnerstraße, welches größtentheils auf dieser Baustelle steht, zu gewinnende Materiale übergeht, verpflichtet sich, dieses Haus auf eigene Kosten zu demolieren und den nicht in die neue Baustelle fallenden Theil dieser Realität, welcher Eigenthum der Gemeinde Wien bleibt, dieser vollständig planiert zu übergeben. (Angenommen.)

§ 2.

Jeder Offerent hat seiner Offerte zehn Percent von dem Kaufpreise, welcher nach seinem Anbote mit Rücksicht auf das im Plane angegebene Flächenmaß auf den in Frage stehenden Baugrund entfällt, als Vadium beizuschließen.

Dieses Vadium kann entweder in barem oder in Einlagsbüchern der Ersten österreichischen Sparcassa, oder in Cassenscheinen der Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien oder der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft, oder aber in österreichischen Staats-, österreichischen Grundentlastungs-, Wiener Communal- oder Donauregulierungs-Anlehens-Obligationen, oder in Prioritäten der vom Staate garantierten Eisenbahnen oder der Kaiser Ferdinands-Nordbahn, und zwar diese Wertpapiere nach dem Course des der Offertverhandlung vorhergehenden Börsetages berechnet, bestehen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, das Vadium statt mit Percenten des Kaufpreises mit dem Betrage von 50.000 fl. festzusetzen.

St.-R. Dr. Nechansky beantragt 30.000 fl.

Referent accommodiert sich den Anträgen Dr. Lederer, beziehungsweise Dr. Nechansky und beantragt für § 2, Absatz 1 folgende Fassung:

Jeder Offerent hat seiner Offerte einen Betrag von 30.000 fl. als Vadium beizuschließen.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

§ 3.

Die Vadien derjenigen Offerenten, deren Anbote nicht genehmigt werden, werden sofort nach erfolgter Beschlussfassung des Gemeinderathes über diese Offertverhandlung zurückgestellt. Von dem Vadium des Erstehers aber wird die eine Hälfte als Caution zur Sicherstellung aller seiner Kaufsverbindlichkeiten bis nach dem Erlage der ersten Kaufschillingsrate bei der städtischen Hauptcassa zurückbehalten und kann, wenn es in barem erlegt wurde, in diese Kaufschillingsrate eingerechnet werden.

Die zweite Hälfte wird als Caution bis nach Ablauf der im § 7 normierten Frist für den Beginn und die Durchführung der Demolierung sowie des Neubaues zurückbehalten und dient der Gemeinde als Pfand zur Sicherstellung aller ihr gegen den Ersteher aus der Demolierung zustehenden Rechte.

Über Anregung des St.-R. Dr. Vogler modificiert Referent den § 3 unter Belassung des ersten Satzes wie folgt:

Das Vadium wird als Caution bis nach Ablauf der im § 7 normierten Frist für den Beginn und die Durchführung der Demolierung sowie des Neubaues zurückbehalten und dient als solche insbesondere zur Sicherstellung aller der Gemeinde Wien gegen den Ersteher aus der Demolierung zustehenden Rechte.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

§ 4.

Der Offerent ist an seine Offerte von dem Augenblicke, wo er sie der zur Offertverhandlung bestimmten Commission übergeben hat, unwiderruflich gebunden, während deren Rechtsverbindlichkeit für die

Gemeinde Wien erst nach erfolgter Genehmigung der Offerte seitens des Gemeinderathes und nach Erwirkung des für den Verkauf nöthigen Landesgesetzes beginnt. Übrigens bleibt dem Gemeinderathe die vollständig freie Auswahl unter den Concurrenten und das Recht vorbehalten, die Angemessenheit der offerierten Preise zu beurtheilen und hienach dieselben zu genehmigen oder die Genehmigung zu versagen und eine neue Verhandlung einzuleiten. Der Ersteher verzichtet hiebei ausdrücklich auf das Rücktrittsbefugnis und auf die im § 862 a. b. G. B. festgesetzten Fristen zur Annahme des Versprechens.

Von der Genehmigung oder Ablehnung des Anbotes wird der Offerent schriftlich durch den Wiener Magistrat innerhalb acht Tagen nach erfolgtem Beschlusse des Wiener Gemeinderathes, beziehungsweise nach Eintritt der Wirksamkeit des diesbezüglichen Landesgesetzes verständigt. (Angenommen.)

§ 5.

Von dem Kaufschillinge, welcher mit Zugrundelegung des offerierten Einheitspreises und des Flächenmaßes der gekauften Parcelle vorläufig nach vorliegendem Plane berechnet wird, ist ein Drittel binnen acht Tagen, nachdem der Ersteher von der Genehmigung seiner Offerte verständigt worden ist, zu berichtigen; der Restbetrag des Kaufschillings, welcher sich nach dem offerierten Einheitspreise und nach dem bei der durch das Stadtbauamt im Einvernehmen mit dem Ersteher oder dessen Bevollmächtigten erfolgten Zumessung des erstandenen Baugrundes und genau berechneten Flächenmaße ergibt, ist in vier gleichen, vom Fälligkeitstage des ersten Drittels an laufenden Jahresraten zu Handen der städtischen Hauptcassa zu zahlen und mit jährlichen vier von hundert von dem Fälligkeitstage des ersten Kaufschillingsdrittels an bis zur wirklichen Zahlung der einzelnen Raten der Gemeinde Wien halbjährig vorhinein zu verzinsen. Dem Ersteher bleibt es jedoch überlassen, den ganzen Kaufschilling oder den noch unberichtigten Rest desselben noch vor Ablauf der obigen Termine auf einmal zu berichtigen, wobei demselben die davon entfallenden Zinsen, sofern sie schon über den Erlagstag des betreffenden Capitalbetrages hinaus entrichtet worden wären, verhältnismäßig zurückvergütet werden.

(Angenommen.)

§ 6.

Der Ersteher der Baustelle erwirbt mit derselben auch das Eigenthumsrecht auf das in diesem Grunde vorhandene Fundamentmauerwerk der bestandenen Gebäude.

Sollte jedoch bei der Demolierung auf Gegenstände gestoßen werden, welche für die Topographie der Stadt Wien oder für die Geschichte von Wichtigkeit sein können, oder welche numismatischen oder künstlerischen Wert haben, so ist sofort an den Magistrat die Anzeige zu erstatten, mit der Demolierung des betreffenden Gebäudetheiles innezuhalten und mit derselben erst dann fortzufahren, bis hiezu vom Magistrate die Bewilligung ertheilt wird. Erkennt die Gemeinde, dass derlei Gegenstände einen historischen, numismatischen oder künstlerischen Wert haben, so gehen dieselben nicht in das Eigenthum des Erstehers über, sondern verbleiben Eigenthum der Gemeinde Wien, eventuell auch dann, wenn sie als Schatz im Sinne des § 398 a. b. G. B. zu betrachten sind.

§ 7.

Der Ersteher ist verpflichtet, mit der Demolierung des Hauses längstens unmittelbar nach dem Ausziehtermine November 1897 zu beginnen, dieselbe ohne Aufschub durchzuführen und den an dessen Stelle tretenden Neubau bis längstens November 1899 zu vollenden.

Der Bauplatz darf ohne Genehmigung der Gemeinde Wien weder in kleinere Bauplätze abgetheilt, noch zu anderen Zwecken als zum Erbauen eines Zinshauses verwendet werden.

Im Falle der Nichteinhaltung der für den Beginn der Demolierung und für die Vollendung des Neubaues normierten Fristen verfällt die Caution zu Gunsten der Gemeinde. In diesem Falle ist die verfallene Caution neuerlich in gleicher Höhe bei der städtischen Hauptcassa zu erlegen.

Im Falle der Ersteher mit der Demolierung nicht rechtzeitig beginnt oder selbe nicht ohne Aufschub durchführt, ist die Gemeinde überdies berechtigt, die Demolierung des Hauses selbst auf Kosten des Erstehers durchzuführen.

Über Anregung des St.-R. Dr. Lederer modificiert Referent den Absatz 2 wie folgt:

Der Bauplatz darf ohne Genehmigung der Gemeinde Wien in kleinere Bauplätze nicht abgetheilt werden.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

§ 8.

Dem Ersteher obliegt übrigens zur Ausführung des Baues, den vorgeschriebenen Consens einzuholen und überhaupt die bezüglich solcher Bauführungen geltenden politischen und polizeilichen Anordnungen, namentlich auch die Bestimmungen der für die Stadt Wien bestehenden Bauordnung genau zu beobachten.

Zur Anbringung von Risaliten, Säulenportalen ꝛc. über die normale Baulinie ist selbstverständlich die Genehmigung der Gemeinde Wien vorerst zu erwirken, und es hat für die an die städtische Cassa zu leistende Vergütung des diesfalls in die Verbauung einzubeziehenden Grundes der Einheitspreis per Quadratmeter des Kaufschillings für die betreffende Baustelle als Basis zu gelten. (Angenommen.)

§ 9.

Der Ersteher hat den Unrathscanal des auf dem erkauften Grunde zu erbauenden Hauses bis zu dessen Einmündung in den Haupt-Unrathscanal auf eigene Kosten herzustellen und zu erhalten.

(Angenommen.)

§ 10.

Übrigens hat der Ersteher alle jene Verpflichtungen, welche überhaupt den Besitzern von zeitweilig abgabenfreien Häusern gegenüber der Gemeinde obliegen, zu erfüllen, insbesondere für das Recht der Einmündung seines Hauscanales in den Hauptcanal, die im Gesetze vom 19. Jänner 1890, L.-G.-Bl. Nr. 9, bestimmte Canaleinmündungsgebür an die städtische Cassa zu entrichten, das Trottoir längs des zu erbauenden Hauses auf seine eigenen Kosten nach der Anordnung des Wiener Magistrates herzustellen und den auf das zu erbauende Haus entfallenden Einquartierungsbeitrag auch während der Dauer der Steuerfreiheit zu leisten. (Angenommen.)

§ 11.

Der Wiener Magistrat im Namen der Gemeinde Wien übergibt dem Ersteher das fragliche Haus nach der Berichtigung der ersten Kaufschillingsrate, und weiters nach durchgeführter Demolierung desselben den vom Neuen Markte in die neue Baugrundfläche einzubeziehenden Straßengrund in den physischen Besitz und Genuss.

(Angenommen.)

§ 12.

Die Einverleibung des Eigenthumsrechtes auf die erkaufte Baustelle zu Gunsten des Erstehers kann mit Rücksicht auf § 5 dieser Vorschrift erst nach vollzogener Demolierung des Hauses Nr. 28 Kärnthnerstraße und Zahlung der ersten Kaufschillingsrate, jedoch nur

gegen dem erfolgen, dass gleichzeitig mit diesem Eigenthumsrechte das Pfandrecht für die aushaftenden, in Gemäßheit der §§ 5 und 13 dieser Vorschrift zu entrichtenden Kaufschillingsraten sammt 4percentigen Zinsen, ferner für den Kaufschilling des eventuell zu Vorsprüngen in Anspruch genommenen Grundes, sowie für die Einmündungsgebür mit dem diesfalls zu erhebenden Maximalbetrage, dann auch die aus den §§ 7, 9 und 10 dieser Vorschrift in Betreff der Bauführung und Vollendung, in Betreff der Herstellung des Hauscanales und des Trottoirs und in Betreff der Entrichtung des Einquartierungsbeitrages auch während der Steuerfreiheit hervorgehenden Reallasten zu Gunsten der Gemeinde Wien am ersten Platze auf die verkaufte Stelle einverleibt werden.

Zugleich räumt der Ersteher der Gemeinde Wien das Recht ein, wenn er binnen vier Wochen nach dem im ersten Absatze dieses Paragraphen angegebenen Termine das Gesuch um Einverleibung seines Eigenthumsrechtes auf die erkaufte Baustelle bei Gericht nicht überreicht hätte, diese Einverleibung in seinem Namen und auf seine Kosten, unter gleichzeitiger Einverleibung der oberwähnten Rechte der Gemeinde Wien, selbst zu erwirken. (Angenommen.)

§ 13.

Wenn der Ersteher eine einzige der im § 5 bestimmten Kaufschillings- oder Zinsenraten nicht pünktlich am Verfallstage berichtigen sollte, so ist derselbe hiedurch der ihm gestatteten Zahlungstermine verlustig und die Gemeinde Wien berechtigt, ohneweiters und sogleich die Zahlung des ganzen alsdann noch ausständigen Kaufschillingsbetrages sammt Zinsen zu begehren. Auch soll die Gemeinde Wien berechtigt sein, bezüglich jeder am Verfallstage nicht pünktlich berichtigten Capitals- oder Interessenrate für die Zeit vom Verfallstage bis zu deren wirklichen Zahlung 5percentige Verzugszinsen zu begehren. (Angenommen.)

§ 14.

Beide Theile verzichten auf das Rechtsmittel der Verletzung über die Hälfte. (Angenommen.)

§ 15.

Wenn mehrere Personen gemeinschaftlich die Baustelle erstehen, so haben sie der Gemeinde Wien für die genaue Erfüllung der für sie aus diesem Kaufgeschäfte entspringenden Verbindlichkeiten als Schuldner zur ungetheilten Hand, d. i. einer für alle und alle für einen, zu haften. (Angenommen.)

§ 16.

Der im § 1 dieser Vorschrift bezeichnete Baugrund, sowie auch das auf diesem Grunde und auf den im Eigenthume der Gemeinde verbleibenden Grundtheilen der im Titel erwähnten städtischen Realität stehende Haus werden rücksichtlich der Baumaterialien, aus welchen es besteht, mit Ausnahme der an dem Hause bestehenden Trottoirs und der im § 17 bezeichneten Gegenstände und unter Aufrechthaltung der im § 6 enthaltenen Vorbehalte dem Käufer der Baustelle in das Eigenthum überlassen, und zwar mit allen darauf haftenden Rechten und Lasten, wie solche grundbücherlich einverleibt sind. Der Ersteher ist verpflichtet, die bestehenden Mietverträge zu übernehmen und die Gemeinde, falls aus der vorzeitigen Lösung der Verträge seitens der Bestandnehmer gegen die Gemeinde Entschädigungsansprüche erhoben werden sollten, vollkommen schad- und klaglos zu halten. (Angenommen.)

§ 17.

Vom Verkaufe ausgeschlossen und Eigenthum der Gemeinde bleiben folgende Gegenstände:

a) die beiden Oberlichtgitter an den Eingangsthoren in der Kärnthnerstraße und auf dem Neuen Markte;

b) die auf dem Dache befindlichen, mit den Wappen der Stadt Wien versehenen kupfernen Platten;

c) ein Gitter, welches früher als Abschluss des Bodens diente. (Angenommen.)

§ 18.

Die Demolierung des in die Straßen fallenden Theiles dieses Hauses hat sich auf das ganze Mauerwerk zu erstrecken; der Ersteher ist daher verpflichtet, das Mauerwerk dieses Gebäudetheiles bis 60 cm unter das Straßenniveau abzubrechen, die Kellergewölbe zu beseitigen, diese Räume auszufüllen und zu planieren.

Der zum Hause gehörige, unter dem Straßenkörper des Neuen Marktes gelegene Keller bleibt vom Verkaufe ausgeschlossen und behält sich die Gemeinde vor, diese Räumlichkeit eventuell an den zukünftigen Eigenthümer des Hauses zu vermieten. Sollte derselbe auf diese Miete nicht reflectieren, so ist er verpflichtet, den Organen der Gemeinde jederzeit über Verlangen den Zugang zu dieser unterirdischen Räumlichkeit behufs Abmauerung derselben zu gestatten. (Angenommen.)

§ 19.

Nach erfolgter Genehmigung des Offertes wird unter den vorstehenden Bestimmungen dieser Vorschrift eine förmliche Vertragsurkunde errichtet; sollte aber der Ersteher diese Vertragsurkunde zu unterfertigen sich weigern, oder der diesfälligen Aufforderung ungeachtet zum Vertragsabschlusse nicht erscheinen, so vertritt das genehmigte Offert in Verbindung mit der gegenwärtigen Vorschrift die Stelle eines schriftlichen Vertrages. (Angenommen.)

§ 20.

Die Gemeinde Wien soll berechtigt sein, in allen aus diesen Kaufgeschäften allenfalls entspringenden Rechtsstreitigkeiten, bei denen die Gemeinde Wien als Klägerin auftritt, dann wegen Bewirkung der hierauf bezüglichen Sicherstellungsmittel und Executionsschritte ohne Rücksicht auf den Wohnsitz des Geklagten bei den Wiener Gerichten einzuschreiten, welche zur Entscheidung solcher Rechtsstreite und zur Bewilligung solcher Sicherstellungsmittel und Executionsschritte competent sind. (Angenommen.)

§ 21.

Die Vertragsstempel und die Stempel für diese Vorschrift, dann die nach dem Gesetze vom 9. Februar 1850 und vom 13. December 1862 und den diesbezüglichen Nachtragsverordnungen aus Anlass der Eigenthumsübertragung der verkauften Baustelle zu entrichtenden Gebüren hat der Ersteher aus eigenem zu bestreiten.

Wien, am ..... 1895.

Vom Wiener Magistrate.

(Angenommen.)

(3652.) Dringlichkeits-Antrag des St.-R. Dr. v. Billing und Genossen:

Es möge dem Commandeur des ritterlichen Ordens der Kreuzherren mit dem rothen Sterne und Pfarrer zu St. Karl, Josef Dobner, anlässlich seines 70. Geburtstages in Anerkennung seiner seelsorgerischen Thätigkeit und seiner Verdienste um die Armenpflege die große goldene Salvator-Medaille verliehen werden.

Die Dringlichkeit wird angenommen.

St.-R. Dr. v. Billing referiert sohin über vorstehenden Antrag.

Der letztere wird zum Beschlusse erhoben.

(An den Gemeinderath.)

(3501.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Sicherstellung des Brennmateriales für den städtischen Bedarf für die Heizperiode 1895/96 und beantragt:

1. Die Lieferung von ungefähr 180.000 Metercentnern preußisch-schlesische Steinkohle von der Eugenen-Glückgrube (Richterschacht) an die Firma Karl Königer & Sohn, IV., Hauptstraße 20, und zwar zum Preise per Metercentner ab Grube von 49 kr. im Sommer, d. i. in den Monaten Juni, Juli, August 1895, April und Mai 1886, und zum Preise von 52·6 kr. im Winter, d. i. in der Zeit vom 1. September 1895 bis 31. März 1896;

2. die Verfrachtung von ungefähr 170.000 Metercentnern Steinkohle von den städtischen Rutschen (Nr. 240 bis 243) am Nordbahnhofe in die einzelnen Bedarfsorte an dieselbe Firma zum Preise per Metercentner von 12 kr. für das Verfrachten und von 3 kr. für das Abtragen in den Keller;

3. die Lieferung von ungefähr 4000 m³ weichem Brennholz an die Firma J. Schneider & Comp., II., Circusgasse 42, zum Preise von 5 fl. 50 kr. für einen Raummeter 60 cm lange, ungeschwemmte Fichten-, Tannen- und Föhrenscheiter inclusive Aufladen, Zufuhr und Abtragen;

4. die Lieferung von etwa 300.000 Unterzündern (Vulcan-Kohlenunterzünder) zum Preise von 5 fl. per 1000 Stück an Josef Weiß, III., Hauptstraße 122;

5. die Lieferung von ungefähr 3500 Metercentnern Stück-Coaks zum Preise von 1 fl. 18 kr. per Metercentner inclusive Zuführung an den Bedarf an die Imperial-Continental-Gas-Association I., Burgring 7, wobei die Abgabe für die Objecte in den Bezirken I bis XI vom Gaswerke in Erdberg, für die Bezirke XII bis XIX mit Ausschluss der Gebäude im ehemaligen Gemeindegebiete von Hütteldorf vom Gaswerke Währing—Döbling, endlich für die Objecte in Hütteldorf vom Gaswerke in Baumgarten erfolgt. (Angenommen.)

(3441.) **St.-R. Müller** referiert über die Eingabe der Actiengesellschaft für Gas- und Wasserleitungen um Übernahme der bereits fertiggestellten Wasserleitungs-Rohrstränge im XVIII. und XIX. Bezirke und um Auszahlung des Verdienstbeitrages bis zu 5 Percent und beantragt, der Stadtrath wolle in Abänderung des § 36 der allgemeinen Bedingungen, welcher die Vollendung sämmtlicher Arbeiten und Lieferungen zur Voraussetzung hat, die Übernahme der von der Actiengesellschaft für Wasserleitungen im XVIII. und XIX. Bezirke hergestellten Rohrlegungsarbeiten und die Auszahlung der entsprechenden Verdienstbeträge bis auf 5 Percent derselben gegen dem zu bewilligen, dass die Gesellschaft die Erklärung abgibt, durch diese theilweise Übernahme ihrer vertragsmäßigen Verpflichtung zur Herstellung aller übernommenen Arbeiten nicht enthoben zu sein. (Angenommen.)

(3622.) St.-R. Müller referiert über den Statthalterei-Erlass vom 12. April d. J., Z. 33871, betreffend die Ertheilung des wasserrechtlichen Consenses für die Ausführung des rechtsseitigen Haupt-Sammelcanales, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(3358.) St.-R. Müller referiert über das Ansuchen des Dr. Aurel v. Onciul um Baubewilligung für ein Hochparterre-Familienhaus auf der ihm gehörigen Parcelle Nr. 83 der Schlosspark-Realität in Baumgarten und beantragt, die Erleichterung der Herstellung eines Dachbodenzimmers im Sinne des § 105, Absatz 4, Punkt 1, zuzugestehen. (Angenommen.)

(3177.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Marktgebür per 16 fl. 20 kr. nach dem Marktwictualienhändler Alois Trampusch und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(3308.) St.-R. Witzelsberger referiert über die Restaurierung der Mariensäule am Henriettenplatze, XV. Bezirk, und beantragt, die Überschreitung der mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 9. October 1894, Z. 7989, genehmigten Kosten von 300 fl. um den Betrag von 52 fl. 96 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(3454.) St.-R. Witzelsberger referiert über die Verlegung des Marktes in der Ottakringerstraße, XVII. Bezirk, und beantragt: Der gegenwärtig auf dem Gürtelspiegelgrunde in der Ottakringerstraße, XVII. Bezirk, befindliche Markt wird vom 1. Juni 1895 an auf den von den gedachten Verlängerungen der Hebragasse, Mariannengasse, Zimmermanngasse und Lazarethgasse begrenzten Theil des Zimmermannplatzes im XVII. Bezirke verlegt. Hiebei sind folgende Bestimmungen zu beachten:

1. Auf diesem Platze dürfen nur die gegenwärtig auf dem aufzulassenden Markte befindlichen 11 stabilen Stände, dann die auf dem letzteren befindlichen transportablen Stände aufgestellt werden.

2. Die Aufstellung der stabilen Stände hat in der zweiten und dritten Allee, jene der transportablen Stände in der ersten und vierten Allee von der gedachten Verlängerung der Lazarethgasse aus gerechnet, zu erfolgen.

3. Der obere an der gedachten Verlängerung der Zimmermanngasse gelegene Theil dieses Platzes nächst dem Schöpfwerke ist für die Passage freizuhalten, und sind in der ersten Allee nur solche transportable Stände aufzustellen, welche nach Schluss des vormittägigen Marktes wieder eingeräumt werden.

4. Zwischen Rückwänden der in der zweiten und dritten Allee aufzustellenden stabilen Stände ist ein 1·2 m breiter Raum, in dessen Mitte ein gepflastertes Rinnseil für die Ableitung der Spülwässer im currenten Wege anzubringen ist, freizulassen.

5. Der Raum für die Aufstellung der stabilen Stände ist in der Art auszumitteln, dass eine Entfernung oder Beschädigung der Bäume vermieden wird.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, dass die stabilen Stände derart zu construieren seien, dass zwischen dem Erdboden und dem Boden der Stände ein freier Raum von 10 cm bleibt.

Referenten-Antrag mit Zusatz Dr. Lueger angenommen.

(3423.) St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Neustift a. W. um Beistellung verschiedener Ausrüstungsgegenstände und beantragt, den Betrag von 834 fl. 58 kr. für die vom Magistrate vorgeschlagenen Anschaffungen zu genehmigen. (Angenommen.)

(3379.) St.-R. Witzelsberger referiert über den Ausweis über die Pferdeschlachtungen im I. Quartale 1895 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(1550.) St.-R. Witzelsberger referiert über die bei der Straßenherstellung in der verlängerten Braunhirschengasse im XIV. Bezirke aufgelaufenen Mehrkosten per 200 fl. 99 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3313.) St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Penzing um Subvention und beantragt die Bewilligung einer Subvention von 801 fl. 36 kr. behufs Rückerstattung des aus der Unterstützungscassa entlehnten Betrages in gleicher Höhe gegen ordnungsmäßigen Ausweis über deren Verwendung. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2832.) St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen des Aushilfskanzleidieners der k. k. Generalinspection der österreichischen Staatsbahnen Franz Jasso im XV. Bezirke um Herabsetzung der

Zuständigkeitstaxe von 200 fl. auf 50 fl. und beantragt die Gesuchsgewährung nach dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(3234.) St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen des Milchmeiers Josef Afuß im XIV. Bezirke um Herabsetzung der Zuständigkeitstaxe von 200 fl. auf 50 fl. und beantragt die Gesuchsgewährung nach dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(3039.) St.-R. Witzelsberger referiert über die Anschaffung von Kehrichttruhen seitens des Vorstehers des XIV. Bezirkes und beantragt, die Mehranschaffung von zwei Stück Kehrichttruhen, sowie die Mehrauslage von 3 fl. 80 kr. per Stück, mithin das gesammte Mehrerfordernis per 128 fl. zu genehmigen.

St.-R. Rückauf beantragt, die Genehmigung nur ausnahmsweise zu ertheilen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, der Bürgermeister werde ersucht, den Bezirksvorsteher anzuweisen, dass in Zukunft derlei Anschaffungen nur nach den genehmigten Beträgen zu erfolgen haben.

Referenten-Antrag mit Zusätzen Rückauf und Dr. Lederer angenommen.

(2837.) St.-R. Witzelsberger referiert über Gesuche um Bürgerrechtsverleihung aus dem XV. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Fleischhacker Benedict, Fleischhauer und Hauseigenthümer;
Schmid Eduard, Schuhmachermeister, und
Lang Johann Thomas, Handelsgesellschafter.

(Angenommen.)

St.-R. Witzelsberger referiert über Gesuche um Verleihung der Wiener Zuständigkeit und beantragt die Gesuchsgewährung für:

(2897.) XVI. Bezirk:

Jäger Leopold, Hausbesorger und Straßenkehrer;
Süß Johann, Tischlergehilfe;
Choteborsky Franz, Geschäftsführer und Hausbesitzer;
Hermann Magdalena, Hebamme;
Warta Anton, Baupolier;
Stadler Leopold, Fabriksarbeiter;
Foltinowsky Sylvester, k. k. Postamtsdiener.

(3226 ex 1895.) St.-R. Witzelsberger referiert über die Vermehrung des Personales der Feuerwehr zur Bedienung der Dampfspritzen und beantragt:

1. Die Erhöhung des Standes der Bedienungsmannschaft für die Dampfspritzen der städtischen Berufsfeuerwehr um die Stelle eines Obermaschinisten, eines Maschinisten und von sieben Heizern wird genehmigt.

2. Der Obermaschinist wird unter die definitiven Chargen eingereiht und werden für ihn dieselben Bezüge wie für die Telegraphisten (700 fl. Gehalt, zwei Quinquennien à 60 fl., 30percentiges Quartiergeld, der übliche Bezug an Monturen und Stiefelpauschale) systemisiert.

3. Der Maschinist erhält einen Taglohn von 1 fl. 80 kr., die Heizer einen solchen von je 1 fl. 60 kr. neben den üblichen Nebenbezügen (Unterkunft, Montur, Stiefelpauschale).

4. Bezüglich der Aufnahme dieser Personen haben die Bestimmungen des Organisationsstatutes für die Feuerwehr der Stadt Wien Anwendung zu finden.

5. Zur Bedeckung der pro 1895 aus diesem Anlasse sich ergebenden Auslage wird ein Zuschusscredit von 4270 fl. zur Ausgabs-Rubrik XX 1 bewilligt.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2486.) St.-R. Witzelsberger referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Eigner, betreffend die Regelung des Treiberwesens am Central-Viehmarkte und die Entgegennahme der Verzehrungssteuer durch Beamte und beantragt, die vom Magistrate bezüglich des Treiberwesens getroffenen Verfügungen zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Die beantragte Entgegennahme der Verzehrungssteuer durch Beamte wird im Sinne der Ausführungen des Marktamtes als undurchführbar erklärt. (Angenommen.)

(8365 ex 1894 und 3648 ex 1895.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Vermehrung des Personales des Wasserbezugsrevisorates und beantragt, es sei der Bürgermeister zu ermächtigen, nach Bedarf bis neun Personen provisorisch als Wasserbezugsrevisoren zu bestellen, welche den zur Anstellung erforderlichen Bedingungen entsprechen und welche für die Zeit der provisorischen Verwendung ein Taggeld von 2 fl. zu erhalten hätten.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer beantragt, provisorisch neun Diener aufzunehmen.

St.-R. Dr. Vogler stellt folgende Anträge:

1. Es seien provisorisch neun Bedienstete mit einem Taglohne von 2 fl. aufzunehmen.

2. Der Magistrat habe über die künftige Organisierung des Dienstes im Wasserbezugsrevisorate einen ausführlichen Bericht zu erstatten.

Es wird folgender vom Vorsitzenden Vice-Bürgermeister Dr. Richter formulierte Beschluss gefasst:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, für die in Rede stehende Dienstleistung neun Personen, die ihm hiefür geeignet erscheinen, mit einem Taggelde von 2 fl. aufzunehmen.

(Während des vorstehenden Referates hat Official Ed. Pinapfel, Leiter des Wasserbezugsrevisorates, als Experte fungiert.)

(3649.) **St.-R. Mayer** referiert über die Zuschrift des k. k. Ministeriums des Innern vom 19. April d. J., Z. 10618, betreffend die mietweise Überlassung von Localitäten im alten Rathhause behufs Errichtung eines versicherungstechnischen Aufsichtsamtes, und beantragt:

1. Es seien dem k. k. Ministerium des Innern die Locale top. Nr. 238, 239, 240 im alten Rathhause vom 1. November 1895 an zu überlassen zu dem Gesammtjahreszinse von 800 fl. vorbehaltlich neuer Staats- oder Communalzuschläge.

2. Es seien dem Handelsschulinhaber Max Kurzbauer die oben angeführten Locale im Maitermine 1895 pro November 1895 zu kündigen. (Angenommen.)

(3473.) St.-R. Mayer referiert über die Eingabe der Verwaltung des Spitales für scrophulose Kinder in Baden wegen Vermehrung der communalen Stiftplätze und Erhöhung der Verpflegsgebür für die Unterbringung von Kindern daselbst und beantragt, eine Vermehrung der Plätze nicht eintreten zu lassen, dagegen die Erhöhung des Verpflegskostenbetrages von 42 kr. auf 70 kr. pro Tag und Kopf aus Billigkeitsrücksichten zu genehmigen. Zur Deckung des Mehrerfordernisses sei ein Zuschusscredit von 477 fl. 12 kr. zur Rubrik XXXVII 10 h zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3511.) St.-R. Mayer referiert über das Project zur Errichtung eines Schöpfwerkes zur Straßenbespritzung im XVI. Bezirke auf dem Habsburgerplatze und beantragt, den Betrag von 500 fl. für Bohrversuche bis zu 50 m Tiefe zu genehmigen.

Über Antrag des St.-R. Müller, welchem sich Referent accommodiert, wird beschlossen, es seien Bohrungen bis zu einer Tiefe

von 20 m vorzunehmen und das Resultat ehethunlichst dem Stadtrathe bekanntzugeben.

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt den Vorsitz.)

(2539 ex 1894, 202, 2268 ex 1895.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über die Bestellung eines provisorisch städtischen Arztes im XIV. Bezirke und beantragt:

1. den Magistrat zu ermächtigen, bis zur definitiven Regelung des Gemeindesanitätsdienstes einen provisorisch städtischen Arzt für Armenbehandlung und Todtenbeschau im XIV. Bezirke gegen eine monatliche Remuneration von 50 fl. aufzunehmen;

2. die dem städtischen Arzte Dr. Bela Weiß gewährte Zulage zu seiner Remuneration per 300 fl. mit dem Tage der Bestellung dieses provisorischen Arztes einzustellen, da hiedurch die Voraussetzungen für diese erhöhte Remuneration wegfallen. (Angenommen.)

(311.) Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über das Ansuchen des Josef Bösenkopf um Verlängerung des Arbeitstermines für den in Leopoldsdorf am Marchfelde herzustellenden Brunnen um zehn Wochen und beantragt die Gesuchsgewährung nach dem Magistrats-Antrage.

(3556.) Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über die Entscheidung des k. k. Ackerbauministeriums vom 4. März 1895, Z. 1482, betreffend das Project für die Regulierung der Fla eln am Kehrbache, und beantragt, gegen dieses Erkenntnis keine weitere Beschwerde zu erheben. (Angenommen.)

(3569.) Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über die Magistrats-Anträge wegen Einschränkung der Ansiedelungen im hinteren Naßwald und Reisthal und beantragt die Ablehnung dieser Anträge: Der Magistrat sei aufzufordern, wegen entsprechender, den sanitären Anforderungen vollkommen genügender Herstellungen bei den einzelnen Wohnstätten Anträge zu stellen. (Angenommen.)

(2460.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über die Bemessung der Canaleinmündungsgebür für die Realität der Monica Mayer, XIX., Hohe Warte 11, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, Nr. 14 L.-G.-Bl., die Canaleinmündungsgebür im normalen Betrage von 409 fl. 56 kr. vorläufig mit dem Betrage von 204 fl. 78 kr. zu bemessen und vorzuschreiben.

(Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **2. Mai 1895** (nachmittags).

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Neumann, Dr. Hackenberg, Rückauf, Dr. Huber, Schlechter, Dr. Klotzberg, Schneiderhan, Kreindl, Stiaßny, Dr. Lederer, Vaugoin, Dr. Lueger, Dr. Vogler, Matthies, Witzelsberger, Mayer, Wurm, Dr. Nechansky, Bürgermeister Dr. Grübl, Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Entschuldigt: St.-R. v. Götz, Müller.

Experten: Magistratsrath Schnitt, Rechnungs-Official Erban.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung und theilt mit, dass St.-R. Müller sein Fernbleiben wegen einer dringenden Geschäftsreise entschuldigt. (Zur Kenntnis.)

(5936 ex 1894.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Regelung der äußeren Schulbedienung.

Referent beantragt zunächst die Reassumierung der Debatte über die in der Stadtraths-Sitzung vom 12. December 1894 hinsichtlich der Rechtsverhältnisse der Schuldiener gefassten Beschlüsse.

(Angenommen.)

Die Punkte 1 bis 8 bleiben nach den Beschlüssen vom 12. December 1894 aufrecht mit der Abänderung, dass im Punkte 3 nach dem Datum „9. Juni 1893" eingeschaltet wird: „und vom 26. März 1895".

Im Punkte 9 soll nach dem nunmehrigen Referenten-Antrage die Zulage für jeden Lehrraum 1 fl. 50 kr. pro Monat betragen.

(Angenommen.)

Im übrigen bleibt der Punkt 9 nach dem bisherigen Beschlusse.

Zu Punkt 10 lautend: „Für die Besorgung des Turnschuldienstes erhalten die Schuldiener (sowohl definitive als provisorische) eine besondere Entlohnung von 40 fl. pro Jahr", beantragt Referent die Wiedereinsetzung eines Betrages von 60 fl. pro Jahr.

(Angenommen.)

Die Punkte 11 und 12 bleiben in der am 12. December 1894 beschlossenen Fassung aufrecht.

Für Punkt 13 beantragt Referent neuerlich folgende Fassung: Für die Verrichtung des Heizgeschäftes während der Heizperiode (15. October bis 15. April) erhalten die Schuldiener, im Falle mehr als acht Räume zu beheizen sind, für jeden Raum über acht eine Zulage von 2 fl. pro Monat, wobei ein Turnsaal für zwei Räume gerechnet wird.

Sind nur acht Räume oder weniger zu beheizen, so wird eine besondere Entlohnung für die Verrichtung des Heizgeschäftes nicht verabfolgt.

Die Beistellung der erforderlichen Kerzen seitens der Gemeinde hat in Hinkunft zu entfallen.

Die bisher gewährte separate Vergütung für die Verkleinerung des Holzes wird eingestellt.

Die Fixierung der Anzahl der ohne Zulage zu beheizenden Räume mit 8 wird abgelehnt.

Ebenso wird die Entlohnung von 2 fl. pro Monat abgelehnt.

Es bleiben daher die bezüglichen Beschlüsse vom 12. December 1894 aufrecht.

Die Punkte 14, 15, 16 bleiben gleichfalls in der am 12. December 1894 beschlossenen Fassung mit der Abänderung, dass im Punkte 16, bei dem Passus: „Ausmaß von 8 Zimmern" die Ziffer 8 durch 10 ersetzt wird.

Referent beantragt weiters:

17. Die provisorischen Schuldiener erhalten bis auf weiteres im Krankheitsfalle durch zwei Monate die vollen und weitere zwei Monate die halben Bezüge (Monatslohn und Quartiergeld).

Im Falle der Einreihung der provisorischen Schuldiener in eine Kranken- und Invaliditätsversicherung treten die aus der Versicherungsanstalt fließenden Bezüge an deren Stelle.

1. Absatz wird angenommen.

Der 2. Absatz wird in folgender vom Vorsitzenden formulierten Fassung genehmigt:

„Im Falle der Einreihung der provisorischen Schuldiener in eine Kranken- und Invaliditätsversicherung treten die aus der Versicherungsanstalt fließenden Bezüge, wenn dieselben nicht geringer sind als die im 1. Absatze normierten, an deren Stelle; im anderen Falle ersetzt die Gemeinde den Fehlbetrag."

Referent beantragt:

18. Die Neuregelung der äußeren Schulbedienung hat mit 1. Jänner 1895 in Kraft zu treten.

19. Mit dem Inslebentreten der vorstehenden Norm über die äußere Schulbedienung haben alle bisherigen Nebenbezüge der Schuldiener, respective Bezüge der Schulhausbesorger und Aushilfsdiener, insofern sie nicht decretmäßig zugesichert sind, zu entfallen.

St.-R. Mayer beantragt, diese Neuregelung mit Beginn des Schuljahres (16. September 1895) in Kraft treten zu lassen.

St.-R. Dr. v. Billing mit 1. October 1895.

Antrag St.-R. Mayer angenommen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, Punkt 19 mit den Worten: „Mit diesem Tage" beginnen zu lassen und als 2. Absatz zu Punkt 18 zu setzen. (Angenommen.)

Referent beantragt:

II.

Instructionen für die Schuldiener.

Die vom Bezirksschulrathe aufgestellten Instructionen

a) für die den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen zugewiesenen provisorischen städtischen Schuldiener,

b) für die Bedienung der Turnplätze,

werden mit den vom Magistrate vorgenommenen Änderungen und der weiteren Modification genehmigt, dass im § 6 ein neues Alinea einzuschalten ist, welches zu lauten hat: „Bei den in den Schullocalitäten (siehe ebendort § 3, Z. 5 a) vorzunehmenden Dienstesverrichtungen ist das Tabakrauchen verboten."

Außerdem hat für den Hausaufsichtsdienst in den städtischen Schulhäusern die bestehende Instruction für die Hausbesorger in den städtischen Häusern in Anwendung zu kommen.

Auch die für die Beheizung und Lüftung der Schulräume, dann für die Gas- und Wassergebarung in den Schulen bestehenden besonderen Instructionen bleiben in Kraft.

III.

Antrag wegen zukünftiger Regelung der Kranken- und Invaliditätsversicherung der provisorischen Schuldiener.

Der Magistrat wird beauftragt, wegen Kranken- und Invaliditätsversicherung der provisorischen Schuldiener ein besonderes Referat zu erstatten. (Angenommen.)

Die Instruction für die den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen zugewiesenen provisorischen und definitiven städtischen Schuldiener wird in nachstehender, vom Referenten beantragten Fassung genehmigt.

§ 1.

Die den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen zugewiesenen städtischen Schuldiener sind während der Dauer dieser Zuweisung dem Schulleiter in dienstlicher Beziehung zu unweigerlichem Gehorsam verpflichtet.

§ 2.

Die Schuldiener haben an Wochentagen von 6 Uhr früh bis ½1 Uhr nachmittags und von ½2 Uhr nachmittags bis ½7 Uhr abends, an Tagen, wo zu heizen ist, aber nach Bedarf auch früher, an Sonntagen von 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags im Schulgebäude gegenwärtig zu sein, insofern nicht der Schulleiter die Anwesenheit des Schuldieners für entbehrlich erklärt.

Heizer haben nach Erfordernis früher zu erscheinen.

§ 3.

Den Schuldienern obliegt insbesondere:

1. Die Beaufsichtigung der Schüler bei ihrem Eintritte in das Schulgebäude und bei dem Verlassen desselben.

2. Das Öffnen und Schließen der Lehrzimmer und Fenster in demselben.

3. Die Unterstützung der Lehrkräfte bei der Beaufsichtigung jener Schüler, welche sich in den Zwischenpausen auf den Gängen oder im Hofe aufhalten, um muthwilliges Gebaren derselben sowie jede Beschädigung des Schulgebäudes und dessen Einrichtung zu verhüten.

4. Die Verrichtung von Dienstgängen im Auftrage des Schulleiters, insbesondere auch die Zustellung von Mahnschreiben und das Austragen der Schulbeschreibungsbögen, dann die Ertheilung von Auskünften an Parteien.

5. Die Reinigung der Schullocalitäten und der in demselben befindlichen Gegenstände nach folgenden allgemeinen Bestimmungen:

a) Die Schullocalitäten (Lehr-, Vor-, Aufnahms-, Directions-, Conferenz- und Lehrmittelzimmer) sind bei thunlichster Vermeidung von Staubentwicklung mindestens wöchentlich zweimal, und wenn nöthig täglich, Stiegen, Gänge und Aborte jedoch täglich mit nassen Sägespänen auszukehren. Allfällig weggeworfene Papiere, Abfälle von Speisen u. a. m. sind schleunigst zu beseitigen; die Stiegen sowie die Fußböden der Gänge und Aborte wöchentlich einmal zu waschen.

b) Täglich einmal sind alle Einrichtungsstücke, die Fensterbretter und Öfen feucht, wöchentlich einmal die Kleiderrechen, Tafelgestelle und Beleuchtungobjecte, Thüren u. s. w. feucht, die Wände trocken abzuwischen.

Die Strohmatten u. dgl. sind täglich zu reinigen.

c) Die Fenstergläser sind stets rein und womöglich trocken zu halten.

d) Die Aborte und Pissräume sind stets rein zu halten und insbesondere vor- und nachmittags nach dem Unterrichte zu reinigen; die Sitzbretter sind täglich feucht abzuwischen; die Aborte sind rechtzeitig zu entleeren und etwa eingefrorene Fäcalmassen durch Aufthauen zu entfernen. Die Aborte sind ferner in Ermanglung einer Wasserspülung, die Pissräume auch beim Vorhandensein einer solchen täglich mit 5percentiger Carbolsäurelösung zu desinficieren.

e) Die Lehrzimmer sind nach den hierüber bestehenden besonderen Vorschriften zu lüften; die Ventilierung durch Öffnen der Ventile, Fenster und Thüren hat aber jedenfalls und ohne Unterschied der Jahreszeit nach Schluss des Unterrichtes zu geschehen. Die Aborte sind besonders häufig zu lüften.

Das Ausreiben der weichen Fussböden, welches monatlich einmal zu geschehen hat, das Waschen der Thüren, Fensterbretter und Fensterstöcke, sowie der Fensterscheiben, welches alle zwei Monate zu geschehen hat, wird durch besondere Hilfskräfte besorgt, von dem Schuldiener aber beaufsichtigt.

6. Das Füllen und Reinigen der in den Lehrzimmern befindlichen Tintentöpfe und der Wasserbehälter und Becken an den Waschkästen.

7. Die Mithilfe beim Reinigen und Ordnen der in der Lehrmittelsammlung und Schulbibliothek befindlichen Objecte, das Zutragen

und die Rücknahme der Lehrmittel, das Aufbewahren der Zeichnungsvorlagen.

8. In der Regel die Handhabung der Beleuchtung in den Lehrzimmern und sonstigen Schulräumlichkeiten, das ist das Anzünden und Auslöschen der Gasflammen und das Öffnen und Schließen der Gasmesserhähne (und Sectionshähne) unter Beachtung der hierüber bestehenden besonderen Vorschriften.

9. Das Heizen in den Schul- und den im Winter benützten Nebenlocalitäten, wenn nicht ein eigener Heizer bestellt ist.

10. Das rechtzeitige Geben des Glockenzeichens und die Bedienung der Schuluhr.

11. Die Unterstützung der Lehrer in der Hilfeleistung bei allen den Kindern zustoßenden Unfällen.

12. Nach Erfordernis die Begleitung der Materialfuhren für die Schule und die Mithilfe bei der Deponierung der Brennmaterialien und die erforderliche Aufsicht zur Verhütung der Entwendung von Brennmaterialien.

13. Die Vornahme kleinerer Reparaturen, insoweit sie sachkundig sind.

14. Die unweigerliche Ausführung der ihnen vom Schulleiter (Schulleiterin) im Interesse der Schule ertheilten Aufträge.

§ 4.

Außerdem obliegt den im Schulhause wohnenden Schuldienern:

Die Hausaufsicht, hinsichtlich welcher sich strenge an die Instruction für die Hausbesorger in den städtischen Häusern zu halten ist.

Außer der Erfüllung der in dieser Instruction enthaltenen Obliegenheiten hat der mit der Hausaufsicht betraute Schuldiener täglich nach der Thorsperre das Schulgebäude in allen zugänglichen Theilen zu untersuchen, damit in den Lehrzimmern, Aborten oder den sonstigen Hausubicationen über Nacht keine Schulkinder oder andere nicht zu den Hausbewohnern gehörige Individuen verweilen, Wasser- und Gasleitungen sich in Ordnung befinden, und falls Handwerksleute im Schulhause beschäftigt waren, die von ihnen benützten Localitäten zu inspicieren.

Dem Schuldiener obliegt insbesondere auch dann die Aufsicht über das Schulhaus, wenn bauliche Arbeiten in demselben ausgeführt werden, so lange die Handwerksleute im Schulhause beschäftigt sind.

§ 5.

Den Schuldienern obliegt ferner die Bedienung der Turnplätze nach der bestehenden besonderen Instruction.

§ 6.

Die Schuldiener haben sich im Verkehre sowohl mit den Lehrern und Parteien, als auch mit den Schulkindern eines anständigen Benehmens zu befleißen und wird denselben insbesondere Nüchternheit zur Pflicht gemacht.

Der Verschleiß von Büchern, Schulrequisiten und Victualien ist ihnen verboten.

Über jede Erkrankung in der Familie des Schuldieners hat letzterer sofort dem Schulleiter zu berichten.

§ 7.

Auf die definitiven Schuldiener finden die Bestimmungen der Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und -Diener Anwendung.

II.

Schließlich wird auch die Instruction für die Schuldiener, betreffend die Bedienung der Turnplätze in den folgenden vom Referenten beantragten Formulierung, genehmigt:

A. Winterturnplatz und Garderobe.

1. Der Turnsaal und die Garderobe sind bei halbtägiger Benützung täglich einmal, bei vor- und nachmittägiger Benützung täglich zweimal mit nassen Sägespänen zu kehren.

2. Der Fußboden des Turnsaales ist täglich vor Beginn des Unterrichtes und nach Erfordernis auch während des Unterrichtes, je nachdem er aus weichem oder hartem Holze besteht, mit Wasser zu besprengen oder aber mit feuchten Lappen abzuwischen.

3. Der Turnsaal und seine Nebenräume sind täglich vormittags und jedesmal nach dem Unterrichte — bei längerer Dauer desselben im Bedarfsfalle auch nach der zweiten Stunde — zu lüften.

4. Die Fenstergläser sind stets rein und womöglich trocken zu halten, ferner alle zwei Monate zu waschen.

5. Die weichen Fußböden sind monatlich einmal zu waschen.

6. Die Aborte und Pissräume sind stets rein zu halten und insbesondere vor- und nachmittags nach dem Unterrichte zu reinigen; die Sitzbretter sind täglich feucht abzuwischen, die Aborte sind rechtzeitig zu entleeren und etwa eingefrorene Fäcalmassen durch Aufthauen zu entfernen.

Die Aborte sind ferner bei Ermangelung einer Wasserspülung, die Pissräume auch beim Vorhandensein einer solchen täglich mit 5percentiger Carbolsäure zu desinficieren.

7. Die Geräthe und Wände sind wöchentlich zweimal, und zwar erstere feucht vom Staube zu reinigen.

8. Die Matratzen sind wöchentlich zweimal im Freien auszuklopfen.

9. Wenn nöthig, hat der Diener bei der Aufstellung und Beseitigung der Geräthe behilflich zu sein.

Ad 4 und 5. Das allzweimonatliche Waschen der Fensterscheiben und das allmonatliche Waschen der weichen Fußboden hat durch besondere Hilfskräfte zu geschehen, worüber die Schuldiener die Aufsicht zu führen haben.

B. Sommerturnplatz.

1. Die Springbeete sind vor jeder Benützung umzugraben.

2. Der Platz ist vor jeder Benützung zu bespritzen.

In Betreff der Zeit der Eröffnung der Turnlocale hat sich der Diener mit dem Schulleiter ins Einvernehmen zu setzen.

(883.) St.-R. Dr. Vogler referiert neuerlich über die Krankenversicherung der städtischen Arbeiter (Antrag des Gem.-Rathes Dr. Friedjung) und stellt folgende Anträge:

1. Es wäre die Versicherung für den Krankheitsfall bei den bisher noch nicht versicherten, dauernd beschäftigten städtischen Arbeitern zu genehmigen. (Angenommen.)

2. Es wäre die obligatorische Verpflichtung der im Gemeindegebiete Wien dauernd beschäftigten städtischen Arbeiter: „dem neugegründeten Kranken- und Leichenvereine der Gemeindearbeiter Wiens" beizutreten, auszusprechen.

St.-R. Schlechter beantragt die Ablehnung dieses Punktes in dieser Fassung, es sollen nur die Neuaufgenommenen obligatorisch verpflichtet werden.

Antrag Schlechter abgelehnt; Referenten-Antrag angenommen.

Referent beantragt weiters:

3. Seinerzeitige Abmeldung der bei der Wiener Bezirkskrankencassa versicherten städtischen Arbeiter. (Angenommen.)

4. Übernahme der Zahlung der die Gemeinde nach § 9 der Statuten obigen Vereines treffenden Hälfte der Mitgliederbeiträge (ein

Drittel des Gesammtversicherungsbeitrages) für die bisher nicht versicherten städtischen Arbeiter. (Angenommen.)

5. Übernahme der Zahlung des Gesammtversicherungsbeitrages für die bisher bei der Wiener Bezirkskrankencassa versicherten städtischen Arbeiter, so lange sie im städtischen Dienste dauernd verbleiben, an obigen Verein mit Ausnahme der Lagerhaus- und Steinbrucharbeiter in Marbach und Lina. (Angenommen.)

6. Genehmigung des Gesammtaufwandes (derselbe beträgt circa 19.205 fl.). (Angenommen.)

7. Ertheilung der in Absatz 4 und 5 enthaltenen Zugeständnisse auf Widerruf. (Angenommen.)

8. Mitwirkung der städtischen Organe bei der Verwaltung eingangs erwähnten Vereines. (Angenommen.)

9. Bestellung von drei Functionären behufs Intervenierung bei den Vereinsausschuss-Sitzungen nach § 33 des Vereinsstatutes.

St.-R. Mayer beantragt, diese Functionäre, von denen wenigstens einer rechtskundig sein soll, aus den Beamten des Magistrates zu wählen.

St.-R. Schlechter beantragt, es habe die Wahl dieser Functionäre durch den Stadtrath zu erfolgen.

Antrag Mayer und Schlechter angenommen; im übrigen wird der Referenten-Antrag genehmigt.

Diese Functionäre hätten ein Drittel aller Stimmen sowohl im Ausschusse, wie auch in der Generalversammlung zu repräsentieren.

Referent beantragt weiters:

10. Die Zuweisung eines Locales an den Verein im Ermittlungsfalle bis auf Widerruf und ohne Anerkennung irgendeiner rechtlichen Verpflichtung hiezu.

St.-R. Schlechter beantragt, dass die Zuweisung des Locales durch den Stadtrath zu erfolgen habe.

Referenten-Antrag mit Zusatz Schlechter angenommen.

Referent beantragt weiters:

11. Während der Zeit, als die Versicherten Krankengelder beziehen, ist denselben der von der Gemeinde Wien zukommende Bezug einzustellen, insoweit derselbe nicht höher ist als die bezogenen Krankengelder.

St.-R. Schlechter beantragt die Eliminierung der Einschränkung: „insoweit derselbe nicht höher ist als die bezogenen Krankengelder".

Referenten-Antrag mit Modification Schlechter angenommen. (An den Gemeinderath.)

(3651.) **St.-R. Vaugoin** referiert über Personal-Angelegenheiten.

(3507.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Ansuchen des Julius Frankl um Ausscheidung von Theilen des Mariabrunner Mühlbachgerinnes Cat.-Parc. 661, 662 aus dem Verzeichnisse für das öffentliche Gut in Hietzing und des Dr. Karl Ehrenfeld um Überlassung eines Theiles der Cat.-Parc. 662 Hietzing und beantragt die Wahl eines Verhandlungscomités. (Angenommen.)

(In das Comité werden die St.-R. Dr. v. Billing, v. Götz und Müller gewählt.)

(3482.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen der Sidonie Junginger, geb. Wulic, provisorische Unterlehrerin, um Gewährung einer einjährigen Frist zur Beibringung des Nachweises der österr. Staatsbürgerschaft und beantragt, dem Antrage des Bezirksschulrathes auf Gesuchsgewährung die Zustimmung zu ertheilen. (Angenommen.)

(3516.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über die Anweisung des Uniformierungsbeitrages für den Ingenieuradjuncten H. Hoppenberger und beantragt die Bewilligung eines einmaligen Uniformierungsbeitrages von 100 fl. und Genehmigung eines Zuschusscredites zur Ausgabs-Rubrik III 2 in der gleichen Höhe. (Angenommen.)

(3166, 3290, 3575.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ergebnis der Ersatzwahlen in den Bezirksausschuss aus dem ersten und dritten Wahlkörper des V. Bezirkes und beantragt die Anerkennung dieser Wahlen im Sinne des § 21 der Gemeindewahlordnung. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3385.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen des Josef Heilinger, provisorischen Schuldieners, um Ertheilung der Altersnachsicht und beantragt, dem Genannten die Ertheilung der Altersnachsicht jedoch nur zur Erlangung einer provisorischen Schuldienerstelle zu ertheilen. (Angenommen.)

(2642.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen des Marktcommissärs Ignaz Pfann um Anweisung des fünften Quinquenniums und beantragt, dem Gesuchsteller eine in die Pension anrechenbare Gehaltsergänzungszulage von 75 fl. vom 1. Februar 1895 an anzuweisen. (Angenommen.)

(2650.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen des Josef Wojacek, Conscriptionsamts-Officiales, um Anweisung seines höheren Gehaltes vom 1. Februar 1895 an und beantragt die Gesuchsabweisung. (Angenommen.)

(2814.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen des Arthur Scaupée, Diurnisten im Lagerhause, um Ertheilung eines vierwöchentlichen Urlaubes unter Belassung seiner Bezüge. (Angenommen.)

(3578.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen des städtischen Rechnungsrathes Ambros Khaum um Ertheilung eines viermonatlichen Urlaubes und beantragt die Ertheilung eines dreimonatlichen Urlaubes an den Genannten. (Angenommen.)

(3645.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über den Fortbezug des Honorars für den erkrankten provisorischen städtischen Arzt Dr. Josef Jesner und beantragt:

1. Dem provisorischen städtischen Arzte Dr. Josef Jesner wird der Fortbezug seines Honorars von 50 fl. monatlich noch für die Monate Mai und Juni d. J. bewilligt;

2. für diese Zeit wird ein supplierender städtischer Arzt mit dem gleichen Monatshonorare aufgenommen und als solcher Dr. Rudolf Bum bestellt. (Angenommen.)

(3643.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Ansuchen des Josef Katscher um Ertheilung der Baubewilligung für VII., Lerchenfelderstraße 141, und beantragt, die Baubewilligung zu bestätigen. (Angenommen.)

(3463.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Ansuchen des Franz Hanfstängl um Bewilligung zur Herstellung eines Ateliers in der Gartenanlage vor den Hofstallungen nächst der Babenbergerstraße und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung für dieses provisorische Object. (Angenommen.)

(3466.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Ansuchen des Franz und Heinrich Glaser um käufliche Überlassung der Cat.-Parc. 269/1, Einl.-Z. 568 in Dornbach, XVII. Bezirk, und beantragt:

Die Gemeinde Wien überlässt den Eigenthümern der Realität Einl.-Z. 137 Dornbach, XVII. Bezirk, Franz und Heinrich Glaser, einen Theil der Cat.-Parc. 1269/1, Einl.-Z. 568 Dornbach, Figur a b c a im Ausmaße von 8·81 m² und willigt ein, dass die mit den Buchstaben b c f h b umschriebene, gleichfalls in der Einlage 568 Dornbach inneliegende und derzeit im physischen Besitze der Gesuchsteller befindliche Grundfläche im Ausmaße von 25·70 m² aus dieser

Einlage abgeschrieben und der Einl.-Z. 137 Dornbach zugeschrieben werde; hingegen treten Franz und Heinrich Glaser die im Plane bezeichnete, in ihrem physischen Besitze befindliche Grundfläche, welche zur Straße entfällt, und zwar Figur c d k f c, Theil der Cat.-Parc. 1269/1, Einl.-Z. 568 Dornbach, im Ausmaße von 20·86 m² und Figur e f k e, Theil der Cat.-Parc. 38 und 39, Einl.-Z. 137 Dornbach, im Ausmaße von 46·80 m² zum Zwecke der Übertragung in das Verzeichnis für das öffentliche Gut lastenfrei an die Gemeinde ab.

Diese Grundtransaction wäre unter folgenden Modalitäten abzuschließen:

a) Die Gesuchsteller leisten eine Aufzahlung im Betrage von 180 fl. an die Gemeinde, welcher binnen acht Tagen nach Verständigung von der Annahme des Offertes fällig ist;

b) die Vertragsstempel und Legalisierungsgebüren tragen beide Contrahenten je zur Hälfte, die Übertragungsgebüren jeder Vertragstheil nach Maßgabe der von ihm zu erwerbenden Grundflächen;

c) die Herstellung des richtigen Niveaus auf der im Plane mit c d k f c und e f k e bezeichneten Grundfläche haben die Gesuchsteller auf ihre Kosten zu veranlassen;

d) letztere gestatten, dass bei Herstellung der Straße die Böschungen, insoweit dies erforderlich werden wird, auf ihrem Grunde angeschüttet werden, und nehmen zur Kenntnis, dass nach Thunlichkeit noch im Jahre 1895 eine provisorische Zufahrt zu den Realitäten Einl.-Z. 137, 106 und 107 geschaffen werden wird.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2870.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über die Kostenanschläge für die Turnsaal-Einrichtung in der Doppel-Bürgerschule XIX., Grinzingerstraße 59/61, und beantragt, die Turn-Einrichtung für diese Schule auf Grund der vom Bauamte vorgelegten Detailkostenanschläge durch die betreffenden ständigen städtischen Unternehmer für die currenten Arbeiten und Lieferungen in Ausführung bringen zu lassen. (Angenommen.)

(3420.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über die Kosten für Herstellungen im Schulhause XIX., Managettagasse 1, und beantragt, die Überschreitung im Betrage von 72 fl. 73 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(3468.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Ansuchen des Karl Hörandner um käufliche Überlassung von Theilen der Cat.-Parc. 1195, 371/3, VIII. Bezirk, und beantragt die derzeitige Ablehnung. (Angenommen.)

(2828.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über den neuerlichen Bericht bezüglich des Ansuchens des Donat Zifferer um Planauswechslung für IX., Alserstraße 38, und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(3460.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Ansuchen der Firma C. A. Münchmeyer & Comp. um Grundentschädigung für VII., Kaiserstraße 83, und beantragt, die Schadloshaltung für den zur Straße abgetretenen Grund — die Zustimmung der Partei vorausgesetzt — mit 18 fl. per Quadratmeter, d. i. mit dem Gesammtbetrage von 559 fl. 98 kr., zu bestimmen. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Bezirksausschüsse.

Ergebnis der am 13. Mai 1895 vom ersten Wahlkörper des XIII. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahlen für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897.

Zahl der zu wählenden Bezirksausschüsse	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurden gewählt	Zahl der erschienenen Wähler	Zahl der erhaltenen Stimmen
3	**Drechsler** Karl, Fabrikant, XIII., Auhofstraße 66	73	38
	Mayer Franz, Hausbesitzer, XIII., Missindorfstraße 45		38

In die engere Wahl sind noch einzuziehen die Wahlcanditaten:

Grundmann Franz, Seiler und Hausbesitzer, XIII., Linzerstraße 233 (37).
Angerer Josef, Bäcker und Hausbesitzer, XIII., Phillipsgasse 5 (37).

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen.

11. Mai 1895.

In der abgelaufenen Woche wurden bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen 3314 Arbeiter verwendet; hievon waren 1404 beim Bau der Gürtel-, Vororte- und Wienthallinie der Stadtbahn, 685 beim Bau des Schleusencanales nächst Nussdorf, 547 an den Sammelcanälen am linken und rechten Wienflussufer, 447 am Haupt-Sammelcanale rechts des Donaucanales, 231 bei der Wienfluss-Regulierung beschäftigt; außerdem standen in Verwendung: bei den Bahnbauten 150 Fuhrwerke und 4 Dampfmaschinen, beim Schleusencanalbau 8 Dampfmaschinen und 1 Fuhrwerk, bei den Sammelcanälen am rechten und linken Wienflussufer 67 Fuhrwerke, beim Haupt-Sammelcanale rechts des Donaucanales 27 Fuhrwerke.

* * *

Jahresbericht pro 1894 der Commission für Verkehrsanlagen in Wien.

Soeben ist im Verlage der k. k. Hof- und Staatsdruckerei der Bericht der Commission für Verkehrsanlagen in Wien über die Fondsgebarung und den Fortschritt der Arbeiten im Jahre 1894 erschienen.

In demselben wird zunächst der bedeutsamen und allseits freudig begrüßten Erweiterung der der Commission zugewiesenen Aufgaben gedacht, welche dadurch eingetreten ist, dass die Commission über Initiativ-Antrag Sr. Excellenz des Herrn Handelsministers Grafen Wurmbrand den Bau der Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn selbst übernommen hat.

Ein weiteres wichtiges Moment der Gebarung im Jahre 1894 bildete die behufs Beschaffung der für die programmgemäß auszuführenden Bauten zunächst erforderlichen Geldmittel vollzogene Anlehensoperation im Betrage von 100 Millionen Kronen, wobei es gelungen ist, die in dem finanziellen Grundplane des Unternehmens mit 5 Percent angenommene Ziffer der Geldbeschaffungskosten nicht unwesentlich herabzumindern und dadurch eine gegen-

über dem steigenden Aufwande der Bauten besonders wertvolle Stärkung des Baufondes zu erzielen.

Besonders hervorgehoben wird in dem Berichte der Commission die für die Ausgestaltung der Bauwerke der Wiener Verkehrsanlagen in ästhetischer Hinsicht bedeutungsvolle, im Berichtsjahre gleichfalls über Anregung Sr. Excellenz des Vorsitzenden erfolgte Beiziehung eines künstlerischen Beirathes, als welcher nach dem Vorschlage der Wiener Künstlergenossenschaft, mit der hierüber das Einvernehmen gepflogen wurde, der Architekt und Professor Oberbaurath Otto Wagner bestellt wurde. Derselbe hat sowohl bei der Stadtbahn als bezüglich der sichtbaren Theile der am Einlaufe des Donaucanales bei Nussdorf herzustellenden Wasserbauten, in letzterer Hinsicht über Berufung in gleicher Eigenschaft seitens der mit diesen Bauten betrauten Donauregulierungs-Commission, eine umfassende Thätigkeit entfaltet, indem die künstlerische Ausführung der zumeist in die Erscheinung tretenden Baulichkeiten, als: Façaden der Viaducte, Brücken, Hochbauten u. dergl. unter steter Bedachtnahme auf die gebotene Bauökonomie seiner Einflussnahme vorbehalten wurde.

Wie dem Berichte ferner zu entnehmen ist, gieng der wesentliche Fortschritt der Detail-Projectierungsarbeiten Hand in Hand mit einer beträchtlichen Ausdehnung der in normalem Fortgange begriffenen eigentlichen Bauarbeiten an den einzelnen Verkehrsanlagen, von welchen der Sammelcanal am linken Donaucanalufer, soweit sein Bau in die erste Bauperiode fällt, bereits fertiggestellt worden ist.

Laut des dem Berichte beigedruckten Rechnungsabschlusses entfielen von den Gesammtausgaben der Commission per 4,641.595 fl. 28½ kr. auf die Stadtbahnbauten 3,657.217 fl. 79 kr., auf die Wienfluss-Regulierung 449.477 fl. 64 kr., auf die Haupt-Sammelcanäle beiderseits des Donaucanales 430.010 fl. 47½ kr., auf die Arbeiten zur Umgestaltung des Donaucanales 78.809 fl. 49 kr., auf die Centralleitung endlich ein Betrag von 26.079 fl. 89 kr.

Exemplare des Berichtes können bei der k. k. Hof- und Staatsdruckerei zum Preise von 20 kr. bezogen werden.

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Rudolfsheim

vormals Sparcassa der Gemeinde Sechshaus.

Gebarungs-Ausweis pro April 1895.

	Cassa		Interessenten Capitals-Einlagen		Hypothek.-Darlehen		Effecten-Vorschüsse		Rimessen		Eigene Wert-effecten	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Stand am 31. März 1895	45.134	42	12,195.850	33	8,582.303	78	65.542	—	29.581	76	3,527.753	93
Zu: im April 1895	790.815	96	477.542	39	88.394	20	10.668	—	23.821	30	59.100	45
Summa .	835.950	38	12,673.392	72	8,670.697	98	76.210	—	53.403	06	3,586.854	38
Ab: im April 1895	795.885	26	512.796	86	18.087	16	10.532	—	21.394	36	7.084	—
Stand am 30. April 1895	40.065	12	12,160.595	86	8,652.610	82	65.678	—	32.008	70	3,579.770	38

Effecten des Reservefondes . . 538.142·—

4,117.912·38

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Rudolfsheim.

April 1895.

Eingelegt 477.542 fl. 39 kr. von 2301 Parteien (auf Sparcassa-Bücheln).

Rückgezahlt 512.796 fl. 86 kr. an 2137 Parteien.

Stand vom 30. April 1895:

Gesammteinlagen auf 21.898 Conti . . . . . 12,160.595 fl. 86 kr.
Hypothekar-Darlehen . . . . . 8,652.610 „ 82 „

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 5. Mai bis 11. Mai 1895.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . 269.173 kg (Davon aus Niederösterreich — 206.985; aus Ober-Österreich — 862; aus Steiermark — —; aus Tirol — —; aus Mähren — 3787; aus Galizien — 48.716; aus Ungarn — 8116; aus der Bukowina — 707; aus Krain — —; aus Croatien —; aus Böhmen — — kg)

Kalbfleisch . . . 52.563 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 734; aus Ober-Österreich — 13; aus Mähren — 152; aus Galizien — 51.424; aus Ungarn — 240; aus der Bukowina — — kg)

Schaffleisch . . . 791 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 186; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — —; aus Galizien — 490; aus Ungarn — 115; aus Croatien — — kg)

Schweinfleisch . . 53.050 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 30.709; aus Ober-Österreich — —; aus Böhmen — 330; aus Steiermark — —; aus Mähren — 1386; aus Galizien — 7244; aus Ungarn — 13.381; aus Croatien —; aus der Bukowina — — kg)

Kälber . . . . 2452 Stück (Davon aus Nieder-Österreich — 392; aus Ober-Österreich — 2; aus Salzburg — —; aus Mähren 56; aus Galizien — 1944; aus Ungarn — 57; aus der Bukowina — —; aus Böhmen — 1 St.)

Schafe . . . . 269 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 246; aus Ober-Österreich — —; aus Kärnten — —; aus Mähren — 3; aus Galizien 10; aus der Bukowina — —; aus Ungarn — 10; aus Croatien — — St.)

Schweine . . . 277 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 80; aus Ober-Österreich —; aus Mähren — 17; aus Galizien — 160; aus Ungarn 20 St.)

Lämmer . . . . 120 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 100; aus Ober-Österreich — 6; aus Galizien — 12; aus Ungarn — —; aus Mähren — 2; aus Böhmen — — St.)

Die Zufuhren für den Approvisionierungsverein sind bereits in den obigen Summen enthalten.

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	28	bis	72	kr.	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	54	„	95	„	„ „
Kalbfleisch		„	28	„	66	„	„ „
Schaffleisch		„	34	„	52	„	„ „
Schweinfleisch		„	46	„	70	„	„ „
Kälber		„	36	„	60	„	„ „
Schafe		„	22	„	44	„	„ „
Schweine		„	46	„	66	„	„ „
Lämmer		„	2	„	4	fl.	per Stück.

Die dieswöchentlichen Zufuhren waren stärker als jene der Vorwoche und gestaltete sich der Geschäftsverkehr infolge geringer

Nachfrage sehr flau. Die Preise des Rindfleisches sind um 6 bis 8 kr. und der Schafe um 4 kr. per Kilogramm gefallen, während alle übrigen Fleischwaren die vorwöchentlichen Preise behaupteten.

* * *

Pferdemarkt vom 10. Mai 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 557 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 10 —480 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . 22— 72 „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 13. Mai 1895.

1. Auftrieb.

Mastvieh 3920, Weidevieh —, Beinlvieh 1189.

Summa . 5109.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere .	. 2004
Galizische „	. . . 1458
Deutsche „	. . . 1493
Büffel „	. . . 154

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	. 3727
Stiere	583
Kühe	799

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von	50	bis	60	fl.
(extrem	„	—	„	61	„)
Galiz. Schlachtthiere	„	48	„	59	„
(extrem	„	60	„	64	„)
Deutsche Schlachtthiere	„	53	„	62	„
(extrem	„	63	„	65	„)
Weidevieh	„	—	„	—	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 44%), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc., zugesteht.

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von	22	bis	31 fl.
Stiere	„	22	„	35 „
Kühe	„	21	„	31 „
Büffel	„	16	„	26 „
Beinlvieh	„	17	„	22 „

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . . von 22 bis 85 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen (Mast-) . . . . 91 Stück
Beinlvieh . . . . . 59 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 348 Stück Schlachtthiere weniger aufgetrieben. Die Kauflust war anfangs flau, später ziemlich lebhaft, und blieben die vorwöchentlichen Preise im allgemeinen unverändert; nur mittlere und mindere Qualitäten erlitten einen Preisfall von 1 bis 2 fl. per 100 kg.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 11. Mai 1895.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht per 1 hl 78—82 kg)	von	7 fl.	55 kr.	bis	8 fl.	20 kr.
Roggen	(„ „ 1 „ 72—78 „)	„	6 „	45 „	„	6 „	90 „
Gerste		„	5 „	50 „	„	8 „	75 „
Mais		„	7 „	20 „	„	8 „	40 „
Hafer		„	6 „	50 „	„	7 „	60 „

b) Mahlproducte.

Grieß		von	12 fl.	20 kr.	bis	14 fl.	— kr.
Weizenmehl	neue Type	„	7 „	30 „	„	13 „	— „
	alte „	„	6 „	— „	„	14 „	— „
Roggenmehl		„	7 „	50 „	„	12 „	— „
Weizenkleie		„	4 „	50 „	„	4 „	80 „
Roggenkleie		„	4 „	60 „	„	4 „	80 „

Städtisches Lagerhaus.

Vom 2. Mai bis 9. Mai 1895.

Waren eingelagert . . . . . 31.741 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 25.225 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 9494 Meter-Centner.

Lagerstand vom 9. Mai 1895: 201.945 Meter-Centner, und zwar

42.868	Meter-Centner Weizen,	31.256	Meter-Centner Roggen,
33.747	„ Gerste,	27.526	„ Hafer,
1.619	„ Mais,	18.972	„ Ölsaaten,
6.174	„ Mehl u. Kleie,	2 494	„ Wein,
8 809	„ Zucker,	351	Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 2,112.420 fl. öst. Währ.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 9. Mai bis 13. Mai 1895:

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Pasettistr. Grundb.-Einl. 3403, von End & Horn, Pasettistraße 93, Bauführer L. Waldmann (2941).
„ „ Haus und Magazin, Marinelligasse Grundb.-Einl. 2479 und Schweidlgasse Grundb.-Einl. 2481/2482, von A. Hatschek & A. Neumann, IX., Glasergasse 3, für Theodor Schrecker, Bauführer R. Reichelt (2970).
III. Bezirk: Haus, Gürtelstr. Grundb.-Einl. 2737, von Anna Dolezal, II., Brigittenauerlände 4, Bauführer J. Dolezal (2962).
„ „ Haus, Khunngasse 9, von Katharina Wünsch, II., Praterstraße 49, Bauführer J. Freitag (2977).
„ „ Haus, Ungargasse 48, von Karoline Schalek, IX., Günthergasse 3, Bauführer C. Stiegler (3024).
„ „ Haus, Kleistgasse und Hegergasse Grundb.-Einl. 2826, von Marcus Siebenschein, Bauführer C. Kremen (3025).
VI. Bezirk: Haus, Canalgasse 10, von Georg und Ernestine Füssel, VI., Luftbadgasse 5, Bauführer Adolf Langer (2922).
„ „ Haus, Millergasse 1, von Wendelin Kühnel, V., Gießaufstraße 2, Bauführer H. Winkler (2984).
VIII. Bezirk: Haus, Landongasse 28, von Franz und Karoline Tasch, VIII., Buchfeldgasse 3, Bauführer Heinrich Reiter (3009).
XI. Bezirk: Ebenerdiges Arbeitsgebäude, Simmeringer Hauptstraße 104 und Grillgasse 3.5, von der Firma A. Vogelsinger & F. Pastree, ebenda, Bauführer Johann Schneider (7321).
„ „ Nothstallungen, Simmering, Einl.-Z. 674 und 677 Simmeringer Hauptstraße, von der Wiener Tramway-Gesellschaft, Bauführer Schmidt, Oberingenieur (7368).

XIII. Bezirk: Breitensee, Breitenseerstraße Einl.-Z. 985, Parc. 607/5, von Josef und Anna Resch, Bauführer Karl Ziegelwanger, Stadtbaumeister (14266).
XVI. Bezirk: Wohnhaus, Neulerchenfeld, Haberlgasse 4, von Vincenz und Juliana Haschek, XVI., Neubaugürtel 48, Bauführer Vincenz Haschek (25351).
XVIII. Bezirk: Wohnhaus, Währing, Gentzgasse Einl.-Z. 1279, Parc. 564/2, von Max Flattof, Bauführer Paul Oberst (15196).

Für Umbauten:

XIII. Bezirk: Penzing, Cumberlandstraße 71, von Alois und Aloisia Wild, Bauführer Karl Ziegelwanger (14150).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Maschinenhaus, Obere Donaustraße 23, von der Allgem. Elektricitäts-Gesellschaft, I., Neubadgasse 6, Bauführer W. Schimitzek (2931).
VI. Bezirk: Kesselhaus, Gumpendorferstraße 85, von G. A. Scheid, Bauführer Leop. Gussenbauer (2933).
VII. Bezirk: Zieglergasse 67, von Ferd. Bauer, Bauführer C. Stigler (3005).
XVI. Bezirk: Ebenerdiger Seitentract, Ottakring, Maroldingergasse Cat.-Parc. 2660, Einl.-Z. 1827, von Ferd. Leop. und Pauline Baldia, XVI., Lorenz Mandlgasse 43, Bauführer Ferd. L. Baldia (25206).
XVII. Bezirk: Hernals, Rötzergasse 37, von Francisca Dalecky, ebenda, Bauführer Anton Honus (17533).
„ „ Dornbacherstraße 124, von Karl Budacker, I., Lobkowitzplatz, Bauführer Heinrich Sikora (17561).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Kohlmessergasse 8, von Karl Quidenus, Baumeister (2915).
„ „ Wallnerstraße 11, von J. Römer, Bauführer ? (2958).
„ „ Schultergasse 5 und Jordangasse 7, von Regenhart & Raymann, ebenda, Bauführer Frauenfeld & Berghof (2996).
„ „ Marc Aurelstraße 10, von Johann Kernast jun., Baumeister (2997).
II. Bezirk: Schmelzgasse 6, von Simon Hungerleider, Bauführer ? (2966).
„ „ Leopoldsgasse 24, von Frauenfeld & Berghof, Baumeister (3012).
III. Bezirk: Reisnerstr. 4, von Nikolaus Th. Dumba durch Fellner & Helmer, Bauführer M. Kaiser (3017).
IV. Bezirk: Hauptstraße 2, von Anton Niederhofer, Maurermeister (2930).
V. Bezirk: Margarethenstraße 38, von Marie Spitzer, IV, Panglgasse 4, Bauführer Arnold Frieß (2923).
„ Untere Bräuhausgasse 58 und Hundsthurmerstraße 113, von Eduard Helle, Bauführer Ed. Schätz (2929).
„ „ Franzensgasse 1, von Johann Seitl & Al. Klee, Baumeister (3007).
VII. Bezirk: Lindengasse 16, von Maximilian Mandl, Bauführer Ed. Loidolt (2932).
XI. Bezirk: Hörlgasse 15, vom Vereine zur Erbauung von Familienhäusern für Beamte, Bauführer A. Micheroli (2910).
„ „ Serviteng. 13, von Karl Michna, Maurermeister (2912).
„ „ Eisengasse 13, von Samuel Taussig, Bauführer Franz Doleyschka (2914).
„ „ Währingerstraße 3, von Friedr. R. v. Stach, k. k. Baurath, Bauführer J. Schuster (2927).
„ „ Porzellangasse 16, von Karl Sauer noe. Albert v. Koller, Bauführer O. Obendorfer (2957).
XIII. Bezirk: Penzing, Iheringstraße 14, von der Wiener Tramway-Gesellschaft, Bauführer Gottfried Alber, Stadtbaumeister (13879).
XVII. Bezirk: Dornbacherstraße 45, von Matthias Möth, ebenda, Bauführer Johann Steinmetz (17471).
„ „ Hernals, Frauengasse 23, von Magdalena Langer, ebenda, Bauführer Karl Kuzel (17483).
„ „ Hernals, Geblergasse 84, von Karl Riha, ebenda, Bauführer J. Meidl (17894).
XVIII. Bezirk: Währing, Zimmermannsplatz 5, von Anton Zimmermann, ebenda, Bauführer Johann Schobesberger (15536).
„ „ Gersthof, Herbeckstraße 55, von Elisabeth Schallinger, ebenda, Bauführer ? (15537).
„ „ Währing, Exnergasse 6, von Friedrich Schütz, ebenda, Bauführer Johann Fesemayer (15730).
„ „ Währing, Schopenhauerstr. 62, von R. C. Wagner, ebenda, Bauführer ? (15733).
„ „ Währing, Gentzgasse 38/42, von Anton Hofmann, ebenda, Bauführer ? (15734).
„ „ Gersthof, Schindlergasse 12, von Leopold Schwarz, ebenda, Bauführer Paul Oberst (15946).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Magazin, Klosterneuburgerstraße 24, von Elise Hornung, Bauführer J. Schrepfer (2959).
„ „ Abort, Prater, Trabrennplatz, vom Wr. Trabrennverein, Bauführer Österreicher (2968).
VII. Bezirk: Balkon, Kaiserstraße 47, von Ferdinand Kalb, Bauführer G. Berger (2962).
IX. Bezirk: Schupfe, Eisengasse 13, von Samuel Taussig, Bauführer Franz Doleyschka (2914).
XI. Bezirk: Senkgrube, Kaiser-Ebersdorf, Schmidtgunstgasse 15, von Josef Gaudelka, Bauführer Josef Harhammer (7320).
„ „ Umänderung von einem Gassenladen in ein Zimmer, Simmering, Sedlitzkygasse 23, von Joh. Schmiedel, Bauführer Ferdinand Kaindl (7370).
„ „ Herstellung einer Düngergrube, Simmering, Hauffgasse 3, von Franz Pagler, Bauführer Ferd. Kaindl (7475).
„ „ Reconstructionen und Zubauten, Kaiser-Ebersdorf, Schmidtgunstgasse 3, von Josefine Radosta, Bauführer Hugo Steiner (7476).
„ „ Herstellung von zwei Aborten, Simmering, Simmeringer Hauptstraße 97, von Magdalena Gatter, Bauführer Joh. Schneider (7499).
XVI. Bezirk: Materialmagazin aus Holz, Ottakring, Wattgasse 30, von der Maschinenfabriks-Gesellschaft „Vulcan", Bauführer Joh. Glaser, Zimmermeister (25049).
XVII. Bezirk: Glassalettl, Dornbach, Klampflberggasse 3, von Gustav Scharmitzer, ebenda, Bauführer Franz Baumann (17758).
XVIII. Bezirk: Veranda, Pötzleinsdorf, Pötzleinsdorferstraße 48, von Wilh. Behal, VI., Kaunitzgasse 9, Bauführer Johann Giller (15195).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

II. Bezirk: Pasettistr., Grundb.-Einl. 3403, von End & Horn, Pasettistraße 39 (2940).
V. Bezirk: Matzleinsdorferstraße 36, von Bernh. Jerusalem, Reichsrathsstraße 29 (2992).
XIII. Bezirk: Breitensee, Breitenseerstraße Einl.-Z. 560, Parc. 293/1, von Ferd. Eugen Biba (14148).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Herbststraße 146, Bauführer Franz Bernhard (25031).
XVIII. Bezirk: Parc. 40, 41 a, Einl.-Z. 415, Gersthof, Ried „Wallriß", von Josef Pichler (15534).
„ „ Parc. 41 b und 42 a, Einl.-Z. 414, Gersthof, Ried „Wallriß", von Christine Peschek (15535).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

I. Bezirk: Schulerstraße 18, von Ferdinand Seif, Baumeister (3011).
IV. Bezirk: Alleegasse 17, von Ferdinand Seif, Baumeister (3010).
VI. Bezirk: Stumpergasse 28, von Karl Langer, Baumeister (2960).
VII. Bezirk: Stiftgasse 23, von Moriz und Josef Sturany, Baumeister (2961).
„ „ Halbgasse 27, von Adolf Zwerina, Baumeister (2971).
VIII. Bezirk: Lerchenfelderstr. 141, von Josef Baldia, Baumeister (2938).
„ „ Josefstädterstraße 60, von Emil Lewicki, Stolzenthalerg. 24 (2942).
„ „ Laudongasse 28, von Franz und Karoline Tasch, Buchfeldgasse 3 (3008).
IX. Bezirk: Hahngasse 6, von Josef Keck (2982).

Gewerbeanmeldungen vom 6. Mai 1895.

Graf Laura — Ausschank von Thee und Verabreichung von Gebäck auf dem Eislaufplatze Ecke der Sonnleithengasse — X., Jagdgasse 34.

Koplent Josef — Feilbieten von Reibsand, Vogelsand und Wascheln im Wiener Gemeindegebiete — XII., Wertheimsteingasse 25.

Meyer Karl Theodor — Photograph — VII., Halbgasse 17.
Berger Ludwig — Gast- und Schankgewerbe — XII., Dörfelstraße 13.
Hlobil Adolf — Gast- und Schankgewerbe — XV., Gerstnergasse 3.
Schwarz Karl — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Iglaserg asse 14.
Tree Anton — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Sieveringerstr. 259.
Emmer Julius — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Mariahilferstr. 111.
Flatau Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Rasumoffskygasse 9.
Karroh Hugo — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Breitenfurterstr. 15.
Schremmer Juliana — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kandlg. 6 a.

Corti Josef Alexander — Haltung von drei Schnellpressen behufs Herstellung von Mercantildrucksorten — VI., Schmalzhofgasse 26.

Doll Franz — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Sodalen-Correspondenz — VIII., Schottenhofgasse 3.

Kamus Rudolf, Strezek Theodor — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Die Gegenwart" — VII., Halbgasse 17.

Stift Hugo — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Hausmeisterzeitung" — XVI., Neulerchenfelderstraße 36.

Großer Rosa — Damenkleidermacherin — VII., Mariahilferstraße 74 a.
Roniger Kalman Rubin — Damenkleider- und Modewaren-Verschleiß — III., Rennweg 56.
Köttner Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — XIX., Grinzingerstraße 17.
Meier Marie — Kleinfuhrwerk — X., Alxingergasse 20.
Memelauer Johann — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — VII., Bernardgasse 29.
Schober Anna — Lebkuchen-Verschleiß — XVIII., Hildebrandgasse 39.
Welser Anna — Modistin — VII., Halbgasse 32.
Chwila Johann — Monogramm-Prägerei auf Briefpapier und Converts — XVI., Peyerlgasse 23.
Opitz Ernst — Reinigung von Neubauten, Wohnungen und Geschäftslocalen, Einlassen von Fußböden — VII., Neustiftgasse 9.
Kunz Francisca — Selchwaren-Verschleiß — VII., Siebensterngasse 19.
Groß Eduard — Tapezierer — VII., Lindengasse 20.
Hofmann Leopold — Trödler — XVII., Palffygasse 21.
Fried Theresia — Verabreichung von Kaffee, Thee, Chocolate, anderen warmen Getränken und Erfrischungen — XVI., Gürtel 25.
Roth Ignaz — Verschleiß von Brantwein in handelsüblich verschlossenen Flaschen und Gebinden — XVI., Gablenzgasse 26.
Nemeč Karoline — Verschleiß von Honigliqueur in handelsüblich verschlossenen Flaschen — VII., Berggasse 20.
Knöpfl Josef — Verschleiß von Milch, Gebäck und Zuckerwaren — VII., Seidengasse 43.
Oltosy Ludwig — Verschleiß von Szegedin-Petösi-Bitterheilwasser in handelsüblich verschlossenen Flaschen — VII., Apollogasse 14.
Grimme Sidonie — Victualienhandel — III., Pfefferhofgasse 5.
Pisk Anna — Victualien-Verschleiß — XVIII., Währingergürtel 121.
Jausen Francisca — Zeitungs-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 1.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 7. Mai 1895.

Zimmermann Adalbert — Baumeister — V., Pilgramgasse 20.
Jacobsohn Moriz — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wr. Effectenbörse.
Plefka Marie — Einspänner, Lic. 978 — X., Bürgergasse 8.
Starek Johann — Fassbinder — III., Pragerstraße 1.
Schachenmann Karl, Wilhelm Andreas — Fleischselcher — V., Nikolsdorfergasse 30.
Huschauer Johann — Fremdenbeherbergung und Gastwirtsgewerbe — III., Ungargasse 2.
Haslinger Theresia — Gast- und Schankgewerbe — XV., Felberstr. 8.
Hillebrand Josef — Gastwirt — I., Hafnersteig 5.
Reinthaler Clemens — Wirt — X., Landgutgasse 11.
Riedl Josef — Gastwirt — XIV., Pillergasse 17.
Fellner Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Wienstraße 91.
Klug Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Dunklergasse 13.
Srosklik Bertha — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Kienmayerg. 8.
Svojgrova Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Theresieng. 43.
Weiß Marcus — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Höfergasse 5.
Finger Ignaz — Glasbläser — XII., Tivoligasse 31.
Schober Karoline — Handel mit Naturblumen im Umherziehen — I., Tiefer Graben 17.
Scheminzky Richard — Kaffeeschank — XIV., Huglgasse 20.
Fleischmann Andreas — Kleinhandel mit Kohle und Holz — V., Johannagasse 25.
Stark Josefa — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks — XVIII., Leitermayergasse 33.
Andraschke Theresia — Kostgebung — V., Bärengasse 2.
Csarmann Marie Juliane — Marktvictualienhandel — XII., Markt Schönbrunnerstraße.
Sommer Theresia — Messerschmiedgewerbe — IX., Währingerstraße 57.
Paul Franz Seraph. — Milchmeier — XIII., Rosenthalgasse 7.
Zirg Elisabeth — Milchmeierei — XIII., Rohrbacherstraße 6.
Runtsch Eduard Karl — Musiker — V., Krongasse 18.
Strobl Susanna — Pfaidlerin — V., Kleibergasse 15.
Reinhart Eduard — Pfeifenschneider — V., Obere Amtshausgasse 20.
Moser Franz — Schlosser — III., Kleistgasse 28.
Duben Johann — Schuhmacher — IX., Straßnitzkygasse 6.
Erben Julius — Spielwaren-Erzeugung — V., Hundsthurmerstraße 131.
Hölzl Sophie — Spirituosenhandel — X., Staatsbahngasse 2.
Rudroff Alois — Stadtbaumeister — III., Geusaugasse 11.
Stoffl Josef — Stadtlohnfuhrwerk — X., Puchsbaumgasse 44.
Kichler Johann — Tischler — XII., Hauptstraße 73.
Križ Johann — Tischler — XIX., Pantzergasse 6.
Söchting Karl — Tischler — V., Zentagasse 9.
Osanger Karl — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein, Obstwein und Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billards — IX., Glasergasse 18.
Kürer Leontine — Verschleiß von Conditoreien — I., Wollzeile 25.
Huber Leopold — Verschleiß von Sodawasser und Zuckerbäckerwaren — I., Verlängerte Wollzeile, vis-à-vis dem Hause 38.
Buchtel Marie — Victualienhandel — XII., Hufelandgasse 8.
Krokva Magdalena — Victualienhandel im Umherziehen — V., Hundsthurmerstraße 69.
Zandt Anastasia — Victualienhandel — III., Wällischgasse 26.
Firasek Josefine — Wäscheputzerei — IX., Alserbachstraße 5.
Mrasek Adolfine — Zeitungs-Verschleiß — V., Arbeitergasse 8.
Stadnik Susanna — Zeitungs-Verschleiß — XVIII., Antonigasse 21.
Wanjek Theodor — Zeitungs-Verschleiß — III., Rennweg 1 a.
Hangel Josef — Ziegel- und Schieferdecker — XVI., Kulmgasse 2.
Spychalski Thaddäus — Zuckerbäcker — X., Buchengasse 134.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 8. Mai 1895.

Kraft Franz — Deichgräber — III., Hauptstraße 95.
Zeisel Theodor — Liqueur-Erzeugung — XII., Hauptstraße 14.
Kattinger Anna — Marktvictualienhandel — III., Augustinermarkt 57.
Brunner Karl — Schankgewerbe — XIX., Hasenauerstraße 2.
Deimel Aloisia — Wäscherin — XIX., Weinberggasse 6.
Fuchs Rosalia — Webergewerbe — XIV., Felberstraße 92.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 9. Mai 1895.

Virag Stephan — Bäcker — V., Wienstraße 12.
Lang Pauline, Lang August — Baumaterialienhandel — VIII., Piaristengasse 41.
Wanecek Franz — Baumeister — X., Eugengasse 19.
Lang Pauline, Lang August — Bauunternehmung — VIII., Piaristengasse 41.
Sartori Karl — Buchbinder — V., Einsiedlergasse 15.
Gutmann Nathan, Mayer Hugo Eduard Salomon — Commissionshandel — IX., Türkenstraße 8.
Wuest v. Velberg Franz — Drechsler — V., Grünethorgasse 22.
Böhm Theresia — Gastwirtin — V., Spengergasse 52.
Lerche Wenzel — Gastwirt — V., Hundsthurmerstraße 79.
Baier Ferdinand — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Lerchenfelderstraße 56.
Fau Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Ullmannstraße 50.
Feucht Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Landongasse 27.
Krouchal Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Eichenstraße 12.
Löwy Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Himbergerstraße 62.
Lutz Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Migazziplatz 2.
Staubwasser Walburga — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Lerchenfelderstraße 58.
Götzmann Karl — Gold- und Silberarbeiter — VIII., Stolzenthalerg. 5.
Knapp Konrad, Simmel Stephan — Hafner — I., Reichsrathstraße 9.
Kober Heinrich — Handel mit Bilderbüchern mit und ohne Text — I., Stephansplatz 3.
Hirschler Rudolf — Handel mit Kupfer- und Stahlstichen und anderen auf mechanischem oder chemischen Wege hergestellten Reproductionen von Kunstwerken, sowie mit Photographien — I., Graben 14.
Schönhofer Marie — Kaffeeschenkerin — I., Schulerstraße 3.
Scholz Mathilde — Kaffeesiederin — VIII., Florianigasse 2.
Wagner Dominik — Kaffeesieder — I., Wipplingerstraße 6.
Grünwald Ida — Damenkleidermacherin — I., Himmelpfortgasse 2.
Malischka Wenzel — Herrenkleidermacher — XV., Herklotzgasse 1.
Prokop Heinrich — Schneider — VIII., Florianigasse 40.
Stastny Josef — Herrenkleidermacher — X., Eugengasse 35.
Stubenvoll Leonhard — Marktfahrer — XIV., Benedict Schellingerg. 18.
Weil David — Sonn- und Regenschirm-Erzeugung — I., Wollzeile 34.
Filitzky Mathilde — Verschleiß von Parfumeriewaren — I., Graben 29.
Schieck Josef — Verschleiß von Gummiwaren und Fischblasen — I., Graben 31.
Hajdin Helena — Victualien-Verschleiß — X., Himbergerstraße 81.
Kellner Marie — Victualienhandel — VIII., Alserstraße 7.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 10. Mai 1895.

Pritz Franz — Anstreicher — VII., Neubaugasse 12.
Andraschko Adalbert — Brantwein- und Theeschank — XIV., Herklotzgasse 40.
Ebel Isaak — Brantwein- und Theeschank — VI., Gumpendorferstr. 94.
Schick Wilhelm — Brantwein- und Theeschank — III., Gürtelstraße 19.
Moizsis Elisabeth — Canditen- und Zuckerwaren-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 116.
Musil Christine — Canditen- und Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — XVI., Kirchstetterngasse 24.
Kikis Heinrich — Einsammeln von Pränumeranten, Abonnenten und Subscribenten — XVI., Neulerchenfelderstraße 86.
Waldsteiner Vincenz — Fasshandel — X., Quellengasse 67.
Maschek Karl — Fleischhauer — XVII., Gschwandnergasse 31.
Sommerschuh Alois — Fleischhauer — VI., Detailmarkthalle, Zelle 7.
Pospischil Josefine — Futteralmacher — VI., Magdalenenstraße 4.
Fichna Johann — Gastwirt — XVII., Pezzlgasse 54.
Fröhlich Franz — Gastwirt — XVII., Thelemanngasse 2.
Huber Anna — Wirtsgewerbe — XVII., Hernalser Hauptstraße 35.

Kirchner Anton — Gastwirt — XVII., Hernalser Hauptstraße 109.
Payer Anna — Gast- und Schankgewerbe — XII., Bendlgasse 7.
Rezak Josef — Gastwirt — XVII., Geblergasse 64.
Schindler Johann — Gastwirt — XVII., Dornbacherstraße 111.
Steininger Michael — Gastwirt — XVII., Helblinggasse 13.
Dreißger Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Westbahnstraße 44.
Koczanderle Gottlieb Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Hauptstraße 66.
Konrath Rosa — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Dornbacherstr. 105.
Kopatschek Emil — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Garbergasse 8.
Ullrich Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Mildeplatz 5.
Praetoris Francisca — Gürtler- und Bronzewaren-Erzeugung — VII., Siegmundsgasse 2.
Pohl Wilhelm, Erlich Hans — Handel mit Berchtesgadener Holz- und Spielwaren — VI., Mariahilferstraße 5.
Langensiepen Richard — Handel mit Wasserpumpen, Werkzeugmaschinen und Petroleum-Motoren — VI., Mariahilferstraße 19.
Schäffer Gottlieb — Handschuhmacher — VII., Kaiserstraße 77.
Kaiser Rudolf — Herausgeber der periodischen Druckschrift „Allgemeine Kunstnachrichten" — VII., Zieglergasse 29.
Leinner Georg, Dreibholz Friedrich — Holzhandel — X., Staatsbahnhof (Sonnwendgasse).
Bajar Alexander — Hufschmied — XVII., Hernalser Hauptstraße 119.
Beer Ludwig — Kaffeesieder — I., Reichsrathsstraße 23.
Biedermann Karoline — Kaffeesiederin — I., Wipplingerstraße 30.
Staller Alois — Kaffeesieder — VII., Neustiftgasse 36.
Tretzmüller Johann — Kaffeesieder — VI., Gumpendorferstraße 11/13.
Aichberger Maria Magdalena — Damenkleidermacherin — VII., Lerchenfelderstraße 69.
Peitl Rudolf — Kleidermacher — VII., Neustiftgasse 53.
Zahradnicek Albert — Kleidermacher — VI., Garbergasse 7.
Gold Karoline — Kleinfuhrwerk — XVII., Bergsteiggasse 4.
Klein Johann — Kleinfuhrmann — XI., Hauptstraße 143.
Klotz Lorenz — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks — III., Kübeckgasse 3.
Neuhold Marie — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XVII., Teichgasse 13.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 10. Mai 1895.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Begrüßung der neugewählten Gemeinderaths-Mitglieder . . . 1163
2. Entschuldigung des Gem.-Rathes Koch wegen Fernbleibens . 1163
3. Spende des Kunsthändlers C. J. Wawra für das städtische Museum . . . 1163
4. Desgleichen des Kunsthändlers C. A. Artaria . . . 1163
5. Dank des n.-ö. Landtags für die Schulfreundlichkeit der Stadt Wien . . . 1163

Einlauf:
6. Resolution des politischen Vereines „Donauclub", betreffend das Riehl'sche Avenue-Project (überreicht durch Gem.-Rath K. J. Müller) . . . 1163
7. Resolution von Gewerbetreibenden, betreffend die Sonntagsruhe (überreicht durch Gem.-Rath Dobes) . . . 1164

Interpellationen:
8. Gem.-Rath Schlögl, betreffend die Wiedereröffnung des Durchhauses XIV., Reichsapfelgasse 23 . . . 1164
9. Gem.-Rath Pursch, betreffend die Beanständung von Lebensmittelverkäufern wegen Verletzung der Sonntagsruhe . . . 1164
10. Gem.-Rath Polzhofer, betreffend die Nichtberücksichtigung der Wiener Industrie bei der Vergebung der maschinellen Bestandtheile für die Pumpstation in Breitensee . . . 1164
11. Gem.-Rath Rißaweg, betreffend den Stand der Berathung über das Referat wegen Aufhebung des Viehtriebes . . . 1165
12. Gem.-Rath Dr. Lueger, betreffend den Stand der Berathung über das definitive Organisationsstatut der Bezirksausschüsse . . 1165

Anträge:
13. Gem.-Rath Dr. Lueger, betreffend die Abänderung des Gemeindestatutes und die Aufhebung der Institution des Stadtrathes . . . 1165
14. Gem.-Rath Schwarzmayer, betreffend die Herstellung einer Wasserspülung in dem am Marktplatze im XIV. Bezirke befindlichen Pissoir . . . 1165
15. Gem.-Rath Beutnitz, betreffend die Verlegung des Tramwaygeleises bei der Mariahilferlinie . . . 1165
16. Gem.-Rath Büsch, betreffend die Erwirkung von Fahrtbegünstigungen auf den Eisenbahnen und Dampfschiffen für die städtischen Beamten . . . 1165
17. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend die Regulierung und Fortsetzung der Meißlstraße im XIV. Bezirke . . . 1166
18. Derselbe, betreffend die Erweiterung des Baumgartener Friedhofes . . . 1166
19. Gem.-Rath Dr. Lueger, betreffend die Herabsetzung der Functionsgebüren der Vice-Bürgermeister und der Stadträthe . 1166
20. Gem.-Rath Rauscher, betreffend die Regelung der Urlaubsverhältnisse der Diurnisten . . . 1166
21. Gem.-Rath Seiler, betreffend die Schaffung einer Straßenverbindung zwischen Kaisermühlen und Stadlau . . . 1166

Referate:
22. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend die Risalitanlage beim Hause XIV., Sechshauserstraße 27, des Josef Duschek . . . 1166
23. Derselbe, betreffend den Verkauf eines Theiles der Linienwallparcelle 547/1, Einl.-Z. 52, IX. Bezirk, an Therese Egger und Consorten . . . 1167
24. Derselbe, betreffend den Verkauf eines Theiles derselben Linienwallparcelle an August Kohl und Adolf Spitzer . . . 1175
25. Derselbe, betreffend den Verkauf eines Theiles der Parcelle 438/1, XVI., Galitzinstraße an Alois und Auguste Fink . 1175
26. Gem.-Rath Dr. Lueger, betreffend verschiedene Bestimmungen anläßlich des Umbaues des Bürgerspitalfondshauses I., Stephansplatz 2 . . . 1176
27. Derselbe, betreffend die Abgabe einer Erklärung der Gemeinde Wien wegen Nichterhebung von Forderungen an die Staatsfinanzen bezüglich der Invasions-Forderungen aus den Jahren 1805 und 1809 (sog. Angles'sches Anlehen) . . . 1178
28. Gem.-Rath Ritt. v. Neumann, betreffend den Verkauf eines Theiles der Linienwallparcelle 1306/1, Einl.-Z. 430, VII. Bezirk, an Leopoldine Haller . . . 1179
29. Derselbe, betreffend den Verkauf der Cat.-Parc. 269/1, Einl.-Z. 568 Dornbach, XVII. Bezirk, an Franz und Heinrich Glaser . . . 1182
30. Derselbe, betreffend die Risalitanlage beim Hause VIII., Josefstädterstraße 37, Strozzigasse 49, des Moriz Ram . . . 1183
31. Derselbe, betreffend die Thorportalherstellung beim Hause VII., Siebensterngasse 15, des Josef Nick . . . 1183
32. Derselbe, betreffend die Risalitanlage beim Hause IV., Alleegasse 17, des Josef Hugo Ettmar . . . 1183
33. Derselbe, betreffend die Risalitanlage beim Hause Einl.-Z. 126 Simmering, Ecke der Kopal- und Dorfgasse . . . 1183
34. Gem.-Rath Wurm, betreffend die Lesenenanlage beim Hause IV., Favoritenstraße 36, des Ferdinand und Franz Katzer . . 1184
35. Derselbe, betreffend den Verkauf von Grundstücken an das k. k. Ministerium des Innern behufs Arrondierung des Bauplatzes eines Garnisonsspitales im Gatterhölzl in Meidling . . 1184
36. Gem.-Rath Stiaßny, betreffend die Bestimmung der Baulinien für den Kinderspielplatz auf der Realität VII., Kaiserstraße 104 . . . 1185

Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 10. Mai 1895.

Inhalt:

Gem.-Rath Dr. v. Billing, betreffend Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an den Pfarrer Dr. J. Dobner . 1188

Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 2. Mai 1895 (vormittags) . 1188
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 2. Mai 1895 (nachmittags) 1195

Bezirksausschüsse:
Ergebnis der am 13. Mai 1895 vom ersten Wahlkörper des XIII. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahlen für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897 . . . 1199

Allgemeine Nachrichten:
Commission für Verkehrsanlagen . . . 1199
Jahresbericht pro 1894 der Commission für Verkehrsanlagen in Wien 1199
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Rudolfsheim . . . 1200

Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 5. bis 11. Mai 1895 . . . 1200
Pferdemarkt vom 10. Mai 1895 . . . 1201
Schlachtviehmarkt vom 13. Mai 1895 . . . 1201
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 11. Mai 1895 . . . 1201
Städtisches Lagerhaus . . . 1201

Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 9. bis 13. Mai 1895 . . . 1201
Gewerbeanmeldungen . . . 1202
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen.*)

1895.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
20. Mai 11 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Neubau von Haupt-Unrathscanälen in der neuen Straße zwischen der Boerhavegasse und Hauptstraße und in der Seitengasse 12, im III. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 8809 fl. 1 kr. und 900 fl. Pauschale. 2—3
20. Mai 11 Uhr	detto	M.-Z. 28967. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Kramergasse im I. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 3679 fl. 63 kr. und 750 fl. Pauschale. 1—2
24. Mai 11 Uhr	detto	M.-Z. 135388 ex 1894. Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für den Umbau der Haupt-Unrathscanäle** in der Lange- (jetzt Friedrich Kaisergasse), Feßt-, Grüllemeier- und Leopoldigasse (jetzt Eisnergasse) im XVI. Bezirke, und zwar: 1. Der **Erd- und Baumeisterarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 21.979 fl. 37 kr. und 3600 fl. Pauschale, 2. der Lieferung der **Klinkerziegel- und Steinzeugsohlenstücke** im veranschlagten Kostenbetrage von 6538 fl. 88 kr. 1—3
25. Mai 11 Uhr	detto	M.-Z. 78528. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Neubau von Haupt-Unrathscanälen in der Hütteldorferstraße von der Reinlgasse bis zur Nobilegasse, in der Kienmayergasse und Russteingasse, und in der Matzingergasse im XIII. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 8387 fl. 14 kr. und 800 fl. Pauschale, beziehungsweise 7201 fl. 75 kr. und 500 fl. Pauschale, beziehungsweise 533 fl. 65 kr. und 100 fl. Pauschale, daher zusammen im Gesammtkostenbetrage von 16.122 fl. 54 kr. und 1400 fl. Pauschale. 2—3
29. Mai 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	M.-Z. 74310. Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Umpflasterung der Mariahilferstraße** zwischen der Neubau- und der Andreasgasse im VII. Bezirke, und zwar: a) der **Pflastererarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 4824 fl. 59 kr. und 500 fl. Pauschale; b) der **Asphaltiererarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 3848 fl. 95 kr. 1—3
30. Mai 10 Uhr	detto	M.-Z. 76255. Vergebung der **Erd- und Pflastererarbeiten** für die Neupflasterung der Nisselgasse (Penzing) im XIII. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2921 fl. 23 kr. und 300 fl. Pauschale. 1—3

*) Pläne, Kostenanschläge ꝛc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Vadium von **5 Percent der Kostenanschlagssumme** anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Arbeitsgattungen oder Lieferungen wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Prot.-Nr. 63064 ex 1895.

IV. Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Verkaufes des von der städtischen Realität Or.-Nr. 28 Kärnthnerstraße, Or.-Nr. 6 Neuer Markt, I. Bezirk,** nach Demolierung des auf derselben befindlichen Gebäudes in Gemäßheit der genehmigten Baulinien **erübrigenden Baugrundes, sowie des**

*

in diesen vom Neuen Markte einzubeziehenden Straßengrundes im Ausmaße von circa 769 m², endlich des Altmateriales des zu demolierenden Gebäudes wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Freitag den 7. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan und die Verkaufsvorschrift im Magistrats-Departement IV und im Stadtbauamte (Abtheilung III) während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium per 30.000 fl. anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinderath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 8. Mai 1895. 2—3

Ad M.-Z. 23028.
XI.

Concursausschreibung.

(Versorgungshaus-Hilfsarztensstelle.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass im städtischen Versorgungshause in Wien IX., Spitalgasse Nr. 23, die Stelle eines Hilfsarztes in Erledigung gekommen ist.

Mit dieser Stelle ist ein Gehalt von jährlichen 800 fl. und freier Bequartierung, das ist der Anspruch auf eine Wohnung in der Anstalt einschließlich der Beheizung und Beleuchtung verbunden.

Die Anstellung erfolgt auf die Dauer von drei Jahren mit dem beiderseitigen Vorbehalte einer vierteljährigen Kündigung.

Nach Ablauf von drei Jahren kann die Anstellung erneuert werden. Auch wird bei Besetzung von definitiven Hausarztensstellen in den städtischen Humanitätsanstalten auf Hilfsärzte thunlichst Rücksicht genommen.

Bewerber um diese Stelle haben in ihrem Gesuche die im § 11 der Dienstpragmatik für die städtischen Beamten vorgeschriebenen Bedingnisse, dass sie Doctoren der Medicin und Chirurgie, sowie Magister der Geburtshilfe, respective Doctoren der gesammten Heilkunde sind, nachzuweisen und ihre diesbezüglich belegten Gesuche bis längstens Ende Mai 1895 im Einreichungs-Protokolle des Magistrates umso gewisser zu überreichen, als auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden kann.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 9. Mai 1895. 1—3

Z. 81171.
III.

Currende.

(Freiplatz in Kaltenleutgeben.)

In der Wasserheilanstalt Kaltenleutgeben ist für die zweite und dritte Curperiode im Jahre 1895, nämlich

vom 16. Juni bis 31. Juli und
vom 1. August bis 15. September

an je einen curbedürftigen, städtischen Beamten ein Freiplatz in der Weise zu vergeben, dass der Betreffende unentgeltlich Wohnung, Kost, Bäder und ärztliche Behandlung erhält.

Gesuche um Verleihung eines dieser Freiplätze, welche zugleich das Ansuchen um Ertheilung des erforderlichen Urlaubes zu enthalten haben, sind mit dem Nachweise über die Curbedürftigkeit bis längstens 31. Mai 1895 im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen.

Wien, am 6. Mai 1895.

Der Magistrats-Director:

Krenn. 1—1

Z. 84242.
IX.

Kundmachung.

(General-Regulierungsplan.)

Der vom Stadtbauamte ausgefertigte Theilentwurf eines General-Regulierungsplanes, umfassend das Gebiet längs des Wienflusses zwischen der Schikaneder- und Maria Theresien-Brücke, wird vom 15. bis incl. 21. Mai 1895 im neuen Rathhause, Berathungszimmer Nr. III, im ersten Stockwerke, zur allgemeinen Einsicht aufgelegt.

Nach Ablauf obiger Frist wird die Vorlage an den Wiener Stadtrath und Gemeinderath behufs der im § 105 der Wiener Bauordnung vorgeschriebenen Festsetzung des Regulierungsplanes stattfinden, und findet gegen die diesbezüglichen Festsetzungen und Beschlüsse des Wiener Gemeinderathes ein Recurs nicht statt.

Allfällige Bemerkungen der Interessenten sind innerhalb obiger Frist schriftlich beim Magistrate einzubringen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

am 11. Mai 1895. 1—1

Zur coulanten Besorgung aller im Coursblatte notierten Effecten und Valuten bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 40. Freitag, den 17. Mai 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: **ohne Zustellung** ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ **mit Zustellung** ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 21. Mai 1895, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 24. Mai 1895, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **14. Mai 1895** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Sitzung ist eröffnet.

Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl des ersten Vice-Bürgermeisters. Ich habe die Ehre, der Versammlung als Vertreter der h. Regierung (die Versammlung erhebt sich) Bezirkshauptmann v. Friebeis vorzustellen. Die Einladungen zur heutigen Sitzung sind im Sinne des § 22 der Gemeinde-Wahlordnung erfolgt.

Vom Herrn Gem.-Rathe Lorenz Manner habe ich folgendes Schreiben erhalten (liest):

„Wien, 14. Mai 1895.

Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

Erlaube mir hiemit anbei ein Krankheitszeugnis zu übermitteln, auf Grund dessen ich Euer Hochwohlgeboren bitte, mich heute und Freitag für entschuldigt halten zu wollen, da ich das Bett hüten muss.

Es zeichnet sich mit vorzüglicher Hochachtung Ihr ergebenster

Lorenz Manner,
Bürgerschullehrer und Gemeinderath."

Das ärztliche Zeugnis lautet (liest):

„Endesgefertigter bezeugt hiemit, dass Herr Gem.-Rath Lorenz Manner, XVI. Bezirk, Lerchenfeldergürtel 24 wohnhaft, an Rothlauf in ärztlicher Behandlung steht, das Zimmer nicht verlassen kann.

Wien, am 14. Mai 1895.

Dr. Lama."

Ich glaube, dass die Versammlung in diesem Ausweise einen standhaften Beweis der Verhinderung des Herrn Gem.-Rathes Manner erblicken wird. (Zustimmung.)

Als Schriftführer ernenne ich die Herren Gem.-Räthe Dehm und Schrenckh, zu Scrutatoren die Herren Gem.-Räthe Herold und Dr. Kupka. Sind die Herren bereit, dieses Amt zu übernehmen? (Dieselben erklären sich hiezu bereit.)

Ich habe nur noch beizufügen, dass mit Ausnahme des Herrn Gem.-Rathes Manner und außer Herrn Professor Dr. Max Gruber sämmtliche Gemeinderäthe erschienen sind.

Es wird die Frage aufgeworfen, ob das Ausbleiben des Herrn Dr. Gruber entschuldigt ist. Er hat bis ½11 Uhr Zeit; um ½11 Uhr werden wir über diesen Gegenstand sprechen.

Ich bitte nun, mit dem Namensaufrufe zu beginnen und die Stimmzettel abzugeben.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dehm geben die Herren Gemeinderäthe ihre Stimmzettel ab. — Nach Abgabe der Stimmzettel:)

Herr Professor Dr. Max Gruber ist inzwischen erschienen; ich lade ihn ein, den Stimmzettel abzugeben.

(Gem.-Rath Dr. Max Gruber gibt den Stimmzettel ab.)

Ich unterbreche nun die Sitzung bis ½11 Uhr.

(Nach Wiederaufnahme der Sitzung um ½11 Uhr:)

Es beginnt das Scrutinium. (Scrutator Gem.-Rath Herold liest die Namen von den ihm seitens des Bürgermeisters überreichten Stimmzetteln ab. — Nach Beendigung des Scrutiniums:) Das Resultat des Scrutiniums ist folgendes:

Es wurden 137 Stimmzettel abgegeben; es sind auch 137 Gemeinderäthe anwesend. Die absolute Majorität beträgt demnach 69.

Herr Dr. Albert Richter erhielt 70 Stimmen. Auf Herrn Dr. Karl Lueger entfielen 66 Stimmen. Ein Stimmzettel war leer.

Herr Dr. Albert Richter erscheint sonach zum ersten Vice-Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien gewählt. (Bravo! rechts. — Gem.-Rath Dr. Richter meldet sich zum Worte.)

Herr Gem.-Rath Dr. Richter hat das Wort.

Gem.-Rath Dr. Richter: Ich drücke meinen Collegen und Freunden, die mich durch ihre Stimmen ausgezeichnet haben, meinen innigsten und verbindlichsten Dank aus. Ich weiß diese Auszeichnung zu schätzen, bin aber nicht in der Lage, die auf mich gefallene Wahl anzunehmen und lehne dieselbe ab. (Rufe links: Wacker!)

Bürgermeister: Der Wahlgang ist sonach resultatlos geblieben und es ist eine Neuwahl vorzunehmen. Es wird wohl kein Anstand sein, dass wir sofort zu einer Neuwahl schreiten. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich. — Gem.-Rath Gregorig: Selbstverständlich!) Selbstverständlich ist das gar nicht. Da von keiner Seite eine Einwendung erhoben wird, so wird sofort zur neuen Wahl geschritten. (Gem.-Rath Matthies meldet sich zum Worte.)

Herr Gem.-Rath Matthies!

Gem.-Rath Matthies: Ich glaube, nach dem Statute muss eine Neuwahl ausgeschrieben werden. (Widerspruch.)

Bürgermeister: § 22 der Gemeindewahlordnung lautet (liest):

„Nimmt ein zum Bürgermeister, Vice-Bürgermeister oder zum Mitgliede des Stadtrathes Gewählter die Wahl nicht an oder wird die Wahl des Bürgermeisters nicht bestätigt (§ 25 Gemeindestatut), so ist binnen längstens acht Tagen eine neue Wahl nach den in diesem Paragraphe angegebenen Vorschriften vorzunehmen."

Daraus ergibt sich, dass „längstens binnen acht Tagen" die Wahl vorzunehmen ist, dass sie aber auch wann immer innerhalb dieser Zeit — natürlich nach den Vorschriften der Gemeindewahlordnung — vorzunehmen ist. Es ist daher nach der Auslegung, welche ich dem Gesetze geben muss, kein Anstand, die Wahl jetzt schon vorzunehmen. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.)

Ich lasse eine kleine Unterbrechung von ein bis zwei Minuten eintreten.

(Nach Wiederaufnahme der Sitzung:) Ich bitte, mit dem Namensaufrufe zu beginnen und die Abgabe der Stimmzettel vorzunehmen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Schrenckh geben die Herren Gemeinderäthe ihre Stimmzettel ab.)

Wir beginnen mit dem Scrutinium. (Scrutator Gem.-Rath Herold liest die Namen von den ihm seitens des Bürgermeisters übergebenen Stimmzetteln ab. — Nach Beendigung des Scrutiniums:) Das Resultat des Scrutiniums ist folgendes: Anwesend sind 137 Gemeinderäthe. Es wurden auch 137 Stimmzettel abgegeben; die absolute Majorität beträgt 69. 69 Stimmzettel waren leer, Herr Dr. Lueger erhielt 66 Stimmen, Herr Dr. Richter 2 Stimmen. Es ist also eine absolute Majorität nicht erzielt worden.

§ 10 unserer Bestimmungen für die Wahl des ersten Vice-Bürgermeisters, welcher auch ganz conform ist mit den betreffenden gesetzlichen Bestimmungen der Gemeindewahlordnung, lautet (liest): „Als Vice-Bürgermeister gewählt ist derjenige zu betrachten, für welchen die absolute Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Gemeinderathes gestimmt hat. Kann dieses Ergebnis in zwei aufeinanderfolgenden Abstimmungen nicht erzielt werden, so ist zu der engeren Wahl zu schreiten" u. s. w.

Es ist, da die erste Abstimmung ein positives Resultat nicht ergeben hat und eine absolute Majorität nicht erzielt wurde, eine zweite Abstimmung vorzunehmen.

Ich bitte daher die Herren Gemeinderäthe, die Stimmzettel zur zweiten Abstimmung vorzubereiten. (Gem.-Rath Gregorig: Zur Geschäftsordnung bitte ich ums Wort.)

Zur Geschäftsordnung Herr Gem.Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Herr Bürgermeister erklären, dass 137 Gemeinderäthe bei der letzten Wahl anwesend waren; bei der ersten Wahl waren nur 136 anwesend. (Widerspruch.)

Bürgermeister: Ich bitte, 138 Gemeinderäthe sind derzeit in Function; Herr Gem.-Rath Manner ist krank, alle übrigen sind anwesend.

Gem.-Rath Gregorig: Ein Herr hat gefehlt.

Bürgermeister: Ich habe ja constatiert, dass Herr Gem.-Rath Dr. Max Gruber erschienen ist. Ich bitte, die Stimmzettel vorzubereiten, und ich möchte die Herren ersuchen, sich jetzt rother Stimmzettel zu bedienen. Ich unterbreche die Sitzung auf einige Minuten.

(Nach Wiederaufnahme der Sitzung:) Wir beginnen mit der Abgabe der Stimmzettel. Ich bitte, den Namensaufruf vorzunehmen. (Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dehm geben die Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Wir beginnen mit dem Scrutinium der zweiten Abstimmung. (Scrutator Gem.-Rath Herold liest die Namen von den ihm seitens des Bürgermeisters übergebenen Stimmzetteln ab. — Nach Beendigung des Scrutiniums:) Das Resultat der zweiten Abstimmung ist folgendes:

Es sind 137 Herren Gemeinderäthe anwesend und es wurden 137 Stimmzettel abgegeben. Die absolute Majorität beträgt demnach 69. 70 Stimmzettel waren leer, 65 Stimmen entfielen auf Herrn Dr. Karl Lueger und 2 Stimmen auf Herrn Dr. Albert Richter. Es ist sonach die absolute Majorität nicht erreicht, daher ist zur engeren Wahl zu schreiten, welche sich auf die zwei Mitglieder zu beschränken hat, die in der letzten Abstimmung die meisten Stimmen erhalten haben, das sind Herr Dr. Karl Lueger und Herr Dr. Albert Richter. Wir werden daher zur engeren Wahl schreiten.

Ich unterbreche die Sitzung auf fünf Minuten. Ich bitte, sich mit den Stimmzetteln zu versehen und dieselben auszufüllen.

(Nach Wiederaufnahme der Sitzung:) Bitte, den Namensaufruf vorzunehmen und zur Abgabe der Stimmzettel zu schreiten.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Schrenckh geben die Herren Gemeinderäthe ihre Stimmzettel ab.

Wir beginnen mit dem Scrutinium.

(Scrutator Gem.-Rath Herold liest die Namen von den ihm seitens des Bürgermeisters übergebenen Stimmzetteln ab. — Nach Beendigung des Scrutiniums:)

Das Resultat des Scrutiniums ist folgendes: 71 Stimmzettel waren leer. (Beifall rechts.) Ausgefüllt waren 66 Stimmzettel; die absolute Majorität beträgt daher 34, d. i. die absolute Mehrheit der ausgefüllten Stimmzettel. Herr Dr. Karl Lueger erhielt 65 Stimmen, ist daher zum ersten Vice-Bürgermeister der Stadt Wien gewählt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links und auf der Gallerie.) Die Gallerie ersuche ich, sich jeder Kundgebung zu enthalten, widrigenfalls ich sie sofort räumen lassen würde. (Bravo! rechts.) Ich ersuche um Ruhe.

Ich bitte Herrn Dr. Karl Lueger die Erklärung abzugeben, ob er die auf ihn gefallene Wahl annehmen wolle.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine sehr geehrten Herren! Auf Grund der in den heutigen Blättern enthaltenen Mittheilungen fühle ich mich für verpflichtet, die auf mich gefallene Wahl anzunehmen (Lebhafter Beifall links), und zwar aus dem Grunde, damit die Continuität der Autonomie der Gemeinde gewahrt bleibe und damit wenigstens einer hier im Wiener Gemeinderathe zeige, dass er entschlossen ist, eventuell nur durch freigewählte Vertreter die Gemeinde Wien verwalten zu lassen, insolange es überhaupt möglich ist. (Beifall links.)

Meine sehr geehrten Herren! Ich fühle vollständig das Gewicht der Verantwortung, welche ich mit dieser meiner Erklärung auf mich lade. Ich weiß, dass die Majorität des Wiener Gemeinderathes mich nicht gewählt hat, aber ich glaube, dass der Wille des Volkes es verlangt, dass ich die auf mich trotzdem gefallene Wahl annehme. (So ist es! und lebhafter Beifall links.)

Ich fühle mich verpflichtet, den Posten zu beziehen, auf welchen ich gerufen werde, und ich werde als treuer Soldat auf dem Posten ausharren, so lange Ehre und Pflicht mir dies gebieten. (Erneuerter Beifall links.)

Meine Herren! Sie werden von mir nicht verlangen — und ich glaube, es wäre auch gar nicht nothwendig, dass ich Ihnen die Grundsätze auseinandersetze, welche mich bei meinem Gebaren leiten werden. Ich kann Ihnen nur das eine sagen, dass ich, wenn ich zur Leitung Ihrer Verhandlungen berufen werden sollte, versuchen werde, vollständig objectiv zu sein, versuchen werde, die Redefreiheit nach allen Richtungen hin zu wahren und dafür zu sorgen, dass in rein sachlicher Weise alle Angelegenheiten besprochen werden, und dass der Gemeinderath in der Lage ist, einen richtigen Beschluss über jede Angelegenheit zu fassen.

Ich werde es versuchen, objectiv zu sein und ich werde auch versuchen, den Beweis zu liefern, dass ein gewisser Paragraph des Statutes der Gemeinde Wien nicht nothwendig ist, wenn der Vorsitzende in gerechter Weise die Geschäftsordnung handhabt (Lebhafter Beifall links) und keinen Unterschied in der Partei macht.

In Bezug auf die sonstige Verwaltung kenne ich nur drei Grundsätze: Wahrheit, Gerechtigkeit und Billigkeit. (Bravo! links.) Ich werde die Gesetze getreu befolgen und ich glaube, auf diese Weise am besten meine Pflicht zu erfüllen. Ich werde weiters dafür sorgen, wenn es mir überhaupt gegönnt sein wird, länger zu wirken, dass der Wiener Gemeinderath in allen Angelegenheiten, über welche er Beschluss zu fassen hat, genauestens informiert werde. (Lebhafter Beifall links.) Ich bin ein Gegner aller Überrumpelungen, ein Gegner aller jener Beschlüsse, welche ohne gehörige Vorbereitung vom Gemeinderathe gefasst werden.

Das sind die Principien, die mich, wenn es mir gegönnt sein sollte, an der Verwaltung der Gemeinde mitzuwirken, leiten werden.

Ich vertraue auf die Gesinnung des weitaus überwiegenden Theiles der Wiener Bevölkerung (Beifall links) und ich werde nach wie vor bestrebt sein, jene Grundsätze zur Geltung zu bringen, von welchen ich glaube, dass sie einzig und allein geeignet sind, das Wohl des Volkes zu fördern. (Beifall und Händeklatschen links.)

Ich halte fest an meinen Grundsätzen bezüglich der Verwaltung der Stadt Wien. Ich halte fest daran, dass das jetzige Gemeindestatut eine durchgreifende Änderung nothwendig hat (Lebhafter Beifall links), wenn die Verwaltung überhaupt in entsprechender Weise durchgeführt werden soll, und in diesem für mich immerhin feierlichen Augenblicke kann ich auch erklären, dass ich bestrebt sein werde, soweit es in meinen Kräften gelegen ist, dem bis jetzt von den politischen Rechten ausgeschlossenen Theile der Bevölkerung zu seinen politischen Rechten zu verhelfen. (Lebhafter Beifall links.)

Ich werde nie vergessen, dass ich ein Kind des Volkes bin. Ich bin stolz darauf, als ein selbstgemachter Mann mich emporgearbeitet zu haben, und ich werde auch dort, wohin ich gerufen werde, immer meinen Mann zu stellen wissen.

Ich vertraue auf die Bevölkerung Wiens, und zwar auf die gesammte Bevölkerung Wiens, auf alle Mitglieder des Gemeinderathes und auf Gott unseren Herrn, welcher das christliche Volk nicht verlassen, welcher einen treuen Diener unterstützen wird in der Erfüllung seiner Pflicht. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen links.)

Regierungsvertreter Bezirkshauptmann Dr. v. Friebeis: Hochgeehrte Herren! (Die Versammlung erhebt sich.) Seine Excellenz der Herr Statthalter hat mich im Sinne des § 26 des Wiener Gemeindestatutes vom 19. December 1890 in die heutige Gemeinderaths-Sitzung mit dem Auftrage entsendet, den seitens des neugewählten ersten Vice-Bürgermeisters nach Vorschrift des Gesetzes abzulegenden Diensteid entgegenzunehmen. Herr Dr. Lueger ist aus dem soeben vollzogenen Wahlacte als erster Vice-Bürgermeister gewählt hervorgegangen und hat über die Anfrage des Herrn Bürgermeisters erklärt, die Wahl anzunehmen. Im Rahmen der mir gewordenen Aufgabe liegt es, anlässlich der feierlichen Ablegung des von Ihnen, geehrter Herr Vice-Bürgermeister, zu beschwörenden Diensteides an Sie, der Sie nunmehr berufen sein werden, an der Leitung der Gemeindegeschäfte der Reichshaupt- und Residenzstadt theilzunehmen, das Ersuchen zu richten, bei Ausübung der Ihnen in Ihrer neuen Stellung obliegenden Functionen in den Geschäften des übertragenen Wirkungskreises der Gemeinde, der Staatsverwaltung die gebotene Unterstützung angedeihen lassen zu wollen. Sonach lade ich Sie ein, den vorgeschriebenen Diensteid in meine Hände abzulegen, und ersuche den Herrn Schriftführer, die Eidesformel zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Schreuckh verliest hierauf die Eidesformel:

„Sie werden einen Eid zu Gott dem Allmächtigen schwören und bei Ihrer Ehre und Treue geloben, Seiner Majestät dem Allerdurchlauchtigsten Fürsten und Herrn Franz Josef dem Ersten, von Gottes Gnaden Kaiser von Österreich, Könige von Böhmen ꝛc. ꝛc. und Apostolischen Könige von Ungarn und nach Allerhöchstdemselben den aus dessen Stamme und Geblüte nachfolgenden Erben treu und gehorsam zu sein, die Staatsgrund-

gesetze unverbrüchlich zu beobachten, das Ihnen anvertraute Amt eines Vice-Bürgermeisters der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien treu und redlich, nach Ihrem besten Wissen und Gewissen zu verwalten, den Herrn Bürgermeister in seiner Amtsführung gewissenhaft zu unterstützen und in Stellvertretung desselben die ihm obliegenden und von ihm beschworenen Pflichten genau zu erfüllen, sowie den Ihnen durch das Gesetz vom 19. December 1890, L.-G.-Bl. Nr. 45, und die Gesetze überhaupt auferlegten Verbindlichkeiten getreulich nachzukommen."

Herr Vice-Bürgermeister Dr. Lueger legt hierauf den Eid mit folgenden Worten ab:

„Was mir soeben vorgelesen wurde und ich wohl und deutlich verstanden habe, dem soll und will ich getreu und fleißig nachkommen, so wahr mir Gott helfe!"

Bürgermeister: Ich drücke dem verehrten Herrn Regierungsvertreter für seine heutige Intervention den Dank des Gemeinderathes aus. (Beifall.)

Ich theile noch mit, dass heute Nachmittag keine Plenarsitzung stattfindet, und erkläre die Sitzung für geschlossen.

(Schluss der Sitzung 12 Uhr 15 Minuten mittags.)

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **16. Mai 1895** unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Karl Lueger.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Die Versammlung ist beschlussfähig und ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Meine sehr geehrten Herren! Der Bürgermeister, Herr Dr. Raimund Grübl, hat an mich folgendes Schreiben gerichtet (liest):

„Wien, 14. Mai 1895.

Sr. Hochwohlgeboren

Herrn Dr. Karl Lueger, erster Vice-Bürgermeister!

Unter den gegebenen Umständen erscheint es mir unmöglich, die mir übertragenen Geschäfte in ersprießlicher Weise fortzuführen.

Ich lege daher mit dem heutigen Tage das Amt des Bürgermeisters nieder und bitte Sie, dem löblichen Gemeinderathe hievon Kenntnis zu geben.

Ich füge noch bei, dass ich gerne bereit bin, dem Präsidium alle Informationen in den laufenden oder schwebenden Angelegenheiten zur Verfügung zu stellen, um jede Störung in der Fortführung der Geschäfte zu vermeiden.

Hochachtungsvoll ergebenst

Dr. Raimund Grübl."

Meine sehr geehrten Herren! Seitdem Herr Dr. Raimund Grübl durch das Vertrauen der Wählerschaft in den Gemeinderath der Stadt Wien entsendet wurde, hat er sich den großen und mannigfaltigen Anforderungen, welche die Würde eines Gemeinderathes, insbesondere zur Zeit, als noch das alte, von den Grundsätzen wahrer Autonomie getragene Gemeindestatut für Wien in Geltung war, dem Mandatsträger auferlegte, mit hingebendem Eifer gewidmet. Dr. Grübl war ein geschätzter Mitarbeiter mehrerer Sectionen und Commissionen, er war ein tüchtiger Referent, ein schneidiger und gefürchteter Debatter. Einen hervorragenden Theil seiner Thätigkeit bildete seine Mitwirkung bei der Regelung der Verzehrungssteuer und bei der Vereinigung der Vororte mit Wien. Es war naturgemäß, dass ihn, als das neue Statut ins Leben trat, die Majorität des Wiener Gemeinderathes, als einen ihrer tüchtigsten, eifrigsten und treuesten Parteigenossen, zuerst in den Stadtrath und nachdem eine Stelle im Präsidium erledigt wurde, in dieses als Vice-Bürgermeister berief. Nach dem Tode des Herrn Bürgermeisters Dr. Prix, mit welchem ihn treue Freundschaft verbunden hatte, wurde er zum Bürgermeister der Stadt Wien gewählt. Auch in dieser Eigenschaft bethätigte Herr Dr. Raimund Grübl voll und ganz jene Tugenden, welche ich an ihm bereits hervorgehoben habe. Er war unermüdlich thätig und bestrebte sich, das nach seiner Meinung und Überzeugung Beste für die Gemeinde in jedem einzelnen Falle zu erreichen. (Beifall rechts.)

Gerne gebe ich ihm das Zeugnis, dass er auch nach seinen Kräften bemüht war, die Gegensätze der Parteien zu mildern (Lebhafter Beifall), und ich glaube im Namen aller Mitglieder des Gemeinderathes sprechen zu können, wenn ich sage, Herr Dr. Raimund Grübl hatte politische Gegner, aber er hat keinen persönlichen Feind. (Erneuerter lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts und links.)

Wie aus dem Schreiben des Herrn Dr. Grübl hervorgeht, hat derselbe wohl seine Stelle als Bürgermeister der Stadt Wien zurückgelegt, er verbleibt aber als Mitglied des Gemeinderathes.

Ich glaube daher den Schluss ziehen zu dürfen, dass er auch fernerhin seine Kraft und den reichen Schatz seiner Erfahrungen in dieser Körperschaft zum Besten unserer Vaterstadt Wien verwerten wird. Ich füge zum Schlusse bei, dass ich dies mit Freude begrüßen würde, da ich den Wert der autonomen Verwaltung gerade darin erblicke, dass durch lebhaften Austausch der Gedanken, durch Rede und Gegenrede es jedem ermöglicht werde, sich ein eigenes und richtiges Urtheil zu bilden. (Lebhafter Beifall.)

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

(Schluss der Sitzung 5 Uhr 15 Minuten nachmittags.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 21. Mai 1895.
Mittwoch, den 22. Mai 1895.
Freitag, den 24. Mai 1895.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **3. Mai 1895** (vormittags).

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Dr. Rechansky, v. Götz, v. Neumann, Dr. Hackenberg, Rückauf, Dr. Huber, Schlechter, Dr. Klotzberg, Schneiderhan, Kreindl, Stiaßny, Dr. Lueger, Vaugoin, Matthies, Dr. Vogler, Mayer, Witzelsberger, Müller, Wurm.
Bürgermeister Dr. Grübl.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Lederer.
Experten: Pädagogiums-Director Dr. Haunak.
Bibliotheks- und Museums-Director Dr. Glossy.
Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

St.-R. Dr. Lederer entschuldigt sein Ausbleiben von den heutigen Stadtraths-Sitzungen. (Zur Kenntnis.)

(3229.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über die Bemessung der Canaleinmündungsgebür für die Realität der Karoline v. Pröger, XIX., Hohe Warte 27, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 14, wird die Canaleinmündungsgebür für obige Realität vorläufig mit dem Betrage von 500 fl. bemessen und vorgeschrieben. Das magistratische Bezirksamt für den XIX. Bezirk erhält den Auftrag, in Angelegenheit dieser Art Eingaben streng amtlich zu behandeln und nur solche von Parteien entgegenzunehmen und der Amtshandlung zuzuführen, welche von dazu legitimierten Personen, eventuell von Bevollmächtigten gegen Beibringung der schriftlichen Vollmacht eingebracht werden. Der im vorliegenden Falle beobachtete Vorgang steht nicht im Einklange mit den allgemeinen Vorschriften für die amtliche Behandlung von Geschäftsstücken. (Angenommen.)

(3561.) St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Ansuchen des Ignaz und der Cäcilie Stödtinger um Bewilligung zur Zahlung der Canaleinmündungsgebür für XIV., Sturzgasse 45, in Raten und beantragt, zur Zahlung der Canaleinmündungsgebür per 204 fl. 84 kr. werden die angesuchten Raten, jedoch nur gegen Terminsverfall bei Nichteinhaltung einer der vom 1. Juli 1895 ab fälligen Raten, bewilligt. (Angenommen.)

(3616.) St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Ansuchen des Joh. Schmucker um Ermäßigung der Canaleinmündungsgebür für XVII., Dornbacherstraße 96, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 19. April 1894, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 14, die Canaleinmündungsgebür für die Realität XVII., Dornbacherstraße 96, im normalen Betrage von 322 fl. 10 kr. vorläufig mit 161 fl. 10 kr. zu bemessen und vorzuschreiben. (Angenommen.)

(3615.) St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Ansuchen des Leopold Richmann um Ermäßigung der Canaleinmündungsgebür für XVII., Dornbacherstraße 120, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 14, die Canaleinmündungsgebür für die Realität XVII., Dornbacherstraße 12, im normalen Betrage von 183 fl. 20 kr. vorläufig mit 91 fl. 95 kr. zu bemessen und vorzuschreiben. (Angenommen.)

(3640.) St.-R. Dr. Hackenberg referiert über die Ermäßigung der Canaleinmündungsgebür für die Realität des Anton Schwach, XVII., Dornbacherstraße 127, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 14, die Canaleinmündungsgebür für die Realität XVII., Dornbacherstraße 127, im normalen Betrage von 312 fl. 80 kr. vorläufig mit 156 fl. 40 kr. zu bemessen und vorzuschreiben. (Angenommen.)

(3641.) St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Ansuchen des Anton Schwach um Ermäßigung der Canaleinmündungsgebür für die Realität XVII., Dornbacherstraße 129, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 14, die Canaleinmündungsgebür für die Realität XVII., Dornbacherstraße 129, im normalen Betrage von 226 fl. 20 kr. vorläufig mit 113 fl. 10 kr. zu bemessen und vorzuschreiben. (Angenommen.)

(3560.) St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Ansuchen des Josef Groß um Zahlung der Canaleinmündungsgebür für XIV., Märzstraße 74 und Huglgasse 23, in Raten und beantragt, zur Zahlung der restlichen Canaleinmündungsgebüren werden die angesuchten fortlaufenden, am 20. eines jeden Monates vom 20. Mai 1895 ab fälligen Monatsraten von je 20 fl., jedoch nur gegen Terminsverfall bei Nichteinhaltung einer dieser Raten, bewilligt. (Angenommen.)

(3617.) St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Ansuchen des Johann Heindl um Ermäßigung der Canaleinmündungsgebür für XVII., Dornbacherstraße 125, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 14, die Canaleinmündungsgebür für die Realität XVII., Dornbacherstraße 125, im normalen Betrage von 188 fl. 76 kr. vorläufig mit 94 fl. 38 kr. zu bemessen und vorzuschreiben. (Angenommen.)

(3558.) St.-R. Dr. Hackenberg referiert über die Bemessung der Canaleinmündungsgebür für die Realität des Josef Windhaber, XI., Braunhirschengasse 9, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 14, die Canaleinmündungsgebür für die Realität XI., Braunhirschengasse 9, im normalen Betrage von 205 fl. 20 kr. vorläufig mit 102 fl. 60 kr. zu bemessen und vorzuschreiben. (Angenommen.)

(3521.) St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Ansuchen des Johann Schindler um Bemessung der Canaleinmündungsgebür für XVII., Dornbacherstraße 111, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 14, die Canaleinmündungsgebür für die Realität XVII., Dornbacherstraße 111, im normalen Betrage von 429 fl. 60 kr. vorläufig mit 214 fl. 86 kr. zu bemessen und vorzuschreiben. (Angenommen.)

(2729.) St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Ansuchen des Rudolf Meyer, Hausbesitzers, XIV., Märzstraße 96, um Ermäßigung der pro 1894 vorgeschriebenen Senkgrubenräumungsgebür und beantragt die Genehmigung des Ansuchens auf Herabsetzung der Gebür von 57 fl. 75 kr. auf den Betrag von 10 fl. im Sinne des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk. (Angenommen.)

(3563.) St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Ansuchen des Johann Schreiber um Bemessung der Canaleinmündungsgebür für XIX., Billrothgasse 84, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 14, die Canaleinmündungs-

gebür für obige Realität im normalen Betrage von 500 fl. mit 375 fl. 46½ kr. vorläufig zu bemessen und vorzuschreiben. (Angenommen.)

(3219.) St.-R. Dr. Hackenberg referiert über die käufliche Überlassung eines Theiles der Linienwallparcelle 260/3 und der Linienamts-Realität 260/2, Einl.-Z. 48, IV. Bezirk, und beantragt:

1. Das Offert des Josef Spilka auf käufliche Überlassung eines Theiles der Linienwallparcelle 260/3 und der Linienamts-Realität Cat.-Parc. 260/2, Einl.-Z. 48, IV. Bezirk, Figur a e i m l k d c b a, im Ausmaße von circa 567 m² um den Pauschalbetrag von 32.000 fl. wird genehmigt.

2. Diese Grundtransaction wird unter folgenden Bedingungen abgeschlossen:

a) Die Berichtigung des Kaufschillings hat in der Weise zu erfolgen, dass ein Betrag von 15.000 fl. am 15. August d. J., der Rest am 15. August 1896 bezahlt und mittlerweile mit 5 Percent halbjährig im vorhinein fälligen Zinsen verinteressiert wird.

Jedoch bleibt dem Käufer das Recht gewahrt, den Kaufschillingsrest auch vor Ablauf des oberwähnten Termines zu begleichen, wobei die etwa schon gezahlten Zinsen verhältnismäßig in Anrechnung zu bringen sein werden.

b) Als Sicherstellung des Kaufschillingsrestes sammt Nebengebüren wäre auf dem Kaufobjecte das Pfandrecht primo loco zu Gunsten der Gemeinde Wien einzuverleiben.

c) Die Vertragskosten, die Kosten der grundbücherlichen Einverleibungen und der Löschungsquittung, sowie die Übertragungsgebüren trägt der Käufer.

d) Die Gemeinde Wien verpflichtet sich, die grundbücherliche Abschreibung der von den obgenannten Parcellen als Straßengrund entfallenden Theilflächen, Figur a e i m n h f g a, im Ausmaße von circa 322 m² zu veranlassen, wogegen der Käufer auf seine Kosten die genannte Grundfläche ins richtige Niveau zu bringen hat.

Die Schadloshaltung für diesen Grund ist bereits in dem oberwähnten Pauschalbetrage enthalten.

Das städtische Gebäude Or.-Nr. 62 Alleegasse, IV. Bezirk, ist nach dem 1. August d. J. zu demolieren; zu diesem Behufe sind die diesbezüglich bestehenden Mietverhältnisse zeitgerecht zu kündigen.

Die Vergebung der Demolierungsarbeiten hat im Wege einer beschränkten Offertverhandlung stattzufinden.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3363.) St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Ansuchen des Leon Serpollet in Paris durch Dr. Ig. Mikosch um Bewilligung zur Vornahme von Probefahrten mit einem Tramway-Motorwagen auf einer Strecke der Wiener Tramway-Gesellschaft und beantragt, dem Gesuchsteller und der Wiener Tramway-Gesellschaft wäre, ein entsprechendes Ergebnis der commissionellen Erprobung vorausgesetzt, vom Standpunkte der Straßenbenützung die Bewilligung zum probeweisen Betriebe eines Dampfmotorwagens nach dem System Serpollet für drei Monate des Jahres 1895 und für die Strecke Rudolfsheim, beziehungsweise Penzing—Ring—Prater und retour unter folgenden Bedingungen zu ertheilen:

1. Die Zulässigkeit des Betriebes des Motorwagens ist vor der Einführung desselben in den öffentlichen Verkehr unter Beiziehung der competenten Factoren zu erproben.

2. Der Gemeinde steht der Widerruf dieser Bewilligung jederzeit frei; der Betrieb ist jedoch noch vor erfolgtem Widerruf einzustellen, wenn sich durch denselben Störungen im allgemeinen Verkehre ergeben.

3. Den hiezu beorderten Functionären der Gemeinde ist das Studium des Wagens sowie der diesbezüglichen Betriebseinrichtungen und Betriebsverhältnisse zu ermöglichen und thunlichst zu erleichtern.

4. Durch diese Bewilligung soll an den zwischen der Gemeinde Wien und der Wiener Tramway-Gesellschaft bestehenden Vertragsverhältnissen nichts geändert werden.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt, für den Fall, als dieser Wagen sich auf der obgenannten Strecke nicht bewährt, denselben auf einer anderen Strecke zu versuchen.

St.-R. Rückauf beantragt, die Probefahrten über den Franz Josefs-Quai—Praterstern und retour zu bewilligen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die Zustimmung zum probeweisen Betriebe des Motors von einer Probefahrt abhängig zu machen, welche zu einer Zeit vorgenommen werden soll, in welcher keinerlei Unfall zu besorgen ist. Das Ergebnis dieser Probefahrt ist dem Stadtrathe vorzulegen, welcher sohin erst einen definitiven Beschluss fasst.

St.-R. Matthies beantragt, den Wagen auf der Strecke Simmering—Central-Friedhof zu verwenden.

Die Anträge der St.-R. Dr. Lueger und Matthies werden abgelehnt.

Der Referenten-Antrag mit der Modification des St.-R. Rückauf angenommen.

(1296.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über Änderungen, respective Zusätze zum Statute des städtischen Pädagogiums und beantragt, es werden nachstehende Änderungen an dem mit Stadtraths-Beschluss vom 6. Juli 1892, Z. 3846, genehmigten Statute des Wiener Pädagogiums genehmigt:

1. Im § 13, Al. 2 ist nach den Worten „durch den Stadtrath" einzuschalten: „im Einvernehmen mit dem Bezirksschulrathe".

St.-R. Dr. v. Billing beantragt: „nach Einvernahme des Bezirksschulrathes".

Der Referent accommodiert sich diesem Antrage.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Weglassung dieser Einschaltung.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

2. Im § 23 lit. k sind die durch obigen Stadtraths-Beschluss eingeschalteten Worte „oder provisorischen" vor dem Worte „Lehrern" zu streichen. (Angenommen.)

3. § 36 hat zu lauten: Die Übungsschule des Pädagogiums ist eine nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eingerichtete öffentliche Doppel-Volks- und Bürgerschule (das ist eine fünfclassige Volks- und dreiclassige Bürgerschule für Knaben und eine ebensolche für Mädchen). (Angenommen.)

4. Zu § 38 kommt der Zusatz: Die an den beiden die Übungsschule des Pädagogiums bildenden Doppel-Volks- und Bürgerschulen wirkenden Lehrkräfte unterstehen in Bezug auf ihre Rechtsverhältnisse den für die Lehrer an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen Wiens geltenden Gesetzen. (Angenommen.)

5. § 39 hat in der bisherigen Fassung zu entfallen und statt desselben ein neuer Paragraph, und zwar folgenden Inhaltes, einzuschalten: „Die Directoren, Lehrer und Unterlehrer der Übungsschule sind verpflichtet, nach den Weisungen des Pädagogium-Directors durch Vorträge in der speciellen Methodik, durch Abhaltung von Musterlectionen, durch das Annehmen bei Probelectionen und durch Theilnahme an den pädagogischen Conferenzen bei der pädagogisch-didaktischen Fortbildung der Hörerschaft mitzuwirken. Für diese außerordentlichen Leistungen erhalten sie von der Gemeinde besondere Zulagen und Remunerationen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, diejenigen Lehrer, welche sich zu obigen Leistungen verpflichten, erhalten Remunerationen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, diese Bestimmung aus dem Capitel „Die Übungsschule" herauszunehmen und als Schlusscapitel anzureihen.

Referent beantragt, diesen Passus im dritten Abschnitte „Die Lehrer" als neuer § 17 einzuschalten.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

6. Im § 40, Al. a, ist das Wort „definitiver" vor „Unterlehrer" zu belassen. (Angenommen.)

7. Im § 40, Al. b, ist der Zusatz zu machen: Zu diesem Zwecke haben die Directoren der Übungsschule am Beginne jeden Schuljahres den Stundenplan und in jedem Monate die Classenbücher der Direction des Pädagogiums zur Vorlage zu bringen.

8. Im § 42 ist statt „Gemeinderäthe" „Stadträthe" zu setzen. (Angenommen.)

(3465.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Ansuchen des Mahnboten Ignaz Steinfelder um Pensionierung und beantragt auf Grund des § 119, Punkt 2, der Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und -Diener der Stadt Wien die Versetzung in den bleibenden Ruhestand über Ansuchen und Bemessung des Ruhegehaltes unter Zugrundelegung der nach der Pensionsvorschrift für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien anrechenbaren Dienstzeit mit 86 Percent des letzten Activitätsgehaltes, das ist mit 559 fl., vom ersten des auf die Versetzung in den Ruhestand nächstfolgenden Monates an und mit der Hälfte des zuletzt bezogenen Jahresquartiergeldes, das ist 90 fl., vom 1. August an, zusammen daher mit 649 fl.

Das Ansuchen um Bemessung des Ruhegehaltes mit dem vollen letzten Activitätsgehalte wird als unbegründet abgelehnt. (Angenommen.)

(3595.) **St.-R. Matthies** referiert über das Ansuchen der Firma Graßl, Schenk & Comp. um Consens zur Herstellung eines Kanzleigebäudes auf dem Südbahngrunde Cat.-Parc. 1897/1, Einl.-Z. 2036 Simmeringerstraße, X. Bezirk, und beantragt, die Ertheilung des Bauconsenses unter den im Augenscheinsprotokolle enthaltenen Bedingungen zu bestätigen. (Angenommen.)

(3657.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über die Demolierung der auf der Realität der aufgelassenen Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus im XVIII. Bezirke stehenden Baulichkeiten und beantragt, sämmtliche Objecte zu demolieren. Allen Parteien ist im Maitermine mit der kürzesten Frist zu kündigen. Der Magistrat wird beauftragt, wegen Bestimmung der Baulinie und Parcellierung der Realität sofort das Erforderliche zu veranlassen. (Angenommen.)

(3614.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Project für die Umpflasterung der Mariahilferstraße von der Neubaugasse bis zur Andreasgasse und beantragt:

1. die Genehmigung des vorliegenden Projectes mit dem adjustierten Gesammterfordernisse von 36.303 fl. 67 kr.;

2. die Genehmigung der Mehrkosten für die theilweise Arbeitsausführung zur Nachtzeit;

3. Bewilligung eines normalmäßigen Zehrungsbeitrages von 1 fl. pro Tag und 2 fl. pro Nacht für den betreffenden Bauinspicienten. (Angenommen.)

(3642.) St.-R. Schlechter referiert über das Ansuchen des Wendelin Kühnel um Einleitung der Schadloshaltungsverhandlung für die Grundabtretung VI., Gumpendorferstraße 112, Millergasse 1, und beantragt, die Erhebung und Verhandlung über die Schadloshaltung bezüglich der Grundabtretung bei der obigen Realität Einl.-Z. 718 des VI. Bezirkes im Sinne des § 12 B.-O. noch vor dem Umbaue auf Kosten des Gesuchstellers zu bewilligen und die Giltigkeitsdauer der Schadloshaltungsbestimmung auf zwei Jahre festzusetzen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(3443.) **St.-R. Dr. Nechansky** referiert über das Ansuchen des Robert Breindl, Küchengärtners in Kaiser-Ebersdorf, um Sistierung der pro Maitermin 1895 angeordneten Räumung seines Pachtgrundes am Ebersdorfer Fondsgute und um neuerliche Frist zur Zahlung des Pachtzinsrückstandes und beantragt, von einer executiven Entfernung des Robert Breindl von seinem dem Fondsgute Ebersdorf gehörigen Pachtgrunde im Maitermine 1895 wird Umgang genommen und der Genannte weiter auf dem Pachtgrunde belassen gegen dem, dass er bis längstens Ende October 1895 den Gesammtrückstand an Pachtzinsen, Gerichts- und Executionskosten bezahlt. Demselben ist behufs Hintanhaltung des Anwachsens noch höherer Rückstände das Pachtverhältnis im Mai pro November 1895 zu kündigen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt den Vorsitz.)

(756.) St.-R. Dr. Nechansky referiert über den Antrag bezüglich des Regierungsjubiläums Sr. Majestät des Kaisers. (Fortsetzuug der Berathung.)

Referent formuliert seinen Antrag wie folgt:

Der Stadtrath beschließe:

1. Für das 50jährige Regierungsjubiläum Sr. Majestät des Kaisers wird ein Betrag von einer Million Gulden gewidmet, von welchem 350.000 fl. in den Voranschlägen für die Jahre 1896 und 1897, der Rest im Jahre 1898 sicherzustellen sind.

2. Von diesem Betrage seien 500.000 fl. für Wohlfahrtseinrichtungen zu bestimmen.

3. Der Betrag von 500.000 fl. sei zu der Erbauung eines städtischen Museums auf dem Getreidemarkte zu verwenden und sei zur Erlangung von Plänen hiefür eine Concurrenz für in Wien ansässige Architekten auszuschreiben.

4. Die Bibliothek hat im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte wegen Festsetzung des Bauprogrammes und Bildung einer Jury ohne Verzug Vorschläge zu erstatten.

Das Bauprogramm ist vor Hinausgabe und vor Eröffnung der Concurrenz von der Jury zu prüfen.

Für die drei besten Pläne werden Preise von 2000 fl., 1500 fl. und 1000 fl. festgesetzt.

St.-R. Wurm beantragt: Vor der Concursausschreibung ist eine Planskizze vorzulegen, in welcher das Museum mit der Gartenanlage in Einklang gebracht wird.

St.-R. Dr. Lueger beantragt: Der Betrag von 500.000 fl. für Wohlfahrtseinrichtungen ist für eine Altersversorgung für zuständige Wiener in städtischer Verwaltung zu bestimmen.

Die Verhandlung wird abgebrochen.

(Schluss der Sitzung.)

2

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **3. Mai 1895** (nachmittags).

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Bürgermeister Dr. Grübl.
Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Experte: Bibliotheks- und Museums-Director Dr. Glossy.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

(9675.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über die Uneinbringlichkeit eines Licenzgebürenrückstandes per 120 fl. 96 kr. nach der Einspänner-Eigenthümerin Magdalena Zöchmann im XII. Bezirke für die Zeit vom 1. Juni 1888 bis 1. Juni 1894 und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(3564.) St.-R. Schneiderhan referiert über das Anbot des Leopold Durstberger auf käufliche Überlassung seines Granit-Steinbruches in Hainburg in Oberösterreich und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(3567.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Offert des Granitwerkes Teisnach in Baiern auf Lieferung von Granitwürfeln und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(3574.) **St.-R. Mayer** referiert über Gesuche um Verleihung der Wiener Zuständigkeit aus dem II. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Braun Netti, Gemischtwaren-Verschleißerin;
Mader Franz, Hilfsarbeiter;
Mareš Cyrill, Schuhmachergehilfe;
Prochazka Johanna, Bedienerin;
Feuer Marcus, Gemischtwaren-Verschleißer;
Dominizi Heinrich, Kutscher;
Matzelsberger Sebastian, Fiakerkutscher;
Huber Josef, Tischlergehilfe;
Ruthner Josefa, Köchin;
Valenta Franz, Hilfsarbeiter;
Ohrenberger Eduard, Briefträger;
Hamerschmid Anton, Geschäftsdiener;
Herzog Leopoldine, Wäscherin;
Moudl Juliane, Wäscherin;
Galuska Josef, Maurergehilfe und Hausbesorger;
Ekenberger Josef, Hausbesorger und städt. Badediener;
Diem Ferdinand, Scontist;
Rzezatsch Josef, Schlossergehilfe;
Strakosch Pepi, Hausierer;
Wurc Franz, Hilfsarbeiter;
Wurc Karl, Hilfsarbeiter;
Kapounek Johann, Bäckergehilfe;
Pokorny Josef, Schlossergehilfe;
Heinrich Ferdinand, Geschäftsdiener und Hausbesorger;
Bláha Johann, Geschäftsführer;
Richter Adolf, Geschäftsdiener und Hausbesorger;
Byterna Karl, Schneidermeister;
Berger Florian, Schuhmachermeister, und
Doblinger Ferdinand, Fabrikswächter. (Angenommen.)

(3255.) St.-R. Mayer referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem II. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für

Fricinel Anton, Gemischtwaren-Verschleißer;
Potz Wilhelm, Schneidermeister;
Bokoun Wenzel, Schuhmachermeister, und
Jonas Franz Jakob, Taschnermeister. (Angenommen.)

(3662.) St.-R. Mayer referiert über die Gewinnung von Gartenerde von den zum Stadtbahnbaue verwendeten Gründen längs der Hohenauergasse, XIX. Bezirk, und beantragt, zum Zwecke der Abgrabung eines Quantums von circa 1500 m^3 Gartenerde von den obbezeichneten Gründen und Verführung dieser Erde auf die städtischen Depotplätze in der Sieveringerstraße und Obkirchergasse einen Kostenbetrag von 1175 fl. zu bewilligen und die Besorgung des Erdabhubes und der Erdverführung dem Großfuhrmanne Cirillo Paganini gegen den Betrag von 95 kr. per Fuhre = Doppeltruhe zu 48 Cubikschuh oder 1·5 m^3 zu übertragen. (Angenommen.)

(2689.) St.-R. Mayer referiert über den Magistrats-Antrag auf dermalige Umgangnahme von der Versetzung der im oberen Theile der Tiefaustraße in Neuwaldegg am Abhange des Fußweges stehenden Bäume, sowie von der Abgrabung dieses erhöhten Fußweges auf das Niveau der Straße und beantragt die Genehmigung dieses Antrages. (Angenommen.)

(3311.) St.-R. Mayer referiert über den Stadtbaumtsbericht wegen Übernahme des Cassa-Mankos aus dem Kartenverkaufe im städtischen Donaubade pro 1892 bis 1894 im Betrage von 64 fl. 58 kr. auf die Betriebskosten und beantragt die Genehmigung nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(3310.) St.-R. Mayer referiert über die Auslagen für Fuhrwerksleistungen am Viehmarkte und im Schlachthause St. Marx anläßlich der Schneefälle in den Monaten Februar und März 1895 und beantragt, die in den vorgelegten Rechnungen der Fuhrwerksbesitzerin Amalia Sandner ausgewiesenen Kosten für die Schneeabfuhr vom Central-Viehmarkte und aus dem Schlachthause St. Marx in den Monaten Februar und März 1895 mit dem bedeckten Betrage von zusammen 3894 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

(3606.) St.-R. Mayer referiert über die Vergebung der Holzstöckelpflasterung und der Steinpflasterungsarbeiten anläßlich der Neupflasterung der Eßlinggasse von der Börsegasse bis zum Franz Josefs-Quai, I. Bezirk, und beantragt, die bezüglichen Arbeiten und Lieferungen in folgender Weise zu vergeben:

a) die mit dem Kostenbetrage von 26.188 fl. 95 kr. veranschlagten Holzstöckelpflasterungsarbeiten an die Firma Guido Rütgers als Bestbieterin mit dem offerierten Nachlasse von 20 Percent, welcher einer Ersparung von 5237 fl. 79 kr. gleichkommt, gegen dem, dass bei diesen Arbeiten Perlmooser Portland-Cement zur Verwendung gelangt, und

b) die Steinpflasterungsarbeiten mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 3398 fl. 45 kr. an Johann Knobloch mit dem an-

gebotenen Nachlasse von 4 Percent, jedoch für die Tarifpost 67, d. i. für die Verführung des Abgrabungsmateriales 2 K 40 h ohne Nachlass, was einer Aufzahlung von 231 fl. 2 kr., respective einer Aufzahlung von 6·8 Percent zu den gesammten Kostenanschlagspreisen gleichkommt. (Angenommen.)

(3361.) St.-R. Mayer referiert über die Überschreitung der Ausgabs-Rubrik LII 5 „Wahlen in die Gewerbegerichte" um den Betrag von 59 fl. 34 kr. pro 1894 und beantragt die Genehmigung eines Zuschusscredites in dieser Höhe. (Angenommen.)

(3230.) St.-R. Mayer referiert über die Überschreitung der Ausgabs-Rubrik XX 10 „Verschiedene Feuerwehr-Erfordernisse" und beantragt, zur Deckung des restlichen Mehrerfordernisses per 1401 fl. 54 kr. einen Zuschusscredit in dieser Höhe zu bewilligen. (Angenommen.)

(1013 und 1414.) St.-R. Mayer referiert über das Ansuchen des Vorstehers des XI. Bezirkes um Umgangnahme von der Verlegung der städtischen Baumschule auf den Ried „Himmelreich", sowie über das gleiche Ansuchen von Pächtern der Bürgerspitalsgründe in Kaiser-Ebersdorf und beantragt, diesen Gesuchen keine Folge zu geben.

Der Magistrat wird beauftragt, über das weitere Ansuchen der Grundpächter in Bezug auf die Bewilligung einer mäßigen Entschädigung, beziehungsweise Vergütung aus Billigkeitsrücksichten aus Anlass der Beseitigung der auf den Pachtgründen errichteten Gebäude, Mistbeete, Brunnen, Einfriedungen 2c. Erhebungen zu pflegen und die bezüglichen geeigneten Anträge zu stellen. (Angenommen.)

(3703, 3704.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Ansuchen des Josef Kell um Grundab-, beziehungsweise -Zuschreibung rücksichtlich der Einl.-Z. 642 und 1605, IX., Nussdorferstraße, dann bezüglich der Einl.-Z. 1616 im XVIII. Bezirke, Währing, und Einl.-Z. 644 im IX. Bezirke und beantragt die Genehmigung nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(3601.) **St.-R. Wurm** referiert über das Project der k. k. Generaldirection der österr. Staatsbahnen für die Überbrückung der Koppstraße in Kilometer 37/8 der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn und beantragt die Zustimmung. (Angenommen.)

(3609.) St.-R. Wurm referiert über das Project der Generaldirection der österr. Staatsbahnen für die Umlegung des Unrathscanales am Gürtel nächst dem Hotel Wimberger aus Anlass des Stadtbahnbaues und beantragt die Zustimmung zu diesem Projecte. (Angenommen.)

(3514.) St.-R. Wurm referiert über die Zuschrift des k. k. Ministeriums des Innern wegen Arrondierung des Bauplatzes eines Garnisonsspitales beim Gatterhölzl in Meidling, XII. Bezirk, und beantragt:

1. Es sei der Verkauf des in den projectierten Bauplatz fallenden Theiles der Wegparcelle Nr. 347 in Unter-Meidling im Ausmaße von 1083 m^2 = 301 □° um den Pauschalbetrag von 1800 fl., d. i. circa 6 fl. per Quadratklafter, unter der Bedingung zu bewilligen, dass als Ersatz für den in Anspruch genommenen Wegtheil in der im Plane mit C A B bezeichneten Richtung eine Straße wenigstens in halber Breite hergestellt werde.

2. Es sei in die Widmung der Hälfte der Wasserleitungsparcellen Nr. 349/2, 344/3 in Hetzendorf und Nr. 140/3 in Unter-Meidling zu Straßenzwecken gegen Bezahlung einer Pauschalentschädigung von 2000 fl. und gegen dem einzuwilligen, dass auch die entsprechenden Flächen der Parcellen Nr. 348, 345 in Hetzendorf und Nr. 142/1 in Unter-Meidling der Gemeinde Wien als öffentliches Gut übergeben und die Pächter obiger drei Parcellen von dem k. k. Ministerium des Innern für Auflassung des Pachtverhältnisses entschädigt werden.

3. Die Vermögensübertragungsgebüren sammt Zuschlägen, die Stempelgebür für die Quittungen des Kaufschillings und die Gebüren für die Vertragsausfertigung sind vom k. k. Ärar allein zu bestreiten.

4. Selbstverständlich müssen alle nach der Bauordnung dem Parcellierungswerber obliegenden Verpflichtungen hinsichtlich der Straßenabtretung und Herstellung erfüllt werden, und jene Vorsichten bei einer etwaigen Bauführung auf der Seite der Rohrtrace beobachtet werden, welche bei allen Bauten an jenen Straßen, in welchen Hauptrohre der Hochquellenleitung liegen, vorgeschrieben sind.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, es sei dem ad 1 beantragten Verkaufe unter der weiteren Bedingung zuzustimmen, dass die zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 12. März 1895, Z. 260, aufgestellten Bedingungen bezüglich der Verbauungsart eingehalten werden.

Referenten-Antrag mit Zusatz Dr. Lueger angenommen. (An den Gemeinderath.)

(3621.) St.-R. Wurm referiert über die Entscheidung der Baudeputation vom 10. April 1895, Z. 197, über die Recurse der Eigenthümer der Häuser Nr. 26, 28 Nussdorferstraße, XIX. Bezirk, gegen die Decrete des magistratischen Bezirksamtes für den XIX. Bezirk, betreffend die Adaptierung der Gassenlocalitäten in einer dem genehmigten Niveau, beziehungsweise dem für den Bau der Stadtbahn erforderlichen Niveau entsprechenden Weise und beantragt die Kenntnisnahme.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, es sei die citierte Entscheidung nach eingetretener Rechtskraft im Amtsblatte zu veröffentlichen.

Referenten-Antrag mit Zusatz Dr. Lueger angenommen.

(3635.) St.-R. Wurm referiert über die Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Kramergasse, I. Bezirk, und beantragt, das eingelangte Offert des Eduard Rzehaczek abzulehnen und eine neuerliche Offertverhandlung auszuschreiben. (Angenommen.)

(3647.) St.-R. Wurm referiert über das Detailproject der k. k. Generaldirection der österr. Staatsbahnen für die Anlage und architektonische Ausgestaltung der Brücke über die Hernalser Friedhofstraße in Kilometer 4·045 der Vorortelinie der Wiener Stadtbahn und beantragt die Zustimmung zu diesem Projecte. (Angenommen.)

(3551.) **St.-R. Stiaßny** referiert über die Projecte für die Canalbauten in der Hütteldorferstraße, Kienmayergasse, Kuefsteingasse und Matzingergasse in Breitensee und beantragt, die vorgelegten Projecte mit dem veranschlagten bedeckten Kostenerfordernisse von 19.106 fl. 2 kr. zu genehmigen und für den Inspicienten den normalmäßigen Zehrungsbeitrag von 2 fl. täglich zu bewilligen. (Angenommen.)

(3319.) St.-R. Stiaßny referiert über die Vorstellung der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft gegen ein Decret des Bezirksamtes für den X. Bezirk puncto Erwirkung des Bauconsenses für einen Ziegeltrockenschupfen und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(3378.) St.-R. Stiaßny referiert über das Ansuchen des Moriz Steckerl um Consens zu baulichen Herstellungen auf den Bürgerspitalfondsparcellen 1497/1, II., Kronprinz Rudolfstraße, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses unter Genehmigung der Zahlung eines jährlichen Anerkennungszinses von 2 fl. für die herzustellende Rohrleitung. (Angenommen.)

(1847.) St.-R. Stiaßny referiert über den Ankauf der dem Johann Gschwandner und Consorten gehörigen Parcelle 425/19, Einl.-Z. 1283 Wahring, zur Arrondierung der städtischen Parcelle 427/1, Einl.-Z. 1274 im XVIII. Bezirke, und beantragt, den Ankauf der bezeichneten Grundfläche im Ausmaße von 193·77 m² — im Plane mit H I K E F G H umschrieben — um den Pauschalbetrag von 2000 fl. zu genehmigen. Die Vertragskosten, die Übertragungsgebüren und die Kosten der grundbücherlichen Durchführung hat die Gemeinde zu tragen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3566.) St.-R. Stiaßny referiert über das Ansuchen des Rudolf Reichelt um Genehmigung der Planauswechslung bezüglich des Baues II., Kronprinz Rudolfstraße 50, und beantragt die Verweigerung der Baubewilligung. (Angenommen.)

(2951.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Offert des Josef Kral auf die Baustelle IX, Einl.-Z. 227, XIV. Bezirk (ehemalige Sechshauser Spitalsrealität), und beantragt die Ablehnung.

(Angenommen.)

(3609.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Project für die zwischen der Kaiser Franz Josefbrücke und der Badhausgasse im XIII. Bezirke gelegene Strecke des Sammelcanales am rechten Wienflußufer und beantragt:

1. das vorgelegte Detailproject zu genehmigen;

2. die hiefür erforderlichen Arbeiten und Lieferungen durch die für das Baulos II der Sammelcanäle beiderseits des Wienflusses bestellten Unternehmer den bezüglichen Verträgen gemäß bewirken zu lassen;

3. das Detailproject der Commission für Verkehrsanlagen unter Mittheilung dieser Beschlüsse zur Genehmigung zu übersenden.

(Angenommen.)

(2768.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Ansuchen des Josef Reimer um Nachsicht des Pönales wegen verspäteter Herstellung der Möbel für das Volksbad im XIV. Bezirke und beantragt, aus Billigkeitsrücksichten die Conventionalstrafe bloß für fünf Tage, sohin mit dem Betrage von 100 fl. zu bemessen.

(Angenommen.)

(3525.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Ansuchen des Josef Hugo Ettmar um Schadloshaltung für den beim Hause IV., Alleegasse 17, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund per 250·20 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 55 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(3524.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Ansuchen des Anton Brunner um Bestimmung der Schadloshaltung für den vom Hause IX., Lackierergasse 6, abzutretenden Straßengrund im Ausmaße von 10·81 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 28 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(3613.) **St.-R. v. Götz** referiert über das Project für die Neupflasterung der Rißelgasse in Penzing, XIII. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Projectes mit dem Gesammterfordernisse von 14.616 fl. 34 kr. und die Bewilligung des normalmäßigen Zehrungsbeitrages von 2 fl. pro Tag für den Bauinspicienten.

(Angenommen.)

(3568.) St.-R. v. Götz referiert über das Ansuchen des Max und der Bertha Reisner um Schadloshaltung für den vom Hause XIII., Hietzing, Maxingstraße 14, abzutretenden Straßengrund per 79·20 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 4 fl. per Quadratmeter, sohin mit 316 fl. 80 kr. zu bestimmen. (Angenommen.)

(3033.) St.-R. v. Götz referiert über die Gesuche der Hauseigenthümer Ignaz Schreiner und Ignaz Köller um Beleuchtung des Fußweges von der Bad-(jetzt Schafberg-)gasse in Pötzleinsdorf bis Glasser-Villa in Neuwaldegg und beantragt die dermalige Abweisung.

(Angenommen.)

(2590.) St.-R. v. Götz referiert über das Project für die Beleuchtung der Weinberggasse in Unter-Sievering, XIX. Bezirk, und beantragt, die Aufstellung von 17 Petroleumlampen an den im Bauamtsplane bezeichneten Punkten und die Herstellungskosten per 425 fl., sowie die jährlichen Mehrkosten für öffentliche Beleuchtung per 374 fl. zu genehmigen. Die Installierung, sowie die Instandhaltung der beantragten Petroleumbeleuchtung wäre dem Vorsteher des XIX. Bezirkes zu übertragen. (Angenommen.)

(5663.) St.-R. v. Götz referiert über die Zuschrift der k. k. Generaldirection der österr. Staatsbahnen in Angelegenheit der Herstellung einer neuen Überbrückung des Westbahnhofes und beantragt:

1. der Stadtrath anerkennt neuerdings die Nothwendigkeit der Überbrückung des Westbahnhofes zwischen der Schmelzerbrücke und dem Viaducte der Rudolfsstraße;

2. der Bürgermeister wird ersucht, die Verhandlungen mit der k. k. Generaldirection der österr. Staatsbahnen dahin fortzusetzen, dass:

a) die Vereinfachung der Brückenconstruction und hiedurch die Verminderung der Ausführungskosten erreicht, und

b) eine Beitragsleistung von der Generaldirection zum Brückenbaue zugestanden wird. (Angenommen.)

(3706.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Ergebnis der Wahl des Bezirksvorsteher-Stellvertreters im III. Bezirke und beantragt, die Wahl des Karl Wagner zu bestätigen. (Angenommen.)

(3453.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über die Erweiterung des täglichen Fleischmarktes in der Großmarkthalle und beantragt, behufs der dringend nothwendigen Erweiterung des Fleischauslade- und Übergabsplatzes und der Verkaufsplätze in der Großmarkthalle:

1. den linksseitigen Pavillon I in den Fleischauslade- und Übernahmsplatz einzubeziehen und die Kosten für das aufzustellende Staketengitter per 150 fl. zu genehmigen;

2. das Anerbieten der Südbahn-Gesellschaft, von ihren Mietobjecten die Räume A, B, C, D gegen dem an die Gemeinde zurückzustellen, dass ihr dagegen die Fläche a b c d vermietet und an Stelle der aufzulassenden Räume B und C zwei andere Räume durch Einbauten im Südbahnmagazine H und I hergestellt werden, anzunehmen;

3. dem k. k. Hauptzollamte zur Unterbringung der Verzehrungssteuer-Expositur in der Großmarkthalle die Localitäten top. Nr. 77, 78 und 86 im Administrationsgebäude zuzuweisen und für die Zollmanipulation ein kleines Locale K im Südbahnmagazine herzustellen;

4. vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des erst auszuarbeitenden Detailprojectes die Kosten der neu herzustellenden Einbauten, der Versetzung der Einplankung des Abbruches der bisher von der Bahn- und Finanzexpositur benützten Einbauten B, C, E, der Demolierung von Mauertheilen mit dem Betrage von 2100 fl. zu genehmigen;

5. dem Productenhändler Moriz Goldner die Hallenräume top. Nr. 126 und 130 und das im ersten Stockwerke des Administrationsgebäudes gelegene Comptoir top. 91, dem Josef Engelberg die Localitäten top. Nr. 92 und 93 und dem Alexander Kutschera die Localitäten top. Nr. 95 und 96 im ersten Stocke zum Maitermine 1895 vierteljährig zu kündigen;

6. zur Bedeckung der Gesammtauslagen per 2250 fl. zur Rubrik XXIX 1 b einen Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses zu bewilligen. (Angenommen.)

(1902 und 3425.) **St.-R. Müller** referiert über das Resultat der Verhandlungen mit den Eheleuten Papesch wegen Erwerbung ihres Hauses Einl.-Z. 28 Unter-Baumgarten, XIII. Bezirk, Linzerstraße 241, und beantragt:

1. Die Gemeinde Wien erwirbt die vorbezeichnete Realität im Ausmaße von 4061 m², und zwar die dem Anton Papesch gehörige Hälfte um 15.000 fl. und die der Barbara Papesch gehörige Hälfte um 17.000 fl., zusammen um 32.000 fl., wobei die Gemeinde die Vertragskosten und Übertragungsgebüren trägt.

Die Übergabe dieser Realität in das Eigenthum der Gemeinde hat lastenfrei zu erfolgen.

2. Der zur geradlinigen Durchführung der Zehetnergasse erforderliche Theil des Hauses Or.-Nr. 241 Linzerstraße ist sofort zu demolieren und zu diesem Zwecke den daselbst wohnhaften Parteien monatlich zu kündigen.

Die Vergebung der Demolierungsarbeiten hat im Wege einer beschränkten Offertverhandlung zu erfolgen.

Sollte sich jedoch die Demolierung eines Theiles des Gebäudes als technisch undurchführbar erweisen, so wäre das ganze Object zu demolieren.

3. Das Bauamt ist zu beauftragen, entsprechende Vorschläge wegen künftiger Verwertung der von der Realität Einl.-Z. 28 verbleibenden Bauarea unter Einbeziehung eines Theiles der Straßengrundfläche der alten Zehetnergasse, eventuell im Wege der Parcellierung zu erstatten.

(Angenommen; Punkt 1 an den Gemeinderath.)

(3549.) St.-R. Müller referiert über die Bepflanzung der neuen Zufahrtsstraße zum Gersthofer Friedhofe und beantragt, die Versetzung von 24 Bäumen auf das Plateau der bezeichneten Zufahrtsstraße nach dem vorgelegten Kostenanschlage des Garteninspectors mit dem Gesammterfordernisse von 389 fl. zu genehmigen. Die Pflanzungsarbeiten im Kostenbetrage von 239 fl. sind durch den Garteninspector auszuführen, für die Beschaffung und Zufuhr der erforderlichen guten Ackererde per 150 m³ wird dem Bezirksvorsteher zu diesem Zwecke ein Betrag von 150 fl. bewilligt.

Über Anregung des St.-R. Dr. Klotzberg modificiert Referent seinen Antrag dahin, dass die Genehmigung nur für den Fall zu ertheilen ist, als die Umsetzung der Bäume bei der vorgeschrittenen Jahreszeit mit Garantie ihres Gedeihens bewerkstelligt werden kann.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(1348.) **St.-R. Dr. Nechansky** referiert über Anträge wegen der Feier des 50jährigen Regierungs-Jubiläums Sr. Majestät des Kaisers. (Fortsetzung der Berathung.)

(Bibliotheksdirector Dr. Glossy fungiert als Experte.)

Referent stellt folgende Anträge:

1. Für das 50jährige Regierungs-Jubiläum Sr. Majestät des Kaisers wird ein Betrag von 1 Million Gulden gewidmet, von welchem je 350.000 fl. in die Voranschläge für die Jahre 1896 und 1897, der Rest im Jahre 1898 sicherzustellen sind.

2. Von diesem Betrage seien 500.000 fl. für Wohlfahrtseinrichtungen zu bestimmen.

3. Der Betrag von 500.000 fl. sei zu der Erbauung eines städtischen Museums auf dem Getreidemarkte zu verwenden und sei zur Erlangung von Plänen hiefür eine Concurrenz für in Wien ansässige Architekten auszuschreiben.

4. Der Bibliotheksdirector hat im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte wegen Festsetzung das Bauprogrammes und Bildung einer Jury ohne Verzug Vorschläge zu erstatten. Das Bauprogramm ist vor Hinausgabe und vor Eröffnung der Concurrenz von der Jury zu prüfen.

Für die drei besten Pläne werden Preise von 2000 fl., 1500 fl. und 1000 fl. festgesetzt.

St.-R. Schlechter beantragt als Zusatz zu Punkt 3 der Referenten-Anträge: Es sei bei der Erbauung und Einrichtung des Museums auf eine historische Versinnlichung der Regierungsperiode Sr. Majestät des Kaisers Rücksicht zu nehmen.

Der Bürgermeister beantragt, den in der Stadtraths-Sitzung am 3. Mai d. J. vom St.-R. Dr. Lueger als Zusatz zu Punkt 2 der Referenten-Anträge gestellten Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

Der Bürgermeister wird ersucht, wegen Errichtung einer Altersversorgung ohne Verzug die bereits eingeleiteten Vorerhebungen fortzusetzen und dem Stadtrathe sobald als möglich eine diesbezügliche Vorlage zu machen.

St.-R. Schlechter beantragt:

5. Der Magistrat werde aufgefordert, wegen Ausgestaltung des Platzes bei der ehemaligen Mariahilferlinie und Errichtung eines Monumentes daselbst Bericht zu erstatten.

Bei der Abstimmung werden die Referenten-Anträge mit den Zusatz-Anträgen Dr. Lueger-Bürgermeister ad 2 und Schlechter ad 3, dann der Antrag Schlechter puncto Monument-Errichtung und Ausgestaltung des Platzes bei der Mariahilferlinie angenommen.

Ferner wird der in der Stadtraths-Sitzung vom 26. April d. J. vom St.-R. Wurm gestellte Antrag in folgender Fassung zum Beschlusse erhoben:

Das Bureau für den General-Regulierungsplan werde aufgefordert, binnen 14 Tagen eine Planskizze vorzulegen, in welcher das Museum mit der daneben befindlichen Gartenanlage in Einklang gebracht wird. (An den Gemeinderath.)

St.-R. Matthies referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung für:

(3701.) I. Bezirk:

Czikeli Anna, Bedienerin.

(3620.) III. Bezirk:

Schleiffelder Hugo, Handelsgesellschafter;

Latzko Moriz, Director und Verwaltungsrath der Actiengesellschaft der Wien-Floridsdorfer Mineralölfabrik. (Angenommen.)

(3357.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über das Ansuchen des Dr. Karl Diem um Ermäßigung der Canaleinmündungsgebür für die Realität XVII., Dornbacherstraße 92, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, Nr. 14 L.-G.-Bl., die Canaleinmündungsgebür im normalen Betrage von 231 fl. 60 kr. vorläufig mit 115 fl. 80 kr. zu bemessen. (Angenommen.)

(3355.) St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Ansuchen der Kath. Scheiderbauer um Ermäßigung der Canaleinmündungsgebür für die Realität XVII., Dornbacherstraße 116, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, Nr. 14 L.-G.-Bl., die Canaleinmündungsgebür im normalen Betrage von 283 fl. 20 kr. vorläufig mit 141 fl. 60 kr. zu bemessen. (Angenommen.)

(3356.) St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Ansuchen der Theresia Stachl um Ermäßigung der Canaleinmündungsgebür für die Realität XVII., Dornbacherstraße 107, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, Nr. 14 L.-G.-Bl., die

Canaleinmündungsgebür im normalen Betrage von 380 fl. 40 kr. vorläufig mit 190 fl. 20 kr. zu bemessen. (Angenommen.)

(3320.) St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Ansuchen des M. Steiner & Pollak um Bewilligung, die Canaleinmündungsgebüren für ihr Haus XIV., Nobilegasse 47, im Betrage per 422 fl. 92 kr. derart entrichten zu dürfen, dass sofort 72 fl. 92 kr. und der Rest in monatlichen Raten à 50 fl. vom 15. Mai an bezahlt werde, und beantragt, das gestellte Ansuchen gegen Terminsverfall bei Nichteinhaltung der Raten und gegen grundbücherliche Sicherstellung des Betrages von 422 fl. 92 kr. auf ihrem bezeichneten Hause auf Kosten der Gesuchsteller zu bewilligen. (Angenommen.)

Bürgermeister Dr. Grübl referiert über die Honorierung der Universitäts-Professoren Hofrath Dr. Leopold Pfaff und weil. Hofrath Dr. Adolf Exner für ihr in der Gasfrage seinerzeit erstattetes Rechtsgutachten und beantragt, dem Erstgenannten sowie den Erben nach dem Letztgenannten je einen Betrag von 500 fl. zuzuerkennen. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **7. Mai 1895.**

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.
Bürgermeister Dr. Grübl.

Experten: Oberingenieur Helmreich, Magistrats-Commissär Weißkirchner.

Schriftführer: Magistrats-Secretär Roßner.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

Die St.-R. Dr. Lueger und Matthies entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung, St.-R. Dr. Hackenberg entschuldigt sein verspätetes Erscheinen. (Zur Kenntnis.)

Nachweisung über die Belastung des Reservefondes mit 4. Mai 1895:

Reservefond		400.000 fl. — kr.
Effective Belastung	57.509 fl. 30 kr.	
Belastung durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen	85.114 fl. 28 kr.	
zusammen		142.623 fl. 58 kr.
daher noch verfügbar		257.376 fl. 42 kr.
und nach Abzug der für unvorhergesehene Auslagen bei den Bezirken 1 bis XIX à 500 fl. zu reservierenden		9.500 fl. — kr.
noch		247.876 fl. 42 kr.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefondes Anträge im Gesammtbetrage von 183.735 fl. 48½ kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

Dankschreiben des Bürgermeisters von Laibach für die vom Stadtrathe bewilligte Unterstützung per 5000 fl. für die durch die Erdbebenkatastrophe hart betroffenen Bewohner von Laibach. (Zur Kenntnis.)

(2721.) **St.-R. Dr. Nechansky** referiert über den von mehreren Geschäftsinhabern am Graben eingebrachten Protest gegen den Bestand des Annoncenkioskes vor dem Hause Or.-Nr. 30 am Graben, I. Bezirk, und beantragt die Abweisung des Protestes und Belassung dieses Objectes gegen Widerruf an seinem derzeitigen Standorte. (Angenommen.)

(10105 ex 1894, 3750 ex 1895.) **St.-R. v. Götz** referiert über die Vorlage des Magistrates, betreffend die Erweiterung des Baumgartener Friedhofes, und über den diesbezüglichen Antrag des Gem.-Rathes Brauneiß und beantragt, die auf diese Friedhof-Erweiterung abzielenden Anträge des Magistrates abzulehnen. (Angenommen.)

(Während dieses Referates haben Magistrats-Commissär Dr. Weißkirchner und Oberingenieur Helmreich als Experte fungiert.)

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt den Vorsitz.)

(3771.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über das Ansuchen des Simon Sobelsohn um Nachsicht des Zinses für die Zeit vom 1. Mai bis 1. August 1895 im Betrage von 87 fl. 40 kr. für von ihm gemietete Localitäten in der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus und beantragt die Abweisung dieses Ansuchens. (Angenommen.)

(3692.) Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über das Ansuchen der Marie Söllinger um Ausfolgung einer Hunde-Freimarke pro 1895 und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(3696 und 3697.) Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über das Ansuchen der Beamten der städtischen Bibliothek und des städtischen Archives um Bestimmung des ihnen nach dem Rangclassenschema für die städtischen Beamten zukommenden Ranges und beantragt, es sei den genannten Beamten, insofern es sich um die Frage des Ausmaßes von Diäten, Reisegeldern u. dergl. Bezüge oder um die Bemessung der Versorgungsgenüsse ihrer Witwen und Waisen handelt, folgender Rang zuzuerkennen:

a) Bibliothek und Museum:
Director . . . . VII. Rangclasse;
Custoden . . . . VIII. „
Scriptoren . . . IX. „
Amanuensis . . . X. „

b) Archiv:
Archivar . . . . VII. Rangclasse;
Archivsadjunct . . IX. „

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3819.) Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über das Ansuchen des Gabor Steiner um Abgabe von 50.000 hl Wasser aus der Hochquellenleitung für die einmalige Füllung der Lagunen

in der Ausstellung „Venedig in Wien" und beantragt die Gesuchsgewährung unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten (speciell gegen einen Preis von 625 fl. 50 kr.). (Angenommen.)

(3732.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung behufs Sicherstellung der Erd- und Pflasterungsarbeit für die Umpflasterung der Maria Theresienstraße zwischen Währinger- und Liechtensteinstraße, IX. Bezirk, und beantragt, die Erd- und Pflasterungsarbeit im veranschlagten Kostenbetrage per 4176 fl. 88 kr. und 300 fl. Pauschale dem Bestbieter Josef Kaufmann mit dem Nachlasse von 17·8 Percent zu übertragen. (Angenommen.)

(3746.) St.-R. Dr. Klotzberg referiert über die Vergebung der Drucklegung des Stadtphysikats-Berichtes pro 1891 bis 1893 und beantragt, die Drucklegung dieses Berichtes in einer Auflage von 700 Exemplaren unter Umgangnahme von einer öffentlichen Offertverhandlung der Commandit-Gesellschaft für Buchdruckerei ꝛc. von J. N. Bernay zu übertragen. Der Ladenpreis dieses Berichtes wird mit 6 fl. per Exemplar bestimmt. (Angenommen.)

(3269.) **St.-R. Dr. Nechansky** referiert über das Ansuchen des Anton Hofmann noe. der grundbücherlichen Eigenthümer XVIII., Währing, Weinhauserstraße Nr. 13, um Bewilligung zur Abtheilung der Einl.-Z. 50 in Währing in der Gentzgasse und beantragt die Genehmigung unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen. (Angenommen.)

(3232.) St.-R. Dr. Nechansky referiert über das Ansuchen des Georg und der Marie Walka um Grundabschreibung von der Realität Einl.-Z. 556 Hernals und Zuschreibung zur Realität Einl.-Z. 639 daselbst und beantragt die Genehmigung im Sinne des vom Magistrate gestellten Antrages. (Angenommen.)

(3041.) St.-R. Dr. Nechansky referiert über das Ansuchen des Dr. Heinrich Freih. v. Härtl noe. Alfred Voigt um Löschung der auf den Einl.-Z. 245 und 2817, III. Bezirk, zu Gunsten der Gemeinde Wien haftenden Reallasten und beantragt die Ertheilung der Löschungsbewilligung auf Kosten des Gesuchstellers hinsichtlich der auf den beiden genannten Realitäten haftenden Reallast der Verpflichtung zur Übergabe der Straßengrundparcellen 2069/2 und 3, 2072/2 und 2073/2 in den physischen Besitz der Gemeinde Wien und zur Herstellung des richtigen Niveaus dieses Grundes, ferner hinsichtlich der auf Einl.-Z. 2817, III. Bezirk, haftenden Reallast der Verpflichtung, dass mit Rücksicht auf die Auflassung der Dietrichgasse an der Seite gegen dieselbe an der Realität weder Öffnungen noch Dachtraufen hergestellt werden dürfen, hingegen die Abweisung des Begehrens um Ausstellung der Löschungserklärung bezüglich der auf Einl.-Z. 245, III. Bezirk, Baustelle I haftenden letztbezeichneten Reallast. (Angenommen.)

(2783.) St.-R. Dr. Nechansky referiert über das Ansuchen der Wiener Baugesellschaft um grundbücherliche Löschung von auf den Baustellen zwischen der Hohlweggasse und der Verbindungsbahn im III. Bezirke haftenden Reallasten und beantragt, der Stadtrath wolle die Zustimmung zur grundbücherlichen Löschung der zu Gunsten der Gemeinde Wien einverleibten Reallast der Übergabe der Straße im richtigen Niveau von den nachfolgenden Parcellen auf Kosten der Wiener Baugesellschaft ertheilen, und zwar:

Gruppe A,	Baustelle	1,	Einl.-Z.	2526	
„ „	„	2,	„	2737	
„ „	„	3,	„	2738	
„ „	„	5,	„	2739	
„ „	„	6,	„	2740	
Gruppe A,	Baustelle	7,	Einl.-Z.	2741	
„ „	„	8,	„	2742	
„ „	„	14,	„	2743	
Gruppe B,	Baustelle	1,	Einl.-Z.	2527	
„ „	„	7,	„	2699	
„ „	„	8,	„	2679	
„ „	„	14,	„	2667	
Gruppe C,	Baustelle	1,	Einl.-Z.	2672	
„ „	„	7,	„	2682	
„ „	„	8,	„	2683	
„ „	„	9,	„	2660	
„ „	„	14,	„	2643	
„ „	„	15,	„	2685	
Gruppe D,	Baustelle	1,	Einl.-Z.	2629	
„ „	„	7,	„	2687	
„ „	„	8,	„	2688	
„ „	„	9,	„	2662	
„ „	„	10,	„	2678	
„ „	„	11,	„	2644	
„ „	„	12,	„	2645	
„ „	„	13,	„	2631	
„ „	„	14,	„	2632	
„ „	„	15,	„	2633	
Gruppe G,	Baustelle	2,	Einl.-Z.	2608,	Cat.-Parc. 1145/13
„ „	„	3,	„	2809,	„ 1195/30
Gruppe I,	Baustelle	11,	Einl.-Z.	2827,	„ 1195/30
Gruppe K,	Baustelle	8,	Einl.-Z.	2639	
„ „	„	9,	„	2640	
„ „	„	10,	„	2690	
„ „	„	11,	„	2691	
„ „	„	12,	„	2692	
Gruppe L,	Baustelle	12,	„	2715	
Gruppe M,	Baustelle	12,	„	2720	

Die Löschung der vorbezeichneten Reallast von den Catastralparcellen 1195/27, 1195/28 und 1195/29, Gruppe I, wäre abzulehnen, nachdem für diese Parcellen, die einen Bestandtheil der Grundbuchs-Einlage 2610 bilden, noch keine besonderen Grundbuchs-Einlagen eröffnet wurden. Schließlich wird beantragt, die Zustimmung zur Löschung der auf der unparcellierten Realität Einl.-Z. 645, Gruppe E, unter Punkt 10 B des Lastenblattes einverleibten Reallast, den Straßengrund der Kölblgasse in seiner ganzen Breite von der Hohlweggasse bis zum Wächterhaus der Wiener Verbindungsbahn Parcellen Cat.-Z. 1126/5 und 1126/6, sowie die Strecke der Kleistgasse von der Kölblgasse bis zur Einfahrt des Sederl'schen Hauses Conscr.- und Grundb.-Einl.-Nr. 2329 bis zur physischen Übergabe dieser Gründe an die Gemeinde Wien auf ihre (Wiener Baugesellschaft) Kosten im fahrbaren Zustande zu erhalten, auf Kosten der Wiener Baugesellschaft zu ertheilen, nachdem auch diese Reallast durch die seither erfolgte Übernahme der bezüglichen Straßengrundflächen gegenstandslos geworden ist. (Angenommen.)

(3376.) St.-R. Dr. Nechansky referiert über das Ansuchen des Karl Hörandner um Grundabschreibung von der Realität Einl.-Z. 79, VIII. Bezirk, Bennogasse, und Zuschreibung zur Realität Einl.-Z. 884 daselbst und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(3377.) St.-R. Dr. Nechansky referiert über das Ansuchen des Heinrich Stagl um Bewilligung zur Abtrennung eines Theiles der Realität Einl.-Z. 380, Cat.-Parc. 1478 des VII. Bezirkes

behufs theilweiser Arrondierung der Realität Einl.-Z. 728 des XV. Bezirkes und Abtretung des vor derselben liegenden Straßengrundes bis zur halben Straßenbreite der Wimbergergasse und beantragt die Gesuchsgewährung unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten.

(Angenommen.)

(3821, 3820.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Modalitäten bei Vornahme der am 14. Mai d. J. stattfindenden Wahl des ersten Vice-Bürgermeisters und bei der am 17. Mai d. J. stattfindenden Wahl von acht Stadträthen und beantragt die Genehmigung der von ihm vorgelegten Bestimmungen für diese Wahlen. (Angenommen.)

(3515.) **St.-R. Dr. Nechansky** referiert über das Ansuchen des Dr. Gustav Topscher noe. der Eigenthümer der Realität Einl.-Z. 438, III. Bezirk, um Löschung der auf derselben zu Gunsten der Gemeinde Wien haftenden Wegservitut und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(4108 ex 1893.) St.-R. Dr. Nechansky referiert über den Recurs des Ludwig Obermayer gegen den sanitätspolizeiliche Anordnungen bezüglich des Hauses XV., Thalgasse 12, enthaltenden Auftrag des magistratischen Bezirksamtes für den XV. Bezirk vom 9. Mai 1893, Z. 18738, und beantragt, dem Recurse insofern Folge zu geben, dass nur die Herstellung eines Abortes im ersten Stocke zu verlangen sei. (Angenommen.)

(3384.) St.-R. Dr. Nechansky referiert über die von dem Ortsschulrathe des I. Bezirkes gegebene Anregung, die dem Faulmann'schen Stenographenvereine seinerzeit ertheilte Bewilligung zur Mitbenützung des Lehrzimmers der V. Classe an der Volksschule für Knaben I., Johannesgasse 4, zu widerrufen und beantragt, dieser auch vom Magistrate befürworteten Anregung Folge zu geben.

(Angenommen.)

(3721.) **St.-R. Kreindl** referiert über einen Standgebürenrückstand nach Anton Jelinek im Betrage von 14 fl. 66 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(3745.) **St.-R. Mayer** referiert über die vom Magistrate beantragte Abänderung des § 12 der Badeordnung für das städtische Donaustrombad und beantragt, den § 12 folgendermaßen festzusetzen:

Das Publicum wird ersucht, allfällige Beschwerden unter Namensfertigung und Angabe der Adresse in das beim Portier nächst dem Eingange zum Schwimmbassin aufliegende Beschwerdebuch einzutragen. (Angenommen.)

(3817.) **St.-R. Müller** referiert über den Statthalterei-Erlass wegen Ertheilung der Baubewilligung für den Neubau der k. k. Hochschule für Bodencultur nächst dem Türkenschanzparke im XIX. Bezirke und beantragt, die Vertreter der Gemeinde Wien zu ermächtigen, bei der am 8. Mai 1895 ausgeschriebenen Localcommission die Erklärung im Sinne des Bauamtsberichtes abzugeben, jedoch statt eines intabulationsfähigen einen einfachen Revers des k. k. Ärars in rechtsverbindlicher Form zu verlangen.

Bei der Localcommission wäre die Änderung des Niveaus in der Straße vor der Hauptfronte des zu errichtenden Gebäudes in der Richtung in Anregung zu bringen, dass wenigstens eine horizontale Ausbildung des Mittelrisalites ermöglicht werde, eventuell wäre die Niveaudifferenz in den Vorgarten zu verlegen und für die Hauptfronte ein möglichstes Planum zu schaffen.

Weiters wird das Bauamt beauftragt, die Frage der Herstellung eines Straßencanales zu studieren und das Canalproject rechtzeitig vorzulegen, so dass die Ausführung des Canales noch vor Benützung des Gebäudes ermöglicht werden kann. (Angenommen.)

(3776.) **St.-R. Vaugoin** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Geßmann auf Widmung eines weiteren Betrages von 10.000 fl. anlässlich der Erdbebenkatastrophe in Laibach und beantragt, der Stadt Laibach zur Linderung der durch das Erdbeben hervorgerufenen Nothlage ihrer Bewohner einen weiteren Betrag von 10.000 fl. zu widmen und zur Rubrik XXXVIII 1 b einen Zuschusscredit in dieser Höhe zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3673.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ansuchen der Union-Baugesellschaft I., Ebendorferstraße 6, betreffend die Deponierung von Baumaterialien anlässlich des Stadtbahnbaues auf städtischen Gründen im XIII. Bezirke, und beantragt, der genannten Gesellschaft die vom Magistrate bezeichneten Straßengründe im XIII. Bezirke zum Zwecke der Materiallagerung beim Stadtbahnbaue unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten unentgeltlich zu überlassen.

(Angenommen.)

(3658.) St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen des Magistrates um baubehördliche Genehmigung zu der mit Stadtraths-Beschluss vom 13. September 1894, Z. 7077, beschlossenen Untertheilung des Saales im Gemeindehause des VI. Bezirkes und beantragt die Ertheilung des Bauconsenses. (Angenommen.)

(3715.) St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen des Anton Gaugusch um Bekanntgabe der Schadloshaltung für den von der Realität IV., Margarethenstraße 47, abzutretenden Grund und beantragt die Einleitung von Verhandlungen durch ein vom Stadtrathe zu wählendes Comité. (Angenommen.)

In dieses Comité werden gewählt die St.-R. Wurm, Dr. v. Billing und Stiaßny.

(3773.) St.-R. Wurm referiert über die Note der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer vom 29. März 1895, Z. 2724, in Betreff der Erneuerung des Mietvertrages mit der k. k. Börsenkammer bezüglich der jetzt von der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer vermieteten Bureaulocalitäten im Börsegebäude und wegen Zumietung neuer Localitäten und beantragt, es sei durch ein Comité des Stadtrathes eine Verhandlung mit der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer zu führen. (Angenommen.)

Es wird der seinerzeit zur Führung von Verhandlungen mit der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer in Betreff des Kaufanbotes bezüglich des Hauses 33 und 35 Wipplingerstraße eingesetzte Comité mit diesen Verhandlungen betraut.

(3599.) St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen des Ingenieurs A. Riehl um Erstreckung des Termines zur Berichterstattung über das Project Avenue Praterstern—Stephansplatz um 14 Tage und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(2544.) St.-R. Wurm referiert über die Eingabe des Bezirksausschusses Leopoldstadt vom 27. März 1895, Z. 1419, in welcher die Würdigung und Annahme des Riehl'schen Projectes zur Herstellung der Avenue Praterstern—Stephansplatz empfohlen wird, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(3655.) **St.-R. Rückauf** referiert über das Project für den Umbau der Canäle in der Friedrich Kaiser-, Fesst-, Grüllemeier- und Eisnergasse im XVI. Bezirke und beantragt die Genehmigung des vorgelegten mit 33.672 fl. 80 kr. veranschlagten Projectes; Bestimmung eines Zehrungsbeitrages von 2 fl. täglich für den Bauinspicienten, Einmündung der bestehenden Hauscanäle in die Haupt-Unrathscanäle auf Kosten der Gemeinde und Verhandlung mit den Eigenthümern der in diese Canäle einmündenden Etablissements, welche durch die Einleitung von schädlichen Abwässern zur Beschädigung der Canäle

Anlass gegeben haben, behufs Leistung eines Beitrages zu den Kosten für diese Canalumbauten. (Angenommen.)

(3656.) St.-R. Rückauf referiert über die Verhandlungen wegen Schaffung eines Materiallagerplatzes für den XVI. Bezirk und beantragt ein Verhandlungs-Comité zu wählen, welches mit den Offerenten Kitzler und Danzinger behufs Ankaufes ihrer Objecte, eventuell Verlängerung des von Kitzler gegebenen Termines sich ins Einvernehmen zu setzen hat. (Angenommen.)

In dieses Comité werden gewählt die St.-R. Ritt. v. Neumann, Rückauf und Dr. Vogler. (Angenommen.)

(3741.) St.-R. Rückauf referiert über das Ansuchen des landwirtschaftlichen Vereines in Waidhofen a. d. Thaya um einen Ehrenpreis für die Pferdeausstellung am 15. Mai 1895 und beantragt, diesem Vereine einen Unterstützungsbeitrag von 100 Kronen in Gold als untheilbaren Ehrenpreis der Stadt Wien zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3562.) St.-R. Rückauf referiert über das Ansuchen des Karl und Albert Göbel um Consens zu baulichen Herstellungen in dem 32 bis 39 cm über die genehmigte Baulinie vorstehenden Hause XIV., Diefenbachgasse 20, und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk auf Ertheilung des Bauconsenses. (Angenommen.)

(3607.) St.-R. Rückauf referiert über zwei Einbürgerungsgesuche aus dem XIV. Bezirke und beantragt die Ertheilung der Aufnahmszusicherung an:

Kral Ferdinand, Hadernhändler;

Stöger Josef, Magazinsarbeiter. (Angenommen.)

(3822.) **St.-R. Mayer** referiert über das Anbot des Wilhelm v. Gutmann, ein überzähliges Schwanenmännchen aus dem Stadtparke um den Preis von 20 fl. käuflich zu erwerben, und beantragt die Genehmigung dieses Verkaufes.

Dieser Antrag wird unter der vom Vice-Bürgermeister Matzenauer beantragten Bedingung genehmigt, dass das fragliche Schwanenmännchen ein gemeiner weißer Schwan, nicht jener mit schwarzem Halse ist. (Angenommen.)

(3661.) **St.-R. Vaugoin** referiert über das Ansuchen des Hans Braun, Verwalters des Ottakringer Friedhofes, um Ermäßigung seines Pachtzinses und beantragt, es sei unter Aufrechthaltung aller übrigen Vertragsbestimmungen dem Hans Braun der Pachtzins von jährlich 2000 fl. auf 1500 fl. herabzusetzen.

(Angenommen.)

(3720.) St.-R. Vaugoin referiert über Beerdigungskosten-Rückstände nach 48 Parteien des II. Bezirkes und beantragt die Abschreibung dieser Gebüren im Gesammtbetrage von 190 fl. 40 kr. (Angenommen.)

(3818.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Ansuchen des Josef Jostal um Bewilligung zum Umbaue der an den Garten des städtischen Waisenhauses angrenzenden Realität VIII., Blindengasse 18, und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung des Bauconsenses und die Festsetzung des Übernahmspreises für den nach der Baulinie in die Verbauung einzubeziehenden Straßengrund im Ausmaße von 1·59 m² mit 70 fl. per Quadratmeter, d. i. mit dem Gesammtbetrage von 111 fl. 30 kr. (Angenommen.)

(3637.) St.-R. R. v. Neumann referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung wegen Sicherstellung der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Umbau des Haupt-Unrathscanales in der Lindengasse, VII. Bezirk, im veranschlagten Kostenbetrage von 2569 fl. 30 kr. und 400 fl. Pauschale und beantragt die Übertragung dieser Arbeiten an den Stadtbaumeister Eduard Rzehaczek mit der begehrten 18percentigen Aufzahlung, jedoch unter der Bedingung, dass bei diesen Arbeiten hydraulische Bindemittel der Marke M. Egger in Kufstein zur Verwendung gelangen. (Angenommen.)

(3717.) St.-R. R. v. Neumann referiert über das Ansuchen des Josef Hugo Ettmar um Ertheilung des Bauconsenses für den Umbau des Hauses Nr. 17 Alleegasse, IV. Bezirk, und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung des Bauconsenses unter gleichzeitiger Bewilligung der Anbringung von 0·15 m vorspringenden Risaliten.

Der hiefür in Anspruch zu nehmende Grund wäre mit einer doppelt so großen Fläche des abzutretenden Grundes zu compensieren.

(Angenommen; wegen der Grundcompensation an den Gemeinderath.)

(3677.) St.-R. R. v. Neumann referiert über die Übergabe des städtischen Grundes Einl.-Z. 563 in Ottakring in das Eigenthum des Ottakringer Kirchenbauvereines und beantragt:

Die im beiliegenden Übergabsprotokolle vom 29. April 1895 erwähnte, in mittelmäßig gutem Zustande befindliche Einplankung der übergebenen Baustelle Einl.-Z. 563, Ottakring, dem Ottakringer Kirchenbauvereine gegen dem ins Eigenthum zu überlassen, dass sowohl die auf der übergebenen Baustelle Einl.-Z. 563 befindlichen Zeug- und Materialienhütten der Gemeinde Wien daselbst insolange belassen, als auch die übergebene Baustelle und der anrainende Baugrund des Ottakringer Kirchenbauvereines Einl.-Z. 564 als Materiallagerplatz für den XVI. Bezirk insolange ohne gegenseitige Aufzahlung verwendet werden können, bis mit dem Baue des neuen Pfarrhofes thatsächlich begonnen wird.

Von diesem Baubeginne wäre Herr Bezirksvorsteher des XVI. Gemeindebezirkes vom Ottakringer Kirchenbauvereine vier Wochen vorher zu verständigen. (Angenommen.)

(3714.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Ansuchen des Adolf Jaeger um Schadloshaltung für den anlässlich des Umbaues des Hauses C.-Nr. und Einl.-Z. 847 des VII. Bezirkes Neustiftgasse abzutretenden Straßengrund und beantragt, die Schadloshaltung mit 20 fl. per Quadratmeter, d. i. bei dem Ausmaße von circa 68 m² mit dem Gesammtbetrage von 1360 fl. zu bestimmen.

(Angenommen.)

(3687.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Ansuchen der Union-Baugesellschaft um Gestattung des Bezuges eines Theiles des zum Reservoirbaue in Breitensee benöthigten Romancementes aus der Fabrik des Josef Tichy in Waldmühle bei Kaltenleutgeben und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(1844.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über eine Zuschrift der Donauregulierungs-Commission in Betreff der zur Anlage einer Nutzwasserleitung vorbehaltenen Gründe in der Donaustadt und beantragt, der Donauregulierungs-Commission mitzutheilen, dass auf den Ankauf der fraglichen Gründe zu Zwecken der Nutzwasserleitung nicht mehr reflectiert werde. (Angenommen.)

(3752.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über die Bemessung der Canaleinmündungsgebür für zwei Aborte in dem Hause XI. Bezirk, Hauptstraße 122, und beantragt, es werde im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, Nr. 14 L.-G.- u. V.-Bl., die Canaleinmündungsgebür im normalen Betrage von 281 fl. 40 kr. vorläufig mit 140 fl. 70 kr. bemessen und vorgeschrieben. (Angenommen.)

(10428 ex 1894.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Ansuchen des Moriz Weiniger, Contrahenten für die Kehricht-

einsammlung im XVIII. Bezirke, um Gestattung der Ablagerung des Kehrichts dieses Bezirkes am Bruckhaufen im II. Bezirke und beantragt, die unentgeltliche Benützung des Bruckhaufens zur Ableerung des im XVIII. Bezirke eingesammelten Kehrichts dem Weiniger unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen zu ertheilen.

(Angenommen.)

(3675.) St.-R. Schneiderhan referiert über die Erwerbung eines Geundes behufs Verbreiterung der Zeleborgasse im XII. Bezirke und beantragt:

1. Die Gemeinde Wien erwirbt zum Zwecke der Verbreiterung der Zeleborgasse, XII. Bezirk, einen Theil der dem Rudolf Bauer gehörigen Realität Einl.-Z. 523, Cat.-Parc. 193 und 245 Unter-Meidling, Figur abedca im Ausmaße von 98·15 m² um den Einheitspreis von 10 fl. per Quadratmeter; die fragliche Grundfläche ist lastenfrei in das Eigenthum der Gemeinde zu übertragen. Letztere trägt die Vertragskosten und Übertragungsgebüren, die beiden Parcellentheile sind in einer separaten Grundbuchseinlage zu belassen.

2. Zur Deckung dieser Auslage wird zur Budgetrubrik XXII 4 „Einlösung von Häusern und Gründen zur Straßenverbreiterung" ein Zuschussredit in der Höhe des Kaufschillings per 981 fl. 50 kr. bewilligt.

(Angenommen; bezüglich Bewilligung des Zuschussredites an den Gemeinderath.)

(3777.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 16. Februar 1895, Z. 16521, betreffend das Ansuchen der Unternehmung Ritschl & Comp. um Ertheilung der Concession für die elektrische Bahn „Praterstern—Kagran" und beantragt die Einleitung von Verhandlungen mit dieser Bahnunternehmung durch ein vom Stadtrathe gewähltes Comité im Sinne der Anträge des Magistrates. (Angenommen.)

Bürgermeister Dr. Grübl verabschiedet die infolge Ablaufes ihres Gemeinderaths-Mandates aus dem Stadtrathe ausscheidenden Stadtrathsmitglieder.

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **8. Mai 1895.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende:

Dr. v. Billing,	Schlechter,
Dr. Lederer,	Schneiderhan,
Dr. Lueger,	Stiaßny,
Matthies,	Baugoin,
Müller,	Dr. Vogler,
v. Neumann,	Witzelsberger,
Rückauf,	Wurm.

Bürgermeister Dr. Grübl.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

(1039.) **St.-R. Matthies** referiert über das Offert des Karl Konstantin auf Pachtung von Theilen der städtischen Parcellen 1288, 1289 und 1283 in Simmering per 1 Joch 315·1 □°, XI. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des Pachtoffertes (jährlicher Pachtzins 40 fl. für die Zeit vom 1. Jänner 1895 bis 31. October 1900).

(Angenommen.)

(1040.) St.-R. Matthies referiert über das Offert des Johann Kalch auf Pachtung von Theilen der städtischen Parcellen 1289 und 1291 in Simmering per 1504·7 □° und beantragt die Genehmigung des Pachtoffertes (jährlicher Pachtzins 40 fl. für die Zeit vom 1. Jänner 1895 bis 31. October 1900). (Angenommen.)

(3698.) St.-R. Matthies referiert über den Verkauf von 7 Stück entbehrlichen Oberflur-Hydrantenständern aus dem Maschinenhause der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung an die freiwillige Feuerwehr in Groß-Lukow und beantragt die Genehmigung des Verkaufes von 7 Stück im städtischen Betriebe nicht mehr verwendbaren Oberflur-Hydrantenständern an das Feuerwehr-Commando in Groß-Lukow gegen Zahlung von 40 fl. 47 kr. (Angenommen.)

(3638.) St.-R. Matthies referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Reconstruction der Sohle des Sammelcanales in der Simmeringerstraße im X. Bezirke und beantragt:

1. bezüglich der Erd- und Baumeisterarbeiten die Ablehnung des eingelangten Offertes des Eduard Rzehaczek und die Ausschreibung einer neuerlichen Offertverhandlung rücksichtlich dieser Arbeiten, und

2. bezüglich der Sohlenklinkerziegel-Lieferung die Annahme des Offertes der Wienerberger Ziegelfabriks-Baugesellschaft mit dem offerierten Preise von 172 Kronen = 86 fl. per 1000 Stück sammt Zufuhr gegen dem, dass seitens des Offerenten das Offert bezüglich der Conventionalstrafe für die allfällige Überschreitung des Lieferungstermines ergänzt, resp. mit den Originalbedingnissen in Übereinstimmung gebracht werde. (Angenommen.)

(3483.) St.-R. Matthies referiert über die Uneinbringlichkeit einer Forderung der bestandenen Gemeinde Kaiser-Ebersdorf an die Eheleute Leopold und Marie Frank und beantragt die Abschreibung der der Gemeinde Wien als Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Kaiser-Ebersdorf an die Ehegatten Leopold und Marie Frank aus deren Schuldschein vom 1. Juni 1875 zustehenden Forderung per 50 fl., sowie der Forderung an Marie Frank zufolge deren Empfangsbestätigung vom 14. August 1875 im Betrage von 10 fl.

(Angenommen.)

(3565.) St.-R. Matthies referiert über die Pflasterung der Reisnerstraße von der Richardgasse bis zum Rennweg und beantragt:

1. die Pflasterung der Reisnerstraße im III. Bezirke in der Strecke von der Richardgasse bis zum Rennweg mit Metallic mit dem approximativen Kostenerfordernisse von 13.000 fl. in das Pflasterpräliminare pro 1896 aufzunehmen;

2. den vorliegenden Antrag des Gem.-Rathes Schneeweiß, insoweit sich derselbe auf die Strecke von Or.-Nr. 25 bis zur Salesianergasse (eventuell mit Metallic) beziehungsweise auf die Herstellung eines Metallicpflasters auch in der weiteren Strecke von der Salesianergasse bis zur Marokkanergasse bezieht, abzulehnen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3550.) St.-R. Matthies referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Metallicpflasterung in der Strohgasse im III. Bezirke und beantragt die Genehmigung des Offertes des Johann Knoblach mit dem Nachlasse von 4·6 Percent (= 154 fl. 49 kr. Ersparnis). (Angenommen.)

(3552.) St.-R. Matthies referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Neupflasterung der Steingasse, III. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des Offertes des Franz Böck mit dem Nachlasse von 15 Percent (= 841 fl. 34 kr. Ersparnis).

(Angenommen.)

(3554.) St.-R. Matthies referiert über das Ansuchen des Victor Alder um Abtheilung der Realität Einl.-Z. 1639, X. Bezirk,

Simmeringerstraße 116 und 118, und beantragt die Genehmigung der Grundtrennung unter der Bedingung, dass der außerhalb der Baulinie gelegene anlässlich der Abplankung der Baugruppe irrigerweise einbezogene Straßengrund per 20·55 m², im vorgelegten Plane mit B Chi bezeichnet, wieder an die Gemeinde unentgeltlich abgetreten werde. (Angenommen.)

(3509.) St.-R. Matthies referiert über die Erwerbung einer Grundfläche für die zu erbauende Pfarrkirche in Simmering und beantragt, es sei der vom Bezirksausschusse des XI. Bezirkes vorgeschlagene Platz für den Bau der Pfarrkirche nicht in Aussicht zu nehmen und der Bezirksvorsteher zu ermächtigen, einen anderen geeigneten und billigeren Platz auszumitteln und wegen Erwerbung desselben mit den betreffenden Grundbesitzern in Verhandlung zu treten.

St.-R. Dr. Lueger beantragt den Ankauf des Platzes für den Fall, als die Partei denselben um 8 fl. per Quadratmeter veräußert, im gegentheiligen Falle sei durch den Bezirksausschuss ein anderer Platz zu wählen.

St.-R. Müller beantragt, mit der Partei zu verhandeln.

Der Antrag des St.-R. Dr. Lueger wird zurückgezogen, der Referenten-Antrag mit dem Zusatze des St.-R. Dr. Vogler: „wegen zu hohen Preises" angenommen.

(3430.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Mehrkosten für die Herstellungen im Restaurationsgebäude des Türkenschanzparkes und beantragt die Überschreitung der mit Stadtraths-Beschluss vom 23. Juni 1893, Z. 3620, für mehrere Restaurierungen und Zubauten im Türkenschanz-Restaurationsgebäude genehmigten Kosten per 3931 fl. 13 kr. um den Betrag von 486 fl. 12 kr. (bedeckt Rubrik XII 4). (Angenommen.)

(3457.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über den Bericht bezüglich der Vornahme der Reinigungs- und Weißigungsarbeiten im Polizeigefangenhause in eigener Regie und beantragt:

1. Die Gefangenoberaufsicht des Wiener Magistrates wird in Erweiterung der ihr durch den Gemeinderaths-Beschluss vom 28. Februar 1889, Z. 550, eingeräumten Befugnisse ermächtigt, zur Instandhaltung der Arreste, Schublocale, Stiegen, Gänge, Aborte und Baderäume der magistratischen Expositur im Polizeigefangenhause bei Mangel geeigneter, in der Anstalt befindlicher Häftlinge und Schüblinge und bei Unmöglichkeit einer Heranziehung entsprechender Schüblinge und Häftlinge aus der staatlichen Abtheilung in genügender Anzahl (im Sinne des Localaugenscheinsprotokolles vom 1. August 1888, Z. 168027), und zwar zum Taglohne von 50 kr. auch freiwillig sich meldende Individuen aus dem städtischen Asyl- und Werkhause zu verwenden und denselben außer einem entsprechenden Taglohne von höchstens 50 kr. auch Unterkunft, dann eine einmalige Betheiligung mit Arbeitsgewand (1 Hemd, 1 Zwilchjanker, 1 Zwilchhose, 1 Paar Schuhe per zusammen 5 fl.) aus dem Localkleidervorrathe und endlich die Verpflegung im Kostenbetrage bis zu 50 kr. täglich zu gewähren;

2. die hieraus sich ergebenden Mehrauslagen werden auf die Rubrik XII 4 b, welche hiefür Deckung bietet, verwiesen. (Angenommen.)

(3431.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen der Conferenz St. Josef des Vincenzvereines um Localüberlassung in der Schule V., Wienstraße 97, und beantragt die Überlassung eines Lehrzimmers in obiger Schule unter den üblichen Bedingungen, jedoch ohne Cautionserlag und auf Widerruf. (Angenommen.)

(2916.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen des Ludwig Kohn, Buchdruckereibesitzers, um Nachsicht einer Augenscheinstaxe per 12 fl. und beantragt die Abweisung des Ansuchens. (Angenommen.)

(2875.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über die Abschreibung von seitens der Gemeinde aufgewendeten Kosten zur Sicherung der Passanten vor Schneemassen vor dem Hause der Bertha Felsenberg, XIX., Sommergasse 3, und beantragt die Abschreibung des Betrages von 4 fl. 20 kr. (Angenommen.)

(2913.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über die Uneinbringlichkeit einer Legalisierungsgebür per 1 fl. 10 kr. nach Franz Lang und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(2881.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über die Uneinbringlichkeit einer Augenscheins- und Kanzleitaxe per 7 fl. 20 kr. nach Ferdinand Plaszek und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(3579.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen des Vincenz Victor v. Pontis, Rechnungsofficiales, um Erhöhung der Diäten anlässlich einer Dienstreise nach Mauthausen und beantragt, demselben ausnahmsweise mit Rücksicht auf den Stadtraths-Beschluss Z. 5247 ex 1894 die Diäten per 3 fl. 36 kr. auf 5 fl. zu erhöhen. (Angenommen.)

(363.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen der Rosa Fasol um Nachsicht der Pfründenrückersatzforderung nach Johanna Fasol und beantragt, die Pfründenrückersatzforderung nach Johanna Fasol per 358 fl. 7 kr. nur zur Hälfte, d. i. mit 179 fl. aufrecht zu erhalten.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, für den Fall, als die Schuldforderung per 600 fl. nicht eingebracht werden kann, den ganzen Betrag abzuschreiben.

Der Referent accommodiert sich diesem Antrage.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(3519.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen des Diurnisten Julius Kelner um Erhöhung seines Diurnums von 1 fl. 60 kr. auf 2 fl. und um Gewährung einer monatlichen Zulage und beantragt, dieses Ansuchen abzuweisen und demselben nach Maßgabe seiner Verwendbarkeit und seiner ausnahmsweisen Dienstesverwendung eine Remuneration zu bewilligen.

Es ist daher demselben vom 18. April d. J. das höhere Diurnum per 1 fl. 80 kr. anzuweisen und unter gleichzeitiger Genehmigung des erforderlichen Zuschusscredites demselben eine Remuneration von 30 fl. zu gewähren. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2669.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über Anträge wegen Auszahlung von Pfründen an im Auslande wohnhafte Pfründner und beantragt, die Pfründen von im Auslande wohnhaften Personen nicht einzuziehen, sondern wie bisher auszuzahlen, doch wären solche Pfründen nur auf die Dauer eines Jahres zu verleihen und der Fortbezug nur dann zu bewilligen, wenn die Dürftigkeit und Würdigkeit durch alljährliche Beibringung von Armutszeugnissen ꝛc. auch im Wege der competenten Behörde documentarisch nachgewiesen erscheint. (Angenommen.)

(3314.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über den Jahresbericht pro 1894 über die städtischen Volksbäder und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(3740.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Altmannsdorf um Subvention und beantragt, derselben eine Subvention per 200 fl. gegen seinerzeitigen Ausweis über die Verwendung zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3659.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Vergebung der Arbeiten für die Einleitung des Hochquellenwassers in die städtischen Gebäude des XIII. Bezirkes und beantragt:

I. Die Einleitung des Hochquellenwassers in die unten genannten städtischen Gebäude im XIII. Bezirke einschließlich der Herstellung von Ausläufen in den Stockwerken in folgender Weise zu genehmigen:

1. Linzerstraße Nr. 417: Herstellung zweier Muschelausläufe im Parterre und eines Auslaufes im I. Stocke mit dem Kostenbetrage von 260 fl.;
2. Linzerstraße Nr. 399: Herstellung eines Muschelauslaufes im Hofe, ferner je eines Muschelauslaufes am Gange im Parterre und 1. Stock mit den Kosten von 220 fl.;
3. Linzerstraße Nr. 291: Herstellung eines Muschelauslaufes im Parterre mit den Kosten von 190 fl.;
4. Linzerstraße Nr. 232: Herstellung eines Muschelauslaufes im Hofe mit den Kosten von 180 fl.;
5. Alleegasse Nr. 28: Herstellung je eines Muschelauslaufes im Parterre und im I. Stocke mit den Kosten von 180 fl.

II. Die bezüglichen Arbeiten sind im currenten Wege auszuführen, die aufgelaufenen Kosten sind nach der Ausführung detailliert zu verrechnen.

III. Mit den nach den Normativbestimmungen des Stadtraths-Beschlusses vom 27. November, beziehungsweise Gemeinderaths-Beschlusses vom 4. December 1894, Z. 9374, zur Zahlung des 2percentigen Wasserzinses verpflichteten Mietparteien ist vor Herstellung der Ausläufe in den Stockwerken wegen Beitragsleistung zu verhandeln und hat die Herstellung im Weigerungsfalle zu unterbleiben.

IV. Das für die einzelnen Objecte erforderliche Wasserquantum ist entsprechend der Bewohnerzahl nach den diesfalls bestehenden allgemeinen Normen festzusetzen; für den Schulbedarf im Hause Nr. 291 Linzerstraße wird ein Wasserquantum von 5 hl pro Tag festgesetzt.

(Angenommen.)

(3682.) St.-R. Schlechter referiert über das Ansuchen des Josef Ottinger und Genossen um Ausstellung einer Löschungserklärung, betreffend die grundbücherlich einverleibte Reallast der Beitragsleistung zur Straßenerhaltung bezüglich des Hauses VI., Gumpendorferstraße 14, und beantragt, zu genehmigen, dass den Gesuchstellern als Eigenthümern des Hauses Grundb.-Einl.-Z. und Conscr. Nr. 240 im VI. Bezirke auf ihre Kosten die Löschungserklärung zur grundbücherlichen Löschung der ob dieser Grundbuchs-Einlage in C, Post 1, einverleibten Reallast der Verbindlichkeit wegen Beitragsleistung zur Erhaltung der Straße ausgefertigt wird.

(Angenommen.)

(3534.) St.-R. Schlechter referiert über das Ansuchen des Bezirksausschusses des VI. Bezirkes, betreffend die Freigebung der Sonntagsnachmittage für die Straßenkehrer, und beantragt, der Magistrat wird beauftragt, von sämmtlichen Bezirksausschüssen, mit Ausnahme des VI. Bezirkes, eine gutachtliche Äußerung über die eventuelle Durchführung der vom Bezirksausschusse des VI. Bezirkes gegebenen Anregung in allen Bezirken einzuholen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, dem Ansuchen Folge zu geben.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, die Bezirksausschüsse auch zu fragen, unter welchen Modalitäten auf dieses Ansuchen einzugehen sei.

Referenten-Antrag mit dem Zusatze des St.-R. Dr. Vogler angenommen.

(3846.) St.-R. Schlechter referiert über das Ansuchen der Anna Tisch um käufliche Überlassung eines Nussbaumes und eines Fliederbäumchens aus dem Hofraume des zu demolierenden städtischen Hauses VI., Theobaldgasse 7, um den Betrag von 10 fl. und beantragt die Genehmigung dieses Ansuchens. (Angenommen.)

(3719.) St.-R. Schlechter referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Zimmer- und Decorationsmaler um Subvention für die fachliche Fortbildungsschule und beantragt, derselben zur Erhaltung der Fortbildungsschule pro 1895 eine Subvention von 200 fl. zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3743.) St.-R. Schlechter referiert über die Abtheilung des an der Ecke der Nussdorferstraße und des Währinger Gürtels im IX. Bezirke gelegenen städtischen Grundcomplexes auf zwei Baustellen und beantragt, die Abtheilung des an der Ecke der Nussdorferstraße und des Währinger Gürtels, IX. Bezirk, gelegenen städtischen Grundcomplexes auf zwei Baustellen, und zwar: Baustelle I, Theile der Cat.-Parc. 179/1 und 547/1, Einl.-Z. 52, im Ausmaße von 536·64 m², Baustelle II, Theil der Cat.-Parc. 979/1, 547/1, Einl.-Z. 52, Cat.-Parc. 580/4, Einl.-Z. 52, und Theil der Cat.-Parc. 1504/1 (öffentliches Gut) zu genehmigen.

Der Magistrat wird beauftragt, über die Verlegung der Schienen der Dampftramway baldigst Bericht zu erstatten. (Angenommen.)

(3602, 3571.) St.-R. Schlechter referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Paltschko Wilhelm, Leichenbestattungsunternehmer;
Just Ignaz, Modewarenfabrikant (VI. Bezirk);
Wiedl Michael, Schneider;
Zemann Franz, Taschner;
Pregunt Josef, Friseur;
Batsch Michael, Kaffeesieder;
Kaukolik Adalbert, Schuhmacher (VII. Bezirk).

(Angenommen.)

(3711.) St.-R. Schlechter referiert über Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Bohac Alois, Schuhmacher;
Pekař Johann, Hausbesorger;
Weißenstein Simon, Fabrikant;
Hübl Johann, Kaffeekoch;
Tischer Antonie, Bedienerin;
Scheuch Josef, Hausbesorger;
Michalek Thomas, Monteur;
Patzak Marianne, Marktvictualienhändlerin;
Michalka Eduard, Schneidergehilfe;
Kratky Katharina, Haushälterin;
Pawel Anna, Weißnäherin;
Leibel Marcus, Hutverschleißer;
Hagenhuber Alois, Stadtträger;
Wallmann Franz, Conditorei-Geschäftsführer (VI. Bezirk).
(3712.) Kaufmann Martin, Hofbediensteter;
Hladil Anton, Gastwirt;
Huschak Ludwig, Schuhmacher;
Fritsch Josef, Platzmeister;
Hofmann Eduard, Holz- und Kohlenhändler;
Kucera Josefa, Bedienerin;
Abrahamovicz Karl, Postamtsdiener;
Fischer Franz, Goldarbeiter;
Waverka Wenzel, Schneider;
Mierniczki Rosalia, Inhaberin eines Dienstvermittlungs-Bureaus;
Hofmann Anton, Handschuhmacher;
Schmidjell Franz, Hausbesorger;

Fuchs Cäcilie, Wäscherin;
Peer Marie, Stubenmädchen;
Wolf Johann, Hausbesorger;
Galla Elisabeth, Hebamme;
Prazak Thomas, Geschäftsdiener;
Schreiber Theresia, Wäscherin;
Zamyslicky Franz, Schuhmacher;
Dunzer Andreas, Geschäftsdiener;
Hüvel Josef, Schneidergehilfe;
Pock Marie, Haushälterin;
Laskot Thomas, Kaffeebrenner;
Berger Marie, Hilfsarbeiterin;
Schuhmacher Franz, Geschäftsdiener;
Krick Karl, Magazineur;
Reininger Anton, Marqueur.

(3730.) Die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Fabro Josef, Cartonagewaren-Erzeuger;
Schnepp Johann, Installateur;
Sonntag Josef, Schneider;
Praczlik Paul, Posamentierer;
Dege Karl, Zimmermaler und Anstreicher;
Bertionja Alois, Rauchfangkehrer (VII. Bezirk).

(Angenommen.)

(3779.) **St.-R. Stiaßny** referiert über das Ansuchen des Dr. Ludwig Bogler noe. der Blümel'schen Erben um Abänderung mehrerer Bedingungen bezüglich Parcellierung der Realität Einl.-Z. 653 im VII. Bezirke, Mariahilferstraße—Kaiserstraße, und beantragt, in theilweiser Abänderung der mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 7. August 1894, Z. 6421, ertheilten Parcellierungsbewilligung bezüglich der Realität Einl.-Z. 653 des VII. Bezirkes zu genehmigen, dass:

1. von der im Punkte 4 des Magistrats-Intimates vom 13. August 1894, Z. 78827, aufgestellten Bedingung des Bauverbotes für die Parc. 1266/2 unter den vom Magistrate aufgestellten Bedingungen, jedoch mit der Abänderung abgegangen werde, dass die Pauschalabfindung 9200 fl. beträgt;

2. dass die unentgeltliche Abtretung der in den Punkten 8 und 9 der Parcellierungsbedingungen bezeichneten Grundtheile als öffentliches Gut erst dann zu erfolgen habe, wenn der Kirchenplatz als öffentlicher Platz hergestellt oder daselbst eine öffentliche Straße geführt wird;

3. dass die im Punkte 6 der Parcellierungsbedingungen bezeichnete, mit den Buchstaben $n_2\ g_1\ f_1\ e_1\ n_2$ umschriebene Fläche Parc. 1266/4 wohl als öffentliches Gut im Grundbuche mit der Bezeichnung „Gürtelstraße" eingetragen, jedoch in dem Falle, wenn die anstoßende Baustelle infolge Auflassung des Kirchenplatzes als öffentlicher Platz oder infolge Änderung der betreffenden Baulinie die Eigenschaft einer Eckbaustelle verlieren würde, für die obbezeichnete Fläche seitens der Gemeinde Wien eine angemessene Entschädigung geleistet werde.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, den Magistrat zu beauftragen, mit den Eigenthümern der Parc. 1306/2 in Wien bezüglich Erwerbung dieser Parcelle zu verhandeln und hierüber zu berichten.

Es wird beschlossen, den Magistrat zu beauftragen, mit den Brüdern Mandl, Eigenthümer der Parc. 187/1 in Fünfhaus und 1306/2 in Wien, bezüglich der Erwerbung des ganzen Complexes zu verhandeln und hierüber zu berichten.

St.-R. Dr. Bogler war bei Berathung und Beschlussfassung über diesen Gegenstand nicht anwesend.

(3674.) St.-R. Stiaßny referiert über den neuerlichen Bericht über das Ansuchen des Ferd. Kalb um Baubewilligung VII., Kaiserstraße 47, Westbahnstraße, und beantragt:

1. die Baubewilligung für die beiden je 4·84 m langen Risalitvorsprünge von 0·15 m und für den 3·48 m langen Thorportalvorsprung von 0·25 m zu bestätigen;

2. den zu diesen Vorbauten erforderlichen Straßengrund im Ausmaße von 2·32 m² um den Pauschalbetrag von 200 fl. an den Gesuchsteller zu überlassen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3686.) St.-R. Stiaßny referiert über das Ansuchen des Josef Prokop um Verwendung von hydraulischem Kalk der Firma Josef Tichy bei dem Baue des Wasserleitungs-Reservoirs am Rosenhügel und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(3824.) **St.-R. Müller** referiert über die projectierte Erweiterung des Gaswerkes der österr. Gasbeleuchtungs-Actiengesellschaft am Wienerberg im X. Bezirke und beantragt die Genehmigung des Vorschlages des Magistrates.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt:

Die Vertreter der Gemeinde Wien seien zu ermächtigen, nachfolgende Erklärungen abzugeben:

1. Mit Rücksicht auf die im Zuge befindliche Aufstellung eines Generalregulierungsplanes kann der beabsichtigten Erweiterung, durch welche der dauernde Bestand dieser Anstalt verbürgt werden würde, nicht zugestimmt werden.

Einerseits sind die betreffenden das Terrain durchziehenden Straßen nicht bestimmt, andererseits ist es auch Aufgabe des Generalregulierungsplanes, über die Verwendung der einzelnen Gebietstheile zu bestimmen, und in dieser Hinsicht muss die Anlage, beziehungsweise Erweiterung einer bestehenden Gasanstalt mit Bezug auf die hohe Lage des Terrains und die herrschende Windrichtung aus hygienischen Rücksichten ausgeschlossen werden.

2. Ist geltend zu machen, dass durch eine Erweiterung des Gaswerkes die dem Bürgerspitalsfonde gehörigen Gründe noch weiter entwertet werden, als dies ohnedies der dermalige Bestand des Gaswerkes verursacht.

Antrag des St.-R. Ritt. v. Neumann angenommen.

(3663.) St.-R. Müller referiert über den neuerlichen Bericht in Betreff der Vergebung der Lieferung der Rohre Serie VI zur Herstellung des Rohrnetzes in der Wasserversorgung in den Bezirken XI bis XIX und beantragt, die Lieferung von 3700 Stück 80 mm A-Rohren der Witkowitzer Gewerkschaft, von 1250 Stück 80 mm A-Rohren dem erzherzoglichen Productenverschleiße, von 1000 Stück 80 mm A-Rohren der Firma R. Ph. Waagner zum Preise von 8 fl. 80 kr. per 100 kg, dann 4050 Stück 80 mm A-Rohren der fürstlich Salm'schen Blanskoer Eisenniederlage zum Preise von 8 fl. 70 kr. per 100 kg, ferner die Lieferung der übrigen A-Rohre im Sinne der Offerte an die erstgenannten drei Firmen zum Preise von 8 fl. 80 kr. und an die Alpine Montangesellschaft zum Preise von 8 fl. 75 kr., die Façonrohre mit Muffen, und zwar die zu den 80 mm geraden Rohren gehörigen Façonrohre an den erzherzoglichen Productenverschleiß zum Preise von 11 fl. 85 kr. und an die fürstlich Salm'sche Eisenniederlage zum Preise von 10 fl. 40 kr. in dem Verhältnisse von 5950 zu 4050, die übrigen Façonrohre mit Muffen nach den Offerenten an die Witkowitzer Gewerkschaft, den erzherzoglichen Productenverschleiß und R. Ph. Waagner zum Preise von 11 fl. 85 kr. und an die Alpine Montangesellschaft zum Preise von 11 fl. 80 kr. per 100 kg, die Façonrohre mit Flanschen, und

zwar die zu den 4050 Stück geraden Rohren gehörigen zum Preise von 12 fl. 80 kr. an die fürstlich Salm'sche Eisenniederlage und die übrigen nach den Offerten der Witkowitzer Gewerkschaft und des erzherzoglichen Productenverschleißes und R. Ph. Waagner zum Preise von 13 fl. 35 kr. und der Montangesellschaft zum Preise von 13 fl. 30 kr. zu übertragen. (Angenommen.)

(3610.) St.-R. Müller referiert über das Ansuchen der Josefa Neumeister um Bewilligung zum Baue einer Villa, Cat.-Parc. 324, Einl.-Z. 324, XVI. Bezirk, Liebhartsthal, und beantragt, die Ertheilung des Bauconsenses unter der Bedingung zu bestätigen, dass sich die Bauwerberin mittels intabulationsfähigen Reverses für sich und ihre eventuellen Rechtsnachfolger verpflichtet, den außerhalb der Baulinie liegenden, in die Straße fallenden Theil der obbezeichneten Parcelle auf jedesmaliges Verlangen der Gemeinde Wien im richtigen Niveau lasten- und kostenfrei an die Gemeinde Wien abzutreten.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt, es sei der Magistrat zu beauftragen, das Regulativ für die Erbauung von Wohnhäusern im Villenstile baldigst vorzulegen.

Referenten Antrag mit dem Zusatze des St.-R. Ritt. v. Neumann angenommen.

(3470.) St.-R. Müller referiert über die Petition wegen Einlösung der Häuser Nr. 95, 97, 99 Schönbrunnerstraße, XIV. Bezirk, und beantragt, von der Einlösung obiger Häuser dermalen Umgang zu nehmen. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Bezirksausschüsse.

Ergebnis der am 13. Mai 1895 vom ersten Wahlkörper des XIII. Gemeindebezirkes vorgenommenen engeren Wahl für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897.

Zahl der zu wählenden Bezirksausschüsse	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurden gewählt	Zahl der erschienenen Wähler	Zahl der erhaltenen Stimmen
1	**Grundmann** Franz, Seiler und Hausbesitzer, XIII., Linzerstraße 233	75	41

* * *

Ausschreibung der Ergänzungswahlen von sechs Bezirksausschüssen aus dem ersten, zweiten und dritten Wahlkörper des I. Bezirkes Innere Stadt.

Behufs Durchführung der auf Grund des § 36, Absatz 2 des Gemeindestatutes für Wien vorzunehmenden Ergänzungswahlen für den Bezirksausschuss des I. Bezirkes Innere Stadt wird Folgendes bekanntgemacht:

Diese Wahlen werden nach den für die Wahl der Mitglieder des Gemeinderathes geltenden Bestimmungen und auf Grund der richtiggestellten Gemeinderaths-Wählerlisten vorgenommen.

Für die Wahlen werden amtliche Stimmzettel ausgegeben und ist jeder andere nicht behördlich ausgegebene Stimmzettel ungiltig.

Die Stimmzettel sind in allen Rubriken vollständig auszufüllen und auf denselben so viele Candidaten namhaft zu machen, als auf den betreffenden Wahlkörper entfallen.

Die Herren Wähler werden eingeladen, sich an unten angesetzten Tagen und Orten mit ihren Legitimationsurkunden persönlich einzufinden.

Für verloren gegangene oder unbrauchbar gewordene Legitimationsurkunden, respective Stimmzettel werden jedem Wahlberechtigten über persönliches Verlangen im Steuer- und Wahlcataster, I., Rathhaus, Hochparterre, und am Wahltage selbst durch den Vorsitzenden der Wahlcommission Duplicate ausgefolgt, wenn die Identität des Wählers zweifellos sichergestellt ist.

Die Abgabe der Stimmzettel beginnt an jedem Wahltage um 8 Uhr morgens und wird um 4 Uhr nachmittags beendet, daher auf Wähler, welche nach Schluss der Stimmenabgabe erscheinen, keine Rücksicht genommen werden kann. Genau um 4 Uhr nachmittags werden die Thüren des Wahllocales geschlossen und können von da an nur mehr diejenigen, welche sich zu dieser Zeit im Wahllocale befinden, ihre Stimmen abgeben.

Nach Schluss der Stimmenabgabe wird die Eröffnung der Stimmzettel und die Stimmenzählung in Gegenwart der sich etwa einfindenden Wähler vorgenommen.

Als gewählt sind diejenigen anzusehen, welche die absolute Mehrheit der abgegebenen giltigen Stimmen erhalten haben.

Haben mehr Personen, als zu wählen waren, die absolute Mehrheit erhalten, so sind diejenigen als gewählt anzusehen, auf welche die größte Stimmenanzahl entfallen ist.

Konnte ein Ergebnis durch die erste Abstimmung nicht erzielt werden, so ist rücksichtlich der noch zu Wählenden zu der engeren Wahl zu schreiten.

Das Recht, sich an der engeren Wahl zu betheiligen, ist durch die Betheiligung an der ersten Wahlhandlung nicht bedingt.

Bei der engeren Wahl sind die Wähler an die Abgabe behördlich ausgefertigter Stimmzettel nicht gebunden.

Sie haben sich auf jene Personen zu beschränken, die bei der ersten Wahl nach denjenigen, welche die absolute Mehrheit erlangten, die relativ meisten Stimmen für sich hatten. Bei Stimmengleichheit wird durch das Los entschieden, wer in die engere Wahl einbezogen werden soll.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Personen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählenden Mitglieder.

Jede Stimme, welche auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

Als gewählt bei der engeren Wahl sind diejenigen anzusehen, welche die meisten der abgegebenen giltigen Stimmen erhalten haben. Ergibt sich bei der engeren Wahl Stimmengleichheit, so entscheidet das Los.

Einwendungen gegen die stattgefundenen Wahlen sind innerhalb der acht auf den Wahltag folgenden Tage bei dem Stadtrathe der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien einzubringen.

Die Wahlen finden an folgenden Tagen statt:

Für den dritten Wahlkörper: am 20. Mai 1895, die eventuelle engere Wahl am 22. Mai 1895.

Für den zweiten Wahlkörper: am 24. Mai 1895, die eventuelle engere Wahl am 27. Mai 1895.

Für den ersten Wahlkörper: am 28. Mai 1895, die eventuelle engere Wahl am 30. Mai 1895.

Ort und Zahl der vorzunehmenden Wahlen.

Die Herren Wähler aus dem	Ort der Wahlen		Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
III. Wahlkörper	I. Section A—L	Altes Rathhaus, I., Wipplingerstraße 8, Sitzungssaal im 2. Stocke	4 Ergänzungswahlen mit der Functionsdauer bis zum Jahre 1897
	II. Section M—Z	Altes Rathhaus, I., Wipplingerstraße 8, rother Saal im 2. Stocke	
II. Wahlkörper	I. Section A—L	Altes Rathhaus, I., Wipplingerstraße 8, Sitzungssaal im 2 Stocke	1 Ergänzungswahl mit der Functionsdauer bis zum Jahre 1897
	II. Section M—Z	Altes Rathhaus, I., Wipplingerstraße 8, rother Saal im 2. Stocke	
I. Wahlkörper		Altes Rathhaus, I., Wipplingerstraße 8, Sitzungssaal im 2 Stocke	1 Ergänzungswahl mit der Functionsdauer bis zum Jahre 1897

Allgemeine Nachrichten.

Übernahme der Leitung der Geschäfte des Gemeinderathes und des Magistrates.

Der erste Vice-Bürgermeister Dr. Karl Lueger hat an Herrn Magistratsdirector Alexander Krenn unterm 14. Mai 1895, Z. 4085, nachstehenden Präsidial-Erlass gerichtet:

Herr Bürgermeister Dr. Grübl hat laut seines an mich gerichteten Schreibens vom 14. Mai d. J. das Amt des Bürgermeisters der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zurückgelegt.

Hievon setze ich Sie, Herr Magistratsdirector, mit dem Beifügen in die Kenntnis, dass ich im Sinne des § 25 des Gemeindestatutes bis zur Bestätigung des neugewählten Bürgermeisters die Leitung der Geschäfte des Gemeinderathes und des Magistrates übernommen habe.

Schul-Angelegenheiten.

Bezirksschulrath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

(Sitzung vom 4. Mai 1895.)

Bezüglich der nothwendigen Neusystemisierung des Lehrerstandes an der Mädchen-Bürger- und an der Knaben-Volksschule VII., Neustiftgasse 100, werden die geeigneten Anträge dem k. k. n.-ö. Landesschulrathe zur Genehmigung vorgelegt.

Der Bezirksschulrath empfiehlt dem Wiener Stadtrathe vorbehaltlich der Genehmigung des k. k. n.-ö. Landesschulrathes die Errichtung einer neuen Doppel-Volks- und Bürgerschule auf der Area der ehemaligen Weinhauser Landes-Zwangsarbeitsanstalt im XVIII. Bezirke und stellt gleichzeitig an den Magistrat das Ersuchen, zu diesem Zwecke die Reservierung einer Parcelle der gedachten Realität ins Auge zu fassen und bei Entwerfung des Bauplanes auf die Unterbringung des Kinderhortes und des Kindergartens Bedacht zu nehmen.

Einem verstorbenen Volksschullehrer wird nachträglich die dritte Dienstalterszulage zuerkannt.

Das Ansuchen eines französischen Sprachlehrers um Zuerkennung der höheren Remuneration unter Nachsicht einer unfreiwilligen und unverschuldeten Dienstesunterbrechung wird an den Wiener Stadtrath geleitet.

Den Schulleitern des XVI., XVII. und XVIII. Bezirkes, an deren Anstalten in den Schuljahren 1891/92, 1892/93 und 1893/94 Spätclassen bestanden, werden für die hiedurch bedingte Mühewaltung Remunerationen zuerkannt.

Einem Oberlehrer wird aus dem gleichen Anlasse der auf die Dauer des Spätunterrichtes entfallende Theilbetrag der Remuneration bewilligt.

Über die Regelung der Bezüge eines provisorischen Religionslehrers wird Beschluss gefasst.

Der Bezirksschulrath spricht sich gegen die Erwerbung des Köhler'schen Stiftungshauses im XVIII. Bezirke für Schulzwecke aus, empfiehlt jedoch dem Magistrate zum Zwecke der Regelung des Besitzstandsverhältnisses zwischen diesem Hause und dem anstoßenden Schulhause XVIII., Köhlergasse 1, die Erwerbung eines dem letzteren das Fensterrecht wahrenden Grundstreifens der Stiftungsrealität.

Über Ansuchen der „Lehrmittel-Centrale" wird einem Bürgerschullehrer als Stellvertreter des Leiters der Lehrmittel-Centrale die Lehrverpflichtung herabgesetzt.

Die Neusystemisierung des Lehrerstatus an mehreren Schulen wird beim k. k. n.-ö. Landesschulrathe beantragt.

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 14. und 16. Mai 1895.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	3567	Stück
Fettschweine	8526	„
Summa .	12093	Stück

Angekauft wurden:

für Wien	9290	Stück
für das Land	1797	„
unverkauft blieben	1006	„

2. Preisbewegung:

Jungschweine . von 34 bis 42 (—) kr.
Fettschweine . . „ 32 „ 38 (38½) „ } per Kg. Lebendgewicht.

Am Dienstag sind bei geringerem Auftriebe und flauer Tendenz die Preise der Jungschweine um 2 kr. per Kilogramm gestiegen, die Preise der Fettschweine aber um 1½ kr. gefallen. Am heutigen Nachmarkte behaupteten bei schwacher Kauflust Jungschweine die Preise des Dienstagmarktes, während Fettschweine um ½ kr. per Kilogramm fielen.

* * *

Pferdemarkt vom 14. Mai 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 464 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 80 410 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 21— 75 „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Stechviehmarkt vom 16. Mai 1895.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 2368, Kälber lebend 1358, Lämmer Waidner 1606, Lämmer lebend 491, Schafe Waidner 206, Schafe lebend 2973, Schweine Waidner 857.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per Kg.	von 28	bis 58	(60—62)	kr.
Kälber lebend	„ „ „	30 „	48	(52)	„
Schweine Waidner	„ „ „	35 „	48	(52)	„
Schweine lebend junge . .	„ „ „	— „	—		„
Schweine lebend fette . . .	„ „ „	— „	—		„
Lämmer Waidner	„ Paar	von 3	bis 10	(—)	fl.
Lämmer lebend	„ „ „	4 „	10	(—)	„
Schafe Waidner	„ Kg.	von 30	(—) bis 44	(46)	kr.
Schafe lebend	„ „ „	—	(—) „ —	(—)	„
Schafe lebend	„ Paar	von 6	bis 21		fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 228 Stück Kälber weniger zugeführt. Bei ruhigem Verkehre wickelten sich die Geschäfte zu den Preisen der Vorwoche ab.

Auf dem Schafmarkte wurden um 119 Stück Schafe mehr aufgetrieben. Die Kauflust war matt und sind die Preise für Exportschafe um $^3/_4$ fl., jene der Consumschafe um $^1/_2$ fl. per Paar gestiegen.

Nach Paris wurden circa 2600 Stück verladen.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 16. Mai 1895 156 Stück Mast- und 130 Stück Beinlvieh aufgetrieben. Bei äußerst schwachem Geschäfte sind die Preise gegen den Montagmarkt um 1 bis 2 fl. gefallen.

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Behebung des Verbotes der Einfuhr von Klauenthieren aus dem Comitate Bacs-Bodrogh und den Städten Neusatz, Maria-Theresiopel und Zombor nach Niederösterreich.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 9. Mai 1895, Z. 43130 (M.-Z. 88376/XV), Nachstehendes kundgemacht:

Amtlichen Nachrichten zufolge ist die Maul- und Klauenseuche im Comitate Bacs-Bodrogh und in den dortigen Municipien Neusatz (Ujvidek) und Zombor erloschen und besteht dieselbe in Maria-Theresiopel (Szabadka) nur auf einer zum Stadtterritorium gehörigen Puszta, in welcher Beziehung behufs Hintanhaltung der Verschleppung der genannten Seuche laut Mittheilung des königl. ungar. Ackerbauministeriums alle erforderlichen Maßnahmen getroffen worden sind.

Mit Rücksicht hierauf findet die k. k. Statthalterei das mit der hierortigen Kundmachung vom 1. März d. J., Z. 20767, erlassene Verbot der Einfuhr von Klauenthieren (Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen) aus dem Comitate Bacs-Bodrogh und den dortigen Städten Neusatz (Ujvidek [Zombor] und Maria-Theresiopel [Szabadka] zu beheben und können demnach Thiere der genannten Gattungen aus dem Comitate Bacs-Bodrogh und den Städten Neusatz, Zombor und Szabadka unter Beobachtung der vorgeschriebenen veterinärpolizeilichen Maßregeln und der Bestimmungen über den Viehverkehr wieder nach Niederösterreich eingeführt und frei verwertet werden.

Das in der bezogenen Kundmachung vom 1. März d. J., Z. 20767, hinsichtlich des Comitates Tolna ausgesprochene Verbot der Einfuhr von Klauenthieren nach Niederösterreich bleibt bis auf weiteres noch in Wirksamkeit.

Hievon geschieht mit dem Beifügen die Verlautbarung, dass Übertretungen der bezüglich des Comitates Tolna noch bestehenden Anordnungen nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51), wobei auch die Vorschriften des §. 45 Th. S. G. und der dazu erlassenen Durchführungsvorschrift (R.-G.-Bl. Nr. 35 und 36 ex 1843) in Anwendung kommen, bestraft werden.

Sanitäts-Angelegenheiten.

Die Thätigkeit der Gemeinde-Sanitätsstation, V., Untere Bräunhausgasse 61, im April 1895.[1])

Aus dem Bezirke	wurden im April 1895 durch die städtischen Kranken- und Leichenträger der Station des V. Bezirkes Transporte ausgeführt und zwar				
	infectiös	nicht infectiös	von Leichen in die Beisetzkammern	von Betrunkenen auf die Polizei-Commissariate	zusammen
	erkrankter Personen in die Spitäler[2])				
III	24	—	—	—	24
IV	20	16	2	7	45
V	12	46	4	3	65
X[3])	11	13	—	—	24
Summe .	67	75	6	10	158

[1]) Der Wirkungskreis der Sanitätsstation beruht auf dem Stadtraths-Beschlusse vom 8. August 1894, Z. 3351. (Beilage XII, pag 77 zum Amtsblatte Nr. 104 ex 1894.)

[2]) Diese Transporte werden ausschließlich mit bespannten Wägen besorgt; zwei Paar Pferde stehen permanent in Dienstesbereitschaft.

[3]) Bis auf weiteres werden auch die Transporte infectiös erkrankter Personen und ausnahmsweise auch sonstig Erkrankter aus dem X. Bezirke von dieser Station besorgt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 13. Mai bis 16. Mai 1895:

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Staudingergasse, Einl.-Z. 2522 und 2523, von Mendel Hamburg, Glasergasse 17, Bauführer J. Dolezal (3031).

„ „ Haus, Bäuerlegasse, Grundb.-Einl. 3887, von Wenzel Schulz, Maurermeister (3061).

„ „ Haus, Bellegarde- und Sinaigasse, Grundb.-Einl. 116, von Johann Tesch, Piaristengasse 3, Bauführer Johann Breinößl (3070).

VI. Bezirk: Haus, Stumpergasse 46, von Wendelin Kühnel, Schmalzhofgasse 30, Bauführer H. Winkler (3090).

VII. Bezirk: Haus, Neustiftgasse 65 und Neubaugasse 71, von Otto und Alfred Berger, Mariahilferstraße 76, Bauführer Franz Neumann (3033).

VII. Bezirk: Haus, Guttenberggasse 23, von Franz K. Pleban, Singerstraße 32, Bauführer C. Wanitzky (3108).
X. Bezirk: Verlängerte Fernkorngasse, Einl.-Z. 1054 u. f. f., von Wenzel Steinhauser, Bauführer Wenzel Stadler (19460).
XI. Bezirk: Ein Stock hohes Wohngebäude, Simmering, Gottschalkgasse, Einl.-Z. 524, von Josef und Joh. Pfeiffer, Bauführer Anton Heindl (7558).
XIII. Bezirk: Neubau, Penzing, Einl.-Z. 1083, Fenzlstraße, Parc. 633/110, von Franz und Marie Swoboda, Bauführer Karl Zeller, Maurermeister (14550).
XIV. Bezirk: Ein Stock hoher Quertract und Schupfe, Rudolfsheim, Selzergasse 6, von Friedrich Taukal, XV., Sperrgasse 14, Bauführer Josef Bayer (14577).
„ „ Drei Stock hohes Wohnhaus, Rudolfsheim, Kröllgasse, Ecke der Märzstraße, von Heinrich Sortsch, IX., Lazarethgasse 30, Bauführer Karl Kittel (14578).
XVI. Bezirk: Ebenerdiger Fabriksbau, Ottakring, Enenkelgasse 32, von Oskar Tschelnitz, IX., Porzellangasse 48, Bauführer Franz Bock (25653).
„ „ Ebenerdiges Wohn- und Fabriksgebäude, Neulerchenfeld, Herbststraße 146, von Franz Bernhard, XVI., Redtenbachergasse 25, Bauführer Thomas Hofer (25773).
„ „ Dreistöckiges Wohnhaus, Neulerchenfeld, Hasnerstraße 91, von Fried. Escher, XVI., Hasnerstraße 87, Bauführer Matth. Millik (25960.)
XIX. Bezirk: Villa, Döbling, Cottagegasse, Parcelle 868/59, 868/60 und 61, von Leonard Bouchal, I., Tiefer Graben 11—13, Bauführer Victor Fiala (9644).

Für Umbauten:

XIII. Bezirk: Penzing, Penzingerstraße 21, von F. Zejbek, Bauführer J. Stättermayer, Stadtbaumeister (14546).

Für Zubauten:

X. Bezirk: Hasengasse 56, von C. Warhanek, Bauführer Wenzel Stadler (19681).
XIV. Bezirk: Stall, Sechshaus, Diefenbachgasse 42, von Johann und Marie Zotter, IV., Alleegasse 52, Bauführer F. Bayer (14433).
XVI. Bezirk: Pferdestall, Ottakring, Odoakerg. 11, von Michael Sillip, ebenda, Bauführer Georg Kovakik (25621).
XVII. Bezirk: Haus, Hernals, Baldrichgasse 19, von Pauline Lehmann, ebenda, Bauführer Georg Kovakik (18164).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Lazzenhof 1, von Dr. Johann Krückl, Bauführer ? (3121).
„ „ Kolowratring 14, von Dr. Julius Richter, k. k. Notar, Bauführer ? (3123).
„ „ Renngasse 5, von Herrburger & Rohmberg, Bauführer Franz Silberbauer (3138).
„ „ Bäckerstraße 28, von Franz Wanke, Baumeister (3187).
II. Bezirk: Afrikanergasse 11, von Marcus Spitzer, Bauführer E. Melcher (3044).
„ „ Dammstraße 14, von Antonie Kirsch, Bauführer Heinrich Winkler (3077).
„ „ Große Stadtgutgasse 36, von H. Jockl, Bauführer Anton Tiesel (3168).
„ „ Mathildenplatz 7, von Wilhelm Klingenberg, Baumeister (3176).
„ „ Herminengasse 16, von O. Luckeneder & Miserowski, Baumeister (3149).
III. Bezirk: Wällischgasse 26, von Anastasia Dandt und Magdalena Spitzer, Bauführer Franz Reitbauer (3051).
„ „ Fasang. 19, von Josef Prager, Bauführer E. Kamenicki (3100).
„ „ Landstraße Hauptstraße 34, von Karl Kittel, Maurermeister (3119).
„ „ Paulusgasse 3, von Theodor Obach, Bauführer H. Ohrner (3182).
IV. Bezirk: Heumühlgasse 9, von der fürsterzbischöfl. Central-Verwaltung, I., Rothenthurmstraße 2, Bauführer Peter Falger (3064).
„ „ Belvederegasse 12, von C. Themessl, Bauführer C. Holzmann (3156).
V. Bezirk: Klagbaumgasse 17 und Mittersteig 5, von der fürsterzbischöfl. Central-Verwaltung, Bauführer Peter Falger (3063).
„ „ Nikolsdorferstr. 2, von J. Schuch, Bauführer derselbe (3086).
„ „ Wimmergasse 30, von Ferdinand Haberzettel, Bauführer M. Gasselseder (3124).
„ „ Steinbauergasse 20, von J. Habermann, Bauführer Ed. Schieber (3165).
VI. Bezirk: Millergasse 33, von Leop. Mayr, Bauführer J. Drbal (3125).
VII. Bezirk: Seidengasse 40, von H. Jakobi & Comp., Bauführer Karl Lang (3087).
„ „ Kaiserstraße 3, von J. Müller, Bauführer ? (3089).
„ „ Stiftgasse 25, von Moriz und Josef Sturany, Baumeister (3142).
VII. Bezirk: Westbahnstraße 6 a, von Franz Weidinger, Bauführer J. Müller (3117).
„ „ Zieglergasse 25, von Karl Krepp, Maurermeister (3118).
IX. Bezirk: Schubertgasse 22, von Anton Orley, Bauführer J. Meindl (3079).
„ „ Garnisonsgasse 3, von Norbert Boitner, Bauführer L. Pölzelmayer (3114).
„ „ Marktgasse 6, von Josef Fichtinger, Maurermeister (3159).
XIII. Bezirk: Baumgarten, Linzerstraße 251, von Georg Rehm, Bauführer J. Mayer, Maurermeister (14506).
XVI. Bezirk: Ottakring, Friedmannsgasse 47, von Leopoldine Neumayer, ebenda, Bauführer Thomas Mann (25469).
„ „ Ottakring, Reinhartsgasse 2, von Karl Kreitner, ebenda, Bauführer Thomas Mann (25477).
„ „ Neulerchenfeld, Thaliastraße 10, von Seidls Erben, XVI., Grundsteingasse 12, Bauführer Josef Baldia (25548).
„ „ Ottakring, Huberg. 11, von Josef Ihm, ebenda, Bauführer Johann Schobersberger (25546).
„ „ Ottakring, Arnethgasse 80, von Moriz Nowak, ebenda, Bauführer Franz Ferenda (25774).
„ „ Neulerchenfeld, Nödlgasse 6, von Franz Langer, ebenda, Bauführer Engelbert Schrammel (25685).
„ „ Ottakring, Wilhelminenstraße 5, von Johann und Anna Havliček, ebenda, Bauführer Ferd. L. Baldia (25779).
„ „ Ottakring, Blumberggasse 10, von Adalbert Apolin, ebenda, Bauführer Josef Mamehinger (25902).
„ „ Ottakring, Weyprechtgasse 8, von Karl Miedl, ebenda, Bauführer Karl Haas (25946).
„ „ Ottakring, Am Rosenhügel 2, von der Roburfabrik Baron Kaiserstein, ebenda, Bauführer Karl Haas (25966).
XVII. Bezirk: Hernals, Römergasse Parc. 540/18 und 540/10, von Max Währinger, XVI., Ottakringerstraße 31, Bauführer Josef Wögler (18120).
„ „ Hernals, Sautergasse 5, von Georg Dobruschka und Josef Gattermeyer, ebenda, Bauführer Georg Kowakik (18309).
XVIII. Bezirk: Gersthof, Scheidlstraße 32, von Therese Sack, Bauführer ? (16030).
„ „ Gersthoferstr. 72, von Emilie Baronin Troyer, Bauführer ? (16233).
XIX. Bezirk: Döbling, Barawitzkagasse 12, von Wilhelmine Weinzinger, XIX., Gunoldstraße, Bauführer Adolf Micheroli (9220).
„ „ Döbling, Gatterburggasse 19, von Dr. Theodor Reisch, XIX., Döblinger Hauptstraße, Bauführer Franz Feigl (9273).

Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Rohrcanal, Tiefer Graben 27, von Franz Weese, Baumeister (3145).
II. Bezirk: Schupfe und Stall, Wallensteinstraße 65, von Joh. Küttag, Bauführer L. Waldmann (3115).
„ „ Schupfe, Kagraner Reichsstraße 357, von Franz Böhmberger, Bauführer C. Tengler (3130).
VI. Bezirk: Einwurfschacht, Kopernikusgasse 5, von der Wr. Elektricitäts-Gesellschaft, Bauführer W. Schimitzek (3076).
VII. Bezirk: Kesselhaus, Kaiserstraße 67, von Brüder Demuth, Bauführer Franz Zoder (3082).
„ „ Abort, Neubaugasse 60, von Friedr. Schäffler, Bauführer A. Brunner (3102).
VIII. Bezirk: Kaffeebrennofen-Aufstellung, Bennoplatz 1, von Albert Kröpl, Kirchberggasse 26, Bauführer Th. Loskot (3046).
IX. Bezirk: Schupfe, Sensenq. 6, von der Allg. österr. Baugesellschaft für Heinrich Haustein (3170).
X. Bezirk: Columbusg. 20, von Geza Szigethy, Bauführer ? (19461).
„ „ Herndlgasse 16, von Peter Galger (19462).
XI. Bezirk: Herstellung von zwei Aborten, Simmering, Dorfgasse 61, von Josef Manhart, Bauführer Anton Heindl (7559).
„ „ Vermauerung von zwei Thüren, Simmering, Hauptstr. 109, von Joh. Seifert, Bauführer Anton Heindl (7640).
XIII. Bezirk: Kelleradaptierung, Penzing, Hollergasse Or.-Nr. 39, von Karl Seyferth, Bauführer Heinrich Staud (14640).
XIV. Bezirk: Aufführung von zwei Rauchfängen, Sechshaus, Diefenbachgasse 42, von Johann und Marie Zotter, IV., Alleegasse 52, Bauführer F. Bayer (14443).
XVII. Bezirk: Glashaus, Dornbach, Promenadegasse 53, von Gustav Qualla, VII., Apollog. 4, Bauführer G. Berger (18417).
XIX. Bezirk: Steinzeugrohrleitung, Döbling, Billrothstraße 73, von Louise Bösch, ebenda, Bauführer Adolf Micheroli (9222).
„ „ Steinzeugrohrleitung, Döbling, Sieveringerstraße 54, von Josef Walter, ebenda, Bauführer Ed. Spieß (9414).
„ „ Steinzeugrohrleitung, Döbling, Sieveringerstraße 50, von Martin Eck, ebenda, Bauführer Ed. Spieß (9415).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

XII. Bezirk: Unter-Meidling Grundb.-Einl. 61, von Adolf und Charlotte Kohn, Meidlinger Hauptstraße 12 (3167).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

V. Bezirk: Anzengrubergasse Grundb.-Einl. 757, von Wenzel Schulz, Maurermeister, für Wenzel und Bertha Lukesch (3054).
XI. Bezirk: Realität Grundb.-Einl. 181, Parc. 316 Simmering, Hauptstraße 104, von A. Vogelsinger und F. Pastrée (7603).
XIII. Bezirk: Penzing Cat.-Parc. 1083, Fenzlgasse 633/110, von Franz und Marie Swoboda (14682).
XIV. Bezirk: Sechshaus, Ullmannstraße 42, von Johann Gfrorner (14506).
XV. Bezirk: Cat.-Parc. 134/31, Einl.-Z. 551 Fünfhaus, Ecke der Bein- und Hütteldorferstraße, von Anton und Rosa Krones (11414).
XVII. Bezirk: Haus, Hernals, Hernalser Hauptstraße 13, von Alfred Wünsch, II., Praterstraße 49 (18119).
XVIII. Bezirk: Cat.-Parc. 123/2, Einl.-Z. 152 Gersthof, Bastiengasse, von Norbert Dobihal (16295).
XIX. Bezirk: Wohnhaus, Or.-Nr. 31 Döbling, Hammerschmiedgasse, von Margaretha Wallner (9335).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

I. Bezirk: Spiegelgasse 10, von Rudolf Jäger, Baumeister (3107).
„ „ Kohlmarkt 3, von Al. Schumacher, Baumeister (3169).
III. Bezirk: Löwengasse 37, von Josef Kalas, Baumeister (3097).
IV. Bezirk: Alleegasse 20, von Donat Zifferer, Baumeister (3174).
VI. Bezirk: Dürergasse 4, von Johann Reinhart, Baumeister (3068).
„ „ Gumpendorferstraße 12 und 14, von Heinrich Ohrner, Baumeister (3081).
„ „ Millergasse 1, von Heinrich Winkler, Baumeister (3144).
„ „ Canalgasse 10, von Adolf Langer, Baumeister (3174).
VII. Bezirk: Zollergasse 8, von Heinrich Ohrner, Baumeister (3081).
„ „ Guttenberggasse 23, von Karl Wanitzky, Baumeister (3157).
VIII. Bezirk: Zeltgasse 12, von Rudolf Breuer, Baumeister (3184).
IX. Bezirk: Berggasse 21, von Luckeneder & Miserowski, Baumeister (3150).
XIII. Bezirk: Penzing, Penzingerstraße 21, von F. Zejbek, Demolierender J. Stättermayr, Stadtbaumeister (14545).
XIX. Bezirk. Döbling, Kahlenbergstraße 34, von Rudolf und Anna Schaller in Starkenbach, Böhmen, Demolierender Friedrich Zuliany (9458).

Gewerbeanmeldungen vom 10. Mai 1895.

(Fortsetzung.)

Rindskopf August — Kostgebung — I., Sterngasse 2.
Hollowatsch Theresia — Marktvictualienhandel — VII., Markthalle, Zelle 194.
Delfs Magdalena — Mehl- und Hülsenfrüchte-Verschleiß — XII., Tivoligasse 21.
Mildner Katharina — Mehl- und Grieß-Verschleiß — XV., Haidmannsgasse 2.
Görlich Johann — Metalldreher — XII., Arndtstraße 56.
Bohr Karl Gregor — Milch-, Gebäck- und Canditen-Verschleiß — XVII., Palffygasse 20.
Königsberger Johann — Milch- und Gebäck-Verschleiß — VI., Eßterházygasse 28.
Schlesinger Emma — Handel mit Milch und Butter — III., Pragerstr. 1,
Wrba Anna — Milch-, Gebäck- und Canditen-Verschleiß — XVII., Calvarienberggasse 18.
Wunsch Anna — Milch-, Gebäck- und Canditen-Verschleiß — XVI., Gaullachergasse 8.
Baumgarten Hermann — Pfaidler — I., Franz Josefs-Quai 7.
Frank Karl Moriz — Pfaidler — I., Graben 12.
Weber Ferdinand — Sattler — XVII., Ortliebgasse 35.
Elding Anton Johann — Schlosser — XVII., Hauptstraße 108.
Wanura Franz — Schuhmacher — XVII., Blumengasse 51.
Christian Josef — Stadtlohnwagen-Licenz — XVIII., Gentzgasse 109.
Merhaut Adelheid — Stadtlohnwagengewerbe — X., Senefelderg. 68.
Ferneſy Karl — Vereinsagentie — X., Quellengasse 48.
Hipsſich Cäsar — Verfertiger von Plancopien mittels Lichtpausieren — XV., Märzstraße 3.
Juriga Heinrich — Victualienhandel — XVIII., Antonigasse 90.
Reinhard Adolf — Verschleiß von flüssiger Kohlensäure — III., Ungargasse 27.
Suna Anna — Verschleiß von Matratzen, Bettfedern und Möbeln — III., Ungargasse 7.
Czatary Josef — Verschleiß von neuen Uhren — VI., Magdalenenstr. 21.
Nikola Katharina — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Canditen, Sodawasser und Gefrornem — VII., Breitegasse 29.
Purker Marie — Wäscherin — XVIII., Währingergürtel 146.
Prohaska Francisca — Weißnäherei — VII., Mariahilferstraße 94.
Mandik Gottlieb — Zimmer- und Decorationsmaler — VII., Neubaugasse 62.
Salzer Julie — Zuckerwaren- und Canditen-Verschleiß — XVIII., Weinhauserstraße 44.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 11. Mai 1895.

Čuda Anton — Anstreicher — II., Wallensteinstraße 25.
Eisner Leonhard — Bäcker — XVI., Seitenberggasse 31.
Noßek Franz — Bauholzhandel — XVII., Lobenhauerngasse 24.
Mölmer Franz — Besteller auf dem Central-Viehmarkte — III., Central-Viehmarkt.
Bomm Sophie — Brantweinschank — XIII., Linzerstraße 169.
Becker Georg — Brot- und Mühlproduct-Verschleiß — II., Marchfelderstraße 27.
Prohaska Franz — Canditen- und Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — XVI., Blumberggasse 1.
Schönfeld Auguste — Confectionieren von Reliefbildern — II., Große Schiffgasse 18.
Fischer Josef — Einsammeln von Abonnenten, Pränumeranten und Subscribenten — XVI., Peyerlgasse 23.
Groißenberger Marie — Einspännergewerbe — XIII., Lainzerstraße 165.
Stubner Johann — Jaquard-Maschinen-Erzeugung — VI., Wallgasse 7.
Höpp Franz — Feilbieten von Obst und Semmelgebäck im Umherziehen — II., Springergasse 7.
Nimmerrichter Johann — Fleischhauer — III., Großmarkthalle.
Eichelburg Julian — Gastwirt — II., Klosterneuburgerstraße 56.
Kraus Josef — Gastwirt — XVI., Rotherdstraße 638.
Flemisch Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Tempscherg. 20.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes 1205
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 14. Mai 1895.
Inhalt:
Wahl des ersten Vice-Bürgermeisters 1205
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 16. Mai 1895.
Inhalt:
Mittheilung des Vorsitzenden:
Resignation des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl 1208
Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 1208
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 3. Mai 1895 (vormittags) . 1209
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 3. Mai 1895 (nachmittags) 1212
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 7. Mai 1895 1216
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 8. Mai 1895 1220
Bezirksausschüsse:
Ergebnis der am 13. Mai 1895 vom ersten Wahlkörper des XIII. Gemeindebezirkes vorgenommenen engeren Wahlen für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897 1224
Ausschreibung der Ergänzungswahlen von sechs Bezirksausschüssen aus dem ersten, zweiten und dritten Wahlkörper des I. Bezirkes Innere Stadt 1224
Allgemeine Nachrichten:
Übernahme der Leitung der Geschäfte des Gemeinderathes und des Magistrates 1225
Schul-Angelegenheiten:
Bezirksschulrath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien . . 1225
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 14. und 16. Mai 1895 1225
Pferdemarkt vom 14. Mai 1895 1225
Stechviehmarkt vom 16. Mai 1895 1226
Approvisionierungs-Angelegenheiten:
Behebung des Verbotes der Einfuhr von Klauenthieren aus dem Comitate Bacs-Bodrogh und den Städten Neusatz, Maria-Theresiopel und Zombor nach Niederösterreich 1226
Sanitäts-Angelegenheiten:
Die Thätigkeit der Gemeinde-Sanitätsstation, V., Untere Bräuhausgasse 61, im April 1895 1226
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 13. bis 16. Mai 1895 1226
Gewerbeanmeldungen 1228
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen.*)

1895.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
20. Mai 11 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Neubau von Haupt-Unrathscanälen in der neuen Straße zwischen der Boerhavegasse und Hauptstraße und in der Seitengasse 12, im III. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 8809 fl. 1 kr. und 900 fl. Pauschale. 3—3
20. Mai 11 Uhr	detto	M.-Z. 28967. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Kramergasse im I. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 3679 fl. 63 kr. und 750 fl. Pauschale. 2—2
24. Mai 11 Uhr	detto	M.-Z. 135388 ex 1894. Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für den Umbau der Haupt-Unrathscanäle** in der Lange- (jetzt Friedrich Kaisergasse), Feßt-, Grüllemeier- und Leopoldigasse (jetzt Eisnergasse) im XVI. Bezirke, und zwar: 1. Der **Erd- und Baumeisterarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 21.979 fl. 37 kr. und 3600 fl. Pauschale, 2. der Lieferung der **Klinkerziegel- und Steinzeugsohlenstücke** im veranschlagten Kostenbetrage von 6538 fl. 88 kr. 2—3
25. Mai 11 Uhr	detto	M.-Z. 78528. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Neubau von Haupt-Unrathscanälen in der Hütteldorferstraße von der Reinlgasse bis zur Nobilegasse, in der Kienmayergasse und Russteingasse, und in der Matzingergasse im XIII. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 8387 fl. 14 kr. und 800 fl. Pauschale, beziehungsweise 7201 fl. 75 kr. und 500 fl. Pauschale, beziehungsweise 533 fl. 65 kr. und 100 fl. Pauschale, daher zusammen im Gesammtkostenbetrage von 16.122 fl. 54 kr. und 1400 fl. Pauschale. 3—3
29. Mai 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	M.-Z. 74310. Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Umpflasterung der Mariahilferstraße** zwischen der Neubau- und der Andreasgasse im VII. Bezirke, und zwar: a) der **Pflastererarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 4824 fl. 59 kr. und 500 fl. Pauschale; b) der **Asphaltiererarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 3848 fl. 95 kr. 2—3
30. Mai 10 Uhr	detto	M.-Z. 76255. Vergebung der **Erd- und Pflastererarbeiten** für die Neupflasterung der Nisselgasse (Penzing) im XIII. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2921 fl. 23 kr. und 300 fl. Pauschale. 2—3

*) Pläne, Kostenanschläge &c. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Vadium von 5 Percent der Kostenanschlagssumme anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestaltete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Arbeitsgattungen oder Lieferungen wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Ad M.-Z. 23028.

XI.

Concursausschreibung.

(Versorgungshaus-Hilfsarztensstelle.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass im städtischen Versorgungshause in Wien IX., Spitalgasse Nr. 23, die Stelle eines Hilfsarztes in Erledigung gekommen ist.

*

Mit dieser Stelle ist ein Gehalt von jährlichen 800 fl. und freier Bequartierung, das ist der Anspruch auf eine Wohnung in der Anstalt einschließlich der Beheizung und Beleuchtung verbunden.

Die Anstellung erfolgt auf die Dauer von drei Jahren mit dem beiderseitigen Vorbehalte einer vierteljährigen Kündigung.

Nach Ablauf von drei Jahren kann die Anstellung erneuert werden. Auch wird bei Besetzung von definitiven Hausarztensstellen in den städtischen Humanitätsanstalten auf Hilfsärzte thunlichst Rücksicht genommen.

Bewerber um diese Stelle haben in ihrem Gesuche die im § 11 der Dienstpragmatik für die städtischen Beamten vorgeschriebenen Bedingnisse, dass sie Doctoren der Medicin und Chirurgie, sowie Magister der Geburtshilfe, respective Doctoren der gesammten Heilkunde sind, nachzuweisen und ihre diesbezüglich belegten Gesuche **bis längstens Ende Mai 1895** im Einreichungs-Protokolle des Magistrates umso gewisser zu überreichen, als auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden kann.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 9. Mai 1895. 2—3

M.-Z. 8401.
XIX.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am 21. Mai 1895 als ersten, eventuell am 5. Juni 1895 als zweiten Termin, jedesmal um 9 Uhr vormittags, werden 25.000 Stück theils Fichten-, theils Tannenbretter, 6 m lang, in diverser Breite, im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen sofortige bare Bezahlung hintangegeben werden.

Kauflustige wollen sich daher am obbezeichneten Tage und zur obbezeichneten Stunde am Licitationsorte XIX., Heiligenstädterlände 9, einfinden.

Vom magistratischen Bezirksamte für den XIX. Bezirk

Wien, am 1. Mai 1895. 2—3

G.-Z. 63687 ex 1895.
X.

Currende

für die städtischen Schuldiener der II. und III. Bezugsclasse.

Infolge der mit dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 26. März 1895, Z. 8379, genehmigten Trennung des bisherigen Concretalstatus der städtischen Diener und mit Rücksicht auf erfolgte Pensionierungen und Todesfälle gelangen **im Status der städtischen Schuldiener**

13 Stellen I. Bezugsclasse und
6 „ II. „

mit den systemisierten Bezügen zur Besetzung.

Diejenigen von den städtischen Schuldienern II. und III. Bezugsclasse, welche sich um eine dieser Stellen bewerben wollen, haben ihre diesbezüglichen Competenzgesuche, welche vor allem mit dem Nachweise der vollstreckten provisorischen und definitiven communalen Dienstzeit (inclusive der bei den bestandenen Vororten zurückgelegten Dienstzeit) zu belegen sind, **bis längstens 31. Mai 1895** im magistratischen Einreichungsprotokolle zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Wien, 10. Mai 1895.

Der Magistrats-Director:

Krenn m. p. 1—1

M.-Z. 169672 ex 1894.

Kundmachung.

(Fahrordnung bezüglich der Hechtengasse im IV. Bezirke.)

Auf Grund des § 93 der Gemeindeordnung für Wien vom 19. December 1890, L.-G.-Bl. Nr. 45, wird bestimmt, dass im engen Theile der Hechtengasse im IV. Bezirke zwischen den Häusern Or.-Nr. 12 und 17 nur im Schritte gefahren werden darf.

Übertretungen dieser Anordnung werden nach § 93 der Gemeindeordnung für Wien mit Geldstrafen bis zum Betrage von 200 fl. ö. W. oder mit Arreststrafen bis zu 14 Tagen geahndet.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. April 1895. 1—1

M.-Z. 59797.
XV.

Kundmachung.

(Erinnerung an die Waldbesitzer und an das Waldschutzpersonale, betreffend die Verhütung von Waldbränden.)

Nachdem erfahrungsgemäß im Frühjahre vor Ausbruch des frischen Laubes, sowie zur Zeit der Sommerdürre Waldbrände leicht entstehen, wird allen Waldbesitzern und den sämmtlichen Organen, welchen der Schutz der Waldungen anvertraut ist, erhöhte Wachsamkeit zur Pflicht gemacht. Hiebei ist denjenigen Waldtheilen, welche von öffentlichen Wegen durchzogen werden, ein besonderes Augenmerk zuzuwenden, und sind auch während der Nacht öfter Patrouillengänge dorthin vorzunehmen.

Namentlich wird empfohlen, zu beiden Seiten stark frequentierter Wege das Laub und das dürre Gras in einer Breite von mindestens 5 m wegschaffen und den Boden wund machen zu lassen, sowie durch Anbringung von Warnungstafeln auf die Gefährlichkeit des Rauchens und auf die bestehenden Strafbestimmungen (§ 459 allgem. Strafgesetz und §§ 44 und 45 Forstgesetz) aufmerksam zu machen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

als politischer Behörde,

Wien, am 4. April 1895. 1—3

Zur coulanten Besorgung aller im Coursblatte notierten Effecten und Valuten bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 41. Dienstag, den 21. Mai 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **17. Mai 1895** unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Karl Lueger.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Die Sitzung ist eröffnet.

Es sind sämmtliche Herren Mitglieder des Gemeinderathes erschienen, mit Ausnahme des Collegen Herrn Lorenz Manner, welcher folgendes Schreiben an mich gerichtet hat (liest):

„Wien, 16. Mai 1895.

An Se. Hochwohlgeboren Herrn
Dr. Karl Lueger,
ersten Vice-Bürgermeister der Stadt Wien.

Erlaube mir hiemit, Euer Hochwohlgeboren zu bitten, meine Abwesenheit bei der morgen den 17. d. M. stattfindenden Gemeinderaths-Sitzung mit Berufung auf das von mir am 14. d. M. an den gewesenen Herrn Bürgermeister Dr. Grübl eingesandte ärztliche Zeugnis, ausgestellt von Herrn Dr. Jama, gütigst entschuldigen zu wollen.

Es zeichnet sich mit vorzüglicher Hochachtung Euer Hochwohlgeboren

ergebenster
Lorenz Manner m. p., Gemeinderath."

Der Inhalt des ärztlichen Zeugnisses ist den Herren bekannt, ich verlese es aber noch einmal. Dasselbe lautet (liest):

„Ärztliches Zeugnis.

Endesgefertigter bezeugt hiemit, dass Herr Gem.-Rath Lorenz Manner, XVI., Lerchenfeldergürtel 24 wohnhaft, an Rothlauf in ärztlicher Behandlung steht, das Zimmer nicht verlassen kann.

Wien, am 14. Mai 1895.

Dr. Jama m. p."

Ich glaube, die geehrten Herren werden mir beistimmen wenn ich erkläre, dass das Ausbleiben des Herrn Collegen Lorenz Manner als gerechtfertigt zu erkennen ist. (Zustimmung.) Die Herren sind damit einverstanden.

Als Schriftführer ernenne ich die Herren Gem.-Räthe Schreuckh und Dr. Zimmermann, und ich würde sie bitten, die Plätze einzunehmen.

Als Scrutatoren ernenne ich die Herren Gem.-Räthe Dr. Michael Gruber und Erndt, und ich würde sie bitten, ebenfalls die Plätze einzunehmen.

Wir schreiten nunmehr zur ersten Wahlhandlung. (Gem.-Rath Noske meldet sich zum Worte.)

Gem.-Rath Noske (zur Geschäftsordnung): Bevor wir zur Wahl schreiten, glaube ich eine Angelegenheit zur Geschäftsordnung zur Sprache bringen zu müssen, die auf den Verlauf der Wahl einigermaßen einen Einfluss üben wird. Theils aus den Zeitungen habe ich ersehen, und ich ersehe es auch aus einer mir freundlichst zur Verfügung gestellten Liste der Herren Candidaten des Bürgerclub, dass unter diesen sich auch Herr Gem.-Rath Leopold Steiner, nunmehr auch Reichsrathsabgeordneter, befindet. Ich habe selbst seinerzeit beide Stellen .... (Unterbrechung links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich bitten, Herr College! Das, was Sie sagen wollen, betrifft offenbar die Frage der Incompatibilität des Stadtrathsmandates mit dem Mandate als Reichsrathsabgeordneter. Ich würde Sie, Herr College, darauf aufmerksam machen, dass diese Angelegenheit nicht eine Frage der Geschäftsordnung ist, sondern dass es Sache der einzelnen Mitglieder des Gemeinderathes ist, ihre Stimmen demjenigen Manne zu geben, in welchen sie das nöthige Vertrauen setzen, dass er ihre Interessen im Stadtrathe vertreten werde. Ich würde daher bitten, eine solche Bemerkung nicht zu machen. (Rufe rechts: Das ist die Redefreiheit!)

Gem.-Rath Noske (fortfahrend): Der Herr Vorsitzende weiß noch gar nicht, worauf meine Äußerungen hinausgehen, und

hat keinen Anlass, sich meinen Kopf zu zerbrechen über das, was ich sagen werde. (Widerspruch links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich um Ruhe bitten! (Rufe rechts: Redefreiheit!)

Gem.-Rath Noske: Es ist zweifellos . . . (Erneuerte Unruhe links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich bitten, meine Herren, ich werde schon meines Amtes zu walten wissen. (Beifall.) Also, ich bitte den Herrn Collegen, fortzufahren.

Gem.-Rath Noske: Es ist zweifellos, dass die Frage, was Herr College Steiner machen wird, rücksichtlich des Reichsrathsmandates eine Frage ist, die er mit seinen Wählern auszumachen hat und uns nicht kümmert; wohl aber kümmert uns hier, ob Herr Gem.-Rath Steiner, der als Stadtraths-Candidat auftritt, in der Lage sein wird, sein Amt im Stadtrathe auszuüben oder nicht. Meiner Kenntnis der Verhältnisse nach . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger (unterbrechend): Darf ich bitten, Herr Collega, ich erkläre nochmals, dass dieser Gegenstand nicht eine Angelegenheit der Geschäftsordnung ist. Ich bedauere sehr, dass ich Sie aufmerksam machen muss, dass ich, wenn Sie nicht zur Geschäftsordnung sprechen und derartige Bemerkungen fortsetzen, Ihnen das Wort entziehen werde.

Gem.-Rath Noske: Ich nehme zur Kenntnis, auf welche Weise der neue Herr Vice-Bürgermeister den Punkt seines Programmes, dass er die volle Redefreiheit wahren wird, ausführt. (Unruhe links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich bitten, Herr Collega, ich werde die Redefreiheit . . . (Gem.-Rath Noske will fortfahren.) Wenn ich spreche, bitte ich, vielleicht Ihre Rede zu unterbrechen. Ich erkläre Ihnen, dass ich die Redefreiheit nach allen Richtungen wahren werde, dass aber, wenn sich jemand zur Geschäftsordnung meldet, er auch eine Bemerkung zur Geschäftsordnung vorzubringen hat. Das, was Sie, Herr Collega, hier sagen, gehört nicht zur Geschäftsordnung, und wenn Sie in der Weise fortfahren, so werde ich von dem mir nach der Geschäftsordnung zustehenden Rechte Gebrauch machen und Ihnen das Wort entziehen. Ich bitte, nun fortzufahren. (Unruhe links.) Darf ich bitten! (Gem.-Rath Stehlik macht Zwischenrufe.) Darf ich bitten, Herr Collega Stehlik, sich nicht in Discussionen einzulassen.

Gem.-Rath Noske (fortfahrend): Ich richte zur Geschäftsordnung an den Herrn Vorsitzenden das Ersuchen, wenn es ihm nicht unangenehm ist, dass diese Sache erörtert werde, dass er vor der Wahl des Herrn Gem.-Rathes Steiner eine Wahlbesprechung einleitet, damit wir die Qualität dieses Candidaten in Rücksicht auf die Cumulierung der Ämter untersuchen können. (Unterbrechung links und Rufe links: Genug!)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich bitten, ich werde das schon selbst besorgen.

Ich werde dem Wunsche des geehrten Herrn Redners nicht entsprechen. Bisher ist hier in dieser Versammlung eine Wahlbesprechung nie gestattet worden, und ich werde in dieser Beziehung eine Änderung nicht eintreten lassen.

Wir schreiten nunmehr zur Vornahme der Wahl, und ich ersuche den Herrn Schriftführer, mit der Verlesung der Namen zu beginnen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Schrenckh geben die Herren Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Wir beginnen mit dem Scrutinium.

(Vice-Bürgermeister Dr. Lueger entnimmt die einzelnen Stimmzettel der Urne; Scrutator Erndt verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach Vornahme des Scrutiniums:)

Meine Herren! Es sind im ganzen 137 Stimmzettel abgegeben worden. 137 Mitglieder des Gemeinderathes sind anwesend. Die nothwendige Majorität zur Wahl eines Stadtrathes beträgt 69. Von den abgegebenen Stimmzetteln erhielt Herr College Strobach 69, leer waren 66, Dr. Raimund Grübl erhielt 2 Stimmen. Es erscheint sonach Herr College Strobach zum Stadtrathe gewählt.

Wir schreiten zur zweiten Wahl. Ich bitte wieder mit dem Namensaufrufe zu beginnen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dr. Zimmermann geben die Herren Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Wir schreiten zum Scrutinium.

(Vice-Bürgermeister Dr. Lueger entnimmt die einzelnen Stimmzettel der Urne; Scrutator Erndt verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach Vornahme des Scrutiniums:)

Meine Herren! Das Scrutinium hat ergeben, dass auf Herrn Collegen Leopold Steiner 67, auf Herrn Dr. Raimund Grübl 2 Stimmen abgegeben wurden, während 68 Stimmzettel leer abgegeben erscheinen. Im ganzen wurden 137 Stimmzettel abgegeben, die absolute Majorität beträgt, nachdem auch 137 Gemeinderäthe anwesend sind, 69. Die absolute Majorität ist nicht erreicht, es muss daher ein zweiter Wahlact vorgenommen werden. Ich bitte den Herrn Schriftführer, mit der Verlesung der Namen zu beginnen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Schrenckh geben die Herren Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Wir beginnen mit dem Scrutinium.

(Vice-Bürgermeister Dr. Lueger entnimmt die einzelnen Stimmzettel der Urne; Scrutator Erndt verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach Vornahme des Scrutiniums:)

Das Scrutinium hat folgendes Resultat ergeben: Abgegeben sind 137 Stimmzettel; Herr College Steiner erhielt 64 Stimmen, leer waren 27, Herr College Bärtl 47 Stimmen, Herr College Dr. Raimund Grübl 1 Stimme. Es ist also auch dieser Wahlgang resultatlos verlaufen und findet nun die engere Wahl statt, und zwar zwischen Herrn Collegen Steiner und Herrn Collegen Bärtl. (Nach einer Pause:) Ich werde eben darauf aufmerksam gemacht, dass ein Irrthum vorliegt. Nach dem mir vorliegenden Wahlprotokolle sind auf Herrn Collegen Steiner 64 Stimmen entfallen; es wird mir nun mitgetheilt, dass richtig nur 62 Stimmen auf ihn entfallen sind. Das Resultat wird dadurch nicht geändert und glaube ich, dass es auch nicht nothwendig ist, das Scrutinium noch einmal vorzunehmen. (Zustimmung.) Ich bitte also, die Stimmzettel für die engere Wahl abzugeben.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dr. Zimmermann geben die Herren Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Wir beginnen mit dem Scrutinium.

(Vice-Bürgermeister Dr. Lueger entnimmt die einzelnen Stimmzettel der Urne; Scrutator Erndt verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach Vornahme des Scrutiniums:)

Meine Herren! Es erscheinen abgegeben 137 Stimmzettel. Davon sind 8 leer. Giltige Stimmen sind daher 129. Die absolute

Majorität beträgt 65. Auf Herrn Collegen Steiner entfielen 64, auf Herrn Collegen Bärtl 65 Stimmen. Es erscheint daher College Bärtl zum Stadtrathe der Stadt Wien gewählt. (Beifall rechts. — Ruf links: die Juden rufen Bravo!)

Wir schreiten nunmehr zur dritten Wahl.

Herr Gem.-Rath Polzhofer zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Polzhofer (zur Geschäftsordnung): Ich möchte an den gewählten geehrten Collegen Bärtl das Ersuchen richten, die Erklärung abzugeben, ob er angesichts des Umstandes, dass er Mitglied der Opposition ist (Widerspruch rechts. — Rufe: Das gehört nicht hieher!), die Wahl annimmt. (Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte um Ruhe. Ich werde selbst die Geschäftsordnung handhaben und mir von keiner Seite irgendeine Beeinflussung gefallen lassen. Ich bemerke dem Herrn Collegen, dass diese Frage nicht geschäftsordnungsmäßig ist (Beifall rechts), dass diese Frage hier nicht zur Austragung kommen darf. (Beifall rechts.) Hier gibt es keine Partei, hier gibt es nur Gemeinderäthe. Ob College Bärtl die auf ihn gefallene Wahl annimmt oder nicht, ist seine Sache. Ich werde ihm aber auch das Wort zu irgendeiner Erklärung heute nicht geben. (Lebhafter Beifall rechts.)

Wir schreiten zur dritten Wahl. Ich bitte, mit der Verlesung der Namen zu beginnen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Schreuckh geben die Herren Gemeinderäthe ihre Stimmzettel ab.)

Wir schreiten zum Scrutinium.

(Vice-Bürgermeister Dr. Lueger entnimmt die einzelnen Stimmzettel der Urne; Scrutator Erndt verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach Vornahme des Scrutiniums:)

Das Scrutinium hat folgendes Resultat ergeben. Abgegeben wurden 137 Stimmzettel; anwesend sind 137 Gemeinderäthe, die absolute Majorität beträgt 69 Stimmen. Es entfallen auf Herrn Dr. Kupka 71 Stimmen. (Rufe: 70 Stimmen! Unruhe. — Nach einer Pause:)

Meine Herren! Ich werde das Scrutinium noch einmal vornehmen und werde bitten, dass einer der Herren immer die Zahl nennt. (Unruhe rechts und Rufe rechts: Wenn das bei uns vorgekommen wäre!)

Ich bin unparteiisch vorgegangen und habe ein Mitglied Ihrer Partei und eines von der Partei des Bürgerclub zum Scrutator bestellt, und wenn jemand sich geirrt hat, so ist es vielleicht nicht gerade der gewesen, welcher dem Bürgerclub angehört (Beifall links), sondern es ist durch das unrichtige Lesen geschehen.

Gem.-Rath Erndt: Meine Herren! Ich kann gar nichts dafür; aber es sind mehrere Stimmzettel so ähnlich geschrieben, dass man sie gar nicht unterscheiden kann. Übrigens ist es mir viel lieber, wenn die Herren einen anderen Scrutator nehmen.

(Gem.-Rath Silberer meldet sich zum Worte.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Silberer zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Silberer (zur Geschäftsordnung): Es fällt mir nicht ein, gegen Herrn Collegen Erndt irgendeine Beschuldigung zu erheben. Es wird aber auf allen Seiten und auch hier constatiert, dass der Herr College keine genügend deutliche Aussprache hat. Auch wir haben daher beim Mitrechnen Irrthümer gemacht.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich mit Ihrer gütigen Erlaubnis den Vorschlag machen, dass ich selbst den Inhalt der Stimmzettel verlese? (Gem.-Rath Gregorig: Das ist gegen das Gesetz!) Allerdings, das geht nicht. Vielleicht tauschen die Herren die Plätze und Herr Gem.-Rath Gruber verliest die Namen. (Gem.-Rath Dr. Klotzberg meldet sich zum Worte.) Ich bitte, Herr Gemeinderath, halten wir uns nicht auf; es muss die Angelegenheit genau durchgeführt werden, und es geht schneller, wenn jetzt das Scrutinium noch einmal erfolgt. (Vice-Bürgermeister Dr. Lueger überreicht die Stimmzettel dem Herrn Gem.-Rathe Dr. Gruber, und Scrutator Dr. Gruber verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach Vornahme des Scrutiniums:)

Es sind 136 Stimmzettel abgegeben worden. Anwesend sind 137 Mitglieder des Gemeinderathes. Die absolute Majorität beträgt daher 69.

Es erhielt Herr Dr. Kupka 70 Stimmen, leer waren 64 Stimmzettel. Herr Dr. Raimund Grübl erhielt 2 Stimmen. Es erscheint daher Dr. August Kupka zum Stadtrathe gewählt.

Gem.-Rath Jedlička: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung!

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Jedlička zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Jedlička: Meine Herren! Es dürften die Herren Schriftführer und Scrutatoren, nachdem sie bereits sieben Viertelstunden ihre Thätigkeit fortsetzen, ermüdet sein und es wäre vielleicht angezeigt, wenn der Herr Vice-Bürgermeister andere Herren zu Scrutatoren und Schriftführern bestellen würde. (Rufe rechts: Statutswidrig!)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Das ist nicht statutswidrig. Ich werde unterbrechen, aber ich habe mir gedacht, dass wir bis 1 Uhr fortarbeiten könnten. (Rufe: Jawohl!) Darf ich bitten! Wir werden bis 1 Uhr fortarbeiten und dann anderthalb Stunden Pause eintreten lassen. (Rufe: Eine Stunde!) Nein, anderthalb Stunden. Wir werden dann um $^1/_2$3 Uhr fortfahren. Ich glaube, dass dies ein zweckentsprechender Vorgang ist. Von einer Statutswidrigkeit ist da gar keine Rede. Herr Gem.-Rath Schlechter zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Schlechter (zur Geschäftsordnung): Ich bitte zunächst zu constatieren, dass bei diesem Wahlgange ein Stimmzettel fehlt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich habe ausdrücklich erklärt, 137 Gemeinderäthe sind anwesend, 136 Stimmzettel wurden abgegeben. Ich bitte nachzusehen, dass da (in der Urne) nichts darin ist. Einer der Herren hat offenbar vergessen, seinen Stimmzettel abzugeben. Eine Verpflichtung zur Stimmgebung besteht nicht, die Herren sind nur verpflichtet, anwesend zu sein.

Also wir schreiten zur neuen Wahlhandlung.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Herrn Gem.-Rathes Dr. Zimmermann geben die Herren Gemeinderäthe ihre Stimmzettel ab.)

Wir schreiten zum Scrutinium.

(Vice-Bürgermeister Dr. Lueger entnimmt die einzelnen Stimmzettel der Urne; Scrutator Dr. Michael Gruber verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach Vornahme des Scrutiniums:)

Meine Herren! Das Scrutinium hat folgendes Resultat ergeben. Es erscheinen abgegeben 137 Stimmzettel, anwesend sind 137 Gemeinderäthe. Die absolute Majorität beträgt 69 Stimmen.

Auf Herrn Gem.-Rath Vincenz Wessely entfielen 75 Stimmen, leer waren 61, auf Dr. Grübl entfiel 1 Stimmzettel. Es erscheint daher Herr Gem.-Rath Vincenz Wessely zum Stadtrathe der Stadt Wien gewählt.

Wir kommen nun zum fünften Wahlgange.

(Über Namensaufruf des Schriftführers Gem.-Rathes Schrenckh geben die Herren Gemeinderäthe ihre Stimmzettel ab.)

Wir schreiten zum Scrutinium.

(Vice-Bürgermeister Dr. Lueger entnimmt die einzelnen Stimmzettel der Urne; Scrutator Dr. Michael Gruber verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach Vornahme des Scrutiniums:)

Meine Herren! Das Resultat des Scrutiniums ist folgendes: Abgegeben 137 Stimmzettel, anwesend 137 Gemeinderäthe. Absolute Majorität 69. Es erhielten Herr Gem.-Rath Dr. Rader 70 Stimmen, leer waren 63 Stimmzettel. Herr Gem.-Rath Eigner erhielt 2, Gem.-Rath Stefan 1, Herr Dr. Grübl 1 Stimme. Es erscheint demnach Herr Gem.-Rath Dr. Rader zum Stadtrathe der Stadt Wien gewählt. (Beifall links.)

Wir schreiten jetzt zur sechsten Wahlhandlung.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dr. Zimmermann geben die Herren Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Wir beginnen mit dem Scrutinium.

(Vice-Bürgermeister Dr. Lueger entnimmt die einzelnen Stimmzettel der Urne; Scrutator Dr. Michael Gruber verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach Vornahme des Scrutiniums:)

Meine Herren! Das Resultat des Scrutiniums ist folgendes: Abgegeben wurden 137 Stimmzettel, anwesend sind 137 Gemeinderäthe, die absolute Majorität beträgt 69. Auf Herrn Gem.-Rath Rißaweg entfielen 70 Stimmen, leer waren 64 Stimmzettel, auf Herrn Gem.-Rath Eigner 2 Stimmen, auf Herrn Dr. Grübl 1 Stimme. Es erscheint daher Herr Gem.-Rath Rißaweg zum Stadtrathe mit 70 Stimmen gewählt.

Meine Herren! Ich schlage Ihnen vor, dass wir noch fortarbeiten. Die Herren, welche einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist der allgemeine Wille.

Wir beginnen mit dem siebenten Wahlgange. Ich bitte die Herren, sich immer an den Vordermann anzureihen und auf dieser Seite zu passieren; es geht dann viel schneller. Ich bitte, mit dem Namensaufrufe zu beginnen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dr. Zimmermann geben die Herren Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Meine Herren! Wir schreiten zum Scrutinium.

(Vice-Bürgermeister Dr. Lueger entnimmt die einzelnen Stimmzettel der Urne; Scrutator Dr. Michael Gruber verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach Vornahme des Scrutiniums:)

Meine Herren! Das Resultat des Scrutiniums ist folgendes: Anwesend 137 Gemeinderäthe, abgegeben 137 Stimmzettel. Absolute Majorität 69. Es erhielt Herr College Brauneiß 70 Stimmen, leer waren 59 Stimmzettel; Herr College Eigner erhielt 7, Herr Dr. Grübl 1 Stimme. Es erscheint daher Herr Gem.-Rath Brauneiß zum Stadtrathe der Stadt Wien gewählt. (Beifall links.)

Ich glaube nun, wir machen wirklich die Sache in einem Zuge fertig. Den Herren wird es lieber sein, wenn sie einen freien Nachmittag haben.

Also ich bitte, mit dem Namensaufrufe für die achte Wahlhandlung zu beginnen.

Die Herren bitte ich wieder sehr, aufmerksam zu sein, damit es wieder wie am Schnürl geht und wir bald fertig sind.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Schrenckh geben die Herren Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Wir beginnen mit dem Scrutinium.

(Vice-Bürgermeister Dr. Lueger entnimmt die einzelnen Stimmzettel der Urne; Scrutator Dr. Michael Gruber verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach Vornahme des Scrutiniums:)

Meine Herren! Das Scrutinium hat folgendes Resultat ergeben: Anwesend sind 137 Gemeinderäthe, abgegeben wurden 137 Stimmen, Herr Sebastian Grünbeck erhielt 67 Stimmen, leer waren 49 Stimmzettel, Herr Collega Eigner erhielt 17, Herr Grünbeck Josef 1 Stimme, Herr Dr. Grübl 2 Stimmen und Herr Gräf 1 Stimme. Es ist daher eine absolute Majorität nicht erzielt worden; es findet ein neuer Wahlgang statt.

Ich bitte, die Stimmzettel zu vertheilen. (Nach einer Pause:) Ich bitte, mit dem Namensaufrufe zu beginnen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dr. Zimmermann geben die Herren Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Wir beginnen mit dem Scrutinium. (Vice-Bürgermeister Dr. Lueger entnimmt die einzelnen Stimmzettel der Urne; Scrutator Dr. Michael Gruber verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach Vornahme des Scrutiniums:)

Das Scrutinium hat folgendes Resultat ergeben: Anwesend waren 137 Gemeinderäthe, abgegeben 137 Stimmzettel; absolute Majorität 69. Es erhielten Herr Sebastian Grünbeck 67 Stimmen, leer 23 Stimmzettel, Eigner Franz 47, Gregorig 1, Dr. Grübl 1 Stimme.

Es ist daher die absolute Majorität nicht erzielt. Wir schreiten zur engeren Wahl zwischen den Herren Sebastian Grünbeck und Franz Eigner. Ich bitte, die Stimmzettel zu vertheilen. (Rufe: Ist schon geschehen!)

Bitte, mit dem Namensaufrufe zu beginnen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dr. Zimmermann geben die Herren Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Wir beginnen mit dem Scrutinium.

(Vice-Bürgermeister Dr. Lueger entnimmt die einzelnen Stimmzettel der Urne; Scrutator Dr. Michael Gruber verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach Vornahme des Scrutiniums:)

Es wurden 137 Stimmzettel abgegeben, es waren 137 Gemeinderäthe anwesend, 30 Stimmzettel waren leer. Es verbleiben daher 107 giltige Stimmen. Die absolute Majorität beträgt 54. Auf Herrn Sebastian Grünbeck entfielen 66, auf Herrn Franz Eigner 40 Stimmen, eine Stimme entfiel auf Herrn Gem.-Rath Hawranek, welche auch ungiltig ist. Es ist daher Herr Gem.-Rath Sebastian Grünbeck zum Stadtrathe der Stadt Wien gewählt.

Bevor wir zum neunten Wahlgange schreiten, erlaube ich mir, Ihnen Folgendes mitzutheilen:

Ich habe die Wahl des neunten Stadtrathes für die heutige Sitzung angeordnet zu dem Zwecke, um eventuell den Stadtrath nach allen Richtungen hin zu ergänzen. Es war aber nicht möglich, eine persönliche Zustellung an die einzelnen Mitglieder des Gemeinderathes vornehmen zu können. Wenn aus der Mitte des Gemeinderathes irgendein Widerspruch erhoben wird, so werde ich den neunten Wahlgang nicht vornehmen lassen, sondern denselben auf einen späteren Tag anordnen, und zwar vielleicht unmittelbar vor einer Sitzung des Gemeinderathes. (Zustimmung. — Gem.-Rath Dr. Richter meldet sich zum Worte.)

Herr Gem.-Rath Dr. Richter wünscht hiezu das Wort.

Gem.-Rath Dr. Richter: Die von dem Herrn Vorsitzenden erwähnte Ausschreibung erachte ich für ungesetzlich, weil sie nicht nach § 22 der Wahlordnung ergangen ist; sie entspricht auch nicht jenen Bestimmungen, welche der Stadtrath für die heute anberaumten Stadtrathswahlen getroffen hat, und ich glaube daher, dass es nicht möglich ist, dass wir in diese Wahl eingehen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Nachdem Widerspruch erhoben worden ist, werde ich die neunte Wahl an einem späteren Tage, der noch von Seite des Stadtrathes bestimmt werden wird, vornehmen lassen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 2 Uhr nachmittags.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **9. Mai 1895.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Grübl.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Müller, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Experte: Magistratsrath Siegl.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

(3816.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über die Ergänzungswahl in den Armenrath des XV. Bezirkes und beantragt, die Wahl des Holubetz Leopold, Buchdruckers, zum Armenrathe mit der Functionsdauer bis Ende 1897 zu bestätigen. (Angenommen.)

(3801.) St.-R. Witzelsberger referiert über das Offertverhandlungsergebnis puncto Neupflasterung der Robert Hamerlinggasse im XV. Bezirke und beantragt die Genehmigung des Anbotes des Franz Böck mit dem Nachlasse von 6½ Percent.

(Angenommen.)

(2807.) St.-R. Witzelsberger referiert über die Wasserabgabe für die Schule XV., Zinkgasse, und beantragt, das zur Deckung des Wasserbedarfes für diese Schule erforderliche Quantum von 20 hl pro Tag zu genehmigen. (Angenommen.)

(3688.) St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen des Joh. Ulreich um Ermäßigung des Platzzinses für die Tischaufstellung XV., Neubaugürtel 56, und beantragt, den Platzzins von 33 fl. 60 kr. auf 19 fl. 20 kr. herabzusetzen. (Angenommen.)

(3671.) St.-R. Witzelsberger referiert über die in der Zwischenzeit nach dem Ableben des Priesters an der städtischen Kirche in Unter-St. Veit P. Dr. Anton Wojcikowsky bis zum Amtsantritte des neubestellten Priesters P. Gottfried Wenzel Horn seitens des Exercitien- und Probationshauses der Gesellschaft Jesu (XIII., Lainzerstraße 136) erfolgte Verrichtung der gottesdienstlichen Handlungen an der genannten Kirche und beantragt, dem genannten Institute hiefür den Dank der Gemeinde Wien auszusprechen. (Angenommen.)

(3555.) St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen des Oreste Bastreri um Grundentschädigung für V., Nikolsdorferstraße 39, und beantragt, unter der Voraussetzung, dass die Partei hiemit einverstanden ist, die Schadloshaltung für circa 52 m² mit 12 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

St.-R. Witzelsberger referiert über nachstehende Recurse wider feuerpolizeiliche Aufträge:

(2882 ex 1893.) Des Josef Ebermann bezüglich des Hauses III., Marokkanergasse 21.

Referenten-Antrag, den Recurs als gegenstandslos zu behandeln, nachdem Recurrent ausgezogen und das Haus bereits umgebaut ist, angenommen.

(1136.) Des C. Wanitzky bezüglich des Hauses III., Fasangasse 51.

Referent beantragt, dem Recurse stattzugeben.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, den Recurrenten protokollarisch zu verpflichten, das Holz 3 m von der Mauer entfernt zu lagern.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, es sei dem Recurse gegen Einhaltung der für Holzlagerplätze behördlich vorgeschriebenen Bedingungen Folge zu geben, wobei jedoch von einer Erhöhung der Mauer Umgang genommen wird.

Antrag Dr. v. Billing angenommen.

(2447.) Der Firma Josef Bruckner & Söhne und des Edmund Wanger bezüglich des Hauses VII., Kaiserstraße 113, respective 98.

Referenten-Antrag, dem Recurse stattzugeben, angenommen.

(2462.) Des Stephan Nebily bezüglich des Hauses VIII., Laudongasse 49.

Referent beantragt, dem Recurse gegen dem Folge zu geben, dass wohl kleinere Quantitäten Holz, nicht aber Späne aufbewahrt werden dürfen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt die Abweisung.

Antrag Dr. v. Billing angenommmen.

(2122.) Der Firma Paul Oltosy & Söhne durch Dr. Max Neuda bezüglich des Hauses VII., Apollogasse 14.

Referent beantragt, dem Recurse Folge zu geben.

St.-R. Stiaßny beantragt die Abweisung.

Antrag Stiaßny angenommen.

(2567.) Der Ottilie Robitscher bezüglich des Hauses VIII., Strozzigasse 14.

Referenten-Antrag auf Abweisung angenommen.

(2463.) Des Karl Czerny durch Dr. Josef Porzer bezüglich des Hauses VIII., Lerchenfelderstraße 60.

Referent beantragt, dem Recurse Folge zu geben.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt die Abweisung.

Referenten-Antrag angenommen.

St.-R. Stiaßny beantragt, den Berichten über Recurse gegen feuerpolizeiliche Aufträge Situationsskizzen mit Angabe der wichtigsten Dimensionen beilegen zu lassen.

Antrag Stiaßny an den Magistrat.

(3767.) Des Michael Unger bezüglich des Hauses V., Stolberggasse 35.

Referenten-Antrag auf Stattgebung des Recurses angenommen.

(3690.) St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen der Julie Hohenwarter um Gewährung einer Frist puncto Durchführung feuerpolizeilicher Verfügungen V., Griesgasse 49, und beantragt die Gewährung einer Frist bis 15. Mai 1896.

(Angenommen.)

(3603.) St.-R. Witzelsberger referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem XV. Bezirke und beantragt, dem

Weis Franz, Laubsägenmacher, und

Diestel Karl Friedrich, Zuckerbäcker,

das Bürgerrecht zu verleihen. (Angenommen.)

(3727.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Bestellung und Ausrüstung von 24 Flurwächtern und beantragt:

1. Für die Zeit, in welcher sich der Flurschutz je nach der Culturgattung als nothwendig erweist, sind für das Jahr 1895, und zwar bis zur Maximaldauer von 138 Huttagen, sind in den ländlichen Gemeindebezirken Flurwächter mit einem Taglohne von 1 fl. 50 kr. auf Kosten der Gemeinde zu bestellen, und zwar:

für	den	X.	Bezirk	1	Flurwächter
„	„	XI.	„	2	„
„	„	XII.	„	1	„
„	„	XIII.	„	6	„
„	„	XVI.	„	2	„
„	„	XVII.	„	2	„
„	„	XVIII.	„	3	„
„	„	XIX.	„	7	„

2. Diese Flurwächter sind mit je einer Blouse, einem Hute mit einem Schildchen, enthaltend das Wappen der Stadt Wien, einem Seitengewehr sammt Kuppel und einer Huppe (Horn) sammt Schnur auszurüsten, welche Gegenstände nach Beendigung der Dienstleistung an den Bezirksvorsteher zurückzustellen und von demselben aufzubewahren sind.

3. Die Bezirksvorsteher dieser Bezirke werden ermächtigt, je nach dem Bedürfnisse ihrer Bezirke innerhalb dieser Zahl von Flurwächtern und Huttagen die Zeit des Beginnens und Aufhörens der Flurhut zu bestimmen, insofern nur nicht der für ihren Bezirk genehmigte Kostenbetrag überschritten wird.

4. Die Flurwächter sind von den Bezirksvorstehungen zu bestellen und von den magistratischen Bezirksämtern zu beeidigen.

5. Die mit der Bestellung und Ausrüstung der Flurwächter verbundenen Auslagen im Gesammtbetrage von 5385 fl. 60 kr., welche auf Rubrik XIX 7 ihre Bedeckung finden, werden genehmigt.

St.-R. Dr. Lederer beantragt für den XIII., XVI., XVII., XVIII. und XIX. Bezirk eine Vermehrung der Huttage mindestens um 40 und für die Bezirke X und XII die Bestellung von je zwei Flurwächtern.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, es soll die Anzahl der Tage und der Wächter nach den einzelnen Bezirken bestimmt werden.

Die Referenten-Anträge werden mit der Abänderung genehmigt, dass für den XVI., XVII., XVIII. und XIX. Bezirk die Maximalzahl der Huttage mit 160 bestimmt und den Vorstehern die Zahl der zu verwendenden Wächter und die Bestimmung der Zeitdauer ihrer Verwendung unter der Voraussetzung überlassen wird, dass die oben angeführten Grenzen nicht überschritten werden.

(Bei der Erstattung dieses Referates hat Magistratsrath Siegl als Experte fungiert.)

(3382.) St.-R. Dr. Vogler referiert über die vom Bezirksschulrathe beantragte Errichtung von Schulen in dem Schulneubau XVII., Geblergasse, und beantragt, die Zustimmung hiezu zu ertheilen.

(Angenommen.)

(3665, 3666, 3723.) St.-R. Dr. Vogler referiert über die vom Bezirksschulrathe veranlassten Concursausschreibungen von erledigten Religionslehrerstellen an öffentlichen Volks- und Bürgerschulen im Wiener Schulbezirke und beantragt die Kenntnisnahme.

(Zur Kenntnis.)

(3580.) St.-R. Dr. Vogler referiert über die Zustimmung zu den Anträgen anlässlich Übersiedlung der Doppel-Bürgerschule und beantragt, es werde die Zustimmung ertheilt:

1. zur Übersiedlung der Doppel-Bürgerschule XII., Schönbrunnerstraße 39/41, in das Schulgebäude V., Herthergasse;

2. zur Trennung derselben in zwei besondere Anstalten;

3. zur Eröffnung von Parallelclassen;

4. zur Systemisierung der betreffenden Lehrstellen;

5. zur Versetzung von Lehrkräften.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die Zustimmung zur Post 5 nur mit Rücksicht darauf zu ertheilen, dass es sich nur um eine Verlegung des Schulortes handelt.

Referenten-Antrag mit Zusatz Dr. Lueger angenommen.

(3369.) St.-R. Dr. Vogler referiert über die seitens des Stadtanwaltes erfolgte Vorlage der Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes vom 30. Jänner 1895, betreffend die Systemisierung von Lehrstellen an Mädchenschulen und beantragt die Kenntnisnahme.

Die Entscheidungsgründe eines der beiden Erkenntnisse wären im Amtsblatte der Stadt Wien zu publicieren. (Zur Kenntnis.)

(3381.) St.-R. Dr. Vogler referiert über den Erlass des k. k. n.-ö. Landesschulrathes vom 2. April 1895, Z. 3110, zufolge dessen dem Oberlehrer an der allgemeinen Knaben-Volksschule II., Obere Augartenstraße 68, Ludwig Podirsky der Titel eines „Directors" verliehen wurde, und beantragt die Kenntnisnahme.

(Zur Kenntnis.)

(3664.) St.-R. Dr. Vogler referiert über die Note des Bezirksschulrathes vom 11. April 1895, Z. 8400 und 8483, mit welcher die zufolge Landesschulraths-Erlasses vom 29. August 1894, Z. 1056, ausgearbeiteten nunmehr für die Stellung aller im Wiener Schulbezirke befindlichen Unterrichts-Abtheilungen für nicht vollsinnige Kinder zu den mit denselben in Verbindung stehenden allgemeinen Volks- und Bürgerschulen geltenden Bestimmungen vorgelegt wurden, und beantragt die Kenntnisnahme. (Zur Kenntnis.)

(3713.) St.-R. Dr. Vogler referiert über die Bemessung der Erziehungsbeiträge der vier unter dem Normalalter stehenden Kinder der Lehrerswitwe Elise Goldmann und beantragt, der Genannten vom 1. April 1895 an, nachdem deren Tochter Aurelia am 31. März 1895 das 20. Lebensjahr erreicht hat, unter gleichzeitiger Einstellung der bisher bezogenen Erziehungsbeiträge für alle fünf Kinder per je 30 fl., die Erziehungsbeiträge für die unter dem Normalalter stehenden Kinder Elisabeth, Emilie, Stephanie und Johann auf je 37 fl. 50 kr. unter den bei der ursprünglichen Verleihung aufgestellten Bedienungen zu erhöhen. (Angenommen.)

(3718.) St.-R. Dr. Vogler referiert über das Ansuchen des Conventes der Ursulinerinnen um Subventionierung und beantragt,

dem genannten Convente zur Erhaltung seiner Lehrerinnen-Bildungsanstalt und seiner Volks- und Bürgerschule auch pro 1895 eine Subvention per 500 fl. zu gewähren und einen Zuschusscredit in der gleichen Höhe zu bewilligen.

Vice-Bürgermeister Matzenauer regt an, diese Bewilligung gleich für drei Jahre zu ertheilen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, die Subvention vorläufig für ein Jahr zu bewilligen und dem Convente zu eröffnen, dass er im nächsten Jahre um Subventionierung für drei Jahre ansuchen solle.

Referenten-Antrag mit Zusatz Dr. v. Billing angenommen; Bewilligung der Subvention an den Gemeinderath.

(3422.) St.-R. Dr. Vogler referiert über das Ansuchen der Wiener pädagogischen Gesellschaft um Subventionierung und beantragt, der genannten Gesellschaft wie im Vorjahre auch pro 1895 eine Subvention im Betrage von 200 fl. zur Herausgabe der „Pädagogischen Jahrbücher" gegen dem zu bewilligen, dass die bisherige Bedingung der Ablieferung eines Exemplares der „Pädagogischen Jahrbücher" an die Stadtbibliothek aufrecht erhalten bleibt.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2818.) St.-R. Dr. Vogler referiert über das Ansuchen des Heinrich Gangl um gnadenweise Anrechnung seiner in Ungarn zugebrachten Dienstjahre und beantragt, den Act an den Bezirksschulrath mit dem Bemerken zurückzuleiten, dass sich der Stadtrath für die Abweisung des Gesuches ausspricht.

St.-R. Dr. Lueger und Dr. v. Billing beantragen, den Act mit dem Bemerken zurückzustellen, dass sich der Stadtrath der Äußerung des Bezirksschulrathes anschließt.

Antrag Dr. Lueger und Dr. v. Billing angenommen.

(3800.) **St.-R. Rückauf** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Umpflasterung der Sechshauser Hauptstraße im XIV. Bezirke und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Franz Böck mit dem Nachlasse von 8½ Percent (= 183 fl. 39 kr. Ersparnis). (Angenommen.)

(3784.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über den neuerlichen Bericht wegen probeweiser Kehrichtverfrachtung mit neuen Wagentypen im I. Bezirke und beantragt:

1. In Abänderung, respective in Ergänzung der Stadtraths-Beschlüsse vom 7. März 1895, Z. 1354, und vom 13. März 1895, Z. 1927, ist an Stelle der zur Erprobung in Aussicht genommenen Wallegg-Hartwich'schen Hauskehricht-Sammelwagen mit auf Lowrys überschiebbaren Fuhrgefäßen das neuerlich von den Genannten sub M.-Z. 61164/95 offerierte System, wonach der Hauskehricht aus den mittels eines Plateauwagens abgeführten Hauskehricht-Sammelgefäßen in den zu adaptierenden Eisenbahnlastwagen auf der Verladestation staubfrei entleert wird, bei der Verfrachtung des Kehrichts aus dem I. Bezirke zu erproben.

2. Für die Kosten der Anschaffung der mit den citierten Stadtraths-Beschlüssen vom 7. und 13. März 1895 zur Erprobung angenommenen Objecte nach dem System Ehrret & Bürger, dann für die Kosten der Objecte nach dem neuerlichen Offerte Wallegg & Hartwich, sowie für die Rampenanlagen und die Herstellungen am Probelowry wird zur Ausgabs-Rubrik XXII 12 ein Zuschusscredit von 3111 fl. bewilligt. (Angenommen.)

(8968 ex 1894.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Zuerkennung von Remunerationen und Anerkennungen für die mit der Ausarbeitung des neuen Preistarifes betraut gewesenen Beamten und beantragt, hiefür den Betrag von 930 fl. zu genehmigen und den Functionären die Anerkennung auszusprechen. (Angenommen.)

(3858.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über den Bauamtsbericht, betreffend die Erfordernisse für den Betrieb des Schöpfwerkes im Marchfelde für Nutzwasserleitungszwecke, und beantragt die Genehmigung der diesbezüglich gestellten Magistrats-Anträge.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Wiederaufnahme der Debatte über den Beschluss vom 7. Mai 1895, Z. 3484, betreffend die Genehmigung von Pumpversuchen in Schönau, Mannsdorf und Orth.

Dieser Antrag wird angenommen und daher die Berathung des vorliegenden Referates vertagt.

(3809.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen des Josef Folterbauer, Schulhausbesorgers, um Ertheilung der Altersnachsicht und beantragt, demselben die Altersnachsicht behufs eventueller Erlangung einer Schuldienerstelle zu gewähren.

(Angenommen.)

(2616.) **St.-R. Stiaßny** referiert über das Project für die im Pfarrhofe III., Kolonitzplatz, beziehungsweise Schulgebäude Kolonitz-Löwengasse 15/12 b, vorzunehmenden Adaptierungen und beantragt, die bezüglichen im Magistratsberichte angeführten Adaptierungen mit dem bedeckten Gesammtkostenbetrage von 16.917 fl. 56½ kr. zu genehmigen; die Vergebung der Eisenconstructionslieferung für die Reparatur der Stiegenhaus-Glasdächer im Wege einer beschränkten Offertverhandlung unter den Firmen Albert Milde & Comp., Ig. Gridl und Anton Biró unter Zugrundelegung der bezüglichen Bedingungen zu genehmigen.

Endlich seien die bezüglich des Zeitpunktes der Inangriffnahme der Arbeiten vom Magistrate gestellten Anträge zu genehmigen und sei dem Bauinspicienten ein Zehrungsbeitrag von täglich 1 fl. 50 kr. zu bewilligen.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt, der Offertverhandlung auch den Bauschlosser Ludwig Wilhelm, IX., Hahngasse 8, beizuziehen.

Referenten-Antrag mit Zusatz Ritt. v. Neumann angenommen.

(3748.) St.-R. Stiaßny referiert über die Verlegung der Schuldienerwohnung in dem Schulgebäude II., Weintraubengasse 13, und beantragt die Genehmigung dieser Verlegung im Sinne des Magistrats-Antrages und die Bewilligung des Kostenbetrages von 258 fl. 89 kr. (Angenommen.)

(2848.) St.-R. Stiaßny referiert über die Adaptierung der Directorswohnung im Schulgebäude II., Holzhausergasse 7, zu Lehrzimmern und beantragt, die bezüglichen Adaptierungen in Gemäßheit des Magistrats-Antrages mit einem Kostenbetrage von 2400 fl. zu genehmigen und von der Schaffung einer neuen Naturalwohnung in dem bezeichneten Schulgebäude Umgang zu nehmen.

(Angenommen.)

(2752.) St.-R. Stiaßny referiert über das Detailproject für die Aufsetzung eines Stockwerkes auf den Turnsaaltract der Schule IV., Starhemberggasse 8, und beantragt:

1. die Genehmigung des vorgelegten Projectes mit dem adjustierten Kostenbetrage von 12.660 fl. 45 kr.;

2. die Vergebung der erforderlichen Arbeiten und Lieferungen im Sinne des Magistratsberichtes;

3. Festsetzung des Termines für die Maurerarbeiten mit 24. August 1895 und für sämmtliche Arbeiten mit 21. September 1895;

4. Ertheilung des Bauconsenses nach § 105, Alinea 3, Punkt 4 der Wiener Bauordnung;

5. Bewilligung des Zehrungsbeitrages von 1 fl. täglich für den Bauinspicienten.

(Angenommen; Punkt 4 an den Gemeinderath.)

(3785.) St.-R. Stiaßny referiert über das Ansuchen des Andrea Francini um Grundentschädigung für IV., Alleegasse 42, Karolinengasse 5, und beantragt, der Stadtrath erkläre sich unter der Voraussetzung, dass die Partei damit einverstanden sei, bereit, eine Schadloshaltung von 20 fl. per Quadratmeter zu bewilligen.

(Angenommen.)

(3849.) St.-R. Stiaßny referiert über das Ansuchen des Rudolf W. Kurka um Ertheilung des Consenses zu Adaptierungen für das Haus V., Ziegelofengasse Nr. 2, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses. (Angenommen.)

(3851.) St.-R. Stiaßny referiert über das Ansuchen der Firma B. Heller & Sohn durch Dr. B. Bloch um Grundtrennung und Zuschreibung für Einl.-Z. 343, VI., Gumpendorferstraße-Gfrornergasse, und beantragt die Bewilligung zur Abtrennung des mit a b c d a bezeichneten Viereckes von der Realität Einl.-Z. 343, VI. Bezirk, und Zuschreibung desselben zur anstoßenden Realität Einl.-Z. 222. (Angenommen.)

(257.) St.-R. Stiaßny referiert über das Detailproject für den Bau einer Doppel-Bürgerschule im XIII. Bezirke, Neubergenstraße, und beantragt:

1. Genehmigung des Projectes mit dem adjustierten Kostenbetrage von 262.538 fl. 49 kr.;

2. Vergebung der Arbeiten und Lieferungen im Sinne des Magistrats-Antrages;

3. Festsetzung des Termines für die Vollendung des Baues mit 1. September 1896;

4. Bewilligung des Zehrungsbeitrages von 2 fl. 50 kr. täglich für den Bauinspicienten;

5. Ertheilung des Bauconsenses nach § 105, Punkt 4, der Wiener Bauordnung.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt, statt der Blechtafelverschlüsse in den Risalitfenstern gehende Spalettläden anzubringen.

Referenten-Antrag mit Zusatz Ritt. v. Neumann angenommen. (Punkt 5 an den Gemeinderath.)

(3705.) **St.-R. Matthies** referiert über das Ansuchen des Josef Kalas um Parcellierung für III., Löwengasse 35, und beantragt die Genehmigung dieser Parcellierung unter nachstehenden Bedingungen:

1. Dass der zur Durchführung der Hetzgasse, sowie der zur Verbreiterung der Löwengasse entfallende Grund im Gesammtausmaße von 563·37 m² gemäß der §§ 10, 13 der Bauordnung für Wien vom 17. Jänner 1883, L.-G.-Bl. Nr. 35, im festgesetzten Niveau an die Gemeinde Wien abgetreten und die gebüren- sowie lastenfreie Abschreibung dieses Grundes gleichzeitig mit der grundbücherlichen Durchführung dieser Grundabtheilung erwirkt werde;

2. dass gleichzeitig die obenerwähnte Verpflichtung zur Übergabe des nach Punkt 1 grundbücherlich abzuschreibenden Straßengrundes in den physischen Besitz der Gemeinde Wien und zur Herstellung des richtigen Niveaus dieses Grundes auf der neu entstehenden Baustelle I und dem Baustellenfragmente als Reallast zu Gunsten der Gemeinde Wien grundbücherlich einverleibt werde;

3. dass das Baustellenfragment prov. Parc. 170/3 mit der Cat.-Parc. 166/1, Grundb.-Einl.-Nr. 1049 III zusammengelegt werde. Unter einem wäre sohin die Löschung des Bauverbotes auf Einl.-Nr. 1049 III zu bewilligen und die Löschungserklärung auf Kosten des Gesuchstellers anzufertigen.

Die Gemeinde erklärt weiters, dass sie weder für den zur Eröffnung der Hetzgasse noch für den zur Verbreiterung der Löwengasse entfallenden Grund eine Schadloshaltung leistet, und wäre das Ansuchen des Parcellierungswerbers um entsprechende Schadloshaltung für den zur Verbreiterung der Löwengasse entfallenden Grund gemäß § 10 der Bauordnung einfach abzuweisen. (Angenommen.)

(Bei der Berathung und Beschlussfassung über das vorstehende Referat war St.-R. Müller abwesend.)

(3751.) St.-R. Matthies referiert über das Ansuchen des Leopold Sonnberger um käufliche Überlassung eines alten Dampf-Desinfectionsapparates aus dem XI. Bezirke und beantragt, die Überlassung an den Offerenten um den Betrag von 8 fl. 50 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(3759.) St.-R. Matthies referiert über das Ansuchen des Michael und der Anna Vogler um Baubewilligung für Einl.-Z. 908 Simmering, Neurissenweg, und beantragt die Bestätigung des Bezirksamts-Antrages auf Ertheilung der Baubewilligung gegen Ausstellung eines intabulationsfähigen Demolierungs-Reverses. (Angenommen.)

(Bürgermeister Dr. Grübl übernimmt den Vorsitz.)

(3757.) St.-R. Matthies referiert über den Recurs der Firma Rudolf & Kupfer wider sanitätspolizeiliche Aufträge bezüglich des Ziegelwerkes XI. Bezirk, Nr. 294, und beantragt die Recursabweisung. (Angenommen.)

(3859.) St.-R. Matthies referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Pflasterung der Strobelgasse im I. Bezirke mit Holzstöckeln und beantragt, das Offert der Firma John B. Blythe mit dem Nachlasse von 2·1 Percent (= 46 fl. 78 kr. Ersparnis) unter der Bedingung zu genehmigen, dass sich die offerierende Firma zur Übernahme einer fünfjährigen Haftung bereit erklärt.

Im Gegenfalle wäre eine neuerliche Offertverhandlung auszuschreiben. (Angenommen.)

(3853.) St.-R. Matthies referiert über den Bericht der Forstverwaltung Groß-Enzersdorf über den im Jahre 1895 stattfindenden Verkauf der Augraserei und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Entwurfes des bezüglichen Licitationsprotokolles.

Das Ansuchen der Forstverwaltung um Ermächtigung, den ihr als solvent bekannten Käufern eine Frist zur Zahlung der Meistbote bis nach der Ernte bewilligen zu dürfen, wird dermalen abgelehnt. (Angenommen.)

(3702.) St.-R. Matthies referiert über die Aufführung eines Schulneubaues auf den Realitäten IX., Grüne-Thorgasse 9—11, und beantragt:

Der Umbau des Schulgebäudes IX., Grüne-Thorgasse 11, unter Verwendung der communalen Realität Nr. 9 dieser Gasse nach erfolgter Demolierung der darauf stehenden Baulichkeiten zur Aufführung von zwei Schulen (eine allgemeine Volksschule für Knaben und eine für Mädchen), wodurch auch die derzeit bestehende Mädchen-Volksschule IX., Grüne-Thorgasse 7, verlegt und das Gebäude einem anderen communalen Zwecke zugeführt werden kann, ist nach der vorliegenden Projectskizze mit einem Kostenbetrage von circa 274.000 fl. mit der Abänderung zu genehmigen, dass die Stufen neben der Schuldienerwohnung im Gange des Hoftractes in den Gangeingang an jene Stelle verlegt werden, wo letzterer mit dem gedeckten Verbindungsgange zusammenstoßt, und dass ein Theil der Küche der Schuldienerwohnungen durch eine Glaswand zum Zwecke der Gewinnung eines Cabinetes

für dieselben abgetrennt wird. Auf den Wunsch des Stadtphysikates, betreffend die Anlegung der Ventilationsschläuche, ist Rücksicht zu nehmen.

Der Bau ist in zwei Bauperioden derart zu führen, dass während der ersten Bauperiode der Hoftract und der an Stelle des Hauses Nr. 9 tretende Gassentract sammt dem linksseitigen Turnsaaltracte zur Ausführung gelangt; der weitere planmäßige Ausbau hat in der zweiten Bauperiode stattzufinden.

Das Stadtbauamt hat im Genehmigungsfalle ungesäumt das Detailproject und die Kostenanschläge auszuarbeiten und in Vorlage zu bringen.

Der während der ersten Bauperiode zu führende Bau ist noch heuer baldmöglichst in Angriff zu nehmen und derart weiter zu führen, dass er mit Beginn des Schuljahres 1896/97 der Benützung zugeführt werden kann.

Das auf dem Hause IX., Grüne-Thorgasse 9, intabulierte radicierte Schankgewerbe ist zu löschen.

Das Depot und die sichergestellten Effecten sind anderweitig unterzubringen und sind diesbezüglich auf Grund von Erhebungen die geeigneten Verfügungen zu treffen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3857.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Adaptierung der Häuser Nr. 34 und 37 in Hirschwang und die Weiterverwendung derselben, und beantragt:

1. Die Bewilligung zur Vornahme der laut Bauplanes beabsichtigten Adaptierung des Hauses Nr. 37, sowie von kleinen Herstellungen im Hause Nr. 34 im Gesammtkostenbetrage von 1400 fl. in eigener Regie.

2. Die Genehmigung zu nachfolgender Verwendung des Hauses Nr. 34, und zwar:

a) als Forstamtskanzlei mit den top. Nr. 1 und 2;
b) als städtische Kanzlei mit den top. Nr. 15, 16, 21 und 22;
c) als Naturalwohnung des städtischen Forstverwalters mit den top. Nr. 11, 12, 13, 14, 18, 23, 26, 27 und der Hälfte von Nr. 9;
d) als Naturalwohnung des städtischen Forstwartes Pokorny mit den top. Nr. 4, 5, 6, 7, 25 und der Hälfte von top. Nr. 9 zu ertheilen und zu gestatten, dass dem städtischen Forstverwalter die Zuweisung der bei diesem Hause befindlichen Nebenlocalitäten als Keller, Stallung, Holzlager und Schupfe an die einzelnen Naturalquartiere, Forst- und Baukanzlei überlassen werde.

3. Die Vermietung des Hauses Nr. 37 an die erzherzogliche Jagdleitung Reichenau und Persenbeug um den Jahresmietzins von 300 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

(Während der Erstattung dieses Referates hat Vice-Bürgermeister Matzenauer wieder den Vorsitz übernommen.)

(3806.) St.-R. Schlechter referiert über das Project für die Neupflasterung der Goldschlagstraße im XV. Bezirke und beantragt, das Project mit dem veranschlagten bedeckten Kostenerfordernisse von 18.166 fl. 98 kr. und die Auszahlung eines Zehrungsbeitrages von 2 fl. täglich an den Bau-Inspicienten zu genehmigen. (Angenommen.)

(3874.) **St.-R. Müller** referiert über Eingaben wegen Rücknahme von Kündigungen bezüglich der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus, XVIII. Bezirk, und beantragt:

1. Bezüglich der Parteien in den Objecten Or.-Nr. 94 und 96 Lacknergasse sei die Kündigung zurückzuziehen und habe der Magistrat über die Nothwendigkeit der seinerzeitigen Kündigung nach durchgeführter Parcellierung neuerdings Bericht zu erstatten;

2. die an den Gärtner Prokop erfolgte Kündigung sei gegen dem zurückzuziehen, dass derselbe sich mit der Stipulierung einer vierteljährigen Kündigungsfrist statt der bisherigen halbjährigen einverstanden erklärt;

3. den Parteien im Haupttracte an der Staudgasse nebst Zugehör sei im August dieses Jahres pro November 1895 zu künden;

4. der Magistrat werde beauftragt, wegen Bestimmung der Baulinien und Parcellierung der Realität sofort das Erforderliche zu veranlassen;

5. falls der Schulbau noch vor dem Novembertermine in Angriff genommen werden kann, ist der Bau vorläufig auf die von der Demolierung verfügbare Bauarea zu beschränken.

Vice-Bürgermeister Matzenauer und St.-R. Dr. Lueger beantragen, den Punkt 5 des Referenten-Antrages dahin abzuändern, dass der Magistrat beauftragt wird, über den Platz, welcher für den Schulbau in Aussicht genommen ist, besondere Vorschläge unter möglichster Schonung der bestehenden Bäume zu erstatten.

Referenten-Antrag mit der letzterwähnten Modification Matzenauer und Dr. Lueger angenommen.

(3772.) St.-R. Müller referiert über die Erstattung der Einrede gegen die Klage der Ehegatten Karl Heinrich und Karoline Sattler durch Dr. Karl Kastner puncto Grundentschädigung XVII., Hernalser Hauptstraße 9, und beantragt, die zur Erstattung der Einrede erforderliche Legitimation zu ertheilen. (Angenommen.)

(3729.) St.-R. Müller referiert über das Ansuchen des Max und der Helene Flattof um Bewilligung zum Baue eines Wohnhauses Einl.-Z. 1278 Gentzgasse in Währing, XVIII. Bezirk, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses.

Es ist jedoch der Revers dahin zu ergänzen, dass der für Straßenzwecke erforderliche Grund nicht nur unentgeltlich, sondern auch lastenfrei abgetreten wird. (Angenommen.)

(3520.) St.-R. Müller referiert über das Ansuchen der Ignaz Deutsch' Erben um pachtweise Überlassung eines Theiles der Cat.-Parc. 988/446 in Ober-Döbling und beantragt, den im vorgelegten Plane mit den Buchstaben a, b, c, d e, f, g, h, a bezeichneten Theil der Cat.-Parc. 988/446 in Ober-Döbling (altes Krotenbachbett) den Ignaz Deutsch' Erben gegen vierteljährige Kündigung und einen jährlichen Bestandzins von 6 fl. in Bestand zu geben.

Der zu verpachtende Grund wäre vor Eintritt in das Pachtverhältnis zu vermarken. (Angenommen.)

(1026.) St.-R. Müller referiert über das Ansuchen des Julius Frankl um Abtheilung der Cat.-Parc. 13/4 und 13/25 Einl.-Z. 225, Unter-St. Veit, Auhofstraße, und beantragt die Genehmigung gegen dem, dass der zur Verbreiterung der Auhofstraße erforderliche Grund g h e f g im Ausmaße von 70·10 m² im festgesetzten Niveau an die Gemeinde Wien abgetreten und diese Verpflichtung grundbücherlich auf der Baustelle e d a b c e sichergestellt werde, und dass diese Baustelle eventuell insolange mit dem Bauverbote belegt werde, bis der ganze zur Verbreiterung der Auhofstraße vor der Baulinie e f liegende Grund an die Gemeinde Wien abgetreten, beziehungsweise diese Verpflichtung anderweitig sichergestellt ist.

Hiebei wird bemerkt, dass die Gemeinde Wien gemäß § 10 der Wiener Bauordnung für den zur Straßenverbreiterung erforderlichen Grund eine Schadloshaltung nicht leistet, daher dieser Grund unentgeltlich abzutreten ist. (Angenommen.)

(3299.) St.-R. Müller referiert über das Ansuchen des Anton und der Magdalena Trillsam und des Julius Frankl um Grundtrennung, resp. Parcellierung Einl.-Z. 225, 136 Unter-St. Veit, Auhofstraße, und beantragt, die Genehmigung gegen dem, dass

1. der zur Verbreiterung der Auhofstraße entfallende Grund Figur m n o p m im Ausmaße per 75·24 m², sowie der zur Durchführung der Straße II erforderliche Grund, Figur e f g i k e, im Ausmaße von 203·985 m² nach §§ 9 und 13 der Wiener Bauordnung im festgesetzten Niveau an die Gemeinde Wien abgetreten und die gebühren- und lastenfreie Abschreibung dieses Grundes gleichzeitig mit der grundbücherlichen Durchführung diese Grundabtheilung erwirkt werde;

2. gleichzeitig die sub 1 erwähnte Verpflichtung zur Übergabe des grundbücherlich abzuschreibenden Straßengrundes in den physischen Besitz der Gemeinde Wien und zur Herstellung des richtigen Niveaus dieses Grundes auf allen vier neuentstehenden Baustellenfragmenten a b c a, p c d m p, e d c f e, und g h i g grundbücherlich einverleibt werde;

3. das Baustellenfragment g h i g solange unverbaut bleibe, bis eine entsprechende Arrondierung desselben durch Nachbargründe stattgefunden hat, und dass dieses Bauverbot auf der Fragmentparcelle grundbücherlich einverleibt werde. Hiebei wird bemerkt, dass die Gemeinde Wien gemäß § 10 Bauordnung für den nach Punkt 1 zur Straßenverbreiterung, beziehungsweise Straßendurchführung abzutretenden Grund eine Schadloshaltung nicht leistet, daher dieser Grund unentgeltlich abzutreten ist. (Angenommen.)

(3852.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ansuchen der Firma Felten & Guilleaume durch Dr. Guido Ritter v. Wiedenfeld um Einleitung von Verhandlungen über die zur Fortsetzung der Quellengasse im X. Bezirke nöthigen Grundabtretungen und beantragt: Der Stadtrath erkläre sich bereit, den zur Arrondierung der Realitäten Grundb.-Einl. Z. 1682 und 1690 im X. Bezirke erforderlichen Theil der öffentlichen Wegparcelle Cat.-Parc. 2388/1 gegen dem um den Preis von 7 fl. per Quadratmeter käuflich zu überlassen, wenn für diesen Weg längs der Quellengasse und der neu zu eröffnenden Gasse ein Ersatz in der Minimalbreite von 3 m geboten wird und wenn sich die Firma verpflichtet, einen grundbücherlich einzuverleibenden Revers auszustellen, wonach dieselbe bereit ist, auf jeweiliges Verlangen der Gemeinde dieselbe Breite der Quellengasse, der Straße VI und der Straße IX im richtigen Niveau und lastenfrei an die Gemeinde abzutreten.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, in einen Verkauf dieses Weges nicht einzugehen, bevor nicht die erwähnten Straßen hergestellt sind.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt, sofort die Abtretung der halben Straßenbreite zu verlangen.

Es wird beschlossen, zu erklären, es werde nicht eher in den Verkauf dieses Weges eingewilligt, als bis die Bedingung der Durchführung der Quellengasse und der übrigen Gassen erfüllt ist.

(3783.) St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen des Paul R. v. Schoeller um Consens zu Adaptierungen für I. Bezirk, Johannesgasse 7, und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung (Angenommen.)

(3733.) St.-R. Wurm referiert über die Bewilligung von Gleichengeldern für den Schulbau X. Bezirk, Knöllgasse, und beantragt, hiezu einen Betrag von 426 fl. 20 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Bezirksausschüsse.

Ergebnis der am 20. Mai 1895 vom dritten Wahlkörper des I. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahlen für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897.

Zahl der zu wählenden Bezirksausschüsse	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurden gewählt	Zahl der erschienenen Wähler	Zahl der erhaltenen Stimmen
4	**Theuer** Leopold, Gastwirt, I., Weihburggasse 10	587	538
	Künast Adolf, Buchhändler, I., Hoher Markt 1		529
	Swadosch Maximilian, Kleidermacher, I., Marc Aurelstraße 3		527
	Hemm Franz, Milchverschleißer, I., Giselastraße 5		524

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen.

18. Mai 1895.

In der abgelaufenen Woche wurden bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen 3450 Arbeiter verwendet; hievon waren 1470 beim Bau der Gürtel-, Vororte- und Wienthallinie der Stadtbahn, 680 beim Bau des Schleusencanales nächst Nussdorf, 536 an den Sammelcanälen am linken und rechten Wienflussufer, 484 am Haupt-Sammelcanale rechts des Donaucanales, 280 bei der Wienfluss-Regulierung beschäftigt; außerdem standen in Verwendung: bei den Bahnbauten 175 Fuhrwerke und 5 Dampfmaschinen, beim Schleusencanalbau 8 Dampfmaschinen und 1 Fuhrwerk, bei den Sammelcanälen am rechten und linken Wienflussufer 64 Fuhrwerke, beim Haupt-Sammelcanale rechts des Donaucanales 18 Fuhrwerke, bei der Wienfluss-Regulierung 1 Dampfmaschine.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 12. Mai bis 18. Mai 1895.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . 239.630 kg (Davon aus Niederösterreich — 197.070; aus Ober-Österreich — 477; aus Steiermark — —; aus Tirol — —; aus Mähren — 3619; aus Galizien — 31.187; aus Ungarn — 5138; aus der Bukowina — 2139; aus Krain — —; aus Croatien —; aus Böhmen — — kg)

Kalbfleisch . . . 45.694 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 819; aus Ober-Österreich — 11; aus Mähren — 134; aus Galizien — 44.534; aus Ungarn — 196; aus der Bukowina — — kg)

Schaffleisch . . . 787 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 17; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 10; aus Galizien — 627; aus Ungarn — 10; aus der Bukowina — 123 kg)

Schweinfleisch . .	60.796 kg	(Davon aus Nieder-Österreich — 33.190; aus Ober-Österreich — —; aus Böhmen — 446; aus Steiermark — —; aus Mähren — 1721; aus Galizien — 6595; aus Ungarn — 18.844; aus Croatien —; aus der Bukowina — — kg)
Kälber	2206 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 659; aus Ober-Österreich — —; aus Salzburg — —; aus Mähren 47; aus Galizien — 1461; aus Ungarn — 39; aus der Bukowina — —; aus Böhmen — — St.)
Schafe	91 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 88; aus Ober-Österreich — —; aus Kärnten — —; aus Mähren — —; aus Galizien 3; aus der Bukowina — —; aus Ungarn — —; aus Croatien — — St.)
Schweine . . .	240 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 76; aus Ober-Österreich —; aus Mähren — 32; aus Galizien — 128; aus Ungarn 4 St.)
Lämmer	36 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 13; aus Ober-Österreich — —; aus Galizien — 4; aus Ungarn — 18; aus Mähren — 1; aus Böhmen — — St.)

Die Zufuhren für den Approvisionierungsverein sind bereits in den obigen Summen enthalten.

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	30	bis	72	kr. per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	54	„	100	„ „ „
Kalbfleisch		„	23	„	60	„ „ „
Schaffleisch		„	32	„	51	„ „ „
Schweinfleisch		„	46	„	66	„ „ „
Kälber		„	36	„	56	„ „ „
Schafe		„	34	„	50	„ „ „
Schweine		„	50	„	62	„ „ „
Lämmer		„	2	„	4	fl. per Stück.

Infolge der gegen die Vorwoche geringeren Fleischzufuhren wickelte sich das Geschäft im Laufe der ganzen Woche sehr lebhaft ab und wurden für Schwein-, Rind- und Kalbfleisch 4 kr., für Schweinfleisch 2 kr. und für Kälber 6 kr. per Kilogramm bessere Preise erzielt, während Schafe und Schaffleisch von 2 bis 4 kr. per Kilogramm billiger verkauft wurden. Die Lämmer blieben im Preise unverändert.

* * *

Pferdemarkt vom 17. Mai 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 340 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 70—340 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . 25— 60 „ „ „

Der Markt war flau.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 20. Mai 1895.

1. Auftrieb.

Mastvieh 3984, Weidevieh —, Beinlvieh 979.

Summa . 4963.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	1965
Galizische „ . . .	1378
Deutsche „ . . .	1473
Büffel „ . . .	147

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	4010
Stiere	398
Kühe	555

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von	50	bis	60	fl.
(extrem .	„	61	„	62	„)
Galiz. Schlachtthiere	„	50	„	59	„
(extrem .	„	60	„	64	„)
Deutsche Schlachtthiere	„	52	„	62	„
(extrem .	„	63	„	66	„)
Weidevieh	„	—	„	—	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 46 bis 37%), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc., zugesteht.

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von	24	bis	31½ fl.
Stiere	„	22	„	33 „
Kühe	„	21	„	27 „
Büffel	„	18	„	30 „
Beinlvieh	„	16	„	24 „

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . . von 20 bis 85 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen (Mast-)	26 Stück
Beinlvieh	4 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 146 Stück Schlachtthiere weniger aufgetrieben. Die Kauflust war anfangs matt, später ziemlich lebhaft, und blieben die vorwöchentlichen Preise unverändert.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 18. Mai 1895.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht per 1 hl 78—82 kg)	von	7 fl.	50 kr.	bis	8 fl.	10 kr.
Roggen	(„ „ 1 „ 72—78 „)	„	6 „	40 „	„	6 „	85 „
Gerste		„	5 „	50 „	„	8 „	75 „
Mais		„	7 „	10 „	„	8 „	40 „
Hafer		„	6 „	50 „	„	7 „	60 „

b) Mahlproducte.

Grieß		von	12 fl.	20 kr.	bis	14 fl.	25 kr.
Weizenmehl	neue Type	„	7 „	30 „	„	13 „	25 „
	alte „	„	6 „	25 „	„	14 „	25 „
Roggenmehl		„	7 „	50 „	„	12 „	— „
Weizenkleie		„	4 „	40 „	„	4 „	60 „
Roggenkleie		„	4 „	50 „	„	4 „	70 „

Städtisches Lagerhaus.

Vom 9. Mai bis 16. Mai 1895.

Waren eingelagert	34.073 Meter-Centner
„ ausgelagert	27.501 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 10.262 Meter-Centner.

Lagerstand vom 17. Mai 1895: 208.517 Meter-Centner, und zwar:

45.846 Meter-Centner	Weizen,	41.721 Meter-Centner	Roggen,
32.510 „	Gerste,	21.958 „	Hafer,
1.432 „	Mais,	18.961 „	Ölsaaten,
5.812 „	Mehl u. Kleie,	2.568 „	Wein,
8.801 „	Zucker,	1.117 Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 2,166.820 fl. öst. Währ.

Öffentliche Sicherheit.

Im Monate April 1895 betrug die Zahl der vom Wiener Magistrate abgeschobenen Individuen . . . 339

dem Wiener Magistrate zugeschobenen (zuständigen) Individuen 43

Durchschüblinge 208

Gesammtzahl . 590

Gewerbe-Angelegenheiten.

Ausweis über das Lehrlingsstellen-Nachweiseamt des Wiener Magistrates.

Vom 1. bis 30. April 1895:

Meisteranmeldungen 22
Lehrlingsanmeldungen 22
Vermittlungen 4

Seit dem Bestande des Lehrlingsstellen-Nachweiseamtes (d. i. seit 2. Mai 1888):

Meisteranmeldungen 4993
Lehrlingsanmeldungen 5429
Vermittlungen 2439

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 16. Mai bis 20. Mai 1895:

Für Neubauten:

I. Bezirk: Haus, Kärnthnerstraße 20, von Wilhelm Zierer, IV., Alleegasse 33, Bauführer A. Schumacher (3298).

II. Bezirk: Haus, Marinelli- und Schweidlgasse Grundb.-Einl. 2477 bis 2779 und 2482, von Theodor Schrecker, III., Obere Weißgärberstraße 5, Bauführer R. Reichelt (3270).

VIII. Bezirk: Haus, Lerchenfelderstraß: 130, von K. E. Melzer und Franz Neuhardt, Stolzenthalergasse 6, Bauführer ? (3206).

XII. Bezirk: Haus, Unter-Meidling, Einl.-Z. 28, von Josef Mesner, II., Wasnergasse 13, Bauführer Johann Dolezal (15952).

XVI. Bezirk: Dreistöckiges Haus, Neulerchenfeld, Habichergasse Parc. 2713/2, Einl.-Z. 2916, von Justina Kokan, Hofergasse 1, Bauführer Georg Kowařik (26638).

XVIII. Bezirk: Dreistöckiges Wohnhaus, Währing, Edelhofgasse 17, von Josef Rossi, Michaelerstraße 29, Bauführer Ambros Schmid (16601).

" " Dreistöckiges Wohnhaus, Währing, Edelhofgasse 19, von Josef Rossi, Michaelerstraße 29, Bauführer Ambros Schmid (16602).

Für Umbauten:

XII. Bezirk: Hetzendorf, Hetzendorferstraße 106, von Victor Krippner, Bauführer Johann Machal & Prokop (16089).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Hoftract, Gerhardusgasse 26, von Karl Gerhardt, Pazmanitengasse 5, Bauführer F. Nazler (3299).

XVII. Bezirk: Stallung, Hernals, Elterleinplatz 12, von Karl Nagl, ebenda, Bauführer Thomas Hofer (18595).

XVIII. Bezirk: Schulzubau, Währing, Schulgasse 19, vom Stadtbauamte Wien (16399).

" " Hofquertract, Gersthof, Herbeckstr. 65, von Anton Brunner, II., Brigittenauerlände 26, Bauführer ? (16501).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Weihburggasse 8, von Karl Michna, Maurermeister (3204).

" " Dorotheergasse 11, von H. O. Miethke, Bauführer Kupka & Orglmeister (3225).

II. Bezirk: Leopoldgasse 9, von Karl Michna, Maurermeister (3205).

III. Bezirk: Landstraße Hauptstraße 153, von Karl Wenzlik, Bauführer Leopold Witzmann (3195).

" " Seidlgasse 25, von Anton Frey, Seidlgasse 10, Bauführer J. Witzmann (3247).

IV. Bezirk: Weyringergasse 14, von Theodor Schulz, Bauführer J. Witzmann (3226).

" " Starhemberggasse 4, von Jakob Schnabl und Jg. Bleier, Starhemberggasse 6, Bauführer J. Zieser (3258).

V. Bezirk: Wienstraße 18, von Johann Bachrach, Bauführer J. Zerkowitz (3255).

VI. Bezirk: Münzwardeingasse 9, von Leopold Langsteiner, XI., Hauptstraße 139, Bauführer Anton Heindl (3203).

" " Mariahilferstraße 79, von Franz Gretzer, Bauführer Franz Klement (3241).

VII. Bezirk: Zieglergasse 29, von Josef Kühn, Bauführer Fr. Klement (3242).

XII. Bezirk: Unter-Meidling, Ehrenfelsgasse 1, von Ludwig Luser, Bauführer Johann Neuwirth (15971).

XIII. Bezirk: Penzing, Winkelmannstraße 22, von Thomas und Leopoldine Weidlich, Bauführer A. Wilesek, Stadtbaumeister (14756).

XV. Bezirk: Fünfhaus, Lichtgasse 6, von Johann Jaudl, Bauführer Heinrich Stagl (11479).

XVI. Bezirk: Ottakring, Ottakringerstraße 108, von Clara Horner, ebenda, Bauführer Franz Gräf (26366).

" " Canalisierung, Ottakring, Wilhelminenstraße 122, von Anton Petrof, ebenda, Bauführer Leopold Roth (26639).

XVII. Bezirk: Hernals, Pezzlgasse 6, von Anna Claß, ebenda, Bauführer Karl Haas (18594).

" " Hernals, Elterleinplatz 6, von Josef Mussil, ebenda, Bauführer Karl Haas (18593).

Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Backofen, Habsburgergasse 5, von Johann Jahn, Floridsdorf, Schwaigergasse 96, Bauführer ? (3223).

II. Bezirk: Werkstätte, Marinelligasse, Parcelle 3115/1, von Franz Reitbauer, Am Tabor 11, Bauführer R. Reichelt (3224).

III. Bezirk: Kanzlei-Einbau, Schlachtviehmarkt St. Marx, von Alois Baumgartner, Strohgasse 11, Bauführer C. Walter (3249).

XI. Bezirk: Senkgrube und Abort, Simmering, Rinnböckstraße 74, von Bernhard Heitzmann, Bauführer Johann Schneider (7806).

XII. Bezirk: Rohrleitung, Gaudenzdorf, Storchengasse 4, von Johann Dietz, Bauführer Wenzel Voit (15948).

" " Rohrleitung, Canal, Unter-Meidling, Draschegasse 3, von Johann Philipp, Bauführer ? (15973).

XVII. Bezirk: Lusthaus, Dornbach, Einl.-Z. 796, Parcelle 1151/8, von Valentin Sükös, VII., Lerchenfelderstraße 123, Bauführer ? (18422).

XVIII. Bezirk: Stall für Pferde und Kühe, eine Schlachtkammer und eine Wurstkammer, Weinhaus, Lackuergasse 110, von Anton Straßer und Consorten, Bauführer Josef Haupt (16350).

" " Schupfe, Währing, Staudgasse 48, von der Bauamts-Abtheilung XVIII, Bauführer ? (16351).

" " Hühnerstall, Pötzleinsdorf, Pötzleinsdorferstraße 35, von Franz und Theresia Wolff, Bauführer ? (16357).

" " Pferdestall und Remise, Währing, Staudgasse 45, von Franz und Bertha Wawra, Staudgasse 29, Bauführer Alex. Jungwirth (16724).

Für Stockwerks-Aufsetzungen:

II. Bezirk: Gerhardusgasse 26, von Karl Gerhardt, Pazmanitengasse 5, Bauführer F. Nazler (3299).

XIV. Bezirk: Aufsetzung eines dritten Stockwerkes, Rudolfsheim, Felberstraße 36, von Josef und Anna Neußer, ebenda, Bauführer Wenzel Frtschka (14858).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

IX. Bezirk: Liechtensteinstraße, Grundb.-Einl. 417, von der fürstlich Liechtenstein'schen Hofkanzlei (3217).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

I. Bezirk: Rothenthurmstraße 21, von Dr. Heinrich Baron Härdtl, nos. Ponkraz Grohe'sche Postorität (3212).

II. Bezirk: Marinelligasse 4, von Theodor Schrecker, durch Rudolf Reichelt, Baumeister (3244).

V. Bezirk: Hundsthurmerstraße 52, von Friedrich W. Gielow, Mühlgasse 7 (3196).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Einl.-Z. 28, von Josef Mesner, II., Wasnergasse 13 (15951).
„ „ Unter-Meidling, Ruckergasse, Einl.-Z. 945, von Ferd. und Katharina Kellner (15990).
XVII. Bezirk: Hernals, Rötzergasse, Einl.-Z. 997, vom Wiener Cyclistenclub und Franz Bezchleba jun. (18683).
XVIII. Bezirk: Parcelle VIII, Einl.-Z. 1791 Währing, Edelhofgasse 19, von Josef Rossi (16354).
„ „ Parcelle VII, Einl.-Z. 1790 Währing, Edelhofgasse 17, von Josef Rossi (16355).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

IV. Bezirk: Schaumburgergasse 16, von Josef Spilka, Baumeister (3199).
VI. Bezirk: Theobaldgasse 7, von Josef Spilka, Baumeister (3200).
VII. Bezirk: Lerchenfelderstraße 135—137, von Karl Stigler, Baumeister (3273).
VIII. Bezirk: Lerchenfelderstraße 130, von Karl Stigler, Baumeister (3274).

Gewerbeanmeldungen vom 11. Mai 1895.

(Fortsetzung.)

Gaillinger Wilhelmine — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Hauptstr. 61.
Müllner Rosa — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Dornerplatz 4.
Neulinger Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Kl. Pfarrg. 29.
Riha Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Geblergasse 84.
Bios Johann — Handel mit neuen Möbeln — XIII., Altgasse 20.
Kohn Marcus — Handel mit Rohmetall — II., Novaragasse 49.
Gugg Leopold — Juwelier und Goldschmied — XVI., Ottakringerstr. 39.
Lindauer Anton — Kaffeeschank — XIV., Felberstraße 82.
Piskert Alois — Kaffeesieder — XVII., Calvarienberggasse 35.
Nemeth Paul — Kammacher — XIX., Pillergasse 28.
Zinner Julie — Damenkleidermacherin VI., Mariahilferstraße 13.
Pichler Johann — Kleinfuhrwerk — XII., Hetzendorferstraße 3.
Lanzer Lini — Marktfierantie — II., Volkertplatz 14.
Swoboda Barbara — Mehl- und Grieß-Verschleiß — XII., Schönbrunnerstraße 121.
Heger Elisabeth — Milch-, Obst-, Gebäck- und Canditen-Verschleiß — XVIII., Schopenhauerstraße 3.
Schmidl Adolf — Pferdehandel — II., Gerhardusgasse 40.
Schaffer Adolf — Sammeln von Pränumeranten auf Druckwerke — XVII., Frauengasse 19.
Martin Wenzel — Schuhmacher — XVIII., Theresiengasse 44.
Pokorny Franz — Schuhmacher — XVII., Dornbacherstraße 4.
Schlesinger Albert, Schulz Moriz — Sonnen- und Regenschirm-Erzeugung — I, Rothenthurmstraße 16.
Simon Richard — Spirituosenhandel — XVIII., Währingergürtel 146.
Koppl Josef — Tapezierer — II., Herminengasse 6.
Paul Franz — Tischler — III., Erdbergstraße 36.
Zinke Marie — Verschleiß von Kaffeesurrogaten und Cichorie — II., Klanggasse 7.
Berzik Johann — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren und Canditen — XV., Würffelgasse 1 a.
Drexler Simche Leib — Victualien-Verschleiß — II., Krumbaumgasse 12.
Fleischer Margarethe — Victualienhandel — XVII., Wichtelgasse 60.
Nemecek Anton — Wäscheputzerei und Übernahme von chemischen Putzerei- und Schönfärbereiarbeiten — XVI., Peyerlgasse 2.
Rabel Ernestine — Wagnergewerbe — XVII., Steinergasse 17.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 13. Mai 1895.

Heller Siegfried (Friedrich) — Commissionsweiser Verschleiß von Wäsche und Wirkwaren — I., Marc Aurelstraße 12.
Hauer Marie — Cravatten-Erzeugung — IV., Waaggasse 7.
Siecke Otto — Fabriksmäßiger Betrieb des Buchbindergewerbes und Rastrieranstalt — IV., Mittersteig 13.
Ecker Franz — Gastwirt — X., Himbergerstraße 24.
Baumgartner Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Kegelg. 2a.
Winter Rosalia — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Hauptstraße 2.
Wolfram Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Staatsbahng. 6.
Weinlich Theodor — Hausadministration — IV., Kleine Neugasse 16.
Wrbka Franz — Hufschmied — IV., Schönburgstraße 11.
Fürbas Josef — Hühneraugenvertilger — XVIII., Kreutzgasse 28.
Effert Josef — Herrenkleidermacher — IV., Technikerstraße 9.
Braumüller Vincenz — Kleinfuhrwerk — XIV., Pouthongasse 15.
Dwokak Philomena — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Theresiengasse 50.
Krocmar Marie — Pfaidlerei — IV., Große Neugasse 28.
Schweinburger Helene — Pfaidlerin — I., Adlergasse 12.
Weißfeld Rosa — Pfaidlerin — III., Barichgasse 25.
Jellitz Siegmund — Pränumerantensammeln — III., Mohsgasse 31.
Tschaffler Ferdinand — Reinigung von Wohnungs-, Geschäftslocalitäten, Fenstern und Spiegelscheiben, Klopfen der Teppiche — I., Stock-im-Eisenpl. 3.
Swoboda Josef — Schuhmacher — X., Himbergerstraße 101.
Svoboda Franz — Schuhmacher — XVIII., Währingergürtel 142.
Neumann Adam — Tischler — XII., Rothmühlgasse 18.
Schraft Friedrich — Uhrmacher — IV., Favoritenstraße 58.
Markstein Wilhelm — Verschleiß von Glühlicht-Apparaten — I., Universitätsstraße 11.
Geppert Matthias — Victualien-Verschleiß — XVIII., Mitterbergg. 24.
Huber Katharina — Verschleiß von Victualien und Canditen auf einem Ständchenplatz zwischen Matzleinsdorfer Friedhof und Südbahndamm — X., Alxingergasse 14.
Hinterkirchner Marie — Wäscherin und Wäscheputzerin — IV., Karolinengasse 13.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 14. Mai 1895.

Spielmann David — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Spiegler Rudolf — Brantweinschank — XVIII., Martinstraße 16.
Kretschmer Barbara — Canditen- und Zuckerwaren-Verschleiß — XVI., Hubergasse 15.
Hackenberg Josef — Gastwirt — XVI., Hasnerstraße 82.
Berger Betti — Geflügelhandel — XVI., Ottakringerstraße 43.
Birkin Juliana — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Quellengasse 40.
Mayrhofer Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Rothenthurmstr. 39.
Schmidt Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Gersthoferstr. 21.
Schneider Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Probusgasse 5.
Neruda Franz — Gürtler und Bronzewaren-Erzeuger — XIV., Felberstraße 94.
Malik Hubert — Herrenkleidermacher — III., Apostelgasse 33.
Scherer Franz Xaver — Kreuhandel — XVI., Markt in der Thaliastraße.
Göttinger Johann — Marktvictualienhandel — XVI., Großmarkt in der Thaliastraße.
Kiesewetter Ludwig — Marktvictualien-Verschleiß — XVI., Markt in der Brunnengasse.
Esterl Rosina — Modistengewerbe — XVIII., Martinstraße 78.
Brunhofer Karl — Musiker — I., Fleischmarkt 18.
Schindler Josefa — Pfaidlerin — XVI., Redtenbachergasse 12.
Montoie Karl — Tischler — X., Alxingergasse 20.
Struck Anna — Verschleiß von Zucker, Kuchenbäckerwaren und Canditen nebst Verabreichung von Sodawasser — XVI., Fröbelgasse 59.
Rohrbacher Karl, Rohrbacher Julius, Rohrbacher Karoline — Vornahme von öffentlichen Wägungen — XIII., Hauptstraße 119.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 15. Mai 1895.

Jakwerth Josef — Bäcker — III., Hohlweggasse 19.
Reidl Katharina — Einspännerin — VI., Eisvogelgasse 1.
Hrncsir Christine — Feilbieten von Grünwaren und Blumen im Umherziehen — III., Leonhardgasse 17.
Hofmeister Josef — Gastwirt — XVII., Veronikagasse 24.
Haas Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Jörgerstraße 40.
Schatz Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakringerstr. 229.
Sedlaček Isabella — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Schulgasse 38.
Marbach Adolf — Gewerbsmäßige Ertheilung von technischen Rathschlägen für die Presshefe-, Spiritus- und chem. Industrie und Vornahme von Revisionen in den diesbezüglichen Betriebsstätten behufs Auffindung von betriebstechnischen Fehlern und Verbesserung bestehender Methoden — XIX., Kahlenbergerstraße 39.
Hueber Anton — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Die Gewerkschaft" — VI., Kopernikusgasse 12.
Górski Josef — Herrenkleidermacher — VI., Windmühlgasse 29.
Mundina Amalia — Damenkleidermacherin — XIX., Döblinger Hauptstraße 26.
Huber Franz — Kleinfuhrwerk — XVI., Flötzersteig 26.
Gottlieb Moriz — Kleinverschleiß von gebrannten geistigen Getränken — III., Obere Weißgärberstraße 19.
Gödel Cäcilie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 16.
Ernert Theresia — Pfaidlerin — XVIII., Czermakgasse 7.
Nedoma Josefine — Verschleiß von Pfaidlerwaren — I., Kölnerhofg. 4.
Richer Franz jun. — Pfaidler — I., Lichtensteg 2.
Blahovsky August — Schilder- und Schriftenmaler — XIII., Rohrbacherstraße 18.
Haydenhofer Franz — Schleif-, Polier- und Glänzscheiben-Erzeugung — XIV., Stättermeyergasse 9.
Stepnička Johann — Schuhmacher — XVI., Lindauergasse 36.
Grundner Karl — Spengler — XV., Zinkgasse 18.
Dimm Karl — Spirituosenhandel — X., Laxenburgerstraße 20.
Zehetner Marie — Spirituosen-Verschleiß — III., Rennweg 96.
Přibek Karl — Tischler — X., Puchsbaumgasse 45.

Hinterberger Michael — Verschleiß von Bier und Wein in handelsüblich verschlossenen Flaschen — XVII., Pezzlgasse 121.
Wratitsch Josef — Verschleiß von Zinn- und Metallwaren — III., Kühbeckgasse 9.
Raditsch Theresia — Victualienhandel — X., Quellengasse 98.
Szmikal Juliana — Victualienhandel — XV., Neubaugürtel, Markt.
Möbius Anna — Zeitungs-Verschleiß — III., Hauptstraße 76.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 16. Mai 1895.

Knudner Johann — Färber — XIV., Graumanngasse 12.
Korbaj Johann — Feinputzerei — IV., Rainergasse 18.
Fleck Saul — Photograph — VIII., Josefstädterstraße 33.
Lurz Andreas — Photograph — VIII., Josefstädterstraße 33.
Wospiel Theodor — Photograph — IV., Margarethenstraße 32.
Gfaller Franz — Gast- und Schankgewerbe — XII., Schönbrunner-Allee 39.
Hohenbiller Francisca — Gastwirtin — VIII., Feldgasse 13.
Jilg Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Lienfeldergasse 40.
Podlerak Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Reichsapfelg. 22.
Svoboda Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Bürgerplatz 20.
Berkovits Josefine — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Lenaugasse 9.
Reich Karl — Handelsagentie gegen Provision — IV., Margarethenstr. 16.
Fuchs Ignaz — Kaffeeschenker — VIII., Josefstädterstraße 57.
Harant Anna — Kaffeesiederin — IV., Phorusgasse 5.
Krausz Barbara — Kaffeesiederin — VIII., Lerchenfelderstraße 146.
Aweka Antonia — Damenkleidermacherin — XV., Schönbrunnerstr. 17.
Holoubek Franz — Herrenkleidermacher — VIII., Bennogasse 18.
Palka Franz — Herrenschneider — X., Eugengasse 31.
Dresler Majer Hersch — Krebsenhandel — IV., Obstmarkt.
Nowak Anna — Leichenbestattung — III., Erdbergstraße 47.
Dvořák Franz — Milch-Verschleiß — XV., Dingelstedtgasse 19.
Geigenberger Karl — Milchmeier — XVI., Wurlitzergasse 8.
Kubicek Johanna — Milch-Verschleiß — IV., Hauptstraße 59.
Löw Andreas — Mehl- und Grieß-Verschleiß — XII., Hauptstraße 19.
Kuhn Johanna — Metalldrehergewerbe — VIII., Stolzenthalergasse 9.
Schubert Anna Adolfine — Modistin — VIII., Lederergasse 26.
Tribula Anton — Schuhmacher — XVI., Thaliastraße 23.
Tauszky Max, Tauszky Bertha — Spediteur — I., Franz Josefskuai 29.
Pischel Josef — Spirituosenhandel — X., Herzgasse 51.
Zirsak Agnes — Tischlergewerbe — XIV., Pillergasse 22.
Köllner Antonie — Verschleiß von Spirituosen in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — IV., Rubensgasse 3.
Schloszar Juliane — Victualienhandel — III., Hagenmüllergasse 1.
Tröster Vincenz — Victualien-Verschleiß — VIII., Florianigasse 51.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 17. Mai 1895.

Roninger Moriz Heinrich, Ehrenfest Arthur, Egger Heinrich — Ausübung zweier Privilegien auf Elektroden für elektrische Apparate und auf Gitterelektroden für elektrische Sammler — VI., Stumpergasse 39.
Herrmann August — Bauunternehmer — XVII., Veronikagasse 30.
Redlich Karl — beh. aut. Bauingenieur — IX., Garnisonsgasse 3.
Philipp Feilendorf'sche Verlassenschaft — Commissions- und Agenturgeschäft mit Börseeffecten — I., Maria Theresiastraße 11.
Karpeles Antonie — Commissions-Verschleiß von Schweinefett und Speck — XVI., Ottakringerstraße 25.
Mucha Juliana — Feilbieten von Obst und Grünwaren im Umherziehen — XVII., Mariengasse 40.
Jakli Anton — Fleischselcher — VI., Ägidigasse 3.
Franz Rudolf — Friseur — I., Herrengasse 8.
Krammer Therese — Schankgewerbe — IX., Liechtensteinstraße 109.
Lehner Leopold — Gastwirt — XVII., Schumanngasse 88.
Angst Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Hauptstraße 43.
Heller Maximilian — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Liechtensteinstraße 85.
Herzka Josefine — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Ottakringerstraße 30.
Schöfmann Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Rosensteingasse 32.
Sekl Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Wagnergasse 13.
Reiter Marie — Geschirrhandel — VI., Stiegengasse 5.
Nossian Gregor — Grünwarenhandel — XVII., Palffygasse 20.
Marburg Gustav, Marburg Friedrich, Marburg Erwin — Handel mit Manufacturwaren — I., Gonzagagasse 15.
Fuhrmann Heinrich — Hufschmied — XIII., Linzerstraße 414.
Weinlinger Johann — Kleinfuhrwerk — III., Fasangasse 29.
Aberham Anton — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks — IX., Sobieskygasse 11.
Matzinger Johann — Kleinhandel mit Holz, Kohle und Coaks — XVI., Schellhammergasse 14.
Merstallinger Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IX., Porzellangasse 58.
Vicen Theresia — Obst- und Grünwaren-Verschleiß im Umherziehen — XVI., Grundsteingasse 54.
Klug Regina — Pfaidlerei — IX., Liechtensteinstraße 38.
Podhrazky Josefa — Pfaidlerei — XVII., Hauptstraße 25.
Huppert Eduard recte Elias — Sammeln von Pränumeranten auf Druckwerke XVII., Gilmgasse 5.
Hartauer Karl — Schuhmacher — XVII., Hernalser Gürtel 35.
Mayr Augustin — Schlosser — X., Neilreichgasse 30.
Raab Anna — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein und Obstwein und Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles IX., Prechtlgasse 3.
Urnauer Johann — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein und Obstwein und Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billards. — IX., Rögergasse 4.
Klug Regina — Wirkwaren-Erzeugung — IX., Liechtensteinstraße 38.
Beck Anton — Zuckerbäcker — XVI., Wattgasse 12.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 18. Mai 1895.

Lachnit Franz — Agentie in Nähmaschinen und landwirtschaftlichen Maschinen — XIV., Felberstraße 96.
Pollak Hermann — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Heroux Richard — Dauernde Geschäftsbesorgung gegen Provision für eine Firma — I., Dorotheergasse 9.
Hochelber Franz, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — I., Johannesg. 14.
Löwenfeld Moriz, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — I., Wollzeile 20.
Poddany Franz — Drechsler — XII., Rothemühlgasse 25.
Pleska Marie — Einspännerlicenz — X., Columbusgasse 71.
Hlaváček Josef — Friseur und Raseur — III., Obere Viaductgasse 24.
Rakoczov Alexander — Friseur und Raseur — VI., Hirschengasse 3.
Koblasa Anton — Gast- und Schankgewerbe — XVI., Kirchstetterng. 13.
Hornacek Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Geiselbergstr. 417.
Szidon Sidonie — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Weihburggasse 22.
Wondratsch Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Vivenotg. 48.
Zaribnicky Pauline — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Hauptstr. 87.
Schönwetter Gustav — Handel mit neuen und gebrauchten Theaterbüchern und Theatermusikalien, Rollen und Auflagestimmen, sowie Ausleihen solcher Gegenstände — XIX., Pantzergasse 18.
Fried Hermine — Kaffeesiederin — III., Hintere Zollamtsstraße 3.
Mahler Karoline — Kaffeeschenkerin — I., Adlergasse 12.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 17. Mai 1895.
Inhalt:
Wahl von acht Mitgliedern in den Stadtrath 1229
Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 9. Mai 1895 1233
Bezirksausschüsse:
Ergebnis der am 20. Mai 1895 vom dritten Wahlkörper des I. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahlen für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897 1238
Allgemeine Nachrichten:
Commission für Verkehrsanlagen 1238
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 12. bis 18. Mai 1895 1238
Pferdemarkt vom 17. Mai 1895 1239
Schlachtviehmarkt vom 20. Mai 1895 1239
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 18. Mai 1895 1239
Städtisches Lagerhaus 1239
Öffentliche Sicherheit 1240
Gewerbe-Angelegenheiten:
Ausweise über das Lehrlingsstellen-Nachweiseamt des Wiener Magistrates vom 1. bis 30. April 1895 1240
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 16. bis 20. Mai 1895 1240
Gewerbeanmeldungen 1241
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. V. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen.*)

1895.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
24. Mai 11 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	M.-Z. 135388 ex 1894. Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für den Umbau der Haupt-Unrathscanäle** in der Lange- (jetzt Friedrich Kaisergasse), Feßt-, Grüllemeier- und Leopoldigasse (jetzt Eisnergasse) im XVI. Bezirke, und zwar: 1. Der **Erd- und Baumeisterarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 21.979 fl. 37 kr. und 3600 fl. Pauschale, 2. der Lieferung der **Klinkerziegel- und Steinzeugsohlenstücke** im veranschlagten Kostenbetrage von 6538 fl. 88 kr. 3—3
29. Mai 10 Uhr	detto	M.-Z. 74310. Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Umpflasterung der Mariahilferstraße** zwischen der Neubau- und der Andreasgasse im VII. Bezirke, und zwar: a) der **Pflastererarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 4824 fl. 59 kr. und 500 fl. Pauschale; b) der **Asphaltiererarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 3848 fl. 95 kr. 3—3
30. Mai 10 Uhr	detto	M.-Z. 76255. Vergebung der **Erd- und Pflastererarbeiten** für die Neupflasterung der Nisselgasse (Penzing) im XIII. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2921 fl. 23 kr. und 300 fl. Pauschale. 3—3
31. Mai 10 Uhr	detto	M.-Z. 81267. Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten** für die Neupflasterung der Goldschlagstraße zwischen der Beingasse und der Pouthongasse im XV. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 3380 fl. 30 kr. und 200 fl. Pauschale. 1—3

*) **Pläne, Kostenanschläge** ꝛc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Vadium von **5 Percent der Kostenanschlagssumme** anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Arbeitsgattungen oder Lieferungen wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Prot.-Nr. 63064 ex 1895.

IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Verkaufes des von der städtischen Realität Or.-Nr. 28 Kärnthnerstraße, Or.-Nr. 6 Neuer Markt, I. Bezirk, nach Demolierung des auf derselben befindlichen Gebäudes in Gemäßheit der genehmigten Baulinien erübrigenden Baugrundes, sowie des in diesen vom Neuen Markte einzubeziehenden Straßengrundes im Ausmaße von circa 769 m², endlich des Altmateriales des zu demolierenden Gebäudes wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Freitag den 7. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes **Philipp**, im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan und die Verkaufsvorschrift im Magistrats-Departement IV und im Stadtbauamte (Abtheilung III) während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium per 30.000 fl. anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinderath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 8. Mai 1895. 3—3

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung der erledigten Directorstelle an der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Mädchen in Wien, XVIII. Bezirk, Währing, Anastasius Grüngasse 16/18.)

An der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Mädchen in Wien, XVIII. Bezirk, Währing, Anastasius Grüngasse 16/18, kommt die Directorstelle zur Besetzung.

Mit dieser Stelle ist der Jahresgehalt der zweiten Gehaltsclasse von 1400 fl., eine Quartiergeldentschädigung von jährlich 500 fl., sowie der Anspruch auf Dienstalterszulagen von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je fünf Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrath zu richten; dieselben müssen **längstens bis 20. Juni 1895** im vorgeschriebenen Dienstwege beim Ortsschulrathe des XVIII. Wiener Gemeindebezirkes eingelangt sein.

Die Gesuche sind zu belegen mit:

dem Taufscheine;

dem Heimatscheine bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind;

dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung;

dem Lehrbefähigungszeugnisse für Bürgerschulen, sowie für Volksschulen;

den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-Enthebungsdecrete u. dgl.), sowie der Befähigung zum Religionsunterrichte des katholischen Glaubensbekenntnisses, endlich mit der in den Rubriken 1 bis 5 auszufüllenden Dienstabelle.

Sämmtliche Nachweise sind entweder im Originale oder in gesetzlich beglaubigter Abschrift anzuschließen.

Die Dienstzeit ist bis zum Ablaufe des Concurstermines zu berechnen.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,
am 13. Mai 1895.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:
Dr. Theodor Reisch. 1–3

Ad M.-Z. 23028.
XI.

Concursausschreibung.

(Versorgungshaus-Hilfsarztensstelle.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass im städtischen Versorgungshause in Wien IX., Spitalgasse Nr. 23, die Stelle eines Hilfsarztes in Erledigung gekommen ist.

Mit dieser Stelle ist ein Gehalt von jährlichen 800 fl. und freier Bequartierung, das ist der Anspruch auf eine Wohnung in der Anstalt einschließlich der Beheizung und Beleuchtung verbunden.

Die Anstellung erfolgt auf die Dauer von drei Jahren mit dem beiderseitigen Vorbehalte einer vierteljährigen Kündigung.

Nach Ablauf von drei Jahren kann die Anstellung erneuert werden. Auch wird bei Besetzung von definitiven Hausarztensstellen in den städtischen Humanitätsanstalten auf Hilfsärzte thunlichst Rücksicht genommen.

Bewerber um diese Stelle haben in ihrem Gesuche die im § 11 der Dienstpragmatik für die städtischen Beamten vorgeschriebenen Bedingnisse, dass sie Doctoren der Medicin und Chirurgie, sowie Magister der Geburtshilfe, respective Doctoren der gesammten Heilkunde sind, nachzuweisen und ihre diesbezüglich belegten Gesuche **bis längstens Ende Mai 1895** im Einreichungs-Protokolle des Magistrates umso gewisser zu überreichen, als auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden kann.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 9. Mai 1895. 3–3

M.-Z. 8401.
XIX.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am 21. Mai 1895 als ersten, eventuell am 5. Juni 1895 als zweiten Termin, jedesmal um 9 Uhr vormittags, werden **25.000 Stück theils Fichten-, theils Tannenbretter,** 6 m lang, in diverser Breite, im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen sofortige bare Bezahlung hintangegeben werden.

Kauflustige wollen sich daher am obbezeichneten Tage und zur obbezeichneten Stunde am Licitationsorte XIX., Heiligenstädterlände 9, einfinden.

Vom magistratischen Bezirksamte für den XIX. Bezirk
Wien, am 1. Mai 1895. 3–3

M.-Z. 76317
ex 1895.

Kundmachung.

(Beitrag zu den gewerblichen Fortbildungsschulen.)

In Gemäßheit des Gesetzes vom 25. Jänner 1887, L.-G.-Bl. Nr. 8, über die Errichtung und Erhaltung der **gewerblichen Fortbildungsschulen** sind die Gewerbetreibenden in Wien nach Maßgabe ihrer Erwerbsteuer mit 45 Percent zum Gesammterfordernis beizutragen verpflichtet.

Die Commission zur Leitung der Gewerbeschulen in Wien hat unterm 17. April 1895, Z. 651, an den Magistrat das Ersuchen gestellt, die Auftheilung der zur Erhaltung der Gewerbeschulen einzuhebenden Beiträge dergestalt zu veranlassen, dass von sämmtlichen Gewerbetreibenden Wiens im Solarjahre 1895 vier Kreuzer (4 kr.) **von jedem Gulden** der Erwerbsteuer mit Einschluss des außerordentlichen Zuschlages eingehoben werden.

Unter dem Ausdrucke **„Gewerbetreibende"** sind nicht bloß die Gewerbetreibenden im engeren Sinne des Wortes, sondern die **Handels- und Gewerbsleute im allgemeinen** und überhaupt alle jene zu verstehen, welche bisher zur Handels- und Gewerbekammer beizutragen verpflichtet waren.

Ausgenommen hievon sind bloß Advocaten, Ärzte, Notare ꝛc. und überhaupt solche, welche auch bisher zur Handels- und Gewerbekammer keinen Beitrag geleistet haben.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 14. Mai 1895. 1–1

Zur coulanten Besorgung aller im **Coursblatte** notierten **Effecten und Valuten** bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 42. Freitag, den 24. Mai 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: **ohne Zustellung** ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ **mit Zustellung** ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 28. Mai 1895, 5 Uhr nachmittags.
(Wahl eines Mitgliedes des Stadtrathes.)
Mittwoch, den 29. Mai 1895, 5 Uhr nachmittags.
(Bürgermeisterwahl.)
Freitag, den 31. Mai 1895, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **21. Mai 1895** unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Karl Lueger.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Die Versammlung ist beschlussfähig, und ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

1. Ich theile den Herren mit, dass Herr St.-R. Dr. v. Billing um Bewilligung eines 30tägigen Urlaubes, vom 21. d. M. an, behufs Gebrauches einer Cur in Karlsbad angesucht hat.

Ich habe diesen Urlaub bewilligt.

Weiters hat Herr Gem.-Rath Karl Wimberger zur Erlangung seiner stark angegriffenen Gesundheit um einen Urlaub vom 20. Mai bis 20. Juni angesucht, und zwar gleichfalls zum Gebrauche einer Cur in Karlsbad.

Ich habe diesen Urlaub bewilligt.

2. Es ist mir ferner folgendes Schreiben zugekommen (liest):

„Wien, am 18. Mai 1895.

Euer Hochwohlgeboren!

Infolge Übernahme größerer Arbeiten, welche meine öftere und länger dauernde Abwesenheit von Wien erfordern, wäre es mir durch Monate nicht möglich, den Sitzungen im löblichen Gemeinderathe beizuwohnen.

Aus diesem Grunde fühle ich mich veranlasst, mein Mandat als Gemeinderath der k. k. Haupt- und Residenzstadt Wien zurückzulegen und bitte hievon gefälligst Kenntnis nehmen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Alex. Dolainski."

Meine sehr geehrten Herren! Herr Gem.-Rath Dolainski, welcher aus unserer Mitte scheidet, hat sich den Arbeiten des Gemeinderathes mit allem Eifer und mit aller Hingebung gewidmet und hat durch sein objectives Verhalten sich die Zuneigung aller Gemeinderäthe erworben, und ich bin überzeugt, dass wir ihn stets in ehrendem Andenken behalten werden. (Bravo! Bravo!)

3. Meine sehr geehrten Herren! Es ist mir von Seite des Herrn Hofrathes Exner mitgetheilt worden, dass der sogenannte Liechtensteinpark in der Rossau noch nicht dem öffentlichen Verkehre geöffnet ist.

Ich habe mich infolgedessen bittlich in einem Schreiben an Se. Durchlaucht den regierenden Fürsten Liechtenstein gewendet.

Hierauf ist folgende Antwort eingelangt (liest):

„In Erwiderung auf das hochgeschätzte Schreiben ddto. 21. d. M., Pr.-Z. 407, beehrt man sich anzuzeigen, dass, noch ehe dieses Schreiben Sr. Durchlaucht dem regierenden Fürsten von und zu Liechtenstein zur Vorlage gebracht werden konnte, von Hochdemselben heute mittags der telegraphische Auftrag eingelangt ist, dass der Rossauer Garten Donnerstag den 23. d. M., wenn es die Witterung gestattet, in der zuletzt üblichen Ausdehnung dem Publicum geöffnet werden solle.

Hochachtungsvoll ergebenst

Die fürstlich Liechtenstein'sche Hofkanzlei.

Wien, am 21. Mai 1895."

(Lebhafter Beifall.)

Die Versammlung nimmt dies dankend zur Kenntnis.

4. Es ist mir weiter folgende Zuschrift zugekommen (liest):

„Löblicher Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Laut letztwilliger Verfügung meines unvergesslichen Vaters, des gestern verstorbenen Herrn Wilhelm Ritt. v. Gutmann, sind sofort nach seinem Tode zehntausend Gulden an Arme der Stadt Wien ohne Unterschied der Confession zu vertheilen und erlaube ich mir, Ihnen diesen Betrag anbei mit der Bitte zu überreichen, den Wunsch des Verschiedenen sobald als möglich zu erfüllen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Max v. Gutmann."

Ich glaube im Sinne der gesammten Versammlung zu handeln, wenn ich den tiefgefühlten Dank für diese Spende ausspreche. (Beifall.) Der Gemeinderath schließt sich diesem Danke an. (Zustimmung.)

Ich füge bei, dass ich bereits Veranlassung getroffen habe, dass diese Spende, und zwar im Sinne des Spenders, ihrer Bestimmung zugeführt wird.

5. Ich theile ferner mit, dass Herr Rittmeister Baron v. Schröckinger dem historischen Museum einen Theil des Nachlasses des Naturforschers Johann Natterer, sowie mehrere Porträte zum Geschenke gemacht hat.

Die Versammlung spricht den Dank aus.

6. Es ist mir ferner eine Zuschrift des Club der Industriellen für Wohnungs-Einrichtungen zugekommen folgenden Inhaltes (liest):

„An den hochlöblichen Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Die gefertigte Commission beehrt sich hiemit einem hochlöbl. Gemeinderathe zum corporativen Besuche der in den Sälen der k. k. Gartenbau-Gesellschaft stattfindenden XII. Möbelindustrie-Ausstellung ergebenst einzuladen.

In Erwägung, dass unser Unternehmen von Seite des hochlöbl. Gemeinderathes sich jederzeit der vollsten Sympathien und der thatkräftigsten Unterstützung durch Gewährung einer Subvention zu erfreuen hatte, geben wir der angenehmen Hoffnung Raum, dass uns auch diesmal die Auszeichnung zutheil werden wird, die Vertretung der Reichshaupt- und Residenzstadt an einer Stätte des Wiener Gewerbefleißes begrüßen zu können.

Hochachtungsvollst

Der Präsident: Johann Scheiber m. p. Der Secretär: Franz Kramlinger m. p."

Ich werde Veranlassung treffen, dass mit dem erwähnten Club der Tag und die Stunde unseres Besuches vereinbart werde, und ich werde mir dann erlauben, sämmtliche Mitglieder des Gemeinderathes zum Besuche der Ausstellung einzuladen.

7. Infolge Ablaufes der Gemeinderathsmandate der Herren Dr. Albert Richter und v. Stummer ist die Neuwahl von zwei Mitgliedern der Commission für Verkehrsanlagen vorzunehmen.

Ich werde diese Wahl auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen stellen.

Ich schreite nunmehr zur Beantwortung der Interpellationen.

8. Mit Bezug auf eine vom Herrn Gem.-Rathe Gregorig in der Sitzung des Gemeinderathes vom 14. März 1895 eingebrachte Interpellation beehre ich mich, Folgendes mitzutheilen:

Der von dem Herrn Gem.-Rathe Gregorig im Jahre 1891 gestellte Antrag: „Es seien die Sitzungen des Stadtrathes für die Mitglieder des Gemeinderathes als öffentlich zu erklären und sei diesfalls die Änderung des § 77 des Gemeindestatutes anzustreben", wurde einem Referenten zugewiesen. Dieser Referent ist mittlerweile gestorben und der Antrag nicht in Evidenz.

Aus diesem Grunde ist eine sofortige Behandlung dieses Antrages nicht leicht möglich.

Ich bin der Meinung, dass diese Angelegenheit am passendsten gelegentlich der Berathung über den im Laufe befindlichen Antrag auf Aufhebung der Institution des Stadtrathes in Behandlung zu nehmen sein wird. Ich werde in diesem Sinne vorgehen und für die Evidenzhaltung dieser Angelegenheit Sorge tragen. (Beifall links.)

9. Die Herren verzeihen, dass ich jetzt eine andere Angelegenheit einmenge. Es haben sich im Laufe der Zeit bezüglich des Gallerie-besuches manche Übelstände gezeigt. Ich bin der Meinung, dass mit der vollsten Freiheit in dieser Angelegenheit vorgegangen werden soll. (Zustimmung links.)

Ich werde daher bezüglich des Besuches der Gallerie des Gemeinderaths-Sitzungssaales folgende Änderung an dem bisherigen Usus eintreten lassen:

1. Die Mittelgallerie (gegenüber dem Präsidium) wird nach Maßgabe des Fassungsraumes unbeschränkt dem Publicum freigegeben (Beifall links); es findet daher eine Ausgabe von Karten für diese Gallerie nicht mehr statt. Der Zugang ist über die Stiege Nr. 8.

2. Die Seitengallerie rechts vom Präsidium wird für die Mitglieder der Bezirksausschüsse und für die von Mitgliedern des Gemeinderathes eingeführten Personen und für Gäste reserviert. — Für diese Gallerie werden Karten ausgegeben, welche dem Präsidium und den übrigen Mitgliedern des Gemeinderathes, sowie den Bezirksausschüssen zur Verfügung stehen und in der Kanzlei des Rathhausverwalters schon einen Tag vor jeder Plenarsitzung behoben werden können. (Bravo! links.)

Sollte zu Beginn einer Gemeinderaths-Sitzung diese Gallerie nicht gefüllt sein, so ist dem übrigen Publicum, welches in der Mittelgallerie nicht mehr Platz findet und sich um den Einlass in die Gallerie bewirbt, der Eintritt in die reservierte Gallerie zu gestatten; es sind jedoch unter allen Umständen die der Brüstung zunächst befindlichen zwei Bankreihen für die Bezirksausschüsse und für von Gemeinderäthen während der Sitzung einzuführende Personen oder Gäste freizuhalten.

Der Zugang zu dieser reservierten Gallerie findet über Stiege Nr. 7 statt.

Die linke Seitengallerie, welche bisher den Journalberichterstattern zugewiesen war, bleibt unter Aufrechthaltung der bisherigen Modalitäten diesem Zwecke gewidmet. (Beifall.)

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

10. Es hat Herr Gem.-Rath Schlögl an mich eine Interpellation gerichtet, und zwar bezüglich der Wiedereröffnung des Durchhauses Reichsapfelgasse Nr. 23.

In dieser Beziehung erlaube ich mir, den Herren Folgendes bekanntzugeben:

Die Eigenthümerin dieses Hauses (Frau Johanna Nowak) hat um die Gewährung einer Schadloshaltung im Betrage von 10.000 fl. für den im Falle des Umbaues dieses Hauses zu Straßenzwecken abzutretenden Grund angesucht.

Mit diesem Ansuchen wurde die Genannte laut Beschlusses des Stadtrathes vom 9. April 1895, Z. 2517, abgewiesen, derselben

jedoch bedeutet, dass es ihr unbenommen bleibt, nach dem thatsächlich erfolgten Umbaue des Hauses im Sinne der Bestimmungen des § 12, Abs. 1 der Wiener Bauordnung um die Einleitung der Verhandlungen wegen Schadloshaltung anzusuchen.

Die Gesuchstellerin hat laut Protokoll, aufgenommen vom Magistrate am 16. April 1895, erklärt, dass sie den „freiwillig gestatteten Durchgang" durch ihr Haus von der Hollergasse zur Reichsapfelgasse in Verlängerung der Prinz Karlgasse nur gesperrt habe, um eine raschere Erledigung ihres Schadloshaltungsansuchens zu erwirken, und hat sich in diesem Protokolle bereit erklärt, den Durchgang sofort wieder zu eröffnen. Diese am 16. April 1895 ertheilte Zusage wurde jedoch nicht eingehalten und ist der Durchgang heute noch thatsächlich gesperrt.

Es ist jedoch den gepflogenen Erhebungen zufolge seit einigen Tagen ohne ausdrückliche Bewilligung der Durchgang durch die Häuser Nr. 5, 9 und 13 Reichsapfelgasse, welche ebenfalls Ausgänge in der Holler- und Reichsapfelgasse besitzen, stillschweigend gestattet und werden diese Durchgänge vom Publicum auch thatsächlich benützt.

Ich werde dem Magistrate den Auftrag geben, die Angelegenheit genauestens zu untersuchen und wegen dauernder Sicherstellung des Durchganges die nöthigen Anträge zu stellen.

11. Herr Gem.-Rath Polzhofer hat an mich folgende Interpellation gerichtet. Ich werde mir erlauben, die Begründung nicht vorzulesen — sie ist den Herren ohnehin bekannt — ich werde nur die Fragen zur Verlesung bringen. Sie lauten (liest):

„1. Warum wurden in der Angelegenheit" — es betrifft die Herstellung des Pumpwerkes in Breitensee — „nicht die Capacitäten der weltberühmten Wiener technischen Hochschule zur Rathe gezogen?

2. Ist der Bürgermeister geneigt, die Offerte der Prager und Wiener Firmen, sowie das Referat des Stadtbaudirectors dem Gemeinderathe zur Überprüfung vorzulegen, damit, wenn auch der Stadtraths-Beschluss nicht mehr umzustoßen ist, doch wenigstens constatiert werde, ob es wirklich nöthig war, die Wiener Arbeit nach Böhmen zu vergeben und die Wiener Steuergulden hinauswandern zu lassen, oder ob nicht vielmehr eine Disciplinaruntersuchung gegen den Stadtbaudirector am Platze wäre? — Endlich

3. wie kam der betreffende Magistratsbeamte dazu, schon am anderen Tage den Auftrag der Prager Firma zu übergeben, trotzdem er doch den § 81 des Gemeindestatutes kennen muss und nicht wissen konnte, ob der Bürgermeister nicht Gebrauch von demselben machen wolle? — oder: wem war es denn so sehr darum zu thun, die Wirkung dieses Paragraphen mit so außerordentlicher Beschleunigung unmöglich zu machen?"

Ich erlaube mir, diesbezüglich den geehrten Herren Folgendes bekanntzugeben:

Das Stadtbauamt hat zum Zwecke der Ermöglichung der Versorgung der hochgelegenen Gebiete der mit Wien einverleibten Vorortegemeinden mit Hochquellenwasser im Laufe des verflossenen Jahres behufs Speisung der zu dem obigen Zwecke projectierten Hochreservoire die Anlage vorderhand einer Pumpstation in Breitensee beantragt, in dem Vorlageberichte aber darauf hingewiesen, dass mit Rücksicht auf die Größe und Eigenartigkeit der Anlage behufs Vergebung der für die maschinelle Einrichtung erforderlichen Arbeiten und Lieferungen eine allgemeine Concurrenz nicht angezeigt erscheint, sondern dass es zweckdienlicher ist, diese Lieferung im Wege der beschränkten Offertverhandlung zu vergeben und nur einzelne Maschinenfabriken, welche derlei Arbeiten bereits hergestellt haben und daher die hiefür erforderlichen Einrichtungen besitzen, zur Concurrenz einzuladen. Auch hat das Stadtbauamt empfohlen, den Offerenten freizustellen, statt des vom Stadtbauamte der Offertverhandlung zugrunde gelegten Projectes selbständige Projecte auszuarbeiten und anzubieten. Das Stadtbauamt hat behufs Einladung zur vorgedachten Concurrenz zehn Firmen, darunter zwei Wiener Firmen in Antrag gebracht, und hat der Stadtrath die Sicherstellung dieser Lieferung im Wege einer beschränkten Offertverhandlung unter Zulassung selbständiger Projecte und Einladung der vom Stadtbauamte vorgeschlagenen zehn Firmen angeordnet. Nachträglich haben sich noch drei Wiener Firmen um Zulassung zur Concurrenz gemeldet, was ebenfalls vom Stadtrathe genehmigt wurde.

Bei der am 11. October 1894 abgehaltenen Offertverhandlung haben sich zehn Firmen, darunter drei Wiener Firmen, betheiligt und wurde der diesbezügliche Offertverhandlungsact dem Stadtbauamte zur Begutachtung übergeben.

Das Stadtbauamt hat mit dem Berichte vom 22. November 1894 dieses Gutachten abgegeben und schon damals mit Rücksicht auf folgende Momente das Offert der Firma Märky, Bromovsky & Schulz in Prag als das empfehlenswerteste bezeichnet; diese Momente sind:

Änderungen an dem Stadtbauamtsprojecte, welche sich für den künftigen Betrieb in jeder Richtung als zweckmäßig erweisen.

Die Möglichkeit der Herstellung der gesammten maschinellen Einrichtung in einer Fabrik mit Vermeidung von Subunternehmern.

Die Billigkeit des Offertes und der Umstand, dass die Firma schon vielfache größere derartige Anlagen ausgeführt hat.

Der ziffermäßige Erfolg dieses Offertes war bezüglich der maschinellen Einrichtung ein Mindererfordernis von circa 10.000 fl. und bezüglich der dazu gehörigen Baulichkeiten eine Verminderung der Baukosten um circa 8000 fl.

Der in der Interpellation hervorgehobene Umstand, dass eine Wiener Firma um 5 Percent billiger offeriert habe, beruht auf einem Irrthume, da das von der Firma Schimmelbusch auf Grund des Bauamtsprojectes eingebrachte Offert wohl in der im Offerte enthaltenen Endsumme um 5 Percent billiger war als das der Firma Märky, Bromovsky & Schulz, bei der Prüfung sich jedoch ergeben hat, dass einzelne der zu liefernden Apparate in demselben gar nicht enthalten oder mit zu geringem Gewichte eingesetzt waren. Die Richtigstellung der Offertansätze hatte aber zur Folge, dass das Offert Schimmelbusch nicht um 5 Percent billiger, sondern um 4 Percent theuerer als das angenommene Offert war. Der Magistrat hat mit dem Berichte vom 13. December 1894 das Ergebnis der Offertverhandlung dem Stadtrathe mit dem Antrage auf Annahme des Offertes der Firma Märky, Bromovsky & Schulz vorgelegt. Der Stadtrath hat nun in der Sitzung vom 16. Jänner 1895 die Vergebung dieser Arbeiten in Berathung gezogen, und wurden bei derselben nur als concurrenzfähig die Offerte der Wiener Firma Schultz & Göbel und der Prager Firma Märky Bromovsky & Schulz erkannt. Um sich jedoch ein noch klareres Bild in dieser Angelegenheit zu verschaffen und eventuell doch die Lieferung der Wiener Firma, trotzdem dieselbe theuerer war, zuwenden zu können, hat der Stadtrath dem Stadtbauamte die neuerliche Überprüfung dieser Offerte aufgetragen. Das Stadtbauamt hat hierüber

am 26. März 1895 in umfassender Weise berichtet und ist abermals zu dem Schlusse gelangt, dass das Project der Prager Firma, abgesehen davon, dass es billiger war, die Zweckmäßigkeit der Anlage und den billigeren Betrieb desselben nach Fertigstellung für sich habe und daher anzunehmen sei.

Der Stadtrath hat nunmehr in der Sitzung vom 18. April 1895 dem Vorschlage des Stadtbauamtes und Magistrates wegen Vergebung dieser Arbeiten beigestimmt und wurde der betreffende Stadtraths-Beschluss am 19. April 1895 ausgefertigt und am 20. April 1895 an das betreffende Magistrats-Departement geleitet.

Der Offerent Märky, welcher von dem erfolgten Zuschlage durch die Zeitung Kenntnis erhalten hat, ist am 20. April 1895 vormittags im Stadtbauamte erschienen und wurde in das Magistrats-Departement VII gewiesen, wo ihm vom Leiter desselben auf Grund des vorliegenden Actes mündlich bestätigt wurde, dass der Stadtrath in der Sitzung vom 18. April 1895 das Offert seiner Firma angenommen habe. Zu dieser Mittheilung war der Magistratsreferent Magistratsrath Dr. Jaitner berechtigt. Auf Grund des Gutachtens des Stadtbauamtes hat weder die Majorität des Stadtrathes noch Herr Bürgermeister Dr. Grübl es für nothwendig erachtet, exte ne fachmännische Autoritäten mit der Begutachtung dieser Angelegenheit zu betrauen. Anlass zu einer Disciplinaruntersuchung gegen den Herrn Stadtbaudirector ist nicht vorhanden.

Schließlich kann ich nicht die Bemerkung unterlassen, dass noch mehrere Pumpanlagen verschiedener Größe für die Wasserversorgung der neuen Bezirke zur Ausführung gelangen werden und dass bei diesen Anlässen der Wiener Industrie neuerlich die Gelegenheit zur Concurrenz geboten sein wird.

Meine Herren! Ich erachte es aber auch für nothwendig, dass ich den letzten Bericht des Stadtbauamts-Directors an den Magistrat, beziehungsweise des Stadtbauamtes an den Magistrat, welcher Vergleiche speciell der beiden Offerte „Märky, Bromovsky & Schulz" und „Schultz & Göbel" enthält, zur Verlesung zu bringen, und würde einen der Herren Schriftführer bitten, denselben zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

„In der Sitzung vom 16. Jänner 1895 hat der löbliche Stadtrath zur Zahl 10011 und 10350 ex 1894 dem Stadtbauamte den Auftrag ertheilt, eine vergleichende Darstellung des Offertes der Firma Märky, Bromovsky & Schulz (Beilage A) einerseits und des Offertes der Firma Schultz & Göbel (Beilage B) andererseits für die maschinelle Einrichtung der Pumpstation in Breitensee vorzulegen.

Die Ergebnisse der neuerlichen Überprüfung dieser beiden Offerte sind in der vergleichenden Zusammenstellung derselben, und zwar in der Beilage C enthalten.

Bei diesem Anlasse wurden die von den genannten Firmen offerierten Totalsummen vom Bauamte einer den thatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Rectification unterzogen.

Dabei sind neben der qualitativen Leistung insbesondere die Preise und nicht die Pauschalziffern maßgebend, da bei der wirklichen Ausführung sowohl den Fabrikanten als auch dem Bauunternehmer nur nach den wirklichen Arbeitsleistungen und Lieferungen die Verdienstsummen auf Grund der offerierten Einheitspreise ausbezahlt werden.

Dagegen ist eine um so größere Vorsicht bei der Wahl der Firma (Maschinenfabrik), welche die Lieferung und die Aufstellung der maschinellen Einrichtung besorgen soll, zu beobachten, weil speciell bei einem solchen Schöpfwerke die solide Ausführung als eine Grundbedingung für dessen ungestörten Betrieb zu bezeichnen ist.

Es muss daher vor allem das Stadtbauamt an dem Gelingen dieses Werkes ein hervorragendes Interesse nehmen, weil nur dieses Amt berufen ist, in Zukunft den äußerst wichtigen Betrieb zu führen und damit stets mit einer großen Verantwortung belastet ist.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist von hieramts, schon bei der ersten Beurtheilung der für die Pumpstation eingelaufenen Offerte, auf das von der Firma Märky, Bromovsky & Schulz bis in das kleinste Detail ausgearbeitete Project hingewiesen und dasselbe wegen der vielen Vorzüge einem löblichen Magistrate zur Annahme und Ausführung empfohlen worden.

Die genannte Firma nimmt derzeit in der Maschinenbranche einen hervorragenden Platz ein und genießt bezüglich der Anfertigung von Pumpmaschinen und Einrichtung von Schöpfwerken einen vorzüglichen Ruf. Dieselbe wird gewiss auch im Falle, als deren Project zur Ausführung gelangt, bestrebt sein, durch eine vorzügliche Arbeitsleistung dieses Vertrauen noch mehr zu bekräftigen.

Außerdem ist das Offert derselben billiger als jenes von der Firma Schultz & Göbel, und nachdem ferner mit ersterer infolge der in Antrag gebrachten äußerst einfachen Dachconstruction über dem Maschinenhause die Kostensumme der Baumeisterarbeiten sich circa um 8000 fl. geringer stellen werden, so befürwortet das Bauamt nicht allein aus diesem Grunde die Annahme des Offertes der Firma Märky, Bromovsky & Schulz, sondern hauptsächlich deshalb, weil derselben das volle Vertrauen bezüglich der tadellosen Ausführungen von hieramts in jeder Richtung entgegengebracht werden kann.

Diese Anschauung wird thatsächlich in der vergleichenden Zusammenstellung (Beilage C) neuerlich bestätigt, indem die genannte Firma im großen und ganzen die innere maschinelle Einrichtung der Pumpstation in einer mehr praktischen und für den Betrieb handsameren Weise zur Aufstellung bringt, was bei keinem anderen Projecte der Fall ist.

Zum Beweise dessen werden aus obiger Beilage C einige für den Betrieb des Schöpfwerkes sehr wichtige Maschinenbestandtheile und zugehörige selbstständige Apparate, welche mit beiden in Rede stehenden Projecten der Firmen Märky, Bromovsky & Schulz und Schultz & Göbel offeriert wurden, in vergleichender Weise beurtheilt und nachfolgend erläutert.

Diese Einrichtungen betreffen:

1. die Ventilsteuerung der Dampfmaschinen;
2. die Construction der Riedler-Pumpen;
3. die Änderungen bei den Dampfkesseln;
4. die Position der Vorwärmer und
5. die offerierten Kühlanlagen.

Ad 1. Die Ventilsteuerung der Dampfmaschinen.

Hiefür offeriert die Firma Märky, Bromovsky & Schulz eine bekannte einfach wirkende und in zahlreichen Fällen angewendete und viel erprobte Steuerung (Patent Dr. Pröll), welche zuverlässig und nur ganz wenigen, nach jahrelangem Betriebe erforderlichen Reparaturen unterworfen ist.

Im Gegensatze hiezu beantragt für denselben Zweck die Firma Schultz & Göbel eine ganz neue Steuerung der Dampfventile nach dem Patente Radovanović, über welche nicht die geringsten Erfahrungen vorliegen und wobei der Antrieb mittels einem Räderpaare erfolgt, dessen Kämme aus Holz und Eisen bestehen, somit einer ungleichen Abnützung wegen der verschiedenen Materialien unterworfen sind.

Diese Steuerung muss die fehlerfreie Wirksamkeit des Regulators baldigst nachtheilig beeinflussen, und wird zur Behebung dieses Übelstandes eine oftmalige Auswechslung der Holzkämme, nach vorhergehender Außerbetriebsetzung der Dampfmaschine nöthig sein, was für einen regelmäßigen Schöpfwerksbetrieb im vorhinein durch derartige Constructionen vermieden werden muss.

Ad 2. Construction der Riedler-Pumpen.

Sowohl die eigenactige Construction der Pumpen, als auch die bemerkenswerte, sehr einfache Steuerung der Ventile derselben, welche von der Firma Märky, Bromovsky & Schulz offeriert wird, ist genau nach einer von Professor Riedler in Berlin entworfenen Zeichnung durchgeführt und bei mehreren Schöpfwerken in Anwendung gebracht worden.

Diese Pumpenconstruction hat sich in der Praxis bestens bewährt und bietet den Vortheil, dass das ganze Gestänge der Ventilsteuerung nur auf Zug in Anspruch genommen wird.

Ebenso ist die Anordnung des Pumpenplungers im Innern der Pumpen, wodurch die Stopfbüchsen bei denselben entbehrlich werden, als vortheilhaft zu bezeichnen.

Auf die vom Bauamte nach dem Systeme Riedler construierten Pumpen, welche die Firma Schultz & Göbel in Ausführung bringen will, werden gewiss ihren Zweck erfüllen und ebenfalls vollkommen functionieren, jedoch ist die Construction der Ventilsteuerung nicht so günstig gewählt wie die vorerwähnte, indem erstere auf zweierlei Art, nämlich auf Zug und Druck, in Anspruch genommen werden.

Bei dem Umstande aber, als daselbst in den Speiseleitungen noch ein Auftrieb des Wassers von circa anderthalb Atmosphären vorhanden sein wird, so ist eine größere Kraftentwicklung der Dampfmaschinen nöthig, um die Ventile der Pumpen mittels Druck durch das Gestänge in Thätigkeit zu erhalten.

Weiters erfordert der Plunger dieser Pumpen eine doppelte Abdichtung (Ledermanchette und Stopfbüchse), um Wasserlässigkeiten bei der Kolbenstange hintanzuhalten, wobei durch die Reibung der letzteren und des Plungers in diesen Dichtungen abermals eine größere Kraftentwicklung nöthig wird.

Wenn nun noch der unverhältnismäßig hohe Betrag von 22.400 fl. ins Auge gefasst wird, um welche die vier Pumpmaschinen der Firma Schultz & Göbel theuerer sind als jene von Märky, Bromovsky & Schulz, so ist wohl hiedurch, sowie nach dem Vorhergehenden die Entscheidung gegeben, dass nur letztere Firma mit der Anfertigung dieser Maschinen beauftragt werden kann.

Ad 3. Änderung bei der Dampfkessel-Construction.

Die Firma Schultz & Göbel beantragt nach ihrem Offerte Änderungen an der inneren Weite der Flammröhren des Dampfkessels, und zwar sollen dieselben nicht nach dem Bauamtsprojecte, sondern von 780 mm auf 700 mm,

beziehungsweise von 650 mm auf 600 mm (Siehe Post-Nr. 3 b, Beilage C) herabgesetzt und in dieser Art zur Ausführung gebracht werden.

Hiemit sind aber keine Vortheile zu erreichen, indem durch die Verwendung dieser Flammröhren nicht nur das Beschliefen derselben, sondern auch die Reinigung von Flugasche sehr erschwert wird, was bei dem vom Bauamte construierten Dampfkessel, welchen auch die Firma Märky, Bromovsky & Schulz acceptiert, nicht der Fall ist.

Ad 4. Position der Vorwärmer.

(Beilage C, Post-Nr. 4.)

Die Anordnung der Vorwärmer im kalten Souterrain des Maschinenhauses, wie dies von Schultz & Göbel geplant wird, kann von hieramts durchaus nicht gutgeheißen werden, denn diese Apparate müssen, wenn sie zur vollen Wirksamkeit gelangen sollen, in einem gut temperierten Raume untergebracht werden, und hiezu eignet sich für die Aufstellung derselben am besten das durchwärmte Kesselhaus, wie dies allgemein gebräuchlich und üblich ist.

Die zuerst erwähnte Situierung der Vorwärmer muss als eine mangelhafte bezeichnet werden, nachdem das im Souterrain des Maschinenhauses befindliche Röhrennetz, wozu auch die mit Hochquellenwasser gefüllten Speiseleitungen gehören, den daselbst verfügbaren Raum allein benöthigen.

Ad 5. Kühlanlage.

In der Beilage C, Post-Nr. 8 sind die von den oftgenannten beiden Firmen offerierten Kühlanlagen ausführlich besprochen, daher, um Wiederholungen zu vermeiden, weitere Erklärungen an dieser Stelle nicht mehr gegeben werden sollen.

Es wird jedoch betont, dass nur die Anlage nach Patent Popper, welche von der Firma Märky, Bromovsky & Schulz offeriert wird, wegen ihres einfachen Betriebes, geringen Kraftforderniſses und ihrer besonderen Vortheile halber zur Ausführung zugelassen werden kann.

Im allgemeinen können nach der vergleichenden Zusammenstellung Beilage C und nach der obigen Darstellung nur die von der Firma Märky, Bromovsky & Schulz am Bauamtsprojecte beantragten Änderungen als Verbesserungen von hieramts anerkannt werden, nicht aber jene, welche von Schultz & Göbel in Vorschlag gebracht worden sind.

Desgleichen ist auch ein wesentlicher Unterschied an den eingereichten Offerten der beiden Firmen wahrzunehmen, während jenes von Märky, Bromovsky & Schulz mit einem großen Kostenaufwande ausgearbeitete und aus 24 Plänen bestehende Project vollkommen alle Details und Einzelheiten der Pumpstation zur Anschauung bringt, so dass sofort nach erfolgter Genehmigung nach denselben der Bau in Angriff genommen werden könnte, hat die Firma Schultz & Göbel in dieser Beziehung sich eine Zurückhaltung auferlegt und in nur drei Plänen die Abänderungen des Bauamtsprojectes, welche, wie vorerwähnt, durchaus keine Verbesserungen sind, ersichtlich gemacht.

Das Bauamt glaubt sonach mit dem vorliegenden Berichte und mit den in der Beilage C niedergelegten Vergleichungen der beiden Projecte den erhaltenen Auftrag erfüllt und hinlänglich den Beweis erbracht zu haben, dass der Antrag desselben, die Firma Märky, Bromovsky & Schulz in Prag, Königgrätz und Adamsthal mit der Lieferung und Aufstellung der maschinellen Einrichtung zu beauftragen, vollkommen begründet war.

Zum Schlusse wird noch darauf hingewiesen, dass in der vom wohllöblichen Gemeinderathe für die Pumpstation bewilligten Baukostensumme von 455.000 fl. auch das Erfordernis für die eisernen Dachconstructionen über den Maschinen und Kesselhaus enthalten ist.

Für diese beiden Objecte hat die Firma Märky, Bromovsky & Schulz ebenfalls sehr einfache und praktische Entwürfe zur Überdachung derselben eingebracht und offeriert dieselben für das Maschinenhaus im Gewichte von 58.500 kg mit dem annehmbaren Preise per 100 kg mit 25 fl. 50 kr. und eine Dachconstruction für das Kesselhaus im Gewichte von 15.500 kg per 100 kg mit 22 fl. 50 kr., so dass für die beiden eisernen Dachstühle eine Kostensumme von 18.405 fl. inclusive Aufstellung und Transport erforderlich sein wird.

Im Interesse der rechtzeitigen und rascheren Vollendung der projectierten Pumpstation in Breitensee wird vom Bauamte die Annahme dieses Offertes empfohlen, und zwar hätte die Ablieferung und Aufstellung der beiden Dachconstructionen nach den vorgeschriebenen Bedingnissen (Beilage D) zu erfolgen, welche hiemit unter einem dem löblichen Magistrate zur Genehmigung überreicht werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die eingelangten Interpellationen und Anträge zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

12. Petition, unterzeichnet von einer größeren Anzahl Hausbesitzer und Mietparteien aus Breitensee, um Errichtung eines Auslaufbrunnens in der Marnogasse, überreicht durch Herrn Gem.-Rath Rauer.

Die Petition hat folgenden Wortlaut:

Löblicher Gemeinderath der k. k. Haupt- und Residenzstadt Wien!

Als im Jahre 1891 die Vororte in Wien einbezogen wurden und somit ein Groß-Wien erstand, da hofften die Vororte-Inwohner, dass ihnen nicht nur die erhöhten Steuern und Abgaben, sondern auch die an maßgebender Stelle versprochenen, wohlthätigen Einrichtungen einer Großstadt zutheil werden. Doch es schwindet ein Jahr nach dem anderen in der Zeiten Schoß, und so sind schon vier Jahre verflossen und Breitensee hat noch immer keine Wasserleitung, ein Übelstand beklagenswertester Art, der sich in vielen Richtungen in scandalösester Weise fühlbar macht, dem man wenigstens durch eine entsprechende, zweckmäßig vertheilte Zahl von Auslaufbrunnen sollte abzuhelfen suchen. Wenn man es für nöthig befunden hat, nächst dem Brunnen am Anfange der Matzingerstraße gleich nebenan am Eingange in die Schul-, jetzt Hägelingasse (an die Felder angrenzend) wegen der wenigen Häuser in dieser Gasse wieder einen Auslaufbrunnen hinzustellen, so wären wir gefertigten Inwohner von der Park-, jetzt Marnogasse, dann Herren-, jetzt Spallartgasse — notabene da dort große Ziergärten und keine Hausbrunnen sind — unabweislich nothwendig eines Auslaufbrunnens bedürftig, damit wir nicht um Wasser erst den weiten Weg zum Brunnen in die Breitenseer- oder in die Matzingerstraße zu gehen haben, wo sich oft infolge des Andranges die widerlichsten Scenen abspielen und wir viel Zeit aufwenden müssen, die jedem Geld kostet, auch wenn er über einen Domestiken zu verfügen hat, der in so wasserarmen Ortschaften besser honoriert werden muss. Nachdem nun das Wasser erst von so weit geholt werden muss, ist es in der wärmeren Jahreszeit nur als Nutz- oder Kochwasser zu verwenden, und müssen wir auf ein erfrischendes Trinkwasser leider verzichten, wofür das Sodawasser im Keller Ersatz bieten muss, und so kostet uns Gefertigten der Mangel einer Wasserleitung, respective eines Auslaufbrunnens, besonders den Gartenbesitzern, in den oben bezeichneten zwei Gassen des Jahres über viel Geld.

Aber trotz allen Opfern an Zeit, Geld und der Gesundheit leiden infolge dieses so schwer zu deckenden Wasserbedarfes die Sanitätsverhältnisse in erschreckender Weise. Es mangelt uns an Wasser zur Trottoirbespritzung, zur Reinhaltung der Aborte und Canäle und in vielen Krankheitsfällen, wo der Arzt frisches Wasser verordnet. Aber wehe uns erst, wenn — was Gott verhüten wolle — in unseren oberwähnten Gassen eine Feuersbrunst entstehen sollte und wir keinen Brunnen in der Nähe haben! Vor einigen Jahren hatten wir wenigstens einen Tiefbrunnen; aber der steht heute, da er kein Wasser gibt, nur als Wahrzeichen in der Parkgasse.

Es würde zu weit führen, alle diese Wassercalamitäten noch ferner aufzuzählen, es kann sich diese jedermann sehr lebhaft vorstellen; gedenke man nur zum Beispiel der heurigen Schneeverwehungen, wo zu den besagten zwei weitentfernten Auslaufbrunnen oft absolut nicht hinzukommen war, dann des zeitweisen Absperrens derselben.

Wir Endesgefertigten bitten daher angesichts dieser scandalösen, kostspieligen Übelstände dringend, die Ergänzung der Wasserleitung in ein beschleunigteres Tempo zu bringen, uns aber jetzt am Beginne der heißen Jahreszeit einstweilen als unaufschiebbares, dringendstes Aushilfsmittel unverzüglich einen Auslaufbrunnen, am passendsten etwa im Mittel (Marnogasse) der erwähnten, bisher so stiefmütterlich bedachten zwei Gassen, zu errichten.

(Folgen die Unterschriften.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Zur Kenntnis.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

13. Anfrage des **Gem.-Rathes Gräf:**

In den jüngsten Tagen ist im XVI. Bezirke nächst dem v. Kuffner'schen Brauhause in vielen Häusern sowohl im zweiten als auch im ersten Stocke das eingeleitete Hochquellenwasser ausgeblieben.

Diese Störungen sollen — wie mir mitgetheilt wurde — dadurch entstehen, dass in die vorerwähnte Brauerei vor kurzem zwei Abzweigungen (Anbohrungen) für Nutzwasser mit je dreizölligen Rohren hergestellt wurden, und soll der Brauereibesitzer v. Kuffner aus diesen Leitungen täglich circa 3000 hl Hochquellenwasser als Nutzwasser beziehen.

Es wäre gegen die Abgabe von Wasser zu industriellen Zwecken wohl nichts einzuwenden, wenn die anstandslose Versorgung des übrigen Bezirkstheiles mit Trinkwasser nicht tangiert würde.

Da sich letzterer Umstand aber in der unangenehmsten Weise fühlbar macht, stelle ich an den geehrten Herrn Vorsitzenden die ergebene Anfrage:

Sind demselben die geschilderten Umstände bekannt, und wenn nicht, ist der Herr Vorsitzende geneigt, die competenten Organe dahin anzuweisen, dass die Abgabe von Nutzwasser in das Kuffner'sche Etablissement sofort eingestellt werde und erst dann wieder zu bewilligen sei, bis eine Störung der Trinkwasserversorgung in den übrigen Theilen des XVI. Bezirkes vollständig ausgeschlossen erscheint?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

14. Interpellation des **Gem.-Rathes Fickeys:**

Im Präliminare für das Jahr 1894 war ein Betrag von 5100 fl. zur Errichtung eines Volksvollbades in Simmering eingestellt. Die Nothwendigkeit der Errichtung eines solchen Bades in diesem von einer zahlreichen Arbeiterbevölkerung bewohnten Bezirke ist sowohl in sittlicher als auch in sanitärer Beziehung so in die Augen springend, dass es wohl nicht weiterer Worte bedarf, um dieselben weiter zu begründen. Und dennoch ist bis heute knapp vor Beginn der Badesaison von Seite der Gemeindeverwaltung keine solche Veranlassung getroffen, welche die Errichtung dieser so nothwendigen Anstalt auch nur in

Aussicht stellt. Dieser Zustand hat bereits den Unwillen der Bewohner des Bezirkes in arger Weise erregt, weshalb ich an den Herrn Bürgermeister die Frage stelle:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, Anordnungen zu treffen, dass dieses Bad noch in der heurigen Badezeit benützbar wird?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich werde diese Interpellation in der ebenfalls nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

15. Interpellation des Gem.-Rathes Seiler:

Dieser Tage wurde vom magistratischen Bezirksamte für den II. Bezirk an den Herrn Vorsteher desselben Bezirkes ein Erlass gerichtet, in welchem die sanitären Übelstände des Bezirkstheiles II, Kaisermühlen, in scharfen Worten besprochen und darauf mit vollem Rechte hingewiesen wurde, dass dadurch, dass bei den Häusern der Unrath und die Jauche auf die offene Straße fließen, die Gesundheit aller Bewohner gefährdet erscheint, die Hauseigenthümer mit Strafen gedroht werde, falls von denselben diese in höchstem Grade gesundheitsschädlichen Übelstände nicht ehebaldigst behoben werden.

Da für den Bezirkstheil II, Kaisermühlen, seit Jahren das Canalisierungsproject vom Stadtbauamte fertiggestellt ist, ebenso auch von Seite des löblichen Gemeinderathes der Antrag von 60.000 fl. für den Sammelcanalbau seit vier Jahren wiederholt im Budget sichergestellt erscheint und die obwaltenden Hindernisse in der Sitzung des n.-ö. Sanitätsrathes vom 1. Mai 1895, erörtert, sowie über die Canalisierungsfrage in Kaisermühlen ein Beschluss dahin gefasst wurde, dass gegen den projectierten Canalbau, beziehungsweise gegen die Anbringung eines in das alte Donaubett mündenden Nothauslasses vom sanitären Standpunkte keine Einwendung erfahren wird;

nachdem die bereits besprochenen sanitären Übelstände nicht allein für die Bewohner von Kaisermühlen, sondern für ganz Wien in höchstem Grade gesundheitsschädlich und epidemiedrohend sind, dieser Zustand ehebaldigst behoben werden muss, erlaube ich mir folgende höfliche Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, sofort die Anordnung zu treffen, dass mit dem Canalbau sofort begonnen werde?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich werde auch diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

16. Interpellation des Gem.-Rathes Brauneiß:

Vor circa drei Wochen wurde dem Bürgermeister Herrn Dr. Raimund Grübl eine Petition überreicht, welche von zahlreichen Bewohnern des XIII. und XIV. Bezirkes, den Schulleitungen, dem Hausbesitzer-Vereine im XIV. Bezirke 2c. unterfertigt war und in welcher um dringende Wiedereröffnung des Durchganges durch das Haus XIV. Bezirk, Reichsapfelgasse Nr. 23, der Frau Johanna Nowak gehörig, gebeten wurde.

Seither sind durch meinen Herrn Collegen Gem.-Rath Josef Schlögl diesbezüglich einige Anträge und Interpellationen eingebracht worden, ebenso vom Herrn Gem.-Rathe Georg Röhrl und auch von mir.

Der Herr Bürgermeister Dr. Grübl hat uns dieselben immer dahin beantwortet, dass sich die Commune unverzüglich mit der Hauseigenthümerin ins Einvernehmen gesetzt habe, und dass der Durchgang bereits eröffnet sei.

Der Durchgang ist aber heute noch nicht offen, und geschehen ist in dieser Sache gar nichts.

Die Bewohnerschaft genannter Bezirkstheile ist nun geradezu erbittert über die Rücksichtslosigkeit, mit welcher ihre vitalsten Interessen behandelt werden, da sie ja in der Petition genau zergliedert hat:

dass der Bestand der meisten in der Prinz Karl-, Siebeneichengasse und Umgebung gelegenen Geschäfte gefährdet sei;

die Schulkinder einen ihre körperliche Sicherheit bedrohenden, kolossalen Umweg machen müssen, um in die Schule zu gelangen;

die Kirche durch die geschaffene Situation vom XIII. Bezirke abgeschnitten wurde, einer der längsten Straßenzüge Wiens unterbunden ist, und zwischen dem XIII. und XIV. Bezirke eine „chinesische" Mauer aufgeführt erscheint, wie sie ihresgleichen sucht.

Dieser Zustand ist unhaltbar, und stellt daher der Interpellant die Bitte:

Ein löblicher Gemeinderath wolle dringendst Abhilfe schaffen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Diese Interpellation ist durch die heute erfolgte Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Schlögl bereits beantwortet.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

17. Antrag des Gem.-Rathes K. J. Müller:

Der löbliche Stadtrath hat in einer der jüngsten Sitzungen den Beschluss gefasst, das Steinlager im IX. Bezirke an der Rossauerlände infolge des Baues des Sammelcanales und der Stadtbahn zu cassieren und an das linke Canalufer oberhalb der Augartenbrücke zu verlegen. Die Bewohner des IX. Bezirkes haben schon seit vielen Jahren mit allen Mitteln daran gearbeitet, die Lagerstätte für die Granitsteine mit Hinweis auf die berechtigten sanitären und sonstigen Übelstände von dem heutigen Platze zu entfernen, und nur durch den Bau der Stadtbahn wurde es ihnen möglich, dies zu erreichen.

Nach dem Beschlusse des Stadtrathes sollen nun alle diese Übelstände und Gefahren in bedeutend vermehrter Auflage am anderen Ufer des Donaucanales vor dichtbewohnten, neuen, schönen Gebäuden wieder erstehen; auf dieser neuen Lagerstätte ruht den ganzen Tag über die Sonne mit den brennenden Strahlen, und die Granitsteine saugen die enorme Hitze gierig auf, um dieselbe nach Sonnenuntergang und die Nacht über wieder abzugeben, und zwar zu einer Zeit, wo die Bewohner dieser Häuser hoffen, frische, kühle Luft zu athmen, nachdem die Gebäude an dieser Front den ganzen Tag über den glühenden Sonnenstrahlen ausgesetzt sind, ganz im Gegensatze zu dem am anderen rechten Ufer liegenden Häusern.

Der löbliche Magistrat und auch der Stadtrath dürften dies ganz übersehen haben, denn sonst dürfte dieser Beschluss gewiss nicht gefasst worden sein.

Unter Darlegung vorgesagter Gründe stellen daher die Gefertigten den dringlichen Antrag:

Der löbliche Gemeinderath beschließe, es sei der Magistrat zu beauftragen, einen geeigneteren Platz flussauf- oder -abwärts, deren es welche gibt, auszumitteln und der gefasste Beschluss des Stadtrathes nicht zur Ausführung zu gelangen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wird dem Stadtrathe zugewiesen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

18. Antrag des Gem.-Rathes Kreisel und Genossen betreffs einer Reform der Schulbücher und Unterrichtsbehelfe in den Gemeindeschulen:

Allgemein wird Klage geführt über die in den Wiener Schulen dermalen eingeführten Lehrbücher. Zuerst darüber, dass es kein einheitliches, für alle Schulen gleiches Lehr- und Lesebuch gibt. Es gibt mehrfache Ausgaben von Lehrbüchern, Sprachbüchern und Rechenbüchern, selbst bei der Fibel gibt es zweierlei Ausgaben; zudem werden die einzelnen Ausgaben oftmals, und zwar unwesentlich geändert und bei der geringsten Änderung wird die frühere Ausgabe außer Gebrauch gesetzt. Dadurch leiden die Verschleißer der Bücher, denn in vielen Fällen werden die früheren Auflagen, welche sich noch auf Lager befinden, nicht mehr zurückgenommen. Auch die Eltern erleiden eine größere Belastung; es war in früheren Jahren üblich, dass sparsame Eltern ein Schulbuch von einer Kindeshand in die andere gaben. Dieses wird durch den oftmaligen Wechsel unmöglich gemacht; endlich leiden unter diesen Umständen die Lehrer, denn die Verdrießlichkeiten aus den vielerlei Ausgaben und geänderten Auflagen sind vielfache.

Geschädigt wird auch empfindlich die Wiener Buch-Industrie. Nur der kleinste Theil der in den Gemeindeschulen eingeführten Schulbücher wird in Wien gedruckt; ein guter Theil davon wird in Deutschland verlegt, gedruckt und gebunden, der größte Theil davon in den Provinz-Druckereien hergestellt. Außer dem Schulbücher-Verlage läßt nur ein Verleger mit nur wenigen Schulbüchern dieselben in Wien drucken, der größte Theil wird in den Provinzen gedruckt. Unsere Steuergulden wandern ins Ausland, in die Provinz, unsere Wiener Buch-Industriellen klagen über schlechte Zeiten!

Zu alledem sind aber die Schulbücher zu theuer. Eine Umrechnung aller Bücher, wie sie dermalen in den Schulen in Gebrauch sind, hat ergeben, dass der geringste Gewinn bei einem Schulbuche 50 Percent ist, der sich auf bis über 300 Percent bei einem einzelnen Lehrbuche steigert.

Am meisten betroffen wird davon die Commune Wien bei der Hinausgabe der Schulbücher für arme Kinder. 178.761 fl. 4 kr. betrug die Summe, welche die Commune Wien im Jahre 1893 dafür ausgab. Davon entfielen 93.929 fl. 24 kr. für Schulbücher, 64.278 fl. 19 kr. für Schreib- und Zeichenmaterialien, 20.532 fl. 91 kr. für Arbeitsmitteln an Industrieschülerinnen. Leider wurde diese Post bei der Berathung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1893 nicht bemängelt, kein Vorschlag zur Verminderung oder Beseitigung dieser Post gebracht. Jedoch stellte die Commission bezüglich der Anschaffung von Lernmittel für arme Kinder den Antrag:

„Der Magistrat wird mit Rücksicht auf die enorme Auslage für Anschaffung von Lernmittel für arme Schulkinder aufgefordert, zu berichten, ob nicht durch Schaffung einer Centralstelle für die Ausgabe dieser Lernmittel oder auf andere Weise eine Ersparung erzielt werden könnte",

welcher auch angenommen wurde. Anerkannt wurde die Ausgabepost als eine enorme Auslage — ein Ausweg zur Verringerung oder aber Bedeckung dieser Post durch anderweitige Einnahmen nicht gefunden.

Der Verbrauch an Schulbüchern in den Gemeindeschulen ist ein sehr großer. In den Volks- und Bürgerschulen der Gemeinde gibt es circa 170.000 Schulkinder und im Durchschnitte entfällt auf jedes Kind beiläufig der Betrag von 4 fl. als Ausgabe für Schulbücher.

Eine Besserung in allen diesen Verhältnissen ist nur möglich, wenn die Commune Wien sich selbst ihre Lehrbücher schafft und verlegt mit dem Grundsatze, dass die in den Gemeindeschulen in Anwendung kommenden Bücher nur in Wien erzeugt und, wie bisher, durch die Verschleißer vertrieben werden. Die Commune wird dann in der Lage sein, die Post „Beschaffung der Schulbücher für arme Kinder" auf einen ganz kleinen Betrag herabzudrücken, dieselbe aus dem Gewinne des eigenen Schulbücher-Verschleißes decken können, insgesammt aber eine reine Einnahme von circa 200.000 fl. erzielen.

Auf Grund dieser Ausführungen stellen die Gefertigten den Antrag:

Der hochlöbliche Gemeinderath beschließe:

1. Die in den Wiener Gemeindeschulen zur Anwendung kommenden Schulbücher gelangen seitens der Commune zur Ausgabe.

2. Für alle Wiener Gemeindeschulen werden einheitliche Lehrbücher geschaffen.

3. Der Gemeinderath wählt aus seiner Mitte eine Commission von zehn Mitgliedern, welche durch Wahl von zehn erfahrenen Schulmännern sich auf 20 Mitglieder erweitert. Dieselbe hat die für die Gemeindeschulen nothwendigen Lehrbücher zu beschaffen. Für jedes einzelne Schulbuch wird ein Concurs ausgeschrieben und zugleich das fixe Honorar bestimmt. In dem Falle, wo sich ein eigenes Schulbuch nicht schaffen ließe, wären mit Verleger und Autor Unterhandlungen einzuleiten.

4. Über den Fortgang ist seitens der Commission dem Gemeinderathe von Fall zu Fall Bericht zu erstatten.

5. Die Ausschreibung zur Concurrenz an der Verfassung der Schulbücher hat noch vor den Ferien 1895 zu erfolgen; nur Wiener Industrielle sind zur Beschaffung der Lernmittel heranzuziehen.

6. Die von der Commune bestimmten Schulbücher gelangen mit dem Schuljahre 1896/97 zur Einführung.

7. Es wird ein eigenes communales Schulbücheramt geschaffen, welches dem Magistrate untersteht.

8. Über diese Anträge hat der löbliche Stadtrath umgehend Bericht zu erstatten.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wird dem Stadtrathe zugewiesen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

19. Antrag des **Gem.-Rathes Silberer** und Genossen:

Der löbliche Gemeinderath beschließe:

Es sei auf der Zufahrtsstraße von der Mariahilferstraße zum Raimund-Theater, welche derzeit noch ganz ungenügend beleuchtet ist, mit thunlichster Beschleunigung eine ausreichende, zweckentsprechende Beleuchtung herzustellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wird dem Stadtrathe zugewiesen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

20. Antrag des **Gem.-Rathes v. Götz** und Genossen:

Bei der nun im Zuge befindlichen Fertigstellung der Röhrenleitung für das Hochquellenwasser könnte darauf Rücksicht genommen werden, dass in der ehemaligen Bahnhofstraße XIII. Bezirk, Hütteldorf, an der Ecke der Alleegasse vis-à-vis dem Stationsgebäude, ein Auslaufbrunnen aufgestellt werde, und beantrage ich:

Der Magistrat möge mit thunlichster Beschleunigung eine diesbezügliche Vorlage dem löblichen Stadtrathe zur Genehmigung unterbreiten.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wird dem Stadtrathe zugewiesen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

21. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Pommer** und Genossen auf Ausschließung der Firma Siemens & Halske von allen städtischen Lieferungen und Arbeiten:

Der Leiter der Firma Siemens & Halske in Wien hat den Beamten der genannten Firma, Karl Seelig, infolge von dessen offener Stellungnahme gegen die Reichsrathscandidatur des Verwaltungsrathes der Nordbahn, Alfred v. Lenz, in verletzender und demüthigender Weise behandelt und Knall und Fall von seinem Posten entfernt. Dieser bisher in Österreich unerhörte Act der Vergewaltigung eines Beamten infolge seines politischen Auftretens hat die Gemüther aller rechtlich und wahrhaft freiheitlich Gesinnten ohne Unterschied der Parteistellung tief empört. Ein derartiges terroristisches Vorgehen ist völlig geeignet, das verfassungsmäßig verbriefte Recht jedes Staatsbürgers auf freie Meinungsäußerung illusorisch zu machen, und involviert eine ungesetzliche Wahlbeeinflussung.

Die Unterzeichneten stellen daher den Antrag:

Die Firma Siemens & Halske von allen städtischen Lieferungen und Arbeiten auf so lange auszuschließen, als dieselbe nicht das schreiende Unrecht, das dem genannten Bediensteten durch ihren Wiener Bevollmächtigten zugefügt worden ist, der Gänze nach wieder gutgemacht hat. (Beifall.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wird dem Stadtrathe zugewiesen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

22. Antrag des **Gem.-Rathes Lorenz Müller** und Genossen:

Trotzdem die Brigittenau kaum 20 Minuten von der Inneren Stadt entfernt ist, so fehlt es ihr gänzlich an einer directen Verbindung mit derselben. Die Dampftramway muss in dieser Hinsicht eher ein Verkehrshindernis genannt werden, nicht allein wegen des zu hohen Tarifes, sondern hauptsächlich wegen der zu großen Intervalle, in welchen die Züge verkehren, sowie wegen des Umstandes, dass das Endziel, nämlich die Stephaniebrücke, dem Zwecke der Verbindung mit der Inneren Stadt gar nicht entspricht. Von sämmtlichen Bewohnern der Brigittenau wird dieser Mangel seit langem empfunden und ist derselbe ein Hindernis der Ansiedlung für solche, welche auf ein directes Verkehrsmittel angewiesen sind. Der Pferdebahnverkehr ist ein gänzlich unzulänglicher und ein Gegenstand des Unwillens aller Bewohner der Brigittenau seit langer Zeit her, nicht allein wegen der Art des Betriebes, sondern auch wegen schlechter Verbindung mit allen anderen Bezirken, namentlich mit der Inneren Stadt.

Im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung des ausgebreiteten Bezirkstheiles Brigittenau wäre es dringend nothwendig, eine directe Verbindung mit der Leopoldstadt und damit im Anschlusse mit der Inneren Stadt herzustellen.

Deshalb stellen die Gefertigten folgenden Antrag:

Die Wiener Tramway-Gesellschaft sei mit allen zugebote stehenden Mitteln zu veranlassen, die Verbindung des Bezirkstheiles Brigittenau mit der Leopoldstadt und damit auch mit der Inneren Stadt dadurch baldmöglichst herzustellen, dass eine Trace von der Haltestelle Wallensteinstraße—Klosterneuburgerstraße durch die Klosterneuburgerstraße über den Mathildenplatz durch die Obere Augartenstraße im Anschlusse an die schon bestehende Linie „Untere Augartenstraße" geführt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wird dem Stadtrathe zugewiesen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

23. Antrag des **Gem.-Rathes Lorenz Müller** und Genossen:

Wer in der wärmeren Jahreszeit den Mathildenplatz, die Jägerstraße, Klosterneuburgerstraße, Wallensteinstraße und den Brigittaplatz passiert, muss sich unwillkürlich fragen, ob er, was die Pflege derselben anbelangt, noch innerhalb der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien sich befinde.

Diese Plätze und Straßen regeln den Verkehr des ganzen ausgedehnten Bezirkstheiles, verbinden alle Nebenstraßen miteinander, und es gibt Straßen im inneren Bezirke Leopoldstadt, die viel weniger befahren und begangen werden und die den eben angeführten Verkehrsadern an Straßenpflege weit voraus sind.

Es ist eine berechtigte Forderung der Bewohner des Bezirkstheiles Brigittenau, dass in dieser Hinsicht gegenüber den Bewohnern der Leopoldstadt Gleichmäßigkeit herrsche, und dass Zustände, wie sie jetzt bestehen, nicht weiter Gegenstand der Klage sind.

Zur Bekräftigung führen die Gefertigten nur ein Beispiel an:

Bis heute besteht der merkwürdige Gebrauch, dass jener Theil des Mathildenplatzes, welcher noch herkömmlich zur Leopoldstadt zählt, sich einer ausgiebigen Bespritzung mit Benützung der Hydranten erfreut, während zwei Drittel des Platzes mit neuen Gartenanlagen einer solchen Bespritzung gänzlich entbehren, ein Umstand, der gewiss geeignet ist, den Unwillen der Brigittenau zu erregen.

Mit Rücksicht auf das Vorstehende stellen die Gefertigten den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, dass der Magistrat beauftragt werde, dass die Bespritzung

1. des ganzen Mathildenplatzes,

2. der Jäger- und Klosterneuburgerstraße bis zur Gerhardusgasse,

3. der Wallenstein- und Rauscherstraße,

4. des Brigittaplatzes

nicht mehr mit den üblichen Wasserwägen erfolge, sondern mit directer Benützung der Hydranten, wodurch die Garantie einer ausgiebigen Straßenpflege gegeben ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wird dem Stadtrathe zugewiesen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

24. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Richter** und Genossen:

Das Amt eines Mitgliedes des Stadtrathes der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien nimmt mit Rücksicht auf den ganz außerordentlichen, in der Monarchie ohnegleichen dastehenden Umfang der zahlreichen und wichtigen Agenden, deren Erledigung gerade dem Wiener Stadtrathe obliegt, die Thätigkeit eines Wiener Stadtrathes so sehr in Anspruch, dass ein solcher zweifellos nicht in der Lage ist, diese Thätigkeit pflichtgemäß auszuüben, wenn er gleichzeitig der Reichsvertretung angehört, und dies umsoweniger, als der Zeit nach die Ausübung beider Functionen während des größten Theiles des Jahres zusammenfällt.

Eine solche pflichtgemäße Ausübung der Thätigkeit als Mitglied des Stadtrathes wird dem Präsidium des Stadtrathes, das außerdem noch zahlreiche andere zeitraubende und für die Gemeindeinteressen höchst wichtige Aufgaben zu erfüllen hat, naturgemäß ganz unmöglich.

Es muss daher vom Standpunkte der Gemeindeinteressen als eine schwere Schädigung dieser Interessen bezeichnet werden, wenn die Ämter des Präsidiums oder der Mitgliedschaft im Stadtrathe mit einem Reichsraths-mandate cumuliert werden, und es erscheint eine solche Cumulierung umsoweniger zulässig, als es sich in beiden Fällen um mit Bezügen verbundene Ämter handelt.

Die Unterzeichneten stellen daher den Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen:

Es sei an den hohen Landtag im Petitionswege das Ersuchen zu richten, das Gemeindestatut dahin zu ergänzen, dass das Amt eines Mitgliedes des Stadtrathes oder des Präsidiums desselben mit dem Mandate eines Reichsraths-Abgeordneten als unvereinbar erklärt werde.

In formaler Beziehung wird beantragt, es sei über diesen Antrag vom Stadtrathe längstens in einem Monate Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen.

(Gelächter links. — Rufe links: Das haben Sie früher nicht gewusst! Wer hat denn das unterschrieben?)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wird dem Stadtrathe zugewiesen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

25. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner** und Genossen:

Zwischen der Vorortelinie der Stadtbahn und dem Hernalser Schlachthause liegt ein größerer, dreieckiger Grundcomplex, der sich sowohl zur Erweiterung des Schlachthauses, als auch zur Anlage eines Schleppgeleises in dasselbe vorzüglich eignen würde.

Ich beantrage daher,

mit den betreffenden Grundbesitzern, sowie auch mit der Generaldirection der k. k. Staatsbahnen sogleich die nöthigen Verhandlungen einzuleiten.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wird dem Stadtrathe zugewiesen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

26. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner** und Genossen:

An der Grenze des XVII. und XVIII. Bezirkes hinter dem Gersthofer Friedhofe (Ried Oberalseggern) besteht unmittelbar an dem vorüberführenden Wege ein großer Wassertümpel mit stagnierendem und faulendem Wasser.

Da die Beseitigung dieses Tümpels im sanitären Interesse gelegen ist, so beantrage ich,

denselben durch die Herstellung einer Rohrleitung mit der Ausmündung in die Scheibenbergstraße zu entwässern.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wird dem Stadtrathe zugewiesen.

Wir schreiten nun zur Erledigung der Tagesordnung und ersuche ich den Herrn Gem.-Rath Dr. Lederer zum Referate.

27. (3977.) **Referent Gem.-Rath Dr. Lederer:** Vor wenigen Tagen ist ein Rechtsstreit zu Ungunsten der Gemeinde, und zwar schon in zweiter Instanz entschieden worden, der eine sehr eigenthümliche Vorgeschichte hat. Es werden sich vielleicht die älteren Mitglieder dieser Versammlung noch erinnern, dass Ende der Vierzigerjahre und in den ersten Fünfzigerjahren damals das sogenannte Barbarastift und die gegenwärtige Post umgebaut worden ist, und es sind damals verschiedene Grundtransactionen vorgenommen worden, indem einerseits von Seite der Gemeinde gewisse Grundtheile an die Staatsverwaltung zur Verbauung abgetreten worden sind, dagegen aber andererseits von Seite der Staatsverwaltung gewisse Grundtheile an die Gemeinde zur Straßenverbreiterung übergeben worden sind.

Über die damaligen Grundwerte ist einerseits von Seite einer Commission namens der Gemeinde, andererseits in einem späteren Jahre, und zwar im Jahre 1855, von Seite der Statthalterei eine Schätzung vorgenommen worden, eine Einigung aber über die Feststellung dieser Werte im beiderseitigen Einvernehmen hat nicht stattgefunden und es ist, wie es scheint, die Sache auch dann in Vergessenheit gerathen; denn erst im Jahre 1892 ist von Seite der Staatsverwaltung die Klage auf Zahlung jenes Betrages gegen die Gemeinde überreicht worden, um welchen der Wert der von Seite der Staatsverwaltung an die Gemeinde abgetretenen Gründe die Gründe, welche die Gemeinde an die Staatsverwaltung abgetreten hat, überschritten hat, und zwar ist das ein Betrag von 11.781 fl. ö. W.

Gegen diese zwei Entscheidungen, die über die Klage der Finanzprocuratur nomine des Ärars erfolgt sind, beantragt nun der Stadtrath über den Vorschlag des Stadtanwaltes, dass die außerordentliche Revision ergriffen werden soll, und zwar will ich die Herren nicht mit den einzelnen juristischen Gründen, die dafür sprechen, behelligen, ich will nur zwei Momente hervorheben, die auch jedermann ersichtlich und die in diesem Falle auch in den Vordergrund zu stellen sind, und das ist erstens, dass von Seite der Gemeinde die Verjährung eingewendet worden ist, indem diese Grundtransactionen, wie ich schon hervorgehoben habe, in den Jahren 1848, 1849 und 1850 stattgefunden haben, somit die für den privilegierten Fiscus bestehende 40jährige Verjährung jedenfalls damals schon abgelaufen ist, selbst dann, wenn man die letzte Grundschätzung, die im Juni 1852 stattgefunden hat, als den eigentlichen Geschäftsabschluss ansehen wollte, da die Klage erst im Juli 1892 überreicht worden ist. Das zweite Moment, welches sich aber geltend machen lässt und welches, wie der Stadtrath und auch der Stadtanwalt meint, von einer gewissen Bedeutung ist, ist, dass die Wertbestimmung nur im administrativen Wege erfolgt ist und nicht im Wege des gerichtlichen Verfahrens, wie es eben das Gesetz nach unserer Meinung auch in diesem Falle vorschreibt.

Aus diesen Gründen und bei einem so hohen Betrage glaubt nun der Stadtrath, dass das Rechtsmittel der außerordentlichen Revision nicht aus dem Auge gelassen werden soll und dass auch dieser Versuch gemacht werden soll, um den Rechten, die die Gemeinde zu haben vermeint, zum Durchbruche zu verhelfen. Selbstverständlich muss der Betrag sammt den Nebengebüren, das ist zusammen ein Betrag von 15.583 fl. 20 kr., in der Zwischenzeit erlegt werden, weil diese Revision ein außerordentliches Rechtsmittel ist, da die Urtheile beider ersten Instanzen übereingestimmt haben.

Ich stelle daher namens des Stadtrathes den Antrag, dass die außerordentliche Revision ergriffen werde und dass außerdem dieser Betrag, den ich genannt habe, an das Ärar zur Auszahlung komme.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so schreiten wir zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Herren, die mit dem Antrage des Herrn Referenten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: In dem Passivprocesse der Gemeinde Wien gegen das k. k. Ärar puncto 11.781 fl. ö. W. c. s. c. für die bei dem Umbaue des Barbara-Stiftes im Auwinkel, I. Bezirk, in den Jahren 1848 bis 1852 erfolgte Straßengrundabtretung ist das Rechtsmittel der außerordentlichen Revision zu ergreifen.

28. (3696.) **Referent Gem.-Rath Dr. Lederer:** Wie die Herren wissen, sind einige Beamte bei der Organisation des Beamtenstatus, beziehungsweise bei der Einreihung in ein Rangclassensystem nicht wie die übrigen in Rangclassen eingereiht worden. Es handelt sich nun darum, die Archivsbeamten und Bibliotheksbeamten in jenen Fällen, in welchen sie z. B. auf Diäten bei Reisen und Commissionen Anspruch haben und in Bezug auf die Ruhegenüsse ihrer Angehörigen den Beamten gleichzustellen, die gegenwärtig in Rangclassen eingereiht sind. Es ist dies in einer Beziehung sogar eine Nothwendigkeit, indem nämlich sonst in jedem einzelnen Falle — und es ist ein solcher Fall schon das eine- oder das anderemal vorgekommen — ein eigener Beschluss des Stadtrathes erforderlich ist, aus welcher Diätenclasse die Betreffenden ihre Gebüren zu bekommen haben, und es kann auch andererseits bezüglich der Ruhegenüsse — ich kann es wohl sagen — eine gewisse Begünstigung eintreten, die nach der Ansicht des Stadtrathes, da der Gehalt der Betreffenden derzeit sich mit ihren Stellungen nicht vollständig deckt, angemessen erscheint.

Der Stadtrath beantragt nun, dass den Beamten der städtischen Bibliothek und des städtischen Archives, insofern es sich um die Frage des Ausmaßes der Diäten, Reisegelder und dergleichen Bezüge oder um die Bemessung der Versorgungsgenüsse der Witwen und Waisen handelt, folgenden Rang zuzuerkennen: 1. in der Bibliothek und im Museum dem Director die VII. Rangclasse, den Custoden die VIII. Rangclasse, den Scriptoren die IX. und den Amanuensen die X. Rangclasse; im Archiv, wo derzeit zwei Beamten sind, dem Archivar die VII. Rangclasse und dem Archivs-Adjuncten die IX. Rangclasse. Das erschien dem Stadtrathe der Stellung der genannten Beamten angemessen und deckt sich auch annähernd — nicht vollständig — mit den Gehaltsbezügen dieser Beamten. Ich ersuche die Herren, diesem Antrage die Zustimmung ertheilen zu wollen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Gem.-Rath Dr. Kupka meldet sich.) Herr Gem.-Rath Dr. Kupka hat das Wort.

Gem.-Rath Dr. Kupka: Es ist selbstverständlich, dass ich mit diesem Antrage einverstanden bin, ich habe aber das Gefühl, dass dieses Referat noch nicht vollständig erledigt ist. Ich bin ein Gegner aller Beschlüsse, welche dahin gehen, dass man einem Beamten zum Beispiel einen höheren Titel gibt, ich bin ein Gegner dessen, dass man die Beamten der Commune eigentlich ungleich behandelt. Meiner Ansicht nach sind die Beamten der städtischen Bibliothek und des städtischen Archives ebensogut Beamte, wie die anderen Communalbeamten. Es ist thatsächlich eine Ungleichheit vorhanden, wenn man den Beamten der städtischen Bibliothek und des Archives bloß den Rang zuerkennt, ihnen aber nicht auch den Gehalt, welcher dem Range entspricht, zuweist. Der Herr Referent hat ganz richtig hervorgehoben, dass die Gehalte der Beamten annähernd dem Range sind, in welchen sie eingetheilt werden sollen. Ich glaube, ich werde die Zustimmung der verehrten Versammlung finden, wenn ich beantrage, dass man sich vorläufig begnüge, den Beamten den Rang zuzuerkennen, weil damit doch gewiss Vortheile verbunden sind, dass aber der löbliche Stadtrath aufgefordert werde, ein Referat zu erstatten, dass die Beamten auch den dem Range entsprechenden Gehalt bekommen.

Ich muss constatieren, dass wenigstens gegenwärtig von diesen Beamten Facultätsstudien verlangt werden. Wie kommen die Herren dazu, welche Facultätsstudien haben, dass sie in einem Range stehen und nicht so wie die anderen besoldet sind, welche solche Studien haben. Ich will sie nicht vollständig dem Concepte gleichstellen, obwohl es gerechtfertigt wäre, denn die Herren, welche die juridische Facultät absolviert haben, haben doch denselben Bildungsgrad in ihrer Art, wie jene, welche die philosophische Facultät oder die Technik absolviert haben.

Wenn ich mir erlaube, das ganz offen auszusprechen, so glaube ich, werden Sie mir das nicht für übel halten. Ich will mich nicht überheben und sagen, die Juristen sind etwas ganz außergewöhnliches. Jeder weiß, was er leisten kann. Ich erinnere mich, dass zum Beispiel ein Beamter, der sogar Doctor juris ist, den Gehalt eines Accessisten bezieht.

Nun, meine Herren, das sind Anomalien. Ich stelle daher den positiven Antrag, es möge dem Stadtrathe das Referat zugetheilt werden, dass den Beamten des städtischen Archives und der Bibliothek auch der dem Range entsprechende Gehalt votiert werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht noch einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so schreiten wir zur Abstimmung. Gegen den Antrag des Stadtrathes, beziehungsweise des Herrn Referenten ist ein Einwand nicht erhoben worden.

Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Dr. Kupka hat den Antrag gestellt, dass den Beamten der städtischen Bibliothek und des Archives jene Bezüge zugewiesen werden, welche den betreffenden Rangclassen entsprechen. Er hat weiter den Antrag gestellt, dass dieser sein Antrag dem Stadtrathe zur Berichterstattung zugewiesen werde.

Diejenigen, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Ebenfalls angenommen.

Beschluss: Den Beamten der städtischen Bibliothek und des städtischen Archives wird, insofern es sich um die Frage des Ausmaßes von Diäten, Reisegeldern und dergleichen Bezügen oder um die Bemessung der Versorgungsgenüsse ihrer Witwen und Waisen handelt, folgender Rang zuerkannt:

a) Bibliothek und Museum:

Director	VII.	Rangclasse
Custoden	VIII.	„
Scriptoren	IX.	„
Amanuensis . . .	X.	„

b) Archiv:

Archivar	VII.	Rangclasse
Archivs-Adjunct . .	IX.	„

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Zum Referate Herr Gem.-Rath Matthies!

29. (3702.) **Referent Gem.-Rath Matthies:** Ich habe die Ehre, zur Zahl 3702 zu referieren. Es betrifft den Bau einer Schule in der Grüne Thorgasse Nr. 9 im IX. Bezirke. Gegenwärtig bestehen in der Grüne Thorgasse eine Knabenschule im Hause Nr. 11 und eine Mädchenschule im Hause Nr. 7. Das dazwischen liegende Haus Nr. 9 ist ebenfalls städtisches Eigenthum. Es wird nun geplant, das Haus Nr. 9 in diesem Jahre noch zu demolieren und zwar zum Augusttermine, und hier die Hälfte dieser Schule, wie Sie sie dort im Plane gezeichnet finden, aufzubauen.

Das Project, welches verfasst ist, hat die Zustimmung des Bezirksschulrathes bereits bekommen, und der Gemeinderath hat bei der Budgetberath ng bereits für die heurigen Kosten 60.000 fl. im Budget präliminiert. Die Schule würde nun folgendermaßen gebaut werden: in diesem Jahre wird die eine Hälfte gebaut werden und die Schule im Hause Nr. 11 würde noch dieses Jahr in Benützung bleib.n. Die Knabenschule würde dann im Schuljahre 1896/97 in die neue Schule übersiedeln; dann würde die Knabenschule demoliert und die Schule vollständig ausgebaut werden, so dass auch die Mädchenschule, die gegenwärtig, wie bereits bemerkt, im Hause Nr. 7 sich befindet, untergebracht werden kann.

Die Kosten für diese Schule sind mit 274.000 fl. für den vollständigen Ausbau präliminiert. Es würde die Schule dann, wenn sie vollständig ausgebaut ist, 17 Lehrzimmer im Gassen- und Seitentract enthalten, ein Aufnahms- und Conferenzzimmer und Lehrmittelzimmer, eine competenzmäßige Schulleiterwohnung, eine Dienerwohnung, 2 Turnsäle, 2 Garderoberäume, der Hoftract, 12 Lehrzimmer, 1 Aufnahmszimmer, 3 Lehrmittelzimmer, wovon eines als Conferenzzimmer zur Benützung herangezogen werden könnte.

Die Kosten des Baues sammt der inneren Einrichtung werden nach der Berechnung des Stadtbauamtes circa 274.000 fl., resp. nach den zu erwartenden Verhandlungsresultaten 234.000 fl. betragen.

Ich bitte Sie um Genehmigung folgender Anträge (liest):

„Der Umbau des Schulgebäudes IX. Bezirk, Grüne Thorgasse Nr. 11, unter Verwendung der communalen Realität Nr. 9 dieser Gasse nach erfolgter Demolierung der daraufstehenden Baulichkeiten zur Aufführung von zwei Schulen (eine allgemeine Volksschule für Knaben und eine für Mädchen), wodurch auch die derzeit bestehende Mädchen-Volksschule IX. Bezirk, Grüne Thorgasse Nr. 7, verlegt und das Gebäude einem anderen communalen Zwecke zugeführt werden kann, ist nach der vorliegenden Projectskizze mit einem Kostenbetrage von circa 274.000 fl. mit der Abänderung zu genehmigen, dass die Stufen neben der Schuldienerwohnung im Gange des Hoftractes in den Gangeingang an jene Stelle verlegt werden, wo letzterer mit dem gedeckten Verbindungsgange zusammenstößt, und dass ein Theil der Küche der Schuldienerwohnung durch eine Glaswand zum Zwecke der Gewinnung eines Cabinetes für dieselbe abgetrennt wird. Auf den Wunsch des Stadtphysikates, betreffend die Anlegung der Ventilationsschläuche, ist Rücksicht zu nehmen.

Der Bau ist in zwei Bauperioden derart zu führen, dass während der ersten Bauperiode der Hoftract und der an Stelle des Hauses Nr. 9 tretende Gassentract sammt dem linksseitigen Turnsaaltracte zur Ausführung gelangt; der weitere plangemäße Ausbau hat in der zweiten Bauperiode stattzufinden.

Der während der ersten Bauperiode zu führende Bau ist noch heuer baldmöglichst in Angriff zu nehmen und derart weiterzuführen, dass er mit Beginn des Schuljahres 1896/97 der Benützung zugeführt werden kann."

Ich bitte um die Annahme dieser Anträge.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Kaiser hat das Wort.

Gem.-Rath Kaiser: Nun, meine Herren, ich bin mit der Vorlage nicht einverstanden und muss die geehrten Herren um einige Minuten Aufmerksamkeit bitten. Ich habe gehört, dass in der Grüne Thorgasse der Umbau einer Schule stattfinden soll. Die Gemeinde Wien besitzt daselbst drei Realitäten. Da ist zunächst Nr. 7, das ist eine Mädchenschule, in sehr gutem Zustande, sie ist licht und luftig, besitzt große Localitäten, die noch mindestens 50 Jahre benützt werden können (Richtig! links), und Nr. 9 ist ein communales Haus, welches umbaubedürftig ist. Es sind darin untergebracht ein Wirtshaus und eine Oberlehrerwohnung der nächstliegenden Knabenschule. Dieses Haus besteht seit 1811, ist durch und durch sanitätswidrig und finster. Einig: Lehrzimmer sind sogar von Seite des Bezirksschulrathes gesperrt worden, weil sie gänzlich unbrauchbar waren. Es muss bei hellichtem Tage in den Lehrzimmern Gas gebrannt werden, auch ist kein Turnsaal vorhanden.

Ich möchte nur bemerken, dass der Oberlehrer, der in dieser Schule gedient hat, beinahe erblindet ist. Also, dass diese Schule umgebaut werden muss, ist kein Zweifel. Ich werde daher nicht gegen dieses Project sein. Ich möchte nur bemerken, dass der Ortsschulrath und Bezirksausschuss dieses Bezirkes sich schon seit vielen Jahren um den Umbau dieser Schule bewerben, aus den Gründen, die ich angeführt habe, und wir alle freuten uns, wie im heurigen Jahre anlässlich der Budgetdebatte der Umbau dieser Knabenschule bewilligt und sogar ein Betrag, wenn ich nicht irre, von 60.000 fl., wie der Herr Referent bemerkt hat, in das Budget für diesen Zweck eingestellt wurde. Nun plötzlich werden wir damit überrascht, dass ein ganz neues Project kommt, und zwar für eine Doppelschule, eine für Mädchen, eine für Knaben.

Ich habe eingangs schon erwähnt, dass diese Mädchenschule die in Nummer 7 untergebracht ist, ihrem Zwecke vollständig entspricht, und dass also dieser Umbau nicht nothwendig ist; der Neubau der anderen Schule ist aber nothwendig und ich sehe daher den Zweck einer Doppelschule nicht ein.

Der Herr Referent hat uns früher mitgetheilt, dass, wenn diese beiden Schulen gebaut werden, die Mädchenschule frei wird und dann irgendeinem anderen communalen Zwecke zugeführt werden kann. Ja, meine Herren, was soll das für ein communaler Zweck sein? Ich werde es Ihnen sagen; das Bezirksamt für den IX. Bezirk soll in die Rossau kommen. Wenn man aber bedenkt, dass der Bezirk Alsergrund von der Hernalserlinie bis zur Nussdorferlinie sich erstreckt und dann bis zum Donaucanale geht, wo er an die Leopoldstadt grenzt, und wenn man dann sagt, im unteren Theile soll das Bezirksamt errichtet werden, so ist mir das ganz unbegreiflich!

Ich würde es vielleicht begreifen, wenn im ganzen IX. Bezirke kein Bauplatz oder keine Realität zu haben wäre und wenn man dann sagen würde, wir müssen da hinunter gehen; dann würde ich vielleicht sagen, nun ja, in Gottes Namen. Aber solange andere Localitäten da sind, finde ich das nicht gerechtfertigt.

Ich erinnere Sie, dass ich im Vorjahre oder eigentlich vor zwei Jahren den Antrag gestellt habe, man möge an das Gemeindehaus einen kleinen Zubau machen auf dem Grunde, der dem Bürgerspitalsfonde gehört, und man würde dann für das Bezirksamt das Auskommen finden. Das wurde aber damals abgelehnt, weil man es nicht für gut befunden hat. Hätte man zugestimmt, so hätten wir heute ein Bezirksamt, und der eigentliche Grund, warum man ein Bezirksamt haben will, ist der, dass ja bekanntlich im Rathhause kein Platz für die Bureaux ist, so dass man das Bezirksamt für den IX. Bezirk hinausbringen will, was ich alles billige. Ich wünsche aber, dass dies auf andere Art geschehe, nicht auf Kosten der Bewohner des IX. Bezirkes, welche, ich weiß nicht wie weit gehen müssen, wenn sie irgendeine kleine Amtshandlung im Bezirksamte zu verrichten haben. Ich glaube also, dass ich mit Recht sagen kann, ich würde mich gegen dieses Project im Namen der Bewohner des IX. Bezirkes — mit Ausnahme derjenigen, die zunächst wohnen, wie in der Grüne Thorgasse und so weiter — entschieden verwehren. Und wenn es sich nur darum handelt, das Bezirksamt dort zu ermöglichen, so würde ich bedauern, dass man 274.000 fl. für eine Doppelschule ausgibt, wenn man eine einfache Schule, wie wir sie angesucht haben, um die Hälfte herstellen kann und die erforderliche Anzahl von Lehrzimmern anbringen könnte.

Ich weiß nicht, wie das kommt, aber diese Pläne hat niemand gesehen; der Ortsschulrath im IX. Bezirke, die unterste, die locale Schulbehörde, welche doch die Verhältnisse so genau kennt, hat keine Ahnung davon, dass eine Schule gebaut wird. Die Vorlage wird hier eingebracht; der Gemeinderath, der aus allen 19 Bezirken sich zusammensetzt, entscheidet darüber, dass im IX. Bezirke, Grüne Thorgasse, wo eine große Anzahl von Herren absolut nicht orientiert ist, eine Schule gebaut werden soll. Es wird abgestimmt, die Schule wird hier bewilligt, und wir haben das, was wir im IX. Bezirke nicht wollen und nicht brauchen. Wir wollen eine Knabenschule, weiter nichts.

Es ist auch jetzt in allerjüngster Zeit die Frage der Kinderhorte aufgetaucht und anlässlich der Erbauung von Schulen würde es sich empfehlen, dass auf diese Frage Rücksicht genommen werde. Mein Antrag hat folgende Formulierung:

„Die Vorlage ist an den Stadtrath zurückzuleiten. Das Bauamt wird beauftragt, Pläne auszuarbeiten für eine Knaben-Volksschule an Stelle des Hauses Nr. 9 Grüne Thorgasse nöthigenfalls unter Zuhilfenahme des Hauses Nr. 11 (vorausgesetzt, dass der Platz vom Hause Nr. 9 nicht genügend groß ist).

Die Mädchen-Volksschule Grüne Thorgasse Nr. 7 ist ihrem Zwecke zu erhalten. Der Ortsschulrath des betreffenden Bezirkes soll bei Schulbauten zur Begutachtung der Pläne aufgefordert werden. Auf die Unterbringung von „Kinderhorten" sei bei Schulbauten entsprechend Rücksicht zu nehmen."

Ich empfehle den geehrten Herren Collegen die Annahme und Unterstützung meiner Anträge. (Beifall.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Das Wort hat Herr College Dr. Klotzberg.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Anlässlich der vorjährigen Budgetdebatte habe ich schon über die sanitären Übelstände gesprochen, welche in dem Schulhause Grüne Thorgasse Nr. 11 herrschen. Damals bin ich bezüglich meiner Anträge aus dem einfachen Grunde in der Minorität geblieben, weil, wie behauptet wurde, Gelder nicht vorhanden waren, um im Budget untergebracht werden zu können. Auch bei der heurigen Budgetdebatte habe ich neuerdings gegen diese sanitären Übelstände dieser Schule gesprochen, und der weisen Einsicht eines löblichen Gemeinderathes verdanke ich, dass in das Budget eine Post von 60.000 fl. eingestellt worden ist. Aber dieser gute Wille des löblichen Gemeinderathes soll jetzt durch das Stadtbauamt vernichtet und illusorisch gemacht werden, und zwar trägt an dem ganzen nichts anderes als ein sogenanntes verfehltes Protokoll die Schuld. Wie diese Übelstände von mir besprochen worden sind, hat sich nach dieser Schule in die Grüne Thorgasse Nr. 11 eine Commission verfügt, und nachdem das Protokoll geschlossen worden war, hat man noch hinzugeschrieben: Grüne Thorgasse 7 statt 11! (Rufe: Hört!) und Nr. 7 ist die Mädchenschule, die ursprünglich eine Oberrealschule in der Rossau war, und die Folge davon war, dass in diesem Protokolle „Grüne Thorgasse Nr. 7" stand, dass zwei Lehrzimmer in einem derartigen sanitären Zustande sich befinden, dass sie gesperrt werden müssen. Weiters steht in diesem Protokolle, dass die Räume so finster sind, dass tagsüber Gas brennen muss, weiter steht darin, dass die Aborte in einer solchen Weise stinken, dass dort nicht Abhilfe geschaffen werden kann.

Wie das der Magistrat gelesen hat, hat er sich wahrscheinlich gedacht, dass es das einfachste ist, diese Schule, Grüne Thorgasse 7, aufzulassen und — nachdem der Antrag im Gemeinderathe acceptiert worden ist, das Haus Nr. 9 zu einer Schule zu verwenden und die Knabenschule, Nr. 11, umzubauen — dass dies die geeignetste Gelegenheit sei, eine Knaben- und eine Mädchenschule auf diesen beiden Parcellen unterzubringen. Nun hat man die Absicht, dort einen Doppeltract aufzuführen; es ist wohl der ganze Bauplatz tief, aber wenn Sie nehmen, dass jede Schule an sich, jeder Tract tief ist, so können Sie erwägen und ermessen, dass der Hofraum ein ganz kleiner ist und dass in diesem Raume zu wenig Licht und Luft herrscht. In dem Momente, als Sie die Mädchenschule Grüne Thorgasse 7 auflassen würden, würde unter einem auch der Kindergarten, der dort untergebracht ist, delogiert werden. Nun, wohin mit dem Kindergarten? Man sagt auch andererseits, dieses Haus ist etwas zu groß. Kann denn überhaupt ein Schulhaus zu groß sein? Und wenn auch ein größerer Hofraum ist, ist das ein Schaden? Dann dürfen Sie nicht vergessen, wir brauchen dort mit dem Bauplatze nicht in einer solchen Weise zu knicken und zu sparen. Wir haben den betreffenden Platz nicht für theueres Geld erworben; seit urdenklichen Zeiten sind die beiden Häuser in unserem Besitze.

Ich habe bei der Budgetdebatte gesagt, dass in dieser sanitätswidrigen Schule schon Franz Schubert, der Liederfürst, als Lehrer gewirkt hat. Heute — wie schon College Kaiser hervorgehoben hat — geht auch die Tendenz dahin, Kinderhorte unterzubringen. Aber es handelt sich nicht allein um Kinderhorte, sondern darum, dass man den Kindern dort einen gewissen Spielplatz, einen Sommer-Turnplatz schafft, aber wenn Sie dieses Project, wie es der Herr Referent vorgetragen hat, acceptieren würden, dann, meine Herren, Kindergarten adieu! Sommer-Turnplatz, Spielplatz existiert dann dort nicht. Andererseits aber haben die Schulzimmer nicht die gehörige Luft und das gehörige Licht. Es war auch eine Commission dort, die dieses Gebäude, die Mädchenschule Nr. 7, besichtigt hat, ob es nicht geeignet wäre für ein magistratisches Bezirksamt für den IX. Bezirk, und die Commission hat sich dagegen ausgesprochen, aus dem einfachen Grunde, weil eben dieses Haus abseits und ferne vom Verkehre des

IX. Bezirkes liegt, und andererseits wissen Sie, meine Herren, dass, wenn diese Schule zu einem magistratischen Bezirksamte umgestaltet werden würde, dies mindestens eine Kostensumme von 35- bis 40.000 fl., ich weiß nicht, ob nicht höher, erfordern würde. (Oho-Rufe.) Da gibt es keine Oho-Rufe, wir wissen sehr genau, wie unsere Ansätze sind. Aus diesem Grunde schließe ich mich dem Antrage des Collegen Kaiser an und bitte, dieses Project zurückzuweisen und das Stadtbauamt zu beauftragen, einen neuen Plan vorzulegen, und zwar einen solchen Plan, dass auf beiden Plätzen Nr. 9 und 11 — ich dehne weiter aus, wenn nicht Raum wäre — die Knabenschule erbaut werde. Das Bauen geschieht in der üblichen Weise, es wird der eine Theil fertiggestellt und der andere Theil — ich erwähne dies, weil eine Einwendung mir privatim gegenüber von dieser Seite erhoben worden ist — kann genau so gebaut werden. Aus diesem Grunde bitte ich, den Antrag zu unterstützen. Das wichtigste ist geschehen, nämlich den Parteien ist gekündigt worden; mit dem Baue soll im August angefangen werden; hoffentlich ist bis dahin der Plan fertig. Ich bitte um Annahme des Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung!

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Meine Herren! Anlässlich des Neubaues der Schule, der heute in Verhandlung steht, ist es billig, der Tradition Rechnung zu tragen, auf welche der geehrte Herr Vorredner bereits angespielt hat. Schon vor Jahren ist man an mich aus Schulkreisen des IX. Bezirkes mit der Aufforderung herangetreten, es möge im Gemeinderathe die Anregung gegeben werden, dass an dem Schulhause in der Grünen Thorgasse eine Gedenktafel angebracht werde, weil hier Schubert drei Jahre lang Schullehrer gewesen ist.

Ich hielt es aber für meine Pflicht, der Sache nachzugehen, und da stellte es sich heraus, dass diese mündliche Tradition der literarischen Überlieferung widerspricht. In denjenigen Biographien, die ich nachzuschlagen die Möglichkeit hatte, und in dem Musiklexikon von Riemann ist mitgetheilt, dass Schuberts Vater als Schulleiter und Franz Schubert, der Sohn, in der Lichtenthaler Pfarrschule, also in der Schule zu den 14 Nothhelfern, thätig gewesen sind. Die Sache mag ja für die weitere Welt nicht von großer Bedeutung sein, aber wir müssen uns schon aus Pietät Mühe geben, das Andenken an jenem Orte wachzuhalten, an denen hervorragende Männer in Wien gewaltet haben. Zwischen den Jahren 1815 und 1818, also in einem Alter von 21 Jahren war Schubert als Schullehrer an einer dieser beiden Schulen thätig und er componierte schon in dieser Zeit mehrere seiner herrlichsten Lieder, wie den „Erlkönig", den „Wanderer" und andere. Nun bin ich der Sache weiter nachgegangen, und eine angesehene Persönlichkeit — ein Bezirksschulinspector, mein geehrter Herr College im Bezirksschulrathe, der mit einer Nichte Schuberts verheiratet ist — theilte mir mit, dass es eine bestimmte Überlieferung der Familie sei, dass Franz Schubert und sein Vater thatsächlich an der Schule in der Grünen Thorgasse thätig gewesen seien. Mir scheint es, dass eine derartige Überlieferung verlässlicher ist, als eine, die sich von der einen Biographie in die andere Biographie fortschleppt, und ich möchte mir deshalb erlauben, den Antrag zu stellen, dass die Bibliotheks- und Archivsdirection der Stadt Wien beauftragt werde, aus den Pfarrbüchern oder aus den alten Schulregistraturen mit Sicherheit festzustellen, an welcher Schule eigentlich die beiden Schubert thätig gewesen sind; dann würde es meinem Gefühle nach das beste sein, wenn wir der Schule in der Grünen Thorgasse — falls diese es wirklich ist, an der die beiden Schubert gewirkt haben — den Namen „Schubertschule" geben würden; wenn aber nicht, so sollte wenigstens eine Gedenktafel zur Erinnerung an diese Thatsache angebracht werden. Diesen meinen Antrag, es möge darüber eine Untersuchung gepflogen und dann darüber eine Entscheidung gefällt werden, erlaube ich mir dem geehrten Gemeinderathe zu unterbreiten. Es wird jedenfalls für die Lehrer an dieser Schule und für die Lehrer Wiens nicht unwichtig sein, wenn die genialste Persönlichkeit, die an einer Volksschule Wiens jemals gewirkt hat, auf diese Weise geehrt wird. Diesen Antrag erlaube ich mir dem geehrten Gemeinderathe vorzulegen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Schuh hat das Wort!

Gem.-Rath Schuh: Ich habe gestern den Platz und die Schule besucht und erlaube mir an den Herrn Referenten die Anfrage, ob er überhaupt persönlich dort gewesen ist und diese Zustände gesehen hat, die an der Schule dort im IX. Bezirke herrschen (Gem.-Rath Hawranek: Gar keine Spur! — Referent: Ja!), dann werden Sie wissen, dass die ganze Schule an drei Seiten vollständig von hohen Häusern umgeben ist. Nachdem die Mädchenschule in ihrem Bestande eine so vorzügliche Schule ist, wäre es ein Verbrechen, wenn man diese Räume heute dem Bezirksamte zuweisen würde, weil ich in neuen Schulen schon schlimmere Zustände gefunden habe, als wir sie gerade an dieser Schule haben. Sie hat hohe, luftige und gesunde Räume und, was die Hauptsache ist, einen großen Hof.

Wie ich aus dem Plane ersehe, plant man zwei Turnsäle übereinander zu bauen. Ich weiß nicht, ob der Herr Referent damit einverstanden sein kann, ich jedenfalls nicht, weil ich daraus ersehe, dass der Platz, wie die geehrten Herren Vorredner bereits dargethan haben, viel zu klein ist.

Ich wäre dafür, dass die Idee des ersten Herrn Redners über den Kinderhort, die schon reif und für Wien so nothwendig ist, endlich zur Wahrheit werde, schon darum, weil sie einen großen Theil der Jugend von den Gassen wegnimmt und der Beschäftigung zuführt.

Nach dem Plane würde, wenn man nur einen Tract, die Knabenschule, baut, und diesen rückwärtigen Tract noch extra frei lässt, nicht nur für den Winter ein ganz nett anzulegender Eislaufplatz möglich, sondern es würde sich vielleicht noch eine Idee ergreifen lassen, die auch im Interesse der Erziehung läge, das wäre die, dass man im Sommer die Kinder schwimmen lernen lassen würde. So hätte man mit einem Schlage zwei Fliegen erschlagen.

Ich glaube also, Ihnen das auf das beste empfehlen zu sollen. Was den Schulbau an und für sich anbelangt, so muss ich entschieden dagegen protestieren, die geplante Doppelschule zu errichten. Ich schließe mich vollständig der Meinung der Herren Collegen aus dem IX. Bezirke an.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Frauenberger hat das Wort.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich werde mich ganz kurz fassen. Mir scheint die Sache hinlänglich klar. Wenn die Vertreter des IX. Bezirkes sich in der Weise aussprechen, wie sie es gethan haben, dann, glaube ich, wird der Gemeinderath ihren Wunsch gerne erfüllen. Es ist das das einfachste, wenn Sie die Sache zurückweisen, und es wird sich dann zeigen, was an der Sache ist.

Weil ich aber beim Worte bin, so möchte ich bei dieser Gelegenheit hinsichtlich der theueren Preise erwähnen, die wir da zu zahlen haben: wir sind da bei einer einzelnen Schule schon über eine Viertelmillion gekommen. 274.000 fl. kostet diese Schule. Das ist enorm. Ich weiß nicht, was da gemacht wird. Um diesen Betrag baut man ja einen Palast. Was man da im Auge hat, weiß ich nicht. Die Nachlässe sind zwar sehr bedeutend, aber man sollte doch darauf sehen, dass die Preise etwas wahrere sind. Das wollte ich bemerken und unterstütze den Antrag auf Zurückleitung des Referates.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath v. Stummer!

Gem.-Rath v. Stummer: Wir haben neuerdings eine gewiss sehr ungünstige Anlage einer Schule vor uns. Ich schließe mich vor allem den Wünschen und Ausführungen der geehrten Herren Collegen des IX. Bezirkes an. Sollten aber diese nicht angenommen werden, und sollte beschlossen werden, was ich nicht hoffe und glaube, dass dieser Plan durchgeführt wird, so möchte ich einige Bemerkungen zu dem Plane selbst machen. Die Schule soll für 1300 Kinder sein, also die Volksschule im rückwärtigen Hoftracte für 650 Kinder. Diese 650 Kinder haben einen einzigen Ausgang durch den langen Gang. Derselbe ist 58 m lang und nur 2·80 m breit. Das geht nicht. Das ist unmöglich. Es muss der Gang, soweit er im Gebäude selbst ist, eine Minimalbreite von 3 m haben, und soweit er im Hofe geführt wird, mindestens 1 m breiter sein. Das wäre mein Antrag, im Falle der Plan angenommen wird. Sonst bitte ich den Vertretern des IX. Bezirkes zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht noch einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so erkläre ich die Debatte für geschlossen und ertheile dem Herrn Berichterstatter das Schlusswort.

Referent: Ich muss vor allem erklären, dass ich durchaus nicht referiert habe, dass das Bezirksamt des IX. Bezirkes hinkomme. Es erscheint darauf im Acte hingewiesen, aber es ist dies noch nicht beantragt worden. Was die beiden Schulen auf diesem Platze betrifft, so liegt hier eine Zuschrift des Bezirksschulrathes vor, welcher sich vollständig damit einverstanden erklärt hat. (Ruf: Der Ortsschulrath nicht!) Auf dem Augenscheinsprotokolle findet sich keine Unterschrift des Ortsschulrathes. Es scheint also, dass der Ortsschulrath nicht vertreten war. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass die Zeit soweit vorgerückt ist, dass es nothwendig ist, dass mit dem Schulbaue begonnen wird, und dass der Gemeinderath Beschluss fasst. Ich bitte um Annahme der Anträge.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Es liegen mehrere Anträge vor. Der Herr Gem.-Rath Kaiser hat folgenden Antrag gestellt (liest):

„Die Vorlage ist an den Stadtrath zurückzuleiten. Das Bauamt wird beauftragt, Pläne auszuarbeiten für eine Knaben-Volksschule an Stelle des Hauses Nr. 9 Grüne Thorgasse, nöthigenfalls unter Zuhilfenahme des Hauses Nr. 11.

Die Mädchen-Volksschule Nr. 7 Grüne Thorgasse ist ihrem Zwecke zu erhalten.

Der Ortsschulrath des betreffenden Bezirkes soll bei Schulbauten zur Begutachtung der Pläne aufgefordert werden.

Auf die Unterbringung von Kinderhorten sei bei Schulbauten entsprechend Rücksicht zu nehmen."

Dieser Antrag zerfällt in zwei Theile. Über den einen Antrag kann sofort abgestimmt werden, das ist jener Theil, welcher sich auf den Schulbau bezieht und welcher daher mit den Anträgen des Stadtrathes in Verbindung steht. Dieser Theil endet mit den Worten: „ist ihrem Zwecke zu erhalten". Die beiden Anträge, welche bezüglich der Begutachtung der Schulbaupläne durch den Ortsschulrath, sowie bezüglich der Unterbringung von Kinderhorten gestellt worden sind, passen, strenge genommen, nicht zu dem Referate, können daher in der heutigen Sitzung nicht erledigt werden, sondern müssen dem Stadtrathe zugewiesen werden. — Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung hat den Antrag gestellt: „Es seien seitens der städtischen Bibliotheks- und Archivsdirection Erhebungen zu pflegen, ob Franz Schubert zwischen 1815 und 1818 in der Schule in der Grünen Thorgasse oder an einer anderen Anstalt Schulgehilfe gewesen sei. Je nach dem Ergebnisse der Untersuchung sei das Andenken des großen Tondichters in geeigneter Weise durch Errichtung einer Gedenktafel oder etwa durch Verleihung des Namens „Schubertschule" an die betreffende Anstalt zu ehren." Auch dieser Antrag müsste vorläufig dem Stadtrathe zugewiesen werden, wenn die Herren einverstanden sind. Der Antrag des Herrn Collegen v. Stummer, dass der Gang in der Schule (Rufe: Gänge!) — ich glaube, es ist nur ein Gang, oder sind das mehrere Gänge? — um 1 m verbreitert werden müsse, ist jedenfalls erst dann zur Abstimmung zu bringen, wenn der Antrag des geehrten Herrn Collegen Kaiser abgelehnt und zur meritorischen Erledigung der Sache geschritten wird. Wenn der Antrag Kaiser angenommen wird, so werde ich bezüglich des Antrages v. Stummer nur darüber abstimmen lassen, ob wir ihn dem Stadtrathe zuweisen sollen oder nicht. Sind die Herren mit dem Vorgange einverstanden? (Niemand meldet sich.) Da sich niemand meldet, schreiten wir zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage Kaiser in seinem ersten Theile, lautend: „Die Vorlage ist an den Stadtrath zurückzuleiten. Das Bauamt wird beauftragt, Pläne auszuarbeiten für eine Knaben-Volksschule an Stelle des Hauses Nr. 9 Grüne Thorgasse, nöthigenfalls unter Zuhilfenahme des Hauses Nr. 11. — Die Mädchen-Volksschule Nr. 7 Grüne Thorgasse ist ihrem Zwecke zu erhalten", einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, dass die übrigen Anträge des Herrn Gem.-Rathes Kaiser, betreffend die Begutachtung der Schulbaupläne durch den Ortsschulrath, sowie die Rücksichtnahme auf den Knabenhort, dem Stadtrathe zugewiesen werden sollen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Gem.-Rath Dr. Geßmann (zur Abstimmung): Das bezieht sich ja auf alle Pläne, nicht nur auf den vorliegenden!

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich habe ausdrücklich gesagt, dass ich das nicht bloß auf diese Schulbauten beziehe, welche jetzt zur Frage stehen, sondern auf sämmtliche Schulbauten. Der Antrag ist ganz allgemein gefasst. Der Antrag ist übrigens angenommen und geht an den Stadtrath.

Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, dass der Antrag des Herrn Gem.-Rathes v. Stummer an den Stadtrath gewiesen werde, wollen die Hand erheben. (Geschieht. — Rufe: Das ist gegenstandslos!) Darf ich bitten, das ist nicht ganz gegenstandslos; eine neue Schule muss gebaut werden, und Herr Gem.-Rath v. Stummer beantragt, dass die Gänge mindestens um 1 m breiter werden, als sie projectiert werden. Diejenigen Herren, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ebenfalls angenommen.

Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, dass der Antrag des Herrn Dr. Friedjung dem Stadtrathe zugewiesen werde, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ebenfalls angenommen.

Die Sache ist erledigt.

Gem.-Rath Schuh: Ich habe den Antrag gestellt, dass bei Anfertigung der Pläne Rücksicht zu nehmen sei, dass, wenn eine Mädchenschule gebaut wird, ein Eislaufplatz da ist, der im Sommer als Schwimmschule verwendet werden kann.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich habe das nicht als Antrag aufgefasst, sondern als Anregung, die in der Rede gegeben worden ist. Übrigens, wenn Sie es als Antrag betrachtet wissen wollen, müsste er dem Stadtrathe zugewiesen werden.

Diejenigen Herren, welche einverstanden sind, dass der Antrag Schuh dem Stadtrathe zugewiesen werde, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Die Vorlage ist an den Stadtrath zurückzuleiten. — Das Stadtbauamt wird beauftragt, Pläne auszuarbeiten für eine Knaben-Volksschule an Stelle des Hauses Nr. 9 Grüne Thorgasse, nöthigenfalls unter Zuhilfenahme des Hauses Nr. 11. — Die Mädchen-Volksschule Nr. 7 Grüne Thorgasse ist ihrem Zwecke zu erhalten.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte den Herrn Collegen Stiaßny zum Referate. Ich constatiere, dass mir die Herren Schriftführer mitgetheilt haben, dass mehr als 100 Mitglieder des Gemeinderathes anwesend sind. Ich bitte daher den Herrn Collegen, die 92er Stücke zu referieren.

Herr Dr. Grübl zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Dr. Grübl (zur Geschäftsordnung): Zur Salvierung der bisher üblichen Geschäftsordnung und der bisher üblichen Beobachtung des Gesetzes spreche ich meine Meinung dahin aus, dass vorläufig die Constatierung der Anzahl der anwesenden Gemeinderäthe nicht am Platze war. Es kann allerdings dem Herrn Vorsitzenden überlassen werden, dann, vor der Abstimmung, noch einmal zu constatieren, wie viel Gemeinderäthe anwesend sind. Dann kann aber mindestens die gegenwärtige Constatierung als überflüssig bezeichnet werden. (Widerspruch links.) Ich sage das nur, damit nicht eine mit dem Gesetze nicht in Einklang stehende Praxis eingeführt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich bitten. Über die Auffassung beziehungsweise Interpretation des Gesetzes kann man ja verschiedener Meinung sein. Es ist richtig, dass es bisher so practiciert wurde und dass immer erst unmittelbar vor der Abstimmung constatiert wurde, ob mehr als 92 Mitglieder des Gemeinderathes anwesend sind oder nicht. Ich erachte diesen bisher geübten Vorgang für ungesetzlich und gehe nach meiner Auffassung über das Gesetz vor. (Beifall links.) Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann wünscht das Wort zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Dr. Geßmann (zur Geschäftsordnung): Wir haben wiederholt, wenn auch vergeblich darauf hingewiesen, dass wir die betreffende Stelle des Statutes in der Weise interpretieren, dass auch bei der Berathung die vorgeschriebene Zahl der Gemeinderäthe anwesend sein muss und es liegt ja eigentlich in der Natur der Sache und ist selbstverständlich. Man setzt ja voraus, dass diejenigen, die über die Sache abstimmen, sich auch darüber vergewissert haben, und darum halten auch wir dafür, dass die Auffassung, wie sie dermalen geübt wird, richtig ist und die vorhergehende dem Gesetze oder mindestens dem Geiste des Gesetzes widersprochen hat. (So ist es! links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung.

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zur Geschäftsordnung): Ich bin allerdings für die Auffassung des Herrn Dr. Grübl, constatiere aber, dass die Herren dann die Consequenzen haben werden, dass in jedem Zeitpunkte der Berathung mehr wie 92 Gemeinderäthe anwesend sein müssen. Diese Consequenz werden Sie tragen müssen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Gem.-Rath Dr. Grübl.

Gem.-Rath Dr. Grübl (zur Geschäftsordnung): Ich bitte, die Sache steht so. Wie ich bereits bemerkt habe, kann, wenn der Herr Vorsitzende vor der Abstimmung constatieren lässt, es sind mehr als 92 Gemeinderäthe anwesend, die Abstimmung sohin vorgenommen werden. Es ist das, nach meiner Ansicht, dem Gesetze entsprechend und erscheint also eine frühere Constatierung überflüssig.

Würde der Herr Vorsitzende die Constatierung, die nach dem Gesetze nothwendig ist, schon bei der Berathung vorgenommen haben, dann bei der Abstimmung aber nicht, dann ist dies nach meiner Ansicht ungesetzlich und das, was Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann gesagt hat, ist deswegen nicht richtig, weil, wenn es richtig wäre, die gewisse Novelle vom März 1893 gar keinen Sinn hätte (Rufe rechts: So ist es!), denn diese bezieht sich nur auf die Abstimmung, nicht auf die Anwesenheit während der Berathung. Das ist auch ganz richtig und wohl überlegt und ich bitte daraus dem Gesetzgeber keinen Vorwurf zu machen. Er hat genau gewusst, was er thut. Diese Novelle setzt voraus, dass bei der Berathung auch weniger Herren anwesend sein können, dass aber dann bei der Abstimmung unbedingt die nach dem Gesetze beziehungsweise der Novelle erforderliche Anzahl Gemeinderäthe anwesend sein muss.

Ich sage das nur meine Herren — der Herr Vorsitzende kann ja thun, was er will, die Versammlung oder der Einzelne kann ja dann Rechtsmittel ergreifen oder nicht — aber ich sage das nur, weil ich geglaubt habe, es sei nothwendig und weil es mich interessiert, die Ansicht des Herrn Vorsitzenden über diese Frage zu erfahren. (Beifall rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich glaube, dass über meine Ansicht in dieser Frage nicht der geringste Zweifel sein kann, da ich jederzeit der Meinung war, dass die Berathung über derlei Gegenstände nur begonnen werden kann, wenn mindestens 92 Herren Gemeinderäthe anwesend sind.

Alles andere ist bisher unrichtig gewesen und ich werde, solange ich diesen Platz einnehme, nach der von mir als richtig erachteten Auslegung des Gesetzes vorgehen und mich nicht im geringsten davon abbringen lassen. (Beifall links.)

Ich bitte den Herren Referenten, nunmehr das Referat zu erstatten.

30. (3674.) **Referent Gem.-Rath Stiaßny:** .... (Rufe: Finster ist es!)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich habe schon Veranlassung getroffen, dass beleuchtet wird, und bitte den Herrn Referenten, wenn es ihm möglich ist, fortzufahren. Ich bitte um Ruhe.

Referent (fortfahrend): Ferdinand Kalbistum Baubewilligung für einen Neubau im VII. Bezirke, Kaiserstraße 47, Ecke der Westbahnstraße, eingeschritten.

Er will bei diesem Neubau zwei Risalite von je 4·84 m Länge mit einem Vorsprunge von je 15 cm und außerdem ein Thorportal in der Länge von 3·48 m mit einem Vorsprunge von 25 cm ausführen. Der von ihm in Anspruch genommene Grund im Ausmaße von 2·32 m² soll ihm nach dem Antrage des Stadtrathes um einen Pauschalbetrag von 200 fl. verkauft werden. Ich habe die Ehre, namens des Stadtrathes Sie um die Genehmigung dieses Verkaufes zu ersuchen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so schreiten wir zur Abstimmung. Bitte diejenigen Herren, welche mit den Referenten-Anträgen einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht. — Widerspruch rechts.) Bitte, bitte, ich werde schon das Nöthige nach meinem Sinne vornehmen. Wenn Herr Dr. Grübl glaubt, es gehe etwas Ungesetzliches vor, so kann er, wie er bereits erwähnt hat, die nöthigen Schritte unternehmen. (Heiterkeit links.)

Ich bitte die Herren Schriftführer zu constatieren, wie viel Herren dafür gestimmt haben. Ich bitte diejenigen Herren, welche dafür sind, die Hand zu erheben. Ich bitte, die Zahl zu constatieren. (Geschieht.)

Ich bitte aufzustehen, weil die Herren Schriftführer erklären, dass sie die Hände nicht zählen können. (Geschieht. — Nach einer Pause:) Der Antrag ist mit 118 Stimmen angenommen. (Bravo-Rufe links.)

Beschluss: Der zur Risalitanlage beim Hause VII., Kaiserstraße 47, erforderliche Grund per 2·32 m² wird um den Pauschalbetrag von 200 fl. an Ferdinand Kalb überlassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Dr. Mittler zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Dr. Mittler (zur Geschäftsordnung): Ich constatiere, dass ich mich an der Abstimmung nicht betheiligt habe aus dem Grunde, weil nach meiner rechtlichen Überzeugung eine Abstimmung nicht vorgenommen werden kann, bevor die genügende Anzahl der zur Beschlussfähigkeit erforderlichen Mitglieder constatiert ist. (Widerspruch. — Vice-Bürgermeister Dr. Lueger [läutend]: Darf ich bitten!) Es ist offenbar nach dem Sinne des Gesetzes und nach dem Zwecke desselben, das prius, dass zuerst constatiert werde, ob überhaupt die zu einer rechtlichen Beschlussfassung nothwendige Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderathes vorhanden ist. Erst dann kann zur Abstimmung und Stimmenzählung geschritten werden. Ich werde mich auch an keiner Abstimmung betheiligen, welche in solcher Weise eingeleitet wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich nehme das einfach zur Kenntnis; wie gesagt, es steht den Herren frei, dagegen Schritte zu thun.

Zur Geschäftsordnung Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann!

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Es muss nur, um wirklich die Art dieser Kampfesweise zu kennzeichnen (Beifall links), constatiert werden, dass kein Mensch nach der Constatierung durch die Herren Schriftführer den Saal verlassen hat, dass also die mehr als 100 Anwesenden in dem Augenblicke geradeso da waren, wie zur Zeit, wo die Herren Schriftführer das constatierten. Es muss angenagelt werden, in welcher Weise hier dem Gemeinderathe die Zeit geradezu gestohlen wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links. — Widerspruch rechts. — Gem.-Rath Weitmann: Das kann man nur von einem Juden haben!)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte, meine Herren, jede Leidenschaft, wenn möglich, beiseite zu setzen. Ich werde ja die Sache gewiss in Ordnung bringen; die Herren können sich in dieser Richtung ganz auf meine Person verlassen. Wenn der eine oder andere Herr eine Auffassung bezüglich der Geschäftsordnung hat, welche ich nicht theile, so steht es ja jedem der Herren frei, entsprechend zu handeln. Es ist nicht meine Sache, das zu beurtheilen, das wird ja von anderer Seite beurtheilt werden.

Ich bitte, das nächste Referat zu erstatten.

31. (5559 ex 1894.) **Referent Gem.-Rath Stiaßny:** Beilage 67. Ludwig Böck ist um käufliche Überlassung eines Theiles der aufgelassenen Breitenfurterstraße im V. Bezirke eingeschritten. Wie die geehrten Herren aus der Beilage, respective dem Situationsplane, der in der Beilage enthalten ist, entnehmen wollen, besitzt die Gemeinde Wien einen Theil der aufgelassenen Breitenfurterstraße, und zwar eine Parcelle, welche ein Ausmaß von 355·59 m² besitzt. Diese Parcelle grenzt an die Wolfganggasse und zum Theile auch an die Herthergasse im V. Bezirke. Herr Ludwig Böck ist nun Besitzer von zwei dreieckigen Parcellen, welche einen Theil der Gassenfront in der Wolfganggasse und nahezu die vollständige Gassenfront einer zu einem Rechteck zu arrondierenden Bauparcelle in der Herthergasse bilden. Herr Böck ist nun bei der Gemeinde um die käufliche Überlassung des genannten Stückes der Breitenfurterstraße eingeschritten. (Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich um etwas Ruhe bitten, damit sich der Herr Referent verständlich machen kann!

Referent (fortfahrend): .... Und er will außerdem seine Baustelle noch durch ein kleines gegen die Herthergasse zu gelegenes Dreieck im Ausmaße von 6·29 m² arrondieren. Von der Gemeinde Wien sollen also im ganzen 361·88 m² erworben werden.

Eine am 15. Juni vorigen Jahres vorgenommene Schätzung durch Sachverständige hat einen Einheitspreis von 14 fl. per Quadratmeter ergeben. Herr Böck hat zuerst 15 fl., das sind 5364 fl., sodann 15 fl. 38 kr., das sind 5570 fl. offeriert. Beide Offerte, das letzte vom 2. Juli 1894, wurden abgelehnt. Auf sein neuerliches Einschreiten hin hat der Stadtrath ein Comité eingesetzt, welches mit Herrn Böck verhandelt hat, und nunmehr schlägt Ihnen der Stadtrath vor, an Herrn Böck die genannten Parcellen im Ausmaße von 361·88 m² zum Einheitspreise von 20 fl., das ist mit 7232 fl. 60 kr., zu verkaufen.

Ich habe nur noch zu erwähnen, dass gegenwärtig diese unverbaute Stelle eine Verunzierung der Wolfganggasse, sowie der Herthergasse bildet, dass der Baugrund vertieft ist, dass sich in demselben im Winter Schnee ansammelt und dass zur Zeit der Schneeschmelze dort ausgedehnte Wasserflächen sich befinden, welche sanitäre Nachtheile mit sich bringen. Aus diesem Grunde wäre es wünschenswert, wenn die Parcelle verkauft werden würde.

Ich habe nun die Ehre, namens des Stadtrathes Ihnen folgende Anträge vorzulegen (liest):

„Das Offert des Ludwig Böck auf käufliche Überlassung des zur Arrondierung der demselben gehörigen Grundflächen erforderlichen städtischen Grundtheiles Einl.-Z. 1746, Cat.-Parc. 1738/1, V. Bezirk, Figur A C D E F G A, im Ausmaße von 355·59 m² und eines Theiles der Wegparcelle 1737/1, V. Bezirk, Figur F I H F, im Ausmaße von 6·29 m² um den Einheitspreis von 20 fl. per Quadratmeter wird genehmigt.

Die Vertragskosten und Übertragungsgebüren werden vom Käufer zur Zahlung übernommen.

Der Kaufschilling ist bar innerhalb acht Tagen nach Intimation des bezüglichen Gemeinderaths-Beschlusses zu erlegen."

Ich bitte um Genehmigung dieser Anträge.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Gregorig hat das Wort.

Gem.-Rath Gregorig: Meine geehrten Herren! Da wird uns wieder empfohlen, an einem sehr frequenten Punkte, der gewiss einmal bedeutenden Wert erhalten wird, einen Meter Grund um 20 fl. zu verkaufen Wenn ich recht gesehen habe, so besitzt der Bewerber zwei kleine Fragmente, die sein Eigenthum sind, und wir haben ihm zwei Theile zu übergeben. Sein Grund wird durch die Straße, die er bekommt, erst wertvoller Besitz; deshalb beantrage ich die Rückweisung des Referates.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Jedlička hat das Wort.

Gem.-Rath Jedlička: Meine Herren! Ich sehe, dass es sich ein bisschen hier bessert. Wenn ich den Preis von 20 fl. per Meter in der Wolfganggasse anschaue, weiß ich zwar, dass er noch zu niedrig ist, aber eine Besserung ist doch eingetreten. Wie war es damals, wie die Herren am Gürtel den Grund per Klafter um 15 fl. vergitschen wollten, die Klafter am Gürtel um 15 fl.! Jetzt kommt man schon in der Wolfganggasse mit 20 fl., aber auch das ist zu wenig, der Grund ist dort mehr wert. Ich stimme dagegen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Der Herr Referent!

Referent: Meine Herren! Sie werden es begreiflich finden, dass ich für meine Person eigentlich ein geringes Interesse daran haben könnte, ob diese Wegparcelle verkauft wird oder nicht. Ich besitze aber ein kleines Interesse daran; ich kenne nämlich die Gegend, ich habe mir sie genau angesehen und habe gefunden, dass es im Interesse der Gemeinde und insbesondere im localen Interesse des V. Bezirkes gelegen wäre, wenn dieser, allerdings locale, Schandfleck beseitigt würde; denn es ist wirklich — und die geehrten Herren Collegen, welche diesen Theil des V. Bezirkes kennen, werden mir beistimmen — sehr häßlich und verunziert die mit prächtigen Baumreihen versehene Wolfganggasse vollständig, wenn sich an der Straße diese unschöne Vertiefung befindet, die als Schuttablagerung benützt wird, wo Kehricht und Unrath hingeführt werden und wo, wie gesagt, bei Regenwetter häßliche, sanitär bedenkliche Pfützen entstehen.

Ich hätte also erwartet, dass insbesondere die Collegen aus dem V. Bezirke für die Beseitigung dieser Übelstände eingetreten wären. Es ist schon gesagt worden, dass der Preis von 20 fl. per Quadratmeter nicht gar so schlecht ist.

Gestatten Sie, meine Herren, dass ich, da ich einmal die Eigenschaft eines Sachverständigen auf diesem Gebiete besitze, Ihnen sage, dass ich den Preis von 20 fl. per Quadratmeter für eine vollkommen arrondierte, der Verbauung ganz fähige Baustelle für angemessen finden würde, und dass aus diesem Grunde hervorgeht, dass für ein Ergänzungsstück, welches nicht die ganze Gassenfront besitzt, der Preis von 20 fl. als ein ganz guter und annehmbarer bezeichnet werden muss. Wenn Sie berücksichtigen, dass wir vor kurzem erst eine Verhandlung in der Margarethenstraße gehabt haben, bei welcher 70 fl. per Quadratmeter als Ankaufspreis berechnet wurden, und zwar in dem ersten Theile dieser Straße, wenn Sie berücksichtigen, dass man von dort erst auf den Margarethenplatz kommt, dann am Bacherplatze vorüber durch die Arbeitergasse am Einsiedlerplatz geht, dass man dann die Wolfganggasse hinaufgehen muss bis zur Herthergasse, dann werden Sie mir beistimmen, wenn ich sage, dass kein Sachverständiger die Bauplätze in dieser Gegend höher als mit 20 fl. per Quadratmeter bewerten wird. Ich möchte also empfehlen, auf den Antrag des Stadtrathes umsomehr einzugehen, als von dem Käufer wirklich trotz aller Bemühung und Anstrengung nicht mehr als diese 20 fl. zu erzielen waren.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Gregorig zur thatsächlichen Berichtigung!

Gem.-Rath Gregorig (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige den Herrn Referenten, der erwähnt hat, dass aus dem Käufer nicht mehr herauszubringen ist, dahin, dass es die Gemeinde Wien nicht nothwendig hat, den Grund jetzt überhaupt zu verkaufen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Becker zur thatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rath Becker (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich bitte, es scheint der Herr Referent nicht viel Kenntnis von dieser Gegend zu haben, weil er von einer Bachergasse u. s. w. spricht, und weil er überhaupt meint, dass dies eine Gegend ist, die frequent ist. Das ist durchaus nicht der Fall. Es ist das eine Gegend, wo vielleicht noch einige Joch unverbaut sind, und niemand kümmert sich darum. Es ist durchaus nicht nothwendig, jetzt den Verkauf vorzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Der Herr Referent!

Referent: Ich muss doch, nachdem diese Bemerkung gefallen ist, dem Herrn Vorredner dafür danken, denn das, was er zuletzt gesagt hat, spricht ja vollständig für die Richtigkeit der Preisbewertung, wie sie beantragt wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Herren Schriftführer, die Anzahl der anwesenden Herren Gemeinderäthe zu constatieren, da einige Herren hinausgegangen sind. (Nach der Auszählung:) Die Herren Schriftführer constatieren, dass 112 Mitglieder des Gemeinderathes anwesend sind. (Rufe rechts: Jetzt?) Jetzt constatieren sie, dass in diesem Augenblicke — ich weiß gerade nicht wie viele Minuten es sind (Gem.-Rath Dr. Geßmann: Secunden!) — 112 Mitglieder des Gemeinderathes als anwesend erscheinen. Ich ersuche diejenigen Herren, die mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich ersuche die Herren Schriftführer, neuerdings zu zählen. (Nach der Auszählung:) Für den Antrag haben 53 Herren gestimmt, der Antrag ist somit als abgelehnt zu betrachten.

Beschluss: Das Offert des Ludwig Böck auf käufliche Überlassung eines Theiles der aufgelassenen Breitenfurterstraße im V. Bezirke um den Einheitspreis von 20 fl. per Quadratmeter wird abgelehnt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich ersuche Herrn St.-R. Josef Müller, über die 92er Stücke zu referieren.

32. (2532.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Ich habe die Ehre, über den Antrag des Stadtrathes zur Zahl 102 Bericht zu erstatten. Derselbe betrifft die käufliche Überlassung eines Theiles der Parcelle 1269/1 in Dornbach an Paul Finck. Infolge der Einwölbung des Alsbaches und der Herstellung einer Straße über denselben sind Theile des alten Bachbettes frei geworden, und zwar sind auch Theile frei geworden, welche über die Baulinie hinaus fallen, so dass dieselben eventuell, wenn die Anrainer dieselben käuflich zu erwerben wünschen, an diese abgegeben werden können.

Das ist hier der Fall. Der Anrainer Paul Finck will die vor seinem Grunde liegende Fläche des alten Bachbettes bis zur Baulinie, welche auf der rückwärts an diesem Plane ersichtlichen Planskizze mit Strichen schraffiert ist, käuflich erwerben.

Diese Fläche hat ein Ausmaß von 192·72 m². Anfänglich ist hiefür ein Pauschale von 1200 fl. geboten worden. Dies erschien dem Stadtrathe zu gering. Es ist zu dem Zwecke, um Verhandlungen einzuleiten, ein Comité gewählt worden, welches auch mit Herrn Paul Finck Verhandlungen gepflogen hat.

Die Verhandlungen haben sich schwierig gestaltet, aber schließlich ist ein Betrag von 3500 fl. für diese Fläche geboten worden, was einem Einheitspreise von 18 fl. 21 kr. entspricht. Ich bemerke, dass diese Fläche nicht sofort einbezogen werden kann, weil sie ja derzeit die Böschung des Baches bildet. Sie muss erst angeschüttet werden, was auch die Gemeinde in einem Protokolle binnen anderthalb Jahren zu thun sich verpflichtet hat. Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, dass die Förderung für eine Einfriedung auf einen Steinsockel bis in das Bachbett geschehen muss, wodurch dem Besitzer namhafte Mehrkosten erwachsen. Alle diese Momente und der Einheitspreis von 18 fl. 21 kr. an und für sich sind derart, dass es sich empfiehlt, diesen Verkauf dem Gemeinderathe vorzulegen.

Der Antrag lautet (liest):

„Die Gemeinde Wien überlässt dem Paul Finck den zur Arrondierung der Parcelle Nr. 20 in Dornbach erforderlichen Grundstreifen per 192·73 m² der städtischen Parcelle Nr. 1269/1 um den Pauschalbetrag von 3500 fl. gegen dem, dass der Käufer die Vertragskosten und Übertragungsgebüren trägt und die Bezahlung des Kaufschillings am Tage der Übergabe des Grundes erfolgt, wogegen die Gemeinde den angekauften Grund binnen anderthalb Jahren auf das zukünftige Straßenniveau anschüttet."

Ich ersuche um die Annahme.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Jedlička hat das Wort.

Gem.-Rath Jedlička: Meine sehr geehrten Herren! Dieser Platz, der dem Herrn Paul Finck verkauft werden soll, ist gerade die Gassenfront. Bei uns pressiert es mit dem Verkaufe des Platzes nicht. Wenn wir bedenken, dass diese Häuser einmal an einer der schönsten Straßen stehen werden, und dass es nicht pressiert, so sehe ich nicht ein, warum wir den Grund jetzt schon verkaufen sollen. Es kommt der Quadratmeter auf 18 fl. Das ist im Verhältnisse zur Lage zu wenig. Bei uns in Gersthof draußen verkauft man Gründe um 30 fl. per Quadratmeter und da wollen wir ihn hier um 18 fl. geben! Das ist zu niedrig. Es ist das kein Grund, mit dem er vielleicht seinen Grund arrondiert, es ist eine reine Gassenfront, wo er seinen Grund ausnützen kann. Ich bin dafür, dass dieser Antrag abgewiesen wird, der Preis ist zu gering.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht noch einer der Herren das Wort? — Herr Gem.-Rath v. Neumann!

Gem.-Rath Ritt. v. Neumann: So dürfen Sie nicht verfahren, meine Herren, sonst können Sie die Straßenregulierungen nicht durchführen. Es wird die Alsbachstraße zur Durchführung gelangen, eine der schönsten Straßen des erweiterten Wien. Nun kommen die Anrainer und wollen bauen. Den Grund bis zur Baulinie sind wir nach der Bauordnung verpflichtet, den betreffenden Eigenthümern zu geben. Diesen Grund haben sie das Recht zu occupieren und der Preis würde in dem Falle, als eine Vereinbarung nicht zustande kommt, durch das Gericht bestimmt. Nun kommt der betreffende Eigenthümer und sagt, ich habe an einer anderen Stelle einen Grund, welchen die Gemeinde nothwendig braucht, um den eigenen Besitz zu arrondieren. Sie sehen, meine Herren, an der Stelle, wo im Plane eingeschrieben ist Wielemans Emma, das ist der betreffende Grund. (Zwischenrufe: Das ist ein anderer Grund!) Ich ersehe jetzt, dass ich mich hinsichtlich der Planbeilage geirrt habe.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Hawranek!

Gem.-Rath Hawranek: Ich verzichte!

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht noch einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen, ich ersuche den Herrn Referenten, das Schlusswort zu nehmen.

Referent: Ich möchte nur einer Bemerkung entgegentreten und ersuchen, auch den Beweis zu liefern, dass das, was man behauptet, wirklich wahr ist. Ich möchte nicht sagen, dass das, was jetzt gesagt worden ist, unwahr ist, aber ich möchte, dass das mit Belegen nachgewiesen wird, was man sagt. Es ist gesagt worden, dass in Gersthof die Gründe mit 30 fl. per Quadratmeter verkauft werden. Ich kenne die ganze Gegend dort, mir ist es unerfindlich, wie dort jemand 30 fl. per Quadratmeter geben kann. Wenn eine solche Behauptung aufgestellt wird, so ist der Gemeinderath in einem gewissen Zweifel und weiß nicht, wie er sich entscheiden soll, indem man ihm sagt, dort in der Nähe von Gersthof wird mit 30 fl. der Quadratmeter verkauft. Es ist mir nicht bekannt, und es ist mir unerfindlich, dass jemand für den Grund in Gersthof 30 fl. per Quadratmeter, das ist 108 fl. per Quadratklafter zahlen kann. (Gem.-Rath Jedlička: An der Hauptstraße ja!) Die Gründe an der Gürtelstraße sind so viel wert, bis an die Martinsstraße werden aber in Gersthof die Gründe heute mit 11 fl. verkauft (Hört! Hört! rechts), aber nicht mit 30 fl. (Widerspruch links.) Ich würde daher mindestens ersuchen, damit der Gemeinderath sich orientieren kann, das nachzuweisen; ich bin vollkommen objectiv in der Sache, aber der Gemeinderath soll und muss sich orientieren, ob das so oder anders ist; wenn es wirklich wahr ist, dass in Gersthof Gründe mit 30 fl. verkauft werden, dann kann man sie um diesen Preis hier nicht verkaufen, das ist richtig, aber man muss den Nachweis liefern, sonst ist der Gemeinderath in Unsicherheit.

Es wird gesagt, dass hier eine sehr große Gassenfront ist. Das ist richtig, aber dort werden ja nicht Häuser gebaut, die in der ganzen Gassenfront an die Straße grenzen; dort sind Vorgärten, dort sind kleine Villen, dort wünschen die Leute Gärten. Also wenn einer auch eine so große Gassenfront hat, so benützt er sie nicht in dem Maße, wie vielleicht am Stephansplatze, wo er den ganzen Grund verbaut; er benützt nur einen Theil davon, das andere ist Garten. Also in dieser Weise passt das auf diesen Fall nicht. Ich habe erwähnt, dass, wenn eine Einfriedung dort stattfinden soll und muss, der Betreffende die Fundierung auf 4, 5, 6 m hinunterlegen muss, weil, wie die Herren, die die Gegend kennen, wissen, dass der Bach 4 bis 5 m im Einschnitte liegt. Beispielsweise befindet sich hier oben die Realität, hier ist die Böschung und unten ist der Bach. Diese Böschung muss erst angeschüttet werden. Es muss erst planiert werden, dann kann er erst die Mauer aufführen, und er muss bis hinunter an die Bachmitte fundieren. Ich habe die volle Überzeugung, dass dieser Preis vollkommen angemessen ist. Wenn man die Grundverkäufe in anderer

Weise fortführt, dann wird überhaupt nichts verkauft. Ich habe das hier wiederholt erwähnt. Wir kommen in eine Lage, die sich dann gegen uns wendet. Es sind wiederholt Verhandlungen bezüglich der Eröffnung von Straßen gepflogen worden, wo die Gemeinde an Private herangetreten ist. Dann ist der Spieß umgedreht worden und die Gemeinde infolge ihrer früheren Preisbestimmung nicht in der Lage gewesen, die Straße durchzuführen. Ich ersuche Sie daher dringend um die Annahme dieses Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Jedlička hat das Wort zur thatsächlichen Berichtigung.

Gem-Rath Jedlička: Ich berichtige thatsächlich, dass der Herr Referent nicht richtig gesagt hat, wie es in Gersthof steht. Um 11 fl. wurde der Meter verkauft in der verlängerten Neuwaldeggerstraße, aber in der verlängerten Herrngasse und Hauptstraße wurde er um 30 fl. verkauft. Das berichtige ich.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht der Herr Referent noch etwas zu bemerken?

Referent: Nein!

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wenn nicht, so schreiten wir zur Abstimmung.

Die Herren Schriftführer haben mir angegeben, dass in diesem Augenblicke 113 Mitglieder anwesend sind. Ich ersuche nun jene Herren, welche für den Antrag stimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht) Ich bitte zu zählen. (Rufe: Es ist nicht nothwendig, es sind 70!) Ja, die Herren wünschen immer die genauen Ziffern. Ich bedauere sehr, aber ich werde immer die genaue Ziffer constatieren lassen. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist mit 111 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluss: Die Gemeinde Wien überlässt dem Paul Finck den zur Arrondierung der Parcelle Nr. 20 in Dornbach erforderlichen Grundstreifen per 192·73 m² der städtischen Parcelle Nr. 1269/1 um den Pauschalbetrag von 3500 fl. gegen dem, dass der Käufer die Vertragskosten und Übertragungsgebüren trägt und die Bezahlung des Kaufschillings am Tage der Übergabe des Grundes erfolgt, wogegen die Gemeinde den angekauften Grund binnen anderthalb Jahren auf das zukünftige Straßenniveau anschüttet.

33. (2950.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Ich habe weiters die Ehre, zu referieren über den Antrag des Stadtrathes zur Zahl 101. Hier handelt es sich ebenfalls um einen Grundverkauf von derselben Parcelle 1269, Einl. 568 in Dornbach, an einen gewissen Heinrich Glaser. Bei diesem Anlasse handelt es sich nicht um einen solchen Verkauf, sondern um eine Transaction. Aus dem Bache ist der Grund frei geworden, welcher im Plane mit kreuzweisen Stricheln angedeutet ist.

Derselbe hat ein Ausmass von 110·15 m². Herr Glaser besitzt einen Grund, welcher über die Baulinie des linken Ufers hinüberragt und welcher hier im Plane mit einfachen Stricheln bezeichnet ist.

Dieser Grund, den Glaser besitzt, grenzt unmittelbar an einen Theil des aufgelassenen Bachbettes, so dass, wenn die Gemeinde in den Besitz dieses Theiles kommt, sie dadurch einen viel größeren Grundcomplex erwirbt, welchen sie seinerzeit besser an den Anrainer verkaufen kann, daher man mindestens sagen kann, dass diese Fläche, welche 46·7 m² hat, zu compensieren, das heißt abzuziehen wäre von der Fläche mit 110 m², so dass nur mehr eine Fläche von 63·38 m² erübrigt, welche käuflich zu erwerben wäre.

Auch hier ist ein Comité eingesetzt worden, um mit dem Eigenthümer zu verhandeln; es hat sich herausgestellt und ist in diesem Comité auch besprochen worden, dass Herr Glaser seinerzeit bei der Überlassung der Gründe zum Zwecke der Einwölbung des Baches und Führung der Straße der Gemeinde in bedeutender Weise entgegengekommen ist — er hat der Gemeinde über 1200 m² umsonst abgetreten. Aus diesem Grunde hat man nun einen billigeren Antrag gestellt, weil er eben der Gemeinde große Dienste bei Durchführung dieser Anlage geleistet hat. Er bietet für die 63·38 m², welche erübrigen nach Abzug dieses einen Theiles, einen Betrag von 500 fl., das ist 7 fl. 80 kr. per Quadratmeter.

Es ist das ein viel geringerer Betrag als der vorherige, aber ich habe schon erwähnt, dass der betreffende Gesuchsteller der Gemeinde bei der Überwölbung und Herstellung der Straße namhafte Dienste geleistet hat. Ich glaube, dass diese Dienste derartige waren, dass man sie hier berücksichtigen soll.

Ich bitte demnach, den Antrag des Stadtrathes anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Josef Grünbeck!

Gem.-Rath Josef Grünbeck: Es ist ganz richtig, dass dieser Preis von 500 fl. für 63·38 m² dem gegenwärtigen Grundwerte draußen nicht entspricht. Es ist aber auch ganz richtig, wie der Herr Referent angeführt hat, dass Herr Glaser in einer Weise entgegengekommen ist, wie kein dortiger Grundbesitzer. Wenn Herr Glaser nicht bei dem oberen Theile, der in die Hauptstraße hinausmündet, so entgegengekommen wäre, so wäre es überhaupt nicht leicht möglich gewesen, die Einwölbung vorzunehmen. Trotzdem Herr Glaser bei diesem Grunde, Grundbuchs-Einl.-Z. 237, nichts abgetreten hat und von der Commune einen Theil zur Arrondierung seines Platzes braucht, bitte ich die Herren, dem Referenten-Antrage zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Eigner hat das Wort.

Gem.-Rath Eigner: Ich will nur noch constatieren, dass Herr Heinrich Glaser bei der Parcelle 34, Einl.-Z. 106, einen vollkommen neuen Seitentract, der vielleicht fünf Jahre gestanden ist, niedergerissen und nichts verlangt hat. (Widerspruch.) Etwas? Nun gut, aber nicht, was es ihn vielleicht gekostet hat. Die Herren können unbedingt dieser Vorlage zustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht der Herr Referent noch einige Worte zu sprechen?

Referent: Ich danke, nein!

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Die Herren Schriftführer constatieren, dass in diesem Augenblicke 109 Mitglieder des Gemeinderathes anwesend sind. Ich ersuche jene Herren, welche für den Antrag des Stadtrathes stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. Ist bei Anwesenheit von 109 Mitgliedern mit allen gegen 5 Stimmen angenommen worden.

Beschluss: Die Gemeinde Wien überlässt dem Eigenthümer der Realität Einl.-Z. 237 Dornbach, Heinrich Glaser, einen Theil der Cat.-Parc. 1269/1 (aufgelassenes Alsbachbett), inneliegend im Grundbuche Dornbach Einl.-Z. 568, Figur a b c d e f g a, im Ausmaße von circa 110·15 m² gegen dem, dass von der dem

Franz Glaser gehörigen Realität Einl.-Z. 106 Dornbach ein Theil im Ausmaße von circa 46·77 m², Figur a' b' e' g' f' c' d' a', lastenfrei an die Gemeinde abgetreten wird und Offerent einen Pauschalbetrag von 500 fl. als Aufzahlung an die Gemeinde leistet.

Diese Grundtransaction wird unter folgenden Modalitäten abgeschlossen:

a) Der oberwähnte Betrag per 500 fl. ist binnen acht Tagen nach erfolgter Verständigung des Offerenten von der Annahme obiger Propositionen seitens des Gemeinderathes bar zu Handen der städtischen Hauptcassa zu erlegen.

b) Die Vertragsstempel und Legalisierungsgebüren tragen beide Contrahenten je zur Hälfte, die Übertragungsgebüren jeder Theil nach Maßgabe der von ihm zu erwerbenden Grundflächen.

c) Heinrich Glaser gestattet, dass bei Herstellung der Straße die Böschungen, insoweit dies erforderlich wird, auf der von ihm zu erwerbenden Grundfläche angeschüttet werden.

34. (3455.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Ich habe weiters die Ehre, zu referieren über den Antrag des Stadtrathes Zahl 99. Es handelt sich um die Bestimmung der Baulinie eines Theiles der Eroicagasse im XIX. Bezirke, das ist die frühere Beethovengasse. Infolge des Einschreitens des Eigenthümers des Hauses Or.-Nr. 7 in der Eroicagasse ist es nothwendig geworden, hier die Baulinie zu bestimmen. Diese Gasse ist eine Verbindungsstraße zwischen der Kahlenberger- und Grinzingerstraße und schneidet in ihrem Laufe die jetzige Hammerschmied- und Probusgasse und verläuft längs der St. Jakobskirche bis zur Grinzingerstraße. Es ist das ganze Project dieser Strecke dem Stadtrathe vorgelegen. Der Stadtrath hat jedoch für richtig gefunden, diese Baulinie in ihrer Gänze nicht zu bestimmen, weil einige Schwierigkeiten sich herausgestellt haben, insbesondere bei der Fixierung des Knies in der Linie g f c b; es hätte die ganze Realität angekauft und der ganze bestehende Weg aufgelassen werden müssen. Infolgedessen war der Stadtrath der Überzeugung, dass diesbezüglich weitere Studien von unserem Bureau zu machen sind, und hat sich beschränkt auf die Bestimmung der Baulinie, soweit sie nothwendig ist, um die Baulinie für die Realität Nr. 7 zu bestimmen, welche einer weiteren Fortsetzung gar nicht präjudiciert.

Der eine Theil der Eroicagasse, von Kahlenbergerstraße bis Nr. 11, ist bereits in früherer Zeit vom Ministerium bestimmt worden. Diese Straße hat eine Breite von 15·17 m, das ist 8°. Es ist kein Grund vorhanden, diese Linie, welche seinerzeit bestimmt wurde, abzuändern. Im Anschlusse an diese Linie stellt sich die Linie A B' einerseits und die Linie E E' andererseits, welche ebenfalls eine Breite von 18 m hat und nunmehr vom Gemeinderathe bestimmt werden soll. Das ist derjenige Theil, der zur Bestimmung der Baulinie längs der Realität Nr. 7 nothwendig ist. Ich ersuche um die Annahme des Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? Wenn dies nicht der Fall ist (Niemand meldet sich), bitte ich jene Herren, welche mit den Anträgen des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Anträge sind angenommen.

Beschluss: 1. Die ministeriell bestimmte Baulinie und Straßenbreite 15·17 m für die Eroicagasse (früher Beethovengasse) zwischen der Kahlenbergstraße und dem Hause Nr. 7 wird aufrecht erhalten.

2. Für die Fortsetzung der Eroicagasse von Nr. 7, beziehungsweise Nr. 6 werden vorläufig nur die Linien A B' und E E' mit 15·17 m Straßenbreite neu bestimmt.

3. Das Niveau in der Eroicagasse an der Kreuzung mit der Hammerschmidtgasse wird beibehalten.

4. Die Verbauung hat in geschlossenen Fronten und mit Rücksicht auf die theilweise bestehenden neuen Häuser ohne Vorgärten zu erfolgen und dürfen die zu erbauenden Häuser außer einem Parterre nur noch zwei Stockwerke enthalten. Ein allfälliges Mezzanin ist als Stockwerk zu rechnen.

5. Für die Baulinienbestimmung südlich der Buchstaben B' E' ist eine neue Studie vorzulegen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte Herrn Collegen Stiaßny zum Referate.

35. (2752.) **Referent Gem.-Rath Stiaßny:** Das Referat betrifft die Ertheilung der Baubewilligung für die Aufsetzung eines Stockwerkes auf den Turnsaaltract der Schule im IV. Bezirke, Starhemberggasse 8. Für die Zwecke dieses Schulbaues sind in das Präliminare für 1895, und zwar unter Rubrik XII 12 d 11.000 fl. eingestellt worden. Nach dem vorgelegten Kostenvoranschlage wird im ganzen der Betrag von 12.660 fl. 45 kr. für die genannten Zubauten und Adaptierungen erforderlich sein, jedoch wird mit dem für 1895 präliminierten Betrage jedenfalls das Auslangen gefunden werden. Ich habe die Ehre, namens des Stadtrathes zu bitten, der geehrte Gemeinderath wolle im Sinne des § 105, Alinea 3, Punkt 4 der Bauordnung für Wien die Bewilligung zur Ausführung dieses Baues ertheilen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? Wenn dies nicht der Fall ist (Niemand meldet sich), schreiten wir zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche mit den Anträgen des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Für die Aufsetzung eines Stockwerkes auf den Turnsaaltract der Schule IV., Starhemberggasse 8, wird der Bauconsens ertheilt.

36. (257.) **Referent Gem.-Rath Stiaßny:** Der geehrte Gemeinderath hat am 5. October 1894 das Project zur Herstellung einer Doppel-Bürgerschule in der Neubergengasse im XIII. Bezirke um den Kostenbetrag von 273.000 fl. genehmigt. Nunmehr wurde aber das Detailproject ausgearbeitet, und zwar im Sinne der damaligen Gemeinderaths-Beschlüsse, und ich bin in der angenehmen Lage, mittheilen zu können, dass voraussichtlich die Durchführung dieses Baues um ein bedeutendes weniger, nämlich nur 230.000 fl. kosten wird.

Diese Doppel-Bürgerschule wird enthalten: 4 Wohnungen für die Bürgerschul-Directoren, beziehungsweise Schuldiener, 2 Turnsäle, 20 Lehrzimmer, 4 Conferenzzimmer, 8 Lehrmittel- und Modellzimmer und endlich 4 Zeichensäle. Ich habe nun die Ehre, ebenfalls im Sinne des § 105 der Bauordnung für Wien zu bitten, der geehrte Gemeinderath möge die Bewilligung zur Ausführung des Baues ertheilen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht jemand das Wort? (Gem.-Rath Dr. Klotzberg meldet sich.) Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg!

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Es ist ja selbstverständlich, dass wir zustimmen, nachdem der Herr Referent ausführlich gesagt hat, was alles in diesem Schulgebäude, welches heute mit einem Kostenaufwande von 230.000 fl. errichtet werden soll, enthalten ist. Es interessiert mich aber in erster Linie, welche Art von Heizung in dieser Schule angebracht werden soll, ob man vielleicht neuerdings wieder plant — ich weiß ja nicht, welcher Geist jetzt im Rathhause herrscht — die Luftheizung einzuführen, oder ob man ein neues Project hat, mit dem ich mich absolut nicht einverstanden erklären kann, nämlich die sogenannte Niederdruck-Heißluftheizung. Wenn überhaupt von einer Centralheizung die Rede ist, kann es nur eine Wasserheizung oder eine Niederdruck-Dampfheizung mit localen Heizkörpern sein. Sämmtliche Herren werden wohl den Specialbericht unseres Heizinspectors bekommen haben; er sagt in demselben, dass in den deutschen Städten in allen neuen Schulen die Niederdruck-Dampfheizung mit localen Heizkörpern, und zwar fast ausschließlich mit localen Heizkörpern eingeführt wird. Ich möchte also bitten, dass im vorliegenden Falle auch dieses System eingeführt werde.

Das ist mein Antrag.

Referent: Ich bin in der angenehmen Lage, die Anfrage des geehrten Herrn Vorredners dahin beantworten zu können, erstlich, dass im Projecte eine Niederdruck-Dampfheizung vorgesehen ist, und zweitens, dass ich, wie ich bereits wiederholt im Gemeinderathe zu äußern die Ehre hatte, mich in vollkommener Übereinstimmung mit der Anschauung des geehrten Herrn Vorredners über die Zweckmäßigkeit dieser Heizungsmethode befinde.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Jedlička!

Gem.-Rath Jedlička: Ich möchte mir erlauben, an den Herrn Referenten die Frage zu stellen, zu was in einer Doppelschule vier Conferenzzimmer nothwendig sind? Conferieren da alle immer zugleich, oder kann es auch möglich sein, dass sie nacheinander conferieren? Ich glaube, für jede einzelne Schule wird auch nur ein Conferenzzimmer genügen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Der Herr Referent!

Referent: Ich bitte um Entschuldigung; ich habe von vier Conferenzzimmern gesprochen. Es sind darin die Aufnahms- und Conferenzzimmer zusammengefasst; es sind somit vier Aufnahms- und Conferenzzimmer geplant. Vielleicht ist der geehrte Herr College durch diese Aufklärung zufriedengestellt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Brauneiß!

Gem.-Rath Brauneiß: Meine Herren! Ich habe gegen das Project nichts einzuwenden, jedoch habe ich gehört, dass in dieser Doppel-Bürgerschule vier Wohnungen gemacht werden sollen. Zu welchem Zwecke kommen diese vier Wohnungen in diese Doppelschule hinein?

Referent: Es sind zwei Bürgerschuldirectoren und zwei Schuldiener; ich glaube, es ziemlich deutlich gesagt zu haben, dass hier eine Doppel-Bürgerschule, eine Knaben-Bürgerschule und eine Mädchen-Bürgerschule projectiert ist. In jeder dieser zwei Schulen müssen sich naturgemäß zwei Wohnungen befinden, eine für den Bürgerschuldirector und eine für den Schuldiener.

Gem.-Rath Brauneiß (fortfahrend): Es ist nicht ganz richtig, wenn in die Schule die Wohnungen hineinkommen. Es ist wohl schon öfter hier im Gemeinderathe Stellung genommen worden, dass man keine Wohnungen mehr für die Schulleiter haben soll, weil bei uns zum Beispiel in Rudolfsheim vorgekommen ist, dass die Kinder des Oberlehrers erkrankt sind und die Kinder zwei Monate keine Schule gehabt haben. Es ist weiters jetzt wieder der Fall, dass der Oberlehrer aus der Doppelschule in der Stättermeyergasse in Rudolfsheim ausziehen muss, damit seine Wohnung zu Lehrzimmern verwendet werden kann.

Es wurde von mir und vom Herrn Collegen Röhrl der Antrag auf Erbauung einer Schule im oberen Theile des XIV. Bezirkes eingebracht, und ich sehe jetzt, nachdem die Oberlehrerwohnung hergenommen wird, dass der Bau dieser Schule sehr nothwendig ist. Ich meine nun, wenn zwei Wohnungen hinkommen, muss man sie am Ende wieder zu Lehrzimmern adaptieren, weil die Schule viel zu klein wird. Es wird dort sehr viel gebaut, die Verbauung geht immer weiter hinaus. Ich glaube, man soll lieber diese Räumlichkeiten als Lehrzimmer verwenden, und die Bürgerschuldirectoren sollen sich in der Nähe Wohnung nehmen, ich glaube, dass das viel besser ist. Wie gesagt, ich habe gegen das Project nichts, ich wäre aber dafür, dass man nur für die Schuldiener, nicht aber für die Directoren Wohnungen in dieser Doppel-Bürgerschule errichtet.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich muss mir erlauben, eine Anfrage an den Herrn Referenten zu richten. Dreht es sich bei diesem Referate bloß um die Ertheilung des Bauconsenses oder auch um die Genehmigung des Detailprojectes?

Referent: Ausschließlich um die Ertheilung des Bauconsenses nach § 105, Alinea 3, Punkt 4 der Bauordnung.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Es ist also das Detailproject schon genehmigt?

Referent: Am 5. October 1894 hat es der Gemeinderath genehmigt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich wollte dies nur auf diese Weise zur Kenntnis der Versammlung bringen. Das Wort hat Herr Gem.-Rath Hawranek.

Gem.-Rath Hawranek: Dann habe ich nichts dreinzureden.

Referent: Ich habe nur kurz zu bemerken, dass ich die geehrten Herren bitten würde, in diesem Augenblicke an dem Bauprogramme keine Änderung vorzunehmen. Die Neubergengasse wird dem geehrten Herrn Vorredner bekannt sein; sie befindet sich in diesem Augenblicke allerdings in centraler, aber in sehr isolierter Lage, es ist fast in der ganzen Gegend kein ordentliches Miethaus zu finden. Die Bürgerschuldirectoren werden in dem Gebäude selbst gegenwärtig am zweckmäßigsten untergebracht sein. Ich bitte, zu berücksichtigen, dass es sich nicht empfiehlt, ein so großes und ausgedehntes Gebäude mit wertvoller innerer Einrichtung ganz ohne Aufsicht zu lassen; wenn der Schuldiener weggeht, muss jemand zur Bewachung da sein. Ich bitte, an dem Bauprogramme nichts zu ändern, das Project, das Sie bereits einmal genehmigt haben, in der vorliegenden Form gutzuheißen und die Baubewilligung zu ertheilen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich glaube, Herr College Brauneiß hat einen Antrag nicht gestellt? (Gem.-Rath Brauneiß: Nein!) Es liegt nun der Antrag Dr. Klotzberg vor, dass in dieser Schule die Niederdruck-Dampfheizung mit localen Heizkörpern eingeführt werden soll. Es liegt weiters der Antrag des Herrn Referenten auf Ertheilung des Bauconsenses vor.

Ich werde zuerst über den Antrag des Herrn Collegen Dr. Klotzberg abstimmen lassen, bemerke aber, dass, wenn derselbe angenommen wird, ich über den Antrag des Herrn Referenten nicht mehr abstimmen lassen kann, weil dann nicht mehr der Bauconsens ertheilt werden kann.

Gem.-Rath Dr. Grübl: Ich habe früher etwas überhört. Ich glaube, der Herr Referent hat Auskunft über die Anfrage des Herrn Dr. Klotzberg gegeben in Betreff der Niederdruck-Dampfheizung . . . (Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte, der Herr Referent hat gesagt, es ist die Niederdruck-Dampfheizung enthalten. Herr Dr. Klotzberg legt aber nicht das Gewicht auf die Niederdruck-Dampfheizung, sondern er legt ein besonderes Gewicht auf die localen Heizkörper, und er hat mich ausdrücklich aufgefordert, ich möge über seinen Antrag abstimmen lassen. Ich komme dieser Aufforderung nach und werde jetzt zur Abstimmung über diesen Antrag schreiten.

Herr Gem.-Rath Ritt. v. Neumann!

Gem.-Rath Ritt. v. Neumann: Meiner Ansicht nach kann über den Bauconsens abgestimmt werden; ob eine Niederdruck-Dampfheizung angebracht wird, wie Herr Dr. Klotzberg haben will, oder ob die Heizung mit Luftkammern ausgeführt wird, das ist eine bauliche Einrichtung, die mit dem Bauconsense nichts zu thun hat. Es geht ganz gut, den Bauconsens zu ertheilen und die aufgeworfene Frage hinsichtlich der Heizanlage dem Stadtrathe zuzuweisen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich wollte soeben diesen Ausweg vorschlagen.

Herr College Dr. Klotzberg!

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich bin für die Zuweisung meines Antrages an den Stadtrath, weil das Stadtbauamt unter Niederdruck-Dampfheizung mit localen Heizkörpern etwas anderes versteht, als ich und College Neumann.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Aber Herr Gem.-Rath Klotzberg sind einverstanden, dass über den Antrag des Stadtrathes abgestimmt wird, weil ich sonst Ihren Antrag als Gegen-Antrag ansehen müsste.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Jawohl!

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Wie ich sehe, ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche einverstanden sind, dass der Antrag Klotzberg dem Stadtrathe zugewiesen werde, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ebenfalls angenommen.

Beschluss: Für den Bau einer Doppel-Bürgerschule im XIII. Bezirke, Neubergenstraße, wird der Bauconsens ertheilt.

37. (1847.) **Referent Gem.-Rath Stiaßny:** Beilage 92. Hier handelt es sich um den Ankauf der dem Johann Gschwandner und Consorten gehörigen Parcelle 425/19, Einl.-Z. 1283 Währing, zur Arrondierung der städtischen Parcelle 427/1, Einl.-Z. 1274, XVIII. Bezirk.

Die Gemeinde Wien besitzt die Parcelle 427/1 in Währing, an der Theresiengasse, Antonigasse, äußere Gürtelstraße und Klettenhofergasse gelegen. Diese Parcelle enthält das Reservoir der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung, welches sich bekanntlich nicht mehr im Gebrauche befindet.

Es handelt sich nun im vorliegenden Falle darum, dass wir die Baulinie sowohl gegen die Klettenhofergasse als gegen die Theresiengasse gewinnen sollen. Wenn nun dies angestrebt wird, sind wir darauf angewiesen, eine Grundparcelle zu erwerben, welche dem Herrn Johann Gschwandner und Consorten gehört, und zwar eine Grundparcelle, welche eigentlich aus zwei Theilen besteht, einem Arrondierungsstücke im Ausmaße von 25 m², mit den Buchstaben C F E bezeichnet, welches als reiner Baugrund zu betrachten ist, und einem Straßengrunde im Ausmaße von 168·72 m², gegen die Klettenhofergasse gelegen, welchen die Gemeinde erwerben muss, weil dieser Straßengrund gegenwärtig im Besitze der genannten Eigenthümer sich befindet. Eine Bewertung, welche vorgenommen wurde, hat folgendes Resultat ergeben. Das Stadtbauamt bewertet den Quadratmeter mit 25 fl. für das Arrondierungsstück, fügt aber hinzu, dass der eigentliche Arrondierungswert wohl das Dreifache des genannten Betrages sein könnte.

Die Forderung des Herrn Gschwandner war nun ursprünglich 25 m² à 25 fl., das sind 625 fl., 168·77 m² à 9 fl. 33 kr., das sind 1675 fl., zusammen 2300 fl. Infolge der Verhandlungen, welche mit ihm geführt worden sind, hat Herr Gschwandner den Preis auf 2000 fl. herabgesetzt. Wenn man den Wert des Arrondierungsstückes mit 30 fl. per Quadratmeter annimmt, was wohl als ein sehr mäßiger bezeichnet werden kann, entfallen 750 fl. auf das Arrondierungsstück, 1250 fl. auf den Straßengrund, was einem Einheitspreise von 7 fl. 40 kr. gleichkommt. Der Preis ist mäßig, und ich habe die Ehre, namens des Stadtrathes folgenden Antrag vorzulegen (liest):

„Es sei der Ankauf der bezeichneten Grundfläche im Ausmaße von 193·77 m² — im Plane mit H I K E F G H umschrieben — um den Pauschalbetrag von 2000 fl. zu genehmigen.

Die Vertragskosten, die Übertragungsgebüren und die Kosten der grundbücherlichen Durchführung hat die Gemeinde zu tragen."

Ich bitte um Genehmigung dieses Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich jene Herren, welche mit dem Stadtraths-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. — Angenommen.

Beschluss: Der Ankauf der Grundfläche Parc. 425/19, Einl.-Z. 1283 Währing, im Ausmaße von 193·77 m² — im Plane mit H I K E F G H umschrieben — um den Pauschalbetrag von 2000 fl. wird genehmigt.

Die Vertragskosten, die Übertragungsgebüren und die Kosten der grundbücherlichen Durchführung hat die Gemeinde zu tragen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Bitte, Herr College Rückauf!

38. (2925.) **Referent Gem.-Rath Rückauf:** Ich habe über einige Subventionsgesuche zu referieren, und zwar vorerst zur Nr. 2925 der gedruckten Tagesordnung.

Der Rudolfsheimer Kindergartenverein bittet um eine Subvention. Der Verein existiert seit 1890 und wurde im ersten Jahre von der Gemeinde Rudolfsheim ausgiebigst unterstützt. Seit der Vereinigung mit Wien hat die Gemeinde Wien eine jährliche Subvention von 500 fl. bewilligt. Mit Rücksicht darauf, als Rudolfsheim sehr viele arme Kinder hat und dort 120 Kinder untergebracht sind, und der Verein eine Einnahme von 700 fl. hat, dagegen Auslagen von 1400 fl., bittet derselbe im Einvernehmen mit der Bezirksvorstehung, ihm 700 fl. für dieses Jahr

zu bewilligen. Mit Rücksicht darauf, als andere derartige Vereine nur 500 fl. bekommen, beantragt der Stadtrath, auch diesem Vereine 500 fl. und ausnahmsweise einen einmaligen Zuschuss von 100 fl. zu bewilligen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht jemand das Wort? — Herr College Professor Dr. Pommer!

Gem.-Rath Dr. Pommer: Ich möchte mir nur eine Anfrage erlauben. Es kommen mehrere derartige Subventionen für Kindergärten vor. Ich habe mich in der kurzen Zeit, der ich erst dem Gemeinderathe angehöre, nicht informieren können, wie es mit den Kindergärten bestellt ist, ob die Anstalten nur den Namen eines Kindergartens haben, oder ob diese Anstalten wirklich freie Plätze für die Unterbringung der Kinder besitzen?

Wenn wir derartige Subventionen beschließen, bin ich vollständig einverstanden, aber nur dann, wenn wirklich dafür gesorgt wird, dass gewisse Spiele und Beschäftigungen der Kinder im Freien vorgenommen werden.

Referent: Da kann ich genau Auskunft geben. In diesem Kindergarten ist Alles vereinigt; er ist von neuerer Gattung, es ist dort ein Garten, wo im Freien die Kinder zum Spiele und zur Vorbereitung für die Schule angehalten werden. Es sind meist Kinder armer Leute dort; die Einnahme von jenen Kindern, die bezahlen, beträgt nur 250 fl., ebensoviel die Mitgliederbeiträge und 200 fl. Subvention, die Einnahmen sind also 700 fl., die Auslagen dagegen 1400 fl. Darum stellt der Stadtrath den Antrag, 500 fl. Subvention und 100 fl. für das Jahr 1894 extra zu bewilligen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht noch einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, bitte ich die Herren, welche mit dem Stadtraths-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht) Angenommen.

Beschluss: Dem Kindergartenvereine in Rudolfsheim wird eine Subvention von 500 fl. und eine einmalige Spende von 100 fl. pro 1894 bewilligt.

39. (3656.) **Referent Gem.-Rath Rückauf:** Der Antrag des Stadtrathes lautet (liest):

„Es sei der Ankauf:

1. der Realität Or.-Nr. 28 Arnethgasse, XVI. Bezirk, des Franz Kitzler im Ausmaße von 1557 m² um den Pauschalpreis von 29.680 fl.,

2. der Baustellen Einl.-Z. 1675, Parcellen 957/37, 1710/5 und 1710/6, und Einl.-Z. 1676, Parcellen 957/38 und 1710/4, im Ausmaße von circa 112 □° um den Preis von 53 fl. per Quadratklafter, das ist zusammen circa 5936 fl.

unter den übrigen vom Magistrate beantragten Bedingungen zu genehmigen."

Ich erlaube mir noch einige Bemerkungen hiezu zu machen. (Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Referent (fortfahrend): Bisher hatte der XVI. Bezirk einen sogenannten Materiallagerplatz, in dem die Requisiten ꝛc. vom Kirchenbauvereine untergebracht wurden. Nachdem aber der Pfarrhofbau in Angriff genommen wird, dürfte in einem Jahre dieser Platz nicht mehr zur Verfügung stehen und daher wurde die Bezirksvertretung beauftragt, sich um einen Materiallagerplatz umzusehen. Da wurden die Gründe auf dem ehemaligen Gansterteiche, die einem gewissen Palm gehören, zur Pachtung in Aussicht genommen. Nun müssten auf diesen gepachteten Gründen Baulichkeiten aufgeführt werden, welche nur aus Riegelwänden beständen, die aber dann selbstverständlich während der Pachtdauer in drei bis sechs Jahren amortisiert werden müssten. Denn wenn wir den Grund dann nicht mehr pachten können, wären auch die Gebäude nicht mehr zu verwenden. Der Bezirksvorsteher, mit dem ich mich einigemale in Contact gesetzt und den ich gesprochen habe, hat mich gebeten, man möge von der Pachtung eines Grundes Umgang nehmen und ein passendes Haus, Nr. 28 Arnethgasse, das dem Franz Kitzler gehört, ankaufen. Dieses Haus hat außerdem, dass es 1580 fl. Bruttozins trägt, noch das Angenehme, dass dort ein Brunnen ist, der mit einem Motor von vier Pferdekräften betrieben wird. Dieser Motor ist neu, er wurde erst im Vorjahre gesetzt und hat 1100 fl. gekostet. Würde das Wasser zu den gewöhnlichen Kosten berechnet, so würde dies 540 fl. im Jahre ergeben. Es würde also dieses Haus, außerdem, dass wir den rückwärtigen Platz als Materiallagerplatz benützen können, noch über 1500 fl., ja 1600 fl. Erträgnis liefern, was einer 5percentigen Verzinsung eines Capitales von 32.000 fl. gleichkäme.

Der Eigenthümer hat ursprünglich vom Bezirksvorsteher 35.000 fl. gefordert und dann seine Forderung dem Magistrate gegenüber auf 32.000 fl. ermäßigt. Es wurde dann ein Comité gewählt, dem es gelang — insbesondere dem betreffenden Herrn Rathe — die Summe auf die Schätzungssumme des Bauamtes, das ist 29.680 fl., herabzubringen.

Ich glaube, mit Rücksicht auf das Ausmaß und darauf, dass ein Gebäude dort steht, das wir verwenden können und das ein Zinserträgnis hat, in weiterer Rücksicht, dass ein Brunnen dort ist mit einem Motor, der genügend Wasser gibt, dass das Haus mitten im Bezirke ist und dort auch die Leute ausbezahlt werden können, die heute neben der Schule ausbezahlt werden müssen — im Winter sind über 1000 Leute dort, die bei der Schneesäuberung beschäftigt sind, und es ist auch nicht angenehm, dass diese Auszahlung in nächster Nähe der Schule stattfindet, also mit Rücksicht auf diese verschiedenen Umstände glaubte der Stadtrath, dass dies ein sehr gutes Geschäft sei, welches die Gemeinde macht, und wird also beantragt, diese Realität anzukaufen.

In Verbindung damit steht aber die angrenzende rückwärtige Realität und dadurch bekommen wir auch eine Gassenfront in der Degengasse von Danzinger, die 5926 fl. oder 43 fl. per Quadratmeter kostet. Ich bitte Sie also, die Anträge des Stadtrathes gütigst anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Maresch hat das Wort. (Rufe: Aber! Verzichten!)

Ich bitte, Herr Gem.-Rath Maresch hat das Wort; wenn er sprechen will, ist ihm das selbstverständlich gestattet.

Gem.-Rath Maresch: Ich kann nichts anderes sagen, als was der Herr Referent bereits gesagt hat; er hat es genügend begründet und ich empfehle Ihnen, seinen Antrag anzunehmen. Die Commune macht ein sehr gutes Geschäft und sie bekommt zwei Gassenfronten, der Quadratmeter kommt auf höchstens 18 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Hauke hat das Wort.

Gem.-Rath Hauke: Die bekannte Wassernoth im Bezirke hat mich bestimmt, die Realität genau zu besichtigen. Ich habe mich sogar mit der Wassermessung befasst und ich kann den Herren versichern, dass hier die Commune nicht allein an der Realität,

sondern sogar an dem Brunnen allein ein gutes Geschäft machen würde, nachdem hier das Schöpfwerk bereits zu communalen Zwecken hergerichtet ist, ein doppeltes Pumpwerk hat und der Wasserstand am Sonntag 4 m betragen hat. Also abgesehen davon, dass die Grundfläche eine bedeutende ist, und wenn man den Localpreis der letzten Wochen betrachtet, wo Herr Fernauer zwei Bauplätze, die Klafter zu 50 fl. gezahlt hat ...

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger (unterbrechend): Darf ich bitten, Herr Collega! Ich will Sie in der Redefreiheit gewiss nicht einschränken, aber ich mache darauf aufmerksam, dass es nicht gut ist, solche Gegenstände öffentlich zu sagen. (Rufe: So ist es!) Ich würde bitten, diese Betrachtungen vielleicht zu beendigen.

Gem.-Rath Hauke (fortfahrend): Ich kann den Herren nur auf das wärmste den Ankauf der Realität empfehlen, nachdem sie sehr preiswürdig ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht noch jemand das Wort? Der Herr Referent? (Referent verzichtet.) Wir schreiten zur Abstimmung. Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Einstimmig angenommen.

Beschluss: 1. Der Ankauf der Realität Or.-Nr. 28 Arnethgasse, XVI. Bezirk, des Franz Kitzler im Ausmaße von 1557 m² um den Pauschalpreis von 29.680 fl., 2. der Baustellen Einl.-Z. 1675, Parcellen 957/37, 1710/5 und 1710/6, und Einl.-Z. 1676, Parcellen 957/38 und 1710/4, im Ausmaße von circa 112 □° um den Preis von 53 fl. per Quadratklafter, das ist zusammen circa 5936 fl., wird unter den übrigen vom Magistrate beantragten Bedingungen genehmigt.

40. (3416.) **Referent Gem.-Rath Rückauf:** Der Geflügelzuchtverein bittet um eine Subvention, eventuell um einen Ehrenpreis. Dieser Verein hält seine XIX. Ausstellung ab. Er erhielt in früheren Jahren 100 fl., im Jahre 1894 20 Ducaten, und in diesem Jahre beantragt der Stadtrath 200 K in Gold, das ist ungefähr ebensoviel wie 20 Ducaten, und zwar als untheilbaren Ehrenpreis der Stadt Wien.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Meine Herren! Ich kenne die Verhältnisse im Geflügelzuchtvereine von früher, und bin nicht dafür, dass man einen so großen Preis als Einheitspreis gibt. Ich möchte beantragen, dass mindestens zwei Preise gegeben werden, dass der Preis in zwei Theile getheilt werde, denn einem so großen Preise für einen Einzelnen kann ich nicht zustimmen. Es entspricht den Verhältnissen nicht. Wir haben es hier nur mit Geflügel zu thun. Es gibt verschiedene Au steller, die wirklich gute Sachen ausstellen. Sie wissen, wie schwer es für eine Jury ist, da einen als Besten herauszubringen. Es gibt zu verschiedenen Klagen Anlass, und damit große Klagen nicht stattfinden können, beantrage ich, den Preis in zwei Theilen zu geben.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Gfrorner!

Gem.Rath Gfrorner: Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Herren gleich auf etwas aufmerksam machen, was von großer Wichtigkeit ist. Wie Sie wissen, bin ich Mitglied der Approvisionierungs-Commission. Als solches habe ich ein sehr reges Interesse, mich über alle Artikel zu erkundigen, die für die Approvisionierung Wiens überhaupt nothwendig sind. Ich habe mir bald die Überzeugung verschafft, dass ein besonders wichtiger Artikel in dieser Richtung Eier und Geflügel sind. In dieser Sache geschieht aber bei uns soviel wie gar nichts. Die Regierung thut gar nichts, die Gemeinde auch nichts, trotzdem sie ein Interesse daran hat, dass die Stadt mit gutem, schmackhaftem Geflügel und schönen Eiern versorgt werde. Es wird aber alles in dieser Richtung den Privaten überlassen, die hiefür schon Vermögen geopfert haben. Wissen Sie, was die Ungarn da thun? Im Jahre 1892 hat sich in Ungarn ein Geflügelzuchtverein gebildet. Der Staat hat sofort eine Subvention von 500 fl. gegeben, im Jahre 1893 1200 fl. und im vorigen Jahre bereits 12.000 fl. Heuer aber ist in das Budget schon eine Subvention von 24.000 fl. eingestellt. Der Director ist von der Regierung auf drei Monate fortgeschickt und mit bedeutenden Geldmitteln, darunter 15.000 fl. zum Ankaufe von Stämmen, ausgestattet worden, von welchen man gefunden hat, dass sie eine Nothwendigkeit sind. Der Director, der an der Spitze des Vereines steht, nimmt von ganzen Bauerndörfern, ja Comitaten sämmtliche Hühner und Hähne weg und gibt ihnen Zuchthühner und Hähne, damit sie eine ordentliche Zucht bekommen. Es ist auch Thatsache, dass sie heuer 37 Percent guter Qualität aufzuweisen haben.

Bei uns geschieht in der Richtung gar nichts. Bei uns gibt man den Herren im Gnadenwege 200 K, damit es mehr aussieht, in Wirklichkeit sind es nur 100 fl. Daraus soll man zwei oder drei Preise machen, und die Herren, die alljährlich solche Opfer bringen, werden mit Preisen von 15 oder 20 fl. betheilt! Das kann nicht dazu beitragen, die Leute in hervorragender Weise anzuspornen. Bisher haben sie vom Landtage 200 fl. bekommen, vom Staate gar nichts.

Ich möchte mir daher, nachdem es im eminentesten Interesse der Staot Wien gelegen ist, die Geflügelzucht zu heben, erlauben, einen Antrag zu stellen.

Ich erlaube mir noch darauf aufmerksam zu machen, dass die Ausfuhr Österreichs, wie constatiert und nachgewiesen ist, im Jahre 1893 für Rinder, Schafe, Schweine und Pferde zusammen kaum 24 Millionen Gulden beträgt, während die Ausfuhr von Eiern und Geflügel überhaupt 38 Millionen ausgemacht hat. Rechnet man dazu nun Flaumen und Bettfedern, so sind im ganzen 53 Millionen dafür eingegangen. Sie sehen also, dass es außerordentlich nothwendig ist, etwas, wenn es auch kleinlich erscheinen mag, in dieser Sache zu thun. Es soll einmal thatsächlich der Tag kommen, wo jeder Arbeiter am Sonntag sein Huhn im Topfe haben wird. Ich möchte mir deshalb den Antrag zu stellen erlauben, dass wir dem Geflügelzuchtvereine eine Subvention von 300 fl. — ich will sehr bescheiden sein — bewilligen. Dabei lässt es sich gleich in einem machen, dass der Betrag von 300 fl. auf 400 fl. erhöht werde, nämlich 100 fl. als Ehrenpreis der Gemeinde Wien und 300 fl. als Subvention. Ich bitte um die Annahme meines Antrages, welcher eine nützliche und würdige Sache betrifft.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich bitten. Habe ich den Herrn Redner richtig verstanden? Er beantragt 400 fl., 100 fl. als Ehrenpreis und 300 fl. als Subvention? (Gem.-Rath Gfrorner: Ja!)

Herr College Hawranek hat das Wort.

Gem.-Rath Hawranek: Ich werde nicht so weit gehen, sondern ich beantrage, dass wir gar keine Subvention für diesen Verein geben. Ich bin überhaupt principiell ein Gegner von Subventionen für alle Vereine. Die Vereine sollen sich erhalten wie

sie wollen (Heiterkeit), wir müssen anfangen, zu sparen, so geht es nicht, dass wir fortwährend Geld ausgeben. Was die Prämie anbelangt, so habe ich nichts dreinzureden, aber Subventionen müssen sich jetzt aufhören. Ich stimme nicht dafür.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Gregorig hat das Wort.

Gem.-Rath Gregorig: Für eine Subvention habe ich mich auch nicht erklärt, sondern mein Antrag geht dahin, dass wir zu der Ausstellung, die der Verein veranstaltet, Preise geben, und ich werde mir erlauben den geehrten Herren den Antrag zu stellen, wie wir sie vertheilen sollen, und zwar 50 K für österreichische Hühner, 50 K für Langshan, das sind Hühner, weiter 50 K für Enten und noch 50 K für Gänse; das sind 200 K, wie ursprünglich beantragt war, und nur zu dem Zwecke, dass alle Culturen berücksichtigt sind. Es ist gewiss von großem Werte, dass Verschiedene die Preise bekommen. Es wird in jedem einzelnen Artikel Vorzügliches ausgestellt und ich möchte doch haben, dass mehrere an dem Geschenke der Stadt Wien theilnehmen können, als dass möglicherweise einem einzigen, vielleicht einem Protectionskinde, ein so großer Preis zugewendet werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Steiner!

Gem.-Rath Steiner: Ich freue mich, dass durch meine in der Budgetdebatte gegebene Anregung, dass derartige Gegenstände nicht im Stadtrathe, sondern im Plenum des Gemeinderathes referiert werden müssen, auch thatsächlich nach dem Gesetze hier referiert wird. (Rufe rechts: Es ist immer so gewesen!) Nein, ich habe mir erlaubt, gelegentlich des Rechnungsabschlusses pro 1894 an der Hand der Tabelle nachzuweisen, dass derlei Subventionen früher ex Stadtrath gegangen sind (Widerspruch rechts.)

Gegenüber den Ausführungen des Herrn Collegen Gfrorner erlaube ich mir einiges zu bemerken, obwohl ich nicht die Ehre habe, Mitglied der Approvisionierungs-Commission zu sein. Er war der Meinung, dass, wenn derartige Subventionen bewilligt werden, die Hebung der Geflügelzucht, welche einen Einfluss auf die Approvisionierung von Wien hat, wesentlich gefördert werden könnte. Ich erlaube mir, dem Herrn Collegen Gfrorner zu erwidern, dass, wenn die Stadt Wien auf die in Wien gezogenen Producte einerseits oder auf das in Niederösterreich gezogene Geflügel andererseits angewiesen wäre, Sie ganz gewiss ein Stück Huhn mit 5 fl. und ein Ei mit 20 kr. bezahlen müssten.

Ich erlaube mir den Herrn Collegen Gfrorner aufmerksam zu machen, dass die Eier, welche jetzt in Wien consumiert werden, größtentheils aus Ungarn und Russland und zum großen Theile aus Untersteiermark stammen.

Ich glaube, meine Herren, dass man mit der Subventionierung solcher Ausstellungen Einhalt thun soll. Wir haben mit der Mastviehausstellung die bösesten Erfahrungen gemacht. Es sind die größten Cavaliere mit ihrem Vieh zu der Ausstellung nach Wien gekommen, haben sich die größten Preise geholt und senden jetzt jahraus jahrein ihr Vieh in die Schweiz oder nach Deutschland. Sie holen sich die höchsten Preise in Wien und verschwinden dann. Wenn jemand zum Vergnügen ein paar schöne Prachtexemplare ausländischer Race hat, so wird er sie dort exponieren und wird sich damit einen Preis holen; aber reine Züchter, die allerdings in Niederösterreich nicht zu finden sind, werden Sie auf dieser Ausstellung nicht vertreten finden.

Aus diesem principiellen Grunde, weil es eben weder im Interesse der Approvisionierung noch im Interesse der Gemeinde liegt, eine derartige Ausstellung zu unterstützen, stimme ich gegen die Anträge des Herrn Referenten.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Dr. Pommer!

Gem.-Rath Dr. Pommer: Ich muss wieder um eine kurze Aufklärung bitten. Zunächst möchte ich nun sehr gerne wissen, wie es mit diesem Geflügelzuchtvereine steht. Wir haben gerade früher von einem ungarischen Geflügelzuchtvereine gehört. Ist dies ein anderer Verein oder ist das derselbe? Es fällt mir eben auf, dass es hier heißt: „Erster österr.-ungar. Geflügelzuchtverein", und da möchte ich zunächst fragen: Was gibt denn Ungarn in dieser Beziehung her? Unterstützt es den Verein, oder nicht? Dann möchte ich mir eine zweite Anfrage zu stellen erlauben: ob sich nämlich der Verein hauptsächlich mit Luxus- oder mit Nutzgeflügel beschäftigt? Drittens möchte ich dem Bedenken Ausdruck geben: Wir sollen hier 200 K gewähren und bei der drei Zeilen unterhalb stehenden Post für den landwirtschaftlichen Bezirksverein nur 100 K.

Ich glaube, dass das nicht ganz parallel steht, und ich meine, dass, wenn wir für jenen nur 100 K beantragen, wir für diesen auch nur 100 K geben sollten.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg!

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Meine Herren! Ich werde bei solchen Angelegenheiten jedesmal für die Subventionierung, beziehungsweise für die Prämiierung stimmen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil dann die betreffenden Züchter angeregt werden, eine bessere Qualität heranzuziehen, und mit der besseren Qualität kommen auch die besseren Kreuzungen. Aus diesem Grunde, meine Herren, schlägt dann die Qualität die Quantität.

Sehen Sie, meine Herren, in Deutschland draußen pflegt jede kleine Stadt solche Ausstellungen zu subventionieren und mit Preisen zu versehen — und mit Fug und Recht, denn in vielen Fällen ist nicht nur bezüglich der Geflügel-, sondern auch bezüglich der Mastviehzucht draußen die Qualität eine weit bessere als die des Inlandes.

Aus diesem Grunde, meine Herren, und weil es Ehrensache der Stadt Wien ist, bitte ich Sie, dem Antrage des Herrn Referenten zuzustimmen und diese Prämiierung, diesen Preis, der — ich möchte fast sagen — der Würde der Stadt Wien und ihrer Größe nicht einmal entsprechend ist, dem Vereine angedeihen zu lassen. Ich bitte also um die Annahme des Referenten-Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Dr. Mittler zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Dr. Mittler (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage auf Schluss der Debatte einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist die Majorität. Angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gfrorner und Dr. Raimund Grübl.

Gem.-Rath Gfrorner: Ich habe mir schon früher erlaubt, zu bemerken, dass die ungarische Regierung außerordentlich viel für den ungarischen Geflügelzuchtverein thut; uns gibt sie allerdings nichts; wir haben auch nicht die Absicht, den ungarischen Geflügelzuchtverein zu unterstützen und ihm etwas zuzuweisen, sondern nur demjenigen, der hier ist. Hier steht ein Herr an der Spitze, der namhafte Opfer gebracht, der tausende von Gulden

hergegeben hat. Es ist ein Herr in Soos, das zwischen Vöslau und Baden liegt. Es sind auch Häuser und Leute dort, welche früher gewöhnliche Haushendeln gehabt haben. Dass ein solches kleines Hendel keine großen Eier legen kann, ist ganz natürlich. (Heiterkeit.) Um aber ordentliche Eier und ordentliche Hähne zu haben — denn aus den Eiern kommen doch die Hähne selbstverständlich — (Heiterkeit), muss man wenigstens schauen, dass man ordentliche Hähne hinbekommt. Dieser Herr hat den Bauern ihre Haushähne weggenommen und ihnen Langshan, Brahma und Hamburger Silberlach herausgegeben. Es ist doch ganz natürlich, dass zu den Leuten, welche solche Hähne draußen haben, die anderen Bauern der Umgebung kommen und fragen: Wo hast du die schönen Hähne her, ich möchte auch einen haben. Der gibt ihm einen, und die Hühner legen nun auch große Eier, welche ausgebrütet werden. (Heiterkeit.) Dann wird der Hahn abgestochen und in der Suppe gegessen, und in der Zukunft haben diese Leute auch ordentliche Hähne.

Es ist ganz klar, dass hier die Gemeinde wirklich ein Interesse daran hat, die Ausstellung zu unterstützen. Wir wollen ja für die Kühlanlagen, die wir uns machen lassen, 150.000 fl. und noch mehr Geld hinausschmeißen, und so schadet es gewiss auch nicht, wenn man einem solchen Vereine eine Unterstützung in der lumpigen Höhe von 300 fl. gibt.

Ich halte meinen Antrag aufrecht und erwarte von der Anständigkeit der Herren (Lebhafter Widerspruch), dass Sie meinem Antrage zustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Dr. Grübl!

Gem.-Rath Dr. Grübl: Ich möchte gegenüber einer Bemerkung von der anderen Seite in aller Kürze Folgendes constatieren.

Sogenannte Ehrenpreise sind früher nicht ins Plenum gekommen. Es ist aber dann davon die Rede gewesen, dass Ehrenpreise gewissermaßen als Subvention oder Unterstützungen anzusehen seien, obwohl wir Ehrenpreise Unternehmungen gegeben haben, welche eigentlich eine Unterstützung oder, wie es im § 52 heißt, Aushilfsbeiträge nicht von uns verlangt haben, sondern lediglich eine Bethätigung des Interesses, welches die Gemeinde für dieses Unternehmen an den Tag zu legen hätte, wie zum Beispiel bei dem Armee-Campagne-Reiten. Das war ein großes Unternehmen, an welchem sich die ganze Armee betheiligte, und man kann nicht sagen, dass das, was die Gemeinde gibt, ein Almosen oder ein Aushilfsbeitrag ist. Das waren sogenannte Ehrenpreise. Man hat gesagt, das falle nicht unter lit. q des § 52 und deshalb habe ich diese Gegenstände nicht ins Plenum genommen. Es ist aber schon längst von mir angeordnet worden, dass, um den § 52 anzuwenden, die Anträge dahin formuliert worden sind, eine Subvention zum Zwecke eines Preises zu gewähren. Von da an sind sämmtliche derlei Gegenstände in das Plenum gekommen. Dies zur Beruhigung.

Was den Gegenstand selbst betrifft, so möchte ich die Herren bitten, für den Referenten-Antrag zu stimmen. Solche Vereine legen den größten Wert nicht so sehr auf das Geld, als darauf, dass ihr Wirken vor dem Gemeinderathe Anerkennung findet. Es ist dies eine Anerkennung für die gemeinnützige Thätigkeit so vieler Leute, welche wirklich ihre ganze Zeit und Mühe für einen Gegenstand opfern. Nachdem es sich hier um einen höchst löblichen und ersprießlichen Zweck handelt, glaube ich, ist es unsere Pflicht, unsere Anerkennung auszusprechen, und das können wir nur in der Weise thun, dass wir für den Referenten-Antrag stimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Gregorig zur thatsächlichen Berichtigung!

Gem.-Rath Gregorig (zur thatsächlichen Berichtigung): Die Behauptung des Herrn Gem.-Rathes Gfrorner, das Hinausgeben der Zuchthähne sei von außerordentlichem Werte für die Geflügelzucht, ist richtig; theilweise hat das einen Wert. Aber es ist dasselbe Verhältnis, wie im niederösterreichischen Landtage. Man bekommt ein Zuchtschwein oder eine Kalbin oder einen Subventionsstier, wenn man sich die Gnade gewisser Herren zu verschaffen weiß ....

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger (unterbrechend): Das steht mit diesem Punkte nicht im geringsten Zusammenhange.

Gem.-Rath Gregorig: Wenn hier behauptet wird, der Hauptzweck sei die Verbreitung der Geflügelzucht, muss ich das aufklären; ich kenne die Verhältnisse.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Sie haben das Wort zu einer thatsächlichen Berichtigung. Ich muss Sie bitten, sich auf eine thatsächliche Berichtigung zu beschränken. Wir haben — ich glaube das mit Zuversicht aussprechen zu können — über Hühner schon genug gesprochen. (Heiterkeit.) Ich bitte, nur thatsächlich zu berichtigen.

Gem.-Rath Gregorig: Herr Gfrorner hat gesagt, wenn wir anständig sind, sollen wir dafür stimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Es ist mir mitgetheilt worden, dass Herr Gem.-Rath Gfrorner zum Schlusse an die Anständigkeit aller Mitglieder appelliert hat und von der Anständigkeit erwartet, dass Sie seinen Antrag zum Beschlusse erheben. Ich bin überzeugt, dass er nicht so weit geht, um alle diejenigen, welche gegen seine Anträge stimmen, für unanständig zu erklären. Es war ein lapsus linguae; solche Dinge nehme ich wenigstens nicht so schwer, um sofort rügend einzugreifen.

Referent (zum Schlusswortе): Auf die Anfrage des Herrn Gem.-Rathes Dr Pommer bemerke ich, dass es sich hier nicht um eine Subvention, sondern lediglich um einen Ehrenpreis für eine in Wien abzuhaltende Ausstellung handelt. Ich habe aus den Acten erfahren, dass, wenn zum Beispiel in Budapest eine Ausstellung stattfindet, von vielen Leuten Ducaten als Ehrenpreise gegeben werden. Den in Rede stehenden Verein unterstützt die Regierung mit 200 fl. und der Landesausschuss ebenfalls mit 200 fl.

Ich bitte, meinen Antrag gütigst anzunehmen. Eine Theilung kann ich nicht befürworten, der Stadtrath wollte, dass der Ehrenpreis in möglichster Höhe untheilbar gegeben werde. Ich halte den Antrag des Stadtrathes aufrecht.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wir schreiten zur Abstimmung.

Es liegen folgende Anträge vor:

Herr Gem.-Rath Gfrorner beantragt 300 fl. Subvention und 100 fl. für Ehrenpreise. Sein zweiter Antrag ist mit dem Antrage des Stadtrathes identisch. Er beantragt nur neu 300 fl. Subvention. Ich kann über das Meritum dieses Antrages jetzt nicht abstimmen lassen, weil dieser Antrag nicht im Zusammenhange steht mit dem Gegenstande, über den referiert wird. Es müsste dieser Antrag dem Stadtrathe zugewiesen werden. Diejenigen Herren, welche mit der Zuweisung des Antrages des Herrn Collegen Gfrorner — auf Ertheilung einer Subvention von 300 fl. — an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die

Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die offenbare Minorität, der Antrag ist abgelehnt.

Nun liegen folgende Anträge vor: Der Stadtrath beantragt, dass 200 K zu einem Ehrenpreise bewilligt werden. Diesbezüglich ist eine Differenz nicht vorhanden, nur bezüglich der Art und Weise der Verwendung der 200 K. Diejenigen Herren, welche einverstanden sind, dass 200 K als Ehrenpreis, sei es als untheilbarer Preis oder für mehrere Preise, bestimmt werden, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Wir schreiten zur Abstimmung über den Gegen-Antrag des Herrn Collegen Gregorig. Er beantragt die Theilung der 500 K in vier Preise, und zwar zu je 50 K für österreichische Hühner, Langshan, Enten und Gänse.

Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte zu zählen. (Nach einer Pause:) Für den Antrag haben 30 Gemeinderäthe gestimmt. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist abgelehnt.

Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, dass ein einheitlicher Preis bewilligt werde, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Dem Ersten österr.-ungar. Geflügelzuchtvereine wird ein Unterstützungsbeitrag von 200 K in Gold als untheilbarer Ehrenpreis der Stadt Wien anlässlich der im laufenden Jahre abzuhaltenden XIX. internationalen Geflügelausstellung bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Es sind noch zwei kleine Stücke zu erledigen, hoffentlich rufen dieselben keine Debatte hervor. Ich bitte, noch ein bisschen Geduld zu haben und auszuharren.

41. (3517.) **Referent Gem.-Rath Rückauf:** Ansuchen der Genossenschaft der Zuckerbäcker um Subvention für ihre Fachschule. Diese Genossenschaft erhielt seit Jahren 300 fl. Nachdem als Cassarest vom Vorjahre 34 fl. geblieben sind, beantragt der Stadtrath mit Rücksicht auf die Informationen, welche ich bei den Herren Collegen Reichert und Gfrorner eingeholt habe und welche ergeben haben, dass die Genossenschaft 500 fl. braucht, 400 fl. für dieses Jahr. Ich bitte um ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Einstimmig angenommen.

Beschluss: Der Genossenschaft der Zuckerbäcker wird zur Erhaltung ihrer fachlichen Fortbildungsschule eine Subvention von 400 fl. pro 1895 bewilligt.

42. (3741.) **Referent Gem.-Rath Rückauf:** Endlich das letzte Stück Zahl 374 betrifft den landwirtschaftlichen Bezirksverein Waidhofen a. d. Thaya. Derselbe erhielt seit Jahren einen Ehrenpreis von 10 Ducaten und diesmal beantragt der Stadtrath 100 K in Gold als untheilbaren Ehrenpreis der Stadt Wien für die Ausstellung in diesem Jahre.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Die Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Dem landwirtschaftlichen Bezirksvereine in Waidhofen a. d. Thaya wird ein Unterstützungsbeitrag von 100 K in Gold als untheilbarer Ehrenpreis der Stadt Wien anlässlich der am 15. Mai d. J. stattfindenden Pferdeausstellung bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 8 Uhr 5 Minuten abends.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 28. Mai 1895.
Mittwoch, den 29. Mai 1895.
Donnerstag, den 30. Mai 1895.
Freitag, den 31. Mai 1895.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **15. Mai 1895** (vormittags).

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Lueger.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Götz, Dr. Lederer, Matthies, Mayer, Müller, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Experte: Oberingenieur Hütter.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger eröffnet die Sitzung und macht der Versammlung nachstehende Mittheilungen:

Bürgermeister Dr. Grübl hat laut des an Vice-Bürgermeister Dr. Lueger gerichteten Schreibens vom 14. Mai 1895 sein Amt als Bürgermeister der Stadt Wien niedergelegt.

(Zur Kenntnis.)

Nachweisung über die Belastung des Reservefondes mit 11. Mai 1895:

Reservefond		400.000 fl. — kr.
Effective Belastung . . .	64.159 fl. 29 kr.	
Belastung durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen	81.964 fl. 29 kr.	
zusammen .		146.123 fl. 58 kr.
daher noch verfügbar .		253.876 fl. 42 kr.
und nach Abzug der für unvorhergesehene Auslagen bei den Bezirken 1 bis XIX à 500 fl. zu reservierenden		9.500 fl. — kr.
noch		244.376 fl. 42 kr.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefondes Anträge im Gesammtbetrage von 193.437 fl. 65½ kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

(3510.) **St.-R. Müller** referiert über die Zuschrift der k. k. Eisenbahn-Betriebsdirection Wien, betreffend die Projecte der Bahnunterfahrungen anlässlich der Rohrlegung im XIII. Bezirke (Baulos VI), und beantragt, die Ausstellung des im Concepte vorgelegten Reverses, sowie die Zahlung eines jährlichen Anerkennungszinses von 50 kr. für jede Unterfahrungsstelle an die k. k. Eisenbahn-Betriebsdirection zu genehmigen. (Angenommen.)

(3799.) St.-R. Müller referiert über das Ansuchen der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft um Belassung eines Magazines am Hernalser Ziegelwerke Einl.-Z. 1395 Hernals und beantragt, den Bauconsens für das in Rede stehende Bauobject unter der Bedingung nachträglich zu bestätigen, dass die Gesellschaft einen intabulationsfähigen, auf der Realität Grdb.-Einl.-Z. 1395 Hernals sicherzustellenden Revers ausstelle, worin sie sich verpflichtet, diesen Zubau über jedesmaliges Verlangen der Gemeinde Wien ohne Anspruch auf Entschädigung zu demolieren. (Angenommen.)

(3895.) St.-R. Müller referiert über das Ansuchen des W. v. Doderer um Zulassung der Sackverpackung des Cementes für den Reservoirbau am Wiener Schafberg, XVII. Bezirk, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(3781.) St.-R. Müller referiert über das Ansuchen des Julius Pastrée um Genehmigung der theilweisen Parcellierung der Einl.-Z. 1367 in Simmering und beantragt die Genehmigung der angesuchten Parcellierung unter den vom Magistrate vorgeschlagenen Bedingungen, jedoch mit der Abänderung, dass die restlichen Theile der Cat.-Parc. 641/5, 642/5 und 645/5, per zusammen 275·67 m², welche in die neue Straße IV, III des Planes fallen und im Eigenthum des Parcellierungswerbers verbleiben, nicht gegen Schadloshaltung nach § 9 Bauordnung, sondern unentgeltlich abzutreten sind. (Angenommen.)

(2958.) St.-R. Müller referiert über die Zahlung eines Platzzinses seitens des Bernhard Erndt für einen grundbücherlich abgeschriebenen, von dem genannten Eigenthümer noch benützten Grundstreifen der Realität Einl.-Z. 759, IX., Pramergasse, und beantragt, dem Eigenthümer einen dem 5percentigen Erträgnisse des ausbezahlten Schadloshaltungsbetrages von 1097 fl. 20 kr. gleichkommenden jährlichen Platzzins per 54 fl. 86 kr. aufzuerlegen.

Vorsitzender Vice-Bürgermeister Dr. Lueger beantragt, der Magistrat werde aufgefordert, vorerst alle bezüglichen Acten, insbesondere den Revers über die Abtretung des fraglichen Grundes, vorzulegen.

Dieser Antrag angenommen.

(3977.) St.-R. Müller referiert über das Ansuchen des Siegmund und der Ernestine Stern um Consens zur Herstellung eines ebenerdigen Riegelwand-Zubaues an das im Umbaue begriffene Wohn- und Geschäftshaus Conscr.-Nr. 94, Einl.-Z. 160 Währing, XVIII. Bezirk, Or.-Nr. 29 Gentzgasse, 44 Kutschkergasse, und beantragt die Bewilligung gegen grundbücherliche Einverleibung des Demolierungsreverses.

St.-R. Dr. Lederer beantragt die Abweisung.

Antrag Dr. Lederer angenommen.

(3455.) St.-R. Müller referiert über die Baulinienbestimmung für einen Theil der Eroicagasse, XIX. Bezirk, und beantragt:

1. Die ministeriell bestimmte Baulinie und Straßenbreite 15·17 m für die Eroicagasse (früher Beethovengasse) zwischen der Kahlenbergstraße und dem Hause Nr 7 wird aufrecht erhalten.

2. Für die Fortsetzung der Eroicagasse von Nr. 7, beziehungsweise Nr. 6, wären vorläufig nur die Linien A B' und E E' mit 15·17 m Straßenbreite neu zu bestimmen.

3. Das Niveau in der Eroicagasse an der Kreuzung mit der Hammerschmidtgasse wäre beizubehalten.

4. Die Verbauung hätte in geschlossenen Fronten und mit Rücksicht auf die theilweise bestehenden neuen Häuser ohne Vorgärten zu erfolgen und dürfen die zu erbauenden Häuser außer einem Parterre nur noch zwei Stockwerke enthalten. Ein allfälliges Mezzanin wäre als Stockwerk zu rechnen.

5. Für die Baulinienbestimmung südlich der Buchstaben B' E' ist eine neue Studie vorzulegen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

Bei vorstehendem Antrage accommodierte sich Referent dem Antrage des St.-R. Ritt. v. Neumann, welcher dahin gieng, dass die Baulinienbestimmung vorläufig nur bis zu den Buchstaben B' E' im Plane zu erfolgen habe, dagegen für die Baulinienbestimmung südlich der Buchstaben B' E' eine neue Studie vorzulegen sei.

(4003.) **St.-R. Matthies** referiert über das Ansuchen der Wiener Tramway-Gesellschaft um Consens zu baulichen Herstellungen XI., Simmeringerstraße, Tramwayremise II, und beantragt die Zugestehung der nach § 86, Punkt 4, der Bauordnung in Anspruch genommenen Bauerleichterung sowie die Bestätigung des Bauconsenses. (Angenommen.)

(4004.) St.-R. Matthies referiert über das Ansuchen der Wiener Tramway-Gesellschaft um Consens zu Adaptierungen XIII., Penzing, Iheringgasse 14, und beantragt:

a) die Zugestehung der Erleichterung zur Herstellung eines provisorischen Pferdestallschupfens auf die Dauer eines Jahres und

b) die Bestätigung der Baubewilligung unter Umgangnahme von der Bekanntgabe der Baulinie und Bestimmung einer Canaleinmündungsgebür für das Provisorium. (Angenommen.)

(4058.) St.-R. Matthies referiert über das Ansuchen der Wiener Tramway-Gesellschaft um Consens für ein provisorisches Stallgebäude in der Hernalser Tramwayremise, XVII. Bezirk, und beantragt, die erbetene Baubewilligung unter den im Bau-Commissionsprotokolle gestellten Bedingungen zu ertheilen. (Angenommen.)

(3915.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über den eventuellen Recurs gegen die Entscheidung der Bezirkshauptmannschaft Hietzing (Umgebung) wegen Zahlung einer Entschädigung an die Stiftung „Sommerasyl" für die armen unheilbaren Kranken im Hause der Barmherzigkeit in Währing in Weidlingau für die Grundabtretung zu Zwecken der Wienfluss-Regulierung und beantragt die Nichtergreifung, beziehungsweise Zurückziehung des Recurses. (Angenommen.)

(4012.) **St.-R. Vaugoin** referiert über die Verwendung des im Pötzleinsdorfer Walde aufgearbeiteten Brennholzes und beantragt:

1. Von den im Pötzleinsdorfer Walde pro 1895 erzeugten Brennholze per 122 m³ sind dem Pfarrer in Pötzleinsdorf 3 m³ Buchenscheiter, 2 m³ Buchenprügel und 2 m³ Buchenbürtel mit freier Zufuhr ins Pfarrhaus beizustellen.

2. Der hienach verbleibende Rest per 115 m³ ist von dem k. k. Forstmeister Karl Hettmer unter Zugrundelegung der im Summarverzeichnisse, zugleich Verwendungs-Antrage angeführten Einheitspreise für Rechnung der Gemeinde Wien aus freier Hand zu verkaufen und der Erlös nach Abzug der Werbungskosten per 65 fl. 74 kr. an die städtische Hauptcassa abzuführen.

3. Das übliche Anweise- (Vorzeige-) Geld 3 kr. per Cubikmeter ist von den Käufern gleichzeitig mit dem Kaufschilling einzuheben und dem mit der Anweisung des Holzes betrauten Forstorgane direct auszubezahlen. (Angenommen.)

(3921.) St.-R. Baugoin referiert über die Creierung der Stelle eines zweiten Obmann-Stellvertreters für das Armeninstitut des V. Bezirkes und beantragt die Genehmigung dieser Creierung.

(Angenommen.)

(3875.) St.-R. Baugoin referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungskosten nach 139 Parteien im XVIII. Bezirke im Gesammtbetrage von 523 fl. 57½ kr. und beantragt die Abschreibung.

(Angenommen.)

(3967.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über den Bericht des Stadtanwaltes Dr. Oskar Schmitt um die Erkenntnisse I. und II. Instanz in dem Passivprocesse der Gemeinde Wien gegen das k. k. Ärar puncto 11.781 fl. ö. W. c. s. c. für die beim Neubaue des Barbara-Stiftes im Auwinkel, I. Bezirk, in den Jahren 1848 bis 1852 erfolgte Straßengrundabtretung und beantragt, die außerordentliche Revision zu ergreifen. Die urtheilsmäßig zuerkannten Beträge sammt Kosten seien innerhalb des Termines (25. Mai 1895) zur Auszahlung zu bringen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt den Vorsitz.)

(3979.) St.-R. Dr. Lederer referiert über das Ansuchen des Linienkapellen-Bauvereines um Consens zur Errichtung der früher bei der ehemaligen Mariahilferlinie bestandenen Kapelle in Hütteldorf und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses unter Umgangnahme von der Bekanntgabe der Baulinie, nachdem für diesen Theil des XIII. Bezirkes eine Baulinie noch nicht bestimmt wurde. (Angenommen.)

(9696.) **St.-R. Müller** referiert über die Vorstellung des Georg Löwitsch gegen die Abweisung seines Gesuches um Aufzahlung für die Aushebung des Wasserleitungsrohrgrabens in Breitensee und beantragt, für die bereits ausgeführten Arbeiten aus Billigkeitsrücksichten den Betrag von 3500 fl. zu genehmigen.

(Angenommen.)

(Während des vorstehenden Referates hat Oberingenieur Hütter als Experte fungiert.)

(708.) St.-R. Müller referiert über die den beiden Contrahenten für die Rohrlegungsarbeiten (Baulos 3/a und 3/b) infolge des Unwetters vom 7. Juni 1894 erwachsenen Mehrarbeiten und den erhobenen Anspruch auf Entschädigung und beantragt, es seien aus Billigkeitsrücksichten die rechnungsmäßig nachgewiesenen und unverschuldeten Mehrauslagen im richtiggestellten Gesammtbetrage von 587 fl. 48 kr. aus den eigenen Geldern der Gemeinde zu vergüten.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt den Zusatz: „aus Billigkeitsrücksichten und ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung."

Referenten-Antrag mit Zusatz Dr. v. Billing angenommen.

(3787.) St.-R. Müller referiert über den Verkauf der bei der Alsbacheinwölbung in der Dornbacherstraße gewonnenen Bruchsteine und beantragt, das Offert der Bauunternehmung E. Groß & Comp. auf käufliche Überlassung von 1200 m³ Bruchsteinen zum Preise von 1 fl. 30 kr. per Cubikmeter, sowie das Offert von F. Giacomorzi auf 20 Cubikklafter dieser Steine zum Preise von 10 fl. per Cubikklafter zu genehmigen; endlich das Offert des W. v. Doderer abzuweisen. (Angenommen.)

(3646.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 23. November 1894, Z. 48930, betreffend die aus dem Vermögen des im ehemaligen politischen Bezirke Sechshaus bestandenen Gymnasiumvereines zu errichtende Stiftung zur Unterstützung von Gymnasiasten aus den ehemaligen Gemeinden Hietzing und Penzing und beantragt, die vorbezeichnete Stiftung in die Verwahrung und Verwaltung der Gemeinde Wien zu übernehmen und den vorgelegten Stiftbriefentwurf zu genehmigen. (Angenommen.)

(2823.) St.-R. Dr. Lederer referiert über einen Stiftbriefnachtrag zur Max Springer'schen Stiftung für 25 Angehörige der arbeitenden oder dienenden Classe ohne Unterschied der Confession und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Stiftbriefnachtrages.

(Angenommen.)

(3680.) St.-R. Dr. Lederer referiert über den Stiftbriefentwurf der Philipps-Stiftung für die Ortsarmen von Unter-Döbling und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Entwurfes.

(Angenommen.)

(1888.) St.-R. Dr. Lederer referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Herold wegen Bekanntmachung der Erlöschung der Cholera in Österreich durch die österreichischen Missionen im Auslande und beantragt die Ablehnung dieses Antrages — als gegenstandslos geworden. (Angenommen.)

(3077.) St.-R. Dr. Lederer referiert über Antrag des gewesenen Gem.-Rathes Herrdegen, betreffend die Weglassung von Fremdwörtern bei Aufstellung des Voranschlages für das Jahr 1896, bei Eintragungen in die Bücher ꝛc. und beantragt, den Bericht des Stadtoberbuchhalters, wonach diesem Antrage nach Thunlichkeit entsprochen werden wird, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(3794.) St.-R. Dr. Lederer referiert über das Anbot des Kunsthändlers C. J. Wawra in Wien auf käufliche Überlassung des vom Maler Eybl ausgeführten Porträts des Erzherzogs Maximilian v. Este, der sich in den Jahren 1809 und 1814 als Befehlsinhaber einer Heeresabtheilung auszeichnete, und beantragt, den Ankauf dieses Bildes um den Preis von 300 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

(1403.) St.-R. Dr. Lederer referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Silberer, betreffend die Ausschreibung von Preisen für Vorschläge aus der Beamtenschaft wegen Vereinfachung in der städtischen Verwaltung.

Über Antrag des St.-R. Rückauf wird diese Angelegenheit vertagt.

(2111.) St.-R. Dr. Lederer referiert über die Benennung zweier Gassen in Speising und beantragt, von den beiden in die Speisingerstraße bei Or.-Nr. 9 und bei Or.-Nr. 18 einmündenden Fußwegen den ersteren (2·30 m breit) mit „Reillgasse" nach dem verstorbenen Hausbesitzer von Nr. 9 Speisingerstraße, Namens Reill, welcher durch viele Jahre als Arzt in verdienstvoller Weise gewirkt hat, und den letzteren (1·70 bis 2·00 m breit) nach dem verstorbenen k. k. Hoflieferanten Rudolf Mucha, welcher 15 Jahre Gemeinderath der bestandenen Gemeinde Speising war, mit „Muchagasse" zu benennen. (Angenommen.)

(3419.) St.-R. Dr. Lederer referiert über das Ansuchen des germanischen Nationalmuseums in Nürnberg um Subvention und beantragt, der genannten Anstalt wie im vorigen Jahre auch pro 1895 eine Subvention im Betrage von 100 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2652.) St.-R. Dr. Lederer referiert über die Karl Dittrich'sche Witwenstiftung für die Pfarrsprengel Altlerchenfeld und Ottakring und beantragt die Annahme dieser Stiftung in die Verwaltung der Gemeinde Wien. (Angenommen.)

(2533.) St.-R. Dr. Lederer referiert über die Josef Treitl'sche Heiratsstiftung (25.000 fl. Notenrente) und beantragt die Annahme dieser Stiftung. (Angenommen.)

(2779.) St.-R. Dr. Lederer referiert über das Ansuchen des Vereines des heiligen Johannes von Nepomuk um Überlassung eines

Baugrundes zur Verlegung der Kapelle vor der Währingerlinie und beantragt die Ablehnung.

Über Antrag der St.-R. Dr. v. Billing und Ritt. v. Neumann wird folgender Beschluss gefasst: Der Stadtrath wäre nicht abgeneigt, dem Magistrats-Antrage auf widerrufsweise Genehmigung der von dem ansuchenden Vereine nach der vorgelegten Planskizze projectierten Situierung der fraglichen Kapelle zuzustimmen, behält sich aber vor, die definitive Entscheidung erst dann zu treffen, wenn ihm das Bauproject der Kapelle vorgelegt sein wird. Bedungen wird, dass die die Kapelle umgebenden Wege mindestens 10 m breit sein müssen.

(2185.) St.-R. Dr. Lederer referiert über das Ansuchen des „Verlegers Lukisch" IV., Waaggasse 9, um Bewilligung einer Subvention von 600 fl. zur Herausgabe seines „Illustrierten Führers von Wien" und Bewilligung von je 25 fl. für eine zu Gunsten der Stadt Wien in dessen „Illustrierten Führer" von anderen Städten einzuschaltende Propaganda per Seite und beantragt die Ablehnung dieses Ansuchens. (Angenommen.)

(2112.) St.-R. Dr. Lederer referiert über die Frage der Verpflichtung der Gemeinde zur Zahlung von Zulagen an die bei der Recrutierung intervenierenden Sicherheitswachleute und beantragt, die bei der Hauptstellung intervenierenden Organe der k. k. Sicherheitswache wie bisher auch fernerhin zu entlohnen. (1 fl. für den Inspector, 50 kr. für jeden Sicherheitswachmann, zusammen 5 fl. pro Stellungstag.)

St.-R. Dr. v. Billing beantragt den Zusatz: „Ohne Anerkennung einer Verpflichtung bis auf Widerruf."

Referenten-Antrag mit Zusatz Dr. v. Billing angenommen.

(2653.) St.-R. Dr. Lederer referiert über die Josef Treitlsche Armenstiftung und beantragt die Annahme dieser Stiftung. (Angenommen.)

(3909.) **St.-R. Wurm** referiert über die Detailprojecte der k. k. Generaldirection der österr. Staatsbahnen für die architektonische Ausgestaltung mehrerer Strecken der Gürtel- und der Vorortelinie der Wiener Stadtbahn und beantragt, diesen Projecten die Zustimmung zu ertheilen. (Angenommen.)

(3866.) St.-R. Wurm referiert über die Bewilligung von Gleichengeldern für den Schulhausbau V., Fendigasse, und beantragt die Genehmigung der vom Magistrate vorgelegten Liste.

(3848.) St.-R. Wurm referiert über den Statthalterei-Erlass vom 3. Mai 1895, Z. 38027, betreffend das Project der Südbahn-Gesellschaft für den nächst dem Matzleinsdorfer Bahnhofe aufzuführenden Bau einer Gipsdielengießerei für den Baumeister Anton Honus und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(3861.) St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen der Allgemeinen österr. Transport-Gesellschaft um Bewilligung zur Herstellung einer Reclamegaslaterne im I. Bezirke, Kärnthnerstraße, Ecke der Walfischgasse, und beantragt, die Herstellung dieser Laterne auf Widerruf und gegen dem zu bewilligen, dass deren Beleuchtung ganznächtig und derart intensiv erfolge, dass die Lichtstärke mindestens gleichgroß mit der bisher bestehenden öffentlichen Flamme ist, sowie dass ein Platzzins von 5 fl. jährlich entrichtet werde.

Vorsitzender, Vice-Bürgermeister Matzenauer, beantragt die Ablehnung.

Referenten-Antrag angenommen.

(3803.) St.-R. Wurm referiert über den Bauamtsbericht über den Stand der städtischen Bauten im ersten Quartale 1895 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(4089.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Zuschrift der k. k. Generaldirection der österr. Staatsbahnen, betreffend die Umlegung der Triebröhren der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung vor der Nussdorferlinie anlässlich des Stadtbahnbaues, und beantragt, unter Umgangnahme von dem Beschlusse vom 17. Jänner 1895, Z. 338, zu genehmigen, dass die in Rede stehenden Rohre in ihrer gegenwärtigen Lage belassen, die nach dem Ermessen des Stadtbauamtes nothwendig werdenden Versicherungsarbeiten daselbst auf Kosten der Bahnunternehmung rücksichtlich Verkehrs-Commission vorgenommen, und dass sich die Bahnunternehmung verpflichte, seinerzeit bei Außerbetriebsetzung der Rohre die Ver- und Untermauerung des Rohrcanales unter dem Bahnkörper auf ihre Kosten vorzunehmen. (Angenommen.)

(3984.) St.-R. Schlechter referiert über das Ansuchen der Witkowitzer Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft um Nachsicht einer Conventionalstrafe von 200 fl. wegen Überschreitung des Lieferungstermines für die Lieferung der Rohrbestandtheile der ersten Serie und um Rückvergütung eines Betrages von 709 fl. 18 kr. für das angeblich in diesem Werte bei den vorerwähnten Röhren gelieferte Mehrgewicht und beantragt:

1. die Conventionalstrafe aus den im Magistrats-Antrage erwähnten Billigkeitsrücksichten nachzusehen;

2. das Ansuchen um Rückvergütung der 709 fl. 18 kr. abzulehnen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, die Conventionalstrafe mit 20 fl. festzusetzen.

Dieser Antrag angenommen.

Referenten-Antrag angenommen.

(3876.) St.-R. Schlechter referiert über die Versicherung des Hauses Nr. 62 in Naswald und beantragt, die Fortsetzung der Versicherung dieses Hauses bei der Versicherungs-Gesellschaft „Donau" zu genehmigen. (Angenommen.)

(598.) St.-R. Schlechter referiert über den Ankauf von Gründen behufs Arrondierung des Territoriums des Meidlinger Friedhofes und beantragt:

Es sei der Ankauf der den Geschwistern Franz und Anna Mitterhuber gehörigen Grundparcelle Nr. 162, Einl.-Z. 1106 Unter-Meidling, im Ausmaße von circa 1 Joch 700□° um den Preis von 10 fl. per Quadratklafter zu genehmigen.

Die Besitzübertragungs- und Vertragsgebüren werden von beiden Parteien zu gleichen Theilen getragen.

Als Übergabstermin wird beiderseits der 1. August 1895 festgesetzt. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3656.) **St.-R. Rückauf** referiert über die Erwerbung von Gründen behufs Schaffung eines Materiallagerplatzes im XVI. Bezirke und beantragt, es sei der Ankauf

1. der Realität Or.-Nr. 28 Arnethgasse, XVI. Bezirk, des Franz Kitzler im Ausmaße von 1557 m² um den Pauschalpreis von 29.680 fl.,

2. der Baustellen Einl.-Z. 1675, Parc. 957/37, 1710/5 und 1710/6, und Einl.-Z. 1676, Parc. 957/38 und 1710/4, im Ausmaße von circa 112 □° um den Preis von 53 fl. per Quadratklafter, d. i. zusammen circa 5936 fl.,

unter den übrigen vom Magistrate beantragten Bedingungen zu genehmigen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3755.) St.-R. Rückauf referiert über das Ansuchen der Theresia Friedl um Bewilligung, die für das Haus XIV., Hüttelsdorferstraße 89, Sturzgasse 53, vorgeschriebene Canaleinmündungsgebür per 467 fl. 64 kr. in vierteljährlichen Raten à 50 fl. vom Mai 1895 an bezahlen zu dürfen, und beantragt die Gesuchsgewährung

gegen 6percentige Verzinsung des jeweilig aushaftenden Restbetrages und Terminsverlust bei Nichteinhaltung der Raten. (Angenommen.)

(3985.) **St.-R. Stiaßny** referiert über den Bauamtsbericht, betreffend die Frequenz und die Betriebsergebnisse des städtischen Donaustrombades pro 1894, und beantragt:

1. die Bestallung des fünften Schwimmmeisters in dieser Anstalt auch pro 1895 zu genehmigen;

2. zu bewilligen, dass der Bassinaufseher im Falle seiner Mitwirkung bei dem Schwimmunterrichte nach Maßgabe dieser Mitwirkung auch wie ein Schwimmmeister entlohnt werde. (Angenommen.)

(9958.) St.-R. Stiaßny referiert über die Herstellung einer Schuldienerwohnung im Gebäude der Mädchen-Volksschule II., Karajangasse 14, und beantragt:

1. Es sei die Herstellung einer Schuldienerwohnung in dem bezeichneten Schulgebäude durch Adaptierung des neben dem Schuleingange gelegenen Aufnahmszimmers und des daranstoßenden ganzen Turngarderoberaumes nach der Planskizze I des Stadtbauamtes, jedoch mit der Abänderung zu genehmigen, dass zur besseren Beleuchtung der Garderobe und der Hausbesorgerwohnung in der Mittelmauer eine Oberlichte angebracht werde. Der veranschlagte Kostenbetrag von circa 180 fl. sei zu bewilligen;

2. es sei diese Herstellung zu Beginn des Jahres 1895 unter sorgfältiger Vermeidung jeder Störung des Unterrichtes auszuführen. (Angenommen.)

(2513.) St.-R. Stiaßny referiert über die Bauamtsstudie für die eventuelle Verlegung der Badhausgasse, VII. Bezirk, und beantragt, für das Haus Nr. 95 die Baulinie in der Lerchenfelderstraße hinauszugeben. Der Magistrat wird beauftragt, mit den Besitzern der Häuser Nr. 5, 7 und 9 wegen Erwerbung ihrer Realitäten zu unterhandeln.

Der Vice-Bürgermeister Matzenauer regt an, die Partei bei Bekanntgabe der Baulinie in der Lerchenfelderstraße zu verständigen, dass bezüglich der Baulinie in der Badhausgasse dermalen ein Bescheid noch nicht hinausgegeben werden kann.

Referenten-Antrag mit Zusatz Matzenauer angenommen. (Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **15. Mai 1895** (nachmittags).

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Lueger.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Schneiderhan, Dr. Lederer, Stiaßny, Matthies, Baugoin, Müller, Dr. Vogler, v. Neumann, Witzelsberger, Rückauf, Wurm, Schlechter,

Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger eröffnet die Sitzung.

St.-R. Rückauf entschuldigt sein Späterkommen, eventuell sein Fernbleiben. (Zur Kenntnis.)

(3962.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Ansuchen der Unter-St. Veiter Rettungsgesellschaft um Subvention und beantragt, derselben pro 1895 eine Subvention im erhöhten Betrage von 1000 fl. zu bewilligen. Für den im Budget pro 1895 nicht bedeckten Betrag von 500 fl. ist zur Rubrik XXXVI 4 c ein Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses zu bewilligen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt die Bewilligung der Subvention pro 1895 mit dem Betrage von 500 fl. um Gewährung einer einmaligen Spende von 500 fl.

Referent accommodiert sich diesem Antrage.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(3833.) St.-R. Schneiderhan referiert über Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit aus dem XII. Bezirke und und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Gugg Franz, Geflügelhändler;
John Josef Wenzel, Schneider;
Scheibelberger Matthäus, Einspänner-Eigenthümer;
Feller Adolf Leopold, Buchhalter;
Novotny Josef, Tischler;
Smidek Franz, Tischler;
Karas Josef Simon, Zimmer- und Decorationsmaler;
Jacobbauer Johann, Lederzurichter;
Lamprecht Anton, Tischler;
Woldan Marie Aloisia, Modistin;
Holzer Josef, Reibsandhändler;
Hanisch Johann, Hausbesorger;
Metzger Josef, Einspänner-Eigenthümer;
Hrad Anton, Tischler;
Bruckner Josef, Milchmeier;
Steinböck Johann, Formstechergehilfe;
Thürauer Leopold, Heizer und Maschinenwärter;
Holub Franz Matthias, Heizer und Maschinenwärter;
Schiroky Adalbert, Tischlergehilfe;
Stübl Hedwig Theresia, Zuckerwaren-Verschleißerin;
Zierl Franz, Gasarbeiter;
Wischek Franz, Geschäftsdiener;
Wachtl Heinrich, Appreteurgehilfe. (Angenommen.)

(4091.) **St.-R. Stiaßny** referiert über das Offertverhandlungsergebnis für die Herstellung von Canälen in Penzing, XIII. Bezirk, und beantragt:

1. die Übertragung der Erd- und Baumeisterarbeiten mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 9995 fl. 52 kr. und 2350 fl. Pauschale an den Maurermeister August Titz mit 18 Percent Aufzahlung zu dem Kostenbetrage;

2. die Lieferung der hydraulischen Bindemittel, und zwar:

a) des Roman-Cementes an Josef Tichy mit der Marke „Josef Tichy Waldmühle" mit dem Gewichte von 73 kg per Hektoliter zum Preise von 1 fl. 30 kr. per 100 kg, was einem reducierten Einheitspreise von 1 fl. 18·6 kr. entspricht und einem Gesammt-Mindererfordernisse von 316 fl. 45 kr. gleichkommt;

b) des Portland-Cementes an die Perlmooser Actiengesellschaft (Marke „Perlmoos") mit einem Gewichte von 120 kg per Hektoliter zum Preise von 2 fl. 70 kr. per 100 kg, was einer Kostenersparung von 225 fl. 51 kr. gleichkommt;

3. die Lieferung der Thonwaren an Karl Schlimp zu dem offerierten Nachlasse von 10 Percent von der veranschlagten Kostensumme per 1939 fl. 35 kr., welcher einer Ersparung von 193 fl. 94 kr. gleichkommt.

Mit Rücksicht auf die große Dringlichkeit wird im Sinne des Offertes die Annahme der Lieferung von dreitheiligen Sohlenstücken beantragt.

Das Gesammt-Mehrerfordernis von 1063 fl. 29 kr. ist im Pauschale für unvorhergesehene Canalbauten bedeckt.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt, den Magistrat zu beauftragen, sich endgiltig zu äußern, ob bei städtischen Arbeiten Schlackencement zu verwenden sei.

Der Vorsitzende regt an, das Mehrerfordernis auf den Reservefond zu verweisen.

Referent nimmt diese Anregung als Antrag auf.

Modificierter Referenten-Antrag mit dem Antrage des St.-R. Ritt. v. Neumann angenommen.

(3749.) St.-R. Stiaßny referiert über das Ansuchen der Firma Fischer & Müller um pachtweise Überlassung eines Theiles der Straßenparcelle 2625/I, II., Treustraße, und beantragt, den Magistrat aufzufordern, mit den Offerenten zu verhandeln, ob dieselben bereit wären, den fraglichen Grund, auf welchem jedoch keine Bauführungen zu gestatten wären, gegen einen Pachtschilling von 100 fl. jährlich und gegen sechswöchentliche Kündigung zu pachten.

(Angenommen.)

(4006.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Dienstesresignation des Conscriptionsamts-Accessisten Ludwig Hendl Reichsgrafen von Goldrain und Castelbell und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(4005.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen des Magistratsconcipisten Rudolf Knobloch um Urlaubsverlängerung und beantragt, demselben den abgelaufenen Urlaub um drei Monate zu verlängern. (Angenommen.)

(4022.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen des Ersten Wiedener Kindergartenvereines um mietweise Überlassung von Localitäten im Bürgerspitalfondshause IV., Goldegggasse Nr. 28, zur Errichtung eines zweiten Kindergartens und beantragt, die Localitäten Nr. 24, 25, 26 und 26½ im Hoftracte des Bürgerspitalfondshauses IV., Goldegggasse Nr. 28, sammt Zugehör und Garten werden um den Gesammtjahreszins von 470 fl., wovon 28 fl. auf die Gartenbenützung entfallen, vom Augusttermin 1895 ab auf unbestimmte Zeit gegen vierteljährige Kündigung an den Ersten Wiedener Kindergartenverein behufs Errichtung eines zweiten Kindergartens unter den in den Protokollen vom 25. April und 8. Mai 1895 enthaltenen Bedingungen vermietet. (Angenommen.)

(3904.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen des Leopold Robicsek um Herstellung eines Portales und einer Sonnenschutzplache an der Ecke des Hauses Nr. 1 Floragasse im IV. Bezirke und beantragt die Bewilligung des Portales mit 30 cm und der Sonnenschutzplache in der Favoritenstraße, dagegen die Abweisung beider Ansuchen hinsichtlich der Front in der Floragasse.

St.-R. Schlechter beantragt die Ablehnung auch hinsichtlich der Favoritenstraße.

Referenten-Antrag angenommen.

(3897.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen der Rosalia Reisberger, Witwe des prov. Schuldieners Michael Reisberger, um eine Gnadengabe und beantragt, derselben vom 1. Februar 1895 angefangen auf die Dauer von drei Jahren, eventuell bis zu einer früher eintretenden anderweitigen Versorgung eine jährliche Gnadengabe in der Höhe von 180 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3689.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen des Matthias Koren, städtischen Oberlehrers, um Ermäßigung des Wohnzinses für die Wohnung in dem städtischen Hause XII., Schönbrunnerstraße 39, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(3815.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen der Marie Schmidt, Gemeindedieners-Witwe, um eine Gnadengabe und beantragt, derselben den Fortbezug der Gnadengabe per 120 fl. auf weitere drei Jahre, das ist vom 8. Jänner 1895 bis 7. Jänner 1898, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3670.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über den Magistratsbericht hinsichtlich der Herstellung der Arrestfenster des Bezirksgerichtes Hernals auf Kosten der Gemeinde Wien und beantragt, die Gemeinde lehnt auf Grund des Artikels V des Mietvertrages ab, die Ausführung der in Aussicht genommenen Construction an den Arrestfenstern des k. k. städt.-deleg. Bezirksgerichtes Hernals um den Höchstbetrag von 242 fl. auf ihre Kosten herstellen zu lassen, beziehungsweise hiezu einen Beitrag zu leisten. (Angenommen.)

(3808.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen der Magdalena Alscher, Lehrerswitwe, um Erhöhung des Erziehungsbeitrages für ihren Sohn Romuald und beantragt, derselben für ihren genannten Sohn, geboren am 17. September 1879, nach Einstellung des Erziehungsbeitrages für den Genannten und dessen Schwester Hildegarde per je 60 fl. mit 14. Februar 1895 gleichzeitig auf 120 fl. unter den in der ursprünglichen Verleihung gestellten Bedingungen zu erhöhen. (Angenommen.)

(3810.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über den Bericht des Stadtanwaltes in Angelegenheit des Ersatzes für die im Schulhause XIV., Kröllgasse 20, durch Franz Nahler zertrümmerten Fensterscheiben und beantragt die Abschreibung des Betrages von 45 fl. (Angenommen.)

(3695.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit aus dem I. und VIII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Berndl Johann, Geschäftsführer;
Ferner Katharina, Hausbesorgerswitwe;
Pfeiller Franz, Hausdiener;
Hollaus Theresia, Köchin;
Wagner Anton, Selchwaren-Verschleißer;
Seidl Anton, Kutscher;
Nowak Franz, Feuerwehrmann;
Tauschek Wenzel, Schneider;
Strnadel Franz, Kürschner;
Arnstein Emanuel, Dr., Hof- und Gerichtsadvocat;
Schindler Robert, Dr., Hof- und Gerichtsadvocat.

(Angenommen.)

(3484.) St.-R. Dr. v. Billing referiert neuerlich über den Bauamtsbericht über den Stand der Vorarbeiten für das Project einer Nutzwasserleitung und die hiezu erforderlichen Arbeiten und beantragt die Ablehnung des Antrages auf Errichtung einer dritten Pumpstation.

St.-R. Müller beantragt, den Magistrat zu beauftragen, über die seinerzeit genehmigten Bohrversuche und die Fortsetzung derselben Bericht zu erstatten.

Letzterer Antrag wird zurückgezogen und der Referenten-Antrag einstimmig angenommen.

(3858.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über den Bauamtsbericht über die Erfordernisse für den Betrieb des Schöpfwerkes im Marchfelde für Nutzwasserleitungszwecke und beantragt:

1. Die durch das Stadtbauamt bewerkstelligte Aufnahme des Franz Bruckner und Josef Bauer als Maschinenwärter bei dem

Pumpwerke in Leopoldsdorf gegen einen Taglohn von je 2 fl. und einen Nachtlohn von 3 fl. zu genehmigen.

2. Die Lieferung von 1700 Metercentner Kohle zum Betriebe des Schöpfwerkes während der Dauer von 17 Wochen ist der Firma Karl Königer & Sohn auf Grund des mit derselben abgeschlossenen Vertrages zu überweisen.

3. Der Transport des Locomobiles von der Eisenbahnstation Raasdorf bis zum Aufstellungsorte ist unter den vom Stadtbauamte mit dem Zimmermeister Leopold Winkler in Groß-Enzersdorf bereits getroffenen Abmachungen diesem letzteren zum Preise von 50 fl. zu übertragen. Diese Kosten per 2650 fl. finden in der Position XXVI 7 per 37.000 fl. Deckung.

Weiters hat der Magistrat dafür Sorge zu tragen, dass

1. die Pumpperiode die Zeit von vier Monaten nicht überschreitet, und dass

2. sofort nach der Einstellung der Pumpprobe ein erschöpfender Abschlussbericht über die gesammten Bohrungen und Pumpversuche vorgelegt werde.

St.-R. Schlechter beantragt, die vier Monate des Pumpversuches in verschiedene Zeitläufe zu theilen.

Referenten-Antrag angenommen.

(3923.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen des Joh. N. Bernay um Auslegung einzelner Bestimmungen des städtischen Preistarifes Nr. 42 für Buchdruckerarbeiten und beantragt die Abweisung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(3814.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen des Peregrin Zimmermann um grundbücherliche Löschung Einl.-Z. 921, VI. Bezirk, und beantragt die Ausstellung der Löschungserklärung bezüglich der auf Einl.-Z. 921 Grundbuch des VI. Bezirkes Mariahilf in Wien auf Grund der Absätze a, b und c des § 3 des Kaufvertrages vom 16. Mai 1861 haftenden Reallasten auf Kosten der Partei zu bewilligen. Dagegen rücksichtlich des aus Absatz d des bezeichneten Vertrages hervorgehenden Pfandrechtes das Gesuchsbegehren abzuweisen. (Angenommen.)

(3955.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über das Ansuchen des Pfarramtes Reindorf um Bewilligung des Betrages von 60 fl. für das Legen und Aufbewahren der Kirchentreppen pro 1895 und beantragt die Bewilligung dieses Betrages ohne Anerkennung einer Rechtsverbindlichkeit hiezu. (Angenommen.)

(3845.) St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Hernals im Namen sämmtlicher freiwilligen Feuerwehren um Gestattung, dass die im Verbande der freiwilligen Feuerwehren stehenden städtischen Bediensteten ihre Mitgliedschaft beibehalten dürfen, und beantragt, in theilweiser Abänderung des Stadtraths-Beschlusses vom 11. December 1894, Z. 8970, zu gestatten, dass jene städtischen Bediensteten, welche bisher Mitglieder einer freiwilligen Feuerwehr waren, im Verbande derselben verbleiben dürfen, dass sie jedoch weder eine Ehrenstelle im Vorstande bekleiden, noch dass durch diese Mitgliedschaft ihre Dienstesobliegenheiten eine Behinderung erfahren dürfen.

Die Verwendung als Mannschaftscharge wird nicht verboten.

Referenten-Antrag mit dem Zusatze angenommen, dass im übrigen der obige Stadtraths-Beschluss aufrecht bleibt.

(3758.) St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen des Karl Müller, Architekten, um Reducierung der Zuständigkeitstaxe nach Maßgabe seines Aufenthaltes in Wien und beantragt, die Taxe auf 20 fl. herabzusetzen. (Angenommen.)

(1491.) St.-R. Witzelsberger referiert über den Recurs des S. A. Bauer gegen feuerpolizeiliche Aufträge IX., Währingerstraße 2, und beantragt zur Kenntnis zu nehmen, dass obiger Auftrag zufolge anderweitiger Verwendung des in Frage stehenden Locales gegenstandslos geworden sei. (Angenommen.)

(1490.) St.-R. Witzelsberger referiert über den Recurs des Andreas Albert gegen feuerpolizeiliche Aufträge, IX., Porzellangasse 19, und beantragt, dem Recurse Folge zu geben. (Angenommen.)

(3323.) St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen der Sebastian Hubers Erben um Sistierung des feuerpolizeilichen Auftrages V., Ziegelofengasse 39, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(1489.) St.-R. Witzelsberger referiert über den Recurs des Jakob Badl gegen feuerpolizeiliche Verfügungen IX., Kolingasse 5, und beantragt die Abweisung.

Vice-Bürgermeister Matzenauer beantragt die Abhaltung einer Localcommission auf Kosten des Recurrenten im Sinne seines Ansuchens.

Der Referent accommodiert sich diesem Antrage.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(10257 ex 1894.) St.-R. Witzelsberger referiert über den neuerlichen Bericht puncto der der Firma Friedmann & Tapezierer ertheilten feuerpolizeilichen Aufträge VI., Barnabitengasse 9 a, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(Ad 3580.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Anträge anlässlich der Übersiedlung der Doppel-Bürgerschule XII., Schönbrunnerstraße 39/41, nach V. Bezirk, Herthergasse, und beantragt, den Stadtraths-Beschluss vom 9. Mai dahin abzuändern, dass von der Ergreifung des Recurses bezüglich der Directorinstelle Umgang genommen wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger beantragt, dass die Punkte, welchen zugestimmt wird, genau fixiert werden, und dass der Recurs, falls die Directorinstelle systemisiert wird, schon derzeit vorbehalten werde.

Der Referent accommodiert sich diesem Antrage.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(3807.) St.-R. Dr. Vogler referiert über das Ansuchen der Schuldirectorswaise Mariette Männer um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt, derselben die Gnadengabe per 100 fl. neuerlich auf die Dauer von drei Jahren vom 1. Mai 1895 angefangen aus den eigenen Geldern zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(4054.) St.-R. Dr. Vogler referiert über das Ansuchen des Alois Mischling, Unterlehrers, um Überlassung von Localitäten in der Schule XI., Münnichplatz 6, bei Ertheilung von Singstunden und beantragt die unentgeltliche Überlassung von zwei Lehrzimmern der städtischen Volksschule am Münnichplatz Nr. 6 an drei Tagen in der Woche außer der Unterrichtszeit gegen Zahlung der Kosten für die Reinigung, Beheizung und Beleuchtung an Alois Mischling zu dem angegebenen Zwecke unter den diesfalls normierten Bestimmungen. Auf die Überlassung des Conferenzzimmers wird aus den vom Bezirksschulrathe angeführten Gründen nicht eingegangen. (Angenommen.)

(409.) St.-R. Dr. Vogler referiert über die Durchführung der Einheitlichkeit der Lehr- und Lesebücher an allen Volks- und Bürgerschulen Wiens und beantragt, an den k. k. n.-ö. Landesschulrath im Sinne der Ausführungen des Magistrates heranzutreten und um

ehemöglichste Abhilfe bezüglich der Wahl der Lehr- und Lesebücher für die allgemeinen Volks- und Bürgerschulen in Wien zu ersuchen.

(Angenommen.)

(3864.) St.-R. Dr. Vogler referiert über den Magistratsbericht bezüglich des Competenz-Conflictes des Waisenhausvaters des IV. städt. Waisenhauses im X. Bezirke, Franz Pech, und der Leitung der Volksschule im X. Bezirke, Himbergerstraße 30, respective Herstellung des Einvernehmens zwischen den Waisenhausvätern und den Schulleitungen und beantragt, dem löblichen Bezirksschulrathe ist in Erledigung seiner Note vom 8. Juni 1895, Z. 977 und 1556,

1. Kenntnis zu geben von dem unter dem 7. März 1895 ad M.-Z. 76314 seitens des Bürgermeisters an die Waisenhausväter gerichteten Decrete;

2. mitzutheilen, dass dem Stadtrathe der Entwurf eines neuen Statutes und neuer Instructionen für die städtischen Waisenhäuser zur Berathung vorliegt, wobei jedenfalls auch auf zweckentsprechende Bestimmungen hinsichtlich des mit der Schule zu pflegenden Einvernehmens Bedacht genommen werden wird;

3. über die zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 3. Jänner 1894, Z. 7364/93, eingeführte Einrichtung der auswärtigen Correpetitoren an den Wiener Waisenhäusern und die bezüglich der im VII. und VIII. städtischen Mädchen-Waisenhause in Ansehung der internen Hilfs- und Lehrkräfte noch bestehenden Verhältnisse mit Hervorhebung des Umstandes, dass bei Bestellung dieser Hilfslehrkräfte schon nach dem mit der Ansicht des Bezirksschulrathes übereinstimmenden Grundsatze vorgegangen wurde, die internen Hilfslehrerinnen nicht jener Schule zu entnehmen, welche von den Waisenhauszöglingen besucht wird, zu berichten;

4. von der Thatsache in Kenntnis zu setzen, dass Waisenhausvater Pech sein Ansuchen um Versetzung in den bleibenden Ruhestand überreicht hat;

endlich sind 5. dem löblichen Bezirksschulrathe die weiter eingelangten Anzeigen gegen Lehrpersonen der Schule X., Himbergerstraße 30, zur competenten Amtshandlung abzutreten.

(Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 21. und 22. Mai 1895.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	12.299 Stück
Fettschweine	4.366 „
Summa	16.665 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	11.119 Stück
für das Land	2.494 „
unverkauft blieben	3.052 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . von 32 bis 42 (—) kr.
Fettschweine . „ 30 „ 36 (—) „ } per Kg. Lebendgewicht.

Der Geschäftsverkehr war am Dienstagmarkte infolge des bedeutend vermehrten Auftriebes sehr lebhaft und sind die Preise der Fettschweine um 2 bis 2½ kr. per Kilogramm und die der Jungschweine um 2 kr. per Kilogramm gefallen. Die anlässlich des Ausbruches der Schweineseuche in den ungarischen Mastanstalten ausgestoßenen und am Wiener Markte zum Verkehr gestellten „Futterschweine zur Schlachtung" wurden zu 25 bis 30 kr. per Kilogramm verkauft. Am Mittwoch-Nachmarkte wurde nach Jungschweinen lebhafter gefragt, daher selbe um 2 kr. per Kilogramm stiegen, während Fettschweine zu Dienstagpreisen verkauft wurden.

* * *

Pferdemarkt vom 21. Mai 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 503 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 80—350 fl. per Stück
„ Schlachtpferde . . . . . 28— 75 „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Stechviehmarkt vom 22. Mai 1895.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 1053, Kälber lebend 2602, Lämmer Waidner 981, Lämmer lebend 182, Schafe Waidner 189, Schafe lebend 792, Schweine Waidner 942.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per Kg.	von	36	bis	60 (62—64)	kr.
Kälber lebend	„ „ „		36	„	52 (—)	„
Schweine Waidner	„ „ „		33	„	46 (48—52)	„
Schweine lebend junge . .	„ „ „		—	„	—	„
Schweine lebend fette . . .	„ „ „		—	„	—	„
Lämmer Waidner	„ Paar	von	4	bis	11 (—)	fl.
Lämmer lebend	„ „ „		5	„	13 (—)	„
Schafe Waidner	„ Kg.	von	30 (—)	bis	45 (48)	kr.
Schafe lebend	„ „ „		— (—)	„	— (—)	„
Schafe lebend	„ Paar	von	18½	bis	24½	fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 71 Stück Kälber weniger zugeführt. Bei reger Kauflust sind Kälber prima Qualität um 4 kr. per Kilogramm, mittlere und mindere Qualitäten um 4 bis 8 kr. per Kilogramm gestiegen.

Auf dem Schafmarkte wurden um 2181 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Exportschafe 18½ und 24½ fl. per Paar, Consumschafe 20½ fl. per Paar verkauft.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 22. Mai 1895 87 Stück Mast- und 165 Stück Beinlvieh aufgetrieben. Bei schwacher Kauflust blieben die Preise vom Montagmarkte unverändert.

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Bericht des Marktamtes

über die im Monate April 1895 zum Consume nach Wien eingeführten Thiere und Fleischwaren, die vorgenommenen Schlachtungen und die in Ausübung der Markt-, Sanitäts- und Veterinärpolizei von den Beamten des Marktcommissariates und der Veterinärabtheilung vorgenommenen Confiscationen nachstehender Artikel:

Geschlachtet wurden:

18.658 Rinder, 34.776 Schweine, 1210 Kälber, 2038 Lämmer, 1263 Pferde und 11 Esel.

Eingeführt wurden:

248.000 Rinder, 29.509 ausgeweidete und 929 lebende Kälber, 3641 ausgeweidete und 27.547 lebende Schafe und Lämmer, 38.278 ausgeweidete, 48701 lebende Schweine, 987.197 kg Rindfleisch, 164.941 kg Kalbfleisch, 5889 kg Schaffleisch und 231.730 kg Schweinfleisch.

Confisciert wurden:

Nach Stücken: 46 Rinder, 45 Kälber, 13 Schafe, 176 Lämmer, 15 Kitze, 407 Schweine, 35 Spanferkel, 6 Pferde, 16 Wildschweine, 36 Federwild, 88 Geflügel, 91 Haselhühner, 2 Gänse, 1 Ente, 13 Hühner, 7 Tauben, 218 Föten, 115 Fische, 1224 Lebern, 417 Lungen, 52 Magen und Gedärme, 3 Euter, 40 Flotzmäuler, 15 Füße, 14 marinierte Fische, 14 Caparossoli, 1592 Eier, 406 Eier mit Anilin gefärbt, 7000 Weinreben, 18.407 Südfrüchte, 27 Nüsse, 110 Feuerwerkskörper, 1 Milchsprudler, 35 Liqueurfläschchen, 22 Brausepulver, 26 nicht verzinnte Geschäftsutensilien, 39 Flaschen Mineralwässer, 69 Wagen und Gewichte, 6 Hohlmaße, 25 Kunstblumen.

Nach Kilogramm: 15 Hühner, 735·750 Rindfleisch, 7620·9 Kalbfleisch, 45·6 Schaffleisch, 93 Lammfleisch, 360·25 Schweinfleisch, 10 geräuchertes Schweinfleisch, 9 Gänsefleische 638·5 Fische, 62·64 Würste, 5 Salami, 59·5 Lungen, 40 diverse Organtheile, 9·4 Zuwagstheile, 9·5 Butter, 1·75 diverse Fettwaren, 66·5 Käse, 70·9 Topfen, 4056 Obst, 11·9 Dörrobst, 2536·3 Gemüse, 570 Salat 101 Carfiol, 186·5 Zwiebel, 1255·75 Erdäpfel, 136·65 faule Schwämme, 1·55 verbotene Schwämme, 2 Mehl, 2 Brot, 19 Gebäck, 113·25 Hülsenfrüchte, 360 Preßhefe, 6691·3 Südfrüchte, 45 Nüsse, 0·25 Gewürze, 20·3 Essiggurken, 14 Früchteconserven, 5 Zuckersaft, 12·2 Zuckerbäckerwaren, 0·2 Theerfarbe, 45 Medicinalkräuter, 17·53 Maculaturpapier.

Nach Litern: 583¾ Milch, 1 Rahm, 41¼ Bier, 1 Essig.

Gewerbe-Angelegenheiten.

(Genossenschaft der Tapezierer.) Bei den am 23. April und 7. Mai 1895 in der Volkshalle des neuen Rathhauses unter Intervention des Magistratscommissärs Anton Frischauf stattgehabten Genossenschaftsversammlungen der Tapezierer wurde der bisherige Vorsteher Herr August Krönig, Tapezierermeister, V., Grüngasse Nr. 18, abermals als Vorsteher und Herr Franz Bieger, Tapezierermeister, VI., Gumpendorferstraße Nr. 3, als Vorsteher-Stellvertreter gewählt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 19. Mai bis 22. Mai 1895:

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Wintergasse 29, von Heinrich Weiner, Staudingergasse 9, Bauführer C. Kittel (3302).

VI. Bezirk: Haus, Stumpergasse 28, von Barbara Zöbl, Burggasse 11, und Victor Kraus, Döblergasse 6, Bauführer C. Langer (3325).

VII. Bezirk: Haus, Lerchenfelderstraße 131, von Josef Zant, Josefstädterstraße 59, Bauführer C. Stigler (3330).

„ „ Haus, Neubaugasse 75, von Otto und Alfred Berger, Mariahilferstr. 110, Bauführer Franz Neumann (3347).

XII. Bezirk: Hausbau, Unter-Meidling, Aichholzgasse, Conscr.-Nr. 1311, Baustelle 21, Parcelle 1920, von Friedrich und Theresia Mandl, XII., Ruckergasse 8, Bauführer Josef Hartl, Baumeister (16503).

XIX. Bezirk: Wohnhaus, Döbling, Kahlenbergerstraße 34, von Rudolf und Anna Schaller in Starkenbach (Böhmen), durch Friedrich Zuliany, XIX., Greinergasse 30, Bauführer Karl Höllerl, XIX., Heiligenstädterstraße 154 (10195).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Wollzeile 18 bis 20, von Johann Feichtinger, Maurermeister (3308).

„ „ Opernring 9, von Alois Ebeseder, Bauführer J. Chalusch (3313).

III. Bezirk: Erdbergstraße 144, von Friedrich Gutmann, Baumeister (3336).

„ „ Kolonitzplatz 1, von der Stadt Wien (3355).

V. Bezirk: Franzensgasse 19, von J. Hölzl, Bauführer J. Ebetshuber (3301).

VI. Bezirk: Millergasse 46, von Barbara Ritter, Kaiserstraße 19, Bauführer W. Lischka (3315).

„ „ Hirschengasse 15, von Karl Langer, Baumeister (3322).

„ „ Magdalenenstraße 45, von Franz Neumann, Baumeister (3346.)

IX. Bezirk: Porzellangasse 23, von D. Stark, Bauführer ? (3363).

XII. Bezirk: Altmannsdorf, Breitenfurterstraße 86, von Karl Brecina, ebenda, Bauführer ? (16507).

XVI. Bezirk: Abort und Canal, Ottakring, Wilhelminenstraße 114, von Franz Baschnik, ebenda, Bauführer H. Rella & Comp. (27087).

XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Billrothstraße 50, von Josef Gauß, I., Am Hof 8, Bauführer Franz Feigl (10031).

Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Balkon-Reconstruction, Führichgasse 1, von Jul. Zerkowitz, Baumeister (3375).

II. Bezirk: Schupfe, Jägerstraße 77, von Martin Neubauer, Zimmermeister, Wallensteinstraße 19 (3307).

III. Bezirk: Schupfe, Landstraße Hauptstraße 64, von J. Plaschkowitz, Bauführer ? (3309).

V. Bezirk: Hofeindeckung, Griesgasse 11, von Gebrüder Simon, Bauführer J. Hecht (3334).

VII. Bezirk: Kleinkessel-Aufstellung, Neustiftgasse 135, von Franz Popp, Halbgasse 26, Bauführer ? (3329).

XII. Bezirk: Abortumstellung, Gaudenzdorf, Storchengasse 3, von Franz Wawrik, ebenda, Bauführer Karl Palisa, V. Bezirk (16427).

XVIII. Bezirk: Zwei Salettl, eine Schupfe, hölzernes Stakettengitter und Stützmauer, Sulzweg 1, von Leopold Etzmannsdorfer, ebenda, Bauführer Johann Steinmetz (16968).

„ „ Zwei Aborte und diverse Adaptierungen, Währing, Weinhauserstraße 63, von Karl Ruhrhofer, ebenda, Bauführer Alexander Jungwirth (16978).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

II. Bezirk: Vorgartenstraße Grundb.-Einl. 4378, Gruppe XXI, von der Donauregulierungs-Commission (3379).

IV. Bezirk: Alleegasse Grundb.-Einl. 16, Or.-Nr. 20, von Josef Schulz durch Dr. Alfred Rabel (3345).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

II. Bezirk: Salzachstraße 8 und 10, Baustelle Gruppe E, Reihe XII, von Robert Rigel, Schwangasse 1 (3332).

V. Bezirk: Matzleinsdorferstraße Grundb.-Einl. 2091, Baustelle VII, von Wenzel Schulz, Maurermeister für W. B. Lukesch (3342).

VI. Bezirk: Magdalenenstraße 47, von Franz Probeschl (3339).

XII. Bezirk: Unter-Meidling, Wilhelmstraße 10, Einl.-Z. 508, von Karl und Theresia Dangler (16502).

XVI. Bezirk: Einl.-Z. 1484 Ottakring, von Josef Kainz, XVII., Franz Glasergasse 1 (26798).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

I. Bezirk: Schulerstraße 20, von Ed. Frauenfeld & Berghof, Baumeister (3328).

„ „ Judenplatz 3 bis 4, von Al. Schumacher, Baumeister (3366).

VII. Bezirk: Neustiftgasse 23, von Georg Löwitsch, Baumeister (3366).

XII. Bezirk: Unter-Meidling, Aichholzgasse, von Michael Neubauer und Josef Reiner, VII., Burggasse 6, Demolierender Ferd. Kellner, Maurermeister, XII., Tivoligasse 20 (16501).

Gewerbeanmeldungen vom 18. Mai 1895.

(Fortsetzung.)

Mayer Adolf — Kaffeesieder — I., Marc Aurelstraße 10.
Withofner Rupert — Kaffeeschenker — III., Barichgasse 40.
Stesl Franz — Herrenkleidermacher — X., Simmeringerstraße 151.
Sellinger Josef — Kleinfuhrwerk — XI., Braunhubergasse 14.
Holzapfel Ludwig — Kohlenhandel — III., Rudolfsgasse 32.
Zidek Wilhelm — Lederzurichter — XVI., Roseggergasse 15.
Kraus Clotilde — Marktvictualienhandel — I., Hoher Markt.
Vonafka Wenzel — Musiker — XVIII., Schopenhauerstraße 42.
Prohaska Anna — Naturblumenhandel — I., Wollzeile 4.
Dvořák Karoline — Pfaidlerei — XV., Turnergasse 16.
Homberg Friedrich — Pfaidler — VI., Stumpergasse 49.
Krones Anton — Realitätenspeculation — VI., Mariahilferstraße 75.
Klein Leopold — Sammeln von Pränumeranten auf Druckwerke — XVII., Ottakringerstraße 11.
Fiedler Johann — Schuhmacher — III., Sechskrügelgasse 7.
Kubes Josef — Schuhmacher — X., Puchsbaumgasse 50.
Franč Karl — Spirituosenhandel — X., Simmeringerstraße 176.
Kreutzer Josef — Stadtlohnkutscher — XV., Kranzgasse 18.
Jedlička Anton — Tischler — XV., Würfelgasse 6.
Papperitz Johann — Uhrmacher — XVI., Brunnengasse 18.
Fried Hermine — Verabreichung von Speisen, Kaffee, Thee, Chocolate, anderen warmen Getränken und von Erfrischungen, sowie von geistigen Getränken mit Ausnahme des Branntweines — III., Hintere Zollamtsstraße 3.
Hoffmann Karl — Vermittlung von Annoncen durch Aufstellung von elektrischen Reclame-Candelabern — I., Wollzeile 9.
Stein Anton — Verschleiß von Heiligenbildern in Ölfarbendruck — XII., Schönbrunnerstraße 1.
Floder Franz — Wäscheputzer — XVIII., Sommarugagasse 8.
Hajek Katharina — Wäscheputzerei — XI., Hauptstraße 80.
Simper Francisca — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — VI., Stumpergasse 27.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 20. Mai 1895.

Blaschke Vincenz — Bäcker — V., Rüdigergasse 14.
Erben Karl — Bildhauer — V., Einsiedlergasse 9.
Chloupek Rosa — Blumenmacherin — V., Obere Bräuhausgasse 26.
Wostny Pangratz Johann — Commissions-Fahrräder-Verschleiß — XIV., Reindorfgasse 12.
Bloch Bernhard, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — VI., Gumpendorferstraße 40.
Stoan Wenzel — Drechsler — V., Johannagasse 19.
Rischavi Lucia — Etuimacher — V., Hundsthurmerstraße 114.
Endler Johann — Fabriksmäßiger Betrieb von Bautischlerei und Bauschlosserei — V., Untere Bräuhausgasse 37.
Redl Adelheid — Flaschenbierhandel — XII., Kollmeyergasse 20.
Schak Johann — Franſenknüpfer — V., Reinprechtsdorferstraße 48.
Schmitt August — Friseur — V., Tichtelgasse 10.
Faltesek Vincenz — Wirt — I., Bäckerstraße 7.
Klima Antonia — Gastwirtin — V., Spengergasse 14.
Schuster Marie — Gast- und Schankgewerbe — XII., Meidlinger Hauptstraße 46.
Smutny Anna — Gastwirtin — III., Custozzagasse 3.
Tökes Georg — Gastwirt — I., Wipplingerstraße 16.
Winklarek Franz — Schankgewerbe — V., Matzleinsdorferstraße 11.
Jahn Mali — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Adamsgasse 13.
Mandl David — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Am Hof 5.
Mertz Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Ramperstorfferg. 30.
Atlas Salomon — Gold- und Juwelenarbeiter — VI., Engelgasse 6.
Kmenta Eleonore — Gummi-Kinderballon-Erzeugung — III., Adamsg. 17.
Nemec Anton — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Delnicki listy" — V., Schlossgasse 2.
Goldstein Ernestine — Kaffeesiederin — I., Wipplingerstraße 32.
Kubiza Anna — Kaffeeschank — XIX., Döblinger Hauptstraße 88.
Hofer Katharina — Damenkleidermacherin — V., Hundsthurmerstr. 20.
Kordon Anton Franz — Kleinfuhrmann — XIII., Hüttelbergstr. 30.
Pertich Josefa — Kleinhandel mit Holz, Kohlen und Coaks — X., Götzg. 9.
Frind Johann — Kunststein-Erzeugung — V., Hundsthurmerspitz 170.
Kunza Wilhelm — Metallschleifer — V., Luftgasse 3.
Blümel Karoline — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XIV., Grimmg. 16.
Heinisch Wilhelmine — Milch- und Gebäck-Verschleiß — V., Gießaufg. 5.
Kubesch Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — V., Reinprechtsdorferstraße 8.
Roitner Cäcilie — Verschleiß von Milch, Milchproducten und Eiern — XIII., Hollergasse 27.
Swoboda Marie Theresia — Milch-, Gebäck- und Canditen-Verschleiß — V., Spengergasse 16.
Jakel Marie — Pfaidlerei — V., Siebertgasse 4.
Löwendahl Marianne — Pfaidlerei — I., Naglergasse 5.
Samek Josef — Pferdemäkler — V., Städtischer Pferdemarkt.
Dlabal Alois — Schlosser — V., Ramperstorffergasse 43.
Brosenbauch Josef — Schuhmacher — XII., Vivenotgasse 37.
Hoor Ignaz — Schuhwaren-Verschleiß — V., Matzleinsdorferstraße 60.
Turcsanyi Andreas — Silber-, Gold- und Juwelenarbeiter — VI., Engelgasse 6.
Wokac Franz — Spengler — V., Brandmayergasse 6.
Büchele Karl — Stadtträger — V., Castelligasse 16.
Pfennigbauer Johann — Tischler — VI., Liniengasse 50.
Bunzl Simon — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten, Mercantildruckſorten und gebrauchten Postwertzeichen — I., Köllnerhofgasse 3.
Kosler Moses — Verschleiß von Papier und Kurzwaren, Schulheften, Preislisten ꝛc. — VI., Gumpendorferstraße 88 a.
Gröger Georg — Victualienhandel im Umherziehen — V., Untere Bräuhausgasse 48.
Krajesir Anna — Victualienhandel im Umherziehen — III., Schlachthausgasse 18.
Wolfinger Josef — Wäscheputzer — V., Kompertgasse 10.
Pollak Emil — Weinschenker — I., Bäckerstraße 8.
Sieber Anton — Wein- und Bierhandel in handelsüblich verschlossenen Flaschen — XII., Breitenfurterstraße 32.
Auer Marie — Weißnäherin — XII., Schönbrunnerstraße 124.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 21. Mai 1895.

Kreunstetter Johann — Agent für Nähmaschinen und landwirtschaftliche Maschinen gegen Provision — XV., Sechshauserstraße 12.
Grünberger Karl — Fensterputzer — XVII., Kastnergasse 20.
Krätzer Franz — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — V., Hundsthurmerstraße 97.
Chory Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Sautergasse 14.
Mathias Peter — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Palffygasse 15.
Pflaum Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Quellengasse 7.
Schwach Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Marianneng. 20.
Wagner Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Piaristengasse 2.
Willinger Vincenz — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Märzstr. 60.
Thiemann Karl, Ebeling August — Handel mit Weinen und Spirituosen in handelsüblich verschlossenen Flaschen und Gebinden — I., Kolowratring 14.
Dögl Katharina — Inhaberin einer Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — VIII., Piaristengasse 9.
Weidenhöfer Wilhelm — Kaffeesieder — V., Hundsthurmerstraße 71.
Schwarz Karl — Kaffeesieder — XVIII., Staudgasse 1.
Pallik Eduard Johann — Claviermacher — V., Kliebergasse 15.
Göschl Barbara — Damenkleidermacherin — XII., Gürtelstraße 17.
Mazánek Ignaz — Herrenkleidermacher — XVII., Lacknergasse 50.
Nowak Johann — Kleidermacher — V., Grohgasse 3.
Pfingstner Josef — Herrenkleidermacher — XIV., Schweglerstraße 3.
Lutsch Eduard — Marktvictualienhandel — XIV., Am Markt.
Schied Katharina — Marktfahrergewerbe — XIV., Felberstraße 80.
Müller Johann — Mechanische Holzindustrie — XIV., Benedict Schellingergasse 7.
Erzherzoglich Friedrich'sche Hofmühl-Verwaltung — Mehl-Verschleiß — XI., Hauptstraße 54.
Arnberger Eleonore — Milch-, Gebäck- und Canditen-Verschleiß — V., Mauthausgasse 4.
Hödl Johanna — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XII., Mandlgasse 8.
Kunfy Eugen, v. — Milchmeier — X., Himbergerstraße 128.
Wanerka Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XIV., Goldschlagstraße 29.
Wintersteiner Barbara Pauline — Pfaidlerei — III., Boerhavegasse 33.
Ellö Andreas — Pferdehandel — V., städtischer Pferdemarkt.
Janecek Anna — Pferdefleischhauskocherei — X., Richardgasse 13.
Strazensky Antonia — Pferdefleisch- und Pferdefleisch-Selchwaren-Verschleiß — XIII., Linzerstraße 230.
Kahn Pauline — Revision von Frachtbriefen und Transportrechnungen der Eisenbahnen, sowie Vermittlung der Rückerlangung geleisteter Überzahlungen auf solchen Frachtdocumenten — VIII., Bennogasse 22.
The Palatine Insurance Cy ltd. in Manchester — Rückversicherungs-Gesellschaft — I., Teinfaltstraße 7.
Balas Johann — Schuhmacher — XV., Henriettenplatz 7.
Böhm Julius — Schuhmacher — XVII., Schellhammergasse 4.
Krejci Johann — Schuhmacher — XVIII., Schumanngasse 5.
Petrak Theresia — Spirituosenhandel — X., Laxenburgerstraße 13.
Sanicky Magdalena — Spirituosenhandel — X., Senefeldergasse 20.
Puchony Johann — Tischler — X., Rothenhofgasse 5.
Gmeinböck Dominica — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten und Kurzwaren — III., Apostelgasse 13.
Sonnenschein Jakob — Victualien-Verschleiß — XV., Fünfhausg. 31.
Hornik Antonie — Wäscheputzerei — XV., Hanglüssgasse 1.
Ziegler Marie — Wäscheputzerin — V., Reinprechtsdorferstraße 54.
Chwala Alois — Wirkwaren-Erzeugung — XIV., Ullmannstraße 40.
Larcher Franz — Zimmermaler — XVII., Weidmanngasse 41.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 22. Mai 1895.

Stern Karl — Bildhauer — XII., Vivenotgasse 37.
Halm Karl — Chemische Wäscherei von Herren- und Damenkleidern — VII., Neustiftgasse 10.
Hirsch Albert Walter — Commissions-Verschleiß von Gas- und Wasserleitungs-Bedarfsartikeln — IX., Ferstelgasse 3.
Kaiser David — Erzeugung von Limonade mit Ausschluss des Ausschankes — VII., Kaiserstraße 37.
Abeles Heinrich — Fabriksmäßige Erzeugung von Schuhwaren — VII., Kaiserstraße 71.
Zettl Heinrich — Photograph — IV., Hauptstraße 59.
Hembach Johann — Fouragewarenhandel — III., Rasumoffskygasse 12.
Holl Georg — Gastwirtsgewerbe — VII., Neustiftgasse 53.
Holub Ignaz — Gastwirt — VII., Mariahilferstraße 122.
Schneider Margarethe — Gast- und Schankgewerbe — XII., Hetzendorferstraße 72.
Schwabl Marie — Gastwirtin — XVII., Hernalser Hauptstraße 103.
Ziegel Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Neustift a. W. 85.
Horeczky Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kandlgasse 16.
Weigl Leopoldine — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kirchbergg. 26.
Wild Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neubaugasse 54.
Wilhelm Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Sternwartestr. 9.
Bastian Marie — Handschuhnäherin — XIV., Preysinggasse 16.
(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes 1243

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 21. Mai 1895.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Beurlaubung der Gem.-Räthe Dr. v. Billing und Wimberger 1243
2. Resignation des Gem.-Rathes Dolainski auf sein Gemeinderathsmandat 1243
3. Eröffnung des Liechtensteinparkes im IX. Bezirke 1243
4. Legat nach Wilhelm Ritt. v. Gutmann 1244
5. Spende des Baron Schröckinger aus dem Nachlasse des Naturforschers Johann Natterer 1244
6. Einladung des Gemeinderathes zum Besuche der XII. Möbelindustrie-Ausstellung 1244
7. Anordnung der Neuwahl von zwei Mitgliedern in die Commission für Verkehrsanlagen 1244
8. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Gregorig, betreffend die Erledigung seines Antrages, die Sitzungen des Stadtrathes für die Mitglieder des Gemeinderathes als öffentlich zu erklären und die Antragsteller des Gemeinderathes den Sitzungen des Stadtrathes mit berathender Stimme beizuziehen 1244
9. Neuregelung des Galeriebesuches im Gemeinderaths-Sitzungssaale 1244
10. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Schlögl, betreffend die Wiedereröffnung des Durchhauses XIV., Reichsapfelgasse 23 1244
11. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Polzhofer, betreffend die Nichtberücksichtigung der Wiener Industrie bei der Vergebung der maschinellen Bestandtheile für die Pumpstation in Breitensee 1245

Einlauf:
12. Petition von Einwohnern von Breitensee, betreffend die Aufstellung eines Auslaufbrunnens in der Marnogasse (überreicht durch Gem.-Rath Rauer) 1247

Interpellationen:
13. Gem.-Rath Gräf, betreffend das Ausbleiben des Hochquellenwassers in einem Theile des XVI. Bezirkes 1247
14. Gem.-Rath Fickeys, betreffend die Errichtung eines Volksvollbades im XI. Bezirke 1247
15. Gem.-Rath Seiler, betreffend sanitäre Übelstände im Bezirkstheile Kaisermühlen 1248
16. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend die Wiedereröffnung des Durchhauses XIV., Reichsapfelgasse 23 1248

Anträge:
17. Gem.-Rath K. J. Müller, betreffend die Verlegung des Pflasterstein-Lagerplatzes aus dem IX. Bezirke 1248
18. Gem.-Rath Kreisel, betreffend die Schulbücherbeschaffung . . 1248
19. Gem.-Rath Silberer, betreffend die Beleuchtung der Zufahrtstraße von der Mariahilferstraße zum Raimund-Theater . . . 1249
20. Gem.-Rath v. Götz, betreffend die Aufstellung eines Auslaufbrunnens in der ehemaligen Bahnhofstraße in Hütteldorf . . . 1249
21. Gem.-Rath Dr. Pommer, betreffend die Ausschließung der Firma Siemens & Halske von den Arbeiten und Lieferungen der Gemeinde bis zur Wiederaufnahme des entlassenen Beamten Seelig 1249
22. Gem.-Rath Lorenz Müller, betreffend die Schaffung einer neuen Tramwaylinie behufs Verbindung der Brigittenau mit der Inneren Stadt 1249
23. Derselbe, betreffend eine ausgiebigere Straßenbespritzung in der Brigittenau 1249
24. Gem.-Rath Dr. Richter, betreffend die Incompatibilität eines Reichsraths- und eines Stadtrathsmandates 1250
25. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Erweiterung des Hernalser Schlachthauses 1250
26. Derselbe, betreffend die Entfernung eines Tümpels zunächst dem Gersthofer Friedhofe im XVIII. Bezirke 1250

Referate:
27. Gem.-Rath Dr. Lederer, betreffend die Ergreifung der außerordentlichen Revisionsbeschwerde in dem Passivprocesse der Gemeinde Wien gegen das k. k. Ärar für beim Umbaue des Barbarastiftes im Auwinkel in den Jahren 1848—1852 erfolgte Straßengrundabtretungen 1250
28. Derselbe, betreffend die Bestimmung des den Beamten der städtischen Bibliothek und des städtischen Archivs nach dem Rangclassenschema für die städtischen Beamten zukommenden Ranges 1251
29. Gem.-Rath Matthies, betreffend die Aufführung eines Schulneubaues auf den Realitäten IX., Grüne Thorgasse 9/11 . . . 1252
30. Gem.-Rath Stiaßny, betreffend die Risalitanlagen beim Hause VII., Kaiserstraße 47, des Ferdinand Kalb 1256
31. Derselbe, betreffend den Verkauf eines Theiles der aufgelassenen Breitenfurterstraße im V. Bezirke an Ludwig Böck 1257
32. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend den Verkauf eines Theiles der Cat.-Parc. 1269/1, Einl.-Z. 568 in Dornbach an Paul Finck 1258
33. Derselbe, betreffend den Verkauf eines anderen Theiles derselben Parcelle an Heinrich Glaser 1260
34. Derselbe, betreffend die Baulinienbestimmung für einen Theil der Eroicagasse, XIX. Bezirk 1261
35. Gem.-Rath Stiaßny, betreffend die Ertheilung des Bauconsenses für die Aufsetzung eines Stockwerkes auf den Turnsaaltract der Schule IV., Starhemberggasse 8 1261
36. Derselbe, betreffend die Ertheilung des Bauconsenses für den Bau einer Doppel-Bürgerschule XIII., Neubergenstraße 1261
37. Derselbe, betreffend den Ankauf der Parc. 425/19, Einl.-Z. 1283 Währing von Johann Gschwandner und Consorten zur Arrondierung der städtischen Parc. 427/1, Einl.-Z. 1274 daselbst 1263
38. Gem.-Rath Rückauf, betreffend die Subventionierung des Kindergartenvereines in Rudolfsheim 1263
39. Derselbe, betreffend die Erwerbung von Gründen behufs Schaffung eines Materiallagerplatzes im XVI. Bezirke 1264
40. Derselbe, betreffend die Widmung eines Ehrenpreises der Stadt Wien für die Geflügelausstellung des Ersten österr.-ungar. Geflügelzuchtvereines 1265
41. Derselbe, betreffend die Subventionierung der Genossenschaft der Zuckerbäcker 1268
42. Derselbe, betreffend die Widmung eines Ehrenpreises der Stadt Wien für die Pferdeausstellung des landwirtschaftlichen Bezirksvereines in Waidhofen a. d. Thaya 1268

Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 1268
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 15. Mai 1895 (vormittags) 1268
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 15. Mai 1895 (nachmittags) 1272

Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 21. und 22. Mai 1895 1275
Pferdemarkt vom 21. Mai 1895 1275
Stechviehmarkt vom 22. Mai 1895 1275
Approvisionierungs-Angelegenheiten:
Bericht des Marktamtes über die im Monate April 1895 zum Consume nach Wien eingeführten Thiere und Fleischwaren, die vorgenommenen Schlachtungen und die in Ausübung der Markt-, Sanitäts- und Veterinärpolizei von den Beamten des Marktcommissariates und der Veterinärabtheilung vorgenommenen Confiscationen 1275
Gewerbe-Angelegenheiten:
Genossenschaft der Tapezierer 1276
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 19. bis 22. Mai 1895 1276
Gewerbeanmeldungen 1277
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen.*)

1895.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
31. Mai 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	M.-Z. 81267. Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten** für die Neupflasterung der Goldschlagstraße zwischen der Beingasse und der Pouthongasse im XV. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 3380 fl. 30 kr. und 200 fl. Pauschale. 2—3

*) Pläne, Kostenanschläge ꝛc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Vadium von 5 **Percent der Kostenanschlagssumme** anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestaltete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Arbeitsgattungen oder Lieferungen wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung der erledigten Directorstelle an der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Mädchen in Wien, XVIII. Bezirk, Währing, Anastasius Grüngasse 16/18.)

An der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Mädchen in Wien, XVIII. Bezirk, Währing, Anastasius Grüngasse 16/18. kommt die Directorstelle zur Besetzung.

Mit dieser Stelle ist der Jahresgehalt der zweiten Gehaltsclasse von 1400 fl., eine Quartiergeldentschädigung von jährlich 500 fl., sowie der Anspruch auf Dienstalterszulagen von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je fünf Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrath zu richten; dieselben müssen **längstens bis 20. Juni 1895** im vorgeschriebenen Dienstwege beim Ortsschulrathe des XVIII. Wiener Gemeindebezirkes eingelangt sein.

Die Gesuche sind zu belegen mit:

dem Taufscheine;

dem Heimatscheine bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind;

dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung;

dem Lehrbefähigungszeugnisse für Bürgerschulen, sowie für Volksschulen;

den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-Enthebungsdecrete u. dgl.), sowie der Befähigung zum Religionsunterrichte des katholischen Glaubensbekenntnisses, endlich mit der in den Rubriken 1 bis 5 auszufüllenden Diensttabelle.

Sämmtliche Nachweise sind entweder im Originale oder in gesetzlich beglaubigter Abschrift anzuschließen.

Die Dienstzeit ist bis zum Ablaufe des Concurstermines zu berechnen.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,
am 13. Mai 1895.
Der Vorsitzende-Stellvertreter:
Dr. Theodor Reisch. 2—3

Z. 98.

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 14. d. M., Z. 14501, wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate September 1894** verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 40942 bis inclusive Pfand-Nr. 45673 und **Effecten** von Pfand-Nr. 75511 bis inclusive Pfand-Nr. 83806 **am 7. Juni 1895, um 9 Uhr vormittags,** im **Pfandleihanstalts-Gebäude, XIV. Bezirk (Sechshaus), Gemeindegasse 5,** gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,
am 21. Mai 1895. 1—3

Z. 90069.
XVI.

Kundmachung.

(Verwendung von Radfahrern bei den Waffenübungen.)

Zufolge Erlasses des k. k. Ministeriums für Landesvertheidigung vom 29. April 1895, Nr. 10970/1781 IV a, wird in analoger Weise wie bei den Truppen des k. u. k. Heeres beabsichtigt, auch innerhalb der k. k. Landwehr bei der diesjährigen Hauptwaffenübung, speciell bei den Übungen der vereinigten Waffen, Radfahrer zu verwenden und für diesen Dienst waffenübungspflichtige Officiere und Mannschaft des nicht activen Standes, welche sich bereiterklären, die ihnen obliegende Waffenübung als Radfahrer abzuleisten, heranzuziehen.

Jeder Radfahrer hätte eine eigene, leistungsfähige Maschine mitzubringen und würde für dieselbe eine Abnützungs-Entschädigung von 20 fl. erhalten.

Die diesbezüglichen Anmeldungen sind von den Betreffenden **bis längstens 30. d. M.** direct an das hiesige Landwehr-Ergänzungsbezirks-Commando einzusenden. 1—1

---

*

G.-Z. 92444.
VIII.

Currende

an die definitiv angestellten städtischen Ärzte der Bezirke I bis X.

Der Wiener Gemeinderath hat zufolge Plenarbeschlusses vom 7. Mai 1895, Z. 635, anlässlich der definitiven Organisation des Gemeinde-Sanitätsdienstes der Stadt Wien **26 Stellen städtischer Bezirksärzte** systemisiert, und zwar:

6 in der VIII. Rangclasse
6 „ „ IX. „
14 „ „ X. a „

Die definitiv angestellten städtischen Ärzte der Bezirke I bis X werden sohin behufs ihrer Einreihung in die Rangclassen aufgefordert, die mitfolgenden Competenten-Tabellen auszufüllen und die entsprechend ausgefüllten und gehörig belegten Tabellen **längstens bis 31. Mai 1895** an das Magistrats-Departement VIII einzusenden.

Wien, am 18. Mai 1895.

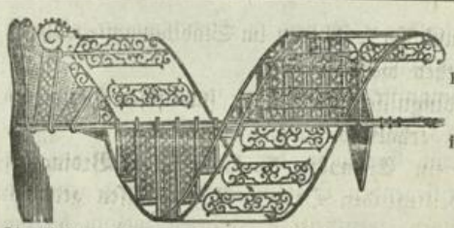
Der Magistrats-Director:
Krenn.

1—2

INSERATE.

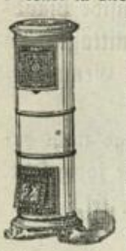
PATENTE im In- und Auslande
H. Palm (Michalecki & Co.)
Muster- u. Markenschutz in allen Ländern besorgt das
Erste beh. autorisierte Privilegien-Bureau
Wien, I., Stefansplatz 8, Brandstätte 1.

Durch dieses Bureau wird fast der vierte Theil aller in Österreich-Ungarn ertheilten Patente erwirkt und wurden durch dasselbe bis nun über **18.000 Patentbesorgungen** durchgeführt. — Herausgabe und Redaction des **„Illustrierten österreichisch-ungarischen Patentblattes"**. — Besorgung von Copien in- und ausländischer Patentschriften. — Telegramm-Adresse: **„Patent" Wien.** — Telephon **Nr. 387.** — Preis-Courante und Probe-Nummern gratis und franco. 117

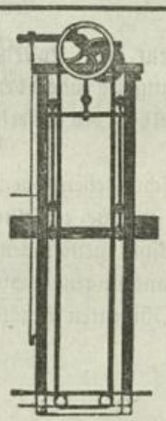


Anton Wiesers
Bauschlosserei und Eisen-Constructions-Werkstätte
Wien, VI., Magdalenenstr. 72.
Specialist
in schmiedeisernen Wendel- und geradarmigen Treppen.
Übernimmt auch alle Eisenconstructionen für Hochbauten und zwar:
Oberlichten, Veranden, Gänge, Stiegen und Stiegengeländer, als auch alle Arten Gartengitter und Gitterthore, Thüren und Fenster.

Vom Erfinder Prof. Dr. Meidinger ausschl. autoris. Fabrik für
MEIDINGER-OEFEN
H. HEIM, Wien, I., Kohlmarkt 7
k. und k. Hoflieferant
Patente in allen Staaten. — Mit ersten Preisen prämiiert auf allen Ausstellungen.



Vorzüglichste Regulir-, Füll- u. Ventilations-Oefen.
Ueber 40.000 Oefen in Verwendung.
In Oesterreich-Ungarn werden von **449 Unterrichtsanstalten 3747 unserer Oefen** verwendet, darunter
in 121 Schulen der Commune Wien 988 Oefen, in 95 Schulen der Commune Budapest 599 Oefen.
Wir warnen vor Nachahmung unter Hinweis auf nebenstehende, auf der Innenseite der Ofenthüren eingegossene Schutzmarke.
„Hestia" - Oefen.
MEIDINGER-OFEN H. HEIM
Schutzmarke.
Centralheizungen aller Systeme
mit rauchfreier Feuerung, für jedes Brennmaterial.
Luftheizungen, Warmwasserheizungen, Heisswasserheizungen, Dampfheizungen, Dampfniederdruckheizungen mit selbstthätiger Regulierung **eigenen Systems.**



Aufzüge
aus der k. u. k.
Hof-Maschinen- u. Aufzüge-Fabrik
A. FREISSLER
Ingenieur.
Wien, X., Erlachplatz 4.
Budapest, VI., Hunyadiplatz 9.
Befasst sich seit 25 Jahren ausschließlich mit der Erzeugung aller Arten von Aufzügen nach eigener bewährter Construction für **Lagerhäuser, Bahnhöfe, Zuckerfabriken, Brauereien** und **Brennereien, Hôtels** und **Privathäuser.**
Lasten-Aufzug für Seilantrieb.

MÖBEL, August Knobloch's Nachf.
Wien
VII., Breitegasse 10—12.
Gegründet 1835.
Prämiiert, Paris 1889, Etablissement für Einrichtung und Decoration ganzer Appartements. Permanente Ausstellung vollständig eingerichteter **Interieurs** in einfacher und auch feinster Ausstattung jeder Stilart.

KORKBRAND-ZEICHEN
zum Schutze gegen Fälschung
MATTONI'S GIESSHÜBLER
von **MATTONI'S** Giesshübler Sauerbrunn.

Glasätzerei
Dampf-Glasschleiferei
Gegründet 1834.
F. Oster
(Firma-Inhaberin Cäc. Oster)
WIEN, V., Hundsthurmerstrasse 25.
Plast. Buchstaben
Stockwerks- und Orientierungstafeln
Telephon 4084.
Firmatafeln aus jedem Materiale mit Schriften und Malereien.

Zur coulanten Besorgung aller im **Coursblatte** notierten **Effecten und Valuten** bestens empfohlen:
Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.
WIEN I. Bezirk, **Stephansplatz Nr. 11**
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 43. Dienstag, den 28. Mai 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **24. Mai 1895** unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Karl Lueger.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe und Schriftführer Dehm, Kaiser und Schrenckh entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung, ebenso Herr Collega Haßfurther.

2. Die kaiserl. Akademie der Wissenschaften hat zu der Donnerstag den 30. Mai, 12 Uhr mittags, stattfindenden feierlichen Sitzung 10 Stück Karten für die Herren Gemeinderäthe übermittelt. Die Herren, welche daran theilnehmen wollen, können die Karten im Präsidialbureau bei Herrn Magistratsrath Pohl in Empfang nehmen.

3. Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Mai 1895 den vom Landtage des Erzherzogthums Österreich unter der Enns angenommenen Entwurf eines Gesetzes, mit welchem der § 3 des Gesetzes vom 9. September 1893, L.-G.-Bl. Nr. 49, betreffend die Aufnahme eines Anlehens von 35 Millionen Kronen durch die Gemeinde Wien abgeändert wurde, die Allerhöchste Sanction allergnädigst zu ertheilen geruht.

Hievon wird der Magistrat zufolge Erlasses des hohen k. k. Ministeriums des Innern vom 7. Mai 1895, Z. 11923, in Kenntnis gesetzt.

Die Verlautbarung des oberwähnten Gesetzes im Landesgesetz- und Verordnungsblatte wird gleichzeitig veranlasst.

Wien, 18. Mai 1895. Kielmansegg m. p.

4. Gelegentlich der Budgetberathung für das Jahr 1895 wurde vom Gemeinderathe der Beschluss gefasst:

1. Die Vermehrung der Sicherheitswache ist unbedingt nothwendig und wird der Herr Bürgermeister ersucht, sich zu diesem Behufe, insbesondere wegen Vermehrung der Sicherheitswache im XII. Bezirke mit dem Herrn Polizeipräsidenten und den höheren competenten Behörden ins Einvernehmen zu setzen.

2. Der Herr Bürgermeister wird ersucht, bei der k. k. Polizeidirection dahin zu wirken, dass die Weingärten einer besseren Aufsicht unterzogen werden.

3. Der Herr Bürgermeister wird ersucht, dahin zu wirken, dass im XVIII. Bezirke in Gersthof anstatt einer, zwei Rayonsposten aufgestellt werden.

In Ausführung dieser Beschlüsse habe ich mich an den Herrn Polizeipräsidenten mit dem schriftlichen Ersuchen gewendet, mit allem Nachdrucke auf eine, der territorialen Ausdehnung des Wiener Polizeirayons entsprechende Vermehrung der k. k. Sicherheitswachmannschaft hinzuwirken und hiebei in erster Linie auf eine Vermehrung der Wache in den ehemaligen Vororten, speciell in den Bezirken Meidling und Währing Bedacht zu nehmen, um in dem letzteren Bezirke wenigstens die Errichtung eines zweiten Rayonpostens in Gersthof zu ermöglichen.

Gleichzeitig habe ich um Verbesserung des polizeilichen Aufsichtsdienstes bezüglich der Wiener Weingärten ersucht.

In Erledigung dieser Eingabe ist mir folgende Zuschrift des Herrn Polizeipräsidenten heute zugekommen:

„In Erwiderung der geschätzten Zuschrift vom 15. Mai d. J., Z. 4122, beehre ich mich, Euer Hochwohlgeboren mitzutheilen, dass hinsichtlich der Vermehrung der k. k. Sicherheitswache der Stand der Angelegenheit dem löblichen Magistrate der Reichshaupt- und Residenzstadt mit h. ä. Zuschrift vom 15. Jänner d. J., Z. 2900, ausführlich dargelegt und mit der h. ä. Zuschrift vom 30. Jänner d. J. ad Z. 2900 auch die im Zuge befindliche und weiters beabsichtigte Errichtung neuer Wachzimmer bekanntgegeben wurde.

Ich füge diesen Mittheilungen bei, dass bei der in Aussicht stehenden Vermehrung des Wachkörpers speciell auch auf die Bezirke Meidling und Währing thunlichst ausreichend Bedacht genommen werden wird, und dass für die Aufstellung der betreffenden Mannschaft die nöthigen Vorbereitungen bereits getroffen wurden.

Was die Überwachung der im Wiener Gemeindegebiete gelegenen Weingärten und Felder betrifft, beehre ich mich, auf die in diesem Gegenstande über specielle Verhandlung getroffene Entscheidung der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei vom 26. December 1893, Z. 63960, und des hohen k. k. Ministeriums des Innern (im Einvernehmen mit dem hohen k. k. Ackerbauministerium) vom 10. Juli 1894, Z. 5581, aufmerksam zu machen.

Genehmigen Euer Hochwohlgeboren die Versicherung vorzüglicher Hochachtung."

5. Bezüglich der Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Seiler, betreffend die Inangriffnahme der Canalisierung des Bezirkstheiles Kaisermühlen im II. Bezirke, habe ich Folgendes mitzutheilen:

Es wird berichtet, dass das wasserrechtliche Verfahren über die Anlage des bei diesem Projecte zur Durchführung gelangenden Nothauslasses in das alte Donaubett noch nicht abgeschlossen ist. Erst nach Ertheilung des wasserrechtlichen Consenses hiefür seitens der k. k. n.-ö. Statthalterei wird es möglich sein, die Ausschreibung der Offertverhandlung zur Vergebung der Arbeiten und Lieferungen vorzunehmen und die Inangriffnahme des Baues einzuleiten.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei wurde übrigens erst in jüngster Zeit, und zwar mit dem hierämtlichen Berichte vom 22. April 1895 ersucht, in Anbetracht der im Bezirkstheile Kaisermühlen herrschenden sanitären Übelstände mit der Ertheilung des wasserrechtlichen Consenses für das Project vorzugehen.

6. In Beantwortung der Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Gräf theile ich Folgendes mit:

Für das Kuffner'sche Brauhaus in Ottakring, welches seit dem Jahre 1880 Hochquellenwasser bezieht, hat der Stadtrath zufolge Beschlusses vom 23. April 1895, Z. 3291, die Abgabe von Hochquellenwasser bis zu dem Maximum von 1000 hl pro Tag für den Fall des Vorhandenseins von Wasserüberschüssen bewilligt und sind im Laufe dieses Monates auch zwei dreizöllige Zuleitungen zu diesem Zwecke hergestellt worden.

Die Fortsetzung der Leitung im Inneren des Brauhauses, sowie die beabsichtigte Aufstellung von Reservoirs haben noch nicht begonnen, daher auch derzeit das bewilligte Wasser noch nicht abgegeben wird.

Es kann also darin auch nicht die Ursache des zeitweiligen Ausbleibens des Wassers in den zweiten und ersten Stockwerken der Häuser gefunden werden.

Diese Ursache ist darin zu suchen, dass in den Häusern auch der höher gelegenen Theile Ottakrings die Leitungen in alle Stockwerke geführt wurden, ungeachtet in der bezüglichen Verlautbarung über die Möglichkeit der Wasserabgabe ausdrücklich betont wurde, dass die Wasserabgabe nur zur Versorgung von Parterreausläufen erfolgen kann. Die jetzige stärkere Inanspruchnahme der Hochquellenleitung infolge des Fortschrittes in der Wasserabgabe an die Häuser, sowie die mehrere Benützung der Hydranten für Trinkwasserzufuhr und Straßenbespritzungszwecke bringt eine Verminderung des Druckes in den höher gelegenen Theilen und somit auch ein Versagen der Ausläufe in den Stockwerken mit sich. Eine bleibende Dotierung der Ausläufe in den Stockwerken wird erst nach Inbetriebsetzung der Mittelbetriebszone stattfinden können.

7. In Beantwortung der Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Fickeys theile ich Folgendes mit:

Die Vorarbeiten für die Herstellung des Volksbades im Wiener-Neustädter Canale in Simmering, XI. Bezirk, sind vollendet; bezüglich der Inangriffnahme der Arbeiten selbst hat der Stadtrath in der Sitzung vom 16. Mai 1895, Z. 4011, den Beschluss gefasst, dass diese Arbeiten erst dann vorzunehmen sein werden, wenn die Austro-belgische Eisenbahn-Gesellschaft als Eigenthümerin des Canales denselben behufs seiner Reinigung im Jahre 1895 trockengelegt haben wird. Von Seite des Magistrates sind auch bereits die nothwendigen Vorkehrungen eingeleitet worden, damit bei Eintritt der Trockenlegung sofort mit den Arbeiten begonnen werden kann. Der Zeitpunkt, in welchem die Trockenlegung des Wiener-Neustädter Canales heuer vorgenommen werden wird, kann nicht angegeben werden, weil die Gesellschaft nicht verpflichtet ist, in einem bestimmten Zeitpunkte zu räumen.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die Einläufe bekanntzugeben.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

8. Anfrage des **Gem.-Rathes Frauenberger** an das Gemeinderaths-Präsidium.

Bei der gestern stattgehabten Hauptversammlung des Deutschen Schulvereines war die Gemeinde Wien zum erstenmale in den in der Reichshauptstadt abgehaltenen Versammlungen dieses nationalen Vereines nicht vertreten, obwohl die Mitglieder des Präsidiums des Gemeinderathes in gleicher Weise wie alle übrigen Functionäre des Staates und Landes und die Abgeordneten eingeladen waren.

Diese Thatsache erregt umsomehr Anstoß, als im Ausschusse des Vereines Mitglieder der verschiedenen politischen Parteien zu gemeinsamer nationaler Arbeit vereinigt sind.

Der Unterzeichnete stellt daher die Anfrage:

Wie vermag der derzeit die Geschäfte führende erste Vice-Bürgermeister es zu rechtfertigen, dass Wien dadurch eine nationale Pflicht und zugleich ein Gebot der Gastfreundschaft verletzte und dadurch hinter allen deutschen Städten zurückstand, in denen bisher Schulvereins-Hauptversammlungen stattfanden.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich habe auf diese Interpellation Folgendes zu erwidern: Es ist nicht meine Aufgabe, hier an dieser Stelle irgendeine Kritik an dem Deutschen Schulvereine zu üben. Es ist allgemein bekannt, dass ich ein Gegner des Deutschen Schulvereines bin, und zwar deshalb, weil ich in dem Deutschen Schulvereine nicht eine nationale Organisation erblicke (So ist es! links), sondern bloß eine Organisation einer einzelnen politischen Partei. (Lebhafter Beifall links.) Es hätte mindestens sonderbar ausgesehen, wenn ich, meine sehr geehrten Herren — da ja auch die Mitglieder des Deutschen Schulvereines diese meine Stellung kennen — wenn gerade ich in der Versammlung des Deutschen Schulvereines erschienen wäre und denselben dort im Namen der Stadt Wien begrüßt hätte. (Gem.-Rath Noske: Vorsorge treffen!) Übrigens bemerke ich Folgendes weiter: Es ist mir unbekannt, in welcher Weise die Functionäre des Staates und des Landes, sowie die Herren Abgeordneten eingeladen worden sind, das eine weiß ich: mir sind 138 Eintrittskarten für den Deutschen Schulverein zugestellt worden; ich habe Veranlassung getroffen, dass jedes Mitglied des Gemeinderathes eine solche Karte erhalten hat. (So ist es! links.) Eine andere Einladung ist nicht erfolgt (Hört! Hört! links), und ich glaube, dass das Präsidium des Wiener Gemeinderathes, wer auch immer an der Spitze desselben steht, denn doch eine andere Einladung zu gewärtigen hatte. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Ich konnte gerade aus der Art und Weise, wie man mir gegenüber vorgegangen ist, den berechtigten Schluss ziehen, dass man mein Erscheinen bei der Versammlung des Deutschen Schulvereines nicht wünscht. Ich muss es daher mit aller Entschiedenheit zurückweisen (Bravo! links), dass ich die Gastfreundschaft der Stadt Wien in irgendeiner Weise verletzt habe. (Beifall links.) Wie hoch ich dieselbe halte, das habe ich bisher, solange ich hier an dieser Stelle bin, genügend bewiesen, und ich glaube, dass ich den diesbezüglichen Pflichten nach allen Richtungen hin nachgekommen bin. (Beifall links.)

Man darf mir also einen solchen Vorwurf nicht machen, sondern man soll es so hinnehmen, wie es auch der Wahrheit entsprechend ist. Gegner begrüßen sich nicht. Es haben auch frühere Herren Bürgermeister jene Vereine, von denen sie glaubten, dass sie im gegnerischen Sinne handeln, nicht begrüßt (Lebhafter Beifall links), und so wie man den früheren Bürgermeistern keinen Vorwurf daraus gemacht hat und sie nicht der Verletzung der Gastfreundschaft beschuldigt hat, so wenig kann man mir den Vorwurf machen, wenn ich einen mir feindlichen Verein nicht begrüße, und wenn ich auf diese Weise sogar irgendeinen Hader oder eine Zweideutigkeit vermeide. Dies bitte ich zur Kenntnis zu nehmen. (Anhaltender lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

9. Anfrage des **Gem.-Rathes Schreiner** und Genossen:

Die Pflasterung der Fahrbahn und des Trottoirs der Schönbrunnerstraße im XIV. und XV. Bezirke ist in so schlechtem Zustande, dass man dadurch an das in dieser Beziehung berühmte Pflaster in Floridsdorf erinnert wird. Bei Regenwetter bilden sich an manchen Stellen Tümpeln, die nicht einmal ein geübter Turner überspringen kann. Dieser Zustand wurde durch die Senkung an jenen Stellen hervorgerufen, wo im Vorjahre die Zuleitung des Wassers in die Häuser vorgenommen wurde.

Da nun jeder Hausbesitzer, welcher sich das Wasser einleiten ließ, an die Commune für das Aufgraben, Zuschütten und Pflastern von dem Straßenrohrstrange bis zum Hause bezahlen musste, welche Arbeiten an Contrahenten vergeben waren, so erlaube ich mir die Anfrage an den Herrn Bürgermeister zu stellen:

Ist derselbe geneigt, die Contrahenten dieser Arbeiten zu verhalten, dass diese Straße wieder in ihr Niveau gebracht werde, damit diese für Menschen und Thiere gefährlichen Zustände beseitigt werden?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich werde diesbezüglich die nöthigen Erhebungen pflegen lassen und über das Resultat derselben in der nächsten Sitzung des Gemeinderathes Bericht erstatten.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Maresch** und Genossen:

Der am 6. October 1886 in Ottakring verstorbene k. k. Hofconcipist Karl Bohuslawek hat die Gemeinde Ottakring zur Universalerbin seines bedeutenden Vermögens eingesetzt mit der Widmung, dass der Ertrag dieser Erbschaft nach gänzlicher Tilgung der auf den beiden Verlassenschafts-Realitäten Haus Nr. 1 Payergasse in Ottakring, und Haus Nr. 6 Schumanngasse in Währing im Gesammtwerte von 70.000 fl. noch lastenden Sparcassaforderungen als eine Stiftung für die Ottakringer Armen zu verwenden ist.

Es ist anzunehmen, dass der mehr als sechsjährige Ertrag der beiden Häuser hinreichen dürfte, um die unbedeutenden Sparcassaforderungen einzulösen.

Nach der Vereinigung mit Wien fiel diese Erbschaft und damit auch die Verpflichtung, dieselbe im Sinne des Erblassers zu verwenden, an die Gemeinde Wien

Ich erlaube mir an den geehrten Herrn Bürgermeister die höfliche Anfrage zu richten:

Welches ist der gegenwärtige Stand der Karl Bohuslawekschen Nachlassenschaft?

Zu welcher Zeit wird die gänzliche Einlösung der Sparcassaforderungen erfolgen können?

Wie wurde der Ertrag der beiden Nachlassrealitäten bisher verwendet?

Wird bei Errichtung der Armenstiftung dafür Sorge getragen werden, dass die Wohlthaten derselben den Ortsarmen der ehemaligen Gemeinde Ottakring zugewendet werden?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich werde hierüber Bericht erstatten lassen und die Interpellation in der nächsten Sitzung des Gemeinderathes beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

11. Interpellation des **Gem.-Räthe Josef Götz** und **Büsch:**

Die von dem k. k. Lustschlosse bis zum sogenannten Brückl circa 800 Schritte lange Schönbrunner Allee im XII. Bezirke, an welcher sich 23 Häuser befinden, wird in einer Länge von nur 500 Schritten täglich zweimal bespritzt, während die andere kürzere Strecke nur an Sonn- und Feiertagen bespritzt wird.

Diese ungleichmäßige Behandlung hat schon vor zwei Jahren, wie auch am 20. April d. J. die benachtheiligten Hausbesitzer veranlasst, eine Eingabe an die Bezirksvorstehung des XII. Bezirkes diesbezüglich zu unterbreiten.

Nachdem bisher nichts geschehen und alles beim alten geblieben, erlauben wir uns die ergebene Anfrage an den verehrten ersten Herrn Vice-Bürgermeister zu richten,

ob derselbe geneigt ist, zu veranlassen, dass auch die bezeichnete kürzere Strecke der Schönbrunner Allee im XII. Bezirke täglich zweimal bespritzt werde?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich werde mir auch hierüber Bericht erstatten lassen und die Interpellation in der nächsten Sitzung des Gemeinderathes beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

12. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Friedjung** und Genossen:

Es sei den sterblichen Überresten des am 5. April 1895 verstorbenen Hofcapellmeisters Ludwig Rotter in Würdigung seiner Bedeutung um das Musikleben Wiens ein Platz unter den Grabstätten für historisch denkwürdige Persönlichkeiten anzuweisen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

13. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Max Gruber** und Genossen:

Die gefertigten Mitglieder des Gemeinderathes stellen den Antrag:

Der Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien beschließt aus Anlass des 50jährigen Regierungsjubiläums Sr. Majestät des Kaisers folgende Stiftungen aus dem Gemeindevermögen:

I. Die Gemeinde Wien widmet den Betrag von 500.000 fl. für den Bau von Krankenpavillons für Kinder im Anschlusse an in Wien bestehende k. k. Krankenanstalten und stellt diese Summe dem k. k. Krankenhausfonde unter im einzelnen vertragsmäßig festzusetzenden Bedingungen zur Verfügung.

Als Hauptbedingungen der Widmung wären folgende Punkte aufzustellen:

a) der k. k. Krankenhausfond verpflichtet sich, die von der Gemeinde Wien gewidmete Summe von einer halben Million Gulden als selbständige Stiftung ausschließlich zur Errichtung und baulichen Instandhaltung von Krankenpavillons für Kinder mit besonderer Rücksichtnahme auf an ansteckenden Krankheiten leidende und auf kranke Säuglinge zu verwenden;

b) die Höhe der als Reservefond aus dem Gesammtbetrage der Stiftung auszuscheidenden Summe wird vertragsmäßig festgestellt;

c) derartige Kinder-Krankenpavillons sind insbesondere zu errichten:

1. beim k. k. Franz Josef-Spital im X. Gemeindebezirke,

2. im Bereiche der westlichen Gemeindebezirke beim k. k. Kaiserin Elisabeth-Spitale im XIV. oder beim k. k. Wilhelminen-Spitale im XVI. Gemeindebezirke oder bei beiden Spitälern;

d) alle aus den Mitteln dieser Stiftung errichteten Krankenpavillons für Kinder haben für immer eine Bezeichnung und Aufschrift zu erhalten, welche sie als Jubiläumsstiftung der Gemeinde Wien kennzeichnet;

e) der k. k. Krankenhausfond stellt den für diese Pavillonbauten erforderlichen Baugrund unentgeltlich zur Verfügung;

f) der k. k. Krankenhausfond übernimmt die neu errichteten Kinder-Krankenpavillons in eigene Verwaltung, zu deren Kosten die Gemeinde Wien wie immer geartete Beiträge nicht zu leisten hat.

II. Die Gemeinde Wien errichtet im Anschlusse an die vom Stadterweiterungsfonde und der Ersten österreichischen Sparcassa in Wien unter den Auspicien Sr. Majestät des Kaisers geplante Stiftung zum Baue billiger Wohnungen in Wien eine Stiftung mit dem Barcapitale von einer halben Million Gulden behufs Baues billiger und hygienisch mustergiltiger Mietwohnungen auf städtischen Grundstücken. Diese Wohnungen sind in erster Linie für die Benützung durch städtische Beamte der beiden untersten Rangclassen, sowie durch städtische Diener und Arbeiter bestimmt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

14. Dringlichkeits-Antrag der **Gem.-Räthe Bärtl, Fickeys** und Genossen:

Am 25. Jänner d. J. hat der Gemeinderath beschlossen, den 16 Gärtnern im XI. Gemeindebezirke den bisher von ihnen in Bestand habenden, dem Wiener Bürgerspitalsfonde gehörigen Grundcomplex in Kaiser-Ebersdorf, genannt „Himmelreich", zum Zwecke der Errichtung einer städtischen Baumschule zu kündigen, und hätten somit die Gärtner, da eine halbjährige Kündigungsfrist besteht, am 1. November d. J. den Grund zu verlassen.

Infolge dieses Beschlusses sind diese 16 Familienväter in der größten Besorgnis um ihre Existenz, und trotzdem von den sämmtlichen Gärtnern, die den obgenannten Grund bisher in Pacht hatten, sowie von der Bezirksvertretung des XI. Bezirkes gegen die Beschlüsse des Stadtrathes und Gemeinderathes Vorstellungen gemacht wurden, wurde dennoch den 16 Gärtnern bedeutet, dass sie zum November den Grund zu verlassen hätten, den selbe nahezu 30 Jahre in Pacht hatten und der sie und ihre Familien ernährte.

Nachdem auf dem Fondsgute Kaiser-Ebersdorf tausende Joch Gründe vorhanden sind, die sich, wie von fachmännischer Seite wiederholt hervorgehoben wurde, besser zur Errichtung einer städtischen Baumschule eignen als der Complex „Himmelreich", so sehen sich die Unterzeichneten bei dem Ernste der Sachlage veranlasst, folgende Dringlichkeits-Anträge zu stellen:

Der Gemeinderath wolle beschließen:

1. Der Gemeinderaths-Beschluss vom 25. Jänner d. J. sei zu sistieren, eventuell gänzlich aufzuheben.

2. Zum Zwecke der Ausmittlung eines passenden Grundes für die Errichtung einer städtischen Baumschule auf dem Fondsgute in Kaiser-Ebersdorf sei eine Localaugenscheins-Commission anzuberaumen unter Zuziehung des Stadtgarten-Inspectors, der Bezirksvertretung des XI. Bezirkes und eines Sachverständigen in Baumpflanzungs-Angelegenheiten.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

15. Antrag des **Gem.-Rathes Litschke** und Genossen:

Das in jüngster Zeit ins Leben getretene Gesetz über die Sonntagsruhe, welches einer großen Anzahl von Erwerbs- und Berufskategorien die Möglichkeit einer entsprechenden Erholung und Sammlung neuer Kräfte nach anstrengender Arbeit bietet, entspricht einem mächtigen socialpolitischen Zuge der Gegenwart. Die Ausgestaltung dieses Gesetzes sollte sich nach Thunlichkeit auch auf solche Gebiete erstrecken, die heute noch der Wohlthaten desselben entbehren, insbesondere auch auf die große Zahl der in öffentlichen oder in privaten Diensten fest angestellten Beamten und sonstigen Bediensteten.

Pflicht der öffentlichen Behörden aber ist es, in dieser Beziehung mit gutem Beispiele voranzugehen.

Was insbesondere die Beamten und Diener des Magistrates betrifft, weisen die Gefertigten darauf hin, dass es kaum eine Amtshandlung für den Magistrat gibt, die unbedingt Sonntags verrichtet werden müsste — zumindest könnten sonntägige Amtshandlungen auf ein minimales Maß beschränkt werden, das mit ganz geringen Kräften bewältigt werden könnte — dass der Sonntagsdienst in vielen Fällen als eine unnöthige Belästigung des Beamten sich darstellt, dass es endlich gerade im Interesse des Dienstes gelegen erscheint, dem Beamten die Möglichkeit zu bieten, durch einen vollständigen Ruhetag frische Kräfte für seine ernste und schwierige Arbeit zu sammeln.

Eine weitere Erwägung verdient die Frage, ob nicht der Journaldienst wesentlich eingeschränkt werden könnte mit Rücksicht darauf, dass dem Magistrate keine polizeilichen Agenden mehr obliegen, zur Anzeige von Wassergebrechen die Feuerwehr da ist, sanitäre Angelegenheiten von Dringlichkeit dem Sanitäts-Aufsichtspersonale obliegen u. s. w.

Außerdem werden durch den Journaldienst gerade die minder entlohnten Beamten der untersten Rangclassen in erster Linie betroffen.

Im Hinblicke auf die angeführten Umstände stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Stadtrath werde beauftragt, die Frage der Einschränkung des nachmittägigen Journaldienstes und Einführung der Sonntagsruhe für die Beamten und sonstigen Angestellten des Magistrates in Berathung zu ziehen und mit thunlichster Beschleunigung dem Gemeinderathe die geeigneten Anträge hierüber zu unterbreiten.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

16. Antrag der **Gem.-Räthe Büsch** und **Josef Götz:**

Die Arbeiten des Sammelcanales auf der Gaudenzdorf—Schönbrunnerstrecke nehmen allgemein klagend einen außerordentlich langsamen Verlauf. Es sind an einer 200 Schritte aufgegrabenen Strecke 20, zeitweise 30, heute 36 Arbeiter beschäftigt und dauert die Fertigstellung des Canales in einer Hauslänge zwei volle Monate.

Bezeichnete Straße ist ein volles Jahr vom Straßenverkehr abgesperrt. Die Geschäftsleute erleiden hiedurch einen an den Ruin grenzenden Schaden.

Dem Vernehmen nach soll der jetzige zweitgefolgte Subcontrahent dieser Baustrecke durch die zu billige Bauübernahme fühlbaren Verlust erleiden, daher das Unvollkommene bei einem solchen Unternehmen sich ergibt.

Wir erlauben uns den Antrag zu stellen:

Der verehrte Herr Vice-Bürgermeister werde ersucht, seinen Einfluss aufzubieten, dass die Arbeiten auch auf dieser Baustrecke beschleunigt werden, ferner geeignete Schritte zu veranlassen, dass Contrahenten die Arbeiten nicht an Subcontrahenten zu drückenden Preisen vergeben dürfen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

17. Antrag des **Gem.-Rathes Kreisel** und Genossen auf Auszahlung einer Gnadengabe in der Höhe der doppelten Monatsremuneration an jene provisorischen Aushilfsunterlehrer, welche infolge des Gesetzes vom 27. December 1891 keine Ferienremuneration beziehen.

Bekannt ist die karge Besoldung unserer Lehrer, welche nur aushilfsweise in Verwendung stehen. 1 fl. 10 kr. pro Tag ist die Entlohnung, niedriger also als das Einkommen irgendeines Gemeindedieners oder angestellten Arbeiters der Commune. Der Gemeindediener und der Communalarbeiter können aber das ganze Jahr hindurch auf Arbeit und Bezahlung rechnen, der in aushilfsweiser Verwendung stehende provisorische Unterlehrer hat kein Einkommen in den Ferienmonaten.

Einen Nebenverdienst kann er sich in dieser freien Zeit nicht verschaffen, eine Erholung auf dem Lande nicht vergönnen, dazu fehlen ihm die Mittel. Unmöglich ist es von dem geringen Verdienste etwas für die Ferienmonate zurückzulegen; er ist von der Gnade seiner Verwandten und Freunde abhängig und wenn diese fehlen, leidet er Hunger und geräth in Schulden, die manchen Schulmann bis ans Lebensende drücken.

Heute in dem XI., die nächsten Tage vielleicht in dem XIX. Bezirke dienstbar kann ein solcher Aushilfsunterlehrer keine geregelte Lebensweise führen. Die Verköstigung ist eine kostspieligere, die Fahrspesen verschlingen einen Theil des Einkommens, denn mit jedem Wechsel des Dienstpostens kann nicht immer ein Wohnungswechsel erfolgen. Dem Berufe entsprechend, soll und muss überdies die Kleidung eine standesgemäße sein. Bei dieser kärglichen Besoldung, welche nicht einmal eine Fristung des nackten Lebens zulässt, können Ausgaben für die dem Lehrer unbedingt nöthige wissenschaftliche Fortbildung gar nicht gemacht werden.

Diese traurige Lage des provisorischen Aushilfsunterlehrers verlangt demgemäß eine Abhilfe. Die Bezahlung und die Stellung dieser Lehrerkategorie ist eine der Großstadt Wien unwürdige. Der zur wirtschaftlichen Besserstellung der Aushilfsunterlehrer erforderliche Capitalsbetrag ist kein nennenswerter und kann sehr leicht bei anderen Ausgabsposten erspart oder aber durch Schaffung eines communalen Schulbücherverlages hereingebracht werden.

Da das Landesgesetz vom 27. December 1891 eine Regelung der Gehaltsbezüge im eigenen Wirkungskreise nicht zuläßt, so stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen:

1. Es sei den in aushilfsweiser Verwendung stehenden provisorischen Unterlehrern, welche infolge des Gesetzes vom 27. December 1891 während der Ferien keine Remuneration beziehen, für die Ferienmonate des Jahres 1895 eine Gnadengabe in der Höhe der doppelten Monats-Remuneration auszufolgen.

2. Der Stadtrath wird beauftragt, Vorschläge zur socialen Besserstellung der Kategorie der Aushilfsunterlehrer zu erstatten.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

18. Antrag des **Gem.-Rathes K. J. Müller** und Genossen:

Im Juni vorigen Jahres wurde über Ersuchen der Bewohner, Geschäftsleute und Fabrikanten der Donaustadt und des Bezirkstheiles Brigittenau und Zwischenbrücken eine große Commission abgehalten zum Zwecke der Errichtung eines Postamtes oder deren mehrere in dieser Gegend.

Sämmtliche Vertreter der hiebei anwesenden Behörden und Interessenten haben die absolut dringende Nothwendigkeit anerkannt und auch den Antrag zum Beschlusse erhoben, es sollen in dieser Gegend zwei Postämter errichtet werden.

Wie bekannt, soll auch die hohe k. k. Postdirection den Beschluss gefasst und den Antrag gestellt haben, dass dortselbst diesem großen Übelstande abgeholfen werden muss und zwei Postämter zu activieren sind.

Nachdem jedoch seit dieser Zeit bereits ein volles Jahr verstrichen ist und bisnun nichts geschehen ist, die Geschäftswelt und Bewohner dieses Bezirkstheiles aber ein volles Recht haben, die Erfüllung des gerechten Wunsches zu verlangen, so stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Gemeinderath beschließe, es sei an das hohe k. k. Handelsministerium, respective die löbliche k. k. Postdirection eine Vorstellung in dieser Richtung zu machen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

19. Antrag des **Gem.-Rathes Rauer:**

Die Bezirksvertretung des XIII. Bezirkes hat bei der Berathung des Bezirks-Präliminares für die Jahre 1893, 1894 und 1895 jedesmal die Pflasterung der Tegetthoffstraße, nunmehrigen Winckelmannstraße, im XIII. Bezirke als nothwendig in Vorschlag gebracht.

Dieser Vorschlag wurde auch im Vorjahre im Stadtrathe der Würdigung unterzogen und wurde sogar über Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Hackenberg beschlossen: Es seien die Kosten für die Pflasterung der Tegetthoffstraße im XIII. Bezirke in das Budget pro 1895 einzustellen.

Es wurde jedoch weder bei der Verfassung noch bei der Berathung des diesjährigen Budgets auf diesen Beschluss Rücksicht genommen.

Die Tegetthoffstraße, nunmehrige Winckelmannstraße, wird infolge des Fahrverbotes, welches von der k. u. k. Schlosshauptmannschaft Schönbrunn bezüglich der Schönbrunner Schlossstraße für das schwere Fuhrwerk erlassen wurde, von sämmtlichen Fuhrwerken, welche in der Richtung vom V. und XII. Bezirke gegen Penzing, Hietzing, Lainz, Speising, Ober- und Unter-St. Veit ꝛc. ꝛc. oder umgekehrt verkehren, benützt und ist daher eine der meist frequentesten Straßen des XIII. Bezirkes.

Da nun der derzeitige Zustand dieser Straße ein sehr schlechter ist, so erscheint eine Abhilfe als dringend nothwendig.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Es sei die Pflasterung der Winckelmannstraße im XIII. Bezirke ehestens durchzuführen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

20. Antrag des **Gem.-Rathes Rauer** und Genossen:

Die Reinigung und Instandhaltung der Straßen im XIII. Bezirke, I. Section, läßt schon seit längerer Zeit manches zu wünschen übrig.

Während man den Haus- und Wirtschaftsbesitzern wegen Reinhaltung des Inneren der Häuser Auftrag ertheilt und die sanitären Vorschriften denselben gegenüber bis auf das rücksichtsloseste handhabt, wird von Seite der Gemeinde für die Reinhaltung der Straßen im XIII. Bezirke, obwohl auch in diesem Bezirke die Bewohner Schutz für ihre Gesundheit und für ihr Leben verlangen dürfen, wenig oder gar nichts gethan.

Um eine gründlichere Reinigung und bessere Instandhaltung der Straßen im XIII. Bezirke, I. Section, zu erzielen, muss die Anzahl der bis jetzt bei der Straßenreinigung verwendeten Arbeiter vermehrt werden. Ebenso ist die Anstellung eines zweiten Straßenaufsehers für den XIII. Bezirk, I. Section, dringend nothwendig, da es nicht möglich ist, dass ein einziger Aufseher die Arbeiter in einem Rayon, welcher die ehemaligen Gemeinden: Penzing, Breitensee, Baumgarten und Hütteldorf umfasst, in der gehörigen Weise beaufsichtigen kann.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

1. Es sei die Anstellung eines zweiten Straßenaufsehers für den XIII. Bezirk, I. Section, ehestens zu veranlassen.

2. Es sei die Anzahl der bei der Straßenreinigung zu verwendenden Arbeiter zu vermehren.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

Wir schreiten nunmehr zur Tagesordnung. Ich ersuche den Herrn Collegen Schlechter zum Referate.

21. (598.) **Referent Gem.-Rath Schlechter:** Ich habe die Ehre, zur Stadtrathszahl 598 zu referieren. Es ist das die Beilage 98, welche sich in den Händen der geehrten Mitglieder befindet. Dieses Referat führt den Titel: „Ankauf von Gründen behufs Arrondierung des Territoriums des Meidlinger Friedhofes." Ich muss aber sofort aufmerksam machen, dass in dieser Richtung noch kein Beschluss vorliegt und dass, wie die Darstellung zeigen wird, dieser Ankauf, welcher vom Stadtrathe empfohlen wird, sowohl dann empfehlenswert ist, wenn es sich um die Vergrößerung des Meidlinger Friedhofes handeln wird, als auch wenn es sich nicht darum handeln wird, und zwar aus dem Grunde, weil dieser Grundstreifen, um dessen Ankauf es sich hier handelt, zwischen dem Meidlinger Friedhofe und zwischen einem sehr bedeutenden Territorium, welches dem Bürgerspitalsfonde gehört, liegt.

Mit Rücksicht darauf ist es also empfehlenswert, diesen sehr langgestreckten Streifen zu erwerben, und zwar würde es sehr gut sein, wenn es wirklich zur Erweiterung des Friedhofes kommt, oder wenn es auch nicht geschieht, dass seinerzeit die Straße durchgeführt wird, wobei die Gemeinde ein vollständig arrondiertes Terrain erhält.

Die Herren, welche sich weiter für die Sache interessieren, bitte ich vielleicht, nachdem der Beilage kein Plan beigedruckt ist, den hier aufgestellten Plan anzusehen. Es wurden Verhandlungen eingeleitet und dieselben haben ergeben, dass für dieses Grundstück, welches 1 Joch 700 □° misst, die Eigenthümer Geschwister Mitterhuber zunächst dem Magistrate gegenüber einen Preis von 10 fl. verlangten.

Es wurde nun durch ein Verhandlungscomité des Stadtrathes versucht, einen etwas annehmbareren Preis zu erzielen. Allein die Eigenthümer sind unter allen Umständen bei diesem Preise stehen geblieben und haben nur die Concession gemacht, dass von ihnen die Hälfte der Besitzübertragungs- und Vertragsgebüren ꝛc. getragen werden. Mit Rücksicht darauf, dass also eine Verwertung dieses Platzes nach zwei Richtungen erfolgen kann, mit Rücksicht darauf, dass dadurch eine vollständige Arrondierung und Vereinigung des ganzen Grundbesitzes des Bürgerspitalfondes und des Meidlinger Friedhofes erzielt wird, glaubt Ihnen der Stadtrath empfehlen zu sollen, auf diesen Antrag einzugehen, und ich habe daher die Ehre, Sie zu bitten, Sie mögen folgenden Antrag genehmigen (liest):

„Es sei der Ankauf der den Geschwistern Franz und Anna Mitterhuber gehörigen Grundparcelle Nr. 162, Einl.-Z. 1106 Unter-Meidling, im Ausmaße von circa 1 Joch 700 □° um den Preis von 10 fl. per Quadratklafter zu genehmigen.

Die Besitzübertragungs- und Vertragsgebüren werden von beiden Parteien zu gleichen Theilen getragen.

Als Übergabstermin wird beiderseits der 1. August 1895 festgesetzt."

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Brauneiß hat das Wort.

Gem.-Rath Brauneiß: Meine sehr geehrten Herren! Ich habe gegen dieses Referat nichts, auch dagegen nichts, dass der Friedhof in Meidling vergrößert werden soll. Es wird mit der Zeit nothwendig sein, den Friedhof noch mehr zu vergrößern; aber ich bemerke, dass hier die Klafter Grund um 10 fl. angekauft wird. Ich habe seinerzeit beantragt, dass der Baumgartener Friedhof vergrößert und arrondiert werden soll, weil die heutige Configuration unschön ist, und ich habe damals mit den dortigen Grundbesitzern gesprochen, die hätten damals die Klafter um 3 fl. hergegeben.

Der Herr Referent, der das Referat im Stadtrathe hatte, hat aber mit demselben solange gezögert, bis die Grundbesitzer zur Erkenntnis gelangt sind, dass die Gemeinde die Gründe braucht, und so sind sie mit dem Preise auf 6 fl. hinaufgegangen. (Rufe links: Welcher Referent war das?) Die Gründe vom Baumgartener Friedhofe wurden vor zwanzig Jahren von den Gemeinden Fünfhaus, Sechshaus und Rudolfsheim mit großen Opfern angekauft; die dortigen Bewohner haben sich dort Grüfte, Einzelgräber &c. angelegt und haben sich das Geld kosten lassen, und wenn der Friedhof jetzt voll wird, höre ich, dass er geschlossen werden soll. Warum denn? Wenn man dort Gründe bekommen kann, warum vergrößert man nicht diesen Friedhof . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich bitten; die Vergrößerung des Baumgartener Friedhofes gehört nicht zu diesem Gegenstande; ich muss daher den Herrn Collegen ersuchen, beim Gegenstande zu bleiben.

Gem.-Rath Brauneiß: Ich wollte nur bemerken, dass die Gründe hier theuer sind.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte sich aber diesbezüglich kurz zu fassen, weil ich sonst auch jedem anderen Herrn gestatten müsste, irgendeinen Gegenstand zur Sprache zu bringen.

Gem.-Rath Brauneiß: Ich habe zum Referate weiter nichts zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht noch jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Wenn nicht, so schreiten wir zur Abstimmung.

Jene Herren, die mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Der Ankauf der den Geschwistern Franz und Anna Mitterhuber gehörigen Grundparcelle Nr. 162, Einl.-Z. 1106 Unter-Meidling, im Ausmaße von circa 1 Joch 700 □° um den Preis von 10 fl. per Quadratklafter wird genehmigt.

Die Besitzübertragungs- und Vertragsgebüren werden von beiden Parteien zu gleichen Theilen getragen.

Als Übergabstermin wird beiderseits der 1. August 1895 festgesetzt.

22. (8365.) **Referent Gem.-Rath Schlechter:** Ein weiterer Gegenstand betrifft Zahl 8365, und zwar befindet sich derselbe auf der heute aufliegenden lithographierten Tagesordnung.

Es handelt sich nämlich um eine Vermehrung des Personales des Wasserbezugs-Revisorates. Diese Vermehrung dürfte wohl keiner besonderen Begründungen bedürfen. Es ist doch augenscheinlich, dass in dem Augenblicke, wo das Territorium, welches mit Wasser zu versehen ist, in so außerordentlicher Weise ausgedehnt wurde, auch bezüglich der Ablesung der Wassermesser &c. für ein entsprechendes Personale vorgesorgt werden muss.

Nachdem nun in einem großen Theile der einbezogenen Vororte diese Wasserabgabe schon stattfindet und bereits die Lieferung der Wassermesser im Zuge ist, muss selbstverständlich für dieses Personale Vorsorge getroffen werden. Der Magistrat hat bezüglich dieser Vermehrung allerdings einen anderen Standpunkt eingenommen, als den seitens des Stadtrathes empfohlenen. Es ist nämlich zunächst im Magistratsreferate darauf hingewiesen worden, dass bei der Neusystemisierung und Rangclasseneintheilung auch dieses Amt, aber nur mit jenem Personale versehen wurde, welches für den alten Theil von Wien genügt hätte. Nachdem nun mittlerweile die Ausdehnung erfolgt ist, dass das Wasser in den bisherigen Vororten abgegeben wird, glaubt der Magistrat den Vorschlag machen zu sollen, eine Vermehrung von definitiven Stellen im Wasserbezugs-Revisorate und gleichzeitig eine Hinaufsetzung der Gehalte eintreten zu lassen. Der Act ist wiederholt im Stadtrathe berathen worden; derselbe hat geglaubt, dass es unter den obwaltenden Umständen nicht gerechtfertigt wäre, dieses Amt um eine bedeutende Anzahl von Personen zu vermehren und eine Verschiebung in den Rangclassen eintreten zu lassen, solange nicht die ganze Wasserbezugs-Controle einer Regelung unterzogen ist. Um aber dieses Amt in Stand zu setzen, genügendes Personale zur Verfügung zu haben, wurde vom Stadtrathe vorgeschlagen, es sei der Bürgermeister zu ermächtigen, für die Dienstleistung im Wasserbezugs-Revisorate neun ihm geeignet scheinende Personen aufzunehmen, und zwar sollen dieselben mit einem Taglohne von 2 fl. entlohnt werden. Das bedeutet eine provisorische Regelung, die es nicht ausschließt, dass mit der Zeit eine entsprechende Dotierung stattfindet. Unter den gegenwärtigen Umständen, wo die Wassereinleitung noch nicht in sämmtlichen Bezirken vollzogen ist, so dass es sich um ein Übergangsstadium handelt, glaubte der Stadtrath Ihnen als das richtigere vorschlagen zu sollen, dass neun Personen bestellt werden, deren Auswahl dem Bürgermeister zu überlassen wäre. Ich bitte, diesen Antrag zu genehmigen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, bitte ich jene Herren, welche mit dem Antrage des Referenten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist angenommen.

Beschluss: Der Bürgermeister wird ermächtigt, für die Dienstleistung im Wasserbezugs-Revisorate neun Personen, welche ihm hiefür geeignet erscheinen, mit einem Taggelde von 2 fl. aufzunehmen.

23. (3883.) **Referent Gem.-Rath Schlechter:** Nun habe ich noch die Ehre, über Zahl 3883 zu referieren. Die Vorlage befindet sich in Händen der geehrten Herren, und zwar hat dieselbe die Zahl 104. Es handelt sich hier um eine Vermehrung des Aufsichtspersonales der Hochquellen-Wasserleitung. Dieses Personale muss auch selbstverständlich wie in dem bereits besprochenen Falle entsprechend vermehrt werden. Es handelt sich hier nicht um eine Controle des Wasserbezuges wie bei der früheren Vorlage, sondern es betrifft jene Aufseher, welche die Aufsicht über das Rohrnetz und über die Rohrbrüche und dergleichen zu führen haben. Nach dem ausgemittelten Bedarfe, und zwar in Übereinstimmung mit dem Magistrate, der Buchhaltung und dem Stadtbauamte ergibt sich die Nothwendigkeit, diese Vermehrung dadurch herbeizuführen,

dass weitere acht Personen aufgenommen werden sollen, und zwar sollen zwei Aufseher erster Classe, zwei Aufseher zweiter Classe und vier Aufsehergehilfen bestellt werden. Es würde diese Rangierung dem jetzigen Verhältnisse entsprechen, in welchem die Aufseher erster, zweiter Classe und Aufsehergehilfen zu einander stehen. Es wird eine Bedeckung des Gelderfordernisses pro 1895 zu beschaffen sein, weil selbstverständlich nicht Vorsorge getroffen werden konnte. Der Betrag wäre 2900 fl., und zwar spricht davon Punkt 2. Nachdem ich nicht nothwendig habe, diese Anträge weiter zur Verlesung zu bringen, bitte ich, die Punkte 1 und 2 der Stadtraths-Anträge anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, bitte ich jene Herren, welche mit den Anträgen des Herrn Referenten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: 1. Das Aufsichtspersonale der Hochquellenleitung ist um weitere acht Personen zu vermehren, und zwar um zwei Aufseher I. Classe mit je 2 fl. und zwei Aufseher II. Classe mit je 1 fl. 70 kr. Taglohn, dann um vier Aufsehergehilfen mit dem Taglohne von 1 fl. 50 kr. und dem Bezuge der Montur, bestehend aus einem Zwilchkittel und einer Zwilchhose pro Jahr, und Zuweisung von Naturalquartieren, respective Quartiergeldbeiträgen an die Aufseher.

2. Behufs Bedeckung des hiezu nöthigen Gelderfordernisses pro 1895 per 2900 fl. wird ein Zuschusscredit zur Rubrik XXVI 1 a α in der Höhe des Erfordernisses bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich ersuche Herrn Collegen Wurm zum Referate. Ich bitte, meine Herren, um Ruhe und geneigte Aufmerksamkeit, es handelt sich um ein Referat, welches eine bedeutende Mehrbelastung enthält.

24. (3773.) **Referent Gem.-Rath Wurm:** Beilage Nr. 103. Es handelt sich um die Erneuerung des Vertrages mit der k. k. Börsekammer bezüglich der Localitäten der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, eventuell Zumietung neuer Localitäten. Die Gemeinde Wien ist bekanntlich verpflichtet, für die Unterkunftsräume der Handels- und Gewerbekammer Vorsorge zu treffen. Begründet ist diese Verpflichtung in dem Gesetze vom 29. Juni 1868, und zwar infolge des § 21. Ich glaube, es ist am einfachsten, ich bringe diesen Paragraph zur Verlesung, der lautet (liest): „Wo es einer Handels- und Gewerbekammer an eigenen oder ihr unentgeltlich zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten und den erforderlichen Einrichtungsstücken gebricht, bleibt die Gemeinde des Standortes der Kammer verpflichtet, den Abgang auf ihre Kosten beizuschaffen." In diesem Paragraph ist diese Verpflichtung eine ganz klar ausgesprochene. Wie den Herren bekannt sein dürfte, besitzt die Handels- und Gewerbekammer gegenwärtig Localitäten im I. Stocke des Börsegebäudes. Diese Localitäten nehmen den einen Flügel ein und ist außerdem noch der große Saal mit zwei kleineren Nebenlocalitäten zugemietet. Für diese Localitäten zusammen wird ein Zins gegenwärtig bezahlt von etwas über 8000 fl., die Gemeinde zahlt 6975 fl. und die Handels- und Gewerbekammer zahlt 1167 fl. 50 kr.; nämlich die Gemeinde zahlt die eigentlichen Bureau-Localitäten, währenddem der Zins für den Saal gegenwärtig von der Handelskammer getragen wird. Der große Saal ist nämlich nicht immerwährend nothwendig, sondern nur zu gewissen Zeiten, und da ist er durch mehrere Monate benützt, und zwar von nicht weniger als 20 bis 30 Beamten. Außerdem dient dieser große Saal als Durchgang zu anderen Localitäten, nämlich zu den Localitäten des zweiten Vice-Secretärs und zu den Localitäten des Informations-Bureaus. Auch diese Localitäten sind in dem Zins des Saales inbegriffen und wird dafür von der Handels- und Gewerbekammer gegenwärtig bezahlt.

Ich habe schon vor einiger Zeit Gelegenheit gehabt, über die beengten Raumverhältnisse der Handels- und Gewerbekammer hier zu berichten, als es sich darum gehandelt hat, die Häuser Nr. 33 und 35 in der Wipplingerstraße an die Handels- und Gewerbekammer zu verkaufen. Ein Hauptmotiv dieses Antrages, welcher damals seitens des Stadtrathes gestellt war, war eben der, dass die gegenwärtigen Localitäten, welche die Handels- und Gewerbekammer inne hat, nicht ausreichen, und weil, wenn wir nicht irgendeinen günstigen Ersatz schaffen, wir eine bedeutende Mehrbelastung der Gemeinde damit herbeiführen. Ich habe damals schon darauf hingewiesen, dass, wenn nur für die eigentlichen Bureaulocalitäten beispielsweise im alten Rathhause Vorsorge getroffen würde, ein Zinsverlust sich ergibt von über 12.200 fl. und außerdem noch Adaptierungskosten im Betrage von 10- bis 12.000 fl. erforderlich wären, weil eben diese Räumlichkeiten in keinem entsprechenden Zustande gegenwärtig sind und doch ein gewisser Zusammenhang geschaffen werden muss, um den Bureaudienst zu ermöglichen.

Die Handels- und Gewerbekammer erklärt nun, dass es absolut unmöglich sei, in den gegenwärtigen Localitäten auszukommen, nicht nur darum, weil in natürlicher Weise die Agenden mit der Bevölkerungszunahme immer wachsen, sondern weil immerwährend auch neue Agenden zugewiesen werden; so werden beispielsweise infolge des neuen Markenschutzgesetzes wieder eine Anzahl von Localitäten für die Markenregistratur erforderlich werden, und zwar müssen diese Localitäten sehr geräumig sein. Es werden dort große Bücher aufgelegt und das Publicum muss auch bequemen Zutritt haben, um eben über die Marken Auskunft zu erhalten.

Gegenwärtig sind die Localitäten gerade, insofern sie vom Publicum benützt sind, auch sehr unzweckmäßig untergebracht, nachdem man erst durch andere Räume gehen muss. Es kommt zum Beispiel vor, dass die Registratur nur über eine Wendeltreppe zu erreichen ist, nachdem oberhalb des eigentlichen Saales, wo das Publicum verkehrt, die Registratur in einem Aufbaue untergebracht ist.

Es ist auch eine Unzukömmlichkeit, dass die Bureaux der Vice-Präsidenten und des Präsidenten in einem einzigen Raume untergebracht sind und außerdem in diesem Raume noch ein Beamter amtiert. Außerdem sind in einem Commissionszimmer ein Beamter und sechs Diurnisten; so oft also eine Commission stattfindet, müssen dieser Beamte und die sechs Diurnisten hinausgehen und auf andere Weise die Zeit zubringen, als mit ihrem eigentlichen Amtsdienste. Das sind Zustände, die gewiss nicht haltbar sind. Darum schlägt die Handelskammer vor, im Mezzanin des Börsegebäudes unmittelbar unter den Localitäten, welche sie gegenwärtig inne hat, einige Localitäten dazuzumieten. Das sind Localitäten, welche gegenwärtig von der Privat-Telegraphen-Gesellschaft in Anspruch genommen werden, und Localitäten, welche von der Firma Mayer & Breisach benützt sind.

Es sind ein größerer Eckraum und drei kleinere Zimmer, welche unmittelbar an diesen Eckraum anschließend sind. Für diesen größeren Raum und den einen kleineren Raum, welcher unmittelbar an der

Treppe gelegen ist, wird gegenwärtig ein Zins von 1800 fl. zuzüglich der 16¼ Percent Zuschläge eingehoben, für die beiden kleineren, anstoßenden Räume ein Zins von 1000 fl., ebenfalls mit den Zuschlägen von 16¼ Percent. Die Börsekammer erklärt ferner, dass sie nicht mehr in der Lage ist, die weit ausgedehnten Räume, welche die Handels- und Gewerbekammer gegenwärtig benützt, um den bisherigen Zins zu überlassen, und fordert auch einen Mehrbetrag von 1000 fl. Die Handels- und Gewerbekammer hat indessen Unterhandlungen mit der Börsekammer gepflogen und infolgedessen ist es gelungen, für die neu hinzuzumietenden Localitäten wieder 500 fl. abzuhandeln. Es würde sich also einerseits infolge der Zinssteigerung und andererseits der Zumietung von neuen Localitäten der Gesammtzins auf 11.973 fl. 75 kr. steigern. Ich bringe also in Erinnerung, die Gemeinde zahlt gegenwärtig 6975 fl. und müsste nach der Forderung der Handelskammer in Zukunft 11.973 fl. zahlen, also um nahezu 5000 fl. mehr als gegenwärtig. Der Magistrat schlägt vor, diese Forderung der Handelskammer zu erfüllen, nachdem es unbedingt nothwendig ist, dass die Handelskammer Räume hat. Der Stadtrath war jedoch der Ansicht, es wäre zweckmäßig, früher noch mit der Handelskammer zu verhandeln. Diese Verhandlungen wurden eingeleitet, allein die Handelskammer zeigte ein sehr geringes Entgegenkommen, nachdem der Ausgang der Angelegenheit, die damals den Ankauf der Häuser Nr. 33 und 35 Wipplingerstraße betraf, die Handelskammer durchaus nicht befriedigt hat. Der Schluss der Verhandlungen war, dass der Präsident sich geäußert hat, die Gemeinde soll ein Anbot machen.

Der Magistrats-Antrag, 11.973 fl. zu zahlen, schien dem Stadtrathe absolut unannehmbar; wir haben darauf hingewiesen, dass der Saal gegenwärtig auch von der Handelskammer bezahlt wird, wir glauben, dass auch in Zukunft die Handelskammer diesen Beitrag leisten kann, denn wenn sie ihn heute leisten konnte, wird sie auch im nächsten Jahre ihn leisten können. Ferner sind wir der Ansicht, dass es mit der Sache nicht so eilig ist. Die Handelskammer fordert bereits vom November an die weiteren Localitäten; mit November geht nämlich der gegenwärtige Contract mit der Börsekammer zu Ende, und vom November an muss ein neuer Contract geschaffen werden. Wir waren der Ansicht, dass es vielleicht möglich ist, die Vergrößerung noch ein halbes Jahr hinauszuschieben; denn wenn auch durch das Markenschutzgesetz ganz neue Agenden zuwachsen, geschieht dies nicht auf einmal, sondern successive, und es wird ganz gut möglich sein, dass sich die Handelskammer mit den jetzigen Localitäten bis zum Maitermine des nächsten Jahres behilft.

Die Anträge, welche der Stadtrath stellt, gehen nun dahin, für das nächste Halbjahr von November bis Mai den erhöhten Zins, welchen die Börsekammer fordert, zuzugestehen, allein den Zins für den Saal ebensowenig zu bezahlen, als er bisher bezahlt wurde, dann vom Mai angefangen einen Pauschalbetrag von rund 10.000 fl. zuzugestehen. War die Handelskammer in der Lage, jetzt 1100 fl. beizutragen, so wird sie auch später in der Lage sein, das Fehlende aus eigenem beizutragen, und die Anträge des Stadtrathes gehen also dahin, dieses Übereinkommen mit der Börsekammer auf fünf Jahre zu treffen, für das erste Halbjahr in dem von mir angedeuteten Sinne und für die restliche Zeit in der Weise, dass pro Jahr ein Pauschalzinsbetrag von 10.000 fl. geleistet werde. Wörtlich lauten die Anträge des Stadtrathes folgendermaßen:

„Die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, mit der k. k. Börsekammer bezüglich der Baulocalitäten der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer vom 1. November 1895 auf die Dauer von fünf Jahren einen neuen Mietvertrag gegen dem abzuschließen, dass für die Zeit vom 1. November 1895 bis Mai 1896 der von der k. k. Börsekammer für die jetzt schon seitens der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer benützten Localitäten angeforderte Mietzins in dem erhöhten Betrage von 8000 fl. sammt 16¼% Nebengebüren mit Ausschluss des Zinses für den Festsaal, vom 1. Mai 1896 aber, wo die Handels- und Gewerbekammer in den Gebrauch der neuen Localitäten im Mezzanin kommen würde, der auf 10.000 fl. erhöhte Pauschalzins seitens der Gemeinde bezahlt wird. Die Kosten der Einrichtung der neugemieteten Localitäten werden seitens der Gemeinde nicht übernommen.

Ich will bemerken, dass wir nach § 21 des Gesetzes vom 29. Juni 1868 auch verpflichtet wären, die Einrichtung beizustellen. Es ist aber zu hoffen, das seitens der Handels- und Gewerbekammer darauf verzichtet werden wird. Ich bitte, die Anträge anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Meine verehrten Herren! Kürzlich haben wir hier ein Referat gehabt, wo es sich darum gehandelt hat, der Handels- und Gewerbekammer ein Gebäude zu einem sehr billigen Preise zu überlassen. Der Gemeinderath hat in Anbetracht des Umstands, dass die Gemeinde dadurch sehr geschädigt würde, diesen Antrag abgelehnt und heute schon kommt die Handelskammer und verlangt mehr, sie verlangt einen ganz kolossalen Zins.

Vor allem möchte ich constatieren, dass die gesammte Handels- und Gewerbekammer aus Vertretern der liberalen Partei besteht, und dass die liberale Partei es ist, die heute an den Gemeinderath mit so unerhörten Anforderungen herantritt. Meine Herren! Die Handels- und Gewerbekammer entspricht den heutigen Verhältnissen nicht. Wir Gewerbetreibende sind der Ansicht, dass eine Trennung vorgenommen werden muss. (Richtig! links.) Ich persönlich bin wohl der Ansicht, dass es sehr gut ist, wenn der ordentliche Handel und das Gewerbe miteinander vereint sind. Heute ist nur der Handel in der Majorität. Deshalb ist für uns Gewerbetreibende die heutige Zusammensetzung kein Vortheil. Wir Gewerbetreibende sollen aber jetzt kommen und sollen für eine Institution zahlen, die uns schädlich ist. Warum muss denn gerade die Handels- und Gewerbekammer an dem schönsten Punkte der Stadt sein? Es ist im Gesetze nicht vorgeschrieben, wo sie sein muss, und wenn die Herren mit ungerechten Forderungen an uns herantreten, dann werden wir in einem Vororte draußen ein Haus mieten, welches wir um einige tausend Gulden bekommen und dann werden die Herren auch in den Vororten amtieren, und sie werden sehen, dass, wenn die Herren mit ungerechten Forderungen herantreten, wir auch die Macht haben, sie zurückzuweisen. In den Vororten kriegen sie große Häuser, wo alles mögliche untergebracht werden kann und man braucht nicht einmal weit in die äußeren Bezirke hinauszugehen; auch in den alten Bezirken bekommt man billige und passende Häuser. Wir werden die Sache ganz einfach so machen, dass wir der geehrten Handelskammer sagen, wenn es ihr hier nicht passt, wenn sie mit den Räumlichkeiten nicht auskommen kann, mehr bezahlen wir unter keinen Umständen; für diesen Betrag werden wir ein entsprechendes Haus in Wien, wo

immer, mieten. Ich stelle auch den betreffenden Antrag, dass ein Haus in Wien, das dem Zwecke entspricht, um den Zins, den wir bisher bezahlten, gemietet werde. Die Herren sollen weiter gehen, damit es ihnen nicht einfällt, solche ungerechte Forderungen an uns zu stellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Sebastian Grünbeck!

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Es existieren jetzt eigenthümliche Verhältnisse; wenn man einem das Haus nicht gibt, wie er will, kommt er mit Mehrforderungen; die Commune Wien ist rein ausgeliefert. Es ist ja selbstverständlich, wenn die Herren bessere, größere, schönere und commodere Räumlichkeiten haben wollen, sollen sie es auf „eahnere" Kosten — (Lebhafte Heiterkeit rechts. — Gem.-Rath Weitmann: Da gibt's nichts zu lachen! Rufe links: Na! Na!) — Ich bin ein Wiener, meine Herren, und sprech' halt so (Unruhe. — Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich bitten, meine Herren!) — und nicht auf Kosten der Gemeinde Wien thun. Wenn die Herren bessere Räumlichkeiten haben wollen, sollen sie in irgendeinem anderen Bezirke etwas mieten. Sie sollen hinausgehen, in den äußeren Bezirken bekommt man genug Räumlichkeiten um 6000 bis 7000 fl. Sie werden wahre Prachtzimmer, wahre Prachtsäle bekommen; ich sehe nicht ein, warum immer die Commune Wien zu Mehrleistungen herangezogen werden soll. Der Grund hiezu ist in diesem Falle kein anderer, als weil wir ihnen das Haus nicht um billigeren Preis gegeben haben. Ich brauche nicht viel Worte zu verlieren, ich glaube, dass die Herren gegen diesen Antrag sein werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Silberer!

Gem.-Rath Silberer: Meine Herren, es thut mir sehr leid, dass ich mich gegen die beiden Herren Redner wenden muss, die jetzt gesprochen haben. Der Herr College Gregorig möge mir verzeihen, aber er hat da wieder das politische Moment hineingezogen. Welche Partei in der Handelskammer stärker vertreten sein mag, das ist Nebensache. Die Handelskammer Wiens bleibt immer ein Factor, mit dem gerechnet werden muss und den man zunächst in Wien selbst respectieren muss, sonst wird er überhaupt nicht respectiert. Ich möchte weiters constatieren, dass es ja unsere Verpflichtung ist, die Handelskammer unterzubringen; es kann sich ja nicht um das handeln, was der Herr College Grünbeck sagt: sie mögen das auf ihre Kosten machen, nein, es ist vom Herrn Referenten das Gesetz citiert worden, respective die Bestimmung, die uns auferlegt, dass wir das zu bezahlen haben. Es entsteht da nur die Frage, wo und wie die Handelskammer unterzubringen. Nun sage ich mir: die Handelskammer — wer darin sitzt, ist mir egal — die Handelskammer einer Stadt wie Wien, einer Residenzstadt, einer Großstadt wie Wien — wollen Sie die, wie ein College gesagt hat, ins Inundationsgebiet, nach Breitensee, oder wo wollen Sie sie unterbringen? Die Handelskammer muss im Centrum liegen (Widerspruch links), und ob der Schottenring der schönste Punkt der Stadt Wien ist — wie man gesagt hat — es ist das erstemal, dass von der Gegenseite der Schottenring als der schönste Punkt der Stadt bezeichnet wird. (Heiterkeit. — Gem.-Rath Gregorig: Dass Juden dort sind, dafür kann ich nichts!) Ich will ihn nicht herunter machen, ich wohne selbst dort. Ich war jedoch einigermaßen über diese Auffassung erstaunt; ich habe geglaubt, dass der andere Theil der Stadt der glänzendste Punkt ist.

Ich will aber nur vom ziffernmäßigen Standpunkte sagen: Sie bekommen gar nirgends in der Stadt in einer halbwegs belebten Straße eine Ubication, eine Wohnung, die nicht dasselbe oder mehr kostet wie am Schottenring, und weil darüber gesprochen werden muss, kann ich Ihnen nur sagen, dass ich, der ich mit den Wohnungspreisen speciell am Schottenring vertraut bin, weil ich dort selbst wohne, erstaunt bin über den verhältnismäßig billigen Zins, der hier verlangt wird. Wenn Sie den Cubikinhalt nehmen — man muss bei Wohnungen auch den cubischen Inhalt, nicht nur die Quadratmeter rechnen — ein solcher Saal und diese enormen Räumlichkeiten dort — ich kann das nicht so hoch finden. Dass die Börsekammer mehr verlangt, wenn die Handelskammer jetzt mehr braucht, ist begreiflich. Ich bin der Ansicht, das ist eine jener Verpflichtungen, deren wir uns nicht entledigen können.

Ich bin gewiss nicht erfreut, wenn jetzt um 5000 fl. mehr ausgegeben werden muss, wir können aber dem nicht ausweichen, und ich möchte Sie bitten, stimmen Sie dem Referenten-Antrage zu.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Dr. Vogler hat das Wort.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Die beiden ersten Herren Redner haben die Sache so dargestellt, als ob es sich nur darum handeln würde, dass die Handelskammer jetzt eine Mehrforderung stellt, weil der Gemeinderath das Ansinnen, das Haus in der Wipplingerstraße, um das es sich damals gehandelt hat, für die Handelskammer zu erwerben oder der Handelskammer käuflich zu überlassen, abgelehnt hat. Nun, das ist aber vollkommen unrichtig und die Herren erinnern sich wahrscheinlich nicht mehr an das Referat, welches damals erstattet worden ist. In dem damaligen Referate ist ja darauf hingewiesen worden, dass die Handelskammer erklärt, mit den dermaligen Localitäten das Auslangen nicht mehr zu finden, und dass mit Rücksicht auf den Umstand, dass der Mietvertrag mit der Wiener Börsekammer bezüglich derjenigen Localitäten, welche die Handelskammer jetzt innehat, im November d. J. abläuft, Vorsorge getroffen werden muss für die weitere Mietung von Localitäten und eventuell für die Beschaffung neuer Localitäten. Das war ja der Anlass, warum überhaupt damals dieses Referat in dem Sinne erstattet worden ist.

Damals gieng der Antrag des Stadtrathes dahin, sich mit der Handelskammer abzufinden, dass man ein- für allemal die Summe fixiert, mit welcher man die Handelskammer abfindet, so dass Mehrforderungen für die Zukunft ausgeschlossen worden wären. Die Herren sind auf diesen Antrag nicht eingegangen. Es ist aber nun natürlich, dass ein Referat hier kommen muss, nach welchem Vorsorge geschaffen werden soll für dasjenige, was nunmehr zu geschehen hat. Die Handelskammer wollte sich ein eigenes Haus bauen. Sie wollte, dass der Gemeinderath ihr dazu die Hand biete; das hat der Gemeinderath abgelehnt. Nun müssen die weiteren Consequenzen gezogen werden. Was geschieht jetzt mit den Localitäten der Handelskammer? Die Gemeinde ist nach dem Gesetze verpflichtet, für die Localitäten der Handels- und Gewerbekammer Vorsorge zu treffen, insoweit die Handelskammer sich dieselbe nicht selbst zu beschaffen in der Lage ist. Es ist nun bekannt, dass dies bei der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer nicht der Fall ist und infolgedessen ist die gesetzliche Verpflichtung für die Gemeinde vorhanden. Es kann sich nur darum handeln: wie groß ist das Bedürfnis der Handelskammer?

Wenn die Herren den Plan ansehen oder auch nur die Güte haben, die Localitäten der Handelskammer zu besichtigen, so müssen Sie bei unbefangener Beurtheilung der Sache zugeben, dass die

dermaligen Localitäten für die Zwecke, für welche sie bestimmt sind, absolut unzureichend sind. Sie haben eine große Anzahl von Beamten in einem Zimmer. Ein Zimmer ist derart beschaffen, dass, wenn das Schiedsgericht der Handelskammer Sitzung hält, die dort beschäftigten Beamten hinausgehen müssen.

Der Präsident hat nicht einmal ein eigenes Zimmer für sich. Ein Beamter sitzt in einem Zimmer, welches jenseits des großen Saales gelegen ist, und er muss immer durch den großen Saal gehen. Die Localitäten für die Bibliothek sind irgendwo auf dem Dachboden untergebracht und so geht es weiter. Diese Localitäten sind meines Erachtens ganz unzulänglich.

Dazu kommt noch, dass die Anforderungen an die Handelskammer fort und fort wachsen. Dem Abgeordnetenhause ist wieder eine Vorlage zugegangen, welche dahin geht, eine Änderung des Markenschutzgesetzes vorzunehmen, indem auch sogenannte Wortmarken, welche bisher in Österreich keine Geltung hatten, zugelassen werden sollen. Wenn dieses Gesetz in Kraft tritt — und es ist zweifellos, weil das Bedürfnis entschieden vorhanden ist — so wird die Handelskammer wiederum mehr Räume benöthigen, weil neue Register angelegt werden müssen und diese Registerbücher doch irgendwo aufliegen müssen.

Heute schon sind die Localitäten, welche für die Unterbringung der Markenregister bestimmt sind, ganz und gar unzulänglich und sie werden es noch viel mehr sein, wenn diese Änderung des Gesetzes eingetreten sein wird. Alle diese sachlichen Momente führen dahin, das Begehren der Handelskammer als vollkommen begründet anzusehen, wenn sie eine Erweiterung ihrer Localitäten anstrebt, und wir haben uns damals schon, als vor einigen Monaten das erste Referat erstattet wurde, dieser Erkenntnis nicht verschlossen und deshalb getrachtet, womöglich mit der Handelskammer einfür allemal uns abzufinden, damit wir weiterer Forderungen enthoben sind, und war andererseits der Umstand dafür maßgebend, dass die Handelskammer eventuell selbst in den Besitz eines Hauses kommt und, sobald dieses Haus in x-Jahren schuldenfrei gemacht worden wäre, selbst in der Lage gewesen wäre, für diese Localitäten aufzukommen, wodurch eventuell die gesetzliche Verpflichtung der Gemeinde gänzlich erloschen wäre.

Herr Gem.-Rath Gregorig ist nun der Meinung: Ja, wir verlangen eine Trennung der Handels- und Gewerbekammer (Gem.-Rath Gregorig: Jawohl!), diese Handels- und Gewerbekammer taugt nichts &c. (Unruhe links.) Ich lasse mich ja auf dieses Gebiet gar nicht ein, sondern gebe Ihnen nur Folgendes zu bedenken. Wenn Sie die Handels- und Gewerbekammer trennen, so brauchen Sie wahrscheinlich doppelt so viele Localitäten, denn dann braucht die Handelskammer Localitäten, und es braucht die Gewerbekammer Localitäten und die gesetzliche Verpflichtung der Gemeinde wird dadurch nicht vereinfacht, sondern vergrößert. (Zustimmung rechts.)

Nun, meine Herren, wenn auch bemerkt wird, man könne ja der Handelskammer irgendwo Localitäten anweisen, so ist das, glaube ich, doch nur als Witz anzusehen, denn im Ernst kann doch jemand, der die Sache wirklich reiflich überlegt und der wirklich ein Wiener ist und für die gesammten öffentlichen Interessen der Stadt Herz und Interesse hat, so etwas nicht sagen. Man kann doch die Handelskammer-Localitäten nicht irgendwo auf den Galitzynberg oder nach Simmering verlegen. (Unruhe links. — Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte um Ruhe!) Das ist absolut unmöglich, das können Sie vernünftigerweise nicht thun. Die Handelskammer muss anständig untergebracht werden, und es würde der Gemeinde Wien gewiss nicht angemessen sein, wenn diese Idee der Herren, die wirklich meines Erachtens nicht ernst zu nehmen ist, angenommen würde. Ich empfehle Ihnen daher den Antrag des Herrn Referenten. (Beifall rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Steiner hat das Wort.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Ich würde mich nicht gegen das Referat aussprechen, wenn in der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer die Interessen der Handels- und der Gewerbetreibenden vertreten würden, wenn sich die Handels- und Gewerbekammer bei der Abgabe von Gutachten nicht allen Reformbestrebungen entgegenstellen würde, welche mit Rücksicht auf die derzeitigen socialen Verhältnisse dringend nothwendig sind, aber es wurde vom Herrn Collegen Silberer der Einwurf gemacht, dass es nicht geht, die Handels- und Gewerbekammer in einem alten Bezirke oder Vorortebezirke einzumieten. Es wird ja selbst die Hochschule für Bodencultur in einem Vororte gebaut und auch andere wichtige Institutionen sind draußen. Da ist es doch nicht ausgeschlossen, dass auch die Handels- und Gewerbekammer, die als ganz unnöthig bezeichnet werden muss, wie sie heute zusammengesetzt ist, auch draußen eingemietet wird. (Lebhafte Zustimmung links.)

Nun ist es aber auffällig, und ich erlaube mir schon, die geschätzten Herren genügend auf einen Zwischenfall aufmerksam zu machen, der sich gelegentlich des Referates über den Verkauf des Hauses in der Wipplingerstraße an die Handels- und Gewerbekammer abgespielt hat: Es wurde dort vom gegenwärtigen Handelskammerrathe und seinerzeitigen Gem.-Rathe Rosenstingl aufmerksam gemacht, dass die Räumlichkeiten, welche die Handels- und Gewerbekammer derzeit hat, viel zu klein sind; daraufhin hat sich College Gfrorner, seinerzeitiger Handelskammerrath, erhoben und erklärt, dass sie viel zu groß sind, dass Räumlichkeiten genug vorhanden seien! Nun dürften sich die Verhältnisse der Handels- und Gewerbekammer jetzt nicht plötzlich geändert haben, und aus dem Grunde, damit nicht unnöthig das Geld der Gemeinde hinausgegeben wird, damit nicht aber auch der Handels- und Gewerbekammer der Kamm wächst und sie in einem halben Jahre wieder mit Forderungen an die Gemeinde Wien herankommt, aus diesem Grunde stimme ich gegen den Referenten-Antrag. (Beifall links.)

Gem.-Rath Weitmann: Die gegenwärtige Handels- und Gewerbekammer, wie sie besteht, ist eine reine großcapitalistische Interessenvertretung, das ist schon in der Art ihrer Zusammensetzung bedingt. Was hat denn die Handels- und Gewerbekammer eigentlich für das Kleingewerbe geleistet? Die Antwort darauf möchte ich von den Herren drüben hören. Sie hat nur das Großcapital vertreten, aus dessen Mitte sie hervorgegangen ist. Ich habe seinerzeit einen Antrag eingebracht, man möge bezüglich der gegossenen Scheren, die vom Auslande eingeführt werden, Mittel und Wege finden, damit dieser Schwindel abgeschafft werde. Wie hat sich der Referent der Handels- und Gewerbekammer diesbezüglich geäußert? Ich setze noch hinzu, dass sich der Herr Magistratsreferent sehr lobend und fachmännisch ausgesprochen hat, ein gediegener Fachmann hätte sich nicht besser ausdrücken können. Aber der Referent der Handels- und Gewerbekammer hat sich in geradezu unwissender Weise ausgesprochen; er hat gesagt, dass diese Scheren brauchbar sind. Da frage ich jeden Fachmann, ob sie nicht absolut unbrauchbar

sind. Sie sind ein absoluter Schwindel, niemand kann sie brauchen. Er meinte aber: zu gewerblichen Zwecken sind sie jedoch verwendbar! Da kann man sehen, wie das Kleingewerbe unterstützt wird. Er hat nebstdem noch der Stahlindustrie in Österreich das Todesurtheil ausgesprochen; wenn man diesen Schwindel auch abschaffe, meinte er, könne die Stahlindustrie, besonders das Kleingewerbe nicht concurrieren. Wäre nicht die Handels- und Gewerbekammer geradezu verpflichtet, das Kleingewerbe zu heben, statt ihm das Todesurtheil zu sprechen? Da können wir Kleingewerbetreibenden auch nicht einen Kreuzer mehr für die Handels- und Gewerbekammer votieren, als wir verpflichtet sind. Es wäre gut, wenn die Trennung der Handels- und Gewerbekammer vor sich gienge, denn in einer Gewerbekammer werden auch die Gewerbetreibenden vertreten sein. So wie die Handels- und Gewerbekammer jetzt besteht, hat das Kleingewerbe keine Hoffnung auf sie: deshalb werde ich gegen den Referenten-Antrag stimmen. (Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Frauenberger!

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren! Ich muthe mir nicht zu, die Geschäfte des Präsidiums besser zu verstehen, als der geehrte Herr Vice-Bürgermeister. Ich bin aber der Meinung, dass derartige Referate lieber in vertraulicher Sitzung erstattet werden sollten. (Widerspruch und Gelächter links.) Ich werde Ihnen den Beweis dafür sofort erbringen.

Wir haben das Referat, das die Herren angezogen haben, vor ganz kurzer Zeit im Hause verhandelt. Es folgte nun bei einem solchen Referate Rede und Gegenrede, und es hat sich gezeigt, dass der größere Theil der Herren gesagt hat: Der Zins, welchen wir für die Localitäten der Handels- und Gewerbekammer zahlen, ist ein sehr geringer. Meine Herren! Wenn das an einem öffentlichen Orte gesagt wird, so ist es ganz begreiflich, dass derjenige, welcher über die Höhe des Zinses zu verfügen hat, sich dann sagen wird: Ja, wenn der Gemeinderath den Zins zu nieder findet, so könnte man versuchen, ihn etwas zu erhöhen. Von anderer Seite wurde wieder gesagt: Die Handels- und Gewerbekammer kommt in der That nicht aus mit ihren Localitäten, es ist ganz begreiflich, sie muss weit größere Räume haben. Auch das scheint man sich hinter die Ohren geschrieben zu haben und kommt jetzt nach beiden Richtungen mit Forderungen. Ich wäre daher der Meinung, dass ein solches Referat im Interesse der Gemeinde Wien, im Interesse der Steuerträger Wiens in vertraulicher Sitzung erstattet werden sollte. Das war die Bemerkung, welche ich vorausschicken zu müssen glaubte.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega stellen aber keinen diesbezüglichen Antrag?

Gem.-Rath Frauenberger: Ich stelle in dieser Richtung keinen Antrag, denn wir haben heute schon so viel gesprochen, dass es jetzt zwecklos wäre, wenn wir vielleicht die Debatte in die vertrauliche Sitzung hinüberspinnen wollten.

Was die Handels- und Gewerbekammer selbst betrifft, so dürfen wir nicht über das Ziel hinausschießen. Es wird vielleicht gut sein, wenn wir die Handels- und Gewerbekammer darauf aufmerksam machen, dass sie auch auf die Finanzlage der Stadt Wien etwas Rücksicht nehmen und nicht allzuviel verlangen soll. Die Handels- und Gewerbekammer scheint selbst das Gefühl zu haben, dass es in dieser Richtung auch eine Grenze gibt, weil sie ja bisher schon einen Beitrag geleistet hat. In dieser Richtung wird also die Gemeinde Wien gutthun, wenn sie Vorsorge trifft; dass wir aber die Handels- und Gewerbekammer hier in der Reichshauptstadt in dieser Weise herabsetzen, wie es hier geschehen ist, ist auch wieder nicht gut.

Die Herren haben vielleicht recht, dass die Handels- und Gewerbekammer nicht mit jener Energie für die Interessen der kleineren Leute eintritt. Vielleicht könnte man auch in dieser Richtung etwas thun. Aber, meine Herren, ich erinnere Sie daran, dass wir gerade zum Schutze des Gewerbes unseren Gewerbeverein haben (Rufe links: O je!), und wenn Sie ... (Unruhe links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich bitten, meine Herren, um etwas Ruhe.

Gem.-Rath Frauenberger (fortfahrend): Ja, meine Herren, das ist ja das Unglück, dass die Herren nicht beitreten. Gehen Sie hin, lassen Sie sich einschreiben in den Gewerbeverein und majorisieren Sie die paar Fabrikanten, dann sind Sie die Herren dort. Aber der Gewerbeverein wird nicht besucht, er hat zu wenig Mitglieder aus den kleineren Gewerbekreisen, und daher dominieren dort andere Leute. Ich mache Sie also darauf aufmerksam, dass das ein Feld Ihrer Thätigkeit sein soll, den Gewerbeverein etwas zu majorisieren.

Was die Unterbringung der Handels- und Gewerbekammer betrifft, so muss man auch da wieder — ich möchte sagen — den Standpunkt der Mitte einnehmen. Es ist unmöglich, die Handels- und Gewerbekammer in einen weit entlegenen Bezirk hinauszugeben, das geht ja auch nicht. (Rufe links: In die Leopoldstadt! Nach Kaiser-Ebersdorf!) Ob Leopoldstadt oder Kaiser-Ebersdorf — die Handels- und Gewerbekammer gehört meinem Gefühle nach in die Innere Stadt, und ich bin überzeugt, dass die meisten der Herren mir recht geben werden. Ich schließe damit, dass ich mit Bedauern zur Kenntnis nehme, dass die Gemeinde Wien zu einer so bedeutenden Leistung herangezogen wird. Ich kann aber nicht umhin, unter den obwaltenden Umständen für den Antrag des Referenten zu stimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich fühle mich verpflichtet, mich gegen den von dem unmittelbaren Herrn Vorredner erhobenen Vorwurf zu vertheidigen, dass ich dadurch, dass dieses Referat in öffentlicher Sitzung erstattet wird, die Interessen der Gemeinde geschädigt hätte. Dieses Referat muss in öffentlicher Sitzung erstattet werden, weil gar keine persönlichen Angelegenheiten bei demselben zur Sprache kommen und demnach nach meiner Überzeugung kein Grund vorliegt, dieses Referat in vertraulicher Sitzung erstatten zu lassen.

Meine Herren! Es ist umsoweniger Grund zu einer vertraulichen Behandlung vorhanden, als gelegentlich des Verkaufes der der Gemeinde Wien gehörigen Realität in der Wipplingerstraße alle diese Angelegenheiten vollständig öffentlich behandelt worden sind und daher die Handels- und Gewerbekammer über alles das, was darüber gedacht wird, vollkommen genau unterrichtet ist.

Herr Gem.-Rath Gregorig hat das Wort.

Gem.-Rath Gregorig: Die Hauptsache beim ganzen Streite liegt darin, dass die Localitäten der Handels- und Gewerbekammer wahrscheinlich gar nicht entsprechend sind. Die ganze Zusammensetzung der Localitäten ist zu dem Zwecke, dem sie gewidmet sind, gar nicht brauchbar. Es sind kolossale Räumlichkeiten, während man kleine braucht. Wenn man schon vom cubischen Inhalte spricht, könnte man auch von dem cubischen Inhalte dieses Saales sprechen; von den hohen Räumlichkeiten hat man nichts. Was

den Saal anbelangt, so kümmert uns, wenn die liberalen Herren ihre Wählerversammlungen anderswo in gezahlten Localitäten abhalten, das gar nicht; meistens werden aber dort gewisse Versammlungen abgehalten. Es befinden sich dort Räumlichkeiten, die nicht nothwendig sind. Überdies hat der eminenteste Fachmann, der ehemalige Kammerrath Gfrorner, in der letzten Sitzung, wo es sich um den Hauskauf gehandelt hat, genau erklärt, dass Räumlichkeiten genug vorhanden sind. Wenn aber in denselben Verschiedenes auf Kosten der Gemeinde Wien getrieben wird, damit kann ich mich nie einverstanden erklären.

Wenn der Herr Gem.-Rath Frauenberger meint, man soll dem Gewerbevereine beitreten und hineingehen, so muss ich ihm erst sagen, dass der Beitrag 16 fl. ist und 5 fl. das erstemal, dann muss man von zwei Collegen empfohlen sein, sonst kommt man nicht hinein; denken Sie sich, der Herr College Steiner möchte beitreten, so werden Sie nicht zwei Mitglieder drüben finden, die ihn empfehlen würden. (Heiterkeit.) Dann wissen Sie ja, vor zwei Jahren habe ich im Landtage den Gewerbeverein gekennzeichnet, und da hat man gesagt, man hat mich aus dem Vereine ausgeschlossen, man hat mir ein Schreiben geschickt, dass ich ausgeschlossen bin, und dass mir die Zeitung eingestellt ist, obwohl ich schon im Jänner vorher ausgetreten bin, keinen Mitgliedsbeitrag mehr gezahlt und bereits früher kein Blatt erhalten habe. Der Gewerbeverein hat mit der vorliegenden Sache gar nichts zu thun, derselbe ist ein Capitalistenverein, aber nicht ein Verein für das Kleingewerbe. Auch die Gewerbekammer entspricht nur dem Namen, aber nicht dem Sinne nach dem, was sie sein sollte.

Wenn aber der geehrte Herr St.-R. Dr. Vogler sagt, jeder wirkliche Wiener kann die Sache nicht ernst nehmen, so sage ich ihm, ich nehme sie ernst, und wenn er sagt, die Kammer ist dort nicht anständig untergebracht, so wohnt ja der Herr St.-R. Dr. Vogler auch am Neubau. Will er behaupten, dass am Neubau nicht anständige Leute wohnen? Ich wohne auch draußen, und ich bin stolz darauf, ein Schottenfelder zu sein. Wenn den Herren der Ort dort nicht gefällt, so kann uns das nichts angehen. Ich bin der Meinung, wir haben das Recht, weil wir doch den Mietzins bezahlen müssen, die Handels- und Gewerbekammer dorthin zu geben, wo es uns passt. Wir werden sie schon in anständigen Localitäten unterbringen; man muss den Anstand überall wahren. Wenn man aber Forderungen an uns stellt, die ganz unbegründet und bei den Haaren herbeigezogen sind, so müssen wir uns dagegen wehren; und wir sind heute in der Lage, uns dagegen zu wehren. Die geehrte liberale Partei stellt Forderungen an uns, mit denen man sich nicht einverstanden erklären kann. Wenn wir am Schottenfeld oder Neubau entsprechende Häuser mieten, so kommen wir billiger daraus und die Kammer ist nach meiner Meinung anständig untergebracht. Und wenn die geehrten Orientalen drinnen ein paar Schritte weiter zu gehen haben, so liegt uns nichts daran, wir kommen jedenfalls billiger weg.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Gfrorner!

Gem.-Rath Gfrorner: Meine Herren! Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn ich nicht direct apostrophiert worden wäre. Es ist ganz richtig, dass ich mir erlaubt habe, darauf hinzuweisen, dass die Kammerlocalitäten wirklich großartig und so beschaffen sind, wie man sie in der Wirklichkeit nicht gebraucht hat; dass die Agenden der Kammer sich so bedeutend vermehrt haben, dass die Localitäten nicht hinreichend sind, das kann ich mir nicht denken, denn der Beamte, der an einem Tische sitzt, kann dort fünf Referate ebensogut bewältigen als sechs Referate; dazu braucht er ja keinen größeren Raum. Dann sind ja Räume dort vorhanden, wo drei Personen sitzen, Räume aber, die viel größer sind, als es nothwendig ist. Wenn übrigens die betreffenden Personen in einem Zimmer allein sitzen wollen, so kann man ja diese großen Räume durch Wände, z. B. durch Gipswände abtheilen.

Ich habe seinerzeit darauf aufmerksam gemacht, dass sich dort ein Sectionssitzungssaal befindet, wo Sitzungen abgehalten werden. Diese werden alle Woche einmal gebraucht und alle Monate einmal zu Plenarversammlungen. Diesen Saal vermietet die Kammer für Gesellschaften, Generalversammlungen von Actien-Gesellschaften (Hört! Hört! links) und zu allen anderen Zwecken und cassiert auch einen Betrag ein.

Was den großen Saal anbelangt, so braucht sie den Saal das ganze Jahr überhaupt nicht. Während meiner damaligen Wirksamkeit haben wir den Saal nur dreimal gebraucht. (Rufe: Wählerversammlung!) Auch eine Wählerversammlung. Die kann aber auch in einem Wirtshause abgehalten werden. (Heiterkeit.) Aber der große Saal ist nur dreimal gebraucht worden. Einmal waren die Gastwirte geladen, wo es sich um die Trennung der größeren von den kleineren Gastwirten gehandelt hat. Das waren die Hotelwirte, die von den kleineren majorisiert worden sind. Dann war eine Versammlung von Kräutlerweibern, 5000 bis 6000. Der Saal ist sehr schön. Die haben sich nicht zu reden getraut, weil der Saal so schön ist. Die hätte man auch in ein anderes Local einladen können, dass sie weniger befangen gewesen wären. Ich muss sagen, dass die Räume der Handelskammer heute groß genug sind. (Rufe links: Na also!)

Es scheint aber eine Tendenz darin zu liegen. Weil wir den Ankauf des Hauses zurückgewiesen haben, scheinen die Herren zu glauben, dass sie unter jeder Bedingung mehr Localitäten haben müssen. Den Eindruck macht es auf mich. Ich mache darauf aufmerksam, dass die Registratur in Localitäten ist, die ganz gut für die Beamten verwendet werden können. Man kann in den großen Gängen große Kasten, aus weichem Holze, braun gestrichen, aufstellen und die Registratur hineingeben. Das ist meine Anschauung, ich weiß nicht, ob ich recht habe. Aber sie in dem großen Saale unterzubringen, das kann nicht in Combination gezogen werden.

Es wurde auch aufmerksam gemacht, die Trennung der Handels- und Gewerbekammer durchzuführen. Auch ich bin damals auf dieses Programm gewählt worden, ich habe mich aber überzeugt, dass es sehr unpraktisch wäre, wenn es durchgeführt würde. Sie können glauben, dass ich mit dem vollen Bewusstsein hineingekommen bin, eventuell dafür einzutreten, und dass ich mich überzeugt habe, dass es unpraktisch wäre.

Ich mache aufmerksam, alle diese Sachen, welche wir errungen haben für die kleinen Leute, sind nur möglich geworden durch die Mitwirkung der Handeltreibenden Vollhofer, Strobel und Zimmermann; diese haben uns geholfen, einzelne Sachen durchzubringen. Das Unglück ist der Wahlmodus der Kammer; wir haben zum Beispiel eine Handels- und eine Gewerbekategorie, und da sind vier Wahlkörper. Der erste wählt acht, der zweite acht, der dritte fünf, der vierte vier, die kleineren Leute, die überwiegende Mehrheit, 47.000, wählen in der letzten Kategorie vier, während der erste Wahlkörper mit 1200 acht wählt. Darin liegt das Malheur.

Ich habe mir erlaubt hinzudeuten, dass es sehr praktisch wäre, in Anbetracht des riesigen Betrages an einem anderen Platze in der Inneren Stadt ein billiges Haus zu kaufen, es rasch umzubauen und darauf die Inschrift zu geben: „Handels- und Gewerbekammer". Vor ganz kurzer Zeit haben die Herren Dehm und Olbricht einen Bau durchgeführt von der Tuchlauben auf den Wildpretmarkt; der Bau ist bald fertig und wird sehr hübsch sein. Nebenan die Hausfrau hat sich gefürchtet, durch den Umbau werde ihr Haus leiden und hat es daher um 26.000 fl. verkauft; es war vier Stock hoch und hatte fünf Fenster Gassenfront. Wenn man sich umschaut, wird man auch so ein billiges Haus finden, welches allen Anforderungen entspricht. Ich bin aber der Ansicht, es ist gar nicht nothwendig, andere Localitäten zu mieten. Die Localitäten in der Börse passen nur für die Kammer und für nichts anderes und die Börse muss froh sein, dass die Kammer dort untergebracht ist; es ist das für beide Theile passend. Die Kammer hat schöne Räume, schöne Gänge und Empfangsräume, und soll sie behalten. Die Herren sollen aber mit sich reden lassen und nicht exorbitante Forderungen stellen. Wie verhält es sich denn mit dem Handelsmuse m, das auf der anderen Seite ist? Dieses hat ganz die gleichen Localitäten, wie die Handelskammer. Was zahlt das Handelsmuseum? Der Herr Referent scheint das nicht zu wissen. Mich würde es aber sehr interessieren, zu wissen, was die zahlen. Wenn die weniger zahlen, sehe ich keinen Grund ein, warum wir mehr zahlen sollen. Wir haben eine Verpflichtung, zweckdienliche Localitäten zu geben, und kommen dem sehr gerne nach, aber die Forderung muss entsprechend sein, wir haben die Pflicht, darüber zu wachen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Der Herr Referent wünscht das Wort.

Referent: Ich habe wohl meine Bemerkungen für das Schlusswort aufheben wollen; ich sehe mich aber gezwungen, zur Klärung der Debatte doch einiges zu erwähnen.

Vor allem muss ich dem Gedächtnisse des ersten Herrn Redners nachhelfen, dann dem des letzten Herrn Redners. Der erste Herr Redner hat behauptet, der Stadtrath hätte beantragt, der Handelskammer ein Haus zu einem sehr billigen Preise zu überlassen, und weil die Handelskammer das Haus nicht bekommen hat, stelle sie jetzt hohe Anforderungen. Der Stadtrath hat beantragt, die Häuser Nr. 33 und 35 in der Wipplingerstraße der Handelskammer genau so theuer zu überlassen, wie dem Beamtenvereine, genau so theuer, also nicht billiger, aber gegen dem, dass die Handelskammer sich verpflichtet — und das sage ich nun dem letzten Herrn Redner — einen jährlichen Pauschalzins von nicht höher als 10.000 fl. zu beanspruchen. Also das wäre ein Entgegenkommen der Handelskammer gewesen, wenn sie für alle Zeiten den Zins auf 10.000 fl. pauschaliert hätte. Das, was wir heute beantragen, ist übereinstimmend mit dem, was damals beantragt worden ist, und es ist keine Rede davon gewesen, dass wir der Handelskammer das Haus hätten billiger geben wollen, als ein anderer geboten hat.

Was die Localitäten anbelangt — das muss ich dem letzten Herrn Redner erwähnen — so wiederhole ich, wenn wir in irgendeinem Hause solche Localitäten ausschließlich der Säle herstellen wollten, beispielsweise im alten Rathhause, so würden dieselben Localitäten ausschließlich des Saales einen Jahreszins von 12.200 fl. repräsentieren. Man kann doch nicht sagen, dass das Rathhaus in einem hervorragend glänzenden Stadttheile gelegen ist; nach der Ansicht der Herren wäre es aber gewiss geeignet, darin die Handelskammer unterzubringen. In diesem Hause würde aber der Zinsausfall 12.200 fl. und außerdem die Adaptierungskosten 10- bis 12.000 fl. betragen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Witzelsberger hat das Wort.

Gem.-Rath Witzelsberger: Es ist mir geradezu unbegreiflich, wie der Herr College über eine Institution, deren Mitglied er war, in so gehässiger Weise, wie er es gethan, herfallen kann. Auch ich war zu jener Zeit Mitglied der Handelskammer. Ich habe auch gesehen, wie die Verhältnisse waren. Ich muss entgegen dem Herrn Collegen Gfrorner erklären, dass die Localitäten schon damals nicht zu groß waren, dass schon zu jener Zeit die Beamten am Gange draußen gesessen sind — nicht nur die Diener — und sie haben draußen ihre amtlichen Verrichtungen machen müssen. Seit dieser Zeit haben sich aber die Agenden der Handelskammer bedeutend vermehrt. Wenn er den großen Saal erwähnt hat, so ist es richtig, dass er ausschließlich nur zu genossenschaftlichen Versammlungen verwendet worden ist. Diese genossenschaftlichen Versammlungen haben darin wiederholt stattgefunden und es haben nicht nur die Kräutlerweiber darin gehaust, wie der Herr Gem.-Rath Gfrorner gesagt hat, sondern die verschiedensten genossenschaftlichen Versammlungen haben darin stattgefunden, weil ein anderes Local nicht da war. Sonst hätte die Handelskammer ins Gasthaus gehen müssen. Wenn er nun sagt, wenn die Herren nicht beisammensitzen wollen, so sollen sie sich abtheilen — sie werden sich doch die Kanzlei einer niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer nicht mit lauter Cabinetten vorstellen? Denn wenn man Mauern zieht, so hat man nichts als lauter Cabinette. Die Vergrößerung der Handelskammer ist unbedingt nothwendig und wenn die Herren diesbezüglich in der Majorität sind und das ablehnen, so werden Sie es zu bereuen haben. (Widerspruch.) Sie werden im Gesetzwege gezwungen werden, der Handelskammer diese Localitäten beizustellen, da hilft der Gemeinde niemand, das ist eine gesetzliche Pflicht, der sich die Gemeinde nicht entziehen kann. Ich wollte nur richtiggestellt haben, dass das, was der Herr College Gfrorner gesagt hat, den Thatsachen nicht entspricht (Rufe: Hört!), dass es vollständig unrichtig ist, dass damals schon kein Raum vorhanden war, somit heute noch viel weniger Raum vorhanden sein kann.

Ich werde daher mit voller Beruhigung, weil ich auch die Interessen der Gemeinde zu wahren weiß, wie Herr Collega Gfrorner, für den Antrag des Herrn Referenten stimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Dr. Lederer wünscht das Wort zur Geschäftsordnung. Ich ertheile ihm dasselbe.

Gem.-Rath Dr. Lederer: Ich beantrage Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Dr. Lederer beantragt Schluss der Debatte. Ich ersuche jene Herren, welche dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Schluss der Debatte ist angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Hörmann, Stehlik und Silberer.

Collega Hörmann hat das Wort.

Gem.-Rath Hörmann: Nach den Ausführungen der geehrten Herren Vorredner glaube ich auch, dass Raum genug vorhanden ist. Ich habe die Localitäten gesehen und nach meiner Anschauung

ist der Raum genügend, aber die Localitäten sind nicht zweckentsprechend eingerichtet und ich möchte daher empfehlen, der Herr Vice-Bürgermeister möge den Magistrat und das Bauamt beauftragen, an Ort und Stelle Erhebungen zu pflegen und einen Plan zu verfassen (Referent: Das ist geschehen!), und zwar nach dem Programme, wie es die Handels- und Gewerbekammer braucht, und nach diesem sollen die Adaptierungen stattfinden. Das wäre der kürzeste Weg und ich glaube, dann wäre Platz genug. Denn es sind sehr große Räume dort, wo nur ein bis zwei Herren sitzen, wo aber vielleicht drei oder noch mehr Platz hätten. Ich möchte daher beantragen, dass der Magistrat aufgefordert wird, Erhebungen zu pflegen und darnach eine Planskizze zu entwerfen, welche dem Programme entspricht.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Stehlik hat das Wort.

Gem.-Rath Stehlik: Nach den Ausführungen des Herrn St.-R. Witzelsberger bin ich bemüssigt, auch einige Worte zu sprechen. Es ist sehr bedauerlich, wenn wir mit einer gewissen Drohung hören müssen, dass wir es zu bedauern haben werden, wenn wir die Anträge nicht annehmen. Ja, Herr St.-R. Witzelsberger, wir haben zu bedauern . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte, Herr Collega, sich immer nur an die Versammlung zu wenden, nicht an einzelne Personen.

Gem.-Rath Stehlik (fortfahrend): . . . Wir haben es zu bedauern, dass die Handels- und Gewerbekammer wirklich für das Kleingewerbe gar nichts thut. Das ist eine ausgesprochene Thatsache. Schauen Sie nur, ob für die Kleingewerbetreibenden gearbeitet wird. Das existiert gar nicht; und wir sollen für so etwas unsere Stimme geben? Das ist nicht nothwendig, und wenn ein Handelskammerrath selbst so spricht, so glaube ich ihm viel mehr, als Herrn St.-R. Witzelsberger.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Silberer hat das Wort.

Gem.-Rath Silberer: Ich bitte, mir einige Bemerkungen noch zu erlauben. Erstens bezüglich des geschätzten Collegen Steiner. Ich achte seine Argumente und beuge mich sehr gerne denselben, aber in Bezug auf die Möglichkeit der Hinausschiebung der Handelskammer in die Vororte oder in eine Vorstadt hat er einen Vergleich gebraucht, der entsetzlich hinkt. Das ist nämlich der mit der Hochschule für Bodencultur.

Meine Herren! Die Hochschule für Bodencultur ist ja umso besser situiert, je mehr man sie auf das Land hinaus legt, denn dann ist sie dort, wo sie hingehört.

Aber die Handelskammer gehört in das Centrum, und zwar nicht mit Rücksicht auf sie selbst und die ihr Angehörigen, sondern mit Rücksicht auf diejenigen aus der Bürgerschaft, die dort zu thun haben. Sollen alle diese Leute so weit hinausgehen? Alle Centralämter, welche von der Gesammtbevölkerung aufgesucht werden müssen, liegen am besten in der Inneren Stadt, und wenn Sie vielleicht 2- bis 3000 fl. an Zins ersparen durch das Hinausgehen in einen Vorort, so zerreißen Ihre Leute um das mehr Stiefel und verlieren Geld durch den Zeitverlust.

Dem Herrn Collegen Gfrorner muss ich auch erwidern, der es übernommen hat, ein Haus in der Inneren Stadt um — glaube ich — 26.000 fl. für die Handelskammer ausfindig zu machen.

Wenn er das kann, meine Herren — fünf Fenster Gassenfront und sogar zwei Gassenfronten — dann glaube ich, ist die ganze Versammlung einverstanden, wenn Herr College Gfrorner mit diesem Hause kommt, den Kauf beim Präsidium beantragt, und wenn dann darüber referiert wird, wird selbst die Opposition, die bei Käufen sonst so rigoros ist, keine Einwendung machen. (Unruhe; Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte um Ruhe!) Es ist ja factisch, dass ein solcher Verkauf stattfand, aber das kommt in hundert Jahren nicht wieder vor; es war eine alte Frau, und ungeschickt, wie alte Frauen sind, hat sie sich gefürchtet, weil neben ihr gebaut wurde, es fällt ihr das Haus zusammen und im Schreck hat sie ihr Haus um diesen Preis hergegeben.

Ich habe noch zu sprechen über den Antrag Hörmann, der wegen der Adaptierungen gesprochen hat. Ich bin einverstanden, dass diese Localitäten so zweckmäßig als möglich adaptiert werden, glaube aber nicht, dass die Sache so geht, dass unser Stadtbauamt einfach Vertreter hinschickt und dort in der Börsekammer, in der Wohnung der Handels- und Gewerbekammer adaptieren lässt, wie es uns passt. Das könnte ja nur im Einvernehmen mit diesen Factoren geschehen.

Nun möchte ich aber zum Schlusse auf etwas aufmerksam machen, trotzdem es in öffentlicher Sitzung ist; das ist ja kein Geheimnis, über so etwas muss gesprochen werden. Trotzdem ich überzeugt bin, dass der Zins im Verhältnisse zu den Localitäten ein sehr niedriger ist, und dass wir, wenn sie wirklich adaptieren, nichts Besseres finden und theuerer daraus kommen, ist etwas zu berücksichtigen, was von keiner Seite berührt wurde, mir aber wichtig erscheint. Ich stimme für den Referenten-Antrag, muss aber sagen, dass mir die Zeitdauer dieses Vertrages — fünf Jahre — zu kurz erscheint. Ich möchte nicht der Börsekammer Gelegenheit geben, schon in fünf Jahren wieder zu kommen und zu sagen: „Zahlt's Croaten, aber jetzt 15.000 fl." Ich möchte also beantragen, den Vertrag auf zehn Jahre zu schließen. Ich halte den Zins für einen solchen, dass es in unserem Interesse gelegen ist, den Vertrag auf zehn Jahre zu schließen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Vor allem muss ich mich gegen den Antrag Hörmann wenden. Es ist vom Bauamte bereits ein Plan aufgenommen worden, aus welchem hervorgeht, dass durch Adaptierungen leider nichts zu erreichen ist. Die Localitäten bestehen aus einem sehr langen Gange. Der Gang selbst ist schon untertheilt und zu Bureauzwecken benützt. Von diesem kommt man nach der einen Seite in die Bureaux hinein, welche aus lauter einzelnen Cabinetten bestehen, mit Ausnahme von drei Räumen, welche größer sind. In zweien dieser Räume aber lässt sich eine Untertheilung nicht gut anbringen, weil es Eckzimmer sind, wo immer in der Mitte der Wand das Fenster sich befindet. Jede Adaptierung, von der man etwas Bedeutendes erwarten könnte, ist da ausgeschlossen.

Dann will ich nur nochmals hervorheben, dass das Comité — der Stadtrath hat nämlich auch ein Comité gewählt, welches unterhandelt hat — alles gethan hat, um die höhere Belassung der Commune soviel als möglich herabzumindern. Die Forderung der Handelskammer ist ja auf 50.000 fl. gegangen, und jetzt wird sie sich vielleicht mit 3000 fl. begnügen. Es ist zu hoffen, dass kein größeres Mehrerfordernis aus diesem Titel erwächst.

Dass gewiss keinerlei politische Momente bei den Verhandlungen mitgespielt haben, geht schon aus der Zusammensetzung des Comités hervor. Dem Comité haben angehört der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Lueger, Dr. Vogler und meine Wenigkeit. Diese Fragen sollte man, glaube ich, nicht mit politischen Fragen vermengen. Es handelt sich einfach darum, eine Verpflichtung der Gemeinde zu erfüllen, und zwar so billig als möglich. Hiezu gibt es keinen anderen Weg, als dass wir der Handelskammer dieses Offert stellen. Würden wir bauen oder andere Localitäten adaptieren, so würde das gewiss mehr kosten. Ich bitte zu berücksichtigen, dass wir nicht auskönnen. Wir müssen für Räume vorsorgen, und die Vergrößerung der Localitäten ist nothwendig; seitdem die Handelskammer in den gegenwärtigen Localitäten ist, ist die Beamtenanzahl von 17 auf 41 Personen gestiegen, und außerdem ist ein ganzes Heer von Diurnisten beschäftigt. Wer die Sachlage kennt und das Wachsen der Agenden und der Zahl von Beamten ins Auge fasst, die in diesen Räumen untergebracht werden müssen, wird zugestehen, dass die Vergrößerung absolut nothwendig ist und wir verpflichtet sind, das zu erfüllen, was das Gesetz uns auferlegt. Ich bitte also, die Anträge des Stadtrathes anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Zur Abstimmung Herr Gem.-Rath Dr. Mittler.

Gem.-Rath Dr. Mittler: Mit Rücksicht darauf, dass der heutige Beschluss möglicherweise, wenn er in einem gewissen Sinne ausfällt, für die Gemeinde mit Consequenzen verbunden sein kann, beantrage ich die namentliche Abstimmung über den Antrag des Herrn Referenten. (Bravorufe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Der Herr Referent hat noch das Wort.

Referent: Ich möchte mir nur noch eine Bemerkung erlauben. Ich habe leider vergessen, den Antrag des Herrn Collegen Silberer zu erwähnen. Herr College Silberer beantragt, die Contractsdauer auf zehn Jahre zu verlängern. Wir haben diesen Antrag darum nicht gestellt, weil von einer Seite betont wurde, dass wir innerhalb dieser fünf Jahre vielleicht doch in einer anderen Weise für die Unterkunft der Handels- und Gewerbekammer vorsorgen könnten, etwa durch den Bau eines Hauses oder in einer anderen Form, wenn sich eine passende Gelegenheit hiezu ergibt. Deshalb haben wir die Vertragsdauer nur für fünf Jahre vorgeschlagen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Zur Berichtigung gegen den Herrn Referenten, Herr Gem.-Rath Gregorig.

Gem.-Rath Gregorig: Der Herr Referent hat behauptet, ich hätte gesagt, der Stadtrath habe der Handels- und Gewerbekammer das Haus billiger verkaufen wollen. Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, die Handels- und Gewerbekammer hat es von uns billig kaufen wollen und weil wir ihr nicht willfahrt haben, kommt sie mit einer erhöhten Forderung an uns.

Gem.-Rath Gfrorner (zur thatsächlichen Berichtigung): Der Herr Referent hat gesagt, zwischen dem damaligen Antrage der Handels- und Gewerbekammer und dem heutigen sei eigentlich gar kein Unterschied. Damals wurden 10.000 fl. begehrt, heute aber nur 5000 fl.; da besteht doch ein Unterschied ...

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger (unterbrechend): Darf ich bitten! Das ist wohl keine thatsächliche Berichtigung, das ist eine meritorische Auseinandersetzung, die in die Debatte gehört. Die Debatte ist geschlossen — ich bedauere sehr.

Wir schreiten zur Abstimmung.

Es liegen folgende Anträge vor:

Herr College Gregorig beantragt, es sei in einem Bezirke ein entsprechendes Haus zu mieten, dessen Miete der Höhe des bereits von der Commune bezahlten Betrages gleichkommt.

Herr College Hörmann beantragt: Der Herr Vice-Bürgermeister werde ersucht — das ist hier der Magistrat — eine Commission mit der Aufgabe zu betrauen, einen Detailplan zur entsprechenden Umgestaltung der Räumlichkeiten der Handels- und Gewerbekammer auszuarbeiten.

Der Antrag des Herrn Collegen Silberer ist ein Abänderungs-Antrag zum Antrage des Stadtrathes.

Nach meiner Meinung muss zuerst über den Antrag Hörmann abgestimmt werden; wenn derselbe abgelehnt werden sollte, kommt der Antrag Gregorig, und wenn auch dieser Antrag fällt, kommt der Antrag des Stadtrathes mit Freilassung der Jahre zur Abstimmung. Dann wird abgestimmt über „zehn" oder „fünf Jahre".

Wünscht einer der Herren das Wort zu dieser Abstimmung? (Gem.-Rath Dr. Lederer meldet sich.) Herr Gem.-Rath Dr. Lederer zur Abstimmung.

Gem.-Rath Dr. Lederer: Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Gregorig ist der weitestgehende, er entfernt sich am allermeisten vom Referenten-Antrage. Ich glaube, dass dieser Antrag zu allererst zur Abstimmung kommen sollte.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Ich wollte dasselbe sagen. Nach meiner Ansicht ist das ein ganz entgegengesetzter Antrag und ich bitte, denselben zuerst zur Abstimmung zu bringen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Die Herren irren. Der Antrag Hörmann ist ein sogenannter vertagender Antrag, das heißt ein Antrag, welcher die endgiltige Entscheidung der Sache hinausschiebt. Es soll darnach nämlich eine Commission mit der Aufgabe betraut werden, einen Detailplan zur entsprechenden Umgestaltung der Räumlichkeiten der Handels- und Gewerbekammer auszuarbeiten. Ich will aber, nachdem beide Seiten einverstanden sind, dass in anderer Weise vorgegangen werde und ich nie eigensinnig auf meiner Anschauung beharre, in dieser Weise vorgehen.

Gem.-Rath Gregorig: Ich ziehe meinen Antrag in der Richtung zurück.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Nein, es ist ja auch ein Antrag von Seite des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lederer gestellt worden. Es ist ja ganz gleich.

Ich bringe also zuerst den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Gregorig zur Abstimmung.

Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage Gregorig einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht. — Nach der Auszählung:) Es wird mir gesagt, 48 dafür; nachdem nach meiner eigenen Zählung über 100 Mitglieder anwesend sind, erscheint der Antrag abgelehnt.

Es kommt nun der Antrag des Herrn Collegen Hörmann zur Abstimmung.

Diejenigen Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht. — Nach der Auszählung:) Es ist unmöglich, das Stimmenverhältnis genau zu constatieren, weil es knapp auf die Hälfte ausgeht, ich würde daher auch bei diesem Antrage schon die namentliche Abstimmung vornehmen lassen. (Zustimmung.)

Ich bitte also den Herrn Schriftführer, die Namen zu verlesen.

Diejenigen Herren, welche für den Antrag Hörmann sind, bitte ich, mit Ja, die dagegen sind, mit Nein zu antworten.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dr. Zimmermann stimmen mit Ja die Gem.-Räthe:

Bärtl, Becker, Brauneiß, Büsch, Dobeš, Dürbek, Eigner, Fickeys, Dr. Geßmann, Geyer, Götz Josef, Gregorig, Dr. Gruber Michael, Grünbeck Josef, Grünbeck Sebastian, Hallmann, Hauke, Hipp, Hörmann, Kreisel, Dr. Kupka, Leitner, Litschke, Vice-Bürgermeister Dr. Lueger, Maresch, Migl, Müller Lorenz, Oberzeller, Pichler, Platter, Pollak, Polzhofer, Dr. Pommer, Purscht, Rauer, Rauscher, Reichert, Rißaweg, Sauerborn, Schlesinger, Schlögl, Schneeweiß, Schreiner, Schuh, Schwarzmayer, Stehlik, Steiner, Strobach, Sturm, Tischler, Tomanek, Tomola, Weitmann, Werdecker, Wessely Vincenz und Wieder.

Mit Nein stimmen die Gem.-Räthe:

Adam, Axmann, v. Bachofen, Beutnitz, Dr. Daum, Freih. v. Engerth, Erndt, Frauenberger, Dr. Friedjung, Gaugusch, Gerhardus, Ritt. v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Helbig, Dr. Klotzberg, Lang, Lechner, Dr. Lederer, Dr. Lerch, Lißbauer, Luksch, Matthies, Vice-Bürgermeister Matzenauer, Mayer, Dr. Mittler, Müller Josef, Müller Karl Johann, Ritt. v. Neumann, Dr. Richter, Röhrl, Schenzel, Schlechter, Schneiderhan, Schoderböck, Seidler, Seiler, Silberer, Simon, Stiaßny, Ritt. v. Stummer, Tagleicht, Taubler, Vaugoin, Dr. Vogler, Wessely Ignaz, Wimberger, Winker, Witzelsberger, Wünsch, Wurm und Dr. Zimmermann.)

Die Sache verhält sich folgendermaßen: Anwesend sind 110 Gemeinderäthe. Die absolute Majorität der Anwesenden beträgt 56. Mit Ja haben 56 Gemeinderäthe, mit Nein 52 Gemeinderäthe gestimmt. Es erscheint daher der Antrag des Herrn Collegen Hörmann mit Majorität angenommen.

Beschluss: Der Vice-Bürgermeister wird ersucht, eine Commission mit der Aufgabe zu betrauen, einen Detailplan zur entsprechenden Umgestaltung der Räumlichkeiten der Handels- und Gewerbekammer auszuarbeiten.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Nachdem über 100 Gemeinderäthe anwesend sind, fühle ich mich verpflichtet, 92er Stücke zum Referate zu bringen. Ich ersuche Herrn Collegen Matthies!

25. (3219.) **Referent Gem.-Rath Matthies:** Ich habe die Ehre, zur Zahl 3219 zu referieren. Auf der Tagesordnung erscheint als Referent Herr Gem.-Rath Dr. v. Billing. Es handelt sich um den Verkauf einer Linienwallparcelle, die Sie auf Beilage 93 verzeichnet finden. Es ist dies die Parcelle in der Alleegasse im IV. Bezirke, auf der rechten Seite, wenn man hinausgeht, dort wo die kleine Hütte steht (auf einen Plan verweisend).

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte um Ruhe! Es handelt sich um Verkauf von Grund und Boden und ich bitte um geneigte Aufmerksamkeit.

Referent (fortfahrend): Im vorigen Jahre wurde ein Anbot auf die Parcelle gemacht im Betrage von 18.000 fl., dasselbe wurde vom Stadtrathe als zu niedrig abgewiesen. Heuer wurde nun ein Anbot im Betrage von 30.000 fl. gemacht, also ungefähr 55 fl. per Quadratmeter Baugrund. Der Stadtrath hat ein Verhandlungscomité eingesetzt, welches mit dem Bewerber verhandelt und einen Preis von 32.000 fl. erzielt hat. Der Bewerber bekommt den Straßengrund unentgeltlich, muss ihn aber — es ist der Linienwallgraben — abgraben. Es wird also beantragt, in den Verkauf mit 32.000 fl. an Herrn Spilka zu willigen. Die Anträge des Stadtrathes lauten (liest):

„1. Das Offert des Josef Spilka auf käufliche Überlassung eines Theiles der Linienwallparcelle 260/3 und der Linienamtsrealität Cat.-Parc. 260/2, Einl.-Z. 48, IV. Bezirk, Figur a e i m l k d c b a, im Ausmaße von circa 567 m² um den Pauschalbetrag von 32.000 fl. wird genehmigt.

2. Diese Grundtransaction wird unter folgenden Bedingungen abgeschlossen:

a) Die Berichtigung des Kaufschillings hat in der Weise zu erfolgen, dass ein Betrag von 15.000 fl. am 15. August d. J., der Rest am 15. August 1896 bezahlt und mittlerweile mit 5 Percent halbjährig im vorhinein fälliger Zinsen verinteressiert wird.

Jedoch bleibt dem Käufer das Recht gewahrt, den Kaufschillingsrest auch vor Ablauf des oberwähnten Termines zu begleichen, wobei die etwa schon gezahlten Zinsen verhältnismäßig in Anrechnung zu bringen sein werden.

b) Als Sicherstellung des Kaufschillingsrestes sammt Nebengebüren wäre auf dem Kaufobjecte das Pfandrecht primo loco zu Gunsten der Gemeinde Wien einzuverleiben.

c) Die Vertragskosten, die Kosten der grundbücherlichen Einverleibungen und der Löschungsquittung, sowie die Übertragungsgebüren trägt der Käufer.

d) Die Gemeinde Wien verpflichtet sich, die grundbücherliche Abschreibung der von den obgenannten Parcellen als Straßengrund entfallenden Theilflächen, Figur a e i m n h f g a, im Ausmaße von circa 322 m² zu veranlassen, wogegen der Käufer auf seine Kosten die genannte Grundfläche ins richtige Niveau zu bringen hat.

Die Schadloshaltung für diesen Grund ist bereits in dem oberwähnten Pauschalbetrage enthalten."

Ich bitte Sie, diese Anträge anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Frauenberger hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Ich habe allen Grund, daran zu zweifeln, dass gegenwärtig 92 Mitglieder hier anwesend sind. (Zwischenrufe.) Der Herr Vorsitzende hat in der letzten Sitzung behauptet, die Auszählung sei nothwendig schon bei Beginn des Referates über ein solches Stück. Ich muss daher um die Auszählung des Hauses bitten.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich habe bei Beginn des Referates constatiert, dass infolge des Resultates der letzten Abstimmung mehr als 100 Mitglieder des Gemeinderathes anwesend sind. Ich werde die Zahl der anwesenden Mitglieder des Gemeinderathes wieder constatieren lassen, weil leider ein großer Theil der Mitglieder des Gemeinderathes sich aus dem Saale entfernt hat. Warum, weiß ich nicht. Ich würde daher bitten, dass der Herr Schriftführer die Zahl der anwesenden Mitglieder constatiert. Ich bitte die Herren, sich auf die Plätze zu begeben.

Gem.-Rath Dürbek: Ich bitte um das Wort zur Geschäftsordnung.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte zuerst auszählen zu lassen. (Nach einer Pause:) Nach meiner Zählung sind 105 Gemeinderäthe anwesend. Die Zählung des Herrn Schriftführers constatiert ebenfalls, dass weit über 92 Mitglieder anwesend sind. Ich ersuche jene Herren, welche für den Antrag des Stadtrathes stimmen . . .

Gem.-Rath Gregorig: Ich habe ums Wort zur Sache gebeten!

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Das ist mir nicht bekannt gegeben worden!

Herr Gem.-Rath Dürbek hat vorerst das Wort zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Dürbek (zur Geschäftsordnung): Ich danke sehr, es ist bereits geschehen. Ich wollte mir nur erlauben, zu sagen, dass heute nur ein Schriftführer da ist, und dass ein zweiter Schriftführer da sein soll, der mehr oder weniger die Controle führt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich controliere selbst und controliere sehr gut, und ich habe bei der letzten Abstimmung controliert, dass 55 gestimmt haben, trotzdem nur 48 genannt wurden. Ich habe die Debatte noch nicht geschlossen. — Herr College Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Ich möchte mir an den Herrn Referenten die Anfrage erlauben, ob die Straße hinaufgeht zwischen der Linie A M. (Referent: Ja, sie ist aber noch nicht eröffnet.) Dann bedauere ich sehr, dass uns der Herr Referent nicht ordentlich informiert; wir verkaufen dann nicht 567, sondern wir verkaufen 900 m². (Referent macht einen Zwischenruf.) Das habe ich überhört, ich bitte um Entschuldigung.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Es ist gesagt worden, dass die Straße durchgeht und dass der Käufer den Grund auf das richtige Niveau bringen muss.

Gem.-Rath Gregorig: Ich habe das überhört und bitte um Entschuldigung; es stellt sich aber dann der Quadratmeter nicht auf 50 oder 52 fl., sondern auf 35 fl. 56 kr., denn, wenn ich eine Straße eröffne, muss ich den Grund vor mir kaufen. Wir haben wiederholt den Fall gehabt. Er kauft daher den Grund nicht um 56 fl. wie der Herr Referent gesagt hat, sondern um 35 fl. 56 kr. Dieser Preis ist zu billig, ich werde dagegen stimmen.

Gem.-Rath Gfrorner: Ich bitte, wenn Sie am Südbahnhofe aussteigen, so haben Sie vis à-vis dem Haupteingang die Alleegasse. Da ist ein fünf Stock hohes Eckhaus, dann kommt wieder ein drei Stock hohes Haus, dann eine nackte Feuermauer, dann kommt ein Stück von $2^1/_2{}^0$, eine ziemlich hohe Planke, dann das ehemalige Linienamtsgebäude, ein Parterrehaus — die sogenannte Südbahnlinie — dann wieder eine nackte Feuermauer und dann noch ein drei Stock hohes Haus. Unten sind also drei Häuser und mitten darin, wo jeder Laie einsehen muss, dass da nur ein Haus hinkommen kann, soll eine Gasse aufgemacht werden, und für die Eckbauplätze und den Mittelbauplatz soll die Gemeinde nur 32.000 fl. bekommen! Dabei kriegt sie noch die eine Hälfte am 16. August dieses, die andere Hälfte erst am 16. August nächsten Jahres! Ich glaube, das ist kein Preis, wobei wir nicht einmal gleich das Geld kriegen, und ich bin überzeugt, dass wir mehr bekommen können, etwa 12.000 fl. für den einen, 24.000 fl. für den anderen und 16.000 fl. für den dritten Bauplatz, zusammen also 40.000 fl. Es ist gewiss mehr zu erzielen, und im Augenblicke, wo wir das verkaufen, hat der Käufer mindestens 8000 fl. schon in der Tasche.

Dann möchte ich überhaupt wissen, wer dort abgrabt. Man grabt den Linienwall ab. Ja, wer grabt ihn ab? Die Gemeinde? Geschieht dies im Auftrage des Bauamtes oder dieses Herrn, der da kaufen will? Er darf doch erst anrühren, wenn er gekauft hat, aber jetzt schon abgraben, das ist höchst auffallend und das möchte ich wissen. Ich bin also dagegen, dass dort die Gasse eröffnet werde. Wenn die Gemeinde, wie ich höre, die Gasse schon genehmigt hat, so lässt sich wohl nichts mehr ändern und es wird eben der Besitzer der oberen Feuermauer um das Fensterrecht einkommen und eine Façade machen müssen. Das lässt sich aber nicht ändern, aber gegen den Grundverkauf bin ich entschieden. Wir brauchen ihn nicht, weil wir nicht so nothleidend sind und Zeit genug haben, zu warten.

Im nächsten Jahre werden wir wahrscheinlich einen höheren Preis erzielen, und ich halte es für unsere Pflicht, solche Sachen nicht zu verkaufen, sondern zuzuwarten.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: College Silberer hat das Wort.

Gem.-Rath Silberer: Ich muss mich auch dagegen verwahren, dass Plätze so billig verkauft werden. Ich bin einverstanden damit, dass diese Gasse aufgemacht wird, weil sich dadurch die Plätze, die wir vom Linienwall haben, viel besser verwerten lassen. Aber sie um diesen Preis wegzugeben, wie hier beantragt wird, da bin ich absolut dagegen und werde Ihnen auch sagen, warum. Es ist die Alleegasse im oberen Theile allerdings nicht so vornehm wie unterhalb der Kirche, aber der obere Theil hat eine enorme Zukunft, wenn man bedenkt, welch außerordentlicher Verkehr sich dort concentrieren wird. Weiters ist der Preis zu gering, weil es ein Factum ist, dass am obersten Ende der Heugasse, die ungefähr gleichwertig ist mit der Alleegasse, in gleicher Entfernung von der Stadt 300 fl. für die Quadratklafter begehrt und auch bezahlt worden sind. Das ist also jedenfalls der Preis, der hier entspricht.

Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit noch auf etwas aufmerksam machen, was sehr wesentlich ist. Meine Herren! Wenn man Baugründe hat, steigt der Wert derselben, wenn für die Umgebung etwas geschieht. Ich möchte nun bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass der Platz vor den zwei Bahnhöfen, wo die Fremden ankommen und den ersten Eindruck von der Stadt bekommen sollen, entsetzlich, abscheulich ist! Ich weiß, meine Herren, gar keine Großstadt — ich bin in vielen Großstädten der Welt herumgekommen — wo eine so scandalöse Ankunft bei den größten Bahnhöfen besteht, wie in Wien beim Süd- und Staatsbahnhofe. Meine Herren, denken Sie sich, was die Südbahn für einen Verkehr hat. Da kommt von Italien alles herauf. Was die Staatsbahn für einen Verkehr hat! Da kommt aus dem Orient alles herauf. Die Reisenden kommen in einer Wüstenei an, in einem Koth- oder Staubmeere! Wenn man diesen Platz als Fremder zum erstenmale durchfährt und der Kutscher sagt: „da sind wir schon in Wien", so kann der Betreffende nur glauben, dass das ein Irrthum ist, und er sei in Kecskemet. Ich muss da aber Kecskemet, wo ich nie war, um Verzeihung bitten, ich glaube nicht, dass es dort so ausschaut.

Wenn dieser Platz reguliert und 50- bis 60.000 fl. für Gartenanlagen ausgegeben werden, so würden wir das bei den Linienwallplätzen reichlich hereinbringen und gleichzeitig die Stadt verschönern. Wenn der Platz ordentlich beleuchtet, gesäubert, gepflastert wird, dass der Fremde einen guten Eindruck bekommt, so

wird man die Plätze in einigen Jahren um das Doppelte und Dreifache von dem anbringen, was heute beantragt wird. Ich beantrage die Ablehnung des Antrages. (Beifall.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht noch einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Da es nicht der Fall ist, erkläre ich die Debatte für geschlossen und ertheile dem Herrn Referenten das Schlusswort.

Referent: Ich möchte die Herren nur darauf aufmerksam machen, dass die Gasse, in der die Längenfront dieser Realität ist, noch viele Jahre eine Sackgasse bleiben wird, und die Front in der Alleegasse nur 9·8 m beträgt. Jetzt ist diese Parcelle sehr wenig wert, und 56 fl. per m², das ist über 200 fl. per Quadratklafter ist in dieser Gegend ein ganz enormer Preis. Ich war auch im Verhandlungscomité; wir haben mit dem betreffenden Herrn verhandelt, er ist Bauunternehmer, er war nicht zu bewegen, einen höheren Preis zu offerieren. Ich bitte nochmals um die Annahme.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wir schreiten zur Abstimmung; ich ersuche die Herren Schriftführer, abermals die Anzahl der Anwesenden zu constatieren. (Nach einer Pause:) Es sind 104 Mitglieder des Gemeinderathes anwesend. Ich ersuche diejenigen Herren, welche für den Antrag des Herrn Referenten sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte, wieder zu zählen. (Nach einer Pause:) Es sind nur etwas über 20, der Antrag ist daher abgelehnt.

Beschluss: Das Offert des Josef Spilka auf käufliche Überlassung eines Theiles der Linienwallparcelle 260 3 und der Linienamtsrealität Cat.-Parc 260/2, Einl. Z. 48, IV. Bezirk, Figur a e i m l k d c b a, im Ausmaße von circa 567 m² um den Pauschalbetrag von 32.000 fl. wird abgelehnt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich ersuche nun Herrn Collegen Rißaweg zum Referate.

26. (4128.) **Referent Gem.-Rath Rißaweg:** Theodor und Elisabeth Schischitz ersuchen um Baubewilligung X., Götzgasse 2, Laxenburgerstraße 22. Es handelt sich nur um einen kleinen Grundankauf infolge eines Risalites. Es ist das ein ebenerdiges Haus, auf das gegenwärtig drei Stockwerke aufgesetzt werden. Bei dieser Gelegenheit ist eine neuerliche Baulinienbestimmung vorgenommen und constatiert worden, dass ein ganz kleiner Theil des Grundes von Seite des Bauwerbers angekauft werden muss. Der Grund ist mit 30 fl. per Quadratmeter berechnet worden; die abzutretende Grundfläche beträgt 0·41 m² und wird mit dem Pauschalbetrage von 12 fl. bemessen. Der Stadtrath beantragt, die Sache in dieser Weise zu erledigen. Ich bitte die Herren um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Der Herr Schriftführer constatiert die Anwesenheit von über 92 Mitgliedern des Gemeinderathes. Ich glaube, wir können gleich zur Abstimmung schreiten. (Zustimmung.)

Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Herrn Referenten einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist einstimmig angenommen, und zwar in Gegenwart von mehr als 92 Mitgliedern des Gemeinderathes.

Beschluss: Die Überlassung des beim Hause X. Bezirk, Götzgasse 2, Laxenburgerstraße 22, des Theodor und Elisabeth Schischitz seinerzeit in Anspruch genommenen Risalitgrundes per 0·41 m² und der Preis von 30 fl. per Quadratmeter, das ist um den Betrag von rund 12 fl., wird nachträglich genehmigt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Ritt. v. Neumann!

27. (3548.) **Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann:** Hier handelt es sich um die Ertheilung des Bauconsenses für Adaptierungen im Volksschulgebäude im IV. Bezirke, Alleegasse 11. Für diese Adaptierungen ist im Budget vorgesorgt, der betreffende Betrag ist eingestellt und es handelt sich nunmehr lediglich um die Ertheilung des Bauconsenses. Es wird der Antrag gestellt: Es sei vorbehaltlich des Ergebnisses der abzuhaltenden Baucommission die Baubewilligung für diese Adaptierungsarbeiten im Sinne des § 105 der Wiener Bauordnung zu ertheilen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Für die Adaptierungen im Volksschulgebäude IV., Alleegasse 11, wird vorbehaltlich des Ergebnisses der abzuhaltenden Baucommission der Bauconsens ertheilt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte, Herr Collega Baugoin!

28. (3473.) **Referent Gem.-Rath Baugoin:** Ich habe die Ehre, Bericht zu erstatten. Die Verwaltung des Badener Kinderspitales für scrophulöse Kinder hat sich mit einer Eingabe an den Magistrat mit der Mittheilung gewendet, dass nunmehr durch Zubauten des Badener Kinderspitales die Verwaltung in der Lage wäre, statt der bisher jährlich aufgenommenen 12 Kinder nunmehr 20 Kinder aufzunehmen. Das ist so zu verstehen: Nachdem die Saison vom 12. Mai bis Ende September dauert und die Curzeit für ein Kind sechs Wochen beträgt, dass ein dreimaliger Turnus stattfindet, so dass statt 36, eventuell 60 Kinder dort behandelt werden könnten. Sie hat weiter an den geehrten Gemeinderath die Bitte gestellt, dass, nachdem die Verpflegsgebüren von Seite der Gemeinde bis jetzt mit 42 kr. bezahlt wurden — und zwar seit dem Jahre 1884 — nunmehr, nachdem in den letzten vier Jahren die Verpflegsgebüren sich nach den tabellarischen Nachweisungen auf 80 bis 93 kr. pro Jahr erhöht haben, auch die Gemeinde Wien diese Verpflegsgebüren für die dort untergebrachten Kinder auf 70 kr. erhöhen möge. Das Stadtphysikat hat bezüglich der Vermehrung der Plätze in dem Badener Kinderspitale bemerkt, dass bis jetzt mit 12 Betten des Auslangen gefunden worden ist, und dass es nicht nothwendig sei, eine größere Anzahl von Betten dort in Anspruch zu nehmen.

Bezüglich der Erhöhung der Verpflegsgebüren für die Kinder ist nachgewiesen, dass die Verwaltung ja einen weit höheren Betrag ausgibt, als 70 kr., so dass man mit Rücksicht auf diesen Umstand die Bitte gewähren möge. Es ist noch ferner zu bemerken, dass außer den 12, respective 36 Kindern, welche die Gemeinde dort unterbringt, auch noch von anderen Parteien 20 arme Kinder im Jahre dort unentgeltlich untergebracht sind. Nachdem dieses Spital nur aus Beiträgen seine Auslagen zu bestreiten hat und Zahlplätze eigentlich gar nicht vorhanden sind — denn wie ich aus dem Ausweise ersehe, ist nur ein einziger Zahlplatz per 13 fl. vorhanden — so wird aus Billigkeitsrücksichten folgender Antrag gestellt (liest):

„Es sei die Erhöhung des Verpflegskostenbetrages von 42 kr. auf 70 kr. pro Tag und Kopf aus Billigkeitsrücksichten zu genehmigen und zur Deckung des Mehrerfordernisses ein Zuschusscredit von 477 fl. 12 kr. zur Rubrik XXXVII 10 h zu bewilligen."

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn dies nicht der Fall ist, bitte ich jene Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Die Erhöhung der Verpflegsgebür für die Unterbringung von Kindern im Spitale für scrophulöse Kinder in Baden von 42 kr. auf 70 kr. pro Tag und Kopf wird aus Billigkeitsrücksichten genehmigt und zur Deckung des Mehrerfordernisses ein Zuschusscredit von 477 fl. 12 kr. zur Rubrik XXXVII 10 h bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Witzelsberger!

29. (3313.) **Referent Gem.-Rath Witzelsberger:** Ich habe die Ehre, unter Zahl 3313 zu referieren über das Ansuchen der Feuerwehr in Penzing um eine Subvention behufs Rückerstattung eines aus der Unterstützungscassa entlehnten Betrages. Dieser Gegenstand war schon im Jahre 1893 hier in Verhandlung, dazumal hat man verlangt, es solle der Nachweis geliefert werden, wozu dieser Betrag aus der Unterstützungscassa verwendet wurde. Dieser Nachweis ist nun geliefert worden, und es wird laut Buchauszug bestätigt, dass ein Betrag von 614 fl. 9 kr. für diverse Anschaffungen und von 187 fl. 27 kr. für Gehalte ausbezahlt wurde. Infolgedessen wird beantragt, der freiwilligen Feuerwehr in Penzing eine Subvention von 801 fl. 36 kr. behufs Rückerstattung des aus der Unterstützungscassa entlehnten Betrages in gleicher Höhe gegen ordnungsmäßigen Ausweis über deren Verwendung zu bewilligen. Ich bitte um die Annahme.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, bitte ich diejenigen Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Der freiwilligen Feuerwehr in Penzing wird eine Subvention von 801 fl. 36 kr. behufs Rückerstattung des aus der Unterstützungscassa entlehnten Betrages in gleicher Höhe gegen ordnungsmäßigen Ausweis über deren Verwendung bewilligt.

30. (3226.) **Referent Gem.-Rath Witzelsberger:** Diese Zahl betrifft die Vermehrung des Personales zur Bedienung der Dampfspritzen.

Anlässlich der amtlichen Revision der Dampfkessel-Commission wurde durch den Dampfkessel-Commissär Richard Engländer beanständet, dass die Bedienungsmannschaft bei den Dampfspritzen zu gering sei; es sind sieben Spritzen vorhanden, dazu sind nur fünf Maschinisten. Die Maschinisten müssen die Heizung und auch die Bedienung der Maschinen im allgemeinen besorgen. Es hat diesbezüglich der Dampfkessel-Commissär eine Eingabe an das Feuerwehr-Commando gerichtet, damit dasselbe eine Vermehrung des Personales anstrebe.

Dieser Gegenstand ist im Magistrate zur Berathung gekommen, und wurde nachgewiesen, dass wirklich die Vermehrung dieser Mannschaft nothwendig ist.

Der Stadtrath stellt daher folgende Anträge (liest):

„1. Erhöhung des Standes der Bedienungsmannschaft für die Dampfspritzen der städtischen Berufsfeuerwehr um die Stelle eines Obermaschinisten, eines Maschinisten und von sieben Heizern.

2. Der Obermaschinist wird unter die definitiven Chargen eingereiht, und werden für ihn dieselben Bezüge wie für die Telegraphisten (700 fl. Gehalt, zwei Quinquennien à 60 fl., 30percentiges Quartiergeld, der übliche Bezug an Monturen und Stiefelpauschale) systemisiert.

3. Der Maschinist erhält einen Taglohn von 1 fl. 80 kr., die Heizer einen solchen von je 1 fl. 60 kr. neben den üblichen Nebenbezügen (Unterkunft, Montur, Stiefelpauschale).

4. Bezüglich der Aufnahme dieser Personen haben die Bestimmungen des Organisationsstatutes für die Feuerwehr der Stadt Wien Anwendung zu finden.

5. Zur Bedeckung der pro 1895 aus diesem Anlasse sich ergebenden Auslage wird ein Zuschusscredit von 4270 fl. zur Ausgabs-Rubrik XX 1 bewilligt."

Ich bitte um die Annahme.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich diejenigen Herren, welche mit den Anträgen des Stadtrathes einverstanden die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Der vorstehende vollständig zur Verlesung gebrachte Referenten-Antrag.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Meine Herren! Auf der Tagesordnung steht auch noch das Referat des Herrn Dr. Kupka über den von mir und Genossen gestellten Antrag, betreffend die Herabsetzung der Functionsgebüren der Vice-Bürgermeister, sowie der Mitglieder des Stadtrathes.

Ich bin ersucht worden, dass dieses Referat erst in der nächsten Gemeinderaths-Sitzung erstattet werden möge. (Gem.-Rath Frauenberger: Von wem?) Wenn ich es dem Herrn Collegen sagen soll: Ich bin nicht von meinen Parteigenossen ersucht worden, sondern von den Collegen hier herüben (rechts); aber ich pflege nie das Wort „Partei" in den Mund zu nehmen, weil ich glaube, dass ich der Bitte eines Gemeinderathes immer zu entsprechen habe, wenn ich kann, möge er der einen oder der anderen Partei angehören. (Beifall links.) Das möge sich Herr Collega Frauenberger merken. Ich werde das Referat in der nächsten Sitzung des Gemeinderathes erstatten lassen.

Ich erkläre die öffentliche Sitzung für geschlossen. Es findet eine kurze vertrauliche Sitzung statt.

(Schluss der öffentlichen Sitzung 7 Uhr 50 Minuten abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom **24. Mai 1895.**

Vorsitz: **1. Vice-Bürgermeister Dr. Lueger.**

1. (3421.) **Gem.-Rath Vaugoin** beantragt den Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 100 fl. auf ein Jahr für die Kanzlei-Praktikantenswitwe Marie Weichinger.

(Angenommen.)

2. (3823.) **Derselbe** beantragt die Verleihung der goldenen Salvator-Medaille. (Abgelehnt.)

3. (3193.) **Gem.-Rath Dr. Vogler** beantragt die Verleihung einer Gnadengabe von jährlich je 120 fl. auf drei Jahre für die Volksschullehrerswaisen Karoline und Anna Imhof.
(Angenommen.)

4. (2343.) **Derselbe** beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes der Stadt Wien mit Nachsicht der Taxen an den Schuldirector Josef Friedrich und an den Oberlehrer Anton Jakob.
(Angenommen.)

5. (3815.) **Derselbe** beantragt den Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 120 fl. auf drei Jahre für die Gemeindedieners-Witwe Marie Schmidt. (Angenommen.)

6. (3897.) **Derselbe** beantragt die Gewährung einer Gnadengabe von jährlich 180 fl. auf drei Jahre für die Schuldieners-Witwe Rosalia Reisberger. (Angenommen.)

7. (3519.) **Derselbe** beantragt die Gewährung einer Remuneration von 30 fl. für den Diurnisten Julius Kelner; ferner die Genehmigung eines Zuschusscredites hiezu.
(Angenommen.)

8. (2995.) **Gem.-Rath Witzelsberger** beantragt die Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an den Realitätenbesitzer Karl Preysing. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **16. Mai 1895.**

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Lueger.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Dr. Lederer, Matthies, Müller, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Experte: Ingenieur Genser.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

(3903.) **St.-R. Matthies** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 3. Mai 1895, Z. 42854, mit welchem das Protokoll über den commissionellen Augenschein, betreffend das Project für den Bau einer gedeckten Reitschule für die k. k. Landwehr-Cadettenschule auf einem Theile der Kaisergartengründe im III. Bezirke (Barmherzigengasse), übermittelt wurde, und beantragt die Kenntnisnahme.
(Zur Kenntnis.)

(3906.) St.-R. Matthies referiert über das Ansuchen des Karl Kleiner um Ertheilung des Consenses für einen Zubau III., Erdbergstraße 82, und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung des Bauconsenses gegen Ausstellung eines neuen Reverses. (Angenommen.)

(3786.) St.-R. Matthies referiert über das Ansuchen des Johann Rubatscher um Grundentschädigung für III., Erdbergstraße 138, und beantragt die Einsetzung eines Verhandlungscomités.
(Angenommen.)

In das Comité werden die St.-R. Matthies, Schlechter und Ritt. v. Neumann gewählt.

(4007.) St.-R. Matthies referiert über das Ansuchen der Congregation der Dienerinnen des heiligsten Herzen Jesu um Ertheilung des Consenses zur Herstellung einer Einfriedungsmauer und Erhöhung einer bereits bestehenden Mauer auf der Realität III., Hauptstraße 137, und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages, dahin gehend, den Bauconsens gegen dem zu ertheilen, dass in demselben die Bedingung aufgenommen werde, dass der zur Eröffnung der Rüdengasse und zur Verbreiterung der Baumgasse von dieser Parcelle nach den genehmigten Baulinien entfallende Grund gemäß §§ 10 und 13 Wr. B.-O. unentgeltlich und im richtigen Niveau an die Gemeinde Wien abgetreten, die gebüren- und lastenfreie Abschreibung dieses Grundes im Grundbuche erwirkt und dieser Grund über Verlangen der Gemeinde Wien an dieselbe übergeben werde.
(Angenommen.)

(4008.) St.-R. Matthies referiert über das Ansuchen des Johann Sikora um Ertheilung des Consenses zu baulichen Herstellungen auf den gepachteten Parcellen Nr. 11/1, 11/2 und 13 in Simmering, Seeschlachtweg, III. Bezirk, und beantragt, die nach § 90 Wr. B.-O. in Anspruch genommenen Bauerleichterungen zuzugestehen. (Angenommen.)

(4009.) St.-R. Matthies referiert über das Ansuchen der Karoline Winter um Ertheilung des Consenses zur Herstellung einer Senkgrube auf der Realität Nr. 35 Kopalgasse, XI. Bezirk, und beantragt, die nach § 90 Wr. B.-O. in Anspruch genommene Bauerleichterung zuzugestehen. (Angenommen.)

(4011.) St.-R. Matthies referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Durchführung der Errichtung eines städtischen Freibades im Wr.-Neustädter Canale im XI. Bezirke und beantragt, die Errichtung dieses Freibades mit dem Kostenbetrage von 5100 fl. und mit dem Bemerken zu genehmigen, dass die bezüglichen Arbeiten erst auszuführen sind, wenn die Trockenlegung des Canales seitens der Austro-belgischen Eisenbahn-Gesellschaft erfolgt ist. (Angenommen.)

(3660.) St.-R. Matthies referiert über das Offert des Friedrich Gutmann auf Ankauf des städtischen Baugrundes Theil der Einl.-Z. 333 im III. Bezirke, Ecke der Erdbergstraße und der Sophienbrückengasse, und beantragt:

1. die Ablehnung dieses Offertes;

2. die Abtheilung des von der Realität Einl.-Z. 333, III. Bezirk, verbleibenden Baugrundes auf drei Baustellen, und zwar:

Baustelle I mit circa 314 m²
„ II „ „ 376 „
„ III „ „ 344 „

zu genehmigen;

3. die Ausschreibung einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung behufs Veräußerung der sub 2 genannten Baugrundflächen.
(Angenommen.)

(3877.) St.-R. Matthies referiert über das Ansuchen des Adolf Herlitzka, Stadtcouriers, um Bewilligung zur Aufstellung eines Handwagens an der Weißgärberlände, III. Bezirk, und beantragt die Bewilligung auf Widerruf gegen Zahlung eines jährlichen Anerkennungszinses von 1 fl. vom Mai 1895 an. (Angenommen.)

(3681.) St.-R. Matthies referiert über einen rückständigen Decretstempelbetrag per 31 fl. 25 kr. nach dem verstorbenen Steuerexecutions-Accessisten Johann Wagner und beantragt die Abschreibung wegen Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(3804.) St.-R. Matthies referiert über das Ansuchen des Anton und Josef Bübl um weitere Benützung des städtischen Grundes Einl.-Z. 780, III. Bezirk, und beantragt, das Pachtverhältnis mit den Gesuchstellern bis zum Maitermine 1896 fortzusetzen. Jedoch ist vorsichtsweise den Pächtern im November d. J. halbjährig pro Maitermin kommenden Jahres zu künden. (Angenommen.)

(3765.) St.-R. Matthies referiert über das Ansuchen des Franz Picelmayer, III. Bezirk, um Nachsicht einer Hundesteuerstrafe und beantragt die gnadenweise Nachsicht der Strafe per 8 fl. und der Hundesteuer pro 1894 per 4 fl. (Angenommen.)

(3860.) St.-R. Matthies referiert über einen Mietzinsrückstand per 6 fl. 7 kr. nach Johann Vogler für eine Wohnung in dem städtischen Hause III., Rüdengasse 6, und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(3912.) St.-R. Matthies referiert über die Vorstellung des Julius R. v. Seyfried gegen sanitätspolizeiliche Aufträge III., Obere Viaductgasse 2, und beantragt die Abweisung der Vorstellung und Bewilligung einer Frist von sechs Monaten zur Durchführung der erforderlichen Arbeiten. (Angenommen.)

(3855.) St.-R. Matthies referiert über einen Platzzinsrückstand per 19 fl. 60 kr. nach Francisca Malschinger (X. Bezirk) und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(3768.) St.-R. Matthies referiert über das Ansuchen der Adelheid Frank (V. Bezirk) um Gewährung einer Hundefreimarke und beantragt die Gesuchsbewilligung. (Angenommen.)

(3756.) St.-R. Matthies referiert über rückständige Hundesteuerbeträge und Strafgebüren per 148 fl. nach 15 Parteien aus dem XI. Bezirke und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(3881.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Ansuchen der Paula Lang durch Dr. Salomon Kohn um grundbücherliche Löschung von Reallasten auf den Einl.-Z. 76, 890 und 895 im VIII. Bezirke, Bennogasse und Breitenfeldergasse, und beantragt, die Ausstellung der vom Magistrate vorgelegten Löschungserklärung auf Kosten der Partei zu bewilligen. (Angenommen.)

(3513.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über die Versetzung von Brücken im XIII. Bezirke anläßlich der Regulierung des Wienflusses von der Hietzingerbrücke bis zum Schikanederstege und beantragt:

1. Die durch die Herstellung der Brückeneinwölbungen entbehrlich werdenden und noch verwendbaren 11 Überbrückungen des Wienflusses wären auf die vom Stadtbauamte vorgeschlagenen, aus dem vorgelegten Plane sammt Verzeichnis ersichtlichen Stellen des Wienflusses im XIII. Bezirke, jedoch mit der Abweichung zu versetzen, dass die Kaiser Franz Josefsbrücke im Zuge der Steckhovengasse, die Maria Theresienbrücke im Zuge der Guldengasse und der Storchensteg im Zuge der Dommayergasse aufgestellt wird;

2. um die Möglichkeit einer künftigen Überbrückung bei der Ameisgasse freizuhalten, wäre die Bahnmauer daselbst schon jetzt entsprechend anzulegen.

St.-R. Wurm beantragt, die Kaiser Josefsbrücke in der Verlängerung der Wienfluss-(jetzt Hügel-)gasse zu verlegen.

Die St.-R. Müller und Wurm beantragen, mit der Verkehrsanlagen-Commission in Verhandlung zu treten, dass sie die Kosten der Widerlager und der Auffahrtsrampen trage.

St.-R. Schlechter beantragt, der Magistrat habe bei Aufstellung der vorerwähnten Brücken für eine entsprechende Bezeichnung derselben Sorge zu tragen.

Antrag Wurm (puncto Verlegung der Kaiser Franz Josefsbrücke) angenommen; im übrigen werden die Referenten-Anträge genehmigt.

Antrag Müller und Wurm angenommen.

Antrag Schlechter angenommen.

St.-R. Witzelsberger referiert über die Recurse wider feuerpolizeiliche Aufträge des:

(2883 ex 1893.) K. Lukesch bezüglich des Hauses III., Hauptstraße 81;

(2960 ex 1893.) Eduard Nußwurm bezüglich des Hauses III., Ungargasse 9, und

(2837 ex 1893.) der Witwen- und Waisen-Societät des Wiener medicinischen Doctoren-Collegiums bezüglich der Häuser III., Hauptstraße 51, Beatrixgasse 12, Münzgasse 1 und 3, und Erdbergstraße 1 und 3.

Referent beantragt den Recursen stattzugeben.

(Angenommen.)

(Bei der Berathung der drei vorstehenden Referate hat Ingenieur Genser als Experte fungiert.)

(3982.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Ansuchen des Albert Dub um Consens zum Umbaue des Hauses IX., Liechtensteinstraße 92, und beantragt die Einsetzung eines Comités, um mit dem Gesuchsteller im Sinne der im Magistratsberichte vom 10. Mai 1895, Z. 36486, gestellten Anträge zu verhandeln.

(Angenommen.)

(In das Comité werden die St.-R. Ritt. v. Neumann, Dr. Lederer und Baugoin gewählt.)

(3548.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über Adaptierungen im Volksschulgebäude IV., Alleegasse 11, und beantragt:

1. Genehmigung dieser Arbeiten mit dem Gesammtkostenbetrage von 12.348 fl. 12 kr.;

2. Ertheilung des Bauconsenses (§ 105, Alinea 3, Punkt 4, der Wiener Bauordnung);

3. Übertragung der Baumeisterarbeiten an den Baumeister J. Spilka und der Bautischlerarbeiten an J. Fabrus, der Specialrundbrenner an Emil Jaekle.

Die Installationsarbeiten für die elektrische Thermometer-Correspondenz sei im Verhandlungswege mit den Firmen Nikolaus Bostelmann und J. Lasers Witwe sicherzustellen.

Alle übrigen Arbeiten seien im currenten Wege auszuführen.

4. Genehmigung der bezüglich des Zeitpunktes der Inangriffnahme, sowie des Fortganges der Arbeiten gestellten Magistrats-Anträge;

5. Bewilligung eines Zehrungsbeitrages von täglich 1 fl. für den Bauinspicienten.

(Angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderath.)

(3850.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Ansuchen des Richard und der Hermine Lackner um Grundentschädigung für VIII., Florianigasse 41, Fuhrmannsgasse 21, und beantragt, die Erhebung und Verhandlung über die Schadloshaltung bezüglich dieser Grundabtretung im Sinne des § 12 der Wiener Bauordnung noch vor dem Umbaue auf Kosten der Gesuchsteller zu bewilligen.

Die Giltigkeit der Schadloshaltungsbestimmung wäre auf zwei Jahre einzuschränken. (Angenommen.)

(4036.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Ansuchen des Anton Sikora, Maurermeisters, um Bewilligung zur Ablagerung

des aus den Wienfluss-Sammelcanälen stammenden Bauschuttes in den Baumgartener Eisteichen und beantragt, diese Bewilligung auf Widerruf und mit dem Bemerken zu ertheilen, dass die Verführung des Materiales hiebei selbstverständlich auch im Baulose III nur nach der wirklichen Distanz vergütet wird. (Angenommen.)

(4037.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über die Bewilligung eines Betrages von 10.000 fl. für die Instandsetzung und Erhaltung des Bettes und der Cunette des Wienflusses und beantragt, hiefür den erwähnten Betrag gegen Detailverrechnung zu bewilligen. (Angenommen.)

(1285.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ansuchen des Julius Mraczek und der Marie Lenoch um Grundentschädigung I. Bezirk, Riemergasse 12, und beantragt, als Schadloshaltung für den von dem bezeichneten Hause zur Straße abgetretenen Grund im Ausmaße von circa 78 m² einen Pauschalbetrag von 8500 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(3715.) St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen des Anton Gauguscb um Grundentschädigung für IV., Margarethenstraße 47, und beantragt, die Schadloshaltung für den abgetretenen Grund mit dem Pauschalbetrage von 2200 fl. zu bestimmen. (Angenommen.)

(3883.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Vermehrung des Aufsichtspersonales der Hochquellenleitung und beantragt:

1. Das Aufsichtspersonale der Hochquellenleitung ist um weitere acht Personen zu vermehren, und zwar um zwei Aufseher I. Classe mit je 2 fl. und zwei Aufseher II. Classe mit je 1 fl. 70 kr. Taglohn, dann um vier Aufsehergehilfen mit dem Taglohne von 1 fl. 50 kr. und dem Bezuge der Montur, bestehend aus einem Zwilchkittel und einer Zwilchhose pro Jahr und Zuweisung von Naturalquartieren, respective Quartiergeldbeiträgen an die Aufseher.

2. Behufs Bedeckung des hiezu nöthigen Gelderfordernisses pro 1895 per 2900 fl. ö. W. ist ein Zuschussercdit zur Rubrik XXVI 1 a α in der Höhe des Erfordernisses zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3910.) St.-R. Schlechter referiert über die Aufstellung von zwei Spritzhydranten, und zwar in der Zufahrtsstraße vom Südportale der Rotunde zu Webers Czarda im k. k. Prater und bei der Anpflanzung am Kaiserplatze beim Linienamtsgebäude der Kaiser Franz Josefsbrücke und beantragt, die Entnahme der für diese Spritzhydranten erforderlichen Wasserquantitäten zu öffentlichen Zwecken zu genehmigen. (Angenommen.)

(3981.) St.-R. Schlechter referiert über die Abschließung eines Pachtvertrages bezüglich der Wasserleitungsparcellen 586, 587 in Baden und beantragt die Genehmigung des Pachtoffertes der Marie Feltl und die Gestattung der Einfriedung der von dieser und von Elise Winkler gepachteten Theile der beiden Parcellen 586 und 587 (alt) im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(3986.) St.-R. Schlechter referiert über das Ansuchen der Wiener Tramway-Gesellschaft um Wasserabgabe für die Betriebsanlage in Simmering, Remise II, und beantragt, die Abgabe von 100 hl Hochquellenwasser zu bewilligen. (Angenommen.)

(3813.) St.-R. Schlechter referiert über die Wasserabgabe für die Schule II., Leystraße, und beantragt die Genehmigung der unentgeltlichen Entnahme von täglich 75 hl Wasser aus der Hochquellenwasserleitung. (Angenommen.)

(3825.) St.-R. Schlechter referiert über die Zuschrift des Central-Ausschusses für den V. österreichischen Weinbau-Congress 1894 vom 3. Mai 1895, Z. 479, worin derselbe um Gestattung der Zuwendung der dem Ausschusse vom Stadtrathe gewidmeten 50 Ducaten an den Verein zum Schutze des österreichischen Weinbaues in Wien ersucht, und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3835.) St.-R. Schlechter referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem VI. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Wix Karoline, Dienstmagd;

Janovsky Francisca, Näherin;

Knejsl Johann, Schuhmachergehilfe;

Neubauer Johann, Tischlergehilfe;

Jungmayr Franz, Zahlkellner;

Lendl Karl, Kutscher;

Rist Ferdinand, Goldarbeitergehilfe;

Ullmann Julius, Dr., Hof- und Gerichtsadvocat;

Kastl Wenzel, Hilfsarbeiter. (Angenommen.)

(3672.) St.-R. Schlechter referiert über das Ansuchen des Karl Kobinger und Genossen um unentgeltliche Überlassung von Localitäten im städtischen Hause VI., Amerlinggasse 6, behufs Errichtung einer Volksbibliothek und beantragt, es sei der Bezirksausschuss zur Abgabe einer Äußerung, und zwar im Einvernehmen mit dem Armenrathe und den Petenten in der Richtung aufzufordern, zu welchen Stunden das fragliche Local zur Verfügung gestellt werden könnte und wie weit die Aufstellung von Bücherkästen möglich sei.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, es sei ein Localaugenschein unter Zuziehung aller Betheiligten abzuhalten, um zu eruieren, ob es möglich ist, das Local seinem bisherigen Zwecke zu erhalten und zugleich die Bibliothek daselbst unterzubringen.

Antrag Dr. Vogler, dem sich Referent anschließt, angenommen.

St.-R. Schlechter referiert über die Abschreibung, beziehungsweise Reducierung von Wassermehrverbrauchsgebüren nach

(3811.) 3 Parteien aus dem II. Bezirke,

(3994.) 11 Parteien aus dem III. Bezirke, und nach

(3693.) 3 Parteien aus dem V. Bezirke.

Referent beantragt, die bezüglichen Bezirksamts-Anträge zu genehmigen. (Angenommen.)

(3872.) St.-R. Schlechter referiert über Protokolle von Bezirksausschuss-Sitzungen der Bezirke I bis VII, IX, X, XIV, XV, XVI, XVIII und XIX und beantragt die Kenntnisnahme.

(Zur Kenntnis.)

(3974.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über den Mineralwasser-Preistarif für die Trinkhalle im Stadtparke pro 1895 und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3452.) **St.-R. Müller** referiert über das Ansuchen des Johann Weinzinger in Betreff der Grundüberlassung und Entschädigung für die Benützung eines Grundes zur Durchführung des rechtsseitigen Haupt-Sammelcanales an der Kreuzung der Gunoldstraße und Heiligenstädterlände und beantragt:

Der Stadtrath wolle der von Johann Weinzinger vorgeschlagenen und im angeschlossenen Plane mit grüner Farbe angedeuteten Variante für die Ausführung des rechtsseitigen Haupt-Sammelcanales an der Kreuzung der Gunold- und Holzstraße die Zustimmung ertheilen und den diesfälligen Ausgleichs-Antrag des Johann Weinzinger, wonach derselbe den zur Ausführung dieser Variante erforderlichen Grund unentgeltlich abtritt und die Entschädigung für die vorübergehende Benützung seines Ländergrundes im Ausmaße von circa 5000 m² und sonstige Störung auf 1300 fl. unter Zugestehung einer zweimonatlichen Arbeitszeit ermäßigt, annehmen. Dem

Begehren wegen Versetzung der Waghütte im Falle des Erfordernisses wäre zuzustimmen. (Angenommen.)

(3312.) St.-R. Müller referiert über die Beschwerde des Franz X. Pleban anläßlich der Beschädigung seiner Gartenmauer in Salmannsdorf Nr. 16 durch die Wasserleitungsreconstructionsarbeiten daselbst und beantragt, das Begehren des Beschwerdeführers auf Wiederherstellung der Mauer in den früheren Stand und die Übernahme einer Haftung für weitere Schäden abzulehnen und es demselben zu überlassen, die Gemeinde Wien auf Leistung eines Schadenersatzes gerichtlich zu belangen. (Angenommen.)

(3301.) St.-R. Müller referiert über das Ansuchen des Johann und der Anna Steinzer um Baubewilligung für Cat.-Parc. 701/1, 2, 3, Einl.-Z. 408 Unter-Sievering, und beantragt, die Bauzustimmung ohne Baulinienbestimmung unter den im Magistrats-Antrage enthaltenen Bedingungen zu ertheilen. (§ 105 B.-O.) (Angenommen.)

(2950.) St.-R. Müller referiert über das Ansuchen des Heinrich Glaser um käufliche Überlassung eines Theiles der Cat.-Parc. 1269, Einl.-Z. 568 in Dornbach, XVII. Bezirk, und beantragt:

Die Gemeinde Wien überläßt dem Eigenthümer der Realität Einl.-Z. 237 Dornbach, Heinrich Glaser, einen Theil der Cat.-Parc. 1269/1 (aufgelassenes Alsbachbett), inneliegend im Grundbuche Dornbach Einl.-Z. 568, Figur a b c d e f g a, im Ausmaße von circa 110·15 m² gegen dem, dass von der dem Franz Glaser gehörigen Realität Einl.-Z. 106 Dornbach, ein Theil im Ausmaße von circa 46·77 m², Figur a' b' c' g' f' c' d' a', lastenfrei an die Gemeinde abgetreten wird und Offerent einen Pauschalbetrag von 500 fl. als Aufzahlung an die Gemeinde leistet.

Diese Grundtransaction wird unter folgenden Modalitäten abgeschlossen:

a) Der oberwähnte Betrag per 500 fl. ist binnen acht Tagen nach erfolgter Verständigung des Offerenten von der Annahme obiger Propositionen seitens des Gemeinderathes bar zu Handen der städtischen Hauptcassa zu erlegen.

b) Die Vertragsstempel und Legalisierungsgebüren tragen beide Contrahenten je zur Hälfte, die Übertragungsgebüren jeder Theil nach Maßgabe der von ihm zu erwerbenden Grundflächen.

c) Heinrich Glaser gestattet, dass bei Herstellung der Straße die Böschungen, insoweit dies erforderlich wird, auf der von ihm zu erwerbenden Grundfläche angeschüttet werden.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2532.) St.-R. Müller referiert über das Ansuchen des Paul Finck um käufliche Überlassung eines Theiles der Parcelle 1269/1 in Dornbach, XVII. Bezirk, und beantragt, die Gemeinde Wien überläßt dem Paul Finck den zur Arrondierung der Parcelle Nr. 20 in Dornbach erforderlichen Grundstreifen per 192·73 m² der städtischen Parcelle Nr. 1269/1 um den Pauschalbetrag von 3500 fl. gegen dem, dass der Käufer die Vertragskosten und Übertragungsgebüren trägt und die Bezahlung des Kaufschillings am Tage der Übergabe des Grundes erfolgt, wogegen die Gemeinde den angekauften Grund binnen anderthalb Jahren auf das zukünftige Straßenniveau anschüttet.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3990.) St.-R. Müller referiert über den Recurs der Theresia Abt gegen die ihr aufgetragene Zahlung der Canaleinmündungsgebür für XVIII. Bezirk, Anastasius Grüngasse 20, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(2427.) St.-R. Müller referiert über das Ansuchen der Magdalena Hansen um Entschädigung für die durch die Arbeiten bei der Alsbacheinwölbung erfolgte Erschwerung der Eisabfuhr von den gepachteten Eisteichen in Neuwaldegg und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(3947.) St.-R. Müller referiert über die Bemessung der Canaleinmündungsgebür für den Canal der Wiener Thiergartengesellschaft II. Bezirk, Schüttelstraße 15, und beantragt, die geplante Canalisierung als eine provisorische anzusehen und für die Einmündung in den Hauptsammelcanal für die Zeit des Bestandes der Wiener Thiergartengesellschaft und der Erhaltung in der jetzigen Gestalt einen jährlichen Bestandzins von 100 fl. festzusetzen. Angenommen.)

(3762.) St.-R. Müller referiert über das Ansuchen der Anna Baumgartner, XVII. Bezirk, Dornbacherstraße 100, um Ermäßigung der Canaleinmündungsgebür für XVII. Bezirk, Dornbacherstraße 100, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, die Canaleinmündungsgebür von 224 fl. 40 kr. vorläufig auf die Hälfte, d. i. auf den Betrag von 112 fl. 20 kr. zu ermäßigen. (Angenommen.)

(3948.) St.-R. Müller referiert über die Ermäßigung der Canaleinmündungsgebür für die Realität des Conventes der Barmherzigen Brüder XVII. Bezirk, Dornbacherstraße 94, und beantragt im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, die Canaleinmündungsgebür von 172 fl. 80 kr. vorläufig auf die Hälfte, d. i. auf den Betrag von 86 fl. 40 kr. zu ermäßigen. (Angenommen.)

(3760.) St.-R. Müller referiert über das Ansuchen der Katharina Stark um Bemessung der Canaleinmündungsgebür für XVII. Bezirk, Dornbacherstraße 119, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, die Canaleinmündungsgebür von 381 fl. vorläufig auf die Hälfte, d. i. auf den Betrag von 190 fl. 50 kr. zu ermäßigen und außerdem die angesuchte Ratenzahlung gegen Terminsverlust bei Nichteinhaltung der Raten zu bewilligen. (Angenommen.)

(3865.) St.-R. Müller referiert über die Bemessung der Canaleinmündungsgebür für die Realität des Theodor Schultz, XIX. Bezirk, Hohe Warte Nr. 9, und beantragt, für die bezügliche Realität vorläufig den Betrag mit zwei Drittel der berechneten Gebür, d. i. mit 276 fl. zu bemessen und daher den Betrag von 138 fl. rückzuvergüten. (Angenommen.)

(3949.) St.-R. Müller referiert über die Ermäßigung der Canaleinmündungsgebür für die Realität des Ignaz und der Barbara Schwach, XVII., Dornbacherstraße 115, und beantragt, die Canaleinmündungsgebür im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, vorläufig auf 93 fl. herabzusetzen.

Vice-Bürgermeister Matzenauer beantragt die Herabsetzung auf den Betrag von 186 fl.

Es wird der Antrag des Vice-Bürgermeisters Matzenauer abgelehnt und beschlossen, den Bezirksamts-Antrag, Herabsetzung auf den Betrag von 153 fl., zu genehmigen.

(3950.) St.-R. Müller referiert über die Ermäßigung der Canaleinmündungsgebür für die Realität der Katharina Simic und Marie Neumayer, XVII., Dornbacherstraße 117, und beantragt, diese Gebür im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, vorläufig auf den Betrag von 144 fl. herabzusetzen.

Es wird beschlossen, den Bezirksamts-Antrag, Herabsetzung auf 210 fl., zu genehmigen.

(3951.) St.-R. Müller referiert über die Ermäßigung der Canaleinmündungsgebür für die Realität der Leopoldine Kutschera und Karoline Wambacher, XVII., Dornbacherstraße 113, und

beantragt im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, die vorläufige Herabsetzung der Canaleinmündungsgebür auf den Betrag von 184 fl. 50 kr.

Es wird beschlossen, den Bezirksamts-Antrag, Herabsetzung auf 270 fl. 30 kr., zu genehmigen und außerdem die angesuchte Ratenzahlung zu bewilligen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Lueger übernimmt den Vorsitz.)

(3898.) **St.-R. Stiaßny** referiert über den Ausweis, betreffend die Belastung des im Canalbauten-Präliminare pro 1895 für unvorhergesehene Canalbauten eingestellten Pauschales von 100.000 fl. bis 30. April 1895, und beantragt die Kenntnisnahme.

(Zur Kenntnis.)

(3773.) **St.-R. Wurm** referiert über die Erneuerung des Mietvertrages mit der k. k. Börsekammer bezüglich der Bureaulocalitäten der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer und beantragt:

Die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, mit der k. k. Börsekammer bezüglich der Bureaulocalitäten der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer vom 1. November 1895 auf die Dauer von fünf Jahren einen neuen Mietvertrag gegen dem abzuschließen, dass für die Zeit vom 1. November 1895 bis Mai 1896 der von der k. k. Börsekammer für die jetzt schon seitens der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer benützten Localitäten angeforderte Mietzins in dem erhöhten Betrage von 8000 fl. sammt 16¼ Percent Nebengebüren mit Ausschluss des Zinses für den Festsaal, vom 1. Mai 1896 aber, wo die Handels- und Gewerbekammer in den Gebrauch der neuen Localitäten im Mezzanin kommen würde, der auf 10.000 fl. erhöhte Pauschalzins seitens der Gemeinde bezahlt wird. Die Kosten der Einrichtung der neugemieteten Localitäten werden seitens der Gemeinde nicht übernommen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2969.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über das Ansuchen des Josef Machacek um Entschädigung für den durch ein Rohrgebrechen seinem Hause XV., Kranzgasse 26, zugefügten Schaden und beantragt die Gewährung einer Entschädigung im Betrage von 70 fl.

(Angenommen.)

(2543.) St.-R. Dr. Lederer referiert über das Ansuchen des Bibliotheksdirectors um nachträgliche Bewilligung eines Credites in der Höhe von 511 fl. zur Restaurierung der Bilderrahmen im Liechtensteinzimmer des städtischen Museums und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen.)

(3754.) St.-R. Dr. Lederer referiert über den Zuschusscredit zur Ausg.-Rubr. XIX 5 „Auslagen für die Verpflegung der Arrestanten, Beaufsichtigung der Arreste ꝛc." und beantragt, zu dieser Rubrik einen Zuschusscredit von 1266 fl. 81 kr. zu bewilligen.

(Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt wieder den Vorsitz.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Lueger entfernt sich aus dem Sitzungssaale.)

(4120.) St.-R. Dr. Lederer referiert über die Zuschrift des Vice-Bürgermeisters Dr. Lueger, betreffend die Bestimmung seiner Functionsgebür, und beantragt, der städtischen Hauptcassa den Auftrag zu ertheilen, dem I. Vice-Bürgermeister die mit dem Gemeinderathsbeschlusse vom 2. Juni 1891 festgestellte Functionsgebür vom 14. Mai d. J. an auszuzahlen.

St.-R. Baugoin beantragt, die Angelegenheit zu vertagen, bis der in einer der letzten Gemeinderaths-Sitzungen gestellte Antrag auf Herabsetzung der Functionsgebüren der Vice-Bürgermeister und der Stadträthe im Plenum referiert würde.

St.-R. Schlechter beantragt, der Stadtrath erkläre sich für incompetent.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, in Ausführung des Antrages Schlechter folgende Fassung desselben zu genehmigen: Mit Rücksicht darauf, dass ein Gemeinderaths-Beschluss bereits besteht, welcher die Functionsgebüren festsetzt, dieser Beschluss nicht individuell für die Person zu gelten hat, sondern für die jeweiligen Functionäre, und weil nach dem Gemeindestatute nur der Bürgermeister oder dessen geschäftsführender Stellvertreter die Beschlüsse auszuführen hat, ist der Stadtrath nicht in der Lage, einen Beschluss zu fassen.

Antrag Dr. Vogler einstimmig angenommen.

(Schluss der Sitzung.)

Bezirksausschüsse.

Ergebnis der am 24. Mai 1895 vom zweiten Wahlkörper des I. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahl für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897.

Zahl der zu wählenden Bezirksausschüsse	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurde gewählt	Zahl der erschienenen Wähler	Zahl der erhaltenen Stimmen
1	Hein Oskar, Dr., Hof- und Gerichtsadvocat, I., Gonzagagasse 1	533	522

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen.

25. Mai 1895.

In der abgelaufenen Woche wurden bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen 3533 Arbeiter verwendet; hievon waren 1640 beim Bau der Gürtel-, Vororte- und Wienthallinie der Stadtbahn, 648 beim Bau des Schleusencanales nächst Nussdorf, 501 an den Sammelcanälen am linken und rechten Wienflussufer, 427 am Haupt-Sammelcanale rechts des Donaucanales, 317 bei der Wienfluss-Regulierung beschäftigt; außerdem standen in Verwendung: bei den Bahnbauten 173 Fuhrwerke und 6 Dampfmaschinen, beim Schleusencanalbau 8 Dampfmaschinen und 1 Fuhrwerk, bei den Sammelcanälen am rechten und linken Wienflussufer 40 Fuhrwerke, beim Haupt-Sammelcanale rechts des Donaucanales 20 Fuhrwerke.

* * *

(Eröffnung des städtischen Donaubades.) Am 1. Juni d. J. wird das städtische Donaubad nächst der Kronprinz Rudolfbrücke eröffnet und dem Besuche des Publicums übergeben werden.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 19. Mai bis 25. Mai 1895.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	232.954 kg	(Davon aus Niederösterreich — 187.444 aus Ober-Österreich — 920; aus Steiermark — —; aus Tirol — —; aus Mähren — 6051; aus Galizien — 32.159; aus Ungarn — 5339; aus der Bukowina — 1041; aus Krain — —; aus Croatien —; aus Böhmen — — kg)
Kalbfleisch	50.188 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 87; aus Ober-Österreich — 16; aus Mähren — 139; aus Galizien — 49.371; aus Ungarn — 562; aus der Bukowina — 13 kg)
Schaffleisch	1.364 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 200; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — —; aus Galizien — 811; aus Ungarn — 258; aus der Bukowina — 95 kg)
Schweinfleisch	84.488 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 38.563; aus Ober-Österreich — —; aus Böhmen — —; aus Steiermark — —; aus Mähren — 1133; aus Galizien — 7870; aus Ungarn — 36.922; aus Croatien —; aus der Bukowina — — kg)
Kälber	3.035 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 1042; aus Ober-Österreich — —; aus Salzburg — —; aus Mähren 50; aus Galizien — 1891; aus Ungarn — 52; aus der Bukowina — —; aus Böhmen — — St.)
Schafe	117 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 92; aus Ober-Österreich — —; aus Kärnten — —; aus Mähren — —; aus Galizien 25; aus der Bukowina — —; aus Ungarn — —; aus Croatien — — St.)
Schweine	283 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 57; aus Ober-Österreich —; aus Mähren — 2; aus Galizien — 158; aus Ungarn 66 St.)
Lämmer	17 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 4; aus Ober-Österreich — —; aus Galizien — 6; aus Ungarn — 2; aus Mähren — 5; aus Böhmen — — St.)

Die Zufuhren für den Approvisionierungsverein sind bereits in den obigen Summen enthalten.

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	30	bis	70	kr.	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	56	„	95	„	„ „
Kalbfleisch		„	34	„	68	„	„ „
Schaffleisch		„	38	„	56	„	„ „
Schweinfleisch		„	28	„	68	„	„ „
Kälber		„	38	„	58	„	„ „
Schafe		„	38	„	48	„	„ „
Schweine		„	36	„	62	„	„ „
Lämmer		„	2	„	3½	fl.	per Stück.

Die dieswöchentlichen Zufuhren waren gegen jene der Vorwoche etwas stärker und gestaltete sich der Geschäftsverkehr sehr lebhaft. Die Preise des Schweinfleisches reducierten sich in Anbetracht der aus Steinbruch eingelangten bedeutenden Sendungen um 8 kr. und die der Schweine um 6 kr. per Kilogramm. Die übrigen Fleischwaren wurden zu den vorwöchentlichen Preisen abgegeben.

* * *

Pferdemarkt vom 24. Mai 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 631 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—410 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . 25— 85 „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 27. Mai 1895.

1. Auftrieb.

Mastvieh 3485, Weidevieh —, Beinlvieh 1129.

Summa . 4614.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere	1655
Galizische „	1288
Deutsche „	1437
Büffel „	234

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3704
Stiere	387
Kühe	523

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von	52	bis	62	fl.
(extrem	„	62½	„	63	„)
Galiz. Schlachtthiere	„	52	„	62	„
(extrem	„	63	„	—	„)
Deutsche Schlachtthiere	„	54	„	65	„
(extrem	„	65½	„	66	„)
Weidevieh	„	—	„	—	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 45 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc., zugesteht.

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von	21	bis	33 fl.
Stiere	„	26	„	37 „
Kühe	„	23	„	33 „
Büffel	„	19	„	28 „
Beinlvieh	„	16	„	25 „

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . . von 30 bis 90 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen	9 Stück
Beinlvieh	7 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 349 Stück Schlachtthiere weniger aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des geringeren Auftriebes lebhaft, daher die Preise aller Qualitäten um 2 bis 3 fl. per 100 kg gestiegen sind.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 25. Mai 1895.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht per 1 hl 78—82 kg)	von	7 fl.	55 kr.	bis	8 fl.	20 kr.
Roggen	(„ „ 1 „ 72—78 „)	„	6 „	45 „	„	6 „	90 „
Gerste		„	5 „	50 „	„	8 „	75 „
Mais		„	6 „	95 „	„	8 „	30 „
Hafer		„	6 „	50 „	„	7 „	60 „

b) Mahlproducte.

Grieß		von	12 fl.	25 kr.	bis	14 fl.	25 kr.
Weizenmehl	neue Type	„	6 „	50 „	„	13 „	50 „
	alte „	„	6 „	25 „	„	14 „	25 „
Roggenmehl		„	7 „	75 „	„	12 „	— „
Weizenkleie		„	4 „	30 „	„	4 „	50 „
Roggenkleie		„	4 „	50 „	„	4 „	70 „

Städtisches Lagerhaus.

Vom 16. Mai bis 23. Mai 1895.

Waren eingelagert . . . . . 23.383 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 24.076 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 9.492 Meter-Centner.

Lagerstand vom 23. Mai 1895: 207.824 Meter-Centner, und zwar:

46.221	Meter-Centner	Weizen,	45.384	Meter-Centner	Roggen,
30.734	„	Gerste,	18.786	„	Hafer,
2.621	„	Mais,	19.176	„	Ölsaaten,
5.937	„	Mehl u. Kleie,	2.368	„	Wein,
8.795	„	Zucker,	1.117	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 2,138.200 fl. öst. Währ.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 23. Mai bis 27. Mai 1895:

Für Neubauten:

III. Bezirk: Haus, Hainburgerstraße, Grundb.-Einl. 2834, von Wendelin Kühnel, Bauführer Heinrich Winkler (3512).
„ „ Haus, Hainburgerstraße, Grundb.-Einl. 2836, von Wendelin Winkler (3513).
IV. Bezirk: Haus, Alleegasse 20, von Josef Schulz, Bauführer Donat Zifferer (3454).
V. Bezirk: Haus, Wilhelmstraße, Grundb.-Einl. 1442, von dem Niederösterr. Bauverein, IX., Peregringasse 4 (3401).
„ „ Haus, Schallergasse, Grundb.-Einl. 2039, von Eduard und Francisca Kobliſchek, XII., Kohlmayergasse 20, Bauführer J. Jostal (3480).
„ „ Haus, Högelmüllergasse 13, von Bartholomäus März, Schikanedergasse 3, Bauführer W. Marek (3481).
VI. Bezirk: Haus, Hirschengasse 7, von Ed. und Rudolf Frank, Münzwardeingasse 8, Bauführer Ad. Zwerina (3528).
VII. Bezirk: Haus, Siebensterngasse 14, von Karl Epstein und Consorten, durch Wilhelm Stiaßny, Bauführer Ferdinand Dehm & F. Olbricht (3443).
„ „ Haus, Zollergasse 8, von Moriz Tiller, noe. Julie Tiller und Elsa Neuhut, Bauführer H. Ohrner (3482).
IX. Bezirk: Haus, Rothenhausgasse und Garnisongasse, Grundb.-Einl. 1492, von J. Odelga, VI., Schmalzhofgasse 18, Bauführer A. Paar (3386).
XIII. Bezirk: Gartenhaus, Baumgarten, Linzerstraße 237, von Jul. und Jos. Herrmann, Bauführer ? (15608).
„ „ Dampfkesselanlage, Penzing, Einl.-Z. 1123, Linzerstraße, Parc. 591/I, 596/62, von Franz Manoschek, Bauführer Frauenfeld & Berghof (15422).
XVII. Bezirk: Dreistöckiges Wohnhaus, Ottakring, Stephanieplatz 5, von Rosalia Tropper, ebenda, Bauführer Georg Kowarik (27442).
„ „ Neulerchenfeld, XVI., Herbststraße 48, von Ferd. Meißner, Peyerlgasse 17, Bauführer derselbe (27771).

Für Umbauten:

XIV. Bezirk: Drei Stock hohes Wohnhaus, Sechshaus, Rauchfangkehrergasse 34, von Josef Kubelka, IX., Eisengasse 13, Bauführer derselbe (14979).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Hoftract, Circusgasse 13, von Paul Gerin, Bauführer Luckeneder & Miserowski (3509).
VIII. Bezirk: Seitentract, Tigergasse 13, von Jos. und Leop. Sztranyak, Bauführer Franz Bock (3478).
XVI. Bezirk: Ottakring, Dampfbadgasse 2, von Moriz Edler v. Kuffner, Hauptstraße 73, Bauführer Zagorski (27244).
XVIII. Bezirk: Vorbau, Gersthof, Herbeckstraße 2, von Karl und Marie Graf Lichtenberg, ebenda, Bauführer J. Ev. Hattey (17200).
XIX. Bezirk: Rauchfang und diverse kleinere Zubauten zur Fabrik, Döbling, Sickenberggasse 4 und 6, von Ferd. Sickenbergs Söhne, ebenda, Bauführer Karl Höllerl jun. (10235).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Kohlmarkt 11, von Josef Hartmann, Baumeister (3502).
„ „ Wildpretmarkt 7, von Ferd. Dehm & F. Olbricht, Baumeister (3517).
II. Bezirk: Schmelzgasse 6, von Dr. Alfred Mittler, Bauführer W. Klingenberg (3466).
„ „ Wallensteinstraße 46, Bäuerlegasse 9, von Margaretha Kutnik, Bauführer J. Dolezal (3415).
III. Bezirk: Hörnesgasse 1, von Karl Krall, Bauführer J. Schobesberger (3453).
V. Bezirk: Griesgasse 29, von Georg Roy, Bauführer ? (3389).
„ „ Blechthurmgasse 5, von Johann Kielmayer, Baumeister (3400).
„ „ Grüngasse 15, von Dr. Robert Pattai, Bauführer A. Honus (3530).
VI. Bezirk: Mariahilferstraße 37, von Max Kaiser, Baumeister (3381).
„ „ Gumpendorferstraße 129, von der Evangelischen Gemeinde A. C. durch N. R. Brode, Dorotheergasse 18, Bauführer Stagl & Brodhag (3399).
„ „ Millergasse 15, von Franz Weiß, Maurermeister (3399).
„ „ Windmühlgasse 47, von Franz Neumann, Baumeister (3516).
VII. Bezirk: Neustiftgasse 64, von Friedrich und Alois Pollak, Bauführer D. Zifferer (3388).
VIII. Bezirk: Feldgasse 13, von Josef Müller, Maurermeister (3456).
XIII. Bezirk: Unter-St. Veit, Wittegasse 5, von der Congregation der Töchter des hl. Herzens Jesu in Wien, Bauführer Josef Kopf, Stadtbaumeister (15591).
XVI. Bezirk: Ottakring, Eisnerstraße 22, von Moriz Edl. v. Kuffner, Hauptstraße 73, Bauführer A. Zagorsky (27245).
„ „ Neulerchenfeld, Neumayergasse 19, von Ignaz und Elise Karl, ebenda, Bauführer Josef Baldia (27348).
„ „ Ottakring, Gablenzgasse 38, von H. Hönich, I., Schottengasse 6, Bauführer Anton Franz Klement (27701).
„ „ Neulerchenfeld, Thaliastraße 114, von Anna Waltu, ebenda, Bauführer Franz Ferenda (27762).
„ „ Neulerchenfeld, Fröbelgasse 15, von Josef Greileder Josef, ebenda, Bauführer Ferd. Meißner (27770).
XVII. Bezirk: Dornbach, Pfarrhof Dornbach, von Dr. Gabriel Paterlik, Bauführer H. & F. Glaser (19180).
„ „ Dornbach, Neuwaldeggerstraße 14, von Anton Stiasny, XVI., Hofferplatz 1, Bauführer Joh. Steinmetz (19425).
„ „ Dornbach, Neuwaldeggerstraße 15, von Leopold Hofmann, ebenda, Bauführer Johann Steinmetz (19426).
„ „ Hernals, Mayßengasse 11, vom n.-ö. Bauverein, Bauführer W. Gabauer (19455).
„ „ Hernals, Geblergasse 128, von N. Brandtner, ebenda, Bauführer Thomas Hofer (19470).
XIX. Bezirk: Döbling, Hasenauerstraße 2 und 4, vom Cottage-Eislaufverein, ebenda, Bauführer Victor Fiala (10355).

Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Heiz- und Ventilationsanlage, Seitenstettengasse 4, von der israelitischen Cultusgemeinde, durch Wilhelm Stiaßny, Bauführer A. Scholly (3507).
II. Bezirk: Eishaus, Prater, Englischer Garten, von Gabor Steiner, durch Dr. Max Diamant, Bauführer ? (3429).
„ „ Musikpavillon, Prater, Englischer Garten, von Gabor Steiner, durch Dr. Max Diamant, Bauführer ? (3430).
„ „ Prater, Englischer Garten, von Gabor Steiner, durch Dr. Max Diamant, Bauführer ? (3431).

III. Bezirk: Rohrcanal, Fasangasse 45, von Franz Prokop, Bauführer W. Stadler (3441).
IV. Bezirk: Rohrcanal, Weyringergasse 20, von Anna Kaschner, Bauführer C. Holzmann (3442).
„ „ Rohrcanal, Victorgasse 23, von Franz Schönbrunner, Dammgasse 6, Bauführer C. Holzmann (3485).
IX. Bezirk: Atelier, Porzellangasse 12, von Andreas Deutsch, Bauführer Luckeneder & Miserowski (3483).
XI. Bezirk: Rauchfang-Erhöhung, Simmering, Dorfgasse 50, Spiritusfabrik, von Ad. Ignaz Mauthner & Sohn, St. Marx, Bauführer Ernst Riedinger (7926).
„ „ Ausbrechen von zwei Thüröffnungen, Simmering, Kopalgasse 49, von Josef Schmelzer, Bauführer Ferdinand Kaindl (7994).
XIV. Bezirk: Erbauung einer Schupfe, Sechshaus, Pillergasse 11, von Albert Zeilinger, ebenda, Bauführer Otto Ettmayr (15262).
„ „ Adaptierungen, Rudolfsheim, Grimmgasse 5, von Anna Ziegler, ebenda, Bauführer Otto Ettmayr (15263).
XVII. Bezirk: Feuermauer-Renovierung. Hernals, Hauptstraße 19, von den Rosenowsky'schen Erben, ebenda, Bauführer Karl Haas (19185).
XVIII. Bezirk: Einfriedungsgitter, Gersthof, Herbeckstraße 51, von Elisabeth Schallinger, ebenda, Bauführer Martin Köller (17236).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

II. Bezirk: Schweidlgasse, Grundb.-Einl. 2481, von Theodor Schrecker, Obere Weißgärberstraße 5 (3436).
„ „ Wasnergasse, Baustelle XVIII, Einl.-Z. 3901, von Peregrin Zimmermann, Maurermeister (3464).
„ „ Marinelligasse, Grundb.-Einl. 2478, von Theodor Schrecker (3488).
„ „ Marinelligasse, Grundb.-Einl. 2477, von Theodor Schrecker (3489).
„ „ Schweidlgasse, Grundb.-Einl. 2482, von Theodor Schrecker (3490).
III. Bezirk: Karajangasse, Baustelle XV, Grundb.-Einl. 3898, von Peregrin Zimmermann, Maurermeister (3463).
IV. Bezirk: Preßgasse 6, von Johann Scheibenbogen (3420).
„ „ Schallergasse, Grundb.-Einl. 2039, von Ed. und Francisca Koblischek, XII., Kohlmayergasse 20 (3479).
VI. Bezirk: Hirschengasse 7, von Ed. und Rudolf Frank, Münzwardeingasse 8 (3414).
X. Bezirk: Laxenburgerstraße Einl.-Z. 2554, von August Tschinkels Söhne (21242).
XI. Bezirk: Simmering, Einl.-Z. 212, Simmeringer Hauptstraße 95, von Franz, Johann, Marie, Emilie, Ottilie Fink und Amalie Müller (7896).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Herbststraße 48, von Ferdinand Meißner, XVI., Peyerlgasse 17 (27707).
XIX. Bezirk: Döbling, Einl.-Z. 178 und 179, Parc. 1033 und 1034, Billrothstraße, von G. Rumpel (10356).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

III. Bezirk: Erdbergstr. 77, von Karl Hörmann, Baumeister (3384).
IV. Bezirk: Alleegasse 3—5, von Gottlieb Bettelheim, IX., Koling. 5 (3387).
VI. Bezirk: Hirschengasse 7, von Adolf Zwerina, Baumeister (3395).
XIII. Bezirk: Hietzing, Lainzerstraße 8, von Johann Peter, Demolierender Josef Kopf, Stadtbaumeister (15745).
XIV. Bezirk: Sechshaus, Pillergasse 11, von Albert Zeilinger, ebenda, Demolierender Otto Ettmayer (15261).

Gewerbeanmeldungen vom 22. Mai 1895.

(Fortsetzung.)

Waiß Karl Josef — Herausgabe der period. Druckschrift „Die Arbeit" — VII., Mariahilferstraße 12.
Huschauer Karl — Kaffeeschank — VII., Westbahnstraße 14.
Erbrich Anna — Damenkleidermachergewerbe — VII., Schottenfeldg. 95.
Janicek Josef — Kleidermachergewerbe — VII., Seidengasse 43.
Neumann Hermann — Damenkleidermacher — IX., Waisenhausg. 15.
Neumann Mathilde — Damenkleidermachergewerbe — VII., Andreasg. 9.
Ellenbogen Regine — Cravatten-Erzeugung — XVIII., Dempscherg. 20.
Trinlzi Theodor Wilhelm v. — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — VII., Mariahilferstraße 76.
Kreidler Richard — Marktvictualienhandel — IV., Obstmarkt.
Schubert Wilhelm — Marktvictualien-Verschleiß — VII., Markthalle, Zelle 165/166.
Schmidt Franz — Maschinenbauer und Mechaniker — IV., Weyringergasse 13.
Engelmann Josef — Mechaniker — IX., Kinderspitalgasse 3.
Nyewald Marie Alexander — Miedermachergewerbe — VII., Lerchenfelderstraße 65.
Hanisch Anna — Milch-, Gebäck- und Canditen-Verschleiß — XVII., Pezzlgasse 22.
Wesely Katharina — Milch- und Gebäck-Verschleiß — VII., Myrtheng. 3.
Linde Anna — Pfaidlerin — XVIII., Hildebrandgasse 4.
Mühlbach Fanni — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — IV., Hauptstraße 20 a.
Kaufmann Adolf — Privat-Zeichen- und Malschule — IV., Weyringergasse 37.
Keller Alois Anton — Privat-Zitherschule — IV., Luisengasse 11.
Sax Sophie — Schuhwaren-Verschleiß — VII., Mariahilferstraße 124.
Siptitz Franz — Schuhobertheil-Erzeuger — IX., Müllnergasse 16.
Streschnak Robert sen., Streschnak Robert jun., Streschnak Karl — Steinmetzgewerbe — IV., Hauptstraße 72.
Greis Anton — Tischler — IX., Säulengasse 13.
Steiner Philipp — Verabreichung von Thee, Chocolate, anderen warmen Getränken und von Erfrischungen, sowie Liqueuren aller Art und Haltung erlaubter Spiele — IX., Hebragasse 4.
Pfaffinger Rudolf, Dr. — Vermittlung in Bergbau-Angelegenheiten der verschiedensten Art unter dem Titel „Montan-Bureau" — IV., Hauptstraße 8.
Sorer Innocenz — Verschleiß von Gebetbüchern und Kalendern — VII., Mariahilferstraße 106.
Blum Peter — Verschleiß von Gold- und Silberwaren — VII., Seidengasse 35.
Franz Johann — Verschleiß von Mehl, Grieß und Preßhefe — VII., Lerchenfelderstraße 51.
Voll Heinrich — Verschleiß von Mehl und Grieß, Preßgerm und Feigenkaffee — VII., Neustiftgasse 5.
König Anna — Verschleiß von Zuckerwaren — VII., Mariahilferstraße 126.
Dražil Vincenz — Victualienhandel — XVIII., Weinhauserstraße 68.
Tuma Franz — Victualien-Verschleiß — III., Radetzkystraße 2.
Klees Aurelia — Wäschefeinputzerei — IV., Wohllebengasse 18.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 24. Mai 1895.

Orglmeister Gustav, Kupka Franz — Baumeister — III., Jacquinstr. 39.
Müller Alois — Bauunternehmer — V., Matzleinsdorferstraße 5.
Weiß Max — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Huber Franz — Brantweinschank nebst Ausschank von Thee und Punsch — XIII., Tellgasse 14.
Ibeschitz Stephan — Brot- und Würstel-Verschleiß — I., Hoher Markt.
Emperer Antonie — Canditen- und Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — XVI., Neumayergasse 19.
Berger Theresia — Canditen-Verschleiß — V., Fockygasse 27.
Kopf Johann — Deichgräber — XVIII., Salierigasse 27.
Österr. Gasglühlicht-Actiengesellschaft — Erzeugung der im § 2 des Statutes angeführten Artikel und Verwertung der Nebenproducte — IV., Schleifmühlgasse 4.
Höflinger Theresia — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — V., Siebenbrunnengasse 2.
Mayer Felix — Formstecher — XVI., Wilhelminenstraße 45.
Martinek Heinrich — Friseur und Rasenr — XVI., Neulerchenfeldergürtel 4.
Barnet Dogin — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Rabenplatz 3.
Reindl Michael — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Einsiedlergasse 5.
Welhartický Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Hundsthurmerstraße 97.
Mayer Gustav — Handel mit Watte und Bettwaren — I., Schottenring 30.
Mazarovics Anna — Hausierhandel mit Grünwaren und Obst — XVIII., Leitermeiergasse 30.
Kraus Heinrich — Holzdrechsler — XVI., Seitenberggasse 18.
Strenger Heinrich — Holz- und Kohlenhandel — V., Kompertgasse 3.
Bloch Therese recte Rösy — Kaffeesiederin — III., Löwengasse 31 a.
Fiala Karl — Kaffeesieder — XIII., Penzingerstraße 53.
Holly August — Kaffeesieder — I., Friedrichsstraße 10.
Löw Josef Karl — Kleider-Verschleiß — I., Spiegelgasse 3.
Smikal Marie — Marktvictualienhandel — IX., Porzellangasse (Markt).
Goberitz Anna — Maschinnäherei — XVI., Thaliastraße 59.
Gratzer Karl Josef — Mechaniker — V., Ramperstorffergasse 60.
Willinger Julius — Milch-, Gebäck- und Canditen-Verschleiß — XVI., Brunnengasse 72.
Emperer Antonie — Papier-, Schreib-, Zeichenrequisiten- und Kurzwaren-Verschleiß — XVI., Neumayergasse 19.
Ecker Anna — Pfaidlerin — XVII., Palffygasse 25.
Müller Anna — Pfaidlerin — XVIII., Michaelerstraße 31.
Human. Frauenverein „Selbsthilfe" — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — V., Obere Amtshausgasse 37.
Bandisch Vincenz — Schuhmacher — XVI., Hasnerstraße 36.
Kommar Wenzel — Schuhmacher — IX., Porzellangasse 9.
Mareš Franz — Schuhmacher — V., Siebenbrunnengasse 19.
Sykora Adalbert — Schuhmacher — XVI., Blumbergasse 26.
Schmutzer Franz — Tischler — XVII., Weidmannsgasse 9.
Hoch Leopoldine — Verschleiß von Schul- und Gebetbüchern, Kalendern und Heiligenbildern — I., Werderthorgasse 4.

Mrazek Franz — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein und Obstwein und Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles — IX., Garelligasse 3.
Schandl Johann — Verschleiß von Spirituosen — V., Gartengasse 19.
Härtl Theresia — Verschleiß von Wein in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — III., Hagenmüllergasse 3.
Wanderer Paul — Victualien-Verschleiß — III., Radetzkystraße 2.
Schopf Francisca — Wäscheputzerei — XVII., Palffygasse 6.
Stohlawetz Albert — Zeitungs-Verschleiß — XV., Clementinengasse 5.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 25. Mai 1895.

Müller Karl Benedict — Bestandwirt — XIII., Weiglgasse 4.
Liebl Franz — Blumenverkauf im Umherziehen — XIX., Kahlenbergerstraße 32.
Schönberger Betti — Commissionswarenhandel — I., Rudolfsplatz 3.
Weiß Aloisia — Einspännerin — X., Muhrengasse 22.
Kondela Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Zinkgasse 17.
Mayer Apollonia — Goldstickergewerbe — XV., Pelzgasse 9.
Kraus Jakob — Halten von fünf Pressen — III., Rennweg 64.
Porcal Franz — Handelsgärtner — XVIII., Krottenbachstraße 125.
Eder Anna — Haarwickler-Erzeugung — XV., Märzstraße 42.
Ognar Jakob — Hohlschleifer — V., Griesgasse 36.
Schott Leopold — Kleinfuhrwerk — X., Himbergerstraße 151.
Byrt Johanna — Kleinhandel mit Brennmaterialien — X., Quellengasse 139.
Pichler Alois — Marktvictualien — I., Hoher Markt, Stand 78.
Spurny Josefa — Milch-Verschleiß — XV., Dingelstedtgasse 5/7.
Altreiter Theresia — Pfaidlerin — VIII., Auerspergstraße 9.
Brünner Adolf — Pfaidler — I., Maria Theresienstraße 18.
Fleißner Marie — Spenglergewerbe — XVIII., Zimmermannsgasse 12.
Elsner Josef — Surrogatkaffee-Erzeugung und Feigenkaffeebrennerei — XIV., Benedict Schellingergasse 29.
Picka Theodor — Tischler — XII., Rosaliagasse 9.
Huszarik Katharina — Victualien-Verschleiß — X., Laxenburgerstr. 71.
Lederer Josef — Victualien-Verschleiß — VIII., Lammgasse 3.
Eisler Josef — Wäscheputzer — XV., Neubaugürtel 39.
Soeckler Auguste — Zeitungs-Verschleiß — V., Hundsthurmerstraße 52.

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 24. Mai 1895.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Dehm, Kaiser, Schrenckh und Haßfurther wegen Fernbleibens 1279
2. Einladung des Gemeinderathes seitens der kais. Akademie der Wissenschaften 1279
3. Allerhöchste Sanctionierung des Gesetzes, betreffend eine Abänderung des Gesetzes über die Aufnahme des 35-Millionen-Kronen-Anlehens 1279
4. Zuschrift der k. k. Statthalterei, betreffend die Vermehrung der Sicherheitswache 1279
5. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Seiler, betreffend sanitäre Übelstände im Bezirkstheile Kaisermühlen . . 1280
6. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Gräf, betreffend das Ausbleiben des Hochquellenwassers in einem Theile des XVI. Bezirkes 1280
7. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Fickeys, betreffend die Errichtung eines Volksvollbades im XI. Bezirke 1280

Interpellationen:
8. Gem.-Rath Frauenberger, betreffend die Nichtvertretung der Gemeinde Wien bei der Hauptversammlung des Deutschen Schulvereines 1280
9. Gem.-Rath Schreiner, betreffend die Pflasterung der Schönbrunnerstraße im XIV. und XV. Bezirke 1281
10. Gem.-Rath Maresch, betreffend die Bohuslawek'sche Erbschaft der Gemeinde Ottakring 1281
11. Gem.-Räthe Josef Götz und Büsch, betreffend die Bespritzung der Schönbrunner Allee im XII. Bezirke 1281

Anträge:
12. Gem.-Rath Dr. Friedjung, betreffend die Widmung eines Ehrengrabes für den verstorbenen Hofcapellmeister Ludwig Rotter 1281
13. Gem.-Rath Dr. Max Gruber, betreffend die Widmung je einer halben Million für die Errichtung von Krankenpavillons für Kinder und für die Erbauung billiger und hygienisch mustergiltiger Mietwohnungen anläßlich der 50jährigen Regierungs-Jubiläumsfeier Sr. Majestät des Kaisers 1281
14. Gem.-Räthe Bärtl und Fickeys, betreffend die Verlegung der städtischen Baumschule im XI. Bezirke 1282
15. Gem.-Rath Litschke, betreffend die Einschränkung des nachmittägigen Journaldienstes und Einführung der Sonntagsruhe auch für die Beamten und Angestellten der Gemeinde 1282
16. Gem.-Räthe Büsch und Josef Götz, betreffend den Sammelcanalbau in der Gaudenzdorf-Schönbrunnerstraße 1282
17. Gem.-Rath Kreisel, betreffend die Verbesserung der socialen Lage der provisorischen Aushilfs-Unterlehrer 1282
18. Gem.-Rath K. J. Müller, betreffend die Errichtung von Postämtern in der Donaustadt und in der Brigittenau 1283
19. Gem.-Rath Rauer, betreffend die Pflasterung der Winckelmannstraße im XIII. Bezirke 1283
20. Derselbe, betreffend die Straßenpflege im XIII. Bezirke . . 1283

Referate:
21. Gem.-Rath Schlechter, betreffend den Ankauf von Gründen behufs Arrondierung des städtischen Grundbesitzes zunächst des Meidlinger Friedhofes 1283
22. Derselbe, betreffend die Vermehrung des Personales des Wasserbezugs-Revisorates 1284
23. Derselbe, betreffend die Vermehrung des Aufsichtspersonales der Hochquellenwasserleitung 1284
24. Gem.-Rath Wurm, betreffend die Erneuerung des Mietvertrages mit der k. k. Börsekammer bezüglich der Bureaulocalitäten der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer 1285
25. Gem.-Rath Matthies, betreffend den Verkauf eines Theiles der Linienwallparcelle 260/3 und der Linienamtsrealität im IV. Bezirke (ehemalige Alleegassenlinie) an Josef Spilka . . 1294
26. Gem.-Rath Rißaweg, betreffend die Risalitanlagen beim Hause X., Götzgasse 2, des Theodor und der Elisabeth Schischitz . . 1296
27. Gem.-Rath Ritt. v. Neumann, betreffend die Ertheilung des Bauconsenses für Adaptierungen im Volksschulgebäude, IV., Alleegasse 11 1296
28. Gem.-Rath Baugoin, betreffend die Erhöhung der Verpflegsgebür für die Unterbringung von Kindern im Spitale für scrophulöse Kinder in Baden 1297
29. Gem.-Rath Witzelsberger, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Feuerwehr in Penzing 1297
30. Derselbe, betreffend die Vermehrung des Personales der Feuerwehr zur Bedienung der Dampfspritzen 1297

Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 24. Mai 1895.

Inhalt:
1. Gem.-Rath Baugoin, betreffend Fortbezug der Gnadengabe für Marie Weichinger 1297
2. Derselbe, betreffend Verleihung der Salvator-Medaille . . . 1297
3. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend Verleihung einer Gnadengabe für Karoline und Anna Imhof 1298
4. Derselbe, betreffend Verleihung des Bürgerrechtes mit Nachsicht der Taxen an Jos. Friedrich und an Ant. Jakob . . . 1298
5. Derselbe, betreffend Fortbezug der Gnadengabe für Marie Schmidt 1298
6. Derselbe, betreffend Gewährung einer Gnadengabe für Rosalia Reisberger 1298
7. Derselbe, betreffend Remuneration für J. Kelner 1298
8. Gem.-Rath Witzelsberger, betreffend Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an K. Preysing 1298

Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 16. Mai 1895 1298

Bezirksausschüsse:
Ergebnis der am 24. Mai 1895 vom zweiten Wahlkörper des I. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahl für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897 1302

Allgemeine Nachrichten:
Commission für Verkehrsanlagen 1302
Eröffnung des städtischen Donaubades 1302
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 19. bis 25. Mai 1895 1303
Pferdemarkt vom 24. Mai 1895 1303
Schlachtviehmarkt vom 27. Mai 1895 1303
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 25. Mai 1895 1304
Städtisches Lagerhaus 1304

Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 23. bis 27. Mai 1895 1304

Gewerbeanmeldungen 1305

Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. V. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen.*)

1895.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
31. Mai 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	M.-Z. 81267. Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten** für die Neupflasterung der Goldschlagstraße zwischen der Beingasse und der Pouthongasse im XV. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 3380 fl. 30 kr. und 200 fl. Pauschale. 3—3
4. Juni 10 Uhr	detto	M.-Z. 49973. Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters** in der Strobelgasse im I. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 2227 fl. 81 kr. 1—3
5. Juni 10 Uhr	detto	M.-Z. 93446. Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters** in den Durchfahrten vom äußeren Burgplatze auf den Franzensplatz im I. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1056 fl. und 100 fl. Pauschale. 1—3

*) Pläne, Kostenanschläge ꝛc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offer versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Vadium von **5 Percent der Kostenanschlagssumme** anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Arbeitsgattungen oder Lieferungen wird keine Rücksicht genommen

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Prot.-Nr. 80412 ex 1895.

1125. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Ausführung **der maschinellen Arbeiten zur Herstellung der Feuerluftheizung im Leopoldstädter Real- und Obergymnasium**, II., Kleine Sperlgasse 2, und zwar für die Zonen V und VI, das Stiegenhaus und die Gänge, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, **am Freitag den 14. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge, die Berechnungen des Wärme-Erfordernisses, sowie die allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. Mai 1895. 1—3

Prot.-Nr. 59795 ex 1895.

786. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Maurerarbeiten, der Herstellung der Central-Feuerluftheizanlage und der Holzcementeindeckung für die Stockaufsetzung auf den Turnsaaltract, einschließlich der erforderlichen Adaptierungen** im Schulgebäude IV. Bezirk, Starhemberggasse 8, Schaumburgergasse 7, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, **am Dienstag den 18. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium in der Höhe von 5 Percent der bezüglichen Kostenanschlagssumme** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

*

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. Mai 1895. 1—3

Ad Prot.-Nr. 171868 ex 1894.

2455. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Maurerarbeiten, der Cementkalk- und Traversenlieferung, der Steinmetz-, Zimmermanns- und Spenglerarbeiten, der Falzziegeldacheindeckung, der Herstellung der geraden feuersicheren Decken zwischen eisernen Trägern, der Bautischler-, Schlosser-, Anstreicher-, Glaser- und Bildhauerarbeiten, der Isolierplattenlieferung, der Holzcementeindeckung, der Asphaltiererarbeiten, der Steinzeuglieferung, der Terrazzobodenherstellung, der Lieferung der Füllöfen und Küchenherde, der Möbeltischlerarbeiten, der Schulbanklieferung, der Schriftenmalerarbeiten, der Gas- und Wasserleitungs-Installationsarbeiten inclusive der Closetslieferung, der Brunnenmeisterarbeiten, der Metallgießerarbeiten, endlich der Gasmotorlieferung** für den Schulhausbau im XIII. Bezirke, Neubergenstraße, Gurk- und Reinlgasse, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Mittwoch den 19. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, in der Volkshalle im Rathhause,** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium in der Höhe von 5 Percent der bezüglichen Kostenanschlagssumme anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. Mai 1895. 1—3

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung der erledigten Directorstelle an der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Mädchen in Wien, XVIII. Bezirk, Währing, Anastasius Grüngasse 16/18.)

An der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Mädchen in Wien, XVIII. Bezirk, Währing, Anastasius Grüngasse 16/18, kommt die Directorstelle zur Besetzung.

Mit dieser Stelle ist der Jahresgehalt der zweiten Gehaltsclasse von 1400 fl., eine Quartiergeldentschädigung von jährlich 500 fl., sowie der Anspruch auf Dienstalterszulagen von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je fünf Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrath zu richten; dieselben müssen **längstens bis 20. Juni 1895** im vorgeschriebenen Dienstwege beim Ortsschulrathe des XVIII. Wiener Gemeindebezirkes eingelangt sein.

Die Gesuche sind zu belegen mit:

dem Taufscheine;

dem Heimatscheine bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind;

dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung;

dem Lehrbefähigungszeugnisse für Bürgerschulen, sowie für Volksschulen;

den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-Enthebungsdecrete u. dgl.), sowie der Befähigung zum Religionsunterrichte des katholischen Glaubensbekenntnisses, endlich mit der in den Rubriken 1 bis 5 auszufüllenden Dienstabelle.

Sämmtliche Nachweise sind entweder im Originale oder in gesetzlich beglaubigter Abschrift anzuschließen.

Die Dienstzeit ist bis zum Ablaufe des Concurstermines zu berechnen.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,

am 13. Mai 1895.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:

Dr. Theodor Reisch. 3—3

G.-Z. 92444.

VIII.

Currende

an die definitiv angestellten städtischen Ärzte der Bezirke I bis X.

Der Wiener Gemeinderath hat zufolge Plenarbeschlusses vom 7. Mai 1895, Z. 635, anlässlich der definitiven Organisation des Gemeinde-Sanitätsdienstes der Stadt Wien **26 Stellen städtischer Bezirksärzte** systemisiert, und zwar:

6 in der VIII. Rangclasse
6 „ „ IX. „
14 „ „ X. a „

Die definitiv angestellten städtischen Ärzte der Bezirke I bis X werden sohin behufs ihrer Einreihung in die Rangclassen aufgefordert, die mitfolgenden Competenten-Tabellen auszufüllen und die entsprechend ausgefüllten und gehörig belegten Tabellen **längstens bis 31. Mai 1895** an das Magistrats-Departement VIII einzusenden.

Wien, am 18. Mai 1895.

Der Magistrats-Director:

Krenn. 2—2

Z. 98.

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 14. d. M., Z. 14501, wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate September 1894** verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 40942 bis inclusive Pfand-Nr. 45673 und **Effecten** von Pfand-Nr. 75511 bis inclusive Pfand-Nr. 83806 **am 7. Juni 1895, um 9 Uhr vormittags,** im **Pfandleihanstalts-Gebäude, XIV. Bezirk (Sechshaus), Gemeindegasse 5,** gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,

am 21. Mai 1895. 2—3

Zur Statth.-Z. 50481.

Kundmachung

der k. k. Statthalterei für Niederösterreich vom 24. Mai 1895, Z. 50481, betreffend das Verbot der Abfuhr (des Abtriebes) von Schweinen im lebenden Zustande vom Wiener Central-Viehmarkte und von Wien überhaupt.

Mit Rücksicht auf die starke Verseuchung unter den zahlreichen aus Steinbruch aufgetriebenen Schweinen mit Schweineseuche findet die Statthalterei in Abänderung des Punktes 3 der h. o. Kundmachung vom 22. Mai 1895, Z. 50219, die Ausfuhr (den Abtrieb) von Borstenvieh im lebenden Zustande vom Wiener Central-Viehmarkte und von Wien überhaupt zu verbieten.

Dieses Verbot tritt sofort in Wirksamkeit.

Die Bestimmungen der Punkte 1 und 2 der bezogenen h. ä. Kundmachung, sowie die unter Punkt 3 derselben getroffene Anordnung, nach welcher die aus Steinbruch in St. Marx eingelangten Schweine binnen längstens acht Tagen der Schlachtung zugeführt werden müssen, bleiben auch fortan in Kraft.

Übertretungen dieser Bestimmungen werden nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51), wobei auch die Vorschriften des § 46 Th.-S.-G. und der dazugehörigen Durchführungsvorschrift (R.-G.-Bl. Nr. 35 und 36 ex 1880) in Anwendung kommen, bestraft. 1—1

Zur Statth.-Z. 46154 ex 1895. Ad M.-Z. 90910.

XV.

Kundmachung.

Auf Grund des Artikels 5 des Viehseuchen-Übereinkommens mit dem Deutschen Reiche vom 6. December 1891 und des Punktes 5 des zugehörigen Schlussprotokolles (R.-G.-Bl. Nr. 16 ex 1892) hat das hohe k. k. Ministerium des Innern die Einfuhr von Rindvieh in die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder aus den von der Lungenseuche betroffenen nachstehenden Sperrgebieten des Deutschen Reiches bis auf weiteres unbedingt verboten, und zwar:

1. aus den Regierungsbezirken Posen, Magdeburg, Merseburg, Hildesheim, Köln und Aachen im Königreiche Preußen;
2. aus den Kreishauptmannschaften Leipzig und Zwickau im Königreiche Sachsen;
3. aus dem Großherzogthume Sachsen-Weimar;
4. aus dem Herzogthume Anhalt.

Diese Verbote treten an die Stelle der mit dem Erlasse des genannten hohen Ministeriums vom 9. April 1895, Z. 9649 (h. o. Kundmachung vom 12. April 1895, Z. 35952), erlassenen Verbote.

Vorstehendes wird in Gemäßheit des Erlasses des hohen k. k. Ministeriums des Innern vom 8. Mai 1895, Z. 12562, mit dem Beifügen verlautbart, dass Übertretungen dieser auch für das h. o. Verwaltungsgebiet giltigen Anordnung, welche am Tage ihrer Verlautbarung in der „Wiener Zeitung" in Wirksamkeit tritt, nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882, R.-G.-Bl. Nr. 51, wobei auch die Vorschriften des § 46 des allgemeinen Thierseuchengesetzes und der dazu erlassenen Durchführungsvorschriften (R.-G.-Bl. Nr. 35 und 36 ex 1880) in Anwendung kommen, bestraft werden.

Wien, am 12. Mai 1895.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei. 1—1

M.-Z. 59797.

XV.

Kundmachung.

(Erinnerung an die Waldbesitzer und an das Waldschutzpersonale, betreffend die Verhütung von Waldbränden.)

Nachdem erfahrungsgemäß im Frühjahre vor Ausbruch des frischen Laubes, sowie zur Zeit der Sommerdürre Waldbrände leicht entstehen, wird allen Waldbesitzern und den sämmtlichen Organen, welchen der Schutz der Waldungen anvertraut ist, erhöhte Wachsamkeit zur Pflicht gemacht. Hiebei ist denjenigen Waldtheilen, welche von öffentlichen Wegen durchzogen werden, ein besonderes Augenmerk zuzuwenden, und sind auch während der Nacht öfter Patrouillengänge dorthin vorzunehmen.

Namentlich wird empfohlen, zu beiden Seiten stark frequentierter Wege das Laub und das dürre Gras in einer Breite von mindestens 5 m wegschaffen und den Boden wund machen zu lassen, sowie durch Anbringung von Warnungstafeln auf die Gefährlichkeit des Rauchens und auf die bestehenden Strafbestimmungen (§ 459 allgem. Strafgesetz und §§ 44 und 45 Forstgesetz) aufmerksam zu machen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

als politischer Behörde,

Wien, am 4. April 1895. 2—3

M.-Z. 69795 ex 1895.

XVI.

Kundmachung.

(Aufnahme in die k. k. Landwehr-Cadettenschule in Wien.)

Laut der infolge Erlasses des hohen k. k. Ministeriums für Landesvertheidigung vom 29. März d. J., Z. 7587/1244 IV a, ergangenen Concursausschreibung werden mit Beginn des Schul-

jahres 1895/96 in die k. k. Landwehr-Cadettenschule in Wien, welche aus drei Jahrgängen besteht, in den ersten Jahrgang beiläufig 110 Aspiranten zur Aufnahme gelangen.

Ausnahmsweise und soweit Raum vorhanden ist, kann auch eine beschränkte Aufnahme in den zweiten und dritten Jahrgang stattfinden.

Die Aufnahmsbedingungen für alle Jahrgänge sind im allgemeinen folgende:

1. Die Staatsbürgerschaft in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern,

2. die physische Eignung,

3. ein in jeder Beziehung befriedigendes sittliches Verhalten, makelloses Vorleben,

4. für den ersten Jahrgang das erreichte 15. und nicht überschrittene 18. Lebensjahr,

für den zweiten Jahrgang das erreichte 16. und nicht überschrittene 19. Lebensjahr,

für den dritten Jahrgang das erreichte 17. und noch nicht überschrittene 20. Lebensjahr.

Das Alter wird mit 1. September berechnet.

In rücksichtswürdigen Fällen bilden Altersdifferenzen bis zu vier Monaten kein Hindernis für die Zulassung zur Aufnahmsprüfung.

Die sonstigen Bedingungen sind aus der in der k. k. Staatsdruckerei erhältlichen Concursausschreibung, deren Text auch im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" Nr. 81 dieses Jahres enthalten ist, zu ersehen.

Die genau nach dem in der Concursausschreibung enthaltenen Formulare zu verfassenden Gesuche sind **bis längstens Ende Juli 1895** beim Commando der k. k. Landwehr-Cadettenschule in Wien (V. Bezirk, Spengergasse 20) einzubringen und können daselbst auch die näheren Auskünfte über die Aufnahmsbedingungen eingeholt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 30. April 1895. 2—3

Zur Statth.-Z. 43084.

Kundmachung.

(Prämienstiftung für Bienenzüchter.)

Am 21. August 1895, als am Jahrestage der Geburt weiland Sr. k. u. k. Hoheit des durchlauchtigsten Kronprinzen Erzherzog Rudolf wird aus den Interessen der Anton Freiherr von Plappart-Leenher'schen Prämienstiftung für Bienenzüchter aus dem Bauernstande Niederösterreichs ein Preis von 42 fl. ö. W. zur Betheilung kommen.

Auf diesen Preis hat derjenige Bienenzüchter Anspruch, welcher die zahlreichsten und bei gleicher Anzahl die volkreichsten Bienenstöcke überwintert und in das Frühjahr gebracht hat, insofern diese Stöcke ihm eigenthümlich gehören und von ihm selbst gepflegt worden sind.

Unter den Bewerbern um diesen Preis sind die Besitzer der mit Abtheilungen (Steigen) versehenen Bienenstöcke empfehlungswürdiger als die von ganzen Stöcken, obgleich Besitzer jeder Art von Stöcken zur Bewerbung um den Preis berechtigt sind.

Die mit dem Zeugnisse des Gemeindevorstandes und zweier von diesem gewählten Zeugen über die Zahl der überwinterten Bienenstöcke überhaupt und den Volksreichthum derselben insbesondere, sowie über das Eigenthum und die Selbstpflege der Stöcke belegten schriftlichen Gesuche um die Zuerkennung dieses Preises sind **bis längstens 15. Juni 1895** bei der zuständigen k. k. Bezirkshauptmannschaft oder beim Stadtrathe zu überreichen.

Die Zuerkennung des Preises erfolgt durch die k. k. n.-ö. Statthalterei.

Wien, am 18. Mai 1895.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei. 1—1

Z. 89604
XI.

Kundmachung.

J. L. Meyer'sche Armenstiftung.

Am 1. October 1895 gelangen die verfügbaren Interessen der J. L. Meyer'schen Stiftung aus dem Jahre 1895 im Betrage von 144 fl., zu gleichen Theilen an drei bedürftige Gewerbsleute ohne Unterschied der Confession zur Vertheilung.

Die Wahl der zu betheilenden Personen steht nach den stiftbrieflichen Bestimmungen dem Gemeinderathe, beziehungsweise dem Stadtrathe der Stadt Wien zu.

Bewerber um eine Betheilung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf- oder Geburtsschein, den Heimatschein, den Erwerbsteuerschein, dann ein legales, von der Armeninstituts-Vorstehung des Wohnbezirkes bestätigtes Zeugnis über ihre Dürftigkeit anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 1. Juli 1895** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. Mai 1895. 1—3

Zur coulanten Besorgung aller im **Coursblatte** notierten **Effecten und Valuten** bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 44 | Freitag, den 31. Mai 1895. | Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Auflösung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

An den I. Vice-Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Herrn Dr. Karl Lueger, ist nachstehender Erlass Sr. Excellenz des Herrn Statthalters Grafen Kielmansegg gelangt:

(L. S.)
K. k. Statthalter im Erzherzogthume unter der Enns.

Z. 3475.
Pr.

Im Hinblicke auf den in vier Wahlgängen ergebnislosen Verlauf der am 29. Mai 1895 stattgehabten Wahl des Bürgermeisters der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien finde ich nachstehende Verfügungen im Grunde des § 101 des Wiener Gemeindestatutes vom 19. December 1890 (L.-G.- und V.-Bl. Nr. 45) zu treffen:

Der Gemeinderath der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien ist aufgelöst.

Hiemit erlischt zugleich das Amt der gegenwärtigen Vice-Bürgermeister und Stadträthe.

Zur Durchführung der Neuwahlen, sowie zur einstweiligen Besorgung der Gemeindegeschäfte im Sinne der Bestimmungen des Wiener Gemeindestatutes wird der k. k. Bezirkshauptmann Dr. Hans v. Friebeis bestellt. Zu diesem Ende stehen demselben alle jene Befugnisse insgesammt zu, welche nach dem Gemeindestatute dem Gemeinderathe, dem Stadtrathe und dem Bürgermeister im einzelnen zukommen.

Gleichzeitig hat derselbe an die Spitze des Wiener Magistrates als politischer Behörde I. Instanz zu treten.

Bei seinen Ausfertigungen hat er sich der Bezeichnung: „Der zur einstweiligen Besorgung der Geschäfte der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt bestellte k. k. Bezirkshauptmann" zu bedienen.

Dem genannten Functionär wird ein Beirath zur Seite gestellt, den er vor seiner Entscheidung über alle nach dem Statute der Beschlussfassung des Gemeinderathes vorbehaltenen, sowie über die nach seinem Ermessen wichtigeren, dem Stadtrathe zugewiesenen Angelegenheiten zu hören hat.

In diesen Beirath werden nachbenannte Gemeindemitglieder berufen:

1. Brauneiß Leopold, Kaufmann, XIV., Märzstraße 49;
2. Daum Adolf, J.-Dr., Hof- und Gerichtsadvocat, I., Plankengasse 5;
3. Gräf Ferdinand, Gastwirt, XVI., Ottakringerstraße 187
4. Kupka August, J.-Dr., Hof- und Gerichtsadvocat, VIII., Lederergasse 3;
5. Müller Josef, Civil-Ingenieur, XVIII., Gürtelstraße 37;
6. Nechansky August, J.-Dr., Hof- und Gerichtsadvocat, I., Stoß-im-Himmel 3;
7. Purscht Alexander, Kaufmann, XVII., Kalvarienberggasse 50;
8. Rißaweg Josef, Gastwirt, X., Erlachgasse 9;
9. Schneiderhan Josef, Bäcker, XII., Meidlinger Hauptstraße 19;
10. Stiaßny Wilhelm, k. k. Baurath und Architekt, I., Rathhausstraße 13;
11. Strobach Josef, Buchhändler, V., Schlossgasse 26;
12. Vogler Ludwig, J.-Dr., Hof- und Gerichtsadvocat, VII., Westbahnstraße 6a;
13. Wessely Vincenz, Gemischtwaren-Verschleißer, VI., Fillgradergasse 5;
14. Witzelsberger Richard, Bäcker, XV., Sperrgasse 9;
15. Wurm Alois, k. k. Baurath und Architekt, I., Tegetthoffstraße 1.

Diese Beiräthe sind in Absicht auf die sinngemäß anzuwendenden Bestimmungen des § 52 lit. c des Wiener Gemeindestatutes den Stadträthen gleichzuhalten.

Alle Kosten dieser einstweiligen Besorgung der Geschäfte treffen die Gemeinde.

Der gegenwärtige Wirkungskreis der Bezirksausschüsse wird durch diese Verfügungen nicht berührt.

Indem ich unter einem die entsprechende Kundmachung im Landesgesetz- und Verordnungsblatte erlasse, lade ich Euer Hochwohlgeboren ein, die Amtsgeschäfte an den k. k. Bezirkshauptmann Dr. v. Friebeis, welcher angewiesen ist, sich zu diesem Behufe am 31. Mai 1895, um 10 Uhr vormittags, im Rathhause einzufinden, zu übergeben.

Wien, 30. Mai 1895.

Kielmansegg m. p.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **28. Mai 1895** unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Karl Lueger.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Die Versammlung ist beschlussfähig, ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Haßfurther ersucht um einen vierwöchentlichen Urlaub vom 30. Mai ab. Ich habe denselben bewilligt.

2. Herr Gem.-Rath Manner hat an mich folgendes Schreiben gerichtet (liest):

„An Sr. Hochwohlgeboren Herrn Dr. Karl Lueger, ersten Vice-Bürgermeister der Stadt Wien.

Mit Bezugnahme auf das ärztliche Zeugnis, ausgestellt von Herrn Dr. Jama am 14. d. M., laut welchem ich an Rothlauf erkrankt bin, bitte ich Euer Hochwohlgeboren, meine Abwesenheit bei den am 28., 29. und 31. d. M. stattfindenden Gemeinderaths-Sitzungen gütigst entschuldigen zu wollen, da ich leider noch nicht so weit hergestellt bin, um das Zimmer verlassen zu dürfen.

Es zeichnet mit vorzüglicher Hochachtung Euer Hochwohlgeboren ergebenster

Lorenz Manner,

Bürgerschullehrer und Gemeinderath."

Über die Frage, ob das eine giltige Entschuldigung ist, wird gelegentlich der Stadtrathswahl abgestimmt werden.

3. Es ist ferner vom Herrn Gem.-Rathe Victor Silberer folgende Zuschrift eingelangt (liest):

„Hochgeehrtes Präsidium des Gemeinderathes, Wien.

Nachdem heute zur selben Stunde, wo die Sitzung im Rathhause ausgeschrieben ist, ein Rennen in der Freudenau stattfindet, bei dem ich infolge meines Berufes als Herausgeber der „Allgemeinen Sport-Zeitung" absolut nicht fernbleiben kann, so bitte ich hiedurch höflich, mein Nichterscheinen bei dieser Sitzung gütigst entschuldigen zu wollen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung ergebenst

Victor Silberer."

Wir werden später auch darüber abstimmen, ob diese Entschuldigung als giltig anzusehen ist oder nicht.

Ich schreite zur Beantwortung der Interpellationen.

4. Herr Gem.-Rath Franz Maresch hat an mich folgende Interpellation gerichtet (liest):

„Welches ist der gegenwärtige Stand der Karl Bohuslawek'schen Nachlassenschaft?

Zu welcher Zeit wird die gänzliche Einlösung der Sparcassaforderungen erfolgen können?

Wie wurde der Ertrag der beiden Nachlassrealitäten bisher verwendet?

Wird bei Errichtung der Armenstiftung dafür Sorge getragen werden, dass die Wohlthaten derselben den Ortsarmen der ehemaligen Gemeinde Ottakring zugewendet werden?"

Ich beehre mich, hierauf Folgendes zu erwidern: Der Nachlass nach Karl Bohuslawek wurde der Gemeinde Ottakring eingeantwortet und das Eigenthumsrecht der Gemeinde Ottakring auf die erblasserischen Realitäten Einl.-Z. 1149, Haus Nr. 872 Ottakring und Einl.-Z. 1304, Haus Nr. 1086 Währing einverleibt.

Die Erträgnisse des Nachlassvermögens gelangen zur Verwendung für die Berichtigung der Steuern, Abgaben und Erhaltungskosten der Realitäten, der jährlichen Witwenrente per 1320 fl., sowie der tilgungsplanmäßigen Annuitäten der Sparcassa-Satzpost.

Unterm 26. Februar 1895 wurde ein Theilbetrag von 7000 fl. der letzterwähnten Satzpost zur Kündigung gebracht und wird im August dieses Jahres zur Rückzahlung gelangen, so dass nur mehr ein Restbetrag von circa 3000 fl von dieser Satzpost unberichtigt bleibt. Nachdem zur Tilgung dieses Restes das Erträgnis des Jahres 1896 noch erforderlich ist, so wird im Jahre 1897 mit der Verwendung des Erträgnisses des Nachlassvermögens im Sinne der testamentarischen Anordnung, somit für Ortsarme der bestandenen Gemeinde Ottakring begonnen werden.

5. Herr Gem.-Rath Schreiner hat an mich eine Interpellation wegen des Zustandes der Fahrbahn und des Trottoirs in der Schönbrunnerstraße im XIV. und XV. Bezirke gerichtet. Ich erlaube mir hierauf Folgendes zu bemerken:

Nach dem vom Stadtbauamte erstatteten Berichte weist das Straßen- und Trottoirpflaster der Schönbrunnerstraße im XIV. und XV. Bezirke allerdings nach Ablauf des Winters an zahlreichen Stellen theils Senkungen, theils Erhöhungen insbesondere in der Fahrbahn auf, welche jedoch nur zum geringeren Theile von den Wasserleitungsarbeiten herrührten, während sie zum größeren Theile durch den anhaltenden Frost verursacht worden waren. Diese Mängel wurden mittlerweile auch behoben, so dass von einer Gefährdung des Verkehres nicht gesprochen werden kann.

Der k. k. Baubezirk Wien, in dessen Verwaltung die Schönbrunnerstraße — weil Reichsstraße — sich befindet, und die k. k. Polizeibehörde würden mit Rücksicht auf den Verkehr gewiss auf Behebung dieser Mängel gedrungen haben.

Die Behebung der derzeit noch vorkommenden geringfügigen Mängel wurde den betreffenden Contrahenten bereits aufgetragen, und es wird übrigens im Momente auch seitens des k. k. Baubezirkes, wie alljährlich, eine Ausbesserung des Pflasters in der Fahrbahn dieser durch den außerordentlichen Verkehr naturgemäß einer stärkeren Abnützung unterliegenden Straße vorgenommen, womit allen billigen Anforderungen bezüglich des Zustandes derselben entsprochen werden dürfte.

6. Die Herren Gem.-Räthe Karl Josef Götz und Karl Büsch haben an mich eine Interpellation wegen Bespritzung der Schönbrunner Allee gerichtet.

Ich erlaube mir hierauf Folgendes zu erwidern:

Behufs Beantwortung der Interpellation wird berichtet, dass mit Stadtraths-Beschluss vom 13. März 1894, Z. 1586, die Bespritzung der Schönbrunner Allee von der Kreuzung der Maria Theresienstraße (jetzt Zenogasse) mit der Altmannsdorferstraße (früher Laxenburger Allee) bis zur Donauländebahn an Sonn- und Feiertagen in der Zeit vom 1. April bis 15. October jeden Jahres zweimal angeordnet worden ist.

Mit Rücksicht auf eine im heurigen Jahre im XII. Gemeindebezirke überreichte Eingabe mehrerer Hauseigenthümer an der Schönbrunner Allee wurde von dem Herrn Bezirksvorsteher das Ansuchen gestellt, die Bespritzung des vorerwähnten Straßentheiles vom Jahre 1895 an auch an Wochentagen vorzunehmen.

Diese Eingabe wurde dem Stadtbauamte zur Äußerung zugemittelt.

Die Berichterstattung hierüber wurde unter einem betrieben und wird nach Einlangen der bezüglichen Äußerung in dieser Angelegenheit dem Stadtrathe umgehend berichtet werden.

Ich bitte nun, den Einlauf zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh verliest nachstehende Einläufe:

7. Anfrage des **Gem.-Rathes Rauscher:**

Ich habe laut Amtsblatt Nr. 36 vom 3. Mai 1895 am 30. April 1895 einen Antrag, betreffend die Regelung der Urlaubsverhältnisse der städtischen Beamten und Diener eingebracht und in demselben gleichzeitig das dringende Ersuchen gestellt, es sei über diese Angelegenheit binnen acht Tagen dem Plenum des Gemeinderathes Bericht zu erstatten. Da nun inzwischen mehr als acht Tage, nämlich volle vier Wochen verflossen sind und ich vernommen habe, dass dieser mein Antrag zum großen Leidwesen unserer communalen Beamtenschaft friedlich auf dem Tische des Herrn Magistrats-Vicedirectors Tachau schlummert, ohne noch irgendwelche meritorische Behandlung erfahren zu haben, erlaube ich mir an den geehrten Herrn Vorsitzenden die ergebenste Anfrage zu richten:

1. Ist es demselben bekannt, dass der Antrag auf dem Tische des Herrn Magistrats-Vicedirectors Tachau unberührt liegt?

2. Was gedenkt der Herr Vorsitzende zu veranlassen, um den Antrag der schnellsten Erledigung zuzuführen?

3. Welche Vorkehrungen wird der Herr Vorsitzende treffen, um solche Verschleppungen von Anträgen, welche die Rechtsverhältnisse der Wiener Gemeindebeamten und Diener auf das einschneidenste treffen, in Zukunft hintanzuhalten?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich erlaube mir hierauf Folgendes zu bemerken: Die Erledigung des Antrages, welcher von Seite des Collegen Rauscher gestellt wurde, konnte in der letzten Zeit nicht erfolgen, weil eben andere so dringende Geschäfte vorgelegen sind, dass infolgedessen Zeit hiefür nicht übrig geblieben ist. Die Herren, welche die Verhältnisse in letzter Zeit selbst mitgemacht haben, werden das ganz begreiflich finden. Ich werde übrigens diese Angelegenheit nicht aus den Augen verlieren und wird hierüber in nächster Zeit im Stadtrathe Bericht erstattet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

8. Anfrage des **Gem.-Rathes Hawranek:**

Nachdem jetzt die schöne Jahreszeit herangekommen ist, so wäre es angezeigt, dass jetzt schon der Antrag, der von unserer Partei gestellt worden ist behufs Regelung und Ertheilung von Urlaubsbewilligungen an alle städt. Beamten, zum Referate gelange, da sich dann die Urlaube bis spät in den Herbst hinziehen und manche von den Beamten trifft es schon in der schlechten Jahreszeit.

Ich frage daher den Herrn Vice-Bürgermeister:

Wann gedenkt er das Referat im Stadtrathe zum Abschlusse gelangen zu lassen?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Es ist diese Interpellation bereits durch die Antwort auf die frühere Interpellation erledigt.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

9. Interpellation des **Gem.-Rathes v. Götz:**

Die Deutsche Ordensstraße in Hacking im XIII. Bezirke, welche, von der Franz Karlbrücke ausgehend, die einzige Hauptverbindung des westlichen Theiles des XIII. Bezirkes bildet, ist seit Wochen durch den Canalbau abgesperrt.

Der in der Nacht des 22. Mai niedergegangene wolkenbruchartige Regen hat durch Überfluthung des den Canalgraben kreuzenden Mühlgerinnes den für den Canalbau ausgehobenen Graben mit Wasser gefüllt, hiebei die Fundamente zweier Häuser unterwaschen, welche gepölzt werden mussten, um einem Einsturze derselben vorzubeugen.

Die in dem langen Graben stauenden und gegen die Wien strömenden Wassermassen haben auch die Stützen des im Graben verzwickten 12zölligen Gasrohres weggerissen, hiedurch einen Rohrbruch herbeigeführt und die Entweichung kolossaler Gasmengen ermöglicht, welche große Gefahr für die Nachbarschaft bringen musste. Nachdem die Arbeiten sich zum Verdrusse der dort ansässigen Bewohner ungemein in die Länge ziehen, so stelle ich die höfliche Anfrage:

1. Ist die lange Herstellungsdauer für diesen Canalbau vertragsgemäß bedungen?

2. Wird von Seite des löblichen Präsidiums dahin gewirkt werden, dass die Arbeiten in rascherem Tempo vollendet und jene Vorkehrungen getroffen werden, dass sich Ereignisse, wie jene in der Nacht vom 22. Mai, nicht wiederholen können?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Hinsichtlich dieser Interpellation habe ich Folgendes zu berichten:

Ad Punkt 1. Für die Herstellung des Bauloses III sind 300 Tage bedungen und wird gegenwärtig an zwei Arbeitsstellen gearbeitet. Eine weitere Beschleunigung der Arbeiten ist mit Rücksicht darauf, dass gerade diese Straße sehr eng ist, sowie wegen der Bahn-Untertunnelierung nicht möglich.

Ad Punkt 2. Von Seite der Bauleitung wird auf die thunlichst rasche Fortführung der Arbeiten unausgesetzt hingewirkt.

Was die in der Interpellation erwähnten Ereignisse in der Nacht vom 22. Mai d. J. betrifft (Einsturz der Canalcunette und Gasrohrbruch), so sind mir dieselben auch von anderer Seite bekanntgegeben worden und habe ich infolgedessen den Magistrat zur sofortigen Berichterstattung aufgefordert. Es wurde denn auch diesbezüglich vom Magistrate sub M.-Z. 99011 am heutigen Tage ein umfassender Bericht des Stadtbauamtes vorgelegt, welcher im wesentlichen ausführt, dass die Pölzung ordnungsmäßig und solid ausgeführt war, und dass der Einsturz der Cunette und der Bruch des Gasrohres die alleinige Folge des Wolkenbruches war, so dass in diesem Falle lediglich vis major vorliegt. Ich werde übrigens diesen Bericht des Stadtbauamtes dem Stadtrathe vorlegen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Schuh:**

Wie ich aus den Zeitungen entnommen habe, ist der Schweinemarkt am Central-Schlachtviehmarkte abermals als verseucht erklärt worden.

Ich erlaube mir daher an den hochgeehrten Herrn Vice-Bürgermeister die ergebene Anfrage:

1. Welche Verhältnisse tragen an diesem Übelstande schuld, und

2. was ist veranlasst worden, um die Wiederholung ähnlicher, die Gemeinde tief schädigender Zustände zu vermeiden?"

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Hierüber wird Folgendes bemerkt:

Mit dem Erlasse der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei vom 24. Mai 1895, Z. 50481, wurde mit Rücksicht auf die starke

Verseuchung unter den zahlreichen aus Steinbruch aufgetriebenen Schweinen mit Schweineseuche der Wiener Markt für den Abtransport von Borstenvieh im lebenden Zustande in Orte außerhalb Wiens ohne Rücksicht auf die Provenienz der Thiere gesperrt.

Die Veranlassung zur Sperre des Wiener Marktes bilden sonach die Schweinezufuhren, welche aus Steinbruch zu einer Zeit abgegangen sind, wo die Seuche dortselbst schon an Verbreitung gewonnen hatte und das mit dem Erlasse der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei vom 22. Mai 1895 angeordnete Verbot der Einfuhr von Schweinen aus Steinbruch nach Niederösterreich einschließlich Wien noch nicht in Wirksamkeit war.

Der Magistrat hat infolgedessen bereits am 25. Mai 1895 unter Darstellung des Sachverhaltes über diesen Vorgang bei der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei Beschwerde erhoben und gleichzeitig das Ersuchen gestellt, dahin zu wirken, dass auch im Königreiche Ungarn die Veterinärpolizei strenge gehandhabt und dadurch die Zufuhr seuchenverdächtigen Viehes zum Wiener Markte hintangehalten, beziehungsweise die stete Gefährdung dieses Marktes sowie die Schädigung der Approvisionierung Wiens beseitigt werde.

Die Bezugsacten werden in der Anlage vorgelegt. Schließlich wird bemerkt, dass der Magistrat im Hinblicke auf das vom Obersten Sanitätsrathe erstattete Gutachten über die Behandlung des von solchen kranken Thieren herrührenden Fleisches an die k. k. Statthalterei das Ersuchen gestellt hat, schleunigst eine Verfügung zu treffen, ob und inwieweit das Fleisch und insbesondere auch das Fett von derartig erkrankten Thieren zum menschlichen Consum zugelassen werden darf.

Bis zum Herablangen dieser Entscheidung hat der Magistrat aus öffentlichen Rücksichten die Verfügung getroffen, dass alle krank befundenen Schweine sammt dem Fette dem Consum entzogen werden.

Ich füge nur noch bei, dass es höchst bedauerlich ist, dass durch die — wie ich immerhin glaube und annehmen darf — nachlässige Handhabung der Veterinärpolizei in Budapest, respective Steinbruch (Zustimmung) wir hier in Westösterreich und speciell in Wien in einer so empfindlichen Weise geschädigt werden. (Beifall.)

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

11. Interpellation des **Gem.-Rathes Schreiner:**

An den Bäumen und Sträuchern in den communalen Parken und Alleen sind infolge des heurigen Winters sehr viele verdorrte Äste und Zweige, welche die Schönheiten der gärtnerischen Anlagen arg beeinträchtigen.

Ich stelle demnach an den Herrn Bürgermeister die höfliche Anfrage:

Ist derselbe geneigt, an den städtischen Gartendirector die Weisung ergehen zu lassen, dass diese Übelstände baldigst beseitigt werden?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Es ist mir der Zustand unserer Gartenanlagen und insbesondere unserer Alleen ebenfalls schon aufgefallen, und war ich bereits willens, an den Garten-Inspector die Aufforderung zu richten, diesbezüglich einen Bericht an den Stadtrath zu erstatten. Ich werde infolge dieser Interpellation das Geeignete veranlassen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

12. Anfrage des **Gem.-Rathes Kreisel** und Genossen an den Herrn Vice-Bürgermeister Dr Lueger, beziehungsweise an die seitens der Commune Wien entsendeten Mitglieder der Commission für die Wiener Verkehrsanlagen wegen Verwendung größerer Quantitäten von Schlacken-Cement an Stelle von Portland-Cement bei Bauten der Wiener Verkehrsanlagen.

Wie in dem Prager Tagblatt „Bohemia" vom 24. März d. J. zu lesen war, wurde seitens der Unternehmung für den Bau der Schleusenanlage bei Nussdorf die Lieferung von 50.000 Metercentner Schlacken-Cement aus der Königshofer Schlacken-Cementfabrik abgeschlossen und es musste dieser Abschluss in eingeweihten Kreisen großes Befremden erregen, da von der Commission für die Wiener Verkehrsanlagen bei Ausschreibung des betreffenden Schleusenbaues die Verwendung von Portland-Cement bedungen wurde und von Schlacken-Cement nicht die Rede war. Der Schlacken-Cement ist, wie im In- und Auslande allgemein bekannt, ein Product, welches wirklichen Portland-Cement niemals zu ersetzen vermag. Jedoch ist der Schlacken-Cement um durchschnittlich 20 Percent billiger zu haben als guter Portland-Cement und die Preisdifferenz würde bei so einem bedeutenden Quantum von 50.000 Metercentner eine erhebliche Summe repräsentieren.

Sollte die Commission für die Wiener Verkehrsanlagen die Verwendung von Schlacken-Cement der Unternehmung für den Schleusenbau und auch Unternehmern anderer Verkehrsbauten gestattet haben, ohne zugleich die bedeutenden Ersparnisse bei der Beschaffung eines um so viel billigeren Materiales für sich zu beanspruchen, so wären durch einen solchen Vorgang die eigenen Interessen der Verkehrs-Commission und somit auch die Interessen der Commune Wien auf das empfindlichste geschädigt und es müsste dagegen energisch Verwahrung eingelegt werden.

Da man von vornherein bei den Bauten der Wiener Verkehrsanlagen für gewisse Zwecke die Verwendung von Portland-Cement in Aussicht genommen hat und dieses Material, wie allgemein bekannt, seit einem halben Jahrhunderte mit der größten Sicherheit bei großartigen Bauten in der ganzen Welt die besten Dienste geleistet hat, so sollte doch bei den Wiener Verkehrsbauten das „Experiment", den erst seit wenigen Jahren bekannten Schlacken-Cement an Stelle von Portland-Cement zu verwenden, vermieden werden.

Es wird daher an den Herrn Vice-Bürgermeister die Anfrage gerichtet:

1. Ist es dem Herrn Vice-Bürgermeister, sowie den vom Gemeinderathe delegierten Mitgliedern der Commission für die Verkehrsanlagen bekannt, dass bei den Bauten der Wiener Verkehrsanlagen an Stelle des vorgeschriebenen und bei der Bauvergebung bedungenen Portland-Cementes bedeutende Quantitäten von Schlacken-Cement zur Verwendung gelangen?

2. Ist der Herr Vice-Bürgermeister und sind die vom Gemeinderathe delegierten Mitglieder der Commission für die Verkehrsanlagen geneigt zu erheben, ob die durch Anwendung von Schlacken-Cement an Stelle von Portland-Cement ersparten beträchtlichen Summen der Commission für die Wiener Verkehrsanlagen zugute kommen und im Falle eines negativen Resultates gegen einen solchen Vorgang entschiedene Verwahrung einzulegen?

3. Ist der Herr Vice-Bürgermeister und sind die vom Gemeinderathe delegierten Mitglieder der Commission für die Verkehrsanlagen bereit, in der Commission der Wiener Verkehrsanlagen dafür einzutreten, dass Schlacken-Cement bei den Bauten der Wiener Verkehrsanlagen überall da, wo Portland-Cement für nothwendig befunden und deshalb auch bedungen worden ist, nicht verwendet werden darf?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bemerke, dass diese Angelegenheit nicht in den Wirkungskreis des Gemeinderathes der Stadt Wien fällt. Der Bau der Schleusenanlage wird seitens der Donauregulierungs-Commission im Vollmachtsnamen der Verkehrsanlagen-Commission durchgeführt. Es ist daher seitens der Verkehrsanlagen-Commission auf die Vergebung der einzelnen Arbeiten und insbesondere darauf, welche Materialien bei dem Baue zur Verwendung gelangen, kein Einfluss genommen worden; ich werde mich übrigens privatim über die Angelegenheit erkundigen und darüber dann dem Anfragesteller die nöthige Auskunft ertheilen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

13. Interpellation des **Gem.-Rathes Hauke:**

Die Vereine der Hausbesitzer des XVI. und XVII. Bezirkes haben unterm 31. August 1894 an den Stadtrath das Gesuch um Rückersatz für jene einzelnen der in der Beilage A angeführten Hauseigenthümer, die von ihnen aus Anlass der Umlegung des Hauptcanales im XVI. Bezirke in der Abelegasse und XVII. Bezirk, Hauptstraße wie Dorotheergasse, nothwendig gewordenen baulichen Veränderungen bestrittenen Auslagen, so wie dieselben in der obenbezeichneten Beilage specificiert sind, seitens der Commune rückvergütet werden.

Im Monate Jänner oder Februar d. J. wurde durch Herrn Gem.-Rath Maresch eine diesbezügliche urgierende Interpellation dem Herrn Bürger-

meister Dr. Grübl in der stattgefundenen Gemeinderaths-Sitzung leider ohne Erfolg überreicht.

Ich beehre mich, anzufragen, ist der Herr Bürgermeister geneigt,

a) zu untersuchen, warum diese dringende Angelegenheit zehn Monate unerledigt blieb?

b) zu verfügen, dass dieser Gegenstand im Stadtrathe sofort zur Behandlung gelange und den Gesuchstellern der Bescheid übermittelt werde?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

14. Dringlichkeits-Antrag des **Gem.-Rathes v. Götz** und Genossen:

Die äußerst schmale Sautergasse in Hacking im XIII. Bezirke wird durch ein längs der Gartenmauer des dort befindlichen Klosters laufendes offenes Gerinne noch weiter eingeengt und für Wägen nahezu unpassierbar.

Um diesem Übelstande abzuhelfen, beantrage ich:

Der Magistrat möge in kurzem Wege verfügen, dass das Passagehindernis durch Überdeckung des Gerinnes oder Einlegung von Steinzeugröhren an Stelle des offenen Gerinnes behoben wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

15. Antrag des **Gem.-Rathes v. Götz** und Genossen:

Die Schaffung einer geeigneten Begräbnisstätte für die Bewohner des XIV. und XV. Bezirkes beschäftigt den Magistrat schon seit längerer Zeit, da der Belegraum des bisher in Verwendung gestandenen Friedhofes in Baumgarten in Kürze erschöpft und eine nochmalige Erweiterung desselben aus ökonomischen und ämtlich erhobenen sanitären Gründen nicht zulässig erscheint.

Da die Lage und Bodenbeschaffenheit des Terrains beim Meidlinger Friedhofe sich vorzüglich für eine Begräbnisstätte der Verstorbenen des XIV. und XV. Bezirkes eignet, so stelle ich den Antrag:

Der Magistrat werde beauftragt, mit thunlichster Beschleunigung eine Vorlage wegen Erweiterung des Meidlinger Friedhofes durch Einbeziehung der 36 Joch 1356 □° Bürgerspitalsgründe dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorzulegen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

16. Antrag des **Gem.-Rathes Platter** und Genossen:

In Hetzendorf ist die Bethlengasse, eine Seitengasse zur Schönbrunner Allee, noch ganz im Urzustande als Wiesengrund und besteht keine Zufahrt zu derselben; es sind die Parteien, welche dort einziehen, gezwungen, ihre Möbel von der Schönbrunner Allee hineinzutragen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Es möge zur Bethlengasse eine Zufahrt geschaffen werden. Weiters möge diese Gasse in den Stand gesetzt werden, damit Fuhrwerke verkehren können.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

17. Antrag des **Gem.-Rathes Platter** und Genossen:

Die Gehalte und Pensionen der städtischen Beamten wurden zwar im vorigen Jahre bedeutend vergrößert, jedoch haben jene Pensionisten, welche vor dieser Zeit pensioniert wurden, keinen Antheil an dieser Aufbesserung. In Anbetracht dessen, dass viele Pensionisten durch Überanstrengung in Ausübung des Dienstes dienstunfähig geworden sind, in Anbetracht, dass einigen dieser Herren Personalzulagen zuerkannt wurden, anderen wieder nicht, und mit Rücksicht auf die fortwährende Steigerung der Lebensmittelpreise und des Mietzinses wäre es wohl recht und billig, wenn auch diesen letzteren Herren eine Verbesserung ihrer materiellen Lage geschaffen würde.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Es möge jenen Pensionisten, welche nach dem Pensionsnormale vom Jahre 1872 pensioniert wurden, keine Personalzulage erhielten und weniger als 1000 fl. Pension beziehen, die Hälfte ihres zuletzt bezogenen Quartiergeldes oder ein 20percentiger Zuschlag ihrer Pension gewährt werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

18. Antrag des **Gem.-Rathes Maresch:**

Am 11. Mai 1888 wurde von der Gemeindevertretung des ehemaligen Vorortes Ottakring der Beschluss gefasst, die am 1. März 1887 in dem Gemeinde-Armenhause errichtete Abtheilung für Waisenmädchen mit Rücksicht auf die damit gemachten günstigen Erfahrungen in ein Waisenasyl für Knaben und Mädchen zu Ehren des 40jährigen Regierungsjubiläums umzugestalten und für dasselbe das ehemalige Nothspital beim Schottenhofe zu adaptieren.

Zur Führung des für diese Anstalt gewählten Namens: „Kaiser Franz Josefs-Waisenasyl der Gemeinde Ottakring" wurde sofort die Allerhöchste Bewilligung angesucht und auch ertheilt.

Nachdem das zur Unterbringung der Anstalt beantragte, der Gemeinde gehörige Haus noch bis zur Eröffnung des Wilhelminen-Krankenhauses als Nothspital in Verwendung bleiben musste, verzögerte sich die Errichtung des projectierten Waisenhauses. Mit Beschluss vom 1. August 1890 bewilligte jedoch die Ottakringer Gemeindevertretung 5000 fl. zur Adaptierung dieser Realität für Zwecke des Waisenhauses. Die Vereinigung mit Wien machte jedoch die Ausführung dieser Beschlüsse durch die Gemeinde Ottakring selbst unmöglich.

Es ist wohl außer Zweifel, dass das zur Unterbringung der Anstalt beantragte Gebäude mit dem geräumigen Garten kaum in anderer Weise mit Nutzen verwertet werden könnte.

Die Gemeinde Wien, welche das bedeutende Activvermögen der Gemeinde Ottakring eingezogen hat, ist aber sicherlich verpflichtet, deren Beschlüsse auszuführen, welche vor der Vereinigung in legaler Weise gefasst wurden, zumal wenn dieselben wie im vorliegenden Falle als eine zu Ehren Sr. Majestät gemachte und von Höchstdemselben huldvollst zur Allerhöchsten Kenntnis genommene Stiftung aufgefasst werden müssen.

Die Activierung des Kaiser Franz Josef-Waisenasyls in Ottakring würde aber auch unleugbar der Bevölkerung des Bezirkes zustatten kommen. Deshalb erlaube ich mir, den Antrag zu stellen:

Der hochlöbliche Gemeinderath wolle beschließen:

Der Beschluss der ehemaligen Gemeindevertretung des Vorortes Ottakring vom 11. Mai 1881 betreffs Errichtung eines Kaiser Franz Josef-Waisenasyls in Ottakring ist zur Ausführung zu bringen.

Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, ohne Verzug die erforderlichen Vorkehrungen hiezu zu treffen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

19. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Pommer** und Genossen auf Änderung der Geschäftsordnung:

Die Unterzeichneten beantragen

zum Zwecke der Entfernung einer Reihe, den Forderungen wahrer Freiheit widersprechender Bestimmungen (§§ 8, 9, 20, 22, 27, 29, 48 u. a. m.) aus der Geschäftsordnung für den Gemeinderath der Stadt Wien, eine umfassende Prüfung und Abänderung derselben, wenn möglich durch eine eigene Commission. (Bravo! links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

20. Antrag des **Gem.-Rathes Tagleicht:**

Es wird in der warmen Jahreszeit vielseitig beklagt, dass auf der ganzen linken Seite der Ausstellungsstraße im k. k. Prater kein Hochquellen-Auslaufbrunnen ist.

Nachdem diese Seite des Praters hauptsächlich von Kindern und ihren Begleitern sehr stark frequentiert ist, ist frisches Wasser daselbst ein so dringendes Bedürfnis, dass das Trinkwasser daselbst feilgeboten und gekauft wird.

Diesen unwürdigen Zustand wird der Gemeinderath nicht fortbestehen lassen.

Ich stelle daher den Antrag,

dass noch vor Beginn der heißen Jahreszeit im sogenannten Volksprater an der linken Seite der Ausstellungsstraße an geeigneter Stelle, etwa neben der Schaubude des Kratky-Baschik, ein Hochquellenwasser-Auslaufbrunnen hergestellt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

21. Antrag der **Gem.-Räthe Tomanek, Schreiner** und Genossen:

Nachdem die Wienerberger Ziegelgesellschaft für die Verbesserung der Arbeiterwohnungen noch immer nichts gethan hat und diese Unterkünfte wahren Schmutzhöhlen gleichen, so stellen die Gefertigten folgenden Antrag:

Es ist der Wienerberger Ziegelgesellschaft, deren sehr bedeutende Kundschaft die Commune ist, jede Bestellung von Ziegeln so lange zu entziehen, bis nicht die Wohnungsverhältnisse der Arbeiterschaft sowohl in gesundheitlicher als auch in sittlicher Beziehung vollkommen entsprechend geworden sind.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

22. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Seit der Einverleibung der Vororte ist die Frage wegen Änderung, beziehungsweise Regulierung der einzelnen Bezirksgrenzen an der Tagesordnung, ohne dass es bisher dazu gekommen wäre, dieselbe zu lösen.

Nachdem es nicht angeht, diese Angelegenheit einfach zu vertagen, so beantrage ich:

Es sei mit aller Beschleunigung ein entsprechender Vorschlag auszuarbeiten und dem Gemeinderathe vorzulegen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

23. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Die Verlängerung der Hebragasse zwischen der Kinderspitalgasse und Mariannengasse im IX. Bezirke konnte bisher aus dem Grunde einer entsprechenden Regulierung nicht unterzogen werden, weil die Gartenmauer des Kinderspitals, welche diesen Straßenzug auf einer Seite begrenzt, vermöge ihrer Lage eine solche Regulierung hindert.

Aus demselben Grunde kann auch ein wertvoller, der Gemeinde Wien gehöriger Baugrund (Ecke der Hebragasse und Hernalser Hauptstraße) nicht verbaut werden.

Ich stelle daher den Antrag:

Es seien mit der Verwaltung des St. Anna-Kinderspitales im IX. Bezirke wegen Versetzung der an der Hebragasse gelegenen Gartenmauer dieses Institutes in die Baulinie sogleich die erforderlichen Schritte einzuleiten.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

24. Antrag des **Gem.-Rathes Hauke:**

In nicht ferner Zeit werden die Auslaufbrunnen in den Bezirken von XI bis XIX cassiert.

Bei dem bekannten ganz abnormen Wassermangel im XVI. und XVII. Bezirke wird daselbst bei Ausbruch eines Brandes die Gefahr eine unberechenbare.

Ich beehre mich demnach den Antrag zu stellen:

Es möge schon jetzt die Verfügung getroffen werden, dass statt allen zur Cassierung kommenden Auslaufbrunnen Hydranten aufgestellt werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

25. Antrag des **Gem.-Rathes Hallmann** und Genossen:

Durch die Absperrung der Hundsthurmerstraße infolge des Baues des Sammelcanales zeigt sich so recht deutlich, welche wichtige Parallelstraße die Griesgasse im V. Bezirke ist.

Der ganze Wagenverkehr (inclusive Stellwagen und Tramway) wurde in die Griesgasse verlegt. Dabei stellen sich wesentliche Verkehrshindernisse heraus, welche jedoch ohne große Opfer seitens der Gemeinde beseitigt werden können.

Es ist das ein um circa 6 m in die Straße vorspringender Hofgrund und eine Hütte Or.-Nr. 36, welche im Interesse des öffentlichen Verkehres beseitigt werden müssen.

Ich stelle daher den Antrag:

Der Gemeinderath beschließe, das Verkehrshindernis Griesgasse Nr. 36 dadurch zu beseitigen, dass mit den Besitzern Anton Urban Söhne Verhandlungen bezüglich des Ankaufes des genannten Hofgrundes sammt Hütte zur Straßenverbreiterung einzuleiten sind.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: An den Stadtrath.

26. Meine Herren, wir schreiten zur Wahl eines Stadtrathes. Als Schriftführer für diesen Zweck ernenne ich die Herren Gem.-Räthe Schrenckh und Dr. Zimmermann, als Scrutatoren Herrn Collegen Dr. Rader und Herrn Collegen Taubler und würde auch die beiden Herren bitten, sich diesem Amte zu unterziehen.

Wir schreiten jetzt daran zu entscheiden, ob die vorliegenden Entschuldigungen für gerechtfertigt zu halten sind oder nicht. Herr Dr. Heinrich v. Billing ist beurlaubt, damit ist die Entschuldigung von selbst gegeben. Herr College Manner ist wegen Krankheit entschuldigt; die Herren kennen das ärztliche Zeugnis, und ich ersuche jene Herren, welche die Entschuldigung für gerechtfertigt finden, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Einstimmig angenommen.

Weiters entschuldigt sich Herr Gem.-Rath Silberer, und zwar aus dem Ihnen bekanntgegebenen Grunde. Diejenigen Herren, welche diese Entschuldigung als gerechtfertigt erkennen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist ebenfalls angenommen.

Es ist alles parat, wir können zur Abgabe der Stimmzettel schreiten und ich ersuche den Herrn Schriftführer, die Namen zu verlesen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dr. Zimmermann geben die Herren Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Meine Herren, wir beginnen mit dem Scrutinium. (Vice-Bürgermeister Dr. Lueger entnimmt die Stimmzettel einzeln der Urne; Scrutator Gem.-Rath Dr. Rader verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach Beendigung des Scrutiniums:) Abgegeben sind 134 Stimmzettel; anwesend sind 134 Gemeinderäthe. Die absolute Majorität beträgt 68. Herr College Hipp erhielt 67 Stimmen, leer waren 66 Stimmzettel, Herr College Karl Moriz Mayer erhielt eine Stimme. Es erscheint daher der Wahlgang resultatlos und wir müssen zur zweiten Wahl schreiten.

Zur Geschäftsordnung hat Herr College v. Stummer das Wort.

Gem.-Rath Ritt. v. Stummer: Ich möchte mir nur eine Anfrage an den Herrn Vorsitzenden erlauben. Sind im ganzen 134 Gemeinderäthe anwesend?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Es sind 134 Gem.-Räthe anwesend; einer der Herren hat sein Mandat zurückgelegt. Es stimmt vollständig, Herr Collega.

Ich bitte, mit dem Namensaufrufe vorzugehen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Schrenckh geben die Herren Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Wir schreiten zum Scrutinium. (Vice-Bürgermeister Dr. Lueger entnimmt die Stimmzettel einzeln der Urne. — Scrutator Gem.-Rath Dr. Rader verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach Beendigung des Scrutiniums:) Meine Herren! Es sind 134 Gemeinderäthe anwesend und wurden 134 Stimmzettel abgegeben. Die absolute Majorität beträgt 68. Herr Johann Hipp erhielt 78 Stimmen. Leere Stimmzettel wurden 51 abgegeben. Herr K. M. Mayer erhielt 5 Stimmen. Es erscheint daher Herr Johann Hipp zum Stadtrathe der Stadt Wien gewählt.

Herr College Dr. Friedjung hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zur Geschäftsordnung): Die Tagesordnung der vorigen Sitzung wurde erschöpft bis auf die Referate des Dr. Vogler und Dr. Kupka. Dr. Vogler hatte unter seinen zwei Referaten ein überaus wichtiges, welches die Krankenversicherung der Wiener Gemeindebediensteten betrifft. Es handelt sich um die Krankenversicherung von 4200 der Stadt

Wien dienenden Personen. Wenn die Reihenfolge der Referate in der heutigen Sitzung dieselbe wäre, wie in der vorigen, so würde jetzt Herr Dr. Vogler mit den zwei Referaten, unter denen auch dieses ist, an die Reihe kommen. Nun ist aber auf der heutigen Tagesordnung nicht bloß das Referat des Dr. Kupka über die Functionsgebüren der Stadträthe und Vice-Bürgermeister vorgeschoben, sondern auch eine Reihe von anderen Referaten. Da ich nun glaube, dass das Wohl dieser tausende von Arbeitern allen politischen Dingen vorangeht, insbesondere auch der Frage betreffs der Functionsgebüren der Stadträthe und Vice-Bürgermeister, so stelle ich vor allem an den Herrn Vorsitzenden die Bitte, Herrn Dr. Vogler zum Referate vorzurufen. Sobald er aber darauf nicht eingehen sollte, würde ich den Antrag stellen, es möge darüber eine Abstimmung vorgenommen werden. Nur für den Fall, dass unter den anderen Referaten Terminstücke sind, was ich nicht wissen kann, könnten dieselben vorangehen. Da wir möglicherweise — ich glaube das gehört ganz zur Geschäftsordnung — vor der Auflösung des Gemeinderathes stehen (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links), so glaube ich nicht, dass wir unsere Arbeiter monatelang auf die Krankenversicherung warten lassen sollten. Ich bitte also auf diesen Gegenstand einzugehen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich werde gewiß diesen Gegenstand zum Referate bringen; ich muss jedoch über ein Stück referieren lassen, bei welchem 92 Mitglieder des Gemeinderathes anwesend sein müssen und welches erledigt werden muss, weil die Sache schon außerordentlich dringend ist. Es ist das jenes Stück, welches Sie auf der zweiten Seite der Tagesordnung finden. Dann ist über einige Baulinienbestimmungen zu referieren, welche unter jeder Bedingung erledigt werden müssen. Nach Erledigung dieser dringenden Geschäfte werde ich eventuell zur Erledigung des vom Collegen Friedjung eingelangten Gegenstandes schreiten. Ich bitte, den Antrag zu stellen, wenn die dringenden Stücke erledigt sind; wenn es möglich ist, den Gegenstand zur Verhandlung zu bringen, werde ich es mit größtem Vergnügen thun.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Damit bin ich einverstanden. (Rufe links: Sind wir froh!)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich habe nie etwas dagegen, wenn mir gegenüber ein Wunsch geäußert wird. Ich finde das vollständig begreiflich, und wenn ich einem Wunsche entsprechen kann, thue ich es mit Vergnügen. (Gem.-Rath Jedlička: Die Liberalen haben es nie so prakticiert!) Es geht mich nichts an, was andere gethan haben oder nicht. Ich erfülle in dieser Weise meine Pflicht. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Ich bitte Herrn Gem.-Rath Matthies zum Referate. Ich habe bereits constatiert, dass 92 Mitglieder anwesend sind.

27. (4328.) **Referent Gem.-Rath Matthies:** Es handelt sich um den Verkauf von zwei Baustellen im III. Bezirke. Die Herren finden das auf Beilage 110. Die eine Baustelle ist mit der Front nach der Fasangasse, die andere nach der Jacquingasse gelegen. Von Seite der Fürstin Metternich ist ein Kaufanbot gemacht worden, und zwar für die erste Baustelle in der Fasangasse im Ausmaße von 712 m² um den Preis von 40 fl. per Quadratmeter und für die andere Baustelle in der Jacquingasse im Ausmaße von 662 m² um den Preis von 50 fl. per Quadratmeter. Von diesem Platze, der in der Fasangasse liegt, ist seit einer Reihe von Jahren nur ein einziger Bauplatz für den ehemaligen Pferdemarkt verkauft worden, und es wird nun von Seite des Magistrates darauf aufmerksam gemacht, dass es sehr wünschenswert erscheint, wenn dort behufs weiterer Verbauung der Anfang gemacht würde.

Ich bemerke, dass seinerzeit, im Jahre 1867, ein Landesgesetz wegen eines Minimalpreises erwirkt wurde; dieser Minimalpreis wurde mit 20 fl. per Quadratmeter festgesetzt. Die Einnahme aus diesen Baustellen würde aber bei dem Preise von 50 fl. in der Jacquingasse und 40 fl. in der Fasangasse zusammen einen Betrag von 61.621 fl. 50 kr. ergeben. Gleichzeitig hat Herr Baumeister Heinrich Glaser ein Offert eingereicht, worin er für diese Baustellen zusammen nur 55.000 fl. bietet. Es wird beantragt, der Fürstin Metternich diese Baustellen zu verkaufen.

Die Anträge lauten (liest):

„Die Gemeinde Wien überlässt Ihrer Durchlaucht der Fürstin Pauline v. Metternich die Baustellen VI und VII der ehemaligen Pferdemarkt-Realität, Cat.-Parc. 1116/8, Einl.-Z. 2504, und Cat.-Parc. 1116/7, Einl.-Z. 2505, III. Bezirk, im Ausmaße von 712·55 m², respective 662·39 m² um den Einheitspreis von 40 fl., beziehungsweise 50 fl. per Quadratmeter und unter folgenden Bedingungen:

a) Von dem Kaufschillinge, welcher vorbehaltlich des im gemeinschaftlichen Einvernehmen festzustellenden definitiven Flächenausmaßes 61.621 fl. 50 kr. beträgt, ist ein Drittel binnen acht Tagen nach Verständigung der Offerentin von der Annahme ihres Offertes, der Rest in zwei gleichen am 1. Juli 1896 und 1. Juli 1897 fälligen Raten bar zu Handen der städtischen Hauptcassa zu bezahlen und mittlerweile mit 4½ Percent halbjährig im vorhinein fälliger Zinsen zu verinteressieren. Der Käuferin bleibt jedoch das Recht gewahrt, den Kaufschillingsrest auch vor Ablauf der oberwähnten Termine ganz oder zum Theile zu berichtigen, wobei die etwa schon vorausbezahlten Zinsen verhältnismäßig in Anrechnung zu bringen sein werden.

b) Als Sicherstellung des Kaufschillingsrestes sammt Nebengebüren wird auf den beiden obgenannten Baustellen simultan das Pfandrecht primo loco zu Gunsten der Gemeinde Wien einverleibt.

c) Die mit der Vertragsausfertigung verbundenen Kosten und Gebüren, die Kosten der grundbücherlichen Einverleibung des Eigenthums- und Pfandrechtes und der Löschungsquittung, sowie die Übertragungsgebüren trägt die Käuferin."

Ich bitte, diese Anträge anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht jemand das Wort? (Gem.-Rath Schreiner meldet sich.) Herr Collega Schreiner!

Gem.-Rath Schreiner: Meine Herren! Der eine Bauplatz geht in die Jacquingasse, und da ist die Aussicht auf den botanischen Garten, und vom botanischen Garten auf das Belvedere. Es ist das ein äußerst günstiger Bauplatz, besonders geeignet zum Palaisbau. Es erscheint mir deshalb der Preis von 40 fl. zu gering. Im weiteren soll die zweite Rate erst am 1. Juli 1896, die dritte am 1. Juli 1897 gezahlt werden; zwei Jahre soll das dauern, bis das Geld hereinkommt. Ich kann deshalb für das Referat nicht stimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Bärtl hat das Wort.

Gem.-Rath Bärtl: Meine Herren! Ich muss zu diesem Referate bemerken, dass es wirklich an der Zeit ist, dass wir

endlich einige Bauplätze dort verkaufen, nachdem überdies ein günstiges Offert vorliegt. Der Herr College irrt sich.

In der Fasangasse wurde der Bauplatz mit 40 fl. per Quadratmeter verkauft, in der Jacquingasse aber mit 50 fl. (Gem.-Rath Schreiner: Umgekehrt!) Nein, es ist so. Es ist ein Anbot hier mit 55.000 fl. gestellt worden und das hat der Stadtrath und Magistrat abgelehnt, weil das Anbot der Fürstin Metternich günstiger war. Wir haben eine Menge solcher Bauplätze und es liegt gar kein Offert vor. Dies ist seit vielen Monaten das erste günstige Offert. Ich will Sie nicht weiter aufhalten und bitte Sie also, den Referenten-Antrag anzunehmen. Ich bemerke nur noch betreffs der Ratenzahlung, dass wir ja nichts verlieren, weil das Geld mit 4½ Percent inzwischen verzinst wird.

Ich ersuche Sie also, dem Herrn Referenten zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Stefan hat das Wort.

Gem.-Rath Stefan: Ich bitte, Herr Vorsitzender, ich möchte mir nur eine Anfrage erlauben, nachdem mir der Grund bekannt ist, weil ich in diesem Bezirke aufgewachsen bin. Wie wurden denn die Bauplätze in der Nachbarschaft verkauft?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte, der Herr Referent wird sofort Auskunft geben.

Referent: Die Baustelle 1 — die Herren werden das auf dem größeren Plane besser sehen — gegen die Jacquingasse zu wurde im Jahre 1893 mit 48 fl. per Quadratmeter verkauft, die Baustelle 1 b ebenfalls um 48 fl., die Baustelle 3, eine Eckbaustelle, mit 55 fl. Die vorliegende Baustelle ist ein Mittelbauplatz und es wurde ein Bauplatz in der unmittelbaren Nähe um 45 fl. per Quadratmeter verkauft. Das sind die Preise, die bis jetzt erzielt wurden.

Gem.-Rath Stefan: Nachdem ich aus den Ausführungen des Herrn Referenten gehört habe, dass bereits Bauplätze zu diesem Preise verkauft wurden, kann ich nach meiner Überzeugung nur dafür stimmen, dass dieser Bauplatz derzeit theuer genug ist, nachdem ich weiß, dass dort noch dazu frisch angeschütteter Grund ist, welcher seinerzeit nur eine Sandstätte war.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte den Herrn Referenten das zu berichtigen, das ist kein frisch angeschütteter Grund.

Referent: Es ist dies der Platz, wo der alte Pferdemarkt war; der Grund, den der Herr College meint und der frisch angeschüttet ist, befindet sich oberhalb und gehört nicht der Gemeinde. Dies ist die Stelle, wo der alte Pferdemarkt war.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Gregorig hat das Wort.

Gem.-Rath Gregorig: Ich möchte an den Herrn Referenten die Anfrage richten, ob dort ein Palais gebaut wird oder ein Zinshaus; das ist für mich maßgebend.

Referent: Das ist aus dem Referate nicht ersichtlich.

Gem.-Rath Gregorig: Dann kann ich nicht dafür stimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Hörmann hat das Wort.

Gem.-Rath Hörmann: Nachdem der Preis bekannt ist, zu welchem früher diese Gründe verkauft wurden, und dies nur eine Mittelbaustelle ist, beantrage ich, dass beide Baustellen mit 50 fl. per Quadratmeter verkauft werden, nicht aber um 40 fl. und 50 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Ritt. v. Neumann!

Gem.-Rath Ritt. v. Neumann: Wir haben gehört, dass solche Bauplätze sogar zu niedrigeren Preisen als sie jetzt vorgeschlagen wurden, verkauft werden.

Die Herren werden sich auch erinnern, dass diese Baustellen bereits sehr lange zum Verkaufe ausgeboten erscheinen. Sie werden aber auch wissen, dass an dieser Stelle bessere Wohngebäude, Familienhäuser errichtet werden, und gewiss kann man mit Rücksicht auf die Offertstellerin annehmen, dass auch hier ein solcher Bau ausgeführt wird. Für eine solche Bauführung erscheint der Preis von 50 beziehungsweise 40 fl. per Quadratmeter vollkommen entsprechend. Es ist im Interesse der Entwicklung dieses Stadttheiles gelegen, die Verbauung möglichst zu fördern. Die verehrten Herren haben ja auch gehört, dass Fundierungsschwierigkeiten vorliegen, und dass daher der Preis des Grundes auch damit in Beziehung steht. Einer der geehrten Herren Collegen hat es gerügt, dass nur ein gewisser Theil eingezahlt werde und dass die restliche Summe erst in Intervallen abzutragen ist. Das ist ja eigentlich eine Bonification für die Gemeinde. Die betreffende Partei muss die Summe mit 4½ Percent verzinsen und sie wird es sich wahrscheinlich überlegen, ob sie diese Summe der Gemeinde weiter schulden will, da ja bekanntlich der Satz von 4½ Percent ein solcher ist, der jemanden, der in der Lage ist, Capital zur Verfügung zu haben, veranlasst, den Betrag gleich zu bezahlen. Das ist übrigens eine allgemeine Norm bei unseren Grundverkäufen, die hier daher nicht besonderen Anstand erregen kann. Ich möchte Sie daher bitten, den Referenten-Antrag zu genehmigen.

Die Sache wurde ja auch im Stadtrathe eingehend besprochen und Sie sind doch heute dagegen geschützt, dass, wie Sie bisher befürchteten, einseitig vorgegangen werde; die Collegen Ihrer Partei haben ja auch mitgestimmt und die Sache miterwogen. Ich bitte also um Genehmigung des Referenten-Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Schuh hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Schuh: Ich beantrage Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Schuh beantragt Schluss der Debatte. Ich ersuche jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Collega Wurm!

Gem.-Rath Wurm: Ich weiß mich zu erinnern, dass in dieser Gegend Plätze verkauft wurden, noch weit billiger, als der Herr Referent heute angegeben hat. Er muss im Referate ein vollständiges Verzeichnis von jenen Plätzen haben, welche dort zum Verkaufe gelangt sind. Ich weiß ganz bestimmt, dass Plätze verkauft wurden um einige 30 fl.; ob 35 oder 36 fl., weiß ich nicht genau. Aber ganz bestimmt weiß ich, dass dort um einige 30 fl. Plätze verkauft wurden, weil über meine specielle Anregung eine Partei damals ein Offert gemacht hat. Bis zu dieser Zeit ist gar niemand gekommen. Diese Plätze sind durch viele Jahre geradezu unverkäuflich gewesen. Jetzt, wo ein paar Häuser gebaut sind, wurde es überhaupt erst möglich, einen besseren Preis zu erzielen, wie ein solcher heute angeboten wird. Ich bitte, die Referenten-Anträge anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger (zum Referenten): Haben Herr Referent etwas zu bemerken?

Referent: Ich habe nichts zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Dann schreiten wir zur Abstimmung. Herr Gem.-Rath Hörmann hat den Antrag gestellt, dass beide Realitäten, beziehungsweise Grundstücke um den Preis von 50 fl. per Quadratmeter verkauft werden sollen. Dieser Antrag kommt zuerst zur Abstimmung. Ich ersuche die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die evidente Minderheit. — Abgelehnt.

Ich ersuche die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte, die Stimmenanzahl zu constatieren. Das sind jedenfalls über 70. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist von allen Anwesenden, das ist weit mehr als 100, einstimmig zum Beschlusse erhoben worden.

Beschluss: Die Gemeinde Wien überlässt Ihrer Durchlaucht der Fürstin Pauline v. Metternich die Baustellen VI und VII der ehemaligen Pferdemarkt-Realität, Cat.-Parc. 1116/8, Einl.-Z. 2504 und Cat.-Parc. 1116/7, Einl.-Z. 2505, III. Bezirk, im Ausmaße von 712·55 m², respective 662·39 m² um den Einheitspreis von 40 fl., beziehungsweise 50 fl. per Quadratmeter und unter folgenden Bedingungen:

a) Von dem Kaufschillinge, welcher vorbehaltlich des im gemeinschaftlichen Einvernehmen festzustellenden definitiven Flächenausmaßes 61.621 fl. 50 kr. beträgt, ist ein Drittel binnen acht Tagen nach Verständigung der Offerentin von der Annahme ihres Offertes, der Rest in zwei gleichen am 1. Juli 1896 und 1. Juli 1897 fälligen Raten bar zu Handen der städtischen Hauptcassa zu bezahlen und mittlerweile mit 4½ Percent halbjährig im vorhinein fälliger Zinsen zu verinteressieren. Der Käuferin bleibt jedoch das Recht gewahrt, den Kaufschillingsrest auch vor Ablauf der oberwähnten Termine ganz oder zum Theile zu berichtigen, wobei die etwa schon vorausbezahlten Zinsen verhältnismäßig in Anrechnung zu bringen sein werden.

b) Als Sicherstellung des Kaufschillingsrestes sammt Nebengebüren wird auf den beiden obgenannten Baustellen simultan das Pfandrecht primo loco zu Gunsten der Gemeinde Wien einverleibt.

c) Die mit der Vertragsausfertigung verbundenen Kosten und Gebüren, die Kosten der grundbücherlichen Einverleibung des Eigenthums- und Pfandrechtes und der Löschungsquittung, sowie die Übertragungsgebüren trägt die Käuferin.

28. (8909.) **Referent Gem.-Rath Matthies:** Ich habe ferner noch die Ehre, über Zahl 8909 zu referieren, welche unter Zahl 7524 ex 1894 auf der Tagesordnung steht. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die den Gemeinderath wiederholt beschäftigt hat, die Steinriegel in Grinzing. Die Firma Djörup & Comp. hat voriges Jahr bereits ein Offert wegen Ankauf eines Steinriegels gemacht, welches vom Gemeinderathe abgelehnt worden ist. Später ist ein neues Anbot von der Firma Djörup gekommen, worin sie den Steinriegel um den Preis von 50 kr. per Quadratmeter zu erwerben sich bereit erklärte. Der Gemeinderath hat auch den Preis entsprechend gefunden und es wurde seinerzeit der Antrag gestellt (liest):

„Die ein Flächenausmaß von 748 m² besitzende, im Grundbuche Grinzing sub Einl.-Z. 609 inneliegende Cat.-Parc. 894 (Steinriegel) ist der Firma Bruchsteinunternehmung Djörup & Comp. um einen Kaufpreis von 50 kr. per Quadratmeter gegen Bezahlung der Vertrags- und Übertragungskosten bezüglich des vorliegenden Rechtsgeschäftes und Entrichtung der aufgelaufenen Gerichtskosten bezüglich des zwischen Gemeinde Wien und Bruchsteinunternehmung anhängigen Processes käuflich zu überlassen."

Es wurde damals auch verlangt, es solle die Concession des Steinbruchbetriebes eingeschränkt werden, so dass im Sommer nicht gearbeitet wird. Dagegen hat sich die Firma Djörup & Comp. erklärt; es wurde im Stadtrathe dieser Antrag für den Gemeinderath vorbereitet und es war darüber bereits abgestimmt, als die Firma Djörup & Comp. ein neues Offert und eine neue Eingabe machte, nämlich am 6. November 1894, worin sie erklärte (liest):

„Nachdem wir aus dem Amtsblatte der Stadt Wien erfahren haben, dass ein löblicher Stadtrath nur dann geneigt wäre, den Steinriegel in Grinzing Nr. 894 zum Verkaufe zu empfehlen, wenn wir nebst Erlag der Kaufsumme ꝛc. den behördlichen Consens des Steinbruches abändern lassen. In diesem Falle bedauern wir sehr, für den Steinriegel keine Verwendung haben zu können, da dies mit unserem Ruine gleichbedeutend wäre. Um jedoch diese Angelegenheit einer allerseits befriedigenden Erledigung zuzuführen, können wir uns ergebenst anbieten, eine angemessene Caution dafür zu erlegen, dass wir aus dem Steinbruche während der Sommermonate keine Steine auf den jetzt üblichen Wagenconstructionen wegführen. Eine neuerliche baldige Erledigung im günstigen Sinne u. s. w."

Daraufhin hat der Stadtrath sich neuerlich mit dieser Frage beschäftigt und stellt nunmehr folgenden Antrag:

„Verkauf im Sinne des Stadtraths-Beschlusses vom 17. October 1894 mit der Abänderung, dass es nach den Worten: „käuflich zu überlassen sei" lauten soll: „wenn die Bruchsteinunternehmung Djörup & Comp. zur Sicherstellung der übernommenen Verpflichtung, in der Zeit vom 15. Mai bis 1. September jeden Jahres keine Steine von dem Steinbruche abzuführen, eine Caution von 300 fl. ö. W. erlegt und die Gerichtskosten bei Dr. Schmitt bezahlt hat."

Mit diesen Anträgen bitte ich, die Sache jetzt aus der Welt zu schaffen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Steiner hat das Wort.

Gem.-Rath Steiner: Ich verzichte nach den Ausführungen des Herrn Referenten auf das Wort.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Dr. Mittler hat das Wort.

Gem.-Rath Dr. Mittler: Der Herr Referent hat die Güte gehabt, die neuerliche Offerte, sozusagen, welche von der Firma Djörup & Comp. gestellt worden ist, vorzulesen. Diese Offerte, welche dazu bestimmt war, um ein Übereinkommen zwischen der Gemeinde und den Anbietern herbeizuführen, deckt sich jedoch keineswegs mit dem Antrage, welchen der Referent stellt. Während die Offerenten sich dazu erboten haben, in der Sommerszeit auf den gewöhnlichen Wägen — darunter sind offenbar diejenigen Wägen, auf denen gewöhnlich Steine verführt werden, zu verstehen — nicht Steine zu verfrachten, will das Referat eine Bedingung stellen, von welcher ich glaube, dass sie vom Gemeinderathe nicht be-

schlossen werden kann. Denn, meine Herren, was hat es für einen Sinn, wenn wir jemandem einen Steinbruch verkaufen und ihm in der Zeit, in welcher die Steine gewöhnlich abgeführt werden sollen und gewöhnlich auch gebraucht werden, nämlich in der Zeit vom 15. Mai bis 1. September, keine Steine abzuführen gestatten? Das wäre ein Geschäft, auf welches wir, wenn es auch der Contrahent, beziehungsweise die Firma Djörup & Comp. annehmen wollte, wie ich glaube, anständigerweise gar nicht eingehen können. Denn wir können niemandem etwas verkaufen, was eigentlich gar keinen Wert hat, und ein Steinbruch, von welchem im Sommer nicht abgeführt werden kann, hat keinen Wert. Ich weiß sehr wohl, dass die Lage des Steinbruches es mit sich bringt, dass bezüglich der Verführung der Steine besondere Vorkehrungen im Interesse der umwohnenden Bevölkerung getroffen werden müssen. Ich sehe ganz gut ein, dass in Grinzing, welches ein Sommeraufenthalt ist, nicht professioneller Steinbruchbetrieb in vollem Umfange, mit voller Ausnützung des Steinbruches, mit voller Ausnützung der zur Verfügung stehenden Vehikel platzgreifen kann; aber auf der anderen Seite muss man zugeben, dass es der Gemeinde nicht gut ansteht, etwas zu verkaufen, was für den Käufer einen Wert nicht haben kann. Ich würde daher einen Antrag zu stellen mir erlauben, welcher von der Erwägung ausgeht, dass der Verkehr mit diesen Steinwägen auf ein Minimalmaß, und zwar auf dasjenige Minimalmaß beschränkt werden soll, welches dem Käufer, dem künftigen Besitzer dieses Steinbruches, immerhin eine bürgerliche Exploitierung des Steinbruches gestattet. Ich beantrage nämlich einen Zusatz zum Referenten-Antrage in dem Sinne, dass es statt (liest): „in der Zeit vom 15. Mai bis 1. September jeden Jahres keine Steine von dem Steinbruche abzuführen" heißen soll — selbstverständlich in richtiger textlicher Fassung —: „jedoch unter der Bedingung, dass er in der Zeit vom 15. Mai bis 1. September jeden Jahres mit höchstens zehn paar Pferden die Steine abführt." Das würde ungefähr 25 bis 30 Fuhren pro Tag nach der durchschnittlichen Leistungsfähigkeit ergeben und man kann wohl sagen, dass eine solche Abfuhr — wenn sie sich auf einen ganzen Sommertag vertheilt — eine besondere Störung der umwohnenden Bevölkerung nicht herbeiführen dürfte. Was die Controle betrifft, so wird dieselbe durch die hiezu berufenen Organe geführt, und da eine Caution bestellt wird, so hat diese selbstverständlich auch dafür zu haften, sowie auch bezüglich der Einhaltung der anderen Vertragsverbindlichkeiten die Gemeinde durch diese Caution gesichert würde. Ich glaube, dass dieser Antrag billig ist, und dass wir uns als Gemeinde bei einem Geschäfte auch auf den Standpunkt zu stellen haben, dass wir es nur dann abschließen können, wenn wir überzeugt sind, dass der andere Theil dadurch nicht von vornherein in eine ungünstige Position gebracht wird. Es kann wohl gesagt werden, dass jeder Theil seinen eigenen Vortheil wahrzunehmen habe; das kann jedoch im Verkehre zwischen einer Gemeinde und einem Privaten nur bis zu einem gewissen Grade gelten, wie es auch in meinem Antrage zum Ausdrucke kommt. Ich empfehle Ihnen den Antrag.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Steiner!

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Als diese Angelegenheit vor ungefähr einem Jahre verhandelt worden ist und über die von mir angeführten sachlichen Argumente mit Unterstützung der geehrten Majorität der Antrag des Stadtrathes abgelehnt worden ist, wurde über Antrag des St.-R. Dr. Rechansky in der Sitzung vom 15. August eine Commission ausgeschrieben, wozu meine Wenigkeit als Kenner der örtlichen Verhältnisse, der Magistrat, der Bezirksausschuss und die Polizeibehörde eingeladen worden waren.

Es hat bei dieser Commission der Bezirksausschuss, die Polizei und meine Wenigkeit ihre Zustimmung zum Verkaufe des Steinriegels unter der Bedingung abgegeben, dass die Wegfuhr der Steine in der Zeit vom 15. Mai — glaube ich — bis zum 15. September sistiert werde, und zwar wurden diese Bestimmungen mit Rücksicht darauf getroffen, dass die Gebiete, welche die von dem Steinriegel kommenden Wägen durchfahren, Sommerfrischen sind und mit Rücksicht darauf, dass die Straßen so eng sind, dass der Verkehr mit den anderen Wägen schlecht aufrecht zu erhalten wäre. Nun ist es aber auffällig, dass Herr Dr. Mittler heute mit dem von ihm gestellten Zusatz-Antrage kommt.

Ich erlaube mir jetzt die Anfrage an Herrn Dr. Mittler, nachdem er seinerzeit einmal Herrn Djörup in Angelegenheit Hauser & Djörup vertreten hat, ob er noch heute der Rechtsfreund des Djörup ist? (Gem.-Rath Dr. Mittler: Nein! Übrigens habe ich Ihnen keine Auskunft zu geben!) Nun, meine Herren, ich kann dem Antrage bezüglich der zehn Wägen nicht zustimmen. Ich will dem Herrn Djörup nicht hinderlich sein, den Steinbruch auszunützen, aus dem einfachen Grunde, weil der Magistrat im vergangenen Jahre nicht pflichtgemäß die Erweiterung des Hauser'schen Steinbruches hintangehalten hat; er hätte schon beim Hauser darauf dringen sollen, dass die Ausnützung und die Erweiterung nur unter der Bedingung bewilligt wird, wenn sich der Herr Hof-Steinmetzmeister Hauser zur Erhaltung der Straßen etwas beizutragen herbeiließt. Nachdem aber der Herr Hof-Steinmetzmeister in der rücksichtslosesten Weise gegenüber der Gemeinde vorgeht, und nicht einmal das nöthige Schottermateriale, welches er nach einer oberlandesgerichtlichen Entscheidung vom Jahre 1857 zur Erhaltung der Straßen der ehemaligen Gemeinde Grinzing zu liefern verpflichtet gewesen wäre, geliefert hat, so hätte der Magistrat die Pflicht gehabt, die Erweiterung dieses Steinbruches zu verhindern. Nachdem es einmal geschehen ist und ich erst davon erfahren habe, wie die Bewilligung bereits ertheilt war, lässt sich an der Sache nichts ändern. Ich will aber damit Herrn Djörup an der Erweiterung seines Steinbruches nicht hinderlich sein und werde für den Antrag des Herrn Collegen Dr. Mittler stimmen, aber nur soweit, dass ihm bewilligt wird, in den Sommermonaten mit fünf Wägen zu fahren. Mit zehn Wägen geht es nicht. Das ist viel zu viel. Wer soll denn auch die Controle üben? Die Sicherheitswache? Die wird es ablehnen. Der Magistrat hat seine Organe nicht, um den Steinbruch des Herrn Djörup zu controlieren. Nachdem auch Herr Hauser Steine führt und einige Wägen in Verkehr sind, ist das hinreichend, denn die Straßen sind ohnehin im elendesten Zustande Wenn ich über die Straßen in den Vororten sprechen würde, würde das zu einer großen Debatte führen. Wir haben heute nicht ein Drittel des Schotters, den wir jährlich von den Bezirksstraßenausschüssen gehabt haben. Mit Rücksicht darauf sind die Straßen in dem denkbar schlechtesten Zustande.

Ich stelle den Zusatz-Antrag, dass Herrn Djörup der Steinriegel verkauft wird unter der Bedingung, dass er in der Zeit vom 15. Mai bis 15. September nur mit fünf Wägen die Steine vom Steinbruche wegführen darf.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Dr. Pommer hat das Wort.

Gem.-Rath Dr. Pommer: Ich wäre der Meinung, dass man bei dem Antrage, der gestellt worden ist, bleiben soll. Es ist doch vorauszusetzen, dass der Stadtrath es sich überlegt haben wird, wenn er derartige Bestimmungen aufgenommen haben will. Ich muss aufrichtig sagen, dass ich nicht einsehe, warum ein Steinbruch nicht ausgenützt wird, wenn vom 15. Mai bis 1. September keine Steine abgeführt werden dürfen. Vor dem 15. Mai kann das sehr gut geschehen und nach dem 1. September auch noch. Da ist eine Ausnützung noch immer möglich. Denn es muss schließlich dann doch der Käufer am besten zu beurtheilen wissen, ob er dabei auf seine Kosten kommt oder nicht. Nimmt er die Bedingung an — gut, wenn nicht, wird der Steinbruch nicht verkauft, das Unglück wird nicht groß sein. Ich bin der Meinung, dass dabei die Beschaffenheit der umliegenden Gegenden sehr zu beachten ist. Es kann sich uns gar nicht darum handeln, dort den Betrieb des Steinbruches zu erhalten oder den Steinriegel zu erweitern; im Gegentheile, für die ganze umliegende Gegend wäre es besser, wenn kein Steinbruch bestehen würde. Ich werde weder für den Zusatz-Antrag Dr. Mittler noch für den Zusatz-Antrag Steiner stimmen, sondern für die Bedingung, wie sie vom Stadtrathe beantragt wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Dr. Mittler hat das Wort.

Gem.-Rath Dr. Mittler: Ich weiß nicht, warum Herr College Steiner den Umstand, dass ich seinerzeit einmal als Rechtsfreund des Herrn Djörup interveniert habe, zur Sprache gebracht hat. Ich kann nur erklären, dass ich den Herrn Djörup lediglich in seiner Besitzstörungssache gegen Baumeister Hauser und da als Freund unentgeltlich collegial vertreten habe. Ich bin ihm lediglich, nachdem er hier in diesem Hause mein Collega war, zur Seite gestanden, als er sich gegen die Übergriffe eines Nachbarn wehrte.

Was die Sache selbst betrifft, so glaube ich, dass der Unterschied zwischen demjenigen, was von meiner Seite vorgeschlagen wird, und dem, was seitens des Gem.-Rathes Steiner proponiert wird, ein so unbedeutender ist, dass man ein besonderes Wesen daraus nicht machen soll. Wir können, glaube ich, wenn wir überhaupt auf den Grundgedanken meines Antrages eingehen wollen, dass man es dem Manne ermöglichen soll, den Steinbruch auszunützen, mit einem geringeren Ausmaße der Benützung des Erzeugnisses, als welche ich vorgeschlagen habe, nicht vorgehen. Ich glaube, man braucht nicht Fachmann zu sein, um zu wissen, dass man aus einem Steinbruche mit fünf Paar Pferden im Tage eigentlich doch herzlich wenig wegführen kann. Das sind sehr schwere Fuhren; es kann durchschnittlich ein solcher Wagen, wie meine Informationen lauten, nicht mehr als zwei Fuhren im Tage leisten.

Wenn Herr Gem.-Rath Professor Pommer meint, dass überhaupt Steinbrüche in der Nähe von Wien nicht zugelassen werden sollen, so glaube ich, dass das für die Stadt Wien nicht besonders vortheilhaft wäre, wenn diejenigen, welche hier Bauten auszuführen haben, das Baumaterial allzuweit herführen müssten. Wir wissen vielmehr aus Erfahrung, dass in anderen Städten sogar getrachtet wird, Objecte von Gemeindewegen zu erwerben, um die Baumaterialien zu verbilligen. Die Commune Wien hat selbst solche Versuche unternommen, sich solche Materialien in der Nähe von Wien zu sichern, weil man weiß, dass diese Artikel eine große Fracht, große Transportkosten nicht vertragen. Wenn Sie den Antrag ablehnen, den ich stelle, dann schaffen Sie einfach für Herrn Hauser ein Privilegium. Denn Herr Hauser kann dort den Steinbruch ausnützen, und die anderen, die ja eigentlich von Natur aus mit demselben Rechte ausgerüstet sind, die dort einen Steinbruch haben, sollen nicht berechtigt sein, ihn auszunützen. Vergessen Sie nicht, meine Herren, dass dieses Verbot der Ausfuhr von Steinen in der Zeit vom 15. Mai bis 1. September auch zurückwirken muss auf das übrige Geschäft der Firma Djörup & Comp., welches meist aus diesen Steinbrüchen hervorgeht. Es wird ihr ganzes Geschäft, die ganze industrielle Unternehmung, möchte ich sagen, gestört.

Nun, ich will mich auf dasjenige, was ich gesagt habe, beschränken und nur bemerken, dass die Ausübung einer Controle leicht möglich ist. Man muss unter einer Controle nur nicht verstehen, dass man beständig an Ort und Stelle jemand hat, der die Thätigkeit des Herrn Djörup überwacht. Zu einer Controle genügt es, dass man ab und zu hinkommt, um zu sehen, wie es dort zugeht, und das ist, wenn man die Interessen der Gemeinde, die auf dem Spiele stehen, erwägt, im vorliegenden Falle genug? Es steht nicht gar soviel auf dem Spiele. Es verkehren dort 50 bis 60 Steinwägen im Tage, ob noch zehn oder fünfzehn verkehren, das ist, glaube ich, nicht von Belang. Ich empfehle Ihnen nochmals meinen Antrag.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Eigner hat das Wort.

Gem.-Rath Eigner: Meine Herren! Ich werde weder für Herrn Djörup noch für den Stadtraths-Antrag sprechen. Aber nur das eine muss ich mir zu sagen erlauben: Wenn Sie jemandem etwas verkaufen, so müssen Sie ihm auch etwas gestatten. Wenn Sie ihm etwas verkaufen und ihm nichts erlauben, so kann er das nicht brauchen und muss es ablehnen. Wenn Herren hier sind, die sagen, er soll die Steine vom October bis April führen, ja, wann werden denn in Wien Bauten aufgeführt, im Winter oder im Sommer? Wir sind hier gewohnt, dass im Sommer gebaut wird. In Curorten, in Badeorten, z. B. in Karlsbad, Marienbad, Franzensbad, dort wird im Winter gebaut. Dort könnte man dem Djörup einen Steinbruch unter einer solchen Bedingung verkaufen. (Heiterkeit.) Weil dort schon in der Frühjahrssaison, vom April, Mai an, ein Wagen mit Ziegeln u. s. w. nicht mehr verkehren darf. Sie werden dort eine Bauausführung um diese Zeit nicht sehen, und wo ein Bau ist, wird er eingestellt. Hier in Wien ist man gewohnt, vom Frühjahre bis zum Spätherbste zu bauen.

Wenn man sagt, die Straßen sind in Grinzing enge — gehen wir nach Sievering! Ich war vergangenen Sonntag dort und habe den Steinbruch besichtigt. Derselbe wird mehr ausgebeutet, als jene in Grinzing von Hauser und Djörup. Dieser Steinbruch hat einem gewissen Nebehay gehört und ist an eine Gesellschaft übergegangen. Diese Gesellschaft hat vom Staate die Baulose der Vorortebahn von Gersthof bis Ottakring, soviel ich weiß, zum Ausbaue übernommen. Dort werden bei sämmtlichen Bauten außer den Gewölben und dem Oberbaue des Bahnhofes die Futtermauern mit Unterbruchsteinen gebaut; aus diesem Steinbruche wird sämmtliches Material dort weggeführt. Die Sieveringerstraße ist viel enger als die Grinzingerstraße, das kann ich Ihnen sagen. Wie viel Wägen diese Gesellschaft dort gehen lässt, weiß ich nicht; aber nach der Größe der Stallungen und nach der ganzen Einrichtung des Werkes müssen sie ziemlich viel Wägen haben. Ich sehe das, weil ich täglich dort spazieren gehe, wo die Steine abgeladen

werden. Mithin glaube ich, wenn man etwas verkauft und der Mann es bezahlen muss, muss man ihm auch etwas erlauben.

Ferner möchte ich eine Anfrage stellen; ich weiß es nicht, vielleicht weiß es der Herr Referent oder College Steiner, wie viel Wägen Herr Hauser hat. Es muss doch da auch eine Grenze geben, und wenn der eine keine Grenze hat, so darf man dem anderen auch keine Grenze stellen. Ich bin kein Jurist, aber dass der Gemeinderath das Recht hat, wenn er etwas verkauft, zu sagen, der Mann darf nur mit fünf Wägen oder zehn Wägen pro Tag fahren, das glaube ich nicht (Ruf: O ja!), und wenn wir auch dieses Recht hätten, so wird es doch zum Processe kommen und vielleicht wird erst das Gericht entscheiden, ob wir das Recht haben. Ich bitte die Herren, sich nur klar zu machen, wenn Sie fünf Wägen gehen lassen, so fahrt er vielleicht dreimal. Das kann er nämlich nach Hernals, aber bis zur Westbahn schon nicht mehr, sondern nur zweimal, und wie viel Fuhren gehören zu einer Cubikklafter Steine? Dazu gehören vier bis fünf Fuhren. (Widerspruch.) Natürlich, je nachdem er aufladet. (Heiterkeit.) Er kann vielleicht auf zwei Wägen eine Cubikklafter aufladen, oft auch auf drei bis vier Fuhren nicht. Das hängt eben davon ab, je nachdem der Wagen ist und was für Pferde er hat und wie der Weg beschaffen ist. Wenn also ein Mann fünf Wägen fahren lässt und dreimal fährt, 3 × 5 ist 15, und es kommen drei Fuhren auf die Cubikklafter, so hat er 5 Cubikklafter verführt, und ich bitte Sie, wo kann er da in eine Concurrenz eintreten? Das ist ja nicht möglich. Für einen gewöhnlichen Hausbau braucht man in der Regel mehr als 4 bis 5 Cubikklafter Steine täglich. Sie müssten ihm doch zehn Wägen erlauben, wenn er schon nicht viel verführen soll. Wenn man aber sagt, er solle die Steine früher aufschlichten und deponieren, so sage ich nur: Fragen Sie die Baumeister unter uns! Nehmen Sie einen Bau an in der Stadt oder in einer Vorstadt, wo eine enge Gasse ist, da möchte ich sehen, wenn ich bauen lasse und schon im Herbste, im November, 20 Cubikklafter Steine in der Gasse aufschlichten ließe, was die Gemeinde oder die Polizei dazu sagen würde! Es muss ja auch, ehe ich die Steine schlichten lasse, erst die Erdbewegung fertig sein und dann sind noch andere Verrichtungen zu machen, dann kann man erst die Steine schlichten. Bei gewissen Bauten kommt es auch vor, dass man sagt: Du kannst diese 20 Cubikklafter Steine führen, aber ich brauche täglich drei Fuhren und du darfst täglich nur drei Fuhren senden, mehr nicht, weil ich nur diese Fuhren verarbeiten kann.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich bitten, Herr Collega, es dreht sich hier um den Verkauf des uns gehörigen Steinbruches und ich würde doch bitten, sich den Kopf des Herrn Djörup nicht allzusehr zu zerbrechen. (Heiterkeit.) Wir haben ja so viele Geschäftsstücke noch zu erledigen (Beifall), dass es wohl nothwendig ist, dass wir die Debatte über diesen Gegenstand nicht allzusehr in die Länge ziehen. (Rufe rechts: Er hat recht!) Mag sein, dass er recht hat, darüber will ich nicht streiten, ich bitte nur, sich etwas kürzer zu halten, die Sache ist ja nicht so furchtbar wichtig.

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Ich bitte, Herr Vorsitzender, ich habe am Eingange meiner Rede gesagt, ich bin weder für Djörup noch für den Referenten, aber ich muss anführen, wie die Sache ist und was recht ist, und wenn die Gemeinde etwas verkauft, so müssen Sie dem Käufer ein bisschen Recht lassen; das eine oder das andere Recht; aber mit fünf Fuhren kann der Mann den Steinbruch nicht brauchen, oder doch die Regie nicht decken, das geht nicht. (Lebhafter Beifall rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Die Worte des unmittelbaren Herrn Vorredners veranlassen mich, den Herrn Referenten zu bitten, dass das Commissionsprotokoll hier zur Verlesung bringe.

Referent (liest): „Protokoll vom 15. September 1894. Zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 13. August 1894 wurde das Offert der Bruchsteinunternehmung Djörup & Comp. auf dem städtischen Steinriegel Cat.-Parc. 885, 886, 894 und 898 im Grundbuche Grinzing abgelehnt und der Firma überlassen, eventuell auf einen Theil der städtischen Parcelle unter Gewährleistung verschiedener Cautelen zu offerieren.

Im Sinne dieses Stadtraths-Beschlusses hat die Firma nunmehr ein Offert auf die Cat.-Parc. 894 überreicht. Über dieses Offert wurde am heutigen Tage unter Beiziehung der vom Stadtrathe hiezu bestimmten Organe ein Augenschein abgehalten und hiebei Folgendes constatiert:

Die Parcelle 894 ragt, wie aus dem Plane ersichtlich ist, zwischen den der Bruchsteinunternehmung gehörigen Parcellen 890 und 893 in den Besitz dieser Firma und kann zu derselben nur über fremden Grund gelangt werden.

Selbe hat nach dem Bauamtsberichte vom 11. September 1893, Z. 2568, ein Ausmaß von 748 m².

Nach dem heute vorgenommenen Localaugenscheine kann die Behauptung aufgestellt werden, dass der Grund in der derzeitigen Configuration zur rationellen Verbauung nicht geeignet ist.

Herr Gem.-Rath Steiner und Herr Bezirksausschuss Mandl erklären, dass sie sich für den Verkauf der städtischen Steinriegelparcelle 894 in Grinzing nur unter der Bedingung aussprechen können, wenn die Steinabfuhr von dem Djörup'schen Steinbruche in der Zeit vom 15. Mai bis 1. September jeden Jahres vollständig sistiert und für die Einhaltung dieser Sistierung die nöthige Gewährleistung geboten und seitens der Firma die in dem Processe der Gemeinde gegen die Firma aufgelaufenen Kosten bezahlt werden.

Gegen die Ausnützung des Steinbruches, respective städtischen Steinriegels während der Sommermonate ohne Steinabfuhr hätten beide Functionäre nichts einzuwenden.

Seitens der Polizeibehörde wird bemerkt, dass für den eventuellen Fall des Verkaufes des Steinriegels und dessen Einziehung in den Steinbruchbetrieb die Bestimmungen der Betriebsgenehmigung vom 28. October 1893, Z. 18846, analoge Anwendung finden und insbesondere der Punkt 15 bezüglich der Verladung der Steine strengstens eingehalten werde.

Franz Djörup erklärt noe. der Firma Bruchsteinunternehmung Djörup & Comp., dass er bereit sei, unter Einschränkung der Abfuhr in gesagter Weise den Steinriegel 894 gegen Bezahlung eines Kaufpreises von 50 kr. per Quadratmeter, der Vertrags- und Übertragungskosten und der oberwähnten Gerichtskosten käuflich zu erwerben; nur bittet derselbe um dringliche Behandlung der Angelegenheit.

Das Protokoll ist unterschrieben von Herrn Steiner, Herrn Mandl und dem Commissionsleiter.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Das Wort hat Herr Gem.-Rath Gfrorner.

Gem.-Rath Gfrorner: Ich möchte eigentlich zu Gunsten des Antrages Mittler verzichten; nachdem aber diese Verlesung

hier erfolgt ist, möchte ich darauf aufmerksam machen, dass es allerdings scheint, dass Herr Gem.-Rath Djörup das angenommen hat, aber wahrscheinlich mit dem Gedanken: Wenn ich einmal Besitzer dieses Grundes bin, wird mir selbstverständlich doch die Bewilligung ertheilt werden, die Steine auch wegzuführen.

Dasselbe Verhältnis ist im Halterthale bei Hütteldorf. Da sind rechts und links wunderschöne Villen angelegt worden, weil dort der Steinbruch seit 20 Jahren aufgelassen und derart mit Gras bewachsen ist, dass es kein unangenehmes Ansehen mehr gibt. Den heutigen Unternehmern hat man aber wieder die Bewilligung ertheilt, den Steinbruch wieder aufzubrechen und die Steine wegzuführen. Die Villen stehen schon dort und können nicht weggetragen werden; die müssen es sich gefallen lassen, dass die Steine auf der Straße weggeführt werden. Hier handelt es sich um eine Parcelle, die der Gemeinde gehört, für uns aber absolut keinen Wert hat, so dass wir froh sein sollten, wenn sich einer findet, der sie kauft. Es wurde mir die Einwendung gemacht, man solle in einem Villeggiaturviertel nicht erlauben, einen Steinbruch aufzubrechen. Dadurch wird ja erst der Platz geschaffen, wo man die Villen hinstellen kann; heute kann man sie nicht hinstellen.

Herr Eigner ist gegen jede Einschränkung; man soll bedingungslos verkaufen, damit der Mann es ungeniert ausnützt, wie er will. Ich möchte im Interesse der Erledigung der Sache einen Vermittlungs-Antrag stellen mit dem Zusatze, dass er in den Sommermonaten, d. i. vom 15. Mai bis 1. September, täglich nicht mehr als zehn Paar Pferde in Verwendung bringen darf.

Der Antrag Mittler entspricht dem Gerechtigkeitsgefühle, welches ein jeder von uns haben muss, dass wir, wenn wir an dem betreffenden Herrn damals ein Unrecht begangen haben, wir es heute wieder gutmachen und den Steinbruch an den Mann verkaufen sollen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Polzhofer hat das Wort.

Gem.-Rath Polzhofer: Nach den Ausführungen des Herrn Dr. Pommer sowohl als wie auf Grund der Verlesung des Protokolles wäre ich eigentlich überhoben, noch diesbezüglich Ausführungen in dieser Debatte zu machen. Ich sehe mich aber gezwungen, trotzdem einige Worte hinzuzufügen. Ich kann nicht begreifen, warum wir beschließen sollen, dass ein Mehr bewilligt werden soll gegenüber demjenigen, was der Contrahent überhaupt verlangt. Es wird von Seite des Herrn Djörup zugestanden, dass er mit 50 kr. per Quadratmeter einverstanden sei und es soll ihm für diesen Preis der Steinbruch gegeben werden. Mit vollkommenem Recht verlangt man, dass in Grinzing, einem ehemaligen Vororte, welcher doch eine Sommerfrische ist und als solche gilt, während der Sommermonate Steinfuhrwerk nicht zu verkehren hat. Gestatten Sie, sehr verehrte Anwesende, dass ich ein praktisches Beispiel vorführe. Ich habe seit zwei Jahren die Sommerfrische Kritzendorf bewohnt, und hier in unserer Mitte sind einige Gemeinderäthe, welche den Ort sehr genau kennen, weil sie dort gewohnt haben. Vor zwei Jahren war der Steinbruch, der in der nächsten Nähe von Kritzendorf eröffnet worden ist, noch nicht erschlossen, vor zwei Jahren war der Sommeraufenthalt noch ein ausgezeichneter und die Preise für die dortigen Wohnungen sind immer gestiegen. Voriges Jahr wurde der Steinbruch eröffnet; es haben nur zehn Paar Pferde täglich verkehrt und sie haben die Straße in derartiger Weise aufgewühlt, dass heute die Bewohner des Ortes Kritzendorf die Wohnungen nicht zu vermieten in der Lage sind. Wie kommt nun der Ort Kritzendorf dazu, dass im Interesse eines einzelnen Unternehmers der ganze Ort leiden soll! Auch hier werden die Haus- und Grundbesitzer durch Herrn Djörup oder durch jenen, welcher dort die Steine verführt, leiden, und wenn man auch sagt, nur zehn Paar Pferde dürfen täglich in Verkehr gesetzt werden, so können zehn Paar Pferde dreimal, viermal, fünfmal im Tage verwendet werden, weil wir nicht wissen, wie weit die Steine verführt werden. Darum kann ich gar nicht begreifen, dass sich bezüglich dieses Referates eine so lange Debatte entsponnen hat. Ich erkläre mich mit dem Referenten-Antrage einverstanden und schließe mich den Ausführungen des Herrn Dr. Pommer vollinhaltlich an. (Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Steiner hat das Wort!

Gem.-Rath Steiner: Ich will Sie nicht lange aufhalten, weil das vom Herrn Gem.-Rathe Dr. Friedjung urgierte Referat wirklich sehr dringend ist. Ich erlaube mir nur dem Herrn Gem.-Rathe Dr. Mittler Folgendes zu erwidern. Er war der Meinung, dass Herr Djörup mit einem Paar Pferde nur zwei Fuhren täglich machen kann. Möge der geehrte Herr College entschuldigen, das ist nicht richtig. (Gem.-Rath Frauenberger: Der Herr Gem.-Rath Eigner hat es ja auch gesagt!) Der Herr College Eigner muss auch nicht alles gepachtet haben. Wer den Verkehr zwischen Heiligenstadt und Döbling kennt, wird zugeben, dass es 20 Minuten von dort herunter ist, und dass dies nicht so weit ist. Ich habe nicht die Interessen des Herrn Djörup zu vertreten, sondern die Interessen der Bevölkerung des XIX. Bezirkes, und ich bitte den Herrn Collegen Eigner zur Kenntnis zu nehmen, dass er eigentlich als Vertreter des Djörup angesehen werden müsste (Oho!); er würde sich gewiss sehr dafür bedanken, wenn in Dornbach und Neuwaldegg derartige Steinbrüche eröffnet würden.

Aber eines gestatte ich mir richtigzustellen, und es wäre gut, wenn Herr College Eigner in den XIX. Bezirk käme und Erhebungen pflegen und sich genau informieren würde. Er hat den Steinbruch in Sievering angeführt. Ich bringe ihm nun zur Kenntnis, dass die gesammte Bewohnerschaft von Unter- und Ober-Sievering im vergangenen Jahre eine Petition an den Magistrat gerichtet hat, mit der Bitte, den Wagenverkehr einzuschränken. Diese Einschränkung ist thatsächlich erfolgt, weil die Leute nahezu gar keine Sommerwohnungen mehr zu vermieten in der Lage waren und die Preise so heruntergegangen sind, dass es sich nicht mehr rentiert hat, Sommerwohnungen zu vermieten.

Bezüglich des Hauser'schen Steinbruches habe ich bereits erwähnt, dass die Abfuhr der Steine ohne Beschränkung gestattet ist, und mit Rücksicht darauf, dass ich mir nicht einen Vorwurf machen lasse, und damit Herr College Eigner nicht in Angst versetzt werde, dass in Wien nicht mehr gebaut werden kann, wenn Herr Djörup den Steinbruch nicht benützen kann, so kann ich dem Herrn Collegen Eigner die Versicherung geben, es wird gebaut werden, weil es in Niederösterreich noch mehr Steinbrüche gibt, als die innerhalb Wiens gelegenen.

Ich stimme gegen den Antrag des Herrn Collegen Mittler und bitte Sie im Interesse der Bevölkerung von Grinzing, Döbling, Nussdorf und Heiligenstadt, einerseits gegen die zu große Ausnützung des Steinbruches, andererseits gegen die zu große Ausnützung der Straßen, die ja dabei zuviel zugrunde gerichtet werden, zu stimmen.

Meine Herren! Es geht nicht an, dass den Leuten das Bisschen, das sie heute einnehmen, auch noch geschmälert wird. Sie sind ja ohnehin durch die Einverleibung der Vororte mit Wien betreffs der Sommerwohnungen tief geschädigt worden. (Widerspruch.) Meine Herren, uns selbst sind ja um 150 fl. weniger für Sommerwohnungen eingegangen. Sie werden doch nicht behaupten, dass ich das nicht weiß.

Ich stimme also gegen den Antrag Mittler und bitte Sie, den von mir gestellten Antrag anzunehmen, dass die Steinabfuhr vom 15. Mai bis 1. September — wie es Herr Djörup bei der vom Herrn Referenten erwähnten Commission selbst zugegeben hat — nur für fünf Pferde gestattet wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Dr. Lederer zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Dr. Lederer (zur Geschäftsordnung): Nachdem ich glaube, dass diese Steinbruchsangelegenheit genügend erörtert ist (Heiterkeit), beantrage ich Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Es ist Schluss der Debatte beantragt.

Ich bitte diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zum Worte sind noch vorgemerkt die Herren Gem.-Räthe Hawranek, Dr. Daum, Frauenberger und der Referent. (Gem.-Rath Eigner: Ich auch!) Ich bitte, mir ist nichts gemeldet worden. Ich schreibe also Herrn Gem.-Rath Eigner auch noch auf.

Das Wort hat Herr Gem.-Rath Dr. Daum.

Gem.-Rath Dr. Daum: Meine Herren! In dieser Angelegenheit stehen sich das private Interesse und das öffentliche Interesse gegenüber — das öffentliche Interesse, welches dadurch geschädigt wird, dass die Steinabfuhr auf der Grinzingerstraße noch vergrößert wird, ist ein sehr bedeutendes. Ich kenne die Grinzinger Verhältnisse aus eigener Anschauung. Nachdem sich nun hier ein öffentliches und privates Interesse gegenüberstehen, so kann ich nicht begreifen, wie man sich für das Privatinteresse des Herrn Djörup begeistern kann. Ich habe allerdings das Verständnis hiefür, dass ein geschäftliches Interesse dadurch geschädigt wird; das kann uns aber hier umsoweniger interessieren, als wir aus der Verlesung des Protokolles gehört haben, dass sich Herr Djörup damit einverstanden erklärt hat. Wenn nun eine Discrepanz unterlaufen ist, so müsste sie Herr Djörup oder der Stadtrath verantworten. Aber wir können nicht anders als für den Stadtraths-Antrag stimmen. Nun hat aber der Herr College Steiner in der guten Erkenntnis der beiderseitigen Interessen einen Compromiss-Antrag gestellt, dem ich gerne zustimmen würde, wenn ich nicht nach seinen eigenen Worten fürchten müsste, dass diese Art der Durchführung nicht möglich ist. Er hat nämlich selbst gesagt, dass wir kein Controlorgan dafür haben. Wenn wir also selbst fünf Paar Pferde bewilligen, so würden vielleicht doch viel mehr als fünf geführt werden, weil wir eben kein geeignetes Organ zur Controle haben. Ich bitte Sie also, nur für den Antrag des Stadtrathes zu stimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Frauenberger hat das Wort.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich bin der Meinung, dass die Herren, welche so für Grinzing eingetreten sind, eigentlich nicht im wohlverstandenen Interesse von Grinzing gehandelt haben. (Gelächter links.) Entweder müssen wir uns auf den Standpunkt stellen, wir verkaufen den Steinriegel an die Firma Djörup oder nicht; machen wir mit dieser Firma das Geschäft, dann dürfen wir ja die Firma nicht hindern, dass sie das, was verkauft wird, wegführt. (Widerspruch und Rufe: Er hat es zugestanden!) Er hat es gesagt! Es wurde das wiederholt erwähnt, er hat nicht gedacht, dass der Gemeinderath, wenn er hier darüber beschließt, wirklich einen so herzlosen Beschluss fasst. (Gelächter links.) Meine Herren! Sie treten ja immer für die Geschäftsleute ein, zeigen Sie, dass Sie ein Herz für die Geschäftsleute haben. (Neuerliche Heiterkeit links, Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich bitten, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Gem.-Rath Frauenberger (fortfahrend): Mein unmittelbarer Herr Vorredner hat gesagt, es stehen sich hier bei diesem Geschäfte ein öffentliches und ein privates Interesse gegenüber. Ja, meine Herren, erstens ist das nicht so ganz richtig, wie der unmittelbare Herr Vorredner gesagt hat, und zweitens muss ich hervorheben, wenn man der Firma Hauser gestattet, die Steine wegzuführen, darf man ja doch einem anderen das nicht verbieten. Das ist nicht gerecht. Ich wäre der Meinung, dass man das Wegführen der Steine ganz gut gestatten kann. Herr Collega Steiner soll sich nur mehr für die Straßen interessieren und dafür sorgen, dass sie in einen ordentlichen Zustand versetzt werden. (Lebhafter Widerspruch links.) Ja, meine Herren, wenn Sie alles von Grinzing fernhalten und wenn es die Sommerparteien von Grinzing gar so sehr geniert, wenn zehn Fuhren Steine geführt werden, dann ist es mit dem Sommeraufenthalte in Grinzing überhaupt schlecht bestellt. Ich muss aufrichtig gestehen, dass zehn Fuhren Steine den Ort nicht so schädigen, wie vielleicht Herr Hawranek — glaubt. (Gelächter links.) So arg ist die Sache nicht. Es ist mir übrigens erinnerlich — ich weiß es aus sicherer Quelle — dass Herr Collega Steiner dem Herrn Djörup zugesagt hat — er beruft sich darauf — dass er hier im Gemeinderathe dafür eintreten werde, dass er täglich mit zehn Fuhren fahren darf. Ich möchte daher den Herrn Collegen Steiner bitten, zu sagen, ob das wahr ist oder nicht. Ich stehe auf dem Standpunkte, dass wir diesen Unternehmer nicht schädigen sollen, dass wir diesen kleinlichen Standpunkt, auf den wir uns gestellt haben, verlassen sollen; dass wir entweder sagen: wir verkaufen das, dann führe weg, was du willst, oder, wenn wir uns fürchten, dass diese große „Alm" in Grinzing Schaden leidet, dann geben wir das nicht her. Wenn wir aber das Geschäft machen, dann müssen wir ihm auch gestatten, dass er es ungehindert ausübt.

Ich bitte daher, den Antrag des Herrn Dr. Mittler anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Eigner hat das Wort.

Gem.-Rath Eigner: Herr Collega Steiner hat gesagt, ich wäre der Vertreter Djörups. Ich erkläre hier öffentlich, dass ich es nicht bin. (Heiterkeit.) Mir ist Herr Djörup nur bekannt als ehemaliger College im Gemeinderathe; aber was seinen Steinbruch betrifft, so kümmert mich das nichts. Was Herr Frauenberger hier citiert hat — Herr Collega Steiner möge mir nicht übelnehmen, was ich sage — so muss ich es ebenfalls bestätigen. Ich war im Prater beim Blumencorso . . . (Lebhafte Heiterkeit und Zwischenrufe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen; wir werden sonst nicht fertig.

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Lassen Sie mich doch aussprechen. Ich habe den Djörup nicht aufgesucht, der Djörup ist zu mir gekommen und hat mir von der neuen Angelegenheit, über die hier der Referent referiert hat, erzählt. Ich habe gar nichts gewusst und er hat mir das gesagt, was ihm Herr Collega Steiner zugesagt hat. Ich sage ihm darauf: Sie, wenn das auf Wahrheit beruht und wenn Herr Steiner das zugestanden hat, werde ich auch dem Antrage Steiner zustimmen, sonst werde ich es nicht thun. Ob er mich angelogen hat oder nicht, weiß ich nicht.

Ferner muss ich erwähnen, weil Herr Steiner gesagt hat, ob es auch in Dornbach Steinbrüche gibt, dass in Dornbach zwei Steinbrüche sind. Dieselben sind im Betriebe und gehören den Herren Kainz und Konrad. Diese Herren haben nicht nur fünf Paar Pferde, sondern zehn oder fünfzehn Paar Pferde, ich weiß nicht wie viel, und die führen auch Steine. Ich glaube, Dornbach ist ebenso eine Sommerfrische, wie Grinzing und Sievering, und wenn das dort gestattet ist, muss es auch hier gestattet sein. Wenn jemand den Antrag einbringen würde, sämmtliche Steinbrüche innerhalb Großwien aufzuheben, so müssen sämmtliche Steine per Bahn zugeführt werden, und dann werden Sie sehen, wie theuer das Bauen kommt und wie theuer die Wohnungen zu stehen kommen werden; dann werden die Wohnungen nicht billiger, sondern theuerer werden. Etwas anderes wäre es, wenn Djörup einen Ziegelofen errichten würde; aber in einem Steinbruche wird ja auf kaltem Wege erzeugt und es werden höchstens mit Dynamit ein paar Steine gebrochen. Sie werden gewiss nicht glauben, dass ich vielleicht für den Herrn Djörup eintrete; in keiner Weise, gar nicht. Die Herren sollen beschließen, wie sie wollen; ich habe nur den Sachverhalt klargelegt, wie er ist und sein soll. Was Sie machen, ist mir ganz egal.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Steiner zur thatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rath Steiner (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige Herrn Gem.-Rath Frauenberger thatsächlich, nachdem er mir zugerufen hat, ich möge für die Erhaltung der Straßen mehr Sorge tragen, dass ich unzähligemale bei Herrn Bürgermeister Dr. Grübl gewesen bin und um Schotter gebeten habe, und dass er jedesmal, wie mir bekannt ist, eine Präsidialnote ergehen ließ und den Schotter urgierte. Ich berichtige thatsächlich, dass ich mich um die Pflege der Straßen kümmere, dass jetzt, seit Einführung der II. Section, die Straßen tagelang gar nicht bespritzt werden, dass die Bespritzung die schlechteste ist, seit sie die Gemeinde in eigener Regie hat, und dass die Schuld an der schlechten Bespritzung der Herr Bezirksvorsteher des XIX. Bezirkes hat, weil er sich um die Angelegenheiten des Bezirkes gar nicht kümmert und nur halbstündig, wie ich früher bemerkte, ins Bureau kommt. Ich berichtige ferner Herrn Gem.-Rath Frauenberger — Herrn Eigner nicht — thatsächlich: Nachdem Herr Djörup mit Herrn Gem.-Rath Frauenberger Rücksprache genommen hat, erkläre ich Folgendes: dass nach Ablehnung des Referates im Gemeinderathe Herr Djörup unzähligemale mich in meiner Wohnung und in Gasthäusern aufgesucht und unzähligemale meine Frau ersucht hat, sie möge mich beeinflussen, für den Verkauf des Steinbruches zu stimmen; dass er sogar meine Frau und mich zu einer Jause geladen hat. (Heiterkeit.) Ich berichtige weiter, dass ich Herrn Djörup ... (Unruhe rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger (unterbrechend): Es ist nicht Sache des Herrn Redners, dass diese Angelegenheit zur Sprache gebracht worden ist; nachdem dies geschehen ist, muss ich Herrn Collegen Steiner die nöthigen Ausführungen vorzubringen erlauben; ich bitte sich aber kurz zu fassen.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Ich erkläre weiters, dass ich in der vergangenen Woche Herrn Djörup im Corridor des Rathhauses getroffen habe und dass er mich gebeten hat, ich möge es nicht hindern, damit seine Existenz nicht durch die Nichtausnützung des Steinbruches gefährdet wird. Ich habe gefragt, was stellen Sie für Bedingungen? Ich bin nicht derjenige, der hinderlich sein will, und er sagte, gehen Sie ein auf zehn Paar Pferde. Ich sagte, ich werde mir das genau überlegen. Ich habe Herrn Djörup auch beim Blumencorso getroffen und ihm gesagt, dass ich mir das genau überlegen werde. So stehen die Thatsachen. Ich habe kein Versprechen gegeben und es ist mindestens unschön von Herrn Djörup, hinter meinem Rücken derartiges zu sagen, nachdem ich ihm gewiss entgegengekommen bin.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Der Herr Referent zum Schlusswort.

Referent (zum Schlusswort): Gegen die Anträge des Stadtrathes sind keine Einwendungen erhoben worden, ich habe gegen die Zusatz-Anträge der Herren Dr. Mittler und Steiner nichts einzuwenden, weil thatsächlich bekannt ist, dass Hauser beliebig führt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wir schreiten zur Abstimmung.

Meine Herren! Es liegen drei Anträge vor, nämlich der Antrag des Herrn Collegen Dr. Mittler, welcher in folgender Weise formuliert werden müsste: „käuflich zu überlassen, wenn die Firma Djörup und Comp. sich verpflichtet, in der Zeit vom 15. Mai bis 1. September jeden Jahres mit höchstens zehn Paar Pferden Steine abzuführen und für die Erfüllung dieser Verpflichtung" — nun kommt die Caution u. s. w. Ich glaube, Herr Gem.-Rath Dr. Mittler wird damit einverstanden sein. Dann kommt der Antrag des Herrn Collegen Steiner, welcher das Gleiche beantragt wie Dr. Mittler, jedoch nur mit der Einschränkung auf fünf Paar Pferde. Derjenige Antrag, welcher die Gemeinde am meisten belasten wird, wenn man überhaupt von einer Belastung sprechen kann, ist der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Mittler. Ich muss daher zuerst über diesen Antrag abstimmen lassen. Dann kommt der Antrag des Herrn Collegen Steiner und dann endlich der Stadtraths-Antrag. Sind die Herren mit der Art und Weise der Abstimmung einverstanden? (Zustimmung.) So gehen wir also in dieser Weise vor! Ich constatiere zunächst, dass weit über 92, über 100 Mitglieder des Gemeinderathes anwesend sind.

Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Antrage des Herrn Collegen Dr. Mittler einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte zu zählen.

Die Herren Schriftführer zählen 47, ich zähle 51. In beiden Fällen ist der Antrag Dr. Mittler abgelehnt.

Wir schreiten jetzt zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Collegen Steiner. Ich bitte diejenigen Herren, welche für den Antrag des Herrn Collegen Steiner stimmen, mit der Einschränkung auf fünf Paar Pferde, die Hand zu erheben. (Geschieht.

— Nach einer Pause:) Für den Antrag haben nur 51 oder 52 Herren gestimmt.

Derselbe ist ebenfalls abgelehnt.

Wir schreiten nun zur Abstimmung über den Antrag des Stadtrathes.

Diejenigen Herren, welche für diesen Antrag sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben. Diese Angelegenheit wäre glücklich erledigt.

Beschluss: Die ein Flächenausmaß von 748 m² besitzende, im Grundbuche Grinzing sub E.-Z. 609 inneliegende Cat.-Parc. 894 (Steinriegel) ist der Firma Bruchsteinunternehmung Djörup & Comp. um einen Kaufpreis von 50 kr. per Quadratmeter gegen Bezahlung der Vertrags- und Übertragungskosten bezüglich des vorliegenden Rechtsgeschäftes und Entrichtung der aufgelaufenen Gerichtskosten bezüglich des zwischen Gemeinde Wien und Bruchsteinunternehmung anhängigen Processes käuflich zu überlassen, wenn die Bruchsteinunternehmung Djörup & Comp. zur Sicherstellung der übernommenen Verpflichtung, in der Zeit vom 15. Mai bis 1. September jeden Jahres keine Steine von dem Steinbruche abzuführen, eine Caution von 300 fl. ö. W. erlegt und die Gerichtskosten bei Dr. Schmitt bezahlt hat.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich ersuche den Herrn Collegen Neumann. (Unruhe.) Ich bitte, meine Herren, um etwas Ruhe.

29. (4164.) **Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann:** Es handelt sich um die Baulinienbestimmung für einen Theil des XI. Bezirkes, und zwar Ebersdorferstraße und Mühlsangergasse. Die Herren sehen auf dem Plane, welcher in Ihren Händen ist, dass die Breite der Ebersdorferstraße mit 19 m bestimmt ist, und zwar ist die Baulinienbestimmung bereits durchgeführt bis zum Punkte A. (Andauernde Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich bitten, meine Herren, etwas mehr Ruhe. Es ist mir nicht möglich, den Herrn Referenten zu verstehen, geschweige denn, dass ein Mitglied des Gemeinderathes den Herrn Referenten zu verstehen in der Lage wäre. Das heißt ja nicht berathen und nicht beschließen. Ich bitte um Ruhe, meine Herren.

Referent (fortfahrend): Die Ebersdorferstraße soll mit der bereits früher bestimmten Breite von 19 m nach den Linien D K und I F verlängert werden. Ferner handelt es sich darum, die Baufluchten für die Mühlsangergasse zu bestimmen. Hiebei wurde ausgegangen von der Bauführung der Firma Anton Firitzer, wo die Herren auf dem Plane und auch in dem Übersichtsblatte bereits einen Bau aus jüngster Zeit eingezeichnet finden. Damit ergibt sich die Flucht D C. Die Mühlsangergasse wird mit 16 m Breite beantragt. Es ergeben sich daraus die Linien D C und A B.

Ich mache die Herren auf den hier auf der Tafel angebrachten Plan aufmerksam, in welchem Sie eine Übersicht dargestellt finden und die Beziehung dieser Baulinienbestimmung mit dem gesammten Stadttheile erkennen können. Die Mühlsangergasse soll demnach bis zu jenem Punkte geradlinig fortgesetzt werden, wo eine Denksäule, ein Kreuz, errichtet ist, und von diesem Punkte soll die Straße sich gabeln. Die Herren sehen auf dem kleinen Plane dies auch noch angedeutet, und zwar soll ein Strang gegen die Preßburger Reichsstraße einführen, in eine bereits bestimmte Baufluchte eine neue Gasse, mit I bezeichnet, einmündend. Ein zweiter Ast soll mehr gegen Schwechat geführt werden. Die Ausästung, von der ich zuerst gesprochen habe, hat den Zweck, den Verkehr von der Preßburger Reichsstraße zur Ebersdorferstraße noch innerhalb des Gemeindegebietes sich vollziehen zu lassen, womit ein heute bestehender Übelstand beseitigt wird. Dermalen muss man nämlich über das Linienamt hinaus in den Ort Schwechat und dann zurückfahren und ebenso umgekehrt, was eine Mautleistung und überdies einen bedeutenden Umweg verursacht.

Es ergibt sich daher, dass die Projectierung der Mühlsangergasse, wie sie den geehrten Herren zur Annahme vorliegt, eine solche ist, welche auch in Zusammenhang mit anderen Straßenprojectierungen gebracht erscheint, daher gewiss zur Annahme zu empfehlen ist.

Was die Niveaux anbelangt, so wird vorgeschlagen, dass an der tiefsten Stelle, an der Ebersdorferstraße, die Niveaucote 2 m über Null eingehalten werden soll. Von diesem Punkte an steigt das Niveau empor, um in der Mühlsangergasse an dem Kreuzpunkte, wo die Denksäule errichtet ist, die Cote von 3·95 m zu erhalten.

Bei der Commission, welche bezüglich der Baulinienvorschläge abgehalten wurde, haben allerdings Interessenten gegen die Projectierung der Mühlsangergasse in der im Plane ersichtlichen Weise Einsprache erhoben und den Wunsch ausgesprochen, es möge die Einschwenkung auf der anderen Seite erfolgen. Die Herren ersehen aber aus dem Plane, dass dann die Grundbuchs-Einlage Nr. 23 von der Gemeinde eingelöst werden müsste, und es empfiehlt sich daher nicht, an der Seite in der Mühlsangergasse einzurücken, wo ohnedies schmale Parcellen vorhanden sind. Es empfiehlt sich vielmehr das Project so wie es vorliegt. Ich glaube nun die Anträge des Stadtrathes genügend motiviert zu haben und gestatte mir, dieselben zur Verlesung zu bringen (liest):

„I. Es werden für die

1. Mühlsangergasse bei einer Straßenbreite von 16 m die Linien A B und D C,
2. Ebersdorferstraße in der Strecke der Mühlsangergasse bis zum Hause Nr. 16 bei einer Straßenbreite von 19 m die Linien D E L K einerseits und F G H I andererseits

als Baulinien bestimmt.

II. Rücksichtlich des Niveaus wird festgesetzt, dass die Fortsetzung der Ebersdorferstraße bis zum Hause Conscr.-Nr. 16 auf das neue Niveau 2 m über Null (Ferdinandsbrückenpegel) gebracht und für die Mühlsangergasse das bestehende Niveau an der Kreuzung mit der Ebersdorferstraße mit 2·30 m über Null beibehalten und mit dem neuen Niveau beim Kreuz (3·95 m über Null) in gleichmäßiger Steigung verbunden werde."

Ich bitte um Annahme des Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Gem.-Rath Fickeys meldet sich.) Herr College Fickeys hat das Wort.

Gem.-Rath Fickeys: Hochgeehrte Herren! Ich ersuche höflichst als Vertreter des XI. Bezirkes um Annahme dieser Baulinienbeschreibung. Aus welchen Gründen? Erstens einmal wird eine parallele gerade Linie mit der Ebersdorferstraße gezogen, in zweiter Linie sind keine Häuser, welche geschädigt werden, daher ersuche ich die hochverehrten Herren, dem Referenten-Antrage beizustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht noch einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Herr Referent?

Referent: Ich habe nichts zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte jene Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: I. Es werden für die

1. Mühlsangergasse bei einer Straßenbreite von 16 m die Linien A B und D C;

2. Ebersdorferstraße in der Strecke der Mühlsangergasse bis zum Hause C.-Nr. 16 bei einer Straßenbreite von 19 m die Linien D E L K einerseits und F G H I andererseits als Baulinien bestimmt.

II. Rücksichtlich des Niveaus wird festgesetzt, dass die Fortsetzung der Ebersdorferstraße bis zum Hause C.-Nr. 16 auf das neue Niveau 2 m über Null (Ferdinandsbrückenpegel) gebracht und für die Mühlsangergasse das bestehende Niveau an der Kreuzung mit der Ebersdorferstraße mit 2·30 m über Null beibehalten und mit dem neuen Niveau beim Kreuz (3·95 m über Null) in gleichmäßiger Steigung verbunden werde.

30. (2963.) **Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann:** Beilage 106. Hier handelt es sich um eine Baulinienabänderung für die Favoritenstraße im IV. Bezirke, und zwar für die Häuser mit geraden Nummern zwischen der Floragasse und der Mayerhofgasse. Die Favoritenstraße hat nach früheren Baulinienbestimmungen bei der Mayerhofgasse eine Breite von 23 m, eine Breite, welche allerdings dann weiter hinauf zu der ehemaligen Favoritenlinie auf 20 m herabsinkt. Bei dem Punkte A indes — das ist dort, wo die Floragasse in die Favoritenstraße einmündet — eine Breite von 24 m. Es wurde nun vom Stadtbauamte beantragt, die beiden Punkte A und D, das ist die Einmündung der Floragasse bei der Favoritenstraße, beziehungsweise die Einmündung der Mayerhofgasse, zum Ausgangspunkte zu nehmen und die Baulinie vorzuschlagen nach den Punkten A B C und D. Nach diesem Vorschlage würde daher zwischen dem Punke C und D eine gerade Linie gezogen werden, wodurch bei dem Punkte C' die Straßenbreite nicht 23, sondern 24½ m erhalten würde.

Im Stadtrathe wurde nun erwogen, dass der Eigenthümer des Hauses Nr. 22 ohnedies durch die Baulinienbestimmung hart betroffen werde und dass es daher wohl nicht nothwendig erscheine, die Straßenbreite bei dem Punkte C' auf 24½ m zu bringen. Es wurde daher beantragt, einen Punkt C', welchen Sie im Plane verzeichnet finden, zu wählen, welcher genau 23 m von der Flucht des Theresianums entfernt liegt. Dadurch ergibt sich der Stadtrathsvorschlag in Abänderung des Magistrats-Antrages, dass die Linie C C' D gewählt werde, wodurch die Favoritenstraße an dieser Stelle eine Breite von 23 m erhält. Es wird dadurch eine Curve erzeugt, welche parallel mit dem Gebäude des Theresianums sich hinzieht. Diese Abänderung empfiehlt sich zur Annahme und ich erlaube mir daher folgenden Antrag zu stellen (liest):

„Die Baulinienänderung für die Favoritenstraße in der Strecke zwischen der Mayerhofgasse und Floragasse sei nach den Linien A B C C' D zu genehmigen, wobei die Entfernung des Punktes C' von der gegenüberliegenden Front des Theresianums 23 m zu betragen hat."

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Gem.-Rath Ritt. v. Stummer meldet sich.) Herr Collega v. Stummer hat das Wort.

Gem.-Rath Ritt. v. Stummer: Ich möchte mir nur erlauben, den Herrn Referenten um Folgendes zu fragen. Die neue Flucht der Häuser auf der rechten Seite der Favoritenstraße — wenn man von der Stadt hinausgeht — soll doch jedenfalls der Flucht der Theresianischen Akademie parallel und somit dort 23 m breit sein. Das ist nämlich aus dem Plane nicht zu ersehen. Es ist bloß an zwei Punkten die Entfernung von 23 m eingeschrieben. Wenn man aber die Flucht von der Theresien-Akademie parallel auf 23 m verfolgt, so bekommt man eine andere Flucht rechts. Ich möchte mir die Frage erlauben, wie diese Sache steht?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Referent!

Referent: Ich bemerke nur Folgendes. Bei dem Punkte A hat die Favoritenstraße nach der früher getroffenen Baulinienbestimmung allerdings 24 m. Es werden daher auch bei dem Hause Nr. 13 und dem gegenüberliegenden Hause Nr. 16, beziehungsweise Nr. 18 noch 24 m ausgewiesen, während beim Punkte C' nur 23 m, beim Punkte D' ebenfalls 23 m Breite sich ergeben. Es ist also nicht die gleiche Breite, sondern sie schwankt von 23 m auf 24 m bei der Floragasse. Diese Breite ist aber thatsächlich durch die früheren Bestimmungen vorhanden, und es hat daher keinen Sinn, die Verschmälerung an dieser Stelle durchzuführen, nur deshalb, damit 23 m gleichmäßig durchgeführt werde. Ich habe auch bemerkt, dass in der oberen Favoritenstraße nur 20 m sind. Die Straße wächst daher an Dimension von dem Eingangspunkte vom Gürtel an, fortwährend von 23 auf 24 m.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Haben Herr Collega v. Stummer noch eine Bemerkung? (Gem.-Rath Ritt. v. Stummer: Nein!) Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Herrn Referenten einverstanden sind, die Hände zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Die Baulinienänderung für die Favoritenstraße in der Strecke zwischen der Mayerhofgasse und Floragasse sei nach den Linien A B C C' D zu genehmigen, wobei die Entfernung des Punktes C' von der gegenüberliegenden Front des Theresianums 23 m zu betragen hat.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Stiaßny!

31. (4035.) **Referent Gem.-Rath Stiaßny:** Dem geehrten Gemeinderathe ist bekannt, dass in der Donaustadt zu beiden Seiten der Ausstellungsstraße zwei Kasernen, und zwar rechts eine Infanteriekaserne, links eine Artilleriekaserne gebaut werden. Die erste ist bereits seit vorigem Jahre im Baue begriffen und wird im kommenden Frühjahre fertiggestellt werden. Über Allerhöchsten Wunsch sollen beide Kasernen im Herbste des kommenden Jahres vollendet und benützt werden. Aus diesem Anlasse sind mehrere öffentliche Herstellungen erforderlich, für welche die Bedeckung im heurigen Budget bereits vorhanden ist. Nur für die Regulierung, nämlich für die Erhöhung des Terrains und für die Pflasterung eines Stückes der Ausstellungsstraße an der Kreuzung derselben mit der Vorgartenstraße ist keine Deckung vorhanden.

Der Stadtrath bittet daher den geehrten Gemeinderath um Bewilligung eines Zuschusscredites in der Höhe von 4199 fl. 36 kr. zur Rubrik XXII c. Ich bitte um die Genehmigung dieses Zuschusscredites.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so ersuche ich diejenigen Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Behufs Regulierung und Pflasterung der Ausstellungsstraße an der Kreuzung mit der Vorgartenstraße im II. Bezirke wird ein Zuschusscredit per 4199 fl. 36 kr. zur Rubrik XXII 1 c bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Vaugoin!

32. (3961.) **Referent Gem.-Rath Vaugoin:** Der Erste Wiener Volkskindergarten-Verein im V. Bezirke bittet um eine Subvention. Derselbe unterhält in dem Bezirke zwei Kindergärten und hat seit einer Reihe von Jahren eine Subvention von je 500 fl., das ist also von 1000 fl. erhalten. Im verflossenen Jahre wurden in dieser Anstalt 307 Kinder, darunter 100 unentgeltlich verpflegt. Die Ausgaben betrugen für das abgelaufene Jahr 3679 fl. 28 kr. Unter den Einnahmen figuriert auch ein kleiner Betrag, der vorschussweise von einem Privaten dem Vereine gegeben wurde. Es wird von Seite des Stadtrathes beantragt, dem Volkskindergarten-Verein im V. Bezirke eine Subvention in der Höhe von 1000 fl. wie bisher für beide Kindergärten zu bewilligen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Dr. Pommer!

Gem.-Rath Dr. Pommer: Ich erlaube mir die Anfrage zu stellen, ob mit diesen Kindergärten Plätze verbunden sind, in welchen die Kinder sich wirklich im Freien ergehen und spielen können? Meine Herren, ich werde diese Anfrage jedesmal bei solcher Gelegenheit stellen. Ich bin principiell gegen die Subventionierung derartiger Anstalten, wenn sie nur den Namen Kindergarten führen und nicht dafür sorgen, dass die Kinder im Sommer sich im Freien aufhalten können. Ich erlaube mir deshalb an den Herrn Referenten die Anfrage, ob ein Garten vorhanden ist oder nicht.

Referent: Ich bin nicht in der Lage, auf diese Frage sofort zu antworten. Vielleicht hat einer der Herren aus dem V. Bezirke davon Kenntnis. Soviel ich weiß, ist fast bei allen Kindergärten ein kleiner Garten dabei. In der Anstalt im VI. Bezirke befindet sich wenigstens ein solcher und auch in jenen in anderen Bezirken.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Strobach!

Gem.-Rath Strobach: Ich möchte Herrn Gem.-Rath Dr. Pommer dahin beruhigen, dass bei beiden Kindergärten Gärten sind. Es ist dies fast bei sämmtlichen Kindergärten Wiens der Fall.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall.

Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche jene Herren, welche dem Referenten-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Dem Ersten Wiener Volkskindergarten-Vereine im V. Bezirke wird für die beiden Kindergärten im V. Bezirke, Siebenbrunnengasse 8 und Matzleinsdorferstraße 28, wie im Vorjahre eine Subvention von zusammen 1000 fl. bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte, Herr Dr. Vogler!

33. (4002.) **Referent Gem.-Rath Dr. Vogler:** Beilage 107. Der seit dem Jahre 1868 bestehende Deutsche Gabelsberger-Stenographenbund wird im Juli in Wien zusammentreten. Er versammelt sich alle fünf Jahre in einer anderen Stadt. Vor fünf Jahren war er in München, vor zehn Jahren in Berlin. Es ist nun von Seite des Herrn Gem.-Rathes Dr. Hackenberg und Genossen der Antrag gestellt worden, es sei der V. deutsche Stenographentag in Wien zu begrüßen und ein Empfang zu veranstalten; ferner, es sei dem Wiener Festausschusse, welcher die Festlichkeiten zu veranstalten hat, eine Subvention zu bewilligen. Der Magistrat und der Stadtrath empfiehlt, diesem Antrage vollinhaltlich zuzustimmen, und zwar mit Rücksicht auf den Umstand, dass der Deutsche Gabelsberger-Stenographenbund 700 Vereine umfasst, welche zusammen an 30.000 Mitgliedern in sich begreifen, dass sehr angesehene Personen diesem Bunde angehören, dass der Fall, dass dieser Bund in Wien tagt, sich zum erstenmale ereignet und wahrscheinlich wieder eine lange Reihe, vielleicht 20 oder 25 Jahre vergehen werden, bis dies wieder geschehen wird u. s. w.

Die Subvention an den Festausschuss wird insbesondere aus dem Grunde befürwortet, weil derselbe aus Vereinen besteht, die lediglich auf Mitgliedsbeiträge angewiesen sind, und aus diesen Beiträgen die bedeutenden finanziellen Lasten, welche die Begrüßung der nach Wien kommenden zahlreichen Fremden, welche diesen Stenographentag besuchen werden, verursacht, nicht bestritten werden können.

Es werden Ihnen daher folgende Anträge empfohlen (liest):

„1. Der Bürgermeister wird ersucht, den V. deutschen Stenographentag namens der Gemeinde zu begrüßen.

2. Für den festlichen Empfang des V. deutschen Stenographentages im Rathhause wird ein Betrag von 1500 fl. bewilligt.

3. Dem Festausschusse des V. deutschen Stenographentages wird eine Subvention im Betrage von 500 fl. gewährt.

4. Diese Auslage von zusammen 2000 fl. wird auf den Reservefond überwiesen."

Ich bitte um die Annahme dieser Anträge.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Pollak hat das Wort.

Gem.-Rath Pollak: Ich bin selbstverständlich ganz und gar damit einverstanden, dass der V. deutsche Stenographentag seitens des Bürgermeisters der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien empfangen werde; aber ich möchte mir doch eine Anfrage an den Herrn Referenten erlauben. Wenn das richtig ist, was durch eine Reihe von Tagen schon immerfort der Bevölkerung kundgethan wird, dass die Herren der Majorität die Wahl eines Bürgermeisters verhindern wollen, so scheint mir der erste Punkt überhaupt ganz unausführbar. (Gem.-Rath Frauenberger: Aber, aber, das hindert ja nicht! — Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Dann empfängt der Regierungscommissär!)

Vice-Bürgermeister Dr Lueger: Ich bitte, Herrn Collegen Pollak aussprechen zu lassen.

Gem.-Rath Pollak (fortfahrend): Es scheint mir etwas eigenthümlich, irgendetwas zu beantragen, was man möglicherweise nicht zur Ausführung bringen kann.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Professor Pommer hat das Wort.

Gem.-Rath Dr. Pommer: Ich bin ja damit principiell einverstanden; nur möchte ich meinen, dass die Summe etwas zu hoch gegriffen ist. (Rufe: Nein!) Ich verstehe mich zwar auf derartige Empfänge noch nicht gut, glaube aber, dass doch im zweiten Punkte auch mit 1000 fl. das Auslangen gefunden werden

kann. (Widerspruch.) Wenn die Herren meinen, dass man so hoch hinaufgehen muss, werde ich mich bescheiden.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Polzhofer hat das Wort.

Gem.-Rath Polzhofer: Ich werde mir nur eine ganz kurze Ausführung erlauben. Wenn der Herr Stadtrath namens des Stadtrathes referiert, ist es ganz in der Ordnung, er hat sich nicht darum zu kümmern, ob wir in nächster Zeit aufgelöst werden oder nicht. Er hat einfach als Stadtrath über den seitens des Stadtrathes gefassten Beschluss zu referieren. Bezüglich der Auflösung haben wir gar nichts zu befürchten. Es ist dies Nebensache, und ich stimme dem Beschlusse des Stadtrathes zu; ich glaube, dass der Betrag von 2000 fl. für den Empfang des Stenographentages nicht zu hoch ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall; der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent (zum Schlusswortе): Ich möchte nur gegenüber dem Herrn Gem.-Rathe Pollak bemerken, dass wir eine Thatsache, die nicht existiert, nicht im vorhinein escomptieren können. Wenn ein Bürgermeister nicht existiert zur Zeit, wo der Tag stattfindet, so wird er eben nicht begrüßt werden können. Der Stadtrath hat seinen Beschluss am 21. Mai gefasst, heute ist der 28. Mai, morgen ist die Bürgermeisterwahl, und ich glaube, dass wir heute nicht schon eine Thatsache escomptieren und voraussetzen können, welche möglicherweise sich ereignet, möglicherweise auch nicht. Aus diesem Grunde bin ich selbstverständlich genöthigt, den Antrag des Stadtrathes vollinhaltlich aufrechtzuhalten. Bezüglich der Höhe des Betrages wurde bereits von den Vorrednern bemerkt, dass 2000 fl. nicht zu hoch gegriffen waren; ich bemerke nur, dass der Empfang des in der vorigen Woche abgehaltenen Fleischhauertages 2500 fl. gekostet hat.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Herren, welche mit den Anträgen des Herrn Referenten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: 1. Der Bürgermeister wird ersucht, den V. deutschen Stenographentag namens der Gemeinde zu begrüßen.

2. Für den festlichen Empfang des V. deutschen Stenographentages im Rathhause wird ein Betrag von 1500 fl. bewilligt.

3. Dem Festausschusse des V. deutschen Stenographentages wird eine Subvention im Betrage von 500 fl. gewährt.

4. Diese Auslage von zusammen 2000 fl. wird auf den Reservefond überwiesen.

34. (883.) **Referent Gem.-Rath Dr. Vogler:** Das nächste Referat ist Nr. 96 der Beilage. Ich erlaube mir diesfalls zu berichten, dass bereits im Jahre 1890 von Seite des Gemeinderathes der Auftrag an den Magistrat ergangen ist, darüber zu berichten, ob nicht die bei der Wiener Commune beschäftigten Arbeiter sämmtlich der Krankenversicherung unterzogen werden sollen. Außerdem wurde von Seite des Herrn Bezirksvorstehers für den VI. Bezirk im Jahre 1893 ein ähnlicher Antrag an den Gemeinderath geleitet. Endlich wurde von Seite des Herrn Gem.-Rathes Dr. Friedjung im October des Jahres 1893 gleichfalls der Antrag gestellt, für die Krankenversichernng der städtischen Arbeiter Vorsorge zu treffen. Der Antrag wurde seither durch verschiedene neue Anträge und Interpellationen wiederholt urgiert. Nun steht die Sache so. Der Magistrat hat sich zunächst die Frage vorgelegt, in welcher Weise eine solche Versicherung platzgreifen kann. Man hat deliberiert, ob nicht am besten die Einbeziehung in die allgemeine Krankenversicherungsanstalt stattfinden kann und ob eventuell eine Berufskrankencassa seitens der Gemeinde Wien selbst errichtet werden soll, eventuell auch, ob es zweckmäßig wäre, eine Vereinskrankencassa zu errichten oder ob auf Grund des Hilfscassengesetzes vom Jahre 1892 eine Hilfscassa für unsere städtischen Arbeiter ins Leben gerufen werden solle. Man ist dazu gekommen, sich für den letzten Weg zu entscheiden, namentlich aus juristischen Gründen, die ich hier nicht näher darlegen will.

Die Sache steht nun so, dass sich mittlerweile aus den städtischen Arbeitern selbst eine solche Hilfscassa gebildet hat, welche auch ein Statut hat registrieren lassen, welches die Bewilligung bereits erhalten hat, und dass dem Inslebentreten dieser neuen Hilfscassa, welche von Seiten unserer Arbeiter creiert werden soll, nur noch die Zustimmung der Gemeinde Wien mangelt, weil das Inslebentreten an die Bedingung geknüpft ist, dass die Gemeinde Wien einen gewissen Theil der zu leistenden Beiträge für diese Hilfscassa zu bezahlen übernimmt.

Ich bemerke hiezu weiter, dass der Stand unserer städtischen Arbeiter, wie ermittelt worden ist zur Zeit der Erstattung des Magistrats-Referates — es ist selbstverständlich, dass die Ziffern variabel sind — 4170 Personen zählt. Von diesen 4170 Personen waren im gegebenen Momente 963 gegen Unfall versichert; außerdem 1333 gegen Krankheitsfälle, 2837 städtische Arbeiter entbehren aber jeglicher Versicherung.

Zufolge eines früheren Gemeinderaths-Beschlusses war für diejenigen Arbeiter, welche der obligatorischen Krankenversicherung unterlagen, bestimmt worden, dass die Gemeinde den ganzen Versicherungsbeitrag, der an die betreffende Anstalt zu entrichten ist, bezahlt. Auf Grund dieser Verhältnisse hat die Gemeinde Wien bisher die volle Auslage für eine Reihe von Arbeitern getragen, die für den Krankheitsfall versichert worden sind.

Es wäre nun gewiss hart und unbillig, wenn man an diesen Verhältnissen eine Veränderung eintreten lassen würde. Nach dem Statute dieser Hilfscassa und conform dem Gesetze ist stipuliert, dass die Gemeinde ein Drittel des gesammten Betrages zu bezahlen übernimmt oder die Hälfte dessen, was die Arbeiter zu zahlen haben. Wenn die Gemeinde diejenigen Arbeiter, welche bisher in ihrem Dienste sind und welche bisher der obligatorischen Krankenversicherung unterzogen wurden, auf dasselbe Niveau stellen würde, so würden diese Arbeiter einen gewissen Entgang, eine gewisse Einbuße erleiden. Das wäre nicht billig. Infolgedessen empfiehlt Ihnen der Stadtrath bezüglich derjenigen Arbeiter, welche sich bereits im städtischen Dienste befinden, es bei dem bisherigen Modus zu belassen. Mit Rücksicht auf diesen Umstand würde sich die Gesammtsumme, welche eventuell für die Gemeinde resultiert, auf 19.205 fl. im Jahre stellen.

Ich erlaube mir nun auf die einzelnen Anträge näher einzugehen, die Ihnen der Stadtrath stellt.

Dieselben lauten (liest):

„1. Die Versicherung für den Krankheitsfall der bisher noch nicht versicherten dauernd beschäftigten städtischen Arbeiter wird genehmigt."

Dazu ist weiter nichts zu bemerken.

„2. Bezüglich der im Gemeindegebiete Wien dauernd beschäftigten städtischen Arbeiter wird die obligatorische Verpflichtung ausgesprochen, dem neugegründeten Kranken- und Leichenvereine der Gemeindearbeiter Wiens beizutreten."

Ohne den Ausspruch einer solchen obligatorischen Verpflichtung ist es nicht möglich, die geplante Hilfscassa auf die Beine zu bringen und sie lebensfähig zu erhalten. Es unterliegt auch gewiss keinem Anstande, einen solchen Zwang auszusprechen, denn die Gemeinde Wien ist wie jeder Arbeitgeber in der Lage, eine solche, eigentlich mehr weniger im Interesse der Arbeiter selbst gelegene Bedingung denselben aufzulegen.

„3. Die bei der Wiener Bezirkskrankencassa versicherten städtischen Arbeiter sind seinerzeit dortselbst abzumelden."

Das ist selbstverständlich eine Folge des Eintrittes der betreffenden Arbeiter in die neu zu errichtende Hilfscassa.

„4. Die Übernahme der Zahlung der die Gemeinde nach § 9 der Statuten obigen Vereines treffenden Hälfte der Mitgliederbeiträge (Drittel des Gesammtversicherungsbeitrages) für die bisher nicht versicherten städtischen Arbeiter wird genehmigt.

5. Für die bisher bei der Wiener Bezirkskrankencassa versicherten städtischen Arbeiter (mit Ausnahme der Lagerhausarbeiter und der Steinbrucharbeiter in Marbach und Lina, für welche die von mir früher genannte Norm, dass die gesammten Versicherungsbeträge von der Gemeinde Wien bezahlt werden, bisher nicht gegolten hat) wird, solange sie im städtischen Dienste dauernd verbleiben, der gesammte Versicherungsbeitrag an obigen Verein seitens der Gemeinde bezahlt.

6. Der sich ergebende Gesammtaufwand (derselbe beträgt derzeit circa 19.205 fl.) wird auf die budgetmäßige Bedeckung verwiesen.

7. Die in Absatz 4 und 5 enthaltenen Zugeständnisse werden nur auf Widerruf ertheilt.

8. Die Mitwirkung der städtischen Organe bei der Verwaltung eingangs erwähnten Vereines wird genehmigt."

Im Statute ist nämlich in Aussicht genommen, dass sich an der Verwaltung dieses Vereines eine Anzahl Functionäre der Gemeinde Wien betheiligen sollen. Bei dem Interesse, welches die Gemeinde Wien an dem Zustandekommen und der richtigen, correcten Verwaltung dieses Vereines hat, ist es auch begreiflich, dass dieser Punkt aufgestellt wird.

„9. Behufs Intervenierung bei den Vereinsausschuss-Sitzungen sind gemäß § 53 des Vereinsstatutes drei Functionäre durch den Stadtrath zu bestellen, von denen mindestens einer rechtskundig sein soll. Diese Functionäre haben ein Drittel aller Stimmen sowohl im Ausschusse wie auch in der Generalversammlung zu repräsentieren.

10. Dem Vereine ist im Ermittlungsfalle bis auf Widerruf und ohne Anerkennung irgendeiner rechtlichen Verpflichtung hiezu ein Local durch den Stadtrath zuzuweisen.

11. Während der Zeit, als die Versicherten Krankengelder beziehen, ist denselben der von der Gemeinde Wien zukommende Bezug einzustellen."

Ich habe mein Referat auf das allernothwendigste beschränkt, weil die Zeit eben schon kurz bemessen ist und ich gebeten wurde, kurz zu sein. Ich bin zu weiteren Aufklärungen gerne bereit, und bitte um die Annahme der gestellten Anträge.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich eröffne die Generaldebatte.

Herr Collega Tomanek hat sich zum Worte gemeldet, ich ertheile ihm dasselbe.

Gem.-Rath Tomanek: Ich erlaube mir an den Herrn Referenten die Anfrage zu stellen, ob in der Krankencassa auch die Sanitätsaufseher, Bauaufseher, Canalaufseher aufgenommen worden sind?

Referent: Jawohl!

Gem.-Rath Tomanek: Sehr geehrte Herren! Dass dieser Antrag heute eingebracht worden ist, ist von uns allen herzlichst zu begrüßen, aber die Antwort des Herrn Referenten hat mich unangenehm berührt.

Sie können sich alle erinnern, dass seit geraumer Zeit die Gehaltsregulierung der städtischen Diener, der Magistratsdiener und der Schuldiener derart erfolgt ist, dass sie nicht nur eine bessere materielle Stellung bekamen, sondern ihnen auch definitive Anstellung gewährt worden ist. Aber was für die recht und billig ist, ist auch für die städtischen Sanitätsaufseher, Sanitätsdiener, Bauaufseher und Canalaufseher umsomehr recht und billig, nachdem man bei Verrichtung ihrer Dienste mit wichtigen Factoren zu rechnen hat; man muss rechnen auf ihre Verlässlichkeit und Treue einerseits, andererseits auf die Vorbildung, die hier nothwendig ist. Meine Herren! Die Bauaufseher sind, wie ich gehört habe, absolvierte Gewerbeschüler, die Sanitätsaufseher müssen eine gewisse Fertigkeit besitzen zur Anfertigung der verschiedensten Berichte in sanitärer Beziehung; sie haben nicht nur Erhebungen zu pflegen, Desinfectionen vorzunehmen, sondern man bürdet ihnen auch noch die sogenannte Hundesteuer-Revision auf.

Es ist also dringend nothwendig, dass sie erhalten, was sie verlangen, das ist die definitive Anstellung, und ich hoffe also, dass alle Herren bestimmt für diesen Antrag, den ich soeben einbringe, einstehen werden. Dieser Antrag lautet: „Der Magistrat möge Erhebungen pflegen und Vorschläge erstatten zur Schaffung eines eigenen Status für die Aufseher überhaupt, mit welchem Status auch das Definitivum in Verbindung gebracht wird."

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Dieser Antrag gehört aber absolut nicht zu dem Gegenstande, über den jetzt verhandelt wird. Ich bitte, den Antrag selbständig zu stellen, ihn von der nöthigen Zahl Gemeinderäthe unterschreiben zu lassen, worauf er dann gewiss einer eingehenden Behandlung unterzogen werden wird; zu diesem Gegenstande passt der Antrag jedoch absolut nicht.

Das Wort hat Herr Collega Purscht.

Gem.-Rath Purscht: Ich wäre ganz voll für den Antrag, mir passt nur die Form des Antrages nicht. Wenn die Commune überhaupt eine Krankencassa für die städtischen Arbeiter errichten will, bin ich ganz dafür, aber dass die Commune technische Arbeiter einem neugegründeten Vereine zuführt, den man eigentlich nicht kennt, das verstehe ich nicht recht. Ich erlaube mir auch die Anfrage an den Herrn Referenten, von wem der Verein gegründet worden ist, welche Fonde derselbe hat, welchen Beitrag die Mitglieder zu entrichten haben, denn das muss man alles wissen, wenn die Commune die Verpflichtung übernimmt, ein Drittel dazu beizutragen. Man muss auch eventuell wissen, welcher Verein das ist. Ich kann für den Krankenverein nur dann stimmen, wenn die Commune das in eigene Regie nimmt. Die Commune bietet mir dann die Garantie für die Erhaltung des Vereines und für die Gebarung desselben, aber einem gewöhnlichen Vereine die städtischen

Arbeiter zuführen, dafür kann ich absolut nicht sein. Wie gesagt, ich werde nur dann dem Referate zustimmen, wenn die Commune derartige Krankenversicherungen in eigene Regie übernimmt. (Bravo! links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Noske!

Gem.-Rath Noske: Anknüpfend an die Worte des unmittelbaren Herrn Vorredners sehe ich den Vortheil nicht ein, welcher daraus erwachsen soll, dass man bei einer ziemlich minutiösen Verwaltung, die mit Kreuzern zu rechnen hat — ich bitte sich die Beiträge anzusehen, welche gefordert werden — die Sache in eigene Regie nehmen soll.

Diese Manipulation wird eine viel einfachere, viel leichter durchgeführte, viel weniger complicierte sein, wenn sie sich in den Händen des Vereines der Interessenten befindet, als wenn die Gemeinde mit ihrem schwerfälligen Controlapparate, mit all den Schwierigkeiten, welche die Organisation des Gemeindedienstes mit sich bringt, diese Thätigkeit vollziehen wird. Ich bin überhaupt sehr dafür, dass man in solchen Fällen denjenigen, die das directeste Interesse daran haben — das sind in diesem Falle die zu versichernden Arbeiter — die Initiative und auch eine möglichst freie Bewegung überlässt, und dass die Gemeinde nur das thut, was ihre Aufgabe und ihre Pflicht ist, nämlich die finanzielle Beihilfe zu leisten, damit die Zwecke, also in diesem Falle die Krankenverpflegung und -Unterstützung, erfüllt werden.

Ich habe mir nun das Wort erbeten, um der Meinung Ausdruck zu geben, dass die Anträge des Stadtrathes in letzterer Beziehung, was nämlich die finanzielle Unterstützung des Vereines beziehentlich seiner Zwecke betrifft, etwas zu wenig weit gehen, und zwar namentlich in dem letzten Punkte der Stadtraths-Anträge, in dem es heißt (liest):

„Während der Zeit, als die Versicherten Krankengelder beziehen, ist denselben der von der Gemeinde Wien zukommende Bezug einzustellen."

Ich kenne die Verhältnisse sehr vieler Privatinstitute und weiß, dass dort, wo die Angestellten der Institute der Bezirkskrankencassa entweder beigetreten sind oder beitreten mussten, obwohl sie eigentlich gar nicht hineinpassen — es ist aber da ein gewisser Zwang geübt worden, um die Krankencassa ein bisschen aufzuputzen — dass dort die Privatinstitute den Abzug der Bezüge im Falle der Krankheit nicht machen, sondern den Bezug in vollem Ausmaße den Erkrankten lassen und außerdem ihm auch noch den Bezug der Bezirkskrankencassa zukommen lassen. Das hat, wie mir scheint, auch eine sachliche Begründung, die darin besteht, dass ja derjenige, der krank ist, mehr braucht, als der gesunde, denn wenn einer krank ist, braucht er nicht nur die Kosten, die er zur Erhaltung seiner Familie, sondern braucht auch noch die Kosten, die er zur Wiedergewinnung seiner Gesundheit aufwenden muss. Nun könnte man allerdings einwenden und sagen: es handelt sich hier auch vielfach um provisorisch Angestellte, rücksichtlich deren die Gemeinde keine Verpflichtung hat, ihnen im Erkrankungsfalle überhaupt etwas zu bezahlen.

Das ist theoretisch richtig; in der Praxis stellt sich aber die Sache so, dass ich mir kaum einen Fall denken kann, in dem die Härte einer solchen Auffassung flagranter zutage treten wird, als den Fall der Erkrankung und, um ein anderes Gebiet zu erwähnen, den Fall der Arbeitsunfähigkeit durch Alter. Ich weiß einen Fall in der Gemeinde, wo ein Mann, der 30 Jahre, allerdings in sehr untergeordneter Stellung als Straßenaufseher gedient hat und jetzt mit einer Summe an die Luft gesetzt wurde, die gerade genug ist, dass er nicht verhungert, aber viel zu wenig, um zu leben. Formell ist die Gemeinde vollkommen im Rechte, sie hat keine Verpflichtung; aber in diesem Falle ist mir so recht in die Erscheinung getreten, wie hart es gerade dann ist, jemandem seine Bezüge zu verringern, wenn er diese Bezüge viel mehr braucht, als wenn er gesund ist. Aus dieser Erwägung erlaube ich mir schon jetzt in der Generaldebatte anzukündigen, dass ich bei Berathung der einzelnen Punkte, wenn eine solche vorgenommen wird, sonst aber sofort, den Antrag stellen werde, dass während der Zeit, als der Versicherte Krankengelder bezieht, die Gemeinde jene Differenz ihm bezahlen soll, die zwischen dem versicherten Krankengelde und seinem sonstigen Bezuge besteht.

Mein Gedanke geht dahin, dass der Betreffende zwar nicht besser gestellt sein soll im Krankheits- als im Gesundheitsfalle, aber nicht durch die Krankenversicherung einen Entgang erleiden soll, sondern dass ihm mindestens derselbe Bezug, den er während seiner Gesundheit hat, auch im Krankheitsfalle gesichert wird. Wenn ihm also die Krankencassa weniger zahlt, so soll die Gemeinde wirklich noch das Opfer bringen und soll ihm die Differenz zwischen dem Krankenversicherungsbetrage und seinen gewöhnlichen Bezug zuzahlen, damit der Mann nicht in der traurigsten Lage seines Lebens — wenn er nämlich erwerbsunfähig und krank ist — die Einbuße erleidet, dass ihm die Gemeinde die gewöhnlichen Bezüge, die er während der Gesundheit erhalten hat, streicht und ihn auf die geringeren Bezüge der Krankencassa verweist.

Ich stelle also den diesbezüglichen Antrag.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Der Antrag des Herrn Collegen wäre in der Specialdebatte zu berücksichtigen.

Gem.-Rath Noske: Ich bitte, wenn eine solche Debatte geführt wird, so werde ich den Antrag specialisieren.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Zum Worte sind noch vorgemerkt die Herren Gem.-Räthe Dr. Friedjung, Gregorig, Becker und Eigner.

Es ist eine Beendigung der Debatte heute nicht möglich. Ich werde daher die Debatte in der nächsten Sitzung des Gemeinderathes durchführen und schließe für heute die Sitzung.

(Schuss der Sitzung 8 Uhr abends.)

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **29. Mai 1895** unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Karl Lueger.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich constatiere die Anwesenheit von mehr als 92 Mitgliedern des Gemeinderathes und erkläre die Sitzung für eröffnet.

Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl eines Bürgermeisters der Stadt Wien.

Ich ernenne zu Schriftführern die Herren Gem.-Räthe Dr. Zimmermann und Schrenckh und bitte sie, dieses Amt zu übernehmen.

Zu Scrutatoren ernenne ich die Herren Gem.-Räthe Dr. Rechansky und Strobach.

Nicht erschienen sind die Herren Gem.-Räthe Dr. v. Billing und Manner. Herr Gem.-Rath Dr. v. Billing hat folgendes ärztliches Zeugnis eingesandt (liest): „Der unterzeichnete Brunnenarzt bestätigt hiemit, dass Herr St.-R. Dr. Heinrich Billing Edler von Gemmen in seiner Behandlung steht und dass derselbe ohne ernstliche Beeinträchtigung seiner Gesundheit und Gefährdung der Wirkung der bisher mit günstigem Erfolge verlaufenen Cur nicht abreisen kann. Karlsbad, 25. Mai 1895", folgt die Unterschrift. Herr Dr. v. Billing ist übrigens auch beurlaubt, weshalb seine Abwesenheit jedenfalls als entschuldigt zu betrachten ist.

Wegen Krankheit ist entschuldigt Herr Gem.-Rath Manner. Die Herren können sich noch aus der letzten Sitzung des Schreibens des Herrn Gem.-Rathes Manner erinnern und ich glaube daher, dass es nicht nothwendig ist, dasselbe noch einmal zu verlesen. (Zustimmung.) Ich bitte daher diejenigen Herren, welche das Ausbleiben des Herrn Gem.-Rathes Manner als gerechtfertigt erklären, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Einstimmig angenommen.

Ich ersuche nunmehr die Herren Schriftführer, mit dem Namensaufrufe zu beginnen, und bitte die Herren Gemeinderäthe, die Stimmzettel abzugeben.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dr. Zimmermann geben folgende Gemeinderäthe die Stimmzettel ab: Adam Heinrich, Axmann Karl, Bachofen v. Echt Adolf, Bärtl Josef, Becker Gustav, Beutnitz Johann, Boschan Georg, Brauneiß Leopold, Büsch Karl Friedrich, Daum Adolf Josef, Dr., Dehm Ferdinand, Dobeš Josef, Dürbek Johann, Eigner Franz, Engerth Karl, Freiherr v., Erndt Bernhard, Fickeys Johann, Frauenberger Franz, Friedjung Heinrich, Dr., Fuchs Karl Josef, Gauguſch Anton, Geitler Robert, Gerhardus Hermann, Geßmann Albert, Dr., Geyer Franz, Gfrorner Johann, Götz Josef, Götz Raimund v., Goldschmidt Theodor, Ritt. v., Gräf Ferdinand, Gregorig Josef, Gruber Max, Dr., Gruber Michael, Dr., Grübl Raimund, Dr., Grünbeck Josef, Grünbeck Sebastian, Hackenberg Ferdinand, Dr., Hallmann Karl, Haßfurther Martin Ludwig, Hauke Eduard, Hawranek Josef Anton, Helbig Karl, Herold Alfons, Hipp Johann, Hörmann Karl, Höfflinger Max, Dr., Jedlička Johann, Kaiser Karl, Kirchmayer Josef, Klotzberg Emerich, Dr., Koch Josef, Kreisel Franz, Kupka August, Dr., Lang Ludwig, Latschka Adam, Lechner Karl, Lederer Moriz, Dr., Leitner Josef, Lerch Alexander, Dr., Lißbauer Karl, Litschke Moriz, Lueger Karl, Dr., Lukſch Rudolf, Mareſch Franz, Markl Josef Benedict, Matthies Heinrich, Matzenauer Josef, Mayer Karl Moriz, Migl Josef, Mittler Alfred, Dr., Müller Josef, Müller Karl Johann, Müller Lorenz, Nechansky August, Dr., Neumann Franz, Ritt. v., Noske Constantin, Oberzeller Rudolf, Pichler Johann, Platter Hugo, Pollak Eduard, Polzhofer Rudolf, Pommer Josef, Dr., Purſcht Alexander, Rader Julius, Dr., Rauer Josef, Rauſcher Ferdinand Emil, Reichert Josef, Richter Albert, Dr., Rißaweg Josef, Röhrl Georg, Rückauf Franz, Sauerborn Johann, Schenzel Franz, Schlechter Josef Dominik, Schleſinger Josef, Schlögl Josef, Schneeweiß Martin, Schneiderhan Josef, Schoderböck Wilhelm, Scholz Josef, Dr., Schreiner Karl, Schrenckh Johann Nep., Schuh Johann Karl, Schwarzmayer Ludwig, Seidler Wilhelm, Seiler Leopold, Silberer Victor, Simon Gustav, Stefan Sylveſter, Stehlik Karl, Steiner Leopold, Stern Alfred, Dr., Stiaßny Wilhelm, Strobach Josef, Stummer Ritt. v. Traunfels Rudolf, Sturm Gregor, Tagleicht Karl, Taubler Ferdinand, Tiſchler Josef, Tomanek Paul, Tomola Leopold, Vaugoin Karl, Vogler Ludwig, Dr., Waegner Heinrich, Weitmann Andreas, Werdecker Johann, Weſſely Ignaz Franz, Weſſely Vincenz, Wieder Alois, Wimberger Karl, Winker Josef Karl, Witzelsberger Richard, Wünſch Josef, Wurm Alois, Zimmermann Karl, Dr. — Nach einer Pause:) Es ist $^1/_2$6 Uhr, ich beginne mit dem Scrutinium.

(Vice-Bürgermeister Dr. Lueger entnimmt die Stimmzettel einzeln der Urne; Scrutator Gem.-Rath Strobach verliest die auf demselben verzeichneten Namen. — Nach Beendigung des Scrutiniums:)

Abgegeben wurden 135 Stimmzettel; davon entfielen auf meine Wenigkeit 67 Stimmen, leer waren 64 Stimmzettel, Herr Georg Boschan erhielt 2 Stimmen, Herr Dr. Heinrich v. Billing 1, Herr Dr. Lederer 1 Stimme. Es ist daher die nöthige Stimmenanzahl nicht erzielt worden und wir müssen infolgedessen zur zweiten Wahl schreiten.

Ich lasse eine kleine Unterbrechung eintreten, damit die Herren sich vorbereiten können. (Nach einer Pause:) Ich glaube, dass die Herren alle bereit sind, und ich bitte daher, mit der Namensverlesung zu beginnen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Schrenckh geben die Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Wir schreiten zum Scrutinium.

(Vice-Bürgermeister Dr. Lueger entnimmt die Stimmzettel einzeln der Urne; Scrutator Gem.-Rath Strobach verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach Beendigung des Scrutiniums:)

Meine Herren! Das Scrutinium hat folgendes Resultat ergeben: 135 Stimmen wurden abgegeben; davon entfielen 68 Stimmen auf meine Wenigkeit, 63 Stimmzettel waren leer, 3 Stimmen entfielen auf Herrn Collegen Boschan, 1 Stimme auf Herrn Dr. v. Billing. Es ist daher nicht die nöthige Stimmenanzahl auf meine Person vereinigt. Ich werde noch einen Wahlgang vornehmen lassen. Ich warte vielleicht fünf Minuten, damit sich die Herren mit Stimmzetteln versehen. (Nach einer Pause:) Die Pause von fünf Minuten ist verstrichen, ich bitte, mit dem Namensaufrufe zu beginnen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dr. Zimmermann geben die Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Wir beginnen mit dem Scrutinium.

(Vice-Bürgermeister Dr. Lueger entnimmt die Stimmzettel einzeln der Urne; Scrutator Gem.-Rath Strobach verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach Aufrufung der siebzigsten auf Vice-Bürgermeister Dr. Lueger entfallenen Stimme ertönt lebhafter Beifall und Händeklatschen im Saale links und auf den Gallerien.) Ich ersuche die Gallerien, sich jedes Beifalls- und Missfallszeichens zu enthalten. (Nach Beendigung des Scrutiniums:)

Meine Herren! Das Scrutinium hat folgendes Resultat ergeben: Abgegeben wurden 135 Stimmzettel. Davon entfielen auf meine Wenigkeit 70 Stimmen, leer waren 58 Stimmzettel; auf Herrn Georg Boschan entfielen 6 Stimmen, auf Herrn Dr. Heinrich v. Billing 1 Stimme. Es ist daher auf meine Wenigkeit die nach dem Gesetze erforderliche Anzahl von Stimmen entfallen.

Ich unterbreche die Sitzung auf eine Viertelstunde. (Beifall. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung:)

Indem ich jenen geehrten Herren, welche ihre Stimme mir zugewendet haben und welche mir dadurch das Vertrauen bekundeten, dass ich fähig wäre, die Bürgermeisterstelle der Stadt Wien zu versehen, herzlichst danke, erkläre ich, die auf mich gefallene Wahl nicht annehmen zu wollen. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall und Händeklatschen links und lebhafter Beifall auf der Gallerie.)

Die Besucher der Gallerie haben sich aller Beifalls- und Missfallsäußerung zu enthalten. Ich habe Sie einmal darum gebeten und bitte Sie zum zweitenmale. Ich ersuche Sie, diese Bestimmung des Gesetzes und der Geschäftsordnung zu respectieren und zu beobachten.

Wir schreiten zu einem neuen Wahlgange. Ich bitte, die Stimmzettel zu vertheilen. (Widerspruch rechts. — Lebhafter Beifall links. — Gem.-Rath Dr. Lederer meldet sich zur Geschäftsordnung.)

Zur Geschäftsordnung hat Herr Collega Dr. Lederer das Wort.

Gem.-Rath Dr. Lederer: Ich erlaube mir meine Ansicht über die Bestimmung des Statutes, letztes Alinea des § 22, in der Weise auszusprechen, dass ich glaube, dass diese Wahl, von der hier die Rede ist, nicht in demselben Wahlgange vorgenommen werden kann (Zustimmung rechts), sondern dass längstens binnen acht Tagen eine neue Wahl — heißt es im Gesetze — nach den in diesem Paragraphe angegebenen Vorschriften vorzunehmen ist. Ich bin also der Meinung, dass eine neue Wahl nach denselben Vorschriften des Gesetzes auszuschreiben ist, wie die jetzt fruchtlos verlaufene, welche abgehalten wurde.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Silberer hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Silberer: Ich muss aufrichtig sagen, ich bin nicht genug Jurist, aber ich habe auch das Gefühl, dass das nicht so ohneweiters geht und es einer frischen Ausschreibung bedarf. Ich muss mich da aber auf die Herren verlassen, die im Gesetze versierter sind. Ich urtheile dem Gefühle nach und glaube auch, dass das nicht geht.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Dr. Richter zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Dr. Richter: Nachdem das, was ich sagen wollte, durch die Ausführungen des Herrn Dr. Lederer erschöpft ist, verzichte ich auf das Wort.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Dr. Klotzberg zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich verzichte und schließe mich den Ausführungen des Herrn Dr. Lederer an.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Rauscher hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Rauscher: Ich bemerke, dass ich die Anschauung des geehrten Herrn Dr. Lederer nicht theilen kann, und zwar nach dem klaren Wortlaute des Gesetzes § 22, letztes Alinea. Da heißt es: Wenn ein zum Bürgermeister Gewählter die Bestätigung nicht erhält, dann ist binnen längstens acht Tagen eine Neuwahl vorzunehmen. Übrigens besteht ein Präcedens. Vor ungefähr 14 Tagen, als Herr Dr. Richter mit 70 Stimmen zum Vice-Bürgermeister gewählt wurde (Zustimmung links), hat er die Wahl nicht angenommen und wir sind sofort an eine Neuwahl geschritten. (Zustimmung links.) Es heißt hier, gestatten Sie, dies vorzulesen (liest):

„Nimmt ein zum Bürgermeister oder Vice-Bürgermeister oder Mitglied des Stadtrathes Gewählter die Wahl nicht an" — das ist der eine Fall — „oder wird die Wahl des Bürgermeisters nicht bestätigt" — das ist der zweite Fall — „so ist binnen längstens acht Tagen eine neue Wahl vorzunehmen." Es trifft unter diesen zwei Bedingungen zu, sonst nicht. Ich gebe daher dem gegenwärtigen Vorsitzenden vollkommen recht, wenn er auf Grund seiner Machtbefugnis einen vierten Wahlgang anordnet.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Dr. Richter zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Dr. Richter: Das Präcedens, welches von dem geehrten Herrn Vorredner eben angeführt worden ist, kann nicht ins Feld geführt werden. Damals hat die gesammte Versammlung einstimmig einer sofortigen Vornahme der Wahl zugestimmt, was heute nicht der Fall ist, und wir verlangen nichts anderes, als dass das Gesetz beobachtet werde. (Beifall rechts, lebhaftes Gelächter links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte um Ruhe, meine Herren! (Gem.-Rath Gregorig: Das ist ja lächerlich, wenn Dr. Richter vom Gesetze redet!) Herr Collega Dr. Geßmann zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Meine Herren! Schon nach dem klaren Wortlaute des § 22 kann es gar keinem Zweifel unterliegen, dass diese Wahl auch sofort vorgenommen werden kann, denn es heißt dort nur „längstens" und es wird gewiss den verehrten Herren Juristen ganz klar sein, dass es sich da um eine Maximalbestimmung handelt, um eine Terminbestimmung (Beifall), die unter keinen Umständen hinausgeschoben werden kann, aber durchaus nicht, dass gesagt würde, es müsse gerade in acht Tagen die Wahl stattfinden. Meine Herren, das liegt ja in der Natur der Sache, denn es müsste allenfalls an einem Feiertage oder bei irgendeiner außerordentlichen Gelegenheit gerade nach acht Tagen die Neuwahl, beziehungsweise die Neuausschreibung erfolgen. Es handelt sich ganz zweifellos nur um eine Maximalbestimmung, und deshalb steht meiner Überzeugung nach der Vornahme der Wahl nicht das mindeste im Wege. (Zustimmung links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Dr. Mittler zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Dr. Mittler: Das Schlussalinea des §. 22 des Gesetzes ist zweifellos dahin aufzufassen, dass, wenn nicht die Versammlung einhellig einer anderen Ansicht beipflichtet (Gem.-Rath Hawranek: Das steht nicht drinnen!), der Wahlact als solcher abgesondert vorzunehmen ist. Die Befristung binnen acht Tagen ist eine Längstfrist, welche aber natürlich auch abgekürzt, aber nicht auf dieses Minimum reduciert werden kann (Widerspruch links, Rufe links: Wo steht das!?) — bitte mich aussprechen zu lassen — dass dieser neue Wahlact sofort auf den früheren folgen könnte. Wenn diese Absicht des Gesetzes bestanden hätte, so hätte die dem Gesetzgeber offenbar vorschwebende Möglichkeit einer sofortigen

Wahl ausdrücklich ins Auge gefasst werden können. Es liegt aber noch ein anderer Grund vor, die Auffassung, welche von dieser Seite vertreten wird, zu unterstützen, und der besteht darin, dass es heißt, dass binnen längstens acht Tagen eine neue Wahl nach den in diesem Paragraphe angegebenen Vorschriften vorzunehmen sei. Die in diesem Paragraphe angegebenen Vorschriften sind hauptsächlich diejenigen, welche sich auf die Einladung der Gemeinderäthe zur Wahl beziehen. Diese Einladung muss eine außerordentliche, muss eine ausdrückliche, besondere sein. Es muss zu einer Bürgermeisterwahl eingeladen werden in einem Zeitpunkte, wo eine solche Bürgermeisterwahl noch nicht vorgenommen worden ist. Eine solche Wahlhandlung hat aber stattgefunden, sie ist beendigt worden (Ruf links: Nur unterbrochen worden!), ist beendigt worden, hat zu dem positiven Wahlresultate geführt, dass ein passiv wahlberechtigter Bürger zum Bürgermeister gewählt wurde; es ist daher dieser Wahlact meines Erachtens abgeschlossen. Zu einem neuen Wahlacte hat im Sinne des § 22 eine ausdrückliche Wahleinladung zu erfolgen. Es ist nicht unmöglich, dass zu einem anderen Wahlacte Mitglieder des Gemeinderathes, welche am heutigen Wahlacte nicht theilgenommen haben, noch erscheinen könnten (Sehr richtig! rechts); auch dasjenige Mitglied, welches an der heutigen Versammlung aus welchem Grunde immer nicht theilgenommen hat, ist berechtigt, an der neuerlich nothwendig gewordenen Wahl theilzunehmen.

Das sind die rechtlichen Gründe, die ich zur Unterstützung der von Herrn Dr. Lederer ausgesprochenen Ansicht anführe und, wie ich glaube, der Objectivität der ganzen Versammlung unterbreiten kann.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Im § 22, letztes Alinea, heißt es ausdrücklich (liest): „Nimmt ein zum Bürgermeister, Vice-Bürgermeister ꝛc. . . . " (Rufe links: Das haben wir schon gehört!) Bitte, wir haben Sie auch angehört — „die Wahl nicht an, so ist binnen längstens acht Tagen eine neue Wahl auszuschreiben . . . (Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Nicht auszuschreiben, vorzunehmen! — Ruf links: Lesen Sie nur richtig!) . . . und zwar nach der in diesem Paragraphe angegebenen Vorschrift." (Rufe links: Nicht einmal lesen kann er! — Unruhe — Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte um Ruhe!) Es heißt ausdrücklich, sie sind mit dem Beisatze einzuladen, dass jene Mitglieder ꝛc., kurz und gut, es heißt hier ausdrücklich, dass so verständigt werden muss, wie zur heutigen Wahl, nachdem das eine neue Wahl ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Dr. Grübl zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Dr. Grübl: Meine Herren! Ich glaube, wir sollten uns über diese Frage nicht streiten, und da auf den Vorgang bei der Wahl des Herrn Dr. Richter zum ersten Vice-Bürgermeister hingewiesen worden ist, welche Wahl derselbe dann nicht angenommen hat, so erlaube ich mir, das vorzulesen, was ich nach dem stenographischen Protokolle über die Sitzung vom 14. d. M. damals gesagt habe. Herr Dr. Richter hat sich für die Wahl bedankt und hat erklärt, er lehne dieselbe ab. Darauf heißt es hier (liest): „Bürgermeister: Der Wahlgang ist sonach resultatlos geblieben und es ist eine Neuwahl vorzunehmen. Es wird wohl kein Anstand sein, dass wir sofort zu einer Neuwahl schreiten. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich. — Gem.-Rath Gregorig: Selbstverständlich!) Selbstverständlich ist das gar nicht. Da von keiner Seite eine Einwendung erhoben wird, so wird sofort zur neuen Wahl geschritten. (Gem.-Rath Matthies meldet sich zum Worte.) Gem.-Rath Matthies: Ich glaube, nach dem Statute muss eine Neuwahl ausgeschrieben werden." Nun sagte ich (liest): „Daraus" — nämlich aus dem Statute — „ergibt sich, dass längstens binnen acht Tagen die Wahl vorzunehmen ist, dass sie aber auch wann immer innerhalb dieser Zeit — natürlich nach den Vorschriften der Gemeindewahlordnung — vorzunehmen ist. Es ist daher kein Anstand, die Wahl jetzt schon vorzunehmen. Keine Einwendung?" — Ich nahm sie dann auch vor, ich habe aber auch ausdrücklich constatiert: „Selbstverständlich ist das gar nicht. Da von keiner Seite eine Einwendung erhoben wird, so wird sofort zur Wahl geschritten." Meine Herren, ich glaube, wir sollen das heute nicht thun, ich glaube auch, dass ein weiteres Fortsetzen der Wahl kein positives Resultat liefern würde (Rufe links: Macht nichts!), und ich meine, dass es im Interesse aller liegen würde, nunmehr die Wahlhandlung zu unterbrechen. (Rufe links: Auflösen!) Ich bitte den Herrn Präsidenten, in diesem Sinne vorzugehen, eventuell eine Abstimmung in diesem Sinne vorzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich werde in diesem Sinne nicht vorgehen und werde auch eine Abstimmung nicht vornehmen lassen. Es ist zweifellos, dass ich berechtigt bin, eine neue Wahl nunmehr vornehmen zu lassen, und diese Berechtigung hat Herr Dr. Raimund Grübl in geradezu unwiderleglicher Weise dargethan. Darüber, ob ein Gesetz zu beobachten ist oder nicht, entscheidet nicht der Wille der Versammlung, sondern entscheidet das Gesetz. (Beifall links.) Wenn nach dem Gesetze eine neue Wahl auszuschreiben wäre, dann, meine Herren, hätte auch damals, als Herr Dr. Richter die auf ihn gefallene Wahl als Vice-Bürgermeister nicht angenommen hat, eine neue Wahl ausgeschrieben werden müssen (Rufe links: So ist es!) — wenn das Gesetz wäre; denn auch der Beschluss dieser Versammlung kann das Gemeindestatut und kann die Wahlordnung nicht ändern. Gesetz bleibt Gesetz. (Zustimmung links.) Nachdem damals der Herr Bürgermeister Dr. Grübl ausdrücklich erklärt hat, dass es zulässig ist, eine neue Wahl vorzunehmen, muss er damals der Anschauung gewesen sein, dass dann, wenn der Gewählte die auf ihn gefallene Wahl nicht annimmt, sofort eine neue Wahl vorgenommen werden kann. Diese Anschauung ist auch unbedingt richtig, weil die Frist, die im § 22 der Wahlordnung gesetzt ist, nur eine Fallfrist ist und keineswegs in dem citierten Paragraphe ausgedrückt ist, an welchem Tage und zu welcher Stunde die betreffende Neuwahl vorzunehmen ist. Es heißt nur darin, dass sie längstens binnen acht Tagen vorzunehmen ist. Diese Bestimmung ist zu dem Zwecke getroffen, damit nicht eventuell eine Verschleppung dieser Wahl herbeigeführt werden kann. Ich bitte also, noch einmal die Stimmzettel zu vertheilen. Wir schreiten zum neuen Wahlgange. (Lebhafter Beifall links. — Gem.-Rath Dr. Grübl meldet sich zum Worte.) Also nochmals Herr Collega Dr. Grübl!

Gem.-Rath Dr. Grübl (zur Geschäftsordnung): Ich habe demgegenüber nur Folgendes zu bemerken. Ich habe aus dem Protokolle vorgelesen — wörtlich vorgelesen — dass ich damals ausdrücklich erklärt habe, es ist das nicht selbstverständlich. (Unterbrechungen links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich bitten, nicht zu unterbrechen. Es wird dann die Verhandlung umso rascher durchgeführt werden können.

Gem.-Rath Dr. Grübl (fortfahrend): Ich habe gesagt: „wenn keine Einwendung erhoben wird", und habe constatiert, dass keine Einwendung erhoben wird.

Meine Herren, es handelt sich in diesem Falle um Folgendes: Es ist eine Wahl ausgeschrieben, und die Wahl ist auch wirklich vorgenommen worden. Es ist jetzt eine neue Wahl vorzunehmen. Damals hat jedes einzelne Mitglied der Versammlung erklärt, die Einladung, welche an ihn ergangen ist, auch für die weitere Neuwahl anzunehmen und eine Einwendung nicht zu erheben. Deswegen konnte nach meiner Ansicht mit der Wahl auch wirklich vorgegangen werden. Das trifft heute nicht zu, und ich möchte deshalb nochmals an den Herrn Vorsitzenden das Ersuchen richten, beziehungsweise ich stelle den Antrag, es möge beschlossen werden, die Wahl heute nicht vorzunehmen. (Widerspruch links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Dr. Richter hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Dr. Richter: Ich möchte bitten, mir das Wort zu geben, sobald der Beschluss enunciert ist über den Antrag, den Herr Gem.-Rath Dr. Grübl gestellt hat. (Rufe links: Es gibt keinen Antrag!)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wenn Herr Dr. Grübl den Antrag auf Schluss der Sitzung stellt, muss ich diesen Antrag zur Abstimmung bringen (Gem.-Rath Noske: Das ist nicht ein Antrag auf Schluss der Sitzung!); wenn er einen solchen Antrag nicht stellt, einen anderen Antrag bringe ich nicht zur Abstimmung. Die Frage, ob ein Wahlgang vorgenommen werden kann oder nicht, entscheidet der Vorsitzende und niemand anderer. (Lebhafter Beifall links.) Ich erkläre: ich handhabe das Gesetz, niemand anderer. Wenn Sie glauben, dass ich das Gesetz falsch anwende, dann stehen Ihnen die Schritte zu, die Sie uns zu wiederholtenmalen in früheren Zeiten angerathen haben. (Beifall und Händeklatschen links.) Herr Dr. Richter hat das Wort!

Gem.-Rath Dr. Richter (zur Geschäftsordnung): Ich erlaube mir, dem Herrn Vorsitzenden zur Kenntnis zu bringen, dass ich und eine Anzahl Collegen, deren Namen ich verlesen werde, gegen die Vornahme dieses Wahlactes Protest einlegen (Gelächter und Rufe links: Das können Sie ja!) und hiemit erklären, dass sie sich an der Wahlhandlung nicht betheiligen werden. Die Namen dieser Collegen sind folgende (liest): Klotzberg, Mittler, Vaugoin, Simon, Noske, Wünsch, Beutnitz, Tagleicht, Wurm, Stern, Dehm, Lang, Schenzel, Winker, Scholz, Lißbauer, Raimund v. Götz, Kirchmayer, Bachofen, Schoderböck, Matthies, Lechner, Stiaßny, Vogler, Helbig, Grübl, Koch, Matzenauer, Friedjung, Goldschmidt und Herold.

Gem.-Rath Dr. Rechansky: Ich auch!

Gem.-Rath Dr. Zimmermann: Ich auch!

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Dr. Rechansky betheiligt sich auch nicht und Herr Dr. Zimmermann auch nicht. Wünschen Herr Dr. Geßmann noch das Wort zur Geschäftsordnung? Es ist ja ganz gleich!

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Meine Herren! Es ist ja so sonnenklar, was in diesem Falle zu geschehen hat, und am besten durch zwei Momente bewiesen: Herr Dr. Klotzberg hat direct eine Änderung des Wortlautes vornehmen zu müssen geglaubt, indem er vorgelesen hat: „auszuschreiben" (Zustimmung links), und der gewesene Herr Bürgermeister Dr. Grübl hat in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise dargethan, dass der Vorgang absolut gesetzmäßig war; denn wäre er nicht gesetzmäßig, dann hätte Herr Dr. Grübl damals eine Verletzung des Gesetzes begangen (Lebhafter Beifall links), weil die Änderung des Statutes und der Wahlordnung nicht Sache der Versammlung, sondern Sache der berufenen Factoren, des Landtages u. s. f. ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Dr. Gruber hat das Wort. (Zwischenrufe.) Ich bitte, es sind noch vorgemerkt die Herren Collegen Schlesinger und Wünsch; ich gebe jedem der Herren das Wort in der Reihenfolge, wie er sich meldet. — Herr Dr. Gruber!

Gem.-Rath Dr. Michael Gruber (zur Geschäftsordnung): Sehr geehrte Herren! Die Herren von der liberalen Partei haben zwar ein sehr schlechtes Statut gemacht, aber sie verstehen auch sehr schlecht, es zu interpretieren. (Beifall links. — Widerspruch rechts.) Meine Herren! Es scheint, dass der gewesene Herr Bürgermeister Dr. Grübl . . . (Unterbrechung rechts), ich bitte sehr, mich aussprechen zu lassen — ungeheuer versiert sein mag, aber ich als simpler Jurist werde auch mit ein paar Worten constatieren können, dass der vom Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Lueger vorgeschlagene Vorgang dem Gesetze vollkommen entspricht. Meine Herren! Woraus setzt sich denn die Wahl zusammen? Die Wahl setzt voraus die Wahlladung. Mehr ist im Gesetze nicht verlangt. Auf welche Art die Ladung erfolgen soll, ist im Gesetze nicht bestimmt. (Lebhafter Widerspruch rechts. — Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte um Ruhe!) Ich bitte, die Art der Wahlladung hängt ab vom Herrn Bürgermeister. Eine schriftliche Einladung ist gar nicht erforderlich. (Widerspruch rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich bitten, meine Herren; Sie sind anderer Anschauung, Sie betheiligen sich ohnedies an der Wahl nicht, lassen Sie den Herrn Dr. Gruber reden!

Gem.-Rath Dr. Michael Gruber (fortfahrend): Es ist nur bestimmt, dass die Wahl binnen acht Tagen vorzunehmen ist, aber eine schriftliche Einladung ist nicht vorgesehen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Schlesinger hat das Wort.

Gem.-Rath Schlesinger (zur Geschäftsordnung): Der Herr Vorsitzende hat zu bestimmen, wie nach dem Gesetze vorzugehen ist, und wenn da ein Widerspruch stattfindet, so steht es den Herren von der anderen Seite (rechts) immerhin frei, nach der vollzogenen Wahl am richtigen Orte Einspruch zu erheben. (Gem.-Rath Noske: Das thun wir, wenn wir wollen!) Ich bin dafür, dass die Wahl vorgenommen werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Collega Wünsch!

Gem.-Rath Wünsch: Sehr geehrte Herren! Ich glaube, der Schwerpunkt zur Beurtheilung der Frage liegt in der Entscheidung, ob mit der Wahl des Herrn Dr. Lueger die Wahlhandlung vollendet war oder nicht. (Rufe links: Nein!) Nach meiner Ansicht ist in dem Augenblicke, wo die entscheidende Stimmenanzahl sich auf einen Mann vereinigt hat, die Wahlhandlung vollendet. (Unterbrechungen links. — Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich bitten, meine Herren!) Er hat dann seinerseits die Erklärung entweder gleich oder auch in einem späteren Zeitpunkte abzugeben, ob er die Wahl annimmt oder nicht. Nach beendeter Wahlhandlung hat jeder von uns das Recht, ohne den Bestimmungen des § 22 bezüglich des Mandatsverlustes zu unter-

liegen, den Saal zu verlassen. Es hätte also eine Anzahl von unseren Collegen, sei es nun von dieser oder jener Seite, nach beendigter Wahlhandlung das Recht gehabt, die Versammlung zu verlassen.

Wenn nun bei einer jetzt vorzunehmenden Wahlhandlung einer oder der andere von den Collegen beispielsweise nicht hier wäre, könnte man ihn nach meiner Ansicht des Mandates nicht verlustig erklären. (Widerspruch links.) Es könnte also auch dann eine Wahlhandlung nicht in dem Sinne vorgenommen werden, wie § 22 es vorschreibt. Daraus geht schon klar hervor, dass die Bestimmung des § 22 dahin zu deuten sei, die Wahlhandlung an einem anderen Tage, wozu wieder frisch eingeladen wird, vorzunehmen. (Unruhe und Unterbrechung links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich bitten um etwas Ruhe! Herr Collega Frauenberger wünscht das Wort; ich ertheile es ihm, ebenfalls zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich stehe nicht ganz auf dem Standpunkte der Herren Redner dieser Seite (rechts), welche vor mir gesprochen haben. Ich stehe auch nicht auf dem Standpunkte des Herrn Vorsitzenden, sondern ich glaube, dass in dieser Angelegenheit anders entschieden werden muss. Aus dem klaren Wortlaute des § 22 des Gemeindestatutes geht hervor, dass eine Neuwahl binnen acht Tagen vorzunehmen sei (Rufe links: So ist es!), dieselbe kann aber auch früher vorgenommen werden (Rufe links: Gewiss!) und dieselbe kann zweifellos nach meiner Auffassung auch jetzt stattfinden (So ist es! links), vorausgesetzt, dass die Versammlung das beschließt (Widerspruch links), und daher hat der Herr Vorsitzende unrecht, wenn er sich auf den Standpunkt stellt, nur das, was er allein in diesem Momente verfügt, ist recht; sondern ich würde bitten, dass er die Versammlung befrage, wie sie sich zu dieser Angelegenheit stellt, ob sie sofort die Wahl vornehmen will oder nicht.

Ich bitte, dass über diesen meinen Antrag abgestimmt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Meine sehr geehrten Herren! Seit dem Tage, an welchem Herr Gem.-Rath Dr. Richter die auf ihn gefallene Wahl zum Vice-Bürgermeister abgelehnt hat, ist meines Wissens das Gemeindestatut nicht geändert worden. (So ist es! links.) Es ist daher auch heute nach rechtem dasselbe, was damals unter der Regierung des Herrn Bürgermeisters Dr. Grübl rechtens war. Wenn Herr Dr. Grübl damals unmittelbar darauf eine Neuwahl vorgenommen hat, bin ich auch berechtigt, jetzt eine Neuwahl vornehmen zu lassen. (Beifall links, Widerspruch rechts.) Wenn die geehrten Herren glauben, dass ich jetzt das Gesetz verletze, so mögen Sie auch gleichzeitig dort, wo Sie sich beschweren, bemerken, dass Herr Dr. Grübl zwei Wochen vorher die nämliche Gesetzesverletzung begangen hat. (Oho-Rufe rechts.) Darf ich bitten! Das Gesetz bleibt sich gleich, ob jetzt Herr Dr. Grübl hier oben ist oder Dr. Lueger (Lebhafter Beifall links) und es ist eine ganz eigenthümliche Manier, meine sehr geehrten Herren, wenn man heute das Gegentheil dessen als richtig und gesetzlich hinstellt, was man früher richtig und gesetzlich gefunden hat. Ich, meine Herren, bin hier, um das Gesetz zu handhaben. Meine Herren! Ich werde nicht fragen, ich werde es handhaben, und wenn Sie etwas dagegen einzuwenden haben, dann mögen Sie jene Wege betreten, von denen Sie glauben, dass sie zum Ziele führen. Ich handhabe das Gesetz, ich frage niemand, weil niemand mir in dieser Hinsicht irgendeine Vorschrift zu ertheilen hat. Der Vorsitzende, respective der leitende Vice-Bürgermeister ist verpflichtet, die Bürgermeisterwahl vorzunehmen. Die Wahl des Bürgermeisters liegt nicht im Belieben des Gemeinderathes, sondern ist eine gesetzliche Pflicht, die jeder Gemeinderath zu erfüllen hat. Ich werde daher einen neuen Wahlgang vornehmen lassen und ersuche, die Stimmzettel zu vertheilen und dann sofort mit der Verlesung des Namensverzeichnisses zu beginnen.

Zur Geschäftsordnung haben noch das Wort die Herren Collegen Dr. Daum und Silberer. — Herr Dr. Daum!

Gem.-Rath Dr. Daum: Ich halte es für zweckmäßig, um den Wünschen von dieser Seite gerecht zu werden, demjenigen nachzugeben, wozu die Anregung vom Vorsitzenden gegeben worden ist, und ich beantrage Schluss der Sitzung. (Widerspruch links und Rufe: Das geht ja nicht!)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Über den Schluss der Sitzung muss ich sofort abstimmen lassen. Was dann geschieht, ist nicht meine Sache. (Lebhafte Unruhe.) Ich bitte mir doch meine Aufgabe nicht so zu erschweren. Es steht in der Geschäftsordnung, dass über den Schluss der Sitzung sofort abgestimmt werden muss. (Rufe: Namentlich abstimmen!)

Es ist Schluss der Sitzung beantragt. Ich werde die namentliche Abstimmung darüber vornehmen lassen und ersuche diejenigen Herren, welche für Schluss der Sitzung sind, mit Ja, und welche dagegen sind, mit Nein zu stimmen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dr. Zimmermann stimmen mit Ja die Gem.-Räthe:

Adam, Axmann, Bachofen v. Echt, Beutnitz, Boschan, Dr. Daum, Freih. v. Engerth, Erndt, Dr. Friedjung, Fuchs, Gangusch, Gerhardus, Raimund v. Götz, Ritt. v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Haßfurther, Herold, Kaiser, Kirchmayer, Dr. Klotzberg, Koch, Lang, Lechner, Dr. Lederer, Lißbauer, Lukisch, Markl, Matthies, Vice-Bürgermeister Matzenauer, Mayer, Dr. Mittler, Josef Müller, K. J. Müller, Dr. Nechansky, Ritt. v. Neumann, Röhrl, Schlechter, Dr. Scholz, Schreuckh, Seidler, Simon, Dr. Stern, Stiaßny, Ritt. v. Stummer, Tagleicht, Taubler, Vangoin, Dr. Vogler, J. F. Wessely, Witzelsberger, Wünsch, Wurm, Dr. Zimmermann.

Mit Nein die Gem.-Räthe:

Bärtl, Becker, Brauneiß, Büsch, Dobeš, Dürbek, Eigner, Fickeys, Frauenberger, Geitler, Dr. Geßmann, Geyer, Gfrorner, Josef Götz, Gräf, Gregorig, Dr. Max Gruber, Dr. Michael Gruber, Josef Grünbeck, Sebastian Grünbeck, Hallmann, Hauke, Hawranek, Helbig, Hipp, Hörmann, Dr. Hößlinger, Jedlička, Kreisel, Dr. Kupka, Latschka, Leitner, Dr. Lerch, Litschke, Vice-Bürgermeister Dr. Lueger, Maresch, Migl, Lorenz Müller, Noske, Oberzeller, Pichler, Platter, Pollak, Polzhofer, Dr. Pommer, Purscht, Dr. Rader, Rauer, Rauscher, Reichert, Dr. Richter, Rißaweg, Rückauf, Sauerborn, Schenzel, Schlesinger, Schlögl, Schneeweiß, Schneiderhan, Schoderböck, Schreiner, Schuh, Schwarzmayer, Seiler, Silberer, Stefan, Stehlik, Steiner, Strobach, Sturm, Tischler, Tomanek, Tomola, Waegner, Weitmann, Werdecker, Vincenz Wessely, Wieder, Wimberger, Winker.

Beim Aufrufe des Gem.-Rathes Dehm theilt Vice-Bürgermeister Dr. Lueger mit: „Herr Gem.-Rath Dehm hat sich

entschuldigen lassen; ihm ist so übel geworden, dass er die Sitzung verlassen musste.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Der Antrag des Herrn Collegen Daum auf Schluss der Sitzung ist mit 54 gegen 80 Stimmen abgelehnt worden.

Herr Collega Silberer zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Silberer: Ich will den Rechtsstandpunkt in der Frage nicht mehr berühren. Ich bekenne, dass ich mich nach den Ausführungen pro und contra zum Schlusse zu der Anschauung hinneige, welche der Herr Vorsitzende geäußert hat. Ich bemerke aber des weiteren, dass ich erwartet hätte, dass trotzdem seine Entscheidung anders ausgefallen wäre, weil eines feststeht, nämlich dass die Legalität der Wahlhandlung bestritten ist, wenn dieselbe jetzt fortgesetzt wird, während es zweifellos ist, dass niemand etwas Ungesetzliches etwa darin hätte finden können, wenn beispielsweise morgen die Ausschreibung für Dienstag oder Mittwoch erfolgt wäre. Es hat erst, glaube ich, in der letzten Sitzung der geschätzte Herr Vorsitzende speciell geäußert, er hat sogar einige Geschäftsstücke in der Reihenfolge, in welcher sie auf der Tagesordnung waren, verschoben, mit Rücksicht darauf, dass einige Herren das gewünscht haben — er werde jederzeit billigen Wünschen Rechnung tragen und entgegenkommen. Ich kann darin keinen unbilligen Wunsch finden; es ist ein sehr großer Theil der Minorität — es ist vielleicht die Majorität — welcher gewünscht hat, man möge die Wahl verschieben und ich hätte erwartet, dass der Herr Vice-Bürgermeister in dieser Weise entgegengekommen wäre. Ich glaube, es ist nicht einmal in seinem Interesse, in dieser Beziehung einem Beispiele von Vorgängern zu folgen, worüber er sich oft genug beklagt hat, und jetzt eine Vergewaltigung einer Minorität vorzunehmen. (Rufe: Einer Majorität! — Bravo! rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich möchte nur Folgendes bemerken. (Zwischenrufe links.) Ich werde mich schon selbst zu vertheidigen wissen.

Es kommt immer darauf an, in welcher Weise man ein Begehren stellt. Wenn man in der Weise vorgeht, wie es von den Herren von dieser (rechten) Seite beliebt worden ist, dass man einen Vorgang, den man selbst vor einigen Wochen beobachtet hat, heute deswegen als ungesetzlich erklärt, weil ein anderer hier an dieser Stelle steht, dann ist es meine Pflicht, meinen Rechtsstandpunkt zu vertheidigen. Wenn die geehrten Herren mir das Recht nicht streitig machen, dann kann ich entgegenkommen; wenn man aber mein Recht bestreitet, so muss ich dasselbe nach allen Richtungen zu vertheidigen bestrebt sein. Das ist der Grund meines Vorgehens.

Herr Gem.-Rath Noske zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Noske: Ich muss die letzte Bemerkung des Herrn Vorsitzenden ganz entschieden zurückweisen. Es ist schon hervorgehoben worden, dass zwischen dem Vorgange, wie er sich zur Zeit der Wahl des damaligen Herrn Vice-Bürgermeisters Dr. Richter abgespielt hat und wie er heute vor sich gegangen ist, ein großer Unterschied besteht; denn damals hat der ganze Gemeinderath einstimmig und ohne jede Einwendung erklärt, dass er einverstanden ist (Unterbrechung links), während heute nahezu der halbe Gemeinderath das Gegentheil erklärt. Ich möchte aber zu den Argumenten, welche für unsere Auffassung sprechen, noch eines hinzufügen, welches erst in der letzten Minute hinzugetreten ist. Der Herr College Dehm hat sich entfernt, und ich muss annehmen, dass das nach vollendeter Wahlhandlung geschehen ist, weil sonst der Vorsitzende verpflichtet gewesen wäre, dies mitzutheilen (Unterbrechungen links), weil, wie auch das Stimmenverhältnis ausweist, Herr Gem.-Rath Dehm an allen drei Wahlgängen theilgenommen hat. Herr Gem.-Rath Dehm musste sich wegen Unwohlseins entfernen; er war schon vor Beginn der Sitzung unwohl und hat sich trotzdem mit Mühe hergeschleppt. Als aber die Wahlhandlung vorüber war, hat er — natürlich im Glauben, dass die Wahlhandlung vorüber ist (Widerspruch links), dass der gesetzliche Act vollzogen ist, die Sitzung mit Kenntnisnahme seitens des Vorsitzenden verlassen. Der Herr College Dehm hat ein volles Recht darauf, sein Wahlrecht in der nächsten Sitzung auszuüben, und da er nicht anwesend ist, reclamiere ich zu den anderen Gründen dieses Wahlrecht des Herrn Collegen Dehm, der mit dem Bewusstsein fortgegangen ist, dass die Wahlhandlung vollendet ist. Der damals gewählte Herr Vice-Bürgermeister . . . (Unterbrechungen links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich um Ruhe bitten! Ich werde mich schon selbst gegenüber den geehrten Herren Collegen dieser (rechten) Seite zu vertheidigen wissen; ich bitte mich durch Unterbrechungen und Zurufe überhaupt nicht unterstützen zu wollen. Ich bitte, sich so ruhig als möglich zu verhalten, dann wird die Angelegenheit auch baldmöglichst verhandelt werden können. Die Herren sollten doch sehen, was gewisse Herren auf dieser Seite hier beabsichtigen. (Stürmischer Widerspruch und Oho-Rufe rechts. — Lebhafte Zustimmung links.) Ich bitte um Ruhe! Ich bitte den Herrn Redner, fortzufahren.

Gem.-Rath Noske (unter lebhafter Unruhe fortsetzend): Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, diese Äußerung aufzuklären. Wir lassen uns von ihm nicht verdächtigen; das darf er als Vorsitzender nicht thun.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte, Herr Gem.-Rath Noske, fortzufahren. Entweder — oder! (Allgemeine Unruhe.)

Gem.-Rath Noske: Ich verlange eine Aufklärung dieser Verdächtigung. (Lebhafte Unruhe.) Wir lassen uns das nicht gefallen, von Ihnen am allerwenigsten.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte den Herrn Collegen Noske, fortzufahren; wenn er nicht fortfährt . . .

Gem.-Rath Noske: Ich habe an Sie eine Aufforderung gerichtet.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte Sie, Ihre Rede zu beenden.

Gem.-Rath Noske: Jetzt bin ich fertig; ich habe die Aufforderung an Sie gerichtet, diese Verdächtigung aufzuklären.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Frauenberger zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren! Ich stelle ohne jede weitere Begründung den Antrag, dass die Sitzung nunmehr auf eine Viertelstunde unterbrochen werde, damit beiden Parteien Gelegenheit geboten werde, die Situation zu besprechen, und ich bitte den Herrn Vorsitzenden, diesen meinen Antrag zur Abstimmung bringen zu lassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Tagleicht zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Tagleicht: Ich muss den geehrten Herrn Vorsitzenden an einen Umstand erinnern, der ihn doch vielleicht veranlassen wird, den Wünschen der großen Mehrheit zu entsprechen. Es ist folgendes Factum heute vorgekommen, und zwar fasse ich

das als eine vom Vorsitzenden gegebene und von ihm auch zu erfüllende Zusage auf.

Nach dem zweiten Wahlacte hat der Herr Vorsitzende erklärt, er werde nunmehr noch einen Wahlgang vornehmen. Meine Herren, das ist ein Umstand, an dem wir festhalten. (Zustimmung rechts.) Ich berufe mich hiebei auf das stenographische Protokoll und ersuche den Herrn Vorsitzenden, sich an die von ihm abgegebene Erklärung stricte zu halten und davon Notiz zu nehmen, was er selbst erklärt hat.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich werde dem Ersuchen des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger, die Sitzung auf 15 Minuten zu unterbrechen, nachkommen. Es wird die Sitzung wieder aufgenommen und der Wahlgang vorgenommen. Die Sitzung wird fünf Minuten nach ½8 Uhr wieder aufgenommen werden.

(Unterbrechung der Sitzung 7 Uhr 20 Minuten. — Nach Wiederaufnahme derselben um 7 Uhr 35 Minuten:)

Meine Herren! Wir beginnen mit der Stimmenabgabe.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Schrenckh geben 86 Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Bevor wir zum Scrutinium schreiten, muss ich an die Herren die Frage richten, ob sie die Entfernung des Herrn Gem.-Rathes Dehm für gerechtfertigt erklären oder nicht. Ich constatiere, dass er mir gegenüber erklärt hat, dass er nur durch sein Unwohlsein gezwungen sei, die Sitzung zu verlassen; dass er in Kenntnis war, dass die Sitzung in seiner Abwesenheit fortgesetzt wird. Ich selbst kann bestätigen, dass Herr Collega Dehm von bedeutendem Unwohlsein befallen sein musste; diejenigen Herren, welche sein Fortgehen für gerechtfertigt erkennen, bitte ich, die Hand zu erheben.

Gem.-Rath Dr. Lerch: Auf Bitte des Herrn Collegen Dehm habe ich ihn untersucht, und ich kann constatieren, dass er sehr heftiges Fieber hatte.

Gem.-Rath Dr. Max Gruber: Ich bitte ums Wort nicht zu diesem Gegenstande, sondern wenn diese Angelegenheit erledigt ist.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich kann das Gleiche bestätigen wie Herr Dr. Lerch. (Gelächter links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Noske!

Gem.-Rath Noske (zur Geschäftsordnung): Ich habe nur kurz zu erklären, dass ich auf dem Standpunkte stehe, dass die ganze Wahl ungesetzlich ist. (Gelächter links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Das ist Nebensache! Herr Collega Sebastian Grünbeck!

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich habe zu erklären, dass auf dem Protest der Name des Herrn Dr. Klotzberg darauf war, obwohl er gar nichts davon gewusst hat! (Rufe links: Aha! Hört! Hört! — Rufe rechts: Das ist nicht richtig!)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Aber das ist ja ganz gleich. (Widerspruch rechts.) Darf ich bitten, das ist so gleichgiltig, Herr College Grünbeck, das ist so gleichgiltig als nur irgendetwas. Der Protest der Herren ist so ungesetzlich als irgendetwas. Das ist ja ganz gleich.

Diejenigen Herren, welche die Entfernung des Herrn Collegen Dehm für gerechtfertigt erklären, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist einstimmig für gerechtfertigt erklärt. (Gem.-Rath Noske: Oho!) Also, ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Mit allen Stimmen gegen die des Herrn Gem.-Rathes Noske. — Herr Dr. Max Gruber!

Gem.-Rath Dr. Max Gruber (zur Geschäftsordnung): Ich möchte nur an den Herrn Vorsitzenden die Anfrage richten, ob er die Anwesenheit von 92 Gemeinderäthen constatiert hat, da jetzt nicht alle Stimmen abgegeben wurden.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich habe eigens achtgegeben, ob diejenigen Herren, welche ihre Stimmen nicht abgegeben haben, hier im Saale anwesend sind oder nicht und kann constatieren, dass weit mehr als 92, weit über 100 Mitglieder, ja, ich glaube, alle mit Ausnahme derjenigen anwesend sind, welche entschuldigt abwesend waren.

Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg!

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (zur Geschäftsordnung): Ich habe nur zu erklären, dass ich nichts dagegen habe, dass ich unter den Protestierenden erscheine. (Lebhafte Heiterkeit links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wir schreiten zum Scrutinium.

(Vice-Bürgermeister Dr. Lueger entnimmt die Stimmzettel einzeln der Urne; Scrutator Gem.-Rath Strobach verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach Beendigung des Scrutiniums:)

Meine Herren! Das Resultat des Scrutiniums ist folgendes: Abgegeben wurden 86 Stimmzettel; hievon entfielen auf meine Wenigkeit 65 Stimmen, leer waren 19 Stimmzettel, auf Herrn Collegen Boschan entfiel 1, auf Herrn Dr. Heinrich v. Billing 1 Stimme. Es erscheint daher die nach dem Gesetze erforderliche Stimmenanzahl für keinen erreicht und die Wahl also resultatlos.

Ich unterbreche hiemit die Wahlhandlung bis Freitag den 31. d. M., präcise 5 Uhr nachmittags; ich bitte die Herren, hievon Kenntnis zu nehmen und an diesem Tage mit der nämlichen Rechtswirkung zu erscheinen, wie heute, weil für das Ausbleiben die nämliche Rechtswirkung eintreten würde, wie für das Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

(Die Sitzung wird um 8 Uhr abends unterbrochen.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **21. Mai 1895.**

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Lueger.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende:

Bärtl,	Rückauf,
Brauneiß,	Schlechter,
Grünbeck,	Schneiderhan,
Dr. Kupka,	Stiaßny,
Dr. Lederer,	Strobach,
Matthies,	Vaugoin,
Müller,	Dr. Vogler,
v. Neumann,	Wessely,
Dr. Rader,	Witzelsberger,
Rißaweg,	Wurm.

Beurlaubt: St.-R. Dr. v. Billing.
Experte: Oberingenieur Bischof.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger eröffnet die Sitzung.

St.-R. Dr. Lederer entschuldigt sein Späterkommen.

(Zur Kenntnis.)

Nachweisung über die Belastung des Reservefondes mit 18. Mai 1895:

Reservefond		400.000 fl. — kr.
Effective Belastung . . .	74.659 fl. 29 kr.	
Belastung durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen	89.818 fl. 65 kr.	
zusammen .		164.477 fl. 94 kr.
daher noch verfügbar .		235.522 fl. 06 kr.
und nach Abzug der für unvorhergesehene Auslagen bei den Bezirken 1 bis XIX à 500 fl. zu reservierenden		9.500 fl. — kr.
noch		226.022 fl. 06 kr.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefondes Anträge im Gesammtbetrage von 210.258 fl. 37½ kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

(4072.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über das Project für die Neupflasterung der Zwölfergasse, XV. Bezirk, und beantragt:

1. die Genehmigung des vorgelegten Projectes mit dem buchhalterisch adjustierten Gesammterfordernisse von 4281 fl. 58 kr.;

2. die Bewilligung des normalmäßigen Zehrungsbeitrages von täglich 2 fl. für den betreffenden Bauinspicienten;

3. die Genehmigung der Ausführung der Erd- und Pflasterungsarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 868 fl. 23 kr. durch die Ersteherin der currenten Pflasterungsarbeiten im XV. Bezirke, Francisca Pistl, gegen den offerierten Nachlass von 26·5 Percent und gegen Übernahme einer zweijährigen Haftung;

4. die Bewilligung des erforderlichen Zuschusscredites per 281 fl. 58 kr. zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 b. (Angenommen.)

(4027.) St.-R. Witzelsberger referiert über die Offerten des Alois Theiß in Allerding bei Schärding und des Johann Stuhlberger in Oberedt, Oberösterreich, auf Pflastersteinlieferung und beantragt die Ablehnung der beiden Offerte. (Angenommen.)

(4033.) St.-R. Witzelsberger referiert über die Offerte der Firma J. Krulis & Söhne in Ober-Mrač, Böhmen, betreffend die Lieferung von Pflastersteinen, und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(3976.) St.-R. Witzelsberger referiert über Rinnsalherstellungen im XVII. Bezirke und beantragt die Ausführung der im vorgelegten Kostenanschlage bezeichneten Rinnsalherstellungen mit dem Gesammterfordernisse von 2601 fl. 37 kr. Angenommen.)

(3999.) St.-R. Witzelsberger referiert über Gesuche um Verleihung der Wiener Zuständigkeit aus dem XV. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Mendl Heinrich, Milchmeier;

Rankl Leopold, Cartonagewaren-Erzeuger;

Uhljř Johann, v., Posamentierer;

Wacha Bartholomäus, Monteur;

Spörl Christoph, Gelbgießergehilfe;

Reh Franz, Metalldruckergehilfe;

Weibora Johann, Silberarbeiter;

Wetiška Anton, Gerüstpolier;

Starka Wenzel, Webergehilfe, und

Wenigr Karl, Meerschaum- und Bernstein-Drechslergehilfe.

(Angenommen.)

(4170.) St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Gersthof um Subvention und beantragt, der genannten Feuerwehr zur Begleichung der vorgelegten Rechnungen im Gesammtbetrage von 151 fl. 15 kr., sowie zur Bestreitung kleinerer Auslagen pro 1895 eine Subvention per 250 fl. gegen nachträgliche Vorlage eines Verwendungsausweises zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(4161.) St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen der Feuerwehr Hietzing um Überlassung des Schulgebäudes XIII., Hietzing, Am Platze 2, zu einer am 16. Juni 1895 stattfindenden Schauübung und beantragt die Bewilligung. (Angenommen.)

(4166.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Umwandlung der Wohnung des Oberlehrers der Knaben-Volksschule II., Gerhardusgasse 7, zu Lehrzimmern und beantragt:

1. Es sei die Umwandlung der erwähnten Wohnung in zwei Lehrzimmer nach dem Vorschlage der Localcommission vom 5. März 1895 mit dem vom Stadtbauamte veranschlagten Kostenbetrage von 1805 fl. 17 kr. zu genehmigen.

2. Es seien die betreffenden Arbeiten durch die städtischen Contrahenten für currente Arbeiten während der Hauptferien des Jahres 1895 in Ausführung zu bringen. (Angenommen.)

(4018.) St.-R. Dr. Vogler referiert über das Anbot des Karl Heim und der Theresia Thurner auf käufliche Überlassung ihrer Realität II., Brigittaplatz 19 (Rafaelgasse 16), zu Schulbauzwecken, und das Anbot von Jakob Eltbogen und Söhne auf käufliche Überlassung ihrer Realitäten II., Rafaelgasse 12 und 14, zu gleichen Zwecken und beantragt, diese Anbote abzulehnen, und zwar ersteres wegen zu geringen Ausmaßes der für den Schulbau disponiblen Grundfläche, letzteres wegen zu hoher Preisanforderung, beide zusammen aber wegen der zu hohen Gesammtkosten der Erwerbung sämmtlicher in Rede stehenden Realitäten. (Angenommen.)

(4240.) **St.-R. Bärtl** referiert über die Vermietung der Wohnung Nr. 27 im II. Stocke des städtischen Hauses IV. Bezirke Starhemberggasse 10, und beantragt, die Untertheilung der in Red, stehenden Wohnung Nr. 27 auf die aus der vorliegenden Bauamtsäußerung ersichtliche Weise in zwei Wohnungen und die Vermietung der letzteren zu den Jahreszinsen von 600 fl., beziehungsweise 700 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

(4068.) **St.-R. Rißaweg** referiert über Verwendung von Parcellen nächst der Schule X. Bezirk, Alxingergasse 82, zur Errichtung eines Jugendspielplatzes und beantragt die Einplankung und Planierung der Parcellen 820/76 und 77 mit dem Kostenbetrage von 250 fl. nach dem Bauamts-Antrage.

St.-R. Müller nimmt den Magistrats-Antrag auf, es seien die Parcellen 820/70, 71, 76, 77 mit einem Kostenbetrage von 450 fl. zu planieren und einzuplanken.

Referent accommodiert sich.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(4267.) **Vice-Bürgermeister Matzenauer** referiert über den Antrag der Bibliotheksdirection wegen Ankaufes eines vom Architekten Korompay gemalten Aquarelles, darstellend das Hotel Munsch, von der Kärnthnerstraße aus gesehen, um den verlangten Preis von 100 fl. und beantragt die Genehmigung dieses Ankaufes. (Angenommen.)

Weiters beantragt Vice-Bürgermeister Matzenauer, es sei der Bibliotheksdirector Dr. Glossy zu ermächtigen:

1. Ankäufe bis zu 100 fl. aus der Museumsdotation zu effectuieren,

2. Abschriften aus Archiven bis zum Betrage von 300 fl. pro Jahr aus der Bibliotheksdotation besorgen zu lassen.

Vorsitzender Vice-Bürgermeister Dr. Lueger beantragt ad 1 den Zusatz: „mit Zustimmung des jeweiligen Bürgermeisters, beziehungsweise geschäftsführenden Vice-Bürgermeisters."

Referenten Antrag mit Zusatz Dr. Lueger angenommen.

Antrag 1 an den Gemeinderath.

(4144.) **St.-R. Brauneiß** referiert über das Project für die Beleuchtung der Cottageanlagen nächst der ehemaligen Neuen Welt in Unter-St. Veit und beantragt, das Project des Stadtbauamtes mit dem jährlichen Kostenbetrage von 1782 fl. 25 kr. zu genehmigen; die Errichtung der einzelnen Flammen hat jedoch nur nach Maßgabe der fortschreitenden Verbauung zu erfolgen. (Angenommen.)

(4104.) St.-R. Brauneiß referiert über das Ansuchen des Bernhard Krauß im XVIII. Bezirke um Rückerstattung der Zuständigkeitstaxe und beantragt die Gesuchsgewährung, nachdem der Genannte sein Gesuch um Einbürgerung zurückgezogen hat. (Angenommen.)

(4169.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Unter-Sievering um Gerätheheistellung und Subvention und beantragt, für die Anschaffung der im vorgelegten Kostenanschlage verzeichneten Geräthe einen Betrag von 770 fl. 80 kr. zu genehmigen, ferner zur Bestreitung kleinerer Auslagen pro 1895 eine Subvention von 200 fl. gegen Verrechnung zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(4160.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Ansuchen der Wiener Baugesellschaft um Verabfolgung von 100 hl Trinkwasser täglich für die beim Baue der Wiener Stadtbahn, Gürtellinie Baulos IV und V beschäftigten Arbeiter und beantragt, diesem Ansuchen unter den vom Stadtbauamte formulierten Bedingungen und Modificationen Folge zu geben. (Angenommen.)

Über Anregung des Vice-Bürgermeisters Matzenauer wird weiters beschlossen, der Magistrat werde aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass bei den demnächst in Wien zur Durchführung gelangenden größeren Arbeiten die betreffenden Arbeiter immer mit Hochquellenwasser versorgt werden, eventuell diesbezüglich die geeigneten Vorschläge zu erstatten.

(4134.) St.-R. Schlechter referiert über die Wasserzufuhr auf dem Hernalser Friedhofe und beantragt:

1. die Zufuhr des erforderlichen Wasserquantums für den Hernalser Friedhof bis zu dem Betrage von 600 fl. zu bewilligen; für einen größeren Wasserbedarf hätte der Todtengräber jedoch selbst aufzukommen;

2. die Zufuhr des Wassers wäre gleich wie im vorigen Jahre dem Fuhrwerksbesitzer Johann Rousseau gegen die angeforderte Vergütung von 3 fl. per Fuhre zu übertragen und gleichzeitig zu gestatten, dass das Wasser auch für obige Zwecke aus dem Schöpfbrunnen in der Teichgasse und am Zimmermannsplatze entnommen werden dürfe.

St.-R. Sebastian Grünbeck beantragt, der Magistrat werde aufgefordert, Bericht zu erstatten, ob nicht durch Herstellung eines neuen Brunnens das nöthige Nutzwasser für den Friedhof beschafft werden könnte.

Referenten-Antrag mit Zusatz Grünbeck angenommen.

(3918.) St.-R. Schlechter referiert über die Zuschrift der Gemeinde Neunkirchen wegen Anbringung des Stadtwappens an dem auf dem Marktplatze in Neunkirchen zu errichtenden Monumentalbrunnen, Anbringung einer Inschrifttafel an dem Reservoire der Neunkirchener Wasserleitung: „Die Gemeinde Wien der Gemeinde Neunkirchen 1895" und Herstellung einer Einfriedung des Reservoirs und beantragt die Bewilligung zur Anbringung des Stadtwappens, sowie zur Anbringung der erwähnten Inschrifttafel nach dem Magistrats-Antrage.

Ferner wird die Bewilligung zur Herstellung einer Einfriedung des Reservoirs im Einvernehmen mit der Gemeinde Neunkirchen durch einen Staketenzaun von Naturholz mit einem in der Rubrik XXVI 6 o bedeckten Kostenbetrage per 600 fl. ertheilt. (Angenommen.)

(4131.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über die Vergebung der Arbeiten für die Auswechslung des Gasmotors für das Schöpfwerk XVIII. Bezirk, Martinsstraße, Ecke der Blumengasse, und beantragt die Annahme des Offertes des Fabrikanten J. Polke auf Lieferung und Aufstellung eines vierpferdekräftigen Gasmotors liegender Anordnung um den Betrag von 1190 fl. (Angenommen.)

(4135.) St.-R. Schneiderhan referiert in Angelegenheit der ferneren Beitragsleistung des k. k. Oberstthofmeisteramtes zur Straßenbespritzung für die Schönbrunnerstraße im XIV. und XV. Bezirke und beantragt, diesfalls Verhandlungen mit dem k. u. k. Oberstthofmeisteramte zu pflegen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt den Vorsitz.)

(4023.) St.-R. Schneiderhan referiert über die Bestellung eines Bauinspicienten für den Bau der Schöpfwerke in der Kaiser-Ebersdorferstraße und in der Presburger Reichsstraße, XI. Bezirk, und beantragt, die Bestellung eines Bauinspicienten für die beiden genannten Schöpfwerke zu genehmigen und demselben einen Zehrungsbeitrag von täglich 2 fl. 50 kr. nach dem provisorischen Normale zu bewilligen. (Angenommen.)

(4130.) **St.-R. Stiaßny** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend den Umbau des Canales in der Lilienbrunngasse und in der Kleinen und Großen Sperlgasse, II. Bezirk, und beantragt die Übertragung der betreffenden Arbeiten an den Maurermeister August Titz mit der begehrten Aufzahlung von 4 Percent zu dem mit 15.759 fl. 95 kr. adjustierten Kostenanschlage und 3050 fl. Pauschale gegen dem, dass bei diesen Arbeiten Roman-Cement der Marke Steinschell und Portland-Cement von Gartenau verwendet werde. (Angenommen.)

(Während der Erstattung des vorstehenden Referates hat Oberingenieur Bischof als Experte fungiert.)

(4129.) St.-R. Stiaßny referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend den Umbau des Canales V., Griesgasse, und beantragt die Vergebung der bezüglichen Arbeiten an Josef Cita (18·5 Percent Aufzahlung).

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt die Auslosung zwischen Josef Cita und Ed. Rzehaczek (ebenfalls 18·5 Percent Aufzahlung).

Referent accommodiert sich diesem Antrage.

St.-R. Strobach beantragt, dass die Arbeiten erst nach Vollendung des Sammelcanalbaues in der Hundsthurmerstraße begonnen werden dürfen.

Der Antrag auf Auslosung wird angenommen.

Das vom St.-R. Müller gezogene Los entscheidet für Josef Cita.

Antrag Strobach angenommen.

(4141.) St.-R. Stiaßny referiert über das Project für den Umbau der Haupt-Unrathscanäle in der Mineralbadgasse und Arndtstraße, XII. Bezirk, und beantragt, das vorgelegte Project mit dem Kostenerfordernisse von 11.673 fl. 98 kr. zu genehmigen und für den Inspicienten den normalmäßigen Zehrungsbeitrag von 2 fl. täglich zu bewilligen.

Die Kosten des Zweigcanales Arndtstraße—Bendelgasse per 1100 fl. sind auf das Pauschale, die sonstigen Mehrkosten auf den Reservefond zu verweisen.

Die Einmündung der bestehenden Hauscanäle in die umgebauten Haupt-Unrathscanäle wäre im Hinblicke auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 11. Juli 1894, Z. 2243 auf Kosten der Gemeinde Wien zu bewerkstelligen. (Angenommen.)

(4019.) St.-R. Stiaßny referiert über das Project für den Umbau des Haupt-Unrathscanales in der Meidlinger Hauptstraße zwischen der Schönbrunnerstraße und Hufelandgasse im XII. Bezirke und beantragt, das vorgelegte Project mit dem Kostenerfordernisse von 4971 fl. 82 kr. zu genehmigen und für den Inspicienten einen Zehrungsbeitrag von 2 fl. täglich nach dem provisorischen Normale zu bewilligen.

Die Verbindung der bestehenden Hauscanäle mit dem umgebauten Haupt-Unrathscanale wäre im Hinblicke auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 11. Juli 1894, Z. 2243, auf Kosten der Gemeinde Wien zu bewerkstelligen. (Angenommen.)

(4204.) St.-R. Stiaßny referiert über das Project für den Canalbau in der Vorgartenstraße an der Kreuzung mit der Ausstellungsstraße, II. Bezirk, und beantragt, das vorgelegte Project mit dem veranschlagten bedeckten Erfordernisse von 6079 fl. 60 kr. und die Auszahlung des normalmäßigen Zehrungsbeitrages von 1 fl. täglich an den Bauinspicienten zu genehmigen. (Angenommen.)

(4193.) St.-R. Stiaßny referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Umbau der Canäle in der Lederer- und Löwenburggasse, VIII. Bezirk, und beantragt die neuerliche Ausschreibung einer diesbezüglichen Offertverhandlung. (Angenommen.)

(4035.) St.-R. Stiaßny referiert über das Project für die Regulierung und Pflasterung der Ausstellungsstraße bei der Kreuzung mit der Vorgartenstraße, II. Bezirk, und beantragt:

1. das vorgelegte Project mit dem veranschlagten, die Gemeinde Wien treffenden Kostenerfordernisse von 4199 fl. 36 kr. und die Auszahlung eines normalmäßigen Zehrungsbeitrages von 1 fl. täglich an den Bauinspicienten zu genehmigen;

2. zur Bedeckung dieses Erfordernisses einen Zuschusscredit in der Höhe desselben zur Ausg.-Rubr. XXII 1 c zu bewilligen.

(Angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderath.)

(4194.) St.-R. Stiaßny referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend den Neubau eines Canales in der Johnstraße, XIV. Bezirk.

Über Anregung des Vorsitzenden wird beschlossen, den Act zur Ergänzung der Unterschrift auf der Offerte der Firma Pittel & Brausewetter dem Magistrate zurückzustellen.

(4024.) St.-R. Stiaßny referiert über das Ansuchen des Franz Daxelmüller um Bewilligung zur Anbringung zweier Steinzeugrohr-Rauchfänge an der Feuermauer des Schulgebäudes II., Pöchlarnstraße 42, und beantragt die Bewilligung nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(3907.) St.-R. Stiaßny referiert über das Ansuchen des Christian Mörzinger-Cabos und Consorten um Bewilligung zur Zusammenlegung der Realitäten Einl.-Z. 654 und 1346 des VII. Bezirkes, Mariahilferstraße, und zur Abtheilung derselben auf zwei Baustellen und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(4028.) St.-R. Stiaßny referiert über den Statthalterei-Erlass vom 2. Mai 1895, Z. 35332, betreffend die Bewilligung zum Ausbau der Central-Kesselanlage in der Artillerie-Zeugsfabrik im k. k. Artillerie-Arsenale und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(4090.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über die Anordnung der Wahl eines Mitgliedes des Stadtrathes für den zum Vice-Bürgermeister gewählten St.-R. Dr. Lueger und beantragt, die im Entwurfe vorgelegten Bestimmungen für diese Wahl zu genehmigen. (Angenommen.)

Die Wahl wird zufolge Anordnung des Vice-Bürgermeisters Dr. Lueger in der am Dienstag den 28. Mai, 5 Uhr nachmittags, stattfindenden ordentlichen Gemeinderaths-Sitzung vorgenommen werden.

(4121.) St.-R. Dr. Lederer referiert über die Bestimmung des Tages und der Modalitäten für die Wahl des Bürgermeisters und beantragt, die im Entwurfe vorgelegten Bestimmungen für diese Wahl zu genehmigen. (Angenommen.)

Die Wahl wird vom Vice-Bürgermeister Dr. Lueger für Mittwoch den 29. Mai 1895, 5 Uhr nachmittags, anberaumt.

(3905.) **St.-R. Matthies** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 2. Mai 1895, Z. 41781, betreffend die Baubewilligung für Herstellungen in der Krankenanstalt „Rudolf-Stiftung", III. Bezirk, zum Betriebe der Diphtherie-Heilserum-Gewinnung, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(4154.) St.-R. Matthies referiert über den Statthalterei-Erlass vom 12. Mai 1895, Z. 44663, betreffend die Bewilligung zum Baue einer Heizhauskaserne am Aspangbahnhofe und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(4102.) St.-R. Matthies referiert über das Ersuchen des k. k. Ministeriums des Innern um Umgangnahme von der Intabulierung des Reverses puncto Straßengrundübergabe an die Gemeinde anlässlich des Baues der Landwehr-Reitschule im III. Bezirke und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(4075.) St.-R. Matthies referiert über die Vorstellung des Rudolf Schneeweiß gegen den Stadtraths-Beschluss vom 7. März 1895, Z. 1621, betreffend die Schadloshaltung für den von der Realität III., Rennweg 68, Hafengasse 15, abzutretenden Straßengrund und beantragt die Einsetzung eines Verhandlungs-Comités. (Angenommen.)

Gewählt werden die St.-R. Matthies, Stiaßny und Rißaweg.

(4274.) **Vice-Bürgermeister Dr. Lueger** referiert über die Honorierung des Civil-Ingenieurs E. Grahn und des Georg Dunder, Directors der Gasanstalt Leipzig, für die ihnen übertragene Überprüfung des Projectes für den Bau einer städtischen Gasanstalt und beantragt, den genannten Experten das von ihnen beanspruchte Honorar von je 10.000 Mark anzuweisen. (Angenommen.)

(4053.) **St.-R. Matthies** referiert über das Ansuchen des A. Friedrich und K. Hanya um Bewilligung zum Bau eines Magazinsdepots auf der Realität XI., Hauptstraße 88, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses. (Angenommen.)

(4101.) St.-R. Matthies referiert über das Ansuchen des Alfred Collmann um Bestimmung der Schadloshaltung für den vom Hause III., Ungargasse 14, im Falle des Umbaues abzutretenden Straßengrund und beantragt, die Vornahme der Schätzung auf Kosten des Gesuchstellers zu genehmigen. (Angenommen.)

(4103.) St.-R. Matthies referiert über das Ansuchen des Georg Kodinar um Consens zur Herstellung einer Seilerhütte auf dem stiftlich Klosterneuburger Grunde Cat.-Parc. 3711, II. Bezirk, Ecke der Leipziger- und Nordwestbahnstraße, und beantragt, die Ertheilung des Bauconsenses gegen Anbringung einer Dachpappen-Eindeckung zu bestätigen. (Angenommen.)

St.-R. Matthies referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit an:

(3929.) VIII. Bezirk:

Ochabowicz Josefa, Dienstmagd;

Renner Anna, geb. Weiß, verw. Fuchs, Hausbesorgerin;

Sükert Anna, Handarbeiterin;

Rabas Alois, Baumeister;

Diersböck Johann, k. k. Postamtsdiener;

Einfalt Rudolf, Privatbeamter;

Köstner Ernest, Huf- und Wagenschmiedmeister;

Mateju Franz, Schneidergehilfe;

Steinböck Anton, Geschäftsdiener;

Kroupa Peregrin, Schneidermeister;

Baumann Josef, Buchhalter;

Himmer Barbara, Bedienerin;

Frey Marie, geb. Tauber, Private;

Mrkyoka Anton, Maurer;

Jalawetz Anton, Schneidergehilfe;

Krebs Francisca, Köchin;

Schebesta Johann, k. k. Briefträger;

Prager Josef, Gemischtwaren-Verschleißer;

Klaus Karl, Stadtträger;

Kaspar Alois, Schneidergehilfe;

Hons Eduard Johann, Silberarbeiter;

b) die Zusicherung der Aufnahme an:

(4039.) V. Bezirk:

Ruschitz Rudolf, Metallgießer;

Fischer Süßkind, Bildhauer;

Spalenszki Anna, Damenkleidermacherin;

Friedrich Emil, Graveur;

(4070.) IX. Bezirk:

Reil Barbara, geb. Setzker, Grünwaren-, Fisch- und Naturblumenhändlerin;

Schlesinger Siegmund, Börsebesucher;

Schlesinger Irma, Private;

Schlesinger Melanie, Private, und

Spielmann Rudolf, Privatbeamter. (Angenommen.)

(4069.) St.-R. Matthies referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem X. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für Preinl Josef, Gastwirt und Hauseigenthümer. (Angenommen.)

(4164.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über die Baulinienbestimmung für einen Theil der Ebersdorferstraße und für die Mühlsangergasse, XI. Bezirk, und beantragt:

I. Es werden für die:

1. Mühlsangergasse bei einer Straßenbreite von 16 m die Linien A B und D C;

2. Ebersdorferstraße in der Strecke der Mühlsangergasse bis zum Hause Conscr.-Nr. 16 bei einer Straßenbreite von 19 m die Linien D E L K einerseits und F G H I andererseits — als Baulinien bestimmt.

II. Rücksichtlich des Niveaus wird festgesetzt, dass die Fortsetzung der Ebersdorferstraße bis zum Hause Conscr.-Nr. 16 auf das neue Niveau 2 m über Null (Ferdinandsbrücken-Pegel) gebracht und für die Mühlsangergasse das bestehende Niveau an der Kreuzung mit der Ebersdorferstraße mit 2·30 m über Null beibehalten und mit dem neuen Niveau beim Kreuz (3·95 m über Null) in gleichmäßiger Steigung verbunden werde.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2963.) Gem.-Rath Ritt. v. Neumann referiert über die Baulinienänderung für die Favoritenstraße in der Strecke zwischen der Mayerhofgasse und Floragasse, IV. Bezirk, und beantragt:

Die Baulinienänderung für die Favoritenstraße in der Strecke zwischen der Mayerhofgasse und Floragasse sei nach den Linien A B C C' D zu genehmigen, wobei die Entfernung des Punktes C' von der gegenüberliegenden Front des Theresianums 23 m zu betragen hat. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(4059.) St.-Ritt. R. v. Neumann referiert über das Ansuchen des Stiftes Klosterneuburg um Consens zu baulichen Herstellungen bei dem Pfarrhofe in Unter-Meidling, Albrechtsberggasse, XII. Bezirk, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses. (Angenommen.)

(4074.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Ansuchen des Georg Flor um Schadloshaltung für den anlässlich des Umbaues der Realität Einl.-Z. 449 und 1331, VII. Bezirk, Or.-Nr. 28 Kandlgasse, 1 und 1 a Halbgasse, zur Straße abgetretenen Grund im Ausmaße von 65·41 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 20 fl. per Quadratmeter, d. i. mit dem Gesammtbetrage von 1308 fl. 20 kr. zu bestimmen. (Angenommen.)

(4146.) **St.-R. Dr. Rader** referiert über das Ansuchen des Kanzleipraktikanten Karl Bayer um Urlaubsbewilligung und beantragt, dem Genannten aus Gesundheitsrücksichten den nachgesuchten Urlaub in der Dauer von drei Monaten, vom 1. Juni d. J. ab gerechnet, zu bewilligen. (Angenommen.)

(4108.) St.-R. Dr. Rader referiert über die Entsendung von Kindern in das Seehospiz zu Grado und beantragt:

Im laufenden Jahre seien 44 Kinder, und zwar 40 in Wien heimatberechtigte Kinder für Rechnung der Gemeinde Wien und 4 Kinder ohne Rücksicht auf ihre Zuständigkeit für Rechnung der zu diesem Zwecke vorhandenen Mittel, nach Auswahl seitens des Stadtphysikates unter den bisherigen Modalitäten auf die Curdauer von 60 Tagen in das Seehospiz zu Grado zu entsenden.

(Angenommen.)

(4167.) **St.-R. Dr. Kupka** referiert über das Ansuchen der Schuldienerswitwe Katharina Burghart um Anweisung der Pension und beantragt die Anweisung der normalmäßigen Witwenpension im Jahresbetrage von 142 fl. 54 kr. und die Anweisung des Erziehungsbeitrages von je 53 fl. 99·2 kr. jährlich für die Stiefkinder: Georg, geboren 18. April 1879, Karoline, geboren 24. Juli 1880, Johann, geboren 12. Jänner 1884, Rosa Johanna, geboren 24. Mai 1887, und Robert, geboren 21. Mai 1888, somit Anweisung einer Gesammtsumme von jährlich 412 fl. 50 kr. ab 1. Februar 1895.

(Angenommen.)

(2175.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über das Ansuchen des Karl Mosetig um definitive Anstellung als Hausseelsorger der Wiener Bürger-Versorgungsanstalt und beantragt, dem Genannten die bisher provisorisch bekleidete Stelle eines Hausseelsorgers in der genannten Anstalt mit dem Jahresgehalte von 700 fl. und dem Genusse einer Naturalwohnung definitiv zu verleihen. (Angenommen.)

(4133.) **St.-R. Grünbeck** referiert über das Ansuchen der Apollonia Öhrling um Bewilligung zur Herstellung einer Einfriedungsmauer im Hause Or.-Nr. 43 Dornbacherstraße, XVII. Bezirk, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses. (Angenommen.)

(4080.) St.-R. Grünbeck referiert über das Project für die Straßenherstellung in der Lacknergasse, XVII. Bezirk, und beantragt, das vorgelegte Project mit dem Erfordernisse von 4936 fl. 55 kr., sowie die im Magistrats-Antrage vorgeschlagenen Ausführungsmodalitäten zu genehmigen. (Angenommen.)

(4137.) St.-R. Grünbeck referiert über das Project für die Umpflasterung des Elterleinplatzes vor den Häusern Or.-Nr. 8 bis 11, XVII. Bezirk, und beantragt, das vorgelegte Project mit dem veranschlagten bedeckten Kostenerfordernisse von 6335 fl. 63 kr. und die Auszahlung des normalmäßigen Zehrungsbeitrages von 2 fl. täglich an den Bauinspicienten zu genehmigen. (Angenommen.)

(4138.) St.-R. Grünbeck referiert über das Project für die Umpflasterung der Heiligenstädterstraße im XIX. Bezirke von Or.-Nr. 15 bis 33 und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Projectes mit dem Kostenerfordernisse von 4017 fl. 46 kr. und die Bewilligung des normalmäßigen Zehrungsbeitrages von täglich 2 fl. für den Bauinspicienten. (Angenommen.)

(4128.) **St.-R. Rißaweg** referiert über das Ansuchen des Theodor und der Elisabeth Schischitz um Genehmigung der Risalitanlage beim Hause X., Götzgasse 2, Laxenburgerstraße 22, und beantragt die nachträgliche Genehmigung der Überlassung des seinerzeit in Anspruch genommenen Risalitgrundes per 0·41 m² um den Preis von 30 fl. per Quadratmeter, das ist um den Betrag von rund 12 fl. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(4233.) **St.-R. Wessely** referiert über das Ansuchen des Vorstehers des XV. Bezirkes um Überlassung von Decorationsgegenständen zur Ausschmückung des Kirchenplatzes „Maria vom Siege" in Fünfhaus am 26. Mai 1895 anläßlich der Firmung und beantragt die Überlassung der erforderlichen Fahnen, Flaggen und Flaggenstangen aus dem städtischen Vorrathe. Den Hin- und Rücktransport der Decorationsgegenstände hat die Bezirksvorstehung zu besorgen. (Angenommen.)

(4002.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert in Betreff des Empfanges der Mitglieder des V. deutschen Stenographentages im Rathhause und beantragt:

1. Der geschäftsführende Vice-Bürgermeister wird ersucht, den Stenographentag namens der Gemeinde zu begrüßen.

2. Für den festlichen Empfang des Stenographentages wird ein Betrag von 1500 fl. bewilligt.

3. Dem Festausschusse des V. deutschen Stenographentages wird eine Subvention von 500 fl. bewilligt.

4. Die Gesammtauslage per 2000 fl. wird mangels einer budgetmäßigen Bedeckung auf den Reservefond verwiesen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(4076.) **St.-R. Wurm** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Bekanntgabe der Baulinie für das Haus Or.-Nr. 10 Spiegelgasse, I. Bezirk, an Rudolf Jäger und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(4077.) St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen des Dr. Josef Jeanée jun. noe. Steph. Esders und J. Gobert um Schadloshaltung für den von der Realität Or.-Nr. 18 Mariahilferstraße, Or.-Nr. 2 Breitegasse, VII. Bezirk, zur Straße abgetretenen Grund und beantragt, die Schadloshaltung für den abgetretenen Grund in der Mariahilferstraße per 257·43 m² mit 60 fl. per Quadratmeter und in der Breitegasse per 39·25 m² mit 20 fl. per Quadratmeter, zusammen mit dem Betrage von 16.230 fl. 80 kr., zu bestimmen. (Angenommen.)

(3983.) St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen der Bertha Dumont um Bestimmung des Übernahmspreises für den in die Area des Hauses Or.-Nr. 6 Rauhensteingasse, I. Bezirk, einbezogenen Straßengrund per 4·12 m² und beantragt, den Übernahmspreis mit 180 fl. per Quadratmeter, d. i. mit 741 fl. 60 kr. festzusetzen. (Angenommen.)

(3901.) St.-R. Wurm referiert über die Zuschrift des k. k. Ministeriums des Innern, betreffend die Veräußerung des nach Demolierung des Hauses Nr. 4 Laurenzerberg, I. Bezirk, verbleibenden Baugrundes und beantragt:

Es sei dem k. k. Ministerium des Innern mitzutheilen, dass die Gemeinde Wien der Veräußerung des nach Demolierung des Hauses Or.-Nr. 4 Laurenzerberg, Einl.-Z. 884, I. Bezirk, verbleibenden Baugrundes im Ausmaße von 193·765 m² um den Minimalpreis von 330 fl. per Quadratmeter zustimmt.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(4155.) St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen des Emanuel und des Ed. Schweinburg um Bestimmung der Schadloshaltung für den von der Realität I., Herrengasse 12, im Falle des Umbaues zur Straße abzutretenden Grund und beantragt, es werde der Magistrat unter der Bedingung, dass die Gesuchsteller die Kosten der Schätzung auf sich nehmen, ermächtigt, im Sinne des § 12 der Wiener Bauordnung noch vor dem Umbaue der bezeichneten Realität die Erhebung und Verhandlung wegen Bestimmung der Schadloshaltung für die Grundabtretung einzuleiten. Die diesfalls vom Stadtrathe festzusetzende Schadloshaltung wäre sohin für zwei Jahre giltig zu erklären. (Angenommen.)

(4021.) St.-R. Wurm referiert über den Magistratsbericht, betreffend den eventuellen Umbau der die 18jährige Steuerfreiheit genießenden, in der Verwaltung der Stadt Wien stehenden Fonds- und Stiftungshäuser, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(3735.) St.-R. Wurm referiert über den Magistratsbericht, betreffend den eventuellen Umbau der die 18jährige Steuerfreiheit genießenden städtischen Realitäten, und beantragt:

1. Der Bauamtsbericht vom 2. Februar 1894 wird zur Kenntnis genommen.

2. Die Beschlussfassung in Betreff des Umbaues der städtischen Realitäten Or.-Nr. 19 Matzleinsdorferstraße, Or.-Nr. 106 Gumpendorferstraße, Or.-Nr. 1 Morizgasse, Or.-Nr. 135 Liechtensteinstraße, Or.-Nr. 26 Meidlinger Hauptstraße, Or.-Nr. 9 Beatrixgasse und Or.-Nr. 2 c Gumpendorferstraße wird bis auf weiteres verschoben und ist das Stadtbauamt anzuweisen, bezüglich des eventuellen Umbaues dieser Häuser nach Ablauf von zwei Jahren neuerlich einen eingehenden Bericht zu erstatten.

3. Bezüglich der Verwertung der Realität Blindengasse 17 wird der Magistrat beauftragt, ohne Verzug Bericht zu erstatten. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Bezirksausschüsse.

Ergebnis der am 28. Mai 1895 vom ersten Wahlkörper des I. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahl für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897.

Zahl der zu wählenden Bezirksausschüsse	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurde gewählt	Zahl der erschienenen Wähler	Zahl der erhaltenen Stimmen
1	**Weißwasser** Hermann, Apotheker, I., Bartensteingasse 13	289	288

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 28. und 30. Mai 1895.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	11.374 Stück
Fettschweine	8.101 „
Summa .	19.475 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	10.941 Stück
für das Land	— „
unverkauft blieben	8.534 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . von 32 bis 43 (—) kr.
Fettschweine . . „ 32 „ 42 (—) „ } per Kg. Lebendgewicht.

Der Geschäftsverkehr war am Dienstagmarkte lebhaft und sind die Preise der Jungschweine um 1 kr. und die der Fettschweine um 2 bis 4 kr. per Kilogramm gestiegen.

Am Donnerstag-Nachmarkte sind bei lebhafter Kauflust Jung- wie auch Fettschweine um 2 kr. per Kilogramm gegen den Dienstagmarkt gestiegen.

* * *

Stechviehmarkt vom 30. Mai 1895.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 2802, Kälber lebend 1489, Lämmer Waidner 223, Lämmer lebend 792, Schafe Waidner 166, Schafe lebend 1710, Schweine Waidner 907.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per Kg.	von	46	bis	66 (70)	kr.
Kälber lebend	„ „	„	40	„	58 (60—64)	„
Schweine Waidner	„ „	„	36	„	48 (—)	„
Schweine lebend junge . .	„ „	„	—	„	—	„
Schweine lebend fette . .	„ „	„	—	„	—	„
Lämmer Waidner	„ Paar	von	4	bis	10 (—)	fl.
Lämmer lebend	„ „	„	4	„	11 (—)	„
Schafe Waidner	„ Kg.	von	30 (—)	bis	42 (46)	kr.
Schafe lebend	„ „	„	25 (—)	„	28 (—)	„
Schafe lebend	„ Paar	von	9	bis	22	fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 646 Stück Kälber mehr zugeführt. Bei lebhafter Tendenz sind Kälber erster Qualität um 6 bis 8 kr., mittlere und mindere Sorten um 4 bis 10 kr. per Kilogramm gestiegen.

Auf dem Schafmarkte wurden um 918 Stück Schafe mehr aufgetrieben. Die Kauflust war schwach und sind Exportschafe um 18 bis 22 fl., Brackschafe um 9 bis 14 fl. verkauft worden.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 30. Mai 1895 173 Stück Mast- und 254 Stück Beinlvieh aufgetrieben. Bei schwacher Kauflust sind die Preise gegen den Montagmarkt um 1 fl. per 100 kg gefallen.

* * *

Pferdemarkt vom 28. Mai 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 436 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 70—400 fl. per Stück
„ Schlachtpferde . . . . . 17— 88 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Verbot der Einfuhr von Schweinen aus Budapest und Steinbruch nach Niederösterreich und die Beschränkung der Einfuhr von Schweinen aus anderen Orten des Comitates Pest-Pilis-Solt-Kis-Kun nach Wien.

Die k. k. Statthalterei hat unterm 22. Mai 1895 Nachstehendes kundgemacht:

Nachdem verlässlichen Mittheilungen zufolge in der Borstenvieh-Contumaz- und Mastanstalt in Steinbruch (Köbanya) unter den daselbst gehaltenen Schweinen eine bösartige Seuche (sogenannte Schweine-Seuche) verbreitet ist, die königl. ungar. Regierung aus diesem Anlasse auch bereits die Ausfuhr von Schweinen aus dieser Anstalt verboten hat und diese Seuche in jüngster Zeit auch in Wien bei aus Steinbruch zugeführten Schweinen in mehreren Fällen nachgewiesen worden ist, findet die k. k. Statthalterei zum Zwecke der Verhütung der Verbreitung der fraglichen Seuche

1. die Einfuhr von Schweinen aus Budapest und Steinbruch (Köbanya) vom 23. d. M. an bis auf weiteres nach Niederösterreich einschließlich von Wien zu untersagen;

2. der Zufuhr von Schweinen aus anderen Orten des Comitates Pest-Pilis-Solt-Kis-Kun dahin zu beschränken, dass dieselbe ausschließlich nur nach Wien zum Zwecke der Schlachtung im Wiener Stadtgebiete und nur unter der Bedingung gestattet wird, dass die zur Einfuhr bestimmten Thiere in den betreffenden Orten des genannten Comitates durch mindestens 21 Tage lang unter Aufsicht, beziehungsweise Controle von staatlichen Thierärzten gehalten wurden und selbst so wie die in Frage kommenden Orte und Triebwege hinsichtlich der in Betracht stehenden Krankheit unbedenklich sind, welche Umstände auf den Viehpässen oder besonderen Certificaten ausdrücklich ämtlich zu bestätigen sind;

3. anzuordnen, dass die vor dem Eintritte der Wirksamkeit der seitens der königl. ungar. Regierung verfügten Sperre des Steinbrucher Platzes von dort abgesendeten in St. Marx entweder bereits eingestallten oder noch einlangenden Schweine, deren Ausfuhr (Abtrieb) im lebenden Zustande aus dem Wiener Gemeindegebiete hiemit ausdrücklich untersagt wird, binnen längstens acht Tagen der Schlachtung zugeführt werden.

Übertretungen dieser Bestimmungen werden nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51), wobei auch die Vorschriften des § 46 Th.-S.-Ges. und der dazu erlassenen Durchführungsvorschrift (R.-G.-Bl. Nr. 35 und 36 ex 1880) in Anwendung kommen, bestraft.

* * *

(Richtigstellung.) In Nr. 42 des Amtsblattes vom 24. Mai d. J. soll es in dem Berichte des Marktamtes, Seite 1275 und 1276, richtig heißen:

1563 Pferde (anstatt, wie unrichtig angegeben, 1263).

24.800 Rinder (anstatt, wie unrichtig angegeben, 248.000).

7136 ausgeweidete Schweine (anstatt, wie unrichtig angegeben, 38.278).

39.367 lebende Schweine (anstatt, wie unrichtig angegeben, 48.701).

Gewerbe-Angelegenheiten.

(Genossenschaft der Fassbinder.) Bei der am 26. d. M. unter Intervention des Magistratsrathes Silberbauer abgehaltenen Versammlung der Genossenschaft der Fassbinder Wiens wurde Herr Franz Fugger, IX., Schubertgasse Nr. 5, zum Vorsteher und Josef Lindner, III., Krieglergasse Nr. 4, zum Vorsteher-Stellvertreter gewählt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 27. Mai bis 30. Mai 1895:

Für Neubauten:

I. Bezirk: Haus, Spiegelgasse 10, von Friedrich, Leonhard und Rudolf Jäger, Bauführer R. Jäger (3548).

II. Bezirk: Haus, Wintergasse 29, von Heinrich Weiner, Staudingergasse 9, Bauführer C. Kittel (3564.)

III. Bezirk: Haus, Kölblgasse, Grundb.-Einl. 2645, von Josef Steiner, Prechtlgasse 22, Bauführer J. Horaczek (3648).

„ „ Haus, Ungargasse 48, von Karoline Schalek, Bauführer C. Stigler (3603).

IV. Bezirk: Haus, Alleegasse 3/5, von Gottlieb Bettelheim, Kolingasse 5, Bauführer A. Honus (3605).

V. Bezirk: Haus, Anzengrubergasse, Grundb.-Einl. 2091, von Wenzel Schulz, Maurermeister (3600).

VI. Bezirk: Haus, Gumpendorferstraße 130, von Dominik Heim, Floragasse 7, Bauführer R. Herrmann (3594).

VIII. Bezirk: Haus, Langegasse 1, von Wilh. Beck & Söhne, Bauführer C. Mayer (3573).

„ „ Haus, Zeltgasse 12, von Wenzel Bellan, Buchfeldgasse 19, Bauführer Rudolf Breuer (3612).

XIV. Bezirk: Dreistöckiges Wohnhaus, Rudolfsheim, Goldschlagstraße 88, von Ferdinand Meißner, XVI., Payerlgasse 17, Bauführer derselbe (15744).

XV. Bezirk: Einl.-Z. 706 Fünfhaus, Kenyongasse, von Wilhelm Wecerz, VI., Esterhazygasse 20, Bauführer Karl Stephan (12277).

XVI. Bezirk: Ebenerdige Riegelwand-Werkstätte, Ottakring, Ottakringerstraße 135, von Wilhelm Maißer & Karl Mandl, ebenda, Bauführer Franz Roth (28029).

„ „ Villenartiges Wohngebäude, Ottakring, Liebhartsthalstraße, Cat.-Parc. 284, Einl.-Z. 406, von Wilhelm Maißer & Karl Mandl, XVI., Ottakringerstraße 135, Bauführer Franz Roth (28461).

XVII. Bezirk: Haus, Hernals, Rötzergasse 6, vom Wiener Cyclisten-Club, XVII, Hauptstraße 13, Bauführer Josef Haupt (19803).

XIX. Bezirk: Wohnhaus, Grinzing, Berggasse, Einl.-Z. 309, von Eduard und Katharina Spieß, XIX., Sieveringerstraße 19, Bauführer Ed. Spieß (10525).

Für Zubauten:

V. Bezirk: Hoftract, Gartengasse 4, von Anton Patsch, Wiengasse 30, Bauführer Ed. Schätz (3551).

XVI. Bezirk: Ebenerdiger Seitentract, Ottakring, Hüttengasse 23, von Ignaz Deutsch, VII., Kaiserstraße 91, Bauführer Josef Schneider (28126).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Salzgries 16, von Siegmund und Fanni Neustadl, Bauführer Ant. Dietl (3572.)

„ „ Kärnthnerstraße 39, von Anton Gürlich, Baumeister (3575).

„ „ Kärnthnerstraße 82 A, von Adolf Springer, Bauführer E. Kamenicki (3587).

„ „ Helferstorferstraße 4, von Friedr. Kleibl, Baumeister (3596).

III. Bezirk: Erdbergstraße 118, von Anton Tasch, Buchfeldgasse 5, Bauführer ? (3581).

„ „ Dietrichgasse 14, von Josef Jannschkowitz, Bauführer L. Witzmann (3632).

IV. Bezirk: Alleegasse 50, von Johann Scharf, Bauführer J. Schobesberger (3604).

„ „ Wiedner Hauptstraße 65, von Josef Prokſch, Bauführer J. Zieser (3633).

V. Bezirk: Zentagasse 16, von Gebr. Schiller, Bauführer Dehm & Olbricht (3587).

„ „ Kleine Neugasse 23, von Adolf Kastl & Georg Wentzke, Bauführer Friedr. Kleibl (3595).

„ „ Steinbauergasse 15, von Franz Krzyvon, Einsiedlerplatz 10, Bauführer C. Palisa (3607).

VIII. Bezirk: Lerchenfelderstraße 74, von R. Gasselseder, Bauführer J. Bauer (3539).

IX. Bezirk: Glasergasse 21, von A. Kier, Bauführer W. Schulz (3598).

„ „ Wasagasse 33, von Eduard Danzer, Bauführer C. Hofmann (3606.)

XII. Bezirk: Unter-Meidling, Niederhofstraße 8, vom Pfarrhofe, Bauführer Mart. Schömer, Baumeister, Klosterneuburg (17316).

XV. Bezirk: Fünfhaus, Robert Hamerlinggasse 28, von Betti Janiczek, Bauführer Otto Ettmayer (12297).

„ „ Fünfhaus, Clementinengasse 19, von ?, Bauführer Ludwig Doby (12319).

XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Neustiftgasse 120, von Joh. Schihanek, XV., Henriettenplatz 1, Bauführer Franz Roth (27969).

„ „ Ottakring, Wichtlgasse 14, von Peter Haidinger, ebenda, Bauführer Johann Schobesberger (28475).

XVII. Bezirk: Haus, Dornbach, Dornbacherstraße 74, von Heinrich und Franz Glaser, Bauführer dieselben (20171).

„ „ Haus, Dornbach, Dornbacherstraße 72, von Heinrich und Franz Glaser, Bauführer dieselben (20172).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Rohrcanal, Taborstraße 79, von Martin Kottek, Bauführer J. Nowak (3631).

III. Bezirk: Werkstätte, Ungargasse 46, von Moriz Strelez, ebenda, Bauführer C. Stigler (3536).

„ „ Gartenhaus, Landstraße Hauptstraße 138, von C. F. Mautner v. Markhof, Bauführer C. Stigler (3567).

V. Bezirk: Schupfe, Kleine Neugasse 23, von Adolf Kastl und Georg Wentzke, Bauführer Friedr. Kleibl (3597).

VII. Bezirk: Canalreconstruction, Richtergasse 5, von Franz Katzinger, I., Schottenhof, Bauführer J. Kielmayer (3645).

XIV. Bezirk: Herstellung eines Pferdestalles, Rudolfsheim, Sechshauserstraße 56, von E. Kuhner & Sohn, Sechshauserstraße 47, Bauführer Johann Lauſecker (15900).

Für Stockwerks-Aufsetzungen:

XIV. Bezirk: Aufsetzung eines dritten Stockwerkes, Rudolfsheim, Pereiragasse 22, von J. G. Pisecker, Rustengasse 1, Bauführer Ed. Schwarzer (15460).

XVIII. Bezirk: Wohnhaus, Aufsetzung eines Stockwerkes und kleinere Adaptierungen, Währing, Kutschkergasse 16, von Franz und Marie Stumpf, ebenda, Bauführer Josef Haupt (17702).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

II. Bezirk: Klosterneuburgerstraße, Grundb.-Einl. 866, von Sebastian Mayer, XVIII., Lackнergasse 73 (2578).

„ „ Engerthstraße, Baustelle 7, Gruppe XXIII B, von Johann Paminger, durch Karl Langer (2642).

IV. Bezirk: Alleegasse 20, von Dr. Albert Rabel, noe. J. Schulz (2648).

V. Bezirk: Untere Bräuhausgasse 12, von Heinrich Egger, I., Nibelungengasse 2 (3611).

VIII. Bezirk: Josefstädterstraße 60, von Emil und Therese Lewicki, Stolzenthalergasse 24 (2586).

XII. Bezirk: Gaudenzdorf, Arndt- und Bendlgasse, E.-Z. 1344, Cat.-Parc. 70/5, 70/9, von Abraham Fischer, Mineralbadgasse 9 (17144).

XVI. Bezirk: Ottakring, Ottakringerstraße 191, von Francisca Kalausek, Ottakringerstraße 194 (28032).

„ „ Ottakring, Koppstraße, Cat.-Parc. 2862, Einl.-Z. 2667, von Friedr. Grüll, Kirchstetterngasse 6 (28472).

XVII. Bezirk: Haus, Hernals, Calvarienberggasse 10, von Matth. Millik (19856).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

III. Bezirk: Ungargasse 14, von Johann Freytag, Maurermeister (3582).

VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 130, von Dominik Heim, Floragasse 7 (3593).

Gewerbeanmeldungen vom 27. Mai 1895.

Hörnisch Ignaz — Betrieb einer Baucantine — I., Schulerstraße 18/20.
Kanon Moriz — Borstenzurichter — XVI., Redtenbachergasse 16.
Schilling Josefa — Cartonagewaren-Verschleiß — I., Goldschmiedg. 9.
Schiff Felix, Dr. — Chemisches Laboratorium zur Untersuchung technischer und industrieller Erzeugnisse — VII., Mariahilferstraße 56.
Reisinger Ferdinand — Colporteur — VI., Stumpergasse 1.
Neustaetter Josef — Commissionsweiser Verschleiß von alten und neuen Münzen und Ölgemälden mit Ausschluss derjenigen Objecte, deren Verschleiß an eine besondere Concession gebunden ist — I., Stadiongasse 6.
Stach Bertha — Fragnergewerbe — VI., Millergasse 5.
Gregor Josef — Gastwirt — VII., Kandlgasse 16.
Alesch Peter — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Canalettogasse 11.
Halpert Flora — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Marc Aurelstraße 2.
Steinbauer Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Goldschlagstraße 74.
Jindracek Ferdinand — Glaser — III., Radetzkystraße 9.
Gavalik Aloisia — Handel mit Obst und Grünwaren im Umherziehen — XII., Breitenfurterstraße 129.
Rausch Camill Hermann Gustav Josef — Heliographisches Copieren von Plänen ohne Anwendung von Pressen — VII., Seidengasse 41.
John Matthias — Kaffeeschank — VII., Zieglergasse 70.
Sauber Johann Ludwig — Kaffeeschank — XVII., Karlsgasse 44.
Stipek Francisca — Herrenkleidermachergewerbe — XVII., Blumengasse 50.
Mayer Katharina — Marktvictualien-Verschleiß — XVI., Markt in der Brunnengasse.
Peutl Elisabeth — Milch- und Gebäck-Verschleiß — VII., Zollergasse 28.
Berger Moriz — Pfaidler — VII., Mondscheingasse 4.
Nowaczek Franz — Schlosser — XVII., Hernalser Hauptstraße 73.
Kerschbaum Josef — Schnür- und Börtelmacher — VII., Neustiftg. 115.
Adelpoller Karl — Schuhmacher — XVIII., Hockegasse 18.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Auflösung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien 1307

Gemeinderath:

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 28. Mai 1895.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Beurlaubung des Gem.-Rathes Haßfurther 1308
2. Entschuldigung des Gem.-Rathes Manner wegen Fernbleibens 1308
3. Desgleichen des Gem.-Rathes Silberer 1308
4. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Maresch, betreffend die Bohuslawek'sche Erbschaft der Gemeinde Ottakring 1308
5. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Schreiner, betreffend die Pflasterung der Schönbrunnerstraße im XIV. und XV. Bezirke 1308
6. Desgleichen jener der Gem.-Räthe Josef Götz und Büsch, betreffend die Bespritzung der Schönbrunner Allee im XII. Bezirke 1309

Interpellationen:
7. Gem.-Rath Rauscher, betreffend die Erledigung seines Antrages, betreffend die Regelung der Urlaubsverhältnisse der städtischen Beamten und Diener 1309
8. Gem.-Rath Hawranek, betreffend dieselbe Angelegenheit . . . 1309
9. Gem.-Rath Raimund v. Götz, betreffend den Canalbau in der Deutschen Ordensstraße in Hacking 1309
10. Gem.-Rath Schuh, betreffend die abermalige Verseuchung des Schweinemarktes am Central-Viehmarkte 1309
11. Gem.-Rath Schreiner, betreffend die Säuberung der Bäume und Sträucher in den städtischen Gartenanlagen von verdorrtem Geäste 1310
12. Gem.-Rath Kreisel, betreffend die Verwendung von Schlacken-Cement bei der Schleusenanlage bei Nussdorf 1310
13. Gem.-Rath Hauke, betreffend den Rückersatz von seitens mehrerer Hausbesitzer geleisteten Beiträgen zu Canalumlegungen in einigen Straßen des XVI. und XVII. Bezirkes 1310

Seite

Anträge:
14. Gem.-Rath Raimund v. Götz, betreffend die Beseitigung des offenen Gerinnes in der Sautergasse in Hacking 1311
15. Derselbe, betreffend die Erweiterung des Meidlinger Friedhofes 1311
16. Gem.-Rath Platter, betreffend die Regulierung der Bethlengasse in Hetzendorf 1311
17. Derselbe, betreffend die Erhöhung der Bezüge der städtischen Pensionisten 1311
18. Gem.-Rath Maresch, betreffend die Ausführung des von der Gemeinde Ottakring seinerzeit gefassten Beschlusses, betreffend Errichtung eines Kaiser Franz Josef-Waisenasyles in Ottakring 1311
19. Gem.-Rath Dr. Pommer, betreffend die Überprüfung und Abänderung der Geschäftsordnung für den Gemeinderath 1311
20. Gem.-Rath Tagleicht, betreffend die Aufstellung eines Auslaufbrunnens in der Ausstellungsstraße im Prater 1311
21. Gem.-Räthe Tomanek und Schreiner, betreffend die Ausschließung der Wienerberger Ziegelfabriks-Actiengesellschaft von den Lieferungen der Gemeinde bis zur durchgeführten Verbesserung der Wohnungsverhältnisse ihrer Arbeiterschaft . . . 1311
22. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Regulierung der einzelnen Bezirksgrenzen im Wiener Gemeindegebiete 1312
23. Derselbe, betreffend die Regulierung der verlängerten Hebragasse im IX. Bezirke 1312
24. Gem.-Rath Hauke, betreffend die Aufstellung von Hydranten in den Bezirken XI bis XIX 1312
25. Gem.-Rath Hallmann, betreffend die Einlösung des ein Verkehrshindernis bildenden Theiles der Realität V., Griesgasse 36 1312

Wahl:
26. Vornahme der Wahl eines Stadtrathes 1312

Referate:
27. Gem.-Rath Matthies, betreffend den Verkauf der Baustellen VI und VII der ehemaligen Pferdemarktrealität im III. Bezirke (Fasangasse, Jacquingasse) an Pauline Fürstin Metternich . 1313
28. Derselbe, betreffend den Verkauf des städtischen Steinriegels Cat.-Parc. 894 in Grinzing, an Djörup & Comp. 1315
29. Gem.-Rath Ritt. v. Neumann, betreffend die Baulinienbestimmung für einen Theil der Ebersdorferstraße und für die Mühlsangergasse im XI. Bezirke 1322
30. Derselbe, betreffend die Baulinienänderung für die Favoritenstraße zwischen der Mayerhof- und Floragasse im IV. Bezirke . 1323
31. Gem.-Rath Stiaßny, betreffend die Regulierung und Pflasterung der Ausstellungsstraße an der Kreuzung der Vorgartenstraße im II. Bezirke (Zuschusscredit) 1323
32. Gem.-Rath Baugoin, betreffend die Subventionierung des I. Wiener Volkskindergarten-Vereines im V. Bezirke 1324
33. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend den Empfang der Mitglieder des V. deutschen Stenographentages im Rathhause . . 1324
34. Derselbe, betreffend den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Friedjung wegen Krankenversicherung der städtischen Arbeiter . . . 1325

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 29. Mai 1895.

Inhalt:
Wahl des Bürgermeisters 1327

Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 21. Mai 1895 1334

Bezirksausschüsse:
Ergebnis der am 28. Mai 1895 vom ersten Wahlkörper des I. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahl für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897 1340

Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 28. und 30. Mai 1895 1340
Stechviehmarkt vom 30. Mai 1895 1340
Pferdemarkt vom 28. Mai 1895 1340
Approvisionierungs-Angelegenheiten:
Verbot der Einfuhr von Schweinen aus Budapest und Steinbruch nach Niederösterreich und die Beschränkung der Einfuhr von Schweinen aus anderen Orten des Comitates Pest-Pilis-Solt-Kis-Kun nach Wien 1340
Gewerbe-Angelegenheiten:
Genossenschaft der Fassbinder 1341
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 27. bis 30. Mai 1895 1341
Gewerbeanmeldungen 1342
Kundmachungen.
Beilage:
Verordnungen und Entscheidungen, sowie Normativbestimmungen des Gemeinderathes, Stadtrathes und des Magistrates. (V.)

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen.*)

1895.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
4. Juni 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	M.-Z. 49973. Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters** in der Strobelgasse im I. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 2227 fl. 81 kr. 2—3
5. Juni 10 Uhr	detto	M.-Z. 93446. Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters** in den Durchfahrten vom äußeren Burgplatze auf den Franzensplatz im I. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1056 fl. und 100 fl. Pauschale. 2—3
10. Juni 10 Uhr	detto	M.-Z. 90583. Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für den Umbau der Haupt-Unrathscanäle** in der Mineralbadgasse und Arndtstraße im XII. Bezirke u. zw.: 1. der **Erd- und Baumeisterarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 7542 fl. 84 kr. und 750 fl. Pauschale; 2. der **Lieferung** der erforderlichen **Klinkerziegel und Steinzeugsohlenstücke** im Kostenbetrage von 2389 fl. 59 kr. 1—3
11. Juni 10 Uhr	detto	M.-Z. 88231. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Umbau des Haupt-Unrathscanales** in der Meidlinger-Hauptstraße zwischen der Hufelandgasse und der Schönbrunnerstraße im XII. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 3054 fl. 25 kr. und 400 fl. Pauschale, sowie der **Lieferung** der aus diesem Anlasse erforderlichen **Klinkerziegel- und Steinzeugsohlenstücke** im Kostenbetrage von 1037 fl. 24 kr. 1—3
12. Juni 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	M.-Z. 64713. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Umbau des Haupt-Unrathscanales** in der Lederer- und Löwenburggasse im VIII. Bezirke im Kostenbetrage von 7156 fl. 85 kr. und 1134 fl. 53 kr. Pauschale. 1—3
14. Juni 10 Uhr	detto	M.-Z. 92039. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales** in der Vorgartenstraße an der Kreuzung mit der Ausstellungsstraße im II. Bezirke im Kostenbetrage von 4309 fl. 69 kr. und 1700 fl. Pauschale. 1—3
15. Juni 10 Uhr	detto	M.-Z. 77763. Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten** für die Neupflasterung des Elterleinplatzes vor den Häusern Or.-Nr. 8 bis 11 im XVII. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1330 fl. 82 kr. und 200 fl. Pauschale. 1—3
17. Juni 10 Uhr	detto	M.-Z. 154409 ex 1894. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales** in der Aichholzgasse im XII. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1931 fl. 84 kr. und 350 fl. Pauschale. 1—3

*) Pläne, Kostenanschläge ꝛc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Vadium von **5 Percent der Kostenanschlagssumme** anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

*

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Arbeitsgattungen oder Lieferungen wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Prot.-Nr. 80412 ex 1895.

1125. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Ausführung der maschinellen Arbeiten zur Herstellung der Feuerluftheizung im Leopoldstädter Real- und Obergymnasium**, II., Kleine Sperlgasse 2, und zwar für die Zonen V und VI, das Stiegenhaus und die Gänge, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Freitag den 14. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge, die Berechnungen des Wärme-Erfordernisses, sowie die allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. Mai 1895. 2—3

Prot.-Nr. 59795 ex 1895.

786. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Maurerarbeiten, der Herstellung der Central-Feuerluftheizanlage und der Holzcementeindeckung für die Stockaufsetzung auf den Turnsaaltract, einschließlich der erforderlichen Adaptierungen** im Schulgebäude IV. Bezirk, Starhemberggasse 8, Schaumburgergasse 7, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Dienstag den 18. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium in der Höhe von 5 Percent der bezüglichen Kostenanschlagssumme** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. Mai 1895. 2—3

Ad Prot.-Nr. 171868 ex 1894.

2455. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Maurerarbeiten, der Cementkalk- und Traversenlieferung, der Steinmetz-, Zimmermanns- und Spenglerarbeiten, der Falzziegeldacheindeckung, der Herstellung der geraden feuersicheren Decken zwischen eisernen Trägern, der Bautischler-, Schlosser-, Anstreicher-, Glaser- und Bildhauerarbeiten, der Isolierplattenlieferung, der Holzcementeindeckung, der Asphaltiererarbeiten, der Steinzeuglieferung, der Terrazzobodenherstellung, der Lieferung der Füllöfen und Küchenherde, der Möbeltischlerarbeiten, der Schulbanklieferung, der Schriftenmalerarbeiten, der Gas- und Wasserleitungs-Installationsarbeiten inclusive der Closetslieferung, der Brunnenmeisterarbeiten, der Metallgießerarbeiten, endlich der Gasmotorlieferung** für den Schulhausbau im XIII. Bezirke, Neubergenstraße, Gurk- und Reinlgasse, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Mittwoch den 19. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, in der Volkshalle im Rathhause**, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium in der Höhe von 5 Percent der bezüglichen Kostenanschlagssumme anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. Mai 1895. 2—3

Ad Prot.-Nr. 50825.
Ref.-Nr. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung **der Besorgung der Einsammlung und Abfuhr des Haus- und Marktkehrichts und der häuslichen und gewerblichen Abfälle in den Gemeindebezirken II bis inclusive XI und XIII 1. und 2. Section bis inclusive XIX für die Zeit vom 1. Juli 1895 bis inclusive 30. Juni 1897** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 12. Juni d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die bezüglichen mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 28 Mai 1895, Z. 4269, M.-Z. 50825/95, genehmigten städtischen Bedingnisse nebst dem Plane im Stadtbaumte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar der Original-Bedingnisse mit der am Schlusse dieses Exemplares beigedruckten Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium in der Höhe von 5 Percent des für den einzelnen Bezirk angeforderten Jahrespauschales anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 29. Mai 1895. 1—3

Z. 98.

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 14. d. M., Z. 14501, wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate September 1894** verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 40942 bis inclusive Pfand-Nr. 45673 und **Effecten** von Pfand-Nr. 75511 bis inclusive Pfand-Nr. 83806 **am 7. Juni 1895, um 9 Uhr vormittags,** im **Pfandleihanstalts-Gebäude, XIV. Bezirk (Sechshaus), Gemeindegasse 5,** gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendet werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,
am 21. Mai 1895.

M.-Z. 59797.
XV.

Kundmachung.

(Erinnerung an die Waldbesitzer und an das Waldschutzpersonale, betreffend die Verhütung von Waldbränden.)

Nachdem erfahrungsgemäß im Frühjahre vor Ausbruch des frischen Laubes, sowie zur Zeit der Sommerdürre Waldbrände leicht entstehen, wird allen Waldbesitzern und den sämmtlichen Organen, welchen der Schutz der Waldungen anvertraut ist, erhöhte Wachsamkeit zur Pflicht gemacht. Hiebei ist denjenigen Waldtheilen, welche von öffentlichen Wegen durchzogen werden, ein besonderes Augenmerk zuzuwenden, und sind auch während der Nacht öfter Patrouillengänge dorthin vorzunehmen.

Namentlich wird empfohlen, zu beiden Seiten stark frequentierter Wege das Laub und das dürre Gras in einer Breite von mindestens 5 m wegschaffen und den Boden wund machen zu lassen, sowie durch Anbringung von Warnungstafeln auf die Gefährlichkeit des Rauchens und auf die bestehenden Strafbestimmungen (§ 459 allgem. Strafgesetz und §§ 44 und 45 Forstgesetz) aufmerksam zu machen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
als politischer Behörde,
Wien, am 4. April 1895. 3—3

M.-Z. 81767 ex 1895.
XII.

Kundmachung.

(Waisenhausvaterstelle.)

Wegen Besetzung der in Erledigung gekommenen Stelle des **Waisenhausvaters für das IV. städtische Waisenhaus für Knaben im X. Gemeindebezirke** wird hiemit der Concurs ausgeschrieben.

Diese Stelle wird vorläufig nur auf ein Jahr provisorisch verliehen und kann der bestellte Waisenhausvater erst nach diesem Zeitraume um die definitive Anstellung einschreiten.

Mit derselben sind ein Jahresgehalt von 800 fl., dann vier bei der Pensionierung oder Quiescierung anrechenbare Quinquennien à 100 fl., eine Naturalwohnung im Anstaltsgebäude, der Bezug des für diese Wohnung erforderlichen Brenn- und Beleuchtungsmateriales, und endlich die Verköstigung des Waisenhausvaters, seiner Gattin und seiner im Familienverbande lebenden Kinder nach den diesfalls stehenden Normen verbunden.

Die sämmtlichen Obliegenheiten eines Waisenhausvaters des IV. städtisches Waisenhauses sind in den bezüglichen Instructionen enthalten, welche während der Concursdauer im Departement für Armenkinderpflege des Wiener Magistrates eingesehen werden können.

Der Gattin des Waisenhausvaters obliegt ohne Anspruch auf eine Honorierung die Besorgung und Überwachung aller in einem geordneten Haushalte der Familienmutter obliegenden Geschäfte (und zwar insbesondere die Besorgung und Ausspeisung der in der Anstalt befindlichen Personen und die Aufsicht über die Garderobe und Wäsche).

Bewerber um diese Stelle sollen nicht weniger als 35 Jahre alt und müssen österreichische Staatsbürger und verheiratet sein; **Bewerber, die schon im Communaldienste stehen, dürfen das Alter**

von 50 Jahren, andere das Alter von 40 Jahren nicht überschritten haben.

Außerdem müssen die Bewerber mindestens die Lehrbefähigung für öffentliche Volksschulen nachweisen und der Musik, und zwar mindestens des Violin-Spieles, kundig und zum Unterrichte im Gesange für Kinder befähigt sein.

Die vorschriftsmäßig zu stempelnden Gesuche um diese Stelle sind mit den Taufscheinen und dem Trauungsscheine des Bewerbers und seiner Ehegattin, dem Heimatsdocumente und den Zeugnissen über die Lehrbefähigung, die bisherige Verwendung durch Vorlage einer Dienstestabelle und die musikalischen Kenntnisse des Bewerbers und falls die Gattin des Bewerbers bereits eine größere Hauswirtschaft geleitet oder hiebei mitgewirkt hat und hierüber ein Zeugnis beizubringen imstande ist, auch mit dem bezüglichen Zeugnisse zu belegen und **längstens bis 13. Juni 1895** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Später einlangende Gesuche können nicht berücksichtiget werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 30. Mai 1895. 1—3

M.-Z. 69795 ex 1895.
XVI.

Kundmachung.

(Aufnahme in die k. k. Landwehr-Cadettenschule in Wien.)

Laut der infolge Erlasses des hohen k. k. Ministeriums für Landesvertheidigung vom 29. März d. J., Z. 7587/1244 IV a, ergangenen Concursausschreibung werden mit Beginn des Schuljahres 1895/96 in die k. k. Landwehr-Cadettenschule in Wien, welche aus drei Jahrgängen besteht, in den ersten Jahrgang beiläufig 110 Aspiranten zur Aufnahme gelangen.

Ausnahmsweise und soweit Raum vorhanden ist, kann auch eine beschränkte Aufnahme in den zweiten und dritten Jahrgang stattfinden.

Die Aufnahmsbedingungen für alle Jahrgänge sind im allgemeinen folgende:

1. Die Staatsbürgerschaft in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern,
2. die physische Eignung,
3. ein in jeder Beziehung befriedigendes sittliches Verhalten, makelloses Vorleben,
4. für den ersten Jahrgang das erreichte 15. und nicht überschrittene 18. Lebensjahr,

für den zweiten Jahrgang das erreichte 16. und nicht überschrittene 19. Lebensjahr,

für den dritten Jahrgang das erreichte 17. und noch nicht überschrittene 20. Lebensjahr.

Das Alter wird mit 1. September berechnet.

In rücksichtswürdigen Fällen bilden Altersdifferenzen bis zu vier Monaten kein Hindernis für die Zulassung zur Aufnahmsprüfung.

Die sonstigen Bedingungen sind aus der in der k. k. Staatsdruckerei erhältlichen Concursausschreibung, deren Text auch im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" Nr. 81 dieses Jahres enthalten ist, zu ersehen.

Die genau nach dem in der Concursausschreibung enthaltenen Formulare zu verfassenden Gesuche sind **bis längstens Ende Juli 1895** beim Commando der k. k. Landwehr-Cadettenschule in Wien (V. Bezirk, Spengergasse 20) einzubringen und können daselbst auch die näheren Auskünfte über die Aufnahmsbedingungen eingeholt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 30. April 1895. 3—3

Z. 89604
XI.

Kundmachung.

J. L. Meyer'sche Armenstiftung.

Am 1. October 1895 gelangen die verfügbaren Interessen der J. L. Meyer'schen Stiftung aus dem Jahre 1895 im Betrage von 144 fl. zu gleichen Theilen an drei bedürftige Gewerbsleute ohne Unterschied der Confession zur Vertheilung.

Die Wahl der zu betheilenden Personen steht nach den stiftbrieflichen Bestimmungen dem Gemeinderathe, beziehungsweise dem Stadtrathe der Stadt Wien zu.

Bewerber um eine Betheilung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf- oder Geburtsschein, den Heimatschein, den Erwerbsteuerschein, dann ein legales, von der Armeninstituts-Vorstehung des Wohnbezirkes bestätigtes Zeugnis über ihre Dürftigkeit anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 1. Juli 1895** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. Mai 1895. 2—3

Zur coulanten Besorgung aller im Coursblatte notierten Effecten und Valuten bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.